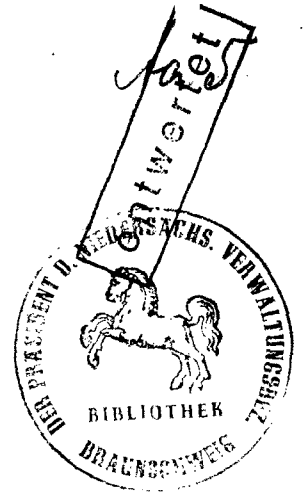




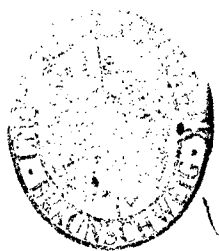
UB Braunschweig 84



4725-973-3





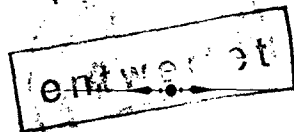


47.5 97-3

**Verzeichnis**  
der  
**Verhandlungs-Gegenstände**  
der  
**Stadtverordneten-Versammlung**  
zu  
**Braunschweig**

im Jahre 1907/1908.

10 18328



Druck der Waisenhaus-Buchdruckerei.



# Uebersicht

der

## Verhandlungs-Gegenstände.

### A. Nach der Zeitfolge.

#### I. 11. April 1907.

	Seite
1. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters . . . . .	2
2. Wahl der Ausschüsse und Deputationen . . . . .	3

#### II. 25. April 1907.

3. Gemeindefkirchensteuer für 1907/08 . . . . .	16
4. Trinkwasseranlage im Bürgerparke . . . . .	17
5. Wahl eines Kommissionsmitgliedes . . . . .	17
6. Antrag Wechsel: Instandsetzung des Weges nach dem Querner Holze	18
7. Antrag Wechsel: Einstellung eines juristischen Hilfsarbeiters etc. . . . .	20
8. Antrag Wechsel: Verbilligung des elektrischen Lichtes . . . . .	20
9. Baulichkeiten auf dem Lagerplatze am Westbahnhofe . . . . .	20
10. Rohrauswechselungen in verschiedenen Straßen . . . . .	21
11. Erweiterung der Straßenbeleuchtung . . . . .	21
12. Badeanstalt für Frauen . . . . .	21
13. Erwerb und Verwendung des Gewandhauses . . . . .	33
14. Baulichkeiten auf dem Altstadttrathaus-Grundstücke . . . . .	58

#### III. 23. Mai 1907.

15. Zusammenfassung der Kommission zur Begutachtung der Gemeindesteuer- Rekursreklamationen . . . . .	62
--	----

## IV

	Seite
16. Prüfung der Rechnungen vom Jahre 1904/05 . . . . .	62
17. Baulichkeiten auf dem Grundstück am Dovessee . . . . .	62
18. Taxen für Fahrpreisanzeigerdroschken . . . . .	65
19. Plattenbelag auf der Lampestraße . . . . .	68
20. Zuschuß an den Ausschuß für Waldspiele . . . . .	68
21. Bauweise für die verlängerte Wiesenstraße . . . . .	68
22. Gehaltsverhältnisse der Bürgerschullehrer . . . . .	69
23. Konkurrenzanschriften wegen der Erbauung der Jakobikirche usw. . . . .	72
24. Beschaffung von Gas- und Wassermessern . . . . .	81
25. An- und Verkauf von Flächen am Sack . . . . .	82
26. Baulichkeiten auf dem Pflegehausgrundstücke . . . . .	83
27. Wahl zweier Vertreter für den Städtetag . . . . .	88
28. Errichtung neuer Klassen in der Fortbildungs- und Gewerbeschule . . . . .	88
29. Grundsätze für Erweiterung des Kanal-, Gas- und Wasserrohrnetzes . . . . .	89
30. Ortsstatut, betr. die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe . . . . .	91
31. Antrag Möhle: Besserung der Fußwegverhältnisse auf dem Leonhard- plätze . . . . .	97
32. Antrag Jasper: Ersatzleistung für den Schulkindern abhanden gekommene Sachen . . . . .	98
33. Anfrage Kalmß: Beschwerden über die Feuerwehr . . . . .	99
34. Anfrage Jasper: Mißstände auf dem Ostbahnhofe . . . . .	99

## IV. 27. Juni 1907.

35. Geschäftsordnungs-Debatte . . . . .	102
36. Antrag Möhle: Besserung der Fußwegverhältnisse auf dem Leonhardplätze . . . . .	105
37. Einrichtung neuer Klassen bei der Oberrealschule . . . . .	105
38. Errichtung eines zweiten Treppenhauses in der Oberrealschule . . . . .	106
39. Aufstellung eines Wasserzapfhahnes im Bürgerparke . . . . .	107
40. Antrag Jasper: Ersatzleistung für den Schulkindern abhanden gekommene Sachen . . . . .	107
41. Bedürfnisanstalt an der Juliusstraße . . . . .	112
42. Uebernahme von Verpflichtungen bei Verlegung des Gashauptrohres . . . . .	112
43. Bericht über das Schadenfeuer auf dem Geredeschen Grundstück . . . . .	112
44. Mittel für bevorstehende Einzugsfestlichkeiten . . . . .	122
45. Instandsetzung eines Teiles der Echternstraße . . . . .	128
46. Anschluß eines auswärtigen Grundstücks an den Straßenkanal usw. . . . .	128
47. Fußweganlage über den Andreas-Kirchplatz . . . . .	128
48. Statut über den Schlachthausbetrieb . . . . .	129
49. Instandsetzung der Langenstraße . . . . .	129
50. Erweiterung der Straßenbeleuchtung . . . . .	130
51. Instandsetzung der Alten Wage . . . . .	130
52. Plattenbelag an der Husarenstraße . . . . .	131
53. Errichtung einer neuen Desinfektionsanstalt . . . . .	132
54. Abänderung der Vereinbarungen mit dem elektrischen Lichtwerke . . . . .	133

## V. 4. Juli 1907.

Seite

55. Abänderung der Vereinbarungen mit dem elektrischen Lichtwerke (Schluß)	154
56. Rückforderung von Darlehen . . . . .	174
57. Zuschuß zu den Vorarbeiten für den Bahnbau Celle—Braunschweig . . .	178
58. Erwerb einer Fläche an der Katharinenkirche . . . . .	183
59. Anfrage Kalm s: Statut über die Regelung des Teppichklopfens . . . .	184
60. Anfrage Esdorn: Grundsätze bei der Befürwortung von Gastwirtschafts- konzessionen . . . . .	184
61. Anfrage Fricke: Anzutraglichkeiten auf dem Leonhardplatz . . . . .	185
62. Antrag Riefe: Straßendurchbruch Hintern Brüdern—Langestraße . . .	186
63. Anfrage Esdorn nfw.: Bepflanzung des Amalienplatzes . . . . .	187
64. Antrag Weichsel u. Gen.: Anlegung von Reitwegen . . . . .	188
65. Antrag Esdorn: Verbreiterung der Schützenstraße . . . . .	188

## VI. 12. September 1907.

66. Antrag Riefe: Straßendurchbruch Hintern Brüdern—Langestraße . .	202
67. Anträge Weichsel u. Gen.: Anlegung von Reitwegen . . . . .	206
68. Bepflanzung eines Teiles der Roßstraße mit Bäumen . . . . .	211
69. Ausbau eines Teiles des Bilitenweges und der Nebenstraße . . . . .	212
70. Aufstellung eines Ventilbrunnens im Bürgerpark . . . . .	213
71. Instandsetzung der „Alten Wage“ . . . . .	213
72. Erwerb einer Fläche am Damm . . . . .	213
73. Ankauf eines Grundstücks an der Karlstraße . . . . .	214
74. Berechnung von Kosten für Anlagen in der Renstadmühle . . . . .	216
75. Vermietung einer Wohnung im Hause Nr. 5 an der Katharinenkirche . .	217
76. Vermietung von Räumen in den Häusern Nr. 3 und 4 daselbst . . . .	218
77. Vermietung eines Grundstücks am Mittelwege . . . . .	218
78. Änderung des Statutentwurfs, die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe betreffend . . . . .	219
79. Instandsetzung der Jahrbahn an der Taschen- und Kuhstraße . . . . .	220
80. Instandsetzung des Bienroderweges . . . . .	221
81. Wohnungsbeaufsichtigung im Jahre 1906/07 . . . . .	223
82. Drucklegung des Verwaltungsberichtes . . . . .	224
83. Anfrage Fricke: Verkleinerung des Vorgartens am Dompredigerhause .	225
84. Anfrage Jasper: Verkehrserleichterungen betreffend . . . . .	226
85. Antrag Kalm s: Weiterer Ausbau der Waterloostraße . . . . .	228
86. Antrag Sander: Anlegung eines Radfahrweges an der Nebenstraße . .	230
87. Antrag Bunge: Verfahren bei den bevorstehenden Landtagswahlen . .	230
88. Anfrage Bues: Nebelstände im Marktverkehre . . . . .	231

## VII. 24. Oktober 1907.

89. Antrag Esdorn: Uebernahme der Eisbahnen . . . . .	234
90. Statutenentwurf über den Schlachthausbetrieb nfw. . . . .	235

## VI

	Seite
91. Verwendung der Aufkünfte aus der Umsatzsteuer . . . . .	240
92. Antrag Sander: Anlegung eines Radfahrweges an der Nebenstraße . .	252
93. Antrag Bunge: Benachrichtigung der Wähler bei den Landtagswahlen .	254
94. Aufhebung des Magistratsweges usw. . . . .	256
95. Ankauf von Flächen zur verlängerten Waterloostraße . . . . .	256
96. Erweiterung der Lieferungsbedingungen für das elektrische Lichtwerk .	257
97. Bericht über die Tätigkeit der Schulärzte . . . . .	258
98. Erlaß von Bürgerrechtsgebühren . . . . .	264
99. Klageerhebung . . . . .	265
100. Aenderung des Ortsbauplanes am Bohlwege . . . . .	266
101. Aenderung des Bauprojektes der Gasanstalt an der Taubenstraße . . .	266
102. Anfrage Jasper: Disziplinarverfahren gegen den Lehrer Esche . . . .	267
103. Anfrage Kalm s: Statut zur Regelung des Teppichklopfens . . . . .	268
104. Antrag Kalm s: Errichtung eines Viehhofes beim Schlachthause . . . .	268

## VIII. 21. November 1907.

105. Wahl eines Stellvertreters für den Stadtverordnetenvorsteher . . . . .	276
106. Wahl von Kommissions- und Deputationsmitgliedern . . . . .	276
107. Antrag Kalm s: Errichtung eines Viehhofes beim Schlachthause . . . .	277
108. Gesuch um Neuregelung der Lehrergehälter . . . . .	277
109. Baulichkeiten für das Straßenreinigungsinstitut . . . . .	290
110. Anschaffung von Mobiliargegenständen für die Gewerbeschule . . . . .	292
111. Ankauf von Ackerflächen für das Kieselgut Steinhof . . . . .	292
112. Anordnung von Vorgärten für die Schleinitzstraße . . . . .	293
113. Verwilligung von Mitteln für den Verkehrsverein . . . . .	295
114. Abänderung der Baulinie an der Brabantstraße . . . . .	296

## IX. 12. Dezember 1907.

115. Verwaltung der Volksbäder . . . . .	298
116. Verlegung des Wasserrohrs am Prinz Albrecht Park . . . . .	302
117. Ausdehnung des § 44 des Ortsbaustatuts auf verschiedene Straßen . . .	302
118. Austausch von Doppelstücken mit der landschaftlichen Bibliothek . . .	303
119. Erlaß von Bürgerrechtsgebühren . . . . .	303
120. Rückzahlung von Kosten für Wasserrohrverlegung . . . . .	306
121. Mittel für die Fortbildungs- und Gewerbeschule . . . . .	307
122. Ordnung für die Realschule . . . . .	308
123. Aenderungen des Statuts über den Schlachthausbetrieb . . . . .	312
124. Anfrage Wesemeier: Grundsätze bei der Annahme und Entlassung von städtischen Arbeitern . . . . .	313
125. Asphaltierung der Heydenstraße . . . . .	319
126. Vergütung der städtischen Hilfschreiber . . . . .	319
127. Ermäßigung einer Jahrespacht . . . . .	320

	Seite
128. Rechnungsabschlüsse der Licht- und Wasserwerke sowie der Neustadtmühle vom Jahre 1906/07 . . . . .	320
129. Zulassung von Adreßbuch-Automaten . . . . .	323

## X. 9. Januar 1908.

130. Genehmigung der Rechnungsabschlüsse für 1906/07 . . . . .	326
131. Anfrage Boge: Zustand der Kothschen Häuser an der Wendestraße . .	328
132. Antrag Möhle: Verbreiterung der Steintorbrücke . . . . .	329
133. Antrag Kiefe: Erhöhung der Armenunterstützungen . . . . .	332
134. Antrag Meyerhoff: Einrichtung einer städtischen Sparkasse . . . .	334
135. Antrag Fricke: Pflasterung einer Straßenstrecke . . . . .	334
136. Antrag Fricke: Aufstellung eines Gasandelaßers . . . . .	335
137. Anderweite Befestigung eines Teiles des Dammes . . . . .	335
138. Plattenbelag einer Teilstrecke der Hufarenstraße . . . . .	335
139. Ausbau eines Teiles der Nebenstraße . . . . .	336
140. Verbesserung der Beleuchtung in der Markthalle . . . . .	337
141. Bauliche Arbeiten usw. im ehemaligen Stadtkassengebäude . . . .	340
142. Uebernahme eines Teiles des Bienroderweges . . . . .	341
143. Erhöhung des Zinsfußes für kleinere Darlehen . . . . .	344
144. Einsprache gegen die Projektierung von Vorgärten an der Schleinitzstraße .	347
145. Einsprachen gegen die Verschiebung eines Teiles der Waterloostraße . .	348
146. Aenderung des Tarifs der Straßeneisenbahngesellschaft . . . . .	348

## XI. 6. Februar 1908.

147. Antrag Meyerhoff: Einrichtung einer städtischen Sparkasse . . . . .	368
148. Antrag Fricke: Pflasterung einer Straßenstrecke . . . . .	380
149. Ankauf von Ländereien zum Kieselgut . . . . .	380
150. Beschaffung von Mobiliargegenständen für die Hilfsschule . . . . .	381
151. Erweiterung der städtischen Bürgerschulen . . . . .	381
152. Aenderung der Straßenpolizeiordnung . . . . .	381
153. Baulichkeiten auf dem Armenhausgrundstücke . . . . .	396
154. Umbau des Gewandhauses usw. . . . .	397
155. Erweiterung des Schulgrundstücks an der Reichsstraße . . . . .	404
156. Zuschuß an den Verkehrsverein . . . . .	404
157. Antrag Probst: Verbreiterung verschiedener Brücken . . . . .	405

## XII. 20. Februar 1908.

158. Stadthaushaltsplan für 1908/09 . . . . .	408
159. Antrag Kiefe: Erhöhung der Armenunterstützungen . . . . .	441
160. Erhöhung des Zuschusses für den Samariterverein . . . . .	450



## VIII

## Seite

## XIII. 27. Februar 1908.

161. Umbau oder Verlegung der hiesigen Staatsbahnhöfe . . . . .	452
162. Aufgabe der projektierten Kanalisation des Wendennühlengrabens . . .	498
163. Berechnung von Grunderwerbskosten . . . . .	499
164. Aenderung in der Rechnungsführung der Armenkasse . . . . .	501
165. Erwerb von Flächen am Bohlwege . . . . .	502

## XIV. 12. März 1908.

166. Einrichtung eines Girokontos bei der Reichsbank . . . . .	504
167. Ausbau eines Teiles der Waterloostraße . . . . .	510
168. Anlegung eines Fußweges auf der Waterloostraße . . . . .	511
169. Plattenbelag auf einem Teile der Gliesmaroderstraße . . . . .	511
170. Schulordnung für die städtische Realschule . . . . .	512
171. Erweiterung der Beleuchtungsanlage in der Realschule . . . . .	514
172. Zuschuß zu den Kosten für Erweiterung der katholischen Schule . . . .	515
173. Antrag Bunge: Pflasterarbeiten auf der Kreuzstraße . . . . .	515
174. Jahresbericht des Verkehrsvereins von 1907 . . . . .	516
175. Erwerb einer Fläche zur Waterloostraße . . . . .	516
176. Erweiterung des Bahnkörpers an der Helmstedterstraße . . . . .	517
177. Schmuckanlagen an der Martinikirche . . . . .	521
178. Statut über den Betrieb von Kinematographen-Theatern . . . . .	522
179. Ausführung von Bauarbeiten im Stadtpark-Restaurant . . . . .	540
180. Antrag Bunge: Verbindungsstraße zwischen Kreuz- u. Hildesheimerstraße	542
181. Antrag K a l m s: Instandsetzung der Wege am Theaterwall usw. . . . .	542
182. Antrag S a n d e r: Belegung eines Fußweges der Spinnerstraße mit Platten	543
183. Antrag K a l m s: Anbringung von Feuermeldern an den Schulen der Stadt	543

## B. Nach den Gegenständen.

(Die Zahlen bedeuten die Seiten.)

- Adreßbuch-Automaten** betr. 323.  
**Änderung** des Bauprojektes der Gasanstalt 266.  
**Änderung** des Ortsbauplanes 266, 296.  
**Altstadtrathausgrundstück** betr. 58.  
**Anfragen der Herren:**  
     **Bues:** Uebelstände im Marktverkehr 231;  
     **Esborn:** Besprengen des Amalienplatzes 187,  
         Grundsätze bei der Befürwortung  
         von Gastwirtschafts-Konzessionen 184;  
     **Fricke:** Unzuträglichkeiten auf dem Leonhardplatz 185,  
         Verkleinerung des Vorgartens am  
         Dompredigerhause 225;  
     **Jasper:** Disziplinarverfahren gegen einen  
         Lehrer 267,  
         Verkehrserleichterungen betr. 226,  
         Mißstände auf dem Ostbahnhofe 99;  
     **Kalm:** Beschwerden über die Feuerwehr 99,  
         Regelung des Teppichklopfens 184, 268;  
     **Voge:** Zustand der Kothschen Häuser 328;  
     **Wesemeier:** Grundsätze bei der Annahme usw. von Arbeitern 313.  
**Ankauf von Grundstücken und Straßenflächen** 82, 183, 213, 214, 256, 292, 502, 516.
- Anträge, selbständige, der Herren:**  
     **Bunge:** Pflasterarbeiten auf der Kreuzstraße 515,  
         Verbindungsstraße zwischen Kreuz-  
         und Hildesheimerstraße 542,  
         Verfahren bei den Landtagswahlen 230, 254;  
     **Esborn:** Uebernahme der Eisbahnen 234,  
         Verbreiterung der Schützenstraße 188;  
     **Fricke:** Aufstellung eines Gasandelabers 335,  
         Pflasterung einer Straßenstrecke 334, 380;  
     **Jasper:** Ersatzleistung für in der Schule abhanden gekommene Sachen 98, 107;  
     **Kalm:** Anbringung von Feuermeldern 543,  
         Errichtung eines Viehhofes 268, 277,  
         Instandsetzung der Wege am Theaterwall 542,  
         Weiterer Ausbau der Waterloostraße 228;  
     **Meyerhoff:** Einrichtung einer städtischen Sparkasse 334, 368;  
     **Möhle:** Besserung der Fußwegverhältnisse auf dem Leonhardplatz 97, 105,  
         Verbreiterung der Steintorbrücke 329;  
     **Probst:** Verbreiterung von Brücken 405;

## X

- Kiecke: Erhöhung der Armenunter-  
 stützungen 332, 441,  
 Straßendurchbruch Hintern Brück-  
 derin—Langestraße 186, 202;
- Sander: Anlegung eines Radfahrweges  
 an der Nebenstraße 230, 252,  
 Plattenbelag auf der Spinnerstraße  
 543;
- Weichsel: Anlegung von Reitwegen 188,  
 206,  
 Einstellung eines juristischen Hilfs-  
 arbeiter 20,  
 Instandsetzung des Weges nach dem  
 Querumerholze 18,  
 Verbilligung des elektrischen Lichtes  
 20.
- Arbeiterverhältnisse betr. 313.  
 Armenhausgrundstück betr. 396.  
 Armenkasse betr. 501.  
 Armenunterstützungen betr. 332, 441, 501.  
 Aufhebung des Magistratsweges 256.  
 Ausbau von Straßen usw. 212, 228, 336,  
 510, 542.  
 Ausschußwahlen 3, 17, 62, 276.  
 Austausch von Grundstücken 82.
- Badeanstalten betr. 21, 320, 419.  
 Bahnbau nach Celle 178.  
 Bahnhofsverhältnisse betr. 99, 201, 272,  
 452, 517.  
 Baugenossenschaft betr. 436.  
 Paulichkeiten auf städtischen Grundstücken 20,  
 58, 62, 83, 290, 340.  
 Baumpflanzungen an Straßen 211.  
 Bauweise für die Wiesenstraße 68.  
 Beamtenbesoldung betr. 319.  
 Bedürfnisanstalten betr. 112.  
 Bepflanzungen von Straßen usw. 187.  
 Bibliothek betr. 303.  
 Bitte des Vorsitzenden 154.  
 Brückenverbreiterung betr. 329, 405.  
 Brunnenaufrichtung im Bürgerpark 213.  
 Bürgerpark betr. 17, 107, 213.  
 Bürgerrechtsgebühren-Erlaß 264, 303.
- Darlehn-Rückforderung 174.  
 Darlehn-Verzinsung 344.  
 Deputationswahl 3, 62, 276.  
 Desinfektionsanstalt betr. 132, 412.  
 Disziplinarverfahren betr. 267.  
 Dompredigerhaus betr. 225.  
 Dovefsegrundstück betr. 62.  
 Droschkenwesen betr. 65.  
 Drucklegung des Verwaltungsberichtes 224.
- Einführung von Stadtverordneten 2, 272.  
 Eingaben hiesiger Einwohner 154, 201, 234,  
 272, 368, 407.  
 Einsprachen gegen Straßenausbau 347, 348.  
 Einzugsfestlichkeiten betr. 122.  
 Eisbahn betr. 234, 411.  
 Elektrisches Lichtwerk betr. 20, 133, 154, 257.  
 Erklärung eines Stadtverordneten 451.  
 Erlaß von Bürgerrechtsgebühren 264, 303.  
 Ersatzleistung für in den Schulen abhanden  
 gekommene Sachen 98, 107.  
 Erwerb des Gewandhauses 33.  
 Erwerb von Straßenflächen und Grundstücken  
 82, 183, 213, 214, 256, 292, 502,  
 516.
- Fahrpreisanzeiger=Droschken 65.  
 Feuermelder-Anlegung 543.  
 Feuerwehr betr. 16, 99, 112, 413.  
 Fortbildungs- und Gewerbeschule 88, 292,  
 307.  
 Fußweg-Anlegung 68, 128, 131, 511.
- Gasanstalt betr. 266.  
 Gaspreise betr. 427.  
 Gasrohrlegung betr. 89, 112.  
 Gas- und Wasser-Verschaffung 81.  
 Gastwirtschafts-Konzessionen betr. 184.  
 Gehaltsverhältnisse der Lehrer und Beamten  
 69, 234, 277, 319.  
 Gemeinde-Kirchensteuer betr. 16.  
 Geschäftsordnungs-Debatte 102.  
 Gewandhaus betr. 33, 256, 397.  
 Gewerbeschule betr. 88, 292, 307.  
 Girokonto bei der Reichsbank 504.  
 Grunderwerbskosten-Berechnung 499.

- Grundsätze für Erweiterung des Kanal-, Gas- und Wasserrohrnetzes 89.
- Handelsgewerbe-Sonntagsruhe 91, 219.
- Hilfsschule betr. 381.
- Instandsetzung von Straßen und Plätzen 128, 129, 130, 213, 220, 221, 319, 334, 335, 380, 542.
- Jakobikirche betr. 72.
- Juristischen Hilfsarbeiter betr. 20.
- Kanal betr. 89, 128, 498.
- Katholische Schule betr. 515.
- Kinematographentheater betr. 522.
- Kirchenangelegenheiten betr. 72, 521.
- Kirchensteuer betr. 16.
- Klageerhebung 265.
- Kommisisionswahlen 3, 17, 62, 276.
- Kothsche Häuser betr. 328.
- Lagerplatz am Westbahnhofe 20.
- Landtagswahlen betr. 230, 254.
- Lehrerangelegenheiten betr. 69, 234, 267, 277.
- Leonhardplatz betr. 97, 105, 185.
- Lichtverk., elektr., betr. 20, 133, 154, 257.
- Luisenstift betr. 412.
- Magistratswegs-Aufhebung 256.
- Markthalle betr. 337.
- Markverkehr betr. 231.
- Martinikirche betr. 521.
- Missstände auf dem Ostbahnhofe 99.
- Müllabfuhr betr. 424.
- Nachrufe für Stadträte 200, 234.
- Neustadtmühle betr. 216, 435.
- Oberrealschule betr. 105, 106.
- Ortsbauplan-Änderungen 266, 296.
- Ortsstatut, betr. die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe 91, 219.
- Ortsstraßen-Aufnahme 302.
- Ostbahnhof betr. 99.
- Pachtermäßigung 320.
- Pflasterung von Straßen usw. 334, 380, 415, 515.
- Pflegehaus betr. 83.
- Plattenbelag auf verschiedenen Straßen 68, 128, 131, 335, 511, 543.
- Privateinrichtungs-Gesellschaft 429.
- Prüfung von Rechnungen 62, 320, 326.
- Quernerholz betr. 18.
- Radfahrweg-Anlegung 230, 252.
- Realschule betr. 308, 512, 514.
- Rechnungsabschlüsse betr. 62, 320, 326.
- Reichsbank-Girokonto-Einrichtung 504.
- Reitweg-Anlegung 188, 206.
- Rieselgut Steinhof 292, 380.
- Rohr-Auswechselungen 21.
- Rückforderung von Darlehen 174.
- Samariterverein betr. 450.
- Schlachthaus betr. 129, 235, 268, 277, 312.
- Schmuckanlagen a. d. Martinikirche 521.
- Schulärzte betr. 258.
- Schulen betr. 88, 98, 105, 106, 107, 258, 292, 308, 381, 381, 404, 512, 514, 515.
- Sonntagsruhe im Handelsgewerbe 91, 219.
- Sparkassen-Einrichtung 334, 368.
- Stadthaushaltsplan betr. 408.
- Stadtkassengebäude, ehem., betr. 340.
- Stadtpark betr. 540.
- Städtetag betr. 88.
- Straßenausbau betr. 212, 228, 336, 510, 542.
- Straßenbeleuchtung betr. 21, 130, 335.
- Straßenbepflanzung mit Bäumen 211.
- Straßenbewachung betr. 414.
- Straßendurchbruch betr. 186, 202.
- Straßeneisenbahn betr. 348.
- Straßen usw., die behandelt worden sind:
- Aegidienmarkt 335;
  - Alte Wäge 130, 213;
  - Amalienplatz 187;
  - Andreas Kirchplatz 128;
  - Bernerstraße 130;
  - Bertramstraße 418;
  - Bienroderweg 221, 341;
  - Bodestraße 130;
  - Böhlweg 266, 502;
  - Brabantstraße 296;
  - Bültenweg 212;
  - Cellerstraße 128;

## XII

Damn 213, 335;  
 Diesterwegstraße 303;  
 Echternstraße 21, 21, 128, 416;  
 Fallerslebertore, am, 21;  
 Friedrich-Wilhelmsplatz 130;  
 Friedrich-Wilhelmstraße 418;  
 Gliesmaroderstraße 511;  
 Göttingstraße 130;  
 Gildenstraße 416;  
 Heinrichstraße 130;  
 Helmstedterstraße 517;  
 Hermannstraße 303;  
 Heydenstraße 319;  
 Hildesheimerstraße 542;  
 Hintern Brüdern 186, 202;  
 Humboldtstraße 130;  
 Husarenstraße 131, 335;  
 Juliusstraße 112;  
 Karlstraße 214;  
 Katharinenkirche, a. d., 183, 217, 218,  
     425;  
 Kreuzstraße 415, 515, 542;  
 Kuhstraße 220;  
 Lanpestraße 68;  
 Langestraße 21, 129, 186, 202;  
 Leonhardplatz 97, 105, 185;  
 Magnikirche, a. d., 21;  
 Martinikirche, a. d., 521;  
 Mittelweg 218;  
 Nußbergstraße 130;  
 Nadeklint 21;  
 Nebenstraße 212, 230, 252, 336;  
 Reichsstraße 404;  
 Ritterstraße 21, 21;  
 Roosstraße 303;  
 Roßstraße 21, 211;  
 Sack 82;  
 Sandweg 542;  
 Scharnhorststraße 306;  
 Scharnstraße 21;  
 Schleinitzstraße 293, 347;  
 Schützenstraße 188;  
 Spinnerstraße 543;  
 Spohrplatz 334, 380;  
 Stadtpark, am, 130;

Taschenstraße 220;  
 Taubenstraße 266;  
 Theaterwall 542;  
 Wachholzstraße 130;  
 Waterloostraße 130, 228, 256, 348,  
     510, 511, 516;  
 Wendenstraße 328;  
 Wiesenstraße 68;  
 Wittekindstraße 303.

Straßenpolizeiordnung betr. 381.  
 Straßenreinigungsinstitut betr. 290.  
 Straßenverbreiterung betr. 188, 201.

Tarif der Straßeneisenbahn 348.  
 Taxen für Droschken 65.  
 Teppichklopfen betr. 184, 268.  
 Theater (Kinematographen-) betr. 522.  
 Trinkwasseranlage im Bürgerpark 17.

Ueberrnahme des Biernöder Weges 341.  
 Umsatzsteuer betr. 240.

Verkauf von Grundstücken usw. 82.  
 Verkehrserleichterungen betr. 226.  
 Verkehrsverein betr. 295, 404, 516.  
 Vermietung von Wohnungen usw. 217, 218, 218.  
 Verrechnung von Kosten für Mühlenanlagen 216.  
 Verwaltungsberichts-Drucklegung 224.  
 Verzinsung von Darlehen 344.  
 Viehhof-Errichtung 268, 277.  
 Volksbäder betr. 298, 439.  
 Vorarbeiten für den Bahnbau nach Celle 178.  
 Vorgärten-Anordnung 293.  
 Vorstehenden-Wahl 2, 276.

Wahl der Ausschüsse und Deputationen 3,  
     17, 62, 276.  
 Wahl des Vorstehenden usw. 2, 276.  
 Wahl von Vertretern für den Städtetag 88.  
 Waldspiele betr. 68.  
 Wassermesser-Beschaffung 81.  
 Wasserrohr-Verlegung 89, 302, 306.  
 Wohnungsbeaufsichtigung 223.

Zinsfußerhöhung für kleinere Darlehen 344.  
 Zuschuß zu den Vorarbeiten für den Bahnbau  
     nach Celle 178.

1907/1908.

Nr. 1.

**B e r i c h t**  
über die  
**Verhandlungen der Stadtverordneten**  
**zu Braunschweig**  
in deren Sitzung am 11. April 1907.

---

**Tagesordnung:**

- |   |         |
|---|---------|
| I. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters . . . . . | Seite 2 |
| II. Wahl der Ausschüsse und Deputationen. . . . .             | " 3     |
- 

Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte von Frankenberg und Wagner.

Entschuldigt die Herren Buchler, Frühling, Sander und Schmidt.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich eröffne die Sitzung. Auf Grund des § 6 des Verwaltungsstatuts ist der Vorsitzende des Magistrates berufen, die Herren zu der ersten Sitzung des neuen Finanzjahres einzuladen, was geschehen

ist. Nach der Städteordnung hat das an Lebensjahren älteste Mitglied der Versammlung die Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters zu leiten. Nach der mir vorliegenden Uebersicht der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung ist Herr Meyerhoff am 9. Juni 1842 geboren. Wenn niemand aus der Versammlung behauptet, älter zu sein, so bitte ich Herrn Meyerhoff, den Vorsitz zu übernehmen.

(Geschieht.)

Herr Meyerhoff: Neu eingetreten in die Versammlung sind die Herren Lehrer Bähr, Fabrikant Helmold, Eisenbahnsekretär Leue, Bankier Löhnefinke, Fabrikdirektor Ritter, Gürtler und Ziseleur Tolle und Rechtsanwalt Dr. jur. Boge; ausgeschieden die Herren Brückmann, Günther, Rathe, Nolte, Neplies, Stegmann und Wolff.

Wir würden nunmehr in die Tagesordnung eintreten.

### I. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters.

Herr Meyerhoff: Ich sehe Ihren gefälligen Vorschlägen entgegen.

Herr Koch: Ich möchte Sie bitten, für den ersten Vorsitzenden, der uns leider aus unserer Mitte genommen ist, den bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Hauswaldt, zu wählen, der schon zu verschiedenen Malen die Versammlung in vorzüglicher Weise geleitet hat.

Herr Kalms (zur Geschäftsordnung): Ich möchte eine Frage von prinzipieller Bedeutung zur Entscheidung vorstellen. Wenn nachher bei den Wahlen zu den Ausschüssen andere Vorschläge gemacht werden, so ist es meiner Ansicht nach nicht nötig, zu erklären, für wen der andere Vorschlag gemacht wird. In der Städteordnung habe ich wenigstens keine Bestimmung gefunden, die eine entgegenstehende Vorschrift enthält.

Herr Meyerhoff: Während meiner kurzen Amtsdauer habe ich keine Bestimmung kennen gelernt, die der Ansicht entgegensteht. Wenn aber der Magistrat darüber anderer Ansicht sein sollte, so möchte ich bitten, sich darüber auszusprechen.

Werden noch andere Vorschläge für die Stelle des Vorsitzenden gemacht? Das ist nicht der Fall.

Herr Koch: Ich beantrage Wahl durch Zuvuf.

Herr Jasper: Ich widerspreche diesem Wahlmodus und bitte, die Wahl in Gemäßheit der Städteordnung durch Stimmzettel vorzunehmen.

Herr Meyerhoff: Ich bitte den Stimmzettel mit einem Namen zu beschreiben. (Geschieht.) Abgegeben sind 29 Stimmzettel, wovon 21 den Namen des Herrn Hauswaldt tragen, während 8 unbeschrieben sind. Herr Hauswaldt ist demnach gewählt. Ich frage Herrn Hauswaldt, ob er die Wahl annimmt?

Herr Hauswaldt: Ich nehme die Wahl mit Dank an.

Herr Meyerhoff: Wir kommen zur Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden; ich bitte auch hier um Vorschläge.

Herr Koch: Ich möchte Ihnen Herrn Geh. Rat Fiedel vorschlagen. Er ist eins der ältesten Mitglieder der Versammlung und wir alle wissen, daß er zur Leitung von Versammlungen besonders befähigt ist. Gleichzeitig beantrage ich Wahl durch Zuruf.

Herr Jasper: Ich widerspreche dem letzteren Antrage.

Herr Meyerhoff: Dann bitte ich, die Wahl durch Stimmzettel vorzunehmen. (Geschieht.)

Abgegeben sind 31 Stimmzettel. Davon tragen 23 den Namen des Herrn Fiedel, und je 2 den Namen der Herren Kiefe und Wolters, während 4 unbeschrieben sind. Herr Fiedel ist somit gewählt. Nimmt Herr Fiedel die Wahl an?

Herr Fiedel: Ich nehme die Wahl mit bestem Danke an.

Herr Meyerhoff: Schon in der vorigen Sitzung ist unseres leider ausgeschiedenen Vorsitzenden gedacht. Ich habe deshalb nur noch den Wunsch, daß die an diese Stelle berufenen Herren ebenso unparteiisch, weder nach rechts noch nach links, nach oben oder zur Seite blickend, verfahren möchten, wie unser früherer Vorsitzender Wolff.

Herr Hauswaldt übernimmt den Vorsitz.

Vorsitzender: Anknüpfend an die letzten Worte des Herrn Altersvorsitzenden möchte ich von dieser Stelle aus versprechen, meinerseits alles zu tun, um unserm verehrten früheren Präsidenten in der Führung der Geschäfte ähnlich zu werden; ich möchte gleichzeitig auch Sie bitten, mich bei der Geschäftsführung zu unterstützen. —

Wir fahren nun in der Tagesordnung fort.

## II. Wahl der Ausschüsse und Deputationen.

Vorsitzender: Es ist bisher immer üblich gewesen, von einem Altersausschusse Vorschläge für die Besetzung der Ausschüsse und Deputationen machen zu lassen. Da indessen das Institut der Senioren nicht zu Recht besteht, so ist diesmal von solchen Vorschlägen abgesehen worden, ich habe vielmehr den Herrn



Oberbürgermeister gebeten, nur ein Verzeichniß der bisherigen Mitglieder der Ausschüsse und Deputationen vervielfältigen und jedem Mitgliede der Versammlung überreichen zu lassen, was geschehen ist. Hierdurch wird auch der früher erhobene Einwand hinfällig, daß die nicht zu dem Altersausschusse gehörenden Stadtverordneten majorisirt werden sollen. Zur Vereinfachung des Wahlmodus würde es vielleicht dienen, wenn nur für die Ausschußmitglieder Vorschläge gemacht würden, die der Versammlung nicht mehr angehören, jedoch will ich nicht vorgreifen.

Wir kommen nun zur Wahl der Statutenkommission. Es ist hier hergebrachte Sitte gewesen, daß der Vorsitzende der Versammlung zugleich Vorsitzender der Statutenkommission gewesen ist; ich möchte bitten, von dieser Gepflogenheit abzugehen, da ich glaube, der Stadtverwaltung mehr nützen zu können, wenn ich in der Finanzkommission bleibe, als wenn ich in die Statutenkommission komme.

Ausgeschieden aus der Statutenkommission ist Herr Wolff. Außerdem gehörten ihr an die Herren Altmann, Bluth, Bues, Sander, Schöttler und Weichsel. Werden für diese letzteren sechs Herren andere Vorschläge gemacht? — Das ist nicht der Fall. Dann darf ich annehmen, daß die Herren durch Zurf wieder gewählt worden sind. (Zustimmung.) Es würde dann ein Ersatz für Herrn Wolff zu wählen sein.

Herr Meyerhoff: Ich erlaube mir Herrn Voge vorzuschlagen.

Vorsitzender: Werden noch sonst Vorschläge gemacht? Das ist nicht der Fall. Wird es beliebt, Herrn Voge durch Zurf zu wählen? (Kein Widerspruch.) Wollen Sie Herrn Voge in die Statutenkommission wählen? (Zustimmung.) Herr Voge ist gewählt.

Wir kommen zur Finanzkommission. Sie bestand aus den Herren Buchler, Esdorn, Hauswaldt, Jasper, Jüdel, Schmidt und Wolters. Werden andere Vorschläge gemacht?

Herr Meyerhoff: Ich möchte vorschlagen sie so zu belassen.

Vorsitzender: Sind Sie mit der Wiederwahl durch Zurf einverstanden? (Ja.) Die Finanzkommission bleibt in ihrer bisherigen Zusammensetzung bestehen.

Wir schreiten zur Wahl der Baukommission, der die Herren Friede, Frühling, Rathe, Lübbe, Meyerhoff, Riese und Wolters angehörten. Für Herrn Rathe würde eine Neuwahl vorzunehmen sein. Ist gegen einen der übrigen sechs Herren etwas einzuwenden? (Nein.) Oder gegen deren Wiederwahl durch Zurf? (Nein.) Wollen Sie die sechs Herren wiederwählen? (Zustimmung.) Die Herren sind gewählt. An Stelle des Herrn Rathe sind die Herren Koch, Möhle und

Göcke vorgeschlagen worden, ich bitte zur Wahl durch Stimmzettel zu schreiten. (Geschieht.)

Abgegeben sind 32 Stimmzettel. Davon tragen je 13 den Namen des Herrn Göcke und Koch und 6 den Namen des Herrn Möhle. Es muß daher Stichwahl zwischen den Herren Göcke und Koch stattfinden.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich glaube, es darf nicht gleich zur Stichwahl geschritten werden, sondern die Wahl ist zunächst zu wiederholen.

Vorsitzender: Dann wiederholen wir die Wahl. (Geschieht.) Von den abgegebenen 32 Stimmen haben erhalten Herr Koch 16, Herr Göcke 15 und Herr Möhle 1 Stimme.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Die Städteordnung hat wegen dieser Wahlen keine genauen Bestimmungen, sondern die Sache liegt folgendermaßen: Im § 54 heißt es bezüglich der Wahl des Vorsitzenden und Protokollführers: „Die Stadtverordneten wählen jährlich . . . aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und Protokollführer und deren Stellvertreter durch volle Stimmenmehrheit. Wird diese nicht beim ersten Wahlgange erreicht, so tritt das in § 70, Abs. 3 vorgeschriebene Verfahren ein.“ Im § 70 ist das Verfahren bei der Wahl von Magistratsmitgliedern vorgeschrieben, dort heißt es im Absatz 3: „Die Wahl erfolgt nach voller Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Ist diese nicht sofort vorhanden, so wird die Wahl wiederholt. Wenn auch bei der zweiten Wahl niemand volle Stimmenmehrheit erhalten hat, so werden diejenigen beiden Personen, welche in der ersten und zweiten Wahl zusammen die meisten Stimmen gehabt haben, auf eine engere Wahl gebracht. Tritt bei dieser engeren Wahl Stimmengleichheit ein, so entscheidet das Los, welches durch den Leiter der Versammlung gezogen wird.“ Dieses Verfahren ist, wie die älteren Mitglieder der Versammlung noch wissen werden, bisher analog auch auf diese Wahlen angewendet worden. Die Versammlung kann aber bestimmen, daß nach dem ergebnislosen Verlaufe der ersten Wahl sofort zur Stichwahl geschritten wird. Ich möchte bitten, zu dieser Frage Stellung zu nehmen, da der Magistrat die Verantwortung nicht übernehmen kann, sondern es sich um eine Sache der Versammlung handelt. Eine besondere Vorschrift ist für diese Wahlen in der Städteordnung nicht enthalten.

Vorsitzender: Da wir jetzt mitten in der Wahl sind, müssen wir auch das einmal eingeschlagene Wahlverfahren wenigstens bei dieser Kommission durchführen; ich bitte daher zur Stichwahl zwischen den Herren Koch und Göcke zu schreiten. (Geschieht.) — Jeder der beiden Herren hat 16 Stimmen erhalten, so daß ich das Los zu ziehen habe. (Geschieht.) Das Los hat für Herrn Koch entschieden, der damit gewählt ist.

Es folgt die Befegung der Schulkommission. Bisher wurde sie gebildet aus den Herren Brückmann, Buchler, Fricke, Koch und Nolte. Die Herren Brückmann und Nolte gehören der Versammlung nicht mehr als Mitglieder an. Werden die drei anderen Herren durch Zurf wiedergewählt? (Ja.) Ich konstatiere das. Dann bitte ich um Vorschläge für die Herren Brückmann und Nolte. Es sind vorgeschlagen die Herren Leue, Bähr, Möhle und Bunge.

Ich möchte vorschlagen, bei den weiteren Wahlen den § 70, Abs. 3 der Städteordnung nicht anzuwenden, sondern wie bei anderen Wahlen zu verfahren, sobald im ersten Wahlgange eine volle Stimmenmehrheit nicht erzielt werden sollte. Die Wahlen zu den Kommissionen haben doch nicht die Wichtigkeit, wie die Wahlen zum Magistrat oder zum Vorsitzenden der Versammlung, weshalb ein einfacheres Wahlverfahren Platz greifen kann. Sind die Herren damit einverstanden? Ich konstatiere das.

Ich bitte nun, zwei Namen auf den Stimmzettel zu schreiben. (Geschieht.) — Abgegeben sind 32, darunter 31 gültige Stimmzettel. Es haben erhalten die Herren Möhle 18, Leue 17, Bähr 12, Bunge 8, Esdorn 2 Stimmen und die Herren Bluth, Bues, Jüdel, Meyerhoff und Wolters je 1 Stimme. Die Herren Möhle und Leue sind demnach gewählt.

Es folgen die Wahlen zu den Deputationen.

Durch Zurf werden wiedergewählt:

in die Deputation für die Verwaltung des Museums die Herren Bankier Artur Löbbecke, Rentner Karl Magnuß, Hauswaldt, Lübbe, Sander und Wolters;

in die Deputation für die Verwaltung des Archivs und der Bibliothek die Herren Oberlehrer Bergmann und Justizrat Engelbrecht;

in die Deputation zur Vorbereitung von Angelegenheiten der vereinigten Versammlung von Magistrat und Stadtverordneten die Herren Ahmann, Bluth, Bues, Sander, Schöttler und Weichsel, neu gewählt wird an Stelle des Herrn Wolff Herr Voge.

Die sodann zur Wahl stehende Deputation wegen Errichtung einer Zentralbadeanstalt soll auf Beschluß der Versammlung fortfallen, da diese Deputation nach der Mitteilung des Herrn Oberbürgermeisters Metemeyer ihre Arbeiten beendet hat und eine Vorlage wegen dieser Badeanstalt der Versammlung in kürzester Frist zugehen wird.

Weiter werden durch Zurfuf wieder- oder neugewählt:

in die Deputation zur Leitung des Feuerlöschwesens die Herren Bues und Wolters;

in den Schulvorstand für die Bürgerschulen Herr Hauswaldt;

in den Schulvorstand für die beiden Mädchenschulen die Herren Frühling und Probst;

in den Vorstand der katholischen Schule Herr Bähr;

in den Vorstand für die Oberrealschule die Herren Ritter und Schöttler;

in die Deputation für die Gewerbeschule die Herren Schöttler und Wesemeier.

In die sodann zur Wahl stehende Deputation für die Licht- und Wasserwerke beantragt Herr Jasper Herrn Ohlendorf zu wählen, während Herr Esdorn Herrn Kalms in Vorschlag bringt. — Gewählt werden durch Stimmzettel die Herren Fudel mit 27, Meyerhoff und Schöttler mit je 24 und Probst mit 21 von den abgegebenen 32 Stimmen. Außerdem erhielten an Stimmen: Herr Kalms 10, Herr Ohlendorf 9, die Herren Bues, Koch, Voge und Wolters je 2 Stimmen und die Herren Akenhausen, Esdorn, Göcke, Ribbentrop und Weichsel je 1 Stimme.

Durch Zurfuf werden darauf gewählt:

in die Deputation für das Schlachthaus die Herren Bluth und Kalms, sowie

in die Straßenreinigungsdeputation die Herren Bues und Göcke.

Für die Marktdeputation bringt Herr Jasper Herrn Bunge in Vorschlag.

Gewählt werden durch Stimmzettel die Herren Koch mit 26, Esdorn mit 25, Kalms mit 23 und Probst mit 19 von 32 abgegebenen Stimmen. Außerdem erhielten die Herren Bunge 12, Schöttler 4, Lübke 3, Bähr, Göcke, Helmold und Ribbentrop je 2 Stimmen, sowie Bues, Jasper, Fudel, Leue, Meyerhoff, Riese, Weichsel und Wesemeier je 1 Stimme.

Zu der Wahl der Deputation für Aufschließung von Quellwasser bemerkt Herr Probst: Ich glaube, es ist nicht nötig, daß die Deputation weiter besteht, da sie in der Hauptsache ihre Tätigkeit beendet hat und das andere die Deputation für die Licht- und Wasserwerke übernehmen könnte.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Meiner Meinung nach könnte allerdings die weitere Ausführung des neuen Wasserwerkes der eben bezeichneten Deputation übertragen werden, jedoch ist dabei so viel zu erleben, was nicht lediglich

die Bauausführung betrifft, daß ich dafür sein möchte, die Deputation für Aufschließung von Quellwasser zunächst noch weiter bestehen zu lassen.

Gewählt werden durch Zuvuf die Herren Südel, Kiefe, Schöttler, Wesemeier und Wolters und durch Stimmzettel Herr Tolle mit 15 von 27 abgegebenen Stimmen. 11 Stimmen erhielt Herr Löhnefinke und 1 Stimme Herr Bunge, während 5 Stimmzettel ungültig waren.

In die Deputation für das Rieselgut und die Pumpstation beantragt Herr Tasper für Herrn Schmidt Herrn Ohlendorf zu wählen.

Durch Zuvuf wurden wiedergewählt die Herren Rentner Ohlmer, Amtmann Saul, Vues und Wolters, während durch Stimmzettel Herr Schmidt mit 20 von 31 abgegebenen Stimmen wiedergewählt wird. Herr Ohlendorf erhält 11 Stimmen.

Für die Deputation zur Einschätzung gewerblicher Etablissements zu besonderen Wegegeld- und Kanalsteuerbeiträgen bringt Herr Tasper an Stelle des ausgeschiedenen Herrn Günther Herrn Hesse in Vorschlag.

Wiedergewählt werden durch Zuvuf die Herren Ackenhausen, Buchler, Esborn und Göcke. Bei der Ersatzwahl für Herrn Günther erhielten die Herren Hesse 12, Helmold 10 und Möhle 10 von den abgegebenen 32 Stimmen. Da die Herren Helmold und Möhle eine gleiche Stimmenzahl auf sich vereinigten, so wird die Wahl wiederholt. Hierbei erhalten die Herren Hesse 14 und Helmold und Möhle je 9 Stimmen.

Herr Möhle: Ich bin gern bereit zurückzutreten.

Vorsitzender: Während der Wahlhandlung kann niemand mehr zurücktreten. Ich schlage vor, daß die Herren Helmold und Möhle um die Stichwahl lösen.

Herr Meyerhoff: Was soll uns hindern, wenn einer der Herren freiwillig zurücktritt, ihn von der Wahl zu befreien?

Vorsitzender: Gewöhnlich ist es Brauch, daß während des Wahlverfahrens keine Aenderungen mehr in Vorschlag gebracht werden können. Sind die Herren einverstanden, daß Herr Möhle zurücktritt? (Ja!) Dann würde eine Stichwahl zwischen den Herren Helmold und Hesse stattfinden haben.

Bei der Stichwahl wird Herr Helmold mit 18 Stimmen gewählt, während Herr Hesse 14 Stimmen erhält.

Es folgt die Wahl der Deputation für den Bürgerpark und den Stadtpark, die bislang aus den Herren Rentner Karl Magnus, Kaufmann Arnold Rimpau, Hauswaldt und Koch bestand.

Vorsitzender: Herr Rimpau läßt bitten, von seiner Wiederwahl Abstand zu nehmen. Es sind zur Wahl in die Deputation vorgeschlagen worden die Herren Ackenhausen, Günther, Löhnefinke und Ohlendorf. Wir müssen daher durch Stimmzettel wählen. (Geschicht.) Gewählt sind die Herren Rentner Karl Magnus mit 26, Hauswaldt mit 24, Koch mit 21 und Löhnefinke mit 20 von 31 abgegebenen Stimmen. Außerdem haben Stimmen erhalten die Herren Günther 9, Ohlendorf 8, Ackenhausen 4, Bues 2 Stimmen und Bluth, Bunge, Hesse, Kalmß, Meyerhoff, Ribbentrop, Rieße, Rimpau, Tolle und Wolters je 1 Stimme.

Bei der Wahl in das Stadtbauamt, dem bisher die Herren Wesemeier, Wolters und Architect Heinrich Campe als Mitglieder, sowie Stegmann, Ribbentrop und Schmidt als Stellvertreter angehörten, bemerkt der Herr Vorsitzende, daß Herr Wolters gewünscht habe, aus dem Stadtbauamte auszuscheiden, während Herr Stegmann aus der Versammlung geschieden sei.

Herr Lübke: Ich beantrage, für Herrn Wesemeier Herrn Weichsel in das Stadtbauamt zu wählen und für Herrn Wolters Herrn Helmold, sowie als Ersatzmann für Herrn Stegmann Herrn Voge.

Herr Ahmann: Als Nachfolger des Herrn Stegmann schlage ich Herrn Ohlendorf vor.

Vorsitzender: Ich möchte vorschlagen, uns zunächst über die Wiederwahl der Herren Campe, Ribbentrop und Schmidt zu einigen, die bislang nicht beanstandet sind. (Zustimmung.) Sind Sie mit deren Wiederwahl durch Zuruf einverstanden? (Ja!) Dann konstatiere ich, daß die drei Herren wiedergewählt worden sind.

Nun sind noch drei Herren durch Stimmzettel in das Stadtbauamt zu wählen und zwar die beiden ersten als Mitglieder und der dritte als Stellvertreter.

Herr Südel: Ich habe gehört, daß Herr Weichsel mit in Vorschlag gebracht worden ist. Da Herr Weichsel schon weggegangen ist, so möchte ich in dessen Namen ersuchen, ihn nicht in das Stadtbauamt zu wählen, weil er beim besten Willen die dort geforderten Arbeiten wegen Mangel an Zeit nicht verrichten kann.

Vorsitzender: Herr Weichsel hat mich auch gebeten, ihn nicht in die Einschätzungskommission zu wählen.

Herr Ribbentrop: Ich schlage Herrn Probst vor.

Herr Voge: Für mich tritt derselbe Grund der Ablehnung wie bei Herrn Weichsel ein, denn auch ich fürchte, zu stark in Anspruch genommen zu werden.

Herr Lübke: Unter diesen Verhältnissen ziehe ich meinen Vorschlag bezüglich des Herrn Weichsel zurück. Dagegen möchte ich Herrn Voge bitten, das Amt zu übernehmen, da er noch in keiner Weise belastet ist und die neu in die Versammlung eingetretenen Herren auch Lasten mit übernehmen müssen.

Vorsitzender: Ich bin lange Jahre im Stadtbauamte gewesen und weiß, welche große Belastung darin liegt, wenn man jeden Freitag nachmittag im Stadtbauamte festsetzt.

Herr Kiefe: Ich verstehe nicht, weshalb in das Stadtbauamt mit Gewalt Juristen gewählt werden sollen. Ich bin seinerzeit nicht wieder hineingewählt, weil solches meiner Beschäftigung wegen nach den Bestimmungen nicht zulässig war; jetzt ist Herr Wesemeier drin, der wenigstens Fachmann ist und kein selbständiges Geschäft treibt, und ich sehe nicht ein, weshalb er wieder hinausgewählt und für ihn ein Jurist hineingebracht werden soll. Ich glaube, Sie tun dem Stadtbauamte damit keinen Gefallen.

Herr Meyerhoff: Wenn man auch dem Stadtbauamte keinen großen Gefallen damit tut, Juristen oder Sachverständige hineinzuwählen, so kann mich das doch wenig genieren, meiner Meinung Ausdruck zu geben. Ich halte den Vorschlag des Herrn Lübke nicht für abweisbar, denn gerade die Auslegung des Ortsbau-statuts erfordert mehr, als ein Bauberständiger häufig versteht. Mir wäre es deshalb sehr lieb, wenn einige Juristen im Stadtbauamte säßen. Fachmänner können wir im allgemeinen nicht hineinwählen, also weiß ich keinen besseren Rat, als Juristen hineinzubringen.

Herr Esdorn: Zwei Juristen haben schon abgelehnt, ich möchte daher den dritten vorschlagen, Herrn Jäsper.

Herr Wolters: Es tut mir leid, daß wir die Herren Lübke und Kiefe nicht in das Stadtbauamt wählen können. Da im Stadtbauamte sehr viele Fragen vorkommen, die der juristischen Auslegung wert sind, so kann ich mich den Ausführungen des Herrn Meyerhoff nur anschließen und bitten, einen Juristen hineinzuwählen.

Herr Kalms: Ich möchte Herrn Bues vorschlagen.

Herr Ahmann: Ich kann mich den Ausführungen des Herrn Kiefe anschließen. Wenn es richtig ist, was Herr Meyerhoff sagt, daß im Stadtbauamte juristische Tüfteleien vorkämen, so muß ich sagen: das läßt tief blicken! Wenn es erst so weit gekommen ist, daß wir Juristen in das Stadtbauamt stecken müssen, um den Tüfteleien unserer städtischen Baubeamten entgegenzutreten, so ist es wirklich schlimm. Ich möchte bitten, Fachmänner in das Stadtbauamt zu wählen.

Herr Jäsper: Aus den von Herrn Boge angeführten Gründen möchte ich ebenfalls die Wahl zum Stadtbauamte ablehnen. Ich kann mir die Vorschläge nur so erklären, daß sie vom Parteistandpunkte aus gemacht worden sind, wie die Herren diesen Standpunkt bei den ganzen Wahlen zum Ausdruck gebracht haben. Sie wollen eben nicht, daß die sozialdemokratischen Stadtverordneten nach ihrer

Stärke in den Kommissionen und Deputationen zur Geltung kommen. Sie zeigen, daß Sie nicht mit der erforderlichen Sachlichkeit zu Werke gehen wollen. Wenn Sie das wollen, gut, so können Sie es haben.

Herr Lübke: Ich habe soeben den ersten Aenderungsvorschlag an der Liste gemacht und ich glaube, es der Versammlung nicht schuldig zu sein, diesen Vorschlag näher zu begründen. Als Grund dafür möchte ich anführen, daß von dem Herrn Vorredner heute schon die verschiedensten Abänderungen an der Liste beantragt worden sind, ohne Gründe dafür anzuführen. Da das bisher nicht üblich war, so ist es ein unberechtigtes Verlangen, daß ich meine Gründe hier öffentlich darlegen soll. Mein Aenderungsvorschlag hatte eine praktische Grundlage. Fachmänner, die gewissermaßen ein Gewerbe betreiben, dürfen wir nicht hineinwählen, weshalb Herr Riese und ich haben austreten müssen. Nun wüßte ich aber nicht, was für Sach- und Fachkenntnis Herr Wesemeier auf diesem Gebiete besitzen soll, meiner Meinung nach gar keine. Wenn einzelne der vorgeschlagenen Herren ablehnen, so bedaure ich das, aber ich halte den Vorschlag aufrecht, die Herren Helmold und Probst als Mitglieder und Boge als Stellvertreter zu wählen, und ich glaube, daß wir damit dem Stadtbauamte einen Dienst erweisen.

Herr Asmann: Ich will nicht dem Stadtbauamte, sondern der Allgemeinheit mit meinem Vorschlage einen Dienst erweisen. Wenn der Herr Vorredner sagt, welche Fachkenntnis Herr Wesemeier besitze, so kennt er diesen eben nicht, und auch damit ist er im Unrecht, wenn er sagt, Fachleute dürften nicht ins Stadtbauamt gewählt werden. Das darf nur insoweit nicht geschehen, als sie einen selbständigen Gewerbebetrieb haben und ihre Stellung im Stadtbauamte ausnützen könnten.

Herr Meyerhoff: Herr Jasper hat sich so ausgedrückt, als ob von einer Seite die Macht mißbraucht werde. Ich will nicht darauf zurückkommen, was die Herren gegen uns schon alles ausgespielt haben, sondern ich will nur darauf hinweisen, daß für die drei Hauptkommissionen — Statuten-, Finanz- und Baukommission — von keiner Seite Veränderungen vorgeschlagen worden sind. Ich möchte deshalb Herrn Lübke in Schutz nehmen, der die besten Absichten bei seinem Antrage gehabt hat.

Herr Jasper: Ueber die beste Absicht des Herrn Lübke will ich mit Herrn Meyerhoff nicht streiten, aber ich will hervorheben, daß in nahezu keine Deputation ein Vertreter der Sozialdemokratie gewählt worden ist und daß ich meine Gegenvorschläge auf solche Deputationen beschränkt habe, in denen kein Sozialdemokrat war. Wenn die Versammlung fast zu einem Fünftel aus Sozialdemokraten besteht, so ist es unbillig, in Deputationen von 7 Personen keinen Sozialdemokraten abzuordnen.



Herr Bues: Ich möchte bitten, von meiner Wahl Abstand zu nehmen.

Vorsitzender: Ich bitte, nunmehr zur Wahl zu schreiten und drei Namen auf einen Stimmzettel zu schreiben. (Geschieht.) — Gewählt sind von 31 abgegebenen Stimmen die Herren Wesemeier und Helmold als Mitglieder des Stadtbauamtes mit je 17 Stimmen. Außerdem erhielten Herr Probst 13, Herr Jasper 7, und Herr Wechsel 5 Stimmen, während je 1 Stimme auf die Herren Bues, Hesse und Voge entfiel.

Für den Stellvertreter sind Stimmen abgegeben: 15 für Herrn Voge, 10 für Herrn Ohlendorf, 4 für Herrn Jasper und je 1 für die Herren Wesemeier und Wolters. Da niemand die absolute Mehrheit erhalten hat, so findet Stichwahl zwischen den Herren Voge und Ohlendorf statt. (Geschieht.) Gewählt ist Herr Ohlendorf mit 16 Stimmen, während Herr Voge 15 Stimmen erhielt.

Das Stadtbauamt besteht daher aus den Herren Wesemeier, Helmold und Campe als Mitgliedern und (in derselben Reihenfolge) aus den Herren Ohlendorf, Ribbentrop und Schmidt als Stellvertretern.

Weiter werden darauf durch Zuruf wieder- oder neugewählt:

in die Quartierbehörde die Herren Ribbentrop und Wesemeier als Mitglieder und Sander und Fricke als Stellvertreter;

in den Gesundheitsausschuß die Herren Meyerhoff, Bluth, Direktor von Feilisch, Stadtbaumeister Gebensleben, Sanitätsrat Dr. Henking, Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Beckurts, Chemiker Dr. Mehring und Buchdruckereibesitzer Günther;

in die Kommission für Einschätzung der Gewerbesteuer die Herren Akenhausen, Helmold, Kalms und Ohlendorf, nachdem Herr Bues gebeten hatte, von seiner Wiederwahl abzusehen.

Die Besetzung der Kommission zur Begutachtung der Gemeindesteuer-Rekursreklamationen, die aus den vier Vorsitzenden der Einschätzungskommissionen zu bestehen pflegt, wird auf Vorschlag des Herrn Stadtrat von Frankenberg bis zur Wahl dieser Vorsitzenden verschoben.

Durch Zuruf werden sodann wiedergewählt:

als Klassenrevisor Herr Buchler;

in das Kirchen- und Stiftungskassenkollegium Herr Hauswaldt;

in die Deputation für Prüfung des Bahnhofssprojektes die Herren Frühling, Hauswaldt, Lübke, Rieke und Schöttler.

In die Deputation für Ausführung städtischer Bauarbeiten werden durch Zuzuf wieder gewählt die Herren Frühling und Wolters als Mitglieder und Lübke als Stellvertreter. Für den zweiten Stellvertreter, an Stelle des Herrn Rathe, werden Stimmen abgegeben 14 für Herrn Fricke, 9 für Herrn Esborn und 8 für Herrn Hesse. In der dann folgenden Stichwahl erhalten die Herren Esborn und Fricke je 15 Stimmen, worauf das Los für Herrn Esborn entscheidet.

Damit sind die Wahlen beendet, worauf die Sitzung geschlossen wird.

Dauer von 4 bis 7 Uhr.

---

# Verzeichnis

der am 1. April 1907 im Amte befindlichen Stadtverordneten:

Laufende Nr.	Des Stadtverordneten		Gewählt		Laufende Nr.	Des Stadtverordneten		Gewählt	
	Name	Stand	v. d. Klasse	im Bezirk		Name	Stand	v. d. Klasse	im Bezirk
1	Ackenhausen . .	Kaufmann	II	IV	20	Löhnefinke . . .	Bankier	I	II
2	Altmann . . . .	Geschäftsführer	III	II	21	Lübke . . . . .	Professor	I	III
3	Bähr . . . . .	Lehrer	III	II	22	Meyerhoff . . .	Schlossermeister	II	I
4	Bluth, Dr. med.	Prakt. Arzt	II	III	23	Möhle . . . . .	Kaufmann	II	II
5	Buchler, Walter	Kaufmann	I	IV	24	Ohlendorf . . .	Lagerhalter	III	IV
6	Bues, Heinrich .	Kentner	III	I	25	Probst . . . . .	Apotheker	I	IV
7	Bunge . . . . .	Friseur	III	IV	26	Ribbentrop . .	Major a. D.	I	III
8	Esborn . . . . .	Kaufmann	II	IV	27	Riefe . . . . .	Maurer	III	III
9	Fricke, Louis .	Malermeister	III	I	28	Ritter . . . . .	Fabrikdirektor	I	II
10	Frühling . . . .	Baurat	I	I	29	Sander, Karl .	Malermeister	II	III
11	Göcke, Theod. .	Kreis-Zimmermeister	II	II	30	Schmidt, Paul .	Maschinenfabrikant	I	III
12	Hauswaldt, Hermann . . . .	Kommerzienrat	I	I	31	Schöttler . . . .	Geh. Hofrat	I	II
13	Hesse . . . . .	Kaufmann	III	IV	32	Tolle . . . . .	Professor	III	I
14	Helmold . . . .	Fabrikant	II	IV			Glütler und Ziseler		
15	Jasper, Dr. jur.	Rechtsanwalt	III	II	33	Voge, Dr. jur. .	Rechtsanwalt	II	III
16	Jüdel . . . . .	Geh. Kommerzienrat	II	I	34	Weichsel . . . .	Rechtsanwalt	I	IV
					35	Wesemeier . . .	Redakteur	III	III
17	Kalms . . . . .	Hoftraiteur	II	II	36	Wolters, Dr. jur.	Hofbrauhausbesitzer	I	I
18	Koch, Albert . .	Kentner	II	I					
19	Leue . . . . .	Eisenbahnsekretär	III	III					





1907/1908.Nr. 2.

# B e r i c h t

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 25. April 1907.

---

### Tagesordnung:

I. Gemeindefkirchensteuer für 1907/08 . . . . .	Seite 16
II. Trinkwasseranlage im Bürgerparke . . . . .	" 17
III. Wahl eines Kommissionsmitgliedes . . . . .	" 17
IV. Antrag Weichsel: Instandsetzung des Weges nach dem Querumer Holze . . . . .	" 18
V. Antrag Weichsel: Einstellung eines juristischen Hilfsarbeiters etc. . . . .	" 20
VI. Antrag Weichsel: Verbilligung des elektrischen Lichtes . . . . .	" 20
VII. Baulichkeiten auf dem Lagerplatze am Westbahnhofe . . . . .	" 20
VIII. Rohrauswechselungen in verschiedenen Straßen . . . . .	" 21
IX. Erweiterung der Straßenbeleuchtung . . . . .	" 21
X. Badeanstalt für Frauen . . . . .	" 21
XI. Erwerb und Verwendung des Gewandhauses . . . . .	" 33
XII. Baulichkeiten auf dem Altstadtrathaus-Grundstücke . . . . .	" 58

~~~~~

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte Heymann, von Frankenberg, Wagner und Lord.  
Entschuldigt die Herren Esborn und Schmidt.

Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt, eröffnet die Sitzung und erteilt vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort

Herrn Oberbürgermeister Ketemeyer: Meine Herren! Es sind mir heute morgen bei dem Brande auf dem Geredeschen Grundstücke an Ort und Stelle Beschwerden vorgetragen insbesondere darüber, daß die eine der beiden Dampfspritzen nicht rechtzeitig an Ort und Stelle gewesen sei; auch wurde über einen ungenügenden Wasserdruck geklagt. Der Magistrat hat infolge eines heute morgen gefaßten Beschlusses bereits Erhebungen über diese Klagen veranlaßt. —

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

### I. Gemeindefkirchensteuer für 1907/08.

Bei Uebersendung des Voranschlages der Gemeinde Kirchencasse für das Jahr 1907/08 bemerkt der Magistrat, daß er die einzelnen Ansätze der Ausgaben für erforderlich zur ordnungsmäßigen Befriedigung der kirchlichen Bedürfnisse halte. An Gemeindefkirchensteuer sind 99 000 M in Ansatz gebracht worden, 500 M mehr als im Vorjahre. Trotz der Beschränkung der Ausgaben auf das notwendigste und trotz Uebernahme der zweiten Rate der für die Erweiterung des Zentralfriedhofes ausgelegten Summe mit 14 000 M auf die außerordentliche Ausgabe, während die erste Rate mit 13 000 M im Vorjahre auf die ordentliche Ausgabe übernommen werden konnte, schließt der diesmalige Voranschlag mit einem Fehlbetrage von 7 000 M ab. Dieses ungünstige Ergebnis ist darauf zurückzuführen, daß 1906/07 ein aus der Verwaltung vom Jahre 1904/05 herrührender Ueberschuß von 24 459,35 M eingestellt werden konnte, daß dagegen für 1907/08 nur ein Ueberschuß von 15 228,20 M aus 1905/06 zur Verfügung steht, und ferner auf das Anwachsen der Ausgabe an Zinsen auf die zur Bestreitung von Kirchenbaukosten zc. angeliehenen Gelder.

Die Kirchensteuer ist im vorigen Jahre in Höhe von 6 % der den Pflichtigen zur Last fallenden Gemeinde-Einkommensteuer ausgeschrieben. Das Kirchencassen-Kollegium sieht davon ab, eine Erhöhung des Prozentsatzes zu beantragen, hält es aber mit Rücksicht auf die nur geringe Steigerung der Steuerkraft auch nicht für angebracht, einen höheren Betrag als 99 000 M an Kirchensteuer einzustellen, sondern hofft, den Fehlbetrag durch den nach dem Rechnungsabschlusse für 1906/07 voraussichtlich verbleibenden Ueberschuß decken zu können.

Demnach ersucht der Magistrat, zuzustimmen, daß für das Rechnungsjahr 1907/08 eine Kirchensteuer von 6 % der Gemeinde-Einkommensteuer ausgeschrieben werde. Die Verhandlungen wegen Instandsetzung des Turmes der Andreaskirche werden zur Kenntnisaahme beigelegt. Für 1907/08 sind 46 000 M in den Etat eingestellt worden.

Namens der Finanzkommission berichtet über die Vorlage Herr Hauswaldt: Der Voranschlag ist mit der größten Vorsicht und Einschränkung aufgestellt worden; es ist alles gestrichen, was nur möglich war und was vielleicht unter anderen finanziellen Verhältnissen den Nutznießern der einzelnen Pfarrwohnungen gewährt worden wäre. Trotzdem ist es nicht gelungen, den Etat zu balanzieren; allerdings ist er so gespannt, daß wir zur Erhöhung der Kirchensteuer schreiten müssen, sobald eine außerordentliche dauernde Belastung des Stats eintreten sollte.

Was die Instandsetzung des Andreasturmes anlangt, so befindet sich dieser Turm in einem so schlechten Zustande, daß die städtische Bauverwaltung es nicht mehr länger mit ihrer Pflicht vereinbaren konnte, ihn so zu belassen, sondern es für durchaus notwendig hielt, daß etwas geschieht, wenn wir dies alte Wahrzeichen der Stadt erhalten wollen. Wie hoch sich die für die Instandsetzung des Turmes erforderlichen Summen belaufen werden, läßt sich noch nicht feststellen, geschätzt sind die Ausgaben auf 200 000 M.

Namens der Finanzkommission beantrage ich, zu genehmigen, daß für 1907/08 eine Kirchensteuer von 6 % der Gemeinde-Einkommensteuer ausgeschrieben werde.

Der Antrag wird genehmigt.

## II. Trinkwasseranlage im Bürgerparke.

Der Ausschuß für Volks- und Jugendspiele teilt dem Magistrate mit, daß sich zur Benutzung des Spielplatzes im Bürgerparke an der Eisenbütteleistraße zwei Vereine und sechs Lehranstalten mit zusammen 36 Stunden in der Woche angemeldet haben und daß es notwendig sei, eine Trint- und Waschgelegenheit für den Platz zu beschaffen. Vom Magistrate wird ersucht, sich mit Einrichtung einer Trinkwasseranlage einverstanden zu erklären und die auf 500 M veranschlagten Kosten zu verwilligen,

was auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Frühling berichtet, geschieht.

## III. Wahl eines Kommissionsmitgliedes.

Vorsitzender: Herr Buchler, der in die Finanz- und die Schulkommission gewählt worden ist, hat gebeten, ihn von der Schulkommission zu befreien, und es ist das nicht mehr als recht und billig. Ich bitte um Vorschläge. (Geschieht.) Es sind vorgeschlagen die Herren Bähr, Löhnefinke und Ohlendorf, jedoch hat letzterer gebeten, von seiner Wahl abzusehen und dafür Herrn Bähr als Fachmann zu wählen. Ich bitte, einen Stimmzettel mit einem Namen zu beschreiben. (Geschieht.) Es sind abgegeben 33 Stimmzettel, davon tragen je 16 den Namen der Herren Bähr und Löhnefinke, während 1 Zettel den Namen des Herrn Ohlendorf aufweist; es hat also Stichwahl zwischen den beiden erstgenannten Herren



stattzufinden. (Geschicht.) Gewählt ist Herr Bähr mit 18 Stimmen, während Herr Löhnefinke 16 von 34 abgegebenen Stimmen erhielt. Herr Bähr hat die Wahl angenommen.

#### IV. Antrag Weichsel: Instandsetzung des Weges nach dem Querumer Holze.

Der in der Sitzung vom 25. März d. Js. — Seite 461 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, in Verhandlungen mit der Gemeinde Querum und der Herzoglichen Kreisdirektion Braunschweig einzutreten zwecks Verbesserung des vom Bültenwege nach dem Querumer Walde führenden Weges.“

Namens der Baukommission berichtet über den Antrag Herr Kieke: Wenn wir dort Wandel schaffen wollen, müssen wir auf beiden Ufern der Schunter Brücken anlegen, die viel länger sind, als die eigentliche Schunterbrücke. Die Kosten dieser Brücken könnten sich auf 20 000 bis 25 000 M belaufen, und die Baukommission ist der Ansicht, Ihnen aus diesem Grunde mit Rücksicht auf die finanzielle Lage der Stadt die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Bei Gelegenheit dieser Beratung kam auch zur Sprache, daß es im Interesse der Spaziergänger viel notwendiger sein würde, den Weg nach dem Querumer Holze mit Bäumen zu bepflanzen, um ihn schattig zu machen. Zu dem Zwecke müßte aber zuvor ein Streifen Kammerländerei angekauft werden und das geht nicht so schnell, auch steht diese Anlage nicht mit zur Beratung.

Herr Weichsel: Es kommt mir vor, als ob man mit der hohen Summe, die die Brücke kosten soll, uns gruselig machen will, und ich möchte wohl wissen, ob wirklich derartige Kosten nötig sein würden. Selbstverständlich läßt sich ein solches Projekt so hoch veranschlagen und das Geld mit einiger Mühe auch hinterher unterbringen. Wenn man aber in Anbetracht des Zustandes der Brücke deren gleichartige Verlängerung nach beiden Seiten hin in Aussicht nimmt und im übrigen eichene Pfähle in das Erdreich schlägt und sie mit Bohlen oder Platten bedeckt, so möchte ich den Baumeister sehen, der hierfür 20 000 bis 25 000 M unterbringen wollte. Die Notwendigkeit der Höhe der Kosten kann ich also nicht einsehen, wohl aber eine gewisse Notwendigkeit, den jetzigen Zustand zu verbessern. Es ist ein großer Fehler, daß wir so schlechte Zugänge nach den benachbarten Waldungen besitzen, und die Stadt dürfte doch wohl einiges Interesse, ja selbst eine gewisse Verpflichtung haben, für deren Verbesserung zu sorgen. Wir haben hier wohl schöne Parkanlagen, aber ganz ungenügende Zugänge zu unseren Waldungen und da muß Abhilfe geschaffen werden. Die Bepflanzung des Weges

mit Bäumen würde ich für ganz wünschenswert, aber nicht für durchaus notwendig halten, während ich die Durchführung meines Antrages trotz des entgegenstehenden Standpunktes der Kommission für notwendig und die Aufwendungen nicht für unnütz halte. Es würde mir leid tun, wenn die Sache hier einfach so begraben würde.

Herr Lübke: Ich bin zu meinem Bedauern nicht in der Kommissionsverhandlung gewesen und muß daher meinen Standpunkt hier darlegen. Im großen ganzen teile ich die Ansicht des Herrn Weichsel und würde es mit Freuden begrüßen, wenn wenigstens mal der Versuch gemacht würde, ein bescheidenes Projekt auszuarbeiten, bei dem den Verhältnissen Rechnung getragen werden könnte. Daß die Brückenverlängerung 20000 M kosten soll, erscheint mir horrend hoch; ich glaube, daß es sich auch für die Hälfte würde machen lassen. Das Hochwasser der Schunter ist doch nicht so bedeutend, daß wir ein Riesen-Hochwasser-Profil und damit eine große Brückenanlage haben müßten. Ich möchte den Antrag Weichsel unterstützen und den Magistrat ersuchen, ein entsprechendes Projekt auszuarbeiten.

Herr Frühling: Die Kostenfrage ist in der Baukommission noch nicht behandelt worden. Es handelt sich bei dem Projekte zunächst darum, ob die Brücke über das ganze Hochwasser-Profil der Schunter geführt werden muß, oder nicht, und wir halten das erstere für nötig. Der Weg müßte so angelegt werden, daß er den Abfluß des Hochwassers nicht behindert, so daß die Brücke annähernd über das ganze Hochwasser-Profil hinweggeführt werden müßte. Das würde aber nach der Meinung der Kommission mit Rücksicht auf die Kosten nicht angängig sein. Es handelt sich lediglich um einen Fußgängerweg, der nur bei gutem Wetter zugänglich zu sein braucht; eine Verbreiterung und Bepflanzung des Weges mit Bäumen würde wohl wünschenswert sein, erfordert aber einen sehr bedeutenden Terrainauf. Aus diesen Gründen hat die Baukommission nicht den Weg finden können, um den Wünschen des Antrages zu entsprechen. Die Aufstellung eines Projektes ist nicht in Vorschlag gebracht, weil wir meinen, daß die dazu erforderlichen Kosten doch nicht aufgebracht werden können, zumal auch noch andere Zugangswege nach dem Querumer Holze existieren.

Herr Lübke: Ich bedaure, dem Herrn Vorredner in einem Punkte entgegenzutreten zu müssen, wenn er nämlich annimmt, daß das ganze Hochwasser-Profil überbrückt werden müßte. Hierbei möchte ich mich darauf beziehen, daß auch die Eisenbahnverwaltung nicht etwa auf der ganzen Breite des Hochwasser-Profiles eine Brücke hingestellt, sondern dabei nur auf den gewöhnlichen Wasserlauf Rücksicht genommen hat. In ähnlicher Weise denke ich mir auch dieses Projekt. Es würde ein Plattenbelag genügen, der auf gemauerten Pfeilern liegt. Das würde aber auch ohne Aufwendung allzu großer Kosten ausführbar sein. Ich möchte daher wünschen, daß die städtischen Ingenieure, die Herren Baumeister Menadier und

Gebensleben, sich einmal darüber hermachten und überlegten, was ein solcher Durchlaß wohl kosten könnte.

Herr Frühling: Ohne die Verhandlungen in das technische Gebiet hinüberleiten zu wollen, muß ich doch noch hervorheben, daß weder die Versammlung, noch Herr Lübbe, noch ich, noch auch die städtischen Behörden darüber zu entscheiden haben, was in der vorliegenden Sache zu geschehen hat, sondern allein die zuständige Herzogliche Wasserbauinspektion. Es läßt sich also von hier aus keine Entscheidung treffen.

Herr Sander: Ich stehe auf dem Standpunkte der Baukommission und halte die Ueberbrückung nicht für so wichtig, um dafür 20 000 oder auch nur 10 000 M auszugeben. Es handelt sich meistens nur um einige Tage, an denen die Wiesen überschwemmt sind, und wer gerade an solchen Tagen im Luerumer Holze spazieren gehen will, der mag den Weg über Gliesmarode einschlagen.

Der Uebergang zur Tagesordnung wird darauf beschlossen.

#### V. Antrag Weichsel: Einstellung eines juristischen Hilfsarbeiters u.

Der in der Sitzung vom 25. März d. Js. — Seite 462 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag ist zurückgezogen worden.

#### VI. Antrag Weichsel: Verbilligung des elektrischen Lichtes.

Ueber den in der Sitzung vom 25. März d. J. — Seite 462 des Berichtes — gestellten und begründeten Antrag berichtet namens der Finanzkommission Herr Südel: Als wir in die Beratung des Antrages eintreten wollten, wurde uns vom Magistrat mitgeteilt, daß bei ihm eine Eingabe des hiesigen Lichtwerkes wegen Ermäßigung der Lichtpreise eingegangen sei und der Magistrat uns eine entsprechende Vorlage machen würde. Die Finanzkommission hat deshalb darauf verzichtet, den Antrag jetzt zu beraten.

#### VII. Baulichkeiten auf dem Lagerplatze am Westbahnhofe.

Von den seitens der städtischen Behörden zwecks Erweiterung des Lagerplatzes am Westbahnhofe zur Verfügung gestellten 15 000 M sind 1186,05 M erspart worden. Die städt. Bauverwaltung bringt in Vorschlag, den Ueberschuß mit zur Einrichtung einer ordnungsmäßigen Abortanlage und zum Bau eines weiteren Geräteschuppens zu verwenden, da die betreffenden jetzigen Einrichtungen unzureichend seien. Der Magistrat hält diese Vorschläge in hohem Maße für zweckmäßig und ersucht, sich mit der Ausführung der Baulichkeiten einverstanden zu erklären und die dazu angeforderten 2100 M (einschl. der vorerwähnten 1186,05 M) zu verwilligen,

was auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Fricke berichtet, geschieht.

## VIII. Rohrauswechselungen in verschiedenen Straßen.

Aus Anlaß der bevorstehenden Instandsetzung der Langenstraße, Ehternstraße, Ritterstraße und Scharrnstraße beabsichtigt die Direktion der Licht- und Wasserwerke, die in diesen Straßenzügen liegenden unzureichenden Gasrohre auszuwechseln. Im Einvernehmen mit der Verwaltungsdeputation ersucht der Magistrat die Versammlung, sich mit diesen Rohrauswechselungen einverstanden zu erklären und die auf 7257 M veranschlagten Kosten zu bewilligen.

Dem Antrage wird auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr Buchler berichtet, entsprochen.

## IX. Erweiterung der Straßenbeleuchtung.

Die Direktion der städt. Licht- und Wasserwerke hat beantragt, an folgenden Stellen Straßenlaternen anzubringen: 1. an der Nordseite der Magnifische, 2. am Fallerslebertore vor dem Hause Nr. 1, 3. in der Ehternstraße, 4. in der Ritterstraße und 5. in der Roßstraße eine Petroleumlaterne. Außerdem soll der Mittelkandelaber auf dem Radeklinte zwei doppelflammige hängende Gasglühlichtlampen erhalten. Die Einrichtungskosten der gesamten Neuanlagen sowie der damit verbundenen Verlegungen von Straßenlaternen betragen 675 M und die Betriebsmehrkosten jährlich 340 M, um deren Bewilligung der Magistrat ersucht.

Namens der Finanzkommission empfiehlt Herr Fiedel die Genehmigung der Vorlage, und die Versammlung beschließt demgemäß.

## X. Badeanstalt für Frauen.

Die von den städtischen Behörden erwählte Badeanstaltsdeputation hat über ihre Tätigkeit den hierunter folgenden Bericht vom 27. Februar d. J. erstattet, in dem empfohlen wird, sowohl auf Herrichtung einer geschlossenen (auch im Winter zu benutzenden) Badeanstalt, als auch auf Umwandlung einiger Filter des alten Flußwasserwerkes in eine Sommerbadeanstalt zu verzichten, vielmehr einstweilen die beiden vorhandenen städtischen Badeanstalten im östlichen Umflutgraben beizubehalten und ohne Verzug eine für das weibliche Geschlecht bestimmte Flußbadeanstalt auf dem zwischen den oben erwähnten Filtern und dem westlichen Umflutgraben gelegenen städtischen Terrain zu erbauen.

Nach den Vorprojekten I und II, die der Deputation vorgelegen haben, betragen die Kostenüberschläge vom 27. November 1906 = 75 000 M und vom 22. Februar 1907 = 78 000 M.

Der Magistrat stimmt den Ausführungen der Deputation im allgemeinen durchaus zu und ist insbesondere auch mit Errichtung einer Badeanstalt für das weibliche Geschlecht an der oben erwähnten Stelle einverstanden; er trägt indessen

Bedenken, diejenige Art der Ausführung zu empfehlen, welche das Projekt II, das — abgesehen von der zu 3000 M veranschlagten Brücke — die Billigung der Deputation gefunden hat, vorsieht. Danach sollte das Badebassin vom Okerflusse durch die Ankleidezellen abgegrenzt und diesen im Flusse selbst durch eingelagerte Schwimmpontons die erforderliche Unterlage gegeben werden. Es wird zwar anerkannt, daß diese Anordnung für den Betrieb der Anstalt durchaus praktisch ist und daß dadurch insbesondere ein sicherer Abschluß des Bassins, dessen für Schwimmer bestimmter Teil teilweise noch im Flusse selbst liegen sollte, erzielt werden würde, aber es wird befürchtet, daß die Instandhaltung der eisernen Pontons schwierig und kostspielig werden würde. Der Magistrat glaubt vielmehr, daß durch eine Planke, die auf einer doppelten Reihe von eichenen Pfählen zu befestigen sein würde, gleichfalls ein angemessener Abschluß des Bassins (nach Westen) und zwar billiger erzielt werden kann; die Planke selbst würde bei Beginn des Betriebes anzubringen und im Herbst zu beseitigen sein. Die Ankleidezellen würden alsdann an der Ostseite des Bassins und zwar auf festem Boden errichtet werden können.

Es ist hiernach durch die städtische Bauverwaltung ein neuer Vorentwurf III, der sich übrigens von dem ersten Vorentwurf nur dadurch unterscheidet, daß der das Bassin abschließende Erdwall durch die vorerwähnte Planke bezw. unter Wasser durch ein Holzgitterwerk ersetzt werden soll, ausgearbeitet, und der Magistrat möchte empfehlen, dieses Projekt gutzuheißen. Nach dem beigefügten Kostenüberschlage III sind die dafür aufzuwendenden Mittel zu 62 000 M überschlagen.

Am Schlusse ihres Berichts vom 27. Februar d. Js. hatte die Deputation darauf hingewiesen, daß die Errichtung der fraglichen Anstalt nur unter der Voraussetzung empfohlen werden könne, daß etwaige Einleitungen von Schmutzwasser in den Umflutgraben zuvor wenigstens soweit beseitigt würden, daß sanitäre Bedenken gegen das Baden im offenen Flusse nicht weiter vorliegen würden. Der aus Anlaß dieses Vorbehalts vom Magistrate gehörte Gesundheitsausschuß hat nun darauf hingewiesen, daß vom Gebiete des Staatsbahnhofes die Abwässer von mehr als 30 Wasserklosetts, 7 Pissoirs und diejenigen der Viehwagendeinfektionsanstalt in naher Nachbarschaft der Stelle, an der die neue Badeanstalt errichtet werden soll, in den westlichen Umflutgraben eingeleitet werden, und er hat, obwohl auch ihm die Errichtung einer Badeanstalt für das weibliche Geschlecht dringend erwünscht erscheint, erklärt, daß ihre Errichtung an der mehrgedachten Stelle vor Beseitigung der fraglichen gesundheitschädlichen Einleitung nicht empfohlen werden könne.

Daß mit Rücksicht auf die Verhandlungen wegen Umbaues bezw. Verlegung des Hauptbahnhofes einstweilen davon Abstand genommen ist, die ordnungsmäßige Entwässerung des letzteren zu erzwingen, ist der Versammlung schon früher bekannt

geworden, daß aber die Einleitung von Schmutzwässern in den Flußlauf in dem Umfange erfolgt, wie jetzt festgestellt ist, wird der Versammlung bislang nicht bekannt gewesen sein, und auch der Magistrat hatte hiervon bisher keine Kenntnis.

Er hat daher Veranlassung genommen, ohne Verzug den Sachverhalt dem Herzoglichen Staatsministerium zu unterbreiten, da dieses aus Anlaß eingereichter Beschwerden sich schon früher mit der Angelegenheit befaßt und auch seinerseits mit Rücksicht auf die schwebenden Umbauverhandlungen Frist gewähren zu sollen geglaubt hatte. Der Magistrat hat Anlaß, als sicher anzunehmen, daß eine weitere Befristung nicht erfolgen, vielmehr mit allem Nachdruck gefordert werden wird, daß entweder durch Herrichtung von Anschlußkanälen oder durch Einrichtung einer Abfuhr die unhaltbare weitere Verunreinigung des öffentlichen Flusses binnen kürzester Frist aufhören wird.

Unter dieser Voraussetzung trägt er keine Bedenken, der Versammlung schon jetzt die Ausführung der mehrgedachten Anlage an der oben angegebenen, durchaus günstig gelegenen Stelle zu empfehlen. Die Kosten würden dem Extraordinarium zur Last zu legen sein.

Der Versammlung wird hiernach, unter Bezugnahme auf die Vorschriften in den §§ 2 bis 4 der Vorschriften über die Ausführung städtischer Bauarbeiten, anheimgegeben,

zuzustimmen, daß unter Zugrundelegung des Vorentwurfs III ein ausführlicher Entwurf nebst genauem Kostenanschlage ausgearbeitet werde.

Der erwähnte Bericht der Badeanstalts-Deputation lautet:

„Der unterzeichneten Deputation ist aus Anlaß des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 28. September 1905 der Auftrag erteilt, die Frage zu prüfen, ob und eventuell unter Anwendung welcher Kosten auf Einrichtung einer Zentralbadeanstalt mit Brause- und Wannenbädern und einem Schwimmbassin Bedacht zu nehmen sei.

Die Deputation hat 6 Sitzungen abgehalten, und in diesen — unter Zuziehung von Vertretern der städtischen Bauverwaltung und des Direktors der städtischen Licht- und Wasserwerke — die obige Frage eingehend erwogen. Ueber den Verlauf ihrer Verhandlungen erstattet sie folgenden Bericht:

I. Geschlossene Badeanstalten, die auch im Winter betrieben werden können, sind in zahlreichen Städten eingerichtet, und der Wunsch, eine gleiche Anstalt auch für die hiesige Stadt zu schaffen, erscheint daher um so mehr erklärlich, als der in gesundheitlicher Beziehung ohne Frage aus dem Bestehen einer solchen Anstalt erwachsende Nutzen und die daraus für die Bevölkerung sich ergebende Annehmlichkeit für die Stadt von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind.

Aber andererseits kann nicht behauptet werden, daß die Schaffung und Unterhaltung einer solchen Anstalt unbedingt erforderlich sei, zumal hier abgesehen von

den Flußbädern und mehreren kleineren Privatbädern drei städtische Volksbrausebäder unterhalten werden, die in Verbindung mit den in zahlreichen Etablissements eingerichteten Duschebädern demjenigen Teile der Bevölkerung, der in seinen Wohnungen eigener Badeeinrichtungen entbehrt, reichlich Gelegenheit bieten, die zur Reinhaltung des Körpers erforderlichen Waschungen zc. vorzunehmen. Liegt aber hiernach ein zwingender Grund, eine Zentralbadeanstalt zu schaffen, nicht vor, so muß für die Entschliebung der städtischen Behörden die Finanzfrage wesentlich entscheidend sein. Denn, wenngleich die Stadt auch für solche Einrichtungen Opfer bringt, die zwar nicht notwendig, vielmehr nur nützlich oder zur Förderung der Entwicklung des Gemeinwesens und seiner Wohlfahrt wünschenswert erscheinen, so ist doch zu berücksichtigen, daß ihre finanzielle Lage keine glänzende ist, und eine weitere Steigerung der Steuern, wenn irgend angängig, verhütet werden muß.

Nun steht aber fest, daß eine Badeanstalt der in Rede stehenden Art nicht nur große einmalige, sondern auch nicht unerhebliche dauernde Kosten verursachen würde.

Nach den Ermittlungen der Deputation haben die Kosten für derartige Badeanstalten betragen:

|                     |                                                                                  |
|---------------------|----------------------------------------------------------------------------------|
| in Hamburg:         | 2 870 000 M für 4 Anstalten, mithin durchschnittlich für jede 717 500 M,         |
| in Frankfurt a. M.: | 1 020 000 M,                                                                     |
| in Halberstadt:     | 305 000 M,                                                                       |
| in Düsseldorf:      | (2) für die erste 507 000 M (ausschl. Grunderwerb),<br>für die zweite 445 000 M, |
| in Breslau:         | 680 000 M,                                                                       |
| in Magdeburg:       | 612 000 M,                                                                       |
| in Bremen:          | für die erste 484 000 M,<br>" " zweite 204 000 "<br>" " dritte 205 000 "         |
| in Elberfeld:       | 661 889 M,                                                                       |
| in Dortmund:        | für die erste 280 000 M,<br>" " zweite 220 000 "                                 |

Hierzu mag bemerkt werden, daß mehreren der genannten Städte zu den von ihnen aufgewandten Kosten nicht unerhebliche Summen geschenkt worden sind.

Daneben sind — rein finanziell betrachtet — die Betriebsergebnisse durchweg ungünstig; die Unterhaltung der Anstalten erfordert wohl überall Zuschüsse, deren Höhe naturgemäß durch die Beschaffung des erforderlichen Wassers (Leitungswasser oder Flußwasser) und durch die Kohlenpreise (Lage der Stadt in einem Kohlenrevier oder entfernt von einem solchen) nicht unwesentlich beeinflusst wird.

An der Hand des auch in dieser Beziehung vorliegenden Zahlenmaterials und auf Grund überschläglicher Berechnungen ist die Deputation zu der Ueberzeugung gelangt, daß ein jährlicher Zuschuß von etwa 15 000 M unvermeidlich sein würde, während die Baukosten auf etwa 300 000 M zu schätzen sein möchten.

Diese einmaligen und laufenden Kosten der Rämmereikasse zur Last zu legen, kann die Deputation nicht empfehlen.

II. Die Deputation hat sodann erwogen, ob nicht die jetzigen Flußbadeanstalten zu verbessern und außerdem eine Sommerbadeanstalt auch für das weibliche Geschlecht zu beschaffen sei.

Es darf angenommen werden, daß von den vier offenen Filtern des alten Flußwasserwerks im Bürgerpark wenigstens zwei dauernd entbehrlich sein werden, mithin für andere Zwecke nutzbar gemacht werden könnten.

Auf Veranlassung der Deputation ist daher ein Projekt ausgearbeitet, demzufolge diese Filter in Badebassins umgewandelt werden sollten. Die Filter würden für diesen Zweck durchaus geeignet, und die aufzuwendenden Kosten (etwa 50 000—60 000 M) nicht hoch sein. Es ließe sich auch den Bassins durchaus brauchbares Wasser aus den Klärteichen im Kennel mittels der vorhandenen Rohrleitung in gleicher Weise zuführen, wie solches früher geschah, als die Filter zur Reinigung des Wassers des städtischen Wasserwerks dienten.

Aber es war zu beachten, daß einerseits der Zufluß nicht so reichlich ist, daß die Bassinbäder dieselbe Annehmlichkeit bieten, wie ein Flußbad und daß andererseits die fragliche Rohrleitung für das städtische Wasserwerk wieder verwandt werden wird, wenn die städtischen Behörden sich entschließen sollten, der Stadt auch von Süden her Trink- und Gebrauchswasser zuzuführen. Alsdann müßte den Bassins anderweit Wasser zugeführt werden, und da zu diesem Zwecke das Grundwasser und das Leitungswasser wegen zu niedriger Temperatur ungeeignet, so würde nichts anderes übrig bleiben, als das Okerwasser durch Maschinenkraft zu heben und nach erfolgter Filtration in die Bassins zu leiten.

Es bedarf keiner näheren Begründung, daß die hierdurch erwachsenden Betriebskosten nicht unbeträchtlich sein, die Annehmlichkeiten, die das Baden im fließenden Wasser bietet, aber doch nicht erzielt werden würden. Die Deputation sah sich daher genötigt, auch dieses Projekt fallen zu lassen.

III. Ungeachtet der ihnen anhaftenden Mängel erachtet die Deputation die bestehenden beiden städtischen Flußbadeanstalten (für das männliche Geschlecht) einstweilen als ausreichend. Ob sich später ihre Verlegung weiter nach Süden dadurch ermöglichen läßt, daß oberhalb der sogenannten Okertheilung die zum Gebiete des Hauptbahnhofes gehörige Wiese oder ein Teil des Bürgerparks (westlich vom Vorrathshofe) durchstochen und zu beiden Seiten des auf diese Weise zu



schaffenden neuen Flußlaufes die Badezellen anderweit aufgestellt werden, kann nach Ansicht der Deputation späterer Erörterung vorbehalten werden.

Dagegen erachtet die Deputation ein dringendes Bedürfnis als vorliegend, ohne Verzug auch für das weibliche Geschlecht eine Sommerbadeanstalt und zwar gleichfalls im Okerflusse herzurichten, und sie glaubt, daß als geeigneter Platz für eine solche Anstalt das jetzt unbenutzte Terrain des alten Flußwasserwerks zu erachten sei, das zwischen den oben erwähnten Filtern und dem westlichen Umflutgraben liegt.

Ein von der städtischen Bauverwaltung ausgearbeitetes Projekt vom 22. Februar d. Js. hat den vollen Beifall der Deputation gefunden, und sie trägt auch kein Bedenken, dem Stadtmagistrate die Aufwendung der zu seiner Durchführung erforderlichen, zu etwa 75 000 M veranschlagten Kosten zu empfehlen. Die Deputation setzt dabei übrigens als selbstverständlich voraus, daß die zurzeit etwa bestehenden Einleitungen von Schmutzwasser in den Umflutgraben wenigstens soweit beseitigt werden, daß sanitäre Bedenken gegen das Baden im offenen Flusse nicht weiter vorliegen.

Braunschweig, den 27. Februar 1907.

O. Frühling.

Herm. Hauswaldt.

Jüdel.

A. Günther.

Ketemeyer.

Namens der Baukommission berichtet über die Vorlage Herr Meyerhoff: Wie Sie aus dem Berichte der sogenannten Badedeputation ersehen, ist es für Braunschweig augenblicklich leider unmöglich, eine Badeanstalt für das ganze Jahr einzurichten. Die städtischen Finanzen reichen dazu vorläufig nicht aus und wir müssen warten, bis sich einmal, wie in München und anderen Städten, ein Wohltäter findet, der ein größeres Opfer bringt.

In dem Gutachten des Herrn Stadtbaumeisters Gebensleben wurde dargelegt, daß der Zufluß des Wassers der Oker im Sommer meistens so gering sei, daß dessen Rückstau leicht erfolge. Das komme auch noch daher, daß die Umflutgräben abwechselnd gespült würden und das Wasser sich dann nach dieser Seite mehr hinziehe, wodurch der Strom auf der anderen Seite so gut wie aufhöre.

Es läßt sich annehmen, daß das Herzogliche Staatsministerium auf das Gesuch des Magistrates eingehen und die Einmündung der Kloaken der Staatseisenbahnverwaltung untersagen werde. Namens der Baukommission beantrage ich daher, der Magistratsvorlage zuzustimmen.

Herr Bues: Ich finde es merkwürdig, daß das Projekt einer Winterbadeanstalt ohne weiteres aufgegeben worden ist. Wenn die finanzielle Lage der Stadt dafür ins Feld geführt wird, so finde ich das nicht richtig, weil wir andere Anlagen aus solchen Mitteln bestreiten, auf die auch hier zurückgegriffen werden

könnte, nämlich aus den Mitteln des Schulhausbaufonds. In dem Berichte der Bade-deputation sind wohl verschiedene größere Städte mit Winterbadeanstalten angeführt worden, jedoch fehlen darin noch viele mittlere und kleinere Städte, die uns schon mit gutem Beispiele vorangegangen sind, z. B. Quedlinburg, Gießen, Halberstadt etc. Die Badeanstalten werden in diesen Städten so vorzüglich geleitet, daß man seine Freude daran haben kann. Die Winterbadeanstalt in Gießen hat 300 000 M gekostet, und der betreffende Baumeister ist Spezialist in der Errichtung solcher Anstalten, er hat auch die Badeanstalten in Halberstadt, Quedlinburg etc. erbaut.

Wenn aber eine Stadt wie Braunschweig sich heben will, so muß sie auch in hygienischer Beziehung etwas tun, und es wäre sehr am Platze, eine solche Badeanstalt hier zu errichten, denn viele Leute geben gerade darauf sehr viel. Von Herrn Stadtrat Blasius wurde bei einer früheren Gelegenheit schon einmal hervorgehoben, daß eine Badeanstalt ebenso nötig wäre wie eine Schule. Deshalb möchte ich bitten, zu prüfen, ob nicht doch noch das Projekt einer Winterbadeanstalt ausgeführt werden kann.

Die Errichtung der hier in Vorschlag gebrachten Frauenbadeanstalt muß ich noch sehr anzweifeln, denn ob und wann die Staatsbahnverwaltung dem Ersuchen des Herzoglichen Staatsministeriums entsprechen wird, liegt noch in weiter Ferne. Mir scheint es, als ob unser Staatsministerium nicht so recht an die preussische Eisenbahnverwaltung herangehen und die Sache lieber so weiter laufen lassen wird. (Widerspruch.) Ich möchte ersuchen, dem Projekte einer Winterbadeanstalt näher zu treten.

Herr Bluth: Ich begrüße es mit Freuden, daß wir auf dem Wege zur Erlangung einer Badeanstalt für das weibliche Geschlecht einen erheblichen Schritt weiterkommen werden, aber ich sehe die Sache leider noch nicht in so greifbarer Nähe, daß sich die Anstalt vielleicht schon in diesem Sommer einrichten ließe. Wenn gesagt worden ist, es lasse sich annehmen, daß in kürzester Frist die Verunreinigung der Oker durch die Eisenbahn aufhören werde, so kann ich mich diesem Optimismus nicht anschließen. Nach den Erfahrungen, die wir bisher mit dem Eisenbahnstank gemacht haben, wird das der Stadt wohl nicht so schnell gelingen, und deshalb waren wir im Gesundheitsausschusse zu dem Entschlusse gekommen, vorzuschlagen, die Badeanstalt für das weibliche Geschlecht zunächst in der Weise herzurichten, daß man die Militärbadeanstalt mietweise erwirbt. An dieser Stelle kann man noch ohne Schädigung der Gesundheit baden, auch wäre damit die Möglichkeit gegeben, den Betrieb schon in diesem Sommer zu beginnen. Unter den heutigen Verhältnissen halte ich die für die Badeanstalt in Aussicht genommene Stelle für unbrauchbar, später kann sie vielleicht besser werden, aber es können noch Jahre darüber hingehen. Es wäre wünschenswert, wenn der Vorschlag des Gesundheitsausschusses in nähere Erwägung gezogen würde; wie weit das schon geschehen ist, weiß ich allerdings nicht.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Herr Bues hat gemeint, daß die Errichtung einer Badeanstalt für den Winter absolut erforderlich sei; das kann der Magistrat nicht anerkennen. Daß solche Errichtung sehr wünschenswert sein würde, haben wir dagegen verschiedentlich anerkannt. Wir können auch nicht anerkennen, daß wir in der Lage wären, mit Hilfe des Schulhausbaufonds eine derartige Anstalt zu bauen. Herr Bues hat mitgeteilt, wieviel solche Badeanstalten gekostet haben, und er kann nicht bestreiten, daß unter 300 000 M etwas Ordentliches nicht zu schaffen ist. Nun frage ich Herrn Bues, wenn in diesem Jahre der Schulhausbaufonds mit einem Bestande von etwa 142 000 M abschließen wird, woher nimmt er dann 300 000 M? Sie wollen auch berücksichtigen, daß wir unserem Schulhausbaufonds in den letzten Jahren ganz gehörig was aufgepakt haben, und wenn das so weiter geht, so weiß ich nicht, was wir machen wollen, wenn wieder eine Aufwärtsbewegung in den Schulen eintritt. Als das vor einigen Jahren der Fall war, konnten wir andere Aufwendungen aus dem Fonds überhaupt nicht bestreiten. Zuviel dürfen wir ihm jedenfalls nicht zur Last legen.

Die Herren Bues und Bluth bezweifeln auch, daß Herzogliches Staatsministerium eingreifen und die Eisenbahnverwaltung zwingen werde, die Verunreinigung der Oker einzustellen. Ich kann dazu bemerken, daß Herzogliches Staatsministerium bereits eingegriffen hat, denn schon nach etwa drei Tagen, nachdem der Magistrat an Herzogliches Staatsministerium berichtet hatte, erhielten wir Abschrift einer Verfügung, nach der angeordnet worden ist, es müsse sofort eine Aenderung in der Ableitung der Abwässer eintreten, und ich habe die Ueberzeugung, daß das Ministerium diese Verfügung nicht zurücknehmen wird. Ich begreife nicht, wie zwei Stadtverordnete sagen können, wir wagten uns nicht an die preussische Eisenbahnverwaltung heran; wenn Sie diese Auffassung weiter aufkommen lassen, so fürchte ich allerdings, daß wir in Zukunft bei den Verhandlungen mit der preussischen Eisenbahnverwaltung einen schweren Stand haben und den kürzern ziehen werden. Ich möchte mal sehen, wenn der Staat Braunschweig in Preußen ein Eisenbahnunternehmen hätte und wollte in Berlin die Spree verunreinigen, wie das hier mit der Oker geschieht, was dann die Preußen sagen würden. Wie kommen wir dazu, uns auf einen gegenteiligen Standpunkt zu stellen, hier haben wir zu sagen und was jetzt hier gefordert wird, ist nicht mehr als recht und billig. Die Verunreinigung der Oker hat lange genug gedauert und muß nun aufhören. Für mich unterliegt es keinem Zweifel, daß das Herzogliche Staatsministerium seiner Verfügung auch den erforderlichen Nachdruck geben wird, sobald sie nicht ausgeführt werden sollte. Die Kosten der Entwässerung des Bahnhofes sind auch nicht so hoch, wie man früher angenommen hat; mir ist mitgeteilt worden, daß für 25 000 M der gesamte Bahnhof nach der Bahnhofstraße zu entwässert werden kann und daß der Kanal in der Bahnhofstraße völlig genüge, um die sämtlichen Ab-

wässer aufzunehmen. Wenn das der Fall ist, so sehe ich nicht ein, weshalb man es nicht fordern soll. Sollte das Herzogliche Staatsministerium aber wirklich die der preussischen Eisenbahnverwaltung gewährte kurze Befristung zurückziehen, was ich indessen nicht glaube, so brauchen wir uns in dieser Sache überhaupt nicht mehr an das Ministerium zu wenden, sondern wir verfügen einfach, daß unserm Statute gemäß verfahren wird, und ich fürchte nicht, daß die Eisenbahnverwaltung sagen wird, sie könne den Betrieb dann nicht aufrecht halten.

Nun hat Herr Dr. Bluth gemeint, wir sollten dieses Projekt fallen lassen und auf das Projekt des Gesundheitsausschusses eingehen, also die Badeanstalt für Frauen auf der ehemaligen Militärbadeanstalt einrichten. Das Militär hat bekanntlich wegen angeblich zu starker Verunreinigung der Oker das Baden auf der Anstalt nicht fortgesetzt. Einmal würde es nun doch wohl einen schlechten Eindruck machen, wenn wir sagen, wir schicken unsere Frauen und Mädchen dahin, wo die Soldaten wegen Gefährdung der Gesundheit nicht mehr baden dürfen, und außerdem muß ich gestehen, daß der von uns ausgewählte Platz, sobald die Verunreinigung der Oker durch den Bahnhof aufhört, doch wohl schon wegen seiner größeren Nähe vorzuziehen sein dürfte. Ich möchte deshalb bitten, der Magistratsvorlage zuzustimmen.

Herr Frühling: Die Ausführungen des Herrn Bues, daß es wünschenswert wäre, eine Badeanstalt auch für den Winter zu haben, teile ich vollständig. Es ist auch in der Deputation zunächst alles mögliche versucht worden, um solchen Plan zur Ausführung zu bringen, aber unsere Finanzmänner haben uns im Stich gelassen; es ist uns nicht möglich gewesen, einen Weg ausfindig zu machen, auf dem das nötige Geld zu beschaffen gewesen wäre. Deshalb haben die Mitglieder der Deputation, die dem Wunsche des Herrn Bues sonst sehr sympathisch gegenüberstanden, sich damit begnügen müssen, den in dem Berichte enthaltenen Vorschlag zu machen. Durch diesen Vorschlag ist aber die Ausführung einer großen Winterbadeanstalt nicht ausgeschlossen. Wenn sich später dafür Geld finden sollte, so kann eine solche Anstalt neben einer freien Flußbadeanstalt noch bestehen. Wir haben daher keine Bedenken getragen, Ihnen zunächst das kleinere Projekt zur Ausführung zu empfehlen, um wenigstens etwas zu schaffen und dem großen Mangel abzuhelpen, daß die Frauen hier kein angemessenes Bad haben. Aus diesem Grunde empfehlen wir Ihnen die Annahme der Magistratsvorlage, die die Errichtung eines großen Winterbades nicht verhindert. Die Gründe gegen die Verlegung des Frauenbades nach der Militärbadeanstalt hat Ihnen der Herr Oberbürgermeister schon auseinandergesetzt; auch die Deputation hat sich damit sehr eingehend beschäftigt und hat den Plan aus den angeführten Gründen abgelehnt.

Herr Bues: Ich würde auf die Eisenbahn nicht zu sprechen gekommen sein, wenn wir nicht vor vier Jahren dieselben Uebelstände hier zur Sprache gebracht hätten und versprochen wäre, Abhilfe zu schaffen, ohne daß aber etwas in der Richtung geschehen wäre. Deshalb habe ich das Gefühl gehabt, daß gegen die Eisenbahnverwaltung nicht so recht vorgegangen werden soll. Würde es sich um Private gehandelt haben, wäre man wohl etwas energischer eingeschritten. Wir haben in den letzten beiden Jahren dem Baufonds für die Gasanstalt 100 000 M zugeschrieben, die sonst in den Schulhausbaufonds geflossen wären. Sobald die Gasanstalt fertiggestellt und bezahlt ist, werden diese Ueberweisungen aufhören und der Schulhausbaufonds erhält wieder höhere Zuwendungen, zumal die Gasanstalten dann noch höhere Erträge abwerfen werden.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Dem gegenüber möchte ich noch einmal darauf hinweisen, daß die Verzögerung nicht dadurch veranlaßt worden ist, daß man nicht gewagt hat, die preussische Eisenbahnverwaltung auf die Befolgung der Ortsstatuten hinzuweisen, sondern daß es sich dabei lediglich um die Verhandlungen wegen des Bahnhofsumbaues gehandelt hat. Wenn ich aber Herrn Bues frage: konnten Sie im Jahre 1897 wissen, daß sich die Verhandlungen so lange hinzogen, so muß er die Frage verneinen. Nach den neuesten Verhandlungen über das Bahnhofprojekt wird angenommen, daß nach Genehmigung des preussischen Projektes noch fünf Jahre über den Bau vergehen werden und eine so lange Zeit wollten wir denn doch nicht mehr warten. Im übrigen stimmt Herr Bues jetzt mit uns insofern überein, als wir ebenfalls eine Winterbadeanstalt bauen wollen, sobald wir nur das nötige Geld haben werden.

Herr Sander: Ich befürchte, daß wir mit einer Winterbadeanstalt ein ähnliches Institut erhalten würden, wie mit der Markthalle, bei der wir stets mit Sorgen zu kämpfen haben. Die von Herrn Bues bezeichneten Städte leiden sehr unter den ihnen durch die Badeanstalten aufgebürdeten Lasten. Eine solche Anstalt muß schon sehr viel aufbringen, um sie lebensfähig zu erhalten. Gewöhnlich ist es so, daß derartige Anstalten in der ersten Zeit riesig frequentiert werden, während der Verkehr später immer mehr nachläßt. Wir besitzen die städtischen Volksbrausebäder, die für die Reinlichkeit sehr gut wirken und die auch sehr in Anspruch genommen werden. Wenn ein so großes Bedürfnis für eine überbaute Winterbadeanstalt vorläge, dann hätten die beiden hier vorhandenen Badeanstalten wenigstens bestehen können. Dem gegenüber wird ja behauptet, die Anstalten seien nicht zeitgemäß gewesen, und warum? Weil sie aus ihrem Betriebe keine Einnahmen haben erzielen können, um ihn lebensfähig zu erhalten und um solche Neuerungen und Luxusseinrichtungen zu treffen, die zu einem derartigen Etablissement gehören. Der eine Badeanstaltsbesitzer hat dabei sogar sein Vermögen zugelegt und die Anstalt ist ihm über den Kopf weg verkauft. Das ist der beste

Beweis dafür, daß das Bedürfnis nach einer geschlossenen Badeanstalt nicht so groß ist, als angenommen wird. Ich begrüße die Vorlage mit Freuden und ich bin fest überzeugt, daß die Flußbadeanstalt sehr frequentiert werden wird. Man sieht das am besten an der Eisenbahnbadeanstalt; es ist eine wahre Lust zu sehen, welche Schar von Frauen und Mädchen da hinausziehen. Schließlich möchte ich noch fragen, ob die Kloakenläufe oberhalb oder unterhalb der für die Badeanstalt projektierten Stelle einmünden.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Der Einlauf geschieht an verschiedenen Stellen, ein Haupteinfluß befindet sich unterhalb der Bahnhofsbadeanstalt, dann münden etwa gegenüber dem Wasserturm mehrere Kanäle in die Oker und schließlich noch beim Eisenbahn-Verwaltungsgebäude. Da nun, wie schon erwähnt, im Sommer beim Ziehen der Schleusen ein Rückstau erfolgt, so werden wir hierdurch geschädigt, ob nun der Einlauf oberhalb oder unterhalb der Badeanstalt geschieht.

Herr Kalms: Als seinerzeit der Antrag auf Errichtung einer geschlossenen Badeanstalt gestellt wurde, war die ganze Versammlung einstimmig dafür und auch der Herr Oberbürgermeister erklärte damals solche Anstalt für eine Notwendigkeit. Wenn das aber zutrifft, dann müssen die Mittel in irgend einer Form auch dafür aufgebracht werden, mag es eine Anleihe sein oder eine andere Sache. Ich bin mit Herrn Bues der Ansicht, daß die Stadt Braunschweig schon längst eine derartige Badeanstalt besitzen müßte. Das hat nicht nur vom gesundheitlichen Standpunkte aus eine große Bedeutung, sondern solche Anstalt bietet auch einen bedeutenden Anziehungspunkt für auswärtige Familien, die hierher ziehen und für Fremde, die Braunschweig besuchen wollen. Ich habe sehr oft gehört, daß Fremde abends noch nach Hildesheim fahren, also dort logieren, weil sie dort die Annehmlichkeit eines großen Bades haben, das ihnen hier fehlt. Es wird so viel von der Vesserung der gesundheitlichen Verhältnisse unserer Stadt gesprochen, jedoch steht es damit im Widerspruche, wenn es heißt, eine große Badeanstalt sei hier nicht nötig, und man habe dazu auch kein Geld. Nach dem, was ich von hiesigen Ärzten gehört habe, muß ich bezweifeln, daß das Okerwasser gesund ist zum Baden, selbst wenn die Eisenbahnverwaltung ihren Verpflichtungen sollte nachgekommen sein. (Widerspruch.) Es wurde vorhin schon erwähnt, daß das Militär mit Baden aufgehört hätte, weil Soldaten darnach krank geworden wären. Nun weiß ich nicht, wie unter solchen Verhältnissen das Wasser hier gesund sein soll, selbst wenn die Zuflüsse des Bahnhofes aufhören. Zum wenigsten müßte die Frage, ob das Baden in unserer Oker überhaupt gesund ist oder nicht, zuvor bestimmt geprüft werden. Einige hiesige Ärzte haben erklärt, das Baden in der Oker müßte verboten werden. Wenn Herr Sander meint, andere Städte hätten sich durch die Errichtung geschlossener Badeanstalten große Lasten aufgebürdet, so

mag das vielleicht richtig sein, aber Braunschweig muß doch auf diesem Gebiete auch mitgehen, nachdem Städte wie Hildesheim, Halberstadt etc. vorangegangen sind.

Ich möchte den Magistrat bitten, die Sache nach Kräften zu fördern und zu sehen, ob sich dazu vielleicht auch Privatkapital findet.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Es gehen uns sehr häufig Anfragen zu von Familien, die hierher ziehen wollen und die sich nach allen möglichen Verhältnissen erkundigen; mir ist es indessen noch niemals vorgekommen, daß jemand gefragt hätte, ob auch eine Badeanstalt für den Winter vorhanden sei: nach den Steuer- und Schulverhältnissen wird gefragt, aber eine Winterbadeanstalt hat hierbei noch keine Rolle gespielt.

Die Bedenken des Herrn Kalms in bezug auf die Qualität des Okerwassers können insofern nicht gut begründet sein, als der Gesundheitsausschuß jetzt selber empfohlen hat, die Badeanstalt für das weibliche Geschlecht nach dem Plage der Militärbadeanstalt zu legen. Bei der Gelegenheit ist auch hervorgehoben worden, daß die Annahme der Militärverwaltung, es seien die vorgekommenen Fälle von Erkrankungen auf das Baden zurückzuführen, mindestens als höchst zweifelhaft angesehen werden müsse, ja, es wird sogar bestimmt angenommen, daß es nicht der Fall wäre. Wenn aber wirklich das Baden in der Oker so schädlich sein sollte, wie Herr Kalms annimmt, so müßten wir unsere Badeanstalten im Bürgerparke längst geschlossen haben. (Zustimmung.) Dabei kommt auch noch folgendes in Betracht: wenn es uns gelingen sollte, eine geschlossene Anstalt im Sinne der Herren Bues und Kalms zu erbauen, so würde eine Anstalt, die es ermöglicht, im Sommer im offenen Flusse zu baden, daneben noch existenzberechtigt sein, denn ich glaube kaum, daß man sich beim Vorhandensein einer Flußbadeanstalt darauf beschränkte, im Bassin zu baden. Ein Bassin bietet niemals die Annehmlichkeit des offenen Flusses und es wird auch nicht jedem passen, mit so vielen Leuten in einem Bassin zusammen zu schwimmen. Wir würden also neben einer geschlossenen Anstalt recht gut eine offene Flußbadeanstalt unterhalten können, namentlich wenn sie für einen so geringen Betrag zu haben ist wie in dem vorliegenden Falle.

Herr Ribbentrop: Ich kenne die Badeanstalten in Hildesheim und Halberstadt und weiß, daß erstere 1½ Millionen und letztere 1 Million Mark gekostet hat, während Köln dafür 3 Millionen Mark ausgegeben hat. Die betr. Städte mögen als solche dafür nicht mehr aufgewendet haben, als hier gesagt worden ist, aber von Privaten sind erhebliche Beträge dazu gestiftet worden. Außerdem glaube ich kaum, daß es hier möglich sein wird, ein derartiges Kapital unverzinslich aufzubringen. Was das ungesunde Wasser in der Militärbadeanstalt betrifft, so hat die Ursache dazu jetzt vollständig aufgehört. Das Wasser ist jetzt oben und unten frei und gut, und unterliegt keinem Bedenken mehr, nachdem die Abfälle von dem Kummerberge nicht mehr hineingebracht werden.

Herr Meyerhoff: Man kann das eine tun und braucht das andere nicht zu unterlassen. Wenn Herr Kalms die Vorlage ordentlich gelesen hätte, würde er das daraus auch entnommen haben. Ich möchte noch weiter gehen als die Baukommission und empfehlen, sofern sich die Inbetriebsetzung der neuen Flußbadeanstalt für Frauen in der bevorstehenden Badesaison nicht mehr ermöglichen lassen sollte, die Militärbadeanstalt bis dahin für die Frauen in Benutzung zu nehmen. Die Frage, weshalb das Militär das Baden in der Oker aufgesteckt hat, habe ich absichtlich hier nicht angeschnitten. Die Meinungen sind darüber noch sehr geteilt, ob das Okerwasser die betreffenden Krankheitsfälle wirklich verursacht hat oder ob auch eine andere Ursache vorliegen kann, denn es handelt sich dabei nicht etwa um typhöse Krankheitserscheinungen, sondern um Fälle von Gelbsucht. Ich weiß nicht, ob diese Krankheit überhaupt durch Baden kommen kann; vielleicht hat sich der betreffende Soldat geärgert, daß er an die Schwimmlaine mußte und hat sich dadurch die Gelbsucht zugezogen. (Heiterkeit). Eine wirkliche Gefahr ist aber nach der vom Gesundheitsausschusse eingezogenen Auskunft nicht vorhanden. Ich kann Ihnen also nur empfehlen, die Vorlage anzunehmen. Wenn wir noch einmal ein großes Lugsbad erhalten könnten, so würde ich dem gern zustimmen, aber das wird wohl so lange währen, bis sich einige große Wohltäter gefunden haben werden, die hierzu bedeutende Summen stiften. Der Wert einer Flußbadeanstalt tritt dadurch nicht zurück — die Münchener fahren nach dem Starnbergersee, um im Freien baden zu können — weshalb ich wiederholt bitte, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Fricke: Ich möchte den Magistrat ebenfalls ersuchen, für diesen Sommer die Militärbadeanstalt für die Frauen in Benutzung zu nehmen. Wenn das aber nicht angängig sein sollte, so könnten die Frauen während der Uebergangszeit auch die Eisenbahnbadeanstalt mit benutzen, die jetzt nach Aenderung der Kabinen der Neuzeit entsprechend eingerichtet sein soll.

Herr Meyerhoff: Dann kommen wir aus dem Regen in die Traufe: wir wollen die Badeanstalt nicht errichten, bevor die Schmutzeinflüsse beseitigt sind und dann sollen wir die Frauen und Mädchen nach der Eisenbahnbadeanstalt schicken, die nur 200 m höher liegt, als der Platz für unsere Badeanstalt? Jedenfalls liegt die Militärbadeanstalt viel günstiger als die Eisenbahnbadeanstalt.

Die Besprechung wird hierauf geschlossen und die Magistratsvorlage genehmigt.

## XI. Erwerb und Verwendung des Gewandhauses.

Im November 1903 machte der jetzige Restaurateur Wilhelm Junker die Anzeige, daß er die drei an der Garfläche und Brabantstraße gelegenen Grundstücke Nr. ass. 431, 432 und 433 angekauft habe, um anstelle der abgängigen Gebäude



einen Neubau aufzuführen. Da er bei diesem Vorgehen auf das angrenzende Gewandhaus werde Rücksicht nehmen müssen, so wolle er bitten, ihm die nach dem Ortsbauplane den fraglichen Grundstücken zuzulegende Straßenfläche zum Preise von 10 M pro Quadratmeter zu überlassen.

Der Magistrat konnte sich der Ueberzeugung nicht verschließen, daß die Errichtung von neuen Privathäusern an der betreffenden Stelle eine Beeinträchtigung des altherwürdigen, durch seine architektonische und malerische Eigenart hochbedeutsamen Gewandhauses und insbesondere seines östlichen Giebels im Gefolge haben würde und hat sich daher an den alsbald von verschiedenen Seiten eingeleiteten Verhandlungen beteiligt, die darauf abzielten, entweder die fraglichen Grundstücke für den Staat oder die Stadt anzukaufen, oder Herrn Junker zur Wahl einer bestimmten Bauweise zu veranlassen, jedenfalls aber, wenn irgend tunlich, eine Beeinträchtigung des Gewandhauses abzuwenden. Dabei stellte sich alsbald heraus, daß die Sicherung des Gewandhauses ohne Opfer nicht zu erzielen sein würde. Der Magistrat durfte es daher mit besonderer Freude begrüßen, als durch das tatkräftige Eingreifen des Vorsitzenden der Handelskammer für diese nicht nur die vorgedachten drei, sondern auch — abgesehen von dem Knobbessen — die sämtlichen übrigen, an der Südseite des Gewandhauses gelegenen Privathäuser erworben wurden.

Bekanntlich beabsichtigt nunmehr die Handelskammer, nicht nur an Stelle der inzwischen beseitigten, durchweg minderwertigen Privathäuser ein für ihre Zwecke geeignetes Geschäftshaus zu erbauen, sondern auch das ihr zu überlassende Gewandhaus im Innern auszubauen und für verschiedene Zwecke nutzbar zu machen.

Das Gewandhaus, ehemals städtisches Eigentum, ist seit der Eroberung der Stadt im Jahre 1671 im Besitze der Landesregierung gewesen und durch den Vertrag vom 1./10. August 1858 förmlich an dieselbe abgetreten; es ist Zubehör des Kammergutes und liefert durch Vermietung des Kellers und der zur Lagerung der Meßbuden benutzten Räume einen Bruttoertrag von  $1200 + 3500 = 4700$  M jährlich. Die Herzogliche Landesregierung war bereit, dem Wunsche der Handelskammer, sich für ihre Zwecke das Gewandhaus nutzbar zu machen, zu entsprechen, aber sie erachtete es gleichzeitig für ratsam, die dauernde Erhaltung des Gebäudes und seinen Schutz gegen verunstaltende Anbauten durch Abtretung desselben nicht an die Handelskammer, sondern an die hiesige Stadt zu sichern. Der Magistrat glaubte sich diesem Vorschlage gegenüber nicht ablehnend verhalten zu sollen, weil er der Ueberzeugung ist, daß der Wiedererwerb dieses Grundstücks durch die Stadt von der Einwohnerschaft mit Freuden begrüßt werden würde, weil ferner die Stadt es bisher schon mehrfach als eine Ehrenpflicht erachtet hat, für Erhaltung von historisch und architektonisch bedeutsamen Bauwerken Opfer zu bringen, und weil sie sich auch wohl dazu verstehen kann, ihrerseits die Beschaffung eines

würdigen Heims für die in ihren Mauern ansässige Handelskammer nach Kräften zu fördern.

Aus diesen Erwägungen hat sich der Magistrat dazu verstanden, einen Vertrag wegen Abtretung des Gewandhauses an die Stadt, der inzwischen die Genehmigung der Herzoglichen Landesregierung und der Landesversammlung gefunden hat, unter Vorbehalt der Zustimmung der Versammlung mit der Herzoglichen Kammer, Direktion der Domänen, zu vereinbaren.

Der nach § 2 desselben auf 75 000 M bemessene Kaufpreis dürfte mit Rücksicht auf die bislang erzielten Mieteinnahmen für nicht zu hoch zu erachten sein; aber gleichwohl ist der Erwerb des Grundstücks, vom finanziellen Standpunkte aus betrachtet, für die Stadt insofern ungünstig, als die Handelskammer im Hinblick auf die sehr erheblichen Kosten, die ihr die Durchführung des geplanten Unternehmens auferlegt, im Falle der stadtseitigen Einräumung eines Nutzungsrechts am Gewandhause zu einer angemessenen Verzinsung des obengedachten Kaufpreises nicht in der Lage ist.

Darüber, wie dieses Nutzungsrecht oder das zu seiner Begründung einzu- gehende Vertragsverhältnis zwischen Stadt und Handelskammer zu gestalten sei, sind eingehende Erwägungen gepflogen. Bei dem engen Zusammenhange, der naturgemäß zwischen dem neu zu erbauenden Geschäftshause der Handelskammer und dem Gewandhause bestehen muß, wenn beide Gebäude im Interesse der praktischen Nutzbarkeit ein einheitliches organisches Ganzes bilden sollen, erschien es zweckmäßig, der Handelskammer nicht nur den Ausbau des Gewandhauses, sondern auch seine dauernde Instandhaltung zu überlassen. Für diese Regelung sprach auch in finanzieller Hinsicht die Erwägung, daß es für die Stadt, die ungeachtet des auf sie übergehenden Eigentumsrechts am Gewandhause auf absehbare Zeit jedem Nutzungsrechte zu gunsten der Handelskammer wird entsagen müssen, rat- famer und vorteilhafter erscheint, ein einmaliges Geldopfer zu bringen, als die im voraus nicht genau zu ermittelnden einmaligen Ausbaufkosten und die später erwachsenden laufenden Unterhaltungskosten zu tragen. Wenn aber hiernach der Handelskammer die nicht unerheblichen Ausbaufkosten zur Last gelegt werden sollen, so wird sie beanspruchen dürfen, daß ihr das Nutzungsrecht auf lange Zeit ein- geräumt wird, und es muß daher auf Vereinbarung eines Mietverhältnisses, dessen längste Vertragsdauer nach § 567 des B. G. B. im vorliegenden Falle 30 Jahre betragen würde, billigerweise stadtseitig verzichtet werden. Die bei Lage der Umstände einfachste und sachgemäße Regelung der beiderseitigen Rechte und Pflichten dürfte vielmehr durch Bestellung eines Nießbrauchsrechts zu erzielen sein, das, wenn es einer juristischen Person eingeräumt wird, nach § 1061 des B. G. B. erst mit dieser erlischt. Dabei erscheint es aber im vorliegenden Falle einerseits geboten, abweichend von den in der Regel Platz greifenden gesetzlichen Vorschriften

den Nutznießern bestimmte Verpflichtungen oder Beschränkungen aufzuerlegen, die den dauernden Bestand des den Gegenstand des Nießbrauchs bildenden Bauwerks sichern, und andererseits mit ihr zur Schadloshaltung der den Nießbrauch einräumenden Stadtgemeinde Vertragsbestimmungen zu vereinbaren, die sonst dem Nießbrauchsrechte fremd sind. Hierher sind insbesondere zu rechnen die Zahlung einer dauernden Rente, die es unbedenklich erscheinen lassen dürfte, für den Ankauf des Gewandhauses vielleicht auch einen Teil des Stammvermögens der Kammereikasse zu opfern. Die Höhe dieser mit der Handelskammer vereinbarten Rente beträgt 1500 M jährlich. Bei Zugrundelegung eines Zinsfußes von  $3\frac{1}{2}\%$  würde sie einem Kapitale von 42 857,14 M oder rund 43 000 M entsprechen, und es würde sich daher das Geldopfer, das die Stadt im Interesse der Durchführung des in Rede stehenden Unternehmens zu bringen hat, auf  $75\,000 - 43\,000 = 32\,000$  M belaufen.

Der Magistrat hält für unbedenklich, diese Summe dem Schulhausbaufonds zur Last zu legen und weist zur Begründung dieser Ansicht darauf hin, daß die jetzige Art der Benutzung des Gewandhauses und insbesondere die Lagerung der feuergefährlichen Meßbudenmaterialien in demselben auf die Dauer kaum würde beibehalten werden können, und daß die hiesige Stadt mehr als das übrige Land ein wesentliches Interesse daran hat, das Gebäude vor Gefahr geschützt zu wissen. Daneben kommt in Betracht, daß abgesehen von den Kellerräumen die übrigen umfangreichen Räume des Gebäudes bei der Eigenart der Bauart nur schwer angemessen zu verwerten sind und daß daher — wenn sich der Staat, um dem Gebäude auch im Innern eine angemessene Ausgestaltung zu verschaffen und so auch das Innere dem Verehrer alter bedeutsamer Bauwerke zu erschließen, mit einem Kaufpreise begnügt, dessen Zinsertrag hinter den erzielten Mieteinnahmen nicht unerheblich zurückbleibt — billigerweise auch die Stadt als künftige Eigentümerin des Grundstücks sich zu einem ihren Vermögensverhältnissen entsprechenden Opfer wird verstehen müssen. Endlich aber möchte der Magistrat auch der Ansicht Ausdruck geben, daß nach den bereits vorliegenden vorläufigen Bauplänen bei Verwirklichung des Vorhabens der Handelskammer neben dem Gewandhause ein Bauwerk entstehen wird, das nicht nur mit der Eigenart des Baustils des Gewandhauses und insbesondere seiner hervorragenden östlichen Giebelseite in harmonischem Einklang steht, sondern auch der ganzen Gegend zur Zierde gereichen wird. Der Handelskammer und dem sie vertretenden Kaufmannsstande des Herzogtums gebührt für dieses Vorgehen umsomehr Anerkennung, als die Beschaffung eines zwar einfachen aber durchaus genügenden Geschäftshauses an anderer Stelle ohne Frage erheblich weniger Kosten verursacht haben würde.

Neben Aufwendung des vorgedachten Kapitals hat sich der Magistrat dazu verstehen zu sollen geglaubt, der Handelskammer diejenigen Grundflächen in einer

Gesamtgröße von 1 a 96,2 qm unentgeltlich zu überweisen, deren die Handelskammer zur Aufführung ihres Neubaus bedarf, und ebenso zu ihren Gunsten auf den Einbau zu verzichten, der bislang in das Obergeschoß des benachbarten Grundstücks *N* ass. 769 hineinragte. Die Handelskammer ihrerseits tritt dagegen diejenigen beiden Flächen von zusammen 11,3 qm unentgeltlich an die Stadt ab, die dem Ortsbauplane zufolge der Brabantstraße und der Garfläche zuzulegen sind.

In bezug auf den nach dem Plane teilweise abzutretenden sogenannten Magistratsweg sei bemerkt, daß dieser in den bis in die jüngste Zeit über ihn geführten Verhandlungen und Prozessen als öffentlicher Weg anerkannt ist, daß mithin zunächst seine Aufhebung, soweit er an die Handelskammer abgetreten werden soll, wird erfolgen müssen und daher die Abtretung einstweilen nur bedingt zugesichert werden kann. Das Recht, den Magistratsweg in seinem westlichen Teile, insbesondere innerhalb des ehemaligen Kantorsgrundstücks zu benutzen, dürfte der Handelskammer als Inhaberin der Grundstücke an der Garfläche zustehen; und umgekehrt steht dem jetzigen Inhaber des ehemaligen Kantorsgrundstücks, wie überhaupt jedermann zurzeit das Recht zu, auch den aufzuhebenden Teil des Weges zu benutzen. Aber irgend welchen Wert kann die Ausübung dieses Rechts für dritte Personen nicht wohl haben, zumal der fragl. Weg an seinem östlichen Ende schon seit langer Zeit verbaut gewesen ist, und es dürfte daher auch der Aufhebung der abzutretenden Wegestrecke irgend ein Bedenken nicht entgegenstehen. Sollte aber etwa der Weg als Privatgrundstück angesehen werden, an dem dem Inhaber des ehemaligen Kantorsgrundstücks eine private Wegegerechtigkeit zustände, so würde ihre Aufhebung im Enteignungsverfahren erzwungen werden können, und es ist nicht zu bezweifeln, daß der Stadt auf Ansuchen ein entsprechendes Recht würde verliehen werden.

Von den stadtseitig abzutretenden Flächen sind der Hof des Gewandhauses und der sogenannte Magistratsweg für das Gewandhaus insofern von Bedeutung, als sie die Zuführung von Licht und Luft sichern. In dieser Beziehung war daher Vorkehrung zu treffen, um eine dauernde Schädigung des Gewandhauses abzuwenden. Es ist deshalb mit der Handelskammer vereinbart, daß nicht nur jede wesentliche bauliche Veränderung des Gewandhauses selbst, sondern auch die Bebauung des angrenzenden Gesamtgrundstücks der Handelskammer der Genehmigung der städtischen Behörden bedürfen soll. Um indessen bei der Bauausführung unnötige Erschwerungen und lästige Verzögerungen zu verhüten, empfiehlt der Magistrat, das der Versammlung eingeräumte Mitbestimmungsrecht der Baukommission zu übertragen, zumal schon jetzt feststeht, daß über die endgültige Gestaltung einzelner Bauteile des neuen Gebäudes erst nach Herstellung von Modellen und Probearbeiten wird Entscheidung getroffen werden können.

Zum Schlusse wird noch darauf hingewiesen, daß eine Veräußerung des Grundstücks der Handelskammer für das mit diesem in organischen Zusammenhang zu bringende Gewandhaus höchst nachtheilig sein, insbesondere seine Nutzbarkeit wesentlich beeinträchtigen würde. Eine Veräußerung des zu schaffenden Handelskammergebäudes ist, solange diese besteht, zwar ausgeschlossen; Unzuträglichkeiten für das Gewandhaus würden aber entstehen können, wenn die Handelskammer eingehen sollte und damit ihr Nießbrauch am Gewandhause erlöschen würde. Das Handelskammergebäude würde für sich allein brauchbar sein, das von diesem abgetrennte Gewandhaus aber durch die Trennung beider Gebäude wesentlich beeinträchtigt werden.

Der mit der Handelskammer abzuschließende Vertrag sieht deshalb vor, daß im Falle des Eingehens der Handelskammer deren Grundstück auf Wunsch der städtischen Behörden gegen Erstattung des jederzeitigen Buchwertes, der durch jährliche Abschreibungen in Höhe von  $\frac{1}{2}$  % der Anschaffungskosten allmählich herabgemindert oder getilgt werden soll, in das Eigentum der Stadtgemeinde übergehen und zur Sicherung dieses Rechtes eine entsprechende Eintragung in das Grundbuch bewirkt werden soll.

Den vorstehend erwähnten Vereinbarungen dürfte der mit überreichte Entwurf eines zwischen der Handelskammer und der Stadt abzuschließenden Vertrages entsprechen, und es dürften durch seine Bestimmungen die Rechte und Interessen der Stadtgemeinde hinlänglich gewahrt werden.

Der Versammlung wird hiernach anheimgegeben,

1. die vorgelegten Entwürfe und zwar
  - a) eines mit der Herzoglichen Kammer wegen stadtseitigen Erwerbes des Gewandhauses,
  - b) eines mit der Handelskammer wegen Ueberlassung des Gewandhauses sowie wegen Abtretung von Grundflächen an diese und wegen der der Stadt in bezug auf das Grundstück der Handelskammer einzuräumenden Rechte
 zu genehmigen;
2. die Baukommission zur Ausübung des Mitbestimmungsrechtes in bezug auf bauliche Aenderungen am Gewandhause oder in bezug auf die Art der Bebauung des angrenzenden Grundstücks der Handelskammer zu ermächtigen und
3. sich damit einverstanden zu erklären, daß zur Deckung des an den Staat für das Gewandhaus zu zahlenden Kaufpreises die Summe von 32 000 M. dem Schulhausbaufonds entnommen, der Rest zu 43 000 M. aber einstweilen dem Extraordinarium zur Last gelegt und die Entscheidung dar-

über, ob zur Entlastung des Extraordinariums später ein Teil des Stammvermögens der Kammereikasse verwendet werden solle, einstweilen ausgesetzt werde.

Vorsitzender: Ehe wir in die Verhandlung über diese Vorlage eintreten, habe ich zu bemerken, daß der Herr Stadtverordnete Lübke ausführender Architekt des Projektes ist und wir in der vereinigten Finanz- und Baukommission der Ansicht waren, daß der Genannte ein Sonderinteresse hierbei habe und in Gemäßheit des § 56 der Städteordnung sich der Teilnahme an den Verhandlungen und der Abstimmung zu enthalten habe. Ich nehme an, daß dies auch die Ansicht der Versammlung ist. (Zustimmung.)

Herr Büdel (zur Geschäftsordnung): Es könnte die Meinung auftauchen, daß ich möglicherweise bei der Vorlage persönlich interessiert wäre; ich werde mich deshalb weder an der Debatte, noch an der Abstimmung beteiligen.

Vorsitzender: Wir waren in der Kommissionsitzung allerdings der Ansicht, daß es zu weit führen würde, jemandem ein Sonderinteresse beizulegen, der eine dabei interessierte Korporation vertritt. Hierdurch würden wir dahin kommen, daß die Stadtverordneten, die in einer Sache am besten Bescheid wissen, häufig nicht mitzusprechen hätten. Selbstverständlich steht es aber jedem frei, sich an den Verhandlungen zu beteiligen oder nicht. Wir können nunmehr in die Beratung selbst eintreten.

Herr Wolters berichtet über die Vorlage namens der vereinigten Finanz- und Baukommission wie folgt: Es handelt sich hier um die Beschlußfassung über je einen Vertrag mit der Herzoglichen Kammer, Direktion der Domänen, und der Handelskammer für das Herzogtum Braunschweig. Hinsichtlich des letzteren Vertrages bin ich berechtigt, zu erklären, daß dessen jetzige Fassung dem Vorsitzenden der Handelskammer genehm ist und er sie der Handelskammer zur Genehmigung empfehlen wird.

Der Vertrag mit dem Staate hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Herzogliche Kammer verkauft das zum Kammergute gehörige Grundstück des Gewandhauses Poststraße 8, Nr. ass. 768 — im Grundbuche Band 49 S. 515 als das am Altstadtmarkte belegene Gewandhaus mit verschiedenen Scharrnleeden bezeichnet — ohne Gewähr für das Vorhandensein dieser Scharrnleeden, ferner ohne Gewähr für etwaige Größenangaben und Mängel aller Art im augenscheinlichen Zustande jedoch wiederum ohne Gewähr für den Rechtsbestand etwaiger Nutzungen an Nachbargrundstücken und ohne Gewähr für das Nichtvorhandensein von nachbarlichen Rechten am Kaufobjekte an die Stadtgemeinde Braunschweig unter den nachstehenden Bedingungen.

§ 2. Der Kaufpreis beträgt 75 000 Ab. Derselbe ist bei und gegen Auflassung bar zu entrichten.

§ 3. Die Auflassung und im Anschluß daran die Uebergabe erfolgt ohne Verzug nach allseitiger endgültiger Genehmigung dieses Vertrages und zwar frei von eingetragenen dinglichen Lasten und Hypotheken, soweit nicht nach Inhalt dieses Vertrages eine dingliche Belastung des Kaufobjektes erfolgen soll.

Vom Tage der Uebergabe an hat Käuferin die öffentlichen Lasten und Abgaben zu tragen.

§ 4. Die Stadtgemeinde Braunschweig ist verpflichtet, in die mit der Firma Schrader & Oberländer wegen der Weinkellerei und Weinstube und mit dem Bauunternehmer Gustav Wilkens in Wolfenbüttel wegen Lagerung von Meßbudenmaterialien abgeschlossenen Mietverträge vom Tage der Uebergabe an als Vermieterin einzutreten. Sie hat die Verträge, welche bis 1. Oktober 1908 und bezw. bis 1. April 1910 laufen, auszuhalten, soweit nicht eine anderweite Einigung mit den Mietern erfolgt.

§ 5. Die Stadtgemeinde Braunschweig ist verpflichtet:

1. das Gewandhaus, und insbesondere dessen Ost- und Westgiebel ohne Veränderung der Gestaltung derselben in einem der Würde und dem baulichen Kunstwerte des Gebäudes entsprechenden Zustande dauernd zu erhalten, wobei seitens der Verkäuferin anerkannt wird, daß
  - a) die Stadt dieser Verpflichtung jedenfalls dann genügt, wenn sie das Gebäude in dem Zustande erhält, in dem sich dasselbe zurzeit befindet und daß
  - b) die Stadt zur Erfüllung der vorstehenden Verpflichtung nicht gehalten ist, Aufwendungen zu machen, um im Interesse des Gewandhauses eine für diese unvorteilhafte Bebauung der Nachbargrundstücke zu verhindern;
2. zur Ausführung oder Zulassung wesentlicher Veränderungen des Bauwerkes in dessen Inneren und — soweit solche nicht nach Nr. 1 dieses Paragraphen überhaupt ausgeschlossen sind — auch im Aeußeren zuvor die Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums einzuholen;
3. zu einer Veräußerung oder dinglichen Belastung des Gewandhauses zuvor die Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums einzuholen;
4. der Handelskammer für das Herzogtum Braunschweig das Gewandhaus zur Nutzung auf Grund eines zwischen der Handelskammer und der Stadt Braunschweig abzuschließenden Vertrages zu überlassen, dessen Gültigkeit von der Genehmigung Herzoglichen Staatsministeriums abhängig sein soll.

§ 6. Um zu verhüten, daß das Grundstück des Gewandhauses ohne Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums seitens der Stadt Braunschweig ver-

äußert oder dinglich belastet wird, soll bei der Auflassung eine entsprechende Vormerkung zugunsten der genannten Behörde im Grundbuche eingetragen werden.

§ 7. Die Gültigkeit dieses Vertrages wird abhängig gemacht:

- a) von der Genehmigung der Veräußerung des Gewandhauses durch die Landesversammlung;
- b) von der Genehmigung dieses Vertrages durch die Stadtverordnetenversammlung und durch Herzogliches Staatsministerium, Abteilung des Innern;
- c) von dem Zustandekommen einer Vereinbarung zwischen der Stadt Braunschweig und der Handelskammer, auf Grund deren dieser das Nutzungsrecht am Gewandhause eingeräumt wird.

§ 8. Die Kosten dieses Vertrages und seiner Ausführung trägt die Käuferin, die sämtlichen Stempelfkosten jedoch ausschließlich Herzogliche Kammer. Soweit ungeachtet dieser Vereinbarung Stempelfkosten seitens der Stadt Braunschweig in Gemäßheit der Vorschriften im § 5 Nr. 4 und 5 des Stempelsteuergesetzes zu entrichten sind, wird Herzogliche Kammer der Stadt Braunschweig die fraglichen Kosten erstatten.

**Der Vertrag mit der Handelskammer hat folgenden Wortlaut:**

Unter der Voraussetzung, daß das an der Poststraße Nr. 8 gelegene Gewandhaus in das Eigentum der Stadt Braunschweig übergeht, wird zwischen dieser und der Handelskammer für das Herzogtum Braunschweig folgender Vertrag geschlossen:

§ 1. Die Stadt Braunschweig räumt der Handelskammer an dem Grundstück des Gewandhauses, soweit nicht einzelne Teile desselben durch diesen Vertrag an die Handelskammer zu Eigentum abgetreten werden, damit ein Nießbrauchsrecht ein. Die sich hieraus für beide Teile ergebenden Rechte und Pflichten regeln sich nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über den Nießbrauch, soweit nicht durch diesen Vertrag etwas anderes festgesetzt ist.

§ 2. Die Handelskammer ist nicht verpflichtet, bei Ausübung des ihr eingeräumten Nutzungsrechts die bisherige wirtschaftliche Bestimmung des Gewandhauses aufrecht zu erhalten, vielmehr berechtigt, das Gewandhaus gemeinschaftlich mit dem neben demselben von ihr zu errichtenden Gebäude für ihren gesamten Geschäftsbetrieb zu verwenden.

Eine anderweite Nutzung des Gewandhauses bezw. einzelner Teile desselben bedarf der Genehmigung des Stadtmagistrats zu Braunschweig, die jedoch nur dann versagt werden soll, wenn durch die anderweite Nutzung das Gebäude gefährdet werden könnte. Die dauernde Unterhaltung von Wirtschaftsbetrieben im Gewandhause wird der Handelskammer — vorbehaltlich der Erteilung der polizeilichen Erlaubnis — gestattet.



§ 3. In die von der Herzoglichen Kammer mit der Firma Schrader & Oberländer und dem Bauunternehmer Wilkens wegen einzelner Teile des Gewandhauses abgeschlossenen, der Handelskammer bekannten Mietverträge hat diese als Vermieterin einzutreten. Der mit p. Wilkens abgeschlossene, die Lagerung von Meßbudenmaterialien im Gewandhause bezweckende Mietvertrag darf nach seinem Ablaufe nicht fortgesetzt werden. Die Lagerung von größeren Massen feuergefährlicher oder leicht brennbarer Stoffe und Materialien im Gewandhause darf nach Ablauf des Wilkensschen Vertrages nicht erfolgen.

§ 4. Der Handelskammer wird das Recht eingeräumt, das Innere des Gewandhauses so auszubauen und umzugestalten, daß die Räume für ihre Zwecke verwendbar sind. Die sämtlichen baulichen Aenderungen bedürfen indessen — abgesehen von der baupolizeilichen — auch der Genehmigung der städtischen Behörden.

Die durch diese baulichen Aenderungen erwachsenden Kosten trägt die Handelskammer. Aenderungen am Aeußeren des Gewandhauses vorzunehmen ist der Handelskammer ohne ausdrückliche Genehmigung der städtischen Behörden und des Herzoglichen Staatsministeriums nicht gestattet.

§ 5. Die Handelskammer ist verpflichtet, das Gewandhaus auf ihre Kosten dauernd in gutem baulichem Zustande zu erhalten; sollte infolge außergewöhnlicher Naturereignisse die Aufwendung besonderer durch Versicherung nicht gedeckter Kosten, welche als laufende Unterhaltungskosten nicht angesehen werden können, zur Wiederherstellung des früheren Zustandes bezw. zur Erhaltung des Gebäudes erforderlich werden, so fallen diese Kosten je zur Hälfte der Handelskammer und der Stadt Braunschweig zur Last.

Zum Ersatz für sonstige auf das Gebäude gemachte Verwendungen ist die Stadt Braunschweig, auch wenn dieselben als nützliche anzuerkennen sind, nicht verpflichtet.

§ 6. Das Nießbrauchsrecht der Handelskammer beginnt, sobald dieser Vertrag allseitig genehmigt sein wird.

§ 7. Für die Dauer des ihr eingeräumten Nießbrauchsrechts zahlt die Handelskammer an die Stadt Braunschweig eine jährliche Rente von 1500 M in 2 gleichen postnumerando fälligen Halbjahrsraten und zwar am 2. Januar und 1. Juli.

§ 8. Zur Wegnahme von Einrichtungen, mit denen die Handelskammer das Gewandhaus versieht, ist dieselbe ohne ausdrückliche Genehmigung des Stadtmagistrats zu Braunschweig nicht berechtigt.

§ 9. Die Handelskammer verpflichtet sich, der Stadt Braunschweig das lasten- und hypothekensfreie Eigentum an denjenigen beiden Grundflächen zu verschaffen, welche auf dem diesem Vertrage angehängten Lageplane mit den Buchstaben f h i k l f und a b c m a umschrieben und zu 8,4 bezw. 2,9 qm vermessen sind.

Die Kosten der Auflassung samt Nebengebühren trägt die Stadt Braunschweig.

§ 10. Die Stadt Braunschweig tritt an die Handelskammer diejenige Grundfläche des Gewandhausgrundstücks frei von Hypotheken und frei von anderen als den in diesem Vertrage erwähnten dinglichen Lasten und unentgeltlich zu Eigentum ab, die auf dem in § 9 erwähnten Lageplane wie folgt bezeichnet und vermessen sind:

a) die freie Straßenfläche c d e f g c zu . . . . . 40,2 qm,

b) Hof des Gewandhauses Nr. 341 b zu . . . . . 94 qm.

Auch verzichtet die Stadt Braunschweig zugunsten der Handelskammer auf Beibehaltung des Einbaues, der bislang als Zubehör des Gewandhauses in das Obergeschloß des Grundstücks Nr. ass. 769 hineinragt.

Endlich verpflichtet sich die Stadt Braunschweig, die erforderlichen Schritte zu tun, damit die zwischen der Ostgrenze des Knobbeschen Grundstücks Nr. ass. 425 an der Martinikirche und der Brabantstraße belegene Teilstrecke des sogenannten Magistratsweges (auf dem Plane mit Nr. 349 d bezeichnet) als öffentlicher Weg aufgehoben werde, und, nachdem die fragliche Wegefläche freies Eigentum der Stadtgemeinde geworden sein wird, dieselbe unter gleichen Bedingungen, wie sie vorstehend in Abs. 1 dieses Paragraphen festgesetzt sind, der Handelskammer zu Eigentum zu überlassen.

Die Kosten der Auflassung aller in diesem Paragraphen erwähnten, der Handelskammer zu überlassenden Grundflächen samt Nebengebühren trägt die Handelskammer.

§ 11. Die Handelskammer beabsichtigt, an der Südseite des Gewandhauses ein für ihre Zwecke geeignetes Geschäftshaus zu erbauen. Um zu verhüten, daß durch dieses Gebäude das Gewandhaus in architektonischer Beziehung bezw. in bezug auf Zuführung von Licht und Luft beeinträchtigt werde, verpflichtet sich die Handelskammer zu ihrem Bauvorhaben, soviel die Grundriszeinteilung, die Gebäudehöhe und die Ausbildung der Außenseiten und des Daches des aufzuführenden Gebäudes betrifft, neben der baupolizeilichen Erlaubnis auch die Genehmigung der städtischen Behörden einzuholen.

§ 12. Es wird beabsichtigt, daß im § 11 erwähnte neue Gebäude mit dem Gewandhause derart zu verbinden, daß beide Bauwerke als ein einheitliches Ganzes benutzt werden.

Um zu verhüten, daß im Falle einer Lösung dieses Zusammenhangs und insbesondere beim Erlöschen des der Handelskammer am Gewandhause eingeräumten Nießbrauchsrechtes für das letztere Gebäude erhebliche Nachteile entstehen, wird seitens der Handelskammer der Stadt Braunschweig das Recht eingeräumt, in dem gedachten Falle das angrenzende Grundstück der Handelskammer nebst dem darauf zu errichtenden Bauwerke zu Eigentum zu erwerben. Die Stadt hat, wenn sie von diesem Rechte Gebrauch machen will, als Kaufpreis den Wert zu zahlen, zu

dem jeweilig das fragliche Grundstück der Handelskammer zu Buche steht. Zu dem Zwecke wird die Handelskammer in Ansehung ihres gedachten Grundstücks dauernd ein besonderes Konto führen und sie verpflichtet sich, auf dieses Konto, das mit den gesamten Grunderwerbs- und Baukosten (einschl. solchen für etwaige spätere Erweiterungen), nicht aber den Kosten für laufende Unterhaltung belastet werden soll, jährlich  $\frac{1}{2}$  % abzuschreiben.

Die Sicherung des hier erwähnten Rechtes der Stadt Braunschweig ist durch Eintragung in das Grundbuch auf Kosten der Handelskammer zu bewirken.

Die Handelskammer wird dem Stadtmagistrate am Schlusse eines jeden Rechnungsjahres Abschrift des vorerwähnten Kontos zugehen lassen.

§ 13. Die Kosten dieses Vertrages und seiner Ausführung trägt, soweit nicht im § 9 etwas anderes bestimmt ist, die Handelskammer.

§ 14. Die Gültigkeit dieses Vertrages wird abhängig gemacht von der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung zu Braunschweig, des Herzoglichen Staatsministeriums und der Vollversammlung der Mitglieder der Handelskammer.

Der § 2 des letzteren Vertrages hat auf Grund der Beratungen des Magistrates mit den vereinigten Kommissionen folgende Fassung erhalten:

„Die Handelskammer ist nicht verpflichtet, bei Ausübung des ihr eingeräumten Nutzungsrechtes die bisherige wirtschaftliche Bestimmung des Gewandhauses aufrecht zu erhalten, vielmehr berechtigt, das Gewandhaus gemeinschaftlich mit dem neben demselben von ihr zu errichtenden Gebäude für ihren Geschäftsbetrieb zu verwenden.

Der Handelskammer wird ferner das Recht eingeräumt

1. dauernd im Gewandhause einen Wirtschaftsbetrieb — vorbehaltlich der polizeilichen Erlaubnis — zu unterhalten bezw. zu dem Zwecke einen Teil der Räume des Gebäudes an einen Unternehmer zu vermieten;
2. einzelne Räume des Gewandhauses, sei es unentgeltlich oder gegen Entgelt
  - a) zur Unterhaltung einer Volkslesehalle,
  - b) für den Geschäftsbetrieb einer Börse,
  - c) für Zwecke des kaufmännischen Fortbildungsschulwesens benutzen zu lassen;
3. einzelne Räume des Gewandhauses zur Benutzung als Kontorräume, behuf Abhaltung von Vereinsitzungen und zu ähnlichen Zwecken zu vermieten. Durch die Ausübung der unter 1—3 erwähnten Nutzungsrechte darf indessen die Erreichung des in Absatz 1 erwähnten Hauptzweckes nicht unmöglich werden, und es ist überdies bei der Aus-

übung der fr. Nutzungen und insbesondere der unter 1 und 3 erwähnten stets auf den monumentalen Charakter des Gebäudes und seine Bedeutung als hervorragendes Baudenkmal Rücksicht zu nehmen. Abgesehen von dieser Beschränkung hat die Handelskammer bei der Abschließung von Verträgen, die sich auf die unter 1—3 erwähnten Nutzungen beziehen, freie Hand.

Andere als die vorstehend erwähnten Arten der Nutzung des Gewandhauses oder einzelner Teile desselben unterliegen der Genehmigung der städtischen Behörden, die indessen nur aus Rücksicht auf das Gebäude selbst soll versagt werden dürfen. Das Recht der städtischen Behörden, bauliche Aenderungen in oder an dem Gebäude nach freiem Ermessen zu versagen (vergl. § 4), wird übrigens durch vorstehende Bestimmung nicht berührt."

Herr Wolters (fortfahrend): Der § 12 des Vertrages mit der Handelskammer ist dahin zu verstehen, daß die Stadt, wenn die Handelskammer beispielsweise nach 50 Jahren aufgelöst würde und die Kosten für Grunderwerb und Bau zusammen 500 000 M betragen hätten, noch 75 % dieser Summe bei der Uebernahme der Baulichkeiten zu zahlen haben würde, nach 100 Jahren aber 50 %, während nach 200 Jahren das gesamte Grundstück bei Auflösung der Handelskammer kostenfrei in den Besitz der Stadt überzugehen hätte.

Gegen diesen Vertrag wird eine Anzahl Einwendungen erhoben. Es wird z. B. gesagt: es wäre nicht recht, daß der Staat ein Gebäude, das ursprünglich der Stadt gehört hätte, nunmehr wieder durch Kauf der Stadt überlasse. Es ist richtig, daß der Kader von Staat so handeln will, aber man hat andererseits auch zu berücksichtigen, daß es sich hier um einen durch 200 Jahre geheiligten Besitz handelt. Wir als Stadtgemeinde würden uns wohl auch hüten, einen Besitz, den wir mehrere Jahrhunderte gehabt hätten, kostenlos abzugeben. Wir haben ja für die Ueberlassung des alten Stadthauses an den Staat auch einen Preis gefordert und erhalten. Man kann tatsächlich einen so langjährig ausgeübten Besitz nicht mehr ohne Zahlung einer Entschädigung zurückfordern. Auch wird wohl eingewandt, es sei bedenklich, das eben erst wiedererworbene Gut schon wieder fortzugeben. Es ist allerdings auch schade, den verlorenen und eben erst wiedergefundenen Freund schon wieder zu verabschieden, denn es handelt sich tatsächlich um ein wieder erlangtes und sofort weitergegebenes Juwel. Könnte die Stadt das Gewandhaus nicht selbst für eigene Zwecke verwenden? Die Handelskammer ist allerdings ein staatliches Institut, nichts desto weniger bleibt deren Kern die Stadt Braunschweig, und Kaufmannschaft sowie Gewerbetreibende unserer Stadt finden ihren Mittelpunkt und ihre Wirksamkeit in der Handelskammer. Wenn aber einer solchen Gemeinschaft das Gebäude überwiesen wird, so dient es gleichzeitig einem wesentlichen Teile

unserer Bürgerschaft, auf dessen Ansehen und Kraft auch das Ansehen der Stadt beruht, so daß es die Stadt gewissermaßen doch in eigenem Besitz und eigener Nutzung hat. Außerdem würde es auch nicht leicht möglich sein, daß die Stadt das Haus für ihre Zwecke benutzen könnte. Wir sind gezwungen, den monumentalen Charakter des Gebäudes nach außen hin zu wahren, und es wird nicht leicht möglich sein, für die Zwecke der Stadt viel daraus zu machen. Es würden dabei immer nur ähnliche Zwecke in Betracht kommen, wie sie die Handelskammer jetzt ins Auge gefaßt hat, also Zwecke gemeinnütziger Art. Ob man aber unter Anlegung großer Kosten mit der Erzielung einer Rente bessere Geschäfte macht, als bei dem vorliegenden Projekte, möchte ich dahin entscheiden, daß die Einwendungen gegen dieses Projekt vom finanziellen und vom künstlerischen Standpunkte aus nicht berechtigt sind.

Es wird auch davon gesprochen, daß es eigentlich nicht richtig wäre, nun mit einem Male einen Kostenaufwand von 32000 M ans Bein zu binden. Um einen Überblick darüber zu gewinnen, muß man berücksichtigen, wie die Lasten verteilt sind und wie das Ende der Sache ist. Das Ende der Sache ist, daß das Gewandhaus in das Eigentum der Stadt zurückkommt, denn die Stadt wird länger bestehen, als die Handelskammer. Dazu kommt noch, daß die Stadt nicht nur ein Mitbestimmungsrecht, sondern auch ein Erwerbsrecht an dem Gesamtgrundstücke besitzt. Wenn aber mit dem dereinstigen Aufhören der Handelskammer auch die Nachbargebäude in das Eigentum der Stadt übergehen, so kann das ein sehr wertvoller Besitz für die Stadt sein. Man wünscht jedem Menschen ein langes Leben, der Handelskammer aber wünsche ich ein nicht allzu langes, aber auch ein nicht allzu kurzes Leben. (Heiterkeit.)

Die Ansicht der vereinigten Kommissionen geht dahin, daß beide Verträge in jeder Beziehung annehmbar sind, die Kommissionen empfehlen also beide Verträge grundsätzlich zur Annahme.

Vorsitzender: Es würde die Sache sehr vereinfacht werden, wenn der Herr Referent das Wort weiter behielte und die wenigen Abänderungsanträge der vereinigten Kommissionen gleich mit vorträge.

Herr Wolters: Ich würde empfehlen, an der Hand der Magistratsvorlage zunächst den Vertrag mit dem Staate zu beraten und sodann den Vertrag mit der Handelskammer durchzugehen, worauf dann die eigentlichen Vausachen folgen könnten.

Herr Frühling: Ich habe Ihnen vom allgemeinen Standpunkte aus nicht viel zu sagen und mich auf Punkt 2 der Magistratsanträge zu beschränken. Ghe ich aber dazu übergehe, muß erst festgestellt sein, ob Sie die Vorlage überhaupt annehmen wollen oder nicht. Bis dahin möchte ich daher mit meinem Referate warten.

Vorsitzender: Da sich zu einer Generaldebatte niemand meldet, können wir zur Einzelberatung der Vorlage übergehen. Wir würden demnach den Magistratsantrag 1a, Genehmigung des Vertrages mit der Herzoglichen Kammer, zunächst zu beraten haben.

Herr Wolters: Ich will hierzu nur bemerken, daß die vereinigten Kommissionen zu dem Vertrage Bemerkungen nicht zu machen haben.

Herr Tolle: Ich hatte mir eigentlich die Anfrage erlauben wollen, welchen Kaufpreis der Staat vor etwa 230 Jahren für das Gewandhaus an die Stadt bezahlt hat, bin aber inzwischen belehrt worden, daß das Gebäude seinerzeit kostenlos in die Hände des Staates übergegangen ist. Aus der Vorlage war dies nicht erkennbar.

Ich möchte mir indessen eine Kritik an der Höhe der Kaufsumme erlauben. Der Staat hat bisher aus dem Gebäude eine Mieteinnahme von 4700 M erzielt. Ich bin gewohnt, den Wert eines Gebäudes im allgemeinen nach dessen Mietertrag einzuschätzen. Wenn ich das hier tue und den Mietertrag von 4700 M mit 5 % kapitalisiere, so würde ein Mietwert von 94 000 M herauskommen. Hiernach könnte es den Anschein haben, als ob die Stadt bei dem Kaufpreise von 75 000 M ein gutes Geschäft gemacht hätte; der Staat knüpft indessen Bedingungen an den Verkauf des Gebäudes, die dessen Mietertrag wesentlich verringern, wenn nicht kostspielige Einbauten gemacht werden, die die Kaufsumme um ein bedeutendes erhöhen. Daß der Staat sich ein Einspruchsrecht bei baulichen Veränderungen des Gewandhauses vorbehält, begrüße ich mit Freuden, denn nicht nur Braunschweig, sondern das ganze kunstsinige Deutschland haben ein Interesse daran, daß das Gewandhaus keine Einbuße an seinem Kunstwerte erleide. Wie verhält es sich nun mit dem Opfer, das die Stadt zu bringen gewillt ist, im Vergleiche zu dem Opfer des Staates? Wir wollen das Gewandhaus zu einem jährlichen Mietpreise von 1500 M auf unabsehbare Zeiten abtreten. Wenn wir diesen Betrag nur mit 4 % kapitalisieren wollten, so würden wir zu einem falschen Ergebnisse kommen (37 500 M), wir müssen also die 5 % auch hier beibehalten und kommen auf 30 000 M Mietwert. Demnach würde die Stadt eine Einbuße von 45 000 M erleiden. Aber selbst wenn die Einbuße der Vorlage gemäß nur 32 000 M betragen würde, so dürfte das Opfer gegenüber dem des Staates von 19 000 M zu hoch erscheinen.

Nun berücksichtigen Sie, daß die „Handelskammer für das Herzogtum Braunschweig“ zweifellos ein staatliches Institut ist, ich weiß also nicht, wie die Stadt dazu kommen soll, ein im Vergleich zum Staate so viel größeres Opfer zu bringen. Wenn das Verhältnis umgekehrt läge, würde ich es verständlich finden. Ich hätte gewünscht, daß wir der Handelskammer eine Summe zu einem niedrigen Zinsfuße zur Verfügung gestellt haben würden und zwar mit Rücksicht darauf, daß sie

gesonnen ist, Aufwendungen zu machen, die mit ihren Mitteln nicht in Einklang zu bringen sind, die das benachbarte Gewandhaus aber erfordert.

Aus den angeführten Gründen bitte ich zu erwägen, ob wir den Kaufpreis beim Staate nicht noch herabdrücken können. Ich bin gewohnt gewesen, den Staat im Vergleich mit der Stadt als den wirtschaftlich Stärkeren anzusehen. Wenn aber der Staat mit uns ein Geschäft machen will bei einem Gebäude, für das er einen reichlichen Kaufpreis erwartet, obwohl er dasselbe Gebäude seinerzeit kostenlos von der Stadt auf irgend eine Weise erhalten hat, so finde ich es merkwürdig, den Kaufpreis so hoch zu bemessen, daß das Opfer des Staates geringfügig erscheint gegenüber dem, was die Stadt zu opfern gesonnen ist.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Es ist erklärlich, daß Herr Tolle, der sich augenscheinlich noch nicht so genau mit den früheren Verhandlungen zwischen Staat und Stadt befaßt hat, in dieser Sache nicht recht orientiert ist.

Im Jahre 1671 hat der Staat der Stadt überhaupt keinen Kaufpreis gezahlt, sondern der Herzog hat einfach die Stadt erobert und die Güter der Stadt an sich genommen, und darunter befand sich auch das Gewandhaus. Seitdem hat das Gebäude der Staat in Benutzung gehabt, bis zuerst 1832 ein vorläufiges und sodann 1858 ein endgültiges Abkommen zwischen Staat und Stadt getroffen ist. Hierdurch ist ein Ausgleich zustande gekommen wegen aller der Güter der Stadt, die der Staat 1671 in Besitz genommen hat. Unter den Gütern, die durch notariellen Vertrag von der Stadt an den Staat formell abgetreten sind, findet sich auch das Gewandhaus. Der Staat hat damals aber auch bedeutende Leistungen für die Stadt übernommen. Sehen Sie unsern städtischen Etat an und Sie werden finden, daß er eine Menge Zahlungen übernommen hat. So z. B. trägt der Staat die Kosten unserer Polizeiverwaltung bis auf geringe Summen.

Von einem im Jahre 1671 gezahlten Kaufpreise kann man also nicht sprechen, der Staat ist aber trotzdem vollberechtigter Eigentümer des Gewandhauses und es könnte sich nur fragen, ob er der Stadt gegenüber nicht nobel genug gewesen ist. Nun verstehe ich offen gestanden die Berechnung des Herrn Tolle nicht; denn wenn ein Gebäude, obgleich es sehr wenig ausgenutzt ist, in seinem jetzigen Zustande allein an Mieten 4720 M einbringt, dann erkennt doch auch Herr Tolle an, daß der Kaufpreis von 75 000 M gering zu nennen ist. Lassen Sie uns doch einmal objektiv fragen, was ein Haus mit dem Grund und Boden in der Gegend des Gewandhauses wert ist? Ich bezweifle, daß ein Privatmann ein solches Grundstück für 75 000 M hergeben würde. (Zustimmung.) In erster Linie dreht es sich hier aber auch um den idealen Wert, den die Einwohnerschaft darin erblicken muß, daß das altherwürdige Haus wieder in den Besitz der Stadt übergeht, und der ist

überhaupt nicht zu bezahlen. Es handelt sich hier nicht um ein Geschäft für den Staat, aber andererseits auch nicht um ein schlechtes Geschäft für die Stadt.

Bei der Beratung des Ortsbaustatuts ist auch die Frage eingehend erörtert worden, ob man nicht den Einwohnern, die Bauwerke in der Nähe von historisch denkwürdigen Bauten errichten wollten, aufgeben sollte, auf diese Nachbarschaft Rücksicht zu nehmen. Die Stadtverordneten haben sich damals zu einer Resolution geeinigt, in der sie aussprachen, es würde ein Unrecht sein, dem Nachbar solche Verpflichtung aufzuerlegen, es müßten vielmehr Staat und Stadt selbst eingreifen, um solche Baudenkmäler zu schützen. Nun hat sich der Magistrat auf den Standpunkt gestellt, daß die Errichtung vierstöckiger Geschäftshäuser neben dem Gewandhaus verhütet werden müßte, weil das Gewandhaus darunter leiden würde, und es wäre gar nicht so ungeheuerlich gewesen, wenn der Magistrat sich an die Versammlung gewandt und gesagt hätte, wir müssen Opfer bringen, um die Verunstaltung des Gewandhauses zu verhüten; ich hätte mich wenigstens nicht geschämt, Ihnen ein solches Opfer zu empfehlen. Ob auch der Landtag solches Opfer gebracht haben würde, bezweifle ich. Jetzt soll von der Stadt nur ein Opfer in Höhe von 32 000 M gebracht werden, und das kann man wohl mit in Kauf nehmen.

Herr Tolle meint auch, er hätte den Staat als den stärkeren Teil angesehen: ich geniere mich nicht zu sagen, heute steht unsere Stadt in bezug auf die Finanzen besser da, als der Staat und jetzt kann man von der Einwohnerschaft der Stadt eher ein Opfer bringen lassen, als vom Lande. Es ist auch nicht richtig von Herrn Tolle, daß er sich freut über die Beschränkungen, die der Staat uns mit seinem Aufsichtsrechte auferlegt hat; ich hätte wenigstens diese Beschränkungen lieber nicht in den Vertrag aufgenommen. (Zustimmung.) Außerdem stehe ich auch auf dem Standpunkte, wenn der Staat 1858 keine Bedenken getragen hat, der Stadt das Altstadt-Rathaus ohne diese Verpflichtung zu überlassen, so hätte er jetzt das Gewandhaus der Stadt ebenfalls ohne solche Verpflichtung überlassen können, und ich bin überzeugt, daß das Gewandhaus besser in den Händen der Stadt als des Staates aufgehoben ist, weil eben unsere Bürgerschaft eher geneigt ist, für solche Sachen Opfer zu bringen als der Landtag. Wenn Herr Tolle meint, wir sollten lieber der Handelskammer ein Darlehn zu einem niedrigeren Zinsfuß geben, so erwidere ich darauf, daß ich mir einen finanziell günstigeren Ausweg aus dieser Sache gar nicht denken kann, als er hier vorgeschlagen ist. Da die vereinigten Kommissionen zu demselben Resultate gekommen sind, so möchte ich bitten, die finanziellen Bedenken fallen zu lassen.

Herr Wolters: Was den Wert des Gewandhauses anlangt, so dürfte schon die einfache Tatsache, daß das Gebäude noch mit 91 000 M in der Landesbrandkasse steht, genügen, um den Kauf zu 75 000 M als ratsam erscheinen zu lassen. Zu welcher Wertsumme würde man aber erst kommen, wenn man die künstlerische Seite



des Gebäudes mit in Betracht zieht. Diese Summe würde wohl niemand bezahlen können. In Anbetracht dieser Verhältnisse und besonders in bezug auf den idealen Wert des Gebäudes ist es als ganz besonders billig zu erachten.

Herr Meyerhoff: Herr Tolle hat sich selbst widersprochen, denn er sagt, nach der Mietaufnahme müßte das Gebäude 94 000 M kosten, während wir nur 75 000 M bezahlen; demnach bringt der Staat also auch ein Opfer. Wenn man das aber so genau abwägen will, daß man sagt, die Stadt bringt 32 000 M und der Staat nur 19 000 M an Opfer, so würde das zu weit führen. Meiner Ansicht nach ist das Gebäude für 75 000 M billig erworben.

Herr Tolle: Ich bin selbstverständlich nicht im Prinzip gegen die Höhe des Kaufpreises. Herr Wolters hat ja auch schon erklärt, daß das Gebäude einfach unschätzbar ist. Den wirklichen Wert des Gebäudes können wir deshalb auch nicht annehmen. Im Geschäftsleben bin ich gewohnt, den Wert eines Grundstücks nach dem Mietwerte zu bemessen, indem ich den Mietertrag mit 20 multipliziere. Hierbei kommt für das Gewandhaus ein Wert von 94 000 M heraus. Da die Stadt nur einen Mietertrag von 1500 M bekommen soll, so entsteht nach meiner Berechnung ein Gebäudewert von nur 30 000 M. Nach dieser Berechnung komme ich aber zu dem Resultate, daß der Staat nur 19 000 M opfert, wogegen wir 45 000 M aufwenden, und das scheint mir dem Staat gegenüber zu hoch zu sein. Wir haben  $2\frac{1}{2}$  mal so viel zu opfern, wie der Staat und dieser knüpft an den Kauf noch die Bedingung, daß das Haus der staatlichen Handelskammer für das Herzogtum Braunschweig als Nutznießerin übergeben werden soll. Aus diesem Grunde war ich der Ansicht, daß das höhere Opfer nicht die Stadt, sondern der Staat zu bringen hat.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Der Ansicht, daß der Staat in dieser Sache ein Opfer bringt, ist Herr Tolle anscheinend auch. (Zustimmung.) Dann bin ich schon zufrieden. Der Staat hat uns aber die Verpflichtung nicht auferlegt, das Gebäude der Handelskammer gerade für 1500 M jährlich zu überlassen; Sie können deshalb nicht sagen, der Staat solle mehr opfern, weil die Stadt das Gebäude zu billig abgeben will.

Herr Fricke: Ich kann mir nicht denken, daß bei solchem Objekte die Geldfrage eine Rolle spielen kann. Das Gebäude ist in ganz Deutschland berühmt, und ich begrüße es mit großer Freude, daß die Handelskammer im Anschluß an das Gewandhaus in so vorzüglicher Weise neue Baulichkeiten aufführen will. Dazu hätte sich so leicht niemand gefunden. Wir müssen daher der Handelskammer zu großem Danke verpflichtet sein, und ganz Deutschland wird mit uns daselbe fühlen. Unter solchen Umständen finde ich es kleinlich, daran zu feilschen, daß der Staat weniger opfere, als die Stadt. Wir dürfen dabei den idealen Wert des Gebäudes nicht vergessen.

Herr Koch: Wie den älteren Herren bekannt ist, haben wir uns seit Jahren damit beschäftigt, eine Volkslesehalle ins Leben zu rufen. Dieser Wunsch der Versammlung soll durch das vorliegende Projekt auch seiner Erfüllung entgegengehen, weshalb wir das Projekt auch aus diesem Grunde freudig begrüßen können.

Der Vertrag mit der Herzoglichen Kammer wird darauf genehmigt.

Die Versammlung geht nunmehr über zum Punkte 1b der Magistratsanträge: Vertrag mit der Handelskammer.

Herr Wolters: Zum § 1 habe ich folgendes zu bemerken: Auf Antrag der Handelskammer ist in Aussicht gestellt worden, das Nießbrauchsrecht der Handelskammer in das Grundbuch einzutragen. Die formelle grundbuchamtliche Regelung ist Sache des Magistrates. Die Notariats-, Gerichts- und Stempelfkosten würde nach § 13 des Vertrages die Handelskammer tragen. Änderungsanträge habe ich namens der vereinigten Kommissionen zum § 1 nicht zu stellen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Der Magistrat hat über die Eintragung des Nießbrauchsrechtes nicht ausdrücklich etwas gesagt. Der Herr Referent meint, es sollte das weitere in dieser Sache dem Magistrate überlassen bleiben und die Kommissionen waren auch der Ansicht, daß das Recht eingetragen werden möchte. Nachdem aber der Vorsitzende der Handelskammer einen entsprechenden Wunsch geäußert hat, dürfte es sich empfehlen, daß die Versammlung der Eintragung ausdrücklich zustimmt.

§ 1 des Vertrages gilt damit als genehmigt.

Zu § 2. Herr Wolters: Namens der Kommissionen empfehle ich die abgeänderte Fassung des § 2:

Herr Ahmann: Nach dem Vertragsentwurfe wird der Handelskammer das Recht eingeräumt, einzelne Räume des Gewandhauses zu gemeinnützigen Zwecken zu verwenden. Ich möchte dafür gesetzt wissen, daß sie die Verpflichtung haben soll, die Räume zu gemeinnützigen Zwecken zur Verfügung zu stellen. Ich nehme allerdings ohne weiteres an, daß die Handelskammer so viel Gemeinnutz haben wird, das auch ohne solche Vorschrift zu tun, aber es könnten darüber doch verschiedene Meinungen vorhanden sein, weshalb die Auferlegung einer Verpflichtung besser ist.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Auch der Magistrat empfiehlt Ihnen die neue Fassung des § 2. Bezüglich des Antrages Ahmann möchte ich darauf hinweisen, daß wir die Bestimmungen über das Nießbrauchsrecht schon sehr wesentlich abgeändert haben und der Handelskammer bereits eine ganze Menge Verpflichtungen auferlegt worden sind, die ein Nießbraucher sonst nicht kennt; ich muß deshalb bezweifeln, daß sich die Handelskammer noch auf eine weitergehende Verpflichtung einlassen würde. Es ist ja selbstverständlich, daß die Handelskammer alles das ausführt, was der Vertrag in Aussicht nimmt, aber ich würde es für

äußerst bedenklich halten, ihr in dieser Weise die Hände zu binden. Durch die von Herrn Ußmann gewünschte Aenderung der Vertragsbestimmungen würde er außerdem seinen Zweck gar nicht erreichen, weil die Handelskammer dann einen so hohen Mietpreis fordern kann, daß wir uns für die Lesehalle lieber ein anderes Lokal suchen würden. Andererseits halte ich es aber bei einem Vertrage, der für Jahrhunderte abgeschlossen werden soll, nicht für zulässig, der Handelskammer gleichzeitig den zu fordernden Mietpreis vorzuschreiben.

Herr Frühling: Ich möchte auch empfehlen, den Vorschlag des Herrn Ußmann nicht anzunehmen. Die Handelskammer wendet für diese Sache sehr große Summen auf, die zum guten Theile der Gesamtheit zufließen kommen, und es würde zu weit gehen, ihr dabei eine derartige Verpflichtung aufzuerlegen. Außerdem würde sie Anlaß zu Streitigkeiten geben, die besser vermieden werden. Es würde sich um einen Eingriff in die Rechte der Handelskammer handeln, der nicht gerechtfertigt ist gegenüber dem, was die Stadt hierbei für die Handelskammer leistet, und das ist verhältnismäßig nur gering.

Herr Ußmann: Von einem Eingriff in die Rechte der Handelskammer kann doch wohl keine Rede sein. Den Einwendungen des Herrn Oberbürgermeisters pflichte ich aber insofern bei, als ich ebenfalls annehme, daß die Handelskammer den Wünschen der Stadt, auch ohne dazu verpflichtet zu sein, entsprechen wird, da ja sonst auch die Stadt anders handeln könnte. Ich will also einen Antrag nicht stellen.

Herr Bues: Ich möchte wünschen, daß das Gewandhaus nicht eine große Versammlungshalle erhielte und namentlich die dort vorhandene Wirtschaft nicht im vergrößerten Maßstabe betrieben werden dürfte.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Auch Herrn Bues möchte ich bitten, einen solchen Antrag nicht einzubringen. Ich glaube allerdings, daß die Handelskammer nicht daran denkt, den vorhandenen Wirtschaftsbetrieb noch wesentlich zu erweitern; die Sache wird sich vermutlich so weiter entwickeln, daß die Kellerräume in bisheriger Weise zu Räumen einer Weinstube weiter benutzt werden. Da nun aber für die Sitzungen der Handelskammer ein Raum eingerichtet werden soll, so wäre es nicht unmöglich, daß daneben ein Zimmer hergerichtet würde, in dem ein Imbiß, namentlich von den auswärtigen Mitgliedern der Kammer, eingenommen werden könnte. Da nun zu irgend welchen baulichen Veränderungen des Gebäudes die Genehmigung der Stadt erforderlich sein würde, so wird sich Herr Bues wohl beruhigen können. Noch eingehendere Bestimmungen zu erlassen, würde nicht am Platze sein.

Herr Wolters: In dem § 2 des Vertrages ist deutlich auseinandergelegt, in welcher Weise und in welchem Umfange der Wirtschaftsbetrieb im Gewandhause

beabsichtigt wird. Eine unpassende Erweiterung der Benutzungsart ist ganz ausgeschlossen.

Herr Sander: Der Handelskammer ist im § 2 das Recht eingeräumt, einen Wirtschaftsbetrieb zu unterhalten; ich möchte wünschen, daß ihr zugleich die Verpflichtung dazu auferlegt würde. Sie haben in allen solchen Gebäuden größerer Städte einen Weinkeller, der einen Anziehungspunkt für die Stadt bildet. Sehen Sie das Haus der Schiffergesellschaft in Lübeck an, nehmen Sie jede größere Börse, überall findet sich ein Wirtschaftsbetrieb vor. Meiner Ansicht nach wird ein solches Grundstück entwertet, wenn dort der Wirtschaftsbetrieb aufgehoben wird.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Herrn Vues geht die Sache vielleicht zu weit und Herrn Sander nicht weit genug, so daß wir anscheinend uns auf dem richtigen Punkte in der Mitte befinden. Eine derartige Wirtschaft ist tatsächlich ein Anziehungspunkt für eine Stadt, aber die Sache könnte mal nicht gehen und die Handelskammer wäre dann nicht in der Lage, die Wirtschaft aufzuheben. Das geht also auch nicht.

Herr Fiedel: Als Vertreter der Handelskammer möchte ich folgendes erklären: Es ist hier mehrfach ausgesprochen worden, daß die Stadt der Handelskammer weit entgegengekommen sei. Die Handelskammer, die in ihrer Mehrheit aus Abgeordneten des Landes Braunschweig besteht, kann dieser Ansicht nicht beitreten, sie ist vielmehr der Ueberzeugung, daß sie der Stadt entgegenkommt. Eine weitere, als die hier vorgesehene Belastung kann sie nicht auf sich nehmen und verzichtet dann lieber auf die Durchführung des Projektes.

Herr Jasper: Die Bedenken der Herren Vues und Sander kann ich teilen. Beiden ist gemeinschaftlich, daß sie eine anderweite Benutzung der Räume des Gewandhauses nicht ohne weiteres in das Ermessen der uns angeblich entgegenkommenden Handelskammer stellen wollen, sondern in die Erwägung der städtischen Behörden. Ich kann deshalb die in Vorschlag gebrachte Aenderung nicht als Verbesserung ansehen und möchte bitten, jede anderweite Benutzung des Gebäudes von der Entscheidung der städtischen Behörden abhängig zu machen. Die Aenderung des § 2 bringt allerdings insofern schon eine Verbesserung, als die anderweite Nutzung des Gewandhauses nach der ersten Fassung der Genehmigung des Magistrates unterlag, während sie jetzt in die Hände der städtischen Behörden gelegt worden ist. Ich möchte bitten, beide Fassungen abzulehnen und dafür zu sagen: „Eine anderweite Nutzung des Gewandhauses, bezw. seiner einzelnen Teile bedarf der Genehmigung der städtischen Behörden“.

Herr Vues: Ich bin weit davon entfernt, der Handelskammer Beschränkungen aufzuerlegen und ich habe nur im Sinne gehabt, daß man die zu schaffenden Lokalitäten nicht jedermann zur Verfügung stellen sollte.

Herr Weichsel: Ich möchte warnen, in den Vertrag zu viel Einzelheiten zu bringen, denn es handelt sich um einen Vertrag, der auf Jahrhunderte abgeschlossen werden soll. Meiner Ansicht nach gehen die Vertragsbestimmungen schon reichlich ins einzelne, und es ist absolut unmöglich, sich noch darum zu kümmern, wie in 200 Jahren der Wirtschaftsbetrieb im Gewandhause gehandhabt werden soll. Ganz unannehmbar dürfte der Vorschlag des Herrn Jasper sein; eine solche Bevormundung wird sich die Handelskammer nicht gefallen lassen. Ich bin dafür, bei den Bestimmungen zu bleiben, wie sie in der abgeänderten Fassung vorgeschlagen werden. Es kommt hauptsächlich darauf an, das Gewandhaus in einem würdigen Zustande zu erhalten.

Herr Wolters: Ich hatte ursprünglich denselben Antrag gestellt, wie Herr Jasper. Veranlassung dazu war die ursprüngliche allgemeine Fassung des § 2, Nachdem aber in der vorgeschlagenen Aenderung die einzelnen der Handelskammer zu gewährenden Spezialfälle aufgeführt sind und im Schlusssatz zum Ausdruck gebracht worden ist, daß alle anderen Aenderungen der Genehmigung der städtischen Behörden bedürfen, ist damit alles getroffen, was ich ursprünglich wollte. Wir wissen jetzt genau, was die Handelskammer tun kann, will sie etwas anderes, so hat sie die Zustimmung der städtischen Behörden einzuholen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Seit Jahren wird in der Bürgerschaft und vornehmlich auch in Kreisen, die Herrn Dr. Jasper nahe stehen, gewünscht, eine Volkslesehalle einzurichten. Jetzt bringt die Vorlage diesen Wunsch der Durchführung erheblich näher und es wäre wenig gerechtfertigt, nun diesen Gedanken wieder in die Ferne zu rücken und zu gefährden. Was die Anregung des Herrn Sander betrifft, daß die Handelskammer verpflichtet sein solle, den Wirtschaftsbetrieb im Gewandhause fortzusetzen, so dürfen wir wohl annehmen, daß die Mitglieder der Handelskammer als gute Geschäftsleute den Wirtschaftsbetrieb so lange weiterführen werden, wie er sich rentiert. Sie haben nicht nötig, die Herren von der Handelskammer zu ihrem geschäftsmännischen Glücke zu zwingen; ich bitte daher, den Antrag Sander abzulehnen.

Herr Jasper: Ich bin sicher nicht dagegen eingenommen, daß die Räume für die Volkslesehalle vom Gewandhause hergegeben werden. Das sollen wir hier aber auch gar nicht entscheiden, denn darüber ist in dem § 2 gar nichts endgültiges gesagt worden. Herr Stadtrat von Frankenberg schiebt in Folge dessen die Frage auf ein ganz anderes Gebiet: es ist hier nicht zu entscheiden, ob die Räume für die Volkslesehalle hergegeben werden sollen oder nicht, sondern ob die Stadt berufen sein soll, mitbestimmend einzuwirken, falls die Räume anders als zu einer Volkslesehalle benutzt werden sollen, oder falls die Handelskammer die Einrichtung einer Volkslesehalle dadurch zum Scheitern bringen sollte, daß sie vielleicht eine zu hohe Miete fordert. Für solchen Fall möchte ich die Mitwirkung der städtischen

Behörden gesichert sehen. Ebenso soll die Handelskammer nicht berechtigt sein, ohne Genehmigung der städtischen Behörden den Wirtschaftsbetrieb im Gewandshause eingehen zu lassen oder auszudehnen, auch darf sie z. B. nicht etwa ohne solche Genehmigung lauter kleine Räume für Geldwechsler u. dergl. einrichten. Gewiß müssen die einzelnen Vertragsschließenden Zutrauen zu einander haben, aber der Vertrag wird auf so viele Jahre hinaus festgelegt, daß das städtische Interesse für die ganze Dauer der Vertragszeit gewahrt werden muß, und das scheint mir am besten zu geschehen durch die von mir vorgeschlagene Fassung.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Vom Standpunkte der Stadt aus, das läßt sich nicht bestreiten, wäre es das allergünstigste, wenn die Stadt noch ihre Hand auf dem Gebäude behielte, obgleich es die Handelskammer vollständig ausbaut. Das ist aber nicht zu erreichen. Solche Bestimmungen kann man wohl in einen Mietvertrag aufnehmen, nicht aber auch in einen Miethbrauchvertrag. Die Sache liegt außerdem so: wenn die Rechte der Handelskammer allzu sehr beschränkt werden, so fällt damit die ganze Sache in den Brunnen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag Jasper abgelehnt und der § 2 in seiner neuen Fassung genehmigt.

Die §§ 3 bis 7 des Vertrages werden unverändert angenommen.

Zum § 8. Herr Wolters: Die Kommissionen beantragen, vor dem Worte „Einrichtungen“ das Wort „baulichen“ einzuschalten, damit nicht auch an die Wegnahme von Mobiliar zc. gedacht werden kann.

Der § 8 wird mit dieser Aenderung genehmigt und die §§ 9 bis 11 werden unverändert angenommen.

Zum § 12. Herr Wolters: Von den Kommissionen wird empfohlen, im § 12, Absatz 2 die eingeklammerten Worte „(einschl. solchen für etwaige spätere Erweiterungen)“ zu streichen und den Schluß des Absatzes folgendermaßen zu fassen: „ . . . jährlich  $\frac{1}{2}$  % der ursprünglichen Bausumme abzuschreiben.“ Es war nämlich der Zweifel entstanden, ob etwa das halbe Prozent der Amortisation von dem jeweilig übrigbleibenden oder dem ursprünglichen Gesamtbetrage berechnet werden sollte, weshalb es für zweckmäßig erachtet wurde, die Worte „der ursprünglichen Bausumme“ hinzuzufügen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich würde es für zweckmäßiger halten, zu sagen: „ . . . jährlich  $\frac{1}{2}$  % der ursprünglichen Erwerbs- und Baukosten abzuschreiben.“

Herr Wolters: Das ist richtig und wird kommissionsseitig, wie ich wohl erklären darf, gutgeheißen. Um nun zum Ausdruck zu bringen, daß auch die Kosten späterer Erweiterungsbauten zu amortisieren sind, wird empfohlen, dem-

selben Absätze des § 12 hinter dem Worte „abzuschreiben“ folgenden neuen Satz anzufügen:

„Werden später Erweiterungsbauten ausgeführt, so wird deren Wert selbständig in derselben Weise amortisiert.“

Vorsitzender: Ich war ursprünglich im Zweifel, wie die Sache gedacht ist. Sie ist so aufzufassen, daß das alte Gewandhaus mit den sämtlichen jetzt von der Handelskammer aufzuwendenden Kosten nicht amortisiert wird, sondern nur die Kosten des neuen Anbaues, und daß bei späterer Uebernahme der Gebäude seitens der Stadt das Gewandhaus ohne jede Erstattung in den Besitz der Stadt übergeht. Das Wort „fragliche“ in Beziehung zu „Grundstück“ soll demnach nur das neue Gebäude bedeuten. Also die Handelskammer gibt die 80 000 M für die anderweite Einrichtung des Gewandhauses her, um sie nie wieder zu kriegen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich möchte dies ausdrücklich bestätigen, muß dabei aber zu meiner Beschämung bekennen, daß ich den § 12 des Vertrages nicht so deutlich gefaßt habe, als ich annahm, da der eben hervorgehobene Zweifel auch schon bei einer anderen Seite aufgetaucht ist. Die Sache liegt tatsächlich so, daß alles, was die Handelskammer für das Gewandhaus aufwendet, ohne weiteres Eigentum der Stadt wird. Eigentümerin dieses Hauses bleibt die Stadt nach wie vor, und die Bestimmung hat die große praktische Bedeutung, daß die Stadt bei Auflösung der Handelskammer ohne weiteres und tatsächlich in den freien Besitz des so instand gesetzten Gewandhauses gelangt.

Herr Meyerhoff: Um den Zweifel zu beseitigen, dürfte es sich empfehlen zu sagen: „das neu zu errichtende Grundstück“.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Die Handelskammer wird überhaupt gar nicht Eigentümerin des Gewandhauses, sondern wir bleiben es.

Herr Wolters: Der § 5, Absatz 2 besagt in dieser Beziehung alles, so daß irgend welcher Zusatz überflüssig erscheint.

Der § 12 wird darauf mit den kommissionsseitig beantragten Aenderungen angenommen, während die §§ 13 und 14 unverändert zur Annahme gelangen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich möchte bitten, noch darüber ausdrücklich abzustimmen, ob die Versammlung mit der Eintragung des Rechtes der Handelskammer in das Grundbuch einverstanden ist. Es könnte das als Zusatz im Rückschreiben an den Magistrat zum Ausdruck gebracht werden.

Herr Wolters: Die vereinigten Kommissionen empfehlen, das Recht in das Grundbuch eintragen zu lassen.

Die Versammlung erklärt sich hiermit gleichfalls einverstanden und genehmigt gleichzeitig den ganzen Vertrag mit der Handelskammer.

Herr Wolters: Wir kommen zum Punkte 3 der Magistratsanträge — Seite 38 des Protokolls —. Das wesentliche habe ich hierzu schon gesagt.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Es dreht sich darum, ob wir die 43 000 M demnächst aus dem Kapitalstammvermögen oder dem Extraordinarium entnehmen wollen. Im großen ganzen kommt es auf dasselbe hinaus. So lange wir dem Extraordinarium Gelder zu  $3\frac{1}{2}\%$  zuführen können, ist es vorteilhafter, die 4prozentigen Hypotheken zu behalten, als sie zu verkaufen.

Der Punkt 3 wird sodann genehmigt.

Ueber den Punkt 2 der Magistratsanträge — Seite 38 des Berichtes — berichtet namens der vereinigten Kommissionen Herr Frühling: Im § 4 des Vertrages mit der Handelskammer ist den städtischen Behörden das Recht vorbehalten, die sämtlichen baulichen Aenderungen am Gewandhause zu genehmigen, abgesehen von der baupolizeilichen Genehmigung, die besonders einzuholen ist. Ebenso ist im § 11 bestimmt, daß auch das neu zu errichtende Gebäude der Genehmigung der städtischen Behörden unterworfen sein soll. Nun bezweckt der Punkt 2 der Magistratsanträge, daß das den städtischen Behörden vorbehaltene Mitbestimmungsrecht in den §§ 4 und 11 des Vertrages von der Versammlung auf die Baukommission übertragen wird. Maßgebend ist hierfür die Erwägung gewesen, daß es sich bei Ausübung dieses Rechtes wesentlich um künstlerische Fragen handelt. Die Baukommission hat indessen Bedenken getragen, dem § 2 in seiner jetzigen Fassung zuzustimmen. Wir sind nämlich der Meinung, daß es bei dem großen Interesse, das diese Frage in der Allgemeinheit hat und bei dem großen künstlerischen Werte des Gebäudes, den Mitgliedern der Versammlung nicht recht sein würde, ihr Mitbestimmungsrecht aus den Händen zu geben und daß sie vorziehen, sich dieses Recht zu wahren. Andererseits erkennen wir an, daß durch das Mitbestimmungsrecht der Versammlung möglicherweise eine Behinderung in den Ausführungen der Handelskammer eintreten können. Wir schlagen deshalb vor, hier eine Trennung vorzunehmen in der Weise, daß sich die Versammlung das Mitbestimmungsrecht bezüglich der Aenderungen am Gewandhause selbst, das der Stadt gehört, wahrt, bezüglich des von der Handelskammer aufzuführenden Neubaus aber auf das Mitbestimmungsrecht verzichtet, da dasselbe nur ein formelles ist und nur mit großer Zurückhaltung ausgeübt werden kann, weil wir den Neubau nicht bezahlen. Die vereinigten Kommissionen glauben daher, daß es sich für die Versammlung empfiehlt sich dieses Rechtes zu begeben und es auf die Baukommission zu übertragen. In der Hauptsache würde dadurch der Vorteil erreicht, daß dann die Bauausführungen nicht behindert werden können durch umständliche Verhandlungen in der Versammlung und daß nötig werdende Aenderungen durch Benehmen mit dem Magistrate und der Baukommission eine schnelle Erledigung finden können.

Die Baukommission schlägt Ihnen aus diesen Gründen vor, in dem Punkte 2 der Magistratsanträge die Worte „in bezug auf bauliche Aenderungen am Gewandhause oder“ zu streichen. Ferner beantragen wir, um der Versammlung doch



das Recht zu wahren, auf den Hauptpunkt des Anbaues in ästhetischer Beziehung einwirken zu können, hinter dem Worte „Handelskammer“ nachzutragen: „ . . . abgesehen von der Ausgestaltung des Turmes neben dem östlichen Gewandhausgiebel“ . . .

Sollten Sie vor der Beschlußfassung noch eine nähere Erläuterung des ganzen Bauprojektes wünschen, so würde ich dazu bereit sein, glaube aber, daß die ausgehängten Zeichnungen so klar sind, daß eine weitere Erläuterung unnötig erscheinen dürfte. (Eine Erläuterung wird nicht gewünscht.)

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Der Magistrat ist mit den Änderungen einverstanden.

Der Punkt 2 der Magistratsanträge findet darauf in der kommissionsseitig geänderten Form die Zustimmung der Versammlung.

Herr Frühling: Die Baukommission empfiehlt Ihnen sodann weiter, der Aufhebung der in der Magistratsvorlage näher bezeichneten Teilstrecke des sogenannten Magistratsweges zuzustimmen,

was nach einer kurzen Bemerkung des Herrn Oberbürgermeisters Ketemeyer geschieht.

Herr Frühling: Zum Schluß noch eine Bemerkung. Es ist vielfach die Frage aufgetaucht, warum nicht der ganze Gebäudekomplex zu dem Neubau der Handelskammer verwendet werden und allein das früher im Besitze der Stadt befindlich gewesene Knobbsche Haus übrig bleiben soll. Dazu kann ich erwähnen, daß sich die Einbeziehung dieses Grundstücks in den Bauplan nicht hat ermöglichen lassen, weil die Preisforderung für das Grundstück zu hoch gewesen ist. Jetzt wo das Projekt fertig ist, ist es ausgeschlossen, das Grundstück noch in den Bauplan einzubeziehen, zumal dadurch eine wesentlich größere Belastung der Handelskammer eintreten würde. Der Plan hat also keine Aussicht mehr auf Verwirklichung.

Damit ist die Beratung der Vorlage beendet.

## XII. Banlichkeiten auf dem Altstadttrathaus-Grundstücke.

In der Sitzung vom 7. Februar d. Js. — Seite 356 des Berichtes — hat die Versammlung den Magistrat ersucht, in Erwägung zu ziehen, ob sich nicht eine zweckmäßigere Anlage der im Altstadttrathaus-Grundstücke einzurichtenden Wasser-Klosetts erreichen ließe, als sie vom Magistrate empfohlen war. Es ist deshalb ein neues Projekt ausgearbeitet worden, nach dem die Klosetts an der Stelle der jetzt vorhandenen Aborte untergebracht werden, jedoch derartig, daß sie nicht direkt von außen, sondern seitlich von Vorräumen aus zugänglich sind. Dieses Projekt soll in seiner Ausführung allerdings 1080 M und damit 340 M mehr kosten, als das in der Sitzung vom 7. Februar genehmigte, es hat aber diesem gegenüber so große

Vorzüge, daß die Mehrkosten nach der Ansicht des Magistrates nicht gescheut werden dürfen.

Es wird deshalb ersucht, sich unter Verwerfung des früheren mit Ausführung des neuen Projektes einverstanden zu erklären und die dazu erforderlichen 1080 M zu verwilligen.

Namens der Baukommission beantragt Herr Wolters die Genehmigung der Vorlage.

Herr Wesemeier: Ich möchte bei der Gelegenheit auf einen Punkt aufmerksam machen. An der östlichen Seite des Altstadtrathhauses befindet sich ein Fallschacht, durch den Weinfässer in den Keller hinuntergelassen werden. In der Wand selber ist nun eine große Oeffnung vorhanden, die beim Verschuß des Fallschachtes eine Gefahr für die Kinder ist. Ich möchte deshalb bitten, hier Schutzmaßnahmen zu treffen.

Die Magistratsvorlage wird darauf genehmigt und die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis nach 7 Uhr.

---



1907/1908.Nr. 3.

# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 23. Mai 1907.



### Tagesordnung:

|                                                                                                         |          |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------|
| I. Zusammenfügung der Kommission zur Begutachtung der Gemeindesteuers-<br>Refursreklamationen . . . . . | Seite 62 |
| II. Prüfung der Rechnungen vom Jahre 1904/05 . . . . .                                                  | " 62     |
| III. Bauforderungen auf dem Grundstücke am Dovejee . . . . .                                            | " 62     |
| IV. Taxen für Fahrpreisanzeigerdrohnen . . . . .                                                        | " 65     |
| V. Plattenbelag auf der Lampestraße . . . . .                                                           | " 68     |
| VI. Zuschuß an den Ausschuß für Waldspiele . . . . .                                                    | " 68     |
| VII. Bauweise für die verlängerte Wiesenstraße . . . . .                                                | " 68     |
| VIII. Gehaltsverhältnisse der Bürgerschullehrer . . . . .                                               | " 69     |
| IX. Konkurrenzansuchen wegen der Erbanung der Jakobikirche etc. . . . .                                 | " 72     |
| X. Beschaffung von Gas- und Wassermessern . . . . .                                                     | " 81     |
| XI. An- und Verkauf von Flächen am Sack . . . . .                                                       | " 82     |
| XII. Bauforderungen auf dem Pfleghausgrundstücke . . . . .                                              | " 83     |
| XIII. Wahl zweier Vertreter für den Städtetag . . . . .                                                 | " 88     |
| XIV. Errichtung neuer Klassen in der Fortbildungs- und Gewerbeschule . . . . .                          | " 88     |
| XV. Grundsätze für Erweiterung des Kanal-, Gas- und Wasserrohrnetzes . . . . .                          | " 89     |
| XVI. Ortsstatut, betr. die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe . . . . .                                     | " 91     |
| XVII. Antrag Möhle: Besserung der Fußwegverhältnisse auf dem Leonhard-<br>plaz . . . . .                | " 97     |

|        |                                                                                        |          |
|--------|----------------------------------------------------------------------------------------|----------|
| XVIII. | Antrag Jasper: Erfahleistung für den Schulkindern abhandeln gekommene Sachen . . . . . | Seite 98 |
| XIX.   | Anfrage Kalmß: Beschwerden über die Feuerwehr . . . . .                                | " 99     |
| XX.    | Anfrage Jasper: Mißstände auf dem Ostbahnhofe . . . . .                                | " 99     |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte von Frankenberg und Wagner.

Entschuldigt Herr Weichsel.

Den Vorsitz führt Herr Hauswaldt. Nach Eröffnung der Sitzung wird sofort in die Tagesordnung eingetreten.

# I. Zusammensetzung der Kommission zur Begutachtung der Gemeindesteuer-Rekursreklamationen.

Da es sich um die Befetzung einer Deputation und nicht einer Kommission handelt, diese Deputation außerdem auch nur für die gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten in Tätigkeit tritt, so wird auf Vorschlag des Herrn Schöttler beschlossen, die Wahl der Deputationsmitglieder der gemeinschaftlichen Versammlung zu überlassen.

## II. Prüfung der Rechnungen vom Jahre 1904/05.

Der Magistrat übersendet die über die Verwaltung des städtischen Haushalts geführten Rechnungen für das Jahr 1904/05 zur Prüfung und fügt die von Herzoglicher Kreisdirection bestätigten Etats zu diesen Rechnungen sowie ein Heft Revisionsverhandlungen bei.

Herr Buchler: Die Finanzkommission hat mich beauftragt, die über die Verwaltung des städtischen Haushalts für das Jahr 1904/05 geführten Rechnungen zu prüfen. Das ist durch Vornahme von Stichproben geschehen. Differenzen gegen den Etat haben sich dabei nicht ergeben; ich bitte Sie daher namens der Finanzkommission, die Rechnungsablage gutzuheißen,

was seitens der Versammlung geschieht.

## III. Baulichkeiten auf dem Grundstücke am Dovesee.

In der Sitzung vom 25. März d. J. — Seite 451 des Berichtes — war beschlossen worden, die Vorlage des Magistrates, betreffend die Bewilligung von 2880 M für die Ausführung eines Anbaues und die Instandsetzung eines Schlafzimmers in dem vormalig v. Boffeschen Wohnhause am Dovesee, an die Baukommission zurückzuverweisen.

Nach dem Berichte des Herrn Frühling hat sich die Kommission einer nochmaligen Prüfung der Vorlage sehr eifrig unterzogen, und ist zu diesem Zwecke auch in Begleitung des Herrn Bürgermeisters Meyer und des Herrn Stadtbau-meisters Osterloh hinausgefahren, um das Grundstück in Augenschein zu nehmen. Draußen sind wir angenehm enttäuscht worden und diese Enttäuschung hat die bis dahin verloren gewesene Einigkeit in der Baukommission wieder hergestellt. (Weiter-keit.) Wir fanden nämlich, daß sich das Haus durch den vorjährigen Ausbau sehr wesentlich in seiner Erscheinung geändert hat. Der Giebel ist vollständig gepußt und auch die Fundamente sind eingepußt worden. Dach und alles andere ist in guten Zustand gesetzt und der an das Haus grenzende dichte Laubwald ist ausgeholzt, so daß Luft und Licht an das Gebäude kommen kann, dessen Wand infolge- dessen trocken geworden ist. Hiernach ist es nicht einmal mehr nötig, daß die vom Magistrate vorgeschlagenen Arbeiten sämtlich ausgeführt werden, sondern es würde genügen, wenn ein Ofen in das Schlafzimmer gesetzt würde. Nach der Besichtigung des Hauses war ich daher in der Lage, meine frühere Ansicht fallen zu lassen, und ich konnte konstatieren, daß das Haus sich in seinem jetzigen Zustande nicht nur zur Erhaltung, sondern sogar zum weiteren Ausbau eignet.

Weiter hat die Kommission jetzt festgestellt, daß das vom Magistrate vorgelegte Projekt zur Ausführung nicht empfohlen werden kann, weil die schmale Treppe nicht beibehalten werden darf. Der Ausbau würde dem Bedürfnisse schon insofern nicht genügen, als ein Umbau der Treppe später doch stattfinden müßte. Es ist sodann auch untersucht worden, wie sich anderweit Abhilfe schaffen ließe, und es ist ein anderes Projekt ausgearbeitet worden, nach dem eine neue Treppe eingebaut und auf das Gebäude ein Drempelgeschoß mit zwei heizbaren Kammern aufzusetzen wäre. Hiernach würde das Haus vier heizbare Zimmer haben, und die Kosten würden sich erhöhen von 2880 M auf 4100 M. Die Kommission ist der Meinung gewesen, daß, wenn überhaupt gebaut werden soll, es sich empfehlen würde, das neue Projekt und die Mehraufwendung zu bewilligen, indem darin eine wesentliche Verbesserung der früheren Vorlage liegt; auch Herr Stadtbau-meister Osterloh empfiehlt jetzt allein dieses neue Projekt.

Unser Vorschlag würde also dahin gehen, die ursprüngliche Magistratsvorlage abzulehnen. Andererseits haben wir uns aber nicht entschließen können, der Ver-sammlung das neue Projekt und eine größere Summe zur Bewilligung vorzuschlagen, weil die für das Grundstück gezahlte Miete von jährlich 650 M verhältnismäßig zu gering ist, um solche Aufwendungen zu rechtfertigen. Mit den früheren Aufwen-dungen würden dann nämlich 7100 M in das Gebäude gesteckt sein. Außerdem hat auch der Magistrat erklärt, daß ein größerer Umbau dort so lange noch nicht beab-sichtigt werde, bis sich die Verhältnisse geklärt haben würden. Diesem Standpunkte haben wir uns angeschlossen. Dem Bedürfnisse des Pächters könnte auch noch in

anderer Weise abgeholfen werden: In dem Nebenhause, das sich ebenfalls als ganz vorzüglich wiederhergestellt erwiesen hat, ist noch eine kleine Wohnung vorhanden, die von dem Mieter unserer Ansicht nach vorläufig in Ergänzung der ihm fehlenden Schlafräume benutzt werden könnte. Wenn solche Benutzung auch nicht gerade als günstig bezeichnet werden kann, so ist sie bei Lage der Sache doch als ein brauchbarer Nothbehelf anzusehen. Aus allen diesen Gründen empfiehlt die Baukommission, die Vorlage des Magistrates abzulehnen und abzuwarten, ob der Magistrat uns auf Grund der geänderten Verhältnisse eine andere Vorlage machen wird, zumal das neue Projekt auch noch Verhandlungen mit dem Pächter notwendig machen würde. Einem etwaigen Umbau des Hauses und einer neuen Vorlage würden wir empfehlen, den neuen Bauplan zugrunde zu legen. Auch würden wir einverstanden sein, wenn dem Pächter noch ein Schornstein gesetzt würde.

Herr Bürgermeister Meyer: Die Stellungnahme der Baukommission tut mir leid; denn ich bedaure, daß dadurch der Versuch, dem Pächter mehr Räumlichkeiten zu schaffen, auf eine geraume Zeit hinausgeschoben wird. Wenn ich mich recht erinnere, haben die Mitglieder der Kommission bei der ersten Beratung der Magistratsvorlage anerkannt, daß ein Bedürfnis zur Schaffung weiterer Räume vorliegt. Im Interesse des Pächters bedaure ich deshalb, daß jetzt seinem Wunsche nicht stattgegeben werden soll, andererseits erkenne ich an, daß die hier vorgeschlagene neue Lösung die bessere sein mag; ich gebe mich deshalb zufrieden, wenn die Versammlung im Sinne des Kommissionsvorschlages beschließen sollte.

Herr Sander: Ich habe mir die Wohnung auch angesehen und muß gestehen, daß das betreffende Zimmer zum Schlafen nicht benutzt werden kann. In dem Zimmer riecht es so muffig und feucht, daß der hiesige Wohnungskontrolleur einem Privatmann die Benutzung des Schlafzimmers verbieten würde und der Mieter auf Kosten des Hausbesizers in ein Hotel ziehen könnte. Die Treppe ist auch nur eine Hühnerstiege, die ein corpulenter Mensch überhaupt nicht benutzen kann. Das Heruntersteigen auf der Treppe ist außerdem so gefährlich, daß ich nicht begreifen kann, wie die Stadt eine solche Wohnung überhaupt verpachten kann. Möglicherweise läßt sich die Feuchtigkeit aus dem Zimmer durch einen Ofen vertreiben, weil sie schon vor der Verputzung des Giebels drin war und neue Feuchtigkeit nicht hineinkommen kann. Der Zustand der Treppe ist derart, daß ich schnelle Abhilfe für nötig halte und für die Vorlage zu haben wäre, selbst wenn sie einen Aufwand von 4100 M erforderte, denn jetzt ist in dem Gebäude kein wohnen, sondern nur ein haufen. Im Nebenhause kann der Pächter seine Kinder unmöglich schlafen lassen, so daß ich mich für ein solches Projekt nicht aussprechen kann. Vielleicht ließe sich

aber Abhilfe dadurch schaffen, daß die Waschküche in das Nebengebäude verlegt und deren jetziger Raum zu einem Schlafzimmer umgebaut würde.

Die Vorlage des Magistrats wird sodann dem Antrage der Baukommission gemäß abgelehnt.

#### IV. Taxen für Fahrpreisanzeigerdroshen.

Die Herzogliche Polizeidirektion beabsichtigt, eine durchgreifende Aenderung des dem Polizeireglement vom 18. Mai 1877 unterliegenden öffentlichen Fuhrwesens eintreten zu lassen. Dem Beispiele anderer größerer Städte folgend, wird sie nach dem Erlasse eines neuen, zurzeit in Bearbeitung befindlichen Polizeireglements für das öffentliche Fuhrwesen in der hiesigen Stadt nur noch Fahrpreisanzeigerdroshen (Taxameter) zum Betriebe zulassen. Die hiesigen Fuhrunternehmer haben sich schon bereit erklärt, nach Inkrafttreten des neuen Polizeireglements Fahrpreisanzeigerdroshen in Betrieb zu setzen oder ihre jetzigen Droshen in solche umzuändern. Unter Uebersendung des neuen Fahrtaxenentwurfs fragt die Herzogliche Polizeidirektion bei dem Magistrate an, ob dem Entwurfe zugestimmt oder in welcher Beziehung eine Aenderung gewünscht wird. Die Fahrpreise stellen sich innerhalb der Stadt nach der neuen Taxe größtenteils niedriger als nach der alten. Seitens der Fuhrunternehmer ist die Bereitwilligkeit erklärt worden, an der Hand der neuen Fahrtaxe das öffentliche Fuhrwesen mit Fahrpreisanzeigerdroshen hier weiter betreiben zu wollen.

Der Magistrat ersucht um gutachtliche Aeußerung über den Fahrtaxenentwurf. Die Taxe zerfällt in drei Gruppen:

Gruppe I: für 1—2 Personen innerhalb des Polizeibezirks am Tage bis 800 m Wegestrecke 0,50 M., für fernere je 400 m Wegestrecke 0,10 M.

Gruppe II: für 3—4 Personen innerhalb des Polizeibezirks am Tage bis 600 m Wegestrecke 0,50 M., für fernere je 300 m Wegestrecke 0,10 M.

Gruppe III: für 1—4 Personen außerhalb des Polizeibezirks am Tage, und des Nachts innerhalb und außerhalb des Polizeibezirks bis 400 m Wegestrecke 0,50 M. und für fernere je 200 m Wegestrecke 0,10 M.

Als Nachtzeit soll angesehen werden: vom 1. April bis 30. September: 11 Uhr abends bis 7 Uhr morgens und vom 1. Oktober bis 31. März: 11 Uhr abends bis 8 Uhr morgens.

Ein Kind in Begleitung von Erwachsenen ist frei zu befördern; zwei Kinder gelten als ein Fahrgast, drei oder vier Kinder gelten als zwei Fahrgäste zc.

Die Wartezeit beträgt für alle drei Gruppen am Tage und bei Nacht: für jede angefangenen 8 Minuten vor Beginn der Fahrt 0,10 und für jede angefangenen 4 Minuten nach Beginn der Fahrt ebenfalls 0,10 M.



Als Zuschläge kommen in Betracht:

1. für jedes Gepäckstück über 10 kg 0,25 M,
2. für Mitnahme je eines Hundes 0,25 M,
3. für Anfahren einer bestellten Droschke 0,25 M,
4. bei einer Fahrt mit mehr als vier anrechnungsfähigen Personen für jede weitere Person 0,25 M
5. a) bei Nachtfahrten für 1 bis 2 Personen 0,25 M,  
b) " " " 3 " 4 " 0,50 " .

Namens der Statutenkommission berichtet über die Vorlage Herr Voge: Die Kommission steht auf dem Standpunkte, daß man der neuen Taxe sehr wohl zustimmen kann, wenn man den Droschkenhaltern einen einigermaßen auskömmlichen Verdienst zusichern will. Nach den bei 14 verschiedenen Städten eingezogenen Erkundigungen wird in 12 Städten, nämlich in Bielefeld, Erfurt, Greifswald, Götting, Hameln, Hannover, Königsberg, Minden, Oldenburg, Posen, Potsdam und Weimar, eine Grundtaxe von 50  $\mathcal{L}$  genommen, während Berlin 70  $\mathcal{L}$  und Nowawes 60  $\mathcal{L}$  fordern. Acht Städte haben die Entfernung der Grundtaxe I auf 1000 m bemessen und sechs Städte auf 800 m; bei der Gruppe II beträgt die erste Entfernung in acht Städten 750 m und in sechs Städten 600 m und bei der Gruppe III in acht Städten 500 m und in sechs Städten 400 m. Der Entwurf der Herzoglichen Polizeidirektion sieht als Grundentfernung für die drei Gruppen 800 m, 600 m und 400 m vor.

Die Festsetzung der Nachtzeit ist in den 14 Städten ganz verschieden geregelt. In den meisten Städten beginnt die Nachtzeit im Sommer um 11 Uhr und nur in Hannover und Minden ist der Beginn auf 10 Uhr festgesetzt; während sie teilweise um 6, teilweise um 7 Uhr schließt. Im Winter schwankt der Beginn zwischen 10 und 11 Uhr und der Schluß zwischen 7 und 8 Uhr. Nach dem vorliegenden Entwurfe soll die Nachtzeit hier im Sommer von 11 bis 7 Uhr und im Winter von 11 bis 8 Uhr währen. Die Statutenkommission gibt anheim, sich dahin auszusprechen, daß die Nachtzeit durchgehend, also im Sommer und im Winter, auf die Zeit von 11 bis 7 Uhr festgesetzt werde.

Es handelt sich weiter um die Regelung der Wartezeit. Die Kommission hält es für nicht genügend begründet, für die ersten 8 Minuten Wartezeit vor Beginn der Fahrt 10  $\mathcal{L}$  zu bezahlen, indem sie auf dem Standpunkte steht, daß nach dem Anfahren einer Droschke immer ein Teil von 8 Minuten verloren gehen wird, ehe die Droschke besetzt ist. Deshalb schlägt die Kommission vor, die Wartezeit von 8 Minuten vor Beginn der Fahrt als unentgeltlich anzusehen, dafür aber zu sagen, daß jede weiteren 4 Minuten Wartezeit mit je 10  $\mathcal{L}$  zu bezahlen sind.

Was die zu erhebenden Zuschläge betrifft, so ist die Kommission mit den ersten 4 Zuschlägen einverstanden, bittet aber, sich gegen den Zuschlag unter 5 a

und b auszusprechen. In keiner der 14 Städte wird außer der erhöhten Tage noch ein besonderer Zuschlag für Nachtfahrten erhoben, weshalb es nicht für gerechtfertigt gehalten wird, hier solchen Zuschlag zu erheben.

Herr Bähr: Die Taxameterdroschken sind in den meisten Groß- und Mittelstädten bereits eingeführt worden und wir werden unsere gutachtliche Aeußerung voraussichtlich dahin formulieren, daß es wünschenswert erscheint, die Taxameterdroschken als ein modernes Beförderungsmittel auch hier einzuführen.

Unter den aufgeführten 14 Städten haben 8 eine Grundentfernung von 1000 m festgesetzt; ich kann hinzufügen, daß auch Städte wie Nürnberg, Straßburg i./E., Halle/S. und Hildesheim diese Grundentfernung angenommen haben, weshalb ich empfehlen möchte, hier ebenfalls 1000 m als Grundentfernung anzunehmen.

Was die Nachtzeit anbelangt, so würde dem Kommissionsvorschlage zuzustimmen sein, denn es gibt Städte, in denen die Nachtzeit um 9 oder 10 Uhr beginnt. Ferner möchte ich das Augenmerk auf die Gepäckbeförderung richten. Während hier 10 kg Gepäck frei befördert werden sollen, sind in verschiedenen anderen Städten 15 kg vorgesehen. Eine unentgeltliche Wartezeit von 8 Minuten vor Beginn der Fahrt dürfte gar zu reichlich bemessen sein; ich würde vorschlagen, dafür 5 Minuten einzusetzen.

Herr Kalmß: Ich bin anderer Ansicht, als der Herr Vorredner. Wir können uns nur freuen, daß Braunschweig endlich dazu übergehen will, das moderne Beförderungsmittel in Gestalt von Taxameterdroschken einzuführen. Unseren Droschkentutschern geht es wie den übrigen Geschäftsleuten: sie haben bei diesen teuren Zeiten so viele Ausgaben z. B. für Hafer gehabt, daß man ihnen nicht zu viele Schwierigkeiten in den Weg legen darf, zumal ihnen auch noch die Ausgabe für die Aenderung ihrer Fahrzeuge in Taxameter erwächst. Die Leute haben tatsächlich so wie so ihre Not, denn es ist richtig, daß hier zu wenig Leute Droschken benutzen. Ob aber nach der beabsichtigten Aenderung viel Leute mehr in Droschken fahren als jetzt, möchte ich bezweifeln, denn dazu gehört, daß der Braunschweiger erst einmal großstädtischer denkt und wird. Ich will wünschen, daß die jetzigen Verhältnisse sich bald ändern möchten und daß sich niemand mehr geniert, eine Droschke zu benutzen. Aus diesen Gründen bitte ich, die Anträge Bähr abzulehnen und die Anträge der Kommission anzunehmen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich bin in der angenehmen Lage, mit dem Herrn Vorredner in den wesentlichsten Punkten übereinzustimmen, und ich wollte nur noch darauf hinweisen, daß der uns hier vorliegende Entwurf einer Tage für Zeigerdroschken, wie ich sie nennen möchte, das Ergebnis langer und mühevoller Verhandlungen der Herzoglichen Polizeidirektion mit den Fuhrunternehmern der Stadt bildet. Meiner Ueberzeugung nach ist es sehr wohl angängig, die Vorschläge der Statutenkommission anzunehmen, jedoch erscheint mir die Annahme des Antrages Bähr ge-

wagt zu fein, da ich die lebhafteste Besorgnis habe, daß die ganze Umgestaltung unseres öffentlichen Fuhrwesens daran scheitern könnte. Eine solche Verantwortung werden aber die Herren wohl nicht auf sich nehmen wollen.

Herr Bähr: Zu meiner Ansicht bin ich durch die der Vorlage beigegebene vergleichende Uebersicht aus den vorhin erwähnten 14 Städten gelangt; ich lasse mich indessen durch die eben gehörten Ausführungen über die hiesigen besonderen Verhältnisse gern belehren und will meinen Sonderantrag nicht aufrecht halten. Wir müssen vor allem darnach streben, auch hier Taxameter zu erhalten, und es liegt mir fern, diesem Vorhaben Schwierigkeiten in den Weg zu legen.

Der Entwurf wird darauf mit den von der Statutenkommission vorgeschlagenen Aenderungen gutgeheißen.

### V. Plattenbelag auf der Lampestraße.

Auf Antrag des Bauunternehmers Sommer, als Eigentümers der Grundstücke № 3 bis 6 der Lampestraße ersucht der Magistrat zu genehmigen, daß der westliche Fußsteig der Lampestraße mit Plattenbelag versehen werde. Die Kosten des Belages würden 1200 M und der Anliegerbeitrag 9,45 M für 1 m Frontlänge betragen.

Dem Antrage wird auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Friede berichtet, zugestimmt.

### VI. Zuschuß an den Ausschuß für Waldspiele.

Die von der Stadt für das Jahr 1906 übernommene Garantie wegen der aus der Veranstaltung von Waldspielen erwachsenden Unkosten in Höhe von 600 M ist von dem Spielausschusse mit 537,65 M ausgenutzt worden. Bei Ueberreichung der betreffenden Abrechnung hat der Spielausschuß ersucht, zur Ermöglichung der Waldspiele im Sommer 1907 stadtseitig wiederum einen Zuschuß im Betrage bis zu 600 M zu bewilligen. Der Magistrat gibt anheim, sich mit der Gewährung eines Zuschusses bis zu 600 M einverstanden zu erklären,

was auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr Schmidt berichtet, geschieht.

### VII. Banweise für die verlängerte Wiesenstraße.

Zur Erbauung eines Doppelhauses an der Nordseite der Wiesenstraße hat der Maurermeister Heinrich Wilke ein Projekt vorgelegt, weshalb das Stadtbauamt ersucht, über die Bebauungsweise dieser Straße schleunigst Bestimmung zu treffen. Der Magistrat gibt anheim, sich damit einverstanden zu erklären, daß an der verlängerten Wiesenstraße (Strecke zwischen Hagenstraße und Hagenring)

bis zu einer Grundstückstiefe von 15 m Gebäude nur in Abständen errichtet werden dürfen.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Meyerhoff berichtet, wird der Antrag genehmigt.

### VIII. Gehaltsverhältnisse der Bürgereschullehrer.

Ein Gesuch des Braunschweiger Lehrervereins, die Gehälter der festangestellten Bürgereschullehrer durchweg um je 600 M aufzubessern und auch für die Hilfslehrer eine zeitgemäße Aufbesserung zu bewilligen, war von dem Magistrate durch Bescheid vom 5. Februar d. Jrs. unter Anführung der Gründe abgelehnt, die es ihm nicht angängig erscheinen ließen, dem Antrage Folge zu geben.

In der Nummer 9 des Schulblattes für die Herzogtümer Braunschweig und Anhalt vom 1. Mai d. J. findet sich nun auf Seite 221 ein Artikel, dessen Inhalt den mit dem Sachverhalte nicht bekannten Leser zu dem Schlusse führen muß, der Magistrat hätte die erbetene Gehaltserhöhung lediglich mit Rücksicht darauf abgelehnt, daß reichliches Angebot von Lehrkräften vorhanden sei. Hierzu bemerkt der Magistrat folgendes:

Wir scheuen nicht die öffentliche Kritik unserer Beschlüsse und Entscheidungen; denn behördliche Maßnahmen, die vor der Öffentlichkeit nicht bestehen können, sind regelmäßig minderwertig oder gar bedenklich. Aber wir müssen uns dagegen verwahren, daß unsere Bescheide vor der Öffentlichkeit in der Weise unrichtig wiedergegeben werden, wie es in diesem Falle geschehen ist, und daß uns fälschlicherweise Motive untergeschoben werden, die für unsere Entscheidung nicht maßgebend gewesen sind. Es wäre im höchsten Grade bedenklich, wollte eine Behörde die Gehälter der fest angestellten Beamten lediglich nach Angebot und Nachfrage bemessen, und nichts hat uns ferner gelegen, als diesen Grundsatz für maßgebend zu erachten oder seiner Befolgung in dem obengedachten Bescheide Ausdruck zu geben.

Wir haben vielmehr erklärt, daß die für uns maßgebenden Ablehnungsgründe u. a auch nicht dadurch hinfällig würden, weil vielleicht nicht genügend Lehrkräfte zu haben seien, womit also durchaus nicht gesagt ist, daß erst der Mangel an Angebot uns zu einer Gehaltserhöhung veranlassen könne. Wenn auch behördliche Bescheide zu weilen nicht leicht verständlich sein mögen, so können wir doch beim besten Willen nicht anerkennen, daß der obengedachte Bescheid so unklar gefaßt sei, daß der Verfasser des fraglichen Artikels nicht imstande gewesen wäre, seinen wahren Sinn richtig zu erfassen; die Annahme erscheint daher gerechtfertigt, daß das allerdings von uns erwähnte reichliche Angebot tüchtiger Lehrkräfte nur zu dem Zwecke ins Gefecht geführt ist, um die öffentliche Meinung gegen uns zu beeinflussen. Wir halten deshalb auch für ausgeschlossen, daß sich auf unser etwaiges Ersuchen die Schriftleitung des Blattes jetzt noch dazu verstehen würde, unsern mehrgedachten

Bescheid seinem ganzen Inhalte nach zu veröffentlichen und sehen uns veranlaßt, ihn nunmehr unsererseits dadurch der Oeffentlichkeit zu übergeben, daß wir den geehrten Herren eine Abschrift desselben hierneben zur Kenntniznahme zugehen lassen. —

Der Bescheid vom 5. Februar d. J. hat folgenden Wortlaut:

„An den Vorstand des Braunschweiger Lehrervereins hier.

Wir erwidern auf die Eingabe vom 3. v. M., daß die jetzigen Gehaltsätze und Vergütungen der an den städtischen Bürgerschulen beschäftigten Lehrkräfte erst im Dezember 1900 mit Wirkung vom 1. Januar 1901 an festgesetzt sind, und daß es daher schon mit Rücksicht auf die Kürze des seitdem verflossenen Zeitraumes bedenklich erscheint, jetzt abermals eine durchgreifende Gehaltserhöhung vorzunehmen. Es kommt hinzu, daß die von Ihnen erbetene Steigerung sowohl des Anfangsgehaltes der fest angestellten Lehrer (1600 M.) als auch des Höchstgehaltes derselben (3600 M.) um 600 M. sowie die gleichfalls beantragte zeitgemäße Aufbesserung der Hilfslehrer eine jährliche Mehrauswendung von annähernd 200 000 M. bedingen und daß im Falle ihrer Bewilligung naturgemäß auch eine Aufbesserung der Gehälter der städtischen Beamten unvermeidlich sein würde.

Zur Bestreitung dieser Mehrausgabe fehlen uns die Mittel, und eine Steuererhöhung zu ihrer Beschaffung in Vorschlag zu bringen, müssen wir um so mehr Bedenken tragen, als erst im vorigen Jahre die Staatssteuern nicht unwesentlich erhöht sind und die derzeitige wirtschaftliche Lage eines großen Theiles unserer Einwohnerschaft eine weitere Belastung der letzteren mit Steuern durchaus nicht ratham erscheinen läßt. Wir geben zu, daß diese Rücksichtnahme nicht ausschlaggebend sein könnte, vielmehr die Stadt die erforderlichen Mittel beschaffen müßte, wenn entweder bei Gewährung der jetzigen Gehaltsätze geeignete Lehrkräfte in genügender Anzahl nicht zu erlangen sein sollten, oder aber den Lehrern eine ihrem Stande entsprechende Lebenshaltung unmöglich sein würde. Beide Voraussetzungen treffen aber u. E. nicht zu. Es fehlt durchaus nicht an geeigneten Bewerbern um frei werdende bezw. neu geschaffene Stellen, und was die Lebenshaltung betrifft, so verkennen wir zwar keineswegs, daß diese durch die Steigerung der Preise mancher Lebensbedürfnisse seit einigen Jahren nicht unwesentlich verteuert und mancher Familienvater zu höchst unliebsamen Einschränkungen gezwungen ist; aber wir müssen darauf hinweisen, daß in gleicher, wenn nicht noch ungünstigerer Lage ein sehr erheblicher Teil auch der übrigen Einwohner ist, der überdies weder mit feststehenden noch mit sicheren Einnahmen rechnen kann und der weder Anspruch auf Altersversorgung hat, noch in der Lage ist, durch Ersparnisse sich gegen die Folgen einer frühzeitigen Erwerbsunfähigkeit zu sichern. Daß die Lehrergehälter in manchen anderen Städten höher sind als hier, erkennen wir an; ob aber die für ihre Bemessung maßgebenden Verhältnisse dort und hier die gleichen sind, läßt sich nicht

ohne weiteres feststellen. Auf keinen Fall indessen wird man sagen können, daß hier die Lebenshaltung besonders kostspielig sei, zumal, wie wohl allseitig anerkannt wird, die Wohnungspreise hier im Verhältnis zu zahlreichen anderen Städten auffallend niedrig sind.

Aus vorstehenden Gründen sind wir nicht in der Lage, dem obenerwähnten Ersuchen zu entsprechen.“

Herr Südel: Die Finanzkommission ist zu der Ansicht gelangt, daß bei dem durchaus sachgemäßen und den Zeitverhältnissen entsprechenden Inhalte des Magistratschreibens für sie kein Grund vorlag, dieses Schreiben einer Besprechung zu unterziehen, nachdem die Wünsche der Lehrerschaft erst vor sechs Jahren erfüllt worden sind. Eine Aenderung an diesem Standpunkte der Kommission würde auch nicht eingetreten sein, wenn die jetzt noch eingereichte Denkschrift über die Besoldungsverhältnisse der hiesigen Bürgerschullehrer schon bei der Verhandlung der Finanzkommission bekannt gewesen wäre.

Vorsitzender: Dann darf ich wohl annehmen, daß die Finanzkommission beantragt, zur Tagesordnung überzugehen?

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Zur Tagesordnung überzugehen würde in dem vorliegenden Falle wohl nicht richtig sein, sondern es würde dem Sinne der Vorlage entsprechen, wenn die Versammlung erklärte, von dem Schreiben Kenntnis genommen zu haben.

Herr Jasper: Ich halte mich für verpflichtet, zu erklären, daß ich gegen den Beschluß der Finanzkommission zwar nichts einzumenden habe, mir diesen Beschluß aber nicht zu eigen mache, sondern mir vorbehalte, entsprechend den Wünschen der Lehrerschaft später entsprechende Anträge zu stellen.

Herr Esdorn: Ich hielt die Behandlung der Vorlage selbst wohl für richtig, wenn ich auch hinsichtlich der dem Lehrerverein gegebenen Antwort anderer Meinung war.

Vorsitzender: In der Aeußerung des Herrn Esdorn liegt eine gewisse Kritik darüber, daß ich die Vorlage der Finanzkommission und nicht der Schulkommission zur Vorberatung überwiesen habe. Es ist das geschehen, weil es sich bei der Vorlage um eine finanztechnische Frage handelt, die von diesem Standpunkte aus zu prüfen war.

Herr Esdorn: Meine Aeußerung sollte kein Vorwurf gegen den Herrn Vorsitzenden sein, sondern ich war mit anderen Mitgliedern der Finanzkommission der Meinung gewesen, daß es sich hier nur um ein Schreiben handelte, das der Versammlung zur Kenntnis zugegangen war.

Herr Südel: Ich habe in meinem Referate nur das als Begründung angegeben, was aus der Beratung der Finanzkommission vorlag. Ein Antrag ist in

dem Magistratschreiben nicht gestellt worden, weshalb die Finanzkommission erklärt hat, es liege kein Grund vor, die Sache nochmals zur Besprechung zu bringen.

Vorsitzender: Ich werde dem Magistrate also schreiben, daß die Versammlung von dem Schreiben Kenntnis genommen habe. (Zustimmung.)

## IX. Konkurrenzausschreiben wegen der Erbauung der Jakobikirche etc.

Dem Vorschlage des Magistrates entsprechend hat die Versammlung am 13. Dezember 1906 — Seite 297 des Berichtes — genehmigt, daß in der Angelegenheit, betreffend die Erbauung kirchlicher Gebäude für die St. Jakob-Gemeinde die Beschlußfassung über das zur Erlangung von Bauentwürfen einzuschlagende Verfahren einer gemischten Deputation übertragen werde. Diese hat sich der ihr zugewiesenen Aufgabe unterzogen und empfiehlt, einen Wettbewerb stattfinden zu lassen zur Erlangung von Vorentwürfen zur Erbauung einer Kirche, zweier Konfirmandensäle, zweier Pfarrwohnungen und einer Kirchendienerwohnung. Von den beiden Pfarrwohnungen würde vorläufig nur eine zu beschaffen sein. Die Deputation hält für zweckmäßig, zu dem Behufe ein allgemeines Konkurrenzausschreiben zu erlassen.

Es würde sich dabei nur um die Erlangung von Vorentwürfen handeln, die nach den an anderen Orten gemachten Erfahrungen nicht ohne weiteres ausführbar sein werden, vielmehr zu genauen Bauprojekten demnächst erst ausgearbeitet werden müssen. Wenn durch dieses Verfahren auch die Inangriffnahme der Bauarbeiten in unliebsamer Weise verzögert werden wird, so glaubt der Magistrat doch, dem Wunsche der Deputation umsomehr entsprechen zu sollen, als auch die Versammlung schon früher sich für Erlass eines Konkurrenzausschreibens ausgesprochen hat. Nach dem im Entwurfe beigefügten Konkurrenzausschreiben hat die Deputation die Aussetzung von drei Preisen zu 4000, 2400 und 1600 M, zusammen 8000 M für angemessen erachtet. Während der Magistrat mit dem übrigen Inhalte des Ausschreibens durchweg einverstanden ist, vermag er diesem Vorschlage nicht beizutreten. Nach den allgemein als maßgebend geltenden „Grundsätzen für das Verfahren bei Wettbewerben“ würde nach Verhältnis der von der Deputation für angemessen erachteten Bau Summe von 350 000 M der Betrag für Preise auf 5775 M zu bemessen sein. Auch ergeben die von verschiedenen auswärtigen Kirchenvorständen eingeholten Erkundigungen, daß Preise im Gesamtbetrage von 8000 M in diesem Falle nicht erforderlich sind. Es wird deshalb für ausreichend erachtet, wenn drei Preise zu 3000, 1800 und 1200 M ausgesetzt werden.

Bezüglich der Zusammensetzung des Preisrichterkollegiums ist der Magistrat im Einvernehmen mit der Deputation der Ansicht, daß mit Rücksicht auf die erwünscht erscheinende Teilnahme auswärtiger Architekten an dem Wettbewerbe die Aufnahme von wenigstens zwei auswärtigen namhaften Sachverständigen in das

Preisrichterkollegium als ratsam zu erachten sein dürfte. Als solche werden in Vorschlag gebracht die Herren Geh. Baurat D. March in Charlottenburg und Geh. Oberbaurat Hofffeld in Berlin, die beide bereit sind, das Amt zu übernehmen. Daneben hat sich Herr Professor Lübke bereit erklärt, das Preisrichteramt ohne Entgelt zu übernehmen. Als vierter Sachverständiger dürfte der Chef der städt. Bauverwaltung, Herr Stadtbaurat Winter, in das Kollegium einzutreten haben. Daneben wird es sich nach der Ansicht des Magistrates empfehlen, je ein Mitglied des Kirchenvorstandes von St. Jakobi, der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrates in das Kollegium aufzunehmen, so daß die Zahl seiner Mitglieder sieben beträgt. Vergütungen in Höhe von etwa je 400 M werden nur den beiden auswärtigen Mitgliedern zu zahlen sein.

Der Versammlung wird anheimgegeben, dem Erlaß des Konkurrenzausschreibens unter Festsetzung der magistratsseitig empfohlenen Preise und der Zusammensetzung des Preisrichterkollegiums zuzustimmen, sowie ein Mitglied der Versammlung in das Kollegium zu wählen.

Namens der Baukommission berichtet über die Vorlage Herr Frühling: Die Baukommission hat zu der Vorlage besonderes nicht zu bemerken, aber bezüglich der in dem Magistratschreiben erwähnten Verzögerung des Baues durch das Konkurrenzausschreiben ist auch eine andere Anschauung begründet. Es ist richtig, daß erst einige Zeit vergehen wird, bis ein Vorprojekt vorliegt, aber bei der großen Ueberlastung der städtischen Bauverwaltung, die sich dahin äußert, daß die Projekte nicht immer so gefördert werden können, wie es die Sache erfordert, herrscht die Auffassung, daß durch diese Ausschreibung eine wesentliche Verzögerung des Baues nicht eintreten wird. Wenn die Konkurrenz nicht resultatlos verläuft, so wird dadurch doch eine neue Kraft gewonnen, die der Sache ihre Tätigkeit widmen wird.

Was den Entwurf des Konkurrenzausschreibens anlangt, so handelt es sich dabei um eine technische Angelegenheit, weshalb es sich nicht empfehlen wird, eine Debatte über diesen Entwurf eintreten zu lassen. Bezüglich der Größe der Pfarrwohnungen hat die Baukommission gemeint, eine Einschränkung eintreten lassen zu sollen. Der hierfür vorgesehene nutzbare Raum von 230 qm erscheint ihr überreichlich bemessen zu sein und sie meint, man könnte recht gut mit 200 qm auskommen, indem man die Anzahl der heizbaren Räume auf 7 bis 8 beschränkte. Die Kirchendienerwohnung würde 4 heizbare Räume umfassen. Es wird eine entsprechende Minderung vorgeschlagen. In die in Vorschlag gebrachte Bausumme von 350 000 M ist der Aufwand für den inneren Ausbau eingeschlossen.

Wegen der Höhe der für die Entwürfe auszusetzenden Preise ist die Baukommission zwar der Meinung gewesen, daß die Aussetzung höherer Preise wohl insofern sehr angezeigt erscheine, als sie einen größeren Anreiz zur Erlangung von



Projekten und zur Beteiligung gereifter tüchtiger Meister an dem Ausschreiben biete. Andererseits verschließt sich die Kommission nicht der Ueberzeugung, daß es genüge, wenn die „Grundsätze“ erfüllt würden. Die Kommission hat deshalb auch schon mit Rücksicht auf die uns dringend notwendige Sparsamkeit in den Ausgaben dem Vorschlage des Magistrates zugestimmt.

Den Vorschlägen wegen der Zusammensetzung des Preisrichterkollegiums stimmt die Baukommission zu; es ist notwendig, daß bei einem derartigen Preisrichterkollegium die Zahl der Sachverständigen gegenüber den Nichtsachverständigen überwiegt. Auch die vorgeschlagenen Herren können nur empfohlen werden.

Wir empfehlen demnach die Annahme der Vorlage mit der Abänderung, daß die Größe der Predigerwohnung in der angegebenen Weise verringert werde.

Herr Sander: Wenn ich recht verstanden habe, soll die Kirche ohne Turm gebaut werden.

Herr Frühling: Es ist nach der Ausschreibung dem Architekten freigestellt, einen Turm anzubringen oder nicht. Wir sind der Meinung, daß der Kirchenbau nicht mehr als 350 000 M kosten soll und daß sich dabei am ehesten am Turme sparen läßt. Mag der Turm nun kleiner werden als gewöhnlich oder ganz wegfallen, jedenfalls darf diese Summe nicht erhöht werden. Andererseits glauben wir aber, daß sich für 350 000 M auch noch ein Turm wird herstellen lassen.

Herr Sander: Ich würde es lebhaft bedauern, wenn wir eine Kirche ohne Turm bekommen würden. Man sieht auch hier einmal wieder, der Westen ist das Stiefkind der Stadt, denn die hier für die sämtlichen Kirchengebäude geforderte Summe von 350 000 M haben wir bei der Paulikirche beinahe als Ueberschreitung nachbewilligen müssen. Ich halte eine Kirche ohne Turm nicht für würdig, es fehlt dann die Krone daran. Deshalb möchte ich die Kommission dringend bitten, dahin zu wirken, daß die Kirche einen Turm erhält, auch wenn wir dann eine höhere Bausumme bewilligen müßten. Magistrat und Versammlung werden sich selbst bei der heutigen Finanzlage der Notwendigkeit eines Turmes nicht verschließen, auch wenn dafür 100 000 M mehr bezahlt werden müßten. Wenn die Ausgabe auch schließlich den Bürgern zur Last fällt, so handelt es sich doch um die Ausgabe für eine kirchliche Gemeinde und nicht um eine Summe, die den städtischen Etat belastet.

Herr Probst: Im großen ganzen kann ich mich diesen Ausführungen anschließen. Dagegen möchte ich einige andere Aenderungen an dem Projekte noch in Vorschlag bringen. Es sind darin auch Wohnungen für einen Prediger und den Kirchendiener vorgesehen. Gerade in dem Bezirke der Stadt sind aber so viele Wohnungen leer, daß es nicht schwer halten wird, dort für Prediger und Kirchendiener Wohnungen zu ermiethen. Diese beiden Häuser könnten also gespart werden. Wenn den genannten Beamten ein reichlicher Wohnungsgeldzuschuß gezahlt würde,

so ständen sie sich noch besser, als wenn ihnen von der Stadt eine Wohnung geliefert würde. Es sind ja auch nicht einmal bei allen hiesigen Kirchen Pfarrwohnungen vorhanden, z. B. fehlen sie bei der Paulikirche. Nun könnte man sagen, in jener Gegend sind große feine Häuser vorhanden und es fällt einem Prediger nicht schwer, dort eine passende Wohnung zu finden, aber so ähnlich wie bei der Jakobigemeinde liegt es auch bei der Michaelisgemeinde, wo der zweite Prediger ebenfalls zur Miete wohnt. Es wird deshalb auch dort nicht schwierig sein, passende Wohnungen zu finden. Ich beantrage daher, den Bau der beiden Häuser abzulehnen.

Herr Wesemeier: Der Bau neuer Kirchen liegt im Zuge der Zeit und es besteht ja auch ein dringendes Bedürfnis dafür, denn die anderen Kirchen stehen immer leer. Ich freue mich aber, daß der Anfang damit gemacht wird, ein Konkurrenzaußschreiben vorzunehmen, und man wäre auch bei manchen städtischen Bauten besser gefahren, wenn das schon früher geschehen wäre. Nun möchte ich aber fragen, gibt es denn eine muhamedanische, eine evangelisch-lutherische, eine katholische u. Baukunst? Es muß nämlich sonderbar berühren, daß in dem Ausschreiben als Bedingung gestellt wird, daß sich an der Konkurrenz nur evangelisch-lutherische Baumeister beteiligen dürfen. Das klingt mir so unwürdig, daß ich unter allen Umständen bitten möchte, davon Abstand zu nehmen. Ich weiß nicht, ob es hier katholische Baumeister gibt, aber weshalb soll man eventuell deren Kunst nicht benutzen? Wie kann man eine derartige Vorschrift in diese Vorlage bringen? Ich bitte, von dieser kleinlichen Maßnahme Abstand zu nehmen.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Was zunächst den Einwand des Herrn Sander bezüglich des Turmes betrifft, so ist es ohne Frage, daß sich eine Kirche mit Turm mehr repräsentiert, als ohne Turm; aber Herr Sander darf nicht sagen, daß wir den Turm gestrichen haben, weil es sich um eine Kirche im Westen der Stadt handelt. Das hat uns vollständig fern gelegen, sondern der Grund liegt darin, daß die beiden neuen Kirchen im Osten der Stadt mit Türmen Summen erfordert haben, die auch den Herren Stadtverordneten zu hoch waren. Ich glaube nicht, daß der damalige Unmut der Herren allein hervorgerufen war, daß es sich um Ueberschreitungen handelte, sondern die für die Kirchen verbrauchten Summen waren zu hoch, und es bleibt uns deshalb nichts anderes übrig, als an solchen Stellen zu sparen, wo es möglich ist.

Ich habe übrigens eine größere Zahl von Kirchen ohne Turm gesehen, die mir wohl imponiert haben. Man kann nicht durchaus erklären, daß bei einer Kirche auch ein Turm erforderlich sei, aber es läßt sich darüber streiten. Will Herr Sander die Verantwortung auf sich nehmen, die Bausumme so viel zu erhöhen, dann möge er einen Antrag stellen; sollte dann die Versammlung erklären, einen Turm haben und die Bausumme um 80 000 bis 100 000 M. erhöhen zu

wollen, so wird der Magistrat dazu Stellung nehmen. In dem Konkurrenz-ausschreiben ist die Bestimmung enthalten, daß die Glocken angemessen untergebracht werden müssen; es muß also wenigstens ein turmartiger Aufbau vorhanden sein.

Sodann hat Herr Probst auf die in Aussicht genommenen beiden Wohnungen hingewiesen. Was die Kirchendienerwohnung betrifft, so ist in der Kommission, soweit ich mich erinnere, hervorgehoben worden, daß der Architekt, wenn er seine Sache einigermaßen versteht, zur Herstellung dieser Wohnung vielleicht 4000 bis 5000 M. mehr aufwenden würde, als wenn er die Wohnung nicht baute. Es sollen ja nicht lauter einzelne Gebäude errichtet werden, sondern man wünscht eine größere Gebäudegruppe anzulegen. Wenn diese Voraussetzung zutrifft, so würde das bei einer Verzinsung von 4% einen Betrag von 200 M. jährlich ausmachen, und unter 200 M. wird auch der Kirchenvoigt keine Wohnung bekommen. Außerdem hat man hierbei noch den Vorteil, daß der Mann immer unmittelbar in der Nähe der Kirche ist, also von jedermann leicht gefunden werden kann.

Was die Wohnung des Predigers betrifft, so haben die städtischen Behörden sich schon bei der Neuorganisation der hiesigen Kirchengemeinden gegenüber der Landesregierung bereit erklärt, daß sie sobald als tunlich für angemessene Wohnungen der Pfarrer sorgen wollten. Wenngleich ich nicht verschweige, daß ich bei verschiedenen anderen hiesigen Kirchen ein Bedürfnis in dieser Beziehung nicht ohne weiteres anerkennen kann, z. B. bei der Paulikirche, so möchte ich doch hervorheben, daß nach der Erklärung der Mitglieder des Kirchenvorstandes zu St. Jakobi hier ein Bedürfnis vorliegt, solche Wohnung zu beschaffen. Es ist auf das bestimmteste erklärt worden, daß die Wohnungen in der dortigen Gegend so klein gebaut werden, daß für den Pfarrer dort keine geeignete Wohnung zu beschaffen gewesen ist, der Herr wohnt deshalb auch, soviel ich weiß, außerhalb seiner Gemeinde. Herr Probst ist zu seiner Einwendung auch wohl dadurch veranlaßt worden, daß die früher gebauten Pfarrwohnungen recht teuer gebaut sind; wenn es uns aber gelingen sollte, in diesem Falle eine billigere Pfarrwohnung zu beschaffen, so wird er später der Sache doch wohl zustimmen.

Es handelt sich hier vorläufig nur um ein Konkurrenzausschreiben zu Vorentwürfen, die Herren haben es bei der späteren Beschlußfassung also immer noch in der Hand, ob sie den einzelnen Teilen der Entwürfe zustimmen wollen oder nicht. Daß Herr Wesemeier nicht für den Bau von Kirchen ist, wissen wir; ich freue mich aber, daß er dieser Vorlage insofern zustimmt, als er für das Konkurrenzausschreiben eintritt.

Herr Ribbentrop: Sehen Sie sich unsere sämtlichen Kirchen hier an: würdig und schön, wie sie den Bauten der Vorfahren entsprechen, auch die sonst so einfache Garnisonkirche. Sollen wir nun jetzt den Spott der Nachwelt auf uns

laden und eine Kirche ohne Turm bauen? Ich kann deshalb der Magistratsvorlage in dieser Form meine Zustimmung nicht geben, sondern ich bin der Meinung, daß die Kirche im Westen der Stadt ebenso auszustatten ist, wie die übrigen Kirchen der Stadt. Ich bitte deshalb, die Vorlage an den Magistrat zurückzuweisen und ihm anheimzugeben, zu prüfen, ob für die Kirche nicht eine höhere Summe verwilligt werden kann.

Herr Sander: Es hat mir, wie ich dem Herrn Oberbürgermeister erwidern will, fern gelegen, zu behaupten, daß der Magistrat an der Bau Summe nur deshalb Abstriche vorgenommen hätte, weil der Westen der Stadt schlechter bedacht werden solle, als der Osten; ich habe nur gesagt, die Bewohner des Westens würden wieder fühlen, daß sie die Stiefkinder der Stadt seien. Sehen Sie sich die Kirchen im Osten der Stadt an, was hat die Paulikirche für ein immenses Geld gekostet und wir freuen uns doch, daß sie da ist; weshalb sollen wir nun im Westen so mit dem Gelde knappen und zwar möglicherweise zum Spotte der Nachwelt? Eine Kirche ohne Turm ist keine richtige Kirche, der Turm krönt erst die Kirche. Ich will gern die Verantwortung auf mich nehmen und folgenden Antrag stellen:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, für den Bau der Kirche der Jakobigemeinde zum Zwecke des Baues eines Turmes 50 000 M mehr als die geforderte Bau Summe zu beantragen.“

Es werden manchmal mit Leichtigkeit 50 000 M für Bauten bewilligt, daß man sich wundern muß, welche bedeutenden Abstriche hier gemacht werden sollen.

Herr Esdorn: Es ist außerordentlich schwierig, hier für eine höhere Bau Summe einzutreten, zumal wir wissen, daß bei dem größten Teile der Bürgerschaft wegen der für die beiden anderen Kirchen verausgabten höheren Bau Summe eine große Entrüstung entstanden war. Ich kann aber sehr wohl nachfühlen, daß sich der Westen der Stadt stiefmütterlich behandelt glaubt; ich stimme deshalb den Herren Sander und Ribbentrop zu, daß die Kirche einen Turm haben muß, jedoch möchte ich an der niederen Summe festgehalten wissen und wünschen, daß die Kirche im übrigen so einfach wie möglich gehalten werde.

Den Ausführungen des Herrn Wesemeier möchte ich aber entgegentreten. Ich glaube nämlich nicht, daß die Katholiken jemals eine Kirche von einem Protestanten würden ausführen lassen, und aus demselben Grunde bin ich auch dafür, daß die Bestimmung aufrecht erhalten bleibt.

Herr Meyerhoff: Ich bin nie für Konkurrenzausschreiben gewesen, und wir werden ja sehen, es kommt auch hierbei wenig heraus. Den Abstrich an den ausgesetzenden Preisen von 8000 M auf 6000 M kann ich indessen nicht billigen; ich finde nicht nur den Gesamtbetrag von 6000 M sehr niedrig, sondern ich halte es

auch nicht für richtig, daß nur drei Arbeiten bewertet werden sollen. Es ist gesagt worden, die Projekte sollen nur als Vorlagen dienen, dabei ist es aber nicht ausgeschlossen, daß aus zwei Projekten eins gemacht wird und daß vielleicht das Projekt an vierter oder fünfter Stelle das beste zur Ausführung ist. Ich möchte deshalb bitten, die 8000 M wieder herzustellen und noch zwei weitere Preise dafür zu stiften.

Kirchen ohne Türme kenne ich auch, aber der kirchliche Charakter geht bei solchen Gebäuden verloren, sie sehen aus wie Kasernen. Ich möchte anregen, den Turm neben die Kirche zu setzen, denn gerade dadurch, daß die Türme in unmittelbare Verbindung mit den Kirchen gebracht werden, stellen sich die Kirchenbauten sehr teuer. Wird der Turm neben die Kirche gestellt, so ist es wohl möglich, mit der veranschlagten Summe auszukommen. Turm und Uhr, wenn auch kein Glockenspiel, gehören nun einmal zur Kirche.

Auch Herrn Probst stimme ich zu. Wenn in dem Bezirk wirklich noch keine geeignete Wohnung für den Pastor sein sollte, so bin ich überzeugt, in Kürze hat der Pastor dort eine Wohnung, wie er sie sich wünscht. Ich erinnere an den zweiten Prediger der Andreaskirche, der an der Okerstraße, also auch nicht nahe bei der Kirche wohnt. Ich wäre auch dafür, die Prediger- und die Kirchendienerwohnung zu streichen. Ohne uns auf eine große Honigpottsrechnung einzulassen, können wir doch wohl behaupten, daß das Predigerhaus und die Kirchendienerwohnung zwischen 45 000 M und 50 000 M kosten. Wenn Sie hierfür die Verzinsung und die Amortisation rechnen, so meine ich, muß man die Jakobigemeinde vor solcher Ausgabe schützen, denn die muß das Geld aufbringen. (Widerspruch.)

Ich stelle hiernach folgenden Antrag:

„Die Versammlung wolle beschließen, bei dem Bau der Jakobikirche die Ausgaben für Predigerhäuser und für Wohnung des Kirchendieners zu streichen und die dafür angesetzten Summen für einen Kirchturm zu verwenden.“

Herr Bluth: Der Turm macht nicht die Kirche; wir haben hier Kirchen — die Brüdern- und Aegidienkirche — welche seit vielen hundert Jahren stehen, ohne daß jemand an dem fehlenden Turme Anstoß genommen hat. Es hat früher Mönchsorden gegeben, die aus Prinzip keine Türme bauten und die trotzdem sehr schöne Kirchen errichtet haben. Es ist deshalb wertvoll, wenn wir die Architekten auf den Turm nicht festnageln. Sodann möchte ich noch zum Ausdruck bringen, daß die Mitglieder des Kirchenvorstandes besonders betont haben, daß der Pastor in der Gemeinde keine Wohnung bekommen könnte und es nötig wäre, eine solche zu bauen. Sie haben weiter betont, daß es notwendig wäre, einen feststehenden Mittelpunkt für die Gemeinde zu haben, weil sonst der Pastor hin und

her ziehen könnte und die Gemeindemitglieder häufig vielleicht nicht wissen würden, wo sie ihn zu suchen hätten. Gerade die Gemeinde dieser Gegend legt aber Wert darauf, einen festen Mittelpunkt in Gestalt eines Pfarrhauses zu haben.

Herr Frühling: Was die Befürchtung des Herrn Sander betrifft, der Westen sollte benachteiligt werden, so ist das nicht der Fall. Wie sind denn die Kirchen im Osten der Stadt entstanden, ist vielleicht ursprünglich beabsichtigt worden, soviel dafür aufzuwenden? Durchaus nicht. Wir haben nur hinterher soviel bezahlen müssen, weil es nicht anders ging; es würde uns aber schwer werden, hier wieder so viel zu zahlen. Es handelt sich hier um eine Summe, die nach unserer reiflichen Ueberlegung für die Sache wohl aufgewendet werden kann. Der Turm der Johannisikirche hat 90 000 M gekostet. Wenn es sich aber um die Verzinsung und Amortisation eines so großen Kapitals handelt, so ist es doch fraglich, ob nicht die evangelischen Gemeinden diese Summe lieber auf die innere Gestaltung ihrer Gemeinden verwenden wollen. Auf diesem Gebiete ist noch sehr viel zu tun, und wir handeln wahrscheinlich mehr im Sinne der Gemeinden, wenn wir sie nicht durch reiche und opulente Kirchen- und Turmbauten belasten und sie dadurch abgehalten werden, das Geld auf die innere Gemeindepflege zu verwenden. Die Sache mit dem Turme wird durch das Ausschreiben noch gar nicht entschieden. Wenn demnächst die Projekte vorliegen und es stellt sich heraus, daß für die ausgeworfene Summe ein angemessener Turm nicht zu machen ist, so ist es Ihre Sache, die Projekte abzulehnen, falls Sie eine Aenderung bezüglich des Turmes wünschen. Lassen Sie aber vorläufig die Sache hier außer Betracht. Sie dürfen dem Architekten nicht zu viele Vorschriften machen, der muß Freiheit behalten, nur muß die zu verwendende Summe bei dem Ausschreiben fest bestimmt werden. Deshalb lassen Sie ruhig die Summe von 350 000 M bestehen; wenn Sie sie später steigern wollen, kann das immer noch geschehen. Vorläufig kommt es darauf an, Projekte zu gewinnen, die sich in angemessenen Grenzen bewegen.

Was die Pfarrwohnung betrifft, so will Herr Sander im Westen der Stadt keine Benachteiligung haben; wenn diese aber nicht stattfinden soll, so muß auch eine Pfarrwohnung gebaut werden. Ich möchte Sie also bitten, auch in diesem Punkte der Vorlage zuzustimmen. Auch hier ist es möglich, die Wohnung später noch zu streichen, aber für das Projekt ist es erforderlich, daß die Gesamtgruppe der Gebäude erst einmal in einem Projekte zusammengefaßt wird. Man will durchaus nicht den Westen benachteiligen, sondern dafür ein künstlerisch hervorragendes Werk zustande bringen. Deshalb darf aber auch die Sache nicht auseinander gerissen und gesagt werden, es solle die Pfarrwohnung und die Kirchendienerwohnung aus dem Projekte gestrichen werden. Die zweite Pfarrwohnung soll in dem Plane berücksichtigt werden, ist aber in der Bausumme nicht enthalten.

Was die Kirchendienerwohnung anbelangt, so lassen Sie auch diese in dem Projekte stehen. Bei einer so großen Anlage muß der Kirchendiener eine Dienstwohnung haben, namentlich da auch zwei Konfirmandensäle mit vorgesehen sind.

Ueber die Höhe der auszusetzenden Preise kann man verschiedener Meinung sein, jedoch glaube ich, daß wir uns mit den 6000 M begnügen können, da die „Grundsätze“ nicht mehr verlangen. Mehr Preise auszusetzen, halte ich nicht für erforderlich, weil in dem Preisausschreiben vorgesehen ist, daß noch mehr Entwürfe angekauft werden können. Darauf, daß die bewerbenden Architekten evangelischen Bekenntnisses sein sollen, lege ich kein besonderes Gewicht; die Bedingung kann meinetwegen auch gestrichen werden.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Wir haben erfahren, daß in neuester Zeit in verschiedenen auswärtigen Städten Kirchen gebaut worden sind, die die Preise für die Entwürfe in folgender Weise festgesetzt hatten: Altenburg 5000 M, Zehlendorf 5000 M, Stettin 4900 M, Baden-Baden 3000 M, Chemnitz 5300 M u. c. Da nun die betreffenden Kirchenvorstände uns geschrieben haben, daß sie bei diesen Preisen ein reichliches Angebot bekommen haben, so kann man doch nicht sagen, daß Preise im Betrage von 6000 M ungenügend wären, zumal sie den von den Architekten selbst aufgestellten Grundsätzen voll entsprechen.

Was den Turm betrifft, so ist in dem Ausschreiben gar nicht gesagt worden, daß die Kirche keinen Turm haben soll, sondern die Mehrzahl der Architekten wird einen Turm konstruieren, weil selbstverständlich eine Kirche mit Turm sich besser repräsentiert als ohne Turm. Daß man aber die Architekten binden und bestimmt einen Turm vorschreiben soll, widerspricht der ganzen Tendenz des Konkurrenzausschreibens; man soll den Herren freie Hand lassen. Würde das Preisrichterkollegium mit den städtischen Behörden hinterher zu der Ueberzeugung kommen, daß ein Projekt ohne Turm vorzuziehen wäre, so ist das eine Sache für sich. Lassen Sie es deshalb bei den festgelegten Bestimmungen bewenden.

Herr Koch: Die Herren wollen sich erinnern, wie die Sache mit den beiden Kirchen im Osten der Stadt gekommen ist. Wenn die Johanniskirche vor den Pfarrhäusern gebaut wäre, hätten wir dort keine Pfarrhäuser. Nachdem ich gehört habe, daß man für 350 000 M das ganze Projekt mit Pfarrhaus und Kirchendienerwohnung ausführen kann, bin ich dafür. Wenn auch sonst die Pfarr- und Kirchendienerwohnungen viel Geld kosten, so werden wir doch hier ganz billig dazu kommen.

Herr Probst: Herr Frühling meint, der Westen würde dadurch benachteiligt, wenn wir keine Pfarrwohnung bauten; im Gegenteil, der Westen wird bei seinen vielen leeren Wohnungen benachteiligt, wenn noch eine Pfarrwohnung dazu kommt. (Widerspruch.) Die für den Kirchenbau ausgeworfene Gesamtsumme kann trotzdem bestehen bleiben und für Kirche und Turm verwendet werden.

Herr Meyerhoff: Der Herr Oberbürgermeister hat uns die Preisbeträge verschiedener Konkurrenzausschreiben angegeben; ich hätte aber gern gehört, ob die darauf eingereichten Projekte auch wirklich zur Ausführung gekommen sind. (Zustimmung des Herrn Oberbürgermeisters.) Das würde der Sache allerdings einen ganz anderen Mantel umhängen. Ich habe bislang die Erfahrung gemacht, daß bei den Konkurrenzausschreiben im allgemeinen die Projekte nicht ausgeführt worden sind, welche mit den drei ersten Preisen gekrönt wurden. Ich möchte aus diesem Grunde empfehlen, die für das Konkurrenzausschreiben ausgesetzten 6000 M zugunsten des Kirchenbaues zu verwenden und von dem Ausschreiben ganz abzusehen, da Ersprießliches hierbei doch nicht herauskommt. Unsere Architekten haben allerdings bei den beiden vorhergegangenen Kirchenbauten mit dem Gelde ein bißchen gut gewirtschaftet, aber sollten sie denn dabei nichts gelernt haben? Eigentümlich ist es immer, daß wir hier, wo ein billiges Projekt ausgeführt werden soll, ein Konkurrenzausschreiben vorsehen. Lassen Sie uns dieses weglassen und geben Sie unseren Architekten auf, zu dem ausgesetzten Preise ein Projekt vorzulegen.

Herr Sander (persönlich): Herr Frühling erklärte, ich hätte mich mit den übrigen Mitgliedern aus dem Westen der Stadt in Widerspruch gesetzt. Das trifft nicht zu, denn ich habe über Pfarrhäuser gar nichts gesagt. Im übrigen bin ich dafür, daß Pfarrhäuser nicht gebaut werden, wenn Wohnungen genug vorhanden sind.

Herr Frühling (zur Fragestellung): Es kann bei der Abstimmung nicht ohne weiteres die Frage gestellt werden, ob das Pfarrgebäude aus dem Bauprogramm herausgestrichen werden soll, weil dann erst eine Neubearbeitung des Preisausschreibens angefertigt werden muß.

Es folgt nunmehr die Abstimmung

Der Antrag Meyerhoff auf Fortfall des Wettbewerbs wird einstimmig abgelehnt. Ferner werden abgelehnt der Antrag Wesemeier auf Streichung der Worte „evangelisch-lutherisch“, der Antrag Meyerhoff auf Fortfall der Pfarrhäuser und der Antrag Sander auf Bewilligung einer Bausumme von 400 000 M unter Einschluß eines Turmes. Endlich wird beschlossen, das Konkurrenzausschreiben in der vom Magistrat befürworteten Fassung zu genehmigen.

Zum Schluß wird noch auf Antrag des Herrn Frühling Herr Hauswaldt zum Mitgliede des Preisrichterkollegiums gewählt.

## X. Beschaffung von Gas- und Wassermessern.

Im Rechnungsjahr 1906/07 sind für Wassermesser infolge neuer Anschlüsse 446 M, für Gasmesser aus gleicher Ursache 35 529,45 M und für ausgewechselte Gasmesser 1806 M verausgabt worden.



Der Magistrat hält das bisher beobachtete Verfahren, wonach die für obige Zwecke aufgewandten Summen vom Magistrate ohne weiteres auf den Erneuerungs- und Reservefonds der beiden Werke angewiesen wurden, nicht für zulässig. Als Betriebskosten können diese Ausgaben nicht wohl gelten, und der Reservefonds, aus dem sie zu bestreiten sind, steht nur zur Verfügung der städtischen Behörden. Wie die bisherige Gepflogenheit entstanden ist, hat sich nicht mehr feststellen lassen, da die Einrichtung schon seit langer Zeit besteht. Wenn nun auch der Magistrat diese Bewilligung an sich für erforderlich hält, so muß er doch darauf hinweisen, daß, während es unbedenklich ist, die sonstigen verschiedenartigen Aufwendungen, die aus dem Reservefonds zu erstatten sind, erst dann zu machen, wenn sie bewilligt sind, bei den Gas- und Wassermessern ein gleiches Verfahren nicht am Platze sein würde. Der einzelne Hausbesitzer, der Anschluß an das Gas- und Wasserrohrnetz fordert, kann ebensowenig wie derjenige, dessen Messer unbrauchbar geworden ist, auf Ausführung der Arbeiten bis dahin warten, daß die Versammlung die Kosten bewilligt hat, und andererseits würde eine Bewilligung der gesamten aufgewandten Summen nach Abschluß des Rechnungsjahres ohne praktische Bedeutung sein. Ebensowenig aber dürfte es zweckmäßig sein, die im Laufe eines Jahres aufzuwendenden Summen in die Voranschläge aufzunehmen, weil in diesen die Mittel der Reservefonds überall nicht erscheinen und überdies die Höhe der Summe sehr schwankt.

Nach Ansicht der Verwaltungsdeputation würde zurzeit ein Betrag von etwa 40 000 M für Gasmesser und 3000 M für Wassermesser genügen. Da sich jedoch die Verhältnisse sehr leicht wesentlich ändern können, so erscheint es dem Magistrate nicht angebracht, für den fraglichen Zweck feste Summen auszuwerfen. Der Direktion wird daher wie bisher umsomehr freie Hand zu lassen sein, als unnötige Aufwendungen nicht zu besorgen sind und die Weite der Messer, also auch die Höhe der Kosten in jedem Falle lediglich von der Weite der geforderten Zuleitungen abhängig ist.

Hiernach wird vom Magistrat anheimgegeben, das bisherige Verfahren gutzuheißen und damit den Magistrat zu ermächtigen, die im Laufe eines Jahres aufgewandten Kosten für Gas- und Wassermesser ohne besondere Bewilligung auf die Reservefonds anzuweisen.

Auf Antrag der Finanzkommission, für die Herr Südel berichtet, wird dem Antrage zugestimmt.

## XI. An- und Verkauf von Flächen am Sack.

Der Inhaber der Firma Gustav Schuchhard, Kaufmann August Heller, beabsichtigt die am Sack gelegenen Grundstücke Nr. ass. 2675 und 2676 neu zu bebauen und ist aus diesem Anlaß wegen der nach dem Ortsbauplane erforderlichen Regu-

lierung der Grenzen dieser Grundstücke mit dem Magistrat in Verbindung getreten. Nach dem Ortsbauplane sind von den Grundstücken 2,01 qm der Straße und 0,02 qm dem einen Grundstücke zuzulegen. Nachdem der Magistrat mit dem Kaufmann Heller dahin einig geworden ist, daß die Flächen zu einem Preise von 200 M pro Quadratmeter abgetreten bezw. erworben werden sollen, ersucht er, dem Ankauf bezw. dem Verkauf der Flächen unter diesen Bedingungen zuzustimmen.

Herr Kieke: Die Baukommission empfiehlt die Genehmigung der Vorlage. Sie ist aber noch weiter gegangen und hat zu derartigen Terrainausgleichen eine prinzipielle Stellung eingenommen. Die Kommission hält nämlich das Vorspringen eines Gebäudes um 1 cm bezw. um 30 cm für so unwesentlich, daß sie deshalb die Aufwendung von Kosten nicht befürworten kann, zumal wenn die Straße, wie im vorliegenden Falle, breit genug ist. Da es sich hier nur darum handeln kann, die Straße schnurgerade zu gestalten, so hat sich die Kommission nicht davon überzeugen können, daß hier ein Terrainausgleich nötig war. Bei einer notwendigen Verbreiterung der Fußwege liegt die Sache allerdings anders. Für die fernere Zeit gibt die Baukommission anheim, wenn es sich nur um so kleine Stückchen wie hier handelt, den Ortsbauplan nachzusehen und dessen Aenderung bei der Versammlung zu beantragen, damit derartige unnötige Ausgaben vermieden werden.

Die Magistratsvorlage wird darauf genehmigt.

## XII. Baulichkeiten auf dem Pflegehausgrundstücke.

Die Versammlung hat sich am 18. Januar 1906 — Seite 406 des Berichtes — mit einem Vorprojekte einverstanden erklärt, nach dem auf dem Grundstücke des städtischen Pflege- und Krankenhauses ein Gebäude für unruhige (geistig gestörte) und unreine Kranke, ferner ein Sektions- und Leichenhaus, verbunden mit einer Desinfektionsanstalt, und endlich ein Erweiterungsbau des alten Kesselhauses neben der Dampfkochküche des Pflegehauses aufgeführt werden sollte. Die hierfür aufzuwendenden Mittel waren nach der vorläufigen Kostenberechnung auf insgesamt 221 000 M veranschlagt worden.

Diesem Beschlusse entsprechend hat der Magistrat durch die städtische Bauverwaltung ein spezielles Projekt nebst Kostenanschlag ausarbeiten lassen, das inzwischen von der Pflegehausdeputation und der Armendirektion begutachtet worden ist. Nachdem über die Notwendigkeit der Bauten und über die allgemeinen Grundsätze ihrer Ausführung schon früher eine Verständigung erzielt worden ist, stimmt der Magistrat mit den eben genannten beiden Stellen darin überein, daß trotz des erheblichen Unterschiedes zwischen der früheren vorläufigen und der jetzigen Veranschlagung (221 000 M gegen 312 000 bezw. 403 000 M) der Neubau für unruhige und unreine Kranke sowie die Kesselhausenerweiterung und die durch beide Bauten bedingten Nebenanlagen und Mobiliarbeschaffungen in der vorgeschlagenen Weise

zu empfehlen sind, während in bezug auf den Neubau des Sektions- und des Leichenhauses nebst Desinfektionsanstalt eine Umarbeitung des insbesondere durch die Einfügung eines großen Aufbewahrungsraumes zu kostspielig ausgefallenen Teilplanes angeordnet worden ist. Da indessen das Bedürfnis nach Schaffung der übrigen Baulichkeiten immer dringender geworden ist und da die Ausschaltung des Projektes des Sektions- und Leichenhauses nebst Zubehör ohne Schwierigkeiten erfolgen kann, so wird der Versammlung das Projekt wegen der sonstigen Bauausführungen mit dem Ersuchen um Zustimmung vorgelegt.

Im einzelnen bemerkt der Magistrat hierzu folgendes:

A. Zu dem Krankengebäude. Es wird eine Verbesserung darin erblickt, daß der auf die Aufnahme von 51 Krankenbetten eingerichtete Bau abweichend vom Vorprojekte das Erdgeschoß ausschließlich für die männlichen, das Obergeschoß für die weiblichen Kranken bestimmen will. Infolge der Ersetzung der ursprünglich geplanten Fußbodenheizung in dem Flügel für unruhige Kranke durch Nebendruckdampfheizung mit Heizkammern im Keller ist die Unterkellerung des an der südlichen Giebelseite gelegenen Verandenanbaues nötig geworden, um den erforderlichen Magazinraum für Kleidungsstücke wieder zu gewinnen. Was das Dachgeschoß anlangt, so gibt der Magistrat dem zweiten Entwurfe den Vorzug, der den Aufbau im Dache des für das weibliche Personal bestimmten Teiles bis zu der nördlichen Außenwand fortführen und dadurch neben einer Verbesserung der äußeren Gestaltung des Bauwerkes die dringend erwünschte Erweiterung des Schwestern-Wohnraumes und die bessere Erhellung und Lüftung des Korridors mit einer Mehrauswendung von nur 450 M zu ermöglichen beabsichtigt.

B. Zu dem Kesselhaus-Ergänzungsbau. Der Magistrat hält es für unbedenklich, den Dampfbedarf des Sektions- und Leichenhauses nebst Desinfektionsanstalt trotz der Zurückstellung des betr. Bauplanes bereits mit zu berücksichtigen und hält es sogar für empfehlenswert, bei der Bemessung des Umfanges der Anlage auf die Offenhaltung der Möglichkeit Bedacht zu nehmen, daß das jetzt noch mit Ofenheizung versehene Hauptgebäude des städtischen Krankenhauses in absehbarer Zeit ebenfalls Zentralheizung von derselben Stelle aus bekommen kann. Es wird deshalb vorgeschlagen, die im Entwurf II vorgesehenen beiden Kessel von 40 und 85 qm Heizfläche aufzustellen. Der hierfür verwendbare größere Kessel aus dem Kesselhause des alten Wasserwerkes hat noch einen Wert von 2500 M, welcher Betrag den auf 1800 M berechneten Mehrkosten des Kesselprojektes II hinzuzuzählen ist. Die Gesamtkosten der Kesselhausergänzung würden sich danach von 33000 M auf 35500 M erhöhen.

An die Beschlußfassung über die gesamten Nebenanlagen, über die Beschaffung der Mobiliargegenstände sowie über die „Insgemein“ zu machenden Aufwendungen wird die Bedingung zu knüpfen sein, daß die Ausführung betreffs des Sektions-

und Leichenhauses von der Genehmigung des darüber nachzuliefernden Spezialprojektes abhängig gemacht werden soll. Die Entscheidung über die angeforderten Wäsche- und Haushaltungsgegenstände im Werte von 9200 M und über die Frage, ob diese Kosten ebenfalls als außerordentliche Aufwendung zu behandeln sind, empfiehlt der Magistrat zurückzustellen, bis die Arbeiten entsprechend weit gefördert sind.

Hiernach wird die Versammlung ersucht,

1. die Ausführung des Neubaus des Gebäudes für unruhige und unreine Kranke zum Betrage von 199 650 M zu genehmigen,
2. der Erweiterung des Kesselhauses der Dampfkochfläche des Pflegehauses und der Errichtung eines neuen Schornsteins einschl. der Anschaffung von zwei Dampfkesseln zu 40 und 85 qm Heizfläche, von denen der größere mit 2500 M der Kasse des städtischen Lichtwerkes zu erstatten ist, zum Betrage von 35 500 M zuzustimmen,
3. sich mit der Ausführung der Nebenanlagen zu 13 070 M, mit der Anschaffung der Mobiliargegenstände zu 19 000 M und mit der Vergabung von 6530 M unter „Insgemein“ unter der Bedingung einverstanden zu erklären, daß die Ausführung betreffs des Sektions- und Leichenhauses von der Genehmigung des darüber nachzuliefernden Spezialprojektes abhängig gemacht werde,
4. die Kosten zu 1—3 mit insgesamt 273 750 M zu bewilligen.

Herr Frühling: Namens der Baukommission habe ich hierzu folgendes vorzutragen, 1. bezüglich der technischen Seite des Projektes: Ich kann bestätigen, daß der definitive Entwurf mit dem Vorprojekte und den dazu gemachten Bemerkungen übereinstimmt. Wir haben gegen diesen Entwurf in technischer Beziehung wesentliches nicht einzuwenden; die von uns vorgebrachten Kleinigkeiten sind von der städtischen Bauverwaltung ohne weiteres erledigt worden. Von dem Vorprojekte ist nur insofern etwas abgewichen worden, als die Wohnung für die Schwestern mit 450 M Mehrkosten um ein geringes vergrößert worden ist. Die Baukommission schlägt Ihnen vor, diese Aenderung zu genehmigen. Auch die im Kesselhause vorgesehene, eine Mehraufwendung von 6300 M erfordernde Erweiterung sowie die weitere Mehrausgabe von 3300 M empfiehlt sich. In technischer Beziehung sind gegen das Projekt also Einwendungen nicht zu erheben.

Was die finanzielle Seite des Projektes anlangt, so hat sich der Uebelstand ergeben, daß die städtische Bauverwaltung mit den zuerst veranschlagten 221 000 M nicht ausreicht, sondern 312 000 M haben will. Nach der Ansicht der Baukommission ist hierdurch das Vorprojekt hinfällig geworden und die Sache wieder in das erste Stadium zurückgetreten. (Zustimmung.) Wir sind deshalb noch einmal auf eine materielle Prüfung der Sache eingegangen und haben uns zunächst gefragt, ob

das Bedürfnis nach einer solchen Anlage noch im vollen Umfange besteht. Diese Frage haben wir bejahen müssen. Weiter haben wir geprüft, ob Fehler in dem Projekte sind, welche Frage wir verneint haben. Außerdem können wir Ihnen auch keine weiteren Ersparnisse vorschlagen. Auch die Verlegung der Bauwerke an einen anderen Platz ist kaum ausführbar. Es wird deshalb nichts anderes übrig bleiben, als die Versammlung beist in den sauren Apfel und bewilligt die Mehrausgabe von beinahe 100 000 M. Die Sache ist allerdings eine sehr üble Ueberraschung für die Baukommission gewesen. Die Beurteilung der Ueberschreitung kann man von verschiedenen Standpunkten aus ansehen. Begründet wird sie damit, daß es sich hier um Krankenhausanlagen handle, deren Kosten nicht vorher haben übersehen werden können, daß seitens der Ärzte Forderungen gestellt seien, die man im Vorprojekte noch nicht habe berücksichtigen können, auch die Erhöhung der Löhne und Materialpreise trage mit dazu bei und die Heizanlage sei umfangreicher geworden und habe Mehrkosten erfordert.

In der Baukommission ist die Ansicht geäußert worden, daß so etwas vorkommen könnte und wir uns freuen könnten, daß die Ueberschreitung des Voranschlages nicht noch größer geworden sei. (Heiterkeit.) Aber auch die gegenteilige Ansicht ist geäußert worden. Wir können Ihnen indessen keinen Vorschlag machen, durch den die Kosten heruntergesetzt werden. Jedenfalls bedauern wir lebhaft, daß uns ein Projekt vorgelegt worden ist, das sich so sehr mit der Wirklichkeit in Widerstreit befunden hat, und wir können den Grund nur darin erblicken, daß dem Magistrate bei der Beurteilung des Vorprojektes ein Stadtbaurat als Mitglied nicht zur Seite gestanden hat. Indessen sehen wir von weiteren Erörterungen in dieser Angelegenheit ab und empfehlen Ihnen die Vorschläge des Magistrates zur Annahme. Der Magistrat hat gleichfalls schon verschiedenes gestrichen und hofft noch etwas zu ersparen. So sehr die Baukommission bedauert, Ihnen die Zustimmung zu der Vorlage empfehlen zu müssen, so bleibt doch nichts anderes übrig, als die Bewilligung auszusprechen.

Herr Buchler: Wie viele unruhige und unreine Kranke werden in der Anstalt jezt im Jahresdurchschnitt verpflegt?

Herr Stadtrat von Frankenberg: Wir haben über die Zahl der in Frage kommenden unruhigen Kranken ausführliche Nachweisungen erhalten und davon der Versammlung bei dem Vorprojekte auch Mitteilung gemacht. Damals war mitgeteilt worden, daß die Zahl der Geisteskranken in der Zeit von 1900 bis 1902 nicht weniger als 105 Personen jährlich betragen habe. Es handelt sich also um eine erhebliche Zahl, und es ist dabei auch noch zu berücksichtigen, daß es sich nicht nur um ein Bedürfnis des betreffenden Geisteskranken, sondern auch um ein Ruhebedürfnis der übrigen Kranken handelt, wenn erstere gesondert untergebracht

werden sollen. Die Geisteskranken stören durch ihr Schreien häufig die ganze Umgebung. Die jetzt vorhandenen drei Isolierzellen — davon eine sogar im Keller — sind ungenügend. Auch das Herzogliche Krankenhaus hat derartige Vorkehrungen getroffen, aber es ist schon oft vorgekommen, daß sämtliche Zellen in beiden Anstalten besetzt sind.

Was die unreinen Kranken betrifft, so liegen darüber genaue Zählungen noch nicht vor, weil die Abgrenzung dieser Kranken ungeheuer schwierig ist. Die Zahl ist aber noch größer gewesen, als die Zahl der Geisteskranken. Für 51 Kranke soll durch den projektierten Neubau Vorsorge getroffen werden. Wenn die Herren sich unter Zugrundelegung dieser Zahl vergegenwärtigen, daß wir vor Jahresfrist, als es sich um die Bewilligung eines Darlehns an das Rote Kreuz handelte, mit dem Kostenbetrage eines Krankenhauses in Höhe von 4500 M für das Krankenbett und Jahr gerechnet haben (s. Bericht über die Sitzung vom 15. Februar 1906, Seite 490), so würden wir ohnehin schon dahin kommen, daß ein Krankenhaus zu dem beabsichtigten Zwecke nicht für 225 000 M herzustellen ist. Es handelt sich hier aber nicht einmal um ein Krankenhaus für Durchschnittspatienten, sondern um ein solches für zwei Gruppen von Kranken, die nach ihrer Art und Beschaffenheit besondere Vorkehrungen zu ihrer Verpflegung nötig machen. Wenn gleichwohl der Bedarf für das Krankenhaus mit noch nicht ganz 200 000 M gedeckt werden soll, so werden die Herren zugeben müssen, daß es zwar höchst bedauerlich ist, daß wir ursprünglich mit einem viel geringeren Betrage gerechnet haben, daß wir uns aber haben überzeugen müssen, nachdem wir die volle Wahrheit erkannt haben, daß der jetzt geforderte Betrag mit Rücksicht auf die Zahl der Kranken nicht über das Maß hinausläuft, mit dem man sonst zu rechnen pflegt.

Herr Buchler: Nachdem ich erfahren habe, daß die Belegschaft eine so große ist, möchte ich beantragen, die Verlegung der Anstalt nach einer anderen Stelle vorzusehen. Es ist anzunehmen, daß mit dem Wachstum der Stadt auch die Zahl dieser Kranken sich vermehrt und es erscheint wünschenswert, daß die Kranken entfernt von dem Pflegehause und dem Kinderheim untergebracht werden.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Es ist selbstverständlich das gute Recht des Herrn Vorredners, diese Frage anzuschneiden, aber diese wichtige Frage ist schon bei der früheren Beratung auf Anregung des Herrn Brückmann auf das eingehendste erwogen worden. Ich durfte schon damals darauf erwidern, daß bei Ausführung der Anlage in gewissenhaftester Weise auf deren Umgebung Rücksicht genommen werden würde. Sämtliche Einzelräume werden bis auf ein Zimmer nach der Okerseite zu gelegt werden, während nach der Seite des Kinderheims zu derartige unruhige Patienten nicht untergebracht werden sollen. Der Herr Vorredner darf überzeugt sein, daß, nachdem die Pflegehausdeputation dem Projekte zugestimmt hat, das Bedürfnis des Kinderheims voll und ganz gewahrt ist. Da außerdem

der für den Fall der späteren Erweiterung der Anstalt erforderliche Platz im Pflegehausgarten nach der Sidonienstraße zu noch zur Verfügung bleibt, so trifft die Befürchtung des Herrn Vorredners nicht zu. Außerdem handelt es sich bei diesen Kranken nur um Fälle vorübergehender Verpflegung, da die meisten Kranken höchstens 14 Tage hier bleiben, um dann einer Irrenanstalt überwiesen zu werden.

Herr Frühling: Die von Herrn Buchler angeregte Frage der Verlegung des Krankenhauses haben wir auch wieder erwogen, jedoch widerspricht einem solchen Plane der Umstand, daß der gesonderte Betrieb des Krankenhauses sich wesentlich teurer stellen würde.

Die Magistratsvorlage wird darauf genehmigt.

### XIII. Wahl zweier Vertreter für den Städtetag.

Unter Uebersendung einer Tagesordnung für den am 14. und 15. Juni in Königsutter stattfindenden 24. braunschweigischen Städtetag ersucht der Magistrat, zwei Vertreter zu wählen.

Auf Vorschlag des Herrn Vorsitzenden werden die Herren Fricke und Lübke gewählt.

— Der stellvertretende Vorsitzende Herr Südel übernimmt den Vorsitz. —

### XIV. Errichtung neuer Klassen in der Fortbildungs- und Gewerbeschule.

Nach einem Berichte des Schuldirektors Schaarschmidt bestanden im Schuljahre 1906/07 in der unteren Abteilung der städtischen Fortbildungsschule im ganzen 6 Klassen mit 5 Lehrern und 24 wöchentlichen Unterrichtsstunden. Diese Klassen und Lehrer sind mit Ausschluß einer Klasse für allgemeine Fortbildung auch für das Schuljahr 1907/08 erforderlich und beibehalten. Außerdem sind aber dieser unteren Abteilung von den Innungen der verschiedenen Gewerbe bis jetzt 129 neue Lehrlinge zugeführt worden und dabei ist der Wunsch ausgesprochen, diese Lehrlinge nach den Gewerben tunlichst zu scheiden. Diese vermehrte Schülerzahl hat die Errichtung von 7 neuen Klassen und die Annahme von 6 neuen Lehrern erforderlich gemacht mit insgesamt 20 wöchentlichen Unterrichtsstunden und zwar je einer Klasse mit 2 Stunden für Schuhmacher und für Barbieri bezw. Friseure, sowie je einer Klasse mit 4 Stunden für Sattler, Tapezierer und Dekorateur, bezw. für Tischler, Böttcher, Stell- und Radmacher und endlich dreier Klassen mit je 4 Stunden für Schlosser und Schmiede. Der Vorstand der Fortbildungs- und Gewerbeschule wird gebeten, die durch die Verhältnisse gebotene Erweiterung der unteren Abteilung der Fortbildungsschule beim Magistrate zu befürworten, was geschehen ist. Hiernach wird die Versammlung vom Magistrate ersucht, der Neueinrichtung der vorgeschlagenen Klassen zuzustimmen und die Mehrkosten in Höhe von etwa 1800 M,

von denen etwa 200 M durch das Schulgeld und etwa 800 M durch Erhöhung des Staatszuschusses gedeckt werden dürften, zu bewilligen.

Die Schulkommission, für die Herr Möhle berichtet, empfiehlt die Genehmigung der Vorlage.

Herr Böhnemeyer: Ich möchte vorweg bemerken, daß auch ich der Vorlage zustimme. Sodann möchte ich bitten, mich mit den Fortbildungs- und Gewerbeschülern selbst beschäftigen zu dürfen. Es ist mir nicht bekannt, ob die Herren von den Zuständen Kenntnis haben, die sich allabendlich nach Schluß der Fortbildungsschule abspielen; ich habe mit vielen anderen schon oft darunter zu leiden gehabt. Ich finde es erklärlich, wenn die jungen Schüler die Freude über die wiedergewonnene Freiheit zum Ausdruck bringen und sie diese nicht immer in die richtige Form zu kleiden wissen; es ist aber nicht zu billigen, daß sich die Freude dadurch äußert, daß sich der Schwarm der jungen Leute mit der Gewalt eines Stromes in die Straßen ergießt, die Passanten anrempelt und unanständige Ausdrücke gebraucht. Diese Zustände möchte ich hier öffentlich tadeln und die Herren vom Schulvorstande bitten, auf Abhilfe bedacht zu nehmen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Die Worte des Herrn Vorredners werden nicht ungehört verhallen, und ich erkläre als Vorsitzender des Schulvorstandes der Fortbildungsschule, daß ich die Herren Professor Schaarschmidt und Professor Leizen ersuchen werde, den Schülern in geeigneter Weise Vorhalt machen zu lassen, damit ähnliche Zustände, die leider nicht vereinzelt sind, sondern namentlich in letzterer Zeit sich öfter wiederholt haben, nach Möglichkeit vermieden werden.

Die Vorlage gelangt sodann zur Annahme.

## XV. Grundsätze für Erweiterung des Kanal-, Gas- und Wasserrohrnetzes.

Der Architekt Zinkeisen hat beantragt, den Riddagshäuserweg bis zu seinen Grundstücken 17a und 17b mit Kanal- und Wasserleitung versehen zu lassen, um diese Grundstücke an die Anlagen anschließen zu können. Der Berücksichtigung des Antrages steht der Umstand entgegen, daß — soweit die Entwässerung in Betracht kommt — es einem im Riddagshäuserwege zu verlegenden Kanale zurzeit an Vorflut fehlen, und daß — soweit es sich um Anschluß an die Wasserleitung handelt — es den in Frage stehenden Grundstücken wegen Fehlens des Straßentanks an einer ordnungsmäßigen Entwässerung mangeln würde. Einem Eingehen auf den Antrag stehen aber noch die weiteren Bedenken entgegen, daß die aus der Anlage zu erwartenden Einnahmen im Verhältnis zu den Kosten der Ausführung so niedrig sein würden, daß von einer Verzinsung kaum noch wird gesprochen werden können und daß mit dem gleichen Rechte wie der Antragsteller auch die Besitzer der übrigen an der Peripherie des Stadtgebietes gelegenen bebauten Grundstücke den Anschluß



an den Kanal sowie an die Gas- und Wasserleitung auf Kosten der Stadt würden fordern können. Der Magistrat ist deshalb der Ansicht, daß schon aus dieser Erwägung heraus der Antrag Zinkeisen wird abgelehnt werden müssen.

Da indessen das Maß der zwecks Erreichung des Anschlusses von der Stadt geforderten Leistung je nach der Lage des anzuschließenden Grundstücks zu der bereits vorhandenen Anlage verschieden ist und dadurch leicht die Auffassung Platz greifen könnte, daß die Stadt wohl Entgegenkommen zeigen müsse, so erscheint es dem Magistrate richtig, die für die Erweiterung der bezeichneten unterirdischen städtischen Anlagen schon bisher befolgten Grundsätze zu formulieren, um auf diese Weise für die Zukunft eine durchaus sichere Unterlage für die Behandlung einschlägiger Anträge zu gewinnen.

Unter Vorlage eines Entwurfs zu solchen Grundsätzen bemerkt der Magistrat folgendes: Es erscheint wünschenswert, ausdrücklich zu sagen, daß ausschließlich die städtischen Behörden über Erweiterung der Anlagen zu entscheiden haben, um auch den der Verwaltung fernstehenden Personen Klarheit in dieser Richtung zu gewähren. Völlig frei in ihren Entschlüssen sind die städtischen Behörden, wenn es sich um eine Erweiterung der Anlagen aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt handelt, oder wenn sie auf Kosten eines Interessenten erfolgen soll; nicht völlig frei, sondern an die in den Grundsätzen selbst auferlegten Beschränkungen gebunden dagegen sind sie in allen übrigen Fällen. Diese Beschränkungen bilden den Prüfstein für die Frage, ob ein öffentliches Bedürfnis zur Erweiterung der jeweilig in Betracht kommenden Anlage vorliegt.

Namens der Statutenkommission gibt Herr Boge die Genehmigung der ganzen Magistratsvorlage anheim.

Herr Ribbentrop: Es ist mir unverständlich, weshalb die städtischen Behörden über die Erweiterung der Anlagen zu entscheiden haben sollen und nicht der Magistrat allein.

Herr Bürgermeister Meyer: Es liegt in der Natur der Sache, daß der Magistrat die Versammlung darüber gern hören möchte, einmal wegen der aufzuwendenden erheblichen Kosten und dann auch, weil die Straße dem öffentlichen Verkehr entzogen werden muß.

Stellvertr. Vorsitzender: Ich bin auch der Meinung, daß man sich eines Vorrechtes der Versammlung, um das es sich hier handelt, nicht ohne weiteres begibt.

Die Grundsätze für die Erweiterung des städtischen Gasrohrnetzes, des städtischen Kanalnetzes und des städtischen Wasserrohrnetzes werden darauf in Sonderabstimmungen angenommen.

## XVI. Ortsstatut, betr. die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Der Magistrat hat der Versammlung folgende Vorlage zugehen lassen:

Der Vorschlag, durch Ortsstatut die Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe grundsätzlich auf zwei Stunden zu beschränken, hat nicht die Billigung der geehrten Herren gefunden (Seite 367 des Berichts vom Jahre 1906/07). Die Stadtverordnetenversammlung hat vielmehr beschlossen, die sonntägliche Beschäftigungszeit sowohl für den Großhandel (Kontore) wie für den Kleinhandel (offene Verkaufsstellen) auf drei Stunden festzusetzen. Wir sind bereit, dem zuzustimmen, können jedoch aus rechtlichen wie aus praktischen Gründen nicht unser Einverständnis damit erklären, daß es jedem Kaufmanne freistehen solle, innerhalb des durch die Landesregierung festgelegten Rahmens (7—9, 11—2 Uhr) drei Stunden für seinen Gewerbebetrieb beliebig auszusuchen. Das Gesamt-Kaufmannsgericht teilt unsere Ansicht, der auch ein großer Teil der Prinzipale wie der Handlungsgehilfen hiesiger Stadt beipflichtet.

Um nun ein möglichst zuverlässiges Bild von den Wünschen der beteiligten Ladeninhaber zu erhalten, haben wir an der Hand des im Adreßbuche enthaltenen Gewerbeverzeichnis bei den Kleinhandlungen aller Zweige (mit Ausnahme der allgemein als „Bedürfnisgewerbe“ anerkannten) eine Umfrage gehalten, deren Ergebnis wir den geehrten Herren hierneben unterbreiten.

Annähernd 2500 Fragebogen sind am 23. April d. Js. mit der Bitte um Rückgabe binnen einer Woche versandt. Zurückgekommen sind etwa 1100, von denen ungefähr 250 kein verwertbares Material enthalten. Wir dürfen annehmen, daß diejenigen Geschäftsleute, die bis jetzt nicht geantwortet haben, an der Festsetzung der sonntäglichen Beschäftigungsstunden nur ein sehr geringes oder gar kein Interesse haben.

Da selbst die Ladengeschäfte mit gemischter und mit vorwiegend auswärtiger Sonntagskundschaft in ihrer Mehrheit den 1 Uhr-Schluß wünschen, haben wir uns für diesen entschieden, und zwar hinsichtlich aller Handelsszweige, da bei dem Sineinandergreifen der einzelnen Branchen eine verschiedenartige Regelung auf die größten praktischen Schwierigkeiten stoßen würde.

Die von verschiedenen anderen Städten eingegangenen Auskünfte rechtfertigen u. E. die Annahme, daß für Herrenkonfektions-, Weiß- und Wollwaren- und Damenputzgeschäfte andere Verkaufszeiten wie für die übrigen Handelsszweige nicht am Plage sind. Wir können schon aus diesem Grunde auf die bezüglichen Sonderwünsche nicht eingehen. Anzuerkennen ist es, daß die Bitte der Blumenhändler um Ausnahmen für ihr Gewerbe Berücksichtigung verdient. Es handelt sich jedoch um ein sogen. „Bedürfnisgewerbe“, für welches Herzogliche Polizeidirektion eine

Ausdehnung des Sonntagsbetriebes zulassen kann und wie bisher, jedenfalls auch fernerhin gestatten wird.

Darüber, ob den Zigarren- und Tabakgeschäften ein späterer Ladenschluß wie den übrigen zu bewilligen sei, lauten die Auskünfte der von uns befragten Städte verschieden. Wir glauben, daß der 1 Uhr-Schluß dieser Branche keinen nennenswerten Einnahmeausfall (zugunsten der Gastwirte) bringen wird. Erkennt Herzogliche Polizeidirektion ein besonderes Bedürfnis des Publikums, noch von 1—2 Uhr mittags am Sonntag Tabakfabrikate einzukaufen, an, so kann sie Ausnahmepflichten erlassen.

Verschiedene Brennmaterialhändler haben gebeten, ihnen die Morgenstunden von 7—9 Uhr freizugeben, weil in dieser Zeit im Winter die kleinen Leute Sonntags Feuerung einzukaufen pflegen. Wir halten ein Eingehen auf diese Bitte für untunlich, zumal am Sonnabend bis 9 Uhr abends verkauft werden darf.

Daß die nicht mit offenen Verkaufsstellen verbundenen Handelsbetriebe (außer den Konservenfabriken) mit den Beschäftigungsstunden von 8—9 und 11—1 Uhr auskommen können, läßt sich kaum bezweifeln.

Unter Ueberreichung eines neuen Statutentwurfes richten wir an die geehrten Herren das ergebenste Ersuchen,

„dem Erlasse des Statuts in der neuen Fassung zuzustimmen“.

Der Entwurf lautet:

„Statut, die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe betr, vom . . . . .

(Bekannt gemacht am . . . . .)

Auf Grund des § 105 b Absatz 2 und 3 der Reichsgewerbeordnung wird nach Anhörung beteiligter Gewerbetreibender, Handlungsgehilfen und Arbeiter unter Zustimmung der Stadtverordneten folgendes Statut erlassen:

§ 1. Im Handelsgewerbe sowie im Geschäftsbetriebe von Konsumvereinen und anderen unter § 105 b der Gewerbeordnung fallenden Vereinen dürfen Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter an Sonn- und Festtagen nur von 8—9 Uhr morgens und von 11—1 Uhr mittags beschäftigt werden.

§ 2. Im kaufmännischen Betriebsteile von Konservenfabriken ist die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern in den Monaten Mai bis einschließlich September von 7—9 Uhr morgens und von 11—2 Uhr mittags, im Oktober und November von 11—1 Uhr mittags, vom Dezember bis einschließlich April überhaupt nicht zulässig.

§ 3. Bei den gesetzlich bestimmten und den durch die höhere Verwaltungsbehörde gemäß § 105 e Absatz 1 der Gewerbeordnung festgesetzten Ausnahmen behält es sein Bewenden.

§ 4. Zuwiderhandlungen gegen dieses Statut werden nach § 146 a der Gewerbeordnung mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark, im Unvermögensfalle mit Haft bestraft.

§ 5. Dieses Statut tritt mit dem Beginne des vierten auf seine Bekanntmachung folgenden Kalendermonats in Kraft."

Namens der Statutenkommission berichtet über die Vorlage Herr Boge: Die Kommission ist bei ihrer Beratung zu dem Ergebnis gekommen, daß man Ausnahmen nicht machen, sondern in Gemäßheit des neuen Entwurfs die Sonntagsruhe einheitlich dahin regeln soll, daß die Geschäfte von 8—9 Uhr und von 11 bis 1 Uhr offen gehalten werden dürfen. Sobald eine Ausnahme gemacht wird, kommen die übrigen Gewerbetreibenden ebenfalls. Die Kürschner sind z. B. mit dieser Festsetzung wohl einverstanden, sie setzen dabei aber voraus, daß der Herrenkonfektionsbranche dann auch nicht mehr Freiheit gegeben wird, weil diese ebenfalls Hüte und Mützen verkauft. Die Statutenkommission empfiehlt daher, dem vom Magistrat vorgelegten Entwürfe zuzustimmen.

Herr Ohlendorf: Bei der Rundfrage sind lediglich die Inhaber der Geschäfte, nicht aber auch die Arbeitnehmer berücksichtigt worden. Es kann letzteren nicht gleichgültig sein, daß sie Sonntags zweimal zum Geschäfte gehen sollen. Ich habe deshalb den Wunsch, die freizugebenden Geschäftsstunden zusammenzulegen, wodurch es dem Personal und dem Geschäftsinhaber ermöglicht würde, die Arbeitszeit in eins abzumachen. Gegenüber dem mir von Herrn Sander in der Sitzung vom 7. Februar d. Js. — Seite 381 des Berichtes — gemachten Vorwurfe, ich sollte nur zuerst dafür sorgen, daß der allgemeine Konsumverein die Sonntagsruhe einführt, will ich konstatieren, daß der allgemeine Konsumverein schon seit Jahren vollständige Sonntagsruhe hat. (Herr Alßmann: Der Verein hat sogar einen Laden in einem Sanderschen Hause!) Es war damals namentlich Herr Esdorn, der den Antrag auf Einführung der Sonntagsruhe bekämpft hat und zwar hauptsächlich deshalb, weil Braunschweig nicht die erste norddeutsche Stadt sein dürfe, die in dieser Richtung vorgehe. Selbst Hannover hat aber die Sonntagsruhe bis auf 11 bis 1 Uhr festgelegt. Ich beantrage daher, die Arbeitszeit an den Sonntagen auf 11 bis 1 Uhr festzusetzen.

Herr Stadtrat Wagner: Herr Ohlendorf hat hervorgehoben, daß die Angestellten im Handelsgewerbe nicht einmal gehört worden seien. Der Magistrat hat das aber für überflüssig gehalten, weil die Handlungsgehilfen bereits in ausgiebigster Weise ihre Wünsche in Eingaben zc. dargelegt hatten. Außerdem hat der Magistrat nur eine zweistündige Arbeitszeit einführen wollen, und wir haben uns erst im Wege des Kompromisses auf drei Stunden verständigt. Darüber herrscht aber voll-

ständiges Einverständnis bei den Handlungsgehilfen, daß der 1 Uhr-Ladenschluß, zur Verlängerung des Sonntagsnachmittags, ihren Wünschen entspricht, und niemand von ihnen hat eine Zusammenlegung der dreistündigen Arbeitszeit auf 11 bis 2 Uhr gewünscht. Anders können aber die drei Stunden nicht gelegt werden, wenn sie hinter einander liegen sollen.

Herr Esdorn: Wenn mir Herr Ohlendorf den Vorwurf macht, ich hätte gesagt, keine andere norddeutsche Stadt habe bislang die Sonntagsruhe geregelt und er weist zugleich zum Beweise des Gegenteils auf Hannover hin, so dürfte ihm doch wohl bekannt sein, daß diese Sache dort erst nach unserer damaligen Verhandlung geregelt worden ist. Ich würde für den Antrag Ohlendorf sein, wenn er die Zeit von 11 bis 2 Uhr als Arbeitszeit festgelegt wissen wollte. In erster Linie halte ich aber meinen früheren Antrag aufrecht, das Statut glatt abzulehnen. Bei jeder Gelegenheit hören wir, daß für nichts Geld vorhanden sei, weshalb sollen wir nun nach Mitteln und Wegen suchen, um unsere Steuerkraft zu schwächen? Es steht für mich fest, daß durch die Abkürzung der Arbeitszeit an den Sonntagen unseren Gewerbetreibenden ein Teil ihrer Einnahme genommen und nach unseren benachbarten Städten getragen wird. Sobald ein Reichsgesetz über die vollständige Sonntagsruhe herausgegeben wird, habe ich nichts dagegen.

Bedenken Sie auch, wieweit die Gewerbe schon jetzt belastet sind; es wird dem Gewerbebestande bald zu viel, noch mehr unter Polizeiaufsicht zu kommen. Wir haben bei unserer jetzigen Finanzlage wirklich keine Veranlassung, unsere Steuerkraft zu schwächen und wir können unseren Gewerbetreibenden den Verdienst an den Sonntagen wohl gönnen. Es ist richtig, daß Hannover jetzt eine zweistündige Sonntagsarbeit eingeführt hat, aber Hannover hat auch nicht mit einer so großen Landkundschaft zu rechnen wie unsere Stadt. (Widerspruch.) In Hannover hat früher schon ein großer Teil der Geschäfte Sonntags geschlossen. Für die Zeit von 11 bis 2 Uhr hat hier allerdings nur eine kleinere Anzahl Geschäftsinhaber gestimmt. Ich hätte gewünscht, daß der Magistrat auch mal gefragt hätte, ob die Geschäftsinhaber überhaupt eine größere Sonntagsruhe haben wollen. Viele Geschäfte geben auch zu, daß sie im Sommer Sonntags von 8 bis 9 Uhr viel zu tun haben. Die Handlungsgehilfen agitieren ja jetzt so sehr, daß wir bald zu einer vollständigen gesetzlichen Sonntagsruhe kommen werden. Wenn wir heute die Magistratsvorlage annehmen, so kommen die Handlungsgehilfen in zwei Jahren mit einer Petition, daß sie Sonntags ganz frei sein und außerdem noch einen freien Wochennachmittag haben wollen. Ebenso wollen die Handlungsgehilfen jetzt schon den 7 Uhr-Ladenschluß haben, nachdem sie den 8 Uhr-Ladenschluß eben erhalten haben. Wer es nicht nötig hat, Sonntags sein Geschäft zu öffnen, weil ihm die Sonntagsstunden fehlen, der schließt von selbst. In den hiesigen Zigarrengeschäften werden kaum zehn Angestellte beschäftigt, während im übrigen die Inhaber selbst den Verkauf besorgen,

und diese müssen die Stunde von 1 bis 2 Uhr noch haben. Weshalb soll man den Herren die Einnahme schmälern und die Kunden nach außerhalb gehen lassen. Ich bin dafür, den Inhabern von Tabak- und Zigarren-Spezialgeschäften die Stunde von 1 bis 2 Uhr freizugeben und stelle einen entsprechenden Antrag. In erster Linie beantrage ich aber:

„Die Versammlung wolle beschließen, dem vorliegenden Statut betreffs Regelung der Sonntagsruhe keine Folge zu geben.“

Herr Stadtrat Wagner: Ich wundere mich, daß Herr Esdorn auf seinen früheren Antrag wieder zurückkommt, da er sich selbst im Fragebogen mit einer dreistündigen Arbeitszeit an den Sonntagen einverstanden erklärt hat und zwar mit der Zeit von 11 bis 2 Uhr, während andere Spezialgeschäfte seiner Branche die Zeit von 8 bis 9 und 11 bis 1 Uhr haben wollen. Man muß sich bei der Entscheidung der Frage doch an das halten, was die weit überwiegende Mehrheit der Beteiligten wünscht. Wir haben uns nicht damit begnügt, die Geschäfte der einzelnen Branchen zusammenzuzählen, sondern wir haben noch eine zweite Gruppierung vorgenommen, indem wir die Geschäfte eingeteilt haben in solche mit überwiegend hiesiger, halb hiesiger halb auswärtiger und mit vorwiegend auswärtiger Sonntagskundschaft. Und da ergibt sich selbst bei der letzteren Gruppe noch eine kleine Mehrheit (65:53) für die Zulassung der Sonntagsarbeit von 8 bis 9 und von 11 bis 1 Uhr, während die Minderheit den Ladenschluß um 2 Uhr wünscht. Darüber kann aber Herr Esdorn beruhigt sein, daß es dem Magistrat nicht so leicht einfallen wird, die vollständige Sonntagsruhe hier ohne allgemeine reichs-gesetzliche Festlegung allein einzuführen. Wir wollen den berechtigten Wünschen der Handlungsgehilfen gern Rechnung tragen, ohne aber damit den berechtigten Interessen der Geschäftsleute entgegenzutreten.

Herr Ackenhausen: Ich möchte bitten, den Antrag Esdorn abzulehnen und die Magistratsvorlage anzunehmen. Zum § 5 des Statutentwurfs möchte ich beantragen, daß das Statut mit Beginn des zweiten (statt vierten) auf seine Bekanntmachung folgenden Kalendermonats in Kraft tritt.

Herr Koch: Ich stehe auf dem Standpunkte des Herrn Esdorn. Wer in früheren Jahren hier Geschäftsmann gewesen ist, hat bedauert, daß hinterher die Sonntagsruhe eingeführt worden ist, denn viele Geschäftsleute haben an den Sonntagen mehr Kasse gemacht, als während der ganzen Woche. Wer gesehen hat, welche Wagenreihen Sonntags auf der Fallerdeber- und Schöppenstedterstraße standen mit hier eingekauften Waren, der bedauert, daß jetzt das Geld außerhalb hinwandert. Wir haben heute schon Geschäfte genug, die Sonntags frühzeitig schließen, aber nun noch weiter zu gehen und die Geschäftsinhaber, die gern noch einen Taler aufnehmen, in ihrer Tätigkeit zu beschränken, das sollte man nicht tun. Die Reichsgesetze haben dem Mittelstande schon Beschränkungen genug auferlegt.

Herr Ohlendorf: Ich möchte Herrn Esdorn bestätigen, daß uns Hannover mit der Beschränkung der Sonntagsarbeit allerdings vorangegangen ist. Der Verkauf an den Sonntagen wird auch dadurch wesentlich eingeschränkt, daß die Lohnzahlungen in vielen Etablissements schon Freitags oder noch früher und nicht mehr Sonnabends stattfinden. Wenn Herr Koch früher seine Backwaren während des ganzen Sonntags verkauft hat, so würde er jetzt in den paar Stunden wohl dasselbe Geschäft machen. Es wurde vor Einführung der Sonntagsruhe vielfach behauptet, das ginge nicht, aber es geht doch. Im Vorstande des allgemeinen Konsumvereins glaubte man früher ebenfalls, die völlige Sonntagsruhe ließe sich nicht durchführen, und es geht doch ohne jede Schädigung. Herr Esdorn glaubt mit seinem Antrage seinen politischen Freunden, den Kleinhändlern, zu dienen, trotzdem befinden sich darunter genug Leute, die ebenso denken wie ich.

Herr Kalms: In verschiedenen Punkten stehe ich auf dem Standpunkte der Herren Esdorn und Koch. Die Nahrungsmittelbranche sowie die Tabak- und Zigarrengeschäfte werden meines Wissens durch die Gewerbeordnung hier ausgeschlossen. Deshalb möchte ich fragen, ob die sogenannten Bedürfnisgeschäfte mit unter das Statut fallen, sonst bitte ich, die Tabak- und Zigarrengeschäfte auszuscheiden. Die Stunde von 1 bis 2 Uhr ist diesen Geschäften so wertvoll, daß sie ihnen gelassen werden muß.

Herr Stadtrat Wagner: Es ist gesetzlich vorgesehen, daß die Ortspolizeibehörde für die Bedürfnisgewerbe Ausnahmen gestatten kann. Das ist auch bereits jetzt über den Rahmen der fünf Stunden hinaus für den Milchhandel, den Handel mit Backwaren, Mineralwasser, Roheis zc. geschehen und die Herzogliche Polizeidirektion wird zweifellos auch in Zukunft wieder Ausnahmen bewilligen. In dieser Beziehung würde also eine Durchbrechung des Prinzips so wie so eintreten. Wir möchten aber vermeiden, darüber hinaus Ausnahmen zu schaffen, zumal sich die Tabak- und Zigarrenhändler durchaus nicht so überwiegend (25:14) für den 2 Uhr Ladenschluß ausgesprochen haben. Es gibt das umsomehr zu denken, als sich die bedeutenderen Detailgeschäfte wie Zater, Voigtländer, Lauenroth, Steinhäusen, Camehn, Farina zc. etwa zur Hälfte auf diese beiden Gruppen verteilen. Ein weiteres Bedenken tritt insofern noch hervor, als die Kolonialwarenhändler ebenfalls Zigarren führen und auch um 1 Uhr schließen müssen. Sobald also den ersteren der spätere Ladenschluß bewilligt würde, könnten diese sich geschädigt fühlen. Aus verschiedenen anderen deutschen Groß- und Mittelstädten haben wir die Auskunft erhalten, daß ein besonderes Bedürfnis, die Geschäfte der Tabak- und Zigarrenhändler Sonntags länger offen zu halten, anerkannt werde; in Danzig und Stettin sind dagegen Ausnahmen nicht gestattet. Die Tabak- und Zigarrenhändler haben dort mit allen Kräften für einen späteren Ladenschluß gekämpft und sind selbst bei

der Regierung vorstellig geworden; es hat sich aber hinterher herausgestellt, daß für sie keine Schädigung entstanden war.

Herr Jasper: Es scheint sehr wenig Meinung dafür zu sein, nochmals in eine Kommissionsberatung über diese Sache einzutreten; vielleicht ist auch jedes neu eingetretene Mitglied der Versammlung schon so unterrichtet über die Materie, daß es endgültig dazu Stellung nehmen kann. Dem gegenüber halte ich es für geboten, auf die frühere Magistratsvorlage zurückzukommen und zu empfehlen, die Zeit von 11 bis 1 Uhr für die Offenhaltung der Ladengeschäfte vorzuschreiben. Es ist dabei namentlich der Wunsch der Angestellten zu berücksichtigen, daß die Arbeitszeit am Sonntag ungeteilt und der Ladenschluß mittags nicht zu spät sein möchte. Auch der überwiegende Teil der Unternehmer hat sich für einen 1 Uhr-Ladenschluß ausgesprochen. Da vielleicht jetzt eine günstigere Stimmung für den ursprünglichen Antrag des Magistrates vorhanden ist, so bitte ich, diesem die Zustimmung zu erteilen.

Bei der nunmehr folgenden Abstimmung wird die Magistratsvorlage angenommen, nachdem die dazu gestellten Anträge Esdorn, das Statut abzulehnen, Ohlendorf, die Arbeitszeit auf 11 bis 1 Uhr festzusetzen, Esdorn, für die Zigarrenhändler noch die Zeit von 1 bis 2 Uhr als Verkaufszeit freizugeben und Akenhausen, das Statut mit Beginn des zweiten Kalendermonats in Kraft treten zu lassen, abgelehnt waren.

— Der Vorsitzende Herr Hauswaldt übernimmt den Vorsitz wieder. —

## XVII. Antrag Möhle: Besserung der Fußwegverhältnisse auf dem Leonhardplatz.

Der Antrag lautet:

„Ich beantrage, den Fußweg des nördlichen Teiles des Leonhardplatzes in einen besseren, der Lage des Platzes entsprechenden Zustand zu versetzen.“

Herr Möhle (zur Begründung): Der Leonhardplatz zählt ohne Frage zu den schönsten unserer öffentlichen Plätze und dient dem betreffenden Stadtteile zur Zierde. Er verliert aber diesen Charakter, wenn er sich in seinem nördlichen Teile in einem solchen Zustande befindet, wie es tatsächlich seit geraumer Zeit der Fall ist. Der ursprünglich schmale Fußweg, der die ehemalige Kl. Bertramstraße mit dem Altwiekeringe verbindet, ist durch das Publikum nicht nur in einer Weise verbreitert, die gar keinen Weg mehr erkennen läßt, sondern jeder einzelne Passant hat sich einen Weg nach seinem Geschmacke und Bedürfnisse gebahnt. Die Grasnarbe ist vollständig zurückgetreten und infolge dessen bilden sich dort bei Regentagen eine Menge Sümpfe, die naturgemäß tagelang morastige Stellen zurücklassen. Solche Zustände dienen nicht zur Verschönerung des Platzes und zwar umso weniger, wenn man einige Schritte davon die schönen Anlagen bei der Johanniiskirche sieht. Der



Zustand wäre sehr leicht in der Weise zu beseitigen, daß man von der Gerstäckerstraße bis zum Altemiekringe einen fest begrenzten Fußweg anlegte und den angrenzenden Rasen mit einem kleinen Drahtgitter einfriedigte. Der Platz würde dadurch erheblich gewinnen und es würde auch schon mit Rücksicht auf den dort herrschenden lebhaften Verkehr sich empfehlen, den Platz in einen ordnungsmäßigen Zustand zu versetzen.

Der Antrag wird der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

### XVIII. Antrag Jasper: Ersatzleistung für den Schulkindern abhanden gekommene Sachen.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, in allen Fällen, in denen Schulkindern der städtischen Schulen bei Benutzung von deren Einrichtungen Sachen ohne Verschulden der Kinder abhanden kommen oder beschädigt werden, Schadenersatz zu gewähren.“

Zur Begründung führt Herr Jasper folgendes aus: Ein bestimmter Vorgang hat mir Veranlassung gegeben, den Antrag zu stellen. In der zweiten mittleren Mädchen-Bürgerschule ist ein diese Schule besuchendes Mädchen in der Weise um ihren Mantel gekommen, daß sie ihn der Vorschrift gemäß auf dem Korridor unterbrachte, nach Schluß der Schule aber der Mantel fort war. Die Eltern sind sodann bei dem Magistrate vorstellig geworden, um Ersatz zu erhalten, sind aber abgewiesen worden. Sie gingen dabei von der Erwägung aus, daß, ebenso wie der Gastwirt für die in seinen Räumen untergebrachten Sachen von Gästen auszukommen habe, auch der Erhalter der Schule für diejenigen Sachen auskommen müsse, die seinem Gewahrsam anvertraut seien und sogar anvertraut werden müßten. Der Magistrat hat erwidert, daß er nicht in der Lage sei, dem Antrage stattzugeben; es ginge nicht an, die Schulen während des Unterrichts zu verschließen oder die auf den Korridoren hängenden Kleidungsstücke fortdauernd überwachen zu lassen. Hiermit spricht der Magistrat ganz allgemein den Grundsatz aus, daß die Stadt nicht dafür hafte, wenn bei Benutzung von deren Einrichtungen den Kindern Sachen abhanden kommen. Ich halte es rechtlich für sehr zweifelhaft, ob der Standpunkt des Magistrates richtig ist. Das will ich aber zunächst zurückstellen, weil dabei ein gewisses soziales Empfinden und die Anerkennung eines nobile officium ausschlaggebend sein dürfte. Wenn eine Gemeinde die Schulkinder zwingt, ihre Mäntel zc. draußen im Korridor unterzubringen und es kommt dann ohne Verschulden des betreffenden Kindes etwas davon abhanden, so ist es nicht mehr als recht und billig, daß die Gemeinde den Schaden ersetzt oder den Eltern doch einigermaßen entgegenkommt, nicht aber, daß sie sagt, wir tun es grundsätzlich nicht.

Den Antrag erhält die Statutenkommission zur Vorberatung.

## XIX. Anfrage Kalms: Beschwerden über die Feuerwehr.

Die Anfrage lautet:

„Ist der Magistrat in der Lage, heute schon Auskunft zu geben über die anlässlich des letzten großen Brandes gegen die städtische Feuerwehr öffentlich erhobenen Anklagen?“

Herr Kalms (zur Begründung): Die Angelegenheit interessiert die ganze Bevölkerung. Der Herr Oberbürgermeister hat bei Beginn der vorigen Versammlung die Mitteilung gemacht, daß er in der nächsten Sitzung in der Lage sein würde, uns Aufklärung über den Sachverhalt zu geben. Es liegt im Interesse der ganzen Stadt und auch im Interesse der Feuerwehr, daß eine authentische Erklärung hier abgegeben werde; denn wenn die Sache tadellos verlaufen sein sollte, so kann die Bevölkerung daraus entnehmen, daß sie im Falle von Brandgefahr beruhigt sein darf.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich erinnere mich nicht, erklärt zu haben, daß ich in der nächsten Sitzung Auskunft erteilen wollte, sondern ich habe nur erklärt, daß der Magistrat Erhebungen veranlaßt hätte. Diese Erhebungen sind noch nicht zum Abschluß gebracht worden, sondern es muß noch eine Frage beantwortet werden. Der Magistrat hält es für richtig, der Versammlung das gesamte Material zu unterbreiten, damit es in einer Kommission vorberaten werden kann.

## XX. Anfrage Jasper: Mißstände auf dem Ostbahnhofe.

Die Anfrage lautet:

„Ist dem Magistrate bekannt, welche Mißstände sich auf dem Ostbahnhofe beim Halten der Auswandererzüge dadurch herausgebildet haben, daß für die Reisenden keine ausreichenden Bedürfnisanstalten zur Verfügung stehen und die Reisenden infolgedessen ihre Notdurft im Freien und vor den Augen der Anwohner der benachbarten Straßen verrichten müssen? Was gedenkt der Magistrat zu tun, um diese Mißstände zu beseitigen?“

Herr Jasper (zur Begründung): Vor einiger Zeit hat der „Volksfreund“ darauf hingewiesen, daß auf dem Gebiete des Ostbahnhofes sich Mißstände insofern herausgestellt haben, als die Insassen der dort regelmäßig verkehrenden Züge von Auswanderern und Sachsengängern ihre Bedürfnisse nicht in geschlossenen Räumen befriedigen könnten. Die Anlieger der Straßen würden dadurch erheblich belästigt, daß Männlein und Weiblein in Gottes freier Natur sich ihrer Bedürfnisse entledigten vor den Augen der zahlreichen Passanten und Bewohner der angrenzenden Straßen. Vor einigen Tagen wurde dann in der Landeszeitung berichtet, es sei

inzwischen seitens der Herzoglichen Polizeidirektion den Verhältnissen Rechnung getragen und eine Bedürfnisanstalt an der betr. Stelle errichtet, so daß es dort jetzt anders sein würde. Ich habe mich aber gestern und heute belehren lassen müssen, daß die oben geschilderten unhaltbaren Zustände noch fort dauern. Was zunächst die auf dem Ostbahnhofe errichtete Retirade anbetrifft, so ist sie gut auf einem Bilde getroffen, das ich herumreichen werde. Die Anstalt ist jedenfalls mehr als primitiv und für die große Zahl derjenigen, die die kurze Pause benutzen müssen, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen, nicht ausreichend. Also das alte Schauspiel setzt sich täglich mehr als einmal fort. Ein solcher Zustand ist aber nicht zu billigen und zwar sowohl in sittlicher, als auch in hygienischer Beziehung. Wenn die Fäkalien an jener Stelle dauernd lagern, so muß das für die Umgebung von großem Nachtheile sein. Da der Unwille in den angrenzenden Straßen über diese Zustände sehr groß ist und die Herzogliche Polizeidirektion anscheinend nicht den nötigen Nachdruck hinter ihre Anordnungen setzt, so möchte ich den Magistrat befragen, ob er nicht darauf hinwirken kann, diese unleidlichen Zustände zu beseitigen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Wenn Herr Jasper fragt, ob die von ihm geschilderten Zustände auf dem Ostbahnhofe dem Magistrate bekannt seien, so muß ich die Frage verneinen. Ich habe die Zeitungsnotiz wohl gelesen, jedoch gehört diese Angelegenheit nicht zur Kompetenz des Magistrates, sondern der Herzoglichen Polizeidirektion. Sodann hat Herr Jasper gefragt, ob der Magistrat in der Lage wäre, die Mißstände zu beseitigen. Diese Frage wage ich nicht ohne weiteres zu beantworten. Es kann sich dort möglicherweise um einen Mißstand handeln, bei dem sich der Magistrat veranlaßt sehen kann, insofern einzugreifen, als er die Herzogliche Polizeidirektion ersucht, Abhilfe zu schaffen. Jedenfalls glaube ich, daß die Begründung der Anfrage genügen wird, um die zuständige Behörde auf die Mißstände aufmerksam zu machen, und ich zweifle nicht, daß ihnen dann abgeholfen wird.

Hierauf wird die Versammlung geschlossen.

Dauer von 4 bis gegen 7<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr.

1907/1908.Nr. 4.

# B e r i c h t

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 27. Juni 1907.

### Tagesordnung:

|                                                                                                 |           |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| I. Geschäftsordnungs-Debatte. . . . .                                                           | Seite 102 |
| II. Antrag M ö h l e: Besserung der Fußwegverhältnisse auf dem Leonhardplatze . . . . .         | " 105     |
| III. Einrichtung neuer Klassen bei der Oberrealschule. . . . .                                  | " 105     |
| IV. Errichtung eines zweiten Treppenhauses in der Oberrealschule. . . . .                       | " 106     |
| V. Aufstellung eines Wasserzapfhahnes im Bürgerpark . . . . .                                   | " 107     |
| VI. Antrag J a s p e r: Ersatzleistung für den Schulkindern abhanden gekommene Sachen . . . . . | " 107     |
| VII. Bedürfnisanstalt an der Juliusstraße . . . . .                                             | " 112     |
| VIII. Uebernahme von Verpflichtungen bei Verlegung des Gashauptrohres. . . . .                  | " 112     |
| IX. Bericht über das Schadensfeuer auf dem Gerekeischen Grundstück. . . . .                     | " 112     |
| X. Mittel für bevorstehende Einzugsfestlichkeiten . . . . .                                     | " 122     |
| XI. Instandsetzung eines Teiles der Eckernstraße . . . . .                                      | " 128     |
| XII. Anschluß eines auswärtigen Grundstücks an den Straßenkanal etc. . . . .                    | " 128     |
| XIII. Fußweganlage über den Andreas-Kirchplatz . . . . .                                        | " 128     |
| XIV. Statut über den Schlachthausbetrieb . . . . .                                              | " 129     |
| XV. Instandsetzung der Langenstraße . . . . .                                                   | " 129     |
| XVI. Erweiterung der Straßenbeleuchtung . . . . .                                               | " 130     |
| XVII. Instandsetzung der Alten Wage . . . . .                                                   | " 130     |

|        |                                                                         |           |
|--------|-------------------------------------------------------------------------|-----------|
| XVIII. | Plattenbelag an der Husarenstraße . . . . .                             | Seite 131 |
| XIX.   | Errichtung einer neuen Desinfektionsanstalt . . . . .                   | " 132     |
| XX.    | Abänderung der Vereinbarungen mit dem elektrischen Lichtwerke . . . . . | " 133     |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte von Frankenberg und Seele.

Entschuldigt die Herren Akenhausen, Bluth, Frühling, Böcke und Böhnefinke.

Den Vorsitz führt Herr Hauswaldt.

### I. Geschäftsordnungs-Debatte.

Vorsitzender: Ehe wir in die eigentliche Tagesordnung eintreten, habe ich hier eine peinliche Angelegenheit zur Sprache zu bringen. Sie werden sich erinnern, daß unserer letzten öffentlichen Sitzung am 23. Mai eine vertrauliche folgte, die vom Magistrate beantragt und von mir als solche gekennzeichnet worden war. In dieser Sitzung sind verschiedene Personalien und auch die Quote beschlossen worden, welche die Stadt zu den Kosten bei den Einzugsfeierlichkeiten tragen sollte. Zu meinem großen Erstaunen habe ich zwei Tage darauf in einer hiesigen Zeitung und zwar in dem hiesigen Volksfreunde in der Nr. 119 vom 25. Mai 1907 eine ausführliche Mitteilung über diese vertrauliche Sitzung gefunden. Ich will davon absehen, daß der Bericht selbstverständlich nicht genau ist, daß er tendenziös gefärbt ist; ich will davon absehen, daß der Bericht zum Anlaß genommen ist, die betreffenden Mitglieder der Versammlung, welche für die Bewilligung von Kosten für die Ausschmückung der Stadt gesprochen haben, stark zu kritisieren, bezw. sie lächerlich zu machen, sondern ich will mich allein an die Tatsache halten, daß ein Mitglied der Versammlung seine Stellung als Stadtverordneter dazu gemißbraucht hat, die in der vertraulichen Sitzung zur Sprache gekommenen Sachen aufzuschreiben, um sie einem öffentlichen Blatte zugänglich zu machen. Es heißt in der betreffenden Nummer des Volksfreundes:

„In der vertraulichen Sitzung der Stadtverordneten wurde der Anstellung des seit 1900 im Dienste der Stadt befindlichen Aushilfschreibers Schrader zum Stadtdiener zugestimmt, ebenso zc. zc. . . . Dem Magistrate wurden auf seinen Antrag trotz der ewigen Finanzklemme 5000 M zur Ausschmückung der Stadt für den Einzug des neuen Regenten gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und mit der Maßgabe bewilligt, daß er diese Summe ruhig überschreiten könne. Die bürgerlichen Stadtverordneten — und das ist bezeichnend — suchten sich in der

Bewilligungslust geradezu zu überbieten. Der Reihe nach sprechen sie dafür, daß die vom Magistrate verlangte Summe zu gering sei. . . .“

Und nun werden die drei Herren, die dafür gesprochen haben, kritisch beleuchtet.

Meine Herren, ich stehe nicht an, hier zu erklären, daß dieses Vorgehen eines Stadtverordneten nach meiner Auffassung eine grobe Pflichtverletzung und ein grober Vertrauensbruch ist. Die Sache ist für mich so schwerwiegend, daß ich geglaubt habe, sie nicht allein behandeln zu sollen. Da wir das Institut eines Seniorenkonvents oder eines Ehrengerichts nicht besitzen, so habe ich die Vorsitzenden der vier großen Kommissionen eingeladen, um mit mir die Sache zu besprechen. Diese Herren sind genau meiner Ansicht gewesen.

Meine Herren! Was soll daraus werden, wenn ein Stadtverordneter in den vertraulichen Sitzungen Aufzeichnungen macht und sie hinterher veröffentlicht und dabei die Redner, die im vollen Vertrauen auf die Vertraulichkeit der Sitzung sich offen ausgesprochen haben, angreift. Das ist in keiner parlamentarischen Körperschaft möglich. Man mag über die „vertraulichen“ Sitzungen denken, wie man will, man mag sie einschränken wollen, oder man mag sie ganz aufheben, sind sie aber einmal „vertraulich“, so ist es die verfluchte Pflicht und Schuldigkeit eines jeden Mitgliedes der Versammlung, über deren Verhandlungen zu schweigen. So ist es auch bisher gehalten worden, wenn es auch wohl üblich gewesen ist, den Blättern die gefaßten Beschlüsse mitzuteilen, wogegen bislang niemand etwas einzuwenden gehabt hat.

Die Sache liegt nun so: Ihrem Vorsitzenden steht nur ein ganz beschränktes Disziplinarrecht während der Sitzung zu, der Vorsitzende ist deshalb nicht in der Lage, derartige Sachen ahnden zu können, aber die Versammlung besitzt die Möglichkeit, das zu tun, denn im § 42 der Städteordnung heißt es:

„Ausschluß wegen Unwürdigkeit. Wegen unwürdigen Verhaltens kann ein Mitglied der Stadtverordneten-Versammlung durch Beschluß derselben ausgeschlossen werden. Es findet dagegen binnen 14 Tagen eine Beschwerde an die vereinigte Versammlung des Stadtmagistrates und der Stadtverordneten statt, bei deren Entscheidung es unter Ausschluß des Rechtsweges bewendet. Ein wegen unwürdigen Verhaltens ausgeschlossenes Mitglied verliert für die Zeit, in welcher es der Stadtverordneten-Versammlung noch angehört haben würde, mindestens aber für die Zeit von zwei Jahren die Wählbarkeit.“

Meine Herren! Ich würde keinen Augenblick anstehen — und die vier Herren sind ebenfalls meiner Ansicht — einen derartigen Antrag zu stellen, wenn solche Sachen sich wiederholen sollten. Da dies während meiner Amtsdauer als Vorsitzender jetzt zum ersten Male hier vorgekommen ist, so möchte ich für das Mal den § 42 darauf noch nicht angewendet wissen, denn es handelt sich bei solcher

Ausschließung um eine sehr weit eingreifende Sache und es könnte auch versucht werden, den Glauben zu erwecken, daß zu dem Beschlusse Gründe anderer Art geführt haben. Ich bitte indessen um Ihre Zustimmung dazu, daß wir erklären, ein derartiges Vorgehen ist unter allen Umständen eine Pflichtverletzung und ein Vertrauensbruch und wir sind nicht gewillt, uns derartiges gefallen zu lassen. (Zustimmung.) Ferner bitte ich, sich damit einverstanden zu erklären, daß wir bei der Wiederholung solcher Vorkommnisse, gleichviel ob aus einer vertraulichen Kommissionsitzung oder aus einer vertraulichen Sitzung der Stadtverordneten Verhandlungen durch Indiskretion in die Öffentlichkeit kommen, auf Grund des § 42 der Städteordnung dagegen entschieden Front machen (Zustimmung), da eine derartige Handlung unsere ganze Arbeitsleistung in Frage stellt. Ich hoffe, Sie sind mit meinen Ausführungen, die ich zugleich im Namen der vier Herren gemacht habe, einverstanden, und wenn nicht jemand aus der Versammlung dazu das Wort zu nehmen wünscht, so können wir in die eigentliche Tagesordnung eintreten.

Herr Jasper: Ich würde mit den Ausführungen einverstanden sein, wenn ich nicht eine gewisse Unparteilichkeit des Herrn Vorsitzenden dabei vermissen müßte. Bei voller Unparteilichkeit hätte er nämlich auch berichten müssen, daß am nächsten Morgen in der Braunschweigischen Landeszeitung ein ähnlicher Bericht gestanden hat. Wenn er sich deshalb darüber aufregt, daß der Bericht gerade im Volksfreunde gestanden hat, so dürfte die Unparteilichkeit doch anzuzweifeln sein. Der Tadel wäre also nur dann angebracht gewesen, wenn er auf die sämtlichen Zeitungsberichte ausgedehnt gewesen wäre; ich bitte daher, einen solchen Beschluß heute nicht zu fassen, sondern den Antrag zunächst einer Kommission zur Vorberatung zu überweisen.

Vorsitzender: Es läßt mich vollständig kühl, daß der Herr Stadtverordnete Jasper meine Unparteilichkeit angezweifelt hat. Ich habe die anderen Zeitungen selbstverständlich darauf auch durchgesehen und nichts Tadelnswertes darin gefunden. Der Bericht der Landeszeitung hat z. B. folgenden Wortlaut:

„Ueber die Vorbereitungen für den Einzug des neuen Regenten äußerte Oberbürgermeister Ketemeyer in der gestrigen vertraulichen Sitzung der Stadtverordneten, daß, wie wir bereits gemeldet haben, die Wahl des Regenten Dienstag erfolgen werde, daß aber der Tag des Einzugs und das Programm für den Einzug noch nicht festständen. Ferner teilte der Oberbürgermeister mit, daß der Magistrat auf eine würdige Ausschmückung der Stadt Bedacht nehmen werde. Nachdem wegen der aufzuwendenden Mittel verschiedene Vorschläge gemacht worden waren, wurde beschlossen, daß die erforderlichen Kosten einer würdigen Ausschmückung bewilligt werden sollen.“

Es handelt sich hier um ein einfaches Referat, das ohne jede Kenntnis der in der vertraulichen Sitzung vorgekommenen Verhandlungen nur kurz einen gefassten Beschluß registriert und das den Wortlaut oder auch nur den Sinn der gehaltenen Reden nicht wiedergibt. Wenn sich niemand weiter zum Worte meldet, nehme ich an, daß die geehrte Versammlung mit meinen Ausführungen einverstanden ist.

## II. Antrag Möhle: Besserung der Fußwegverhältnisse auf dem Leonhardplatz.

Der in der letzten Sitzung — Seite 97 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag ging dahin, den Fußweg des nördlichen Teiles des Leonhardplatzes in einen besseren, der Lage des Platzes entsprechenden Zustand zu versetzen. Bei der Beratung des Antrages in der Baukommission wurden, wie Herr Riefe berichtet, noch verschiedene Vorschläge auf Besserung jener Verhältnisse gemacht, z. B. ist vorgeschlagen worden, durch einen Drahtzaun eine Abperrung des Weges vorzunehmen, damit man nicht ohne weiteres über die Rasenfläche gehen könne. Es wurde indessen hiervon wieder abgeraten, weil der Platz vorwiegend zu Spielzwecken benutzt werde und auch bei Dunkelheit die Gefahr vorliege, daß jemand zu Falle komme. Die Baukommission einigte sich deshalb dahin, den Antrag in dieser Form abzulehnen, jedoch den Magistrat zu ersuchen, den betreffenden Teil des Platzes baldmöglichst in einen ordnungsmäßigen Zustand zu versetzen, worauf Herr Möhle seinen Antrag zurückzog.

Die Versammlung erklärt sich mit dem Antrage der Baukommission einverstanden.

## III. Einrichtung neuer Klassen bei der Oberrealschule.

Der Schulvorstand der Oberrealschule hat empfohlen, zu Ostern 1908 bei der genannten Schule eine vierte Quinta und eine vierte Sexta (D-Klassen) einzurichten. Diese Erweiterung der Schule würde abgesehen von der Honorierung von etwa 20 Ueberstunden die Annahme eines wissenschaftlich gebildeten und eines seminaristisch gebildeten Lehrers, der im Turnen, Rechnen und in der Naturkunde zu unterrichten haben würde, bedingen. Die für die Einrichtung der neuen Klassen angeführten Gründe muß der Magistrat als zutreffend anerkennen, zumal die etwaige Zurückweisung von zur Aufnahme geeigneten Stadtkindern einen höchst unliebsamen Eindruck machen müßte, da in dem neuen Schulgebäude an der Ritterstraße genügend Klassenräume zur Verfügung stehen. Außerdem ist zu beachten, daß von Anfang an die Absicht bestanden hat, die künftige Realschule, deren erste Klassenreihe Ostern 1908 in vollem Umfange vorhanden sein wird, als Doppelschule mit 12 Klassen aufzubauen und daß daher die Einrichtung der D-Klassen nur insofern auffallen kann, als sie wider Erwarten früh erfolgt. Jedenfalls beweist



diese Erscheinung, daß die Schule sich allgemeiner Beliebtheit erfreut, und es wäre daher nicht unbedenklich, wollte man den Zuzug künstlich einschränken. Zu finanziellen Bedenken gibt die geplante Erweiterung um deswillen keinen Anlaß, weil die Generalunkosten teils überhaupt nicht und teils nur unbedeutend durch die Vermehrung der Klassenzahl beeinflusst werden, während die Mehrkosten für Befoldung der Lehrer durch das aufkommende Schulgeld, wenn nicht sofort, so doch sehr bald reichlich werden gedeckt werden.

Hiernach wird beantragt, der Einrichtung einer Sexta und Quinta D bei der Oberrealschule zu Ostern 1908 und schon jetzt dem Ausbau der zweiten Klassenreihe dieser Schule je nach Bedarf zuzustimmen.

Herr Möhle: Wenn die Vorlage auch eine gewisse Belastung für die Stadt in finanzieller Beziehung mit sich bringt, die nicht so früh erwartet worden ist, die aber durch die Einnahme an Schulgeld zum guten Teile wieder wettgemacht werden wird, so müssen wir auf der anderen Seite doch eine gewisse Genugtuung darin erblicken, daß durch den starken Zuzug von Schülern ein Beweis für das gute Renommee und die große Beliebtheit der Schule geliefert wird. Damit ist naturgemäß eine gewisse Pflicht und Fürsorge der Stadtverwaltung für die Schule verbunden, und es muß verhütet werden, daß befähigte Stadtkinder in Zukunft noch von der Schule zurückgewiesen werden. Auf diesen Standpunkt hat sich die Schulkommission gestellt und empfiehlt die Genehmigung der Magistratsvorlage.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

#### IV. Errichtung eines zweiten Treppenhauses in der Oberrealschule.

Unter Vorlegung eines neuen Projektes nebst Kostenanschlag zur Errichtung eines zweiten Treppenhauses für das Hauptgebäude der Oberrealschule führt die städtische Bauverwaltung folgendes aus: Nach den im Schulvorstande der Oberrealschule stattgehabten Verhandlungen sollte das Treppenhaus nicht nur von der im zweiten Obergeschoße des Schulhauses gelegenen Aula, sondern auch vom ersten Obergeschoße aus zugänglich sein. Demgemäß mußte der für den Zweck an der Südseite des östlichen Gebäudetrügels herzurichtende Anbau bezw. die in diesem unterzubringende Treppe derartig gestaltet werden, daß in Höhe des ersten Obergeschoßes ein Podest zu liegen kommt, das von dem als Zugang zum Schulhause zu benutzenden jetzigen zweiten Lehrerzimmer aus bequem zu erreichen ist. Die Stufen der Treppe sind aus Beton mit Eiseneinlage und Granitdecke vorgesehen. Während nach den früheren Berechnungen ein Kostenbetrag von 10800 M angenommen war, erhöht sich die Summe jetzt auf 13750 M. Diese Erhöhung ist einerseits durch die erforderlich gewordene Aenderung des früheren Planes, andererseits durch die inzwischen eingetretene Erhöhung der Arbeiterlöhne und die Steige-

rung der Preise für Materialien hervorgerufen, auch sind die Abmessungen des Treppenhausanbaues gegen früher um etwa ein Viertel größer geworden.

Der Magistrat kann zwar die Begründung der Kostenerrhöhung für einwandfrei nicht erachten, gibt aber, da die Errichtung des Anbaues erforderlich ist, anheim, der Ausführung des vorgelegten Projektes unter Verwilligung von 13 750 M. zuzustimmen.

Herr Lübke: In der Baukommission hat sich eine lebhafte Erörterung an die Behandlung der Vorlage geknüpft. Dabei wurde besonders bemängelt, daß reichlich viel Fenster angebracht werden sollen und auch die Architektur überladen erscheine. Wir haben uns aber dennoch schlüssig gemacht, der Verwilligung der geforderten Summe zuzustimmen, jedoch mit der Bedingung, daß die äußere Architektur mehr in dem einfachen Sinne der ersten Vorlage ausgeführt werden möchte. Das Projekt aus diesem Grunde noch einmal zurückzuweisen, war nicht angängig, weil mit dem Bau des Treppenhauses in den bevorstehenden Sommerferien begonnen werden soll und es wünschenswert erscheint, daß der Rohbau während der Ferien fertiggestellt wird.

Die Vorlage wird darauf dem Kommissionsvorschlage gemäß genehmigt.

#### V. Aufstellung eines Wasserzaphahnes im Bürgerparke.

Die Parkdeputation hat auf eine Anregung aus der Stadtverordneten-Versammlung die Aufstellung eines Wasserzaphahnes im Bürgerparke auf dem westlich der Klärbassin des alten Wasserwerks gelegenen Kinderspielplatz beantragt. An Kosten werden hierdurch und durch die Wasserzuführung sowie die Entwässerungsanlage rund 360 M. entstehen. Dem Antrage auf Genehmigung der Anlage und Bewilligung der Kosten

entspricht die Versammlung, nachdem Herr Koch die Vorlage namens der Baukommission befürwortet hatte.

#### VI. Antrag Jasper: Ersatzleistung für den Schulkindern abhanden gekommene Sachen.

Der in der Sitzung vom 23. Mai d. J. — Seite 98 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, in allen Fällen, in denen Schulkindern der städtischen Schulen bei Benutzung von deren Einrichtungen Sachen ohne Verschulden der Kinder abhanden kommen oder beschädigt werden, Schadenersatz zu gewähren.“

Namens der Statutenkommission berichtet über die Vorlage Herr Weichsel: Der Antrag wirft die höchst interessante Rechtsfrage auf, inwieweit die Gemeinde dafür haftbar gemacht werden soll, wenn den Kindern in der Schule Sachen abhanden kommen. Der Herr Antragsteller ist bei seinem Antrage von einem

praktischen Falle ausgegangen, in dem einem Kinde in der Schule ein Garderobestück abhanden gekommen ist, und er hat seinen Antrag auf Rechtsgründe und auf Billigkeitsgründe gestützt.

Zunächst würden die Rechtsgründe des Antrages zu prüfen sein, indem man fragte: wie wäre es möglich, aus solchem Falle eine außervertragliche oder eine vertragliche Haftung zu konstatieren? Beides ist aber in keinem Falle anzunehmen. Eine außervertragliche Haftung würde vorliegen, wenn von der Stadt die erforderliche Sorgfalt bei der Aufbewahrung der Kleidungsstücke verlegt wurde; eine vertragliche, wenn die Stadt dadurch einen Verwahrungsvertrag eingegangen wäre, daß sie den Schulkindern für ihre Garderobe bestimmte Plätze anweist. Das ist aber auch nicht anzunehmen. Wenn die Stadt den Kindern gewisse Räumlichkeiten zur Aufbewahrung der Garderobe zur Verfügung stellt, so übernimmt sie damit nicht zugleich die Pflicht der Verwahrung, sondern sie stellt eben nur die Räumlichkeiten zur Verfügung. In diesem Sinne sind auch bereits höchstrichterliche Entscheidungen ergangen.

Es fragt sich weiter, ob dem Antrage etwa aus Billigkeitsgründen zuzustimmen wäre. Dabei ist zuzugeben, daß die Kinder in einer schlechten Lage sind insofern, als sie ihre Sachen nicht selbst bewachen können, indem sie die Garderobenstücke nicht mit in die Klasse bringen dürfen. Während es auf der einen Seite den Kindern, bezw. deren Eltern unangenehm sein muß, wenn ihnen Kleidungsstücke fortkommen, so wäre es aber auf der anderen Seite bedenklich, generell eine Verpflichtung der Stadt auszusprechen dahingehend, daß sie Ersatz für solche Verluste zu leisten haben soll. Vom idealen Standpunkte aus klingt das sehr schön, aber praktisch ist es undurchführbar, weil die Stadt in jedem Falle des Abhandenkommens von Kleidungsstücken immer erst in eine Prüfung der Frage eintreten müßte, ob die Sachen auch wirklich in der Schule verloren sind und ob die Stadt auch ein Verschulden dabei trifft oder nicht. Dabei kommt auch noch in Frage, ob die Beweislast die Stadt oder die Kinder trifft. Im ersteren Falle ist der Lehrer auf die Angaben der Kinder angewiesen und die Stadt würde dann sehr oft Schadenersatz leisten müssen, ohne daß sie eine Schuld träge. Man muß dabei berücksichtigen, daß die Angaben der Kinder sehr unzuverlässig sind und daß oft Diebstähle von Sachen angemeldet werden, die sich hinterher irgendwo wiederfinden. Außerdem würde ein solches Verfahren dazu verleiten, auch unrichtige Angaben zu machen, und die Stadt würde nicht in der Lage sein, die Sachen nachzuprüfen. Es kommt noch hinzu, daß nicht nur Entwendungen vorkommen würden von Leuten, die in die Schulgebäude eingedrungen sind, sondern auch Diebstähle, die von einem anderen Kinde ausgeführt worden sind.

Aus allen diesen Gründen glaubt die Statutenkommission, daß es auch aus Billigkeitsgründen unrichtig wäre, dem Antrage zuzustimmen wohl aber ist die

Kommission der Ansicht, daß, wenn in solchen Fällen die Eltern von Kindern sich mit der Bitte an den Magistrat wenden, ihnen in Anbetracht des Geschehenen eine Unterstützung zuteil werden zu lassen, wir den Magistrat ersuchen wollen, in solchen Fällen bei Bedürftigkeit der Betroffenen möglichst eine Unterstützung zu gewähren. Zu mehr hat sich die Statutenkommission nicht entschließen können, sie gibt vielmehr anheim, dieses Ersuchen an den Magistrat zu richten.

Herr Jasper: Ich kann mich mit dem Ergebnis der Beratung der Statutenkommission nicht befriedigt erklären. Die rechtliche Seite der Sache will ich zunächst ganz dahingestellt sein lassen. Wenn ich der Ueberzeugung wäre, daß es rechtlich schon jetzt einwandfrei klar wäre, daß die Stadt einen derartigen Schadensersatz gewähren müßte, so würde es eines derartigen Antrages nicht bedurft haben, sondern ich würde die betreffenden Eltern veranlaßt haben, gegen die Stadt zu klagen. Nicht unwidersprochen will ich aber lassen, daß die Zahl der in dieser Frage ergangenen höchststrichterlichen Entscheidungen sehr groß sein soll. Wir hatten nämlich nur eine Entscheidung gefunden und diese unterschied sich insofern von der hier vorliegenden Frage, als es sich um eine höhere Schule handelte, ein Unterschied, auf den die Entscheidung selbst hinweist und der deshalb rechtlich von Belang ist, weil das in einer höheren Schule zu zahlende Schulgeld an sich ein höheres Äquivalent biete dafür, daß ein Vertragsverhältnis zugrunde liegen könne, während andererseits aber bei einer Schule, die jedes Kind besuchen müsse, ein solches Verhältnis noch mehr hervortrete. Also hiervon will ich absehen und mich lediglich auf den Billigkeitsstandpunkt stellen. Dabei ist für mich ausschlaggebend gewesen der Umstand, daß die Bürgerschaft gesetzlich gezwungen wird, ihre Kinder in die Volksschule zu schicken und daß die Kinder gezwungen werden, ihre Mäntel u. außerhalb der Klassenzimmer aufzuhängen, also aus ihrer unmittelbaren Beobachtung herauszugeben. Dieser Zwang, den die Landesgesetzgebung und die Stadt mittels der Schuldisziplin und zwar mit Recht im Interesse der Hygiene ausübt, führt mich dazu, anzunehmen, daß es nicht mehr als billig ist, für Gegenstände, die in den Korridoren der Schulen abhanden kommen, eine Entschädigung zu gewähren. Der Herr Referent hat auch darauf hingewiesen, daß im Falle der Annahme meines Antrages eine große Zahl lästiger Scherereien für die Stadt entstehen würde, während der Herr Oberbürgermeister in der Kommissionsitzung selbst hat zugeben müssen, daß es sich um eine geringe Anzahl von Fällen solcher Art gehandelt hat und aus seiner Dienstzeit ihm nur drei oder vier Fälle erinnerlich seien. Es wird auch befürchtet, daß eine große Steigerung dieser Zahl stattfinden könne, wenn hier der Grundsatz ausgesprochen würde, Entschädigungen zu leisten und daß die städtischen Behörden nicht in der Lage sein würden, die Fälle auf ihre Richtigkeit zu prüfen und sich gegen Betrug zu schützen. Ich glaube das nicht und ich beantrage auch nur, da Schadensersatz zu gewähren, wo nachgewiesen

ist, daß wirklich Sachen bei Benutzung städtischer Einrichtungen abhanden gekommen sind.

Leider war Herr Kalms in der Kommissionsitzung nicht mehr anwesend, ich würde ihn sonst gefragt haben, ob ihm nicht bekannt geworden sei, daß die städtische Praxis in anderen Fällen auch anders gehandhabt worden sei. Mir ist nämlich mitgeteilt worden, daß gegenüber Herrn Kalms schon einmal so verfahren ist, wie es mein Antrag wünscht. Ich weiß nicht, ob es sich dabei um eine mittlere oder eine höhere Schule gehandelt hat; jedenfalls würde auch der Grundsatz der Billigkeit der gleiche sein müssen. Aus diesen Gründen bitte ich, nicht die Resolution der Statutenkommision, sondern meinen Antrag anzunehmen.

Herr Schöttler: Bei der Beurteilung der Frage gehe ich davon aus, daß ein Rechtsanspruch an die Stadt ausgeschlossen ist; ich vermag das nicht zu beurteilen, aber nach den hier und in der Kommission gehörten Ausführungen setze ich das voraus. Es kann demnach nur noch vom Standpunkte der Billigkeit die Rede sein. Das uns innewohnende Rechtsgefühl — das läßt sich nicht verkennen — kommt zu einem anderen Resultate, als das juristische formale Recht. Ein gewöhnlicher bürgerlicher Verstand kann nicht begreifen, daß man nicht entschädigt werden soll, wenn man gezwungen wird, seine Sache an eine bestimmte Stelle zu legen und man sie dort hinterher nicht wieder vorfindet, obwohl man der Macht vollständig beraubt worden ist, sie zu beobachten. Man sollte deshalb aus Billigkeitsrücksichten solche Entschädigungspflicht a priori zugeben.

Ich muß aber anerkennen, daß Mißbräuche vorkommen. Wie oft ereignet es sich, daß jemand behauptet, er habe einen Ueberzieher, einen Schirm und dergl. an eine bestimmte Stelle gehängt, obwohl das gar nicht wahr ist, sondern der Gegenstand sich an einem ganz anderen Orte vorfindet. Das ist außerordentlich schwierig zu prüfen, weshalb sich die Mehrheit der Kommission auch auf den Standpunkt gestellt hat, es würde zu weit gehen, den Antrag Jasper anzunehmen und es wäre richtiger, sich auf die vorgeschlagene Resolution zu beschränken. Ich wenigstens muß gestehen, ich bin durch die Ausführungen von anderer Seite davon abgebracht, den Antrag Jasper in seiner vorliegenden Form für ganz richtig zu halten, obwohl ich seiner Grundtendenz zustimme und genau dieselbe Empfindung habe wie Herr Jasper, daß es ein direktes Unrecht wäre, in solchen Fällen nicht zu entschädigen. Ich glaube aber, es geht auch auf dem anderen Wege mit einem bißchen guten Willen.

Meine Ausführungen möchte ich indessen nicht schließen, ohne auf den letzten Punkt des Vorredners einzugehen. Er hat ausgeführt, der ihm vorschwebende Fall sei in einer unteren Bürgerschule vorgekommen, er würde aber vielleicht anders behandelt worden sein, wenn er sich in einer mittleren oder höheren Schule ereignet hätte. Ich kann mir ungefähr denken, wodurch der Vorredner auf diesen

höchst eigenartigen Gedanken gekommen ist. Es ist nämlich wirklich einmal an der Oberrealschule der Fall passiert, daß für einen abhanden gekommenen Ueberzieher eine Entschädigung gewährt worden ist. Die Verhältnisse lagen dabei aber auch anders. Es waren damals nämlich eine Reihe von Arbeitern in der Schule tätig gewesen, so daß darunter der ganze Schulbetrieb mehr oder weniger gelitten hatte, und wenn man auch weit davon entfernt ist, von dem Gedanken auszugehen, daß einer dieser Arbeiter den Paletot gestohlen haben müsse, so ist aber doch durch ihre Anwesenheit das Eindringen dritter Personen in die Schulräume wesentlich erleichtert gewesen. Mit Rücksicht hierauf ist damals ausnahmsweise eine Entschädigung gezahlt worden. Sollten diese Ausführungen in einzelnen Punkten nicht ganz zutreffen, so bitte ich den Herrn Oberbürgermeister, mich zu corrigieren. Vor allen Dingen möchte ich auf der Versammlung den Vorwurf nicht sitzen lassen — der Magistrat kann sich seiner Haut selbst wehren — daß wir einen Unterschied machten, je nachdem ob ein solcher Fall in einer höheren oder einer niederen Schule vorkommt. Im Gegenteil, man wird viel leichter geneigt sein, in einer niederen Schule eine Entschädigung zu gewähren, als in einer höheren. Es ist in der Kommission sogar die Rede davon gewesen, daß man einen Antrag auf Entschädigung bei dem Vorkommen eines Diebstahls in einer höheren Schule weniger zu berücksichtigen brauche, als in einer niederen Schule, weil niemand gezwungen sei, eine höhere Schule zu besuchen, ja, man könne sogar erklären, daß in einer höheren Schule nicht entschädigt werde, weil jeder, der seinen Jungen in solche Schule schicke, die damit verbundene Gefahr laufen müsse. In der unteren Bürgerschule, die von jedem Kinde besucht werden muß, fällt dieser Grund fort, weshalb man der Aufsicht war, daß, wenn ein Unterschied gemacht werden müsse, dieser zugunsten unserer minderbemittelten Mitbürger zu machen sei.

Herr Kalm s: Ich möchte Herrn Jasper erwidern, daß meinem Sohne allerdings vor einigen Jahren in der mittleren Bürgerschule ein Mantel fortgenommen ist, daß meines Wissens aber niemals eine Entschädigung dafür beantragt oder gezahlt worden ist. Jedenfalls möchte ich bei dieser Gelegenheit anregen, darauf Bedacht zu nehmen, daß die Aufsicht in den Schulgebäuden erhöht und die Bedellenwohnung bei neuen Gebäuden mehr in die Nähe des Schuleinganges gelegt wird. Meist wohnen die Bedellen nach hinten hinaus und können von der Wohnung aus die Kommenden und Gehenden nicht übersehen. Im übrigen stehe ich auf dem Standpunkte der Kommission.

Herr Bähr: Ich möchte Herrn Kalm s erwidern, daß eine genauere Aufsicht, als sie in den Schulen bereits gehandhabt wird, sich nicht durchführen läßt. Der Schuldiener ist nicht imstande, eine fortwährende Beaufsichtigung der Korridore durchzuführen und eine Verlegung der Bedellenwohnung scheint mir auch ausgeschlossen zu sein. In der betreffenden Schule ist eine Uebersicht über die

Korridore unmöglich, außerdem ist der Diebstahl erfolgt während der Einschließung der neuen Kinder, also an einem Tage, als dort ein starker Verkehr fremder Personen herrschte. Sonst ist aber in den hiesigen Bürgerschulen die Bestimmung getroffen, daß die Lehrer für Angehörige der Kinder nur in den Pausen zu sprechen sind, und daß die Schuldiener während der Unterrichtszeit Personen, die sich nicht genügend ausweisen können, aus dem Schulgebäude hinauszunweisen haben.

Die Resolution der Statutenkommission wird darauf unter Ablehnung des Antrages fassbar angenommen.

## VII. Bedürfnisanstalt an der Juliusstraße.

Entsprechend der in der Sitzung vom 3. Januar d. Jrs. gegebenen Anregung ersucht der Magistrat, der Errichtung einer Bedürfnisanstalt auf dem als Spielplatz für kleinere Kinder hergerichteten vormals Stellfeldtschen Garten an der Juliusstraße zuzustimmen und die zu 5800 M. veranschlagten Kosten zu bewilligen.

Namens der Baukommission empfiehlt Herr Fricke die Genehmigung der Vorlage.

Herr Sander: Ich nehme an, daß die Benutzung der Anstalt freigegeben werden soll.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Darüber haben wir uns noch nicht schlüssig gemacht. Wir haben ja auch sonst nicht die sämtlichen Räume der Bedürfnisanstalten freigegeben. Jedenfalls würden wir uns hierüber später noch schlüssig zu machen haben.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

## VIII. Uebernahme von Verpflichtungen bei Verlegung des Gashauptrohres.

Die Herzogliche Baudirektion hat die Verlegung des zur Erweiterung des städtischen Gaswerkes an der Taubenstraße erforderlichen Gashauptrohres über den Fallerslebertorwall von der Fallersleberstraße bis zum Wendentorwall unter gewissen Bedingungen genehmigt. Dem Antrage des Magistrates, der stadtseitigen Uebernahme der auferlegten Verpflichtungen zuzustimmen,

entspricht die Versammlung auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Lübbe berichtet.

## IX. Bericht über das Schadenfeuer auf dem Gereckeschen Grundstücke.

Unter Uebersendung der Verhandlungen, die aus Anlaß der Beschwerden ergangen sind, welche gegen die städtischen Feuerlöscheinrichtungen gelegentlich des Gereckeschen Schadenfeuers erhoben worden sind, bemerkt der Magistrat folgendes:

„Durch die von uns bezw. durch die Feuerlöschdeputation vorgenommenen Erhebungen sind die einzelnen Beschwerdepunkte so weit geklärt, daß es nicht erforderlich sein wird, auf die Einzelheiten näher einzugehen. Wir haben die Ueberzeugung gewonnen, daß bezüglich der Organisation der Feuerlöscheinrichtungen und bezüglich der Wasserlieferung solche Mängel, die den städtischen Behörden Anlaß zum Eingreifen bieten müßten, nicht zutage getreten sind. Der überaus große Umfang des Gereckeschen Holzlagers in Verbindung mit dem Umstande, daß die Berufsfeuerwehr verhältnismäßig spät benachrichtigt und daß überdies das ausgebrochene Schadenfeuer durch einen heftigen Wind angefacht und weitergetrieben wurde, sind die Ursache gewesen, daß durch den fraglichen Brand ein sehr erheblicher Vermögensschaden entstanden ist. Wir erkennen an, daß infolge eines bedauerlichen Versehens des Heizers der Dampfspritze I diese ohne den erforderlichen Dampf auf der Brandstätte ankam und daß dann die Dampferzeugung infolge der Aufregung der Bedienungsmannschaften auch noch in unliebsamer Weise verzögert wurde. Ob aber, wenn diese unglücklichen Zufälle, denen sich auch die beste Feuerwehr nicht entziehen kann, nicht eingetreten wären, der Brandschaden in nennenswertem Umfange hätte eingeschränkt werden können, erscheint uns im höchsten Grade zweifelhaft.

Daß der Wasserdruck ein ungenügender gewesen sei, können wir nicht zugeben, und ebensowenig wird man behaupten können, daß die Dampfspritze I früher funktioniert haben würde, wenn sie nicht in der fraglichen Nacht zum Wasserpumpen in der Neustadtmühle benutzt worden wäre. Wir billigen aber gleichwohl die von der Feuerlöschdeputation getroffene Anordnung, daß gleichartige Verwendungen der Dampfspritzen künftig unterbleiben und ebenso die fernere Anordnung, daß die Mannschaften der Berufsfeuerwehr mit der Wache telephonisch verbunden werden, damit bei umfangreichen Schadenfeuern auch die dienstfreien Mannschaften ohne Verzug herbeigerufen werden können. Zu weiteren Maßnahmen liegt unseres Erachtens kein Grund vor.“

Namens der Baukommission berichtet über die Vorlage Herr Wolters: Am dem Morgen des Brandes sind auf der Brandstelle Herrn Oberbürgermeister Ketemeyer gegenüber Beschwerden über einige Vorgänge, die sich dort gezeigt haben sollen, vorgebracht worden, die eine strenge Untersuchung veranlaßt haben. Die Beschwerden gipfelten darin, daß die zweite Dampfspritze erst etwa nach einer Stunde auf der Brandstätte eingetroffen sei, weil sie aus Anlaß eines Turbinen-einbaues bei der Neustadtmühle zum Schlamm-pumpen benutzt wäre. Außerdem war noch bemängelt worden, daß der Wasserdruck und die Wasserlieferung ungenügend gewesen seien und es notwendig erscheine, größere Wasserrohre zu legen; endlich war noch die Notwendigkeit betont worden, die Berufsfeuerwehr zu verstärken und auf Zuführung jüngerer Kräfte in die Reihen der freiwilligen Feuerwehren Bedacht zu nehmen. In einem Schreiben vom 25. April hat Herr Geh. Hofrat



Prof. Lüdcke den Magistrat ersucht, die aus Anlaß der vorgebrachten Beschwerden eingeführte strenge Untersuchung nicht auf die Vernehmung der in Betracht kommenden städtischen Angestellten zu beschränken, sondern auch eine Reihe anderer Personen zu befragen. Dabei hat Professor Lüdcke hervorgehoben, die Berufsfeuerwehr habe ihr Möglichstes geleistet, sie würde aber mehr leisten können, wenn die zweite Dampfpriße, die nicht  $\frac{1}{4}$ , sondern  $\frac{3}{4}$  Stunden nicht leistungsfähig gewesen sei, nicht zu anderen Zwecken würde benutzt worden sein.

Was zunächst den Verlauf des Feuers und die Tätigkeit der Berufsfeuerwehr betrifft, so ist mit Sicherheit anzunehmen, daß der Brand am 25. April schon morgens vor 4 Uhr ausgebrochen ist. Als der erste Zug der Feuerwehr um 4<sup>35</sup> Uhr auf der Brandstelle eintraf, waren die Baulichkeiten schon vollständig in ein Flammenmeer gehüllt. Morgens 4<sup>25</sup> Uhr ist die erste Meldung des Feuers auf der Hauptwache eingelaufen, kurz darauf noch einige andere. 4<sup>30</sup> ist die Feuermeldelinie Bültengeweg zerstört. Die Meldung des Herrn Gerecke, der nach 4<sup>30</sup> den Feuermelder zog, ist auf der Hauptwache nicht mehr angekommen. Eine Minute später, also 4<sup>27</sup> Uhr ist der erste Zug der Feuerwehr ausgerückt, bestehend aus Dampfpriße II, Gaspriße und Drehleiter. Die Entfernung bis zur Brandstelle betrug 2500 m, die Fahrzeit 8 Minuten 20 Sekunden. Instruktionsgemäß hat nur eine Dampfpriße auszurücken, während die andere des Befehls gewärtig bleiben muß, ob sie ausrücken soll. Zu dieser Zeit befand sich der Kreisbranddirektor Lehmann mit dem Ingenieur Bonitz, dem Stellvertreter des Wasserwerksdirektors, in der Neustadtmühle, woselbst beide im Begriff waren, mit der Dampfpriße I Pumparbeiten auszuführen. Als ihn die Meldung von dem Brande kurz nach 4<sup>27</sup> Uhr ereilte, gab er Ordre, daß sich die Dampfpriße I sofort marschfertig machen sollte und lief sodann im schnellsten Tempo zur Brandstelle, wo er 4<sup>35</sup> Uhr mit dem ersten Zuge der Feuerwehr zugleich eintraf. Er sah ein, daß es nötig war, die zweite Dampfpriße nachkommen zu lassen und gab sofort entsprechenden Befehl, jedoch trat durch die Zerstörung der Feuermelder in der Alarmierung des zweiten Zuges eine unliebsame Verzögerung ein, indem der mit der Anweisung zur Alarmierung versehene Radler an verschiedenen Stellen vergeblich versuchte, die Meldung anzubringen, was ihm erst bei dem Feuermelder an der Fallerleberstraße gelang. Die Meldung wurde von der Hauptwache sofort nach der Neustadtmühle weiter gegeben und die Dampfpriße I rückte auch ohne Verzögerung 4<sup>49</sup> Uhr ab und traf 5<sup>05</sup> Uhr auf der Brandstelle ein.

Die Ursache des Aufenthaltes dieser Priße in der Neustadtmühle ist aus folgendem Berichte des Kreisbranddirektors zu entnehmen:

„Schon seit meinem Dienstantritt als Brandmeister hatten sich bei jeder Inbetriebnahme der Dampfprißen verschiedene kleinere Mängel und Unregelmäßigkeiten immer wieder bemerkbar gemacht, obgleich sie jedesmal sofort durch eine

gründliche Reparatur abgestellt waren. Es handelt sich hauptsächlich um kleine Undichtigkeiten bei den Packungen einiger Schrauben, Nieten, Ventile etc. Da derartige unbedeutende Mängel sich am besten durch Dauerarbeit der Maschine beseitigen lassen, so verabredete ich im Anfange dieses Jahres mit Herrn Direktor von Feilisch und Herrn Ingenieur Bonitz, die Maschinen bei passender Gelegenheit einer Dauerarbeit zu unterziehen. Durch den Abgang des Oberfeuermanns-Maschinisten Petersen und des Heizers Bost I am 1. April d. Jrs. war eine gründliche Ausbildung von neuen Maschinisten und Heizern notwendig geworden. Zur Verwirklichung beider Pläne bot sich auf der Neustadtmühle eine selten günstige Gelegenheit. Die Arbeiten bei dem Einbauen der eisernen Trägerkonstruktion für die neue Turbinenanlage hatten unter starkem Wasserandrang sehr zu leiden und es war dieserhalb nicht möglich, sie einzubringen.

Am 24. April morgens 5<sup>15</sup> Uhr rückte ich mit fünf auszubildenden Feuer-  
männern auf der Neustadtmühle an und blieb daselbst bis mittags 12 Uhr. An der Hauptfeuerwache angekommen, ließ ich zur Sicherheit sofort durch die Maschinen Wasser von Hydranten laufen und es zeigte sich am Auslauf keinerlei Verunreinigung oder Trübung des Wassers, so daß verunreinigtes Wasser durch die Maschine nicht gelaufen sein konnte. Gegen Abend trat im Unterwasser der Neustadtmühle Hochwasser ein und drückte mit einer derartigen Gewalt gegen die Wände, daß die Fugen im Quadermauerwerk nachgaben und sich öffneten. In kurzer Zeit war die Abtheilung vollständig unter Wasser gesetzt. Um 5<sup>28</sup> Uhr nachmittags rückte ich wiederum auf der Neustadtmühle an, um nunmehr wirkliche Dauerarbeit leisten zu können, denn jetzt war an ein Lenzen nicht mehr zu denken. Die Maschine war bei dem verstärkten Wasserzufluß nicht imstande, das Wasser-niveau unter einen Tiefstand von 50 cm zu bringen, sie arbeitete ohne Unterbrechung mit 7 bis 8 Atmosphären Druck und 65 bis 70 cm Vakuum zur vollsten Zufriedenheit. Die Bedienungsmannschaften ließ ich während der Nacht ablösen, während ich mit Herrn Ingenieur Bonitz dort blieb. Hätte die Maschine schlammiges Wasser gepumpt, so hätte sie nicht eine Viertelstunde arbeiten können, ohne daß die Ventile durch Schlamm unwirksam geworden wären.

Als ich 4<sup>27</sup> Uhr morgens durch telephonischen Anruf zur Brandstelle abgerufen wurde, ließ Herr Ingenieur Bonitz auf meine Anordnung die Dampfspritze zum Abmarsch fertig machen. Vor der Abfahrt wurde der Kessel nochmals vorchriftsmäßig gespeist, der Wasser- und Kohlenkasten gefüllt. Mit 6 Atmosphären Dampfspannung rückte die Spritze ab. Während der Fahrt, die 5 Minuten dauerte, speiste der Heizer mit dem Injektor nach, vergaß aber in der Aufregung den Wasserzufluß wieder abzustellen. Bei Ankunft auf der Brandstelle war der Kessel natürlich fast voll. Die Dampfspannung mußte also, da sie sich infolge des hohen Wasserstandes nicht ausdehnen konnte, bald nach der Betriebseröffnung auf 2 Atmo-

sphären sinken. Zum Unglück löschte auch noch der in den Schornstein eintretende nasse Dampf des Bläfers das Feuer aus. Die Verzögerung hat vielleicht 20 Minuten betragen, währenddem das Kesselwasser abgelassen und die Dampfspannung durch frisches Feuer wieder auf 8 Atmosphären gehoben wurde.

Gearbeitet wurde während dieser 20 Minuten durch das Pumpwerk der Dampfspritze mit natürlichem Druck aus dem Hydranten. Der Reibungsverlust durch Ventilwiderstand beträgt hierbei 3 m. Die Verzögerung ist also lediglich durch die Aufgeregtheit des Heizers entstanden. Nur ein Blick auf die beiden Manometer der Dampfspritze hätte Herrn Geh. Hofrat Lüdicke überzeugen müssen, daß nicht das Pumpwerk, sondern die verminderte Dampfspannung an dem Nichtarbeiten der Dampfspritze mit eigenem Druck schuld war. Nachdem die Dampfspannung wieder erhöht war, arbeitete die Maschine ohne Unterbrechung bis mittags 1<sup>15</sup> Uhr tadellos auf der Brandstelle und warf ungefähr 210 cbm Wasser.“ —

Hierzu mag ergänzend bemerkt werden, daß der Maschinist und der Heizer, welche mit der Dampfspritze I von der Neustadtmühle abrückten, altgediente Leute waren. Der Maschinist, ein gelernter Schlosser, ist am 16. März 1903 bei der Feuerwehr eingetreten, war anfangs Feuerwehrmann und seit zwei Jahren Maschinist an der Dampfspritze. Der Heizer ist 1904 eingetreten, vom vormaligen Kreisbranddirektor Herrn Schlunk als Heizer ausgebildet und seit Ende März als Heizer beschäftigt. Bei dem Versuche der Mannschaft, die Dampfspritze wieder unter Feuer zu setzen, hat einer der Bedienungsmannschaften gewünscht, man möchte schnell Petroleum holen, worauf jemand nach dem nächsten Kaufmannsladen geschickt ist, den er aber verschlossen fand, so daß er unverrichteter Sache zurückkam. Man hat also in der Bestürzung nicht einmal daran gedacht, daß die bei der Spritze vorhandene Petroleumfackel zwei Liter Petroleum enthielt. Die Dampfspritze I ist dann 5<sup>27</sup> Uhr wieder in Tätigkeit gekommen.

Die Bekämpfung des Feuers fand in folgender Weise statt: die Gasspritze nahm auf dem Büldenwege, die Drehleiter und die eine Dampfspritze auf der Nebenstraße Aufstellung, während die andere Dampfspritze auf dem Büldenwege an der Einmündung der Nebenstraße stand. Vom Büldenwege aus wurden sofort zwei Schlauchleitungen auf das Gereckesche Grundstück, eine auf das Schachtsche und eine auf das Grundstück Nebenstraße 19, eine in den Garten und zwei auf den Hof der Nationalbrauerei geführt. Im ganzen wurden zur Bekämpfung des Feuers 21 Strahlrohre gebraucht. Die Anzahl der Schläuche betrug 77 Stück von 75 mm und 113 Stück von 52 mm Umfang bei einer Gesamtlänge von 2800 m. Dampfspritze II arbeitete bis 11<sup>28</sup> Uhr und schaffte 333 cbm Wasser, Dampfspritze I bis 1<sup>15</sup> Uhr mit 360 cbm Wasserlieferung. Im ganzen betrug der Wasserverbrauch einschließlich der Hydranten, die direkt auf das Feuer arbeiteten, ungefähr 850 cbm.

Auf dem Bültenwege liegt ein Hauptrohr, nämlich das Zuleitungsrohr vom Wasserwerk am Dovesee nach dem Wasserturm, in einer Stärke von 650 mm. Dieses Hauptrohr hat einen Hydranten, der direkt vor dem Gereckeschen Grundstücke liegt; von der Hauptleitung zweigt dann ab das Speiserohr des Bültenweges, das 100 mm stark ist. Darauf sitzen 3 Hydranten, einer vor dem Schachtschen Grundstücke, einer an der Nebenstraße und einer jenseits des Exerzierplatzes. Von diesem 100 mm weiten Rohre zweigen ab eine Leitung nach dem Gereckeschen Grundstücke, eine nach der Nebenstraße und eine nach der Göttingstraße. Auf den beiden letzteren sitzt wieder ein Hydrant. Schließlich zweigt von der Hauptleitung noch ein Hauptrohr von 450 mm nach der Nebenstraße zu ab, während ein 100 mm weites Rohr die Nordstraße speist. Hier war die Spritze der freiwilligen Feuerwehr aufgestellt. Die Dampfspritze II hat ihr Wasser aus dem 100 mm Rohre der Nebenstraße genommen, woselbst auch zwei Schlauchlagen angebracht waren. Die Dampfspritze I erhielt ihr Wasser aus dem Hydranten der 100 mm Leitung des Bültenweges und hat auch zwei Schlauchlagen gehabt. Die Gasspritze stand vor dem Schachtschen Grundstücke und entnahm mit drei Schlauchlagen ihr Wasser aus dem Hydranten. So waren die vorhandenen Wasserleitungen und Hydranten besetzt.

Nun komme ich zu der Wasserlieferung als solcher. Sie wird nachgewiesen einerseits durch den Betriebsbericht des städtischen Wasserwerkes. Es muß nämlich jeder Diensthabende auf dem Wasserwerke Bericht darüber erstatten, wieviel Tourenzahlen die Maschine stündlich macht. Dieser Bericht liegt vor. Von der Tourenzahl kann auf die Fördermenge des Wassers geschlossen werden. Hiernach hat die eine Maschine in der Zeit von 12 Uhr nachts bis 2½ Uhr mittags 5386 cbm gepumpt, während die andere 5845 cbm von 7 Uhr morgens bis 12 Uhr nachts gefördert hat. Die zweite Grundlage besteht in der auf dem Wasserturm befindlichen Signalvorrichtung. Es hat aber übereinstimmend mit den Druckhähnen des Wasserwerkes von 4 Uhr morgens an die Druckhöhe der Pumpe nach Ausweis der Druckmesser betragen 42, 25, 42, 50, 41, 75, 40, 50 etc. Wie ferner aus den Diagrammen der Registrier-Manometer vom Wasserwerke und vom Verwaltungsgebäude in der Münzstraße ersichtlich ist, herrschte zur fraglichen Zeit im Wasserwerkbetriebe die vollkommenste Ordnung und der Wasserdruck des Rohrnetzes hatte bei fast vollkommen gefülltem Behälter seinen höchsten erreichbaren Wert. Der Turmbehälter war bei Ausbruch des Brandes nur 30 cm unter der Maximalhöhe, denn der Wasserstand betrug: zwischen 4 und 5 Uhr 8,70 m, 5 und 6 Uhr 8,90 m, 6 und 7 Uhr 8,00 m, 7 und 8 Uhr 6,60 m, 8 und 9 Uhr 5,70 m, 9 und 10 Uhr 5,70 m, 10 und 11 Uhr 5,40 m, 11 und 12 Uhr 5,40 m. Es ist also ständig während des ganzen Brandes ein Minimaldruck von 38—39 m und ein Höchstdruck bis zu 42 m vorhanden gewesen. Es ist auch nachgewiesen worden, daß etwa 850 cbm

Wasser auf die Brandstätte geschleudert worden sind, davon haben die Dampfspritze I 333 cbm, die Dampfspritze II 360 cbm und die Gasspritze nebst den Schlauchlagen der Hydranten 167 cbm geleistet.

Indem ich nunmehr auf die im Eingange des Referats erwähnten Beschwerden eingehe, bemerke ich, daß diese Beschwerden sich in vier Gruppen zerlegen lassen, nämlich:

1. es sei nicht genügend Wasser vorhanden gewesen und das 100 mm weite Wasserrohr des Bültenweges sei zu eng; es erscheine vielmehr notwendig, durch die ganze Stadt hindurch weitere Rohre zu legen;
2. es wäre nicht in Ordnung, daß eine Dampfspritze auf der Neustadtmühle Verwendung gefunden habe und daß diese Spritze, auf der Brandstelle angekommen, 20 Minuten außer Betrieb gesetzt sei;
3. die Anzahl der Berufsfeuerwehrleute sei zu gering und müßte vermehrt werden;
4. es wäre wünschenswert, der freiwilligen Feuerwehr einen Stamm jüngerer Mannschaften zuzuführen.

Bezüglich des Punktes 1 gründet sich die Beschwerde auf zwei Beobachtungen. Nach der einen soll vor dem Eintreffen der Feuerwehr der Hydrant des Gereckeschen Grundstücks nicht Wasser genug gegeben haben, so daß es nicht möglich gewesen sei, damit das Dach des Pferdestalles zu bespritzen. Eine fernere Beobachtung will wissen, daß nach dem Eintreffen der Feuerwehr ein Teil der Schlauchlagen nicht genügend Wasser gegeben hätte. Diese beiden Beobachtungen sind schließlich dahin ausgedehnt worden, daß im allgemeinen nicht genug Wasser vorhanden gewesen sei. Die Behauptung, es sei nicht genug Wasser im Turme gewesen, habe ich vorhin schon widerlegt. Ferner wird gesagt, die Wasserleitung wäre während der Nacht eingedrosselt gewesen, was aber ebenfalls nicht zutrifft. Aber auch wenn das geschehen wäre, würde es für das hier in Frage kommende Rohr wirkungslos gewesen sein, weil das 650 mm weite Hauptrohr im Bültenwege die Zuleitung nach dem Wasserturme ist und nicht von der vom Hochbehälter kommenden Speiseleitung abzweigt ist. Man hat auch gemeint, das 100 mm weite Wasserrohr im Bültenwege wäre an das Hauptrohr falsch angeschlossen, nämlich vom Fallerslebertore aus. Jenes Rohr zweigt aber schon im Bültenwege vor dem Grundstücke des Herrn Rathe ab.

Die Baukommission ist vielmehr der Meinung, daß von einem Wassermangel überhaupt keine Rede sein könne. Das Gereckesche Grundstück ist für diesen speziellen Fall ganz besonders glücklich um deshalb gelegen, weil dort nicht nur ein Leitungsrohr von 100 mm Weite, sondern auch noch das Hauptzuführungsrohr von 650 mm Weite vorhanden ist und außerdem ein Hydrant darauf sitzt, der außerordentlich leistungsfähig ist. Von einem Wassermangel kann also keine Rede

sein, auch ist es falsch zu sagen, daß eine systematische Aenderung des ganzen Rohrnetzes der Stadt stattzufinden habe. Daß im Bültenwege liegende 100 mm Rohr ist nur ein Glied eines einheitlich arbeitenden Organismus, der bezweckt, nach allen Straßen und Plätzen der Stadt gleichmäßig viel Wasser zu befördern. Die Aenderung des Rohrnetzes an einzelnen Stellen würde aber das ganze übrige Rohrnetz stören und die einheitliche Leitung beeinträchtigen. Nach dem Plane des Baurats Thiem ist in unmittelbarer Nähe des Gereckeschen Grundstücks die Abzweigung eines 450 mm weiten Rohres nach der Nebenstraße angelegt worden. Die Baukommission steht auf dem Standpunkte, daß es absolut falsch sein würde, eine Aenderung am Rohrnetz vorzunehmen; sie hält es dagegen für wünschenswert, daß chemische Fabriken, Teerproduktenfabriken und ähnliche Etablissements sich insofern durch Selbsthilfe gegen Feuergefährdung schützen möchten, daß sie sich einen ständigen Wasservorrat in Zisternen u. aufbewahrten. Leider hat auf dem Gereckeschen Grundstücke jeder Wasservorrat gefehlt.

Mit der Tatsache, daß im gegenwärtigen Falle genügend Wasser geliefert ist, stehen zweierlei Beobachtungen nicht im Widerspruch: Daß einmal vor dem Eintreffen der Feuerwehr der Gereckesche Hydrant nicht ordnungsmäßig gearbeitet haben soll und daß nach deren Eintreffen einige Schlauchlagen nicht genügend Wasser gegeben haben sollen. In bezug auf letzteren Punkt sei vorweg bemerkt, daß bei dem gleichzeitigen Anschluß der großen Dampfpumpen an das Wasserrohr diese natürlich als die stärkere Kraft den Schlauchlagen den Druck wegnehmen. Das kann also nicht sehr auffällig erscheinen.

Ueber den anderen Punkt hat Herr Direktor von Feilisch wie folgt berichtet: „Das Gereckesche Grundstück hat eine 80 mm weite Zuleitung, die an das auf dem Bültenwege liegende 100 mm weite Wasserversorgungsrohr angeschlossen ist. Dieses Rohr ist am Nordende des Bültenweges und der Schachtschen Teerproduktenfabrik mit dem 650 mm weiten Hauptwasserrohre vom Wasserwerk verbunden und erhält von dorthin sein Wasser. Der nächste Abzweig des 100 mm weiten Wasserrohres liegt in der Einmündung der Nebenstraße in den Bültenweg in 750 m Entfernung von dem erstgenannten Speisepunkte.

Die Untersuchung des Gereckeschen Zuleitungsrohres hat ergeben, daß bei Wasserabgabe durch ein 10 mm weites Mundstück aus dem Privathydranten sich ein Druckverlust von 20 m Wassersäule vom Straßenrohr bis zum Hydranten einstellt. Es ist deshalb mit Sicherheit anzunehmen, daß der Schmutzfänger des Wassermessers, der sich seit dem 17. März 1904 in der Leitung befindet, verstopft ist, oder der Absperrschieber vor dem Messer oder der Hydrant nicht vollständig geöffnet sind oder sich überhaupt nicht vollständig öffnen lassen. Eine Untersuchung der Zuleitung auf die Ursache dieses hohen Druckverlustes hat Herr Gerecke verweigert. Da bei dem Ausbruch des Feuers im Straßenrohr ein Druck

von mindestens 38 m Wassersäule vorhanden war, mußte es trotz Druckabfalls im Zuleitungsrohr noch möglich gewesen sein, aus dem Hofhydranten das Dach des Pferdestalles zu bespritzen. Wenn das nicht geschehen konnte, so war entweder das Straßenrohr zu diesem Zeitpunkte schon von der Feuerwehr in Anspruch genommen oder der Hydrant war nicht vollkommen geöffnet worden.“ —

Es war hier also die Möglichkeit offen gelassen, daß der Hydrant etwa erst nach dem Eintreffen der Feuerwehr in Gang gesetzt worden war. Um das festzustellen, ist Herr Gerecke auch noch vom Magistrate gebeten worden, er möge eine Untersuchung des Hydranten gestatten, aber auch dieses Ersuchen ist abgelehnt worden.

Das Schreiben des Magistrates lautet:

„Aus Anlaß Ihrer Beschwerden wegen ungenügenden Druckes in dem auf Ihrem Zimmerhose befindlichen Hydranten haben wir den Direktor von Feilichs beauftragt, eine Sachuntersuchung vorzunehmen und über deren Resultat zu berichten. Der genannte Beamte hat angezeigt, daß allerdings der Hydrant einen Druckverlust von 20 m Wassersäule zeige, daß er aber zur Ermittlung der Ursache dieser Erscheinung nicht imstande gewesen sei, weil Sie die Prüfung des Schiebers und des vielleicht verstopften Schmutzfängers des Wassermessers nicht gestattet hätten.

Die Stadt hat selbstverständlich das lebhafteste Interesse daran, daß Beschwerden über ihre im öffentlichen Interesse unterhaltenen Einrichtungen gründlich abgeholfen werden und daß daher der Grund solcher Beschwerden einwandfrei festgestellt werde.“

Herr Karl Gerecke hat darauf am 15. Mai erwidert:

„Auf die geschätzte Zuschrift vom 11. d. Mts. erwidere ich höflichst, daß ich die Untersuchung der Hydrantenanlage auf meinem Grundstücke ablehnen muß. Dieselbe ist, wie mir Herr von Feilichs vor ca. acht Tagen vorgeführt hat, vollkommen in Ordnung und hätte in dem Maßstabe der Vorführung auch zur erfolgreichen Bekämpfung eines großen Teiles des mich betroffenen Schadenfeuers ausgereicht. Im übrigen habe ich mich nicht über meine Hydrantenanlage beschwert, sondern über die am Morgen des Brandtages von Anfang an so überaus geringe Wasserabgabe aus dem städtischen Rohrnetze an die Schlauchleitungen der Feuerwehr.“ —

Auch spätere Versuche, Herrn Gerecke zu bewegen, die Zustimmung zur Untersuchung des Hydranten zu geben — ich selbst habe mich auch bemüht, ihn umzustimmen — sind nicht gelungen; es ist aber mit Sicherheit anzunehmen, wenn nicht inzwischen in dem Wasserschieber oder Schlammfänger oder Wassermesser

Änderungen vorgenommen sind, daß sich die fragliche Leitung auch heute noch nicht in einem ordnungsmäßigen Zustande befindet. Die Baukommission ist hiernach der Meinung, daß, soweit es sich um die Wasserleitung handelt, Mängel nicht zu konstatieren sind.

Bezüglich des Punktes 2 der Beschwerden — Verwendung der Dampfspritze in der Neustadtmühle — erkennt die Baukommission an, daß die Idee an sich einwandfrei gewesen sein mag, zumal nachgewiesenermaßen nur reines Wasser gepumpt worden ist. Herr Geh. Hofrat Lüdcke hat auch seinen öffentlich erhobenen Vorwurf, es sei mit der Spritze schlammiges Wasser gepumpt worden, zurückgenommen, da es in der Registratur über die am 16. Mai abgehaltene Sitzung u. a. heißt: „Bei der sich anschließenden Besprechung erkennt zunächst Herr Geh. Hofrat Lüdcke an, daß seine ursprüngliche Vermutung, die Dampfspritze sei verschlammte gewesen, nicht zutreffend gewesen sei.“

Nichtsdestoweniger haben Deputation und Magistrat Anlaß genommen, eine Verwendung der Dampfspritzen zu ähnlichen Zwecken künftig nicht zu gestatten. Dabei soll gleichzeitig bemerkt werden, daß für die bei Behandlung der Dampfspritze auf dem Wege nach der Brandstelle bedauerlicherweise vorgekommenen Zufälligkeiten niemand verantwortlich gemacht werden kann. Der Heizer hat allerdings einen Fehler gemacht, aber Vorwürfe kann man ihm deswegen nicht machen. Andererseits darf man auch dem Kreisbranddirektor nicht etwa den Vorwurf machen, er habe seine Leute nicht ordnungsmäßig ausgebildet, da es sich um alte Leute gehandelt hat.

Auf den Punkt 3 der Einwendungen — Vermehrung der Berufsfeuerwehr — brauchen wir wohl nicht näher einzugehen. Wir haben das Menschenmögliche für unsere Feuerwehr geleistet, aber eine gewisse Grenze können wir nicht überschreiten. Im Jahre 1898/99 betrugen unsere Ausgaben für die Feuerwehr etwa 67 670 M und 1907/08 sind 129 000 M veranschlagt, eine Leistung, die erheblich nicht mehr übertroffen werden kann. Da es wünschenswert erscheint, daß künftig in ähnlichen Fällen die dienstfreien Feuerwehrleute schneller auf der Brandstätte mit tätig werden, haben Magistrat und Deputation veranlaßt, daß die Wohnungen der Berufsfeuerwehrleute Telefonanschluß erhalten.

Der letzte der Beschwerdepunkte betrifft den Wunsch, daß es gelingen möchte, der freiwilligen Feuerwehr mehr jüngere Kräfte zuzuführen, sie also mehr zu verjüngen. Darauf ist zu erwidern, daß sich die freiwilligen Wehren selbst ergänzen und die städtischen Behörden auf deren Zusammensetzung nicht einwirken können. Im übrigen ist der Umstand, daß bei der freiwilligen Feuerwehr erfahrene Herren tätig sind, sehr wertvoll, und es soll nicht vergessen werden, ihr für die der Stadt geleisteten wertvollen Dienste zu danken.



Nach allen diesen Ausführungen und Erwägungen ist die Baukommission der Meinung, der Versammlung folgende Resolution zur Annahme zu empfehlen:

„Die Stadtverordnetenversammlung erklärt:

1. In der Organisation der Feuerlöschrichtungen und in der Wasserlieferung beim Geredeschen Brande sind keine Mängel hervorgetreten, die ein Eingreifen der städtischen Behörden erfordern.
2. Die zeitweilige Unbetriebsfähigkeit der Dampfspritze I ist auf bedauerliche Zufälligkeiten zurückzuführen, die unabhängig von der Verwendung auf der Neustadtmühle sind.
3. Die Stadtverordnetenversammlung billigt die von dem Magistrate und der Deputation bereits durchgeführten Maßnahmen wegen Nichtverwendung von Dampfspritzen zu außergewöhnlichen Zwecken und wegen Telephonanschlusses nach den Wohnungen der Berufsfeuerwehrlente.“

Vorsitzender: Ich glaube im Namen der Versammlung zu sprechen, wenn ich zunächst dem Herrn Referenten den Dank für die ausführliche Berichterstattung ausspreche. (Zustimmung.) Sind die Herren einverstanden, daß wir die Resolution annehmen? Die Annahme ist beschloffen.

## X. Mittel für bevorstehende Einzugsfestlichkeiten.

In der zweiten Augustwoche d. Js. beabsichtigt der König von Siam dem hiesigen Hofe einen Besuch abzustatten, der nach den vorläufigen Festsetzungen mehrere Tage dauern wird. Es würde den Wünschen Sr. Hoheit des Herzogs Johann Albrecht zu Mecklenburg, Regenten des Herzogtums, entsprechen, wenn in den Tagen auch durch stadtseitige Veranstaltungen dem fürstlichen Besuche eine Aufmerksamkeit erwiesen würde. Der Magistrat ist der Ansicht, daß dieser von höchster Stelle gegebenen Anregung stadtseitig Folge zu geben ist, weil er es einerseits für eine Ehrenpflicht der Stadt erachtet, auf Wunsch einen den hiesigen Hof besuchenden fremden Herrscher entsprechend den der Residenz obliegenden Repräsentationspflichten aufzunehmen und weil es andererseits im wohlverstandenen Interesse der Stadt liegt, durch festliche, unter Mitwirkung der Einwohnerschaft zu bewirkende Veranstaltungen, wie sie bei dergleichen Anlässen fürstlichen Besuchern dargeboten zu werden pflegen, den Fremdenverkehr zu heben und den hiesigen Einwohnern Verdienst zu schaffen.

Von kostspieligen Festlichkeiten kann dabei um so weniger die Rede sein, als diese höchsten Orts durchaus nicht gewünscht werden, vielmehr ist, soviel die stadtseitigen Darbietungen betrifft, die Veranstaltung eines Konzerts der hiesigen Männergesangsvereine, die Abhaltung eines Schauturnens auf dem kl. Exerzierplatze und die Abhaltung einer Uebung unserer Gesamtfeuerwehr in Aussicht genommen.

Der Magistrat hofft, daß die Mitglieder der einzelnen Vereine und Korporationen bereit sein werden, sich an den Veranstaltungen zu beteiligen; seitens der Liedertafeln ist das bereits beschlossen. Endlich würde vielleicht noch die Ausschmückung einzelner Straßen und Plätze in Frage kommen, die aber in bescheidenen Grenzen zu halten ist.

Ein genaues Programm hat sich noch nicht feststellen lassen, weshalb auch eine Veranschlagung der Kosten, die durch Ausschmückung der Regidienhalle und einiger Straßen, Errichtung von Sitzplätzen bei den turnerischen Vorführungen u. dergl. erwachsen werden, nicht möglich war. Da die Stadtverordneten-Versammlung in den nächsten beiden Monaten Sitzungen nicht abzuhalten pflegt, so dürfte es sich nach der Ansicht des Magistrates empfehlen, mit den Vorbereitungen eine etwa aus zwei Magistratsmitgliedern und drei Stadtverordneten bestehende Deputation zu betrauen und dieser einen offenen Kredit zu eröffnen, der nach Ansicht des Magistrates höchstens bis zum Betrage von etwa 3000 M. würde beansprucht werden müssen.

Der Versammlung wird anheimgegeben, diesem Vorschlage zuzustimmen und eventuell drei Deputationsmitglieder und drei Ersatzmänner zu wählen.

Namens der Finanzkommission berichtet über die Vorlage Herr Schmidt: Es handelt sich hier um eine prinzipielle Stellungnahme gegenüber der Frage, wie wir uns bei Besuchen fremder Fürstlichkeiten am hiesigen Hofe verhalten sollen. Die Vorlage ist sehr erfreulich: Sie alle wissen, daß wir im Laufe der letzten Jahrzehnte für dergleichen Zwecke nie etwas zu bewilligen gehabt haben, aber auch nie etwas bewilligen konnten, weil kein Anlaß dazu vorlag. Es sind in der ganzen Zeit keine derartigen Ansuchen an den Magistrat gerichtet worden, aber auch der Magistrat selbst nahm nur sehr selten Veranlassung, in ähnlichen Fällen, nämlich bei der Begrüßung fremder Vereine zc. hervorzutreten. In den letzten Jahren ist hier schon eine Aenderung zum besseren eingetreten. Mancher Verein hat früher Anstoß daran genommen, hier zu tagen, weil ihm nicht der Empfang geboten werden konnte, der ihm gebührte und der ihm in anderen Städten geboten wurde. Wir haben deshalb alle Ursache, das Versäumte nachzuholen und für solche Sachen mehr Aufwendungen zu machen als bisher. Soweit ich mit der Bürgerschaft dieserhalb in Verbindung getreten bin, begrüßte jedermann diese Vorlage und man wird auch in Zukunft alle Veranstaltungen des Magistrats nach der erwähnten Richtung hin mit Freuden begrüßen. Die Versammlung darf sich aber ebenfalls getrost dieser anderen Richtung zuneigen und sich freuen, daß der Magistrat jetzt andere Bahnen wandelt als früher.

Unter dem verstorbenen Oberbürgermeister waren dergleichen Sachen nicht angebracht, er hatte eine gewisse Scheu, solche Festlichkeiten veranstalten zu lassen und dabei Repräsentationspflichten zu übernehmen; ich freue mich deshalb, daß

unser jetziger Oberbürgermeister in andere Bahnen eingetreten ist, und ich bin überzeugt, daß auch die Bürgerschaft die Sache in diesem Sinne behandelt wissen will. (Zustimmung.) Ich hoffe sogar, daß auch die Partei drüben, von der wiederholt betont ist, daß hier für fremde Vereine nichts getan wird, mit dafür eintreten wird, daß nach dieser Richtung hin etwas geschieht. Es weht jetzt glücklicherweise ein anderer Wind in Braunschweig. Auch die von Herrn Rieke wiederholt betonten kleinen Schikanen von Polizei wegen werden mehr und mehr fortfallen und Braunschweig wird auch nach dieser Richtung hin ein etwas großstädtischeres Ansehen bekommen, denn bis jetzt konnte man nur sagen: Braunschweig ist eine große Kleinstadt. (Zustimmung.)

Der Verkehr innerhalb der Stadt ist durch den 10  $\mathcal{L}$  Tarif der Straßenbahn schon ein anderer geworden, es bleibt aber trotzdem noch viel zu hoffen und es ist z. B. bedauerlich, daß die Stadt noch nicht einmal Taxameterdroschken hat. Hoffentlich wird die Bürgerschaft dazu beitragen, daß die neuen zur Einführung kommenden Taxameter auch lebhaft benutzt werden.

Die Finanzkommission empfiehlt, dem Antrage des Magistrates gemäß eine Summe bis zu 3000 M für den Zweck zu bewilligen, möchte aber dem weiteren Vorschlage des Magistrates, drei Deputierte aus der Versammlung zu wählen, um dem Magistrate bei der Vorbereitung der Festlichkeiten zur Seite zu stehen, nicht zustimmen, sondern den Magistrat bitten, diesen Vorschlag fallen zu lassen. Die Sache schien der Kommission nicht wichtig genug, um deshalb eine besondere Deputation einzusetzen, sondern sie war der Meinung, daß man zu dem Magistrate das volle Vertrauen haben könne, er werde die Vorbereitungen mit der städtischen Bauverwaltung schon zu treffen wissen. Dem Anscheine nach werden die geforderten 3000 M kaum in Anspruch genommen werden. Es wird also gebeten, von der Wahl der drei Mitglieder abzusehen, im übrigen aber der Vorlage zuzustimmen. Ob eine Begrüßung des Gastes seitens der städtischen Behörden stattfinden wird, steht noch nicht fest.

Herr Rieke: Ich würde zu der Sache das Wort nicht genommen haben, wenn nicht Herr Schmidt von der „Partei drüben“ gesprochen und dabei meine Persönlichkeit besonders genannt hätte. Sie kennen meine Grundsätze wohl genügend und werden wissen, daß ein Republikaner niemals Mittel für monarchische Aufzüge und Empfänge übrig hat, weder für weiße, gelbe oder für schwarze Majestäten. Kommen die Herren hierher, um sich unsere Sehenswürdigkeiten anzusehen, so steht ihnen das frei, dagegen kann kein vernünftiger Mensch etwas haben, ich auch nicht. Wenn aber Herr Schmidt daran die Ansicht knüpft, daß Braunschweig sich jetzt zur Großstadt aufraffen und es mit den Polizeimeistereien besonders gegenüber unserer Partei aufhören werde, so glaube ich das nicht und lasse mich dahin nicht verträufen: Die Dinge und Verhältnisse werden dieselben

bleiben, denn Personen können das nicht ändern, wenn nicht das System geändert wird.

Die Sache liegt doch so. Welche Summe für die letzten Einzugsfeierlichkeiten verausgabt worden ist, weiß ich nicht, jetzt werden für den Empfang des Königs von Siam 3000 M. gefordert, wer bürgt aber dafür, daß nicht in 14 Tagen der Schah von Persien oder Nikolaus, der jetzt im Haag seine Friedenskomödie aufspielt, sich meldet. Rechnet man die hierfür zu verausgabenden Summen zusammen, so könnten davon schon manche Ausgaben für Kulturzwecke bestritten werden, für die jetzt kein Geld da ist. Ich habe heute wieder einen Antrag eingebracht, Mittel für einen Straßendurchbruch zu bewilligen, aber bis jetzt ist mir immer vom Magistrate geantwortet worden, daß für derartige Durchbrüche kein Geld vorhanden sei, obwohl andere größere Städte uns solche Durchbrüche oft genug vorgemacht haben. Dann heißt es aber immer: Aus finanziellen Gründen müssen wir Ihren Wunsch ablehnen. Deshalb bin ich gegen die hier beantragte Bewilligung von 3000 M. doppelt eingenommen.

Wenn Herr Schmidt ferner meint, daß nach seinem Uinhören in der Bürgerschaft Neigung für solche Fürstenempfänge vorhanden sei, so kann ich darauf erwidern, daß die Gassluft, welche ekelhaft auf mich wirkt, jetzt geradezu ausgeartet ist, und was seitens des gassluftigen Publikums noch nicht geschehen ist, das besorgt ein Teil unserer Presse in ganz gewöhnlicher Art und Weise und würdigt sich herunter. Anständig denkende Menschen sind durch derartige Vorkommnisse wirklich nicht erbaut. Jedem seine Achtung, in welchem Range und Stande er auch ist, aber wenn das Kriechertum über das Maß der moralischen Grundsätze hinausgeht, so kann ich dem keine Sympathie entgegenbringen, sondern bin davon ein erklärter Feind. Ich bin davon überzeugt, daß unsere Gastwirte von solchen Veranstaltungen erbaut sind und auch unsere Geschäftsleute davon Vorteil haben, obwohl manchem Landwirte das Vergnügen hierher zu kommen verdorben wird durch die polizeiliche Bestimmung, daß ihre Wagen nicht mehr auf den Straßen stehen sollen. Das kann aber kein Grund für mich sein, für solchen Zweck stadtseitig Gelder zu verwenden, weshalb ich mich gegen die Vorlage erkläre.

Herr Oberbürgermeister Hetemeyer: Daß Herr Riese auf dem Standpunkte steht, nichts für die Monarchie übrig zu haben, wissen wir, er lebt nun einmal in diesen Ideen und wir können ihn nicht davon abbringen. Ich möchte aber der Auffassung entgegenreten, daß diese Summe wegen der Nichterfüllung von Kulturaufgaben nicht verwilligt werden dürfte.

Wenn wir einen Antrag des Herrn Riese auf Durchführung eines Straßendurchbruchs abgelehnt haben wegen Mangel an Mitteln, so wissen Sie alle, worin dieser Mangel seinen Grund hat: Unsere Steuern sind hoch geworden, aber weil sie schon hoch genug sind und uns trotzdem für manche Zwecke Geld fehlt, so

müssen wir einen Weg suchen, um mehr Geld zu schaffen, und das erreichen wir am ehesten dadurch, daß wir Verkehr in die Stadt bringen. (Lebhafte Zustimmung.) Was nützt es uns, wenn wir eine sich dazu bietende Gelegenheit ablehnten? Damit würden wir nicht weiter kommen. Ein derartiger Empfang bringt Leben in die Stadt und deshalb bitten wir Sie um Bewilligung der Summe. Nun will ich noch zur Beruhigung bemerken, daß nach dem Verlauf der bisher geführten Verhandlungen die geforderten 3000 M wahrscheinlich auch nicht annähernd nötig sein werden, um einen würdigen Empfang vorzubereiten. Die sämtlichen dabei in Frage kommenden Vereine haben sich nämlich in erfreulicher Weise bereit erklärt, sich an den geplanten Veranstaltungen zu beteiligen, wofür ich den Vereinen auch hier öffentlich danken möchte. Gleichzeitig will ich aber die Gelegenheit benutzen, an die Geschäftsinhaber, deren Angestellte einem Turnverein oder einer Liedertafel angehören, die Bitte zu richten, ihren Angestellten für die kurze Zeit der Festlichkeiten freizugeben, und ich hoffe, daß sie diesem Wunsche Folge leisten werden.

Erhebliche Kosten werden also für die Stadt nicht erwachsen. Seine Hoheit der Herzog-Regent hat sich dahin ausgesprochen, daß der Stadt tunlichst Kosten erspart werden sollten. Wenn die Bürgerschaft sich dazu verstände, den Straßen ein freundliches Aussehen zu geben durch Ausstecken von Fahnen usw., so würde das mit Freuden anerkannt werden, aber es sollten niemandem große Ausgaben erwachsen. Wenn dieser Wunsch auch von hoher Stelle ausgesprochen worden ist, so werden wir doch irgend welche Kosten nicht vermeiden können, denn auf dem Plage müssen z. B. Vorrichtungen zum Turnen und zu Sitzplätzen zc. getroffen werden. Die Kosten für das Konzert würden sich auf die Ausgaben für die Vorrichtungen in der Regidienhalle beschränken, jedoch ist schon darüber verhandelt worden, einen anderen Raum für das Konzert zu nehmen, so daß auch diese Kosten wohl wegfallen werden. Ich glaube deshalb, es braucht sich niemand an der Kostenfrage zu stoßen, wenn er sonst für die Sache ist.

Herr Kalms: Ich würde nicht zu dem Gegenstande gesprochen haben, wenn ich von Herrn Riefe nicht dazu herausgefordert wäre. Herr Riefe hat recht, daß die Gastwirte von solchen Veranstaltungen große Vorteile haben, aber Herr Riefe wird auch meiner Meinung sein, daß durch den Bezug unserer Waren und durch die Beschäftigung unserer Bediensteten andere Geschäfte und eine große Anzahl Arbeiter Vorteil haben. Sollten wir in der Folge ohne solchen größeren Verkehr hier bleiben, so werden Sie erleben, daß hier manche Hotels und Gastwirtschaften nicht mehr zu existieren vermögen. Wir können deshalb dem Magistrat nur dankbar sein, wenn wir auf diesem Gebiete so fortfahren, und Herr Riefe hat dieses wohl auch nicht verkannt, sondern er hat nur seiner Ueberzeugung Ausdruck geben wollen, ohne aber zu verkennen, daß der Verkehr das Geschäft hebt. Wenn wir bedenken, was andere Städte seit Jahren getan haben, sobald derartiger Besuch

kommt, so muß man sich wundern, daß hier immer so wenig geschehen ist. Es kommen dadurch doch eine Menge Menschen nach Braunschweig und jeder einzelne Gewerbetreibende hat den Vorteil davon, denn die Gastwirte behalten doch das aufgenommene Geld nicht, sondern müssen es für die bezogenen Waren wieder fortgeben.

Herr Schmidt: Ich hoffe, wir kriegen Herrn Rieke doch noch auf unsere Seite (Heiterkeit), denn er ist vernünftigen Gründen immer zugänglich gewesen. Er betonte seine demokratische Gesinnung und dagegen kann man an sich nichts sagen. Ich habe den Einzug von Loubet in Nizza und Rom gesehen und muß sagen, wenn Herr Rieke dabei gewesen wäre, wie dem Manne das Volk zujubelte, würde er vielleicht anderer Meinung sein. Was das Volk in dieser Beziehung tut, tut es für seine Eigenart, sich für eine Spitze zu interessieren, und ich glaube, die Herren werden das mit der Zeit auch noch lernen.

Herr Rieke: Ich hatte noch eins vergessen, Herr Schmidt sagte, es wäre traurig, daß die Stadt nicht einmal ein paar Droschken hätte. Sie hat doch aber zwei Kutschen, in denen wir nach dem Dovesee gefahren sind, da könnte ja auch der König von Siam darin fahren. (Heiterkeit.) Für eine Hebung des Verkehrs sind wir auch, aber dazu gehören andere Faktoren. Ich bin erst Pfingsten in einer Stadt gewesen, die sich Braunschweig zum Muster nehmen könnte, in Stuttgart, wo über dem staatlichen Bahnhofsgelände ein großes rotes sozialdemokratisches Plakat stand, wo in dem Königszimmer des Bahnhofs das sozialdemokratische Komitee tagte, was hier nicht vorkommen könnte. Ein solcher Tag bringt der Stadt aber mehr ein, als wenn ein König zum Besuch kommt, denn die Deputierten erhalten ausreichende Diäten und verzehren sie auch. Als hier der Maurerkongreß tagte, waren 300 Delegierte anwesend und der Wirt hat mir gesagt, er hätte eine Einnahme gehabt, wie er sie sonst im ganzen Jahre nicht habe, trotzdem die Maurer nicht solche Einnahmen haben, daß sie alles darauf gehen lassen können. Außerdem fehlt hier das Vereinsrecht für die Frauen. Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig und so lange hier gegen diesen Grundsatz noch verstoßen wird, bin ich für dergleichen Dinge nicht zu haben. Im allgemeinen dient das eine und das andere Mittel zum Fortkommen, wenn nur ein Haufen Menschen auf die Beine gebracht wird, aber es handelt sich doch auch darum, welches Prinzip der Sache zu Grunde liegt, und wer sich einmal eine Lebensanschauung gebildet hat, der wäre der größte Esel und Lump, wenn er seine Meinung mit einem Male preisgeben wollte. Deshalb kann ich mich nur gegen die Vorlage erklären.

Vorsitzender: Die Sache ist bis jetzt hauptsächlich von dem Gesichtspunkte des Fremdenverkehrs aus behandelt worden, aber wir haben auch noch einen andern Gesichtspunkt zu berücksichtigen, der sich nach dem Spruche richtet: Les amis de

nos amis sont nos amis. Wenn uns unser Herzog-Regent ersucht, hier seinen Gast auch unsererseits zu empfangen, so können und wollen wir nicht anders handeln, als dem Ersuchen gern zu entsprechen. —

Die Bewilligung der geforderten 3000 M wird darauf unter Ablehnung des weiteren Antrages auf Wahl einer Deputation beschloffen.

### XI. Instandsetzung eines Theiles der Echternstraße.

Die im laufenden Etat vorgesehene Instandsetzung der Echternstraße auf der Strecke zwischen Sonnenstraße und Südklint ist in der Weise geplant, daß die Fahrbahn auf der 10 m breiten Strecke eine Breite von 6 m und die Fußwege eine solche von rund 2 m erhalten. Die Fahrbahn soll durch Stampfasphaltplaster auf Betonunterlage befestigt werden, die Fußwege beabsichtigt man durch Granit-Bordquader von der Fahrbahn abzutrennen und ihnen einen Belag aus Granitoidplatten zu geben, während die bisherige Straßenbefestigung in Wegfall kommt. Die Kosten werden sich auf 31300 M belaufen, wovon die Stadt 23300 M zu tragen haben würde.

Der Magistrat gibt anheim, das Projekt mit der Abweichung gutzuheißen, daß nur ein Teil des einen Fußweges mit Granitoidplatten, der andere Teil sowie der gegenüberliegende Fußweg aber mit Sandsteinplatten belegt werde. Erstere Platten sollen zwar widerstandsfähiger und billiger sein als Sandsteinplatten, es fehlt aber noch an ausreichender Erfahrung, wie sie sich bei Schmutzwetter und Glätteis bewähren. Durch diesen Vorschlag wird ein entsprechender Mehraufwand entstehen.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Meyerhoff berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

### XII. Anschluß eines auswärtigen Grundstücks an den Straßenkanal etc.

Der Bildhauer Becker hat gebeten, sein an der Gellerstraße auf Delper Feldmark gelegenes Grundstück an den Straßenkanal sowie an die Gas- und Wasserleitung der Stadt anzuschließen. Der Magistrat hält es für unbedenklich, dem Antrage unter den für solche Anschlüsse üblichen Bedingungen zu entsprechen und ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß mit dem Genannten ein entsprechendes Abkommen getroffen werde,

was geschieht, nachdem Herr Jasper den Antrag namens der Finanzkommission zur Annahme empfohlen hatte.

### XIII. Fußweg-Anlegung über den Andreas-Kirchplatz.

Im Interesse des Verkehrs über den nördlich der Andreaskirche gelegenen Platz ist daselbst die Anlage eines befestigten Fußweges in hohem Maße erwünscht.

Da der im Eigentum der Kirche stehende Platz dem öffentlichen Verkehr freigegeben ist, so wird er schon lange auf Kosten der Stadt unterhalten. Bei dieser Sachlage erscheint es dem Magistrate gerechtfertigt, auch die Lasten des anzulegenden Fußweges stadtseitig zu übernehmen. Der Magistrat ist mit dem zu 800 M veranschlagten Projekte einverstanden und wünscht davon eine Abweichung nur in der Richtung, daß der Weg in der Nähe eines dort stehenden Baumes zu dessen besserer Erhaltung um etwas nach Süden verschoben wird. Mit dem Hinzufügen, daß der Kirchenvorstand von St. Andreas der Anlage des Fußweges zugestimmt hat, wird die Versammlung ersucht, sich mit Ausführung des Projektes einverstanden zu erklären und die dazu erforderlichen 800 M zu verwilligen.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Rieke berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

#### XIV. Statut über den Schlachthausbetrieb.

Herr Boge: Die Vorlage kann heute noch nicht behandelt werden, weil sie noch nicht vorberaten ist. Ich habe aber namens der Statutenkommission den Wunsch auszusprechen, etwa beabsichtigte Aenderungsvorschläge mir bis zum Sonnabend mitzuteilen, damit sie gelegentlich der Kommissionsberatung noch berücksichtigt werden können.

#### XV. Instandsetzung der Langenstraße.

Die städtische Bauverwaltung legt einen Entwurf zur Instandsetzung der Langenstraße vor mit dem Bemerken, daß sich die Kosten bei Ausführung der Befestigung in der vorgesehenen Weise, nämlich Stampfasphalt für die Fahrbahn und Granitoidplatten für die Fußwege, auf 30 500 M belaufen, wovon 22 500 M von der Stadt zu decken sein werden. Bei der Wahl von Gußasphalt für die Fußwege würden sich die Kosten für die Anlieger um etwa 400 M verringern. Vom Magistrate wird empfohlen, dieses Projekt mit der Abweichung zu genehmigen, daß die Fußwege nicht mit Granitoidplatten, sondern mit Gußasphalt befestigt werden.

Herr Friede empfiehlt namens der Baukommission die Genehmigung der Vorlage.

Herr Sander: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob die Unterhaltung der Fußwege später den Anliegern obliegt.

Herr Bürgermeister Meyer: Durch das städtische Pflasterungsstatut sind die Lasten der Anlieger ziemlich genau festgelegt; die Stadt hat nämlich  $\frac{2}{3}$  und die Anlieger haben  $\frac{1}{3}$  der Kosten zu tragen. Die Kosten der Instandhaltung der Fußwege sind aber so verteilt, daß die Anlieger die Kosten einer Sandsteinplatte



zu tragen haben, gleichviel ob an deren Stelle eine andere Befestigungsart gewählt wird oder nicht.

Hierauf wird die Vorlage gutgeheißen.

## XVI. Erweiterung der Straßenbeleuchtung.

Die Deputation zur Verwaltung der städtischen Licht- und Wasserwerke hat infolge eines ihr zur Aeußerung zugefertigten Schreibens der Herzoglichen Polizeidirektion wegen ungenügender Beleuchtung verschiedener Straßen der östlichen Außenstadt empfohlen: die Waterloostraße zwischen Roon- und Heinrichstraße mit einem Gashauptrohr belegen und die erforderlichen zwei Randelaber dort aufstellen zu lassen, sowie die bereits aufgestellten Laternen in den nachbezeichneten Straßen in Betrieb zu setzen: in der Humboldt-, Bode-, Verner-, Göttingstraße und Straße am Stadtpark je eine Laterne, in der Heinrich- und der verlängerten Nußbergstraße je zwei Laternen, sowie in der Wachholzstraße drei Laternen.

Der Magistrat hält diese Erweiterung der Straßenbeleuchtung aus Verkehrsrücksichten ebenfalls für erforderlich und ersucht, die Verlegung des Gashauptrohrs in der Waterloostraße und Aufstellung der beiden Randelaber unter Bewilligung der zu 1208 M veranschlagten Kosten zu genehmigen, sowie die Betriebskosten für 11 Laternen mit 770 M jährlich zu bewilligen. Die Betriebskosten der Laternen in der verlängerten Göttingstraße tragen die Unternehmer. Die Beleuchtung in der Dörnberg- und Roonstraße erachtet der Magistrat mit der Deputation für ausreichend.

Namens der Finanzkommission gibt Herr Buchler anheim, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Kalm s: Ich möchte bei dieser Gelegenheit anfragen, ob die schon früher geplante anderweite Beleuchtung an dem Friedrich-Wilhelmsplatz noch zur Ausführung kommt.

Herr Bürgermeister Meyer: Bestimmtes kann ich darüber nicht sagen, weil die Sache nicht zu meinem Ressort gehört; ich glaube aber, daß die Sache zur Ausführung kommt.

Herr Fudel: Ich möchte dazu bemerken, daß solche Sachen auch erst von der Deputation vorberaten werden müssen.

Die Vorlage wird sodann genehmigt.

## XVII. Instandsetzung der Alten Wäge.

Die Instandsetzung der Straße „Alte Wäge“, die in eine südliche etwa 35 m lange Teilstrecke mit einer Breite von 9 bis 13 m und in eine nördliche etwa 110 m lange Teilstrecke mit Breitabmessungen von 22 bis 37 m zerfällt, ist derartig geplant worden, daß die Fußwege gegen die Fahrbahn durch Bordquader abgegrenzt

werden und die Fahrbahn an der Abzweigung aus der Langen- und Küchenstraße im Anschluß an die geplante Befestigung der Langenstraße mit Stampfasphaltpflaster auf Betonunterlage gepflastert wird, während der übrige Teil der Fahrbahn mit schief- und rechtwinkligen Gabbropflastersteinen befestigt werden soll. Für die Fußwege ist im allgemeinen Plattenbelag aus Welpfer Sandstein, an den breiteren Stellen teilweise Plattenbelag und teilweise Mosaikpflaster vorgesehen. Ringsum das Gebäude der Alten Wage ist ein 1 m breiter Fußweg geplant, ebenso ist um den vor den Häusern Nr. 4 bis 6 befindlichen Brunnen eine kreisförmige erhöhte Rettungsinself vorgesehen worden.

Der Kostenanschlag schließt mit einer Endsumme von 40000 M ab, wovon 32500 M von der Stadt zu übernehmen sein würden. Die städt. Bauverwaltung stellt anheim, sich damit einverstanden zu erklären, daß die bei der Instandsetzung der Eßtern- und Langenstraße zu erwartenden Ueberschüsse zur weiteren Instandsetzung der übrigen auch im schlechten Zustande befindlichen Teile der Alten Wage und besonders des östlichen Fußwegs mit verwendet werden, damit die Instandsetzungsarbeiten sich nicht nur auf die westliche Straßenfläche zu beschränken brauchen. Es wird seitens des Magistrates anheimgegeben, das Projekt unter Bewilligung der Kosten zu genehmigen.

Herr Meyerhoff: Die Baukommission hat sich lebhaft darüber unterhalten, ob es nicht wünschenswert wäre, die ganze Straße zu asphaltieren, jedoch verhielt sich der Vertreter des Magistrates dagegen ablehnend, weshalb wir uns darauf beschränken, zu bitten, wenigstens den Teil der Straße von der Küchenstraße bis zur Clajusschen Ecke mit Asphalt zu belegen. Eine bindende Zusage ist vom Magistrat nicht gemacht worden. Dagegen hat der Magistrat in der Kommissions-sitzung noch mündlich beantragt, in der Alten Wage einige Bäume anzupflanzen, womit die Kommission einverstanden ist. Es wird also kommissionsseitig anheimgegeben, der Vorlage einschließlich der Baumpflanzung zuzustimmen, daneben aber noch das Ersuchen an den Magistrat zu richten, die Fahrbahn der vorbezeichneten Straßenstrecke mit Asphalt zu belegen.

Die Versammlung beschließt diesem Antrage gemäß.

### XVIII. Plattenbelag an der Husarenstraße.

Die Anwohner der Husarenstraße Nr. 51 bis 62 haben den Magistrat ersucht, den Fußweg der Südseite dieser Straße mit Plattenbelag zu befestigen. Der Magistrat gibt anheim, dem Antrage stattzugeben und der Befestigung des südlichen Fußweges der Husarenstraße zwischen der Rosen- und Voigts-Rheßstraße zuzustimmen. Von den zu 1800 M veranschlagten Kosten würden die Anlieger 1650 M zu tragen haben, so daß sich der Einheitsbeitrag auf 9,50 M für 1 m stellt.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Koch berichtet, wird der Antrag genehmigt.

### XIX. Errichtung einer neuen Desinfektionsanstalt.

Bei Genehmigung des Planes der Erweiterung der Gasanstalt an der Taubenstraße hat die Versammlung sich in der Sitzung vom 25. März d. Js. — Seite 427 des Berichtes — grundsätzlich mit dem Wegfall der bisherigen Desinfektionsanstalt einverstanden erklärt und dem Vorschlage des Magistrats zugestimmt, daß zu den durch Erbauung einer neuen Desinfektionsanstalt erwachsenden Kosten aus dem Reservefonds des Gaswerkes ein Zuschuß von 5000 M an die außerordentliche Abteilung der Kammereikasse abgeführt werde.

Inzwischen ist nun von der städtischen Bauverwaltung der Plan der Errichtung einer neuen Desinfektionsanstalt nebst Zubehör auf der nordöstlichen Ecke hinter dem zu erbauenden Gasbehälter III an der Totentwete nebst Kostenanschlag aufgestellt. Der Magistrat hat die Angelegenheit mit Rücksicht auf die gesundheitliche Fürsorge, die der städtischen Verwaltung nach den gesetzlichen Vorschriften über die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten obliegt, einer eingehenden Prüfung unterzogen und ist mit den Vorschlägen der städtischen Bauverwaltung, nach denen für die Anlage nebst Einrichtung ein Betrag von 55 000 M erforderlich ist, in allen Punkten einverstanden. Bei der Prüfung des Planes haben die Herren Sanitätsrat Dr. von Holwebe, Physikus Dr. Robert Müller und Stadtphysikus Sanitätsrat Dr. Roth sowie der mit der Leitung des Desinfektionswesens betraute Kreisbranddirektor Lehmann mitgewirkt. Auch die Straßenreinigungsdeputation hat sich mit dem Plane einverstanden erklärt.

Da bei der fortgesetzt stark zunehmenden Anzahl der Desinfektionen der baldige Beginn der Ausführung dringend erwünscht ist, so hat der Magistrat bereits den ausführlichen Bauentwurf nebst Kostenanschlag aufstellen lassen und empfiehlt, von der Forderung der Vorlegung eines Vorentwurfs in diesem Falle umsomehr abzusehen, als die zunächst überschlagene und die endgültig veranschlagte Kostensumme mit einander übereinstimmen. Die Versammlung wird ersucht, der Ausführung der neuen Desinfektionsanstalt zum Kostenpreise von 55 000 M zuzustimmen und diese Summe zu bewilligen.

Herr Lübke: Bei der Beratung der Vorlage in der Baukommission sind wohl einige besondere Wünsche auf Aenderung des Projektes hervorgetreten, jedoch sind dieselben nebensächlicher Art und sollen nicht weiter erörtert werden. Die Kommission hat vielmehr geglaubt, der Vorlage zustimmen zu sollen, jedoch unter dem Vorbehalt, daß der mit der Leitung des Baues betraute technische Beamte sich

zuvor bei anderen derartigen Anstalten überzeugt, welche Aenderungen auf Grund der in der Kommission geäußerten Wünsche an dem Projekte etwa noch vorgenommen werden können.

Die Magistratsvorlage wird mit diesem Vorbehalt genehmigt.

## XX. Abänderung der Vereinbarungen mit dem elektrischen Lichtwerke.

Die Straßeneisenbahngesellschaft hat sich bereit erklärt, den Preis der vom hiesigen Lichtwerke gelieferten Energie herabzusetzen, und — unter Wegfall der bisher bewilligten Prämien — die Rabattgewährung so zu gestalten, daß der aus ihr entspringende Vorteil auch denjenigen Abnehmern, deren Gesamtkonsum verhältnismäßig gering ist, zuteil werden kann.

Eine Ermäßigung des Preises für Strom zur Beleuchtung der öffentlichen Straßen, Plätze usw. ist nicht beabsichtigt und ebensowenig soll an den Rabattsätzen etwas geändert werden, welche durch die Vorschrift im § 14 unter a des Konzessionsvertrages in der Fassung vom 16. Oktober 1902 für Strom zur Straßenbeleuchtung vereinbart sind.

Mit dem Ersuchen, den Konzessionsvertrag und die Lieferungsbedingungen entsprechend zu ändern, ist gleichzeitig der Antrag verbunden, die Miete für die Zähler zu ändern, für Entnahme des Stroms zu anderen als Beleuchtungszwecken die sogenannte Sperrzeit allgemein einzuführen und besondere Vorschriften über die Lieferung von Energie zum Betriebe von Aufzügen und Fahrstühlen zu erlassen.

Gegen Verbeibehaltung des Preises von 6  $\text{M}$  für die Hektowattstunde des zur Straßenbeleuchtung zu liefernden Stromes findet der Magistrat mit Rücksicht auf die sonstigen Lieferungsbedingungen nichts zu erinnern, zumal die Einführung der elektrischen Straßenbeleuchtung zurzeit nicht in Aussicht genommen ist; und ebenso erscheint es ihm unbedenklich, für den später zu diesem Zwecke erfolgenden Stromverbrauch die bisherige Rabattgewährung beizubehalten.

Ob die Ermäßigung des Preises von 6  $\text{M}$  auf 5  $\text{M}$  und die jetzt beabsichtigte Rabattgewährung eine Herabminderung der vom Elektrizitätswerke der Stadt zu leistenden Abgabe im Gefolge haben wird, läßt sich im voraus nicht feststellen.

Dauernd wird eine solche Herabminderung, wenn sie eintreten sollte, voraussichtlich nicht sein, da der Konsum vermutlich bald steigen wird, und überdies darf ein etwaiger, zeitweiliger Einnahmeausfall der Stadtkasse die Stadtverwaltung nicht dazu führen, die allseitig angestrebte und sachlich gerechtfertigte Ermäßigung der Preise zu vereiteln.

Die Einführung der Sperrzeit bedingt die Anbringung von Doppeltarif-Zählern, d. h. solchen Zählern, die den Stromverbrauch sowohl während wie außerhalb der Sperrzeit nachweisen, und es werden durch die Beschaffung dieser Zähler etwa 75 000  $\text{M}$  Kosten erwachsen. Der Magistrat hat sich dazu verstehen müssen, die

bisher für eingebaute Zähler aufgewandten Mittel als Teil der Kosten anzuerkennen, die durch Errichtung und bezw. Erweiterung des Lichtwerks verursacht sind, und hat daher auch sein Einverständnis dazu erklärt, daß die fraglichen Kosten dem Anlagekapital, das die Stadt bei Uebernahme des Werkes zu zahlen hat und das entsprechend dem § 11 des Konzessionsvertrages allmählich sinken und nach Ablauf von 35 Jahren ganz fortfallen soll, zugeschrieben sind und bezw. künftig zugeschrieben werden. In gleicher Weise wird daher auch in Ansehung der jetzt für die neuen Doppeltarif-Zähler aufzuwendenden Kosten zu verfahren sein, jedoch mit der Maßgabe, daß der Anschaffungspreis der jetzt auszusaltenden einfachen Zähler vom Anlagekapital wieder abgesetzt wird. Dabei wird, da diese einfachen Zähler jetzt aus der Gesamtanlage völlig ausgeschieden werden, der gesamte Betrag vom Anlagekapital abgesetzt werden müssen, den das Lichtwerk für Beschaffung und Anbringung der fraglichen Zähler seinerzeit aufgewandt hat und um den das Anlagekapital erhöht ist, weil andernfalls, d. h., wenn man nur den jetzigen, durch Abschreibungen geminderten Wert absetzen wollte, die Stadt bei Uebernahme des Werkes Wertobjekte zu bezahlen haben würde, die alsdann nicht mehr vorhanden sind.

Wenn und sobald die freiverdenden Zähler wieder eingebaut werden, wird ihr Anschaffungspreis nebst den neuen Einbaukosten dem Anlagekapitale wieder zuzuschreiben sein, während bis dahin, daß solches geschieht, die verfügbar bleibenden Zähler ebenso wie bewegliche Reservevorräte (z. B. Kabel u. dergl.) zu behandeln sein werden.

In bezug auf diese letzteren Vermögensstücke sind längere Verhandlungen zwischen der Straßeneisenbahngesellschaft und dem Magistrate gepflogen. Letzterer hat sich überzeugt, daß seine frühere Auffassung, daß auch Mobilien als Teil der Lichtwerksanlage anzusehen und die Beschaffungskosten dem Anlagekapitale zuzuschreiben seien, mit dem Inhalte des § 5 des Konzessionsvertrages nicht vereinbar ist, und hat daher neuerdings diese Zuschreibung nicht mehr zugelassen. Diejenigen Werte, deren Beschaffungskosten das demnächst von der Stadt zu vergütende Anlagekapital bilden sollen, müssen dauernde sein und daher insbesondere alle verbrauchbaren Sachen hierbei unberücksichtigt bleiben. Dasselbe gilt aber auch von solchen beweglichen Gegenständen, die das Werk zwar im Interesse seiner Leistungsfähigkeit dauernd vorrätig haben muß (Reserveteile der Maschinen, Kabel, Werkzeuge und dergl.), die aber entweder überhaupt nicht oder wenigstens vorläufig nicht Teile des Werkes sind.

Die Straßeneisenbahngesellschaft bestreitet zwar die Richtigkeit dieser jetzt vom Magistrate vertretenen Ansicht, aber nach dessen Ueberzeugung nicht mit Grund; und gerade die Beurteilung der Beschaffungskosten der jetzt frei werdenden Zähler liefert den deutlichsten Beweis dafür, daß Mobilien überhaupt nicht unter die Vorschriften des § 5 des Konzessionsvertrages fallen können.

Dabei wird aber anerkannt, daß, wie das Lichtwerk der fraglichen Gegenstände nicht entbehren kann, auch die Stadt derselben bei Uebernahme des Lichtwerkes bedürfen wird, und daß es daher durchaus der Willigkeit entspricht und zweckmäßig ist, daß die Stadt die fraglichen Vermögensstücke, soweit ihr stadtseitiger Erwerb zweckdienlich erscheint, dem Lichtwerke unter angemessenen Bedingungen abnimmt. Dazu bedarf es einer entsprechenden Ergänzung des Konzessionsvertrages, die um so mehr zu empfehlen ist, als es allgemein üblich ist, in ähnliche Verträge Vorschriften darüber aufzunehmen, wie bei Uebernahme des Hauptobjectes des Vertrages bezüglich des beweglichen Zubehörs verfahren werden soll.

Die jetzt von der Straßeneisenbahngesellschaft erbetene Aenderung des Konzessionsvertrages, die auch auf Wunsch der Gesellschaft dahin erfolgen soll, daß die in den §§ 11 und 12 für die stadtseitige Uebernahme des Werkes festgesetzte einjährige Anzeigefrist auf eine solche von 3 Jahren ausgedehnt werden soll, muß daher als Anlaß benutzt werden, um die vorerwähnte, dringend wünschenswerte Ergänzung des Konzessionsvertrages herbeizuführen. Es erscheint uns ein solches Vorgehen um so unbedenklicher, als einerseits der Stadt nicht wohl zugemutet werden kann, bei Uebernahme des Lichtwerkes auch solche Mobilien zu übernehmen, die für die Aufrechterhaltung des Betriebes nicht zweckdienlich sind, und als andererseits bei Uebernahme der brauchbaren Stücke zum Tagwerthe die Gesellschaft sich vermutlich ebenso gut oder gar besser stehen wird, als wenn die Uebernahme unter analoger Anwendung der Vorschriften des § 11 des Konzessionsvertrages erfolgen würde.

Der Versammlung wird hiernach der Entwurf von Vorschriften, durch die sowohl die Vertragsbestimmungen, wie die Lieferungsbedingungen ergänzt und geändert werden sollen, mit dem Anheimgen geben überreicht, diese Vorschriften zu genehmigen.

Herr Schöttler: Die Vorlage ist von der vereinigten Statuten- und Baukommission beraten worden. So freudig wir auch eine Verbilligung des elektrischen Lichtes begrüßen können, so haben wir doch in den vereinigten Kommissionen geglaubt, noch einige Wünsche geltend machen zu dürfen in bezug auf die elektrische Kraftabgabe. Die Kommissionen glaubten daher nicht, Ihnen die Vorlage ohne weiteres empfehlen zu können, sie hielten es vielmehr für notwendig, den Magistrat aufzufordern, mit der Straßenbahngesellschaft nochmals über einzelne Punkte in Verhandlungen einzutreten. Da nun aber die Straßenbahn mit Recht sagte, es läge nicht nur ihr sehr viel daran, daß die Sache noch vor den Ferien erledigt würde, sondern es läge das auch im Interesse der Abnehmer des elektrischen Stromes, damit diese schon im bevorstehenden Winter in den Genuß der Verbilligung kommen könnten, so hat der Magistrat die Zeit zwischen der Kommissionsitzung und heute schon dazu benutzt, um im Sinne der Kommissionen entsprechende Verhandlungen zu führen. Die Straßenbahngesellschaft hat sich dabei recht entgegenkommend gezeigt,

so daß ich mich der Hoffnung hingebe, daß wir heute die verbesserte und für uns noch günstiger gestaltete Vorlage ohne weiteres werden annehmen können.

Die Aenderungen im Vertrage und in den Lieferungsbedingungen des Lichtwerkes mit der Stadt beziehen sich zunächst auf die elektrische Beleuchtung. Die wesentlichste Aenderung liegt darin, daß der Grundpreis der elektrischen Beleuchtung von 6  $\text{M}$  auf 5  $\text{M}$  für die Hektowattstunde herabgesetzt werden soll. Damit ist weiter auch eine Aenderung der Rabattsätze verbunden, welche Aenderung prinzipiell sehr wichtig ist. Bisher wurde der Rabatt auf den absoluten Verbrauch an Strom gewährt, so daß also, wenn eine gewisse Strommenge im Jahre überschritten wurde, der Abnehmer von da an einen gewissen Rabatt bekam. Die Rabattsätze sind ja bekannt. Nun soll das System jetzt so geändert werden, daß nicht mehr der absolute, sondern der relative Verbrauch an Elektrizität maßgebend ist, d. h. der Rabatt wird jeder Anlage gegeben, die im Verhältnis zu ihrer Größe viel verbraucht und gilt dabei als Rechnungseinheit der sogenannte Anschlußwert. Ich gebe Ihnen folgendes Beispiel hierfür: Wenn Sie eine Glühlampe haben, so brauchen Sie rund  $\frac{1}{2}$  Hektowatt in der Stunde, inselgedessen haben Sie einen Anschlußwert von  $\frac{1}{2}$  Hektowattstunde. Wenn dieser Anschluß 300 Mal überschritten wird, so fängt der Rabattsatz an. Wenn Sie aber eine größere Anlage haben von hundert Lampen, dann haben Sie 50 Hektowatt Anschlußwert; brennen Sie von diesen hundert Lampen nur 2 oder 3, dann würden Sie nie in den Genuß von Rabatt kommen, weil der Anschlußwert zu hoch ist. Je besser Sie also die Anlage ausnützen, einen desto höheren Rabatt erhalten Sie. Der Rabatt beträgt 40 %.

Der dritte Punkt, der hier in Frage kommt, ist die Zählermiete, welche für ganz kleine Anlagen ein bißchen hoch war und die in der Weise heruntergesetzt worden ist, daß zwei neue kleinere Zähler eingeführt sind. Man hat jetzt schon besondere Zähler für 6 Lampen, während früher der kleinste Zähler auf 25 Lampen berechnet war, dieser kostete 10  $\text{M}$ , der jetzige kleinere Zähler aber nur 4,80  $\text{M}$ .

Aus diesen 3 Punkten des geänderten Vertrages resultiert eine Verbilligung der Elektrizität in allen Fällen; ich habe wenigstens keine Anlage ausfindig machen können, in der nicht eine erhebliche Verbilligung stattfinden würde. Ich habe zu dem Zwecke eine kleine Tabelle zusammengestellt, aus der hervorgeht, was für verschiedene große Anlagen bei verschiedener Benutzungsdauer zu zahlen ist, welche ich Interessenten gern zur Verfügung stelle, wenn ich auch nicht dafür garantieren kann, daß vielleicht kleinere Rechenfehler darin enthalten sind. Wenn Sie z. B. nur eine kleine Anzahl von 10 Lampen haben und diese nur 100 Brennstunden benutzen, so bezahlten Sie dafür früher jährlich 40  $\text{M}$ , jetzt aber nur 30  $\text{M}$ . Wenn Sie aber eine Anlage von 250 Lampen haben und sie 600 Stunden benutzen, so kostete das früher 3635  $\text{M}$ , jetzt aber nur 3020  $\text{M}$ . Die Ersparung beträgt im ersten Falle

25 % und im letzteren Falle 17 %, zwischen welchen Grenzen sich die Ersparnis gewöhnlich bewegt.

Nun komme ich zu den Kraftanlagen, und da ist die Sache nicht ganz so günstig. Es wird dort fortan eine Sperrzeit eingeführt werden. Der Strom soll also für den ermäßigten Preis nicht während des ganzen Tages den Anlagen zur Verfügung stehen, sondern er soll während eines Teils des Tages so bezahlt werden, wie wenn er zu Beleuchtungszwecken verwendet würde. Eine solche Sperrzeit ist eine Einrichtung von besonderer Bedeutung. Das Elektrizitätswerk liefert nämlich den Strom für Kraftzwecke zu einem Preise, für den es ihn selbst nicht herstellen kann; es ist unmöglich, daß bei einem Preise von 2  $\text{₤}$  für die Hektowattstunde ein Elektrizitätswerk existieren könnte, wenn es nur Kraftanlagen zu bedienen hätte. Die Verwendung des billigeren Stromes bei Kraftanlagen hat aber für ein Elektrizitätswerk den hohen Wert, daß seine Maschinen während eines Teils des Tages ebenfalls ausgenutzt werden, während sie sonst still liegen müßten. Jemehr aber die Maschinen sich der Ausnutzung nähern, desto mehr empfindet das Elektrizitätswerk die Stromabgabe für Kraftzwecke unangenehm. Die Kraftanlagen haben jetzt hier so zugenommen, daß das Elektrizitätswerk eine Verbilligung nur erzielen kann, wenn es sich vor zu großer Inanspruchnahme durch Kraftanlagen zu schützen vermag. Es muß deshalb auf die Sperrzeit einen hohen Wert legen, damit seine Neuanlagen nicht zu rasch verbraucht werden. Uebrigens ist die Sperrzeit nicht sehr schlimm, sie ist in der Vorlage u. a. angegeben für die Monate Juni und Juli von 9—10 Uhr abends und für den Monat Dezember von 4—10 Uhr nachmittags, während sie in den übrigen Monaten zwischen diesen Stunden liegt, sie spielt also nur in den Wintermonaten eine Rolle. Die Sperrzeit ist indessen für den Motorenbesitzer etwas unbequem. Diese Unbequemlichkeit müssen wir aber in Kauf nehmen, weil sie für ein Elektrizitätswerk eine Notwendigkeit ist, sofern es mit dem Preise für Elektrizität zu Beleuchtungszwecken heruntergehen will.

Nun hatten die Kommissionen in bezug auf die Sperrzeit große Bedenken, sie sagten sich aber schließlich, wir sehen ein, daß die Sperrzeit eingeführt werden muß, es wäre indessen sehr wünschenswert, sie möglichst zu beschränken und außerdem innerhalb der Sperrzeit nicht den hohen Preis von 5  $\text{₤}$  bezahlen zu müssen, sondern sich vielleicht mit einem Preise von 3  $\text{₤}$  zu begnügen. Das Elektrizitätswerk hat darauf zugestanden, daß die Sperrzeit im Juni und Juli ganz wegfallen soll, andererseits soll aber für den Strom, der während der Sperrzeit in den Monaten Februar bis November entnommen wird, nur 3½  $\text{₤}$  bezahlt werden, so daß man nur für die beiden Monate Dezember und Januar bei dem höheren Preise von 5  $\text{₤}$  verbleiben will. Es läßt sich nicht verkennen, daß die Bedenken, die die Kommissionen gegen die Einführung einer Sperrzeit geltend gemacht haben, hierdurch mindestens sehr abgeschwächt sind.



Ich gehe nun zu den Rabattsätzen über. Es soll der Rabatt also nicht mehr nach dem absoluten, sondern nach dem relativen Verbräuche gewertet werden, d. h. nach dem Anschlußwerte. Wenn der 300fache Anschlußwert für den ganzen Verbrauch überschritten ist, so soll der Einheitsatz heruntergesetzt werden. Das geht bis auf die Hälfte des Preises hinunter, also bei Kraftanlagen bis auf einen Pfennig. In den Genuß des einen Pfennigs werden allerdings nicht viele Leute kommen. Es ist angenommen, daß eine Pferdekraft 9,9 Hektowatt Anschlußwert hat.

Die Einrichtung der Sperrzeit bedingt die Einführung von neuen Zählern. Die sind aber außerordentlich teuer, sie kosten  $2\frac{1}{2}$  mal soviel, als die bisherigen Zähler, weshalb die Miete auch auf das doppelte derjenigen für die gewöhnlichen Zähler erhöht werden sollte. Das macht für die kleinen Motore sehr viel aus, und man kann bei dem Besitze eines kleinen Motors, der nur 200 bis 300 Stunden läuft, leicht dahin kommen, daß man außerhalb der Sperrzeit mehr bezahlen muß als früher. Hierdurch wurden die Kommissionen veranlaßt, darauf auszugehen, die Zählermiete herunterzusetzen und zwar wurde vorgeschlagen, es möchte sich das Elektrizitätswerk mit dem  $1\frac{1}{2}$ fachen Betrage begnügen, und auch hierauf ist die Straßeneisenbahn eingegangen. Damit fallen die Bedenken in bezug auf die kleinen Motore zum Teil ganz weg. Ich habe auch eine Tabelle für die Entnahme von Kraftbedarf ausgerechnet, woraus Sie deutlich ersehen werden, daß die kleinen Motore nach der Vorlage ein paar Mark teurer geworden sind. Jetzt fällt der Unterschied aber weg, und es kommt beides ungefähr auf eins heraus. Wer aber seine Maschine nur in etwa 200 Arbeitsstunden betreibt, für den macht das bißchen Strom überhaupt nichts aus. Bei längerer Arbeitszeit und größerem Kraftverbrauch stellt sich die Sache schon wesentlich günstiger.

Sodann habe ich die elektrischen Aufzüge zu erwähnen. Solche Aufzüge sind eine recht unangenehme Sache für ein Lichtwerk, weil sie Stromstöße verursachen, indem nämlich plötzlich beim Anheben eine große Menge von Strom verbraucht wird, während der Verbrauch beim Stillstehen wieder nachläßt. Die Anlage muß deshalb viel größer ausgeführt werden, als es sonst nötig sein würde, und es erwachsen dadurch dem Lichtwerke ganz besonders hohe Kosten. Dafür hat das Elektrizitätswerk bisher nichts erhalten, während es für richtig hält, daß ihm die besonderen Kosten wenigstens teilweise vergütet werden. Es wurde deshalb von dem Werke vorgeschlagen, den elektrischen Aufzügen einen Kostenbetrag von 25 M für 10 Hektowatt Anschlußwert aufzuerlegen. Das würde allerdings einen elektrischen Aufzug recht teuer machen, indem für einen solchen Aufzug ungefähr 100 M bei 4 Pferdekraften zu bezahlen sein würden. Wo aber solche Aufzüge sind, ist gewöhnlich auch elektrische Beleuchtung mit vorhanden und infolgedessen wird doch eine gute Preiskürzung für den Besitzer herauskommen, weil er eben wieder an den Ausgaben für elektrisches Licht spart. Die Kommissionen haben versucht, den

Betrag auf die Hälfte herunterzubrüchen und das ist ihnen geglückt, es sollen jetzt nur noch 12<sup>1</sup>/<sub>2</sub> M bezahlt werden.

Nun komme ich zu einigen anderen Punkten des Vertrages. Was zunächst die Straßenbeleuchtung anbelangt, so ist dabei die Verbilligung des Einheitspreises ausgeschlossen; wir müßten also, wenn wir eine solche einführen wollten, nach wie vor 6 S für die Hektowattstunde bezahlen. Diese Forderung wird damit begründet, daß bei der elektrischen Straßenbeleuchtung dem Lichtwerke die ganze Wartung und Regelung der Anlage mit obliegt. Das Lichtwerk erklärt, es habe damals den genauen Preis auf 6 S für die Straßenbeleuchtung festgestellt, unter Zugrundelegung der damaligen Herstellungskosten; inzwischen sei aber alles teurer geworden und infolgedessen sei es nicht in der Lage, von dem Preise für die Straßenbeleuchtung herunterzugehen. Die Kommissionen haben zugestehen müssen, daß das richtig ist. Da wir nun aber gar keine elektrische Straßenbeleuchtung besitzen, so würde es ein Streiten um des Kaisers Bart sein, wenn wir an diesem Preise jetzt herumkritisieren wollten.

In bezug auf die Höhe des Anlagekapitals habe ich folgendes zu erwähnen. Der Stadt steht bekanntlich die Berechtigung zu, das Werk jederzeit kaufen zu können. Nun sind bestimmte Abmachungen darüber vorhanden, wie das Anlagekapital festgestellt werden soll, und es soll sich letzteres jetzt um die Summe von 75000 M für die neuen Zähler erhöhen. Dabei ist nun zwischen Magistrat und Lichtwerk verabredet worden, daß die alten Zähler zu dem Einschätzungswerte abgesetzt und erst dann, wenn sie später wieder neu eingebaut sind, wieder zugelegt werden sollen. In bezug auf die Reserveteile, Vorräte zc. sind Zweifel darüber entstanden, ob sie zum Anlagekapital gehören oder nicht, der Magistrat meinte, sie gehören nicht dazu, sondern erst dann, wenn sie dauernd eingebaut werden. Nach dem neuen Vertrage soll auch in Zukunft so verfahren werden, wie es der Magistrat für richtig hält, und die Straßenbahn hat dem zugestimmt. Dafür hat das Lichtwerk ein gewisses Äquivalent erhalten. Während wir jetzt das Lichtwerk unter Wahrung einer einjährigen Anzeigefrist übernehmen können, hat dieses gewünscht, die Frist auf drei Jahre zu verlängern, da in einer nur einjährigen Frist eine große Härte für das Werk liege. Magistrat und beide Kommissionen haben der Aenderung zugestimmt. Wir können das auch umsomehr tun, als man solchen Entschluß doch nicht Hals über Kopf faßt, sondern eine längere Zeit einen derartigen Schritt überlegt. Es kommt noch eins hinzu. Wir stehen als Stadt zum Lichtwerke in einer eigentümlichen Beziehung, wir sind nämlich nicht nur Lichtempfänger, sondern sind auch am Gewinne des Werkes beteiligt. Deshalb müssen wir uns bei jeder Bewilligung wohl überlegen, ob wir unsere städtischen Einnahmen nicht schädigen, wenn wir dem Werke erlauben, an unsere Mitbürger die Energie billiger abzugeben.

Das Endurteil der beiden Kommissionen geht dahin, daß die sämtlichen unempfohlenen Aenderungen unbedenklich sind und wir Ihnen die Annahme der Vorlage unter den von mir vorgetragenen Aenderungen nur empfehlen können. Wir werden selbstverständlich noch die Aenderungen am Vertrage einzeln durchnehmen. Es handelt sich hier um ein Geschäft, das mit Handeln und Bieten gemacht wird. Es ist aber stark gehandelt, erst vom Magistrate und dann von den vereinigten Kommissionen, aber nun meine ich, kann man sagen, das Geschäft ist gut und es wird empfohlen, es so abzuschließen wie es vorliegt. Wenn wir die Sache nicht vor den Ferien fertig machen, dann geht ein ganzes Jahr verloren, weil die Verbilligung hauptsächlich in den Wintermonaten eine Rolle spielt und im nächsten Winter dann die Verbilligung noch nicht eintreten kann. Natürlich wird dann auch der vom Lichtwerk erhoffte Gewinn hinfällig. Beide Teile müssen also dringend wünschen, die Sache noch vor den Ferien zum Abschluß zu bringen.

Herr Kalmß (zur Geschäftsordnung): Ich habe einen Antrag eingereicht, die Vorlage noch in einer zweiten Lesung zu behandeln und bitte, darüber jetzt Beschluß zu fassen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer (zur Geschäftsordnung): Wenn nicht von vornherein eine zweite Lesung für nötig gehalten wird, so wäre es doch wohl richtiger, den Verlauf der heutigen Verhandlung abzuwarten, ehe ein bezüglicher Beschluß gefaßt wird. Vielleicht kommt die Versammlung im Laufe der Verhandlung zu der Ansicht, von einer zweiten Lesung absehen zu können.

Herr Kalmß (zur Geschäftsordnung): So gut bei der Kommission Bedenken gegen die Vorlage aufgetaucht sind, kann das auch bei anderen Mitgliedern der Versammlung der Fall sein. Außerdem wäre es zu bedauern, wenn eine Einigung mit dem Lichtwerke nicht erzielt würde. Aus diesen Gründen halte ich eine zweite Lesung für notwendig.

Vorsitzender: Ich verstehe Herrn Kalmß nicht recht. Anscheinend will er eine zweite Lesung der Vorlage an einem späteren Tage haben, um damit zu erreichen, daß wir heute schneller fertig werden.

Herr Kalmß (zur Geschäftsordnung): Es würde sich durch eine zweite Lesung ermöglichen lassen, daß Wünsche, die von anderen Mitgliedern der Versammlung hervortreten, sich noch bis zur zweiten Lesung erledigen lassen, ohne daß deshalb die Vorlage abgewiesen zu werden braucht.

Herr Fiedel (zur Geschäftsordnung): Ich muß mich der Ansicht des Herrn Oberbürgermeisters anschließen, daß wir über die zweite Lesung erst hinterher Beschluß fassen.

Herr Jasper (zur Geschäftsordnung): Es empfiehlt sich, von vornherein zu beschließen, ob eine zweite Lesung stattfinden soll, weil sonst die Beschlüsse dieser

Lesung bindend sind. Sachlich halte ich eine zweite Lesung deshalb für geboten, weil uns die Vorlage erst am Sonnabend zugegangen ist und sie nicht gründlich genug hat vorberaten werden können. Die Sache ist jetzt auch nicht einfacher, sondern noch komplizierter geworden, denn wir haben mit dreierlei Dingen zu rechnen: einmal, wie ist das Vertragsverhältnis jetzt — der Mehrheit der Versammlung ist der jetzige Vertrag gar nicht bekannt —, sodann die Vorlage des Magistrates, die wir erst kurze Zeit besitzen, ferner die Anträge der vereinigten Kommissionen und endlich sind inzwischen noch weitere Verhandlungen mit dem Lichtwerke gepflogen, die uns erst heute mitgeteilt werden. Daraufhin können wir doch nicht ohne weiteres schon heute Beschluß fassen; das traue ich mir nicht einmal zu, obwohl ich den Verhandlungen der Kommissionen beigewohnt habe. Ich halte es deshalb für zweckmäßig, daß die Vorlage noch einmal durchberaten wird.

Herr Wolters (zur Geschäftsordnung): Ich möchte bitten, den Beschluß aufzuschieben. Wenn wir jetzt wirklich einen Beschluß auf zweite Lesung fassen, so ist der durchaus nicht bindend, weil wir ihn jederzeit wieder aufheben können. Ferner sind durch das große Entgegenkommen der Straßenbahn die Wünsche der vereinigten Kommissionen erfüllt, während etwaige weitere Wünsche vorgebracht werden können.

Herr Leue (zur Geschäftsordnung): Ich möchte auch betonen, daß wir jetzt noch keinen Beschluß zu fassen brauchen; wir können das Statut erst durchberaten und dann hinterher zum Antrage Kalms Stellung nehmen.

Herr Esdorn (zur Geschäftsordnung): Wenn eine zweite Lesung vorweg beschlossen wird, so kann man sich bei der ersten Lesung über die Sachlage orientieren und darauf mit den Interessenten deren Wünsche besprechen.

Herr Lübke (zur Geschäftsordnung): Mir scheint, als ob die Herren Jasper und Esdorn sich die Sache zu schwierig vorstellen. Wer bei dem äußerst klaren Referate zugehört hat, muß die Sachlage vollständig übersehen haben. Mir ist wenigstens alles so klar geworden, daß ich nicht weiß, weshalb wir uns noch mit einer zweiten Beratung belasten sollen.

Vorsitzender: Man muß sich aber vorher schlüssig machen, ob man eine zweite Beratung haben will.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer (zur Geschäftsordnung): Es ist ganz richtig; es wird gewöhnlich so gemacht, daß vor der Beratung eine zweite Lesung beschlossen wird. Jetzt sind wir aber mitten in der Beratung, und ich weiß nicht, weshalb nicht erst vor der gesamten Abstimmung der Antrag Kalms zur Abstimmung gebracht werden soll. Erst nach der Durchberatung der einzelnen Paragraphen wird sich zeigen, ob noch Zweifel oder Unklarheiten vorhanden sind.

Vorsitzender: Wir würden in umgekehrter Weise zu derselben Lösung kommen. Parlamentarisch richtiger wäre es, vorher zu erklären, ob eine zweite Lesung stattfinden soll. Wer ist dafür, daß der Beschluß über eine zweite Lesung

jetzt gefaßt werden soll? — Der Antrag ist abgelehnt worden, wir werden also vor der Generalabstimmung darauf zurückkommen und fahren jetzt in der Beratung fort.

Herr Wolters: Ich habe namens der Baukommission über die Vorlage zu berichten. Da sich indessen seit der Beratung in den vereinigten Kommissionen die Situation geändert hat, so kann ich nur meine persönliche Ansicht vortragen. Ich möchte erklären, daß ich mit den Gegenvorschlägen der Straßenbahn einverstanden bin. Das vom Herrn Referenten ausgearbeitete Verzeichnis ist außerordentlich schön und wertvoll; ich möchte mir jedoch die Anfrage erlauben, ob dabei auch berücksichtigt worden ist, daß bisher außer dem Rabatt unter Umständen noch eine Prämie gewährt wurde. (Ruf: Nein!) Es wäre dann zweckmäßig, wenn das Verzeichnis entsprechend vervollständigt würde und die heute mitgeteilten Aenderungen an der Vorlage und andererseits auch die Prämie Berücksichtigung fänden, so daß man sich auch ein Bild von der Wirkung der Aenderung auf den Gewinnanteil der Stadt machen könnte. Die Stadt hat vom Lichtwerke bisher folgende Einnahmen bezogen: im letzten Betriebsjahre 58 257 M und im Vorjahre 51 585 M. Der Vertrag mit der Straßenbahn besagt, daß der der Stadt zufließende Gewinn vom Elektrizitätswerke für die ersten 50 000 M der Bruttoeinnahme  $7\frac{1}{2}\%$ , für die weiteren 50 000 M aber 10 % und dann 15 % beträgt. Es ist eine Tatsache, daß sich von Jahr zu Jahr die Licht- und Kraftanlagen hier wesentlich gesteigert haben. Würde man erreichen, daß zu der Bruttoeinnahme von 430 000 M noch ein zehnprozentiger Zuwachs käme, so würde eine Urechnungssumme von 473 000 M entstehen. Andererseits könnte aber für die Stadt bei Annahme der Verbilligung der Preise ein Ausfall an Einnahmen von 17 000 M gegen das Vorjahr eintreten. Das Endresultat würde sein, daß selbst bei Annahme einer Steigerung des Konsums die Einnahme der Stadt von 58 257 M im nächsten Jahre auf 46 905 M herunterginge.

Herr Schöttler: Ich möchte noch über einen Punkt referieren. Es kam in der Kommissionsberatung auch zur Sprache, daß die Gebührentarife für Einrichtung und Abnahme der Leitungen sehr hoch seien und deren Herabsetzung sehr dringend erwünscht wäre. Die vereinigten Kommissionen haben daraufhin beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, auch über diesen Punkt mit dem Lichtwerke in Verbindung zu treten. Bemerkt mag gleichzeitig werden, daß diese Gebührenordnung mit der heutigen Vorlage nichts zu tun hat und eigentlich für sich zu behandeln wäre; wir meinten indessen, es könnte vielleicht der eine oder andere seine Abstimmung über die Vorlage davon abhängig machen und haben daher die Sache mit zur Sprache gebracht. Es erregt mit Recht Bedenken, daß die Gebühr immer zweimal bezahlt werden muß. Die von dem Magistrate mit dem Lichtwerke angeknüpften Verhandlungen haben übrigens zu keinem Ergebnisse geführt, denn das Lichtwerk

schreibt, es sei außerstande, momentan eine Ermäßigung oder den Fortfall der Prüfungsgebühren eintreten zu lassen. Es hat indessen die feste Zusicherung gegeben, daß es in die Erörterung der Frage der Herabsetzung oder des Wegfalls der Gebühren eintreten werde, sobald sich die Verhältnisse des Lichtwerks erst wieder konsolidiert haben werden.

Herr Jasper (zur Geschäftsordnung): Ich bitte, zunächst eine Generaldebatte über die Vorlage zu eröffnen. Es kommt in erster Linie darauf an, abzuwägen, ob die Aenderungen in ihrer Gesamtheit vorteilhaft sind oder nicht, und das ist nur möglich, wenn man sich bei seinen Äußerungen nicht auf einen Punkt zu beschränken braucht.

Der Antrag wird von der Versammlung angenommen und die Generaldebatte eröffnet.

Herr Asmann: Zweifellos hat die Vorlage die Annehmlichkeit, daß der Preis der Energie für Beleuchtungszwecke ermäßigt wird. Diese Aenderung wird um so freudiger begrüßt werden, als über die Höhe des Preises ganz allgemein lebhaftest Klagen geführt wurden. Trotzdem erscheint mir aber der Wert der Vorlage bei Lage der Sache zweifelhaft. Wenn hier die Behauptung aufgestellt wird, daß die Vorlage für die Abnehmer von Elektrizität ganz bedeutende Vorteile mit sich bringe, so muß ich doch zunächst ein großes Fragezeichen dabei machen. Der Herr Referent sagte allerdings, daß die Elektrizität zu gewerblichen Zwecken von dem Werke zu den Selbstkosten abgegeben würde; es muß indessen dabei berücksichtigt werden, daß die Stromabgabe für gewerbliche Zwecke eine Ergänzung des Werkes bietet, indem es nicht rationell arbeiten könnte, wenn es Energie nur für Leuchtzwecke abgäbe, weil dann nämlich das Werk einen Teil des Tages so gut wie still liegen würde. Wenn die Sperrzeit eingeführt werden soll und zu bestimmten Zeiten für die Elektrizität derselbe Preis für Kraftanlagen bezahlt werden muß, wie für Leuchtzwecke, so ist das nicht so einfach zu übersehen. Wir dürfen dabei nicht vergessen, daß die Maschinen, zu deren Antrieb der elektrische Strom gebraucht wird, vielfach zum Handwerksbetriebe benutzt werden. Es wird nun gesagt, daß bei Einführung der Sperrzeit niemand seinen Motor in der Zeit zu benutzen gezwungen sei. Das trifft aber in vielen Fällen nicht zu. Die Wurstfabrikanten werden z. B. ihren Betrieb im Hause nicht so einrichten können, daß sie in den Hauptwintermonaten den Motor von 4 bis 9 Uhr still legen. Die Sperrzeit ist deshalb für solche Leute, die ihren Motor zu gewerblichen Zwecken gebrauchen, eine unangenehme Beigabe. Für die Gastwirte, die einen Motor gebrauchen, würde die Annehmlichkeit der Vorlage auch wegfallen, da sie ihren Betrieb gerade während der Sperrzeit recht intensiv betreiben müssen. Wenn ferner gesagt worden ist, die Stadt habe Vorteile von dem Gewinne des Werkes, weshalb dessen Einnahme nicht zu sehr herabgedrückt werden dürfe, so stehen wir auf dem Standpunkte, daß

die Stadt dabei recht gut verdienen möge, daß es aber weder notwendig, noch zweckmäßig sei, doppelt zu verdienen, nämlich an den Steuern und an dem Elektrizitätswerke.

Was die für Fahrstühle vorgesehene besondere Gebühr anlangt, so hat nach meinem Empfinden wohl niemand geglaubt, daß die Versammlung den Antrag genehmigen würde. Mir kommt diese Sache so vor, als ob die Gesellschaft erst einmal recht hohe Sätze gefordert hat, um hinterher davon ablassen zu können, damit man glauben soll, sie wäre sehr zuvorkommend gewesen. Die Herabsetzung des Preises für Elektrizität bei Fahrstühlen würde also keine Ermäßigung der Ausgabe gegen jetzt sein. Man sagt, die Fahrstühle sollen für das Werk unangenehm sein; ich habe das aber noch nicht herausfinden können, indem mir bislang in keiner Weise aufgefallen ist, daß die Beleuchtung dadurch beeinflusst wurde. Wenn es aber nicht geschieht, so verstehe ich nicht, in welcher Weise durch Einschalten des Fahrstuhls eine Schädigung des Lichtwerks eintreten soll.

Auch die beabsichtigte Verlängerung der Kündigungsdauer von ein auf drei Jahre ist keine Vergünstigung für die Stadt, sondern das Gegenteil; wir haben das lebhafteste Interesse daran, die Stadt vor Schaden zu schützen. Es wurde gesagt, wenn die Kündigung ausgesprochen wird, dürfte ein so großer Betrieb nicht imstande sein, sich so schnell auf die Uebergabe vorzubereiten. Da die Stadt aber verpflichtet ist, die von der Gesellschaft beschafften Sachen zu übernehmen, so kann letztere gar nicht zu Schaden kommen, wohl aber die Stadt, wenn die Gesellschaft bei dreijähriger Kündigungsfrist kein Interesse mehr daran hat, das Werk auf dem laufenden zu erhalten. Es ist also nicht zutreffend, daß die Stadt Nutzen und die Gesellschaft Schaden von der dreijährigen Kündigungsfrist haben soll. Eine Sache in einem ordnungsmäßigen Zustande zu erhalten, ist bekanntlich ein sehr weitgehender Begriff und gerade aus diesem Bedenken kann ich der Verlängerung der Kündigungsfrist auf drei Jahre nicht zustimmen. Solche Verlängerung würde weder im Interesse der Kommune noch auch im Interesse der Gesellschaft liegen.

Was die doppelte Prüfungsgebühr anlangt, so hat die Gesellschaft sich allerdings bereit erklärt, bei günstigem Geschäftsstande auf die Gebühr verzichten zu wollen; das ist aber ein Versprechen, das nicht gehalten zu werden braucht. Welchen Unwillen die doppelte Prüfungsgebühr schon hervorgerufen hat, wissen Sie, und der Unwille wird noch stärker hervortreten, wenn die neuen Anschlüsse erst fertiggestellt sein werden. Deshalb bin ich der Meinung, es wäre jetzt Zeit und Gelegenheit, die Forderung zu stellen, daß die Gesellschaft eine Prüfungsgebühr nicht mehr erheben darf, weil die Stadt die Prüfung der Anlagen doch vornehmen muß und selbstverständlich auch eine Gebühr dafür zu erheben hat.

Aus den hier vorgebrachten Gründen kann ich für die Vorlage nicht so freudig stimmen, wenn ich auch bei einzelnen Sachen den durch die Vorlage beabsichtigten Fortschritt sehr wohl anerkenne.

Herr Kalms: Es hat sich wohl niemand mehr gefreut als ich, daß der Magistrat dazu geschritten ist, uns billigeres elektrisches Licht zu verschaffen, aber es wird wohl auch jedermann so ergangen sein wie mir: wenn man eine so umfangreiche Vorlage erhält und nicht Sachverständiger ist, so hat man viele Stunden nötig, um nur erst einmal zu wissen, was die Vorlage eigentlich will. Hätte man den jetzt bestehenden Vertrag mit der Vorlage zusammen erhalten, so hätte man sich besser hineinfinden können. Ohne den alten Vertrag läßt sich die Vorlage sehr schwer studieren. Von der technischen Seite der Vorlage verstehe ich nichts, ich habe auch niemand gehabt, der mir einen Vortrag darüber hätte halten können, und vom kaufmännischen Standpunkte aus betrachtet fasse ich die Sache so auf: Es heißt in der Vorlage, daß das elektrische Licht billiger werden wird, aber der Vorteil wird in Wahrheit nur wenigen Abnehmern zu teil. Das Wort „Anschlußwert“ soll die angeschlossenen Lampen bedeuten. Wenn man nun in den wirklichen Genuß des Rabatts, also auf einen Einheitsfuß von 3  $\text{S}$  für die Hektowattstunde kommen will, so muß man den Anschlußwert, also die Zahl der Lampen, mit 300 multiplizieren und die überschießende Strommenge wird dann mit 3  $\text{S}$  für die Hektowattstunde bezahlt. Es hält also für viele private und Geschäftsanschlüsse schwer, in den Genuß dieses Preises zu kommen. Wenn Sie einen Anschluß nur für die Wohnräume oder das Schreibzimmer haben, so mag das gehen, aber die meisten Privatabnehmer haben doch ihre Anlagen für sämtliche Räume herstellen lassen, also auch für solche, die wenig benutzt werden, und wenn die Lampen nicht in sämtlichen Räumen das Dreihundertfache des Anschlußwertes überschreiten, so kommen die Abnehmer nicht in den Genuß des Rabatts. In diesem Falle ist aber das elektrische Licht zu teuer. Wenn man zehn Lampen hat, die im ganzen Jahre vielleicht nur an 14 Abenden brennen, so schließen diese Lampen schon den Rabatt für die ganze Anlage aus.

Nun komme ich zu den gewerblichen Betrieben. Wenn man selbst die einfachsten Verkaufsläden mit Vogenlampen ausstatten will, dann kommt man wohl auf 300 Tage hin; hat man daneben aber noch andere Lampen vielleicht in Lagerräumen u., so geht es wieder nicht. Wenn Sie bei Wirtschaften Gartenanlagen oder Sitzplätze vor dem Hause haben, so sind diese von der Rabattgewährung wieder ausgeschlossen, weil das 300fache niemals herauskommen kann. In allen diesen Fällen tritt also eine Verbilligung des Lichtes nicht ein; es muß sich daher meiner Ansicht nach von dem Magistrate noch ein Weg finden lassen, um eine andere Berechnung zu erhalten.



Was die Kraftanschlüsse betrifft, so ist deren Zahl hier ganz bedeutend. Nach der früheren Statistik hatte die Stadt Braunschweig 369 Motore mit 959 Pferdekraften, so daß ein Motor durchschnittlich 2,6 Pferdekraften besitzt. Nicht die großen, sondern die kleinen Motore werden aber von der Rabattgewährung ausgeschlossen. Viele Motoren in Bäckereien, Gastwirtschaften etc. müssen gerade während der Sperrzeit arbeiten, weil sich der Betrieb nicht ändern läßt. Wenn der Herr Referent meinte, je mehr Strom ein Motor verbrauche, je niedriger stelle sich der Preis des Stromes, so habe ich mir das anders ausgerechnet. Ich habe berechnet, daß der Preis nicht um einen Pfennig billiger wird, auch wenn die höchste Zahl verbraucht wird, die Verbilligung des Strompreises für Motore steht also auch nur auf dem Papiere.

Herr Südel (unterbrechend): Wir sind jetzt aber bei der Spezialdebatte angelangt.

Vorsitzender: Das geht bei der Generaldebatte immer so.

Herr Kalms (fortfahrend): Den Preis von 1,4  $\text{₰}$  erreicht man auch bei den heutigen Preisen, so daß den größeren Konsumenten der billigere Preis auch nicht zugute kommt.

Die Vorlage ist wohl mit die wichtigste, die wir in der letzten Zeit gehabt haben, sie bedingt die Entwicklung von Handel und Gewerbe in hiesiger Stadt; ich möchte deshalb bitten, ihr noch eine zweite Lesung zu widmen und inzwischen mit dem Lichtwerk in Beratung darüber zu treten, ob die hier zum Ausdruck gebrachten Wünsche noch Berücksichtigung finden können.

Vorsitzender: Die Wünsche des Herrn Kalms sind mir noch nicht ganz klar geworden, ich wüßte wenigstens nicht, wie ich sie zusammenfassen soll.

Herr Oberbürgermeister Kete meyer: Ich möchte zunächst Herrn Dr. Wolters sagen, daß bei Aufstellung der Tabelle des Herrn Geh. Rat Schöttler die Prämien-sätze allerdings weggelassen sind, aber sie spielen auch, wie wir bei dem Rathause gesehen haben, keine Rolle. Die allgemeinen Einwendungen des Herrn Alßmann sind schon im voraus durch den Herrn Referenten widerlegt worden, so daß ich neue Gründe dagegen nicht anführen kann. Nur eins möchte ich noch hervorheben. Wir haben seit ungefähr zwei Jahren die Sperrzeit bei neuen Abnehmern auf Grund des § 2 des Vertrages schon eingeführt. Es ist uns nämlich glaubhaft gemacht, daß das Werk an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit stand, wenn in der bisherigen Weise Strom zu gewerblichen Zwecken weiter auch in den Zeiten des Tages abgegeben wurde, wo zu Beleuchtungszwecken eine große Menge Strom verwendet wird. Aus diesem Grunde ist bei neuen Unternehmern die Sperrzeit bereits eingeführt worden. Das konnte nur geschehen, indem gesagt wurde, du bekommst Strom zu Kraftzwecken nur dann, wenn du dich der Sperre unterwirfst.

Ich halte es aber für einen ungerechten Zustand, daß ein Teil der Einwohner mit der Sperrzeit belastet ist und der andere nicht.

Daß die Ausdehnung der Kündigungsfrist auf drei Jahre eine so schwere Schädigung für die Stadt sein soll, kann ich nicht anerkennen. Wenn die Stadt sich schlüssig machen will, das Werk zu übernehmen, kann sie das recht gut drei Jahre vorher tun. Wir haben hierbei übrigens nicht nur einseitig den Standpunkt der Stadt einzunehmen, sondern wir müssen auch mehr oder weniger die Interessen des Werkes mit wahrnehmen. Es läßt sich darüber streiten, ob gerade drei Jahre notwendig sind, man könnte vielleicht auch mit zwei Jahren auskommen. Mit Rücksicht auf die großen Anschaffungen für das Werk ist aber die jetzige Frist von einem Jahre zu kurz.

Die Prüfungsgebühren hier nochmals durchzuverhandeln, nachdem das erst vor einiger Zeit geschehen ist, hat keinen Zweck. In gewisser Weise ist es ja Schuld der Stadt, daß diese Sache so schwer empfunden wird, weil wir nämlich eine zweite Prüfungsgebühr stadtseitig eingeführt haben.

Was die Ansicht des Herrn Kalms betrifft, so möchte ich nur auf eins eingehen. Er hat speziell darauf hingewiesen, daß jemand, der eine große Anlage hat, den Vorteil der Rabattgewährung deshalb nicht haben würde, weil bei Berücksichtigung des Anschlußwertes die ganze Anlage in Betracht gezogen werden muß. Die Menge an Strom, den die gesamten stromverbrauchenden Körper, wenn sie in Betrieb gesetzt werden, absorbieren, das ist der Anschlußwert einer Anlage. Die Vorlage ermächtigt aber ausdrücklich den Abnehmer, diese Art der Rabattgewährung nur für einzelne Teile seiner Anlage in Anspruch zu nehmen. Hierin liegt ein wesentlicher Vorteil, allerdings nur für den, der rechnen kann. Er wird sich ausrechnen müssen: willst du einen besonderen Zähler haben für einen Teil deiner Anlage, oder willst du deine ganze Anlage einrechnen? Wer noch große Gesellschaftsräume mit elektrischem Licht versehen läßt und sie vielleicht nur bei Hochzeiten und Kindtaufen gebraucht, der wird allerdings gut tun, zu sagen, für den regelmäßig benutzten Teil meiner gesamten Anlage wünsche ich gesonderte Berechnung. Es kommt also auf das Rechengemmel an. Im übrigen glaube ich, daß kein Grund vorliegt, jetzt schon die zweite Lesung zur Sprache zu bringen.

Herr Schöttler: Nach den eingehenden Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters will ich nur noch darauf aufmerksam machen, daß es ein Irrtum ist, wenn Herr Altmann die Sache so hinstellt, als ob bei Kraftanlagen immer eine Verteuerung eintrete; ich habe schon hervorgehoben, daß sie nur bei ganz kleinen und ganz wenig benutzten Anlagen eintritt. Das von Herrn Altmann angeführte Beispiel trifft auch nicht zu, denn in Schlachtereien und Bäckereien hat man im Durchschnitt größere als einpferdige Motore und läßt sie auch länger laufen. Nach den jetzigen Sätzen hat man für einen dreipferdigen Motor 635 M und in

Zukunft außerhalb der Sperrzeit 534 M. zu bezahlen. Für diese Differenz kann man sich in den teuren Monaten 101 Sperrstunden kaufen, ohne auch nur einen Pfennig mehr zu bezahlen als jetzt. Der Inhaber eines solchen Motors kann sich also nicht beklagen; eine kleine Schädigung gegen jetzt tritt auch nur in wenigen Fällen ein und die sind von geringerer Bedeutung, indem es sich dabei nur um kleine Beträge handelt. Ob der Besitzer eines einpferdigen Motors jährlich 8 bis 10 M. mehr bezahlt als jetzt, kann nicht viel ausmachen.

In bezug auf die Bemerkungen des Herrn Kalms hat der Herr Oberbürgermeister schon das entscheidende Wort gesprochen. Herr Kalms hat eben übersehen, daß man seine Anlagen in verschiedene Teile zerlegen kann. Im übrigen kann ich mich für die kalte Pracht der guten Stube nicht erwärmen. (Heiterkeit.) Wer sich für die gute Stube eine elektrische Anlage zum Staate machen läßt, mag sie auch bezahlen; dagegen bin ich dafür, daß die Leute, welche ihre Anlage ausnützen, auch einen größeren Rabatt erhalten, und das trifft zu.

Ferner möchte ich darauf aufmerksam machen, daß es die allerhöchste Zeit ist, daß sich das Lichtwerk gegen den Anschluß von Kraftanlagen schützt und dafür den Anschluß von Beleuchtungsanlagen sucht, und daran sind wir als Stadt auch interessiert. Im allgemeinen ist mir bei dem bisherigen Verlaufe der Debatte eins aufgefallen: Ich habe die feste Ueberzeugung, es wird Ihnen hier ein wunderschöner Kuchen vorgesetzt, der wirklich empfehlenswert ist, das wissen Sie auch alle, aber Sie wollen bloß die Rosinen herauspicken. (Heiterkeit.) Wenn ich mit jemand ein Geschäft machen will, so ziehe ich ihm nicht das Fell über die Ohren, sondern jeder Teil muß etwas von dem Gewinne haben. Das hier zur Besprechung stehende Geschäft ist aber ein gutes, und gegenüber dem Riesenfortschritt der Vorlage kommen die kleinen Nachteile wirklich nicht in Betracht.

Herr Südel: Wir können an die Beratung der Vorlage nicht mit dem Bewußtsein herantreten, einen neuen Vertrag mit dem Lichtwerke abschließen zu wollen, sondern es handelt sich nur um die Veränderung eines bestehenden Vertrages und bei solcher Veränderung ist doch Entgegenkommen auf beiden Seiten nötig. Wir dürfen nicht daran denken, zu fordern, was jedem einzelnen Mitgliede der Versammlung wohl wünschenswert erscheint, sondern wir müssen versuchen, einen Mittelweg zu finden, auf dem einerseits das Elektrizitätswerk gewinnbringend weiter fortschreiten kann und auf dem andererseits auch den Bewohnern unserer Stadt so viele Vorteile wie möglich geboten werden. Wir sind nach dem vorliegenden Vertrage auch nicht in der Lage, das Elektrizitätswerk zu einer Vergrößerung zu zwingen, wenn es erklärt, es sei mit seiner Kraft zu Ende und habe kein Interesse daran, das Werk noch weiter auszudehnen, wer noch Licht oder Kraft haben wolle, der möge sehen, wie er beides friege. Also wir müssen auch schon aus diesem Grunde ein gewisses Entgegenkommen zeigen.

Herr Bues: In der Kommission war ich auch der Ansicht, es läge ein Vorteil darin, daß wir das Licht um 1  $\mathcal{M}$  billiger bekämen, als ich aber anfang zu rechnen, habe ich das Gegenteil gefunden. Wenn Herr Südel sodann sagt, es handle sich hier nicht um einen neuen Vertrag, so muß ich dem auch widerstreiten, denn wir haben tatsächlich einen neuen Vertrag. Ich bestreite auch, daß die neuen Rabattsätze höher sind, als die bisherigen. Gerade die großen Anschlüsse haben bisher einen guten Rabatt gehabt, denn wenn sie heute für 1500  $\mathcal{M}$  Licht gebrauchen, so haben sie einen Rabatt von 100  $\mathcal{M}$  erhalten, der in Zukunft vollständig wegfallen wird. Boedemann braucht z. B. nur im Sommer viel Licht, Hotel d'Angleterre und andere Etablissements nur im Winter, alle diese Abnehmer stehen sich bei den heutigen Preisbedingungen besser. Dafür kriegen allerdings die kleinen Abnehmer mit wenigen Lampen mehr Rabatt. Also das Geschäft, das bei den neuen Bedingungen gemacht wird, liegt auf seiten des Lichtwerks und nicht der Konsumenten. Bezüglich der Motore würde ich mich wohl einverstanden erklären können, aber die Sperrzeit macht auch hier die ganzen Rabattsätze illusorisch.

Herr Schöttler: Die Ausführungen des Herrn Bues bezüglich der großen Abnehmer beruhen auf einer absolut falschen Anschauung. Ich muß immer wiederholen, man kann die wenig benutzten Teile einer Anlage von den viel benutzten abtrennen, um sich den Rabatt zu sichern. Ferner muß ich noch darauf aufmerksam machen, daß die Ermäßigung des Grundpreises sehr viel mehr ausmacht, als der heutige Rabatt, ebenso wird der 300 stündige Anschlußwert häufig überschätzt. Eine Lampe, die vom Einbrechen der Dunkelheit bis spät am Abend brennt, erreicht nämlich im Jahre 1400 Brennstunden. Sie würden bei dieser Lampe für etwa 20 % der Elektrizität 5  $\mathcal{M}$  für die Sehtowattstunde bezahlen und für 80 % nur 3  $\mathcal{M}$ . Eine kleine Anlage kann ich mit Rücksicht auf die Zählermiete natürlich nicht teilen, während die große Anlage eines Wirtes leicht drei oder vier Elektrizitätszähler vertragen kann.

Herr Kalms: Ich möchte dem Herrn Referenten erwidern, daß die Miete für die Elektrizitätszähler durchaus nicht gering ist. Ich muß Herrn Bues insofern recht geben, als früher der gesamte Verbrauch an Elektrizität bei der Rabattbemessung angerechnet wurde, während jetzt ein Teil davon ausgeschaltet werden soll. Wenn verschiedene Herren sagen, es solle durch die Vorlage hauptsächlich dem gewerblichen und dem Handelsbetriebe gedient werden, so muß ich darauf erwidern, daß der Rabattgenuß bei neuen Anlagen auf eine Reihe von Jahren durch die Anlagekosten verloren geht. Die Anlagen sind nämlich nicht billig, sondern kosten ein so ungeheures Geld, daß man mit einem zehnjährigen Verluste des Rabatts rechnen kann.

Herr Südel: Es wird immer so viel vom Anschlußwerte gesprochen und darauf hingewiesen, daß dieser Wert der Rabattberechnung zu Grunde gelegt wird.

Sie übersehen dabei aber, daß nach den neuesten Erfindungen der Anschlußwert durch das Einschalten neuer Lampen einen ganz erheblich höheren Prozentsatz erzielt. Es sind nämlich Erfindungen gemacht worden, die nur die Hälfte oder ein Viertel des bisherigen Verbrauchs an Hektowatt bei gleicher Lichtstärke erfordern. Wer sich diesen Vorteil zunutze macht und seine Anlage darauf prüfen läßt, wie er den Anschlußwert verbilligen kann, der macht das beste Geschäft. Diese Errungenschaften der Neuzeit sind so bedeutend, daß ein erheblicher Vorteil darin liegt.

Herr Jasper: In der Debatte war mir das interessanteste, zu hören, daß wir das Werk nicht zwingen könnten, eine Vergrößerung vorzunehmen. Ich habe bisher angenommen, daß das Lichtwerk verpflichtet sei, jeden Anschluß unter den vereinbarten Bedingungen anzunehmen. Daraus folgte für mich, daß sich das Werk zu einer Erweiterung verstehen muß, sobald es nicht mehr ausreicht. Dem gegenüber habe ich mit Bedauern vom Herrn Oberbürgermeister gehört, daß der Magistrat sich auf den Standpunkt gestellt hat, er könne das Lichtwerk zu einer Erweiterung nicht zwingen und wolle die Interessen des Lichtwerks in der Weise wahrnehmen, daß man die Kraft zurückdränge und dafür das Licht an die Stelle setze. Wenn der Vorlage eine solche Lösung innewohnt, so kann man ihr allerdings nur sehr skeptisch gegenüberstehen. Bei meiner Würdigung der Vorlage hatte ich von vornherein im Auge, daß es sich hier um das vermeintliche Entgegenkommen eines kapitalistischen Unternehmens mit seinen Berliner Hintermännern handelt: ich fürchte die Danaer, auch wenn sie Geschenke bringen. Wir kommen aus diesem ganzen Widerspruch nur heraus, wenn wir das Lichtwerk nicht von privatkapitalistischen Grundsätzen aus handhaben, sondern es den Interessen der Konsumenten mehr anpassen, d. h. auf die Gemeinde übernehmen.

Herr Bues: Wenn Herr Schöttler meint, man könne bei einer großen Anlage einzelne Teile ausschalten, so muß ich ihm widersprechen: wenn es brennt, brennt alles! Was muß ein Etablissement allein für eine Menge Prüfungsgebühr bezahlen, ferner eine höhere Zählermiete und dann bekommt es in Zukunft noch nicht einmal einen Rabatt. Wer dagegen nur zwei Lampen hat, der soll Rabatt erhalten. Das stimmt mit meiner Auffassung nicht überein. Wenn das Etablissement seine ganzen Beleuchtungskörper nur 50 mal im Jahre gebraucht, und daß das nicht öfter geschieht, dafür sorgt schon die Herzogliche Polizeidirektion, so erhält es keinen Rabatt.

Herr Wolters: Herr Zübel hat recht gegenüber den Äußerungen des Herrn Jasper: die Straßeneisenbahn-Gesellschaft ist zur Hergabe von Licht und Kraft nur verpflichtet, insoweit es die jeweiligen Anlagen gestatten. Ebenso muß ich Herrn Schöttler recht geben gegenüber den Äußerungen des Herrn Bues, daß

eine Verbilligung des Stromes um 20 % eintritt, der gegenüber die höhere Zählermiete nicht in Betracht kommen kann.

Herr Esdorn: Herr Bues hatte mit Recht gesagt, daß keine Vergünstigung für die großen Abnehmer eintreten würde, weil sie nur wenige Tage im Jahre den elektrischen Strom benutzen, aber er hatte insofern unrecht, als er meinte, daß die großen Abnehmer in Zukunft mehr bezahlen sollten als jetzt. Es scheint mir indessen eine gewisse Ungerechtigkeit in der Richtung zu existieren, daß die großen Abnehmer keinen Rabatt genießen, während die kleinen solchen erhalten.

Herr Voge: In der Kommission wurde vom Herrn Oberbürgermeister hervorgehoben, daß das Elektrizitätswerk auf die von der Kommission gewünschten vielen Ermäßigungen nicht eingehen würde und ich bin erstaunt, daß das doch geschehen ist. Es wurde auch schon in der Kommission angeregt, ob nicht ein unparteiischer Sachverständiger vorhanden wäre, der uns sagen könnte, ob diese und jene Forderung gerecht wäre. Hierüber ist in der Versammlung noch garnicht gesprochen worden, und es scheint mir doch, als ob die Sätze gar zu sehr zugunsten des Elektrizitätswerkes festgesetzt sind und noch eine Ermäßigung erfahren könnten.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Ich bezweifle, daß solcher Sachverständiger gefunden werden könnte, denn den gibt es in der ganzen Welt nicht. Hier handelt es sich einerseits um die Stadt, die ein Interesse daran hat, ihren Anteil zu bekommen und andererseits um die Gesellschaft, die selbstverständlich bei ihrem Geschäfte gar nichts anderes im Auge hat, als Geld zu verdienen. Es müßte also schon ein Sachverständiger sein, der ganz genau in die Vermögenslage der Gesellschaft eindringt und auf der anderen Seite auch unsere Finanzlage und unsere Interessen prüft. Einen solchen Sachverständigen kann der Magistrat nicht schaffen. Ich habe wohl daran gedacht, Herrn Professor Peukert um ein solches Gutachten zu bitten, aber ich muß bezweifeln, daß er unsere Finanzlage richtig zu beurteilen versteht.

Herr Lübke: Ich weiß nicht, wer ein unparteiischerer Sachverständiger sein soll, als Herr Schöttler. Die hier vorgeführten Gegenrechnungen der Herren Kalms und Bues sind aus der Luft gegriffen; denn die Berechnungen der Herren waren positiv unrichtig und vertraten den Standpunkt einzelner Interessentengruppen. Die großen Abnehmer können sich außerdem durch Teilung ihres Betriebes in den Vorteil des Rabatts bringen. Was sollen wir also einen fremden Sachverständigen hören, wo wir einen Sachverständigen in der Versammlung haben? Unparteiisch und richtig ist der Weg, daß man die bisherige Ungleichheit in den Sätzen beseitigte: der Kraftstrom wurde bisher zu billig und der Lichtstrom zu teuer abgegeben, beides wird aber jetzt geändert. Wir können uns deshalb ruhig auf diesen Weg begeben. Wer aus der Versammlung soll wohl dasselbe Sachverständnis

betätigen wie die beiden vorberatenden Kommissionen, die die Vorlage lange und gründlich durchberaten haben?

Herr Schöttler: Die Behauptung, daß jemand, der eine große Beleuchtungsanlage hat und sie nicht viel benutzt, künftig mehr bezahlen soll als jetzt, trifft nicht zu. Nehmen wir ein Beispiel: Eine Anlage von 250 Lampen ist ziemlich groß, eine Brenndauer von 100 Stunden sehr klein, das gestehen die Herren wohl zu. Wenn aber ein Gastwirt seine Anlage nicht einmal 100 Stunden im Jahre brennen hat, so ist er bankrott und hat als Gastwirt keine Existenzberechtigung. Eine solche Anlage bezahlte bisher 750 M einschließlich Zählermiete und wird in Zukunft 625 M bezahlen, so daß sie einen Nutzen von  $16\frac{2}{3}\%$  hat.

Herr Hesse (zur Geschäftsordnung): In Rücksicht auf die stark vorgeschrittene Zeit beantrage ich, die Verhandlungen jetzt abzubrechen und in einer späteren Sitzung fortzusetzen.

Herr Esdorn (zur Geschäftsordnung): Ich halte es für richtiger, jetzt  $\frac{1}{2}$  Stunde Pause zu machen. (Widerspruch.)

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer (zur Geschäftsordnung): Da in nächster Woche schon verschiedene Herren weg sein werden, so läßt es sich vielleicht ermöglichen, in dieser Woche noch eine zweite Sitzung abzuhalten. Wenn eine zweite Lesung abgehalten werden soll, so wäre es doch wünschenswert, die erste Lesung so bald wie möglich zu beenden.

Herr Schöttler (zur Geschäftsordnung): Die zweite Lesung wird nicht nötig sein, da wir die eben beendete Generaldebatte als erste Lesung ansehen können. (Zustimmung.) Das Durchgehen der einzelnen Paragraphen ist nur noch eine Formalität, es braucht über die einzelnen Bestimmungen niemand mehr zu reden, da schon alles da gewesen ist. Besser ist es schon, wir vertagen die Verhandlungen um eine Woche, damit jeder überlegen kann, was hier heute gesagt worden ist und danach seinen bestimmten Standpunkt einnimmt.

Vorsitzender: Es dürfte sich empfehlen, am Schlusse der ersten Lesung eine Probeabstimmung vorzunehmen. Ich frage daher, wer wird für die Vorlage sein, nachdem sie entsprechend den Vorschlägen der Kommission geändert sein wird? Das sind 16 : 8 Stimmen. Wer ist dafür, schon morgen eine Sitzung anzuberaumen? Das ist die Minderheit, ich werde also die nächste Sitzung heute über acht Tage anberaumen

und schließe die Sitzung.

Dauer von 4 bis  $8\frac{1}{2}$  Uhr.

1907/1908.

Nr. 5.

# B e r i c h t

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 4. Juli 1907.



### Tagesordnung:

|                                                                                                     |           |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| I. Abänderung der Vereinbarungen mit dem elektrischen Lichtwerke (Schluß)                           | Seite 154 |
| II. Rückforderung von Darlehen . . . . .                                                            | " 174     |
| III. Zuschuß zu den Vorarbeiten für den Bahnbau Celle-Braunschweig . . .                            | " 178     |
| IV. Erwerb einer Fläche an der Katharinenkirche . . . . .                                           | " 183     |
| V. Anfrage Kalms: Statut über die Regelung des Teppichklopfens . . . .                              | " 184     |
| VI. Anfrage Esdorn: Grundstücke bei der Befürwortung von Gastwirtschafts-<br>Konzessionen . . . . . | " 184     |
| VII. Anfrage Fricke: Unzuträglichkeiten auf dem Leonhardplatz . . . . .                             | " 185     |
| VIII. Antrag Kiefe: Straßendurchbruch hintern Brüdern . . . . . Langestraße . .                     | " 186     |
| IX. Anfrage Esdorn und Sander: Bepflanzung des Amalienplatzes . . . .                               | " 187     |
| X. Anträge Weichsel u. Gen.: Anlegung von Reitwegen . . . . .                                       | " 188     |
| XI. Antrag Esdorn: Verbreiterung der Schützenstraße . . . . .                                       | " 188     |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadtrat von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Akenhausen, Bähr, Bluth, Hesse, Leue, Löhnefinke und Weichsel.



Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt, eröffnet die Sitzung und spricht die Bitte aus, es möchten die Mitglieder der Versammlung, welche während der Sitzung fortzugehen beabsichtigen, ihm dies anzeigen, damit er wisse, ob die Versammlung noch beschlußfähig sei.

Eingegangen sind:

1. eine Eingabe des Herrn Kiene u. Gen. betreffend die Verbreiterung der Schützenstraße,
2. eine Eingabe des Herrn Gustav Koch, enthaltend eine Beschwerde über einen städtischen Beamten.

Da beide Eingaben auch dem Magistrate zugegangen sind, dieser dazu aber noch nicht Stellung genommen hat, so werden sie den Akten überwiesen.

Eine gedruckt vorliegende Auslassung des Architekten Ad. Heiners zu dem Ausbau der Schützenstraße gelangt zur Verteilung.

Es wird hierauf in die Tagesordnung eingetreten.

## 1. Abänderung der Vereinbarungen mit dem elektrischen Lichtwerke (Schluß).

Vorsitzender: Durch die große Arbeitsfreudigkeit des Herrn Referenten ist es ermöglicht worden, jedem Mitgliede der Versammlung am Montag eine die alten und die neuen Preise des Elektrizitätswerkes vergleichende Tabelle zugehen zu lassen. Ich gestatte mir, dem Herrn Referenten den Dank der Versammlung für diese fleißige Arbeit auszusprechen.

Herr Schöttler als Referent der vereinigten Statuten- und Baukommission: M. H. Die von mir ausgearbeitete Tabelle habe ich vor ihrer Vervielfältigung auf Grund der Kommissionsbeschlüsse berichtigt. Sie werden daraus die Folgerungen gezogen haben, die ich Ihnen bereits das vorige Mal vortragen durfte. Inzwischen ist mir noch eine zweite Zusammenstellung von der Straßeneisenbahn-Gesellschaft zugegangen, die insofern interessant ist, als darin der alte und der neue Tarif nicht wie in meiner Tabelle auf Grund willkürlicher Annahmen mit einander verglichen sind, sondern auf Grund der bestimmten Verbrauchszahlen, welche die in der Zusammenstellung erwähnten Konsumenten im vorigen Jahre tatsächlich erzielt haben. Vergleicht man die hier ermittelten Zahlen mit den Zahlen meiner Tabelle, so kommt ungefähr dasselbe heraus. Man ersieht aus beiden Tabellen, daß sich alle Abnehmer bei dem neuen Tarife ganz wesentlich verbessern. Da in der von der Straßenbahn herausgegebenen Tabelle u. a. auch die an das Lichtwerk angeschlossenen Stadtverordneten aufgeführt worden sind, so kann jeder leicht ermitteln, wie viel er nach dem neuen Tarife weniger als bisher zu bezahlen haben wird. Die zweite uns überwiesene Tabelle bezieht sich auf die Kraftanlagen und enthält den Verbrauch von 23 Geschäften aus den verschiedensten Branchen. Unter diesen 23 Geschäften habe ich nur drei gefunden, die sich bei dem neuen Tarife ver-

schlechtern, während die große Masse sich verbessern wird. Die Sperrzeit ist in der Tabelle ausgeschlossen, jedoch können Sie deren Einfluß aus meiner Tabelle entnehmen. Es trifft auch zu, was ich schon in der vorigen Sitzung erwähnte: wenn sich jemand bei seiner Kraftanlage wirklich verschlechtern sollte, so verbessert er sich bei seiner Beleuchtungsanlage so wesentlich, daß er sich immer noch besser steht als früher. In der Tabelle ist auch ein großer Abnehmer genannt, der sich bei seiner Kraftanlage um fast 200 M schlechter stehen wird. Wird aber der in der Anlage enthaltene Aufzug von der übrigen Kraftanlage ausgeschaltet, so stellen sich die Stromkosten erheblich niedriger, so daß die Verschlechterung nur noch 50 bis 100 M betragen würde. Da der Abnehmer sich bei den Beleuchtungskosten um etwa 550 M verbessert, so hat er doch noch einen erheblichen Vorteil von der Aenderung. Also auch die Aenderung des Strompreises bei den Kraftanlagen ist erträglich, und ich glaube, der Verschlechterung des Preises bei den Kraftanlagen wird ein größeres Gewicht beigelegt, als sie verdient.

Ich gebe anheim, nunmehr in die Beratung der beantragten Aenderungen im einzelnen einzutreten.

Vorsitzender: Der Entwurf lautet im Eingange:

„Der zwischen der Stadt Braunschweig und der Straßeneisenbahngesellschaft daselbst am 16. Juni 1898 über die Errichtung und den Betrieb eines Elektrizitätswerks abgeschlossene Vertrag und die auf Grund des § 2 des fraglichen Vertrages erlassenen Bedingungen über die Lieferung elektrischen Stromes werden geändert wie folgt:

#### I. Aenderung des Vertrages.

„1. Der § 2 Abs. 5 des Vertrages vom 16. Juni 1898 erhält folgende Fassung:

Der Preisberechnung für den Verbrauch von Elektrizität liegt als Einheit eine Hektowattstunde zugrunde.

Der Grundpreis für die Hektowattstunde beträgt:

1. für Strom, den die Stadt Braunschweig zur Beleuchtung der öffentlichen Straßen und Plätze sowie von Parks und öffentlichen Gartenanlagen vom Elektrizitätswerke entnimmt . . . . 6 „
2. für Strom zu sonstigen Beleuchtungszwecken . . . . . 5 „
3. für Strom zu gewerblichen Zwecken
  - a) während der Sperrzeit . . . . . 5 „
  - b) außerhalb der Sperrzeit . . . . . 2 „

Als Stromverbrauch zu gewerblichen Zwecken im Sinne dieser Bestimmung gilt die Verwendung elektrischer Energie zur Erzeugung von Betriebskraft, zur Erzeugung von Wärme, zu elektrochemischen Einrichtungen, zur Herrichtung von Lichtbädern, zu sonstiger ärztlicher Be-

handlung und zu ähnlichen Zwecken. Es macht dabei keinen Unterschied, ob dieser Stromverbrauch in einem gewerblichen Unternehmen oder außerhalb eines solchen erfolgt.

Wegen der Sperrzeit vergl. § 5 der Lieferungsbedingungen.

Bei Verwendung des Stromes zur Verbesserung anderer Beleuchtungsarten (Erzeugung von Brehgas u. dergl.) wird stets der Preis des Stromes für Beleuchtungszwecke berechnet."

Herr Schöttler: Nach dem von der Straßeneisenbahn-Gesellschaft genehmigten Antrage der vereinigten Kommissionen würde der Punkt 3 folgendermaßen zu lauten haben:

„3. für Strom zu gewerblichen Zwecken

- a) vom Februar bis November  $3\frac{1}{2}$  „,
- b) im Dezember und Januar 5 „,
- c) außerhalb der Sperrzeit 2 „."

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Ich möchte anheimgeben, den betreffenden Abschnitt folgendermaßen zu fassen:

„Der Grundpreis für die Hektowattstunde beträgt:

- a) für Strom, den die Stadt Braunschweig zur Beleuchtung der öffentlichen Straßen und Plätze sowie von Parks und öffentlichen Gartenanlagen vom Elektrizitätswerke entnimmt . . . 6 „,
- b) für Strom zu sonstigen Beleuchtungszwecken . . . . . 5 "
- c) für Strom zu gewerblichen Zwecken

während der Sperrzeit in den Monaten Dezember und

Januar . . . . . 5 "

während der Sperrzeit in den übrigen Monaten . . .  $3\frac{1}{2}$  „

außerhalb der Sperrzeit . . . . . 2 "."

Herr Wolters: Ich möchte kurz die Angabe berichtigen, die ich in der vorigen Sitzung über die voraussichtliche Gewinnbeteiligung der Stadt gemacht habe, nachdem mir als Referenten der Baukommission eine entsprechende Aufklärung der Straßeneisenbahngesellschaft zugegangen ist. Nach der dort aufgestellten Berechnung wird ein Einnahmeausfall für die Stadt überhaupt nicht eintreten, da gegenüber der durch die Preisermäßigung bedingten Mindereinnahme von  $16\frac{1}{2}$  % ein Zuwachs an Anschlüssen von 20 % zu erwarten stände. Das würde allerdings die ganze frühere Berechnung über den Haufen werfen.

Herr Kalms: Ich bin doch anderer Meinung, als der Herr Referent. In seiner Tabelle hat er bei Berechnung des Preises für Kraftstrom angenommen, daß 10 % Sperrstunden benutzt würden, während nach den von mir eingezogenen Erfundigungen bei verschiedenen Betrieben, z. B. bei Buchdruckereien, nicht 10 %, sondern 20 bis 25 % Sperrstunden zu rechnen sind. Herr Professor Lübke hat in

der vorigen Sitzung gesagt, ich hätte meine Berechnungen aus der Luft gegriffen; ich glaube, Herr Lübke hat sich nur in den Worten vergriffen und hat sagen wollen, ich hätte mich geirrt. Es ist ja schon vorgekommen, daß Sachverständige sich in großen Summen geirrt haben, weshalb sollte ich mich als Laie nicht bei dieser Sache irren können. Ich möchte aber jedenfalls den Vorwurf zurückweisen, daß ich in der vorigen Sitzung etwas soll aus der Luft gegriffen haben. Meine damals geäußerte Ansicht ist von Herrn Lübke auch nicht sachlich widerlegt worden, sondern er sagte einfach, man müßte auf das Urteil von Sachverständigen hören.

Die Sperrzeit ist so schwerwiegend für den kleinen Handwerker, daß wir ihn bei Annahme der Bestimmung schwer schädigen. Wenn man die Sperrzeit im Dezember und Januar mitrechnet, so kommt dadurch der Kraftverbrauch recht teuer. Ueberlegen Sie sich nur: 56 Tage à 9 bis 10 Stunden Sperrzeit, was für ein bedeutender Zuschlag da herauskommt, wenn man die Hektowattstunde mit 5  $\mathcal{M}$  statt mit 2  $\mathcal{M}$  berechnet. Die von der Straßeneisenbahn aufgestellte Tabelle habe ich gesehen und daraus entnommen, daß manche große Firma, z. B. Büßing, durch den Preis für Strom stark belastet werden mag, aber ich sollte meinen, daß die kleinen Motore bis zu sechs Pferdestärken nicht viel ausmachen könnten. Dem gegenüber wird gesagt, daß die Ermäßigung des Lichtstromes von 6  $\mathcal{M}$  auf 5  $\mathcal{M}$  für Privatleute sehr schön sei und daß man dadurch viele größere Anschlüsse von Geschäftsleuten erwarten könne; meiner Ansicht nach ist es aber selbst bei diesem Preise vielen Leuten, die gern elektrisches Licht haben möchten, nicht möglich, sich solches zuzulegen. Es wird aber trotzdem nur den Privatananschlußnehmern eine Ermäßigung gewährt. Nach der Tabelle hat der geringste Abnehmer bisher 40  $\mathcal{M}$  bezahlt, während er in Zukunft 33  $\mathcal{M}$  zu bezahlen haben würde. Ein anderer und zwar der erste Abnehmer in der Tabelle zahlte früher 5,8  $\mathcal{M}$ , während er jetzt 4,65  $\mathcal{M}$  für die Hektowattstunde bezahlen soll, das macht eine Ermäßigung von 1,2 %. Der größte Abnehmer in der Tabelle ist bei einem Jahresverbrauch von mehr als 8000  $\mathcal{M}$  für Lichtstrom von einem Einheitspreise von 4  $\mathcal{M}$  für die Hektowattstunde auf 3,9  $\mathcal{M}$  gekommen, eine Ermäßigung, die wirklich recht unbedeutend genannt werden muß. Sie sehen also, daß dem wirklichen Konsumenten mit dieser „kolossalen“ Ermäßigung nicht viel gedient ist. Wenn man dazu in Betracht zieht, daß viele größere Abnehmer gar nicht über den Anschlußwert kommen können, so darf man ruhig aussprechen, daß der Gewerbebetrieb von der vermeintlichen Ermäßigung überhaupt keinen Vorteil hat. Man hat also den Privatananschlußnehmern Gelegenheit geboten, das Licht billiger zu erhalten, aber der Gewerbetreibende, der auch Kraftstrom gebraucht, muß mehr bezahlen. Unter diesen Umständen ist es mir nicht möglich, dem Vertrage zuzustimmen.

Zu erster Linie möchte ich daher beantragen, daß die Sperrzeit, wenn sie überhaupt durchgeht, im Dezember und Januar auch nur mit 3½  $\mathcal{M}$  für die

Heftwattstunde berechnet wird und daß Motore bis zu 6 Pferdestärken von der Sperrzeit überhaupt ausgeschlossen werden. Auf die Rabattgewährung an größere Gewerbetreibende kann man nachher noch zurückkommen.

Herr Fiedel: Man wird mir zugeben können, daß ich für das Gewerbe ein sehr großes Interesse habe; wenn aber die Sache so liegt wie hier, kann ich mich den Wünschen des Herrn Kalms nicht anschließen. Weßhalb hat das Elektrizitätswerk den Preis für Kraftanlagen so erheblich ermäßigt? Es müßte doch eigentlich derselbe Preis für Kraftstrom genommen werden, wie für Lichtstrom, weil beides dasselbe ist? Der Grund liegt darin, daß die ganze Kalkulation des industriellen Unternehmens dahin geht, daß das Licht in ganz geringem Maße während der Tageszeit gebraucht wird und deshalb am Tage die Anlage würde still oder doch fast still liegen müssen, wenn sie nicht zu Kraftzwecken sich würde nutzbar machen lassen. Wer kann einem industriellen Unternehmen zumuten, daß es zu gleicher Zeit denselben Artikel, dem einen zu 5  $\text{S}$ , und dem anderen zu 2  $\text{S}$ , liefert? Deshalb ist es wohl klar, daß man so weit gehenden Wünschen, wie sie Herr Kalms aufstellt, nicht entsprechen kann. Ich spreche hier nicht im Interesse des Lichtwerks, sondern vom reinen industriellen Standpunkte aus und meine, daß man so weitgehende Forderungen nicht stellen kann. Deshalb möchte ich bitten, der Billigkeit Rechnung zu tragen und dem Vertrage zuzustimmen.

Herr Schöttler: Herr Kalms hat mit Recht gesagt, daß der Mensch sich wohl einmal irrt, ich glaube aber, er macht von diesem Rechte, sich zu irren, ein bißchen übertriebenen Gebrauch (Heiterkeit), denn eben hat er sich zweimal gründlich geirrt. Zunächst hat er mit einer Sperrzeit von täglich 9 bis 10 Stunden in den Monaten Dezember und Januar gerechnet, wie das möglich ist, weiß ich nicht. Im Dezember soll die Sperrzeit von 4 bis 9 Uhr abends währen, macht 5 Stunden, im Januar von 5 bis 9 Uhr, macht 4 Stunden, wie da 9 bis 10 Stunden täglich herauskommen sollen, ist mir nicht klar. Berücksichtigt man weiter, daß die Sperrzeit in den übrigen Monaten des Jahres immer geringer wird und in den Monaten Juni und Juli ganz fortfällt, so glaube ich in meiner Tabelle die Sperrzeit mit 10 % des Gesamtverbrauchs ganz richtig geschätzt zu haben; es müßte sich sonst jemand darauf verbeißen, seinen Motor gerade im Dezember und Januar während der Sperrzeit laufen zu lassen, damit er einen höheren Prozentsatz herauskriegt. Der zweite Irrtum des Herrn Kalms liegt darin, daß er einen Abnehmer anführte, der bisher 5,8  $\text{S}$  für sein Licht bezahlt hat, während er fortan 4,65  $\text{S}$  für die Heftwattstunde zu zahlen haben wird, und daß Herr Kalms daran die Bemerkung knüpfte, es handle sich um eine Ermäßigung von 1,2 %. Es tut mir leid, konstatieren zu müssen, daß das nicht 1,2 % sondern etwa 20 % Ermäßigung sind. Im übrigen glaube ich nicht, daß es mir möglich sein wird, Herrn Kalms eines besseren zu überzeugen. Jeder muß es

mit sich abmachen, ob er in der Annahme der Vorlage einen Vorteil sieht oder nicht. Nachgerade muß sich jeder darüber klar geworden sein, und er wird dafür stimmen, wenn er glaubt, daß die Vorlage Vorteil bringt, während er dagegen stimmen muß, wenn er glaubt, daß die Allgemeinheit dadurch beeinträchtigt wird. Weitere Auseinandersetzungen, um die Herren, die das noch nicht eingesehen haben, zu überzeugen, kann ich nicht mehr machen.

In bezug auf die zu der Vorlage zu stellenden Abänderungsanträge möchte ich darauf aufmerksam machen, daß wir ja den einen oder anderen Antrag annehmen können, aber, meine Herren, damit ist noch nichts gewonnen, weil wir nicht einseitig an dem Vertrage nach Belieben ändern können. Die Annahme eines Antrages, der eine Abänderung der Vorlage bezweckt, bedeutet nichts anderes, als daß die ganze Vorlage an den Magistrat mit dem Ersuchen zurückverwiesen wird, über die Sache mit dem Elektrizitätswerke noch weiter zu verhandeln. Was aber solche Zurückverweisung für den nächsten Winter zu bedeuten hat, habe ich den Herren schon in der vorigen Sitzung auseinandergesetzt: die Preisermäßigung wird um ein Jahr verschoben.

Herr Jasper: Obgleich sich Herr Südel dagegen verwahrt hat, daß er im Interesse des Lichtwerks spreche, laufen doch seine Ausführungen darauf hinaus. Wir haben hier aber nicht die Interessen eines industriellen Unternehmens wahrzunehmen, sondern die Interessen der Bürgerschaft. Daß das Lichtwerk so handeln kann, wie wir es jetzt verlangen, wird dadurch bewiesen, daß das schon früher geschehen ist und wir bei dem Gaswerke ebenso handeln, indem wir den Konsumenten von Gas zu Kraftzwecken ebenfalls einen billigeren Preis stellen. Ich bin der Ansicht des Herrn Ralms, daß die Sperrzeit die Vorlage sehr beeinträchtigt. In der Zwischenzeit habe ich auch Gelegenheit gehabt, mit industriellen Unternehmern über diese Sache zu sprechen, die mir erklärt haben, daß sie sich hierdurch sehr benachteiligt fühlten. Ein Herr sagte mir z. B., ich habe einen Betrieb von 6 bis 6 Uhr, in welcher Zeit ich meine Maschine ständig gebrauchen muß, so daß ich im Dezember volle zwei Stunden in die Sperrzeit hineinkomme; mein Betrieb bringt es mit sich, daß um die Weihnachtszeit herum Ueberstunden gemacht werden müssen, ich kann dann die Maschine aber nicht laufen lassen, denn wenn ich während der Sperrzeit noch Extrasätze bezahlen soll, so werde ich konkurrenzunfähig gegenüber solchen Betrieben, die nicht mit Elektrizität arbeiten, ich werde deshalb auf elektrischen Antrieb verzichten müssen. Ob das im Interesse des Lichtwerks und der Stadt wünschenswert ist, erscheint mir zweifelhaft. Dieser Umstand bestimmt mich dazu, die Sperrzeit als unannehmbar zu bezeichnen und ich möchte folgerichtiger vorgehen als Herr Ralm und beantragen, die Ziffer 3a der Magistratsvorlage ganz zu streichen.

Herr Oberbürgermeister Kete meyer: Wenn es richtig wäre, daß hier lediglich die Interessen eines Unternehmers und der Stadt gegenüberstehen, so würde ich den Ausführungen des Herrn Jasper zustimmen. Aber die Sache liegt anders: wir haben es nicht mit einem Unternehmer zu tun, der lediglich für sich arbeitet und darauf bedacht ist, Geld zu verdienen, sondern wir selber sind ganz gewaltig bei dem Blühen und Gedeihen des Werkes beteiligt. Auf die gemachten Vorschläge einzugehen bestimmt uns der Gesichtspunkt, daß das Lichtwerk in seinen jetzigen Grenzen wohl weitergeführt werden kann, aber wir haben selbstverständlich ein Interesse daran, einerseits im Interesse der Erleichterung unseres Gaswerks und andererseits im Interesse der Hebung unserer Einnahmen das Werk zu vergrößern. Wenn das aber nicht mehr anders möglich ist, kommt man von selbst dahin zu prüfen, ob der Vorschlag anzunehmen ist, um das andere größere Ziel zu erreichen. Der Ansicht bin ich auch, daß man nicht daran gedacht hatte, daß die Abnahme des Kraftstromes einen so gewaltigen Umfang annehmen würde, als man den großen Unterschied in den Preisen für Strom zu Beleuchtungs- und zu Kraftzwecken festsetzte, sonst hätte man wohl gewisse Grenzen bei der Vergabe von Kraftstrom innegehalten, denn das prozentuale Verhältnis zwischen den beiden Stromarten muß doch schließlich ein angemessenes sein. Dabei kann nicht ins Gewicht fallen, daß der eine oder andere Gewerbetreibende erklärt, die Preisänderung sei ihm unangenehm, er werde geschädigt. Eine solche Schädigung in gewissem Sinne erkenne ich ebenfalls an; wir haben aber auch schon früher gesagt, daß eintretendenfalls der einzelne Gewerbetreibende, dessen Position in gewisser Weise verschlechtert wird, sich die Frage vorlegen muß: soll ich während der Sperrzeit Kraftstrom entnehmen, oder soll ich meinen Betrieb anders einrichten? Das Beispiel des Herrn Jasper kann mich deshalb nicht hindern zu erklären, daß die Vorlage trotzdem annehmbar ist. Was will es sagen, wenn der Strom zwei Stunden lang während der Sperrzeit entnommen wird? Der Unterschied im Preise ist wirklich nicht ein so gewaltiger, daß deshalb der Betrieb nicht aufrecht erhalten werden könnte. Es gibt außerdem auch noch Einrichtungen, bei denen man nur zu gewissen Zeiten Motore zu benutzen braucht.

Zu dem Antrage des Herrn Kalmß möchte ich bemerken, daß der Magistrat bei Annahme des Antrages selbstverständlich mit dem Lichtwerke weiter verhandeln wird. Es liegt darin aber eine so wesentliche Änderung, daß ich sehr bezweifeln muß, daß das Lichtwerk trotz seines bisher bewiesenen Entgegenkommens darauf wird eingehen können.

Herr Kalmß: Herr Fiedel sagt, das Lichtwerk gebe den Kraftstrom nur in den Stunden zum herabgesetzten Preise her, wo kein Licht gebrannt werde; wir haben dieselbe Sache aber auch in den Sommermonaten, wo von vielen Abnehmern ebenfalls kein Licht gebrannt wird. Herrn Schöttler möchte ich erwidern, daß ich von einer

9- bis 10stündigen Sperrzeit im Dezember nicht gesprochen, sondern gesagt habe, wenn man im Dezember und Januar eine zehnstündige Arbeitszeit und davon eine vierstündige Sperrzeit annehme (Widerspruch), dann würde die angegebene Sperrzeit für diese Monate 30 bis 50 % bringen. Ich habe dazu bemerkt, daß eine Masse Mehrkosten entstehen, wenn eine Anzahl Betriebe, wie Buchdruckereien, Schlachtereien etc. bis 8 Uhr abends arbeiten und für mehrere Stunden den höheren Satz von 5  $\mathcal{M}$  bezahlen müssen. Der Herr Oberbürgermeister erwähnte, daß die Stadt ein Interesse an der Vermehrung des Konsums habe, weil ihr dadurch höhere Einnahmen zufließen. Da aber die wirklichen Konsumenten keine große Ermäßigung erhalten und bei diesen Preisen auch neue Anschlüsse ausbleiben werden, wenn nicht der Anschlußwert in irgend einer Form zusammengerechnet wird, so steht es mit der Erwartung höherer Einnahmen nicht sehr günstig. Wenn jemand an drei verschiedenen Stellen Licht brennt und kommt an keiner Stelle in den Genuß des 3  $\mathcal{M}$ -Satzes, sondern muß überall 5  $\mathcal{M}$  bezahlen, so ist das kein Ansporn zur Anlage von elektrischem Lichte. Während nämlich in Zukunft jeder Zähler den Anschlußwert von 300 Stunden überschreiten muß, wird jetzt bei der Rabattbemessung der gesamte Verbrauch berechnet. Der betreffende Abnehmer würde, selbst wenn er ein großer Konsument ist, der Stadt keinen Reingewinn zuführen können. Etwas anderes kann ich nicht herausrechnen.

Herr Esdorn: Ohne Zweifel haben die Anträge Kalms im Interesse des Gewerbes etwas Gutes für sich. Wir müssen uns aber auf den Standpunkt stellen, daß dem Magistrate vom Lichtwerke bereits ein großes Entgegenkommen bewiesen ist und daß die Stadt am Gedeihen des Werkes selbst ein großes Interesse besitzt. Es handelt sich hier um zwei Parteien, die ein Geschäft mit einander abschließen wollen, und dabei kann die eine Partei, nämlich die Stadt, der große Vorteile geboten werden, nicht erwarten, daß die andere Partei, nämlich das Lichtwerk, umsonst arbeiten soll. Wir müssen bei Beurteilung der Sachlage von dem Standpunkte ausgehen, daß das mögliche erreicht worden ist und wir durch Annahme der Kalms'schen Anträge vielleicht die ganze Vorlage mit ihren großen Vorteilen gefährden würden. Ich werde deshalb für die Vorlage stimmen. Zu verkennen ist nicht, daß eine gewisse Härte für die großen Konsumenten in der Vorlage enthalten ist, während andererseits auch für sie ein Vorteil darin liegt, nur entspricht er nicht dem Vorteile der kleinen Konsumenten. Die Vorlage ist auch wohl überlegt, weil nur in solcher Weise eine Ermäßigung der Preise möglich gewesen ist. Die großen Konsumenten genießen allerdings nicht solche Ermäßigung, wie es nach kaufmännischem Brauch sonst gegenüber kleinen Abnehmern üblich ist, aber eine kleine Ermäßigung bekommen sie doch. Im allgemeinen bringt uns die Vorlage enorme Vorteile für die Lichtabnehmer, deshalb sollten wir sie auch annehmen.



Herr Födel: Die Herren Jasper und Kalms haben in ihren Ausführungen angenommen, daß die Gewerbetreibenden ihre Elektrizität während der Sperrstunden dauernd verwenden. Ich möchte empfehlen, daß diejenigen, welche zwei und mehr Stunden ihre Elektrizität unausgesetzt während der Sperrzeit verwenden, prüfen sollten, ob sie sich nicht besser ständen, überhaupt keine Elektrizität zu verwenden. Unter solchen Umständen dauernd für den Betrieb Elektrizität zu verwenden, halte ich für irrationell, wenn es natürlich auch bequemer ist, die Kraft einfach einzuschalten, als sie sich auf andere Weise zu beschaffen.

Herr Kalms: Bezüglich des letzten Absatzes von Punkt 1 möchte ich mir die Anfrage erlauben, ob bei Entnahme von Strom zur Herstellung von Projektionsbildern für die Folge der Preis für Licht- oder für Kraftstrom zu bezahlen sein wird. Es handelt sich wie bei der Firma Voigtländer um die Verwendung von Bogenlampen zu solchen Zwecken.

Herr Schöttler: Ich kann darüber nichts bestimmtes sagen und meine, es kommt darauf an, wie man das ansehen will. Wird es als eine Beleuchtung aufgefaßt, so muß der Lichtpreis bezahlt werden, will man aber annehmen, es handle sich um eine gewerbliche Verwendung, so kommt der Preis für Kraftstrom in Frage; jedenfalls ist es nicht eine Beleuchtung in dem Sinne, wie wir es verstehen. Im übrigen ist die Sache so unbedeutend, daß sie keine Rolle spielt. Wie ich soeben von meinem Nachbarn, Herrn Major Ribbentrop, höre, hat das Elektrizitätswerk diese Sache als gewerblichen Betrieb aufgefaßt.

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Ich habe angenommen, daß z. B. die Verwendung von Strom beim Photographieren unter Kraftzwecke fällt, weshalb es im Punkt 1 auch heißt, „zu elektrochemischen Einrichtungen“. Nun hat Herr Kalms wohl nicht recht verstanden, wenn er meint, die Firma Voigtländer verwende dazu Bogenlampen. Von der Straßenbahngesellschaft war vorgeschlagen, unter 2 zu sagen: „für Strom zu direkter oder indirekter Beleuchtung“, jedoch schien mir das nicht richtig zu sein, weil in den vorhergehenden Bestimmungen von direkter Beleuchtung gesprochen wird. Es soll nämlich vorgekommen sein, daß Abnehmer Kraftstrom zum Laden von Akkumulatoren verwendet und mit diesen hinterher Licht erzeugt haben. Das ist natürlich durchaus unzulässig. Deshalb ist auch in den Bestimmungen gesagt worden, es sei unzulässig, Kraftstrom zur Verbesserung anderer Beleuchtungsarten zu verwenden, wobei an die städtische Straßenbeleuchtung gedacht worden ist. Herr Direktor von Feilich hat sehr dafür gekämpft, daß die Gasbeleuchtung durch Zuführung von Luft wesentlich verbessert werden sollte; wir haben uns aber, nachdem die Straßenbahngesellschaft den Antrag auf Zuführung von Strom zu diesem Zwecke bekämpft hatte, auf den Standpunkt stellen müssen, daß man es ihr nicht verdenken könne, wenn sie uns keine Kraft dazu liefern wolle, damit wir ihr die schärfste Konkurrenz machen. Wenn die

Stadt demnächst einmal elektrische Beleuchtung der Straßen einführen will, wird man das auf ganz anderer Grundlage machen müssen.

Es wird hierauf zur Abstimmung geschritten, bei der sich Herr Ribbentrop der Stimmenabgabe enthält. Die Versammlung lehnt gegen 7 Stimmen die Anträge Jasper und Ralms ab und genehmigt die Magistratsvorlage in der von den vereinigten Kommissionen und Herrn Oberbürgermeister Ketemeyer empfohlenen Fassung.

Es folgt:

„2. Der § 11 des Vertrages vom 16. Juni 1898 wird durch folgende Vorschrift ergänzt:

III. Die zum Betriebe des Elektrizitätswerks erforderlichen beweglichen Gegenstände und Vorräte (Reserveteile der Maschinen, nicht eingebaute Zähler und Kabel, Werkzeuge, Kohlen und dergl.) gelten nicht als Zubehör des Unternehmens im Sinne der vorstehenden Bestimmungen, und ihre Anschaffungskosten bleiben daher bei Feststellung des der Unternehmerin im Falle stadtseitiger Uebernahme des Elektrizitätswerks zu vergütenden Anlagekapitals unberücksichtigt.

Die Stadtgemeinde Braunschweig soll jedoch verpflichtet sein, bei Uebernahme des Werkes auch die fraglichen Gegenstände und Vorräte zu übernehmen, soweit solche Uebernahme als für die Fortführung des Betriebes nützlich und der geforderte Preis als angemessen seitens des Stadtmagistrats erachtet wird. Die Preisbemessung hat dabei nach dem gemeinen Werte zu erfolgen, den die fraglichen Gegenstände und Vorräte zur Zeit ihrer Uebernahme durch die Stadt haben werden.

Ist eine gütliche Vereinbarung über solche Uebernahme nicht zu erzielen und verlangt die Unternehmerin gleichwohl, daß dieselbe erfolgt, so sollen über die streitigen Fragen, ob die Uebernahme als für die Fortsetzung des Betriebes nützlich zu erachten ist, und bezw., welche Preise als angemessen zu erachten sind, drei unparteiische Sachverständige entscheiden, von denen jede Partei einen ernennt; den dritten zu ernennen soll Herzogliche Kreisdirektion Braunschweig ersucht werden.

Soweit bislang schon Werte für Gegenstände der vorstehend erwähnten Art dem Anlagekapital zugeschrieben sind, sollen dieselben alsbald wieder in Abzug gebracht werden.“

Herr Schöttler: Die Kommissionen ersuchen, daß am Schlusse des vorletzten Abschnittes hinter „ersucht werden“ ein Hinweis auf das Bürgerliche Gesetzbuch gemacht wird. Die Form des Hinweises dürfte wohl dem Magistrate überlassen werden können.

Herr Wolters: Es soll nämlich durch diesen Hinweis darauf aufmerksam gemacht werden, daß in dieser Frage auch der Weg der ordentlichen Gerichte offen steht, während im übrigen ein Schiedsgericht eingesetzt wird.

Der Punkt 2 wird darauf mit der kommissionsseitig vorgeschlagenen Ergänzung angenommen.

„3. Im § 11 Abs. 1 des Konzeptionsvertrages vom 16. Juni 1898 werden die Worte:

„unter Wahrung einer einjährigen Anzeigefrist“ ersetzt durch die Worte:  
„unter Wahrung einer dreijährigen Anzeigefrist“.

Herr Möhle: Es ist wohl nicht anzunehmen, daß die Stadtverwaltung in absehbarer Zeit das elektrische Lichtwerk in eigene Regie nehmen wird. Deshalb ist die Bestimmung unter 3 mehr eine Form in dem Vertrage, die aber erfüllt werden muß, um ihn auch in rechtlicher Beziehung zu begrenzen. Nun kann ich mich der Tatsache nicht verschließen, daß eine dreijährige Kündigungsfrist reichlich weit bemessen ist. Ich will Sie hierüber nicht mit weiteren Ausführungen behelligen, da die Gründe dafür schon in der Generaldebatte besonders von Herrn Altmann angeführt worden sind, und ich muß sagen, daß ich den vorgebrachten Bedenken nur in jeder Beziehung zustimmen kann. Auf der anderen Seite muß man aber auch gerecht sein und sagen, daß eine einjährige Kündigungsfrist nicht nur für das Lichtwerk, sondern auch für die Stadt ihre Bedenken hat. Daß das Lichtwerk seinerzeit auf die Bestimmung eingegangen ist, wundert mich sehr, denn eine nur einjährige Kündigungsfrist hat solche Einschränkung im Gefolge, daß weitergehende Dispositionen dadurch sehr gelähmt werden und das Lichtwerk dadurch einen lahmen Flügel erhält, den loszuwerden man ihm nicht verdenken kann. Andererseits ist eine einjährige Frist aber auch für die Stadt nicht ohne Bedenken, denn ein solches Werk binnen Jahresfrist zu übernehmen dürfte schwer halten. Nun kann entgegnet werden, wenn wir das Lichtwerk übernehmen wollen, so werden wir uns damit bei Zeiten beschäftigen, damit wir bei der Uebernahme au fait sind. Liegt dann aber nicht die Möglichkeit vor, daß die Stadt mal plötzlich zu diesem Entschlusse kommt, oder daß sie einmal zu einer derartigen Uebernahme in letzter Stunde gezwungen ist? Es ist das vielleicht nicht anzunehmen, aber gegeben ist die Möglichkeit, und deshalb ist auch der Stadt mit einer einjährigen Kündigungsfrist nicht gedient. Ich schlage hiernach vor, zu sagen: „unter Wahrung einer zweijährigen Anzeigefrist“. Das ist ein Mittelweg, der beide Teile befriedigen kann und auch für beide Teile gangbar ist.

Herr Schöttler: Gegen den Antrag läßt sich nicht viel sagen, denn die Stadt hat kein Interesse daran, daß die Kündigungsfrist drei Jahre dauern muß. Aber ich habe mir schon in der vorigen Sitzung erlaubt, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß dieser Punkt ein Kompensationsobjekt gewesen ist gegenüber dem

Punkte 2, den wir eben angenommen haben. Es bestand früher eine Differenz zwischen Magistrat und Straßenbahn darüber, was zum Grundkapitale des Werkes gehört und was nicht. Diese Differenz ist jetzt ausgeglichen und zwar teilweise dadurch, daß man sich über die dreijährige Kündigungsfrist geeinigt hat. Außerdem ist die Sache nicht so viel wert, daß man deshalb den ganzen Vertrag fallen läßt. Wenn wir aber heute die Sache nicht fertig bringen, so dauert es mit der Einführung der Ermäßigungen ein Jahr länger.

Herr Altmann: Ich kann den beiden Vorrednern nicht zustimmen, daß eine einjährige Kündigungsfrist zu kurz sein soll. Meiner Meinung nach kann bei solcher Frist weder Stadt noch Lichtwerk zu Schaden kommen. Daß das Lichtwerk nicht die Möglichkeit besitzen soll, sich bei einer einjährigen Frist vor Schaden zu schützen, verstehe ich nicht. Nach dem Vertrage ist die Stadt verpflichtet, das Lichtwerk zu übernehmen. Der Herr Referent meinte nun, es müßte ein Ausgleich dafür geschaffen werden, daß wir dem Lichtwerke neue Lasten auferlegt haben. Ich glaube aber nicht, daß das der Fall ist. Auch nach der Ansicht der Stadtverwaltung handelt es sich hier nicht um eine neue Last, sondern man hat nur die bisherigen Ungerechtigkeiten aus der Welt schaffen wollen. Ich kann also der Ansicht nicht zustimmen, daß deswegen ein Ausgleich durch Verlängerung der Kündigungsfrist geschaffen werden muß. Der Herr Oberbürgermeister sagte in der letzten Sitzung, daß wir die Pflicht hätten, das Lichtwerk vor Schaden zu bewahren. Man soll allerdings so sachlich sein und dem wirtschaftlichen Gegner keinen Schaden zufügen, aber ich kann auch nicht einsehen, inwiefern das Lichtwerk durch eine einjährige Kündigungsfrist Schaden nehmen soll. Meiner Ueberzeugung nach kann bei einer Kündigungsfrist von zwei oder drei Jahren nur die Stadt Schaden bekommen, denn das Lichtwerk würde es dann ganz in der Hand haben, wie es das Werk weiter imstande erhalten will. Es wurde mir auch erwidert, es sei vertraglich vorgeschrieben, wie das Lichtwerk imstande erhalten werden soll, das ist aber eine weit gezogene Grenze. Bei solchen großen industriellen Betrieben kann man sehr viel abnutzen lassen, ohne es durch neue Sachen zu ersetzen. Ich kann also die Aenderung nicht im Interesse der Stadt liegend oder als Notwendigkeit für das Lichtwerk ansehen.

Herr Wolters: Ich möchte Herrn Altmann nur kurz erwidern, daß die Stadt nicht verpflichtet, sondern nur berechtigt ist, das Werk zu übernehmen. Die vereinigten Kommissionen haben sich mit dieser Frage eingehend beschäftigt, aber deren Mehrheit ist mit der Ausdehnung des Vertrages auf drei Jahre einverstanden gewesen und zwar auf Grund der Bestimmung von § 11 des alten Vertrages.

Die Versammlung genehmigt darauf die Magistratsvorlage unter Ablehnung der Anträge Möhle und Altmann. —

„4. Im § 12, Abs. 1 Zeile 3 werden die Worte „spätestens ein Jahr“ durch die Worte „spätestens drei Jahre“ und in der vorletzten Zeile die Worte „jedoch mindestens ein Jahr“ ersetzt durch die Worte „jedoch mindestens drei Jahre.“

Die Aenderung wird angenommen.

„5. Zu § 14 des Konzessionsvertrages in der Fassung vom 16. Oktober 1902 wird vereinbart, daß die im Abs. 1 unter b und in Abs. 2 erwähnten Prämien vom Zeitpunkte der Gültigkeit des gegenwärtigen Vertrages an in Wegfall kommen.“

Herr Schöttler: Zur Erläuterung dieser Aenderung bemerke ich folgendes: Es war früher eine andere Rabattrechnung vorhanden als jetzt und diese war mit einer Prämienverteilung verbunden. Diese Prämien fallen jetzt weg. Die Rabattsätze selbst kommen aber erst bei den Lieferungsbedingungen zur Beratung.

Punkt 5 wird darauf gutgeheißen.

## II. Aenderung der Lieferungsbedingungen.

„1. Der § 2 Abs. 3 der Lieferungsbedingungen erhält folgende Fassung:

Der Unternehmerin allein steht die Entscheidung über die Größe sowie die Art der Aufstellung der Elektrizitätszähler zu. Der Mietpreis für den Zähler bemißt sich nach der Zahl der installierten Lampen bezw. deren Stromäquivalent. Die jährliche Miete beträgt für einen Elektrizitätszähler, benutzbar bis

|                                                                |         |
|----------------------------------------------------------------|---------|
| 6 install. Lampen zu 16 Normalkerzen od. deren Stromäquivalent | 4,80 M  |
| 12 " " " 16 " " " "                                            | 6,00 "  |
| 25 " " " 16 " " " "                                            | 9,00 "  |
| 75 " " " 16 " " " "                                            | 12,00 " |
| 150 " " " 16 " " " "                                           | 15,00 " |
| 300 " " " 16 " " " "                                           | 20,00 " |
| darüber " " " 16 " " " "                                       | 30,00 " |

Die Abgabe des Stromes zu gewerblichen Zwecken zum Preise von 2  $\frac{1}{2}$  für die Hektowattstunde außerhalb der Sperrzeit kann nur nach Anbringung eines gleichfalls vom Lichtwert zu liefernden und anzubringenden Doppeltarifzählers, d. h. eines solchen Zählers beansprucht werden, der den Stromverbrauch während und außerhalb der Sperrzeit nachweist.

Die Miete für Doppeltarifzähler beträgt das  $1\frac{1}{2}$ fache der vorstehenden Sätze.

Werden auf Wunsch eines Abnehmers innerhalb der Anschlußleitung mehrere Zähler angebracht, so ist die Miete für jeden Zähler im vollen Betrage zu entrichten.

Zur Messung der durch jeden Aufzug und Fahrstuhlmotor verbrauchten Energie wird ein besonderer Doppeltarifzähler angebracht, auch wenn aus der betreffenden Leitung Strom zu Beleuchtungszwecken nicht abgegeben wird."

Dieser Punkt wird angenommen.

„2. § 4 der Lieferungsbedingungen erhält folgende Fassung:

#### § 4.

Der Preisberechnung für den Verbrauch von Elektrizität liegt als Einheit eine Seftomattstunde zugrunde (Hwstde.). Der Preis der durch den Elektrizitätszähler ermittelten Strommenge beträgt für die genannte Einheit für Strom, der zur elektrischen Beleuchtung verwandt wird, 5  $\mathcal{M}$ , für Strom zu gewerblichen Zwecken außerhalb der Sperrzeit 2  $\mathcal{M}$ , während der Sperrzeit in den Monaten Dezember und Januar 5  $\mathcal{M}$ , in den übrigen Monaten  $3\frac{1}{2}$   $\mathcal{M}$ . (Doppeltarif.)

Für jeden elektrisch betriebenen Aufzug oder Fahrstuhl ist außerdem eine besondere Jahresgebühr zu zahlen, die für je 10 Hw. Anschlußwert (s. § 5)  $12\frac{1}{2}$   $\mathcal{M}$  beträgt; dabei bleiben einzelne überschießende Hw. unberücksichtigt, wenn ihre Zahl 5 und weniger beträgt.

Es ist untersagt, den zu gewerblichen Zwecken gelieferten Strom direkt oder indirekt zu Beleuchtungszwecken zu benutzen. Das Elektrizitätswerk ist bei Zuwiderhandlungen berechtigt, für den verbrauchten Strom das Doppelte des nach dem Tarif für Beleuchtung zu zahlenden Betrages, mindestens aber 50  $\mathcal{M}$ , an Konventionalstrafe zu fordern und unbeschadet der strafrechtlichen Verfolgung, nach erlangter schriftlicher Genehmigung des Magistrats, unter deren Vorlegung die Leitungen ohne gerichtliche Entscheidung absperren zu lassen."

Herr Schmidt: In diesen Bestimmungen ist der Begriff „Aufzug oder Fahrstuhl“ ganz bestimmt begrenzt. Ich möchte deshalb fragen, ob alle Hebevorrichtungen darunter zu verstehen sind?

Herr Schöttler: Das ist wohl selbstverständlich, denn es ist gleichgültig, ob es sich um einen Personenfahrstuhl oder einen Lastaufzug handelt. Ein Kran ist nicht genannt worden, wahrscheinlich weil es hier noch keinen elektrisch betriebenen Kran gibt. Um auch diesen einzuschließen, könnten wir vielleicht sagen: „Für jedes elektrisch betriebene Hebezeug“.

Herr Schmidt: Es hat das für mich Interesse, weil ich im Begriff stehe, einen elektrisch zu betreibenden Kran anzulegen.

Herr Kalms: Ich muß auf das zurückkommen, was der Herr Oberbürgermeister vorhin sagte, indem er meinte, daß keine Bogenlampen zur Herstellung von

Photographien benutzt würden. Zur Herstellung lebender Photographien werden aber tatsächlich Bogenlampen benutzt. Nach den jetzigen Bestimmungen tritt dafür der Preis für Kraftstrom ein, während nach der Vorlage die Bogenlampen unter den Preis für Lichtstrom fallen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich habe zufällig über diese Frage vor der Abfassung der Vorlage mit einem Vertreter des Lichtwerkes verhandelt und meine Ansicht dahin ausgesprochen: wenn der Strom verwendet wird, um einen Raum mit Licht zu versehen zu dem Zwecke, um darin selber sehen zu können, so handelt es sich um Strom zu Beleuchtungszwecken; hat man aber Strom nötig, um Licht auf gewisse Gegenstände (Platten etc.) zu werfen (z. B. bei elektrischen Bädern), so ist das Strom zu gewerblichen Zwecken. Diesen Standpunkt hat auch der Vertreter des Lichtwerkes als zutreffend anerkannt.

Herr Schöttler: Da in dem vorliegenden Vertrage nichts an den bisherigen Bestimmungen geändert worden ist, so wird das auch wie bisher gehandhabt werden.

Der Punkt 2 wird darauf mit der Aenderung angenommen, daß der vorletzte Absatz in seinem Eingange lautet: „Für jedes elektrisch betriebene Hebezeug (Aufzug, Fahrstuhl, Kran etc.) ist außerdem . . .“.

„3. Der § 5 der Lieferungsbedingungen erhält folgende Fassung:

#### § 5.

1. Auf die für den gelieferten Strom zu zahlenden Grundpreise wird dem Abnehmer Rabatt gewährt, für dessen Bemessung das Verhältnis der während eines Betriebsjahres (1. April bis 31. März) in der Anlage verbrauchten Strommenge (ausgedrückt in Hektowattstunden) zu dem Anschlußwerte maßgebend ist. Unter Anschlußwert wird verstanden die Zahl der angeschlossenen Hektowatt d. h. die Gesamtmenge des stündlichen Energiebedarfs der an den Hausanschluß angeschlossenen stromverbrauchenden Einrichtungen. Bei Erhöhung des Anschlußwertes im Laufe des Jahres ist gegebenenfalls der höhere Preis nachzuzahlen und bei Erniedrigung tritt, wenn die Verhältniszahl erreicht ist, der niedrigere Preissatz ein.

Der Abnehmer kann verlangen, daß bei Ermittlung der Verhältniszahl und des danach zu berechnenden Rabatts nicht die ganze Anlage, sondern nur Teile derselben bzw. einzelne stromverbrauchende Einrichtungen (Lampen, Motore usw.) berücksichtigt werden, sofern zur Ermittlung der betreffenden verbrauchten Strommenge gesonderte Messung erfolgt.

Der Rabatt wird berechnet wie folgt:

a) Strom zu Beleuchtungszwecken.

Sobald das Dreihundertfache der dem Anschlußwerte entsprechenden Strommenge im Laufe eines Betriebsjahres verbraucht ist, wird die überschießende Strommenge mit 3  $\text{S}$  pro Hektowattstunde berechnet.

b) Strom zu gewerblichen Zwecken (s. § 2 des Konzessionsvertrages).

Eine Ermäßigung des Preises für den zu gewerblichen Zwecken außerhalb der Sperrzeit gelieferten Strom tritt ein, wenn das Dreihundertfache der dem Anschlußwerte entsprechenden Strommenge im Laufe eines Betriebsjahres verbraucht ist. Sobald diese Grenze überschritten ist, wird der Strom für die gesamte verbrauchte Strommenge ermäßigt, und zwar:

wenn die fr. Strommenge 301mal bis 600mal verbraucht ist, auf 1,8  $\text{S}$

" " " " 601 " " 1000 " " " " 1,6 "

" " " " 1001 " " 1500 " " " " 1,4 "

" " " " 1501 " " 2000 " " " " 1,2 "

" " " " 2001 " und öfter " " " " 1,0 "

jedoch mit der Einschränkung, daß der Preis für den in Motoren verbrauchten Strom

bei Motoren von 0 bis 3 PS nicht unter 1,6  $\text{S}$

" " " mehr als 3 bis 6 PS nicht unter 1,4  $\text{S}$  und

" " " " 6 " 10 " " " 1,2 "

pro Hektowattstunde sinkt.

Dieselbe Einschränkung gilt für jeden anderen Stromverbrauch zu gewerblichen Zwecken, z. B. für Lichtbäder und dergleichen, wobei 9 Hw. = 1 PS gerechnet werden.

Auch hier kann für Teile einer Anlage bezw. einzelne stromverbrauchende Einrichtungen gesonderte Berechnung nach Maßgabe der unter a gegebenen Vorschriften vom Abnehmer beansprucht werden."

Herr Fudel: Der Absatz 3 des § 5 ist mir nicht recht verständlich. Sollen, wenn innerhalb des Jahres Veränderungen an der Anlage vorgenommen sind, die Ermittlungen erst am Schlusse des Jahres angestellt werden?

Herr Schöttler: Das ist die Absicht. Da der Verbrauch monatlich abgelesen wird, läßt sich das leicht feststellen. Wenn z. B. eine Änderung des Anschlußwertes nach sechs Monaten eintritt, so werden die ersten sechs Monate nach dem alten und die letzten sechs Monate nach dem neuen Anschlußwerte berechnet und davon wird der Durchschnitt genommen.



Herr Fiedel: Zur Vermeidung von Differenzen bitte ich im Vertrage zu sagen, daß das Lichtwerk verpflichtet sei, nach Veränderung der Anlage den veränderten Anschlußwert dem Abnehmer mitzuteilen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich will offen gestehen, diese Bestimmung hat dem Magistrate recht viel Kopfzerbrechen gemacht. In anderen Lieferungsbedingungen hat man einfach gesagt, es soll der Anschlußwert am Jahreschlusse maßgebend sein, aber darin liegt eine gewisse Ungerechtigkeit. Ich kann mir eine Aenderung der Bestimmungen nur in der Weise denken, daß der Stromverbrauch im ganzen Jahre geteilt wird, und das läßt sich machen. Besser allerdings ist es nach meinem Gefühle, daß ein Abnehmer Aenderungen im Umfange seines Anschlußwertes im Laufe des Jahres überhaupt nicht vornimmt. Der Antrag des Herrn Fiedel, das Lichtwerk zu verpflichten, etwaige Aenderungen am Anschlußwerte den Abnehmern mitzuteilen, ist ohne Bedenken.

Herr Schöttler: Wenn eine Aenderung in der Abnahme eintritt, muß der Abnehmer dem Lichtwerke schon jetzt eine Mitteilung machen, weil sonst eine Prüfung der Aenderung nicht stattfinden kann. Dadurch erledigt sich die Sache von selbst.

Herr Fiedel: Ich möchte aber trotzdem, daß das Elektrizitätswerk verpflichtet würde, dem Abnehmer seinen Anschlußwert mitzuteilen. Es ist das eine einfache Sache, wenn oben auf den Rechnungen gesagt wird: Anschlußwert X. Für den Abnehmer ist es immer angenehm, das zu wissen. (Zustimmung.)

Herr Kalmß: Ich möchte bei dieser Gelegenheit nochmals auf meine Ausführungen von vorhin zurückkommen (Widerspruch); ich möchte nämlich den Antrag stellen,

daß bei Konsumenten von 15 000 Hektowattstunden und darüber der Rabattberechnung der gesamte Verbrauch über 300 Hektowattstunden zugrunde gelegt wird.

Das liegt im Interesse des Lichtwerkes und der Konsumenten, und es werden dadurch auch neue Konsumenten gewonnen. Dem Lichtwerke muß doch daran liegen, sagen zu können, wir haben große Konsumenten, die im Sommer für 2000 bis 3000 M. Strom verbrauchen. Ein solcher Abnehmer kommt aber nach den vorliegenden Bestimmungen nicht in den Genuß von Rabatt, weil er sein Licht nur drei bis vier Monate brennt. Lichtwerk und Stadt können sehr wohl darauf eingehen, einem Abnehmer von jährlich 15 000 Hektowattstunden die die Zahl 300 überschießenden Stunden mit 3 S. zu berechnen, zumal es sich dabei um eine Zeit handelt, wo das Werk nicht viel beschäftigt wird.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Es handelt sich dabei um eine Kombination der neuen und der alten Rabattsätze und es ist eine sehr schwer zu entscheidende Frage, welcher Rabattsatz für den Abnehmer der leichtere und an-

genehmere ist. Herr Bues war z. B. mit den bisherigen Rabattfähen zufrieden. Ich habe versucht, mich in die Materie hineinzuarbeiten und bin dabei zu der Ansicht gekommen, daß man die Entnahme von Strom nicht vergleichen kann mit der Lieferung sonstiger Handelsartikel. Wenn jemand einem Großhändler vom Lager jährlich eine größere Menge Waren abnimmt, so ist es gerechtfertigt, daß der Kaufmann ihm einen entsprechenden Rabatt gewährt. Anders liegt es aber bei der Entnahme von Strom, wobei es dem Lichtwerke nicht einerlei ist, zu welcher Zeit der Strom entnommen wird. Gerade die großen Abnehmer von Strom zu Beleuchtungszwecken, die erwarten, daß das Lichtwerk allzeit vollgerüstet dasteht, und die ihren Konsum nur auf kurze Zeit beschränken, sind vom Standpunkte des Lichtwerkes aus betrachtet die unangenehmsten Abnehmer, während eine tunlichst gleichmäßige Ausnutzung der Anschlußwerte das Werk am wenigsten und angemessensten belastet. Nach dem Umfange der Anlagen in den Häusern richtet sich auch der Umfang des Kabelnetzes, und das ist für das Lichtwerk die teuerste Sache. Man kann es ihm deshalb nicht verdenken, wenn es sich gegen eine übermäßige Belastung während eines kleinen Teiles des Jahres wehrt. Aus diesem Grunde will es eine Bevorzugung nur dem gewähren, der ziemlich gleichmäßig sein Abnehmer ist. Dem würde es widersprechen, wenn man auch noch den von Herrn Kalms beantragten Rabatt annehmen wollte. Es wäre allerdings nicht unmöglich, daß das Lichtwerk bei ganz großen Abnahmemengen daneben noch einen besonderen Rabatt bewilligte, jedoch entzieht sich das meiner Beurteilung. Ich halte die in der Vorlage beantragte Rabattgewährung für gerecht, und die Abnehmer werden sich gut dabei stehen.

Herr Bues: Es ist doch richtig, was ich das vorige Mal behauptet habe, denn in der vom Lichtwerke herausgegebenen Tabelle steht unter anderem: Bues, bisher 1155 M, Rabatt 68,25 M, bleibt 1086,75 M = 5,6 S für die Hektowattstunde, in Zukunft 962,50 M = 5 S für die Hektowattstunde. Dagegen findet sich hinter Berking, bisher 234,38 M = 5,6 S für die Hektowattstunde, in Zukunft 151,86 M = 3,65 S für die Hektowattstunde. Hiernach ist der Tariffuß bei dem großen Abnehmer von 5,6 S auf 5 S, bei dem kleinen Abnehmer aber von 5,6 S auf 3,65 S ermäßigt worden, so daß meine Behauptung, die großen Abnehmer seien gegenüber dem kleinen Abnehmer benachteiligt, im vollen Maße zutrifft. Es mögen die Abnehmer, welche den Strom gleichmäßig in Anspruch nehmen, dem Lichtwerke wohl die angenehmsten sein, aber von den großen Wirtschaftsetablissemments, die ihren Strom erst brauchen, wenn die Läden geschlossen sind, nämlich von 8 Uhr abends bis 5 Uhr morgens, kann man auch nicht behaupten, daß sie ihren Strom entnehmen, wenn das Lichtwerk am meisten belastet ist.

Herr Schöttler: Die Sache liegt doch so: Bisher hatten die großen Abnehmer das Licht bereits recht billig, die kleinen Abnehmer aber verhältnismäßig recht teuer, durch die neuen Rabattfähen wird indessen durchweg eine Verbilligung

der Beleuchtung erzielt. Bei den großen Abnehmern, die das Licht schon jetzt für 4  $\mathcal{M}$  gehabt haben, ist die neue Verbilligung allerdings gering, bei den kleinen Abnehmern dagegen groß. Nun fragt es sich, ob das der richtige Standpunkt ist oder nicht. Darüber kann man verschiedener Meinung sein. Es stehen sich dabei zwei Gesichtspunkte gegenüber: einmal kann man sich sagen, es ist richtig, daß jemand, der viel abnimmt, es billiger kriegt, als wenn jemand wenig abnimmt, und andererseits kann man sich auf den sozialen Standpunkt stellen und sagen, wer wenig braucht, soll es ebenso billig haben, wie der, der viel abnimmt. Die Differenz zwischen den großen und kleinen Abnehmern ist allerdings kleiner geworden, aber billiger wird es für jeden und das ist die Hauptsache. Daß das Elektrizitätswerk sich die Sache so eingerichtet hat, um sich gut dabei zu stehen, glaube ich wohl, und es würde mich wundern, wenn es anders wäre.

Herr Wolters: Wenn man die weniger gebrauchten Lichtanlagen ausschaltet und verschiedene Messer verwendet, so wird die Berechnung des Preises sich wesentlich billiger herausstellen. Die einander gegenüberstehenden Prinzipien versöhnen sich also insofern, als man verschiedene Stromkreise schafft.

Herr Kalms: Ich bin anderer Meinung als Herr Wolters. Wenn die verschiedenen Stromkreise den Anschlußwert nicht erreichen, also wenn jeder Kreis nur drei oder vier Monate im Jahre benutzt wird, so kommt schließlich kein Stromkreis in Rabatt. Trotzdem nehmen gerade diese großen Abnehmer auch im Sommer Strom ab, wo kein Privatabnehmer solchen gebraucht. Sie handeln deshalb im Interesse des Werkes und der Stadt, wenn Sie meinen Antrag annehmen.

Herr Fiedel: Wir sind uns wohl alle einig darin, daß die Vorlage eine Verbilligung des Stromes in sich schließt. Nun will man, wenn einzelnen dieser Segen nicht in dem Maße zufließt, wie anderen, die ganze Sache ablehnen, nur weil der andere mehr kriegt? Darauf läuft doch das hinaus, was Herr Bues gesagt hat.

Nach Ablehnung des Antrages Kalms wird die Magistratsvorlage angenommen.

„2. Für den zu gewerblichen Zwecken während der Sperrzeit entnommenen Strom und für den während oder außerhalb der Sperrzeit zum Betriebe von Hebezeug (Fahrstühlen, Aufzügen, Kranen etc.) entnommenen Strom wird Rabatt nicht gewährt.“

Auch dieser Punkt gelangt zur Annahme.

„3. Die Sperrzeit umfaßt folgende Stunden:

|             |     |                            |     |               |
|-------------|-----|----------------------------|-----|---------------|
| Im April    | von | 7 $\frac{1}{2}$ Uhr nachm. | bis | 9 Uhr abends, |
| „ Mai       | „   | 8                          | „   | 9 „           |
| „ August    | „   | 7 $\frac{1}{2}$            | „   | 9 „           |
| „ September | „   | 6                          | „   | 9 „           |
| „ Oktober   | „   | 5                          | „   | 9 „           |

|             |     |                            |     |               |
|-------------|-----|----------------------------|-----|---------------|
| Im November | von | 4 $\frac{1}{2}$ Uhr nachm. | bis | 9 Uhr abends, |
| " Dezember  | "   | 4                          | "   | 9             |
| " Januar    | "   | 5                          | "   | 9             |
| " Februar   | "   | 6                          | "   | 9             |
| " März      | "   | 6 $\frac{1}{2}$            | "   | 9             |

Da die durch das Schwanken der Sperrzeit bedingte Umstellung der Doppel-tarifzähler nicht gleichzeitig bewirkt werden kann, so wird der Unternehmerin das Recht eingeräumt, die Umstellung frühestens fünf Tage vor und spätestens fünf Tage nach dem ersten Tage der einzelnen Monate vorzunehmen, ohne daß durch diese Abweichungen von den vorstehend festgesetzten Zeitabschnitten die Berechnung beeinflusst wird.

Für die Uhren der Doppelarifzähler gelten als Fehlergrenzen, innerhalb deren die Zeitangaben noch als richtig gelten, 15 Minuten vor und nach der richtigen Tageszeit; bei einer größeren Abweichung hat die Berechnung des Strom-verbrauchs unter sinngemäßer Anwendung der Vorschrift in § 6 Abs. 3 der Lieferungsbedingungen zu erfolgen; doch findet dabei die Vorschrift des § 6 Abs. 4 keine Anwendung."

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich möchte anheimgeben, am Schlusse des Absatzes 1 zu sagen: „In den Monaten Juni und Juli kommt die Sperrzeit in Fortfall“, damit etwaige Zweifel beseitigt werden.

Punkt 3 wird mit dieser Ergänzung angenommen. —

„4. Die vorstehend erwähnten Bestimmungen über Gewährung von Rabatt finden auf die Preise für Strom zur Beleuchtung der öffentlichen Straßen, Plätze usw. (§ 14 des Konzessionsvertrages) keine Anwendung.

5. Im § 6 Abs. 2 der Lieferungsbedingungen werden die Worte:

„vorläufig ohne Berücksichtigung von Rabatten aufgestellt“  
gestrichen.

6. Im § 6 der Lieferungsbedingungen wird der Abs. 5 („Etwaige Rabatt-vergütungen . . . zu leisten“) gestrichen."

Die Punkte 4 bis 6 gelangen unverändert zur Annahme. —

### III. Allgemeine Vorschrift.

Die in dem gegenwärtigen Vertrage vereinbarten Vorschriften über Aenderung des Konzessionsvertrages und der Lieferungsbedingungen treten mit dem Beginne des zweiten auf die endgültige Genehmigung dieses Vertrages folgenden Monats mit der Maßgabe in Kraft, daß in Ansehung der Lieferung von Strom zu gewerblichen Zwecken der alte Tarif bis zur Aufstellung des Doppelarifzählers bei den einzelnen Konsumenten in Geltung bleibt. Dabei wird jedoch der Straßen-eisenbahngesellschaft das Recht eingeräumt, im Einvernehmen mit den einzelnen

Abnehmern die Vorschriften dieses Vertrages über Rabattgewährung bereits für den seit 1. April 1907 gelieferten Strom zur Anwendung zu bringen."

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Hierzu hat die Straßeneisenbahngesellschaft nachträglich die Erklärung abgegeben, daß sie in der Lage sei, die Inkraftsetzung der neuen Bestimmungen schon mit dem 1. August d. Jrs. vornehmen zu können, jedoch mit der Einschränkung wegen der Doppeltarifzähler. Wenn wir darauf eingehen wollen, und wir tun gut daran, so müssen wir das ausdrücklich beschließen, damit keine Differenzen wegen der Abgabe an die Stadt entstehen.

Herr Meyerhoff: Ich möchte anfragen, wer die Kosten der Doppeltarifzähler trägt.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Im allgemeinen haben die Abnehmer die Kosten des Einbaues zu zahlen. Wenn aber hier im Interesse des Lichtwerkes die Doppeltarifzähler eingeführt werden, so würde es unberechtigt sein, deren Kosten den Abnehmern aufzuerlegen, sie müssen also vom Lichtwerke getragen werden.

Der Abschnitt III wird darauf mit der Aenderung angenommen, daß der Eingang lautet: „Die in dem gegenwärtigen Vertrage vereinbarten Vorschriften über Aenderung des Konzessionsvertrages und der Lieferungsbedingungen treten mit dem 1. August 1907 mit der Maßgabe in Kraft, daß . . . ."

Sodann wird die Vorlage im ganzen mit den beschlossenen Aenderungen gutgeheißen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Jetzt wäre der Zeitpunkt gekommen, sich darüber schlüssig zu machen, ob noch eine zweite Lesung stattfinden soll.

Vorsitzender: Ich habe die Sache so aufgefaßt, daß wir die Generaldebatte der vorigen Sitzung als erste und die heutige Beratung als zweite Lesung angesehen haben. (Zustimmung.) Dann wäre damit die Vorlage erledigt.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Südel, übernimmt den Vorsitz.

## II. Rückforderung von Darlehen.

Der Magistrat hatte die Zustimmung dazu beantragt, daß die beiden Darlehne, welche die hiesige Stadt der Gemeinde Kirchencasse am 2. Januar 1900 mit nominell 140 000 M und am 1. Oktober 1902 mit nominell 400 000 M gewährt hat, zurückgezogen werden und daß die Rückzahlung in Höhe von 137 825,64 M und 393 799 M entsprechend dem Beschlusse des Kirchencassenkollegiums gefordert werde. In der Sitzung des Finanzausschusses der Versammlung ist nun darauf hingewiesen worden, daß die Rückzahlung dieser Beträge eine nicht gerechtfertigte Belastung der Gemeinde Kirchencasse und eine ungerechtfertigte Bereicherung der Stadt im Gefolge haben würde, weil einerseits die Stadt die beiden freiverwendenden

Kapitale ihrerseits nutzen wolle und daher billigerweise nur verlangen könne, daß sie die Kapitale entsprechend den Bedingungen erhalte, denen sich die Gemeinde Kirchentasse beim Empfange der Darlehne mit Rücksicht auf den derzeitigen Kurs der veräußerten Schuldverschreibungen unterwerfen mußte, und weil andererseits die Rückzahlung der beiden Darlehne in den vom Magistrate festgesetzten Beträgen die ungerechtfertigte Folge habe, daß durch die vorzeitige Abtragung des vollen Disagios, soweit es durch die bereits geleisteten Abträge noch nicht eingebracht ist, die Gemeinde Kirchentasse einen rechnungsmäßigen Verlust von 12 217 M erleide.

Bislang ist der Magistrat der Ansicht gewesen, daß die vorzeitige Rückzahlung der Darlehne mittels der geforderten und zugestandenen Summe die Gemeinde Kirchentasse nicht belaste, er muß aber anerkennen, daß dabei der durch die vorzeitige Abtragung des Disagios erwachsende Zinsverlust unberücksichtigt gelassen ist. Andererseits bleibt nach wie vor zu berücksichtigen, daß die Gemeinde Kirchentasse durch Kündigung der Darlehne nicht in Verlegenheit kommt, weil sie das Kapital vom Leihhause erhält, und daß infolge des stadtseitig der Gemeinde Kirchentasse bewiesenen Entgegenkommens und in Berücksichtigung des Umstandes, daß Stadt und Gemeinde Kirchentasse zurzeit die Kapitale gemeinschaftlich beschafft haben, eine gemeinsame Tragung des entstehenden Verlustes nicht unbillig sein dürfte. Hiernach würde der Magistrat damit einverstanden sein und will nachträglich in Abänderung der früheren Vorlage beantragen, daß der Gemeinde Kirchentasse auf die von ihr zu zahlenden Beträge die Hälfte des Verlustes mit 6108,50 M gutgerechnet werde.

Herr Hauswaldt: Man kann diese Frage nach verschiedenen Richtungen beleuchten, so viel steht aber fest, daß die Stadt sich bei diesem Abkommen besser steht, als wenn sie die Schuld weiter bestehen läßt. Namens der Mehrheit der Finanzkommission habe ich zu empfehlen, der Vorlage zuzustimmen und den Verlust von 6108,50 M zu übernehmen.

Herr Jasper: Ich möchte bitten, sich auf den Kuhhandel, der auf Anregung des Herrn Referenten in der Finanzkommission zustande gekommen ist, nicht einzulassen. Wir hatten vom Magistrate zunächst eine Vorlage erhalten, bei der sich die Stadt um 6000 bis 7000 M besser stand und auch das Kirchenkassenkollegium hatte den mit dem Magistrate gepflogenen Verhandlungen zugestimmt. Darüber hinaus hatte der Herr Referent im Finanzausschusse Bedenken, die für das Wohl der Kirchentasse allerdings sprachen, aber nicht im Interesse der städtischen Verwaltung lagen. Schon von dem Gesichtspunkte aus, daß das Kirchenkassen-Kollegium mit dem ersten Abkommen einverstanden war, haben wir keine Veranlassung, von uns aus noch mehr zu tun, als womit der Gegenkontrahent einverstanden war.

Aber auch sachlich ist der ursprüngliche Antrag des Magistrates durchaus gerechtfertigt und zwar aus folgenden Gründen: Wir haben seinerzeit das Darlehn aufnehmen und aus der Kommunalanleihe die Papiere verkaufen und den Verlust

übernehmen müssen lediglich im Interesse der Kirchentasse. Es mag dahingestellt sein, ob wir vielleicht aus gesetzlichen Gründen dazu gezwungen gewesen sind, aber es steht fest, daß wir die Opfer der Kirchentasse zuliebe gebracht haben. Wenn wir nun jetzt rechtlich die Möglichkeit haben, das Opfer wieder einzubringen, so ist das im Interesse der Stadt geboten. Wir also haben jetzt Geld nötig und sollen nun nach den Angaben des Herrn Referenten das auf unsere Kosten aufnehmen. Da sieht man, daß die Kirche selbst in weltlichen Angelegenheiten viel besser beraten ist und einen besseren Magen hat, als die Gemeinde, die nur noch Entgegenkommen und Wohlwollen zeigen soll. Es ist auch nicht richtig, daß wir nicht in der Lage sein sollen, das Kapital jetzt zurückzuverlangen. Nach den getroffenen Abmachungen ist das Darlehn kündbar, wir können also von unserem Kündigungsrechte jederzeit Gebrauch machen und das Geld zurückbekommen. Es ist ferner nicht richtig, daß wir das für uns jetzt erforderliche Geld nur sehr teuer würden beschaffen können, da wir anderweitig noch Gelder ausstehen haben, die wir kündigen könnten. Auch hat der Herr Oberbürgermeister in der Kommission noch andere Mittel und Wege angedeutet, die uns auf ebenso billige Weise aus der Verlegenheit helfen können, ohne diese Vorteile der Kirchentasse zuzuwenden. Ich appelliere deshalb an die frühere Vorlage des Magistrates und bitte, den von dem Finanzausschusse beantragten Handel nicht mitzumachen, sondern die ganzen 12217 M. der Kirchentasse aufzubürden.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Auf diesen Standpunkt — die erste Magistratsvorlage befürworten zu wollen — kann sich der Herr Vorredner aus formellen Gründen nicht mehr stellen. Das wäre nur dann gerechtfertigt und formell zulässig, wenn der Magistrat seinerseits nicht inzwischen anderweit zu der Frage Stellung genommen hätte. Nun hat Herr Jasper zunächst lediglich den formalen Standpunkt geltend gemacht und gesagt: das Kirchentassen-Kollegium hat sich mit der Rückzahlung unter Uebernahme des vollen Disagios einverstanden erklärt, folglich ist es gefangen und muß zahlen. Diesen Standpunkt halte ich aber nicht für gerechtfertigt, wenn es sich um die Abwägung der beiderseitigen Interessen handelt. Man kann wohl sagen, ein Stadtverordneter hat nicht die Pflicht, die Interessen des Kirchentassen-Kollegiums zu vertreten, sondern kann das diesem überlassen. Hier liegt die Sache indessen anders: Wir stehen mitten zwischen beiden, und wenn man dann zu der Ansicht kommt, daß man sich geirrt und einen Fehler begangen hat, so halte ich es für richtig, zu sagen, ich erkenne das an und suche einen angemessenen Ausgleich zu finden.

Nun hat Herr Dr. Jasper gesagt, er hielte es auch sachlich für gerechtfertigt, das ganze Disagio dem Kirchentassen-Kollegium zur Last zu legen, jedoch habe ich jede nähere Begründung dieser Ansicht vermißt. Er kann nicht bestreiten, daß tatsächlich, wie die sachverständigen Herren in der Finanzkommission dargetan haben,

die vorzeitige Rückzahlung des Disagios eine Belastung für die Kirchenkasse insofern im Gefolge hat, als sie den Zinsverlust tragen muß. Diese Anschauung ist von keiner Seite widerlegt worden. In sachlicher Beziehung ist es also gerechtfertigt, einen Ausgleich zu suchen. Die letzten Ausführungen laufen darauf hinaus, daß die Stadt, wenn sie sich diesen Vorteil nicht verschaffen kann, auf das Geschäft nicht eingehen soll. Wenn die Sache so läge, so würde ich sagen, gut, lassen Sie die Vorlage unter den Tisch fallen und der Magistrat mag sehen, wie er sich Geld verschafft. Das ist aber nicht richtig. Wenn auch eine Kündigung nicht ausdrücklich ausgeschlossen ist, so ist andererseits aber auch nicht gesagt worden, daß ein Kündigungsrecht vorhanden sein soll. Darf nun aber wohl das Recht der Kündigung von der Stadt ohne weiteres gefolgert werden? Wenn ich bei Abgabe eines Darlehns nichts sage wegen der Rückforderung, so kann ich in der üblichen Zeit kündigen; hier ist es aber anders gewesen: Kirche und Stadt haben sich auf den Standpunkt gestellt, jede für ihren Anteil den aus der niedrigen Kursbemessung der Papiere entstehenden Schaden zu tragen und die Kirchenkasse hatte ihren Anteil der Stadt durch allmähliche Rückzahlung zu ersetzen. Würde sich Herr Jasper auf solches Geldgeschäft wohl einlassen, wenn der andere Teil hinterher käme und sagte, ich will den vollen Betrag zurückhaben? Das wäre zum mindesten eine starke Ungerechtigkeit. Und so glaube ich, man kann davon ausgehen, daß bei Hingabe der Summe beide Teile als selbstverständlich vorausgesetzt haben, daß eine vorzeitige Rückgabe nicht stattfinden sollte. Herr Jasper sagt weiter, wir könnten das Geld anderweit beschaffen, das ist richtig, aber wo wir es unter so günstigen Bedingungen bekommen sollen, erscheint mir fraglich. Wir haben allerdings Kapitalien ausstehen, aber meistens zu 4 %, so daß wir uns besser stehen, dieses Kapital von der Gemeine Kirchenkasse zurückzuziehen. Außerdem müßten wir unsere Hypotheken erst kündigen und zwar mit halbjähriger Frist. Da wir das Geld aber bald haben müssen, so würde es darauf hinauslaufen, daß wir bei irgend einer Bank eine Anleihe aufnahmen oder lombardierten, und was wir da bezahlen müßten, weiß Herr Jasper auch. Ich kann Ihnen deshalb nur empfehlen, die Vorlage anzunehmen.

Herr Hauswaldt: Wenn die Stadt sich darauf einläßt und die Hälfte des Disagios selbst trägt, so hat sie das große Kapital zu 3,512 % und das kleine zu 3,375 %. Wo wollen Sie heute für die Stadt ein ähnlich günstiges Kapital schaffen?

Herr Esdorn: Ich habe in der Finanzkommission zunächst den Standpunkt des Herrn Dr. Jasper bis auf einige wenige Abweichungen vertreten. Ich halte es z. B. nicht für richtig, uns auf den Standpunkt zu stellen, daß das Kirchenkassen-Kollegium das Disagio allein zu tragen hätte. Man muß berücksichtigen, daß die Stadt Geld gebraucht und es augenblicklich nicht zu solchem Zinsfuße er-



halten kann, wie es ihr möglich ist, wenn sie das Kapital von der Gemeinde Kirchfasse zurückerhält. Durch die Erörterungen in der Finanzkommission habe ich mich davon überzeugt, daß wir recht tun, wenn wir die Hälfte des Disagios übernehmen. Deshalb bin ich für die Vorlage.

Die Vorlage wird sodann gutgeheißen.

Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt, übernimmt den Vorsitz wieder.

### III. Zuschuß zu den Vorarbeiten für den Bahnbau Celle—Braunschweig.

Schon seit längerer Zeit sind von dem Magistrate Verhandlungen geführt worden, die auf die baldige Erlangung einer direkten Bahnverbindung zwischen Braunschweig und Celle abzielen. Er hat dabei von Anfang an die Ansicht vertreten, daß die Stadt Braunschweig ein wesentliches Interesse habe an der Verkürzung der nach den Seelüften führenden Schienenwege und daß sie daher das in Rede stehende Eisenbahnunternehmen ihrerseits nur dann fördern könne, wenn entweder eine Vollbahn oder wenigstens eine normalspurige Nebenbahn gebaut werden sollte. Zur Genugtuung des Magistrates wird diese Ansicht auch vom Herzoglichen Staatsministerium geteilt, das auch seinerseits die erforderlichen Schritte getan hat, um die in Rede stehende neue Bahnverbindung ins Leben zu rufen.

Um diese Angelegenheit zu fördern, ist neuerdings empfohlen worden, es möchten sowohl die beiden unmittelbar beteiligten Städte Celle und Braunschweig, als auch die an der erstrebten Verkehrserleichterung wesentlich interessierte Stadt Bremen ihr Interesse an der Sache dadurch bekunden, daß sie der preussischen Eisenbahnverwaltung die zu etwa 30 000 M überschlagenen Kosten für die Vorarbeiten zur Verfügung stellen, weil in diesem Falle als sicher anzunehmen sei, daß wenigstens diese Arbeiten alsbald in Angriff genommen werden würden. Bestimmend für diesen Vorschlag war der Umstand, daß auf Seiten der preussischen Eisenbahnverwaltung keine Neigung besteht, die fragliche Bahn als Privatbahn zuzulassen und daß daher im Hinblick auf die zahlreichen der preussischen Eisenbahnverwaltung wegen Erbauung neuer Eisenbahnen unterbreiteten Anträge und Wünsche ein tatkräftiges Vorgehen der beteiligten Gemeinden sehr am Plage sei.

Der Magistrat hat geglaubt, diesem Vorschlage zustimmen zu sollen und zwar umsomehr, als neuerdings wieder der Verlauf der Verhandlungen betreffend den Bau der Bahn Celle—Gifhorn deutlich gezeigt hat, daß eine lebhafte Agitation auf dem Gebiete der Eisenbahnpolitik nicht ohne Einfluß ist und als andererseits gegen die Bahn Celle—Braunschweig jetzt schon von dritter Seite sehr entschieden Stellung genommen wird. Da nun die städtischen Behörden von Celle zu dem Zwecke bereits 10 000 M bewilligt haben und da ferner als sicher angenommen werden darf, daß

auch Bremen sich in gedachter Weise an den Vorarbeiten beteiligen wird, so gibt der Magistrat anheim, der Beteiligung der Stadt Braunschweig an dem Vorgehen ebenfalls zuzustimmen. Nachdem Herzogliches Staatsministerium sich bereit erklärt hat, zu diesen Vorarbeiten einen Beitrag von 3000 M zu leisten, wird weiter anheimgegeben, zu dem Zwecke stadtseitig noch 7000 M zu bewilligen.

Herr Födel: Die Finanzkommission empfiehlt, den Betrag zu bewilligen. Ich glaube nicht, daß es nötig ist, die Wichtigkeit einer derartigen Verbindung nach dem Norden noch weiter zu erörtern. Jeder wird wissen und davon überzeugt sein, daß eine solche neue Bahnverbindung am besten geeignet ist, die Verhältnisse unserer Stadt zu verbessern und sie in den großen Verkehr zu bringen. Wenn diese Verbindung, sei es als Vollbahn oder als normalspurige Nebenbahn, erst einmal vorhanden ist, wird auch ein anderer Wunsch der Einwohnerschaft, eine bessere Verbindung nach dem Süden zu bekommen, schneller zu erreichen sein. Sobald wir erst an den großen Bahnlinien von Hamburg und Bremen liegen, wird der Zeitpunkt heranrücken, daß Braunschweig neu erblühen kann.

Herr Meyerhoff: Ich freue mich, daß das Projekt angeregt worden ist und ich wäre auch für eine größere Unterstützung desselben zu haben. Es ist nicht zu verkennen, daß eine direkte Bahn von Celle ohne den Umweg über Peine der Stadt Braunschweig große Vorteile bietet. Nach meiner Berechnung würde dadurch die Linie nach Bremen und Hamburg um mehr als 20 km abgekürzt werden. (Ruf: 17 kl.) Wenn wir aber die Summe bewilligen, so lassen Sie uns das nur unter der Voraussetzung tun, daß eine Vollbahn gebaut wird. Alles andere hat für uns keinen Wert. Sehen Sie sich die Bahn nach Uelzen über Gifhorn an: aus einer Kurve bummelt die Bahn in die andere Kurve dahin. Jetzt ist es aber noch Zeit, unsere Wünsche an geeigneter Stelle bekanntzugeben.

Herr Födel: Wir hatten geglaubt, den Bogen nicht zu straff spannen zu sollen und haben deshalb gesagt, eine Vollbahn oder eine normalspurige Nebenbahn. In dem letzteren Falle würde der Bahnkörper ebenso ausgebaut werden müssen wie bei einer Vollbahn. Es empfiehlt sich nicht, durch Äußerung des Wunsches auf Erbauung einer Vollbahn, der an sich vollständig berechtigt ist, die Wahrscheinlichkeit der Ausföhrung hinauszurücken. Wenn wir erst einmal eine Nebenbahn als Vollbahn ausgebaut bekommen, so ist es viel leichter, die Umwandlung der Nebenbahn in eine Vollbahn zu erreichen, als wenn wir auf dem Standpunkte stehen bleiben, es müsse durchaus sofort eine Vollbahn sein. Die beiden anderen Städte haben auf die Äußerung dieses Wunsches auch verzichtet, obwohl sie derselben Meinung sind wie wir.

Herr Fröhling: Wir sind fest davon überzeugt, daß uns nur eine Vollbahn nützen kann, wissen aber nicht, welchen Verlauf eine solche Forderung nehmen würde. Wenn wir hinterher keine Vollbahn kriegen, so würde eine normalspurige

Nebenbahn immer noch besser sein, als gar keine Bahn. Deshalb nehmen Sie den Antrag der Kommission nur an. Es verhandelt sich mit der preussischen Eisenbahnverwaltung leichter, wenn die Bewilligung nicht auf eine Vollbahn beschränkt ist. Es läßt sich doch noch nicht absehen, wie sich die Sachen gestalten werden und ob es überhaupt möglich sein wird, eine Vollbahn herauszubringen; sollte das nicht möglich sein, so ist eine normalspurige Nebenbahn immer noch besser, als gar keine Bahn.

Herr Alßmann: Gegenüber den beiden letzten Vorrednern möchte ich mich den Ausführungen des Herrn Meyerhoff anschließen. Es hört sich gut an, wenn gesagt wird, wir würden sehr leicht eine Vollbahn bekommen, wenn wir nur erst eine normalspurige Nebenbahn hätten. Ich erinnere dabei an die Nebenbahn nach Uelzen. Wir sind der Ueberzeugung, daß diese Bahnlinie viel besser gedeihen würde, wenn sie eine Vollbahn wäre, denn es ist doch unmöglich, daß jemand, der geschäftliche Verbindungen nach dem Norden hat, damit fahren kann. Nur wer Zeit genug hat und einige Groschen Fahrgeld sparen will, kann diese Linie nach Uelzen und darüber hinaus benutzen. Deshalb bitte ich, im Sinne des Herrn Meyerhoff eine Vollbahn zu fordern. Man mag sagen, es sei nicht richtig, solche Forderung aufzustellen, da man eventuell nichts bekomme, wenn man zuviel fordere, aber ich glaube, wir werden so wie so nur recht wenig bekommen. Wenn wir später eine Vollbahn haben wollen, so werden wir damit getröstet, ihr habt ja schon eine Nebenbahn, und wem die nicht paßt, der mag sich eine Stunde in Lehnstuhl hinlegen und warten, bis der Schnellzug kommt. Im übrigen bin ich für die Bewilligung des Zuschusses unter dieser Bedingung.

Herr Lübke: Ich möchte mich zu der Ansicht des Herrn Meyerhoff bekennen: wenn wir Geld für Vorarbeiten ausgeben, so sollten wir daran die Bedingung knüpfen, daß das Geld zu Vorarbeiten für eine Vollbahn verwendet wird. Ob hinterher eine Vollbahn oder eine Nebenbahn gebaut wird, hängt nicht von uns ab, sondern wird von der preussischen Eisenbahnverwaltung entschieden. Es ist aber etwas anderes, ob die Vorarbeiten für eine Vollbahn oder für eine Nebenbahn ausgeführt werden. Die Grundbedingungen solcher Vorarbeiten sind nämlich sehr verschieden: bei einer Nebenbahn wird es darauf ankommen, möglichst viele Ortschaften anzuschließen; an solcher Bahn kann uns aber nichts liegen, sondern wir müssen eine direkte kurze Verbindung nach dem Norden haben, wobei nicht auf jedes Dorf Rücksicht genommen werden kann. Werden deshalb die Vorarbeiten für eine Nebenbahn gemacht, so haben wir unser Geld zum Fenster hinausgeworfen. Ich bin auch nicht dafür, dem preussischen Eisenbahnfiskus gegenüber allzu zaghaft zu sein, deshalb können wir unsern Wunsch so kräftig wie möglich aussprechen.

Herr Oberbürgermeister Kete meyer: Ueber diese Bahnverbindung sind schon lange Verhandlungen geführt worden und die Ansichten gingen dabei noch weiter

auseinander, als in der heutigen Versammlung. Insbesondere traten die Vertreter der einzelnen Ortschaften selbstverständlich jeder dafür ein, daß sein Dorf die Eisenbahnverbindung kriegte. Wenn diese Wünsche alle erfüllt werden müßten, könnte die Bahn überhaupt nicht gebaut werden. Wir haben uns dabei auf den Standpunkt gestellt, daß wir für eine Unterstützung der Bahnlinie nur zu haben sein würden, wenn dadurch eine wesentliche Abkürzung des bisherigen Schienenweges zwischen Braunschweig und Celle erzielt würde. Unserer Meinung nach müßte die Bahn im Zuge der alten Heerstraße nach Celle gebaut werden. Nachdem ich gestern abend diese Straße durch die Liebenswürdigkeit des Herrn Fiedel habe befahren können, kann ich nur sagen, daß ich mir keine bessere Verbindung nach Celle denken kann. Herr Lübke mag recht haben, daß die Vorarbeiten für eine Hauptbahn und eine Nebenbahn verschieden sind, aber so sehr man auch durch ein energisches Auftreten die preußische Eisenbahnverwaltung für sich mag gewinnen können, so fürchte ich doch, daß in diesem Jahre die Vorarbeiten nicht mehr zur Ausführung kommen werden, wenn wir jetzt mit der Erklärung herauskommen, daß wir die 7000 M nur unter der Bedingung geben wollen, daß die preußische Eisenbahnverwaltung sich verpflichtet, eine Vollbahn zu bauen. Ich habe mich gefreut, daß unser Herr Staatsminister sich für die Bahn interessiert und mit dem preußischen Herrn Eisenbahnminister darüber verhandelt, dieser auch Entgegenkommen gezeigt und erklärt hat, er stände auf dem Standpunkte, wenn es zur Erbauung der Bahn käme, daß nicht eine Privatbahn, sondern nur eine Staatsbahn zugelassen werden sollte. Daraufhin sollten wir aber erst mal diese Vorarbeiten machen lassen.

Es handelt sich hier übrigens noch gar nicht um die Bewilligung von Mitteln zur Erbauung der Bahn, sondern erst darum, zu untersuchen, ob und unter welchen Bedingungen und in welcher Richtung die Linie am angemessensten gebaut werden kann. Wenn sich dabei eine nicht völlig gerade Linie ergeben sollte, so wäre das auch noch kein Unglück, denn unsere braunschweigischen Gemeinden, ganz abgesehen von Steinhof, müssen dabei doch auch berücksichtigt werden. Für mich ist die Hauptsache, daß wir uns an dem Vorgehen der Städte Bremen und Celle beteiligen und unter denselben Bedingungen das Geld zur Verfügung stellen. Es ist bereits eine scharfe Agitation im Gange, eine Kleinbahn zu bauen, der wir begegnen müssen, weil das eine weite Hinausschiebung des von uns angestrebten Projectes bedeuten würde. Deshalb möchte ich nochmals bitten, die Bedingung einer Vollbahn nicht zu stellen, weil das bei Lage der Verhältnisse meiner Ueberzeugung nach einer Ablehnung der ganzen Sache gleichkommen würde.

Herr Esdorn: Ich werde für die Magistratsvorlage stimmen und möchte ersuchen, darüber nicht hinauszugehen. Was würde dabei herauskommen, wenn wir die Bedingung stellten, nur eine Vollbahn zu bauen? Wir würden das Geld

auch nicht wieder herausbekommen, wenn die preußische Staatsbahnverwaltung hinterher erklärte, sie könnte eine Vollbahn nicht bauen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich mir eine Anfrage an den Magistrat erlauben: Durch die Presse ist bekanntlich wieder einmal das Bahnhofprojekt angeregt worden, und dabei hat die Mitteilung viel böses Blut in der Bürgerschaft erregt, daß das Bahnhofgebäude um 1700 m hinausverlegt werden soll; wenn ich an das Gerücht auch nicht glaube, so möchte ich doch bitten, zur Beruhigung der Gemüter eine kurze Erklärung hierüber abzugeben.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Die kurze Erklärung kann ich abgeben, ob sie aber dazu beiträgt, die Bürgerschaft zu beruhigen, steht dahin, jedoch ist auch der Magistrat noch nicht darüber zur Ruhe gekommen. Ich will mich heute darauf beschränken, zu erklären, daß eine Vorlage zurzeit geschrieben und Ihnen in einigen Tagen gedruckt zugehen wird; Sie können sich dann während der Ferien in Muße überlegen, ob Sie unserer Ansicht sind.

Herr Fricke: Ich freue mich, daß sich die preußische Regierung unserer erinnert, und ich möchte nicht mit Herrn Meyerhoff wünschen, daß wir an die Bewilligung der 7000 M die Bedingung knüpfen, es solle absolut eine Vollbahn gebaut werden. Wenn wir Aussicht haben, mit dem Norden verbunden zu werden, so möchte ich vorschlagen, der Eisenbahnverwaltung freie Hand zu lassen. Haben wir erst einmal eine Verbindung mit den deutschen Hafenstädten, so sind wir doch nicht ganz beiseite geschoben. Wenn wir die Bedingung der Schaffung einer Vollbahn an die Bewilligung der 7000 M knüpfen, so fürchte ich, daß man das Projekt überhaupt fallen läßt.

Herr Südel: Ich möchte vorschlagen, zu sagen, daß wir das in Rede stehende Eisenbahnprojekt nach Kräften fördern wollen, wenn nicht eine Kleinbahn, sondern eine Vollbahn, oder wenigstens eine als Vollbahn ausgebaute Nebenbahn gebaut werden soll. Herrn Ußmann will ich erwidern, daß die Bahn nach Gifhorn—Uelzen nicht als Vollbahn ausgebaut worden ist. Die Schwierigkeiten, welche die sofortige Einführung des Vollbahnbetriebes mit sich bringen würde, brauche ich Ihnen wohl nicht auseinanderzusetzen, namentlich wenn man berücksichtigt, daß die preußische Eisenbahnverwaltung sich damit selbst eine Konkurrenzbahn bauen würde. Es handelt sich zunächst darum, durch das von uns zu bringende Opfer den Agitationen der anderen Orte, die eine Bahnverbindung erstreben, entgegenzuwirken, und dabei handelt es sich um eine ganze Reihe von Orten. Sehen Sie also von einem Zuviel ab und seien Sie zufrieden mit meinem Vorschlage.

Herr Probst: Ich wollte den Antrag des Herrn Referenten zur Annahme empfehlen und noch auf folgendes aufmerksam machen: Denken Sie sich, wir hätten

jezt eine Vorlage, es solle eine Nebenbahn von Celle aus nach Peine oder Braunschweig gebaut werden und wir würden vor die Frage gestellt, sollen wir zu den Vorarbeiten einer solchen Bahn einen Zuschuß leisten oder nicht, würden wir dann wohl sagen, wir wollen die Nebenbahn unter allen Umständen nicht und lassen sie lieber nach Peine laufen? Das könnte unsererseits doch unmöglich geschehen. Ich würde deshalb die Summe auch dann bewilligen, wenn die Vorlage von vornherein auf eine Nebenbahn lautete.

Herr Meyerhoff: Ich freue mich, daß die Sache so weit geklärt ist. Wenn meine Abschätzung der Entfernung mit der des Herrn Referenten differiert, so kommt das daher, daß ich nicht die reine Luftlinie genommen habe und daher auf einen Unterschied von 25 km gegenüber 17 km nach der Berechnung des Herrn Referenten kam. Nun sagte der Herr Referent weiter, Preußen werde sich keine Konkurrenzbahn bauen; es handelt sich hierbei aber gar nicht um eine Konkurrenz im eigentlichen Sinne des Wortes, sondern es würde der preußischen Eisenbahnverwaltung durch die Bahn ermöglicht werden, den überlasteten Bahnhof Lehrte zu umgehen und sich eine anderweite Verbindung nach dem Süden zu schaffen. Ich will von einem besonderen Antrage absehen und mich dem abgeänderten Antrage des Herrn Referenten anschließen, möchte aber bitten, bei allen Verhandlungen und Unterhandlungen immer zu betonen, daß wir in erster Linie eine Vollbahn wünschen. Der preußische Herr Eisenbahnminister wird aus unseren heutigen Verhandlungen, die ihm wohl zugänglich gemacht werden, ersehen, daß es unser sehnlichster Wunsch ist, eine Vollbahn zu kriegen, will er dann nicht, so müssen wir uns auch bescheiden. So gut man den Bahnhof in Braunschweig noch 1700 m von der Stadt abrücken will, so gut möchte es doch wohl auch angehen, von den einzelnen Dörfern den nächsten Bahnhof 1700 m abzurücken. (Zustimmung.) Wenn man jedes Dorf an der Strecke mitnehmen will, so liegt darin ein großes Hindernis, weil uns nur daran liegen kann, den direkten Verkehr mit den Hafenplätzen zu bekommen. Ich möchte wünschen, daß unsere heutigen Verhandlungen dem Herrn Eisenbahnminister zu Gesicht kämen.

Die Vorlage wird darauf mit dem Antrage des Herrn Fiedel angenommen.

#### IV. Erwerb einer Fläche an der Katharinenkirche.

Von dem an der Katharinenkirche Nr. 8 gelegenen Grundstücke, das zurzeit niedergelegt werden soll, sind dem Ortsbauplane zufolge 7 qm zur Verbreiterung des Fußweges zu erwerben. Der Magistrat gibt anheim, diesem Erwerbe zum Preise von 150 M für 1 qm zuzustimmen,

was auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Wolters berichtet, geschieht.

## V. Anfrage Kalm's: Statut über die Regelung des Teppichklopfens.

Zur Begründung der Anfrage:

„Wann gedenkt der Magistrat das in Aussicht gestellte Statut über die Regelung des Teppichklopfens einzubringen?“

führt Herr Kalm's aus: In der letzteren Zeit hat sich das viele Teppichklopfen zu unpassender Zeit wieder recht bemerkbar gemacht, so daß es in manchen Stadtgegenden kaum noch zum Aushalten ist. Da es nun schon mindestens ein Jahr her sein dürfte, seitdem wir darüber gesprochen haben, so ist es dem Magistrate vielleicht möglich, in nächster Zeit einen Statutentwurf vorzulegen. Herrschaften, die in Braunschweig dauernden Wohnsitz nehmen wollen, betrachten das fortwährende Teppichklopfen als einen Uebelstand.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Herr Kalm's darf überzeugt sein, daß die Mitglieder des Magistrates den Uebelstand nicht minder empfinden, als er selbst. Die darüber gepflogenen Vorberatungen sind indessen ins Stocken geraten, weil es uns richtig erschien, diese Angelegenheit mit der Durchsicht der gesamten Straßenpolizeiordnung zu verbinden und nicht ein kleines Statut vorwegzunehmen, wodurch die Uebersichtlichkeit der ganzen Statuten außerordentlich erschwert werden würde. Wir haben uns im November v. Js. wegen der Durchsicht der Straßenpolizeiordnung an die Herzogliche Polizeidirektion gewandt, jedoch hat deren Antwort noch auf sich warten lassen; wir hoffen aber, daß uns auf unsere Erinnerung in allernächster Zeit eine Antwort erteilt werden wird. Sobald das geschehen ist, soll die Sache so schnell wie möglich gefördert werden.

## VI. Anfrage Esdorn: Grundsätze bei der Befürwortung von Gastwirtschafts-Konzessionen.

Die Anfrage lautet:

„Nach welchen Grundsätzen werden vom Magistrate die Gastwirtschafts-Konzessionen befürwortet, und ist in den letzten Tagen die Konzession für ein großes neues Café auf dem Bohlwege befürwortet worden?“

Herr Esdorn (zur Begründung): Es wird Ihnen bekannt sein, daß über die Konzessionierung von Gastwirtschaften hier in den beteiligten Kreisen ein ziemlicher Unwille herrscht. In letzter Zeit sind hier verschiedenen Gastwirten Konzessionen erteilt, mit denen man nicht zufrieden ist, u. a. auch dem neuen Restaurant in Richmond, das nicht existenzfähig ist. Nun geht das Gerücht um, daß auf dem Bohlwege wieder eine Konzession erteilt sein soll. Daß dort bei den vielen vorhandenen Wirtschaften kein Bedürfnis nach einem neuen Café vorhanden ist, liegt wohl auf der Hand. Da nun der Magistrat vor jeder Konzessionierung gutachtlich gehört wird, so kann er das Gastwirtsgewerbe vor unnötiger Konkurrenz

schützen, zumal dadurch nicht nur die Gastwirte, sondern auch die Handwerker geschädigt werden.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Wenn Herr Esdorn die Grundsätze kennen lernen will, nach denen die Gewährung von Erlaubnissen zum Gastwirtschaftsbetriebe befürwortet werden, so würde es außerordentlich schwierig sein ihm diese Grundsätze in der zu Gebote stehenden knappen Zeit darzulegen, zumal man wird sagen müssen, daß das Urteil sich nach der Lage jedes einzelnen Falles richtet. Im übrigen hat der Magistrat lediglich eine begutachtende Aufgabe und die Herzogliche Polizeidirektion ist an dieses Gutachten in keiner Weise gebunden. Es besteht bei uns der Grundsatz, daß in denjenigen Fällen, wo das betreffende Magistratsmitglied anderer Meinung ist, als die in der Anfrage enthaltene Äußerung der Herzoglichen Polizeidirektion, die Angelegenheit der Gesamtheit des Magistrates zur Entscheidung verstellt wird; wenn das aber nicht der Fall ist, so beschränkt man sich auf ein einfaches Rückschreiben, wie es in solchen und ähnlichen Fällen üblich ist, weil sonst die Zeit in den Magistratsitzungen zu sehr in Anspruch genommen werden würde. Ich mache kein Hehl daraus, daß in der Innenstadt nach anderen Gesichtspunkten verfahren wird, als in der Außenstadt und erkläre, daß ich kein Bedenken getragen habe, nachdem die Herzogliche Polizeidirektion bemerkt hatte, daß sie die Bedürfnisfrage in bezug auf ein in den Gebäuden Nr. 6 und 7 am Bohlwege anzulegendes Café bejahen wolle, mich der Auffassung anzuschließen. Es ist möglich, daß die Befürchtungen des Herrn Esdorn in Erfüllung gehen, aber ich glaube es nicht und hoffe es auch im Interesse unseres Verkehrs- und Wirtschaftslebens nicht.

Dabei möchte ich nicht unterlassen, mitzuteilen, daß in Gastwirtskreisen eine Bewegung bestehen soll, die darauf hinausläuft, daß die Gastwirte in geeigneten Fällen von der Herzoglichen Polizeidirektion um eine gutachtliche Äußerung angegangen sein wollen. Ich verkenne nicht, daß ein solches Verfahren mancherlei gegen sich hat, aber es würde auch manches für sich haben; jedenfalls würde eine derartige Maßregel die Sachlage klären. (Widerspruch.) Die Meinungen darüber gehen allerdings weit auseinander, aber wenn selbst der Verwaltungsgerichtshof gar nicht selten Gutachten von erfahrenen, im Gastwirtsleben stehenden Herren einzuholen pflegt, so kann ich nicht einsehen, weshalb nicht auch die erste Instanz das tun könnte.

## VII. Anfrage Fricke: Nutzträglichkeiten auf dem Leonhardplatze.

Herr Fricke: Während des Spielens auf dem Leonhardplatze kommt es sehr häufig vor, daß große Bälle über das Statet des Domsfriedhofes geworfen und durch Uebersteigen zurückgeholt werden. Die Besucher des Domsfriedhofes werden dadurch sehr belästigt. Kann der Magistrat Abhilfe schaffen? Nach den mir gewordenen Mitteilungen sollen die Bälle verschiedentlich den auf dem Domsfriedhofe



sich aufhaltenden Personen an den Kopf geflogen sein. Die gegen den Unfug bei den Spielleitern angebrachten Beschwerden haben nichts gefruchtet und die Herzogliche Polizeidirektion um Schutz anzufragen, wollte man vermeiden. Wenn der Magistrat befugt ist, einzugreifen und die Spielleiter anzuweisen, die Spiele etwas entfernter von den Friedhöfen zu verlegen, so würde das dankbar begrüßt werden.

Herr Bürgermeister Meyer: Es ist mir zweifelhaft ob der Magistrat in dieser Sache eingreifen kann, aber ich glaube, er wird die Anfrage als Anregung nehmen, um mit den Vorständen der verschiedenen Spielgruppen zu verhandeln, daß dem geschilderten Uebelstande vorgebeugt wird.

### VIII. Antrag Rieke: Straßendurchbruch Hintern Brüdern—Langestraße.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, der Versammlung baldmöglichst eine Vorlage zu machen zwecks Durchbruchs von der Straße Hintern Brüdern bis zur Langenstraße.“

Herr Rieke (zur Begründung): Es ist in den betreffenden Teilen der Bürgerschaft allgemein freudig aufgenommen worden, daß in der vorigen Sitzung die Instandsetzung verschiedener Straßen (wie Eßternstraße, Langestraße und Alte Wäge) beschlossen wurde, die sonst wenig bedacht wurden. Man hat die Hoffnung, daß auch die Kaiserstraße mit ihrem holprigen Pflaster noch einmal an die Reihe kommt. Es besteht aber noch eine andere Kalamität, die ich hier zum Gegenstande eines Antrages gemacht habe. Die Anlieger der Langenstraße haben sich im Mai d. Js. an den Magistrat mit der Bitte gewandt, einen Straßendurchbruch von der Straße Hintern Brüdern nach der Langenstraße vorzunehmen, um die Entwertung ihrer Häuser zu verhindern. Sie begründen ihre Eingabe damit, daß dort jetzt nur noch minderwertige Arbeiter wohnen wollen und es auch an Kaufereien bis in die Nacht hinein nicht fehle, während früher die Verhältnisse besser gewesen seien. Vor 40 Jahren fand dort jeder kleine Ladenbesitzer seine Rechnung und konnte gut auskommen, heute ist das aber nicht mehr der Fall. Die besser bezahlten Arbeiter ziehen mehr und mehr nach der Peripherie der Stadt und nehmen sich bessere Wohnungen, die sie bei ihrem Einkommen auch bezahlen können.

Der Antrag der Anlieger hat den Magistrat nicht zum ersten Male beschäftigt, denn schon vor 16 bis 20 Jahren habe ich in der Versammlung beantragt, den ganzen Block Hintern Brüdern—Langestraße—Weberstraße—Beckenwerferstraße—Neuerweg zu durchbrechen und die entstehende neue Straße bis zur Wehrstraße durchzuführen. Damals wurde der Antrag abgelehnt, obschon anerkannt wurde, daß der Häuserblock am dichtesten bewohnt sei und in feuerpolizeilicher Beziehung Wandel geschaffen werden müsse. Größere und kleinere Städte lassen sich anlegen

sein, sich von innen heraus zu erneuern, aber hier will man die Bedeutung eines solchen Schrittes nicht einsehen. Was liegt daran, immer neue Straßen in der Außenstadt aufzuschließen, während in der Innenstadt Wandel geschaffen werden kann? Städte wie Magdeburg, Erfurt u. sind in dieser Beziehung schon mit Erfolg vorgegangen, weshalb soll das hier nicht auch geschehen können? Da hier jetzt allerhand Geld bewilligt wird für Sachen, die nicht solchen in die Augen springenden Nutzen haben, so wäre es wohl am Platze, auch einmal an einen notwendigen Straßendurchbruch heranzugehen, sofern man nicht weitergehen und bis zum Neuenwege durchbrechen will. Es bestand auch einmal der Plan, die elektrische Straßenbahn durch die Langestraße zu legen, jedoch würde ich der Kaiserstraße den Vorzug gegeben haben. Wenn man von dem Grundsatz ausgehen will, möglichst da zuerst anzufassen, wo es am notwendigsten ist, so müßte man die Straßen der Innenstadt vor allen Dingen mit Asphalt belegen und ihnen Luft und Licht schaffen. Gerade Hintern Brüdern an der Ecke der Schützenstraße ist der Durchgang so eng, daß sogar der Fuhrverkehr gefährdet ist. Am 10. d. Mts ist an dieser Stelle eine Zählung vorgenommen, wonach dort bis 10 Uhr schon 30 Fuhrwerke die Stelle passiert hatten, während bis abends 6 Uhr 18 Fuhrwerke in der Stunde durchfuhren. Die Schützenstraße muß endlich zu dem gemacht werden, was sie sein soll, zu einer Verkehrsstraße der Innenstadt und deshalb muß auch bei dem Fiedelschen Hause Hand angelegt werden.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

### IX. Anfrage Esdorn und Sander: Besprengen des Amalienplatzes.

Herr Esdorn: Die Anlieger des Amalienplatzes führen Beschwerde darüber, daß sie infolge des Spielens auf dem Platze sehr viel durch Staub belästigt werden und deshalb der Rasen häufig besprengt werden müsse. Ich möchte deshalb anfragen, ob der Magistrat bereit ist, diesem Wunsche zu entsprechen.

Herr Bürgermeister Meyer: Daß die Anwohner des Amalienplatzes einen solchen Wunsch haben, ist mir neu, dagegen habe ich den Wunsch öfter von denjenigen äußern gehört, die dort spielen. Der Magistrat hat den Platz früher besprengen lassen, in letzterer Zeit aber damit aufgehört. Das Befahren des Platzes ist von der Straße her nicht gut angängig, weil eine Auffahrt fehlt, wir haben aber auch mit der Anlegung eines bestimmten Weges gezögert, weil wir das Befahren des Platzes mit den schweren Wagen wegen der Zerstörung der in der Entwicklung begriffenen Grasnarbe nicht wünschten. Aus diesem Grunde haben wir uns gesagt, daß es besser sei, den lieben Gott für das Besprengen sorgen zu lassen. Als wir jung waren, dachte niemand daran, die Spielplätze zu besprengen.

## X. Anträge Weichsel n. Gen.: Anlegung von Reitwegen.

Die Anträge lauten:

„Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen:

1. für Anlegung eines Reitweges durch den Bürgerpark vom Bruchtorwalle bis zur Wolfenbüttelerstraße Sorge zu tragen;
2. die Bauverwaltung um gutachtliche Äußerung darüber zu ersuchen, ob und in welchem Umfange die Anlage von Reitwegen auf den vorhandenen Wegen der Außenstadt möglich und empfehlenswert ist.“

Herr Meyerhoff (zur Begründung): Ich habe die Anträge mit unterschrieben, weil ich für deren ersten Teil zu haben bin. In allen Großstädten finden sich Reitwege, es muß deshalb auch hier etwas dafür getan werden. Wir haben schon früher einmal uns mit der Materie beschäftigt und unser jetziger Herr Oberbürgermeister meinte, es ließe sich das machen, indem die betr. Wege im Frühjahr mit Kies belegt würden, der im Herbst wieder weggenommen werden könnte. Glücklicherweise ist daraus nichts geworden. Den Antrag 2 möchte ich mir nicht zu eigen machen.

Herr Südel (zur Begründung): Bei dem zweiten Teile handelt es sich nur um eine Prüfung. Im Interesse der Herren, die reiten, wäre es angezeigt, wenn in der Richtung etwas geschehen könnte.

Die genügend unterstützten Anträge erhält die Baukommission zur Vorberatung.

## XI. Antrag Esdorn: Verbreiterung der Schützenstraße.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den Um- und Neubau des vormals Südelschen Hauses Ecke Kohlmarkt und Schützenstraße wenn irgend möglich zu inhibieren und der Versammlung baldmöglichst eine Vorlage zur Verbreiterung der Schützenstraße bei der Einmündung am Kohlmarkt zu unterbreiten.

Gleichzeitig wird ersucht, dem Antrage die Dringlichkeit zuzuerkennen.“

Herr Esdorn (zur Begründung): Die Angelegenheit wird Ihnen bekannt sein und wenn nicht, haben Sie durch die Presse genügend darüber erfahren. Noch heute morgen haben Sie einen poetischen Erguß darüber lesen können, von dem Abdrucke hier zur Verteilung gelangt sind. Die Sache hat für die Anlieger sehr viel Unangenehmes. Nach der Meinung derselben bot der Verkauf des Südelschen Hauses den besten Anlaß, die Straße dort zu verbreitern. Da die Schuhstraße

sehr belastet ist, so würde sich die Schützenstraße sehr gut geeignet haben, sie zu entlasten. Die Schützenstraße liegt mitten in unserm besten Geschäftsviertel und würde sich sehr gut entwickeln können, wenn sie aufgeschlossen würde. Nach Meinung der Anlieger hatte die Stadt schon vor zwei Jahren eine gute Gelegenheit, das Jüdel'sche Grundstück ohne Kosten zu erwerben, da der zur Straße nicht erforderliche Teil den Preis wieder eingebracht hätte. Herr Geh. Rat Jüdel hat damals der Stadt das Grundstück für 150 000 M angeboten, und als der Magistrat nicht darauf einging, hat er es für den Schätzwert hergeben wollen. Wenn darauf eingegangen wäre, hätte die Stadt das Straßenterrain umsonst gehabt und konnte mit dem Hause noch ein gutes Geschäft machen. Das Grundstück ist jetzt in zwei Teile geteilt; davon soll das Hinterhaus neu- und das Vorderhaus umgebaut werden. Der Umbau des Vorderhauses ist indessen auch weiter nichts, als ein Neubau. Denn es wird kaum mehr als das Dach stehen bleiben und selbst dieses wird noch erneuert werden müssen. Mit dem Hinterteile des Grundstücks hat es auch seine Schattenseiten, und es wäre besser gewesen, wenn der Hinterbau in der Weise genehmigt worden wäre, daß die Straße späterhin verbreitert werden könnte. Die Stadt hätte dann nur einen kleinen Winkel zu erwerben brauchen und die Straße konnte verbreitert werden. Jetzt ist aber das Projekt in der Weise genehmigt worden, daß das Hinterhaus auf die alte Stelle gebaut wird. Dadurch ist es unmöglich gemacht worden, eine Straße, die direkt im Verkehr liegt, aufzuschließen.

Es wäre jetzt vielleicht noch die Möglichkeit vorhanden, das Bauprojekt zu inhibieren, wenn der Magistrat einschreiten wollte. Die Anlieger sind, ebenso wie Herr Jüdel selbst, bereit, Opfer zu bringen und auch der neue Besitzer des Grundstücks will mit dem Magistrate verhandeln. Wenn die Anlieger die Gewißheit hätten, daß etwas unternommen werden sollte, würden sie eine recht hübsche Summe zusammenbringen, die mit den von Herrn Jüdel in Aussicht gestellten 25 000 M genügen würde, um den jetzigen Besitzer zu entschädigen. Gerade hier im Zentrum der Stadt, wo sich die Gelegenheit bietet, eine Straße zu öffnen, wäre es Pflicht der Stadtverwaltung einzuschreiten, zumal die schmale Sonnen- und Neustraße dadurch mit entlastet würden. Für solchen Zweck müssen Mittel vorhanden sein. Wäre damals der Durchbruch von der Stephanstraße bis zum Altstadtmarkte fortgesetzt worden, dann hätte der Verkehr eine Erleichterung erfahren, aber jetzt muß hier etwas geschehen, um die Schützenstraße nicht länger als tote Straße liegen zu lassen.

Gleichzeitig bitte ich, für den Antrag die Dringlichkeit zu beschließen.

Herr Jüdel (persönlich): Ich möchte die Ausführungen dahin richtigstellen, daß ich das Grundstück nicht der Stadt, sondern dem Herrn Stadtbaurat Winter zum Kauf angeboten habe. Das Haus hat zwei Jahre leer gestanden und wenn

die Anlieger seinerzeit sich mit mir in Verbindung gesetzt hätten, wäre die Sache wohl anders gekommen.

Vorsitzender: Wer ist für die sofortige Beratung des Antrages? Das ist die Mehrheit, wir treten daher sofort in die Beratung ein.

Herr Bürgermeister Meyer: Es ist ein Irrtum von Herrn Esborn, anzunehmen, daß bislang in der Sache nichts geschehen sei. Die Frage hat den Magistrat vor  $\frac{3}{4}$  Jahren zum ersten Male beschäftigt und ist seitdem nicht von der Tagesordnung heruntergekommen. Die Schützenstraße hat in ihrem Eingange nur eine Breite von  $6\frac{1}{2}$  m und behält sie auf einer Strecke von 25 bis 28 m bei. Es wird deshalb jeder ohne weiteres einsehen, daß eine Verbreiterung der Straße wünschenswert wäre. Der Magistrat ist zunächst in eine Prüfung der Frage eingetreten, ob eine Notwendigkeit für die Verbreiterung vorläge, wobei in erster Linie in Betracht kommt, ob der für die Straße zu erwartende Verkehr eine Verbreiterung verlangt. Wir haben uns gesagt, daß der gegenwärtige Verkehr nicht hinreichend wäre, eine mit großen Kosten verknüpfte Verbreiterung durchzuführen und daß die Schützenstraße niemals eine Verkehrsstraße werden würde, weil sie Hintern Brüdern endet. Selbst wenn nach dem Wunsche des Herrn Kieße der Durchbruch nach der Langenstraße oder gar bis zum Neuenwege erfolgen würde, hätte die Sache doch dort ein Ende, so daß eine Durchgangsstraße nicht geschaffen würde. Es fehlt eben an der Aussicht, eine Fortsetzung des Straßenzuges nach außen hin zu schaffen. Da hiernach an einen Durchgangsverkehr nicht zu denken ist, so erscheint es mir unverständlich, wie sich dort ein stärkerer Verkehr entwickeln soll. Nun ist auch darauf hingewiesen worden, es käme auf solchen Durchgangsverkehr nicht an, sondern schon der Umstand, daß die Stephanstraße noch stärker bebaut werden würde und dort weitere Warenhäuser entstehen könnten, die einen erheblichen Verkehr mit Frachtwagen hervorrufen würden, bedingte die Verbreiterung der Schützenstraße. Wenn wir es auch für möglich halten, daß sich dort noch einige größere Geschäfte entwickeln können, so haben wir doch gemeint, daß die infolge dessen dort verkehrenden Wagen auch auf der Straße in ihrer jetzigen Breite recht gut sich bewegen können, zumal wenn angeordnet werden sollte, daß der Wagenverkehr sich nur in einer Richtung bewegen darf. Nachdem hiernach anerkannt werden mußte, daß die Verbreiterung der Straße nur wünschenswert, nicht aber notwendig sei, kam zunächst die Kostenfrage in Betracht.

Von dem Erwerber des Grundstücks war in Aussicht genommen, dessen rückliegenden Teil nach der Stephanstraße zu neu zu bebauen und dabei das neue Haus nicht hart an die Baufluchtlinie der Schützenstraße zu setzen, sondern den Bau zurückspringen zu lassen, so daß die Ecke der Stephanstraße für die Fluchtlinie dieses Flügels maßgeblich war und nach dem Kohlmarke zu das Vorderhaus um 2 m vorsprang. Dadurch wäre eine Fläche von 35,6 qm unbebaut geblieben. Für den

Magistrat war es klar, daß die anderweite Festsetzung der Baufluchtlinie nur dann eine Bedeutung haben würde, wenn diese Baulinie bis zum Kohlmarkte fortgesetzt würde. Die in dieser Richtung mit dem jetzigen Eigentümer sowie mit Herrn Geh. Rat Fiedel gepflogenen Verhandlungen, die darauf abzielten, daß nach der neuen Baulinie der Straße zuzulegende Terrain schon jetzt zu erwerben oder dessen Erwerb doch zu sichern, sind gescheitert. Der Magistrat war so in Unklarheit darüber, was er eventuell aufzuwenden haben würde, und er meinte, die zu erwartende Aufwendung stände außer Verhältnis zu dem Nutzen, der dadurch erreicht werden könnte. Es mußte auf alle Fälle damit gerechnet werden, daß bei Abtrennung eines Streifens von 2 m vom Grundstücke des Vorderhauses auf Grund des Expropriationsgesetzes die Abnahme des ganzen Grundstücks verlangt werden würde. Unter solchen Umständen würde die Stadt sich einer sehr großen Ausgabe nicht haben entziehen können, und das Restgrundstück angemessen zu vermieten, würde für den Magistrat sehr schwer gewesen sein. Ob wir es an den Nachbar hätten angemessen verkaufen können, wäre zum mindesten recht zweifelhaft gewesen, denn es ist eine alte Erfahrung: wenn die Stadt etwas verkaufen muß, ist es niemals etwas wert, während es im umgekehrten Falle nicht mit Gold zu bezahlen ist. So sind dann die Verhandlungen im Sande verlaufen.

Der Eigentümer des Grundstücks hat uns die nach seinem anfänglichen Projekte neben der Straße unbebaut zu lassende Fläche von 35,6 qm zu 100 M pro qm angeboten; doch waren wir zur Zahlung von nur 50 M bereit. Hinterher hat er dann sein Projekt dahin geändert, daß der Neubau in die Baufluchtlinie gesetzt werden sollte. Das Stadtbauamt hat Veranlassung genommen, dem Magistrate Mitteilung von dieser Sachlage zu machen und der hat die Baukommission der Versammlung davon verständigt. Von den 7 Mitgliedern der Kommission sind 6 der Meinung des Magistrates beigetreten, daß eine Verbreiterung der Schützenstraße nicht notwendig sei, und damit war die Sache für uns erledigt. Von anderer Seite — sei es von Herrn Fiedel oder von den Anliegern — sind uns Mittel nicht zur Verfügung gestellt worden. Es ist mir auch unverständlich, wie jemand davon sprechen kann, daß wir rückständig seien.

Eine zwangsweise Inhibierung des Baues ist natürlich ausgeschlossen. Das Projekt über den Neubau des Hinterhauses ist genehmigt, so daß seiner Ausführung nichts im Wege steht. Bei dem Vorderhause handelt es sich um den inneren Ausbau. Es sollte ursprünglich nach dem Kohlmarke zu nur mit neuen Ladenfenstern versehen werden; als aber die Fächer herausgenommen wurden, stellte es sich heraus, daß die ganzen Ständer morsch waren und Hilfsständer eingesetzt werden mußten. Auf diese Weise ist der Bau bis unter das Dach fortgesetzt worden, jedoch fürchte ich, daß der Umbau nach der Schützenstraße zu auch

noch einen größeren Umfang annimmt. Bisher ist aber der Umbau einem Neubau nicht gleichzuachten gewesen.

Herr Frühling: Ich wollte nur bestätigen, daß die Sache die Baukommission beschäftigt hat. Wir haben uns dabei vollständig der Anschauung des Magistrates angeschlossen, indem wir ebenfalls der Meinung waren, daß die Schützenstraße bei ihrem jetzigen Verkehr tot ist. Wie einmal der Verkehr dieser Straße werden wird, wenn in ihrem weiteren Verlaufe ein großer Straßendurchbruch vorgenommen würde, läßt sich zurzeit noch nicht absehen. Die Sache liegt an der Ecke des Kohlmarktes sehr schwierig: Das Zurückschieben des zweiten, an der Schützenstraße zu errichtenden Hauses hatte keinen Wert, wenn das Hauptgebäude am Kohlmarkt an seiner jetzigen Stelle belassen wurde. Nimmt man aber dem letzteren Grundstücke einen wesentlichen Teil fort, so bleibt für eine Bebauung nicht genügend Platz übrig. Es konnte von der Baukommission eine Änderung des Ortsbauplanes aber auch deshalb nicht befürwortet werden, weil nicht abzusehen war, welche Kosten dadurch entstehen würden.

Herr Lübke: Es ist nicht in Abrede zu stellen, daß unsere Innenstadt, besonders die ehemalige Neustadt, eine gewisse Verödung hinsichtlich des Verkehrs aufweist. Die Gründe dafür sind mannigfaltig, der Hauptgrund liegt jedoch wohl darin, daß die Stadt sich in den letzten 25 Jahren zu weit nach außen hin entwickelt hat und naturgemäß die freiliegenden Wohnungen der Außenstadt die Leute mehr anlocken, als die dumpfen Wohnungen in den schmalen Straßen der Innenstadt. Es könnte ein Aufhalten der Verödung in der Innenstadt nur dann eintreten, wenn es gelänge, dort die Wohnungen ähnlich einzurichten, so daß sie den neuzeitlichen Anforderungen entsprächen. Dazu würde es nötig sein, daß die Verhältnisse des Straßenpflasters gebessert würden, aber auch die Besitzer der alten Häuser müßten etwas mehr auf deren Unterhaltung verwenden. In dieser Beziehung hat nicht die letzte Generation allein gesündigt, sondern es sündigten schon einige Generationen. Die Folgen dieser Vernachlässigung waren eine Herabsetzung der Mietwerte und des Verkehrs in der Innenstadt.

Nun wird von den Herren Kiefe und Esdorn der Durchbruch von Straßen als Allheilmittel gegen diese Schäden empfohlen. Ich bin nicht prinzipiell gegen Straßendurchbrüche. Als wir den Durchbruch Wohlweg—Siegesplatz behandelten, bin ich dessen eifrigster Befürworter gewesen. Meiner Meinung nach haben aber Straßendurchbrüche nur Zweck, wenn sie den Verkehr von dem Außenbezirke in die Innenstadt hineinlenken. Wenn wir der heutigen Anregung des Herrn Kiefe folgten, so würden wir dadurch in die Schützenstraße doch keinen Verkehr bringen, weil eine direkte Verbindung nach der Außenstadt, also der Gellerstraße zc. fehlt. An und für sich hat die Schützenstraße keinen nennenswerten Verkehr, man zieht ihr die Benutzung der Breiten- und der Reichsstraße vor. Selbst wenn wir uns vor-

stellten, daß infolge des heute beantragten Straßendurchbruchs das ganze Viertel intensiver mit Wohnhäusern bebaut werden könnte, würde deshalb in der Schützenstraße doch kein größerer Verkehr stattfinden. Sollte in dieser Gegend infolge des Baues von Warenhäusern zc. an der Stephanstraße wirklich ein großes Drängen von Menschen entstehen, so wird man schließlich in der Fortsetzung dieser Straße nach dem Altstadtmarkte zu durchbrechen müssen. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß heute der Verkehr in der Schützenstraße noch nicht sonderlich groß ist und daß selbst eine Verbreiterung der Neuenstraße — der verkehrsreichsten von Osten nach Westen — nicht nötig ist. Den Beweis dafür, daß dieser Standpunkt richtig ist, können Sie darin finden, daß der riesige Verkehr bei dem Einzuge des Regenten von der Neuenstraße ohne Unfall aufgenommen worden ist. Daran können Sie ermessen, was eine Straße leisten kann, wenn sie ausgenutzt wird. Wenn Herr Rieke sagt, es wären 18 Wagen in der Stunde an der Ecke Schützenstraße—Hintern Brüdern durchgefahren, so ist das ein schläfriger Verkehr. Ich glaube, der Magistrat hat recht daran getan, seinerzeit die Initiative in dieser Sache nicht zu ergreifen. Wenn aber die Anlieger in der Sache hätten etwas tun wollen, so wäre es vor einigen Monaten und nicht heute Zeit dazu gewesen.

Herr Rieke: Die letzteren Ausführungen kann ich nicht teilen. Wir rechnen doch nicht nur mit dem Verkehre, der da ist, sondern auch mit dem, der kommen wird, und andererseits auch damit, daß es notwendig ist, Luft und Licht in die alten engen Straßen der Stadt zu bringen, damit sie aus sich selbst heraus gesundet. Eine weise Stadtverwaltung sollte niemals verabsäumen, das zu fördern. Mir war übrigens nicht bekannt, daß Herr Südel sein Grundstück der Stadt vor zwei Jahren zur Verfügung gestellt hat, wenn ich auch gesehen habe, daß es leer stand. Unter solchen Verhältnissen hätte es am Magistrate gelegen, zuzufassen und sich nicht darauf zu beschränken, bei der Baukommission Umfrage zu halten. Den damaligen Beschluß der Baukommission, durch den bewiesen ist, daß sie keinen Sinn für solche Sachen hat, bedauere ich noch heute. Die künftige Generation wird den heutigen Stadtverordneten, die solchen Fortschritt versäumt haben, kein günstiges Urteil sprechen. Ich betrachte mein Hiersein in der Versammlung so, daß ich verpflichtet bin, für die allgemeine Entwicklung der Stadt einzutreten. Wenn man andererseits für angemessen hält, an die Baracken bei der Katharinenkirche Geld anzuwenden, so ist es auch die Pflicht der städtischen Behörden, dort Wandel zu schaffen, wo die Fahrbahn so schmal ist. Von selbst kommt es auch nicht, daß die Häuser einen besseren Anstrich kriegen, sondern die Anlieger tun erst dann etwas, wenn sie sehen, daß für die Hebung des Verkehrs etwas geschieht. Aber hier ist für dergleichen Dinge nichts zu machen: was der Magistrat nicht ablehnt, lehnt die Regierung ab. Als es sich darum handelte, den Rickenkult für den Verkehr aufzuschneiden, lehnte das Ministerium den Antrag ab.



Wäre damals den Wünschen der Stadtverordneten-Versammlung Folge gegeben, ich wette, es wäre heute alles mit Gebäuden besetzt und kein Bauplatz leer. Von seiten der Regierung müßte in dieser Sache ganz anders vorgegangen werden. Die hiesigen Grundbesitzer zahlen die Brandkassenbeiträge für das ganze Land, man könnte ihnen deshalb in der Weise entgegenkommen, daß man sagte, Dein Haus ist nicht mehr zum dauernden Aufenthalte von Menschen geeignet, Du reißt es deshalb ab und erhältst zum Wiederaufbau von der Landesbrandkasse einen Zuschuß und vom Leihhause den Rest der Bausumme zu mäßigem Zinsfuße. Dann haben die Leute Interesse daran, ihre Grundstücke neu zu bebauen, und wir kommen auf solche Weise zu besseren Verhältnissen. Der Umbau bei Fiedel ist, soviel ich davon gesehen habe, einem vollständigen Neubau gleichzuachten. Ich möchte ersuchen, dem Antrage Esdorn zuzustimmen.

Herr Sander: Ich halte die Verbreiterung dieses Teiles der Schützenstraße für notwendig. Wenn Herr Frühling meint, die jetzigen Verkehrsverhältnisse verlangten keine Verbreiterung, so ist das ein sehr kurzsichtiger Standpunkt. Die Belebung eines alten Stadtteils wird niemals zu bewirken sein, wenn man nicht mit der Zukunft rechnet. Lassen Sie an der Stephanstraße ein großes Kaufhaus in dem Umfange von Frank entstehen, so werden Sie sehen, daß die Schützenstraße sehr belebt werden wird. Man kann ja leicht beobachten, was für eine Menge Käufer täglich nach Frank pilgern. Ich stehe auf dem Standpunkte: Verkehrswege schaffen Verkehr! Wenn Herr Lübke meint, die Besitzer in der Innenstadt müßten mehr für ihre Häuser tun und moderne Wohnungen einrichten, so ist das leicht gesagt: die Leute sind finanziell eben nicht in der Lage, etwas aufzuwenden, weil alles nach der Außenstadt flüchtet. Wohnungen der Innenstadt, die früher 400 bis 500 M. eingebracht haben, kosten heute 300 M.; dazu kommt die Steigerung der Hypothekenzinsen, also woher sollen die Leute Geld zu Aufwendungen nehmen? Die ungünstigen Verhältnisse kommen aber nur daher, daß der Verkehr aus diesem Stadtteile genommen ist.

Wenn weiter angeführt wird, daß der angeregte Straßendurchbruch zwecklos sei, weil die Straße keine Mündung nach einer Heerstraße hätte, so muß ich dem widersprechen. Einmal würden in der Durchbruchstraße sehr viele Menschen wohnen und außerdem reichte schon der Grund aus, daß es vom hygienischen Standpunkte aus wünschenswert wäre, dort Luft und Licht zu schaffen. Kommt einmal eine Epidemie, so wird man uns Vorwürfe machen, daß wir diese Straßen so lange in solchem Zustande gelassen haben. Es ist unsere verfluchte Pflicht und Schuldigkeit, dort etwas zu tun, und nicht bloß auf den Verkehr und die Interessen großer Geschäfte Rücksicht zu nehmen, sondern auch auf die Bewohner des Viertels, denen man in ihrer Bedrängnis zu Hilfe kommen muß.

Herr Ribbentrop: Nach meiner Ansicht ist der Bau auf dem vormal's Jüdel'schen Grundstücke in eine eigentümliche rechtliche Lage gekommen: ein Umbau ist genehmigt und es wird ein Neubau. Das Stadtbauamt dürfte daher Veranlassung haben, den Bau mit Hilfe der Herzoglichen Polizeidirektion zu inhibieren. Geschieht das, so können die Verhandlungen wieder aufgenommen werden, sonst aber nicht.

Herr Esdorn: Ich sehe mich veranlaßt, den Ausführungen des Herrn Lübke entgegenzutreten, vor allen Dingen aber dem Vorwurf, daß die Grundbesitzer der Innenstadt ihre Häuser vernachlässigten. Wir können froh sein, daß die hiesigen Grundbesitzer so viel an ihre Häuser angewendet haben. Es liegt nicht daran, in der Altstadt neue Wohnungen zu schaffen, sondern selbst die neuen Grundstücke sind in ihren Mieten zurückgegangen, weil alles nach der Außenstadt drängt. Deshalb haben wir umsomehr die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Straßen der Altstadt aufgeschlossen werden. Bezüglich der von Herrn Lübke erwähnten Neuenstraße können wir froh sein, daß bei dem Gedränge am Einzugstage nichts passiert ist, und es ist wohl nur der vorzüglichen Organisation an jenem Tage zu verdanken, daß alles schön geklappt hat. Dazu haben Behörden, Schulen und vor allem auch das Publikum selbst beigetragen.

Das schlimmste Verkehrshindernis an der Neuenstraße sind die Pfeiler an dem Pfeiffer u. Schmidt'schen Hause. Auch hier hätte die Stadt Gelegenheit, Remedur zu schaffen. Bei dem Nachbargrundstücke sind dem Besitzer für die nach Niederlegung der Pfeiler abgetretene Fläche 35 000 M vergütet worden. Herr Kommerzienrat Schmidt ist bereit, mit seinem Hause zurückzugehen und hat im Interesse der Allgemeinheit der Stadt das zur Straße erforderliche Terrain angeboten, jedoch soll ihm ein derartig schlechtes Gebot darauf gemacht sein, daß er unmöglich darauf eingehen konnte. Meines Wissens sind ihm 3600 M geboten worden und das Gebot soll nach acht Tagen sogar zurückgezogen sein, weil kein Bedürfnis zur Verbreiterung der Straße vorliegen solle. Ich halte das aber für ein großes Bedürfnis.

Sodann sagte Herr Lübke, vor einigen Wochen wäre es noch Zeit gewesen etwas zu tun, aber jetzt sei es zu spät. Es wird Ihnen durch die Presse bekannt geworden sein, daß ein Anlieger der Schützenstraße sich an den Magistrat gewandt hatte, um Remedur zu schaffen, eine Antwort darauf aber nicht bekommen hat. Der damals vom jetzigen Besitzer des Jüdel'schen Grundstücks geforderte Preis war nicht zu hoch bemessen, und man konnte ein weiteres Entgegenkommen nicht erwarten. Auch betreffs des Eckgrundstücks an dem Kohlmarke bin ich anderer Meinung als der Magistrat. Nach dem Abschnitte von 2 m konnte der Laden nach dem Kohlmarke zu noch ein großes Schaufenster bekommen und die Fenster nach der Schützenstraße zu wurden wertvoller als heute.

Herr Jüdel hat erwähnt, er hätte das Grundstück Herrn Stadtbaurat Winter zum Kauf angeboten, während ich angenommen hatte, daß die Offerte an die Stadt weitergegeben sei. Vielleicht wäre Herr Jüdel auch der Stadt noch weiter entgegen gekommen, wenn sie auf das Angebot einging. Es ist hier auch gesagt worden, die Straße hätte zu wenig Verkehr; wir wollen aber den Verkehr durch die Verbreiterung gerade heben. Vielleicht läßt sich auch der von Herrn Ribbentrop angedeutete Weg beschreiten, denn es handelt sich tatsächlich um einen vollständigen Neubau, nicht einmal das Dach kann bleiben. Wenn es daher noch Zeit sein sollte, möchte ich dringend bitten, den Bau zu inhibieren. Die Besitzer der alten Grundstücke an der Schützenstraße warten nur darauf, daß die Verbreiterung des Straßeneinganges beschlossen wird, und sie werden dann neue moderne Läden bauen, was man ihnen unter den heutigen Verhältnissen verdienen wollte.

Herr Lübke: Wenn hier immer von Luft und Licht gesprochen wird, so sind das Schlagworte, denn Luft und Licht ist in diesem Stadtteile eine ganze Menge, da sich hinter einem Teile der Häuser noch schöne geräumige Gärten und Höfe finden. Wenn man die Straße verbreiterte, so würde nicht mehr Luft und Licht hineinkommen, weil die neuen Häuser viel höher gebaut werden würden. Für einen Straßendurchbruch bin ich auch, wenn dadurch Verkehr für die Gegend zu erwarten ist. Daß aber eine Straße nicht aus sich selbst Verkehr erzeugen kann, wenn sie auch noch so breit ist, können Sie bei der Wilhelmstraße beobachten; diese Straße hat keinen Verkehr, weil sie nicht durchgeht.

— Ein Schlußantrag wird abgelehnt. —

Herr Bürgermeister Meyer: Ich muß das Stadtbauamt in Schutz nehmen. Es ist Pflicht des Stadtbauamtes, darauf zu achten, daß bei Umbauten Sachen, die abgängig sind, auch beseitigt werden. Wenn hinterher der Umbau einem Neubau gleichkommt, so muß das Stadtbauamt noch einmal gehört werden.

Herr Meyerhoff: Die Anlieger haben allerdings insofern gesündigt, als sie nicht früher mit ihren Wünschen hervorgetreten sind, denn das konnte zwei Jahre früher geschehen. Aber nicht zugestehen kann ich, daß die Verbreiterung nicht nötig wäre. Ich erinnere mich auch nicht, der betreffenden Sitzung der Baukommission beigewohnt zu haben, sonst würde ich dagegen gesprochen haben. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß das Projekt der Durchführung des Straßenzuges nach der Langenstraße notwendig ist und stehe nicht an, zu erklären, daß die Verbreiterung der Schützenstraße selbst dann nötig ist, wenn der Durchbruch nicht zur Ausführung kommen sollte. Heute handelt es sich noch darum, welche Kosten die hier in Rede stehende Verbreiterung erfordern würde. An die Neu- und Umbauten ist schon eine Masse angewandt, die weiteren Arbeiten sind sämtlich vergeben, da das Borderhaus schon im September fertig sein soll; ich weiß deshalb nicht, wie es heute noch gemacht werden soll, um das Haus zurückzustellen und fürchte, daß die heute zu

bringenden Opfer schwer zusammenzubringen sind. Immerhin halte ich es für angezeigt, noch zu tun, was möglich ist, wenn ich mir auch keinen Erfolg davon verspreche, da ein Inhibieren des Baues nicht angängig ist. Deshalb beantrage ich, „den Magistrat zu ersuchen, in Verhandlungen mit den Anliegern und den beim Bau Beteiligten einzutreten in der Richtung, ob es möglich ist, die Straße noch zu verbreitern“.

Herr Esdorn: Diesem Antrage schließe ich mich unter Zurücknahme meines Antrages an.

Herr Frühling: Ich wollte noch darauf hinweisen, daß es sich hier nicht nur um die Schaffung von Luft und Licht handelt, sondern auch um eine Geldfrage. Wir sind in der Baukommission der Sache nicht näher getreten, weil jede finanzielle Grundlage fehlte, um die Sache beurteilen zu können und weil man annehmen mußte, daß dafür große Summen erforderlich werden würden. Wenn aber auch jetzt noch gar keine Unterlagen in finanzieller Beziehung vorliegen, wie soll da ein Antrag auf Inhibierung des Baues und auf Festlegung einer neuen Baufluchtlinie angenommen werden können und wie soll Sicherheit darüber erlangt werden, daß die Stadt später nicht schwer zu bezahlen haben würde?

Vorsitzender: Nachdem Herr Esdorn seinen Antrag zurückgezogen hat, handelt es sich nur noch um den Antrag Meyerhoff. Wer ist für die Annahme dieses Antrages? — Der Antrag ist angenommen.

Damit schließe ich die Sitzung.

Dauer von 4 bis 8 Uhr.



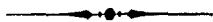
1907/1908.Nr. 6.

# **B e r i c h t**

über die

## **Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig**

in deren Sitzung am 12. September 1907.



### **Tagesordnung:**

|       |                                                                                         |           |
|-------|-----------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| I.    | Antrag Rieke: Straßendurchbruch Hintern Brüdern—Langestraße . . .                       | Seite 202 |
| II.   | Anträge Weichfel und Gen.: Anlegung von Reitwegen . . . . .                             | " 206     |
| III.  | Bepflanzung eines Teiles der Hofstraße mit Bäumen . . . . .                             | " 211     |
| IV.   | Ausbau eines Teiles des Blütenweges und der Nebenstraße . . . . .                       | " 212     |
| V.    | Aufstellung eines Ventilbrunnens im Bürgerpark . . . . .                                | " 213     |
| VI.   | Zustandsetzung der „Alten Wage“ . . . . .                                               | " 213     |
| VII.  | Erwerb einer Fläche am Damm . . . . .                                                   | " 213     |
| VIII. | Ankauf eines Grundstücks an der Karlstraße . . . . .                                    | " 214     |
| IX.   | Verrechnung von Kosten für Anlagen in der Neustadtmühle . . . . .                       | " 216     |
| X.    | Vermietung einer Wohnung im Hause Nr. 5 an der Katharinenkirche . .                     | " 217     |
| XI.   | Vermietung von Räumen in den Häusern Nr. 3 und 4 daselbst . . . . .                     | " 218     |
| XII.  | Vermietung eines Grundstücks am Mittelwege . . . . .                                    | " 218     |
| XIII. | Änderung des Statutentwurfs, die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe<br>betreffend . . . . . | " 219     |
| XIV.  | Zustandsetzung der Fahrbahn an der Tischen- und Kuhstraße . . . . .                     | " 220     |

|        |                                                                          |           |
|--------|--------------------------------------------------------------------------|-----------|
| XV.    | Instandsetzung des Bienroderweges . . . . .                              | Seite 221 |
| XVI.   | Wohnungsbeaufsichtigung im Jahre 1906/07. . . . .                        | " 223     |
| XVII.  | Drucklegung des Verwaltungsberichtes . . . . .                           | " 224     |
| XVIII. | Anfrage Frick: Verkleinerung des Vorgartens am Tempredigerbaue . . . . . | " 225     |
| XIX.   | Anfrage Jasper: Verkehrserleichterungen betreffend . . . . .             | " 226     |
| XX.    | Antrag Kalm: Weiterer Ausbau der Waterloostraße . . . . .                | " 228     |
| XXI.   | Antrag Sander: Anlegung eines Radfahrweges an der Nebenstraße . . . . .  | " 230     |
| XXII.  | Antrag Bunge: Verfahren bei den bevorstehenden Landtagswahlen . . . . .  | " 230     |
| XXIII. | Anfrage Bues: Uebelsstände im Marktverkehre . . . . .                    | " 231     |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer und Stadträte Seele und Wagner.

Entschuldigt die Herren Göcke und Probst.

Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt, eröffnet die Versammlung mit folgender Ansprache: Meine sehr geehrten Herren! In der Zeit, die uns von der letzten Sitzung trennt, haben Magistrat und Stadtverordnete einen schweren Verlust erlitten. Unser langjähriger Kollege, der vielen von uns gleichzeitig Freund war, das Mitglied des Magistrates, Herr Bruno Lange, ist am 2. August d. Js. dem tödtlichen Leiden, mit dem wir ihn zu unserer aller Trauer so lange haben kämpfen sehen, erlegen. Meine Herren! Es würde nach meiner Auffassung dem Charakter und dem Wunsche des Verstorbenen nicht entsprechen, wenn ich hier eine längere Lobrede auf ihn halten wollte. Wir alle wissen aus eigener Erfahrung, ein wie brauchbarer, liebenswürdiger Kollege er gewesen ist; wir wissen alle, daß ihm das zu eigen war, was für ein Gemeinwesen und zu dessen Erhaltung und Leitung so durchaus notwendig ist: er hatte nicht allein gute neue Ideen, er besaß auch den Fleiß und die Fähigkeit, sie in die Wirklichkeit treten zu lassen. Wir wissen alle, meine Herren, was er im Interesse unserer städtischen Badeanstalten sowie des Gas- und Wasserwerkes in Deputationen und Kommissionen für seine Adoptivvaterstadt getan hat. Wenn Sie sich erinnern seiner liebenswürdigen Weise, seines guten Charakters und seines immer frischen und impulsiven Eingreifens in die Debatte, so werden Sie mit mir sagen: es ist ein schwerer Verlust für unser Gemeinwesen. Sie haben oft Gelegenheit gehabt, wahrzunehmen, wie er sich zu unserer aller Freude für eine Sache erwärmte, die er vertrat, und ich darf behaupten, noch lange, wenn wir nicht mehr sein werden, wird der Name Bruno Lange verknüpft sein mit den Institutionen, um die er sich verdient gemacht hat. Wir versprechen, seinen Namen in Ehren zu halten, und ich bitte, dies dadurch zu betätigen, daß Sie sich zu seinen Ehren von den Sigen erheben. (Geschieht.)

Ich habe sodann noch folgendes mitzuteilen:

1. Von dem Sohne des Herrn Bruno Lange ist ein Dankschreiben für den von uns gespendeten Kranz eingegangen.

2. Der Magistrat hat uns ein Rückschreiben auf unsern in der vorigen Sitzung — Punkt XI. der Tagesordnung — gefaßten Beschluß zugehen lassen, das folgendermaßen lautet: Dem an den Magistrat unterm 5. Juli d. Js. gerichteten Ersuchen entsprechend, ist er nochmals mit dem Besitzer des vormals Züdel'schen Grundstücks sowie mit den Anliegern der Schützenstraße wegen deren Verbreiterung in ihrem südlichen Teile in Verhandlung getreten. Aus den darüber aufgenommenen Registraturen ist zu entnehmen, daß der Erwerb, sei es eines Teiles oder des ganzen vormals Züdel'schen Eckgrundstückes so große Mittel erfordert haben würde, daß der für das Gemeinwesen aus der gewünschten Verbreiterung der Schützenstraße zu erwartende geringe Nutzen zu ihnen außer Verhältnis gestanden haben würde. Der Magistrat glaubt deren Aufwendung um so weniger verantworten zu können, als selbst die wirtschaftlich zumeist an der Ausführung interessierten Anlieger der Schützenstraße nicht einmal sich zurbringung nennenswerter Opfer bereithfinden ließen. Da auch der Ankauf der kleineren von dem an der Stephanstraße gelegenen Grundstücke eventuell abzutretenden Teilfläche nur unter für die Stadt unannehmbaren, zum Teil sogar unerfüllbaren Bedingungen möglich war, so haben die gesamten Verhandlungen ein den Hoffnungen der Versammlung entsprechendes Resultat nicht gehabt.

3. Der Dachdeckermeister Gustav Koch hatte sich schon früher über einen städtischen Beamten beklagt — Seite 154 des Berichtes —, die Eingabe war jedoch zu den Akten gelegt worden, weil der Magistrat zu der auch ihm zugegangenen Eingabe noch nicht Stellung genommen hatte. Jetzt ist nun dem Beschwerdeführer vom Magistrate mitgeteilt worden, daß keine Veranlassung vorliege, auf die Beschuldigungen einzugehen. Nichtsdestoweniger richtet Herr Koch an uns eine neue Eingabe in der Sache, über die zu referieren ich den Herrn Vorsitzenden der Baukommission bitte.

4. Endlich liegt noch eine Sache von der größten Wichtigkeit vor, das ist die Bahnhofsangelegenheit. Um es gleich vorweg zu sagen: wir können uns nicht eher an die Materie herannachen, bis der Stadtbaumeister Menadier aus den Ferien zurückgekommen ist, denn es würde nicht richtig sein, wenn wir diesen unterrichteten Beamten nicht zu unseren Kommissionsberatungen zuziehen wollten. Zur Vorberatung der uns zugegangenen Magistratsvorlage gibt es verschiedenartige Mittel und Wege; ich möchte Ihnen folgenden Vorschlag machen: Ich würde die Mitglieder der Finanz- und Baukommission bitten, unter dem Vorsitz Ihres Vorsitzenden zu einer Kommissionsberatung in diesem Saale zusammen zu treten, und sämtliche Mitglieder der Versammlung würden über den Zeitpunkt des Zusammen-



tritts der beiden Kommissionen eine Benachrichtigung erhalten. Mit Rücksicht auf die hochwichtige Angelegenheit möchte es sich empfehlen, daß die außerordentlich schwierige Frage in Anwesenheit von sämtlichen Mitgliedern der Versammlung vorher durchberaten würde. Jedes Mitglied würde das Recht haben, an der Vorbesprechung teilzunehmen, wenn auch die Mitglieder der beiden Kommissionen allein hinterher die Entscheidung zu treffen haben würden. Ich werde mir erlauben, später einen Referenten und einen Korreferenten zu bestellen und hoffe, daß wir Ende dieses oder Anfang nächsten Monats — Herr Stadtbaumeister Menadier kommt am 22. d. Mts. vom Urlaub zurück — die Angelegenheit in einer dazu besonders angelegten Sitzung beraten können. Es handelt sich hier um eine so ungeheuer schwerwiegende und schwierige Sache, daß man sie mit nicht genug Mühe und Sorgfalt behandeln kann; ich werde mir deshalb erlauben, sie als einzigen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Sollten Sie mit meinem Vorschlage nicht einverstanden sein, so könnte zur Vorberatung der Bahnhofsvorlage vielleicht eine besondere Kommission eingesetzt werden. (Widerspruch.)

Herr Frühling (zur Geschäftsordnung): Ich empfehle, dem Vorschlage zuzustimmen, bitte dabei aber besonders zu betonen, daß die Kommissionsitzung als eine vertrauliche zu behandeln ist, weil dabei Sachen zur Sprache gebracht werden müssen, die sich nicht für die Öffentlichkeit eignen und zwar mit Rücksicht auf die darüber noch schwebenden Verhandlungen.

Vorsitzender: Weitere Vorschläge werden nicht gemacht; ich nehme daher an, daß die Herren mit meinem Vorschlage einverstanden sind. Selbstverständlich sind die Verhandlungen in der Kommission streng vertraulich.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein.

# I. Antrag Kiefe: Straßendurchbruch Hintern Brüdern—Langestraße.

Der in der letzten Sitzung — Seite 186 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, der Versammlung baldmöglichst eine Vorlage zu machen zwecks Durchbruchs von der Straße Hintern Brüdern bis zur Langenstraße.“

Namens der Baukommission berichtet über den Antrag Herr Lübbe: Ueber einen ähnlichen Antrag ist schon in den 80er oder 90er Jahren hier verhandelt worden und diese Verhandlungen hatten dahin geführt, daß ein Projekt ausgearbeitet wurde, nach dem eine Straße bis zum Inselwall durchgebrochen werden sollte. Die Sache ist indessen damals an den erheblichen Kosten gescheitert. Als wir den jetzt vorliegenden Antrag in der Baukommission besprachen, haben wir uns keineswegs verhehlt, daß die Kosten für dessen Durchführung auch heute noch recht erheblich sein würden; es ist deshalb auch die Frage mehrfach erörtert worden,

ob nicht dringendere Straßendurchbrüche in der Stadt nötig wären, als dieser. Andererseits war allseitig eine große Meinung dafür vorhanden, daß die langen Häuserblocks zwischen Hintern Brüdern, Langestraße und Weberstraße eine Querverbindung sehr wohl vertragen könnten und diese daher durchaus wünschenswert sei. Die Baukommission hat sich denn auch in diesem Sinne entschieden und empfiehlt Ihnen,

an den Magistrat das Ersuchen zu richten, eine Verbindungsstraße zwischen dem Platze Hintern Brüdern - Schützenstraße und der Kupfertwete in den Bebauungsplan aufzunehmen.

Der Antrag ist also entsprechend erweitert worden. Weiter ist von der Baukommission beschlossen worden, Ihnen zu empfehlen,

den Magistrat zu ersuchen, einem Straßendurchbruch zwischen Hintern Brüdern und Langestraße näher zu treten und seitens der Versammlung die Bereitwilligkeit zu erklären, für einen solchen Durchbruch eine Summe von 100 000 M zur Verfügung zu stellen.

Letzteres ist nicht in dem Sinne zu verstehen, daß die Stadt als Unternehmerin auftreten sollte, sondern man beabsichtigt, die Summe für einen Unternehmer zur Verfügung zu stellen, der den Straßendurchbruch auf seine Rechnung durchführen will.

Herr Rieke: Ich habe den Anträgen der Baukommission nur wenig hinzuzufügen. Man hatte in der Kommission erst keine Neigung, meinem Antrage näher zu treten und glaubte, andere Straßendurchbrüche seien notwendiger, z. B. der Durchbruch Schützenstraße—Altstadtmarkt. Hierfür bin ich aber nicht mehr zu haben, denn den Zeitpunkt haben wir verschlafen und heute würde der Durchbruch so hohe Kosten verursachen, daß ich ihm nicht mehr das Wort reden kann. Dagegen ist es schon mit Rücksicht auf die Feuersicherheit und auch in gesundheitlicher Beziehung notwendig, daß diese großen Blocks durchbrochen werden. Die Sachlage hat sich in der Langen- und Weberstraße gegen früher ganz erheblich geändert. In den 60er Jahren hatte kein Vermieter an der Langenstraße Last, seine Wohnungen loszuwerden, heute ist das anders. Dem letzten Rest von Hauseigentümern bricht noch die zwangsweise Einführung der Klosettanlagen den Hals, jedoch ist das eine Forderung der Zeit, der wir nicht entgegentreten dürfen. Die Besitzer an der Langenstraße leiden ganz erheblich darunter, daß ein großer Teil der nicht sesshaften Bevölkerung von der Zutespinnerei u., die auf einem tiefen Bildungsniveau steht, dort Wohnung nimmt und daß diese Leute häufig wüste Straßenszenen, Schlägereien u. dgl. hervorrufen, wodurch der bessere Teil der Bevölkerung abgeschreckt wird, dort Wohnung zu nehmen. Es erscheint deshalb notwendig, daß der Gegend stadtseitig beigeprungen wird, damit auch anderes Publikum dort hinzieht und der Verkehr dadurch zunimmt. Kommt man den

Leuten entgegen, so können sie ihre Wohnungen besser vermieten und es wird auch Luft und Licht in die Gegend gebracht. Es ist zu bedauern, daß wir in der Innenstadt nicht schon früher Straßendurchbrüche ausgeführt haben und daß namentlich der Durchbruch vom Rickelnkulle bis zum Inselwalle nicht hat zur Ausführung kommen können. Andere Städte von der Größe Braunschweigs haben seit Jahrzehnten das getan, was wir verabsäumt haben und zwar immer mit der Begründung unserer ungünstigen Finanzlage. Ich bin durchaus nicht dafür, mit dem Gelde herumzuschmeißen, aber wir haben infolge der Unterlassung viel nachzuholen. So lange wir noch für allerhand andere Dinge Geld haben, sind wir nicht schlechter gestellt, als andere Städte des Deutschen Reiches. Jedenfalls muß auch in gesundheitlicher Beziehung hier ein Fortschritt gemacht werden. Braunschweig ist bezüglich seiner Einwohnerzahl etwa die 28. Stadt, während es bezüglich seiner Bebauungsfläche die 4. oder 5. Stadt des Deutschen Reiches ist. Das ist insofern ein unleidlicher Zustand, als die Straßenzüge uns eine ganze Masse Kosten gemacht haben, und wenn die neuen Straßen auch nicht auf Kosten der Stadt gebaut worden sind, so muß man doch in Erwägung ziehen, daß viele Straßenzüge der Außenstadt die Stadtkasse so lange belasten, wie dort noch nicht alle Häuser stehen, während andererseits bei der Anlegung und Instandsetzung innenstädtischer Straßen diese sofort wieder mit Häusern besetzt sind und wir davon keine größeren Kosten haben. Wenn wir also zu dem vorliegenden Zwecke 100 000 M. à fonds perdu geben, so fällt das nicht ins Gewicht gegenüber den Vorteilen, die die Stadt davon hat. Ich möchte ersuchen, den Antrag der Baukommission anzunehmen, damit wir auch für diese Gegend einmal etwas tun. Wir müssen aber auch dafür sorgen, daß der Magistrat sich verpflichtet, die Sache im Auge zu behalten, damit wir die Durchführung des Antrages noch erleben.

Herr Esdorn: Ich bin auch für den Antrag, weiß aber nicht, ob es richtig ist, schon heute definitiv festzustellen, daß die Straße gerade in der Verlängerung der Schützenstraße projektiert werden soll. Da die Schützenstraße nicht verbreitert werden kann, so wäre es vielleicht richtiger, die neue Durchbruchstraße in der Verlängerung der Gördeningerstraße oder zwischen beiden Straßen zu projektieren.

Herr Lübke: In der Baukommission sind wir der Meinung gewesen, den Durchbruch so vorzuschlagen zu müssen, daß er die langen Straßenblocks möglichst in der Mitte schneidet und in die leidlich breite Kupfertwete einmündet. Wenn der Magistrat die Ergänzung des Ortsbauplanes uns demnächst zur Genehmigung vorlegt, können wir unsere Wünsche immer noch äußern.

Herr Sander: Ich habe nicht geglaubt, daß das Resultat aus der Baukommission herauskommen würde, ich habe mich aber sehr gefreut, daß es der Fall ist. Bedauern muß ich indessen, daß wieder nur halbe Arbeit gemacht werden soll. Der Magistrat wird meiner Ueberzeugung nach dem Antrage Folge leisten, wird

den Bauplan ändern und eine Straße hineinlegen, aber damit ist die Sache auch erledigt. Etwas Positives wird kaum geschehen, und das würde ich bedauern. Ich hätte gewünscht, daß der Magistrat ersucht würde, ein Projekt auszuarbeiten zu lassen und diesem Projekte dann selbst näherzutreten, also dessen Ausführung selbst in die Hand zu nehmen, denn ein Bauunternehmer, der den Durchbruch vornimmt, wird sich trotz der 100 000 *Al* schwer finden, da er meiner Ansicht nach kein gutes Geschäft dabei machen würde. Außerdem halte ich es auch nicht für richtig, diese Arbeit einem Bauunternehmer zu übergeben, weil ich den Durchbruch für den allernotwendigsten in der ganzen Stadt halte, nicht nur um dort Luft und Licht zu schaffen, sondern auch um in hygienischer und feuersicherer Beziehung eine Besserung eintreten zu lassen. Es wäre mir deshalb sehr erwünscht, wenn die Sache tatkräftig in die Hand genommen würde.

Herrn Esdorn möchte ich erwidern, daß ich den Durchbruch im Zuge der Gördelingerstraße nicht für richtig halte, weil er nur das eine Viertel der Langenstraße schneiden würde, während der Durchbruch im Zuge der Schützenstraße der natürlichere ist und dadurch die Langestraße etwa in der Mitte geschnitten würde. Im übrigen muß der Durchbruch noch bis zum Neuenwege ausgedehnt werden.

Herr Meyerhoff: Es bleibt Herrn Esdorn überlassen, auch von der Gördelingerstraße aus nach der Langenstraße hin durchzubrechen. (Heiterkeit.) Herrn Sander möchte ich erwidern, daß die Baukommission nicht so schlimm ist, um nicht für Straßenverbesserungen einzutreten, aber wir haben dabei auch mit dem Vertreter des Magistrats zu rechnen, der forderte, daß wir eine Summe nennen möchten, damit der Magistrat auf einen präzisen Beschluß der Versammlung auch seinerseits einen Beschluß fassen könnte. Damit ist also noch nicht gesagt, daß die Summe auf 100 000 *Al* festgelegt wird. Vorläufig ist die Hauptsache, daß die Fluchtlinie für die Durchbruchstraße festgesetzt wird, damit auf den von der Straße getroffenen Grundstücken keine Bauten mehr ausgeführt werden können, die die Sache verteuern. Einen anderen Weg wußte die Kommission nicht einzuschlagen. Freilich gestehe ich zu, daß wir in der Sache noch freudiger vorgegangen wären, wenn der Magistrat die Durchführung des Projektes zugesichert hätte. Da wir die Geneigtheit des Magistrats aber nicht fanden, so mußten wir in der Weise vorgehen, wie es geschehen ist.

Herr Niese: Ein Projekt, im Zuge der Gördelingerstraße durchzubrechen, lag schon einmal vor. Damit hätten wir aber nur einen zweiten Sedanbazar erhalten, und wir haben an dem einen schon genug. Wir halten es aber auch deshalb für nötig, von der Schützenstraße aus vorzugehen, weil zwischen dem Brackeschen Hause und dem Stifte die Straße „Hintern Brüdern“ am engsten ist und gerade dort die Fuhrwerke in Gefahr geraten; außerdem wollen wir auch gern den Durchbruch auf die Kupfertwete zu durchführen, um diese mit nutzbar zu

machen. Es bleibt ferner zu berücksichtigen, daß gerade an dieser Strecke noch das Gelände des ehemals Hermannschen Zimmerplatzes liegt, das dem betreffenden Bauunternehmer zufließen kommen würde. Nachdem sich der Vertreter des Magistrates zu dem Antrage zustimmend ausgesprochen hat, kann uns nichts mehr in den Weg gestellt werden und damit sind wir schon einen guten Schritt vorwärts gekommen, zumal noch am 7. März d. Js. der Magistrat an die Anlieger der Langenstraße schrieb, daß ihr bezüglicher Antrag aus finanziellen Bedenken abgelehnt werden müßte. Da nun der Herr Oberbürgermeister seine Meinung inzwischen in der angedeuteten Weise geändert hat, so liegt darin doch ein Umschwung, indem der allzu bürokratische Zug des Magistrates dadurch einen Riß bekommen hat. Aus diesem Grunde bin ich vorläufig mit dem Ergebnis meines Antrages zufrieden und die dortigen Anlieger jedenfalls auch, denn letztere sehen wenigstens, daß Magistrat und Stadtverordnete für sie etwas tun wollen.

Herr Esdorn: Nach den Ausführungen des Herrn Berichterstatters gebe ich zu, daß der Durchbruch im Zuge der Schützenstraße der richtigere ist, während ich eine Verbindung mit der Kupfertwete für zu weit nach Osten gehend halte. Es würde überhaupt richtig sein, uns wegen der Spekulation heute noch nicht auf eine bestimmte Trace festzulegen, sondern dem Magistrate nur die 100 000 M für eine Durchbruchstraße zur Verfügung zu stellen, dann wird schon etwas geschehen.

In Gemäßheit der Anträge der Baukommission wird darauf beschlossen, der Ergänzung des Bauplanes in der Richtung Schützenstraße—Langestraße—Kupfertwete zuzustimmen und für den Durchbruch des Blocks Schützenstraße—Langestraße dem Magistrate 100 000 M zur Verfügung zu stellen.

## II. Anträge Weichsel und Gen.: Anlegung von Reitwegen.

Die in der Sitzung vom 4. Juli d. Js. — Seite 188 des Berichtes — gestellten Anträge lauten:

„Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen:

1. für Anlegung eines Reitweges durch den Bürgerpark vom Bruchtorwalle bis zur Wolfenbüttelerstraße Sorge zu tragen;
2. die Bauverwaltung um gutachtliche Äußerung darüber zu ersuchen, ob und in welchem Umfange die Anlage von Reitwegen auf den vorhandenen Wegen der Außenstadt möglich und empfehlenswert ist.“

Namens der Baukommission berichtet über die Anträge Herr Lübke: Für den ersten Teil der Anträge hat sich die Baukommission nicht aussprechen können. Wir waren der Meinung, daß es zwar den Reitern unbenommen bleiben muß, auf den vorhandenen Fahrwegen durch den Bürgerpark zu reiten, daß es aber nicht richtig sein würde, neben dem vorhandenen engen Wege noch einen Reitweg

im Parke anzulegen, zumal die Reiter auch über den Augusttortwall die Wolfenbüttelerstraße erreichen können.

Bezüglich des zweiten Theiles der Anträge war die Kommission geteilter Ansicht. Obwohl sich ein Teil nicht für Reitwege in der Außenstadt erwärmen konnte, sind wir doch schließlich dahin gekommen, daß es zweckmäßig sein möchte, an geeigneten Straßen der Außenstadt, beispielsweise an der Ringstraße und solchen Straßen, die keinen allzu großen Verkehr haben, für Reitwege zu sorgen, und zwar nicht allein wegen der nicht allzu zahlreichen Sonntagsreiter, sondern auch mit Rücksicht auf die Garnison. Da nun außerdem die Unterhaltungskosten von Reitwegen billiger sind, als von Pflasterwegen, so kann man etwas Unangenehmes mit dem Nützlichen verbinden und für die betreffenden Kreise brauchbare Reitwege schaffen. Die Kommission empfiehlt also, den Magistrat zu ersuchen, soweit angängig in der Außenstadt auch für die Herstellung von Reitwegen Sorge tragen zu wollen.

Vorsitzender: Ich darf wohl feststellen, daß der Herr Referent mit dem Ausdruck „Sonntagsreiter“ unsere Braunschweiger Reiter nicht hat kränken wollen.  
Herr Lübke: Keineswegs.

Herr Asmann: Ich hätte lieber gesehen, wenn man bei der Anlegung von Straßen mehr Rücksicht auf die Radfahrer genommen hätte. Es ist kaum zu schildern, welche Stöße man bekommt, wenn man mit dem Rade über die chauffierten Straßen der Außenstadt fährt. Deshalb würde es zweckmäßiger sein, für Radfahrwege Sorge zu tragen, als für Reitwege, die nur von wenigen Leuten benutzt werden. Der hiesige Reitsport dürfte auch nicht so groß sein, um dafür die städtischen Straßen nicht ausreichend erscheinen zu lassen. Die Reiter werden das Quernerholz auf den vorhandenen Wegen immer noch besser erreichen, als die Radfahrer, welche ständig Gefahr laufen, auf den außen- und innenstädtischen Straßen sich Genick oder die Beine zu brechen. Diejenigen Herren, welche nicht gewillt sind, für die Radfahrer etwas zu tun, müßten eigentlich von der Gesamtheit verurteilt werden, sich auf ein Rad zu setzen und täglich die Straßen „durchzujucken“, dann würden sie wohl mehr Rücksicht auf die Radfahrer nehmen. Man sieht in anderen Städten, daß auf den Straßen für die Radfahrer Streifen mit guten Kopfsteinen gepflastert sind. Die Fahrräder bilden nicht mehr einen Sportartikel, sondern ein modernes Verkehrsmittel, das sich jeder Handwerker und Arbeiter zulegt, um schneller fortzukommen; wir hätten daher viel eher die Pflicht, für die Radfahrer bessere Verkehrswege zu schaffen, als für die Reiter.

Herr Schöttler: Ich habe nichts gegen den Antrag der Baukommission insofern, als er die Worte enthält „soweit angängig“, denn ich glaube, es wird nur auf wenigen Straßen angängig sein, Reitwege anzulegen. Sie wissen, Braunschweig gehört zu den staubigsten Städten, die es gibt, und das kommt vom

Spargelbau. Wir bekommen Jahr für Jahr den Staub fuderweise von den umliegenden Feldern in die Stadt hinein, und durch Reitwege würde die Staubplage noch vermehrt werden. Andererseits muß man mit der Anlegung von Reitwegen auch deshalb vorsichtig sein, weil sie sich häufig im Herbst oder Winter in einen Schlammstrom verwandeln. Ich habe persönlich lange Jahre das Vergnügen gehabt, an einem solchen Schlammstrom zu wohnen, und wir Anwohner des Bültengeweges waren wirklich froh, als wir endlich den Reitweg los wurden; ich möchte deshalb bitten, auf das Wort „soweit angängig“ recht vielen Wert zu legen.

Herr Weichsel: Ich habe den Antrag in der vorigen Sitzung noch nicht begründen können, weil ich am Erscheinen behindert war. Die Ausführungen des Herrn Ahmann haben mit der Sache eigentlich nichts zu tun. Bezüglich der Ausführungen des Herrn Referenten und des Herrn Schöttler habe ich eine gegenteilige Ansicht, indem ich meine, daß bei den Straßen, die im Kreise um die Stadt laufen, die Reitwege am allerwenigsten notwendig sind, während ich sie bei den radial laufenden Straßen für angebracht halte. Wir haben alle Augenblicke Gelegenheit, solche Straßen neu einzurichten, z. B. die Straße am Fallerslebentore; dort sollte man Reitwege einrichten, um den Reitern Gelegenheit zu geben, ohne allzu große Gefahr aus der Stadt hinauszukommen. Bei dem jetzigen Straßenverkehr, wo Automobile, Motowagen, Fahrräder und sonstige Fahrzeuge sich jagen, ist es für den Reiter nicht ohne Gefahr, sich auf den Straßen zu bewegen.

Es ist hier auch gesagt worden, daß es sich bei dem Reiten um einen Sport weniger Einwohner handle. Das ist nicht richtig. Das Reiten ist von allergrößter Bedeutung für die Gesundheit und die meisten Damen und Herren tun es nicht des Vergnügens, sondern der Gesundheit wegen. Ich schätze die Zahl der hier reitenden Damen und Herren ohne das Militär auf etwa 200, wenn wir aber bessere Reitwege hätten, würde die Zahl erheblich größer sein. Zu dem Antrage bin ich angeregt durch einen Herrn, der sich in einiger Zeit von seinen Geschäften zurückziehen wollte und der mir sagte, er würde sich dann in Hannover niederlassen, weil dort angenehme Reitwege vorhanden seien. Wie es diesem Herrn geht, mag es aber recht vielen anderen auch gehen. Die Unterhaltung der Reitwege ist jedenfalls recht billig und die Belästigung durch dieselben außerordentlich gering. Wenn an geeigneten Stellen für Abzug der Feuchtigkeit gesorgt wird, können auch keine schlammigen Stellen entstehen. Deshalb möchte ich dafür sein, daß Reitwege auch durch den Bürgerpark gelegt werden. Den Haupt sammelpunkt der hiesigen Reiter bildet die Reimannsche Reithahn in der Wallstraße, und es ist jetzt schwierig, von dort nach außen zu kommen, ohne in den lebhaften Fuhrverkehr hineingezogen zu werden. Daher wäre es von großer Bedeutung, daß man von dort aus einen Weg hätte, auf dem man nach außen gelangen könnte, und ich glaube nicht, daß

der Bürgerpark dadurch beeinträchtigt würde, wenn man neben dem Hauptwege einen Reitweg einrichtete, der Gelegenheit böte, gefahrlos ins Freie zu gelangen. Ich möchte also bitten, auch den ersten Teil des Antrages anzunehmen.

Herr Ußmann: Mein verehrter Vorredner kann überzeugt sein, daß es mir recht ist, wenn sich andere das Leben angenehm machen und daß ich niemandem ein Vergnügen mißgönne. Ich bin indessen der Meinung, daß die Anlegung von Radfahrwegen notwendiger und zweckdienlicher ist, als die Schaffung von Reitwegen, und ich habe auch schon vor Jahren darauf hingewiesen, daß bei Straßenbauten darauf Rücksicht genommen werden müßte. Leider scheint unsere Straßenbauverwaltung nicht viel Interesse dafür zu haben, wir haben deshalb alle Ursache, das hier auszusprechen. Ich kann mir gar nicht denken, daß ein Herr deshalb nach Hannover ziehen will, um dort in der Eilenriede herumreiten zu können. Das Querner Holz kann zum Reiten benutzt werden, und wir haben auch ausreichende Zufuhrstraßen dahin, wenn auch besondere Reitwege wegen der dazu nicht genügend breiten Straßen nicht angelegt werden können. Ein Radfahrweg fehlt auf diesen Straßen ebenfalls. Wenn wir in unserer Stadt auf den verhältnismäßig schmalen und staubigen Straßen — die durch die Verhältnisse staubig sind — noch Reitwege anlegen wollen, so werden die Straßen noch staubiger. Das habe ich vorhin ausgeführt, aber ich habe nicht meinem Aerger darüber Ausdruck gegeben, daß die Leute überhaupt reiten wollen. Wenn ich meine Stimme für die Radfahrer erhebe, so glaube ich damit nichts Unrechtes getan zu haben. Es handelt sich dabei um fortschrittliche Verkehrsmittel, denen man zu Hilfe kommen muß.

Herr Lübbe: Wenn Herr Weichsel meint, es würde leicht sein, im Bürgerparke einen Reitweg anzulegen, so muß ich das bestreiten. Die dort vorhandenen Wege sind nicht so breit angelegt, daß von ihnen noch ohne Belästigung oder Gefährdung der Fußgänger Reitwege abgezweigt werden können. Anderwärts hat man die Reitwege so angelegt, daß sie nicht unmittelbar neben den Fußwegen, sondern besonders liegen, und das ist namentlich für Frauen und Kinder erheblich beruhigender, als wenn ein Reitweg unmittelbar neben dem Fußwege liegt. Besondere Reitwege aber durch den Bürgerpark zu führen ist wegen des beengten Raumes nicht angängig. Wir haben indessen das Bedürfnis der Reiter, möglichst auf Reitwegen ins Freie zu kommen, in der Kommission voll gewürdigt und haben uns die Straßen vorgehalten, auf denen die Reiter am liebsten reiten würden. Da wir nicht viele solcher Straßen gefunden haben, so kamen wir überein, zu beantragen, Reitwege soweit angängig anzulegen. Am leichtesten ist die Anlegung von Reitwegen auf der Ringstraße, weil diese viel breiter ist, als es der sich darauf bewegende Verkehr erfordert und weil sie auch vom Militär stark zum Reiten benutzt wird. Deshalb sind wir auf den Ausweg verfallen. Wir wollen uns nicht auf bestimmte Straßen kaprizieren, sondern möchten deren Auswahl der städtischen



Baubewaltung überlassen. Weiter können wir in der Sache nichts tun und möchten bitten, unseren Anträgen zuzustimmen.

Herr Koch: Ich stehe auf dem Standpunkte, Reitwege wo angängig anzulegen, aber den Bürgerpark damit zu verschonen. Den Reitern ist es schon heute unbenommen, im Schritt durch den Bürgerpark zu reiten, aber besondere Reitwege können dort unmöglich noch angelegt werden.

Herr Ribbentrop: Ich möchte der Ansicht entgegentreten, daß es möglich wäre, neben den Fußwegen noch Reitwege anzulegen. Es würde damit eine derartige Belästigung der Fußgänger verbunden sein, daß die Fußwege geradezu unbenutzbar würden. Eine Kavalkade von sechs Reitern würde schon solchen Staub erregen, daß der Staub, den ein Automobil aufwirbelt, nichts dagegen wäre.

Herr Kalms: Ueber die Anträge des Herrn Weichsel habe ich mich recht gefreut. Unterschätzen Sie den Umstand nicht, daß bei Anfragen von Familien, die sich hier niederlassen wollen, die Reitwege oft eine Rolle spielen. Ich habe in meiner Eigenschaft als Vorstandsmitglied des Verkehrsvereins die Erfahrung gemacht, daß bei einem Drittel der Anfragen auch nach dem Vorhandensein von Reitwegen gefragt wurde und diese Fragesteller sind doch wohl meistens gute Steuerzahler. Wenn wir darauf Gewicht legen, solche Leute hierher zu bekommen, so müssen wir auch für deren Annehmlichkeiten und Bequemlichkeiten sorgen. Ob sich die Anlegung von Reitwegen im Bürgerpark noch ermöglichen läßt, entzieht sich meiner Beurteilung, wenn ich auch glaube, daß in dem nach Eisenbüttel zu gelegenen Teile es durchführbar wäre. Allerdings müssen die Reitwege mehr besperrt werden, als unsere Straßen, wenn eine Belästigung der Anwohner fortfallen soll. Ich sollte meinen, daß sich das durchführen läßt. Aus diesen Gründen möchte ich die beiden Anträge des Herrn Weichsel zur Annahme empfehlen. Uns fehlen große Steuerzahler, die wir zu gewinnen suchen müssen.

Herr Weichsel (zur persönlichen Bemerkung): Herr Alßmann bezweifelt meine Mitteilung über den Herrn, der nach Hannover verziehen will. Wenn ich eine derartige Mitteilung hier mache, so ist sie auch ernsthaft gemeint. Sodann hat Herr Alßmann das Glück der Reiter gepriesen, im Querumer Holze reiten zu können. Auch das hat er überschätzt, denn das Reiten im Querumer Holze ist nur auf Erlaubniskarte der Herzoglichen Kammer gestattet. Ferner hat Herr Alßmann gemeint, ich hätte ihm irgend welche Animosität gegen meine Anträge suggeriert; auch das trifft nicht zu, sondern ich nehme an, daß er der Sache mit vollem Wohlwollen gegenübersteht.

Herr Bähr: In einer Sache ist sich die Versammlung wohl einig, in der Ablehnung des Reitweges im Bürgerpark. Unsere Parkanlagen haben auch nicht den Umfang, daß noch ein besonderer Reitweg darin geschaffen werden kann. Aber auch der zweite Antrag läßt sich nicht genügend begründen, denn unser Stadt-

gebiet ist nicht derartig, um die Anlage von Reitwegen zu rechtfertigen. Wir haben seit mehreren Jahren in der Pflasterung unserer Straßen gegenüber der früheren Chausseierung Fortschritte zu verzeichnen, indem die starke Staubbildung verschwand, aber bei der Anlage von Reitwegen würde die Staubgefahr wieder gefördert werden. Was nun den Zuzug von Fremden anbelangt, so wohnen schon jetzt genug wohlhabende Familien hier, die sich keine Reitpferde halten. So groß würde also auch in Zukunft der Zuzug solcher Fremden wohl nicht sein, die nur der Reitwege wegen kommen. Draußen vor dem Tore finden die Reiter genug Gelegenheit, sich auf ihren Pferden zu bewegen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird gemäß den Anträgen der Baukommission beschlossen, den ersten Antrag Weichsel — Anlegung eines Reitweges im Bürgerparke — abzulehnen und den zweiten Antrag in der Form zu genehmigen, daß der Magistrat ersucht wird, soweit angängig in der Außenstadt für die Herstellung von Reitwegen Sorge zu tragen.

### III. Bepflanzung eines Teiles der Roßstraße mit Bäumen.

Die Aktiengesellschaft Amme, Giesecke & Koenigen hat gebeten, die Roßstraße bis zur Landeseisenbahn zu pflastern und seitlich mit Bäumen zu bepflanzen, auch hat sie sich erboten, die Kosten der Baumpflanzung zu übernehmen. Der Pflasterung der Straße auf der Strecke Hildesheimerstraße bis zu der vormalig projektierten Straße 300 stehen sachliche Bedenken nicht entgegen, die Pflasterung der an diese sich nördlich anschließenden Strecke bis zur Landeseisenbahn empfiehlt sich jedoch nach der Ansicht des Magistrates zurzeit deshalb nicht, weil sie erst in den lehtvergangenen Wochen mit einem neuen Kanal versehen ist und daher für die nächsten Jahre mehr oder minder erhebliche Sackungen der Fahrbahnbefestigung zu befürchten sind. Die Firma ist entsprechend beschieden und gleichzeitig bei ihr angefragt worden, ob sie angesichts der magistratsseitig befundeten Stellungnahme ihr Angebot wegen der Baumpflanzung aufrecht halte. Wie der Firma weiter mitgeteilt worden ist, soll die Pflasterung der südlichen Strecke bei Bearbeitung des nächstjährigen Etats in Erwägung genommen werden.

Nachdem die Anfrage bejahend beantwortet worden ist, wird die Versammlung ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Fußsteige der Roßstraße zwischen Hildesheimerstraße und Landeseisenbahn in weiteren Abständen mit schwachwüchsigen Bäumen auf Kosten der genannten Firma bepflanzt werden. Dazu wird bemerkt, daß weitere Abstände und auch schwachwüchsige Bäume gewählt werden müssen, weil die Roßstraße keine Vorgärten hat und ihre Fußwege eine Breite von nur 4 m besitzen. Aus diesen engen Verhältnissen eine Ablehnung des gemachten Anerbietens herzuleiten, scheint dem Magistrate indessen nicht gerechtfertigt, da trotz allem die Baumpflanzung der Straße für lange

Sahre von nicht zu unterschätzendem Vorteil sein würde. Die Kosten der Bepflanzung sind zu 850 bis 1000 M veranschlagt worden.

Herr Koch empfiehlt namens der Baukommission die Genehmigung der Vorlage, da die Bäume der Stadt nichts kosten und demnächst als Eigentum der Stadt zu betrachten seien.

Die Vorlage wird genehmigt.

#### IV. Ausbau eines Teiles des Bültenwegs und der Nebenstraße.

Unter Uebersendung der Projekte, Kostenanschläge und Kostenverteilungsberechnungen ersucht der Magistrat, den Ausbau des Bültenweges zwischen der Götting- und Nebenstraße sowie der Nebenstraße zwischen Gehlostraße und Bültenweg zu genehmigen und die erforderlichen Mittel zu verwilligen.

Nach diesen Projekten soll der Bültenweg auf der betreffenden Strecke bei einer Gesamtbreite von 20 m so ausgebaut werden, daß die Fußwege von der Fahrbahn durch Granitbordquader und 0,50 m breite Pflastergossen abgegrenzt werden, sowie daß der östliche Fußweg eine Breite von 4,50 m, der westliche eine solche von 5,50 m und die Fahrbahn einschließlich der Gossen eine Breite von 10 m erhält. Der Plattenbelag des östlichen Fußweges und die zwischen diesem und den Grundstücksgrenzen befindliche Fußwegsbefestigung bleibt erhalten. Der westliche Fußweg soll in der Breite von 2 m Mosaikpflaster mit Pflastersteineinfassung und daneben eine Chauffierung aus zerkleinerten Ziegelbrocken und Grand erhalten, während die Fahrbahn durch Kleinpflaster auf der alten Chauffierung befestigt werden soll. Von den Kosten des Ausbaues haben die Anlieger noch 98,88 bzw. 99,762 M für 1 m Frontlänge zu zahlen, nachdem sie bereits 10,38 bzw. 9,298 M für die Fußweginstandsetzung gezahlt haben.

Die Nebenstraße soll in der vorhandenen Breite derartig ausgebaut werden, daß an der Nordseite ein Fußweg von 4 m Breite, eine Fahrbahn von 9 m Breite und im Anschluß an diese ein Reitweg von 3 m Breite angelegt wird, während das alsdann noch verbleibende Straßenterrain in Anlehnung an den kleinen Exerzierplatz eingeebnet werden soll. Der Fußweg wird mit einem Belege aus Zementplatten in der Breite von 1,80 m und daneben mit einer Chauffierung aus zerkleinerten Ziegelbrocken und Grand befestigt werden, während die Fahrbahn eine Befestigung aus Kleinpflaster auf chauffierter Unterlage erhält. Der Reitweg soll eine 0,30 m starke Kiesschüttung auf geneigter chauffierter Unterlage erhalten, und zu dessen Entwässerung an der einen Seite ein Sickergraben angelegt und mit Drainröhren versehen werden. Der Kostenbeitrag der Anlieger ist auf 102,40 M für 1 m Frontlänge berechnet worden.

Herr Meyerhoff: Die Baukommission beantragt, die Vorlage zu genehmigen. Was die Anlegung des Reitweges anlangt, so will ich bemerken, daß den Reitern

auch Gelegenheit zum Trabreiten gegeben werden muß. Es ist übrigens nicht schwer, einen Reitweg feucht zu halten: man läßt das auf den Weg fallende Laub dort liegen, worauf es verweht und sodann wie ein Schwamm das Wasser ansaugt. Ein öfteres Sprengen des Weges ist dann nicht nötig.

Die Vorlage wird gutgeheißen.

### V. Aufstellung eines Ventilbrunnens im Bürgerparke.

Für die Einrichtung einer Trinkgelegenheit im Bürgerparke war in der Sitzung vom 27. Juni d. Js. ein Betrag von 260 M bewilligt worden. Hierfür läßt sich aber nur ein einfacher Zapfhahn an einem Holzpfeiler anbringen, während empfohlen wird, dort einen Ventilbrunnen aufzustellen. Ebenso reicht der für die Entwässerung vorgesehene Betrag von 100 M nicht aus, weil der für den Brunnen jetzt in Aussicht genommene Platz 12 m weiter vom Kanal abliegt, als der früher bezeichnete Platz. Es wird deshalb ersucht, noch 200 M mehr, zusammen also 560 M zu verwilligen.

Auf Empfehlung des Herrn Koch, der für die Baukommission berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

### VI. Instandsetzung der „Alten Wage“.

In der Sitzung vom 27. Juni d. Js. — Seite 130 des Berichtes — hat die Versammlung den Antrag des Magistrates auf Instandsetzung der Alten Wage genehmigt und dabei den Magistrat ersucht, auch den Straßenzug von der Langenstraße bis zum Hofangischen Grundstücke Nr. 3/4 an der Alten Wage mit Stampfasphalt statt mit Reihensteinpflaster zu belegen. Der Magistrat hat diesem Antrage zugestimmt. Wegen Verwendung der hierdurch zu erwartenden Ersparnis von etwa 700 M wird die Versammlung ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß die an der Westseite der Straße gelegene Fahrbahn nicht nur in der durch das Projekt vorgesehenen Breite von 5,7 m, sondern in einer Breite von etwa 7,30 m mit besserem Reihensteinpflaster befestigt wird, sowie daß der vor den Grundstücken Nr. 4 — 6 befindliche Fußweg bis an den zurzeit in der Fahrbahn stehenden Brunnen vorgeschoben und rechts und links von dem Brunnen je ein Baum gepflanzt wird.

Auf Empfehlung des Herrn Meyerhoff, der für die Baukommission berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

### VII. Erwerb einer Fläche am Damme.

Nach dem Ortsbauplane sind von dem Bartelschen Grundstücke zwei 12,2 und 9,4 qm große Flächen dem Damme zuzulegen. Herr Bartels hat dem Magistrat die Flächen zu 300 M pro qm angeboten, sich schließlich aber mit einem

Gesamtpreise von 6000 M zufrieden erklärt. Obwohl auch dieser, einem Einheitspreise von 277,77 M entsprechende Preis noch sehr hoch ist, hat der Magistrat doch geglaubt, ihn zugestehen zu sollen, weil es ihm nicht ausgeschlossen erscheint, daß im Zwangsenteignungsverfahren eine noch höhere Entschädigung festgesetzt würde. Die Versammlung wird deshalb ersucht, dem Ankauf der betr. Flächen zum Preise von 6000 M zuzustimmen,

was auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Fricke berichtet, geschieht.

### VIII. Ankauf eines Grundstücks an der Karlstraße.

Daß von den städtischen Behörden angenommene Projekt über den Ausbau der Waterloostraße erfordert u. a. den stadtheitigen Erwerb des Vorlopischen Grundstücks, Karlstraße Nr. ass. 4618. Der Magistrat hat das Grundstück für 60 000 M angekauft, und die Versammlung wird ersucht, sich mit diesem Ankauf und mit Uebernahme der Nebenkosten einverstanden zu erklären, auch die erforderlichen Mittel zu bewilligen. Auf das Kaufgeld brauchen zunächst nur 31 400 M bar gezahlt zu werden, während das Restkaufgeld mit 28 600 M durch Uebernahme der das Grundstück belastenden vierprozentigen Hypothek gedeckt wird. Da die Straße auch nach Ankauf des Grundstücks nicht sogleich ausgebaut werden wird, so ersucht der Magistrat weiter, ihn zur einstweiligen Vermietung des Grundstücks zu ermächtigen.

Die Verhandlungen über diesen Grundstücksankauf haben dem Magistrate Veranlassung gegeben, die Frage der Einmündung der Waterloostraße in die Karlstraße noch einmal eingehend zu prüfen. Nach dem jetzigen Teilortsbauplane nimmt die Straße nämlich jetzt neben dem Vorlopischen Grundstück auch noch einen Teil des östlich angrenzenden Grundstücks des Restaurateurs Brandes in Anspruch. Mit Rücksicht auf die Höhe der Kosten erscheint es dem Magistrate wünschenswert, von einem Anschneiden des Brandeschen Grundstücks völlig abzugehen und durch eine westliche Verschiebung des Straßenzuges auf der Strecke Wabestraße—Karlstraße den Auslauf der Straße ausschließlich auf das Vorlopische Grundstück zu verlegen. Nach einem auf dieser Grundlage ausgearbeiteten Projekte ermäßigt sich dadurch der Kostenbetrag von 236 500 M auf 192 000 M und der Anliegerbeitrag für 1 m Frontlänge von 345 M auf 280 M. Um diesen Vorteil auszunutzen, wird weiter ersucht, die erforderliche Aenderung des Ortsbauplanes zu genehmigen.

Herr Lübke: Die Baukommission empfiehlt die Genehmigung der ganzen Vorlage.

Herr Kalms: Es ist mit Freuden zu begrüßen, daß eine direkte Verbindung zwischen dem Stadtpark und der Gießmaroderstraße geschaffen werden soll. Wir

haben hier dasselbe Bild, wie bei der Langenstraße, wo der lange Häuserblock durchschnitten werden soll. Wie notwendig dieser Durchbruch ist, beweist schon der Umstand, daß die Schulkinder von der Gliesmaroder- und Karlstraße bis zur Heinrichstraße einen ganz erheblichen Umweg über die Bodestraße machen müssen. Deshalb möchte ich fragen, weshalb der Magistrat den Ausbau der ganzen Waterloostraße noch nicht in die Hand nehmen will? Es gibt wohl keinen notwendigeren Straßendurchbruch als diesen. Außerdem befindet sich der schon vorhandene Teil der Waterloostraße zwischen Roon- und Heinrichstraße in einem so unwürdigen Zustande, daß hier Abhilfe geschaffen werden muß. Die Anlieger sind kaum imstande, ihre Wohnungen zu vermieten, weil auf der Straße das Wasser steht und üble Gerüche verbreitet. Ich bedaure, daß der Gesundheitsausschuß, der sonst so fleißig ist, hier noch nicht eingegriffen hat. Ich möchte daher beantragen, daß wenigstens diese Strecke von der Heinrich- bis zur Roonstraße ausgebaut wird.

Vorsitzender: Dieser Antrag ist als ein selbständiger zu behandeln, weil er mit der Vorlage nichts zu tun hat.

Herr Kalms: Früher ist solcher Antrag aber stets gleich mit zur Beratung zugelassen. (Widerspruch.) Wenn das indessen nicht angängig ist, so möchte ich die Anfrage an den Magistrat richten, weshalb er noch nicht geneigt ist, dem Durchbruche näherzutreten. Dieser Durchbruch ist ebenso nötig wie der an der Langenstraße und es könnten dafür auch 100 000 M. ausgesetzt werden.

Herr Lübke: Die Baukommission hat sich mit der Frage ebenfalls schon beschäftigt und ist der Ansicht, daß der Durchbruch noch nicht angängig ist. Uebrigens ist in der Kommissionsitzung von dem Magistratsvertreter die Herichtung eines Fußweges über das fragliche Terrain in baldige Aussicht gestellt worden, während die Herichtung des Fahrweges noch ausgesetzt bleiben soll.

Herr Bähr: Ich habe genau beobachtet, welchen weiten Umweg die Kinder zu machen haben, die nach der Heinrichstraße zur Schule gehen, weil eben eine Verbindung zwischen den von Norden nach Süden laufenden Straßen fehlt. Solche Verbindungsstraßen sind aber im Bebauungsplane in genügender Zahl vorgesehen. Wenn nun der Durchbruch im Zuge der Waterloostraße nach der Karlstraße noch verschoben werden soll, so würde ich das wohl bedauern, jedoch werden meine Bedenken hinfällig, sofern möglichst bald für die Schulkinder ein Verbindungsweg geschaffen werden soll.

Herr Stadtrat Wagner: Der Magistrat hat es nicht für nötig gehalten, den Ausbau der Straße als Fahrbahn schon jetzt ins Auge zu fassen, einmal weil dort ein Durchgangsverkehr für Fuhrwerke nicht in dem Maße vorliegt, daß eine Fahrbahn schon jetzt nötig wäre und außerdem, weil die Ausschließung von Bau terrain in der Außenstadt möglichst zurückgehalten werden muß, indem Straßendurchbrüche in der Innenstadt bevorstehen und außerdem die große Bahnhofstraße

schwebt. Es dürfte deshalb vorerst ein Fußweg für die Schule vollständig ausreichen.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Was die Vermietung des Grundstücks betrifft, so möchte ich die Vorlage dahin ergänzen, daß wir die Versammlung ersuchen, uns zu ermächtigen, die Mietkontrakte allein abzuschließen.

Die Versammlung ist damit einverstanden.

## IX. Berechnung von Kosten für Anlagen in der Neustadtmühle.

Ueber die Bauarbeiten in der Neustadtmühle macht der Magistrat folgende Mitteilungen:

1. Der Einbau einer völlig neuen Turbinenanlage, für die 9800 M aufzuwenden die städtischen Behörden beschlossen hatten, ist beendet. Die Leistung der projektmäßig ausgeführten Anlage ist durchaus zufriedenstellend, aber infolge des überaus starken Wasserandranges vom Untergraben her stellen sich die Baukosten auf 11362,77 M, und nach Abzug eines Erlöses von 511,18 M für Altmaterial netto auf 10851,59 M. Die bei Lage der nicht vorherzusehenden Umstände unvermeidliche Kostenüberschreitung beträgt somit 1051,59 M. Nach der Vereinbarung der städtischen Behörden würde die Summe von 10851,59 M aus dem Reservefonds zu bezahlen und dieser wieder auf den Betrag von 26000 M zu ergänzen sein.

Nun hat aber die Mühle im Jahre 1906/07 ungeachtet der erfolgten Abtragung von 5000 M auf ihre am 1. April 1906 noch 40000 M betragende Restschuld einen Ueberschuß von 9375,47 M ergeben, der bestimmungsgemäß in das Ordinarium der Stadtkasse zu fließen haben würde. Ob im laufenden Jahre die regelmäßige Abtragung von 5000 M auf die Schuld und die Ergänzung des um 10851,59 M geschwächten Reservefonds in voller Höhe möglich sein würde, läßt sich zurzeit noch nicht beurteilen. Andererseits hat sich schon jetzt als nahezu sicher herausgestellt, daß die Kämmereikasse für 1906/07 nicht mit einem Fehlbetrage (anschlagsmäßig von 49000 M), sondern mit einem, wenn auch nicht erheblichen Ueberschusse abschließen wird; es empfiehlt sich daher, von der Verfilberung eines Teiles der Wertpapiere des Reservefonds überhaupt Abstand zu nehmen und die fraglichen Kosten mittels des vorgedachten Ueberschusses und in Höhe des Restes zu 1476,12 M aus den laufenden Einnahmen des Jahres 1907/08 zu decken. Dieses Verfahren dürfte dazu beitragen, die Mühle tunlichst bald unter Erhaltung des vorhandenen Reservefonds von 26000 M völlig schuldenfrei zu machen.

2. Mit Rücksicht auf den regelmäßig im Herbst eintretenden Mangel an Aufschlagwasser hat die Direktion darauf hingewiesen, daß es dringend geboten sei, baldigst für die alte abgängige Dampfmaschine durch Unterbringung und ent-

sprechende Montierung der städtischen Lokomobile in dem Dampfmaschinenraume Ersatz zu schaffen. Da die von der Versammlung gewählten Mitglieder der Deputation bis auf eins verreist waren, so hat der Magistrat unter Zustimmung dieses Mitgliedes die Direktion ermächtigt, die Arbeiten auszuführen. Die zu 750 M veranschlagten Kosten können von dem Erlös für die beseitigte Dampfstranlage zu 1842,52 M reichlich gedeckt werden. Der Ueberschuß wird, wenn dem unter 1 gedachten Vorschlage zugestimmt werden sollte, unbedenklich den laufenden Einnahmen für 1907/08 zugeführt werden können, so daß der aus diesen für die Turbinenanlage zu deckende Fehlbetrag sich wesentlich ermäßigen würde.

Es wird ersucht, die unter 2 erwähnte Anordnung wegen Aufstellung und Verwendung der städtischen Lokomobile nachträglich gutzuheißen und den unter 1 und 2 erwähnten Verrechnungen der Kosten zuzustimmen.

Herr Jasper: Die Finanzkommission befürwortet die Annahme der Magistratsvorlage in vollem Umfange. Sie verkennt zwar nicht, daß formell vielleicht eine nicht ganz korrekte Verrechnung stattfinden soll, jedoch ist in der Sache selbst der Antrag des Magistrates vollständig gerechtfertigt, so daß die Kommission keine Bedenken trägt, auch diesem Vorschlage zuzustimmen.

Die Magistratsvorlage wird darauf genehmigt.

## X. Vermietung einer Wohnung im Hause Nr. 5 an der Katharinenkirche.

Der im städtischen Arbeitsamte tätige Geschäftsführer Schingel hat gebeten, ihm die in dem umgebauten Hause Nr. 5 an der Katharinenkirche verfügbare Wohnung vom 1. Oktober 1907 ab mietweise zu überlassen. Mit Rücksicht darauf, daß unmittelbar neben dieser Wohnung die gleichzeitig in Benutzung zu nehmenden Räume des städtischen Arbeitsamtes liegen, deren Heizung und Reinigung durch die Familie des Geschäftsführers mit besorgt werden kann, hält es der Magistrat für zweckmäßig, dem Gesuche zu entsprechen. Die Wohnung besteht aus 2 Stuben, 2 Kammern, Küche, 3 kleinen Bodenkammern und sonstigem Zubehör. Um die Verwaltung und die Uebersicht zu vereinfachen, wird es sich empfehlen, dem Geschäftsführer Schingel neben der Wohnung das Recht freier Beleuchtung, Feuerung und Wasserversorgung gegen die Verpflichtung der Reinhaltung und Heizung der Räume des Arbeitsamtes und gegen eine bei Lage der Verhältnisse angemessene Mietsumme von 250 M jährlich zuzugestehen. Es wird ersucht, diesem Mietvertrage zuzustimmen,

was auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr Esdorn berichtet, geschieht.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Südel, übernimmt den Vorsitz.



## XI. Vermietung von Räumen in den Häusern Nr. 3 und 4 an der Katharinenkirche.

Die Instandsetzung der Häuser Nr. 3 und 4 an der Katharinenkirche wird Ende Dezember d. Js. beendet werden, so daß vom 1. Januar 1908 ab über deren Benutzung verfügt werden kann. Abgesehen von Nebenräumen und Hintergebäuden kommen hauptsächlich zwei Wohnungen im ersten Obergeschoße in Betracht, die aus je 1 Stube, 2 Kammern, Küche und Zubehör bestehen.

Um die größere Wohnung hat sich der bei der städtischen Tiefbauabteilung beschäftigte Gärtner Dittrich beworben und einen Mietpreis von 225 M geboten. Im Hinblick darauf, daß der Magistrat beabsichtigt, im Erdgeschoß des Hintergebäudes einen Lagerraum zur Aufbewahrung von Geräten, Werkzeugen u. dgl. sowie einen Teil des Hofes zur Aufstellung von Karren und anderen Gegenständen für die städtische Tiefbauabteilung zu verwenden und daß es sehr wünschenswert ist, eine im Dienste der Stadt stehende Persönlichkeit mit der Beaufsichtigung und Herausgabe dieser Sachen zu betrauen, wird ein Eingehen auf den Antrag Dittrichs für zweckmäßig, auch der gebotene Mietpreis für angemessen gehalten.

Die kleinere im ersten Obergeschoße des Hauses Nr. 3 befindliche Wohnung in Verbindung mit den darunter liegenden Räumen des Erdgeschoßes und einem Lagerraum im Hintergebäude wünscht Frau Hedwig Göke, die Leiterin der sogen. Brocksammlung zur Aufstapelung geschenkter Verkaufsgegenstände sowie als Wohnung für den Verwalter der Sammlung zu mieten und ist bereit, einen jährlichen Mietpreis von 400 M zu zahlen. Auch diese Vermietung empfiehlt der Magistrat.

Den Rest der Räume im Dachgeschoß der Gebäude Nr. 3 und 4 sowie im Obergeschoß des Hintergebäudes bittet die städtische Hochbauabteilung zur Lagerung von Dekorationsgegenständen u. dgl. benutzen zu dürfen. Dem Vorschlage wird magistratsseitig zugestimmt.

Da der Gesamtwert der Gebäude Nr. 3—5 nach Ausführung der Umbauten sich auf etwa 57 500 M stellen wird, so ergibt die vorgeschlagene Verwertung einen Nutzertrag von etwa 2240 M jährlich oder nahezu 4 % des Gesamtwertes.

Vom Magistrate wird ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß mit dem Gärtner Dittrich zu 225 M und mit Frau Hedwig Göke zu 400 M vom 1. Januar 1908 ab die Vermietung der Räume vereinbart wird.

Auf Befürwortung der Finanzkommission, für die Herr Buchler berichtet, stimmt die Versammlung der gesamten Vorlage zu.

## XII. Vermietung eines Grundstücks am Mittelwege.

Das der Stadt gehörige Grundstück Mittelweg Nr. 17 ist bislang an vier verschiedene Familien vermietet worden und zwar wurden für diese Wohnungen

zusammen 486 M jährlicher Miete vereinnahmt. Rechnet man für die Instand-  
erhaltung der Wohnungen des Gebäudes in Dach und Fach einen Betrag von  
jährlich 80 M und den Schaden, der durch etwa leerstehende Wohnungen entsteht,  
zu jährlich 30 M, so ergibt sich für das Haus ein Mietwert von 376 M. Der  
dort wohnende städtische Wegewärter Wönnich hat nun den Antrag gestellt, ihm  
das ganze Haus, sowie das von ihm bereits benutzte Gartenland in Größe von  
 $\frac{1}{3}$  Morgen zu einem Mietpreise von jährlich 330 M zu überlassen, wobei er die  
in Frage kommenden Reparaturen tragen will.

Der Magistrat ist hiermit einverstanden und ersucht, einen Mietvertrag auf  
folgender Grundlage zu genehmigen: Die Stadt vermietet das Haus sowie das  
dazu gehörige Gartenland in Größe von  $\frac{1}{3}$  Morgen vom 1. Oktober 1907 ab zum  
Mietpreise von jährlich 330 M an den städtischen Wegewärter Wönnich. Mieter  
hat sämtliche Reparaturen oder Ergänzungen des Gebäudes, insbesondere in Dach  
und Fach, auf seine Kosten auszuführen, auch bei Winterglätte den Zugangsweg  
zu bestreuen; außerdem hat Mieter das Wassergeld und die Schornsteinfegerlöhne  
zu bezahlen, wogegen die Stadt die Steuern und Brandkassenbeiträge übernimmt.

Herr Esborn empfiehlt die Genehmigung der Vorlage namens der Finanz-  
kommission und die Versammlung beschließt demgemäß.

### XIII. Aenderung des Statutentwurfs, die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe betr.

Der der Landesaufsichtsbehörde zur Genehmigung vorgelegte Statutentwurf,  
die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe betreffend, ist vom Herzoglichen Staats-  
ministerium mit der Maßgabe genehmigt worden, daß der § 2 folgenden Wort-  
laut erhält:

„Im kaufmännischen Betriebsteile von Konservenfabriken ist die Be-  
schäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern in den Monaten Mai  
bis einschl. September von 7 bis 9 Uhr morgens und von 11 bis 2 Uhr  
mittags, im Oktober und November von 11 bis 1 Uhr mittags zulässig,  
vom Dezember bis einschl. April nicht zulässig.“

Der Magistrat ersucht, dieser rein redaktionellen Aenderung der Wortfassung  
zuzustimmen.

Namens der Statutenkommission empfiehlt Herr Woge, den Antrag zu  
genehmigen.

Herr Esborn: Ich möchte den Magistrat um Auskunft bitten, wann das  
Statut in Kraft treten wird?

Herr Stadtrat Wagner: Der Entwurf ist sehr lange unterwegs gewesen,  
er wurde im Mai weggeschickt und kam erst Ende August zurück. Nachdem die  
Versammlung der vom Herzoglichen Staatsministerium geforderten Aenderung

zugestimmt haben wird, kann die Drucklegung und Bekanntmachung noch in diesem Monat erfolgen, so daß das Statut am 1. Januar 1908 in Kraft treten kann. Verloren haben wir damit noch nichts, weil bekanntlich die Sonntage vor Weihnachten als Ausnahmetage gelten.

Herr Hesse: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob durch dieses Statut auch die Barbierstuben getroffen werden? Es sind von Inhabern solcher Geschäfte bezüglich Anfragen an mich gerichtet worden. Die Herren meinen, sie würden auch unter das Statut fallen, weil sie meist einen Handel mit Toilettegegenständen zc. betreiben, und sie wünschen, dem Statut mit unterworfen zu werden, um in der Lage zu sein, Sonntags frühzeitiger zu schließen, als sie das jetzt können.

Herr Stadtrat Wagner: Es ist nicht möglich, mit dem Statute auch handwerksmäßige Betriebe zu treffen. Soweit es sich bei den Barbiergeschäften also um die Bearbeitung der Köpfe (Rasieren, Haarschneiden zc.) handelt, ist das Statut nicht maßgebend, wogegen der Handel mit Parfümerien zc. nur in der durch das Statut zugelassenen Zeit statthast sein würde.

Die Vorlage wird darauf genehmigt.

Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt, übernimmt den Vorsitz wieder.

#### XIV. Zustandsetzung der Fahrbahn an der Taschen- und Kuhstraße.

Gemäß § 11 des zwischen der städt. Bauverwaltung und der Firma A. Spindler abgeschlossenen Vertrages vom 16. Juli 1902 über die Herstellung von Stampfasphaltplatten auf der Fahrbahn der Taschenstraße und einem Teile der Kuhstraße ist die Firma Spindler verpflichtet, bis zum 31. Juli 1907 alle Ausbesserungen ohne besondere Entschädigung vorzunehmen und die Straße in einer ordnungsmäßigen Weise zu unterhalten. Zur Sicherstellung sind 700 M. beim Magistrate hinterlegt worden. Die Firma hat gebeten, sie von dieser Verpflichtung unter Rückzahlung der Kaution zu entbinden mit der Begründung, daß der Fuhrverkehr auf den betr. Straßen nach deren Zustandsetzung erheblich zugenommen habe und daß der Asphaltplattenbelag dieser starken Inanspruchnahme nicht habe Widerstand leisten können, insbesondere da auch der aus Betonklöben bestehende, von der städt. Bauverwaltung hergerichtete Unterbau Verschiebungen und Verdrückungen unterworfen und dadurch die Zerstörung der Asphaltplatten mit veranlaßt sei. Die städt. Bauverwaltung gibt zu, daß die angeführten Ursachen teilweise zu der tatsächlich eingetretenen Zerstörung des Asphaltplattenbelages mitgewirkt haben, sieht aber die Hauptursache darin, daß der Mörtel, in dem die Platten auf der Unterbettung verlegt sind, auf den Asphaltplatten selbst

nicht hafte, diese sich daher bei starkem Fuhrverkehr leicht lockerten und dann zerdrückt würden.

Da es sich hier um einen Versuch mit einem neuen Verfahren handelte, über dessen praktische Brauchbarkeit sich die städt. Bauverwaltung nicht minder getäuscht hat wie die Firma Spindler, so dürfte es der Billigkeit entsprechen, der Unternehmerin nicht die volle durch § 11 des Vertrages vereinbarte Haftung aufzubürden. Sie hat nach ihren Angaben für Herstellungsarbeiten aufgewendet 1614,<sup>16</sup> M, wogegen die städt. Bauverwaltung ihrerseits durch die Firma Reparaturen hat ausführen lassen, die 1915,<sup>98</sup> M gekostet haben. Die ausgebesserten Stellen des Pflasters von etwa 166 qm sind jetzt mit Gußasphalt hergerichtet. Neuerdings sind noch etwa 345 qm abgängig geworden, deren Neubelegung mit Gußasphalt bereits mit etwa 3000 M Kosten ausgeführt worden ist.

Vom Magistrat wird es für angemessen gehalten, die gesamten Ausbesserungs- und Erneuerungskosten annähernd gleichmäßig zu verteilen; er ersucht deshalb, einer mit der Firma Spindler getroffenen Vereinbarung zuzustimmen, wonach der Unternehmerin 2983,<sup>91</sup> M und der Stadt 3546,<sup>23</sup> M zur Last fallen.

Herr Lübke: Die Baukommission empfiehlt Ihnen, dem Antrage des Magistrates Folge zu geben, weil sich nicht feststellen läßt, wer die Schuld an dem Mißlingen trägt und weil es sich um einen Versuch handelt.

Herr Stadtrat Wagner: Ich möchte der Vollständigkeit wegen hervorheben, daß es sich nicht ganz genau um die angegebene Summe handeln wird, weil darin ein Wertpapier enthalten ist, dessen Wert nach dem jeweiligen Kurse fällt oder steigt.

Die Vorlage gelangt darauf zur Annahme.

## XV. Zustandsetzung des Vienroderweges.

Der zu den Interessentenwegen der Feldmarksgemeinde Hagen gehörende Vienroderweg, den die Gemeinde kurz vor Errichtung des neuen Wasserwerkes instand gesetzt hatte, wurde durch die Anfuhr der zum Wasserwerke verwandten Baumaterialien derart beschädigt, daß seine gründliche Wiederbefestigung unvermeidlich war. Auch hinterher ist der Weg, da er zur Anfuhr der Kohlen dient, nach Bedarf auf Kosten des Wasserwerkes in der Erwägung unterhalten, daß dessen starke Abnutzung wesentlich durch die schweren Lastfahren, die der Betrieb des Wasserwerkes bedingt, veranlaßt wird. Die Unterhaltungskosten haben in den letzten fünf Jahren durchschnittlich etwa 600 M jährlich betragen, und es entfällt somit, da etwa 400 Fuder Kohlen im Laufe eines Jahres befördert werden, auf jedes Fuder der Betrag von rund 1,<sup>50</sup> M Wegeunterhaltungskosten. Ein solcher

Betrag ist aber unverhältnismäßig hoch. Inzwischen haben sich die Verhältnisse insofern wesentlich geändert, als nördlich vom Wasserwerke Sandgruben eingerichtet sind und demnach durch die Abfuhr der Sandmassen eine Belastung des Vienroderweges hervorgerufen wird, die seine Instandhaltung ausschließlich durch das Wasserwerk als ungerechtfertigt erscheinen läßt.

Der Feldmarksgemeinde Hagen ist infolge dessen vom Magistrate anheimgegeben, sie möge den Weg fortan wieder in eigene Unterhaltung nehmen und hat sich letzterer dabei erboten, der Gemeinde künftig einen festen Zuschuß von jährlich 300 M zu den ihr erwachsenden Unterhaltungskosten zu gewähren. Die Gemeinde ist hierauf mit dem Vorbehalte eingegangen, daß der inzwischen wieder schadhaft gewordene Weg nochmals stadtseitig gründlich ausgebessert werde, wodurch rund 1100 M Kosten erwachen werden. Nach der Ansicht des Magistrates bleibt nichts anderes übrig, als hierauf einzugehen und die 1100 M aufzuwenden. Es wird magistratsseitig anerkannt, daß die regelmäßige Zubuße von 300 M reichlich hoch erscheint, jedoch soll dadurch verhütet werden, daß wegen zu geringer Bemessung des städtischen Beitrages der Weg ungenügend unterhalten wird. Hiernach ersucht der Magistrat, zuzustimmen, daß der fragliche Weg im Laufe dieses Jahres unter Aufwendung von rund 1100 M nochmals gründlich instand gesetzt, vom 1. April 1908 ab bis auf weiteres aber ein Beitrag von jährlich 300 M an die Feldmarksgemeinde Hagen gezahlt werde und die beiden Beträge dem Wasserwerke zur Last zu legen sind.

Namens der Baukommission berichtet über die Vorlage Herr Kieke: Die Kosten sind allerdings sehr hoch, aber der früher geplante Gleisanschluß hätte noch viel mehr gekostet. Da wir die Interessentschaft Hagen außerdem nicht zur Tragung von Reparaturkosten heranziehen können, die wir verschuldet haben, so bleibt trotz aller Bedenken nichts weiter übrig, als der Vorlage zuzustimmen. Sollte die Gemeinde ihre Schuldigkeit in bezug auf die Instandsetzung des Weges nicht tun, dann hat der Magistrat Mittel in der Hand, Abhilfe zu schaffen. Die Baukommission empfiehlt daher die Annahme der Vorlage.

Bei der Beratung wurde auch noch daran erinnert, daß aus Veranlassung eines früheren Antrages verschiedentlich erwogen worden ist, den Weg wenigstens bis zum Wasserwerke mit Bäumen zu bepflanzen. Der Wunsch ist indessen wegen der mit der Ausführung verbundenen Schwierigkeiten und wegen des Widerspruchs der anliegenden Interessenten immer wieder zurückgestellt worden. Der Herr Oberbürgermeister hat aber versprochen, noch einmal zu versuchen, ob nichts in der Sache zu machen sei, indem entweder zwischen die Steine oder auf einen noch zu erwerbenden Terrainstreifen Bäume gepflanzt werden. Ob das möglich sein wird, muß dahin gestellt bleiben, das hängt von der Interessentschaft und namentlich auch von der Herzoglichen Kammer ab.

Herr Leue: Es handelt sich hier um einen Weg, der ein lebhaftes öffentliches Interesse in Anspruch nimmt, weil er den Hauptzugang zu einem unserer bestsuchtesten Hölzer bildet; ich habe deshalb Bedenken, ob der Magistrat, wenn der Weg in Zukunft von der Interessentschaft im Stande zu erhalten ist, auch genügenden Einfluß darauf ausüben kann, daß er in einem auch für Fußgänger annehmbaren Zustande erhalten wird. Es würde mir lieb sein, wenn der Magistrat darüber eine beruhigende Auskunft geben könnte.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich glaube, die Feldmarksgemeinde ist zu weitergehenden Verpflichtungen, als den Grundstücksbesitzern die angemessene Erreichung ihrer Felder zu ermöglichen, nicht zu zwingen; sie hat sich indessen bereitfinden lassen, den Weg ordnungsmäßig instand zu setzen, als das Wasserwerk erbaut wurde, und ich sollte meinen, in dem heutigen Zustande wird er auch künftig erhalten bleiben. Hinsichtlich der Anpflanzung von Bäumen möchte ich bemerken, daß etwas Ordentliches kaum anders wird geschaffen werden können, als wenn die Stadt den Weg übernimmt. Das würde aber so erhebliche Kosten verursachen, daß wir das noch gründlich erwägen müssen.

Herr Sander: Läßt es sich nicht ermöglichen, daß das Wasserwerk ein Anschlußgleis an die Gishorner Bahn bekommt? Der Streifen, auf dem die Brunnen liegen, geht doch so ziemlich bis an die Bahn heran, und es würde wohl keine übergroßen Kosten hervorrufen, wenn ein Anschlußgleis darauf errichtet würde. Dadurch könnte man die vorhandenen Kalamitäten mit einem Schlage aus der Luft schaffen. Jedenfalls steht es einzig da, daß ein so bedeutendes Werk keinen Bahnanschluß besitzt.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Wir haben seinerzeit ein solches Projekt ausarbeiten lassen; ich bin aber augenblicklich nicht in der Lage, anzugeben, wieviel die Kosten betragen. Die Möglichkeit liegt also vor, jedoch waren Magistrat und Deputation damals der Ansicht, von der Ausführung mit Rücksicht auf die erheblichen Kosten Abstand zu nehmen. In der Registratur wird sich Herr Sander durch Einsichtnahme der Akten hiervon überzeugen können. Im übrigen ist die Belastung des Weges durch das Wasserwerk gar nicht so erheblich. Wir brauchen jährlich 400 Fuder Kohlen etc., die sich aber nicht auf jeden Tag des Jahres verteilen, sondern von denen auf einen Tag 3 bis 4 Fuder entfallen, während dazwischen immer mehrere Tage frei bleiben.

Die Vorlage gelangt hierauf zur Annahme.

## XVI. Wohnungsaufsichtigung im Jahre 1906/07.

Der Magistrat übersendet eine tabellarische Zusammenstellung über die von den Wohnungsaufsichtsbeamten Grebe und Koch im Berichtsjahre 1906/07 geleisteten Arbeiten zur Kenntnissnahme.

Hiernach sind beaufsichtigt worden: 201 Grundstücke mit 891 Wohnungen und 3755 Wohnräumen. Anzeigen wurden erstattet durch die Polizei 22, durch Mieter 99, von Amtswegen 80. Mängel fanden sich in folgender Beziehung vor: 5 bezüglich der Aufbewahrung gesundheitschädlicher Gegenstände, 158 wegen Eindringens von Feuchtigkeit, 12 weil nicht gegen unbefugtes Eindringen geschützt, 300 wegen nicht einwandfreier Licht- und Luftzuführung, 21 weil kein Fenster ins Freie führte, 1 wegen offener Verbindung mit einem Aborte, 22 wegen ungenügender Anzahl Aborte, 181 wegen Ueberfüllungen, 3 weil keine Geschlechtertrennung vorgenommen war, 1391 wegen unvorschriftsmäßiger Feuerstätten, 50 wegen der Treppen und Handläufer, 4 wegen der Räume über dem Kehlgebälk, 286 wegen sonstiger Mängel.

Erledigt sind 121 durch die Wohnungsaufsicht und 37 mit Hilfe des Stadtbauamtes. Noch zu erledigen bleiben 43 Grundstücke, 251 Wohnungen, 1052 Wohnräume und 902 Mängel. 129 Wohnräume mußten mit Hilfe des Stadtbauamtes der ferneren Benutzung zum dauernden Aufenthalte von Menschen entzogen werden.

Die Baukommission hat nach dem Berichte des Herrn Kiefe Bemerkungen an den Bericht nicht zu knüpfen.

Herr Wesemeier: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob der Verwaltungsbericht in diesem Jahre erscheinen wird. Wenn das nicht der Fall sein sollte, möchte ich empfehlen, die eben vorgetragene tabellarische Tabelle besonders herauszugeben.

Die Vorlage ist damit erledigt.

## XVII. Drucklegung des Verwaltungsberichtes.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich möchte hier eine Sache zur Sprache bringen, die nicht auf der Tagesordnung steht. Der Verwaltungsbericht für die Jahre 1901 bis 1906 ist von uns fertiggestellt worden. Wir konnten damit leider erst beginnen nach Abschluß der Stadtkassenrechnung im September v. Js. Nun sind die einzelnen Verwaltungszweige alle reichlich belastet gewesen, so daß erst jetzt der erste Teil des Berichtes in Druck gegeben werden konnte. Leider habe ich aber nicht daran gedacht, dafür besondere Mittel in Vorschlag zu bringen und zwar auch jetzt nicht, als die ersten Teile des Berichtes in die Druckerei gegeben wurden, weil ich nicht glaubte, daß die Kosten so erheblich sein würden. Der Druck des vorigen Berichtes hat 3066 M gekostet, während sich die Kosten des vorliegenden Berichtes noch teurer stellen. Einmal ist er länger geworden — die Herren werden uns das hoffentlich nicht übel nehmen — und dann sind die Löhne und Materialpreise gestiegen, so daß der Drucker erklärt hat, die Kosten würden bei Abnahme einer größeren Zahl etwa 5000 M betragen, ohne aber schon jetzt die Summe genau angeben zu können. Bei dem vorigen Berichte

hatte sich der Mangel herausgestellt, daß gegenüber der großen Nachfrage in der Bürgerschaft zu wenig Exemplare gedruckt waren, und der Magistrat ist der Ansicht, daß man derartigen Wünschen der Bürgerschaft tunlichst Rechnung tragen soll, ohne für die abzugebenden Exemplare eine Entschädigung einzuziehen. Außerdem kommt noch wesentlich in Betracht, daß die Verpflichtung der Stadt anderen Städten gegenüber inzwischen wesentlich gewachsen ist. Wir bekommen von einer großen Anzahl von Städten Drucksachen zugesandt, die für uns sehr interessant sind, und es ist deshalb eine einfache Anstandspflicht, daß wir diesen Städten auch einmal eine etwas wertvollere Sache außer unserm Etat zusenden. Wir müssen demnach tunlichst danach sehen, daß wir diesen Städten Drucksachen etwa in gleichem Umfange zusenden, wie das von deren Seite mit teilweise künstlerisch ausgeführten Drucksachen geschieht. Wenn ich auch nicht bestimmt sagen kann, daß wir mit 5000 M auskommen werden, so glaube ich doch, daß diese Summe etwa ausreichen wird; wir möchten indessen nicht weiter unter dem Drucke leben, an dem Berichte arbeiten zu lassen, ohne dafür die Mittel zu haben und ich bitte deshalb, die Kosten zu bewilligen,

was seitens der Versammlung geschieht.

### XVIII. Anfrage Fricke: Verkleinerung des Vorgartens am Dompredigerhause.

Die Anfrage lautet:

„Erscheint es nicht angebracht, daß vor der Wiederbesetzung der Stelle eines Dompredigers der Magistrat Schritte in die Wege leitet, um den Garten vor der Dompfarre soviel zu verkleinern, daß das Rathaus in der Hauptfront von der Münzstraße gesehen voll in die Erscheinung tritt?“

Herr Fricke (zur Begründung): Es ist allgemein bekannt, daß die wunderbar schöne Hauptfassade des Rathauses durch den Baumwald des Vorgartens der Dompfarre verdeckt wird. Wenn man die Architektur des Rathauses betrachten will, muß man sich dicht an das hohe Gitter stellen. Man hatte ursprünglich angenommen, daß die Hauptfassade schon von der Ecke der Münzstraße aus gesehen werden sollte, jedoch ist das schöne Bild durch die hohen Bäume des Pfarrgartens vollständig verdeckt. Es wäre nun jetzt während der Vakanz der Pfarrstelle angebracht, Schritte zu tun, um einen Teil des Vorgartens zur Straße zu legen und dadurch einen besseren Blick auf das Rathaus zu ermöglichen. Sollte die Stadt dafür Opfer zu bringen haben, so würde das nichts schaden.

Herr Stadtrat Wagner: Wir sind dieser Frage bereits auf Anregung der Firma Heinr. Jacob Schade nähergetreten, die den Wunsch hegte, es möchte die Straßenfront mit ihrer Hausfront in Uebereinstimmung gebracht werden. Durch



Verhandlungen mit der Herzoglichen Kammer haben wir indessen festgestellt, daß die Terrainverwerbskosten allein für den Streifen im Zuge des Langenhofes annähernd 5000 M betragen würden. Bei der jetzigen finanziellen Lage der Stadt halten wir es aber nicht für angebracht, so hohe Kosten für die an sich sehr wünschenswerte Verbreiterung der Straßenstrecke aufzuwenden. Die mit der genannten Firma schwebenden Verhandlungen über einen nennenswerten Zuschuß zu der Straßenverbreiterung sind noch nicht abgeschlossen. Daß auch in der Richtung der Münzstraße noch ein Teil des Vorgartens zur Straße gelegt werden soll, läßt sich bei den hohen Kosten nicht rechtfertigen. Vielleicht könnte man erreichen, daß die Bäume im Garten wesentlich beschnitten würden und dadurch der Blick von der Münzstraße auf die Hauptfront des Rathauses eine Verbesserung erführe.

### XIX. Anfrage Jasper: Verkehrserschwerungen betreffend.

Die Anfrage lautet:

„Ist dem Magistrate bekannt, daß durch die Absperrungen aus Anlaß der Anwesenheit des Königs von Siam der Verkehr in der Innenstadt erheblich gestört ist und daß eine weitere Verkehrserschwerung dadurch bevorstehen soll, daß der Weg vom Alsterhofe durch das Schloß nach dem Bohlwege und Ritterbrunnen gesperrt werden soll? Was gedenkt der Magistrat zu tun, um derartige Verkehrsstörungen zu verhindern?“

Herr Jasper (zur Begründung): Ueber die Anwesenheit des Königs von Siam sollen die monarchisch gesinnten Einwohner unserer Stadt sehr erfreut gewesen sein und zwar hauptsächlich in der Erwartung, durch den Besuch erhebliche Einnahmen zu erhalten, wie das ja in verschiedenen anderen Städten der Fall gewesen sein soll. Ich will nicht darüber reden, ob sich diese Erwartungen erfüllt haben, sondern möchte nur hervorheben, daß die Anwesenheit des Königs auch ihre Schattenseiten gehabt hat, indem eine große Verkehrsstörung hauptsächlich an dem Tage damit verbunden war, als die verunglückte Feuerwehrrückung auf dem Hagenmarkte stattfand. Ich habe aus eigener Beobachtung von meinem Bureau am Hagenmarkte aus bemerkt, wie die Absperrungen vorgenommen sind, wie schon stundenlang vor dem Beginne der Feuerwehrrückung der ganze Verkehr um den Hagenmarkt herum behindert war, und es ist mir von zahlreichen Einwohnern, die den Hagenmarkt passieren wollten, gesagt worden, daß sie von den Polizeibeamten in der barschesten, rücksichtslosesten Weise am Weitergehen behindert und dadurch geschädigt seien, indem sie teilweise Verlust am Arbeitslohn gehabt, teilweise auch ihren Zug auf dem Nordbahnhofe nicht erreicht haben. Nach den Äußerungen, die bei Verwilligung der Mittel für den Empfang des Königs von Siam hier in der Versammlung gefallen sind, halte ich es nicht für ausgeschlossen, daß derartige Veranstaltungen leider öfter wiederkehren können und es sich daher nicht um eine

vereinzelte Tatsache handelt, über die man hinweggehen könnte, sondern um eine Prinzipienfrage darüber, ob die Anlieger und diejenigen Einwohner, welche ihren Weg über eine bestimmte Straße nehmen müssen, eine derartige Störung ihrer freien Bewegung und ihres Erwerbslebens mit in Kauf nehmen müssen. Dabei will ich noch besonders betonen, daß die Absperrung von Straßen und Plätzen hier in einer Weise durchgeführt wird, die dem preussischen Kommiß vielleicht entsprechen mag, die aber nicht der Gepflogenheit entspricht, wie die hiesige Bürgerschaft erwarten kann, behandelt zu werden. Wenn man hört, daß Anlieger von der Polizei in der schroffsten und rücksichtslosesten Weise zurückgewiesen worden sind und nicht einmal in ihr eigenes Haus kommen können, so sind das Vorkommnisse, die nicht geduldet werden können. Deshalb frage ich bei dem Magistrate an, in welchem Umfange die Maßnahmen durchgeführt sind, daß sie zu so großen Unzuträglichkeiten führen konnten, und ob es auch in Zukunft ruhig hingehen soll, daß die Herzogliche Polizeidirektion, die in unserer Stadt leider mehr zu sagen hat als wir, derartige Verkehrsstörungen vornehmen darf.

Ferner möchte ich Aufklärung darüber haben, ob das durch die Tagespresse verbreitete Gerücht, daß der Durchgang durch das Schloß vom Alterhofs nach dem Bohlwege und Ritterbrunnen fortan gesperrt werden soll, auf Wahrheit beruht. Wenn es sich bei den vorhin erwähnten Absperrungen um ein vielleicht sporadisch wiederkehrendes Ereignis handelte, so ist diese Absperrung eine dauernde und dem öffentlichen Verkehre noch weniger zuträglich. Ich wohne selbst in der Außenstadt und pflege diesen Durchgang als Weg zu meinen Geschäftsräumen zu benutzen, wobei ich genügend Gelegenheit habe, zu beobachten, in welchem erheblichen Umfange der Durchgang von der Einwohnerschaft benutzt wird. Man mag dort gehen, wann man will, es sind stets zahlreiche Passanten auf der Wegestrecke zu verzeichnen, zahlreicher, als auf manchen Straßen. Ich habe nachzuforschen gesucht, ob die Hofverwaltung überhaupt in der Lage sein wird, eine derartige Maßregel vorzunehmen und habe mir sagen lassen, daß ein altes Restrikt bestehen soll, nach dem der Bürgerschaft die Benutzung des Weges für alle Zeiten gewährleistet worden ist; authentisches Material habe ich darüber allerdings nicht bekommen. Jedenfalls würde hier ein großes Hindernis für den Verkehr geschaffen werden, wenn die Schließung des Durchganges ausgeführt werden sollte.

Herr Stadtrat Wagner: Es ist dem Magistrate nicht bekannt geworden, daß die Absperrung des Hagenmarktes über das Maß des Notwendigen hinausgegangen wäre. Bei königlichem Besuch sind selbstverständlich Absperrungsmaßregeln notwendig, und wenn dabei einzelne subalterne Polizeiorgane sich Uebergriffe erlaubt haben sollten, was dem Magistrate nicht bekannt ist, so würde es sich empfehlen, darüber bei der Polizeibehörde Beschwerde zu führen, da der Magistrat keinen Einfluß auf die Polizeiverwaltung besitzt. Speziell die Absperrung

des Hagenmarktes dürfte nicht über das Maß des Zulässigen, wie es auch sonst bei Uebungen der Feuerwehr üblich gewesen ist, hinausgegangen sein.

Was den Durchgang durch das Residenzschloß vom Alckerhose aus anlangt, so ist auch hierüber dem Magistrate nichts bekannt geworden. Da ich auch über ein etwaiges Recht der Benutzung nichts weiß, so werde ich darüber noch Ermittlungen anstellen.

## XX. Antrag Kalms: Weiterer Ausbau der Waterloostraße.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, eine Vorlage einzureichen betreffs Ausbaues der Waterloostraße auf der Strecke zwischen Heinrich- und Moonstraße.“

Herr Kalms (zur Begründung): Ich erwähnte schon, daß der Zustand gerade dieser Strecke der Straße kein sehr würdiger ist und es bleibt, wie ich schon bei Beratung des Punktes VIII der heutigen Tagesordnung bemerkte, zu bedauern, daß unser Gesundheitsausschuß den Zustand noch nicht bemerkt hat, da er sich doch sonst bei jeder Gelegenheit ins Mittel wirft. Nicht nur, daß aller mögliche Unrat dort abgelagert wird, sondern auch die Lage der angrenzenden Straßen erfordert einen baldigen Ausbau dieses Straßenteiles. Ich kann nicht annehmen, daß der Magistrat den Ausbau, weil er daran selbst wegen der dort liegenden Schule beteiligt ist, hinauszuschieben sucht. Die Anlieger sollen auch bereits mehrmals einen Antrag auf Ausbau der Straße gestellt haben, jedoch ohne Erfolg.

Vorsitzender: Ich überweise den Antrag der Baukommission zur Vorberatung.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer (zur Geschäftsordnung): Die Frage, ob der Straßenteil ausgebaut werden soll, hat gestern abend die Baukommission eine Stunde lang beschäftigt, sie hat darüber heute referiert und die Versammlung hat beschlossen, ihrem Antrage auf Nichtausbau Folge zu geben. Nun kann doch die Sache nicht sofort von neuem der Baukommission überwiesen werden? Ich möchte vielmehr anheimgeben, über den Antrag Kalms hier sofort zu verhandeln, damit wir uns darüber schlüssig machen können, ob wir den Fußweg herrichten und zur Beseitigung des unleidlichen Zustandes des südlichen Straßenteils Bockasche anfahren lassen sollen. Das können wir nicht tun, wenn die Frage wegen Instandsetzung der Straße neu verhandelt werden soll.

Die Sache erledigt sich meiner Ansicht nach auf höchst einfache Weise. Die Straßenstrecke zwischen Moon- und Heinrichstraße auszubauen, lehnt der Magistrat rundweg ab und zwar aus folgendem einfachen Grunde: Wenn wir für eine

Straße wie die Waterloostraße, die eine Verbindung zwischen Koon- und Karlstraße bilden soll, ein Haus für 60 000 M ankaufen und wollen diese Kosten auf die Straße repartieren, so läßt sich das zwar machen, wenn wir die Straße mehrere hundert Meter lang ausbauen, nicht aber, wenn nur ein kleines Stück davon ausgebaut wird, denn wenn wir so vorgehen, wie Herr Kalms das wünscht, dann kommen wir nur den betreffenden Bauunternehmern sehr entgegen, indem wir die vorteilhafteste Strecke ausbauen und die teure Strecke liegen lassen. Darauf geht der Magistrat nicht ein. Es ist noch so viel aufgeschlossenes Bauland vorhanden und es stehen noch so viele Wohnungen leer, daß wir uns nicht für berechtigt halten, den Ausbau von Unternehmerstraßen noch weiter zu fördern. Wenn sich außerdem das Bahnhofprojekt so weiter ausgestalten sollte, wie wir vorgeschlagen haben, so muß die Baulust in anderen Stadtteilen vorläufig ruhen. Ein triftiger Grund, eine fahrbare Straße zwischen Koon- und Karlstraße herzurichten, liegt auch gar nicht vor. Wir haben anerkannt, daß es im Interesse der Schulkinder und der den Gottesdienst in der Paulikirche besuchenden Anwohner der Karlstraße zc. wünschenswert erscheint, dort einen Fußweg herzurichten, was auch geschehen kann; ich möchte deshalb bitten, die Sache nicht wieder aufzuhalten, damit wir die Straße so instand setzen können, daß den berechtigten Wünschen der Anlieger Rechnung getragen wird.

Herr Lübke: Ich möchte auch bitten, den Antrag sofort zu beraten.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

Herr Koch: Die Mitglieder des Vorstandes der Paulikirche sind vorstellig geworden, von der Göttingstraße, Karlstraße zc. einen näheren Weg zur Kirche zu schaffen, auch wäre es angezeigt, den Schulkindern nach der Heinrich- und Comeniusstraße den Weg möglichst abzukürzen. Die Wünsche beider Teile werden aber durch Anlegung eines Fußweges erfüllt.

Herr Kalms: Ich bin wohl mißverstanden worden, denn ich habe nur den Teil der Waterloostraße von der Heinrich- bis zur Koonstraße gemeint. (Widerspruch.) Wenn der Herr Oberbürgermeister meinte, daß an dieser Strecke viele Bauunternehmer wohnten, so scheint mir das nicht richtig zu sein, da der Hauptteil von der Schule begrenzt wird.

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Dann muß sich Herr Kalms mehr in die Vorschriften des Ortsbaustatuts und die dazu ergangenen Entscheidungen vertiefen, wobei er finden wird, daß die Stadt nicht das Recht hat, eine Straße stückweise auszubauen und die Kosten hinterher auf die ganze Straße zu repartieren. Wenn wir einen Teil der Straße ausbauen, müssen auch die Kosten auf diesen Teil repartiert werden. Daraus folgt, daß wir bei dem Ausbau eines Teiles der Waterloostraße, also z. B. der von Herrn Kalms befürworteten Strecke,

dieser auch nicht einen Teil der Kosten des Vorlopfchen Hauses zur Last legen dürfen. Auf dieser Strecke sind allerdings keine Bauunternehmer, aber weiterhin befindet sich ein großer Teil des Geländes im Besitze von Bauunternehmern, die bei uns wegen des Ausbaues der Straße schon ganz energisch vorstellig geworden sind.

Herr Esdorn: Die vom Magistrate abgegebenen Erklärungen sind so einleuchtend, daß wir die Debatte hierüber wohl schließen können.

Herr Meyerhoff: Ich wollte Herrn Kalms auch ersuchen, seinen Antrag zurückzuziehen. Woran ist es gescheitert, daß die Ringstraße an der Karlstraße stecken geblieben ist? Weil die Grunderwerbskosten nicht in einen Topf geworfen werden konnten. Wir sterben jedenfalls darüber hin, bis der Ausbau der Ringstraße durchgeführt sein wird. Das stückweise Ausbauen von Straßen bringt so viele Beschwerden mit sich, daß es geradezu unmöglich ist, in der Weise vorzugehen.

Herr Kalms zieht darauf seinen Antrag zurück.

## XXI. Antrag Sander: Anlegung eines Radfahrweges in der Nebenstraße.

Zur Begründung des Antrages:

„Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, bei dem Ausbau der Nebenstraße einen Radfahrweg mit anzulegen,“  
führt Herr Sander folgendes aus: Sie wissen, wieviele Radfahrer hier sind und daß hier das Radfahren nicht nur als Sport, sondern auch als Notwendigkeit betrieben wird. Es sind hier über 30 000 Räder bei der Polizei angemeldet, und man muß dieser großen Zahl Radfahrer, wie das auch in anderen Städten geschieht, entgegenkommen. Diese Gründe, die vorhin bei Punkt II der Tagesordnung auch schon von Herrn Ahmann erörtert worden sind, zwingen uns, mit der Zeit daran zu denken, daß wir bei neuen Straßen auch Radfahrwege anzulegen haben.

Den genügend unterstützten Antrag erhält die Baukommission zur Vorberatung.

## XXII. Antrag Bunge: Verfahren bei den bevorstehenden Landtagswahlen.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei den demnächst stattfindenden Landtagswahlen den Urwählern mittels Karte mitzuteilen, unter welcher Nummer sie in der Wählerliste eingetragen sind und in welchem Urwahlbezirke sie ihr Wahlrecht ausüben haben.“

Herr Bunge (zur Begründung): Zu den Reichstags-, Landtags- und Stadtverordnetenwahlen werden die Wählerlisten auf dem Rathause ausgelegt, damit jeder Wähler sich überzeugen kann, ob er eingetragen ist. Dabei hat sich gezeigt, daß der für die Listen zur Verfügung gestellte Raum recht beengt ist und daß auch nicht so viele Beamte zur Verfügung gestellt werden konnten, als wünschenswert gewesen wäre. Die Folge davon war, daß eine ganze Reihe von Geschäftsleuten und Arbeitern lange Zeit warten mußten, ehe sie abgefertigt werden konnten. Man hat das von mir beantragte Verfahren in anderen Städten wie Berlin, Dresden u. bereits eingeführt und es hat sich dort bewährt. Auch für die Wahlvorsteher würde es von Vorteil sein, wenn jeder Wähler wüßte, in welchem Bezirke er zu wählen hätte. Es würden dann die vielen Fragen nicht mehr stattfinden und die Wahlvorsteher würden entlastet. Ich bitte, den Antrag anzunehmen, damit bei der nächsten Landtagswahl eine Probe gemacht werden könnte.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Statutenkommission zur Vorberatung überwiesen.

### XXIII. Anfrage Bues: Uebelstände im Marktverkehr.

Die Anfrage lautet:

„Sind dem Magistrate die Uebelstände im Marktverkehr auf dem Altstadtmarkte und in der Markthalle, die durch die Nichtbeachtung der Marktordnung hervorgerufen werden, bekannt, und ist er bereit, Abhilfe zu schaffen?“

Herr Bues (zur Begründung): Wir haben seinerzeit beschlossen, daß auf unseren Märkten alles, mit Ausnahme der Eier, nach Gewicht verkauft werden sollte. Diese Bestimmung der Marktordnung ist aber noch niemals gehandhabt worden, und es wird lebhaft darüber geklagt, daß die Marktfrauen nicht dazu zu bringen sind, nach Gewicht zu verkaufen. Ich habe mich selbst davon überzeugt und habe die Frauen gefragt, weshalb sie nicht nach Gewicht verkauften, habe aber ein schönes Aufgebot erhalten. (Heiterkeit.) „Wie kommt de Herre datau, tau fragen, wat de Zentner kostet, segg ehme mal bescheid, dat bruket wi nich tau maken.“ So und noch schärfer lauteten die Antworten, die ich erhielt. (Heiterkeit.) Als der Marktmeister den Frauen sagte, sie wären verpflichtet, nach Gewicht zu verkaufen, wurde er ebenso aufgeboten, worauf er ihnen sagte, daß er Anzeige machen würde. Grüne Bietzbohnen, Kartoffeln u. dgl. werden nach „Loch“ und „Wierfaß“ verkauft, die Leute haben gar keine Gewichte bei sich. Nicht zum wenigsten leiden darunter die Besucher der Markthalle. Der Mangel soll an der Polizei liegen, aber wir haben doch die Vorschriften festgesetzt und die Polizei hat nur die Ausführung zu überwachen.

Herr Stadtrat Wagner: Ueber diese Mißstände ist mir nichts bekannt. Obgleich es nach den Ausführungen des Herrn Bues ziemlich gefährlich ist, mit den Damen der Halle über ihre geschäftlichen Verhältnisse in Verbindung zu treten, so wird die Sache doch untersucht und wenn nötig energisch dagegen eingeschritten werden.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 6<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr.

1907/1908.Nr. 7.

# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 24. Oktober 1907.



### Tagesordnung:

|                                                                                     |           |
|-------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| I. Antrag Esborn: Uebernahme der Eisbahnen . . . . .                                | Seite 234 |
| II. Statutenentwurf über den Schlachthausbetrieb etc. . . . .                       | " 235     |
| III. Verwendung der Aufkünfte aus der Umjahtsteuer. . . . .                         | " 240     |
| IV. Antrag Sander: Anlegung eines Radfahrweges an der Nebenstraße . . . . .         | " 252     |
| V. Antrag Bunge: Benachrichtigung der Wähler bei den Landtagswahlen . . . . .       | " 254     |
| VI. Aufhebung des Magistratsweges etc. . . . .                                      | " 256     |
| VII. Ankauf von Flächen zur verlängerten Waterloostraße . . . . .                   | " 256     |
| VIII. Erweiterung der Lieferungsbedingungen für das elektrische Lichtwerk . . . . . | " 257     |
| IX. Bericht über die Tätigkeit der Schulärzte. . . . .                              | " 258     |
| X. Erlass von Bürgerrechtsgebühren . . . . .                                        | " 264     |
| XI. Klageerhebung . . . . .                                                         | " 265     |
| XII. Aenderung des Ortsbauplanes am Bohlwege . . . . .                              | " 266     |
| XIII. Aenderung des Bauprojektes der Gasanstalt an der Taubenstraße . . . . .       | " 266     |
| XIV. Anfrage Jasper: Disziplinarverfahren gegen den Lehrer Eiche . . . . .          | " 267     |
| XV. Anfrage Kalm: Statut zur Regelung des Teppichtlopiens . . . . .                 | " 268     |
| XVI. Antrag Kalm: Errichtung eines Viehhofes beim Schlachthause . . . . .           | " 268     |



Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte Heymann, von Frankenberg, Seele, Wagner und Lord.

Entschuldigt die Herren Buchler, Göcke, Löhnesinke und Lübke; später erscheinen die Herren Jasper, Frühling und Weichsel.

Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt, eröffnet die Sitzung mit folgender Ansprache:

„Wieder haben wir, bevor wir in die Arbeit treten, die traurige Ehrenpflicht, uns eines Mitarbeiters zu erinnern, der vor einigen Wochen für immer von uns gegangen ist. Der Stadtrat, Professor Dr. Rudolf Blasius, von dem noch vor einem Jahre jeder glaubte, er würde noch mehrere Jahrzehnte schaffen können, ist verstorben. Seine Verdienste um die Gesundheitspflege unserer Stadt sind uns allen bekannt, und wenn man auch zu sagen pflegt, daß jeder Mensch zu ersetzen sei, so dünkt es mich in diesem Falle recht schwer zu sein. Wir aber wollen das Andenken des Verstorbenen allezeit in Ehren halten. Zum Zeichen dieses Willens bitte ich die geehrten Herren, sich von den Sätzen zu erheben.“ (Geschieht.)

Sodann gibt der Herr Vorsitzende folgende Eingänge bekannt:

1. Der Lehrer L. Esche beklagt sich in einem Schreiben, daß nach dem Berichte über die Sitzung vom 1. November 1906 der Referent der Schulkommission, der damalige Stadtverordnete Nolte, eine Stelle in dem Briefe des Herrn Esche unrichtig zitiert und dadurch den Sinn entstellt habe. In dem Briefe stehe: „In Braunschweig verwahrlosen Kinder in den Schulen,“ während zitiert worden sei: „In Braunschweig verwahrlosen die Kinder in den Schulen.“ (Seite 201 des Berichtes.)

Da Herr Esche großen Wert darauf legt, diesen Unterschied protokollarisch festgelegt zu sehen, so möchte ich das damit getan haben, indem ich gleichzeitig bestätige, daß in dem Briefe das Wort „die“ fehlt.

2. Eine Eingabe des Vorstandes des Braunschweiger Lehrervereins, in der um eine Revision der Lehrergehälter gebeten wird. Eine ähnliche Eingabe ist schon vor längerer Zeit an den Magistrat und an uns gerichtet, jedoch vom Magistrate abgelehnt worden. Wir konnten damals auf die Eingabe nicht eingehen, weil sie gleichzeitig auch dem Magistrate vorgelegt war, jedoch können wir uns mit der neuen Eingabe, die nur an uns gerichtet ist, befassen; ich überweise sie daher der Finanzkommission zur Vorberatung.

Nunmehr treten wir in die Tagesordnung ein.

### I. Antrag Esdorn: Uebernahme der Eisbahnen.

Ueber den in der Sitzung vom 7. Februar 1907 — Seite 344 des Berichtes — gestellten Antrag: Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen,

die bisher an den Eisbahnverein verpachteten Eisbahnen möglichst bald in eigene Verwaltung zu übernehmen, berichtet namens der Finanzkommission Herr Fiedel: Der Herr Antragsteller hat den Antrag zurückgezogen, nachdem er sich davon überzeugt hatte, daß die Schwierigkeiten, die mit der Uebernahme der Verwaltung der Eisbahnen auf die Stadt verbunden wären, so groß sein würden, daß die Verwaltung besser in den Händen des Vereins verbleibt.

Bei dieser Gelegenheit ist auch zur Sprache gekommen, ob es nicht möglich sein würde, für die Schüler der hiesigen Bürgerschulen eine besondere geeignete Eisbahn zu schaffen, auf der die Schüler einen erheblich geringeren Satz für die Benutzung zu zahlen haben würden. Diese Frage wird in der Kommission noch weiter erörtert werden, weshalb ich bitte, darauf heute noch nicht näher einzugehen.

## II. Statutenentwurf über den Schlachthausbetrieb etc.

Vorsitzender: Der Statutenentwurf ist jedem Mitgliede der Versammlung zugegangen, so daß eine Verlesung der einzelnen Paragraphen nicht erforderlich erscheint. Wir dürfen wohl so verfahren, daß der Herr Referent der Statutenkommission die einzelnen Paragraphen durchgeht und sie als angenommen gelten, wenn sich niemand zum Worte meldet. (Zustimmung.)

Herr Voge als Berichterstatter der Statutenkommission: Durch das Reichsgesetz, betreffend die Schlachtvieh- und Fleischschau vom 3. Juni 1900, das Landesgesetz Nr. 51 vom 8. Dezember 1902, betreffend die Ausführung dieses Reichsgesetzes und durch verschiedene vom Bundesrat und vom Herzoglichen Staatsministerium erlassene Ausführungsvorschriften ist eine durchgreifende Umgestaltung der hier bisher maßgebend gewesenen statutarischen Bestimmungen über die Verwaltung und Benutzung des öffentlichen Schlachthauses, sowie über die Untersuchung des von außen her in die Stadt gebrachten Fleisches notwendig geworden. Bei der Vorbereitung des neuen Entwurfs sind nach der Mitteilung des Magistrates die seit dem Bestehen des Schlachthauses gesammelten Erfahrungen verwertet worden, wobei vom Magistrate für zweckmäßig gehalten wird, eine Reihe von Einzelheiten des Schlachthausbetriebes auch in Zukunft der Regelung durch den Schlachthausausschuß zu überlassen. Ich gehe nunmehr zur Besprechung des Entwurfs selbst über.

Zu den §§ 1 und 2 sind kommissionsseitig Änderungen nicht in Vorschlag zu bringen.

Herr Tolle: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, weshalb man das Statut Nr. 31 vom 6. November 1879 derartig geändert hat, daß im § 2 dem Schlachthausdirektor jetzt beschließende Stimme beigelegt werden soll, während den beiden Schlachtermestern nach wie vor nur beratende Stimme zuerkannt wird. Die Schlachtermester haben sich hierüber wiederholt beklagt.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Wir haben geglaubt, bei der Aufstellung des Entwurfs den veränderten Verhältnissen Rechnung tragen zu müssen. Diese Verhältnisse haben sich mehr und mehr dahin verschoben, daß zur Ausübung des Amtes eines Schlachthausdirektors tierärztliche Kenntnisse in hohem Maße erwünscht sind; es ist sogar die Frage geprüft worden, ob wir nicht so weit gehen wollten, zu verlangen, daß der Direktor ein approbierter Tierarzt sein muß. So weit sind wir indessen nicht gegangen, jedoch haben wir geglaubt, der gesammelten Erfahrung Rechnung zu tragen und ihm wenigstens beschließende Stimme einzuräumen. Darin liegt kein Grund für die Herren der Schlachterinnung, unzufrieden zu sein, einmal weil es außerordentlich selten gewesen ist, daß innerhalb der Deputation eine förmliche Abstimmung stattgefunden hat und außerdem, weil sich unter den in die Deputation zu wählenden vier Bürgern ein oder mehrere Schlachtermeister befinden können. Ich glaube daher nicht, daß die von Herrn Tolle erwähnten Bedenken durchschlagen.

Herr Kalms: Bei dem Durchlesen des Entwurfs bin ich zu der Ueberzeugung gekommen, daß es notwendig ist, den beiden Schlachtermestern nicht nur beratendes, sondern auch beschließendes Stimmrecht zu geben. Es kommen bei den Beratungen so viele, die Schlachtermeister selbst angehende Sachen vor, daß man den Herren insofern eine Genugthuung bieten muß, als man ihnen das Stimmrecht verleiht. Die übrigen Mitglieder der Deputation sind mit den zur Beratung kommenden Sachen lange nicht so vertraut, wie gerade diese beiden Herren und trotzdem sollen sie nur beratende Stimme haben. Jedenfalls ist es eine eigentümliche Sache, solchen fachverständigen Mitgliedern das Stimmrecht vorzuenthalten; ich möchte daher beantragen, ihnen dieses Recht beizulegen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich will darauf hinweisen, daß die von Herrn Kalms erstrebte Regelung des Stimmrechts für die Herren Stadtverordneten insofern etwas gegen sich hätte, als von ihnen nur vier Mitglieder in den Ausschuß gewählt werden, während ihnen ein Magistratsmitglied, der Stadtphysikus, der Schlachthausdirektor und die beiden Schlachtermeister, zusammen also fünf Personen, gegenüberstehen würden. Da sich annehmen läßt, daß die beiden Beamten es vielleicht mehr mit dem Magistrate, als mit den Bürgern halten würden, so liegt darin eine Schwächung der den Bürgern zustehenden Stimmen. Der Hauptgrund ist aber folgender: So willkommen uns auch der fachverständige Beirat der Schlachtermeister mit beratender Stimme ist, für so bedenklich würde ich es halten, ihnen eine beschließende Stimme zu geben, weil die Besorgnis nahe liegt, daß sich die Herren bei ihrer Abstimmung von einem einseitigen Interessenstandpunkte leiten lassen und nicht vom Gemeinwohle der Stadt. Ich schätze deren Rat sehr hoch und will ihnen nicht zu nahe treten, sie können aber als Menschen nicht aus ihrer Haut heraus und werden sich stets bemühen, in erster Linie die

Interessen ihres Standes wahrzunehmen. Ich bitte deshalb, es bei der bisherigen Fassung zu belassen.

Herr Kalms: Man muß, so gut man den Wünschen der einen Seite Rechnung trägt, auch der anderen Seite gerecht werden. Wenn Herr Stadtrat von Frankenberg meint, daß die Schlachter einseitige Interessen bei ihrer Abstimmung vertreten würden, so muß ich das zurückweisen. Außerdem würden uns die beiden Herren nicht majorisieren können, weil ihnen vier Vertreter der Bürgerschaft gegenüberstehen und wir auch noch einen Bürger mehr in den Ausschuß wählen könnten. Sofern Herr Stadtrat von Frankenberg durch die Abstimmung eine Schädigung der gesundheitlichen Einrichtungen des Schlachthauses befürchten sollte, so bleibt dabei zu berücksichtigen, daß dem Ausschusse ständig mindestens zwei Aerzte angehören. Man weiß also wirklich nicht, ob die Interessen der verschiedenen Berufsstände so weit auseinandergehen, daß man den Schlachtern eine Stimme nicht geben darf. Die Schlachter bringen die Kosten des Schlachthauses allein auf (Widerspruch), man muß ihnen deshalb nicht nur Sitz sondern auch Stimme im Ausschusse einräumen; ich bitte nochmals um Annahme meines Antrages.

Herr Koch: In den verschiedenen Jahren meiner Mitgliedschaft in der Deputation sind wir bei jeder Gelegenheit den Wünschen der Schlachtermeister gern entgegengekommen, und niemals haben die beiden Meister während dieser Zeit beantragt, ihnen das Stimmrecht beizulegen, sie haben sich vielmehr in dem bisherigen Verhältnis stets wohl gefühlt. Wenn ihnen das Stimmrecht so notwendig erschienen wäre, wie es die Herren Tolle und Kalms behaupten, so hätten sie den Wunsch wohl einmal in der Deputation geäußert.

Herr Voge: Die Bedenken des Herrn Kalms sind bereits in der Kommission erörtert, jedoch nach eingehender Beratung abgelehnt worden.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag Kalms gegen drei Stimmen abgelehnt und der Vorschlag der Kommission angenommen.

Zu den §§ 3, 4 und 5 werden Bemerkungen nicht gemacht.

Zum § 6 führt Herr Voge aus: Im § 6 wird auf den § 17 hingewiesen, weshalb ich auf dessen Inhalt gleich hier verweisen möchte. Um das Mißverständnis zu beseitigen, das durch den § 17 insofern hervorgerufen werden könnte, als angenommen werden kann, der Magistrat sei in der Lage, ohne weiteres zu bestimmen, daß nur noch Lohnschlachter zugelassen würden, während die Absicht der Bestimmung dahin geht, die Lohnschlachter nur in den Fällen zuzulassen, wo ungeeignete Personen eine Schlachtung vornehmen, so schlägt die Kommission hier eine Aenderung vor. Es kann z. B. der Fall vorliegen, daß ein kleinerer Schlachter nur einen Gefellen und einen Lehrling hat, die ein Stück Großvieh nicht schlachten können und ihm daher gesagt werden muß, daß er einen Lohnschlachter zu nehmen habe. Durch die Bestimmung in den §§ 6 und 17 ist auch dem Mißstande vorgebeugt,

daß jeder das Schlachthaus mit der Begründung betreten kann, er wolle als Lohnschlachter tätig sein. Es ist außerdem auch häufig vorgekommen, daß Lohnschlachter sich nicht an die vorgeschriebenen Sätze gehalten, sondern in Notfällen erklärt haben, nur für höhere Sätze schlachten zu wollen. Der Entwurf macht es möglich, diesen Leuten das Gewerbe im Schlachthause zu unterlagen. Es wird deshalb beantragt, den zweiten Satz des § 6 folgendermaßen zu fassen:

„Personen, welche das Schlachten auf fremde Rechnung gewerbsmäßig betreiben (Lohnschlachter) und deren Gehilfen haben nur Zutritt, so lange ihnen vom Schlachthausausschuß die Befugnis zum Schlachten übertragen ist.“

Im § 17 würde dann der dritte Satz: „Der Schlachthausausschuß hat das Recht, . . . . . — gebunden sind,“ fortfallen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Die von dem Herrn Referenten vorgeschlagene anderweite Fassung des § 6 entspricht einem Uebereinkommen, das im Anschluß an die Sitzung der Statutenkommission von dem Herrn Berichterstatter und mir getroffen wurde. Dabei ist ihm ein kleiner Irrtum begegnet. Wenn gesagt werden soll: „Personen, welche das Schlachten auf fremde Rechnung gewerbsmäßig betreiben,“ so begreift diese Fassung das ganze Schlachtereigewerbe in sich. Mir ist dabei das wichtigste die Ausführung des Schlachtens oder das Töten des Schlachtviehes, was man handwerkemäßig zu nennen pflegt. Ich würde deshalb vorschlagen, im § 6 zu sagen:

„Personen, welche die Ausführung des Schlachtens auf fremde Rechnung . . . . . — übertragen ist.“

Der § 6 wird mit dieser Aenderung gutgeheißen.

Zu den §§ 7 bis 16 findet sich nichts zu erinnern.

Zum § 17: Herr Boge: Ich möchte zunächst bitten, den dritten Satz — wie schon vorhin erwähnt — fortzulassen. Inzwischen ist dann noch ein Landesgesetz vom 9. August 1907 erschienen, in dem besonders bestimmt wird, wie beim Schlachten verfahren werden soll. Es kommen bei dem Gesetze hier hauptsächlich die §§ 1, 4 und 5 in Frage. In diesen Paragraphen ist genügend bestimmt, was auch im § 17 hinsichtlich der Betäubung der Tiere und des Schächtens gesagt worden ist. Es wird daher weiter empfohlen, in dem zweiten Satze des § 17 die Worte „und das Betäuben des Tieres vor der Schlachtung“ zu streichen, sowie den letzten Absatz des § 17 wie folgt zu fassen:

„Das für Israeliten bestimmte Schlachtvieh darf nach israelitischer Regel geschlachtet werden, soweit nicht landesgesetzliche Vorschriften dem entgegenstehen (vgl. Gesetz vom 9. August 1907).“

Herr Tolle: Wäre es nicht möglich, den ersten Satz: „Das Schlachten muß auf möglichst schnelle und schmerzlose Weise erfolgen,“ etwas anders zu fassen?

Es klingt fast so, als ob die Schlachter Schmerzen beim Schlachten empfinden. (Heiterkeit.)

Herr Sander: Nach dem Vorschlage der Kommission würde im § 17 auch die Bestimmung wegfallen, daß die Lohnschlachter an die Innehaltung der von dem Ausschusse vorgeschriebenen Vergütungssätze gebunden sind; ich lege aber großen Wert darauf, daß diese Bestimmung in das Statut hineinkommt.

Herr Voge: Die Kommission glaubt genügend vorgesorgt zu haben, wenn im § 6 gesagt worden ist, daß die Lohnschlachter und deren Gehilfen nur Zutritt zum Schlachthaus haben, so lange ihnen vom Schlachthausausschuß die Befugnis zum Schlachten übertragen ist. Hiernach kann einem Lohnschlachter diese Befugnis entzogen werden, wenn er die Vergütungssätze nicht innehält.

Herr Sander: Meines Wissens bestehen überhaupt keine Vergütungssätze und auch in dem vorliegenden Entwurfe sind solche nicht vorgesehen. Um dem Mangel abzuhelpen, lege ich Wert darauf, daß die Bestimmung in das Statut aufgenommen wird. Wenn der Ausschuß auch das Recht hat, einem Lohnschlachter, der sich den Anforderungen des Statuts nicht fügt, das Grundstück zu verbieten, so hat damit der Direktor noch nicht das Recht, in die geforderten Sätze einzugreifen, wenn keine festen Sätze bestehen. Er muß also ruhig zusehen, wenn ein Lohnschlachter die Notlage eines Schlachters ausnützt und das Dreifache der üblichen Sätze fordert.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Herr Sander meint es gut, indem er die Willkür seitens der Lohnschlachter verhindern will, aber das wollen wir alle, und das erreichen wir auch durch den Vorschlag der Kommission. Der Schlachthausausschuß läßt die Lohnschlachter und zwar widerruflich zu unter der Voraussetzung, daß sie sich den erlassenen Anordnungen fügen; wenn sie das nicht tun, so ist ihres Bleibens nicht länger. Sie würden also keine größere Torheit begehen können, als wenn sie den vom Schlachthausausschuß festzusetzenden Vergütungssätzen zuwider handeln wollten. Würden wir jetzt nach dem Wunsche des Herrn Sander die Vergütungssätze der Festsetzung im Statut unterwerfen, so könnte doch immer noch ein Lohnschlachter im Falle der Not die Notlage eines Viehbesizers ausbeuten und dieser der Forderung zustimmen müssen. Das würden wir damit nicht verhindern, wohl aber erreichen wir auf das allersicherste eine Befolgung unserer Vorschriften dadurch, daß der Schlachthausausschuß, sobald irgendwie Bedenken gegen eine solche Persönlichkeit vorliegen, ihr den Zutritt und den Geschäftsbetrieb untersagt. Eine wirksamere Waffe kann man sich wohl nicht wünschen.

Was die Anregung des Herrn Tolle betrifft, so kann der Wortlaut doch wohl beibehalten werden; für aufmerksame Leser — und das sind wir alle — dürfte ein Irrtum ausgeschlossen sein.

Herr Meyerhoff: Dem Wunsche des Herrn Tolle könnte durch folgende Fassung entsprochen werden:

„Das Töten des Schlachtviehes muß auf möglichst schnelle und schmerzlose Weise erfolgen.“

Ich stelle einen entsprechenden Antrag.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich habe gegen diese Fassung keine Bedenken. Die eine Fassung ist so gut wie die andere.

Der § 17 wird darauf in folgender Fassung angenommen:

„Das Töten des Schlachtviehes muß auf möglichst schnelle und schmerzlose Weise erfolgen. Dem Stadtmagistrate steht das Recht zu, im Einverständnis mit Herzoglicher Polizeidirektion bestimmte Tötungsmittel vorzuschreiben.“

Das für Israeliten bestimmte Schlachtvieh darf nach israelitischer Regel geschlachtet werden, soweit nicht landesgesetzliche Vorschriften dem entgegenstehen (vergl. Gesetz vom 9. August 1907).“

An die §§ 18 bis 22 knüpfen sich keine Erörterungen.

Zum § 23: Herr Voge: Ich hatte in der Kommission angeregt, den § 23 wie folgt zu fassen: „Die Abgabe von Blut oder von Abfällen aller Art an Nichtschlächter ist im Schlachthause nur mit Erlaubnis des Direktors gestattet.“ Es wurde mir aber darauf erwidert, daß das selbstverständlich sei. Ein Antrag knüpft sich nicht daran.

Herr Kalms: Ich möchte beantragen, die Worte „an Nichtschlächter“ dem § 23 zuzufügen, weil sonst auch bei der Abgabe von Blut u. an andere Schlächter jedesmal die Genehmigung des Direktors eingeholt werden muß.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Wenn ein solcher Zusatz beabsichtigt wird, so bitte ich zu sagen „an fremde Personen“, da unter Nichtschlächtern auch die Lohnschlächter verstanden werden können.

Der § 23 wird mit dem Zusatz „an fremde Personen“ gutgeheißen.

Herr Voge: Die Kommission schlägt vor, im letzten Satze des § 24 vor „Hunde“ das Wort „fremde“ einzuschalten, also den Satz zu fassen: „Auf demselben dürfen Schlachtthiere und fremde Hunde nicht frei herumlaufen“. Der Zusatz ist erforderlich, weil das Schlachthaus sich selbst Hunde hält wegen der großen Rattenplage und diese naturgemäß frei umherlaufen müssen.

Die §§ 25 bis 45 werden ohne Besprechung gutgeheißen, womit der ganze Entwurf als genehmigt gilt.

### III. Verwendung der Aufkünfte aus der Umsatzsteuer.

Der Bestand der Umsatzsteuerkasse betrug am 30. Juni 1907 = 123 194 M 65  $\text{S}$ , einschließlich einer in Höhe von 20 000 M zu 4 % ausgeliehenen Hypothek. Inzwischen

sind für das laufende Rechnungsjahr an Umsatzsteuer ausgeschrieben . 73 524,00 M.  
 Hiervon ist ein Drittel an den Staat abzuführen mit . . . . . 24 508,00 „  
 so daß an Einnahme bleiben . . . . . 49 016,00 M.

Der Bestand würde daher am Schlusse des gegenwärtigen Rechnungsjahres  
 123 194,65 M + 49 016,00 M = 172 210,65 M betragen und durch die Zinsen von  
 obigen 20 000 M für drei Vierteljahre (600 M) sich auf 172 810,65 M erhöhen.

Hiervon sind indes an Ausgaben, zu denen die Versammlung bereits zuge-  
 stimmt hat, folgende Posten abzusetzen:

1. an die Handwerkskammer, Zuschuß für das Handwerkerlehrlings-  
 heim vom 1. Juli 1907 bis 31. März 1908 . . . . . 2100 M
  2. an die Handelskammer, Zuschuß für die kaufmännische Fort-  
 bildungsschule . . . . . 3000 „
  3. an den Verkehrsverein für das Plakat-Preis ausschreiben . . . 1000 „
- zusammen . . . 6100 M.

Verfügbar würden daher bis zum Schlusse des Rechnungsjahres bleiben  
 166 710,65 M.

Um festzustellen, welche Wünsche die Vorstände der Handwerks- und der  
 Handelskammer wegen der Verwendung fernerer Mittel aus der Umsatzsteuer zur  
 Förderung des Handwerks und des Kleinhandels hegen, hat der Magistrat sich an  
 diese Körperschaften mit dem Ersuchen um Äußerung gewendet.

A. Es ist uns darauf von dem Vorstände der Handwerkskammer mitgeteilt,  
 daß das im Juni v. J. mit einem Bestande von 61 Lehrlingen eröffnete Hand-  
 werkerlehrlingsheim durch die seit Ostern d. J. hinzugekommenen Teilnehmer  
 annähernd die doppelte Zahl von Besuchern aufzuweisen habe, und daß die dafür  
 bisher bestimmten Räume des sogenannten Huneborstel'schen Hauses am Burgplatze  
 nicht mehr zu diesem Zwecke ausreichten. Es sei außerdem für die Abhaltung von  
 Gesellen- und Meisterprüfungen, für Ausstellungen, Sammlungen von Lehrmitteln,  
 Vorträge, Meisterkurse und andere Veranstaltungen zur Weiterbildung des Hand-  
 werkerstandes dringend erwünscht, im Anschluß an die Geschäftsstelle der Hand-  
 werkskammer ein Gebäude zu besitzen, das zu derartigen Zwecken verfügbar gehalten  
 werden könne. Der hinter dem Huneborstel'schen Hause gelegene Garten biete zur  
 Aufführung eines solchen Bauwerks hinreichenden Platz; es werde deshalb gebeten,  
 aus den Mitteln der Umsatzsteuer zu den auf 50- bis 60 000 M veranschlagten  
 Baukosten einen namhaften Zuschuß zu leisten. Auch Herzogliches Staatsmini-  
 sterium sei bereit, das Unternehmen zu fördern, wenn ein fester Plan vorliege und  
 die Billigung und Unterstützung der städtischen Behörden finde, und habe am  
 27. Mai 1907 sich grundsätzlich geneigt erklärt, unter dieser Voraussetzung eine  
 namhafte Beihilfe zu den Baukosten des Lehrlingsheims zu gewähren.



Die städtische Bauverwaltung empfiehlt, dem Antrage des Vorstandes der Handwerkskammer in der Weise zu entsprechen, daß die Herstellung des Bauwerks durch die städtische Bauverwaltung bewirkt werde. Das Eingehen auf diesen Vorschlag bietet neben der Fürsorge für die Fortbildung des Handwerkerstandes zu gleicher Zeit die willkommene Möglichkeit, die architektonisch bedeutsamen Teile des aus dem Beginn des 16. Jahrhunderts stammenden, inzwischen wegen des Neubaus der Firma Gustav Schuchhard abgebrochenen Fachwerksgebäudes Nr. 8 und 9 im Saal an einer geeigneten Stelle wieder zu verwenden. Die in Frage kommenden Fachwerksteile jenes alten Bauwerks sind von dem hiesigen Ausschuss für Denkmalspflege, der dazu einen städtischen Zuschuß von 200 M erhalten hatte, für 800 M angekauft, sorgsam abgetragen und auf dem städtischen Vorrats Hofe einstweilen an geschützter Stelle in Obhut genommen.

Für die südliche Außenseite des aufzuführenden Lehrlingsheims sind dadurch mit Ausnahme von zwei Fächern und einer Dachluke sämtliche Holzteile vorhanden. Daß die Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums zu der Verwendung des Fachwerksbaus und zu den übrigen Abweichungen von den Vorschriften des Ortsbaustatuts und der Bauordnung (fehlende Durchfahrt zum zweiten Lichthofe usw.) erteilt werden wird, läßt sich im Hinblick auf den kunstgeschichtlichen Wert des Bauwerks und auf den Zweck der Verwendung erhoffen.

Die zu bebauende Grundfläche würde 265 qm betragen; außer einem im Erdgeschoß befindlichen 6 m hohen großen Saal für das Lehrlingsheim und einem kleineren Saal im ersten Obergeschoße sind 6 Zimmer in Aussicht genommen. Der Hof zwischen dem Vorder- und dem Hintergebäude soll eine durchschnittliche Breite von 14 m haben; hinter dem neuen Bauwerke ist ein zweiter Hof geplant, der mit dem Nachbarhofe des „Deutschen Hauses“ zusammen als Lichtquelle dient.

Eine genaue Kostenberechnung über den Neubau ist noch nicht ausgearbeitet, weil es zunächst darauf ankommt, festzustellen, ob Geneigtheit besteht, die Mittel der Umsatzsteuer für die Bauausführung zu verwenden. Selbst wenn die bis zu 60 000 M gehende Kostenschätzung des Vorstandes der Handwerkskammer durch die Eigenart des Baus etwas überschritten werden sollte, hält es der Magistrat doch sowohl wegen der Erhaltung künstlerisch bedeutsamer Bauwerksteile, als auch wegen der Zweckbestimmung für ratsam, dem Gedanken näher zu treten, wobei vor endgültiger Beschlußfassung die Vorlegung eines eingehenden Planes nebst Kostenschlag vorbehalten bleiben muß. Die Aufbringung der Mittel würde etwa in der Weise zu erfolgen haben, daß die Stadt  $\frac{2}{3}$ , der Staat  $\frac{1}{3}$  der Baukosten übernimmt, wobei allerdings der von der Stadt dargebotene Bauplatz nicht besonders in Rechnung zu stellen ist.

Daß die Bauausführung durch die städtische Bauverwaltung erfolgt, scheint dem Magistrat unerlässlich. Mit dem Vorstande der Handwerkskammer wird

demnächst ein Mietvertrag zu schließen sein, durch den das neue Bauwerk in die jetzt nur das Vordergebäude (Hunneborstelsches Haus) betreffende Ermietung mit einbezogen wird. Von einer Erhöhung des gegenwärtig 2500 M betragenden Mietpreises glaubte der Magistrat dagegen Abstand nehmen zu sollen, weil er in der Hingabe der neuen Räume eine Erfüllung der ihm durch das Umsatzsteuergesetz gestellten Aufgabe sieht, das Handwerk nach Kräften zu fördern. Es wird deshalb vorgeschlagen, aus den Erträgen der Umsatzsteuer einen Betrag von je etwa 20 000 M im laufenden und im nächsten Rechnungsjahre, zusammen also rund 40 000 M, für die Bestreitung der Kosten des Bauwerks unter der Voraussetzung zu bestimmen, daß aus Staatsmitteln ein Zuschuß in Höhe des dritten Teils der Baukosten (ohne Anrechnung des Werts der Baufläche) zugesichert wird.

Da der bisher für die Erhaltung des Handwerkerlehrlingsheims widerruflich gewährte Jahreszuschuß von 2800 M einen Betrag von 1000 M für Lokalmiete in sich schließt, der durch die Bereitstellung des neuen Bauwerkes entbehrlich wird, so können diese 1000 M von der Benutzung des Neubaus ab in Fortfall kommen oder in anderer Weise Verwendung finden.

B. Der Vorstand der Handelskammer hat beantragt, ihm für zwei Aufgaben, die ihm zur Förderung des Kleinhandels besonders am Herzen liegen, aus der Umsatzsteuerkasse Mittel zu bewilligen.

1. Er plant die Errichtung einer Rechts- und Wirtschafts-Auskunftsstelle für den Kleinhandel, die den Zweck haben soll, zuverlässigen Rat in einfachen und in schwierigeren Fragen aus dem Rechts- und dem Wirtschaftsleben an die Inhaber von Kleinhandelsbetrieben zu erteilen, besonders über Form und Nachprüfung der Buchhaltung, über Reinertragsberechnung, Aufdeckung von Fehlern in der Betriebseinrichtung bei mangelnden Erträgen, Rat schläge beim Abschluß von Dienst-, Gesellschafts-, Mietverträgen etc. Dabei soll dem Sekretär der Stelle nach Bedarf ein aus erfahrenen Kaufleuten bestehender Beirat zur Seite stehen, und für die Auskunft in Rechtsangelegenheiten, an die nur in nicht streitigen Fällen gedacht wird, ist die Zuziehung von Rechtsanwälten beabsichtigt.

Die Kosten dieser Auskunftsstelle, die zunächst als ein Versuch geplant ist und eine in ihrer Weise neue, aber bei richtiger Handhabung zweifellos sehr nützliche Veranstaltung bilden würde, sind wegen der erstmaligen Einrichtung auf 2000 M und für den Betrieb des ersten Jahres auf 5000 M veranschlagt. Wenn der Versuch sich bewährt, wird für die folgenden beiden Jahre ebenfalls ein Zuschuß von je 5000 M erbeten werden. Erst nach Ablauf eines dreijährigen Zeitraumes wird dann auf Grund der gesammelten Erfahrungen darüber zu entscheiden sein, ob die Einrichtung dauernd beizubehalten und wie für die Zukunft die Kostendeckung zu bewirken ist.

2. Die Maßregeln, die der Vorstand der Handelskammer für die kaufmännische Ausbildung des weiblichen Geschlechts getroffen hat, sind von den städtischen Behörden schon dadurch anerkannt, daß zu der Unterhaltung der am 1. Mai v. J. eingerichteten höheren Handelslehranstalt für Damen am 25. März d. J. ein Zuschuß von 1500 M aus der Umsatzsteuerkasse bewilligt ist. Inzwischen ist die Zahl der Besucherinnen dieser einstweilen in dem Privatgebäude Bertramstraße 7 untergebrachten Anstalt bis auf 35 gestiegen, die Räume sind zu klein geworden, das Verlangen nach einem eigenen Unterrichtsgebäude, das auch für Ausbildungskurse in den einfacheren kaufmännischen Diensten benutzt werden könnte, ist immer dringender geworden und der Vorstand der Handelskammer hofft, in einer der weniger belebten Straßen in der Nähe des Gewandhauses ein Schulhaus für weibliche Handlungsbeflissene mit Aufwendung von etwa 60 000 M (einschließlich der Grunderwerbskosten) aufführen zu können. Da er mit einem Staatszuschuß von einem Drittel der Aufwendungen rechnet, so hat er gebeten, aus der Umsatzsteuerkasse ihm eine Beihilfe von 40 000 M zu bewilligen, die voraussichtlich auf dieses und das kommende Rechnungsjahr verteilt werden könnte.

Während der Magistrat zurzeit Bedenken trägt, den von anderer Seite empfohlenen Fortbildungsschulzwang für weibliche kaufmännische Handlungslehrlinge einzuführen, erblickt er in den auf freiwilliger Grundlage beruhenden Bestrebungen der Handelskammer eine Veranstaltung, die es verdient, von den städtischen Behörden fernerhin unterstützt zu werden, weil sie der Gesamtheit und besonders dem Kleinhandel zugute kommt, der vielfach auf weibliche Arbeitskräfte angewiesen ist.

C. Endlich hat sich der Verein Braunschweiger Milchhändler an den Magistrat mit der Bitte gewendet, ihm die Gründung einer Molkereigenossenschaft, deren Statuten in seiner Sitzung vom 16. Mai d. J. bereits genehmigt und dem Magistrate vorgelegt sind, durch Zuwendung eines jährlichen Zuschusses von 1500 M aus der Umsatzsteuer zu ermöglichen, weil es ihm dann gelingen werde, einerseits das erforderliche Kapital leihweise zu mäßigem Zinsfuße zu erhalten und anderseits bei einer genügend großen Anzahl kleiner Milchhändler das nötige Vertrauen zu finden. Zur Begründung hat der Verein weiter ausgeführt, daß das Kleingewerbe im Milchhandel besonders ungünstig dastehe, weil es sich die den Großbetrieben in den Molkereien zur Verfügung stehenden technischen Errungenschaften nicht zunutze machen könne (Kühlung, Verarbeitung, Mischung mit fettreicheren Sorten usw.). Der Versicherung des Vereins, daß er bestrebt sein werde, mit Hilfe der Genossenschaftsmolkerei einwandfreie Milch zu liefern, schenkt der Magistrat gern Glauben und hält die Bewilligung eines widerruflichen Jahreszuschusses für ein wirksames Mittel, um zu erreichen, daß unter fachverständiger

Ueberwachung und unter strenger Innehaltung der Vorschriften des städtischen Milchstatuts der Betrieb ins Leben gerufen und fortgeführt wird. Die Fürsorge für die Gesundheit der Einwohnerschaft vereinigt sich hierbei mit der Förderung eines wichtigen Kleinhandelszweiges, um die Gewährung der erbetenen Beihilfe gerechtfertigt erscheinen zu lassen, für die sich der gutachtlich gehörte Vorstand des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege ausgesprochen hat. Die erstmalige Auszahlung der 1500 M wird von der Eröffnung der Molkerei und von der Unterstellung des Betriebs der Molkereigenossenschaft unter die Oberaufsicht eines vom Magistrat zu bestimmenden Sachverständigen abhängig zu machen sein.

Es ist nicht zu verkennen, daß bei einem Eingehen auf die obigen Anträge die Verwirklichung des Gedankens, durch die Ansammlung von Erträgen der Umsatzsteuer einen Grundstock für die Errichtung einer gewerblichen Pflichtfortbildungsschule zu schaffen, für die nächste Zeit unmöglich gemacht wird. Da indes die Meinungen über die Art und Weise der Einführung des Besuchszwangs und des Betriebs bei einer gewerblichen Fortbildungsschule noch sehr geteilt sind, und da die Erfüllung der obigen Aufgaben ohne Frage dem Handwerk wie dem Kleinhandel der Stadt Nutzen bringen wird, so hat sich der Magistrat entschlossen, die Verwendung eines namhaften Teiles der verfügbaren Mittel aus der Umsatzsteuer dafür zu empfehlen.

Die Versammlung wird deshalb ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß aus den Erträgen der Umsatzsteuer

1. für die Aufführung eines Gebäudes des Handwerkerlehrlingsheims auf dem Hinterlande des Huneborstelschen Hauses am Burgplatz vorbehaltlich der Genehmigung des Bauplans nebst Kostenanschlag ein Betrag von je rund 20 000 M im laufenden und im kommenden Rechnungsjahre zur Verfügung gestellt wird, falls aus Staatsmitteln ein Zuschuß in Höhe des dritten Teils der Baukosten ausschließlich des Bauplatzwertes erfolgt,
2. dem Vorstande der Handelskammer
  - a) für die Schaffung einer Rechts- und Wirtschafts-Ansukunststelle für den Kleinhandel 2000 M als Einrichtungskosten und 5000 M zur Deckung der Aufwendungen im ersten Betriebsjahre, sowie
  - b) zu den Kosten der Herrichtung eines Schulgebäudes für weibliche kaufmännische Angestellte ein voraussichtlich im laufenden und im kommenden Rechnungsjahre je zur Hälfte auszufahrender Betrag von insgesamt 40 000 M zur Verfügung gestellt wird, falls der Staat eine Beihilfe von insgesamt 20 000 M für dieselbe Schule leistet,
3. dem Verein Braunschweiger Milchhändler (E. V.) zur Gründung einer Molkereigenossenschaft eine widerrufliche, bei Eröffnung der Molkerei zahlbare Beihilfe von 1500 M zunächst für ein Jahr gewährt wird,

sofern die Genossenschaft in gesundheitlicher Beziehung ihren Betrieb unter die Obergaufsicht eines vom Magistrate zu bezeichnenden Sachverständigen stellt.

Namens der Finanzkommission berichtet über die Vorlage Herr Esdorn: Im Gegensatz zu den sonstigen uns zugehenden Vorlagen, die im allgemeinen Geldmittel von uns fordern, haben wir hier, dank einer weisen Landesgesetzgebung, die Mittel zur Verfügung, mit denen wir etwas schaffen können.

Bezüglich des Punktes 1 der Magistratsanträge — Errichtung eines Handwerkerlehrlingsheims — ist die Finanzkommission der Meinung, daß die Verwendung der Aufkünfte aus der Umsatzsteuer für einen derartigen Zweck nur zu befürworten ist, weshalb die Genehmigung des Punktes empfohlen wird. Nebenbei bemerkt ist es als ein glücklicher Gedanke anzusehen, die beiden alten Fachwerkbauten aus dem Sacke (Huneborstelsches und Hassesches Haus; hier wieder neben einander zu vereinigen.

Herr Frühling: Soll das Projekt nach dieser Vorlage ohne weiteres ausgeführt werden, oder ist es nur als Vorprojekt gedacht, so daß uns das Hauptprojekt noch vorgelegt werden wird? Ich begrüße das Projekt der Erhaltung der alten Gebäudeteile mit großem Beifall, möchte aber wünschen, daß bei einem definitiven Projekte die Architektur des Unterbaues etwas mehr mit der Architektur der in den oberen Stagen wieder verwendeten alten Fachwerkbauten in Einklang gebracht würde. Unsere vorhandenen Gebäude bieten in dieser Beziehung so herrliche Vorlagen, daß es meiner Ansicht nach wohl gelingen dürfte, diesem Wunsche Rechnung zu tragen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich glaube, man kann dem Herrn Vordner vom künstlerischen Standpunkte aus für seine Anregungen nur dankbar sein, und es wird der städtischen Bauverwaltung nicht allzu schwer fallen, diese Anregungen zu berücksichtigen. Im übrigen geht der Antrag des Magistrates dahin, vorbehaltlich der Genehmigung des Bauplanes nebst Kostenanschlag einen Betrag zur Verfügung zu stellen, so daß die Versammlung noch Gelegenheit haben wird, in eine Prüfung des Bauplanes einzutreten.

Herr Rieke: Wenn wir kein Ortsbaustatut hätten, das Fachwerkbauten in hiesiger Stadt ausschließt, könnte ich mich mit dem Antrage wohl einverstanden erklären. Ich bin kein Feind von Fachwerkbauten und ziehe sie manchen massiven Bauten aus den 70. Jahren vor, aber ich meine, die Stadtverwaltung soll nicht bei jeder Gelegenheit die Vorschriften des Ortsbaustatuts außer acht lassen. In dem Statut heißt es auch, Räume, die nicht 2,9 m hoch sind, dürfen nicht ausgebaut werden, trotzdem ist das stadtsseitig bei dem Huneborstelschen Hause geschehen und wird wohl auch hier wieder geschehen sollen. Unter diesen Umständen kann ich meine Zustimmung nicht dazu geben, daß das Herzogliche Staatsministerium von

der Vorschrift Dispens erteilen soll. Während man den Bürgern gegenüber auf die Vorschriften des Ortsbaustatuts bis auf das Tipfelschen des i besteht, soll man sich auch bei den städtischen Bauten von dem gleichen Grundsatz leiten lassen.

Herr Meyerhoff: Herr Kieße hat auf dem aushängenden Bauplane wohl nicht bemerkt, daß das eine Geschloß des projektierten Gebäudes 6 m und das andere 5 m hoch werden soll. In dem früher Demmerschen Hause sind wohl einige Räume sehr niedrig, aber sie sind trotzdem sehr lustig und bequem, so daß man sich sehr wohl darin fühlt. Leute, die das Haus besichtigen, namentlich auch fremde Architekten, haben sich über die Art der Ausführung des Bauwerkes sehr gefreut und erklärt, es biete sich darin ein Bild, wie die Altvorderen gebaut haben. Bei dem projektierten Gebäude ist aber nicht zu befürchten, daß es zu niedrig wird.

Punkt 1 der Magistratsanträge wird darauf genehmigt.

Herr Esdorn: Der im Punkt 2a der Anträge zum Ausdruck kommende Gedanke der Handelskammer ist ebenfalls als ein vorzüglicher zu bezeichnen, und die Finanzkommission läßt dessen Annahme durch mich gleichfalls empfehlen.

Der Punkt 2a wird genehmigt.

Herr Esdorn: Der Punkt 2b der Anträge hat in der Kommission teilweise Widerspruch gefunden und zwar deshalb, weil ein Teil der Herren meinte, daß die Schule sich erst entwickeln sollte, ehe man anfinge, dafür ein besonderes Gebäude zu errichten. Es wurde auch empfohlen, eine solche Schule nicht nur als höhere Handelsschule, sondern für alle weiblichen Angestellten im Handelsgewerbe einzurichten. Das ist aber auch in Aussicht genommen, denn die im jetzigen Knobbeschen Hause neu zu errichtende Schule soll für alle weiblichen Angestellten im Handelsgewerbe bestimmt sein. Namens der Kommission empfehle ich, auch diesen Punkt zu genehmigen.

Herr Fudel: Ich möchte hinzufügen, daß auch eine Schule für solche junge Mädchen in Aussicht genommen ist, die sich dem Handelsstande erst noch widmen wollen. Es ist nämlich geplant, zu nächste Ostern eine Schule ins Leben zu rufen, in der bei wöchentlich 20 Stunden in einem Jahres- oder Halbjahreskurse den jungen Mädchen die Vorkenntnisse für den Handelsstand beigebracht werden. In einer größeren Versammlung von Kaufleuten ist das Bedürfnis für eine derartige Schule anerkannt worden und die Herren haben sich uns gegenüber verpflichtet, solche junge Mädchen in erster Linie in ihr Geschäft aufzunehmen und ihnen auf die Lehrzeit, deren Einführung für das weibliche Geschlecht wir ebenfalls anstreben, die Befuchszeit der Handelshochschule anzurechnen. Sodann ist noch an eine Ausbildung solcher jungen Mädchen gedacht, die in den Geschäften nur bei untergeordneten Kontorarbeiten zc. tätig sein wollen. Auch für Verkäuferinnen und sonstige schon jetzt im Handelsgewerbe tätige junge Mädchen ist das Bedürfnis zu weiterer Ausbildung hervorgetreten, und es werden für diese zwei Kurse in Buch

führung und in englischer Sprache — für die die meisten Anmeldungen vorlagen — gegen Zahlung einer ganz geringen Entschädigung eröffnet. Ich möchte ebenfalls dringend bitten, die geforderte Summe zu bewilligen, da die Sache einen ganz anderen Untergrund erhält, wenn wir den Unterricht im eigenen Hause erteilen lassen können.

Herr Wesemeier: Es ist ja zweifellos ein guter Zweck, für den die Mittel gefordert werden, jedoch wird eine Verzettlung der Aufkünfte vorgenommen, wenn wir jetzt, wo alles auf die Einführung einer Zwangsfortbildungsschule hinwirkt, noch Mittel für die Einrichtung einer Teilschule bewilligen. Einer solchen Verzettlung kann ich nicht zustimmen. Es ist doch zweifellos, daß wir demnächst auch eine Zwangsschule für das Handelsgewerbe bekommen werden. Wird dann nicht das Geld für das hier projektierte Schulgebäude unnütz ausgegeben sein? Man wird das Gebäude nicht benutzen können, weil die einzelnen Abteilungen der kaufmännischen Fortbildungsschule zu weit auseinander liegen würden. So gut also der Zweck auch sein mag, so würde es doch besser sein, die hier geforderte Summe abzulehnen und mit der Errichtung des Schulgebäudes zu warten, bis wir einen Fonds für die Zwangsfortbildungsschule angesammelt haben, mit dem wir allen Verhältnissen gerecht werden können.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich halte diesen Einwand nicht für berechtigt. Nach meiner Ansicht ist es im hohen Grade anzuerkennen, daß sich die Handelskammer bemüht, mit einer gewissen Gleichmäßigkeit für die Aus- und Fortbildung des männlichen und des weiblichen Geschlechts im Handelsstande zu sorgen. Diese Fürsorge würde bezüglich des weiblichen Geschlechts beeinträchtigt werden, wenn man nicht darauf bedacht wäre, geeignete Unterrichtsräume dafür zu schaffen. Was die Verzettlung der Mittel anlangt, so möchte ich darauf hinweisen, daß es, nachdem die Versammlung soeben für die Handwerkskammer 40 000 M. zur Verfügung gestellt hat, nach dem Sinne, Geiste und Wortlaut des Gesetzes unbedingt erforderlich sein würde, für den Handelsstand, also auch für den Kleinhandel, in ähnlichem Umfange Mittel bereit zu stellen, sonst würde mit Recht die Aufsichtsbehörde erklären können, die städtischen Behörden hätten von den Aufkünften nicht den Gebrauch gemacht, den sie sollten. Wir dürfen nicht dem Handwerke Mittel zuwenden und den Handelsstand auf spätere Zeit vertrösten.

Außerdem ist die Lage des Grundstücks inmitten der Stadt eine hervorragend günstige, auch würde es sehr schwer durchführbar sein, die jungen Leute aus dem Handelsstande, männlichen und weiblichen Geschlechts, in derselben Schule zusammen zu unterrichten. Das ist wohl möglich, aber eine unbedingte Notwendigkeit liegt dafür nicht vor, und ich möchte sogar das Gegenteil für zweckmäßiger halten. Ferner hat die Versammlung den Weg, der heute hier beschritten werden soll, schon früher betreten, indem sie der Handelskammer für die höhere Handelslehranstalt für junge

Mädchen Mittel bewilligt hat. Es wäre jedenfalls folgerichtiger gewesen, von unten anzufangen und zwar mit der Vorbildung der jungen Mädchen, die erst in den Handelsstand eintreten wollen, und dann einen stufenweisen Fortschritt zur höheren Lehranstalt zu machen; um so notwendiger scheint es mir zu sein, die gebliebene Lücke auszufüllen und eine derartige Schule zu schaffen. Ich bitte daher um Annahme dieses Antrages.

Vorsitzender: In der Kommission ist auch die Rede davon gewesen, daß das zu schaffende Gebäude unter den gleichen Voraussetzungen wie das Gewandhaus demnächst in den Besitz der Stadt übergehen würde.

Herr Esdorn: Ursprünglich hatte ich auch den Standpunkt des Herrn Wesemeier eingenommen, indem ich es für ideal hielt, für das weibliche Personal ebenso zu sorgen, wie für das männliche; ich habe indessen meinen Widerspruch zurückgezogen, als ich einsah, daß die Zwangsfortbildungsschule doch nicht sofort zu erreichen ist. Außerdem kann das hier aufgewendete Geld doch nicht für verzettelt angesehen werden, wenn wir demnächst eine Zwangsfortbildungsschule für den Handelsstand bekommen, da die neue Schule mit dazu verwendet werden kann. Ich möchte daher bitten, den Widerspruch fallen zu lassen. Die Schule liegt außerordentlich günstig inmitten der Stadt.

Herr Südel: Fast die Hälfte der die jetzige höhere Handelslehranstalt besuchenden jungen Mädchen ist aus dem Handwerkerstande hervorgegangen, und eine weitere Anzahl der Schülerinnen besucht die Schule mit dem ausgesprochenen Wunsche, ihrem Vater oder demnächst ihrem Gatten bei seiner Tätigkeit als sachverständiger Mitarbeiter behilflich zu sein. Ich möchte sodann weiter hervorheben, daß das hier projektierte Schulgebäude zu der zukünftigen, auch von der Handelskammer geforderten Zwangsschule der Angestellten gar nicht in irgend welcher Beziehung steht, da die höhere Handelslehranstalt für junge Mädchen daneben bestehen bleiben wird, um den unzulänglichen sogenannten Schnellpressen, in denen jetzt die jungen Mädchen vorbereitet werden, wirksam entgegenzutreten. Der Erfolg dieser Anstalten ist als ein ungünstiger zu bezeichnen, und die hiesigen Anstalten sind meist derartig, daß sie viel Geld kosten und nichts erreichen.

Das jetzt für den Zweck gekaufte Haus von Knobbe ist heute der Handelskammer aufgelassen, um auf demselben Blatte des Grundbuches eingetragen zu werden, auf dem das zukünftige Handelskammergebäude eingetragen werden wird, d. h. also, daß auch dieses Gebäude unter gewissen Voraussetzungen mit in den Besitz der Stadt übergeht. Es sind demnach alle Kantelen geschaffen, um die Stadt zu sichern. Ein wesentlicher Erfolg für alle Kreise der Stadt wird darin liegen, wenn es gelingt, den Kreis der jungen Mädchen, die sich dem Handelsstande widmen, zu erweitern, und es zeigt sich schon jetzt, daß die jungen Mädchen,



die sich für die höhere Handelsschule gemeldet haben, nicht alle in Großbetrieben Unterkunft finden, so daß sie sich dem Kleinhandel zuwenden und ihm helfen.

Der Punkt 2b der Magistratsanträge findet hierauf gleichfalls die Genehmigung der Versammlung.

Zu 3. Herr Esdorn: In der Kommission wurde erwähnt, daß wir mit der Bewilligung der hier geforderten Summe eine ganz neue Bahn beschreiten würden insofern, als eine Genossenschaft Mittel aus der Umsatzsteuer erhalten würde. Persönlich muß ich sagen, daß es mir nach dem Wortlaute des Gesetzes scheint, als wenn diese Verwendung der Aufkünfte aus der Umsatzsteuer die allerpassendste wäre. Wenn wir diesen Weg einmal beschritten haben, so können wir abwarten, ob auch andere Genossenschaften Gelegenheit nehmen, Anträge auf Bewilligung von Beihilfen aus der Umsatzsteuer zu stellen, und wir würden dann diese Anträge in gleicher Weise sachlich zu prüfen haben. Der Verein Braunschweiger Milchhändler hatte sich seinerzeit schon vor dem Erscheinen des Milchstatuts unter die Kontrolle eines vereidigten Chemikers gestellt, um die Bürgschaft zu haben, eine gute Vollmilch zu liefern. Die Milchhändler haben insofern einen sehr schwierigen Stand, als ihr Handelsprodukt dem Verderben leicht ausgesetzt ist; sie können daher immer nur ein bestimmtes Quantum vom Zwischenhändler oder Produzenten abnehmen. Der Großbetrieb ist ihnen weit voraus, da er Kühleinrichtungen, Molkereien zc. besitzt, um die frische Milch schnell zu verwerten. Es kommt hinzu, daß wir durch das Milchstatut einen Mindestfettgehalt der Milch von 2,7 % vorgeschrieben haben, den nicht jede Vollmilch besitzt. Die großen und mittleren Betriebe können sich dadurch helfen, daß sie die fettreichere und fettärmere Milch — es sollen Schwankungen bis 1,5 % vorhanden sein — vermischen und dadurch eine mittlere Milch von 2,7 bis 3,0 % erhalten. Nun wollen sich die Milchhändler in Form einer Genossenschaft eine Einrichtung schaffen, die sie den Großbetrieben gegenüber konkurrenzfähig macht; sie haben dazu aber nicht genügende Mittel, und haben sich an den Magistrat mit der Bitte gewandt, ihnen die Mittel in Form eines Darlehens zu gewähren, worauf er aber nicht eingegangen ist. Jetzt wird nun magistratsseitig vorgeschlagen, dem Vereine zur Gründung einer Molkereigenossenschaft eine widerrufliche Beihilfe von 1500 M. zunächst für ein Jahr unter der Voraussetzung zu gewähren, daß die Genossenschaft in gesundheitlicher Beziehung ihren Betrieb unter die Oberaufsicht eines vom Magistrat zu bezeichnenden Sachverständigen stellt.

Nach genauer Prüfung kann ich Ihnen namens der Finanzkommission die Genehmigung auch dieses Teiles der Vorlage nur auf das wärmste empfehlen. Es handelt sich um einen Kreis kleinerer Gewerbetreibender, die durch den Großhandel und den Zwischenhandel stark bedrückt werden, und die den hiesigen Konsumenten gegenüber schon jetzt gezeigt haben, daß sie etwas Gutes liefern können, und di-

nur gegenüber dem Großhandel zu schwach sind, um sich allein helfen zu können. Bezüglich des Sachverständigen schließt sich der Magistrat vielleicht der vom Verein getroffenen Wahl an, so daß nicht zwei Sachverständige tätig zu sein brauchen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Die Bestimmung, daß der Betrag von 1500 M zunächst für ein Jahr gewährt werden soll, bezweckt, daß der Magistrat dann erst einmal ein Jahr Ruhe haben will vor den Anträgen der Beteiligten, und wenn das Jahr um ist, soll eventuell wieder ein gleich hoher Betrag gewährt werden. Der Herr Berichterstatter hat mit Recht darauf hingewiesen, daß die Förderung derartiger Unternehmungen einer der Zwecke der Umsatzsteuer gewesen ist. Es erscheint also zutreffend, daß wir in der Beziehung nicht eine bedenkliche, sondern eine von der Gesetzgebung vorausgesehene Bahn betreten. Wenn der Herr Berichterstatter aber meint, der Magistrat würde keinen Grund haben, von dem Sachverständigen des Vereins abzugehen, so dürfte das nicht zutreffend sein, der Magistrat wird sich vielmehr schwerlich das Recht nehmen lassen, selbst einen Sachverständigen zu bestimmen.

Herr Alßmann: Mit einiger Verwunderung habe ich die Ausführungen des Herrn Esdorn zugunsten einer Genossenschaft gehört, nachdem wir wiederholt keine gegensätzliche Stellungnahme zu den Konsumgenossenschaften hier kennen gelernt haben.

Ich möchte anfragen, ob die Milchhändler = Genossenschaft bei der Aufnahme neuer Mitglieder etwa erschwerende Bedingungen stellt, ob also ein Teil der Milchhändler von der Genossenschaft ausgeschlossen werden kann? Es ist schon öfter vorgekommen, daß Genossenschaften bei der Aufnahme neuer Mitglieder Schwierigkeiten machen, sobald sie glauben, sich kräftig genug zu fühlen. Das darf aber in dem vorliegenden Falle nicht vorkommen, denn es dürfen nicht einige wenige, die vielleicht bei der Gründung der Genossenschaft zugegen gewesen sind, den Nutzen von der stadtseitigen Zuwendung ziehen, während die übrigen ausgeschlossen werden.

Herr Esdorn: Meine Stellungnahme betreffs der Genossenschaften ist eine durchaus konsequente und richtige. Wenn ich ein Gegner der Konsumvereine bin, so kann ich trotzdem ein Förderer solcher Genossenschaften sein, denn es ist ein großer Unterschied, ob sich besser situierte Einwohner zu einem Konsumvereine oder notleidende Gewerbetreibende zu einer Genossenschaft zusammenschließen. Gerade durch das vom Milchhändlervereine eingerichtete Statut ist die Gewähr geboten, daß jeder Milchhändler der Genossenschaft beitreten kann. Wer die meisten Anteile hat, muß dem sich neu Meldenden einen Anteil abgeben, sofern nicht etwas Ehrenrühriges gegen dessen Person vorliegt. Der von Herrn Alßmann gegen die Bewilligung der Zuwendung angeführte Grund dürfte also hinfällig sein.

Herr Stadtrat von Franckenberg: Der vorgelegte Statutenentwurf enthält in der That ähnliche Bestimmungen, wie sie der Herr Berichterstatter erwähnt hat. Mitglied der Genossenschaft kann jeder werden, der berechtigt ist, das Gewerbe eines Händlers mit Milch u. zu betreiben und der Mitglied des Vereins Braunschweiger Milchhändler ist. Wenn es nun trotzdem den Anschein haben könnte, als ob hier den Interessen einer beschränkten Anzahl Personen Rechnung getragen werden sollte, so wird dieses Bedenken schon dadurch aufgehoben, daß bei der Zuwendung der 1500 M die Widerruflichkeit vorgeschrieben ist und wir, sobald eine engherzige Auffassung in bezug auf die Erweiterung des Kreises der Genossen bei den Genossenschaftlern herrschen sollte, es in den Händen haben, den Zuschuß zu beschränken oder ganz aufzuheben.

Auch dieser Punkt der Vorlage wird genehmigt, womit letztere ihre Erledigung gefunden hat.

#### IV. Antrag Sander: Anlegung eines Radfahrweges an der Nebenstraße.

Herr Kieke: In der Sitzung vom 12. September d. Js. — Seite 230 des Berichtes — beantragte Herr Sander, den Magistrat zu ersuchen, bei dem Ausbau der Nebenstraße einen Radfahrweg mit anzulegen. Bekanntlich wurde in derselben Sitzung der Ausbau der Nebenstraße mit einem Reitwege beschlossen, und das Projekt hat auch schon ausgelegen. Von Herrn Bürgermeister Meyer wurde in der Kommissionsitzung geltend gemacht, daß es möglich wäre, die 70 cm breite Gasse als Radfahrweg zu benutzen; die Baukommission hielt es indessen für notwendig, einen besonderen Radfahrweg, wie an der Wolfenbüttelerstraße, herzurichten. Der Magistrat hat darauf zugestimmt, daß das Ausbauprojekt der städtischen Bauverwaltung magistratsseitig zur Umarbeitung übergeben werde, ohne es der Versammlung nochmals zur Beschlußfassung zu überweisen. Unter der Bedingung, daß die Versammlung hiermit einverstanden ist, empfiehlt Ihnen die Baukommission den Antrag Sander zur Genehmigung.

Herr Bürgermeister Meyer: Der Magistrat hat sich gestern allerdings bereit erklärt, eine Aenderung der Projektzeichnung der Versammlung zur Beschlußfassung vorzulegen. Leider ist mir die Zeichnung heute erst nach Beginn der Sitzung zugegangen, so daß ich die Meinung des Magistrates darüber noch nicht habe einholen können. Mir persönlich gefällt diese Aenderung nicht. Durch die Abtrennung eines 2 m breiten Streifens als Radfahrweg wird nämlich die Fahrbahn so ungünstig beeinflusst, daß der öffentliche Verkehr darunter leiden muß. Nach dem genehmigten Projekte war die Entwicklung der Straße so gedacht, daß auf seiten der Häuser ein 4 m breiter Fußweg, sodann eine 9 m breite Fahrbahn und hieran anschließend nach dem kl. Exerzierplatze zu ein Reitweg in Breite von 3 m angelegt werden sollte. Nun ist in der gestrigen Kommissionsitzung an dem

Reitwege festgehalten und gemeint, es könnte von dem Fußwege und der Fahrbahn so viel abgeknappst werden, daß noch ein Radfahrweg herauskäme. Die beabsichtigte Verringerung der Fahrbahnbreite berührt mich aber nicht angenehm. Wir dürfen die Nebenstraße nicht allein für sich betrachten, sondern müssen sie in das Straßennetz einfügen. Da es sich hier aber um einen Teil der Ringstraße handelt, so wird dort später ein verhältnismäßig starker Durchgangs-Wagenverkehr entstehen, für den eine Fahrbahn von 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> m zu schmal ist. Ferner wurde gestern gemeint, der Radfahrweg könnte neben den Fußweg gelegt werden, jedoch ist schon darauf aufmerksam gemacht worden, daß sich diese Stelle nicht empfehle, weil auf der Straßenseite die Einfahrten zu der Brauerei lägen.

Wenn die Herren der Ansicht sind, daß das in der vorigen Sitzung genehmigte Projekt noch geändert werden soll, so möchte ich empfehlen, auf den von mir erörterten Vorschlag der städt. Bauverwaltung nicht einzugehen, sondern den Magistrat zu ersuchen, das gesamte Projekt entsprechend zu ändern. Im übrigen habe ich mir heute morgen noch bestätigen lassen, daß die auf 70 cm verbreiterten und von Kunststeinen ausgeführten Gassen sich in anderen Städten ausgezeichnet als Radfahrwege bewährt haben. Wenn den Herren das aber nicht genügt, so möchte ich bitten, den Magistrat zu ersuchen, das ganze Projekt noch einmal einer näheren Prüfung zu unterziehen.

Herr Aßmann: Meiner Meinung nach sollte es eigentlich möglich sein, in dieser breiten Straße einen verhältnismäßig breiten Radfahrweg zu schaffen. Da ich auch glaube, daß der Wagenverkehr dort später einmal sehr lebhaft werden wird, so erscheinen mir 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> m für die Fahrbahn nicht genügend; ich schließe mich deshalb den Ausführungen des Herrn Bürgermeisters Meyer an und glaube, daß ein Radfahrweg von 70 cm wohl angemessen und ausreichend sein würde. Deshalb halte ich es unter den vorliegenden Verhältnissen für einen guten Ausweg und für einen Fortschritt, wenn es so gemacht würde, wie Herr Bürgermeister Meyer anregte.

Herr Bürgermeister Meyer: Die Verbreiterung der Straße ist um deswillen nicht ganz leicht, weil sie nach dem H. Exerzierplatze zu durch eine Reihe alter Linden abgegrenzt wird. Man kann die Straße über 16 m hinaus also nur dann verbreitern, wenn man die Linden beseitigen oder mit einem Wege in die Lindenreihen hineingehen will. Es ist überhaupt schon so gedacht, daß der Fußweg auf der Seite des Exerzierplatzes innerhalb der Lindenreihen liegt. Wenn Sie jetzt darauf bestehen, daß der Radfahrweg noch angelegt werden soll, so würde nichts anderes übrig bleiben, als damit in die Lindenallee hineinzugehen. Das könnte noch neu erwogen werden, jedoch möchte es genügen, das alte Projekt auszuführen und daneben noch den Antrag zu stellen, zu erwägen, ob nicht neben der Fahrbahn noch ein Radfahrweg geschaffen werden kann.

Herr Sander: Ich kann mich den Ausführungen, daß die Fahrstraße mindestens 9 m breit sein muß, nur anschließen, aber dessen ungeachtet läßt es sich wohl machen, daß noch ein Radfahrweg angelegt wird. Mit der Anlegung einer 70 cm breiten Gasse als Radfahrweg kann ich mich nicht einverstanden erklären. In der Baukommission wurde schon darauf hingewiesen, daß die Gasse abschüssig gepflastert werden müsse, so daß hierin eine Gefahr für den Radfahrer liege. Wenn Sie jetzt die Situation betrachten, so werden Sie sehen, daß die Radfahrer stets zwischen den Bäumen durchfahren, worin eine gewisse Gefahr für die Kinder liegt, die sich dort in großer Zahl herumtummeln. Das würde bei einem Radfahrwege zwischen den Linden auch der Fall sein. Ich glaube übrigens, auf der Wolfenbüttelerstraße sind die Linden ebenfalls mit in den Radfahrweg einbezogen (Widerspruch.) Ich bitte den Magistrat, das Straßenprojekt noch einmal umarbeiten zu lassen, damit ein ordentlicher Radfahrweg geschaffen wird.

Herr Rieke: Die Baukommission ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß das Projekt nicht noch einmal umgearbeitet werde, sondern daß der Magistrat in Erwägung darüber eintreten möchte, ob sich noch ein Radfahrweg einfügen lasse.

Herr Bürgermeister Meyer: Das ist ein Irrtum vom Herrn Referenten. Die Kommission war der Ansicht, es ließe sich das genehmigte Projekt so umgestalten, daß noch ein Radfahrweg herauskäme. Dagegen liegen aber so starke Bedenken vor, daß ich nicht empfehlen kann, den Antrag ohne weiteres anzunehmen; denn ich habe schon darauf hingewiesen, daß die Fahrbahn dadurch stark verschmälert werden würde. Wenn Sie den Radfahrweg in den Rahmen des Projektes hineinnehmen wollen, so bleibt nichts anderes übrig, als nochmals in die Beratung des Projektes einzutreten. Die städtischen Behörden haben sich über den Kostenanschlag und die Kostenverteilungsberechnung vor der Auslegung des Projektes schlüssig zu machen, und das muß namentlich dann der Fall sein, wenn voraussichtlich 2000 M Kosten mehr entstehen werden.

Herr Frühling: Ich möchte beantragen, den Magistrat zu ersuchen, uns noch einmal eine entsprechende Vorlage zu machen.

Herr Sander: Ich bitte meinen Antrag anzunehmen mit dem Zusatz, daß das Ausbauprojekt dem Magistrat nochmals zur Umarbeitung überwiesen werde.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

## V. Antrag Bunge: Benachrichtigung der Wähler bei den Landtagswahlen.

Herr Schöttler: Der in der Sitzung vom 12. September 1907 — Seite 230 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei den demnächst stattfindenden Landtagswahlen den Urwählern mittels

Karte mitzuteilen, unter welcher Nummer sie in der Wählerliste eingetragen sind und in welchem Urwahlbezirke sie ihr Wahlrecht auszuüben haben.“

Die Statutenkommission stellt sich, wie ich vorweg bemerken will, auf den Boden des Antrages; sie hält die Anregung für nützlich und zeitgemäß. Wenn sie aber trotzdem die Annahme des Antrages nicht ohne weiteres empfehlen kann, so hat sie dazu folgende Gründe: Zunächst bezieht sich der Antrag nur auf die bevorstehenden Landtagswahlen, während es der Kommission richtiger und zugleich selbstverständlich erschien, das Verfahren auch bei den Reichstags- und Stadtverordnetenwahlen anzuwenden, woraus allerdings ganz erhebliche Leistungen für die Stadtverwaltung entspringen werden, denn zu der Stadtverordnetenversammlung wählen etwa 10 500, zum Landtage 12 500 und zum Reichstage 30 000 Personen. Durchführbar ist die Maßnahme schon deshalb, weil sie in anderen Städten bereits in Anwendung ist. Die Kommission mußte sich auch sagen, daß es noch andere Mittel und Wege gibt, die zum Ziele führen. Jedenfalls mochte sie die Annahme des Antrages Bunge nicht empfehlen, ohne über die dafür aufzuwendenden Mittel und über dessen Durchführbarkeit unterrichtet zu sein. In Hagen in Westfalen werden z. B. die Listen veröffentlicht, und das scheint mir auch viel für sich zu haben, weil dann die unangenehme Nachfrage im Rathause aufhört, die sich namentlich bei den letzten Wahlen sehr fühlbar gemacht hat. Es ist nämlich vielen Menschen nur schwer möglich gewesen, Einsicht in die Listen zu bekommen, weil der Andrang zu groß war. Alle diese Punkte müßten vor einer Beschlußfassung erst erwogen werden; infolge dessen empfiehlt Ihnen die Kommission, folgendem Antrage zuzustimmen:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat, über die Durchführbarkeit und die Kosten der von dem Stadtverordneten Bunge beantragten Benachrichtigung der Wähler zu den Reichstags-, Landtags- und Stadtverordnetenwahlen eine Untersuchung anzustellen, diese auch auf andere, denselben Zweck verfolgende Maßregeln zu erstrecken und entsprechende Maßnahmen zu treffen.“

Es ist wohl naheliegend, daß die Kommission den Wunsch hatte, der Magistrat möchte uns entsprechende Mitteilung machen, bevor etwas in der Sache geschieht. Es wurde aber geltend gemacht, daß es, sofern man die Sache noch für die bevorstehenden Landtagswahlen nutzbar machen wollte, besser wäre, sie dem Magistrat zu überlassen; auch ist es vielleicht möglich, sie mit verhältnismäßig geringen Kosten zu machen, so daß eine Vorlage an uns gar nicht nötig ist. Alle diese Erwägungen haben es zweckmäßig erscheinen lassen, dem Magistrat zu überlassen, zu tun, was er für angemessen hält, wenn es nur in der Richtung des Antrages liegt.

Der Kommissionsantrag wird genehmigt

## VI. Aufhebung des Magistratsweges 2c.

Unter Bezugnahme auf die Vorlage, betreffend den stadtseitigen Erwerb des Gewandhauses und den mit der Handelskammer abzuschließenden Vertrag teilt der Magistrat folgendes mit:

I. Die Handelskammer hat inzwischen auch das Knobbische Grundstück Nr. ass. 425 angekauft und beantragt, ihr nunmehr den ganzen Magistratsweg zu überweisen. Diese Ueberweisung setzt voraus, daß zunächst der Weg als solcher aufgehoben wird. Da gegen die Aufhebung trotz der öffentlichen Bekanntmachung Einwendungen von keiner Seite erhoben worden sind, so würde nunmehr die formelle Aufhebung des ganzen Magistratsweges unbedenklich beschlossen werden können.

II. Der Plan zur Bebauung des Handelskammergrundstücks ist noch nicht endgültig genehmigt; es darf indessen wohl angenommen werden, daß er nicht weiter beanstandet werden wird, wenigstens soviel den Grundriß des aufzuführenden Gebäudes betrifft. Es erscheint daher jetzt angängig und zweckdienlich, die neuen Baulinien festzustellen. Zu dem Zwecke ist von der städtischen Bauverwaltung ein Teilortsbauplan aufgestellt worden, in dem die eingezeichneten Baulinien mit den Fluchtlinien des neuen Handelskammergebäudes zusammenfallen.

III. Mit Einschluß des Magistratsweges würde die Stadt nunmehr der Handelskammer fünf Flächen in einer Größe von 227,9 qm und die Handelskammer der Stadt zwei Flächen von 12,8 qm zu überlassen haben.

Der Versammlung wird anheimgegeben, der Aufhebung des Magistratsweges zuzustimmen, den vorgelegten Teilortsbauplan zu genehmigen und auch den unentgeltlichen Terrainaustausch gutzuheißen. Die Vorlegung des Bauprojektes wird erfolgen, sobald es die polizeiliche Genehmigung gefunden haben wird.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Fricke berichtet, wird der gesamten Vorlage zugestimmt.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Fiedel, übernimmt den Vorsitz.

## VII. Kauf von Flächen zur verlängerten Waterloostraße.

Nach dem Ortsbauplane fallen zwei 6,33 a große, den Erben des Rentners Bues gehörende Flächen in die Waterloostraße und die projektierte Straße 97. Das Eigentum der Flächen stand zu  $\frac{2}{8}$  dem Kaufmann Freise aus Amerika, zu  $\frac{3}{8}$  der Ehefrau des Kaufmanns Wopel hieselbst und zu  $\frac{3}{8}$  der Ehefrau des Maurermeisters Weichert in Wittstock zu. Nachdem der Ankauf des Freiseschen Anteils zum Einheitspreise von 13 M pro Quadratmeter schon vor längerer Zeit genehmigt worden ist, ersucht der Magistrat zuzustimmen, daß der Anteil der Ehefrau Wopel zum Einheitspreise von 13,50 M erworben werde.

Namens der Baukommission ersucht Herr Meyerhoff, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Bürgermeister Meyer: Ich habe schon in der Kommission ausgeführt, daß wir mit der Frau Weichert uns auch schon so weit geeinigt haben, daß der Vertrag abgeschlossen werden kann. In Ergänzung der Vorlage möchte ich daher bitten, den Magistrat zu ermächtigen, mit der Ehefrau Weichert unter denselben Bedingungen wie bei der Frau Bopel einen Vertrag wegen Ankaufs der letzten <sup>3/4</sup> des Grundstücks abzuschließen.

Die Vorlage wird mit diesem Antrage genehmigt.

### VIII. Erweiterung der Lieferungsbedingungen für das elektrische Lichtwerk.

Der zurzeit geltende Tarif des elektrischen Lichtwerks in hiesiger Stadt hat nicht mit größeren Stromabnehmern gerechnet, wie sie z. B. das Herzogliche Krankenhaus, Brünings Saalbau und der Wilhelmsgarten sein würden. Die Preise des jetzigen Tarifs sind für derartige Institute so hoch, daß sie sich den Strom billiger selber herstellen. Von der Herzoglichen Hochbauinspektion ist nun an die Straßeneisenbahn-Gesellschaft die Frage gerichtet worden, ob und unter welchen Bedingungen sie dem Herzoglichen Krankenhause elektrische Energie liefern könne. Aus Anlaß dieser Anfrage hat sich die Straßeneisenbahn-Gesellschaft entschlossen, den größeren Abnehmern Strom zu einem erheblich billigeren Preise, als ihn der jetzige Tarif vorsieht, unter der Bedingung zu liefern, daß ein bestimmtes Mindestquantum dem Kabelneße außerhalb der Sperrzeit entnommen und in einer auf Kosten des Anschlußinhabers zu beschaffenden Akkumulatorenbatterie bis zum Verbrauch aufgespeichert wird. Um dies zu ermöglichen, hat die Straßeneisenbahn-Gesellschaft gebeten, die Lieferungsbedingungen durch folgende Vorschrift zu ergänzen:

„§ 5a. Abgabe von Strom zu Beleuchtungszwecken unter Verwendung von Akkumulatoren.

Auch zu Beleuchtungszwecken wird der Strom zu ermäßigtem Preise unter folgenden Bedingungen abgegeben:

Der Anschlußinhaber ist verpflichtet, zur Aufspeicherung des zu Beleuchtungszwecken entnommenen Stromes eine — auf seine Kosten zu beschaffende — Akkumulatorenbatterie zu unterhalten, deren Aufstellung und Einrichtung der Genehmigung des Elektrizitätswerkes unterliegt. Die Anlage ist so zu gestalten und unterzubringen, daß der Batterie aus einer, in demselben Grundstücke befindlichen, Strom zu gewerblichen Zwecken verbrauchenden Einrichtung, Energie ohne besondere Vorrichtungen nicht zugeführt werden kann. Die Ladung der Batterie ist zu jeder Tageszeit mit Ausnahme der Sperrzeit zulässig. Die Ladeeinrichtung ist mit besonderer Zählervorrichtung zu versehen. Der Preis für den zur Ladung verwendeten Strom beträgt 1,6  $\mathcal{M}$  für die HWStunde für die ersten 500 000



HW Stunden, darüber hinaus 1,5  $\mathcal{M}$ , ohne weitere Ermäßigung oder Rabatt. Die Versorgung der Anlage direkt aus dem Leitungsnetz, d. h. ohne Benutzung der Batterie ist zu jeder Tageszeit zulässig. Der hierzu verwandte Strom unterliegt besonderer Messung. Der Preis für diesen Strom beträgt 5  $\mathcal{M}$  für die HWstunde ohne weitere Ermäßigung oder Rabatt.

Der Abnehmer hat für 10 Jahre einen jährlichen Verbrauch von mindestens 200 000 HWstunden zu gewährleisten, von denen mindestens 100 000 HWstunden zur Ladung der Batterie verwandt werden müssen; eine etwaige Differenz ist am Jahreschlusse nachzuzahlen.

Die Weiterführung von derart zur Ladung einer Batterie entnommener Energie seitens des Eigentümers der ganzen Anlage an dritte Personen kann nur mit Genehmigung der Straßeneisenbahngesellschaft beim Vorliegen besonderer Gründe geschehen."

Der Versammlung wird anheimgegeben, der Aufnahme der obengedachten Vorschrift in die Lieferungsbedingungen zuzustimmen.

Namens der Statutenkommission berichtet über die Vorlage Herr Schöttler: Ob einem Abnehmer durch diese neuen Bedingungen ein größerer oder geringerer Vorteil erwächst, kann sich jeder selbst ausrechnen, so daß wir uns darüber den Kopf nicht zu zerbrechen brauchen. Jedenfalls steht seitens der Stadt der Annahme der Vorlage nichts entgegen. Auf eine kleine Formsache muß ich aber eingehen. Der Satz im § 5a: „Die Anlage ist so zu gestalten und unterzubringen, daß der Batterie aus einer, in demselben Grundstücke befindlichen, Strom zu gewerblichen Zwecken verbrauchenden Einrichtung, Energie ohne besondere Vorrichtungen nicht zugeführt werden kann," gibt vielleicht zu Mißverständnissen Veranlassung, weil damit nicht gesagt werden soll, daß die Energie aus einem anderen Grundstücke bezogen werden kann. Deshalb wird empfohlen, die Worte: „in demselben Grundstücke befindlichen" zu streichen, dann stimmt es.

Mit dieser Aenderung wird die Vorlage genehmigt.

## IX. Bericht über die Tätigkeit der Schulärzte.

Herr Bähr: Namens der Schulkommission habe ich Ihnen aus dem vorliegenden Berichte über die Tätigkeit der Schulärzte folgendes vorzutragen: Im ganzen sind 5029 Kinder untersucht worden, welche die unteren Bürgerschulen, die katholische und die Hilfsschule besuchen. Aus den angeführten Zahlen ergibt sich ein erfreuliches Resultat insofern, als sich die Untersuchungsergebnisse in diesem Jahre fast durchweg günstiger gestaltet haben als im Vorjahre.

Was nun speziell die Körpergröße der Kinder anbelangt, so bleibt diese bei den Lernanfängern etwas gegen das normale Maß zurück, indem ein Durchschnittsmaß von 109,76 cm festgestellt worden ist, während ein normales Durch-

Schnittsmaß von 110 bis 111 cm angenommen wird. Im Schuljahre 1905/06 waren die Knaben im Durchschnitt um 1,27 cm größer, die Mädchen dagegen um 1 cm kleiner als im Schuljahre 1906/07. Worauf diese Schwankungen beruhen, läßt sich mit Sicherheit nicht feststellen. Außerordentlich wichtig sind die Mitteilungen über die körperliche Beschaffenheit der Kinder. Es wurden im Jahre 1906/07 2394 Knaben auf ihre körperliche Beschaffenheit untersucht, davon hatten eine schlechte Konstitution  $112 = 4,68\%$ . Im Vorjahre hatten von 2155 Knaben 147 eine schlechte Konstitution  $= 6,82\%$ , so daß sich die Zahl um  $2,14\%$  ermäßigt hat. Von 2642 Mädchen besaßen 100 eine schlechte körperliche Beschaffenheit  $= 3,79\%$ , gegen  $6,26\%$  im Vorjahre, mithin eine Besserung um  $2,47\%$ . Die Beobachtung dieses Jahres ist geradezu auffallend, sie steht vielleicht im Einklange mit den Angaben der Lehrer, die in bezug auf die Leistungsfähigkeit der Schüler und Schülerinnen von einem Wechsel zwischen guten und schlechten Jahrgängen sprechen. Die Zahl der Kinder, welche in bezug auf Seh- und Hörstörungen untersucht worden sind, ist gegen das Vorjahr eine ungefähr gleiche, auch das Resultat der Untersuchung der Zähne ist ungefähr das gleiche wie im Vorjahre. Rückgratsverkrümmungen wurden bei 114 Knaben und 81 Mädchen festgestellt. Zur tunlichsten Beseitigung dieser Schäden ist der Schulvorstand mit dem Direktorium des Herzoglichen Krankenhauses in Verbindung getreten wegen der Benützung des medico-mechanischen Instituts zu weniger kostspieligen Preisen.

Auch sind Sprachheilkurse eingeführt und für den Verein für Ferienkolonien 192 Kinder untersucht worden, ferner wurden die Schulärzte vom Schulvorstande ersucht, bei der Auswahl der nach Norderney zu sendenden Kinder mitzuwirken, was geschehen ist.

Eins ist beklagenswert, und zwar nicht nur hier, sondern auch außerhalb, daß die Schulärzte nicht in der Lage sind, die von ihnen empfohlene ärztliche Behandlung auch von den Eltern befolgt zu sehen. Jedenfalls ist die Tätigkeit der Schulärzte eine sehr ersprießliche und segensreiche gewesen, die ihre Wirkung in Zukunft immer noch mehr und mehr entfalten wird.

Herr Wesemeier: Der Rat, die Kinder in ärztliche Behandlung zu geben, ist ganz gut, und manche Eltern würden diesen Rat auch gern befolgen, wenn sie dazu nur in der Lage wären. Sie werden aber finden, daß noch viel mehr Kinder als der Herr Referent angegeben hat, der ärztlichen Behandlung bedürfen. Wenn wir nur die Tabelle Skrofuloße ansehen und daraus entnehmen, daß 592 Kinder mit dieser schrecklichen Krankheit behaftet vorgefunden sind, nämlich über  $10\%$  der Gesamtzahl der untersuchten Kinder überhaupt, so ergibt sich daraus, daß der Gesundheitszustand der die unteren Bürgerschulen besuchenden Kinder infolge der schlechten Ernährungsverhältnisse ein ungünstiger ist. Hierdurch wird der Beweis

erbracht, daß die Ernährungsverhältnisse unserer Arbeiter durchaus schlechte sind, denn wenn sie besser wären, würden auch die von den Schulärzten ermittelten Zahlen ein günstigeres Bild ergeben. Auch bei der Untersuchung der Kinder in den mittleren Bürgerschulen würde wohl kein besseres Resultat herausgekommen sein.

Herr Bluth: Ich habe bei dem Herrn Referenten eine Bemerkung über die Zahl der mit Ungeziefer und Krätze behafteten Kinder vermißt. Diese Plage hat meines Wissens sehr abgenommen; es würde mich aber interessiert haben, zu hören, ob gegen das Vorjahr ein nachweisbarer Unterschied vorhanden ist.

Was sodann die skrofulösen Kinder betrifft, so ist 10 % ein hoher Prozentsatz, aber wir dürfen dabei nicht vergessen, daß diese Krankheit auch in den höheren Schulen in einem erheblichen Prozentsatz vorkommt. Ich kann darüber keine feststehenden Zahlen geben, aber 5 % werden auch da wohl vorhanden sein. Es ist erklärllich, daß die schlechte Lebensweise auf diesen Zustand einen Einfluß hat, aber der Begriff der Skrofuloſe ist noch ein sehr weitgehender, und es wird in dieser Beziehung von den einzelnen Schulärzten noch nicht einheitlich vorgegangen. Wir haben viele Kinder in den unteren Schulen, die an einer Affektion der Halschleimhäute und an geschwollenen Mandeln leiden. Ein Teil der Aerzte rechnet diese Kinder zu den skrofulösen, ein anderer aber nicht. Dieser Umstand ist schon auf der letzten Konferenz erwähnt worden, so daß die Krankheit im nächsten Jahre hoffentlich einheitlicher zum Ausdruck kommen wird.

Die in der Tabelle erwähnten Sehstörungen bestehen meist aus Kurzsichtigkeit. Ein schlechtes Sehvermögen wurde festgestellt: im ersten Schuljahre bei 21 Knaben und 17 Mädchen, im dritten Schuljahre bei 24 Knaben und 37 Mädchen und im fünften Schuljahre bei 61 Knaben und 63 Mädchen. Da die Zahl der in einem Schuljahre untersuchten Kinder annähernd gleich gewesen ist, so ist damit die Zunahme der Kurzsichtigkeit auch bei uns bewiesen. Es ist keine Frage, daß hier der Hebel anzusetzen ist: man muß auf Verbesserung der Schulbücher, namentlich auf eine große, deutliche Schrift derselben und auch darauf achten, daß die Kinder nicht zu lange in der Nähe sehen müssen. Wenn z. B. zwei Handarbeitsstunden hinter einander gegeben werden, so ist das eine starke Anstrengung der Augen. Vielleicht läßt sich auch im Stundenplane eine Besserung insofern erzielen, als auf Stunden, die ein Sehen in der Nähe erfordern, möglichst solche Stunden folgen, in denen nach der Tafel oder nach Experimenten zu sehen ist. In vielen höheren Schulen hat man hierauf schon Bedacht genommen.

Einen ferneren Punkt bilden die Rückgratsverkrümmungen, bei denen im Laufe der Schuljahre ebenfalls eine Zunahme festgestellt worden ist. Die in Aussicht gestellte Behandlung dieser Kinder im medico-mechanischen Institute, so dankenswert sie auch ist, würde doch nur ein Tropfen auf einen heißen Stein sein. Wenn man in der Beziehung etwas erreichen wollte, müßte man sämtliche Kinder

täglich 10 bis 15 Minuten Freiübungen machen lassen. An anderen Orten sollen kurze Freiübungen auch während der Unterrichtsstunden ausgeführt werden. Die Kinder verlieren dadurch ihre Schläfrigkeit und werden nachher aufmerksamer. Ich möchte etwas derartiges auch für unsere Schulen empfehlen, weil dies auch auf die Rückgratsverkrümmungen einen heilsamen Einfluß ausüben würde.

Ferner möchte ich einige Worte über das Baden sprechen. Wir haben in den meisten Schulen sehr schöne Badeeinrichtungen, die von den Jungen auch sehr gut benutzt werden, während die Mädchen sich auf den Rat ihrer Mutter gern um das Baden herumdrücken. Wir haben dem Schulvorstande empfohlen, möglichst vorsichtig bei den Dispensationen vom Baden vorzugehen. Manche Kinder lassen sich auch leicht wegen einer augenblicklichen Krankheit entschuldigen und mißbrauchen diese Entschuldigung dann Jahre lang. Besserung läßt sich bei den Mädchen nur erzielen, wenn weniger dispensiert wird, denn es sind fünfmal so viel Mädchen dispensiert als Knaben. Es wäre zweckmäßig, wenn sich die Kinder sämtlich dem Baden unterzögen. Andererseits erkenne ich gern an, daß die Mehrzahl der Mütter dieser Kinder infolge Mangel an Zeit und Räumlichkeit einen sehr schweren Stand hat, wenn sie ihre Kinder täglich reinlich in die Schule schicken will. Ganz besonders dringend wünschenswert ist das Baden aber für diejenigen Kinder, welche im Hause bezüglich der Reinlichkeit mangelhaft gehalten werden, sei es aus Not oder Armut oder Unverständnis der Eltern. Man müßte möglichst darauf hinwirken, daß die Mütter der Mädchen nicht so ängstlich sind. Es wird nämlich vielfach gesagt, die Kinder erkälten sich beim Baden und jede Erkältung wird ohne weiteres auf das letzte Bad geschoben. Aber die Kinder, die sich leicht erkälten, sollen erst recht zum Baden geschickt werden, weil das Bad geeignet ist, sie abzu härten und ihrer Gesundheit förderlich zu sein.

Es wird auch über Mißstände beim Baden geklagt. Selbstverständlich muß vom Schulinspektor darauf geachtet werden, daß jede Beschwerde genau untersucht wird, denn eine Einrichtung, die auf alle Schüler zwangsweise ausgedehnt wird, muß tadellos sein. Zu der Beaufsichtigung der badenden Kinder gehören immer mehrere Personen. Wer der Einweihung der schönen Schulräume an der Diesterwegstraße mit beigewohnt hat, wird bei deren Besichtigung auch bemerkt haben, daß in den Baderäumen ein Mischapparat angebracht ist. Wenn nun die Frau des Bedellen den Apparat bedient, so dreht sie den badenden Mädchen den Rücken zu, was diese veranlaßt, hinter dem Rücken Mollotria zu treiben; es muß also außer der Bedellenfrau noch eine die Aufsicht führende Lehrerin vorhanden sein. Für solche Lehrerin ist naturgemäß der Aufenthalt in den mit Wasserdampf gefüllten Baderäumen kein angenehmer.

Nun möchte ich mit einigen Worten die Hilfsschule streifen. Wir haben im Interesse der schwachsinigen Kinder die Bestimmung, daß diese erst dann der

Hilfsschule zugeführt werden dürfen, wenn sie die gewöhnliche Schule zwei Jahre ohne Erfolg besucht haben. Diese Vorschrift scheint mir zu Härten zu führen bei Kindern, die derartig schwach veranlagt sind, daß ihr Schwachsinn ohne weiteres für jedermann erkennbar ist. Das ist für alle Kinder der Klasse und auch für das schwachsinnige Kind selbst nicht gut, denn es lernt nichts und stört außerdem den Unterricht der übrigen. Die Bestimmung ist ja im Interesse der Schüler selbst getroffen, damit sie nicht zu Unrecht in die Hilfsschule verwiesen werden; ich möchte aber doch, ohne heute einen Antrag zu stellen, empfehlen, Kinder, die unzweifelhaft schwachsinnig sind, sofort in die Hilfsschule zu bringen.

Endlich habe ich noch einen besonderen Fall vorzutragen, der nur lose mit unserm Thema zusammenhängt. In der katholischen Schule an der Goslarischenstraße ist in der Wohnung des Bedellen Diphtheritis aufgetreten, worauf der Bedell seine beiden Kinder unverzüglich ins Krankenhaus schicken mußte. Wenn der Mann nicht Schuldiener gewesen wäre, würde er seine Kinder unbedingt im Hause behandeln lassen, so aber mußte er sie sofort dem Krankenhause überweisen. Dadurch sind ihm erhebliche Kosten erwachsen, die zu tragen er bei seinem geringen Einkommen nicht imstande ist. Ich möchte deshalb anheimgeben, diese Kosten auf die Stadtgemeinde oder die katholische Gemeinde zu übernehmen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Es genügt vielleicht, wenn der Herr Vorredner den Schuldiener veranlaßt, bei mir vorzukommen, um die Sache mit mir zu besprechen, da sie noch der Aufklärung bedarf.

Herr Hesse: Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, darauf hinzuweisen, daß es zweckmäßig sein möchte, den Kindern an solchen Tagen, wo sie nachmittags die Schule besuchen müssen, keine Hausarbeiten aufzugeben. Wenn die Kinder um 4 Uhr im Winterhalbjahr nach Hause kommen, so ist es meistens schon so dunkel, daß sie bei Lampenlicht ihre Arbeiten machen müssen und das würde auf das Sehvermögen unangenehm einwirken.

Herr Bähr: Ich habe die Skrofulose allerdings nicht erwähnt, hatte aber auch meine Gründe dazu. Im übrigen ist der Prozentsatz der skrofulösen Kinder nicht so hoch, wie Herr Wesemeier angegeben hat, denn bei den Knaben sind es 5,31 % und bei den Mädchen 6,46 %. Auch hier ist gegen das Vorjahr eine kleine Besserung eingetreten, nämlich um 0,52 % bei den Knaben und 0,13 % bei den Mädchen. In dem Berichte heißt es: Es muß zugestanden werden, daß im Laufe des einen Jahres die Lebenslage der Bevölkerungsschichten, aus denen die untersuchten Kinder stammen, sich nicht so erheblich gebessert haben kann, daß sie bei den Schulkindern zum Ausdruck gelangt; es ist vielmehr die Annahme am Platze, daß die untersuchenden Ärzte in Rücksicht auf die Herkunft der Kinder eine mildere Beurteilung derselben haben obwalten lassen, oder aber es steht die beobachtete Tatsache im Einklange mit den Angaben der Lehrer, die in bezug auf

die allgemeine Leistungsfähigkeit der Schüler und Schülerinnen von einem Wechsel guter und schlechter Jahrgänge sprechen.

Es muß den Ärzten recht gegeben werden, wenn sie sagen, was nützt eine schulärztliche Beaufsichtigung, wenn die ärztliche Nachbehandlung der Kinder nicht folgen kann. Vielleicht würde es Sache der städtischen Behörden sein, dieser Frage einmal näherzutreten.

Die parasitäre Behaftung der Kinder habe ich nicht gestreift, um die Verhältnisse nicht in die Öffentlichkeit zu bringen. Große Schwierigkeit bereitet, das gestehen manche Schulärzte zu, die gänzliche Abwendung der Ungezieferplage, wenn auch schon eine Besserung zu konstatieren ist. Es wurden 1906/07 5029 Kinder auf Ungeziefer untersucht, davon waren 25 Knaben = 0,50 % und 250 Mädchen = 4,97 % mit Ungeziefer behaftet. Daß die Mädchen stärker behaftet waren, als die Knaben, liegt in der Natur der Sache: bei dem langen Haar läßt sich die Reinlichkeit eben nicht so gut durchführen, wie bei kurzem Haar. Immerhin ist auch bei den Mädchen eine Besserung gegen das Vorjahr um 1,97 % eingetreten. Auch hier klagen die Schulärzte, daß die Pfleger der Kinder ihre Anweisungen nicht ausführen. Wenn diese Pflichtversäumnis nicht vorhanden wäre, würden die Zahlen günstiger sein.

Was die Seh- und Hörstörungen anbelangt, so ist der Prozentsatz ziemlich hoch. Der Stundenplan trägt den von Herrn Dr. Bluth erörterten Forderungen nach Möglichkeit schon jetzt Rechnung, aber bei einem großen Schulbetriebe lassen sich nicht alle Bedingungen erfüllen. Die in Vorschlag gebrachten Freiübungen würden während des Unterrichts in der Klasse nicht angängig sein, denn die kleine Gesellschaft würde bald allzu lebhaft werden und der Unterricht müßte darunter leiden. Wir haben indessen hier schon lange den 50 Minuten Unterricht, so daß die Kinder fast nach jeder Stunde in die frische Luft hinausgeführt werden.

Mit dem Baden ist es eine alte Klage: die Mädchen sind von Natur aus sehr geneigt, sich vom Baden fern zu halten, wozu dann noch bei den größeren Mädchen die in ihrer Natur liegenden Störungen kommen. Die meisten Lehrer und Lehrerinnen würden übrigens lieber eine Unterrichtsstunde geben, als das Baden im Baderaum überwachen. Die Beaufsichtigung der Kinder ist bei dem fortwährenden nassen Dampfe auch eine ungemütliche Sache und jedenfalls eine unangenehme Zugabe für Lehrer oder Lehrerinnen.

Hinsichtlich der Hausarbeiten möchte ich noch bemerken, daß ich z. B. die Hausarbeiten so aufgebe, daß bis zu ihrer Fertigstellung immer ein Zwischenraum einiger Tage liegt. Wenn z. B. heute eine Geographiestunde abgehalten wird, kehrt diese Stunde erst in drei Tagen wieder. Bei säumigen Kindern häufen sich allerdings die Arbeiten wohl einmal an, aber sonst sind sie recht gut zu bewältigen. Der Nachmittagsunterricht ist durch die Bestimmung des Schulvorstandes leider

etwas mehr eingeführt, als früher. Bei den oberen Klassen läßt es sich nicht vermeiden, daß die Kinder abends einmal Hausarbeiten machen müssen.

Herr Bluth: Ich möchte noch darauf hinweisen, in welcher Beziehung der Schulbesuch einen günstigen Einfluß bei den Kindern hervorruft, das ist deren körperliche Beschaffenheit. Im ersten Schuljahre zeigten von 1495 Kindern 95 eine schlechte körperliche Beschaffenheit, im dritten Schuljahre von 1498 Kindern nur 58 und im fünften Schuljahre sank die Zahl bei 1489 Kindern auf 47. Die Schulärzte sind hieran unschuldig, aber es steht andererseits auch fest, daß eine schädigende Wirkung der Schule in diesem Punkte nicht vorliegt, die Kinder vielmehr sehr gut gedeihen. Es ist das auch ganz natürlich, wenn man erwägt, in welchen äußerst günstigen Räumen die Kinder im Vergleich zum Elternhause ihre Zeit hinbringen.

Der Gegenstand gilt damit als erledigt.

Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt, übernimmt den Vorsitz wieder.

## X. Erlaß von Bürgerrechtsgebühren.

Der Obergütervorsteher Karl Leiffolts war aufgefordert worden, das hiesige Bürgerrecht zu erwerben, worauf er erwiderte, daß er dieses Recht bereits im Jahre 1881 erworben habe, inzwischen aber zweimal versetzt worden sei und ihm nicht zugemutet werden könne, die Bürgerrechtsgebühren nochmals zu zahlen. Der Magistrat ersucht um Beschlußfassung über die Frage, ob die Bürgerrechtsgebühr in Höhe von sechs Mark im vorliegenden Falle erlassen werden solle. Die staatliche Stempelgebühr von 1,50 M werde der Antragsteller tragen müssen, auch wenn seiner Bitte im übrigen entsprochen werden sollte.

Herr Weichsel: Es ist im höchsten Grade angemessen, dem Antrage stattzugeben, wenn auch der Stempel nicht erlassen werden kann. Die Statutenkommission hat demgemäß beschlossen und ersucht, dem Antrage zuzustimmen.

Herr Wesemeier: Ich begrüße es mit Freuden, daß die Statutenkommission sich auf den Standpunkt gestellt hat; ich möchte aber weitergehen und beantragen, den Beschluß auf alle derartigen Fälle auszudehnen. Der Magistrat kann das machen, ebenso wie der Magistrat jedem einzelnen hierher zurückkehrenden Bürger das Wohnsitzjahr erlassen kann. Es gibt in neuerer Zeit eine ganze Reihe von Fällen, in denen hiesige Einwohner nach Gießmarode, Ribbaggshausen etc gezogen sind und, da es ihnen dort nicht gefällt, hierher zurückkehrten. Sie müssen dann, nachdem sie hier wieder ein Jahr gewohnt haben, das Bürgergeld noch einmal bezahlen. Ich beantrage also, daß in allen Fällen, wo jemand hier das Bürgerrecht erworben hat und von hier verzieht, ihm bei seiner Rückkehr das Wohnsitzjahr und das Bürgergeld erlassen wird.

Vorsitzender: Den Antrag können wir mit der Vorlage nicht verquicken.

Herr Leue: Vor einigen Tagen war ein Bierbrauer bei mir, der denselben Wunsch äußerte, worauf ich ihn an den Magistrat verwies. Der Mann war nach Delfer verzogen, nach  $\frac{5}{4}$  Jahren zurückgekommen und wollte, nachdem er wieder ein Jahr hier gewohnt hatte, nochmals Bürger werden, wofür er 7,50 M hat bezahlen müssen. Diese nochmalige Einforderung der Gebühren halte ich für eine Härte, wenn sich auch von dem Wohnsitzjahre nichts wird abstreichen lassen. Vielleicht ließe sich eine Karenzzeit festsetzen, innerhalb deren die Bürgerrechtsgebühr erlassen werden kann. Ich möchte den Magistrat bitten, in eine Erwägung dieser Frage einzutreten.

Herr Weichsel: Die Anregungen der beiden Vorredner sind auch in der Statutentkommission besprochen worden, und diese stand auf dem Standpunkte, daß allen derartigen Gesuchen in gerechter Weise stattgegeben werden möchte. Eine Abänderung des Statuts aber würde kaum tunlich sein, sondern es empfiehlt sich mehr, derartigen Gesuchen stattzugeben. Anders wäre es, ob man nicht den Magistrat generell ermächtigen will, solchen Gesuchen ohne weiteres zu entsprechen; es sind bisher aber so wenig Gesuche dieser Art eingegangen, daß es nicht nötig erscheint, einen solchen generellen Beschluß zu fassen.

Der Kommissionsantrag wird genehmigt.

## XI. Klageerhebung.

Durch § 6 des mit der Firma C. A. Schwetschke & Sohn unterm 11. April 1894 wegen Herausgabe des Urkundenbuches der Stadt Braunschweig abgeschlossenen Vertrages ist bestimmt, daß dem Magistrate für jedes von der Verlegerin abgesetzte Exemplar die Hälfte des Ladenpreises zu zahlen ist und daß die um deswillen erforderlichen Abrechnungen und Zahlungen jährlich im Juli stattfinden sollen. Bis zum 1. Juli 1901 sind diese Abrechnungen dann auch erfolgt, für die spätere Zeit indessen nicht mehr. Einem an die Firma unterm 17. September 1906 gerichteten Ersuchen des Magistrates um Einsendung der Abrechnung hat die Firma nach wiederholter Mahnung unterm 27. Februar 1907 in der Weise entsprochen, daß sie mitteilte, es seien zwar für 54 abgesetzte Exemplare des Urkundenbuches insgesamt 302,40 M der Stadt gutgeschrieben, die Firma müsse jedoch für 7000 Bogen Urkundenpapier eine Gegenforderung an die Stadt in Höhe von 339,50 M geltend machen, so daß ihr noch ein Guthaben von 37,10 M zustehe. Diese Abrechnung konnte der Magistrat nicht als richtig anerkennen, weil die Stadt zur Abnahme oder Bezahlung eines nicht verwandten Restes von Urkundenbuchpapier nicht verpflichtet ist und da nach der stadtseitig aufgestellten Berechnung der Stadt ein Anspruch auf 955,60 M zusteht. Infolge der ablehnenden Haltung der Verlegerin sieht sich der Magistrat gezwungen, die Versammlung zu ersuchen, sich damit



einverstanden zu erklären, daß die Forderung der Stadt im Wege des Prozesses geltend gemacht werde.

Auf Empfehlung der Statutent Kommission, für die Herr Weichsel berichtet, wird dem Antrage entsprochen.

## XII. Aenderung des Ortsbauplanes am Bohlwege.

Nach der für den Bohlweg festgesetzten Baufluchtlinie würde der für die Grundstücke Nr. 6 und 7 beabsichtigte Neubau etwa 1 m in die jetzige Straßenfluchtlinie vorspringen. Um das zu vermeiden, wird die Versammlung ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß die im Jahre 1886 festgesetzte Fluchtlinie vor den Grundstücken Nr. 5 bis 9 wieder aufgehoben und dafür die alte Straßenbegrenzung beibehalten werde. Für die empfohlene Aenderung spricht in erster Linie der Umstand, daß andernfalls der betreffende Neubau vielleicht jahrzehntelang um fast 1 m in unschöner Weise in die Straße vorspringt, des weiteren aber auch, daß kein Anlaß vorliegt, den Fußsteig des Bohlwegs ohne zwingenden Grund zu verschmälern.

Herr Wolters: Die Baukommission empfiehlt Ihnen die Genehmigung der Vorlage. Man steht nicht mehr auf dem Standpunkte, daß es richtig ist, nur gerade Straßenlinien zu ziehen, sondern man erhofft ein schöneres Städtebild zu erhalten, wenn hier und da kleine Abweichungen von der geraden Linie vorkommen.

Die Vorlage wird darauf angenommen.

## XIII. Aenderung des Bauprojektes der Gasanstalt an der Taubenstraße.

Der Magistratsvorlage vom 18. März d. Js. betreffend den Umbau der Gasanstalt an der Taubenstraße ist von der Versammlung in der Sitzung vom 25. März d. Js. — Seite 427 des Berichtes — mit der Maßgabe zugestimmt worden, daß dem unter Nr. 7 der Vorlage gestellten Antrage entsprechend die Verwaltungsdeputation der Licht- und Wasserwerke ermächtigt sein sollte, etwaige für erforderlich oder zweckdienlich erachtete Aenderungen selbständig gutzuheißen.

Die Deputation hat nun eine Aenderung für erforderlich gehalten, die gleichzeitig als eine Erweiterung des genehmigten Projektes angesehen werden muß und die sich überdies auch in örtlicher Beziehung über die Grenzen des Gaswerksgrundstücks hinaus in das angrenzende Grundstück des städtischen Wirtschaftshofes erstreckt. Es handelt sich dabei um die Gebäude der Kraftstation, der Werkstatt und des Lagerraumes, die auf der dazu bestimmten Fläche zwar aufgeführt werden können, in diesem Falle jedoch besonders für die Maschinen der Kraftstation so wenig Raum bieten, daß eine Erweiterung des Motorenraumes dringend geboten erscheint. Diese läßt sich in zweckmäßiger Weise nur dadurch erreichen, daß vom

Grundstücke des Wirtschaftshofes noch eine weitere Fläche dem Gaswerksgrundstücke zugelegt und, abgesehen von der Verschiebung der vorgedachten Bauwerke, auch das Abortgebäude an anderer Stelle errichtet wird. Das hierüber ausgearbeitete Teilprojekt empfiehlt der Magistrat zur Annahme. Erhebliche Mehrkosten werden hierdurch nicht erwachsen. Für die Entziehung einer weiteren Grundfläche dürfte das Gaswerk zugunsten des Extraordinariums der Rammereikasse demnächst zu belasten sein. Die Entschliebung über die Höhe dieser Entschädigung wird indessen unbedenklich einstweilen vorbehalten bleiben können. Für jetzt wird anheimgegeben, der Ausführung des vorerwähnten Projektes zuzustimmen, was auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Wolters berichtet, geschieht.

#### XIV. Anfrage Jasper: Disziplinarverfahren gegen den Lehrer Esche.

Zur Begründung der Anfrage:

„Hat der Magistrat gegen den Lehrer Esche ein Disziplinarverfahren eingeleitet, und wie ist die Untersuchung, die früher den Stadtverordneten zugesagt wurde, ausgefallen?“

führt Herr Jasper folgendes aus: Eingang der Sitzung ist ein Schreiben des Lehrers Esche hier mitgeteilt worden, in dem er sich verwahrte gegen das Vorgehen des damaligen Berichterstatters und in dem er erwähnte, daß gegen ihn ein Disziplinarverfahren vom Herzoglichen Konsistorium wegen Umgehung des Instanzenweges eingeleitet sei, das mit einem Verweise geendigt habe, während eine weitere Untersuchung nicht stattgefunden habe. Als ich das las, fiel mir ein, daß in dem damaligen Berichte uns in Aussicht gestellt worden war, es würde eine Untersuchung gegen den Lehrer Esche stattfinden, deren Ergebnis hier mitgeteilt werden sollte. Es handelt sich im wesentlichen darum, daß dem Lehrer Esche vom Schuldirektor Schaarschmidt Schwindel vorgeworfen und die Fähigkeit, weiter zu amtieren, abgesprochen ist. Wenn es richtig sein sollte, daß bei dem Verfahren lediglich ein Verweis herausgekommen wäre, von dem Schulvorstande aber keine Schritte getan sind, so würde der frühere Bericht der Ergänzung bedürfen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich erinnere mich nicht, daß der Magistrat in Aussicht gestellt hätte, über das Resultat eines gegen einen Lehrer einzuleitenden Disziplinarverfahrens hier Mitteilung zu machen. Das würde unseren Grundsätzen vollständig widersprechen. Das Verfahren ist geheim, und ich würde es für unrichtig halten, jemanden, der im Disziplinarverfahren verurteilt wird, in der Öffentlichkeit noch gehörig hineinzulegen. Wenn Herr Jasper fragt, ob der Magistrat ein Disziplinarverfahren gegen den Lehrer Esche eingeleitet habe, so ist mir die Frage nicht recht verständlich, denn das hat der Magistrat nicht zu tun. Ich wüßte auch gar nicht, wie der Magistrat dazu kommen sollte, sich mit

dem Lehrer Esche zu befragen, der unter dem Schulvorstande steht. Darüber aber, was im Schulvorstande vorkommt, kann der Magistrat nicht ohne weiteres Auskunft erteilen.

## XV. Anfrage Kalms: Statut zur Regelung des Teppichklopfens.

Die Anfrage lautet:

„Kann der Magistrat nicht baldigst getrennt von der Straßenpolizeiordnung ein Statut zur Regelung des Teppichklopfens bei der Versammlung einbringen?“

Herr Kalms (zur Begründung): Wenn ich mit dieser Sache nochmals komme, so bitte ich das zu entschuldigen. Ich habe nämlich gehört, daß einige Herrschaften, die hierher gezogen waren, infolge des ewigen Teppichklopfens in ihrer Nachbarschaft Braunschweig wieder verlassen haben. (Widerspruch.) Ich kann mit Namen dienen. Da es bekannt geworden ist, daß diese Sache statutarisch geregelt werden soll, könnte doch jetzt, nachdem ein Jahr seit meiner ersten Anregung vergangen ist, unabhängig von der Straßenpolizeiordnung etwas geschehen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Theoretisch würde es möglich sein, daß der Magistrat ein derartiges Statut selbständig und ohne Zusammenhang mit der Straßenpolizeiordnung der Versammlung vorlegte, aber aus Zweckmäßigkeitsgründen möchte der Magistrat diesen Weg nicht gehen, sondern hält es für richtiger und übersichtlicher, diese Bestimmungen, die eng mit der Straßenpolizeiordnung zusammenhängen, auch damit zu verbinden. Auf demselben Standpunkte steht die Herzogliche Polizeidirektion, und deshalb würde, auch wenn der Magistrat dem Wunsche des Herrn Kalms und den angeblichen Wünschen von Leuten, die aus dem angegebenen Grunde hier fortgezogen sein sollen, entsprechen wollte, nichts in der Sache zu machen sein. Da nun in den nächsten Wochen ein derartiges Statut im Magistrate durchberaten und der Versammlung sodann zugefertigt werden wird, so bitte ich Herrn Kalms, sich bis dahin in Geduld zu fassen. Bald wird es mit dem unzeitigen Teppichklopfen vorbei sein.

## XVI. Antrag Kalms: Einrichtung eines Viehhofes beim Schlachthause.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle die Einrichtung eines modernen Viehhofes auf dem Schlachthausgrundstücke beschließen.“

Herr Kalms: Die Deputation und die sonst maßgebenden Stellen haben sich in letzter Zeit mit dieser Frage beschäftigt und die Deputation hat mit Majorität beschlossen, den Handel auf dem Schlachthofe etwas zu modernisieren; die Fleischerinnung hat jedoch anerkannt, daß diese Einrichtung keinen Zweck hat. Aus folgenden Gründen bin ich veranlaßt worden, die Sache etwas zu beschleunigen: Als

ich wegen Verbilligung der Fleischpreise an die hiesigen Schlächter herantrat, antwortete man mir: Ermöglichen Sie uns zuerst, daß wir das Fleisch durch direkten Einkauf von Vieh verbilligen können. 350 Beteiligte wünschen den Viehhof, sie haben seit Jahren darum petitioniert und ich weiß wirklich nicht, weshalb man ihn den beteiligten Kreisen nicht gibt. Wenn auch die städtischen Behörden zu den Einrichtungen im Schlachthause ihre Zustimmung zu geben haben, so erhalten doch die Schlächter das Schlachthaus mit dem Viehhofe; ich kann deshalb nicht einsehen, weshalb man so furchtbar zurückhaltend ist, eine solche moderne Einrichtung, die in fast sämtlichen Städten von der Größe Braunschweigs schon vorhanden ist, hier zu treffen. Ich habe Beweise dafür, daß auf den Viehhöfen in Magdeburg und Hannover das Vieh 5 bis 10 M billiger gekauft werden kann als hier. Auch der landwirtschaftliche Zentralverein hat seinerzeit, als die Viehteuerung eintrat, anerkannt, daß eine Annäherung mit den Schlachtern notwendig wäre, wenn auch von dem Vereine bislang in der Sache noch nichts geschehen sein soll. Die beste Abhilfe wäre die Einrichtung eines Viehhofes.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Statutenkommission zur Vorberatung überwiesen und darauf die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis gegen 7<sup>1/2</sup> Uhr.

---



1907/1908.Nr. 8.

# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten

### zu Braunschweig

in deren Sitzung am 21. November 1907.

---

#### Tagesordnung:

|                                                                                |           |
|--------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| I. Wahl eines Stellvertreters für den Stadtverordnetenvorsteher . . . . .      | Seite 276 |
| II. Wahl von Kommissions- und Deputationsmitgliedern . . . . .                 | " 276     |
| III. Antrag K a l m s: Errichtung eines Viehhofes beim Schlachthause . . . . . | " 277     |
| IV. Gesuch um Neuregelung der Lehrergehälter . . . . .                         | " 277     |
| V. Baulichkeiten für das Straßenreinigungsinstitut . . . . .                   | " 290     |
| VI. Anschaffung von Mobiliargegenständen für die Gewerbeschule . . . . .       | " 292     |
| VII. Ankauf von Ackerflächen für das Mieselgut Steinhof . . . . .              | " 292     |
| VIII. Anordnung von Vorgärten für die Schleinitzstraße . . . . .               | " 293     |
| IX. Bewilligung von Mitteln für den Verkehrsverein . . . . .                   | " 295     |
| X. Aenderung der Baulinie an der Brabantstraße . . . . .                       | " 296     |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte Heymann, von Frankenberg, Wagner, Seele, Lorb und Schöttler.

Entschuldigt die Herren Buchler und Jäpper; später erscheint Herr Weichsel.

Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt, eröffnet die Sitzung und heißt zunächst die für die Herren Födel und Schöttler gewählten Mitglieder, die Herren Mohr und Konegen, in der Versammlung willkommen, dabei der Hoffnung Ausdruck gebend, daß deren Tätigkeit der Stadt Braunschweig zum Segen reichen möchte.

Sodann teilt der Herr Vorsitzende mit, daß der Vorstand des Braunschweiger Männer-Turnvereins die Mitglieder der Versammlung zu dem am 24. d. Mts. anläßlich des 47. Stiftungsfestes stattfindenden Schauturnen eingeladen habe.

Hierauf nimmt vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Es ist Ihnen bekannt, meine Herren, daß der Magistrat aus Anlaß von Anregungen, die hier bei der vertraulichen Besprechung des Bahnhofprojektes gegeben waren, in Aussicht genommen hatte, mir den Auftrag zu erteilen, nach Berlin zu fahren, um mit dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten über unsern Bahnhofsbau zu verhandeln. Bei den hier in der Versammlung stattgehabten Verhandlungen war bekanntlich von verschiedenen Seiten die Ansicht geäußert worden, daß es für die Stadt vielleicht noch das beste wäre, wenn der Kopfbahnhof beibehalten würde. Die Verhandlungen mit dem Herrn Minister haben nun in Berlin stattgefunden, und ich irre mich mit dem Magistrate wohl nicht, wenn ich von der Ansicht ausgehe, daß Sie, geehrte Herren, und indirekt auch die Bürgerschaft wissen möchten, was in Berlin verhandelt worden ist. Die Sache ist nicht vertraulich zu behandeln, weshalb ich sie hier in öffentlicher Sitzung mitteilen kann. Nachdem die Verhandlung in Berlin beendet war, habe ich über deren Inhalt eine kurze Registratur aufgenommen und sie Sr. Exzellenz dem Herrn Minister Breitenbach übersandt mit dem Ersuchen, mir mitzuteilen, ob gegen die Bekanntgabe des Inhalts der Verhandlungen etwas einzuwenden wäre. In der Registratur ist nur eine kleine Aenderung in bezug auf technische Fragen vorgenommen, sonst ist sie unverändert geblieben. Es wird wohl das richtigste sein, wenn ich den Herren die Niederschrift wörtlich vorlese:

„Niedergeschrieben im Rathause zu Braunschweig, den 28. Oktober 1907.

Im Auftrage des hiesigen Magistrates hat heute morgen der Unterzeichnete (Oberbürgermeister Ketemeyer) in Berlin mit dem Königlich Preussischen Herrn

Minister der öffentlichen Arbeiten über den Umbau der hiesigen Staatsbahnhöfe mündlich verhandelt.

Der Verlauf dieser Verhandlung war folgender: Der Unterzeichnete erklärte zunächst, er halte sich für verpflichtet, Sr. Excellenz Kenntnis davon zu geben, daß die — Sr. Excellenz zur Kenntnisaufnahme unterbreitete — Vorlage des Stadtmagistrates vom 29. Juni d. J. bei einem großen Teile der Einwohnerschaft der Stadt auf Widerstand stöße und daß, wie eine vorläufige vertrauliche Aussprache im Kreise der Stadtverordneten unzweideutig ergeben habe, auch hier die Ansichten sehr geteilt seien. Wie die Entscheidung, falls es jetzt zur Abstimmung komme, ausfallen werde, sei nicht vorauszusehen, doch könne schon jetzt als sicher gelten, daß die finanzielle Regelung der Angelegenheit, wie sie der Magistrat empfohlen habe, die Zustimmung der Stadtverordneten schwerlich finden werde. Ein Eingehen auf diesen Teil der Magistratsvorlage sei um so weniger zu erwarten, weil verschiedene Herren für Beibehaltung des für das reisende Publikum äußerst günstig gelegenen Kopfbahnhofs seien und bei dieser Stellungnahme — vielleicht allerdings nur vorläufig — auch bei solchen Stadtverordneten Zustimmung fänden, die zwar den Durchgangsbahnhof im Interesse der glatten Abwicklung des Verkehrs anstrebten, die Schaffung des 1700 Meter entfernt liegenden Hauptbahnhofs aber durch Geldopfer und Uebernahme eines schwerwiegenden Risikos zu unterstützen nicht geneigt seien. Es sei daher nicht ausgeschlossen, daß das Projekt des Kopfbahnhofs wieder aufgegriffen und zunächst seine Erörterung gefordert werde. Der Unterzeichnete müsse anerkennen, daß dieses Projekt in der Magistratsvorlage nicht näher erörtert worden sei; der Stadtmagistrat sei eben von der Ansicht ausgegangen, daß dasselbe seitens der preussischen Eisenbahnverwaltung endgültig aufgegeben sei. Eine diesbezügliche ausdrückliche Erklärung sei indessen bislang nicht abgegeben, und er wolle daher für den Fall, daß der Kopfbahnhof preussischerseits endgültig verworfen werde, ersuchen, solches behufs Vereinfachung der Verhandlungen ausdrücklich zu erklären.

Der dringende Wunsch der Einwohnerschaft, im Falle der Anlegung eines Durchgangsbahnhofs einen günstiger gelegenen Personenbahnhof zu erhalten, habe inzwischen die städtische Bauverwaltung veranlaßt, auch ihrerseits eine Lösung zu versuchen und zwar durch Anfertigung von zwei Skizzen, denen zufolge der Hauptbahnhof da projektiert sei, wo jetzt die Oker — oberhalb der Militärbadeanstalt — eine Halbinsel bilde. Die Entfernung des Hauptbahnhofs vom jetzigen Personenbahnhofe werde bei Ausführung dieses Projekts nur etwa 800 m betragen. Er wolle bitten, dieses Projekt einer näheren Prüfung unterziehen zu lassen und könne erklären, daß die durch diese Prüfung erwachsenden Kosten zu übernehmen die Stadt Braunschweig bereit sei. Im übrigen müsse er darauf hinweisen, daß die Stadt, deren Schulden jetzt schon etwa 25 Millionen Mark betrügen und die



genötigt sei, Steuern zu erheben, die bei den höheren Einkommen höher als in Berlin seien, beim besten Willen zu großen Opfern schlechterdings nicht imstande sei, eine Geneigtheit aber, für das vorgelegte Projekt à fonds perdu namhafte Opfer zu bringen, sei jedenfalls nicht vorhanden, und daß vielleicht der Staat sich dazu verstehen werde, erscheine im Hinblick auf dessen Finanzlage höchst zweifelhaft.

Der Herr Minister erwiderte folgendes: Er finde die Abneigung eines Teils der Einwohnerschaft gegen ein Projekt, das die Verschiebung des günstig gelegenen Personenbahnhofes um 1700 m nach außen vorsehe, zwar erklärlich, aber er sei überzeugt, daß die Vorteile des Projekts — auch für die Stadt — nicht ausbleiben würden, und er müsse deshalb auch an dem allseitig befolgten Grundsatz, daß die Städte die für sie vorteilhaften Eisenbahnunternehmen zu unterstützen hätten, festhalten. Diese Forderung müsse er aufrecht erhalten, obwohl seine Verwaltung sich den Pflichten, die sie dem Lande Braunschweig gegenüber zu erfüllen habe, voll bewußt und gewillt sei, den Wünschen der Stadt Braunschweig, soweit irgend zugänglich, entgegenzukommen. Bei der Prüfung dieser Wünsche aber müßten selbstverständlich in erster Linie die allgemeinen Verkehrsrücksichten maßgebend sein, und diese Rücksichten hätten denn auch dazu geführt, das früher erörterte Projekt der Erweiterung des vorhandenen Kopfbahnhofes fallen zu lassen und das jetzt vorliegende Projekt aufzustellen. Aus Rücksicht auf die glatte Abwicklung und die Sicherheit des Verkehrs verdiene eben jeder Durchgangsbahnhof den Vorzug vor einem Kopfbahnhofe; wolle man diese Vorteile bei den Bahnhofsanlagen in Braunschweig erzielen, so bleibe nichts anderes übrig, als den Personenbahnhof von der Innenstadt abzurücken, da das Bestreben, die Vorzüge des nahe gelegenen Kopfbahnhofes mit denen des Durchgangsbahnhofes zu vereinen, wie solches bei zweien der Gleimschen Projekte zutage getreten sei, an der Kostenfrage scheitere. Wenn er gleichwohl, um dem Wunsche der städtischen Behörden von Braunschweig zu entsprechen, sich damit bereit erkläre, das ihm soeben vorgelegte neueste Projekt einer Prüfung unterziehen zu lassen, so wolle er schon jetzt nicht verschweigen, daß dieser Entwurf an beiden Enden, namentlich aber auf der Westseite des Personenbahnhofes, Krümmungsverhältnisse zeige, die nicht annehmbar seien und die auch die Entwicklung der Bahnsteiggleise des Bahnhofs unmöglich machen. Ferner lasse die Skizze einen leistungsfähigen Abstell- und Betriebsbahnhof für den Personenzugdienst vermissen. Bei einer entsprechenden Umgestaltung des Entwurfs werde dieser noch weit höhere Kosten verursachen, als der Gleimsche Entwurf, von dessen weiterer Verfolgung die Stadt der Kosten wegen Abstand genommen habe. Die Finanzfrage, die er (der Herr Minister) im Einvernehmen mit dem preußischen Herrn Finanzminister zu regeln habe, müsse selbstverständlich gleichfalls angemessen erledigt werden, und er wolle daher schon jetzt erklären, daß der vom Stadtmagistrate ausgehende Vorschlag, der preußischen Eisenbahnverwaltung für das frei-

werdende Terrain statt der geforderten ca. 7 Millionen Mark nur 3 Millionen Mark bar zu zahlen, für den preußischen Staat nicht annehmbar sei, weil darin nicht eine Beteiligung Braunschweigs an den Kosten nach Verhältnis seines Interesses erblickt werden könne. Wenn die Stadt bei ihrer Ansicht verharre, so müsse eine andere Regelung versucht werden, und zwar in der Weise, daß die Eisenbahnverwaltung das freiwerdende Terrain selber verwerte. Das von ihr erwartete Entgegenkommen möge alsdann die Stadt dadurch beweisen, daß sie gegen Leistung eines Zuschusses, der in durchaus angemessener Höhe bemessen werden solle, das für den Bau zu erwerbende Terrain beschaffe, eine Maßregel, deren Durchführung der Stadt um so weniger schwer fallen dürfte, weil große Teile der zu erwerbenden Flächen dem braunschweigischen Staate gehörten. Endgültige diesbezügliche Entschlüsse setzten übrigens die Zustimmung des Herrn Finanzministers voraus.

Der Unterzeichnete wies darauf hin, daß die Verwertung des freiwerdenden Terrains durch die preußische Staatsbahnverwaltung der Stadtvertretung — wie schon in der oben gedachten Magistratsvorlage hervorgehoben — insofern nicht unbedenklich erscheine, als eine zu schnelle Veräußerung des umfangreichen Baugeländes leicht wirtschaftliche Nachteile für die Stadt im Gefolge haben könne und daß er daher anheimege, zu erwägen, ob nicht der Stadt insofern Entgegenkommen gezeigt werden könne, daß die Aufschließung und Verwertung des Areals durch die Organe der städtischen Verwaltung, jedoch im Einvernehmen mit der Eisenbahnverwaltung erfolge.

Der Herr Minister glaubte, auf diesen Vorschlag nicht eingehen zu können, hob aber dabei hervor, daß f. E. das vorerwähnte Bedenken nicht begründet sei. Eine zu schnelle Veräußerung des freiwerdenden Geländes durch die Eisenbahnverwaltung auf Grund und in Gemäßheit eines mit dieser vorher zu vereinbarenden Bebauungsplanes sei nicht zu besorgen, wie schon ein Hinweis auf Frankfurt a. M. beweise, wo der letzte Bauplatz erst kürzlich veräußert sei; im Gegenteil, er könne erklären, daß seiner Verwaltung an anderen Orten ein Vorwurf daraus gemacht sei, daß sie, um die Preise hochzuhalten, die Baupläze zu langsam veräußert habe.

Auf Ersuchen des Unterzeichneten versprach der Herr Minister schließlich noch, daß eine bestimmte Erklärung über Beibehaltung bezw. Aufgeben des Kopfbahnhofes bei der nach Verlauf von etwa 4 Wochen zu erwartenden Stellungnahme zu dem oben erwähnten neuen Projekt abgegeben werden solle."

Sie sehen aus dieser Verhandlung, daß, wie von mir gleich befürchtet wurde, die Reise von großem Erfolge nicht begleitet gewesen ist, jedoch hat sie wenigstens in einigen Punkten Klarheit geschaffen und auch eine bestimmte Erklärung über den Kopfbahnhof hervorgerufen. Nun könnte man sagen, daß der Magistrats-

vorlage, nachdem der Herr Minister sie, soweit ihr finanzieller Teil in Frage kommt, für unannehmbar erklärt hat, der Grund entzogen sei und der Magistrat sie einfach zurückziehen könne. Auf dem Standpunkte steht aber der Magistrat nicht. Wir können weder für die Ausführung, noch für das Fallenlassen des Projektes die Verantwortung allein tragen, sondern wir müssen mit Ihnen im Einvernehmen vorgehen. Deshalb haben wir den Wunsch, daß Sie, sobald die in Aussicht gestellte Erklärung eingegangen sein wird, in eine Beratung des Gegenstandes eintreten. Bis dahin bitten wir allerdings, davon abzugehen.

Vorsitzender: Da die soeben vom Herrn Oberbürgermeister verlesene Verhandlung wörtlich in unsern Bericht über die heutige Versammlung aufgenommen werden wird, so kann wohl von einer weiteren Vervielfältigung abgesehen werden. (Zustimmung.) Wir treten nun in die Erledigung der Tagesordnung ein.

### I. Wahl eines Stellvertreters für den Stadtverordnetenvorsteher.

An Stelle des zum unbesoldeten Mitgliede des Magistrates gewählten Herrn Füdel wird Herr Wolters mit 27 Stimmen zum Stellvertreter des Vorsitzenden gewählt. Außer diesen 27 Stimmzetteln waren 5 weiße Zettel abgegeben, während 1 Stimme Herr Kalms erhielt.

Herr Wolters nimmt die Wahl an.

### II. Wahl von Kommissions- und Deputationsmitgliedern.

Für die zu Magistratsmitgliedern erwählten Stadtverordneten Füdel und Schöttler sind behufs Vervollständigung verschiedener Kommissionen und Deputationen Ersatzwahlen vorzunehmen, die folgendes Ergebnis hatten.

Es wurden gewählt: a) in die Statutenkommission Herr Ritter mit 17 Stimmen, während Herr Möhle 13 Stimmen erhielt;

b) in die Finanzkommission Herr Löhnefinke durch Zuruf;

c) in die Deputation zur Beratung von Angelegenheiten der vereinigten Versammlung Herr Ritter durch Zuruf;

d) in die Deputation für die Oberrealschule Herr Frühling durch Zuruf;

e) in die Deputation für die Gewerbeschule Herr Böcke durch Zuruf;

f) in die Deputation für die städt. Licht- und Wasserwerke die Herren Konegen mit 18 Stimmen und Ritter mit 17 Stimmen; außerdem erhielten Herr Tolle 13, Herr Ohlendorf 8, Herr Kalms 2 und Herr Fricke 1 Stimme.

Herr Meyerhoff (zur Geschäftsordnung): Verschiedene Stimmzettel trugen nur einen Namen, obwohl zwei Herren zu wählen waren; sind solche Stimmzettel gültig?

Vorsitzender: Ein solcher Stimmzettel ist gültig, denn es muß mir gestattet sein, nur einen Herrn zu wählen, während ich mich bezüglich des anderen Herrn der Stimmabgabe enthalte. Ich würde in die Freiheit des Wählers eingreifen, wenn ich ihn zwingen wollte, zwei Namen aufzuschreiben.

Es folgt g) die Ergänzungswahl für die Deputation zur Aufschließung von Quellwasser.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Ich möchte mir erlauben, hierzu vorher einige Worte zu sagen: Es wird dieser Deputation voraussichtlich schon in nächster Zeit seitens des Herrn Direktor von Feilitzsch das Projekt wegen Ausführung der Leitung von Rünningen nach dem alten Wasserwerke vorgelegt werden. Dabei kommt wesentlich in Betracht, daß das Wasser in Rünningen zwar reichlich vorhanden, aber stark mit Eisen durchsetzt ist und infolgedessen enteisenet werden muß, wodurch die Wasserlieferung etwas aufgehalten wird. Da nun hierbei die schwerwiegendsten technischen Fragen zu beantworten sind, so möchte ich mir die Bitte erlauben, in die Deputation tunlichst etwas technisch gebildete Mitglieder der Versammlung zu berufen. Wenn ich auch alle Hochachtung vor den Mitgliedern der Deputation habe, so kann ich bei verschiedenen Herren doch nicht anerkennen, daß sie auf technischem Gebiete als erfahren gelten können, was mir die Herren nicht übel nehmen mögen.

Die Herren Frühling und Koenegen werden darauf durch Ruf in die Deputation gewählt.

h) In die Deputation zur Prüfung des Bahnhofprojektes wählt die Versammlung schließlich noch Herrn Meyerhoff durch Ruf.

### III Antrag Kalm's: Errichtung eines Viehhofes beim Schlachthause.

Herr Bues: Nachdem der Magistrat in der Kommissionsitzung hat erklären lassen, daß die Sache noch der Aufklärung bedürfe und er sich zurzeit noch damit beschäftige, so empfiehlt die Statutentkommission im Einvernehmen mit dem Herrn Antragsteller, den in der letzten Sitzung gestellten Antrag bis auf weiteres zurückzustellen,

was geschieht.

### IV. Gesuch um Neuregelung der Lehrergehälter.

Der Braunschweiger Lehrerverein hat unterm 18. Oktober d. Js. die Versammlung um Neuregelung der Lehrergehälter gebeten und führt zur Begründung dieser Bitte etwa folgendes aus:

Schon im Dezember v. Js. reichten wir sowohl dem Stadtmagistrate als auch dem Stadtverordnetenkollegium ein Gesuch nebst einer begründenden Denkschrift um Gehaltsregelung ein, und nach einer ablehnenden Antwort seitens des Magistrates

trugen wir dann den Herren Stadtverordneten unter Widerlegung der Ablehnungsgründe des Magistrates im Mai d. Js. aufs neue unsere Bitte vor, die indessen bisher auch nicht erfüllt worden ist. Dringende Not, deren Ursache in den beiden genannten Schriften eingehend erörtert worden ist, zwingt uns, die gleiche Bitte um Gehaltserhöhung nach Verlauf weniger Monate abermals zu wiederholen. Infolge der außergewöhnlichen Verteuerung der Lebenshaltung sind die Gehaltsbezüge sämtlicher Stufen augenblicklich derart ungenügend, daß eine standesgemäße Lebensführung damit nicht mehr zu ermöglichen ist. Wo Nebeneinkünfte fehlen, sieht man daher in Lehrerfamilien mit banger Sorge der Zukunft entgegen umsomehr, da eine abermalige Preissteigerung der Feuerung zu verzeichnen ist und die Wohnungsmieten ebenfalls zu steigen beginnen. Mit Rücksicht auf die ganz bedeutende Verteuerung der Lebenshaltung, in Hinsicht ferner darauf, daß sämtliche deutschen Städte von der Größe Braunschweigs dieser Preissteigerung in einem Maße Rechnung getragen haben, daß die Besoldung der Lehrer in der Stadt Braunschweig tatsächlich die niedrigste in Deutschland ist, sowie endlich mit Rücksicht auf die recht ungünstigen Anstellungsverhältnisse der hiesigen Bürgerschullehrer bitten wir um eine Neuregelung unserer Gehaltsverhältnisse. Wir erlauben uns, noch hinzuzufügen, daß eine Skala mit einem Anfangssatz von 2200 M und einem Höchstgehalte von 4200 M sowohl den augenblicklichen Zeitverhältnissen als auch den mittleren Gehaltsätzen der großen Städte entsprechen würde.

Namens der Finanzkommission berichtet hierüber Herr Wolters: Die Lehrergehälter betrugen bis zum 1. Januar 1901 von 1350 M bis 3100 M und von diesem Zeitpunkte ab 1600 M bis 3600 M, welcher Höchstfuß nach 27 Dienstjahren erreicht werden kann. Wenn die Versammlung sich jetzt mit dieser Frage schon wieder befaßt, so mag das für den ersten Augenblick auffallend erscheinen, nachdem Magistrat und Stadtverordnete dem Gesuche gegenüber erst vor so kurzer Zeit eine ablehnende Stellung eingenommen haben, indessen sind die Verhältnisse, die damals der Beurteilung zugrunde lagen, inzwischen andere geworden insofern, als die allgemeine Teuerung weitere Fortschritte gemacht hat. In dieser Beziehung haben auch andere Verwaltungszweige und zwar die Deputationen schon in der Weise Stellung zu der Frage genommen, daß sie vorgeschlagen haben, den sämtlichen städtischen Arbeitern vom 1. April 1908 ab Lohnerhöhungen zuzubilligen. Der Magistrat hat erklärt, diesem Beschlusse der Deputationen beitreten zu wollen. Bei der Durchberatung des städtischen Etats für das Jahr 1908/09 werden sich also die Herren schlüssig zu machen haben, ob Sie den Vorschlägen der Deputationen zustimmen wollen, und Sie werden in gerechter Würdigung der einschlägigen Verhältnisse diese Zustimmung wohl nicht versagen können. Wenn man der einen Kategorie von städtischen Bediensteten die Teuerungsverhältnisse zugute rechnen will, so würde es nach der Meinung der Finanzkommission nicht gerecht-

fertigt sein, einer anderen Kategorie diese Vorteile zu versagen. Deshalb ist es grundsätzlich gerechtfertigt, in eine erneute Prüfung der Gehaltsätze der Lehrer einzutreten, und die Finanzkommission steht auch grundsätzlich auf dem Standpunkte, daß es gerechtfertigt erscheint, eine Erhöhung der Sätze eintreten zu lassen.

Indessen muß dazu folgendes bemerkt werden: Nicht allein im Interesse der Lehrer ist eine Erhöhung der Gehaltsätze gerechtfertigt, sondern auch das städtische Interesse erfordert es, mit anderen Bundesstaaten und Kommunen, die mit der Erhöhung der Lehrergehälter vorangegangen sind, gleichen Schritt zu halten, um gute jüngere Lehrkräfte hier dauernd zu fesseln. Wenn nun die Finanzkommission grundsätzlich auf dem Standpunkte steht, in eine Prüfung der Gehaltsverhältnisse der Lehrer eintreten zu wollen, so tut sie es, indem sie zwei ganz besondere Bedingungen daran knüpft. Einmal erscheint es ihr nicht gerechtfertigt, lediglich die Lehrer als solche in ihren Gehaltsätzen hinaufzusetzen, sondern sie ist der Meinung, daß es aus demselben Grunde notwendig wäre, auch die Gehaltsverhältnisse der sämtlichen städtischen Beamten — Unterbeamten, Mittlernbeamten und Oberbeamten — gleichzeitig neu zu regeln.

Die zweite wesentliche Bedingung der Kommission besteht darin, daß es den städtischen Behörden gelingt, gleichzeitig auch die Deckungsfrage im günstigen Sinne zu regeln. Nur wenn das gelingt, hält es die Finanzkommission für möglich, in eine Erhöhung der sämtlichen Beamtengehälter einzutreten.

Was nun den ersten Gesichtspunkt, die gleichzeitige Aufbesserung der Gehaltsätze für die Lehrer und die städtischen Beamten betrifft, so erscheint es notwendig, neben den Lehrern auch die städtischen Beamten mit zu berücksichtigen. Würde man nur die eine Kategorie berücksichtigen, die andere aber nicht, so würde das ein Unrecht sein, das diese Kategorie nicht verdient hätte. Auch ein Vergleich der Gehaltstabellen von 1900 und 1906 zeigt uns, daß die Beamten im letzteren Jahre eine wesentliche Aufbesserung nicht erfahren haben, sondern nur ein organisatorischer Ausgleich stattgefunden hat. Würde man deshalb jetzt einseitig nur die Lehrer bedenken, so würde das schon aus diesem Grunde ungerecht sein; es mag aber auch im einzelnen der Beweis geführt werden, daß tatsächlich die städtischen Beamten im Jahre 1906 gegen 1900 eine wesentliche Erhöhung der Gehaltsätze nicht erfahren haben. (Medner weist das an der Hand der Gehaltstabellen von 1900 und 1906 nach.) Lehrt also ein Blick auf die beiden Tabellen, daß bei den städtischen Beamten eine Veränderung in den Gehaltsätzen seit 1900 so gut wie nicht eingetreten ist, so würde, wenn wir jetzt einseitig nur die Lehrergehälter erhöhen wollten, das eine ungerechte Verteilung bedeuten. Es ist aber auch absolut betrachtet die Besoldung einzelner städtischen Beamten zu gering. Um einzelne Beispiele herauszugreifen, führe ich nur folgendes an. Der Leiter unserer Gas- und

Wasserwerke, der uns jetzt allgemach durch seine vorzügliche finanzielle Leitung mehr als eine halbe Million im Jahre herauswirtschaftet, erhält einen Gehaltsatz von 3000 M bis 4200 M. (Widerspruch.) Durch besonderen Dienstvertrag ist das allerdings später anders geregelt worden. Auch die Abteilungen der städtischen Bauverwaltung erscheinen nicht ausreichend in ihren Besoldungsverhältnissen. Ebenso sind nach der Meinung der Finanzkommission die Besoldungsverhältnisse der Magistratsmitglieder unzureichend und namentlich auch in Anbetracht der ihnen obliegenden großen Arbeitslast änderungsbedürftig.

Die zweite Bedingung besteht darin, daß durch einen gleichzeitigen Beschluß eine günstige Lösung der Deckungsfrage herbeigeführt werden soll. Gelingt es uns nicht, gleichzeitig die finanzielle Frage günstig zu lösen, so hat es sich bezüglich der Aufbesserung der Beamtengehälter nur um fromme Wünsche gehandelt, denn es wird nicht möglich sein, irgend welchen Beamten eine Gehaltsaufbesserung zu geben. Der hierbei in Frage kommende Geldbedarf läßt sich etwa folgendermaßen berechnen: Die Stadt zahlt an Gehalt und Löhnen 2429 000 M, davon entfallen auf Beamte 2059 000 M und auf Arbeiter 370 000 M. Wenn man nun, um überhaupt einen Griff zu tun, eine zehnprozentige Erhöhung des Einkommens dieser Bediensteten ins Auge fassen wollte, so würde das einem jährlichen Bedarf von rund 205 000 M entsprechen. Selbstverständlich sind diese 10 % nur ein Griff, um überhaupt mit Zahlen zu arbeiten; ich möchte deshalb auch der irrtümlichen Auffassung vorbeugen, daß jeder Beamte eine Aufbesserung von 10 % erhalten soll.

Bezüglich der Deckung dieser Anforderung sind in der Finanzkommission verschiedene Erwägungen vorgenommen, jedoch ist gleichzeitig anerkannt worden, daß es äußerst gefährlich sein würde, wenn wir uns auf diesem Gebiete bewegen wollten; man würde dabei nicht in das Land der unbegrenzten Möglichkeiten, sondern der unbegrenzten Schwierigkeiten kommen. Es liegt die Möglichkeit der Einführung einer neuen Veränderungssteuer, einer Wertzuwachssteuer zc. vor, ebenso kann der Gewinn aus den Gas- und Wasserwerken in anderer Weise verwendet, oder auch die Gemeinderinkommensteuer erhöht werden. Alle diese Vorschläge sind erwogen worden, jedoch ist es nicht denkbar, daß sich die Finanzkommission mit bestimmten Anträgen schon jetzt festlegt, sondern es erscheint notwendig, diesen weitreichenden Stoff bezüglich der Festsetzung der Gehaltsätze und der Deckungsfrage in sorgfältige Vorberatung zu ziehen. Die Kommission hält es für zweckmäßig, zu diesem Zwecke eine besondere Deputation einzusetzen, der außer einem oder mehreren Magistratsmitgliedern nach dem Vorschlage der Finanzkommission zunächst diese selbst und außerdem die Vorsitzenden der drei anderen größeren Kommissionen, nämlich die Herren Frühling, Koch und Weichsel, angehören würden.

Sie hat die Finanzkommission noch erwogen: es möchte nämlich schon jetzt der Arbeit der Deputation in gewissem Sinne eine Direktive insofern gegeben werden, als eine Beschlußfassung darüber erfolgt, ob man etwa eine Erhöhung der Einkommensteuer ausschließen will. Wie sich die Finanzkommission in eine theoretische Erörterung aller dieser Steuermöglichkeiten nicht eingelassen hat, so bittet sie auch die Versammlung, jetzt eine prinzipielle Erörterung der im Bereiche der Möglichkeit liegenden Steuerarten noch nicht stattfinden zu lassen, sondern dieses zunächst der Deputation zu übertragen. Nur in dem einen Punkte, ob man etwa die Gemeindeeinkommensteuer von einer Erhöhung prinzipiell ausschließen will, hält die Kommission es für angebracht, eine Aeußerung der Versammlung herbeizuführen. Ich bin beauftragt, hierzu einige Erläuterungen zu geben.

Wir haben im letzten Jahre an Gemeindeeinkommensteuer 2289 300 M. ausgeschrieben, wovon 2245 195 M. eingekommen sind. Wenn man nun eine zehnprozentige Gehaltserhöhung für die Beamtenerschaft ins Auge fassen, und dafür ein Aequivalent in der Erhöhung der Einkommensteuer schaffen wollte, so würde es sich um eine zehnprozentige Erhöhung derselben handeln müssen. Eine größere Anzahl Herren hat nun aber Bedenken getragen, einer solchen Steuererhöhung das Wort zu reden, da besonders den Herren, die die Verkehrsverhältnisse unserer Stadt im Auge haben, eine weitere Erhöhung der Einkommensteuer nicht tunlich erscheint. Man muß dabei auch berücksichtigen, daß es immerhin möglich erscheint, daß die Staatseinkommensteuer noch weiter erhöht werden wird und daß städtischerseits abgesehen von der Gehaltsfrage später doch noch auf eine Erhöhung der Einkommensteuer zurückgegriffen werden muß, da wir von 1911 ab mit unseren großen Amortisationen beginnen müssen.

Ich fasse nun also die Vorschläge der Finanzkommission in folgende Fragen zusammen:

1. Sind die Herren grundsätzlich für eine anderweite Regelung der Lehrergehaltssätze?
2. Stehen die Herren ebenfalls auf dem Standpunkte, daß gleichzeitig mit den Gehaltssätzen der Lehrer auch eine Neuregelung der Gehaltssätze sämtlicher städtischen Beamten eintreten muß, also das eine ohne das andere nicht erfolgen soll?
3. Sind Sie einverstanden, daß durch gleichzeitigen Beschluß sowohl die Deckungs- als auch die Gehaltserhöhungsfrage geregelt werden soll?
4. Wenn die Fragen bejaht werden sollten, so würde vorgeschlagen, eine Deputation zu wählen. Die Versammlung würde sich dann aber auch darüber schlüssig werden müssen, ob der Deputation eine gewisse Direktive hinsichtlich der Erhöhung der Einkommensteuer gegeben, oder ob diese Frage erst in der Deputation behandelt werden soll.



Sollte es den städtischen Behörden nicht gelingen, auch die Deckungsfrage in günstigem Sinne zu regeln, so würde also nach der Ansicht der Finanzkommission die gesamte Frage der Gehaltsregelung in Wegfall kommen.

Vorsitzender: Ich möchte vorschlagen, die Materie in zwei große Abschnitte zu teilen, nämlich erstens, ob wir die Lehrer allein oder sämtliche städtische Beamte berücksichtigen wollen und zweitens, ob wir eine Deputation wählen und ihr eine bestimmte Direktive hinsichtlich der Erhöhung der Gemeinderinkommensteuer geben wollen. Der erste Punkt wird sich voraussichtlich schnell erledigen lassen, da kaum abweichende Meinungen darüber vorhanden sein werden. Ich stelle zunächst den ersten Punkt zur Besprechung.

Herr Meherhoff: Wenn wir an eine Reorganisation der Gehaltsätze herangehen wollen, so müssen wir alle Beamtenkategorien berücksichtigen, denn was dem einen recht ist, ist dem andern billig.

Herr Kieke: Ich möchte beantragen, daß nicht nur die Beamten, sondern auch die Arbeiter in die Erhöhung der Besoldung einbegriffen werden.

Herr Wolters: Wie ich vorhin schon erklärte, werden die Arbeiter, selbst wenn diese Sache fallen sollte, ohnehin vom 1. April 1908 ab aufgebessert werden, nachdem der Magistrat bereits erklärt hat, den Beschlüssen der betreffenden Deputation beitreten zu wollen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich möchte diese Mitteilung noch dahin ergänzen, daß die Deputation für die Licht- und Wasserwerke und die Pumpstation sich schon im Laufe dieses Jahres, nämlich vom 1. Oktober 1907 ab, genötigt gesehen hat, die Löhne zu erhöhen. Die Deputation hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Aufrechterhaltung dieses Betriebes mit durchaus zuverlässigen Arbeitern absolut erforderlich ist, und da sie in der letzteren Zeit, wo die Industrie sehr viele Arbeitskräfte erforderte, nicht in der Lage war, gute Arbeitskräfte zu den bisherigen Lohnsätzen zu bekommen, so hat sie sich für ermächtigt gehalten, den Lohn ohne weiteres zu erhöhen. Ich hoffe, daß die geehrten Herren das nachträglich billigen werden.

Was den Vorschlag der Finanzkommission betrifft, die Gehälter der sämtlichen städtischen Beamten einer Revision zu unterziehen, so darf ich erklären, daß der Magistrat auf demselben Standpunkte insofern steht, als er es nicht für richtig halten würde, lediglich einen Teil, nämlich die Lehrer, aufzubessern und den anderen unberücksichtigt zu lassen. Auch der Wahl einer Deputation wird der Magistrat zustimmen.

Um nun nicht eine unrichtige Nachricht in die Welt gehen zu lassen, möchte ich bemerken, daß dem Herrn Referenten ein Irrtum hinsichtlich der Besoldungsverhältnisse des Direktors der Licht- und Wasserwerke passiert ist. Dieser gehört nämlich nicht in die Kategorie der Betriebsleiter, sondern das sind die Herren

Beuthner und Mörs, während der Direktor in die Gehaltsordnung nicht aufgenommen, sondern dessen Einkommen durch Vertrag geregelt worden ist.

Herr Schmidt: Diese schwerwiegende Frage ist in den verschiedenen Städten in zweierlei Weise gelöst worden: einmal, indem man den Beamten die Gehälter erhöht, oder aber indem man ihnen Teuerungszulagen bewilligt hat, mit der Begründung, daß man nicht wissen könne, wie sich die Verhältnisse gestalten würden. Ich muß gestehen, daß ich an eine Milderung der augenblicklichen Verhältnisse nicht glaube und deshalb für meinen Teil bereit sein würde, die Besoldungserhöhungen dauernd zu bewilligen. Ich weiß nicht, wie der Magistrat darüber denkt; es schien mir, als wenn kleine Zweifel beständen, ob nicht möglicherweise ein Rückschlag eintreten könnte. Wenn Sie die heutigen sozialpolitischen Verhältnisse berücksichtigen, so werden Sie ohne weiteres anerkennen müssen, daß wir auf den alten Standpunkt nicht wieder zurückkommen können. Die Verkürzung der Arbeitszeit und andere Momente deuten darauf hin, und auch unsere ganze Gesetzgebung ist darauf zugeschnitten, daß der frühere Zustand nicht wieder eintreten kann. Wir müssen daher die Gehaltserhöhungen dauernd und nicht nur vorübergehend bewilligen.

Vorsitzender: Sind die Herren damit einverstanden, daß grundsätzlich die Frage der Erhöhung der Lehrergehälter nur im Zusammenhange mit der Erhöhung der sämtlichen Beamtengehälter geprüft werden soll? (Zustimmung.)

Dann kommen wir zu der zweiten Frage betreffs der Deputation.

Herr Probst: Ich möchte mich gegen eine Erhöhung der Einkommensteuer aussprechen, da es noch andere Mittel und Wege gibt, die erforderliche Summe zu decken. Ich erinnere nur an die Einrichtung einer städtischen Sparkasse, wodurch es sehr wohl möglich sein würde, der Stadt eine Einnahme zuzuführen. Wenn ich auch nicht in der Lage bin, darüber jetzt einen größeren Vortrag zu halten oder Zahlen anzuführen, so möchte ich der Deputation doch ans Herz legen, den Punkt bei ihren Beratungen mit ins Auge zu fassen.

Herr Meyerhoff: Ich ergreife das Wort als Gegner der Erhöhung der Einkommensteuer. Herr Probst sagte, er besitze darüber kein Material, jedoch hat der Grundbesitzerverein sich die Mühe nicht verdrücken lassen, ein reiches Material, das für die Errichtung einer städtischen Sparkasse spricht, zusammenzutragen. In der nächsten Sitzung werde ich einen Antrag auf Errichtung einer städtischen Sparkasse stellen, und Sie werden an der Hand der von mir vorzulegenden Tabelle sehen, daß die Erhöhung der sämtlichen Gehälter spielend aus der Sparkasse bestritten werden kann. Die Stadt Kiel hat z. B. jedes Jahr 200 000 bis 400 000 M. nur aus den Mitteln der Sparkassen zu gemeinnützigen Zwecken, Volksbädern etc., verwendet. Ich bin deshalb entschieden dafür, daß dieser Weg auch hier beschritten wird. Wir wissen allerdings, daß der Bürgermeister Herbst in Blankenburg ge-

äußert hat, es würde vor der Errichtung städtischer Sparkassen erst die Landesgesetzgebung gefragt werden müssen. Ob das richtig ist, weiß ich nicht, jedoch wird der Herr Oberbürgermeister darüber Auskunft geben können. Sie werden an der Hand der von mir beizubringenden Zahlen sehen, daß der Weg gangbar ist. Außerdem lassen sich auch noch andere Wege finden. Wir verbrauchen jetzt die Ueberschüsse aus den Gas- und Wasserwerken bis zu einer Million Mark zu dem Neubau des Gaswerkes, außerdem fließen daraus die Mittel für die Schulbauten, für den Archiv- und den Museumsbau. Von dem neuen Gaswerke verspreche ich mir so viel Segen, daß die in dem letzten Abschlusse figurierende Ueberschußsumme noch weit übertroffen werden wird. Auch bei den Schulbauten wird es nicht nötig sein, in demselben Tempo fortzuschreiten, so daß es vielleicht möglich sein wird, einen Teil dieses Fonds zu den Gehaltserhöhungen zu verwenden. Demnach wird es wahrscheinlich auch ohne eine Steuererhöhung abgehen. Vor allen Dingen möchte ich aber warnen, den Grundbesitz aufs neue zu belasten. Die Subhastationen sind noch lange nicht zu Ende, und dazu kommt der hohe Geldpreis. Es sind mir Fälle bekannt, wo die Herleiher von Hypothekendarlehen rücksichtslos vorgehen und aus der Geldklemme Nutzen ziehen. So hatte z. B. eine Hypothekenbank eine Provision von 2 % neben einer Erhöhung des Zinsfußes von  $\frac{1}{2}$  bis 1 % und dazu noch eine Verlängerungsgebühr von 2 % gefordert. Bei solchen himmelschreienden Zuständen würde eine weitere Belastung des Grundstücksmarktes schwer empfunden werden. Ich möchte bitten, dies vorher alles reiflich zu prüfen, ehe eine neue Steuer beschlossen wird.

Herr Koch: Ich bin ein großer Gegner der Erhöhung der Einkommensteuer. Der Staat hat seine Steuern erhöht, alles ächzt und schreit über die hohen Steuern, und wir dürfen unsere Einkommensteuer nicht erhöhen, wenn wir nicht den Bezug verjagen wollen. Sobald diese Steuer nicht ausreicht, gibt es noch Lustbarkeits- und Veränderungssteuern, die man in anderen Städten, wie in Cassel, Magdeburg und Hannover, auch eingeführt hat. Das sind Steuern, die jeder ersparen kann, wenn er sie nicht ausgeben will. Es gibt also auch ohne die Erhöhung der Einkommensteuer noch Möglichkeiten, das Geld zu den Gehaltserhöhungen der Beamten zu erhalten.

Herr Esdorn: Ich gebe Herrn Meyerhoff ohne weiteres recht: wird der Weg mit der Einrichtung einer städtischen Sparkasse gelingen, so finden wir nicht mehr die Schwierigkeiten und es wird möglich sein, die Ueberschüsse mit anderen noch aufzufindenden Mitteln zur Erhöhung der Beamtenbesoldungen zu verwenden. Das müssen wir abwarten. Es ist dann auch noch erwähnt worden, hierzu die Ueberschüsse aus den Gas- und Wasserwerken mit zu verwenden. Uns ist aber seinerzeit in Aussicht gestellt worden, den Gaspreis zu ermäßigen, sobald das neue

Werk fertig sein würde, was unter solchen Umständen ausgeschlossen sein dürfte. (Widerspruch.) Darin würde eine indirekte Belastung des Gewerbestandes liegen. Auch die Wertzuwachssteuer und die Veränderungssteuer sind hier genannt worden, jedoch sind die Meinungen darüber geteilt. Es wird sich schon etwas herausfinden lassen, wenn ich auch dem von Herrn Koch empfohlenen Wege niemals zustimmen kann und eher für die Erhöhung der Einkommensteuer sein würde. So lange ich Mitglied der Versammlung sein werde, werde ich jede indirekte Steuer bekämpfen.

Herr Schmidt: Ich möchte Herrn Meyerhoff entgegentreten in seiner Ansicht, als ob wir je daran denken können, die Mittel ohne Erhöhung der Gemeindefinkommensteuer aufzubringen. In dem Rechnungsabschluß für 1906/07 liegt die Sache so, daß der erzielte Ueberschuß nur ein Scheinresultat ist, während wir faktisch eine Mindereinnahme an Steuern gehabt haben und der Ueberschuß nur daher kommt, daß wir notwendige Ausgaben nicht gemacht haben und zwar solche, die in den Etat eingestellt, aber nicht ausgeführt worden sind. Deshalb haben wir nur künstlich eine Ersparnis zu verzeichnen gehabt insofern, als die ersparten Ausgaben im laufenden Jahre doch gemacht werden müssen. Es handelt sich dabei um Summen, die zu Buche schlagen, nämlich nicht ausgeführte Bauten von Bedürfnisanstalten, Ersparnisse bei der Straßenreinigung und im Armenwesen. Glauben Sie etwa, daß wir mit der im abgelaufenen Jahre benötigten Summe für das Armenwesen auch in Zukunft auskommen werden? Ich nicht. Wenn andere Zeiten eintreten werden — und die kommen, denn wir befinden uns schon auf der absteigenden Linie — so wird auch dieser Ausgabeposten wieder anwachsen. Auch Kanalanlagen und Hochbauten sind nicht in der veranschlagten Höhe ausgeführt worden, so daß man leicht einen Ueberschuß feststellen kann. Ebenso gut kann ich eine Reise nach dem Monde in den Etat einstellen, aber trotzdem habe ich das dafür ausgelegte Geld nicht im Besitze, wenn die Reise nicht ausgeführt wird. Es steht fest, daß die Steuern nicht das gebracht haben, was wir hätten haben müssen. Wir müssen deshalb sehr vorsichtig sein und dürfen hierbei auch nicht auf die Einnahmen aus den Gasanstalten rechnen. Das Gaswerk kostet uns über eine Million Mark, wofür wir 40 000 M Zinsen aufbringen müssen. (Zuruf: Wir brauchen keine Zinsen zu bezahlen!) Wir müssen die Zinsen uns auf jeden Fall berechnen. Am Wasserwerke verdienen wir auch, jedoch müssen wir uns diese Einnahmequelle zu erhalten suchen und können auch nicht dauernd darauf rechnen. Ohne irgend eine Steuer werden wir nicht auskommen, und es wird Sache der einzusetzenden Deputation sein, zu ermitteln, in welcher leicht einbringlichen Weise wir solche Steuern bekommen werden. Soviel ich höre, ist Herr Koch sehr tüchtig in der Benennung von Steuern, weshalb nur empfohlen werden kann, ihn in die Deputation zu wählen. (Heiterkeit.)

Herr Alßmann: Den Ausführungen des Herrn Schmidt stimme ich nicht zu, wenn er meint, daß die Finanzlage der Stadt ziemlich ungünstig gewesen und der Ueberschuß aus 1906/07 auf die Rechnung von Mondreisen zu schreiben wäre. Die Etatsaufstellung ist so nüchtern und vorsichtig und auf das aller-  
notwendigste begrenzt gewesen, daß solche Geispinste, wie Mondreisen dabei nicht mitgespielt haben. Wenn ferner gesagt wurde, der Armenetat hätte einen Ueber-  
schuß erzielt, so muß man andererseits aber auch daran denken, daß die Sätze für die Armen erhöht werden müssen, denn das ist zweifellos nötig. Herr Schmidt hat recht, wenn er meint, daß wir mit den sozialen Anforderungen nicht auf das  
Niveau früherer Zeiten zurückgehen werden; deshalb müssen wir aber auch ein-  
sehen, daß die Unterstützungssätze für die Armen der Stadt zu erhöhen sind.

Ueber das Wie der Beschaffung der erforderlichen Mittel hat man schon ver-  
schiedene Meinungen gehört. Der eine will die direkte Einkommensteuer nicht erhöhen. Gegen eine solche Erhöhung würde ich mich noch nicht verwahren, denn die direkten Steuern sind nicht nur notwendig, sondern auch richtig, und können  
zuerst erhöht werden, weil die Leute dann gleich sehen, was sie bezahlen müssen. Dagegen bin ich nicht für die Einführung oder Erhöhung indirekter Steuern, weil  
dadurch hauptsächlich die schwachen Schultern belastet werden. Herr Koch meinte, die Vergnügungssteuer könne sich jeder vom Halse halten, aber die Armen haben  
auch ein Recht, sich einmal ein Vergnügen zu gönnen und sich nach der Arbeit zu erholen. Die Arbeiter müssen bei der Veranstaltung eines Tanzvergnügens heute  
schon einen Tanzschein lösen, während die Ausgabe bei den besitzenden Klassen durch Einrichtung kleiner privater Tanzkirkel umgangen werden kann. Auf den  
Standpunkt der Einführung einer Vergnügungssteuer könnte ich mich also  
nicht stellen.

Es ist sodann vorgeschlagen worden, eine städtische Sparkasse zu errichten. Herr Meyerhoff meinte allerdings, es würde das ohne die Landesgesetzgebung nicht  
gehen; wenn das wahr wäre, so würde es echt schöppensiedisch aussehen, daß die  
Stadt nicht einmal ein solches Institut errichten und ihre Bürger zur Sparbarkeit  
anhalten dürfte. Gegen die Sparkasse läßt sich ja auch die Einwendung erheben,  
daß die Bankiers kommen und sagen könnten, sie würden durch die Stadt geschädigt,  
wenn diese die Geldgeschäfte selbst besorge. Herr Meyerhoff nimmt wohl mit Recht  
an und ich auch, daß das nicht geschehen wird, aber bei anderen Sachen, namentlich  
wenn es sich um die Erschließung neuer Steuerquellen handelte, waren einige  
Herren gleich bei der Hand, zu erklären, daß die Stadt keine eigenen Unter-  
nehmungen machen dürfe, weil sie dadurch anderen Unternehmern etwas entzöge.  
Ich werde die Stadt gern unterstützen, wenn sie neue Betriebe in Angriff nehmen  
will, um ihre finanziellen Angelegenheiten zu regeln. Deshalb würde ich es auch  
mit Freuden begrüßen, wenn die Stadt eine Sparkasse einrichten wollte, um Geld

zu billigem Zinsfuß zu bekommen und sich nicht bei jeder Gelegenheit teures Geld beschaffen zu müssen.

Eine Festlegung der Versammlung nach der einen oder anderen Richtung soll indessen heute noch nicht stattfinden. Wenn aber die Gehaltszulagen davon abhängig gemacht werden sollen ob wir eine bequeme Deckung dafür finden, so bin ich anderer Meinung. Wir werden dem fortwährenden Anstrome der Beamten nicht aus dem Wege gehen, wenn sich etwa herausstellen sollte, daß bezüglich der Deckungsfrage hier zwei gleich starke Parteien vorhanden sind, wie bei dem Durchgangsbahnhofs. Auch unter solchen Umständen können wir die Beamten der Stadt nicht auf die Gehaltserhöhungen warten lassen.

Den Vorschlag, eine Deputation einzusetzen, kann ich für einen glücklichen nicht halten, namentlich finde ich deren Zusammensetzung nicht zweckmäßig, weil es so kommen wird, daß die Gegensätze aufeinander stoßen: der eine will den Grundbesitz nicht belasten und der andere etwas anderes nicht, so daß die Sache immer wieder in dasselbe Fahrwasser geraten wird. Wenn wir uns nicht zu einem bestimmten Steuerprojekte, z. B. der Weitzuwachststeuer entschließen können, so werden wir zu einer Erhöhung der direkten Gemeindeeinkommensteuer kommen müssen. Solange wir nicht diejenigen Steuerquellen erschließen, die als moderne zu bezeichnen sind, solange können wir auch eine Steuererhöhung nicht gut heißen.

Vorsitzender: Wenn Sie die Zusammensetzung der Deputation bemängeln, so erwächst Ihnen auch die Pflicht, andere Vorschläge zu machen.

Herr Alßmann: Ich möchte vorschlagen, nicht die Vorsitzenden der drei Kommissionen, sondern andere Personen für die Deputation zu nehmen.

Vorsitzender: Wenn Sie bessere Vorschläge zu machen haben, so möchte ich dringend bitten, das zu tun.

Herr Wolters: Es ist richtig, was Herr Schmidt sagte, daß der Effekt des Exekutionsetats zum Teil auf Ersparnisse zurückzuführen ist. Der Hauptgrund des günstigen Abschlusses liegt aber darin, daß der Zuschuß für die Armenkasse nicht, wie der Voranschlag annahm, 436 400 M., sondern nur 331 700 M., also weniger 104 700 M. betragen hat. Die Minderausgabe ist vielleicht nur durch vorübergehende Erscheinungen hervorgerufen worden; sie hat nämlich z. B. bei den hier unterstützungswohnfißberechtigten Armen, den sogenannten Hausarmen, 64 286 M. und bei den Hilfsbedürftigen mit auswärtigem Unterstützungswohnfiß sowie den Landarmen 10 312 M., insgesamt aber 99 572 M. betragen. Ob diese Ersparnisse nicht nur vorübergehender Natur sind, und ob zur Deckung der etwa wiederkehrenden, das Ordinarium des Etats belastenden Ausgaben vielleicht auch die Gemeindeeinkommensteuer demnächst mit heranzuziehen ist, erscheint mir höchst wahrscheinlich. Es ist also, was ich nicht verschweigen darf, die Gefahr nicht aus-

geschlossen, daß selbst beim ordnungsmäßigen Verlauf der Geschäfte die Einkommensteuer vielleicht nicht dieselbe bleiben könnte.

Herr Fricke: Wenn man, wie einstimmig geschehen, anerkennt, daß die Lehrer- und Beamtengehälter und die Löhne der städtischen Arbeiter erhöht werden müssen, so ist es meiner Meinung nach nicht so furchtbar schwer, die Deckungsfrage zu erledigen. Ich habe das Vertrauen zu der neuen Deputation, daß sie Mittel und Wege finden wird, um diesen verhältnismäßig nicht allzu hohen Betrag aufzubringen. (Widerspruch.) In dieser Sache stehe ich auf dem Standpunkte des Herrn Meyerhoff, der die Ueberschüsse aus den Gas- und Wasserwerken dem ordentlichen Etat teilweise mit zuführen will. Wir werden z. B. kaum genötigt sein, in den nächsten Jahren wieder eine neue Schule zu bauen, denn 12 Klassen der Schule an der Diesterwegstraße sind noch nicht besetzt. Wir werden deshalb bei den Gas- und Wasserwerken ziemlich erkleckliche Summen übrig haben. Es handelt sich dabei nicht nur um solche Summen, die heute schon in den Etat eingestellt sind, sondern der Ueberschuß wird sich in den nächsten Jahren noch ganz bedeutend erhöhen, weil der Gaskonsum noch erheblich gesteigert werden wird. Deshalb werden wir von den Ueberschüssen der Gas- und Wasserwerke ganz erkleckliche Summen zur Erhöhung der Beamtengehälter nehmen können.

Herr Leue: Es handelt sich nicht darum, daß es wünschenswert, sondern daß es notwendig erscheint, die Gehälter der städtischen Beamten zu erhöhen, und von diesem Standpunkte ausgehend sage ich mir, wir dürfen diese Frage nicht so eng mit der Finanzfrage verquicken. Deshalb können wir aber auch nicht der Deputation die Richtschnur geben, die Einkommensteuer nicht zu erhöhen. Geht es nicht anders, aber auch nur dann, so bin ich auch für eine Erhöhung der Einkommensteuer, wenn ich auch der Ueberzeugung bin, daß sich noch andere Mittel und Wege finden lassen werden, um aus der Verlegenheit herauszukommen. Im übrigen habe ich das Gefühl, als ob wir eigentlich jetzt schon die Arbeit der Deputation machten, denn alle diese Erwägungen soll die Deputation anstellen. Die Finanzkommission will von uns nur wissen, ob die Deputation auch die Erhöhung der Einkommensteuer in den Kreis ihrer Beratungen ziehen darf. Meinen Standpunkt möchte ich dahin präzisieren: Die Gehaltserhöhung ist durchaus notwendig und Deckung muß unter allen Umständen geschaffen werden.

Herr Meyerhoff: Nach dem Ihnen zugegangenen Rechnungsabschlusse für 1906/07 haben die Gas- und Wasserwerke einen Ueberschuß von 516 467 M erzielt. Auch für den Neubau des Gaswerkes haben wir keinen Zuschuß zu leisten, sondern machen ihn aus unseren Mitteln. Die Befürchtung des Herrn Esdorn, daß der Gaspreis nicht verbilligt werden wird, teile ich nicht, denn meiner Ueberzeugung nach werden wir in den nächsten Jahren nicht 516 000 M, sondern 670 000 M Ueberschuß erzielen, weil der Gaskonsum trotz des elektrischen Lichtes ganz rapide

gestiegen ist. Wir werden sogar bald unsere Nachbardörfer mit Gas beglücken und dabei ebenfalls ein gutes Geschäft machen.

Wenn übrigens Herr Altmann meint, die hiesigen Bankiers würden gegen die Errichtung einer städtischen Sparkasse sein, so kann ich den Verdacht nicht teilen. Wer sein Geld nach der Sparkasse bringt, geht damit nicht zum Bankier. Welche Unmassen Geld aber aus Braunschweig nach Hildesheim, Peine und anderen Städten hinausgehen, werde ich Ihnen demnächst mit Zahlen beweisen. Diese Gelder entgehen der Herzoglichen Sparkasse, den hiesigen Bankiers und auch uns. Sodann sprach Herr Altmann auch über die moderne Einrichtung der Wertzuwachssteuer. Wenn Herr Altmann diese Steuer als modern bezeichnet, so ist er über den Stand der Dinge schlecht orientiert. In ganz Deutschland gibt es nämlich nur 26 Städte, die diese Steuer eingeführt haben, so daß von deren Modernität wohl nicht die Rede sein kann und es besser ist, erst einmal abzuwarten, wie die 26 Städte damit fahren werden. Die städtischen Behörden in Berlin haben die Zuwachssteuer mit ein paar hundert Stimmen gegen 8 abgelehnt. (Herr Wesemeier: Und wer ist schuld daran?)

Herr Altmann: In dem ersten Teile bezüglich der Sparkasse wird mich Herr Meyerhoff wohl verstanden haben, wenn nicht, erspare ich mir darüber jedes weitere Wort. Die Frage der Wertzuwachssteuer ist von weitgehender Bedeutung, und gerade die Sozialökonomien haben eine Anzahl von Städten dazu gebracht, die Steuer einzuführen. Selbstverständlich handelt es sich dabei vorerst nur um einen Anfang, da die Sache erst eben zur Einführung gekommen ist. Es ist eine Tatsache, daß die Steuer bei denjenigen Herren keine Gegenliebe findet, die Grundstücke erwerben und wieder veräußern, die also durch den Handel mit Grund und Boden einen Erwerb treiben; ich glaube jedoch, daß diese Steuer an dem gesunden Sinne der Bevölkerung nicht scheitern wird.

Vorsitzender: Ich kann als Ergebnis der Verhandlung wohl konstatieren, daß die Versammlung die Erhöhung der Gemeindeeinkommensteuer nicht prinzipiell ausgeschlossen wissen will. (Zustimmung.)

Sodann hat die Finanzkommission vorgeschlagen, in die Deputation die Mitglieder der Finanzkommission sowie die Herren Frühling, Koch und Weichsel als die Vorsitzenden der drei anderen Kommissionen zu entsenden. Herr Altmann hat diesen Vorschlag bemängelt, ich bitte ihn deshalb um andere Vorschläge.

Herr Altmann: Wenn dem Antrage der Finanzkommission zugestimmt wird, so hat es keinen Zweck, Gegenvorschläge zu machen; ich will aber doch für die drei letzteren Herren die Herren Ohlendorf, Vöhr und Bluth vorschlagen.

Vorsitzender: Sind die Herren zunächst damit einverstanden, daß die Finanzkommission in die Deputation gewählt wird? (Zustimmung.) Ich konstatiere das. Da wegen der Wahl von drei weiteren Herren verschiedene Vorschläge



gemacht worden sind, so schreiten wir zur Wahl durch Stimmzettel. Sind Sie zunächst damit einverstanden, daß der Finanzkommission noch drei weitere Herren zugewählt werden? (Zustimmung.)

Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte, an der sich die Herren Esdorn, Meyerhoff und Möhle beteiligen, wird zur Wahl geschritten. Es erhalten Stimmen die Herren Frühling 27, Koch 23, Weichsel 23, Bähr 9, Bluth und Ohlendorf je 7 und Löhnefinke und Voge je 3, so daß die Herren Frühling, Koch und Weichsel gewählt worden sind.

Damit ist die Angelegenheit für heute erledigt.

## V. Baulichkeiten für das Straßenreinigungsinstitut.

I. Durch die Erweiterung des Gaswerkes an der Taubenstraße wird der Marstallverwaltung ein Teil des ihr überwiesenen Grundstücks mit folgenden, darauf befindlichen baulichen Anlagen entzogen: 1. ein Pferdestall, 2. eine Tischlerwerkstatt, ein Holzlagerraum und ein Geräteraum, 3. ein zur Unterbringung der städtischen Schwäne und Enten benutzter Stall, 4. eine Miststätte, 5. ein Abortgebäude, 6. eine geschlossene Remise, 7. ein offener Wagenschuppen.

Für die unter 1 und 2 sowie 4 bis 6 bezeichneten Anlagen ist dem Marstalle Ersatz zu schaffen; die Errichtung eines neuen Schwanen- und Entenstalles scheint dagegen nicht erforderlich, weil das Geflügel anderweit auf dem Rieseltgute Steinhof untergebracht werden kann. Die Ersatzbauten sind in folgender Weise projektiert:

Zur Herrichtung eines Pferdestalles kann das vorhandene Futterhaus unter Hinzunahme der damit verbundenen Geschirrkammer zu einem Stalle umgewandelt werden. Die Kosten des Umbaues und der dadurch bedingten anderweiten Einrichtungen sind zu 4900 M veranschlagt worden. Zur Aufnahme der Werkstatt, des Holzlagerraumes, des Geräteraumes, der geschlossenen Wagenremise und einer Geschirrkammer sollen die fünf südlich gelegenen Abteilungen des an der Ostseite des Grundstücks gelegenen offenen Wagenschuppens mit einem Kostenaufwande von 3550 M hergerichtet werden. Für Herrichtung einer Miststätte nahe der Grenze des Grundstücks werden 1050 M gefordert. Von Errichtung eines Aborts kann abgesehen werden, weil das für das Gaswerk neu zu erbauende Abortgebäude so gestellt und eingerichtet werden soll, daß es auch vom Marstallgrundstücke aus benutzt werden kann.

An Wagenschuppen gehen dem Marstall verloren nicht nur die wegen der Gaswerksbauten abzubrechenden, an der Westseite des Grundstücks gelegenen Schuppen, sondern auch die zur Aufnahme der Werkstatt bestimmten fünf Felder

des sich an der Ostgrenze hinziehenden Schuppens. Die Absicht geht nun dahin, die westlichen Schuppen nördlich von ihrem alten Standorte wieder aufzubauen und als Ersatz für die östlichen Schuppen einen neuen in Holzkonstruktion aufzustellen. Die Kosten für beide Sachen sind zu 17200 M veranschlagt worden.

II. Die Straßenreinigungsdeputation ist gelegentlich der Verhandlungen über die vorstehenden Ersatzbauten mit dem Antrage auf Einrichtung eines zweiten Krankenstalles und eines Raumes zur Aufnahme von Kleiderschränken für die Mannschaften der Straßenreinigung hervorgetreten. Der Magistrat ist mit beiden Anträgen einverstanden und legt entsprechende Projekte vor.

Der Krankenstall soll nördlich von dem vorhandenen Krankenstalle aufgeführt werden. Um eine noch weitergehende Vermehrung der Bodenräume zu erreichen, soll nicht nur dieser neue, sondern gleichzeitig auch der daranstoßende vorhandene Krankenstall mit einem Kniegeschoß versehen werden. Der Kostenanschlag hierfür beträgt 9700 M. Für Schaffung des Schrankzimmers ist die Errichtung eines eingeschossigen Anbaues an der Ostseite des Verwaltungsgebäudes derart in Aussicht genommen, daß es von den in letzterem befindlichen Mannschaftsräumen direkt betreten werden kann. Die Kosten hierfür belaufen sich auf 2000 M, während die Ausgabe für Beschaffung von 26 Schränken auf 650 M geschätzt wird.

III. Durch die Errichtung der Wagenschuppen an der Westseite und des Krankenstalles an der Ostseite des Grundstücks wird die ordnungsmäßige Befestigung und Entwässerung der zwischen diesen Bauten gelegenen Flächen erforderlich. Die Herstellung der Fahrbahnen ist zu 5500 M und die Befestigung des 800 qm großen Wagenaufstellungsplatzes zu 1600 M geschätzt worden.

Unter Hinzurechnung einer Summe von 850 M für Bauführungskosten und unvorhergesehene Ausgaben belaufen sich die Gesamtausgaben auf 47000 M. Die Versammlung wird ersucht, sich mit Ausführung der bezeichneten Anlagen einverstanden zu erklären und die dazu erforderlichen Mittel in Höhe von 47000 M zu verwilligen.

Herr Lübke: Die Baukommission hat an der Vorlage zu bemängeln gehabt, daß die Miststätte zu nahe der Grenze und verhältnismäßig auch zu kostspielig projektiert worden ist, sie würde an anderer Stelle billiger und zweckmäßiger herzustellen sein. Die übrigen Anlagen haben die Zustimmung der Baukommission gefunden, jedoch ist der Wunsch geäußert worden, daß der auf einem Teile der Schuppen geplante Aufbau mehr von der Nordseite nach der Südseite zu gerichtet werden möchte. Ueber den unter II der Vorlage erwähnten Umkleideraum hat sich indessen die Baukommission nicht schlüssig machen können; wir empfehlen deshalb, daß der Punkt zunächst abgesetzt werden möchte, bis ein besonderer Entwurf dafür vorliegt. Da der Anbau mit 2000 M veranschlagt worden war, so empfiehlt die

Baukommission, die angeforderte Summe auf 45 000 M zu ermäßigen, die Vorlage aber im übrigen anzunehmen,  
was seitens der Versammlung geschieht.

— Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Wolters, übernimmt den Vorsitz. —

## VI. Anschaffung von Mobiliargegenständen für die Gewerbeschule.

Der Saal Nr. 16 der Gewerbeschule war ursprünglich dazu bestimmt, eine Sammlung von Arbeitsmaschinen und Werkzeugen aufzunehmen, jedoch mußte der Saal vor der Beschaffung dieser Sachen für den Sonntagsunterricht als Zeichensaal benutzt werden, weil es sonst an Raum gefehlt hätte, die Sonntagschüler unterzubringen. Da keine Aussicht vorhanden ist, den Saal für seinen ursprünglichen Zweck wieder frei zu bekommen, so muß er entsprechend möbliert werden. Es handelt sich um die Beschaffung von Tischen, Stühlen, Kleiderhaken, Schränken u. im veranschlagten Werte von 2250 M. Der Magistrat ersucht um Bewilligung dieser Summe,

die von der Versammlung auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Rieke berichtet, beschlossen wird.

— Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt, übernimmt der Vorsitz wieder. —

## VII. Ankauf von Ackerflächen für das Rieselgut Steinhof.

Die Rieselgut-Deputation hat empfohlen, drei dem Landwirt Bührig aus Rothemühle gehörige, innerhalb des Gebietes des Rieselgutes Steinhof gelegene Flächen anzukaufen. Wenngleich das Areal des Rieselgutes zur Unterbringung des Rieselwassers ausreicht, so hält der Magistrat mit der Deputation doch für zweckmäßig, durch gelegentlichen Erwerb zum Rieseln geeigneter und günstig gelegener Privatgrundstücke beizeiten auf eine Vergrößerung des Rieselfeldes Bedacht zu nehmen. Diese Voraussetzungen treffen bei zwei der von Bührig zum Verkauf gestellten Grundflächen im Umfange von 7 ha 43 a 91 qm zu. Der geforderte Preis von 1200 M für 25 a dürfte angemessen sein. Die dritte Fläche, eine unterhalb des Fethwinkels dicht an der Oker gelegene Wiese zu 80 a 16 qm, ist ihrer tiefen Lage wegen zur Verrieselung weniger geeignet; ihr Ankauf zum Preise von 800 M für 25 a erscheint aber deshalb zweckmäßig, weil sie die zum Steinhofe gehörende Schleusenwiese von den übrigen Wiesen des Rieselgutes trennt, so daß die Bewirtschaftung der Schleusenwiese von jeher erschwert war. Nach dem mit Herrn Bührig abgeschlossenen Vertrage soll von dem gesamten Kaufpreise zu 38 272,80 M nur die Summe von 8272,80 M bar gezahlt werden, während der Rest von 30 000 M gegen vierprozentige Verzinsung der Stadt kreditiert wird.

Dem Antrage des Magistrates auf Genehmigung des abgeschlossenen Vertrages stimmt die Versammlung zu, nachdem Herr Schmidt die Annahme namens der Finanzkommission befürwortet hatte.

Vorsitzender: Ich schlage vor, hier die öffentliche Sitzung der Stadtverordneten vorläufig abzubrechen, um zunächst in die Verhandlung der gemeinschaftlichen Sitzung zu treten.

Herr Wesemeier (zur Geschäftsordnung): Ich habe aber eine Anfrage gestellt, die wohl noch erledigt werden könnte.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer (zur Geschäftsordnung): Wenn eine Anzahl Magistratsvorlagen für heute unter den Tisch fällt, so müssen die Herren Antrag- und Fragesteller auch zurückstehen. (Zustimmung.)

Die Sitzung wird darauf um 6<sup>1/2</sup> Uhr geschlossen.

Nach Beendigung der gemeinschaftlichen Sitzung wird die öffentliche Sitzung der Stadtverordneten um 6<sup>50</sup> Uhr wieder eröffnet.

### VIII. Anordnung von Vorgärten für die Schleinißstraße.

Nach einer im Jahre 1872 stadtseitig mit der braunschweig-hannoverschen Hypothekenbank über den Ausbau der Schleinißstraße getroffenen Vereinbarung sollten an dieser Straße Vorgärten gehalten werden und zwar an der Südseite in einer Tiefe von 16 Fuß und an der Nordseite von 20 Fuß. Die Vorgärten sind dann auch tatsächlich angelegt, eine dingliche Sicherung derselben ist indessen nicht vorgenommen, auch ist eine Anordnung der Vorgärten durch den Ortsbauplan bislang nicht erfolgt. Die Schleinißstraße hat zurzeit den Charakter einer sogenannten Wohnstraße, es erscheint aber nicht ausgeschlossen, daß sie bei weiterer Entwicklung des Verkehrs der Landeseisenbahn und bei weiterem Ausbau des nordöstlichen Stadtteils sich zu einer Verkehrsstraße entwickelt. Beide Eigenschaften lassen das Vorhandensein von Vorgärten erwünscht erscheinen.

Da nun die gegenwärtigen Besitzer der angrenzenden Grundstücke an den zwischen Stadt und Hypothekenbank geschlossenen Vertrag nicht gebunden sind und somit die Gefahr vorliegt, daß bei weiterer oder bei Neubebauung eines Einzelgrundstücks ein Vorgarten nicht mehr gehalten wird, so empfiehlt es sich, die Vorgärten auf Grund des § 8a der Bauordnung festzulegen. Die Versammlung wird daher ersucht, sich mit Anordnung eines 3 m breiten Vorgartens auf beiden Seiten der Schleinißstraße einverstanden zu erklären.

Nach dem Berichte des Herrn Meyerhoff empfiehlt die Baukommission die Annahme der Vorlage.

Herr Voge: Die Vorlage ist hervorgerufen durch eine Eingabe des Bäckermeisters Bergmann, der beabsichtigt, behufs Einrichtung einer Konditorei nach der Schleinitzstraße zu einen in Eisen und Glas gehaltenen Anbau zu machen. Unter diesen Umständen bin ich zweifelhaft, ob an der Schleinitzstraße noch Vorgärten angeordnet werden können, da der erwähnte Antrag schon vorliegt. Herr Bergmann hat einen Antrag auf Genehmigung eines einstöckigen Vorbaues eingereicht, soll darauf aber abschlägig beschieden sein mit der Begründung, daß ein einstöckiger Anbau nicht zulässig sei. Es widerspricht eigentlich meinem Gefühle, daß hier ein Gesetz geschaffen werden soll, um einen Antrag, gegen den sonst nichts vorliegt, ablehnen zu können.

Herr Bürgermeister Meyer: Es ist allerdings der Antrag des Herrn Bergmann an das Stadtbauamt für mich die Veranlassung gewesen, im Magistrate den Antrag zu stellen, schleunigst Vorgärten für die Schleinitzstraße festzulegen. Ich weiß nicht, wie die Herren darüber denken, ob dort Vorgärten angeordnet werden sollen oder nicht; wenn es aber geschehen soll, dann ist es die höchste Zeit. Sobald erst ein Anlieger keinen Vorgarten mehr besitzt, kommen wir zu spät. Rechtlich wird Herr Bergmann durch solchen Beschluß nicht gebeugt, denn sein Antrag beim Stadtbauamt ist aus einem anderen Grunde abgelehnt worden. Aus diesem Grunde war die Ablehnung nicht möglich, weil offiziell noch keine Vorgärten vorhanden waren; ich habe mir aber gesagt, dem Magistrate muß sofort entsprechende Mitteilung gemacht werden, damit die Vorgärten schleunigst angeordnet werden können. Wenn der Herr aber glaubt, geschädigt zu sein, so kann er gegen die Anordnung Einsprache erheben. Meiner Ansicht nach geht das öffentliche Wohl immer vor; ich gebe deshalb anheim, auf die Einrede des Herrn Voge keine Rücksicht zu nehmen.

Herr Sander: Ich finde, es liegt in diesem Vorgehen eine große Härte. Geseht den Fall, der Herr hat das Grundstück gekauft unter der Voraussetzung, den Glasanbau errichten zu dürfen — es stand dagegen nichts im Wege, denn die Vorgärten waren noch nicht festgelegt — und nun wird, nachdem er einen entsprechenden Antrag gestellt hat, rasch ein Gesetz gemacht, das ihm den Anbau unmöglich macht. Dadurch wird der Mann stark geschädigt. Ich weiß auch nicht, ob es rechtlich zulässig ist, ein Gesetz zu machen für einen Fall, der schon vorliegt.

Herr Bürgermeister Meyer: Ich kann nicht mit Sicherheit angeben, ob Herr Bergmann schon lange Eigentümer des Grundstücks ist, so weit ich orientiert bin, hat er es nicht jetzt, sondern schon vor drei bis vier Jahren erworben. Die Vorgärten sollen auch nicht jetzt erstmalig für die Schleinitzstraße festgelegt werden, sondern es ist schon vor 35 Jahren bei Abschluß des Vertrages mit der braunschweig-hannoverschen Hypothekenbank die Anlegung von Vorgärten ausbedungen worden, nur hat man versäumt, diese Anordnung im Grundbuche vermerken zu

lassen, und das soll jetzt nachgeholt werden. Also das, was die Stadt vor 35 Jahren sich im Wege des Privatrechts ausbedungen hat, soll jetzt durch öffentliches Recht gesichert werden. Wenn etwa der jetzige Eigentümer des Grundstücks davon gewußt hat, daß nach dem damals abgeschlossenen Vertrage Vorgärten zu halten waren, so hat er bei Stellung seines Antrages sogar dolos gehandelt; jedoch kann ich nicht wissen, ob er die Bestimmung des Vertrages gekannt hat. Jedenfalls liegt für uns kein Grund vor, die Vorgärten nicht festzustellen.

Herr Aßmann: Ich kann den Bedenken der Herren Sander und Voge nicht zustimmen. Es können Hunderte von Beispielen angeführt werden, wo es anderen Leuten, die sich bei der Spekulation verrechnet haben, ebenso ergangen ist. Wollten wir in solchem Falle von der Anordnung von Vorgärten Abstand nehmen, so würde es uns niemals möglich sein, Straßenverbreiterungen zc. durchzuführen. Wenn jemand sein altes Haus niederreißt und das Stadtbauamt projiziert die Straße breiter und läßt den Neubau zurücksetzen, so hat sich der betreffende eben veralkuliert. Dagegen kann der einzelne nichts einwenden: das Privatinteresse muß vor dem öffentlichen Interesse zurücktreten. Hier geht es noch nicht einmal so, denn das Haus bleibt doch stehen, und er darf nur keinen Anbau errichten. Ich bin dafür, nirgends einen Vorgarten wegzunehmen, denn wir wollen uns die Straßen nicht verschlechtern sondern verbessern. Wenn der Herr sich verrechnet hat, so tut es uns leid, aber wir können nicht anders handeln, und es kann auch ein rigoroses Vorgehen der Stadt darin nicht erblickt werden.

Herr Ribbentrop: Der Mann hat das Grundstück schon über neun Jahre und war damals der Ueberzeugung, er dürfe keinen Vorbau einrichten; er kann daher erst in letzter Zeit herausgefunden haben, daß noch eine Möglichkeit vorliegt, einen Anbau zu errichten.

Die Magistratsvorlage wird darauf genehmigt.

## IX Verwilligung von Mitteln für den Verkehrsverein.

Der hiesige Verkehrsverein hat an Unkosten für die Durchführung des Preisausschreibens zur Gewinnung eines Reklameplakats für die Stadt Braunschweig außer den gezahlten Preisen von 1000 M noch 757,30 M für Drucksachen, Insetrate, Arbeitshilfe zc. verausgabt. Es wird deshalb von dem Vereine gebeten, von den in Aussicht stehenden 5000 M ihm schon jetzt einen Vorschuß von 1000 M zu bewilligen, teils zur Deckung dieser Auslagen, teils zum Ankauf von weiteren drei Entwürfen zu je 100 M. Der Magistrat ersucht, der Verwilligung fernerer 1000 M an den Verkehrsverein aus den Erträgen der Umsatzsteuer zuzustimmen. Die Frage, ob und wieviel zur Herstellung und Verbreitung des in der Umarbeitung befindlichen Plakats stadtseitig noch gewährt werden soll, bleibt offen.

Namens der Finanzkommission ersucht Herr Esdorn der Vorlage zuzustimmen,  
was geschieht.

#### X. Aenderung der Baulinie an der Brabantstraße.

Die Handelskammer für das Herzogtum Braunschweig hat gebeten, die Baufluchtlinie für den dicht neben dem Gewandhause an der Brabantstraße geplanten Treppenturm 1,45 m oder doch mindestens 1,37 m vor der Flucht des östlichen Gebäudeflügels an der Brabantstraße festzusetzen.

Dem Ersuchen des Magistrates, den Antrag der Handelskammer zu genehmigen,

entspricht die Versammlung auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Frühling berichtet.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4<sup>00</sup> bis 6<sup>30</sup> Uhr und von 6<sup>50</sup> bis 7<sup>05</sup> Uhr.

**1907/1908. — Nr. 1.**

# Bericht

über die

**Verhandlungen der vereinigten Versammlung**

des

**Stadtmagistrates und der Stadtverordneten**

**zu Braunschweig**

**in deren Sitzung am 21. November 1907.**



## Tagesordnung:

- |                                                                                                       |         |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------|
| I. Einsprache gegen die Heranziehung zum besonderen Wegegeldbeitrage . . .                            | Seite 2 |
| II. Beschwerden über die nicht erfolgte Eintragung in die Urwählerliste zur<br>Landtagswahl . . . . . | „ 3     |



Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Bürger-  
meister Meyer und Stadträte Heymann, von Frankenberg, Seele,  
Wagner, Lord und Schöttler.

Entschuldigt die Herren Buchler und Jasper.



Der Vorsitzende, Herr Oberbürgermeister Ketemeyer, eröffnet und leitet die Versammlung.

### I. Einsprache gegen die Heranziehung zum besonderen Wegegeldbeitrage.

Die Direktion der Braunschweigischen Landeseisenbahn-Gesellschaft teilt dem Magistrate mit, daß die Feldmarksgemeinde Hagen von ihr für die Instandhaltung eines Teilstücks der Spargelstraße einen besonderen Wegegeldbeitrag von jährlich 75 M erhebe. Da die Direktion der Ansicht ist, daß sie gemäß § 13, Abs. 5 der Bauordnung vom 13. März 1899 zu derartigen Beiträgen nicht herangezogen werden könne, so erhebt sie Einsprache gegen die Veranlagung. Seitens der Feldmarksgemeinde Hagen wird dagegen eingewandt, daß der § 13, 5 der Bauordnung hier nicht maßgebend sei, da es sich in diesem Falle nicht um eine Ortsstraße, sondern um einen Interessentenweg handle.

Namens der zuständigen Deputation berichtet hierüber Herr Bürgermeister Meyer: Auf Grund des Statuts vom Jahre 1851, das die Unterlage für die Veranlagung bildet, hat hierüber die vereinigte Versammlung zu entscheiden. Die Berufung der Direktion auf die Bestimmung im § 13, Punkt 5 der Bauordnung ist insofern fehlsam, als dort nur von den Ortsstraßen und Ortsplätzen die Rede ist, während es sich bei der Spargelstraße um einen Interessentenweg handelt. Diese Bestimmung der Bauordnung ist also nicht geeignet, den Anspruch der Landeseisenbahn zu stützen. Eine andere Frage aber ist, ob nicht die Wegeordnung zu Gunsten der Beschwerdeführerin herangezogen werden kann, denn auch in ihr ist gesagt worden, daß eine besondere Heranziehung gewerblicher Unternehmungen, die die Wege erheblich belasten, möglich wäre. Die Wegeordnung ist für die Stadt Braunschweig allerdings nur beschränkt gültig. Es heißt in § 1 derselben, daß sie hinsichtlich der Abschnitte 3 bis 5 Geltung auch für die Stadt habe, daß im übrigen jedoch die Bestimmungen des Statuts von 1851 gelten und deshalb die ersten beiden Abschnitte nur in Betracht kommen sollten, wenn und soweit der Stadt Braunschweig besondere Erwähnung geschehe. Maßgeblich für die hier zu entscheidende Frage ist nun der Abschnitt 2, der die Unterhaltung der Wege bespricht, der die verschiedenen Arten von Wegen aufzählt und auch Bestimmung enthält, auf Grund deren die Gemeinden berechtigt sind, bestimmte gewerbliche Anlagen einer besonderen Wegegeldsteuer zu unterwerfen. In einem Paragraphen dieses Abschnittes 2 ist nun allerdings auch der Stadt Braunschweig Erwähnung geschehen, es wird nämlich der Stadt Braunschweig das Recht eingeräumt, auch außerhalb des Herzogtums liegende gewerbliche Etablissements durch besonderes Statut zur Leistung von Extra-Wegegeldbeiträgen heranzuziehen. Diese Bestimmung hat mit dem vorliegenden Falle jedoch gar nichts zu tun und da es an andere für die Stadt anwendbare Vorschriften in der Wegeordnung fehlt, so folgt daraus, daß

die Begeordnung auf diese Veranlagung überhaupt keine Anwendung findet, sondern ausschließlich das Statut von 1851. Danach ist aber die Veranlagung zulässig und, da die Höhe des Beitrages nicht bemängelt ist, muß ich Ablehnung der Einsprache anheimgeben.

Die Einsprache wird darauf verworfen.

## II. Beschwerden über die nicht erfolgte Eintragung in die Urwählerliste zur Landtagswahl.

Herr Stadtrat von Frankenberg: In nächster Woche steht uns die Wahl der Wahlmänner durch die Urwähler bevor. Das Wahlgesetz schreibt vor, daß spätestens vier Wochen vor dem Wahltermin die Urwählerlisten eine Woche lang öffentlich auszulegen und etwaige Beschwerden spätestens eine Woche nach beendigter Auslegung bei der vereinigten Versammlung des Stadtmagistrates und der Stadtverordneten anzubringen sind, gegen deren Entscheidung Klage bei dem Verwaltungsgerichtshofe stattfindet.

Die betreffende gesetzliche Bestimmung lautet:

„Bei der Wahl werden die bei der letztvergangenen Stadtverordnetenwahl benutzten Listen der Wahlberechtigten ohne abermalige öffentliche Auslegung derselben zum Grunde gelegt. . . . Die nach vorstehenden Grundsätzen aufgestellten Gemeinde-Urwähler-Listen sind spätestens vier Wochen vor dem Wahltermine eine Woche lang öffentlich auszulegen, und der Beginn der Auslegung ist in ortsüblicher Weise vorher bekannt zu machen. Etwaige Beschwerden sind spätestens eine Woche nach beendigter Auslegung bei der vereinigten Versammlung des Stadtmagistrates und der Stadtverordneten . . . anzubringen, und gegen deren Entscheidung findet Klage ohne aufschiebende Wirkung bei dem Verwaltungsgerichtshofe statt.“

Es scheint ein gewisser Widerspruch zwischen dem ersten und dem zweiten Satze der vorstehenden gesetzlichen Bestimmung zu bestehen, da nach dem ersten Satze die nochmalige Auslegung der Listen nicht stattfindet, während sie nach dem zweiten Satze vorgeschrieben ist. Nach Prüfung der Sachlage gelangt man aber zu dem Ergebnisse, daß eine anderweite Aufstellung der Listen schon wegen der abweichenden Verteilung der Urwähler auf die drei Wahlklassen stattfinden muß. Man ist deshalb vor die Frage gestellt, welche Bedeutung diese Listenauslegung wohl haben soll.

Bei dem Magistrate sind nun für die vereinigte Versammlung 110 Beschwerden gegen die Listenaufstellung eingegangen, in denen sich in 109 Fällen hiesige Bürger darüber beklagen, daß sie nicht in die jetzt ausgelegten Landtagswählerlisten eingetragen worden seien, dabei anerkennend, daß sie sich auch in die

alten Stadtverordnetenwählerlisten nicht eingetragen fänden. Der 110. Fall liegt so, daß der betreffende Bürger schon vor drei Jahren Bürger war, aber durch ein Versehen nicht in die damalige Stadtverordnetenwählerliste aufgenommen wurde und seinerzeit versäumt hatte, die Listen einzusehen und seine Eintragung zu veranlassen. Dieser Bürger ist natürlich auch außerhalb der Listen geblieben.

Wir sind also jetzt vor die Frage gestellt, ob die gesetzliche Bestimmung so aufzufassen ist, daß im wesentlichen die alten Stadtverordnetenwählerlisten die ausschließliche Grundlage für die Landtagswählerlisten bilden, oder ob man die Bestimmung so verstehen soll, daß die Listen nur gewisse Anhaltspunkte bieten sollen, wie bei den Reichstagswählerlisten die Hausbogen, daß daneben aber jedes Mittel, um die Anzahl der Bürger zu erforschen, nicht nur erwünscht, sondern auch von der Gesetzgebung gebilligt ist. Um diese Frage beantworten zu können, blieb nichts weiter übrig, als die darüber ergangenen Landtagsverhandlungen einzusehen. Die Landesregierung hat in ihrer damaligen Vorlage lediglich eine Aufstellung der Listen auf Grund der alten Listen gewollt, der Landtag hat sich damit jedoch nicht begnügt, sondern aus wohlerrwogenen Gründen eine Auslegung der Listen vorgeschrieben. Man einigte sich damals dahin, daß im wesentlichen der Regierungsvorschlag angenommen, aber doch aus bestimmten Gründen eine Auslegung der Landtagswählerlisten vorgeschrieben wurde. Diese Gründe sind in den Berichten der Landtagskommission ausdrücklich hervorgehoben. (Redner verliest die betreffende Stelle des Kommissionsberichtes.) Auf Grund dieser Erwägungen schlug die Kommission vor, die Auslegung der Listen stattfinden zu lassen, und der Landtag ist ihr beigetreten. Aber ein Gedanke ist als Nichtsnur bestehen geblieben: man wollte das Wahlverfahren möglichst klar und durchsichtig machen und dadurch vereinfachen, daß man die Stadtverordnetenwählerlisten im wesentlichen als die ausschließliche Grundlage bezeichnete. Nur so weit das Wahlgesetz ausdrücklich Abweichungen enthält, soll von dieser Grundlage abgewichen werden. Derartige Abweichungen sind, was die Stadt betrifft, insoweit vorgekommen, als die Einteilung der drei Wahlklassen eine andere wird. Während nämlich zum Zwecke der Wahl der Stadtverordneten die wahlberechtigten Bürger in drei Klassen so eingeteilt werden, daß auf jede Klasse ein Drittel des Gesamt-Sollertrages der Gemeindesteuer entfällt, muß die Zahl der Urwähler jeder Gemeinde bei der Wahlmännerwahl zum Landtage in der ersten Steuerklasse mindestens fünf, in der zweiten mindestens zwanzig Prozent aller Wahlberechtigten betragen, so daß drei Viertel der Wahlberechtigten in der dritten Steuerklasse wählen. Ferner hat man die ausschließliche Grundlage der Stadtverordnetenwählerlisten insofern verlassen, als man die strafweise Ausschließung vom Gemeindewahlrecht auf Grund des § 26 der Städteordnung — Unberechtigte Ablehnung oder Niederlegung eines unbefoldeten Gemeindeamtes — für die Landtagswahlen nicht gelten läßt. Obwohl

sich damals der Herr Staatsminister gegen solche Ausnahmenvorschrift ausgesprochen hat, ist sie doch in das Wahlgesetz hineingekommen.

Aber Ausnahmen bestätigen die Regel, und als Regel ist klar und deutlich zu erkennen, daß die Stadtverordnetenwählerlisten die ausschließliche Grundlage für die Landtagswählerlisten bilden müssen. Es spricht deshalb dafür, so unbillig es dem einen oder anderen auch erscheinen mag, diese 109 Beschwerdeführer aus dem formellen Grunde abzuweisen, daß sie in den alten Listen nicht gestanden haben. Ferner aber auch noch die Erwägung, daß wir vorher ganz genau an der Hand des Gesetzes das prozentuale Verhältnis der Wahlberechtigten für jede Klasse berechnet haben. Sobald wir nun also in irgend eine Wahlklasse eine Anzahl Wahlberechtigter nachschieben, verändert sich das Wahlverhältnis in einer vom Gesetzgeber nicht gewollten Weise. Nehmen Sie einmal an, es entschließen sich vielleicht zehn wohlhabende zugezogene Einwohner, hier Bürger zu werden, so würden diese, wenn sie der ersten Steuerklasse zugeteilt werden müßten, das ganze Verhältnis verschieben. Das hat der Gesetzgeber nicht gewollt und deshalb ist es unsere Pflicht, in seinem Sinne zu handeln. Außerdem möchte ich noch darauf hinweisen, daß in den Ausführungsbestimmungen nur von denjenigen Gründen der Abänderung der alten Stadtverordnetenwählerlisten die Rede ist, die aus dem Wahlverhältnis sich ergeben. Es heißt dort:

„Die Gemeinde-Urwähler-Listen, welche den bei der letztvergangenen Stadtverordnetenwahl benutzten Listen der Wahlberechtigten, jedoch mit den nach dem Wahlgesetze, insbesondere dem § 1 desselben erforderlichen Aenderungen, entsprechen müssen, sind behuf der in § 1 Nr. 3 Abs. 2 des Wahlgesetzes vorgeschriebenen öffentlichen Auslegung entweder in einheitlicher Umarbeitung oder in der Weise herzustellen, daß zu jenen bei den Stadtverordnetenwahlen benutzten Listen selbst Nebenlisten, welche die nach dem Wahlgesetze erforderlichen Aenderungen nachweisen, aufgestellt werden; hat nach § 1 Nr. 2 des Wahlgesetzes das Los darüber entscheiden müssen, wer von den Wahlberechtigten gleichen Einkommens in eine höhere Klasse zu versetzen sei, so haben die Magistrate diesen Wahlberechtigten durch besonderen schriftlichen Bescheid die Klasse, in der sie zu wählen haben, mitzuteilen.“

Ich muß hieraus schließen — und ich bitte, sich dem anzuschließen —, daß wir nicht berechtigt sind, die jetzt im Wege der Beschwerde an uns herantretenden Personen nachträglich in die Listen einzutragen. Daß es sich bei jedem Wahlverfahren immer um die Beobachtung gewisser Wahlvorschriften handelt, ist unvermeidlich. Ich darf in Ihr Gedächtnis wohl die Tatsache zurückrufen, daß wir uns vor zwei Jahren durch den Verwaltungsgerichtshof haben nötigen lassen müssen, uns in der engsten Weise an die formellen Vorschriften des Wahlgesetzes

zu halten. Es ist damals die Anfechtung von Wahlergebnissen durchgeführt worden, weil die formellen Vorschriften nicht mit derjenigen Feinlichkeit beachtet waren, wie sie das Gesetz verlangt. Insbesondere war dabei der Grundsatz ausgesprochen worden, daß der Inhalt der alten Stadtverordnetenwählerlisten maßgebend sein müsse, obwohl ein Teil der Wähler inzwischen von hier verzogen war, oder das Bürgerrecht verloren hatte, oder gestorben war. Wie damals alle diese Vorschriften von uns mit einer Strenge durchgeführt wurden, die man früher nicht gekannt hatte, so möchte ich meine Stimme dagegen erheben, daß wir aus unbegründetem Wohlwollen jetzt die Vorschriften weniger scharf handhaben. Die Folge davon könnte die Aufhebung der ganzen Wahl sein. So sehr ich mit der Deputation bedaure, daß wir gezwungen sind, so vorzugehen, muß ich doch namens derselben den Antrag stellen, die 110 Beschwerden zurückzuweisen,

was seitens der Versammlung ohne weitere Besprechung geschieht.

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

Dauer von 6<sup>30</sup> bis 6<sup>50</sup> Uhr.

— — — — —

1907/1908.Nr. 9.

# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten

### zu Braunschweig

in deren Sitzung am 12. Dezember 1907.

#### Tagesordnung:

|                                                                                                         |           |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| I. Verwaltung der Volksbäder . . . . .                                                                  | Seite 298 |
| II. Verlegung des Wasserrohrs am Prinz Albrecht Park . . . . .                                          | " 302     |
| III. Ausdehnung des § 44 des Ortsbaustatuts auf verschiedene Straßen . . . . .                          | " 302     |
| IV. Austausch von Doppeltücken mit der landwirtschaftlichen Bibliothek . . . . .                        | " 303     |
| V. Erlaß von Bürgerrechtsgebühren . . . . .                                                             | " 303     |
| VI. Rückzahlung von Kosten für Wasserrohrverlegung . . . . .                                            | " 306     |
| VII. Mittel für die Fortbildungs- und Gewerbechule . . . . .                                            | " 307     |
| VIII. Ordnung für die Realschule . . . . .                                                              | " 308     |
| IX. Aenderungen des Statuts über den Schlachthausbetrieb . . . . .                                      | " 312     |
| X. Anfrage Wesemeier: Grundsätze bei der Annahme und Entlassung von städtischen Arbeitern . . . . .     | " 313     |
| XI. Asphaltierung der Heydenstraße . . . . .                                                            | " 319     |
| XII. Vergütung der städtischen Hilfschreiber . . . . .                                                  | " 319     |
| XIII. Ermäßigung einer Jahrespacht . . . . .                                                            | " 320     |
| XIV. Rechnungsabschlüsse der Licht- und Wasserwerke sowie der Neustadtmühle vom Jahre 1906/07 . . . . . | " 320     |
| XV. Zulassung von Abreßbuch-Automaten . . . . .                                                         | " 323     |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadtrat von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Adenhausen, Buchler, Bues, Frühling, Göcke, Hauswaldt, Jäzper, Kalms, Ohlendorf und Voge.

Den Vorsitz führt der stellvertretende Vorsitzende, Herr Wolters.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt das Wort Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Am letzten Sonntag haben Ihr Vorsitzender und ich Sr. Hoheit dem Herzog-Regenten im Namen der städtischen Behörden Glückwünsche zum Geburtstage ausgesprochen. Se. Hoheit beauftragte uns, den städtischen Behörden den herzlichsten Dank dafür zu übermitteln. Da Ihr Vorsitzender erkrankt ist und dem Auftrage nicht entsprechen kann, so hat er mich gebeten, meinerseits Ihnen Mitteilung davon zu machen.

Nunmehr wird in die Tagesordnung eingetreten.

### I. Verwaltung der Volksbäder.

Die im Eigentum der Stadt stehenden drei Volksbrausebäder an der Ferdinand-, Kaiser- und Ritterstraße sind bis vor wenigen Jahren durch einen Ausschuß des um ihre Gründung verdienten Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen und nach Auflösung dieses Vereins durch den Stadtrat Lange und den Maurermeister Beckmann verwaltet. Nach des erstieren Tode hat Herr Beckmann mit dem Hinweise auf sein vorgerücktes Lebensalter den Wunsch ausgesprochen, ihm die Verwaltung abzunehmen. Die Versammlung wird demzufolge ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Bäder einer Verwaltungsdeputation unterstellt werden, bestehend aus einem Magistratsmitgliede als Vorsitzenden und vier von den Stadtverordneten gewählten Bürgern. Bei Uebernahme der Geschäftsführung wird der Stadt gleichzeitig ein Reservefonds von rund 6000 M. zufallen.

Namens der Statutenkommission berichtet über die Vorlage Herr Bluth: Aus der vorliegenden Abrechnung ist zu ersehen, daß sich die Volksbäder auch im abgelaufenen Berichtsjahre eines starken Besuches zu erfreuen hatten. Es werden dort bekanntlich verabfolgt: Brausebäder à 10 S., Wannenbäder à 30 S. und Sitzbäder à 20 S. Die Zahl der verabreichten Bäder betrug in dem Volksbade an der Ferdinandstraße 18426, an der Ritterstraße 31906 und an der Kaiserstraße 18491. An der Ferdinandstraße betrugen z. B. die Einnahmen 5284 M. (einschl. 1822 M. Uebertrag), die Ausgaben 3335 M., so daß ein Kassenbestand von 1949 M. verbleibt. Am stärksten besucht ist demnach das Bad an der Ritterstraße. Aber auch der Besuch der anderen Anstalten läßt erkennen, daß sie einem vorhandenen Bedürfnisse abhelfen. Als ganz besonders erfreulich für die Stadt möchte ich hervorheben, daß alle drei Anstalten sich selbst erhalten und trotz der niedrigen Preise noch mit einem geringen Ueberschusse abschließen, dessen Höhe

sich im wesentlichen nach den Aufwendungen richtet, die im Berichtsjahre in bezug auf Baulichkeiten, Anschaffungen zc. erforderlich geworden sind.

Die Statutenkommission hat in ihrer Vorberatung mit Dank anerkannt, daß der verstorbene Herr Stadtrat Lange sich durch seine Fürsorge für diese Anstalten ein dauerndes Verdienst um die Stadt erworben hat, und sie hat ferner zum Ausdruck gebracht, daß es wünschenswert wäre, wenn der bisher mit der Verwaltung der Volksbäder betraute Herr Maurermeister Beckmann auch in die neu zu errichtende Deputation gewählt würde. Die Wahl der übrigen Mitglieder der Deputation überläßt die Kommission der Versammlung, ohne ihr Vorschläge zu machen, die Kommission spricht dabei nur den Wunsch aus, daß sich darunter ein Techniker befinden möchte, der mit den maschinellen Einrichtungen vertraut ist.

Bezüglich des vorhandenen Reservefonds von 6000 Mk ist in der Statutenkommission der Ansicht Ausdruck gegeben, daß es am besten wäre, wenn der Reservefonds als selbständiger Fonds dem Haushaltsetat eingefügt und nicht etwa im Anschluß an das Kapitel I des Stats behandelt würde. Das hat seine Vorzüge insofern, als dadurch der Verwaltung der Bäder eine größere Selbständigkeit gewahrt bliebe; es kann dann auch ein etwaiger Ueberschuß der einen Anstalt für eine andere, die vielleicht ein Defizit hat, mit verwendet werden.

Herr Meyerhoff: Mir ist nicht bekannt geworden, daß sich die bisherige private Verwaltung der Bäder nicht bewährt hätte; ich würde es deshalb für das richtigste halten, wenn diese Einrichtung beibehalten würde, da sich schon ein einheimischer Bürger finden wird, der die Verwaltung übernimmt. Ich halte den Apparat einer Deputation von vier bis fünf Personen für diese Angelegenheit für zu groß.

Es wird in unserer Bevölkerung auch immer gewünscht, ein großes öffentliches Volksbad zu erhalten und dabei gesagt, die Stadt müßte den Anforderungen der Neuzeit Rechnung tragen. Soweit ich den Bericht über die drei Brausebäder durchgelesen habe, habe ich zu meinem Bedauern gesehen, daß 10000 Bäder weniger als im Vorjahre genommen sind. Wenn aber kein höheres Reinlichkeitsgefühl im Volke herrscht, so soll man nicht immer wieder die das Publikum irreführende Klage über den Mangel an Badegelegenheit in unserer Stadt führen und verlangen, daß die Stadt erhebliche Opfer für die Errichtung und Unterhaltung eines großen Schwimmbades bringt. Nach dem uns hier vorliegenden Berichte genügen unsere Badeanstalten überreichlich. Ich kann nicht annehmen, daß der Reinlichkeitsinn unseres Volkes gesunken ist ebensowenig trifft es aber auch zu, daß der Verdienst gesunken ist und der kleinere Bürger nicht einmal 10 Mk für ein Brausebad übrig hat. Es muß hier also eine andere Ursache maßgebend gewesen sein, und ich behaupte, eine Notwendigkeit für ein großes Bad ist hier so lange nicht



vorhanden, bis diese Brausebäder voll und ganz ausgenutzt werden. (Widerspruch.)

Herr Bürgermeister Meyer: Die Verwaltung der Volksbrausebäder ist tatsächlich in guten Händen gewesen, und wir würden auch nicht daran denken, etwas an der Verwaltung zu ändern, wenn der gegenwärtige Leiter, Herr Beckmann, nicht gebeten hätte, ihn zu entlasten. Herr Beckmann hat jahrelang die Hauptarbeit bei der Verwaltung der Bäder geleistet, wenn er auch eine wesentliche Unterstützung an Herrn Stadtrat Lange und an anderen Herren gehabt hat. Wir haben deshalb gemeint, seinem Wunsche stattgeben zu müssen und haben weiter erwogen, daß es für ihn bei der eingehenden Kontrolle, die er über den Besuch der Bäder ausgeübt hat, schwer halten möchte, dauernd eine derartige Belastung zu tragen. Außerdem hat die Stadt auch ein wesentliches Interesse daran, die Volksbäder in eigene Verwaltung zu bringen, weil das Eigentum der Bäder in den Händen der Stadt liegt. Wenn wir indessen eine so vertrauenswürdige Persönlichkeit wie Herrn Beckmann für die Verwaltung der Bäder wiederfänden, so würde es allerdings unbedenklich sein, sie in der Hand eines solchen Herrn zu belassen. Trotzdem hat die Stadt aber an der Mitverwaltung der Bäder ein so wesentliches Interesse, daß es dem Magistrate richtiger erschien, die Verwaltung in die eigene Hand zu nehmen. Da wir einen besseren Vorschlag nicht zu machen wußten, so haben wir empfohlen, die Verwaltung einer Deputation zu übertragen. Es handelt sich dabei um ein Institut, an dem die Bevölkerung in größerem Maße ein Interesse hat und bei dem der Magistrat bei Annahme seiner Vorschläge die gewünschten Änderungen leichter zur Ausführung bringen kann. Ich möchte deshalb bitten, diese Vorschläge anzunehmen.

Was den Rückgang an verabreichten Bädern anbelangt, so ist die Mutmaßung des Herrn Meyerhoff, der den Rückgang auf den verminderten Reinlichkeitssinn der Bevölkerung schiebt, doch wohl nicht richtig. Meiner Ansicht nach liegt der Rückgang an dem Umstande, daß eine ganze Reihe von Badeeinrichtungen in hiesigen gewerblichen Etablissements und in städtischen Schulen getroffen worden sind, die das Badebedürfnis eines Teiles der Bevölkerung befriedigt haben. Wenn man daher die Gesamtanzahl der innerhalb der beiden letzten Jahre in der Stadt Braunschweig verabreichten Bäder feststellen könnte, so würde gegen das Vorjahr wohl ein Mehr an Bädern genommen sein.

Herr Ashmann: Im Gegensatz von Herrn Meyerhoff begrüße ich die Vorlage mit Freuden. Die dem Gemeinwohle dienenden Institute sollten sämtlich der Stadtverwaltung unterstellt sein. Wenn darauf hingewiesen worden ist, daß die Badeanstalten unter der Privatverwaltung recht gut gewirtschaftet haben, so muß andererseits erwähnt werden, daß auch Klagen dagegen vorgekommen sind, als z. B. für das Bad an der Ferdinandstraße Geld nachbewilligt werden sollte und

man darüber sehr ungehalten war. Herr Bürgermeister Meyer hat auch erörtert, woran der Rückgang in der Frequenz der Bäder liegen kann. Ob ein Mangel an Reinlichkeitsgefühl die Ursache ist, kann ich nicht untersuchen, aber das eine möchte ich sagen, daß man in der Bürgerschaft über eine große Badeanstalt anders denkt, als Herr Meyerhoff hier vorgetragen hat. Die hier vorhandenen Duschbäder sind nichts anderes als günstige Waschgelegenheiten, die zu diesem Zwecke gern benutzt werden, aber große Badeanstalten sind es nicht. Deshalb kann man die Brausebäder nicht zum Vergleiche heranziehen, wenn es sich darum handelt, festzustellen, ob Lust zum Baden beim großen Publikum vorhanden ist oder nicht. Die Schlussfolgerung des Herrn Meyerhoff in bezug auf den Reinlichkeitsinn der Bevölkerung trifft also nicht zu.

Herr Leue: Ich befinde mich ebenfalls im Gegensatz zu Herrn Meyerhoff, der erklärte, daß er ein Bedürfnis für eine große Badeanstalt — wie sie hier seit Jahren erstrebt wird — so lange nicht anerkennen könne, wie ein Rückgang in der Benutzung der Volksbäder stattfindet. Beide Bäderarten sind ganz verschieden, so daß man sie nicht mit einander vergleichen kann. Außerdem ist der Rückgang in den hiesigen Volksbädern vielleicht auf ganz andere Ursachen zurückzuführen, als darauf, daß in der hiesigen Bevölkerung kein Bedürfnis nach einem Bade vorhanden ist. Das Bedürfnis ist wohl vorhanden, aber es wird auf andere Weise befriedigt. Ich möchte deshalb warnen, die Frage eines großen Volksbades mit dieser Angelegenheit zu verquicken: das eine ist ein Reinlichkeitsbad und das andere ein Schwimmbad, das nicht nur der Reinlichkeit dient.

Herr Mohr: Ich muß mich diesen Ausführungen anschließen. Die Verwaltung der Brausebäder ist hier übrigens bislang keine gleichmäßige gewesen. Wenn ich meinem Mädchen den Lohn auszahle, so pflege ich ihm gleichzeitig einige Bademarken mit auszuhändigen. Bei dem Kauf dieser Marken habe ich nun bemerkt, daß in dem Bade an der Ferdinandstraße Duzendkarten ausgegeben werden, an der Ritterstraße aber nicht, und daß die ersteren Karten an der Ritterstraße nicht genommen werden. Es würde sich empfehlen, die drei Bäder gleichmäßig zu verwalten, überall Duzendkarten auszugeben und diesen in allen drei Anstalten Gültigkeit beizulegen. Wenn ein Familienvater Duzendbilletts erhalten kann, so wird er dem Dienstpersonal viel eher einmal ein Billett schenken, als wenn er es jedesmal kaufen soll. Das Reinlichkeitsgefühl wird durch die Benutzung der Badeanstalten bei dem Dienstpersonal gestärkt, was nicht nur diesem, sondern auch der Herrschaft zugute kommt. Leider wird diese Badegelegenheit viel zu wenig benutzt.

Herr Meyerhoff: Die Herren Vorredner haben meinen Worten eine andere Deutung untergelegt, als sie haben sollten. Ich bin durchaus nicht gegen eine große Badeanstalt, sondern ich bestreite nur, daß ein Schwimmbad das Reinlichkeitsgefühl heben soll. Das ist nicht wahr. Wer z. B. in München das Bassin

des Volksbades Karl Müller benutzen will, muß sich vorher schon abgeseift haben. Eine günstige Waschgelegenheit ist aber in unseren Brausebädern geboten. Bei einem Schwimmbade verfolgt man hauptsächlich turnerische Zwecke, und dazu genügen unsere Sommerschwimmbäder. Wenn die Stadt in der Lage ist, für ein solches Bad große Geldmittel aufzuwenden, so bin ich auch dafür, ein großes Bad zu bauen, aber so lange wir die Gelder dafür durch Steuererhöhung aufbringen müssen, bin ich entschieden dagegen.

Herr Weichsel: Was die Besetzung der eventuell zu wählenden Deputation anlangt, so schlägt die Statutenkommission zunächst die Wiederwahl des Herrn Beckmann vor. Sodann hat sich der Referent, Herr Bluth, erfreulicherweise bereit erklärt, in die Deputation einzutreten. Ferner wird Herr Helmold in Vorschlag gebracht, während wir uns über das vierte Mitglied nicht einigen konnten. Wir hatten Herrn Wesemeier in Aussicht genommen, jedoch wird er verhindert sein; es möchte sich empfehlen, jemand zu wählen, der technische Kenntnisse besitzt. (Rufe: Tolle, Konegen.)

Herr Ribbentrop: Ich erlaube mir, Herrn Mohr vorzuschlagen, der ein reges Interesse an den Badeanstalten bekundet.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird zunächst der Antrag der Statutenkommission auf Einsetzung einer Deputation angenommen. Sodann wird Herr Beckmann durch Zuruf in die Deputation gewählt, während bei der Wahl der weiteren drei Mitglieder Stimmzettel verwendet werden. Abgegeben werden 26, darunter zwei weiße Zettel. Die meisten Stimmen erhalten die Herren Bluth (21), Tolle (15) und Helmold (13), welche als gewählt gelten. Die nächstmeisten Stimmen entfallen auf die Herren Konegen (11), und Mohr (6), während die übrigen Stimmen zersplittern.

Schließlich wird noch die selbständige Verwaltung des der Stadt zufließenden Fonds von 6000 M nach dem Antrage der Statutenkommission genehmigt.

## II. Verlegung des Wasserrohres am Prinz Albrecht Park.

Die Verwaltungsdeputation für die Licht- und Wasserwerke hat empfohlen, zur Beseitigung der mangelhaften Versorgung der Scharnhorststraße mit Leitungswasser ein 100 mm weites Wasserhauptrohr auf dem südlichen Grenzwege des Prinz Albrecht Parks zwischen Marienstraße und Kastanienallee zu verlegen. Vom Magistrat wird ersucht, der Verlegung des projektierten Wasserrohres zuzustimmen und die auf 1200 M veranschlagten Kosten zu verwilligen,

was auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Frick berichtet, geschieht.

## III. Ausdehnung des § 44 des Ortsbaustatuts auf verschiedene Straßen.

Es hat sich das Bedürfnis herausgestellt, diejenigen Flächen des Stadtgebietes, auf denen nach § 44 des Ortsbaustatuts die Neueinrichtung sogenannter lästiger

Anlagen nicht zulässig ist, auf dem Ortsbauplane kenntlich zu machen, und zwar ist das für den bevorstehenden Neudruck des Planes in der Weise in Aussicht genommen, daß das ganze unter die fragliche Vorschrift fallende Gebiet eine farbige Abtönung erhält. Die Bearbeitung der Sache hat der städtischen Bauverwaltung Anlaß zu der Anregung gegeben, die geschaffene Schutzzone auszudehnen auf die schon jetzt durch geschütztes Gebiet vollständig umschlossene Roonstraße, sowie auf die Umgebung der Schule an der Diesterwegstraße. Auf diese Anregung einzugehen, erscheint, soweit die Roonstraße in Betracht kommt, durch die Verhältnisse jenes Stadtteils gegeben und unbedenklich, und für das Gebiet der Schule an der Diesterwegstraße in hohem Maße erwünscht. Die Versammlung wird deshalb ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß unter den Schutz des § 44 des Ortsbaustatuts gestellt werden die Grundstücke an der Roonstraße, der Diesterwegstraße auf der Strecke zwischen Hildesheimer- und Hermannstraße, an der Hermannstraße zwischen Diesterweg- und Wittkeindstraße, sowie an der Wittkeindstraße zwischen Hildesheimer- und Hermannstraße.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Meyerhoff berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

#### IV. Austausch von Doppelseiten mit der landschaftlichen Bibliothek.

Zwischen Herrn Landshyndikus Hamm und dem Herrn Stadtarchivar Mack ist ein Austausch von Dubletten der landschaftlichen und der städtischen Bibliothek verabredet worden. Danach soll die Stadtbibliothek 27 näher bezeichnete Drucke erhalten und dafür 26 Werke und Broschüren hergeben. Auf Empfehlung des Stadtarchivars ersucht der Magistrat, dem Austausch zuzustimmen,

was geschieht, nachdem Herr Weichsel den Antrag namens der Statutenkommission zur Annahme befürwortet hatte.

#### V. Erlaß von Bürgerrechtsgebühren.

Der Kaufmann Heinrich Pistorius und der Bierbrauer Heinrich Körtge haben unter Hinweis auf den in der Sitzung vom 24. Oktober d. Js. — Seite 264 des Berichtes — gefaßten Beschluß gebeten, ihnen die bereits gezahlten Bürgerrechtsgebühren zu erstatten, da sie diese Gebühren schon früher einmal bezahlt haben.

Namens der Statutenkommission berichtet hierüber Herr Weichsel: Bei der Verhandlung über einen ähnlichen Antrag in der Sitzung vom 24. Oktober d. Js. ist die Ansicht ausgesprochen worden, daß wir regelmäßig die Bürgergelder erlassen wollen, wenn jemand nach kurzer Abwesenheit hier wieder zuzieht. In dem vorliegenden Falle ist die Statutenkommission indessen zu der Ansicht gelangt, daß man sich durch den Beschluß vom 24. Oktober nicht dazu zwingen lassen dürfe, einmal eingezahlte Bürgerrechtsgelder wieder zurückzuzahlen, weil das zu unglaublich

lichen Konsequenzen führen würde. Sie gibt vielmehr anheim, beide Anträge zurückzuweisen und den Magistrat zu ermächtigen, die nochmalige Zahlung der Bürgerrechtsgebühr in solchen Fällen ohne Mitwirkung der Versammlung zu erlassen, wenn ein Bürger innerhalb eines Zeitraumes von drei Jahren nach seinem Fortzuge hier wieder zuzieht.

Herr Leue: Ich möchte Sie bitten, die Anträge der Statutenkommission in der Form nicht anzunehmen. Wenn wir uns in dem Falle Leiffolts am 24. Oktober d. Js. auf den Standpunkt gestellt haben, die Gebühren zurückzuzahlen und damals auch vom Magistratsstische aus erklärt wurde, daß nichts dagegen einzuwenden wäre, so sehe ich nicht ein, weshalb jetzt anders verfahren werden soll. Ich bezweifle auch, daß derartige Gesuche in einer so großen Zahl eingehen würden, daß dadurch eine Erschwerung für die Stadtverwaltung entstehen könnte oder Unzuträglichkeiten hervorgerufen würden. Ich bitte also, hier ebenso zu verfahren, wie im Falle Leiffolts; es würde dieser und jener nicht verstehen, wenn jetzt ein anderer Beschluß gefaßt würde.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Herr Leue hat übersehen, daß ein wesentlicher Unterschied zwischen dem Falle Leiffolts und den hier zur Besprechung stehenden Fällen obwaltet. Im ersteren Falle handelt es sich um die Niederschlagung einer noch zu entrichtenden und im letzteren um die Zurückerstattung einer schon gezahlten Gebühr. Ich bitte dabei nicht außer acht zu lassen, daß die Stadtverordneten nach § 46 der Städteordnung wohl über den Erlaß rückständiger Gemeindegefälle, nicht aber auch über Rückzahlungen aus der Stadtkasse zu entscheiden haben, um die es sich hier handeln würde. Da es nun außerordentlich schwer fallen dürfte, denjenigen Zeitpunkt festzulegen, bis zu dem rückwärts das gute Herz des Herrn Leue geneigt sein würde, solche Rückzahlungen stattfinden zu lassen, so scheint mir der von der Statutenkommission vorgeschlagene Weg einen verständigen Mittelweg zu enthalten. Die Kommission trägt mit Recht Bedenken, für die Vergangenheit Zahlungen aus der Stadtkasse zu leisten. Bedenken Sie auch, welche verhängnisvollen Folgen es auf unsere Steuern haben würde, wenn man ähnliches Entgegenkommen zeigen wollte, sobald jemand nachweisen könnte, er habe im abgelaufenen Jahre nicht das Einkommen gehabt, zu dem er abgeschätzt worden sei und es müßte ihm nun ein Teil der gezahlten Steuern zurückbezahlt werden.

Herr Wesemeier: Der Unterschied zwischen dem früheren und dem jetzigen Falle ist nicht so groß, wie ihn Herr Stadtrat von Frankenberg zu schildern versucht. Der Unterschied ist eine reine Formsache, indem die beiden heutigen Reklamanten in Unkenntnis der Sachlage die Gebühr bezahlt haben, während der frühere Reklamant Leiffolts Bescheid wußte, wie er sich zu verhalten hatte und die Zahlung beanstandete. Deshalb könnte man recht gut auch in den beiden vorliegenden Fällen die Gebühren erlassen. Ich bin im Gegensatz zur Kommission auch der

Meinung, daß man jeden einzelnen Einwohner, wenn er einmal das Bürgerrecht erworben hat, ganz gleich, wie lange er auswärts gewohnt hat, bei seiner Rückkehr in seine alten Rechte wieder einsetzt. Weshalb soll da eine Grenze festgesetzt werden? Warum ist man gerade auf einen Zeitraum von drei Jahren gekommen? Ist ein Bürger minderwertiger, wenn er erst nach fünf Jahren zurückkommt? Weshalb will man denjenigen benachteiligen, der länger als drei Jahre fortbleibt? Weshalb soll man noch einmal bezahlen, was man sich schon einmal erkauft hat? Es werden hiervon gerade die Arbeiter betroffen, die durch die Verhältnisse gezwungen sind, hier wegzuziehen, und die wiederkommen, wenn die Zeiten hier besser geworden sind. Der vom Herrn Stadtrat angezogene Vergleich mit der Rückzahlung von Steuern ist deplaziert, denn bei den Steuern handelt es sich um bestimmte Reklamationsfristen, deren Nichtinnehaltung von einer Ermäßigung der Steuer ausschließt, während hier dem Magistrate freie Hand gelassen ist. Ich beantrage:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, jeden von hier verzogenen Einwohner ohne weiteres, wenn er sich zur Bürgerrolle meldet und bereits früher Bürger der Stadt Braunschweig war, unter Erlaß des Wohnsitzjahres und der nochmaligen Zahlung der Bürgerrechtsgebühr eventuell in die Bürgerrolle einzutragen.“

Herr Stadtrat von Frankenberg: Es ist nicht richtig, was Herr Wesemeier ausgeführt hat. Zunächst trifft es nicht zu, daß derartige Fälle regelmäßig Arbeiter betreffen. An dem Falle Leiffolts haben Sie schon gesehen, daß es sich um einen Beamten handelt, der dem Zwange und der Dienstpflcht, sich versetzen lassen zu müssen, zu gehorchen hat. Das ist aber nichts anderes, als das, was einem Arbeiter begegnen kann.

Ferner ist es nicht richtig, daß ein Vergleich mit der Gemeindesteuer nicht am Platze — Herr Wesemeier meinte „deplaziert“ — wäre. Es trifft nämlich nicht zu, daß der Antrag auf Ermäßigung von Steuern an eine bestimmte Frist gebunden ist; Herr Wesemeier meint die Beschwerde gegen die Erhebung von Steuern, während eine Ermäßigung jederzeit beantragt werden kann. Endlich ist es überhaupt eine Unmöglichkeit, den Antrag des Herrn Wesemeier anzunehmen, weil die Stadtverordneten nicht das Recht haben, darüber zu befinden, ob jemand unter Verzicht auf das Wohnsitzjahr in die Bürgerrolle nochmals aufgenommen werden soll oder nicht, das ist allein Sache des Magistrates.

Bei der nun folgenden Abstimmung werden zunächst die Anträge Pistorius und Rörtge auf Rückzahlung des Bürgergeldes abgelehnt.

Der sodann weiter zur Verhandlung stehende Antrag der Statutenkommission lautet:

„Der Magistrat wird ermächtigt, die nochmalige Zahlung der Bürgerrechtsgebühr in solchen Fällen zu erlassen, wenn jemand innerhalb eines Zeitraumes von drei Jahren nach seinem Fortzuge hier wieder zuzieht.“

Herr Meyerhoff: Von Herrn Stadtrat von Frankenberg habe ich eben gehört, daß der Magistrat in dieser Sache selbständig vorgehen kann und nun sollen wir ihn noch dazu ermächtigen? Das stimmt nicht zusammen. Ich möchte um Aufklärung der Differenz bitten.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Es ist begreiflich, wenn Herrn Meyerhoff die Rechtslage nicht auf den ersten Blick klar geworden ist. Nach der Städteordnung ist zu unterscheiden zunächst die Möglichkeit, wieder Bürger zu werden, wenn man zugezogen ist, in welchem Falle der Magistrat berechtigt ist, den betreffenden vor Ablauf des ersten Jahres nach Wiedererlangung des Wohnsitzes hier in die Bürgerrolle wieder einzutragen. Daneben kommt aber noch in Betracht die Möglichkeit, daß die städtischen Behörden sich darüber verständigen, daß von der nochmaligen Erhebung einer Gebühr abgesehen werde. Man muß also die Befugnis des Magistrates bezüglich des Verzichtes auf das Wohnsitzjahr und der städtischen Behörden auf Verzicht der Gebühren getrennt halten. Was die Statutenkommission will, berührt das Wohnsitzjahr nicht, sondern es handelt sich bei dem Antrage darum, ob in solchem Falle nochmals eine Bürgerrechtsgebühr gezahlt werden soll oder nicht, und da schlägt die Kommission zweckmäßigerweise vor, daß die Versammlung auf das ihr zustehende Bewilligungsrecht im einzelnen verzichten und dem Magistrate allgemein das Recht geben will, an ihrer Stelle unter bestimmten Voraussetzungen die Gebühren niederzuschlagen.

Herr Ribbentrop: Der Antrag Wesemeier ist schon deshalb unmöglich, weil wir dadurch gezwungen werden könnten, auch solche Leute als Bürger wieder aufzunehmen, die inzwischen eine Zuchthausstrafe erlitten haben.

Der Antrag Wesemeier wird darauf abgelehnt und der Antrag der Statutenkommission angenommen.

## VI. Rückzahlung von Kosten für Wasserrohrverlegung.

Die Bauunternehmer Dorn und Friederich ersuchen, die von ihnen verausgabten Kosten von 388,39 M für einen in der von der Scharnhorststraße abzweigenden Straße Nr. 541 verlegten Kanal, sowie 269,09 M für die auf ihre Kosten erfolgte Legung des Wasserhauptrohres in demselben Straßenzuge zurückzuerstatten, da sich die Baukosten durch die Kanalsteuer bzw. das eingehende Wassergeld ausreichend verzinsen. Der Magistrat gibt anheim, den ersteren Antrag zurzeit abzulehnen, weil die Kanalabgabe für das betreffende Grundstück erst vom 1. Januar 1908 ab erhoben wird, den letzteren Antrag dagegen zu genehmigen.

Auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr Esdorn berichtet, wird den Anträgen des Magistrates gemäß beschlossen.

## VII. Mittel für die Fortbildungs- und Gewerbeschule.

Seit Ostern d. J. hat der Besuch der Fortbildungsabteilung der städtischen Gewerbe- und Fortbildungsschule sehr bedeutend zugenommen. Der auf 230 geschätzte Schülerbestand ist auf nahezu 400 gestiegen. Dieser erfreuliche Zuwachs an lernlustigen jungen Leuten ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß der Schulvorstand versuchsweise mit der Einrichtung besonderer Fachklassen für einzelne Berufsarten vorgegangen ist. Während für Bäckerlehrlinge seit 1894 sechs solcher Fachklassen mit 128 Schülern geschaffen sind, traten Ostern 1907 sieben neue Fachklassen mit zusammen 168 Schülern, nämlich drei Schlosserklassen mit 74, eine Tischlerklasse mit 30, eine Sattler- und Tapeziererklasse mit 25, eine Schuhmacherklasse mit 12, eine Klasse für Barbieri und Friseure mit 27 Schülern neben den vorhandenen gemischten Klassen mit 104 Schülern ins Leben. Zu Michaelis sind ferner drei neue Klassen hinzugekommen, nämlich eine für das Malerhandwerk und zwei für Bauhandwerker.

Die Folge dieses Zuwachses ist selbstverständlich eine Steigerung der Ausgaben für Unterrichtsstunden, Aufsichtsführung, Beschaffung von Lehrmitteln, Vergütung an die Schuldiener, Heizung, Beleuchtung u. An Unterrichtsstunden werden seit Ostern 24, seit Michaelis fernere 10 mehr als früher erteilt. Nachdem sich die Unterhaltung solcher Klassen als ein voraussichtlich dauerndes Bedürfnis gezeigt hat, daß in Zukunft durch das Hinzukommen der Mittel- und Oberstufen noch erhöht werden wird, so hat der Schulvorstand jetzt auf Nachverwilligung der erforderlichen Geldmittel angetragen. Die Mehrausgabe wird voraussichtlich etwa 4200 M betragen, der eine Mehreinnahme an Schulgeld in Höhe von etwa 800 bis 900 M gegenübersteht. Die Versammlung wird ersucht, der Belastung der Kasse der städtischen Gewerbe- und Fortbildungsschule mit dieser Mehrausgabe zuzustimmen.

Namens der Finanzkommission berichtet über die Vorlage Herr Löhnescinke: Die erhebliche Steigerung der Schülerzahl von 230 auf 400 zeigt in ausreichendem Maße, daß trotz des Umstandes, daß leider immer noch eine erhebliche Anzahl von Lehrlingen dem Schulbesuche durch ihre Meister entzogen werden, in dem Kreise der beteiligten Innungen sich die Erkenntnis von der segensreichen Einwirkung des Fachunterrichtes auf die Fachausbildung der Lehrlinge und in der Folgezeit auf das Handwerk als solches Bahn bricht. Diese Bewegung ist mit Freuden zu begrüßen und kraftvoll zu fördern, um den jungen strebsamen Elementen im Handwerkerstande Anregung und tunlichste Vervollkommenung in ihrem Gewerbe zu bieten. Weite, außerhalb des Handwerks stehende Kreise der Bevölkerung, die ein Interesse an dem Aufblühen des Handwerks nehmen und für eine



sorgfame fachtechnische und allgemeine Ausbildung der darin beschäftigten jungen Leute eintreten, streben die Errichtung von Fortbildungsschulen an. Es ist mir gesagt worden, daß in absehbarer Zeit vielleicht ein Landesgesetz eingebracht werden würde über die Einrichtung und den obligatorischen Besuch von Fortbildungsschulen. Wenn es auch zweifelhaft erscheint, ob ein solches Gesetz, durch das dem § 131 der Gewerbeordnung mehr Geltung verschafft werden würde, wegen der daraus entstehenden erheblichen Inanspruchnahme von staatlichen und kommunalen Mitteln, zur Verabschiedung gelangt, so dürfte es doch angebracht sein, daß die Stadt Braunschweig, deren Etat schon mit 42 800 M für die Zwecke der Fortbildungs- und Gewerbeschule belastet ist, sich der Bewilligung weiterer Mittel für diesen Zweck nicht entzieht. Die Stadt hat mit der Einrichtung von Handwerker-Fachklassen eine Institution ins Leben gerufen, die auf vielen Seiten als eine glückliche betrachtet wird; die städtischen Behörden werden nicht mehr weit vor dem anzustrebenden Ziele, das ich in der Einrichtung einer Fortbildungsschule mit fachlicher Gliederung erblicke, auf dem betretenen Pfade innehalten, sondern vielmehr nach Maßgabe der vorhandenen Mittel an dem weiteren Ausbau der Fachklassen zum Heile des Handwerks hiesiger Stadt weiter arbeiten.

Die Finanzkommission empfiehlt die Annahme der Magistratsvorlage und damit die Uebernahme der entstehenden Kosten auf die Kasse der städtischen Gewerbe- und Fortbildungsschule.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich freue mich, daß in der Berichterstattung des Herrn Vorredners das Bestreben des Schulvorstandes der Fortbildungs- und Gewerbeschule, den Wünschen der Handwerkerkreise in bezug auf die vernünftige Gestaltung des Unterrichts entgegenzukommen, ein Echo gefunden hat. Es wird vielleicht interessieren zu hören, daß der Schulvorstand dem Magistrate empfohlen hat, in dieser Entwicklung für die kommenden Rechnungsjahre in der Weise fortzufahren, daß dem fachlichen Unterrichte am 1. April 1908 die Mittelstufe hinzugefügt wird und wir ein Jahr später das Bauwerk durch Hinzufügung der Oberstufen krönen werden. (Zustimmung.) Außerdem sind für verschiedene Handwerksarten noch weitere Fachklassen in Aussicht genommen.

Die Vorlage wird sodann genehmigt.

### VIII. Ordnung für die Realschule.

Zu Ostern 1908 wird das neue Schulgebäude an der Ritterstraße in Benutzung genommen werden können. Der Magistrat hält daher nunmehr den Zeitpunkt für gekommen, um mit der Versammlung die Art und Weise zu vereinbaren, in der die Selbständigkeit der in diesem Gebäude unterzubringenden städtischen Realschule anzustreben ist. Denn wenigleich der Lehrplan für die sechs Klassen dieser Schule (Sexta bis Untersekunda) bisher so gestaltet worden ist und auch

ferner so gestaltet werden soll, daß er demjenigen des Unterbaues der Oberrealschule entspricht und dem versetzungsreifen Untersekundaner ohne weiteres den Uebergang in die Obersekunda der Oberrealschule ermöglicht, so soll doch andererseits die Realschule die Erlangung einer für gewisse Berufe ausreichenden abgeschlossenen Bildung und insbesondere die Berechtigung zum Dienste als Einjährig-Freiwilliger gewähren. Schon aus diesem Grunde dürfte aber ihre völlige Loslösung von der Oberrealschule geboten sein. Daß diese Berechtigung bei der Oberrealschule ohne weiteres durch die Versetzungsreise für Ober-Sekunda, bei der Realschule aber nur durch Bestehen einer Abschlußprüfung erlangt wird, erscheint zwar auf den ersten Blick als eine Verschwerung der Schüler der Realschule, entspricht aber durchaus den das Berechtigungswesen der Realschulen regelnden reichsgesetzlichen Vorschriften; und es kann auch überdies ohne weiteres anerkannt werden, daß der Unter-Sekundaner der Realschule, welcher zur Versetzung in die Ober-Sekunda der Oberrealschule wirklich reif ist, ohne Mühe die Abschlußprüfung der Realschule bestehen wird.

Gerade mit Rücksicht auf das Berechtigungswesen und im Hinblick darauf, daß in schultechnischer Beziehung die plötzliche völlige Loslösung der abzuzeigenden Klassen von der Oberrealschule nicht ohne Bedenken sein dürfte, erachten wir es nun aber in Uebereinstimmung mit dem Schulvorstande der städtischen Oberrealschule nicht für ratsam, die Realschule schon zu Ostern 1908 zu einer selbständigen Lehranstalt zu machen, vielmehr erscheint es zweckmäßig, sie während einer Uebergangszeit von einem Jahre, also bis Ostern 1909, als einen lediglich örtlich abgezweigten Teil der Oberrealschule zu unterhalten und zwar mit der Aufgabe, daß dem Direktor der Oberrealschule wie bisher auch während dieses Zeitraumes die oberste Leitung des Schulbetriebes in den abzuzeigenden Klassen zusteht, daß mithin diese Klassen wie bisher als Zubehör der Oberrealschule gelten und somit die örtliche Trennung des Berechtigungswesens im Jahre 1908/09 in keiner Weise berührt.

Ostern 1909 würde alsdann die Realschule eine selbständige Anstalt werden, und es müßten im Laufe des Jahre 1909/10 die nötigen Schritte getan werden, damit denjenigen Schülern, welche die erstmalig Ostern 1910 abzuhaltende Abschlußprüfung bestehen, der Berechtigungsschein erteilt wird. Die generelle Berechtigung der Anstalt als solche wird dieser erst dann zuerkannt werden können, wenn durch die Resultate der ersten Abschlußprüfung ihre Leistungsfähigkeit nachgewiesen sein wird.

Erst wenn die Realschule eine selbständige Lehranstalt wird, würde ihr ein besonderer Leiter zu geben sein. Da es indessen dem Leiter der städtischen Oberrealschule nicht möglich sein wird, in der Uebergangszeit (Ostern 1908/09) bei der örtlichen Entfernung beider Schulgrundstücke von einander die sämtlichen Direk-

torialgeschäfte zu erledigen, so empfiehlt es sich weiter, bei voller Wahrung der Leitung und Verantwortlichkeit des Schuldirektors Professor Dr. Wernicke diesem — soweit erforderlich nach näherer Festsetzung Herzoglicher Oberschulkommission — zur Erledigung der laufenden Verwaltungsgeschäfte des äußeren Dienstes und daneben aller eiligen Direktorialgeschäfte eine jenem unterstehende Hilfskraft aus der Zahl derjenigen Lehrer beizuordnen, die von Ostern 1908 ab an den abzuzeigenden Klassen unterrichten sollen. Für Besorgung der Direktorialgeschäfte würde dem betreffenden Lehrer eine noch näher festzustellende Vergütung zu gewähren sein.

Um einen unnötigen Wechsel im Lehrerkollegium zu verhüten, erscheint es weiter zweckmäßig, die Unterrichtserteilung in den abzuzeigenden Klassen schon im Jahre 1908/09 denjenigen Lehrern zu übertragen, die künftig den Lehrkörper der Realschule bilden sollen. Dazu aber ist schon jetzt Beschluß zu fassen über die Regelung der Gehaltsverhältnisse der betreffenden Lehrer und es empfiehlt sich daher, schon jetzt die gesamte zu Beginn des Schuljahres 1909/10 zu erlassende „Ordnung“ für die künftige Realschule festzustellen und ihre Genehmigung im Laufe des Jahres 1908/09 zu erwirken.

Naturgemäß wird sich diese Ordnung derjenigen, welche für die Oberrealschule erlassen ist, anzupassen haben und insbesondere werden die Gehälter des Lehrpersonals ebenso wie bei der Oberrealschule zu bemessen sein.

Auf Empfehlung des Schulvorstandes der städtischen Oberrealschule hat der Magistrat eine solche Ordnung entworfen und legt den Entwurf hierneben vor.

Schließlich wird noch bemerkt, daß in Aussicht genommen ist, zu Ostern 1908 im ganzen 8 Klassen der städtischen Oberrealschule in das neue Schulgebäude an der Ritterstraße übersiedeln zu lassen, während die 18 Klassen der A- und B-Reihe im Schulgrundstücke Hintern Brüdern verbleiben würden.

Die 8 abzuzeigenden Klassen sind folgende:

1. Die 5 Klassen Sexta bis Ober-Tertia der C-Abteilung, mit deren Aufbau Ostern 1904 begonnen wurde;
2. die Klasse Unter-Sekunda C, welche durch Teilung einer überfüllten Klasse der eigentlichen Oberrealschule entstanden ist und
3. die beiden Klassen Sexta D und Quinta D, die zufolge Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 27 Juni 1907 zu Ostern 1908 eingerichtet werden sollen und alsdann den Grundstock der zweiten Klassenreihe der künftigen Realschule bilden werden.

Während von den unter 1 erwähnten Klassen die Ober-Tertia C Ostern 1909 zur Unter-Sekunda C wird, soll die unter 2 erwähnte Unter-Sekunda C zu dem gedachten Zeitpunkte eingehen. Diejenigen Schüler, welche alsdann das Klassenziel erreicht haben, werden entweder mit der Berechtigung zum Dienste als Einjährig-Freiwilliger abgehen, oder in die Ober-Sekunda der alten Schule übertreten.

Die wenigen nicht versetzungsreifen dagegen werden einer der beiden in der Schule Hintern Brüdern verbleibenden Unter-Sekunden A und B zugewiesen werden, da ihnen auf diese Weise die Möglichkeit gewährt wird, bereits nach  $\frac{1}{2}$  Jahre den Berechtigungsschein zu erlangen. Ein Uebertritt in die Ober-Sekunda dagegen würde, da an der Oberrealschule nur Osterkurse bestehen, erst zu Ostern 1910 möglich sein.

Die durch die Uebersiedelung der vorerwähnten Klassen bewirkte Entlastung der Schulgebäude Hintern Brüdern gewährt die Möglichkeit, im Sommer k. Js. in den Gebäuden Hintern Brüdern 31 und 32 diejenigen noch rückständigen Bauarbeiten (Treppenanlage usw.) auszuführen, welche im Hinblick auf den Schulbetrieb bisher nicht ausgeführt werden konnten.

Hiernach wird anheimgegeben,

der Durchführung des im vorstehenden entwickelten Planes zuzustimmen und

den vorgelegten Entwurf einer Ordnung der künftigen Realschule mit der Maßgabe zu genehmigen, daß die Entschließung über die Zeit ihres Erlasses dem Magistrate überlassen bleibt.

Namens der Schulkommission berichtet über die Vorlage Herr Leue: Gegen den ersten Teil des Magistratsantrages — der Durchführung des Schulplanes zuzustimmen — hat die Kommission nichts zu erinnern gefunden. Auf die angeordnete Ablegung der Abschlußprüfung in der neuen Realschule haben wir leider keinen Einfluß, da diese Vorschrift auf gesetzlichen Bestimmungen beruht und wir höchstens bedauern können, daß hier zur Erlangung der Berechtigung für den einjährig-freiwilligen Militärdienst eine Prüfung gefordert wird, während sie in der Oberrealschule nicht nötig ist.

Wie aus der Vorlage hervorgeht, werden nächste Ostern acht Klassen der Oberrealschule in die neue Schule übergeführt werden. Bei dem Uebergange soll nach der Erklärung des Magistrates den Wünschen der Eltern bezüglich der Zuteilung der Schüler auf die eine oder andere Schule tunlichst Rechnung getragen werden. Auf die Schulordnung komme ich nachher zu sprechen.

Herr Esdorn: Bei der Verteilung der Schüler auf die beiden Schulen wird es von den Eltern unangenehm empfunden werden, wenn sie ihre Söhne zuerst nach der Realschule und später nach der Oberrealschule schicken sollen, obwohl sie von vornherein sie für die letztere Anstalt bestimmt haben. Kann man nicht solchen Eltern entgegenkommen und ihre Söhne von vornherein in die Oberrealschule aufnehmen? Ich habe auch gehört, daß die Lehrer gemeint hätten, die minder begabten Schüler würden mehr und mehr der Realschule überwiesen werden.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich habe schon in der Kommission hervorgehoben, daß der Schulvorstand den Wünschen der Eltern tunlichst

Rechnung tragen wird, und es liegt nichts näher, als daß man die Schüler, welche die Oberrealschule ganz durchmachen sollen, in der Schule läßt. Ob sich das aber ganz durchführen läßt, kann ich nicht sagen. Eine große Gefahr würde aber auch für die betreffenden Schüler nicht darin liegen, wenn sie die Unterstufe an der Realschule und die Oberstufe an der Oberrealschule durchmachen. Bei der Versetzung nach der Obersekunda kommt der Schüler immer in eine neue Klasse, mag er nun vorher in der Realschule oder der Oberrealschule gewesen sein. Also auf den Gang der Ausbildung hat das keinen Einfluß.

Der erste Teil des Magistratsantrages wird hierauf angenommen.

Herr Deue: Bezüglich der im Entwurfe vorliegenden Schulordnung habe ich folgendes zu bemerken: Im § 1 des Entwurfes ist besonders vorgesehen, daß der Unterricht für die einzelnen Klassen der Realschule mit dem für die Klassen Sexta bis Obersekunda der Oberrealschule genau übereinstimmt, so daß ein gegenseitiger Uebergang aus entsprechenden Klassen der Realschule in solche der Oberrealschule und umgekehrt jederzeit möglich ist. Nach § 6 der Ordnung ist die Verwaltung der Schule so gedacht, daß die Schule einen Vorstand hat, der aus einem Mitgliede des Stadtmagistrates, dem Stadtsuperintendenten, zwei Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung und dem Direktor der Schule besteht. Diejenigen drei Vertreter der städtischen Behörden, welche dem Vorstande der städtischen Oberrealschule angehören, sollen regelmäßig auch Mitglieder des Vorstandes der städtischen Realschule sein. Bei der engen Beziehung der beiden Schulen zu einander ist diese Bestimmung wohl angebracht.

Gegen den Inhalt der Schulordnung sind seitens der Schulkommission Bedenken nicht zu erheben, sie wünscht nur, daß im § 11, Absatz 2 statt: „sowie die Versetzung derselben“ gesagt wird: „sowie ihre Versetzung“ und im § 13, Absatz 1 der zweite Satz nicht: „Die Ernennung derselben . . .“ beginnt, sondern: „Ihre Ernennung . . .“.

Die Schulordnung wird mit diesen beiden Aenderungen und der Maßgabe genehmigt, daß die Entschließung über die Zeit ihres Erlasses dem Magistrate überlassen bleibt.

## IX. Aenderungen des Statuts über den Schlachthausbetrieb.

Die Herzogliche Polizeidirektion hat dem ihr übersandten Entwurf eines Statuts, betreffend den Schlachthausbetrieb und die Schlachtvieh- und Fleischbeschau im allgemeinen zugestimmt, sie bittet jedoch, ihn bezüglich folgender sechs Punkte einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen und eventuell abzuändern:

1. Im § 1 hinter „des Reichsgesetzes“ einzuschalten, „betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschau vom 3. Juni 1900“.

2. Bezüglich des § 2, Abs. 2, Ziffer 3 wird mit Rücksicht auf die §§ 111 und 2 der Städteordnung die vorgeschlagene Bestimmung für unzulässig gehalten. Es wird vielmehr empfohlen, die Lösung im Sinne des § 7 des Medizinalgesetzes erfolgen zu lassen, weil dadurch der Physikus eine selbständigere Stellung erhielte.
3. Im § 28 ist statt „§ 43, Abs. 4“ zu setzen: „§ 43, Abs. 2“.
4. Im § 35, Abs. 2 können die Worte „oder deren Stellvertreter“ wegfallen.
5. Es dürfte sich empfehlen, im Absatz 1 des § 39 als zweiten Satz einzuschließen: „So lange die offenen Wochenmärkte hier noch bestehen, findet eine Fleischschau — nicht die Trichinenschau — auch auf einer für diese zu errichtenden besonderen Untersuchungsstelle statt.“
6. § 39, letzter Absatz gehört nicht in den Abschnitt 5, betreffend Beschau des eingebrachten Fleisches.

Der Magistrat ist mit diesen Änderungen einverstanden. Im § 2 glaubt er indessen durch den folgenden Zusatz der Stellung des Stadtphysikus im Schlachthausausschuß besser zu dienen, als wenn ihm nur beratende Stimme eingeräumt würde. Dieser Zusatz lautet: „Der Stadtphysikus kann jederzeit die Berufung des Ausschusses verlangen und muß jederzeit in dessen Sitzungen gehört werden.“

Wie Herr Bluth namens der Statutenkommission berichtet, werden die sämtlichen Änderungen in der vom Magistrate vorgeschlagenen Fassung zur Genehmigung empfohlen. Bezüglich des Punktes 6 befürwortet die Kommission, den letzten Absatz des § 39 mit unverändertem Text als § 37a in das Statut aufzunehmen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Zu aller Sicherheit habe ich Veranlassung genommen, wegen der unter Nr. 2 gewünschten Änderung mit dem Herrn Stadtphysikus Roth Rücksprache zu nehmen. Herr Dr. Roth hat mir erklärt, daß er es lieber sehen würde, mit beschließender als mit beratender Stimme dem Ausschuß anzugehören.

Die Änderungen werden sodann nach dem Vorschlage der Statutenkommission gutgeheißen.

## X. Anfrage Wesemeier: Grundsätze bei der Annahme und Entlassung von städtischen Arbeitern.

Die Anfrage lautet:

„Nach welchen Grundsätzen erfolgt in den städtischen Verwaltungen die Einstellung und Entlassung von Arbeitern? Wird dabei Privatunternehmern oder Arbeitgeberorganisationen ein Einfluß eingeräumt?“

Herr Esdorn (zur Geschäftsordnung): Ich möchte ersuchen, vor den Anträgen und Anfragen doch erst die übrigen Punkte der Tagesordnung zu erledigen. Die Anträge und Anfragen eilen nicht so sehr, als daß wir sie nicht erforderlichenfalls bis zur nächsten, so wie so bald notwendigen Sitzung verschieben könnten.

Vorsitzender: Die Anfrage war schon in der vorigen Sitzung eingereicht und sollte an dieser Stelle der heutigen Tagesordnung erscheinen, ist aus Versehen aber fortgelassen.

Herr Wesemeier (zur Geschäftsordnung): Ich will nur feststellen, daß ein Stadtverordneter den Antrag gestellt hat, eine Anfrage aus der Verammlung allen anderen Vorlagen gegenüber zurückzustellen.

Herr Esdorn (zur Geschäftsordnung): Wenn es sich nur um diese Anfrage handelt, ziehe ich meinen Antrag zurück.

Herr Wesemeier (zur Begründung der Anfrage): Zur Stellung der Anfrage bin ich durch einige Vorkommnisse veranlaßt worden, die mir in letzter Zeit von durchaus glaubwürdiger Seite mitgeteilt worden sind. Wenn die Frage ohne jedes Vorkommnis gestellt wäre, so würde mir wahrscheinlich geantwortet werden: Die Einstellung zc. von städtischen Arbeitern geschieht nach dem Grundsatz, daß sie im Bedarfsfalle eingestellt werden und wenn sie nicht mehr nötig sind, wieder zur Entlassung kommen. Die Antwort wäre an sich richtig, denn die Verwaltung muß so handeln. Nun ist hier aber ein Fall vorgekommen, der weniger deshalb von Bedeutung ist, weil es sich dabei um eine bestimmte Person handelt, sondern weil es sich hier um die bei der Stadtverwaltung eingeschlagene Praxis handelt, daß außerhalb der städtischen Verwaltung stehenden Leuten, insbesondere Arbeitgebern, also Privatunternehmern Einfluß auf die Einstellung und Entlassung von Arbeitern zusteht.

Am 21. Oktober d. Js. ist der Arbeiter Heinrich Haase bei dem Gaswerke an der Bahnhofstraße eingestellt, nachdem er schon früher drei Jahre zur Zufriedenheit der Betriebsleitung dort gearbeitet hatte und fünf Sommer auf der städtischen Badeanstalt beschäftigt gewesen war, auch auf seinen sonstigen Arbeitsstellen 2 Jahre und 4½ Jahre zugebracht hatte; es handelt sich also um einen durchaus zuverlässigen Mann. Am Abend desselben Tages wurde Haase mit einer eigenartigen Begründung wieder entlassen. Der Ingenieur und Betriebsleiter Beuthner fragte ihn zunächst, wo er zuletzt gearbeitet habe, worauf die Antwort erfolgte, bei Noltemeyer. Darauf erwiderte Herr Beuthner: es muß irgend etwas nach der Direktion über Sie geschrieben sein, denn Sie müssen heute abend wieder aufhören, weil Sie als Haupttrabelführer bezeichnet worden sind. Haase geht darauf nach dem Direktor von Feilich selbst, um ihn zu fragen, weshalb er entlassen sei. Es handelt sich um einen 25-jährigen tüchtigen Mann. Herr von Feilich hat ihm geantwortet: es ist mir von einem glaubhaften Herrn mitgeteilt worden, daß Sie

ein Aufrührer und Aufwiegler, ein Haupträdelsführer seien, und deshalb entlasse ich Sie. Das ist ein eigenartiger Entlassungsgrund. Haase hatte bei der Firma F. W. Koltmeyer gearbeitet, und es war ihm und anderen Arbeitern von dem Betriebsleiter der Firma, Herrn Wesemann, acht Tage vorher gesagt worden, sie möchten sich nach anderer Arbeit umsehen, weil die Umzugszeit vorbei sei. Dagegen war an sich nichts einzuwenden. Am 17. Oktober ist den Arbeitern aber mitgeteilt worden, daß sie binnen drei Tagen den schriftlichen Nachweis bringen müßten, daß sie aus der Gewerkschaft ausgetreten seien, und am anderen Tage hatte sich Herr Homilius dahin besonnen, daß sie sofort ein Schriftstück unterzeichnen sollten, wonach sie aus dem Verbands ausgetreten und keiner sozialdemokratischen Organisation angehören dürften, so lange sie im Geschäfte der genannten Firma wären. Es ist das ein Recht des Arbeitgebers, das auf die Machtverhältnisse und nicht auf die moralischen Verhältnisse basiert, denn so gut ein Arbeitgeber seine Organisation in Anspruch nimmt, muß auch dem Arbeitnehmer dieses Recht gegeben werden. Weil also der Arbeiter seinen Austritt aus dem Verbands nicht erklären wollte, lag auch für den städtischen Betrieb eine Ursache vor, den Arbeiter wieder zu entlassen. Wenn hier aber ebenso gehandelt werden soll, wie bei nur wenigen Privatunternehmern, so ist es weit gekommen. Die meisten Privatunternehmer kümmern sich anständigerweise nicht darum, ob ihre Arbeiter organisiert sind oder nicht, sie geben also den Arbeitern das Recht, sich zu organisieren.

Der Herr Oberbürgermeister erklärte in der vorigen Sitzung, daß tüchtige Arbeiter nur schwer zu bekommen gewesen wären und deshalb die Löhne erhöht werden mußten. Es handelt sich hier aber um einen tüchtigen, kräftigen und intelligenten Arbeiter, der von dem Lichtwerk nur entlassen wurde, weil er seinem Verbands nicht untreu werden wollte und deshalb von Herrn Homilius ausgesperrt wurde.

Dieser eine Umstand hätte mich aber noch nicht veranlaßt, die Anfrage zu stellen. Als im vorigen Jahre die Bauarbeiter ausgesperrt wurden, weil sie selbst über zwei Bauten die Sperre verhängt hatten, erließ der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe ein Rundschreiben und erdreistete sich, dieses Schreiben auch an das Lichtwerk unserer Stadt zu richten. Das Schreiben lautete:

„Arbeitgeber-Verband für das Baugewerbe zu Braunschweig. E. B.

Braunschweig, den 10. September 1906.

P. P.

„Die Gewerkschaft der Baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands, Zweigverein Braunschweig, hat vor einiger Zeit die Bauten zweier Mitglieder gesperrt, weil den beschäftigten Bau- und Erdarbeitern nicht die erhöhte Lohnforderung bewilligt wurde.



Da trotz wiederholter Aufforderung die Sperren nicht aufgehoben wurden, sah sich der Arbeitgeber-Verband gezwungen, am 7. September zunächst sämtliche Mitglieder genannter Gewerkschaft auszusperren. Die übrigen organisierten Arbeiter haben infolgedessen die Arbeit auch eingestellt und werden auch jedenfalls die übrigen Bauhandwerker diesem Beispiel folgen. Die jüngeren Arbeitskräfte werden bereits zur Entlastung der Streikfasse abgeschoben.

Wir richten nun an Sie das dringende Ersuchen, uns in der Abwehrmaßregel dadurch zu unterstützen, daß Sie keine aus unserem Streikgebiet kommenden Arbeitnehmer beschäftigen und bereits eingestellte sofort zur Entlassung bringen. Die Herkunft der Arbeitnehmer können Sie durch die Invalidenkarte, das Krankenkassenbuch oder den Entlassungsschein feststellen."

Hochachtungsvoll

Der Vorstand des Arbeitgeber-Verbandes für das Baugewerbe zu  
Braunschweig. E. B.

Franz Ausmeyer, Vorsitzender."

Wenn nur die einfache Zusendung dieses Schreibens erfolgt wäre, so würde noch nichts dabei gewesen sein, obgleich es unerhört ist, daß ein Arbeitgeberverband es wagt, an eine städtische Verwaltung ein solches Ansinnen zu stellen, aber der derzeitige Abteilungschef des Tiefbauamtes, Baumeister Behrens, hat dieses Schreiben mit einem Vermerk versehen bei den Beamten des Tiefbauamtes zirkulieren lassen zur Kenntnismahme und Nachachtung. Wenn so etwas in einem städtischen Betriebe möglich ist, daß ein Abteilungschef den nachgeordneten Beamten empfiehlt, diejenigen Arbeiter sofort zu entlassen, die ausgesperrt sind, oder solche Arbeiter nicht einzustellen, so ist das einfach skandalös. Ich weiß keinen anderen Ausdruck, aber es ist auch so. Wir müssen damit rechnen, daß hier die Arbeiter zumeist organisiert sind, allein hier in der Stadt zählen wir 12000 organisierte Arbeiter. Wie will sich also ein Unternehmer dagegen schützen, daß er organisierte Arbeiter hat? Es gibt eben keinen Betrieb, in dem nicht organisierte Arbeiter wären. Deshalb wäre es unerhört, wenn in einem städtischen Betriebe der Standpunkt eingenommen werden sollte, daß organisierte Arbeiter nicht eingestellt würden. Gegenüber der städtischen Bauabteilung bin ich vom Standpunkte der Arbeiter aus in derselben Lage, wie im Landtage die Beamten dem Herzoglichen Staatsministerium gegenüber, wo der Kreisdirektor Krüger dagegen energisch Verwahrung eingelegt hat, daß der Herr Staatsminister die Staatsbeamten deshalb angriff, weil sie an einer politischen Demonstration teilgenommen hatten. Herr Kreisdirektor Krüger erklärte, die Beamten seien keine Kulis und Heloten; für die Arbeiter der Stadt gilt aber daselbe. Wenn es möglich wäre, daß hier ein

städtischer Arbeiter nur deshalb entlassen worden ist, weil er von einem Unternehmer ausgesperrt wurde, als er sich weigerte, aus dem Verbande zu treten, so wäre es wirklich weit gekommen. Die Firma Noltemeyer hat damals einen anderen Arbeiter behalten, von dem Sie in den letzten Tagen in den Zeitungen lesen konnten, daß er zu verschiedenen Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. Wenn dieser Mann sich damals um einen städtischen Dienst beworben hätte, würde wohl keine Warnung und Beschwerde von dem Unternehmer gekommen sein und dieser nicht gesagt haben, es handele sich um einen Aufrührer, sondern der Mann wäre im städtischen Dienste behalten. Man würde also Leute, die nicht ehrlich sind, im städtischen Betriebe behalten, während man anständige Arbeiter aussetzt, weil sie ihrer Organisation nicht untreu werden wollten. Die Leute sind bei Noltemeyer entlassen, weil sie nicht unterschriftlich festlegen wollten, aus dem Verbande auszutreten; das ist doch aber keine Aufrührerei. Es muß festgestellt werden, ob bei der Einstellung und Entlassung städtischer Arbeiter den Unternehmern irgend welcher Einfluß eingeräumt wird.

Vorsitzender: Der Herr Fragesteller hat bei der Begründung seiner Anfrage in bezug auf einen Beamten der städtischen Bauverwaltung den Ausdruck „skandalös“ gebraucht. Ich möchte bitten, von derartigen Ausdrücken Abstand zu nehmen, namentlich so lange eine Sache noch nicht aufgeklärt ist.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Wenngleich sich der Wortlaut der Anfrage auf städtische Verhältnisse bezieht und beziehen soll, so habe ich bei deren Begründung doch den Eindruck gehabt, als wollte der Herr Fragesteller seinem übervollen Herzen Luft machen gegenüber den Verhältnissen, die bei der Firma Noltemeyer zu Tage getreten sind. (Zustimmung.) Diese Verhältnisse sind uns gänzlich unbekannt, und es würde unrecht sein, darauf hier näher einzugehen. Ich stehe weiter auf dem Standpunkte, daß es nicht richtig sein würde, die Entlassung oder die Nichtannahme eines einzelnen Arbeiters hier zum Gegenstande der Erörterung zu machen. Sollte die geehrte Versammlung anderer Ansicht sein, so würde ich dem Magistrate anheimgeben, eine Antwort nicht zu erteilen, weil der Verwaltung das Recht zustehen muß, in dieser Sache nach bestem Ermessen zu entscheiden und weil, wenn die Versammlung das Recht eines Betriebsleiters, einen einzelnen Arbeiter zu entlassen, kritisieren wollte, eine Debatte entstehen würde, durch die die Dienstgeschäfte erschwert würden und auch die Autorität der Betriebsverwaltung leiden müßte. Das wäre also nicht richtig.

Etwas anderes ist es, wenn man sagt, daß bei der städtischen Verwaltung Grundsätze eingeführt seien, die sich mit moralischen Grundsätzen nicht vereinbaren ließen. Wenn das der Fall wäre, könnte allerdings die Versammlung mit Recht darnach fragen. Die Anfrage läuft darauf hinaus, ob die zuständige städtische Behörde den Grundsatz aufgestellt hat, daß Arbeiter, die gewerkschaftlich organisiert

sind, nicht in einem städtischen Betriebe beschäftigt werden dürfen. Mir ist von den Tatsachen, die der Anfrage zugrunde liegen, nichts bekannt gewesen, ebenso nicht von der Entlassung des betreffenden Arbeiters und auch davon nicht, daß ein derartiger Grundsatz von einer städtischen Verwaltung aufgestellt sein soll. Ich würde es nicht für richtig halten, wenn eine städtische Verwaltung diesen Grundsatz allgemein aufstellte. Es wäre wunderbar, wenn wir den Arbeitern das Recht bestreiten wollten, sich zur Verbesserung ihrer Lage zusammenzuschließen, ja, es wäre allerdings „skandalös“, wenn man zu den Arbeitern sagen wollte, sie dürften das nicht tun, weil sonst die städtischen Behörden vielleicht gezwungen werden könnten, den Arbeitern einen höheren Lohn zu zahlen. So lange mir also der Beweis nicht erbracht wird, muß ich bestreiten, daß ein solcher Grundsatz aufgestellt worden ist.

Nun hat Herr Wesemeier ein Schreiben des Arbeitgeberverbandes verlesen. Die Sache ist mir unbekannt, und ich bezweifle auch, daß dem Magistrat das Schreiben zur Kenntnis gekommen ist. Eins ist mir dabei aber höchst interessant gewesen. Herr Wesemeier sagt nämlich — und er könnte nur durch einen groben Vertrauensbruch Kenntnis davon erhalten haben —, daß ein städtischer Beamter einen Vermerk auf das Schreiben gemacht haben soll. Ob das geschehen ist, weiß ich nicht, und ich würde mich freuen, wenn der dem Beamten gemachte Vorwurf nicht am Platze gewesen wäre. Aber selbst wenn der Beamte den Vermerk darauf gemacht hätte, so verstehe ich nicht, weshalb gerade Sie, Herr Wesemeier, das untersagen wollten. Das ist sehr interessant. Sie stehen auf dem Standpunkte, wenn die Arbeiter sich zusammenschließen und in kräftigster Weise für ihre Interessen eintreten, so muß die Stadt ruhig zusehen und dulden, daß Streikposten auf der Straße stehen, ja daß der Betrieb der städtischen Anstalten stillsteht. Wenn aber die Unternehmer sich zusammentun und sich organisieren, und sie wenden sich an die Stadt mit einem Gesuche, so heißt es, das ist skandalös. Das kann ich nicht anerkennen. Wohin soll das führen? (Zustimmung.) Auf jeden Fall ist der Vorwurf, skandalös gehandelt zu haben, unangebracht gewesen, und ich weise ihn, wie das der Herr Vorsitzende auch schon getan hat, auf das entschiedenste zurück. Wenn endlich der Landtagsabgeordnete Krüger und die selige Thronfolgefrage hier in die Debatte gezogen worden sind, so ist das ebenfalls nicht angebracht, denn die haben mit dieser Sache nichts zu tun.

Der Antrag des Herrn Bunge auf Besprechung der Beantwortung findet nicht die genügende Unterstützung.

Herr Wesemeier zu einer persönlichen Bemerkung: Ich muß mich entschieden dagegen verwahren, daß mir daran gelegen gewesen sein soll, die Verhältnisse bei der Firma Koltemeyer hier auseinander zu setzen. Ich weiß nicht, wie der Herr Oberbürgermeister zu solcher Ansicht kommen kann. Selbstverständlich

mußte ich die Geschichte zur Erläuterung des betreffenden Falles mit anführen. Es ist mir unbegreiflich, wie man zu solcher Folgerung kommen kann. Uebrigens bedaure ich, daß die Versammlung so wenig Interesse an der Sache nimmt.

## XI. Asphaltierung der Heydenstraße.

Der Wagenverkehr in der verhältnismäßig engen Heydenstraße, deren Fahrbahn noch mittels Kiefelpflasters befestigt ist, verursacht ein so starkes Geräusch, daß dadurch der Unterricht in den straßenwärts gelegenen Klassenräumen der städtischen Mädchenschule in unliebsamer Weise gestört wird. Von dem Leiter der Schule ist daher gebeten, vor dem Schulgebäude eine geräuschlose Fahrbahnbefestigung anzubringen. Der Magistrat hält diesen Wunsch für gerechtfertigt, glaubt aber die Verbesserung der Fahrbahn nicht auf die vor dem Schulgebäude gelegene Teilstrecke beschränken, vielmehr die Asphaltierung der ganzen Fahrbahn empfehlen zu sollen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, in der ganzen Straße Bordsteine herzurichten und sie neu zu befestigen. Da bei der Neubefestigung der Echernstraße und der Langenstraße etwa 11 700 M erspart worden sind, so gibt der Magistrat anheim, diese Arbeit noch zu Lasten des diesjährigen Voranschlages der Rammereikasse auszuführen und die zu 8500 M veranschlagten Kosten zu verwilligen,

was auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Koch berichtet, geschieht.

## XII. Vergütung der städtischen Hilsschreiber.

In den verschiedenen Zweigen der städtischen Verwaltung werden bekanntlich eine größere Zahl von Hilsschreibern beschäftigt, die nicht fest angestellt sind und bisher in ihren Bezügen allmählich bis zum Betrage von 1350 M Jahresvergütung aufgebessert wurden. Ihre Anstellung erfolgt regelmäßig erst im Falle der Beförderung zu Bureaugehilfen, verzögert sich aber gegen früher nicht unerheblich durch den Umstand, daß die Stellen der Bureaugehilfen zur Hälfte den Militär-anwärtern vorbehalten sind. Der Magistrat hält deshalb für billig und zweckmäßig, die älteren Hilsschreiber dadurch aufzubessern, daß ihre Jahresvergütung bis zum Betrage von 1500 M gesteigert wird, in welcher Weise auch schon bei Besoldung der technischen Hilfskräfte der städtischen Bauverwaltung verfahren ist. Die dort gezahlten Vergütungen sind zum Teil sogar höher bemessen, als das Anfangsgehalt. Der Versammlung wird anheimgegeben, zuzustimmen, daß bei Aufstellung des Voranschlages für 1908/09 nach Maßgabe dieses Vorschlages verfahren werde.

Die Versammlung stimmt der Vorlage zu, nachdem sie Herr Esdorn namens der Finanzkommission zur Annahme empfohlen hatte.

### XIII. Ermäßigung einer Jahrespacht.

Der Pächter der städtischen Badeanstalt, Herr Hermann Hensel, hat mit Rücksicht auf die ihm in der Bahnhofsbadeanstalt erwachsende Konkurrenz und auf das schlechte Wetter des letzten Sommers gebeten, ihm die Pacht von 4500 M auf 4000 M jährlich zu ermäßigen. Der Magistrat kann diesen Antrag nicht zur Annahme empfehlen, ersucht aber zuzustimmen, daß mit Rücksicht auf den letzten schlechten Sommer die Pacht für das laufende Jahr um 500 M ermäßigt werde,

was geschieht, nachdem Herr Böhnepfink den Antrag namens der Finanzkommission zur Annahme befürwortet hatte.

### XIV. Rechnungsabschlüsse der Licht- und Wasserwerke sowie der Neustadtmühle vom Jahre 1906/07.

Der Magistrat übersendet den Bericht über die Verwaltung der städt. Gaswerke, des Wasserwerkes und der Neustadtmühle für das Jahr 1906/07 mit folgenden Bemerkungen:

1. Die Geschäftsbücher und Geschäftsabschlüsse der drei Betriebsverwaltungen sind durch den vereidigten Bücherrevisor Heyne einer Prüfung unterzogen und in Ordnung befunden.
2. Von den durch Anleihe beschafften Mitteln zum Bau des Grundwasserwerkes war eine Summe von 26 853,64 M verfügbar geblieben, deren Einverleibung in den Reservefonds vom Magistrate verfügt worden war. Es wird anerkannt, daß dieses Verfahren mit dem für die Aufstellung der Bilanz maßgebenden kaufmännischen Grundsätzen nicht vereinbar ist, weshalb der Magistrat einem Vorschlage der Verwaltungsdeputation beipflichtet, der dahin geht, den bezeichneten Betrag unter Hinzunahme von 13 716,36 M aus dem vorjährigen Gewinne zur Abstoßung derjenigen 40 550 M zu verwenden, die das Wasserwerk der Kammereikasse als Restbetrag der Anleihe I noch schuldet. Der Gewinn des Wasserwerkes würde sich danach auf 150 063,50 M — 13 716,36 M = 136 347,14 M ermäßigen.
3. Die hiernach in den Schulhausbaufonds fließende Summe würde somit betragen:

Gewinn der Gaswerke . . 366 403,57 M

Gewinn des Wasserwerkes 136 347,14 M

---

zusammen 502 750,71 M.

Der Bestand des Schulhausbaufonds belief sich am 30. November 1907 auf rund 51 000 M, doch waren derzeit die Abträge auf die Baukosten für das Museum, das Archiv und die Bibliothek sowie die Rückstellung für die Lesehalle (zusammen 60 000 M) noch nicht bewirkt. Seine Wiederauffüllung erscheint daher dringend geboten. Es könnte dabei nur in Frage kommen, ob von der vorgedachten verhältnismäßig hohen Summe ein Teil verwandt werden soll, um die Reservefonds beider Werke noch mehr als bisher zu verstärken. Bei den Gaswerken liegt dazu kein zwingender Grund vor, da ihr Reservefonds am 1. April 1907 etwa 685 242,35 M betrug und diesem Fonds im laufenden Jahre weitere 210 000 M zugeführt werden. Es wird deshalb möglich sein, wenn gleich hohe Summen auch in den beiden folgenden Jahren zurückgestellt werden, die einstweilen von der Stadthauptkasse vorgeschossenen Kosten des Umbaues des Gaswerkes an der Taubenstraße in vollem Umfange aus dem Reservefonds zu bestreiten.

Bei dem Wasserwerke liegt die Sache insofern anders, als seine Bilanz erheblich ungünstiger ist und außerdem die baldige Erbauung des zweiten Werkes im Süden der Stadt aus Betriebsrücksichten wünschenswert erscheint. Ob zur Deckung der dazu erforderlichen Kosten der Reservefonds (am 1. April 1907 = 357 545,90 M + 45 000 M im laufenden Jahre = 402 545,90 M) ausreichen wird, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen. Jedenfalls aber wird darauf bedacht zu nehmen sein, das Wasserwerk für die nächste Zeit vor weiterer Belastung durch Anleihen zu schützen. Der Magistrat hält daher für zweckmäßig, daß von dem Gewinne des Wasserwerks für das Mal extra 100 000 M und somit dem Schulhausbaufonds nur 402 750,71 M zugeführt werden. Dabei hofft er, da größere Ausgaben für neue Bürgerschulen nicht unmittelbar bevorstehen, mit dieser Summe auskommen zu können.

Hiernach wird anheimgegeben, zu beschließen, daß:

1. der Restbetrag der Anleihe I des Wasserwerks zu 40 550 M am 1. Januar 1908 abgestoßen werde,
2. aus dem danach verbleibenden Gewinnreste des Wasserwerks zu 136 347,14 M die Summe von 100 000 M dem Reservefonds des Wasserwerks zugeführt und
3. der Direktion der städt. Licht- und Wasserwerke in Ansehung der vorgelegten Jahresrechnungen und Abschlüsse der ihr unterstellten drei Betriebe Entlastung erteilt werde.

Herr Esdorn: Die Finanzkommission hat die Vorlage geprüft und stimmt ihr zu, wenn ihr auch die Art und Weise der Abtragung der 40 550 M nicht ganz richtig erscheint. Jedenfalls würden die 137 16,36 M nicht vom Gewinn, sondern vom Kassenkonto des Wasserwerks zu entnehmen sein, so daß der Gewinn derselbe bleibt. Die Genehmigung der drei Magistratsanträge wird empfohlen.

Herr Ußmann: Das Ergebnis aus der Neustadtmühle ist erfreulicherweise wieder etwas günstiger und der Reingewinn erheblich höher gewesen, als er nach dem Voranschlage angenommen wurde. Im Laufe des Sommers ist eine Zwillingsturbine eingebaut worden, weil der alte Dampfkessel betriebsunsicher und dessen Benutzung mit Gefahr verbunden war. Schon während der letzten Zeit stellten sich riesige Mängel in bezug auf die Leistungsfähigkeit der Mühle heraus, und es trat öfter eine Betriebsstörung ein. Nach der Fertigstellung der Turbinen hätte aber die Leistungsfähigkeit der Mühle nicht ausgereicht, wenn die Turbinen allein hätten benutzt werden müssen. Es wäre deshalb richtiger, wenn neben der Wasserkraft auch die Dampfkraft benutzt werden könnte. Da die vorhandene Dampfmaschine zu schwach ist, um den Betrieb allein auszuführen, so dürfte es sich doch wohl empfehlen, neben den Turbinen noch eine leistungsfähige Dampfmaschine zu besitzen, damit auch in solchen Zeiten, wo es an Wasser fehlt, die Mühle richtig benutzt werden kann. Wenn die Mühle trotz der Aufstellung der Turbinen nicht ausreichend leistungsfähig ist, so kann das nur zum Schaden für die Stadt sein, die kein Interesse daran haben kann, die Leistungsfähigkeit der Mühle herabzudrücken. Ich möchte bitten, daß die Deputation das in Erwägung zieht und diese Zustände beseitigt.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Es ist anzuerkennen, daß gerade in diesem Jahre die Kalamität mit dem Wassermangel groß gewesen ist, denn es ist seit Jahren nicht vorgekommen, daß wir im Herbst so lange einen so geringen Wasserzufluß gehabt haben, wie in diesem Jahre. Herr von Feilighsch hatte angenommen, daß die Lokomobile als Notbehelf voll ausreichen würde, und es mag sein, daß sie nicht das geleistet hat, was sonst von der Mühle nach ihren Einrichtungen verlangt werden kann. Wenn die Deputation dieser Ansicht beipflichten sollte, so muß angenommen werden, daß sie Abänderungsvorschläge machen und vielleicht empfehlen wird, eine kleine Dampfmaschine neu einzustellen. Die Mühle hat jetzt so gut gearbeitet, daß es uns dabei auf einige tausend Mark nicht ankommen kann.

Herr Meyerhoff: Als Mitglied der Deputation kann ich Ihnen mitteilen, daß wir nach Fertigstellung der Turbinenanlage bei dem Eintritt des Wassermangels vor einer schwierigen Frage standen. Es stand noch eine alte Dampfmaschine aus den 40er Jahren zur Verfügung, mit der aber nicht zu arbeiten war, weil schon der Kessel herausgerissen war. Als einziges Hilfsmittel stand uns dann die Lokomobile zu Gebote. Deshalb haben wir beschlossen, diese aufzustellen. Sollte sich nun herausstellen, daß deren Kraft — es handelt sich um eine 50pferdige Lokomobile — für den Zweck nicht ausreicht, so müßten wir eine stationäre Dampfmaschine aufstellen. Was bis jetzt geschehen ist, mußte aber geschehen.

Herr Altmann: Mich befremdet die Äußerung des Herrn Meyerhoff, daß die Lokomobile das nötige geschafft haben soll. Die Kalamität ist tatsächlich vorhanden gewesen. Herr Meyerhoff sprach da von einer 50 pferdigen Lokomobile, während ich glaube, von einer 15- oder 16 pferdigen Lokomobile gehört zu haben. (Widerspruch.) Wenn die Lokomobile 50 Pferdekräfte gehabt hätte, würde sie die Arbeit mit der Zwillingsturbine von 45 PS Leistungsfähigkeit spielend bewältigt haben. Die drei Magistratsanträge werden darauf angenommen.

### XV. Zulassung von Adreßbuch-Automaten.

Die Deutsche Adreßbuch-Automaten-Industrie von Oskar Meyer in Göttingen beabsichtigt, in unserer Stadt einige Adreßbuchsäulen aufzustellen. Die Säulen sind so eingerichtet, daß nach Einwurf eines 10 Pf.-Stücks sich im oberen Teile der Säule eine Trommel seitlich drehen läßt, wodurch sich die Säule öffnet. Es liegt dann ein Adreßbuch fest montiert auf einer Plattform in pultförmiger Lage, so daß es bequem benutzt werden kann. Nach Verlassen des Apparates oder nach einer bestimmten Zeitdauer schließt sich der Apparat selbsttätig. Jedem Benutzer wird außerdem ein kleines Notizbuch mit Bleistift geliefert, das bei jedesmaliger Benutzung der Adreßbuchsäule auf dem aufgeschlagenen Adreßbuche liegt. Dieses Notizbuch enthält zunächst die Sehenswürdigkeiten der Stadt Braunschweig, sowie vielleicht einen Stadtplan und außerdem eine Anzahl kleiner Reklamen, die jedoch nicht als Straßenreklame bezeichnet werden können. An den Außenflächen der Säulen sind dagegen Reklamen nicht beabsichtigt.

Der Magistrat fragt an, ob der widerruflichen Zulassung der projektierten Adreßbuch-Automaten von der Versammlung Bedenken entgegengebracht werden.

Herr Wolters: Die zuerst vom Magistrate gehegten Bedenken, daß jemand durch die Säulen verletzt werden könnte, treffen nicht zu, auch ist vorgeesehen, daß der Unternehmer etwaige Haftpflichtansprüche selbst abzufinden hat. Da ferner eine andere Firma das städtische Reklamewesen gepachtet hat, so könnte angenommen werden, daß die seitens dieses Pächters erworbenen Rechte durch die Automaten gestört werden könnten. Weder nach der Ansicht des Magistrates noch der Baukommission würden aber die bestehenden Rechte des Unternehmers gefährdet werden. Die Baukommission empfiehlt daher, dem Magistrate zu antworten, daß die Versammlung gegen die widerrufliche Zulassung der Adreßbuch-Automaten Bedenken nicht habe.

Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden.

Darauf wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis gegen 6<sup>3</sup> 4 Uhr.





1907/1908.Nr. 10.

# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 9. Januar 1908.

### Tagesordnung:

|                                                                                        |           |
|----------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| I. Genehmigung der Rechnungsabchlüsse für 1906/07 . . . . .                            | Seite 326 |
| II. Anfrage Voge: Zustand der Kotheshen Häuser an der Wendenstraße . . . . .           | " 328     |
| III. Antrag Möhle: Verbreiterung der Steintorbrücke . . . . .                          | " 329     |
| IV. Antrag Kiefe: Erhöhung der Armenunterstützungen . . . . .                          | " 332     |
| V. Antrag Meyerhoff: Einrichtung einer städtischen Sparkasse . . . . .                 | " 334     |
| VI. Antrag Fricke: Pflasterung einer Straßenstrecke . . . . .                          | " 334     |
| VII. Antrag Fricke: Aufstellung eines Gasandelabers . . . . .                          | " 335     |
| VIII. Aderweite Befestigung eines Teiles des Dammes . . . . .                          | " 335     |
| IX. Plattenbelag einer Teilstrecke der Husarenstraße . . . . .                         | " 335     |
| X. Ausbau eines Teiles der Nebenstraße . . . . .                                       | " 336     |
| XI. Verbesserung der Beleuchtung in der Markthalle . . . . .                           | " 337     |
| XII. Bauliche Arbeiten zc. im ehemaligen Stadtkassengebäude . . . . .                  | " 340     |
| XIII. Uebernahme eines Teiles des Vieröderweges . . . . .                              | " 341     |
| XIV. Erhöhung des Zinsfußes für kleinere Darlehen . . . . .                            | " 344     |
| XV. Einsprache gegen die Projektierung von Vorgärten an der Schleinitzstraße . . . . . | " 347     |
| XVI. Einsprachen gegen die Verschiebung eines Teiles der Waterloostraße . . . . .      | " 348     |
| XVII. Aenderung des Tarifs der Straßenbahn-Gesellschaft . . . . .                      | " 348     |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Netemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte von Frankenberg, Wagner, Seele, Lord und Jüdel.

Entschuldigt die Herren Bunge und Löhnefinke.

Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt, eröffnet die Sitzung und wünscht den Herren ein gutes neues Jahr, dabei der Hoffnung Ausdruck gebend, daß die Arbeit der Versammlung auch im neuen Jahre für die Stadt von Vorteil sein möge.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

### I. Genehmigung der Rechnungsabschlüsse für 1906/07.

Der Magistrat überreicht die Rechnungsabschlüsse der Kämmererkasse und der mit ihr durch Zu- oder Ueberschüsse in Verbindung stehenden Nebenkassen, des Schulhausbaufonds sowie der in selbständiger Verwaltung befindlichen Kassen, als der Kanalbaukasse, der Schlachthauskasse, der Kasse für Wohlfahrts Einrichtungen und der Kreiskommunalkasse für das Rechnungsjahr 1906/07 zur Prüfung. Gleichzeitig wird die Versammlung ersucht, die aus den vorgelegten Rechnungsabschlüssen sich ergebenden Ueberschreitungen, insoweit sie nicht bereits genehmigt sind, nachträglich genehm zu halten und danach die sämtlichen Kassenabschlüsse, vorbehaltlich der Rechnungsablage, für gerechtfertigt zu erklären.

Namens der Finanzkommission berichtet hierüber Herr Jasper: Die Finanzkommission hat die Vorlage geprüft und alles in bester Ordnung gefunden. Da die Abweichungen vom Voranschlag im einzelnen begründet sind, so möchte ich empfehlen, von der Besprechung der Einzelheiten absehen und mich darauf beschränken zu dürfen, die aus der Versammlung etwa kommenden Anfragen zc. zu beantworten. Wir glauben von der Erörterung der Einzelheiten heute umsomehr absehen zu können, als in wenigen Wochen die Verhandlungen über den nächstjährigen Etat bevorstehen und dieselbe Materie dann noch einmal erörtert werden müßte.

Weinerseits möchte ich nur folgendes bemerken: Bei der ordentlichen Kämmererkasse ist erfreulicherweise ein Ueberschuß zu verzeichnen, während der Voranschlag mit einem Fehlbetrage abschloß. Dieser nominelle Ueberschuß kann aber nicht allzu freudig stimmen, wenn man betrachtet, wie es zustande gekommen ist. Der Ueberschuß rührt nämlich nicht daher, daß sich die Einnahmequellen der Stadt erheblich vermehrt hätten, nein, die Kommunalsteuer ist sogar nicht unerheblich gegen den Voranschlag zurückgeblieben, nämlich um 44 205,02 M und andere Steuerquellen sind teilweise auch zurückgegangen. Das günstige Ergebnis des Kassenabschlusses ist vielmehr nur darauf zurückzuführen, daß nicht unerhebliche Ersparnisse in der Verwaltung gemacht worden sind. Es läßt sich das einerseits

darauf zurückführen, daß die Ausgaben bei dem Voranschlage etwas gut bemessen waren oder aber, daß manche notwendigen Sachen nicht ausgeführt wurden. Die Gründe für die Ersparungen sind verschiedener Art. Bei dem Schulhausbau an der Diesterwegstraße sind rund 130 000 M weniger ausgegeben, als der Voranschlag annahm, weil der Bau noch nicht hat vollendet werden können. Darin liegt keine effektive Ersparnis, sondern nur eine nominelle, weil das Geld im folgenden Jahre zur Verausgabung gelangt. Eine ausschlaggebende Ersparnis ist dagegen auf dem Gebiete der Armenpflege eingetreten, wo an den Verpflegungs- und Unterhaltungskosten fast 100 000 M erspart worden sind. Hierüber jetzt in nähere Erörterungen einzutreten, hält die Kommission nicht für angebracht, da bei dem auf der Tagesordnung stehenden Antrage Kiefe, der die Frage der Regelung des Armenwesens aufrollt, diese Sache von Grund aus behandelt werden muß. Trotzdem soll aber der Hinweis nicht unterbleiben, daß der Ueberschuß des Etats nur durch die große Ersparnis in der Armenpflege veranlaßt worden ist. Zu einer rationellen Wirtschaft auf diesem Gebiete soll auch die größere Zahl der Armenpfleger beigetragen haben.

Zu dem außerordentlichen Etat wäre zu bemerken, daß die nach dem Etatsansätze aufzunehmende Anleihe von 1454 650 M nur etwa zum zehnten Teile, nämlich zu 145 350 M aufgenommen ist, so daß dieser Etat dadurch ein ganz anderes Bild erhält. Günstiger wird es dadurch indessen nicht, und es ist nur möglich gewesen, den städtischen Haushalt so wie geschehen aufrecht zu erhalten dadurch, daß der Ueberschuß der einzelnen Klassen im Betriebe der Hauptkasse mit verwendet wurde, wodurch sich die Aufnahme einer Anleihe erübrigte. Bezüglich der Geldwirtschaft der Stadt werden bei dem Punkte XIV unserer heutigen Tagesordnung Mitteilungen gemacht werden.

Die Finanzkommission empfiehlt, den Anträgen des Magistrates zuzustimmen.

Herr Wolters: Es möchte für die Herren vielleicht ganz interessant sein, wenn ich in ganz kurzen Worten und soweit es mir möglich präzise die Ursachen der Differenz des Rechnungsabchlusses gegen den Voranschlag hervorhebe. Letzterer sollte mit einem Fehlbetrage von 49 000 M abschließen, während in Wirklichkeit sich ein Ueberschuß von 77 934,45 M herausgestellt hat. Das ist eine Differenz von 126 934,45 M. Diese Differenz setzt sich in der Weise zusammen, daß gegen den Anschlag rund 9 000 M weniger eingenommen und rund 136 000 M weniger ausgegeben worden sind. Die Mindereinnahme von 9 000 M ist in folgender Weise hervorgerufen: Steuern (Kap. XI) sind 26 000 M, Einnahme aus Testamenten (Kap. X) 13 000 M, zusammen 39 000 M geringer gewesen. Dagegen sind an Gebühren für Erhebung von Staatssteuern (Kap. XI), an Revisionsgebühren für elektrische Anlagen (Kap. XIII), an Zinsen für belegte Gelder (Kap. XIV) und an kleinen Beträgen in Kap. IV und VI zusammen rund 30 000 M mehr eingenommen. Das ergibt eine Mindereinnahme von 9 000 M.

Die Minderausgabe von 136 000 M setzt sich in folgender Weise zusammen: Gegenüber dem Voranschlage haben geringere Zuschüsse erfordert die Bürgerschul-  
kasse (Kap. III) 21 300 M, die Armenpflege (Kap. V) 104 700 M, das Feuerlösch-  
wesen (Kap. VIII) 6100 M, die Straßenreinigung (Kap. IX) 28 800 M, zusammen  
160 900 M. Hiervon sind abzurechnen an Mehrausgabe für Gesundheitswesen  
besonders wegen des Zuschusses für das Rote Kreuz (Kap. IV) 12 900 M und für  
Kanalbauunterhaltung zc. 12 000 M, zusammen 24 900 M, so daß schließlich eine  
Minderausgabe von 136 000 M entstanden ist.

Wird von dieser Summe die Mindereinnahme von 9 000 M abgezogen, so  
ergibt sich gegenüber dem Voranschlage ein um rund 127 000 M günstigerer  
Ausfall des Haushaltsjahres 1906/07.

Die Magistratsvorlage wird darauf genehmigt.

## II. Anfrage Voge: Zustand der Rotheschen Häuser an der Wendestraße.

Die Anfrage lautet:

„Welche Schritte gedenkt der Magistrat zu tun, um den gegenwärtigen  
Zustand der drei Rotheschen Häuser an der Wendestraße Nr. 60—62 in  
baupolizeilicher und sicherheitspolizeilicher Hinsicht zu beseitigen?“

Herr Voge (zur Begründung): Die drei Häuser stehen bekanntlich seit  
mehreren Jahren leer, und, wenn ich richtig unterrichtet bin, ist in dem nach dem  
Hagenmarke zu gelegenen Hause sogar das Wohnen polizeilich verboten worden.  
Seit Jahren ist an den Häusern nichts geschehen, sie sehen auch äußerlich sehr  
mangelhaft aus, was die Stadt sich nicht gefallen zu lassen braucht — an der  
Frontseite der Häuser ist keine Farbe mehr zu erkennen, die Fenster sind beschmutzt  
und teilweise deren Scheiben zerbrochen, die Fensterläden sind mangelhaft und teil-  
weise schon auf die Straße gefallen — das Innere der Häuser ist aber noch viel  
wüster und die Hinterhäuser sehen aus wie Räuberhöhlen. Was einigermaßen noch  
Wert von den Häusern hatte, ist weggenommen, wie die Dachrinnen zc., so daß  
sich das Regenwasser auf den Grundstücken ansammelt und dadurch auch die  
Nachbarhäuser gefährdet werden. Auf dem Hofe wächst das Gras  $\frac{1}{2}$  m hoch.  
Seitens der Nachbarn ist gegen diesen Zustand nichts zu machen, weil der jetzige  
Eigentümer der Grundstücke, Herr Kirchhoff, dabei hineingefallen ist. Da sich in  
den Gebäuden ein furchtbarer Moderduft entwickelt, den man beim Öffnen der  
Türen sofort wahrnimmt, so liegt darin, namentlich beim Ausbruch von Krankheiten,  
eine Gefahr für die Nachbargrundstücke, indem die Luft sehr schädigend wirken  
kann.

Aber nicht nur von gesundheitspolizeilichem, sondern auch von sicherheits-  
polizeilichem Standpunkte aus bilden die Häuser eine Gefahr für ihre Umgebung.  
Es ist nämlich wiederholt vorgekommen, daß sich in den nicht verschlossenen Grund-

stücken obdachlose und zweifelhafte Gestalten niedergelassen haben, und daß man morgens beobachten kann, wie jemand aus dem Fenster springt und eiligst wegläuft. Wenn nun auch die Sicherheitspolizei der Stadt nicht direkt übertragen ist, so kann der Magistrat auf diese Zustände doch vielleicht einwirken.

Herr Bürgermeister Meyer: Aus den letzten Worten des Herrn Vorredners geht schon hervor, daß er weiß, sich mit der Anfrage an eine falsche Adresse gewandt zu haben. Der Magistrat würde nämlich in der Sache nichts anderes tun können, als die Anlieger selbst, also, sich an die Polizei oder das Stadtbauamt um Abhilfe wenden oder aber er würde Geld flüssig machen müssen, um den gesamten Gebäudekomplex anzukaufen und niederzulegen. Zu letzterem Schritte wird man sich aber wohl schwerlich verstehen. Im übrigen hat die Baupolizeibehörde seit einem halben Jahre ein scharfes Auge auf die Häuser; bei angestellter Untersuchung hat sich indessen herausgestellt, daß deren baulicher Zustand zu Zwangsmaßnahmen keine Veranlassung bot. Erst eine jüngst stattgehabte Untersuchung ist von einem gewissen positiven Resultate insofern gewesen, als sich gefunden hat, daß infolge Verschlagens von Ziegeln und Durchbrechens eines Balkens der Aufenthalt in dem einen Grundstücke gefährdet ist. Hieraus hat das Stadtbauamt Veranlassung genommen, seinerseits vorzugehen und Anordnung wegen Beseitigung dieser Schäden zu treffen. Der Eigentümer der Grundstücke ist aber außerdem noch veranlaßt worden, ein Projekt über deren ordnungsmäßige Entwässerung einzureichen. Hieran hat es augenscheinlich besonders gehapert: das Wasser hat auf den Grundstücken keinen ordnungsmäßigen Abfluß gehabt, und sind wohl besonders hierdurch die Nachbarn belästigt worden. Anstatt dieserhalb nun direkt gegen den Eigentümer vorzugehen, was doch wohl das nächstliegende gewesen wäre, wenden sie sich jetzt an den Magistrat und ersuchen diesen einzuschreiten. Es steht zu hoffen, daß die wirklich begründeten Beschwerden, soweit sie für die Allgemeinheit von Interesse sind, nunmehr beseitigt werden; ob damit aber alle Wünsche des Herrn Vorredners in Erfüllung gehen werden, weiß ich nicht. An erster Stelle ist es Sache der Nachbarn, Schritte gegen den Eigentümer zwecks Beseitigung der Mißstände zu unternehmen.

### III. Antrag Möhle: Verbreiterung der Steintorbrücke.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei Herzoglicher Baudirektion wegen des Neu- resp. Verbreiterungsbaues der Steintorbrücke vorstellig zu werden, eventuell dieserhalb mit ihr in Verhandlung zu treten.“

Herr Möhle (zur Begründung): Verschiedene abschlägige Bescheide der Herzoglichen Baudirektion liegen in dieser Sache schon vor, so daß ich nicht behaupten

kann, mit großen Illusionen auf Erfolg den Antrag eingebracht zu haben. Allein ich entledge mich dadurch eines Auftrages, der mir seitens des Stein- und Fällers-Lebertor-Distriktsvereins geworden ist und auch einer Pflichterfüllung, deren Notwendigkeit ich jeden Tag von neuem zu beobachten Gelegenheit habe.

Mit der Ausdehnung der Bevölkerung der Steintorperipherie hat der Verkehr, insonderheit das Fuhrwesen, nicht nur gleichen Schritt gehalten, sondern er hat sich in Verbindung mit dem ländlichen und dem Fuhrverkehr von und nach dem Ostbahnhofe derart gesteigert, daß ich glaube, nicht zu weit zu gehen, wenn ich behaupte, daß das Steintor bezüglich des Verkehrs mit an erster Stelle steht. Der gesamte Verkehr wird nun aber fast allein von der Steintorbrücke aufgenommen und bewältigt. Bei dem Bau der Leonhardbrücke hat wohl die Absicht mit zugrunde gelegen, durch deren Schaffung die Steintorbrücke etwas zu entlasten. Diese Absicht scheint sich nicht voll verwirklicht zu haben, wenigstens trifft sie auf den ländlichen und den Lastfuhrverkehr nicht zu. Es mag sein, daß den betreffenden Fuhrwerkslenkern die Einfuhr über die Leonhardbrücke unsympathisch ist oder Unbequemlichkeiten bereitet, aber es ist eine Tatsache, daß trotz des ungünstigen Steintorberges sich fast der gesamte Fuhrverkehr über die Steintorbrücke zieht. Hierzu kommt noch die Ueberführung von zwei Straßenbahnlinien über diese Brücke, deren Wagen ein bis zwei Minuten hinter einander die Brücke passieren. Birgt bei so minimalem Terrain schon der Verkehr der Elektrischen und der Gespanne gewisse Gefahren in sich, so werden sie noch erhöht durch das Gefälle des Steintorberges, das seine Wirkung bis über die Brücke hinaus ausdehnt. Ist dieser Verkehr schon an sich sowie der damit verbundene starke Passantenverkehr nicht ohne Gefahr, so wächst sie hier zu einer Zeit des Tages, nämlich wo die Arbeitspause mit dem Schluß der in der Umgebung liegenden Schulen zusammenfällt, so daß man sie fast als lebensgefährlich bezeichnen könnte. Wer sich der Mühe unterzieht, dort einmal zuzusehen und den Verkehr zu beobachten, der wird zugeben müssen, daß die von mir geschilderten Befürchtungen und Gefahren nicht etwa in der Illusion beruhen, sondern tatsächlich vorhanden sind und ihre Beseitigung notwendig erscheint. Wenn hier bislang noch kein größeres Unglück passiert ist, so läßt sich das nicht auf den idealen Zustand der Brücke zurückführen, sondern man muß sagen: hier hat bislang eine höhere Hand mit großer Weisheit gewaltet.

Nun hat sich der Steintor-Distriktsverein mit einer Eingabe an die Herzogliche Baudirektion gewandt und um Verbreiterung der Brücke gebeten, ist aber abschlägig beschieden worden mit Gründen, die meiner Ansicht nach nicht als stichhaltig zu bezeichnen sind. Sie sagt, daß der massive Unterbau der Brücke ebenso wie deren Holzkonstruktion derartig seien, daß man auf absehbare Zeit hinaus an einen Neubau nicht denken könne. Ich bin weit davon entfernt, gegen diese Behauptung zu demonstrieren, denn ich verstehe nichts davon und habe kein Urteil darüber, aber

ich glaube hervorheben zu müssen, daß, wenn der Unterbau einer Brücke auch noch so ideal veranlagt ist, dadurch die Gefahren auf derselben nicht beseitigt werden können. Was die Holzkonstruktion der Brücke betrifft, so kann ich es mir schenken, darauf einzugehen, da die Tagesblätter solches schon genügend besorgt haben. Außerdem reden die verschiedenen Ententeiche, die sich bei dem geringsten Regenwetter auf der Brücke bilden, eine so beredte Sprache, um nicht nötig zu haben, darauf hinzuweisen, daß ein derartiger Zustand nicht einmal einer kleinen Provinzialstadt, viel weniger aber einer Groß- und Residenzstadt würdig ist.

Die Herzogliche Baudirektion sagt in ihrer Antwort weiter, daß nach den vorgenommenen Zählungen der Verkehr auf der Steintorbrücke hinter dem Verkehre anderer Brücken zurückstehe. Den guten Willen der Herzoglichen Baudirektion, das rechte zu treffen und diese Frage gründlich zu prüfen, in allen Ehren, aber ich kann nicht umhin, dem Ergebnis der Zählung bedenkliche Zweifel entgegenzustellen. Entweder haben die Zähler die ruhigsten Stunden für ihre Arbeit ausgesucht, oder sie haben im Interesse der Herzoglichen Baudirektion das kolossale Glück gehabt, besonders ruhige Tage zu treffen. Endlich sagt die Herzogliche Baudirektion, sie gebe zu, daß der Betrieb der Straßeneisenbahn Unannehmlichkeiten im Gefolge habe, jedoch müsse sie betonen, daß der Straßenbahnverkehr lediglich im städtischen Interesse von ihr zugelassen sei. Hier scheinen wir sterblich zu sein: die Herzogliche Baudirektion stellt sich auf den Standpunkt, daß sie sagt, die Brücken sind von uns für den ländlichen Verkehr hergerichtet und reichen dafür aus, willst Du Stadt Braunschweig nun etwas besseres haben, so steige Du in Dein eigenes Kontor, tu Geld in Deinen Beutel und baue Dir, was Du haben willst.

Daß hierdurch jeder weitere auf Erfolg beruhende Weg abgeschnitten ist, scheint natürlich, wir müssen deshalb nach einem anderen Wege suchen, der Erfolg haben kann, und den sehen wir in dem Wege durch den Magistrat. Der Stein- und Fallerslebtor-Distriktsverein richtet deshalb an den Magistrat die dringende Bitte, diesem Notschrei nicht das Ohr zu verschließen, sondern dazu beizutragen, daß dem unleidlichen Zustande, dessen Beseitigung wirklich durchaus notwendig ist, bald ein Ende gemacht wird, damit es nicht auch hier so geht, wie im gewöhnlichen Leben, daß erst dann der Brunnen zugedeckt wird, wenn das Kind hineingefallen ist. Sollte für den Magistrat der abschlägige Bescheid der Herzoglichen Baudirektion von Interesse sein, so steht er zur Verfügung. Die Versammlung bitte ich aber um Unterstützung meines Antrages.

Vorsitzender: Der Herr Vorredner hat so gesprochen, als ob der Steintor-Distriktsverein hier einen Antrag stellte, den Antrag stellt der Herr Stadtverordnete Wöhle.

Den genügend unterstützten Antrag erhält die Baukommission zur Vorberatung.



#### IV. Antrag Rieke: Erhöhung der Armenunterstützungen.

Zur Begründung des Antrages:

„Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, ihr baldmöglichst eine Vorlage zu unterbreiten zwecks notwendiger Regelung der Armenunterstützungen in der Weise, daß der bisherige Satz von 12 M für erwachsene Pfleglinge auf 20 M, sowie der Satz von 6 M für Kinder auf 10 M erhöht werde,“

führt Herr Rieke folgendes aus: Wir wissen, daß hier früher die Sätze der Armenunterstützungen so minimal und traurig waren, wie man sie in keiner anderen deutschen Stadt antraf. Ich sage das nicht, um einzelne ältere Mitglieder der städtischen Behörden dafür verantwortlich zu machen, sondern um meinen Antrag zu begründen. Damals betrug die Unterstützung für eine männliche Person 90 S pro Woche, außerdem konnten Heizmarken, Brotmarken, zu Weihnachten auch Fleischmarken zc. gegeben werden. Die Sache lag aber so, daß die Armenpflege nur in einige wenige Bezirke geteilt war und die Armenpfleger durchweg Kaufleute waren, die ihre Pfleglinge auch von Zeit zu Zeit einmal besuchten. Da kam es denn allerdings auch vor, daß Tüten mit schwarzem Reis statt mit weißem massenhaft nach dem Stadthause wanderten.

Darauf wurde das sogen. Elberfelder System eingeführt, und es war eine der ersten Amtshandlungen des verstorbenen Oberbürgermeisters Pockels, dieses System zur Einführung zu empfehlen. Bei der Gelegenheit wurden die Verpflegungssätze in der Weise festgestellt, daß für jede erwachsene Person 12 M und für jedes Kind 6 M monatlich gezahlt wurden. Das sind nun aber bereits über 27 Jahre her. In dieser langen Zeit haben sich die Verhältnisse ganz bedeutend verändert, namentlich aber innerhalb der letzten zwei Jahre, wo die Bedürfnisse so gewachsen sind, daß wohl allen Kategorien von Beamten durch mindestens einmalige Teuerungszulagen geholfen werden muß. Wie steht es nun aber mit den Vermisten der Armen, die auf die Armenkasse angewiesen sind? Sind deren Verpflegungssätze noch ausreichend? Wenn diese Sätze damals von 3,60 M auf 12 M erhöht wurden, so war das mehr als dreimal so viel, und wenn ich heute eine Erhöhung von 12 M auf 20 M beantrage, so ist das nicht viel mehr, als  $1\frac{1}{2}$  mal so viel. Der Antrag ist also weder unbillig, noch geht er über die Kräfte der Stadt hinaus, so daß man nicht behaupten kann, es werde bei dessen Annahme über die Kreide gegangen. Wenn man die Armenetats verschiedener gleich großen Städte z. B. am Rhein vergleicht, so ist unser Armenetat keineswegs zu hoch, er könnte also die Mehrausgabe recht gut vertragen, um den Vermisten der Armen gerecht zu werden, namentlich wenn man hört, daß 100 000 M im vorigen Jahre allein bei der Armenpflege gespart worden sind. Ich will damit nicht andeuten, als wenn gegen die Armen

gekaußert wäre, aber immerhin redet die Tatsache eine beredte Sprache. Daß jetzt die Anforderungen an die Armenkasse viel größer werden, kann man sich schon vorstellen, denn wenn auch im vorigen Jahre die Hochkonjunktur noch im Gange war, so sind wir doch heute schon mitten in der Krisis, und es wird sehr vorsichtig gehandelt werden müssen, um den notwendigsten Anforderungen zu genügen.

In den früheren Jahren ist die Armenkasse auch schon dadurch mehr belastet worden, daß die gezahlten Armenunterstützungen nicht wieder eingezogen wurden, auch wenn man sie kriegen konnte. Heute aber ist die Armendirektion darüber aus, das Geld wieder einzuziehen, wenn noch Eltern, ein Schwager oder ein Schwiegersohn vorhanden sind, die irgendwie zahlungsfähig sind. Wir sind Fälle bekannt, wo selbst einem Familienvater mit 4 Kindern von seinem Lohne Abzüge gemacht wurden, wenn er einen alten Vater im Pflegehause hatte. Wenn aber ein Sohn selbst mit Kinderlasten beschwert ist und in erster Linie die Pflicht hat, seine Familie zu ernähren, so sollte in solchem Falle in erster Linie die Armenverwaltung die Pflicht haben, für den betreffenden Vater die Kosten zu tragen. Durch dieses Verfahren haben sich die Ausgaben der Armenkasse natürlich bedeutend gemildert. Bei diesem Systeme sind außerdem noch eine Masse Unzuträglichkeiten, die z. B. darin bestehen, daß die Bezirke noch viel zu groß und ausgebreitet waren und der Armenpfleger seine Pfleglinge infolge dessen nicht besuchen konnte. . . .

Vorsitzender: Herr Stadtverordneter, Sie haben einen Antrag nur in der Richtung gestellt, daß die Verpflegungssätze der Armen erhöht werden möchten, nicht aber auch in der Richtung, um eine Verhandlung über die allgemeinen Grundsätze der Armenpflege hervorzurufen. Wenn Sie das wollen, würden Sie ihren Antrag entsprechend zu ergänzen haben.

Herr Rieke: Ich habe noch keinen Antrag begründen hören, wo man nur drei Worte gesprochen und sich dann auf seinen Allerwertesten gesetzt hat. Was ich gesagt habe, gehört zur Begründung meines Antrages.

Vorsitzender: Ich bitte, meine Amtsführung nicht zu kritisieren. Ich habe mir erlaubt, Ihnen vorzuhalten, daß der Inhalt Ihres Antrages dahin geht, die Verpflegungssätze der Armen zu erhöhen, während Ihre jetzigen Ausführungen darauf hinauslaufen, daß die Frage der Wiedereinzahlung der Verpflegungsgelder von neuem geprüft und eventuell auch die Bezirkseinteilung geändert werden möchte. Mit Rücksicht hierauf habe ich Sie nur freundlichst darauf aufmerksam gemacht, daß Ihr Antrag entsprechend ergänzt werden müßte.

Herr Rieke: Es ist nicht meine Absicht, die ganze Einrichtung in ihrem jetzigen Bestande umzumodeln, sondern es liegt mir wesentlich daran, die Unterstützungssätze erhöht zu sehen. Nebenher läßt es sich aber schwer vermeiden, daß dabei auch andere reformbedürftige Sachen zur Sprache kommen. Wenn vor länger als zehn Jahren ein damaliger Stadtverordneter und Kommerzienrat schon bean-

trägt hatte, die Sätze von 12 auf 14 M zu erhöhen, so können Sie daraus entnehmen, daß mein Antrag heute vollständig am Platze ist. Ich möchte Sie bitten, ihn im Interesse der Armen anzunehmen.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Finanzkommission zur Vorberatung überwiesen.

## V. Antrag Meyerhoff: Einrichtung einer städtischen Sparkasse.

Der Antrag lautet:

„Der Magistrat wird ersucht, der Einrichtung einer städtischen Sparkasse näher zu treten und eine dahingehende Vorlage den Stadtverordneten baldigst zugehen zu lassen.“

Herr Meyerhoff (zur Begründung): Ohne den Antrag heute eingehend zu begründen, möchte ich Sie bitten, ihn anzunehmen wie er gemeint ist. Das nötige begründende und erläuternde Material wird jedem Mitgliede der Versammlung zugehen.

Den ausreichend unterstützten Antrag erhält die Finanzkommission zur Vorberatung.

Herr Wolters (zur Geschäftsordnung): Ich möchte Herrn Meyerhoff bitten, sein Material auf das Jahr 1907 auszudehnen.

Herr Meyerhoff (zur Geschäftsordnung): Soweit es mir möglich gewesen ist, das Material heranzuschaffen, wird es geschehen.

Vorsitzender: Ich möchte Herrn Meyerhoff ersuchen, mir das Material zu überweisen, dann wird es stadtseitig vervielfältigt jedem zugehen.

## VI. Antrag Fricke: Pflasterung einer Straßenstrecke.

Zur Begründung des Antrages:

„Die Stadtverordneten wollen den Magistrat ersuchen, die von der Auguststraße auf den Spohrplatz führende Fahrbahn (etwa 160 qm) neu pflastern zu lassen,“

führt Herr Fricke folgendes aus: Als vor zwei Jahren der Spohrplatz in einen ordnungsmäßigen Zustand versetzt wurde, ist ein kurzer Teil des abschüssigen Weges liegen geblieben und nicht gepflastert, aus Gründen, die ich nicht kenne. Diese Wegestrecke ist nun aber inzwischen so schlecht geworden, daß die Pferde dort leicht stürzen, wie ich erst heute morgen beobachtet habe. Ich halte es deshalb für meine Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, und bitte, den Antrag zu unterstützen.

Der ausreichend unterstützte Antrag wird der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

## VII. Antrag Fricke: Aufstellung eines Gaskandelabers.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten wollen den Magistrat ersuchen, in der Mitte des Regidienmarktes zwischen der alten Braunschweig-Hannoverschen Hypothekenbank und der Regidienstraße einen Gaskandelaber aufzustellen.“

Vorsitzender: Ich möchte vorschlagen, den Antrag nicht als einen selbständigen zu behandeln, sondern ihn einzubringen, wenn wir die Vorlage über neu aufzustellende Kandelaber und Laternen beraten.

Herr Oberbürgermeister Kete Meyer: Die Deputation für die Gas- und Wasserwerke hat beschlossen, demnächst eine größere Vorlage über die Verbesserung der Straßenbeleuchtung einzubringen. Sollte es nicht richtiger sein, derartige Anträge der Deputation zu unterbreiten?

Herr Fricke: Ich erkläre mich damit einverstanden und ziehe den Antrag hier zurück.

## VIII. Auerweite Befestigung eines Teiles des Dammes.

Nach Erwerb der von den Bartelschen Grundstücken, Damm 10/11, der Straße zuzulegenden Flächen ist eine Abänderung der Querteilung und eine Neubefestigung des Dammes auf der Strecke zwischen Münzstraße und der Westgrenze des Pieperschen Grundstücks in Aussicht genommen. Der nördliche Fußweg würde von der Münzstraße bis zu der vor dem Gieseschen Grundstück Nr. 209 anzulegenden Ausbauchung eine Breite von 2,50 m, die Fahrbahn eine solche von 7,50 m und der südliche Fußweg eine Breite von 2 m erhalten, während das Straßenbahngleis in die Fahrbahnmitte umzulegen sein würde. Die gesamten Kosten würden 2100 M betragen, wovon Herr Bartels 130 M zu tragen hätte. Der Magistrat ersucht, sich mit Ausführung dieses Projektes unter Bewilligung der Kosten einverstanden zu erklären. Dem Kaufmann Pieper ist aufgegeben worden, die beiden im Jahre 1901 errichteten Anbauten vor seinem Grundstück zum 1. April d. Js. wieder zu entfernen.

Herr Meyerhoff: Die Baukommission gibt die Genehmigung der Vorlage anheim. In der Kommission tauchte auch die Frage auf, ob es nicht wünschenswert wäre, die Sache so lange liegen zu lassen, bis der Damm im ganzen reguliert würde, jedoch meinte die Kommission, daß ein großer Vorteil schon darin liege, wenn dieser Teil erst einmal erledigt würde.

Die Vorlage wird darauf gutgeheißen.

## IX. Plattenbelag einer Teilstrecke der Husarenstraße.

Die städtische Bauverwaltung gibt anheim, den südlichen Fußweg der Husarenstraße zwischen dem Altemiekringe und der Rosenstraße mit Platten zu belegen.

Von den hierdurch entstehenden Kosten zu rund 2100 M entfallen 1700 M = 8,60 M für 1 m Frontlänge auf die Anlieger. Der Plattenbelag soll eine Breite von 1,92 m erhalten. Dem Antrage des Magistrates auf Genehmigung dieser Fußweginstandsetzung

stimmt die Versammlung zu, nachdem Herr Fricke die Vorlage namens der Baukommission befürwortet hatte.

### X. Ausbau eines Teiles der Nebenstraße.

Zu der von der Versammlung in der Sitzung vom 24. Oktober 1907 — Seite 252 des Berichtes — gewünschten Anlegung eines Radfahrweges auf der auszubauenden Teilstrecke der Nebenstraße bemerkt die städt. Bauverwaltung, daß dieser Plan sich nur durch Einschränkung der übrigen Straßenteile oder durch Hinzunahme eines Streifens des Exerzierplatzterrains und Beseitigung einer Anzahl alter Lindenbäume ausführen lasse. Die Beseitigung der in der Mitte des 18. Jahrhunderts gepflanzten Lindenbäume könne nicht als empfehlenswert bezeichnet werden, und bei einer Einschränkung der übrigen Straßenteile würden der Fußweg an der Nordseite und die Fahrbahn eine so geringe Breite erhalten müssen, daß auch eine derartige Anordnung nicht empfohlen werden könne, denn eine Breite von 3 statt 4 m für den alleinigen Fußweg einer an der Außenseite eines großen Platzes entlang führenden Straße sei entschieden zu gering, und ebenso sei ein Maß von 7,5 statt 9 m für die Fahrbahn einer Ringstraße zu klein.

Der Magistrat teilt diese Auffassung und ist ferner der Ansicht, daß auch der vorgesehene Reitweg nicht zugunsten eines Radfahrweges fallen gelassen werden könne, weil wegen des benachbarten Exerzierplatzes gerade auf der Nebenstraße ein Reitweg für höchst wünschenswert gehalten werden müsse. Es wird deshalb anheimgegeben, auf den Radfahrweg zu verzichten, was um so unbedenklicher geschehen könne, weil in dem genehmigten Projekte zwei je 70 cm breite Radfahrgassen vorgesehen sind und weil ferner, falls diese Gassen dem Bedürfnisse wirklich nicht genügen sollten, es möglich sein wird, auf dem Terrain des Exerzierplatzes in der Lindenallee einen Radfahrweg auszubauen.

Herr Rieke: Es ist uns mitgeteilt, daß in verschiedenen Städten derartige Proben mit Radfahrgassen gemacht wurden, die sich stets bewährt haben. Die Gassen sind vollständig geschlossen und eignen sich zum Radfahren in jeder Beziehung. Wir kommen dann auch nicht in die Lage, die Straße noch weiter zu verbreitern. Die Baukommission empfiehlt daher, der Ansicht des Magistrates beizutreten.

Herr Sander: Ich muß sehr bedauern, daß der Antrag solches Ende nehmen soll. Es ist nicht zu leugnen, daß an einer so belebten Stelle ein Radfahrweg als notwendiger zu bezeichnen ist, als ein Reitweg, denn ich kann nicht einsehen, daß

gerade die Stelle für einen Reitweg besonders günstig sein soll. Bei dem Exerzieren der Soldaten wird der Hauptmann immer auf dem Platze und nicht auf einem daneben liegenden Reitwege reiten, der Reitweg wird deshalb seinen Zweck nicht erfüllen. Wenn gesagt wird, daß die 70 cm breiten Gassen den Radfahrweg ersetzen sollen, so kann ich mich dem nicht anschließen, weil der Radfahrer hier namentlich durch die vielen Schlächterwagen ebenso gefährdet ist, als wenn er den Fahrweg benutzt. In anderen Städten sind die Radfahrwege durch niedrige Bordsteine von der Fahrbahn abgeschlossen, was hier natürlich fortfallen wird. Da ich unter den vorliegenden Umständen nicht glaube, daß mein Antrag angenommen wird, so füge ich mich dem Votum der Versammlung.

Herr Weichsel: Ich habe vor einiger Zeit gebeten, bei dem Ausbau von Straßen etwas Rücksicht auf die Anlegung von Reitwegen zu nehmen, bin aber der Ansicht des Herrn Sander, daß hier ein Reitweg keinen Zweck hat, sondern daß ein Reitweg eine geschlossene Verbindung nach auswärts ermöglichen muß, was hier nicht der Fall ist.

Herr Bürgermeister Meyer: Es muß den Herren entfallen sein, was bezüglich des Reitweges in der Vorlage gesagt worden ist. Wir haben anerkannt, daß der Weg für das Reiten auf weitere Entfernung hin eine Bedeutung nicht hätte und er diese erst erhielte, wenn in der Verlängerung der Straße nach Osten hin ein längerer Reitweg gebaut würde, daß aber um deswillen der Reitweg heute schon eine größere Bedeutung besäße, weil dadurch ermöglicht würde, die zu bewegendenden Offizierspferde von dem kl. Exerzierplatze auf den Reitweg zu verweisen und ersteren dadurch zu entlasten.

Da der Ausbau der Nebenstraße bereits beschlossen ist, so gilt die Sache als erledigt.

## XI. Verbesserung der Beleuchtung in der Markthalle.

Seit längerer Zeit genügt die Beleuchtung der städtischen Markthalle den an sie zu stellenden Ansprüchen nicht mehr. Der Grund hierfür ist darin zu finden, daß die vom Werder aus in die Markthalle geführte einzige Zuleitung für eine genügende Gaszufuhr nicht ausreicht und auch die Anzahl der in der Halle vorhandenen Gaslampen unzureichend ist. Der Magistrat hält daher im Einverständnis mit der Markthallendeputation eine Verbesserung der vorhandenen Beleuchtungsanlage noch im laufenden Rechnungsjahre für dringend erforderlich. Am zweckmäßigsten wird eine solche zu erzielen sein durch Anlage einer zweiten 80 mm weiten, vom Hagenmarke aus anzulegenden Gaszuleitung und durch Anbringung von zwölf in der Mitte der Markthalle ihrer Länge nach an den Dachbindern aufzuhängenden Lampen für je drei Flammen hängendes Gasglühlicht, die Flamme zu 80 Hefnerkerzen. Die Kosten der Anlage dieser Lampen und der neuen Gas-

zuführung werden sich schätzungsweise auf 2014,<sup>54</sup> M stellen, die Kosten der Mehrbeleuchtung selbst, abgesehen von den Unterhaltungskosten, auf jährlich 482,<sup>40</sup> M für 920 Brennstunden.

Da auch die Beleuchtung des zur Markthalle gehörigen Hauses, Hagenmarkt 13, ungenügend ist, so muß die von der Markthalle in das Haus geleitete Verteilungsleitung entsprechend erweitert werden, wodurch etwa 120 M Kosten entstehen dürften.

Der Magistrat gibt anheim, der Verbesserung der Beleuchtung der Markthalle sowie des Hauses Hagenmarkt 13 zuzustimmen und die hierfür erforderlichen Mittel zu bewilligen.

Namens der Finanzkommission berichtet hierüber Herr Schmidt: Ich habe mich persönlich davon überzeugt, daß man bei der jetzigen Beleuchtung in der Halle kaum die einzelnen Geldstücke unterscheiden kann. Man wird indessen mit der geplanten neuen Beleuchtung meiner Meinung nach an den Seiten der Halle nicht das erreichen, was man erreichen will. Zurzeit sind infolge der schlechten Beleuchtung die Verkaufsstände der Schlächter mit Petroleumlampen versehen, die sich die Schlächter selbst halten müssen. Zu einer Petroleumlampe gehört auch eine Kanne, aus der das Lampenbassin nachgefüllt werden muß, und hierbei beschmutzen sich die Leute die Finger, was nicht appetitlich für die Käufer des Fleisches ist. Ich möchte deshalb bitten, die Seitenstände der Halle auch mit Gas zu beleuchten. In der Kommission ist übrigens dieser Punkt nicht besprochen worden. Sodann möchte ich zur Erwägung verstellen, ob es richtig ist, die drei Flammen auf einer Stelle zu vereinigen, und ob es nicht besser wäre, sie durch Arme auseinander zu bringen. Endlich komme ich noch auf einen anderen Punkt. Ich habe mir die sämtlichen Laternen auch außerhalb der Markthalle angesehen und gefunden, daß deren Strümpfe teils verrußt, teils entzwei waren, so daß sie schlecht leuchteten; ich möchte deshalb bitten, darauf mehr Aufmerksamkeit zu verwenden. Wir haben ja im ganzen nur 10000 Glühkörper in der ganzen Stadt verbraucht, was eine sehr geringe Zahl ist. . . .

Vorsitzender: Diese Sachen gehören doch aber nicht zur Vorlage.

Herr Schmidt: Das ist richtig, ich wollte sie nur gern bei der Gelegenheit mit zur Sprache bringen. Ich bitte im übrigen um Bewilligung der Magistratsvorlage.

Herr Weichsel: Ein Geschäftsmann würde einen derartigen Raum sicher durch vier Bogenlampen beleuchten. Elektrisches Licht ist ja, wie Herr Kollege Ribbentrop sagt, kein Luxus mehr. (Heiterkeit.)

Herr Kalms: Ich bin auch erstaunt über die Vorlage. Leider war ich in der letzten Deputations Sitzung nicht zugegen und muß bedauern, daß der Magistrat hier wieder auf Gasbeleuchtung verfallen ist. Ein derartiges öffentliches Gebäude, wie die Markthalle, muß, wenn wir mit der Zeit mitgehen wollen, elektrisch be-

leuchtet werden. Nicht nur die Schlächterstände, sondern auch die Fischverkäuferstände werden mit Petroleumlampen beleuchtet, was unmöglich als zeitgemäß angesehen werden kann; ich nehme es deshalb auch keinem Käufer und keinem Verkäufer übel, wenn er nicht in die Halle geht. Wir werden unter solchen Verhältnissen erleben, daß in drei bis vier Jahren die Halle leer stehen wird. Nun weiß ich allerdings nicht, wie groß die Kosten für die Umänderung der Gasbeleuchtung sind und was die Einführung des elektrischen Lichtes kosten würde, ich kann mir aber nicht denken, daß die Mehrkosten des elektrischen Lichtes so hoch sind, um deshalb davon Abstand nehmen zu müssen. Ich möchte bitten, den Magistrat zu ersuchen, die Vorlage nochmals zu prüfen und möchte beantragen, die Markthalle mit elektrischem Lichte zu beleuchten. Auch bezüglich der dunklen Strümpfe muß ich dem Herrn Referenten recht geben. Die Strümpfe sollen bei den betreffenden Straßenlaternen sehr schlecht imstande und auch geringwertig gewesen sein. Es würde sich empfehlen, einen städtischen Beamten mit der Kontrolle der sämtlichen städtischen Gebäude hinsichtlich ihrer Beleuchtung zu betrauen, da hierdurch viel Geld gespart werden könnte.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Aus den verschiedenen dankenswerten Anregungen des Herrn Schmidt klang als Grundton hervor, die Vorlage des Magistrates anzunehmen. Die Markthallendeputation wird diese Anregungen gern prüfen, u. a. auch die Frage, ob es zweckmäßig ist, den Verkäufern, die sich jetzt der Petroleumlampen bedienen, städtische Beleuchtung zu liefern.

Was die von den Herren Weichsel und Kalms angeschnittene Frage der elektrischen Beleuchtung der Markthalle betrifft, so hatte die Deputation ursprünglich auch mit viel Mut in der Brust elektrische Beleuchtung vorgeschlagen. Als aber die finanzielle Seite der Sache geklärt wurde und sich ergab, daß die Gasbeleuchtung bei gleicher Leistungsfähigkeit erheblich billiger sei, ist die Deputation zu einem anderen Standpunkte gekommen. Im Magistrate wurde die Frage eingehend erörtert, und es siegte dabei die Meinung, daß die Deputation, der auch Herr Kalms angehört, über die Frage zunächst noch einmal gehört werden sollte. Doch mit des Geschickes Mächten ist kein ew'ger Bund zu flechten: als die Sitzung der Deputation herannahte, war gerade derjenige Stadtverordnete, an dem mir in diesem Falle am meisten gelegen war, verhindert zu erscheinen. Ich will ihm daraus keinen Vorwurf machen, sondern ich wollte nur andeuten, daß die Entwicklung einer Sache sich manchmal anders gestaltet, als man sich das gedacht hat. Wir haben uns in der Sitzung davon überzeugt, daß die Vorschläge der Direktion der Licht- und Wasserwerke gut waren und haben daher die Einrichtung der Gasbeleuchtung in der Markthalle empfohlen. Die Deputation, dessen können Sie gewiß sein, wird die Interessen der Markthalle schon wahrnehmen, während der Magistrat die Interessen der ganzen Stadt im Auge haben muß. Wenn heute die



Vorlage zurückgewiesen wird, so läßt sich die Anlage für diesen Winter nicht mehr fertigstellen.

Herr Rietze: Ich möchte anheimgeben, die jammervolle Beleuchtung der Derenburgtwete aufzubessern. Eine einzelne Frau traut sich nicht mehr abends über die Straße zu gehen, denn in den dunklen Ecken verlieren sich dort Liebespärchen und andere Passanten.

Die Magistratsvorlage gelangt hierauf zur Annahme.

## XII. Bauliche Arbeiten zc. im ehemaligen Stadtkassengebäude.

Es hat sich als wünschenswert herausgestellt, in dem künftig von der Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke als Geschäftshaus zu benutzenden ehemaligen Stadtkassengebäude noch einige bauliche Aenderungen ausführen zu lassen und das vorhandene Mobiliar zu ergänzen. Der Magistrat empfiehlt, folgende Arbeiten auszuführen und die nachstehenden Anschaffungen zu bewirken:

I. Undurchsichtige Verglasung im unteren Teile der straßenseitigen Fenster 80 M, Abschluß und Befestigung des Hofes 240 M, Beschaffung der Beleuchtungskörper 400 M, Klingelleitung 100 M, zusammen 820 M.

II. Die Instandsetzung des Fußbodens im Erdgeschoß 1950 M.

Der Magistrat hält es für möglich, daß es gelingt, die ausgetretenen Fußböden im Erdgeschoß durch Auftragung einer aus Kreide, Gips und Leinen bestehenden Masse so auszugleichen, daß Linoleum darauf gelegt werden kann, jedoch ist eine sichere Gewähr dafür, daß diese Masse dauernd haftet, nicht geboten, und eine spätere Wiederaufnahme des Linoleums würde den Geschäftsbetrieb empfindlich stören. Es empfiehlt sich daher, den Fußboden schon jetzt so instand zu setzen, daß Ausbesserungen in absehbarer Zeit nicht erforderlich werden und zwar in der Weise, daß eine auf Beton zu verlegende dünne Asphaltischicht mit Linoleum bedeckt wird. Die dafür aufzuwendenden Kosten sind zwar verhältnismäßig hoch, sie würden aber in etwa gleichem Betrage erforderlich werden, wenn auf dem alten Tannenfußboden ein eichener Riemenboden verlegt würde. Von dieser Art der Instandsetzung ist übrigens schon wegen der sich dabei ergebenden Höhenlage Abstand genommen. Die vorhandenen Fußbodenbretter werden anderweit als Blindboden benutzt werden können.

III. Die Anschaffungen und Ausbesserungsarbeiten, die von der städt. Bauverwaltung im Kostenanschlage vom 27. November 1907 unter A. D. und E. sowie im ersten Anschlage B. vom 19. November 1907 beantragt worden sind, zu 5056,10 M.

IV. Die Herrichtung einer privaten Telephonverbindung zwischen dem neuen Geschäftshause und dem Feuerlöschgebäude sowie dem alten Wasserwerke, geschätzt zu 500 M.

Der Magistrat gibt anheim, diese Kosten im Gesamtbetrage von 8326,10 M einstweilen aus dem Extraordinarium der Rämmereikasse zu bewilligen.

Herr Lübbe: Die Baukommission hat geglaubt, daß in einigen Punkten der Vorlage zu weit gegangen würde und empfiehlt deshalb, 750 M von der Gesamtsumme zu streichen, also nur 7576,10 M zu bewilligen. Auch der Vertreter des Stadtbauamtes hat dieser Ansicht zugestimmt.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Wir haben den Antrag wegen Verrechnung der Kosten auf das Extraordinarium der Rämmereikasse deshalb gestellt, weil der Umbau des Hauses, obgleich er für die Direktion der Licht- und Wasserwerke bestimmt ist, vorläufig auch aus dem Extraordinarium bestritten wird. Es ist aber bei neuen Gebäuden allgemein üblich, das Mobiliar aus demselben Fonds zu bestreiten, aus dem das Gebäude selbst bestritten wird. Wenigstens ist es bei den Schulen und meiner Erinnerung nach auch bei dem Rathause so gemacht worden. Man kann allerdings zweifelhaft sein, ob das auch bei Reparaturen richtig ist. Der ganze Vorschuß ist einstweilen auf das Extraordinarium genommen, um den Schulhausbaufonds nicht schon vorweg damit zu belasten. Wir müssen demnächst eine Auseinandersetzung zwischen dem Gas- und Wasserwerke einerseits und der Rämmereikasse andererseits vornehmen, weil die Verwaltung dieser Werke durch die Feuerlöschanstalt aus ihrem Hause vertrieben wird. Der Magistrat kann indessen zurzeit nicht mit angemessenen Vorschlägen kommen, weshalb es unbedenklich ist, die Ausgabe einstweilen auf das Extraordinarium zu nehmen. Selbstverständlich muß der Magistrat Ihre Zustimmung zu der endgültigen Verrechnung einholen.

Die Magistratsvorlage wird sodann angenommen.

### XIII. Uebernahme eines Teiles des Bienröderweges.

In der Sitzung vom 12. September 1907 — Seite 221 des Berichtes — hat die Versammlung genehmigt, daß der in den letzten Jahren vom Wasserwerke unterhaltene Bienröderweg nochmals gründlich instand gesetzt und fortan der Feldmarksgemeinde Hagen ein Beitrag von jährlich 300 M zu den Unterhaltungskosten gezahlt werde.

Der Vorstand der Feldmarksgemeinde Hagen hat diesem Vorschlage und der Wiederübernahme der Unterhaltungspflicht unter der Bedingung zugestimmt, daß die von ihm schon früher geforderte Belastungsgrenze für die Kohlenfuhrn (50 Zentner Ladegewicht pro Wagen) unbedingt innegehalten werde; er hat dabei erklärt, daß er diese Bedingung auch den übrigen Fuhrwerksbesitzern, welche den Weg mit Lastwagen befahren, auferlegen werde. Wenn dem Wasserwerke bezw. der Marstallverwaltung von hier aus eine entsprechende Anweisung erteilt werden sollte, so würde sie, soviel die städtischen Fuhrwerke betrifft, innegehalten werden; für Privatunternehmer aber, welche die Kohlen zum Wasserwerke fahren, kann der

Magistrat eine gleiche Gewähr nicht leisten, auch bezweifelt er, daß der Gemeindevorstand einer von ihm erlassenen bezüglichen Anordnung gegenüber den Privat-Fuhrunternehmern Geltung zu verschaffen in der Lage sein würde.

Vermutlich würde vielmehr das Resultat nur das sein, daß die zahlreichen Fuhrwerke, die jetzt auf dem Bienröderwege den Sand aus den an diesen angelegten Gruben abfahren, den Weg — wie jetzt schon der Fall — übermäßig abnutzen, daß aber der Stadt als Inhaberin des Wasserwerks mindestens die gleiche Verantwortung auferlegt und eine Erhöhung ihres Beitrages gefordert werde würde. Jedenfalls dürfte zu besorgen sein, daß ein stadtseitiges Eingehen auf die gestellte Bedingung zu fortwährenden Weiterungen und unliebsamen Erörterungen Anlaß geben würde.

Dazu kommt, daß die magistratsseitige Anfrage, ob die Bepflanzung des Weges mit Bäumen gestattet werden würde, vom Vorstande der Feldmarksgemeinde zwar bejaht, dabei jedoch der Vorbehalt gemacht ist, daß die Stadt sich verpflichten müsse, für etwaige Schadenersatzansprüche der Anlieger wegen Nährstoffentziehung und Beschattung der angrenzenden Länderei aufzukommen; auch müsse die Art der Bepflanzung und die Pflege der Anlage im Einvernehmen mit dem Gemeindevorstande erfolgen, „damit dieser über alle Maßnahmen, die in der Feldmark stattfinden, unterrichtet werde“.

Es wird befürchtet, daß, wenn unter Uebernahme dieser Bedingungen die Stadt den von verschiedenen Seiten und so auch seitens der Versammlung geäußerten Wunsch, den Bienröderweg zu bepflanzen, erfüllte, diese Maßnahme die Geltendmachung ganz unübersehbarer Ersatzansprüche im Gefolge haben und überdies die städtische Verwaltung von dem Vorstande der Feldmarksgemeinde Hagen so abhängig machen würde, daß die Erfüllung auch berechtigter Wünsche der hiesigen Einwohnerschaft unter Umständen recht schwer fallen würde.

Die vorstehend erörterten Bedenken haben den Magistrat zu dem Entschlusse geführt, der Versammlung zu empfehlen, den Weg — vorläufig bis zur Nordgrenze des Wasserwerkes — in eigene Verwaltung zu nehmen. Dabei wird nicht verkannt, daß dieses Vorgehen in finanzieller Beziehung für die Stadt nicht vorteilhaft sein wird. Aber der Verkehr nach dem Querumer Holze ist seit der Ueberbrückung der Schunter ein so lebhafter geworden, daß eine bessere Ausgestaltung des Weges schon aus diesem Grunde wünschenswert erscheinen muß. Aus gesundheitlichen Rücksichten aber muß es als eine Aufgabe der Stadtgemeinde erachtet werden, die nach den umliegenden Waldungen führenden Wege zu verbessern, zumal wenn daneben wirtschaftliche Rücksichten (hier also die Anfuhr der Kohlen zum Wasserwerke) solche Verbesserung als wünschenswert erscheinen lassen.

Die städtische Bauverwaltung hat sich dahin geäußert, daß technische Bedenken der Durchführung solcher Maßregel nicht entgegenständen; sie hat aber gleichzeitig empfohlen, schon jetzt über die künftige Ausgestaltung des Weges Beschluß zu

fassen, um ein Verbauen desselben zu verhüten. Der Magistrat hält im Einvernehmen mit der genannten Verwaltung eine Wegebreite von 22 m und eine Quereinteilung in folgender Weise für zweckmäßig: Der Bienröderweg würde beiderseits um 6 m zu verbreitern, an der Ostseite einer 7,5 m breiten Fahrbahn ein 3 m breiter Reitweg und ein 4,25 m breiter Fußweg mit einer Baumreihe und westlich der Fahrbahn ein 4 m breiter, durch zwei Baumreihen begrenzter Radfahrweg und ein 3,25 m breiter Fußweg anzulegen sein. Zu beiden Seiten des Weges sind überdies 3 m breite Vorgärten in Aussicht genommen.

Zu einer sofortigen Herrichtung dieser immerhin kostspieligen Anlage liegt kein Bedürfnis vor. Es wird vielmehr für ausreichend gehalten, wenn einstweilen

1. der Ortsbauplan ergänzt,
2. unter Belassung der jetzigen Fahrbahn und des an ihrer Ostseite befindlichen Reitweges der vorhandene westliche Fußweg als Radfahrweg eingerichtet und
3. an der Westseite des jetzigen Fußweges ein 6,5 m breiter Terrainstreifen erworben und auf diesem ein alsbald mit 2 Baumreihen zu bepflanzender 3,25 m breiter Fußweg durch Aufbringen von Bogasche hergerichtet wird. Dieser Fußweg würde später — wenn das oben erörterte Gesamtprojekt durchgeführt wird — zu einem Radfahrweg umgestaltet werden können. Die Bäume würden so anzupflanzen sein, daß sie später beibehalten werden können.

Der einstweilen verfügbar bleibende äußerste westliche Terrainstreifen (3,25 m breit), dessen alsbaldiger Ankauf wegen der beabsichtigten Anpflanzung der Bäume nicht zu umgehen sein wird, könnte vorläufig zur Aufnahme des abfließenden Himmelswassers dienen bzw. landwirtschaftlich genutzt werden. Wenn man sich einstweilen auf die Ausführung dieses Teiles der Gesamtanlage beschränkt, so werden die dafür aufzuwendenden Kosten nach der Schätzung der städtischen Bauverwaltung 10- bis 12 000 M betragen, während die Unterhaltungskosten nur geringfügig sein werden.

Neben diesen Kosten werden aber alsbald noch Kosten für die inzwischen recht schadhast gewordene 3,5 m breite Fahrbahn aufzuwenden sein. Ihre aus Backsteinen bestehende Backlage ist nicht mehr widerstandsfähig, und es würde vermutlich am zweckmäßigsten sein, auf der jetzigen Chausseierung unter Aufwendung von 12 000 M Kleinpflaster herzurichten, da dieses beim endgültigen Ausbau des Weges wieder Verwendung finden kann und im Falle seiner Herrichtung, die andernfalls mit jährlich etwa 600 M aufzuwendenden Unterhaltungskosten erspart werden würden. Da diese Unterhaltungskosten das Wasserwerk zu tragen haben würde, so dürfte es gerechtfertigt sein, entweder diesem oder dem von diesem Werke zu dotierenden

Schulhausbaufonds einen Teil des jetzt aufzuwendenden Anlagekapitals zur Last zu legen.

Indem sich der Magistrat vorbehält, eventuell der Versammlung eine eingehende Vorlage nebst Plänen zu unterbreiten, ersucht er,

zu dem vorstehend erörterten Projekte Stellung zu nehmen, und ihn vom Resultate der Beratung Kenntnis zu geben.

Namens der Baukommission berichtet über Vorlage Herr Wolters: Die Baukommission steht in allen Punkten auf seiten der Vorlage. Obwohl gewisse technische Nebenprojekte mit erörtert worden sind, ist man doch allgemein zu der empfohlenen Aenderung zurückgekommen. Eine sehr lebhaft Besprechung entipann sich darüber, ob es technisch richtig sei, den Fußweg aus Bogasche herzurichten. Von der Besprechung der finanziellen Seite kann man einstweilen absehen. Ich empfehle, grundsätzlich sich dahin auszusprechen, daß die Versammlung mit dem Projekte im ganzen einverstanden ist.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

#### XIV. Erhöhung des Zinsfußes für kleinere Darlehen.

Bekanntlich sind seit dem Verbrache der durch die letzte Obligationen-Anleihe vom Jahre 1900 beschafften Mittel (3 877 500 M) die für außerordentliche Zwecke aufgewandten Kosten durch Vorschüsse gedeckt, welche die Stadthauptkasse aus den ihr von den verschiedenen Einzelkassen und Betriebsverwaltungen überwiesenen verfügbaren Kapitalien geleistet hat. Nach dem letzten Kassen-Ausweise betrugen diese Vorschüsse insgesamt 1 834 732,36 M, wovon auf das Extraordinarium der Kammereikasse 1 385 284,10 M, auf den Neubaufonds der Kanalbaukasse 449 448,26 M entfallen.

Der gesamte Kassenbestand der Stadthauptkasse belief sich dagegen am 30. Dezember 1907 auf 229 849,91 M, wovon 100 000 M beim Leihhause belegt waren.

Die erheblichen Ausgaben, die durch den Umbau der Gasanstalt an der Taubenstraße bereits erwachsen sind und noch ferner erwachsen werden, haben den Magistrat einerseits bereits zur Zurückziehung des Darlehns von ursprünglich 140 000 M genötigt, das aus dem Vorratsvermögen der Kammereikasse im Jahre 1900 der Gemeinde Kirchenkasse behuf Erwerbung von Kirchenbaupläzen gewährt war, und sie machen es andererseits erforderlich, daß auch das derselben Kasse im Jahre 1902 aus dem Vorratsvermögen der Kreiskommunalkasse zur Bestreitung von Kirchenbaukosten gewährte Darlehn von nominell ursprünglich 400 000 M in nächster Zeit zurückgezogen wird, wozu die Ermächtigung der Versammlung bereits erteilt worden ist.

Ob durch diese Maßnahme die Stadthauptkasse in den Stand gesetzt werden wird, die weiteren ihr einstweilen zur Last fallenden Zahlungen zu leisten, läßt sich

zurzeit nicht übersehen; entscheidend wird sein, in welcher Weise die Arbeiten auf dem Gaswerke fortschreiten und welche sonstigen größeren Arbeiten etwa im nächsten Jahre auf Beschluß der städtischen Behörden werden in Angriff genommen werden. Jedenfalls müssen die zur Bestreitung dieser Ausgaben erforderlichen Mittel rechtzeitig beschafft werden, und da weder der Umfang der bisher geleisteten Vorschüsse noch auch der derzeitige Stand des Geldmarktes die Aufnahme einer weiteren festen Anleihe ratsam erscheinen läßt, so dürfte es sich empfehlen, das erforderliche Geld in größerem Umfange, als bisher geschehen, durch Aufnahme kleinerer Darlehen zu beschaffen.

Durch Verfügung Herzoglichen Staatsministeriums vom 23. April 1907 ist die Stadt ermächtigt, derartige Darlehen gegen  $3\frac{1}{2}\%$ ige Verzinsung im Gesamthöchstbetrage von 1 000 000 M aufzunehmen, während bis dahin diese Höchstsumme auf 500 000 M bemessen war. Der Bestand des durch Aufnahme derartiger Darlehen beschafften Gesamtkapitals hat im Laufe der letzten Jahre geschwankt, wie die folgende Uebersicht ergibt:

Bestand am 1. April 1904 . . . . . 372 150 M.

|         | Es sind         |                    | mithin    |              |
|---------|-----------------|--------------------|-----------|--------------|
|         | eingezahlt<br>M | zurückgezahlt<br>M | mehr<br>M | weniger<br>M |
| 1904/05 | 144 800         | 47 600             | 97 200    | —            |
| 1905/06 | 138 450         | 53 900             | 84 550    | —            |
| 1906/07 | 145 350         | 47 850             | 97 500    | —            |
| 1907/08 | 72 500          | 90 000             | —         | 17 500       |
|         |                 | zusammen           | 279 250   | 17 500       |

Demnach ist der Bestand von 372 150 M Ende Dezember 1907 erhöht auf (279 250 — 17 500 = 261 750 M) 633 900 M.

Der sich aus dieser Uebersicht für das laufende Jahr ergebende Rückgang um 17 500 M läßt in Verbindung mit dem Umstande, daß für das kommende Rechnungsjahr schon jetzt weitere 20 000 M gekündigt sind, die Annahme als gerechtfertigt erscheinen, daß die allgemeine Geldknappheit eine weitere Herabminderung des fraglichen Kapitals im Gefolge haben wird. Die Stadt würde dadurch unter Umständen genötigt werden können, entweder eine feste Anleihe unter recht ungünstigen Bedingungen aufzunehmen oder vorübergehend größere Mittel zu hohen Zinsen

anzuleihen. Der Magistrat hält daher zur Abwendung dieser Zwangslage für ratsam, den Zinsfuß der vorerwähnten kleineren Darlehen, die etwa zur Hälfte von Stiftungen gewährt sind, auf 4 % zu erhöhen. Als selbstverständlich wird dabei vorausgesetzt, daß auch der Zinsfuß der schon früher zu 3½ % verzinslich belegten Beträge auf 4 % erhöht wird und zwar — behuf Vereinfachung der Zinsberechnung — von demjenigen Tage des der Erhöhung des Zinsfußes folgenden Monats ab, welcher dem Tage der Einzahlung des einzelnen Darlehns entspricht.

Hoffend, daß diese Maßnahme nicht nur die Zurückziehung weiterer Beträge verhüten, sondern auch einen stärkeren Geldzufluß im Gefolge haben wird, gibt der Magistrat anheim, dieser Maßnahme zuzustimmen.

Für den Fall, daß es wider Erwarten erforderlich werden sollte, den Zinsfuß noch weiter zu erhöhen, ersucht der Magistrat, ihn auch hierzu im Einvernehmen mit der Finanzkommission zu ermächtigen.

Herr Hauswaldt: Im Namen der Finanzkommission möchte ich anregen, ob nicht durch Verkürzung oder Verschiebung der Kündigungsstermine dem Publikum noch ein neuer Anreiz geboten werden könnte, die Einrichtung zu benutzen. Jedenfalls ist die beantragte Neuerung praktisch und den heutigen Geldverhältnissen angemessen. Die Finanzkommission beantragt die Genehmigung der Vorlage.

Herr Esdorn: Ich stimme den Anträgen zu und möchte noch bemerken, daß diese Einrichtung nicht so allgemein bekannt ist in der Bürgerschaft wie es erwünscht erscheint. Wenn es in der Stadt mehr bekannt wird, daß man bei der Stadtkasse Geld hinterlegen kann, so läßt sich eine regere Benutzung der Einrichtung erwarten. Meiner Erinnerung nach können übrigens nur Beträge von 500 M ab aufwärts bei der Stadtkasse belegt werden, und ich glaube, daß es im Interesse der Stadt liegen würde, die Mindestsumme herunterzusetzen. Bei einem Zinsfuße von 3½ % hat das sparende Publikum sein Geld nach auswärtigen Sparkassen, die einen höheren Zinsfuß hatten, gebracht; wenn jetzt hier 4 % und eventuell noch mehr gezahlt werden sollen und vielleicht eine dreimonatige Kündigungsfrist sowie der Mindestbetrag auf 200 oder 300 M festgesetzt wird, so bekommen wir vielleicht so viel Geld, um von einer größeren Anleihe zurzeit absehen zu können.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Ich beabsichtige dem Magistrate anheimzugeben, die zu hinterlegende Mindestsumme zu ermäßigen. Wie weit wir dabei heruntergehen werden, kann ich jetzt nicht sagen, jedenfalls bin ich der Meinung, daß man auf 200 M heruntergehen muß, um auch denjenigen, die weniger als 500 M anlegen können oder wollen, Gelegenheit zu geben, ihr Geld bei der Stadt verzinslich zu belegen. Ich möchte die Gelegenheit benutzen, um darauf hinzuweisen, daß es sich hier um eine sehr angenehme Kapitalanlage handelt, insofern, als die über die Summe auszufertigende Obligation bei etwaigem Verluste sofort durch eine neue ersetzt wird.

Herr Wefemeier: Ich halte es selbstverständlich für gut, wenn die Mindestsumme der Einzahlung herabgesetzt wird, und wir werden auch dem ersten Teile der Vorlage zustimmen. Dagegen bitte ich, von dem letzten Passus des Magistratschreibens abzusehen. Weshalb soll der Magistrat ermächtigt werden, im Einvernehmen mit der Finanzkommission den Zinsfuß noch weiter zu erhöhen? Wir kommen hier so häufig zusammen, daß die Versammlung sich dieses Recht nicht braucht nehmen zu lassen, zumal die Erhöhung des Zinsfußes niemals innerhalb 14 Tagen nötig werden wird.

Herr Oberbürgermeister Kete meyer: Herr Wefemeier wird dem Magistrate im allgemeinen nicht den Vorwurf machen können, die Rechte der Versammlung zu beschränken. Das liegt uns durchaus fern. Es handelt sich hier nur darum, Geld zu beschaffen und unter Umständen schnelligst zu beschaffen. Wir sind jetzt unmittelbar davor gewesen, die Zahlungen nicht leisten zu können, wenn wir nicht das Geld vom Leihhause aus der Kirchenkasse bekommen hätten. Das muß aber oft in 14 Tagen gemacht werden. Wenn wir nun mit der Erhöhung des Zinsfußes auf 4 % keinen Erfolg haben, was soll dann weiter beschlossen werden, als den Zinsfuß nochmals zu erhöhen? Es läßt sich gar nichts anderes machen, denn wir können doch unsere Kasse nicht schließen. Ehe das geschähe, müßten wir zum Bankier gehen und das Geld zu 5 bis 7 % leihen.

Herr Esdorn: Ob wir den Antrag des Magistrates oder des Herrn Wefemeier annehmen, kommt schließlich auf dasselbe hinaus, deshalb ist es der Einfachheit wegen richtiger, die Magistratsvorlage anzunehmen. Wir genehmigen die Erhöhung des Zinsfußes nur im Prinzip und sie wird nur eintreten, wenn es durchaus nötig ist. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß der allgemeine Zinsfuß wieder heruntergeht.

Herr Wefemeier: Ich sehe nicht so schwarz in der Sache wie der Magistrat. Es ist wohl möglich, daß sich der Zinsfuß noch weiter erhöhen und Ebbe in der Stadtkasse eintreten kann, aber daß in so kurzer Zeit von der Stadtkasse hunderttausend Mark und darüber sollen angefordert werden, glaube ich nicht. Da wird der Magistrat schon Vorsorge treffen. (Heiterkeit.) Wenn es aber notwendig sein sollte, schnelligst ein Darlehn zu höherem Zinsfuße aufzunehmen, kann der Magistrat immer noch an die Versammlung mit einem Antrage herantreten.

In getrennter Abstimmung werden darauf beide Teile der Magistratsvorlage genehmigt.

## XV. Einsprache gegen die Projektierung von Vorgärten an der Schleinitzstraße.

Der Kaufmann Ernst Cameln, Hamburgerstraße 59, hat gegen die Anordnung von Vorgärten an der Schleinitzstraße mit der Begründung Einsprache er-



hoben, daß er dadurch bei etwaiger Neubebauung seines Grundstücks erheblich geschädigt würde, zumal er auch an der Hamburgerstraße noch etwa  $1\frac{1}{2}$  m mit dem Neubau zurückgehen müsse.

Von der städt. Bauverwaltung wird dazu bemerkt, daß das Camehnsche Grundstück einen Flächeninhalt von 511 qm besitze, wovon 22 qm zur Hamburgerstraße abzutreten seien. Von der noch verbleibenden Fläche würden 49 qm durch den für die Schleinitzstraße projektierten Vorgarten in Anspruch genommen werden, so daß bei einer Neubebauung des Grundstücks eine Fläche von  $440\frac{3}{4} = 330$  qm würde wieder bebaut werden können. Da nun zurzeit nur 269 qm bebaut sind, so würde demnächst der Neubau einen um 61 qm größeren Flächenraum in Anspruch nehmen können, also nahezu um ein Viertel größer werden, als das jetzige Gebäude. Dem Antrage des Magistrates auf Verwerfung der Einsprache

stimmt die Versammlung zu, nachdem Herr Koch den Antrag namens der Baukommission befürwortet hatte.

## XVI. Einsprachen gegen die Verschiebung eines Teiles der Waterloostraße.

Gegen die von den städtischen Behörden beschlossene geringe Verschiebung der Waterloostraße auf der Strecke Wabestraße—Karlstraße in westlicher Richtung haben die Eheleute Brandes und der Architekt Eduard Lüders mit der Begründung Einsprache erhoben, daß sie durch die Verschiebung in ihren Besitzverhältnissen geschädigt würden. Auf Empfehlung der städt. Bauverwaltung ersucht der Magistrat um Verwerfung der Einsprachen,

die dann auch auf Befürwortung der Baukommission, für die Herr Wolters berichtet, von der Versammlung beschlossen wird.

## XVII. Aenderung des Tarifs der Strassenbahnengesellschaft.

Nach § 12 des am 21. Dezember 1896 mit der Strassenbahnengesellschaft abgeschlossenen Konzessionsvertrages unterliegt die Feststellung der für Benutzung der Bahn zu zahlenden Fahrpreise der Genehmigung des Stadtmagistrats und der Herzoglichen Polizeidirektion. Der auf Grund dieser Bestimmung unter den Beteiligten im Sommer 1897 vereinbarte Streckentarif hat obenein die Zustimmung der Stadtverordneten erfahren. Diese zu dem seit 1. April 1898 geltenden 10 S. Tarif einzuholen, hat der Magistrat keine Veranlassung genommen, weil der Tarif für die Einwohner unzweifelhaft vorteilhafter war, als der Streckentarif. Es ist bekannt, daß die Gesellschaft mit dem Ergebnisse des 10 S. Tarifs seit einigen Jahren nicht mehr zufrieden ist, ebenso, daß sie die Hoffnung hegt, durch Wiedereinführung eines Streckentarifs ihre Verhältnisse günstiger gestalten zu können.

Dem im März 1904 dem Magistrate mitgeteilten Vorhaben der Unternehmerin, den früher genehmigten Streckentarif wieder einzuführen, hat der Magistrat widersprochen; der von ihr darauf unternommene Versuch, ihr vermeintliches Recht, jenen Tarif auch ohne magistratsseitige Zustimmung einzuführen, im Prozeßwege festzustellen, ist gescheitert. Selbstverständlich ist hierdurch der Wunsch der Gesellschaft, ihre Einnahmen durch einen Streckentarif zu erhöhen und sich damit leistungsfähiger zu machen, nicht beseitigt, und sie ist deshalb durch Schreiben vom 25. Februar v. J. mit der Bitte hervorgetreten, zu gestatten, daß ein Tarif eingeführt werde, nach dem für 2500 m Strecke 10  $\mathcal{M}$ , darüber hinaus aber 15  $\mathcal{M}$  erhoben werden dürften. Zur Begründung hat sie darauf hingewiesen, daß die Verhältnisse sich in den nahezu 10 Jahren seit Bestehen der Straßenbahn ganz bedeutend geändert hätten, daß insbesondere auf der einen Seite die Betriebsunkosten durch Steigen der Löhne, der Kohlen- und Materialienpreise usw. ganz bedeutend gestiegen seien und auf der anderen Seite durch den entwickelteren Verkehr Forderungen auf Verbesserung des Betriebes sich geltend gemacht hätten, deren Erfüllung im Interesse der Einwohner durchaus angezeigt erscheine, aber bei der gegenwärtigen Geschäftslage ausgeschlossen sei. Zu dieser wünschenswerten Betriebsausgestaltung gehöre z. B. die Einführung des 6 Minutenbetriebes schon vor 10 Uhr vormittags, doppelgleisiger Ausbau der Nordbahnhoflinie, Ausdehnung des Betriebes bis auf den Staatsbahnhof (Platz östlich des Empfangsgebäudes) u. a. Die Durchführung dieser Erweiterungen und Verbesserungen erfordere sehr erhebliche Geldmittel, deren Beschaffung einer Gesellschaft, die bisher stets weniger als 6% Dividende habe zahlen können, so gut wie unmöglich sei. Der geltende Tarif lasse eine Besserung ausgeschlossen erscheinen, und müsse durch einen Streckentarif ersetzt werden.

Wiewohl der Magistrat die Auffassung der Gesellschaft über die Schwierigkeit bezw. Unmöglichkeit weiterer Kapitalbeschaffung nicht ohne weiteres zu teilen vermag, so muß er doch anerkennen, daß ihre wirtschaftliche Lage zurzeit nicht danach angetan ist, daß man ihr Betriebserweiterungen und -Verbesserungen zumuten könnte, die nur mit einem Aufwande verhältnismäßig hoher Kosten durchzuführen sind, eine nennenswerte Steigerung der Einnahme aber keineswegs garantieren. Hierzu kann man alle von der Gesellschaft in Aussicht gestellten, von ihr auf 500 000 bis 600 000  $\mathcal{M}$  geschätzten Anlagen rechnen. Der Magistrat hat sowohl deshalb, als auch mit Rücksicht auf die schlechten Erfahrungen, die in anderen Städten mit dem 10  $\mathcal{M}$  Tarif gemacht sind, sich soweit den geäußerten Wünschen willfährig gezeigt, als er unterm 9. März 1907 zu verhandeln auf der Grundlage sich bereit erklärt hat, daß der Streckentarif zunächst nur für einen kürzeren Zeitraum eingeführt werde. Die Gesellschaft hat darauf erklärt, daß ihr durch diese Beschränkung die Aufnahme einer Anleihe ungemein erschwert würde und sie deshalb bitte, solche fallen zu lassen, daß aber, wenn die Forderung aufrecht gehalten

werden solle, der Streckentarif wenigstens für 6 Jahre und mit der Maßgabe genehmigt werde, daß er, wenn nicht zwei Jahre vorher gekündigt sei, bis zum Ablauf der Konzession (31. 3. 1934) unverändert in Kraft bleibe. Diesem letzteren Ersuchen stattzugeben, kann sich der Magistrat allerdings nicht entschließen, da es wünschenswert erscheint, gegen Ablauf der zu gewährenden Frist durch den zu erwartenden Verlängerungsantrag erneut Anregung zu einer Erörterung der in Betracht kommenden Verhältnisse zu erhalten. Im übrigen glaubt der Magistrat jedoch dem Antrage der Gesellschaft entgegenkommen zu sollen, weil, wenn überhaupt die Einführung eines Streckentarifs im Interesse der Kräftigung des Unternehmens für angebracht gehalten wird, zur Erreichung des angestrebten Zweckes eine Geltungsdauer von etwa 6 Jahren notwendig erscheint.

Es wird deshalb empfohlen und ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß nach Erfüllung der von der Gesellschaft in Aussicht gestellten nachstehend bezeichneten Gegenleistungen von einem demnächst festzusetzenden Zeitpunkte ab der geltende Tarif auf die Dauer von 6 Jahren durch den bezügl. der Teilstrecken abzuändernden bzw. zu ergänzenden Streckentarif von 1897 ersetzt wird mit der Abweichung, daß

1. in dem den Fahrpreis regelnden Absätze desselben, der folgenden Wortlaut hat: „Als Fahrpreis darf von der Straßenbahn erhoben werden: für 6 solche (b. h. rund 500 m Länge enthaltende) Teilstrecken, also 3000 m, 0,10 M, für 8 solche Teilstrecken, also 4000 m, 0,15 M, darüberhinaus 0,20 M“ die Worte „für 8 solche Teilstrecken, also 4000 m, 0,15 M“, gestrichen und die am Schlusse stehenden „0,20 M“ durch „0,15 M“ ersetzt werden, und daß

2. die Straßeneisenbahn den Fahrgästen ein zweimaliges Umsteigen gestattet.

Bei Gewährung dieses Tarifs ist die Gesellschaft bereit, folgendes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse zu tun:

1. „Die Linie Stadtpark—Rathaus soll über Münzstraße, Friedrich-Wilhelmstraße, östliche Bahnhofsbücke auf das Terrain des Bahnhofs weitergeführt werden.“ Die prinzipielle Genehmigung der Eisenbahndirektion Magdeburg ist wegen Benutzung der Brücke und des Bahnterrains bereits erteilt.

2. „Der jetzt um 10 Uhr vormittags beginnende Voll- (6 Minuten-) Betrieb soll auf den Strecken Stadtpark—Bahnhof, Westbahnhof—Gießmarode, Augusttor—Wendtor, Goslarstraße—Steintorbrücke um 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr vormittags einsetzen.“

Sollte in dieser Richtung die Versammlung weitergehende Wünsche haben, so ist der Magistrat gern bereit, solche der Gesellschaft gegenüber zur Geltung zu bringen.

3. „Abends soll der Betrieb um eine Stunde, also bis 11 Uhr (derartig, daß um 11 Uhr der letzte Wagen vom Depot abfährt), verlängert werden. Es wird dabei jedoch gebeten, zu gestatten, daß für die Stunde von 10 bis 11 Uhr ein

„Zehnminutenbetrieb eingerichtet werde.“ Die Gewährung dieser Bitte hält der Magistrat für unbedenklich.

4. „Zur Aufnahme des Nachtverkehrs sollen zu den Hauptzügen der Staatsbahn nachts vor dem Bahnhofe Wagen aufgestellt werden.“ Wann und wohin dieselben zu fahren haben, bedarf noch der Feststellung.

5. „Zur Ausgestaltung des Betriebes, insbesondere zur Herbeiführung einer größeren Gleichmäßigkeit desselben, sowie auch zur Schaffung der Möglichkeit eines lebhafteren Verkehrs hat sich endlich die Gesellschaft erboten, verschiedene Verschiebungen bezw. Erweiterungen der Gleisanlagen, verbunden mit einer teilweisen Aenderung der Linienführung, zur Ausführung zu bringen. Der Magistrat hat Stellung genommen zu diesen Anträgen in einem Schreiben an Herzogliche Polizeidirektion vom 5. Oktober 1907 und bittet, der Kürze halber auf dieses Schreiben Bezug nehmen zu dürfen.

Es wird ersucht, die projektierten Aenderungen in dem magistratsseitig gebilligten Umfange und in der für zulässig gehaltenen Art gutzuheißen.

Namens der Statutenkommission berichtet über die Vorlage Herr Weichsel: Die Kommission ist der Ansicht, daß an und für sich unsere Straßenbahngesellschaft sich nicht gerade in einer Notlage befindet, die es notwendig macht, von dem 10  $\mathcal{M}$  Tarif abzugehen. Die Einnahmen sind langsam, aber sicher gestiegen und haben die Verteilung einer angemessenen Dividende von 5 % ermöglicht, so daß Aenderungen in der Festsetzung des Fahrpreises deshalb nicht erforderlich sein dürften. Wenn aber derartige Erweiterungen des Straßenbahnbetriebes geschehen sollen, wie das jetzt geplant ist, so erscheint es selbstverständlich, daß dazu ein erhebliches Kapital nötig ist, und die Straßenbahngesellschaft mag recht haben, daß bei dem vorhandenen 10  $\mathcal{M}$  Tarif es nicht möglich sein wird, die Mittel aufzubringen, um die Mehraufwendungen zu bestreiten. In der Statutenkommission war man der Meinung, daß die Beibehaltung des 10  $\mathcal{M}$  Tarifs in erster Linie wünschenswert sei und wir haben uns deshalb dahin geeinigt, zu sagen, den 10  $\mathcal{M}$  Tarif möglichst beizubehalten und vielleicht in anderer Weise der Straßenbahn entgegenzukommen, etwa dadurch, daß man an den sonstigen Grundlagen des Vertrages ändert, also z. B. eine spätere Uebernahme des Unternehmens auf die Stadt festsetzt u. s. w. Ist das Ziel aber nicht zu erreichen, so müssen wir uns damit abfinden, daß wir diese Neuerungen nur durch Erhöhung des Tarifs erhalten können, und wir geben für diesen Fall anheim, sich mit der vorgeschlagenen Erhöhung des Tarifs einverstanden zu erklären.

Wir glauben aber, daß die Vorschläge der Straßenbahn noch verbesserungsbedürftig sind, insofern, als der Vollbetrieb nicht nur auf einzelnen Strecken, sondern auf allen Strecken morgens 7 Uhr, spätestens 7 $\frac{1}{2}$  Uhr einsetzt, als ein weiterer

Ausbau des Straßenbahnnetzes ins Auge gefaßt wird und die Abendfahrten nicht nur um  $\frac{1}{2}$ , sondern um eine ganze Stunde ausgedehnt werden. In der Vorlage ist irrtümlich angenommen worden, der letzte Wagen solle eine Stunde später vom Depot abfahren, als jetzt. Wir haben geglaubt, daß man in eine Verhandlung über diese Punkte noch eintreten könne. Aus allen diesen Gründen geben wir anheim, folgender Resolution zuzustimmen:

- „1. Der 10  $\text{S}$  Tarif ist möglichst beizubehalten.
2. Sollte es aber nicht möglich sein, die geplanten Verbesserungen und Erweiterungen des Straßenbahnnetzes ohne den Streckentarif zu erhalten, so stimmen wir diesem bei, wünschen aber, daß noch einmal in eine eingehende Verhandlung über die von der Straßenbahn angebotenen Gegenleistungen eingetreten wird.
3. Endlich haben wir gegen die in der Vorlage erwähnten baulichen Änderungen nichts einzuwenden.“

Den letzteren Beschluß haben wir gefaßt, um der Straßenbahn zu ermöglichen, die Bestellungen für die Neubauten möglichst bald vorzunehmen, um die geplanten Änderungen auch recht schnell in Kraft treten zu lassen.

Vorsitzender: Sie sehen aus dem Referate, daß die Materie ziemlich kompliziert ist. Ich habe mich einigermassen orientiert und ich meine, wir müssen heute zu Beschlüssen kommen, wenn es auch noch nicht endgültige Beschlüsse sind. Die Statutenkommission will die Materie in drei Teile teilen, nämlich an erster Stelle die Frage, ob Beibehaltung des 10  $\text{S}$  Tarifs unter allen Umständen? Wenn das beschlossen werden sollte, würden die übrigen Beschlüsse wegfallen. Sollte aber beschlossen werden, den 10  $\text{S}$  Tarif nur möglichst beizubehalten, vielleicht dagegen andere Gegenleistungen zu bieten, so müßten wir die Sache hinterher noch einmal in die Kommission zurückverweisen. Den dritten Punkt des Kommissionsantrages werden wir wohl ohne weiteres zugestehen können. Ich möchte bitten, sich bei der Besprechung in diesem Rahmen zu halten. Zuerst würden wir daher über die Beibehaltung des 10  $\text{S}$  Tarifs sprechen.

Herr Alßmann: Ich weiß nicht, ob ich mit meinen Ausführungen die vom Herrn Vorsitzenden empfohlene Einteilung treffen werde.

Wir können uns beglückwünschen, daß der Prozeß der Straßenbahn gegen die Stadt nicht zugunsten der Straßenbahn ausgefallen ist, sonst wäre es uns schlecht ergangen. Diese wenigen Konzessionen würden uns kaum gemacht worden sein, wenn der Streckentarif im Prozesse anerkannt worden wäre. Wenn ich danach die heutige Vorlage betrachte und die Konzessionen erwäge, die der Stadt gemacht werden sollen, so hat das für mich einen ziemlich bitteren Beigeschmack, denn es ist

doch nur das minimalste dessen, was man von einer Verkehrseinrichtung zu verlangen berechtigt ist. Gegenüber der Angabe, daß die Gehälter und Löhne inzwischen teurer geworden seien, weiß ich nicht, ob es nicht zweckmäßig gewesen wäre, wenn die Straßenbahn uns darüber ebenso ausführliche Mitteilungen gemacht hätte, wie sie den Zeitungen alle möglichen Mitteilungen zu machen pflegt. Was in den Zeitungen hierüber enthalten ist, differiert aber so erheblich gegen die Wirklichkeit, daß darin ein großer Schreibfehler enthalten sein muß. Soviel mir wenigstens gesagt wurde, sind Erhöhungen der Gehälter des Fahrpersonals absolut nicht eingetreten, sondern es ist nur das Einkommen für einzelne Betriebsbeamte und Arbeiter in der Werkstatte erhöht worden, was aber mit einer so horrenden Mehrausgabe nicht verbunden gewesen sein kann. Wenn wir uns die ganze Sachlage vor Augen führen, so sind die Aenderungen, die uns jetzt in kleinen Dosen verabreicht werden sollen, schon sämtlich vom großen Publikum beantragt worden. Das Vorgehen der Straßeneisenbahn ist, wenn sie dafür den Streckentarif einführen will, auch nicht kaufmännisch durchdacht, denn wenn man höhere Einnahmen erzielen will, muß man auch etwas ins Geschäft stecken. Man muß vor allen Dingen dem Publikum Gelegenheit geben, möglichst schnell mit der Straßenbahn dahin zu kommen, wohin es will. Diesem Erfordernis genügt aber die Straßenbahn zurzeit nicht, wenn ich auch zugeben will, daß das mit an unseren örtlichen Verhältnissen liegen mag. Andererseits ist indessen auch in breiten und verkehrsreichen Straßen nach meinem Dafürhalten viel an Doppelgleisen gespart und es hätten viel mehr Doppelgleise angelegt werden müssen. Ich vermiße eben den kaufmännischen Standpunkt der Gesellschaft.

Was nun die einzelnen Verbesserungen anlangt, so dürfte es z. B. den großstädtischen Verhältnissen kaum entsprechen, den Betrieb abends nur um eine halbe Stunde weiter auszu dehnen. Ferner halte ich es für keine große Verbesserung, daß vom Friedrich-Wilhelmsplatze aus in drei Kurven bis vor den Hauptbahnhof gefahren werden soll. Man muß darüber lachen, wenn man dies als Verbesserung anführt und dafür den Streckentarif einführen will. Das mag sich für den Fremden sehr schön anhören, aber der Eingeweihte muß darüber lächeln. Wir dürfen dabei auch nicht vergessen, daß diese vermeintliche Verbesserung nur der Stadtparklinie zugute kommen soll, während die Passagiere der übrigen Linien umsteigen müssen, wenn sie der Wohlthat, in drei Kurven vom Friedrich-Wilhelmsplatze nach dem Hauptbahnhofe gefahren zu werden, teilhaftig werden wollen. Bei schlechtem Wetter mag es besser sein, bis vor das Bahnhofsgelände zu fahren, aber bezüglich der Geschwindigkeit macht es nichts aus, ob ich bis vor das Gebäude fahre, oder ob ich vom Friedrich-Wilhelmsplatze ab gehe. Einen großen Vorteil kann ich darin nicht erblicken, wenn eine einzige und noch dazu eine Nebenlinie das Glück haben soll, auf dem Hauptbahnhofe zu endigen.

Was den Punkt 2 betrifft, so sollen nicht alle Linien der Stadt den Vollbetrieb morgens um 7<sup>1/2</sup> Uhr eröffnen, sondern es handelt sich nur um die Linien Stadtpark—Bahnhof, Westbahnhof—Gliesmarode und die Teilsirecken Augusttor—Wendentor und Goslarstraße—Steintorbrücke. Die Anwohner der Wolfenbüttelerstraße müssen also unter Umständen bis zum Augusttor gehen, oder sie warten, bis der nächste Wagen kommt, sie fahren dann bis zum Wendentore und warten bis der Wagen nach dem Schützenhause kommt, vorausgesetzt, daß überhaupt gestattet wird, die 6 Minuten dort zu warten. Das ist also kein besonderer Vorteil. Ebenso steht es mit der Steintorlinie. Wer morgens vor 10 Uhr vor das Steintor will, muß unter Umständen an der Brücke aussteigen und zu Fuß die Helmstedterstraße hinaufgehen, wenn er nicht 6 Minuten warten will. Diese Verbesserungen kann ich als solche also nicht ansehen. Die Linie Augusttor—Delper ist nicht genannt, mithin soll der Vollbetrieb vor 10 Uhr morgens dort ganz ausgeschaltet werden. Ebenso ist es mit der Linie Friedrich-Wilhelmsplatz—Kastanienallee. Durch diese sogenannten Verbesserungen wird nur ein großer Wirrwarr hervorgerufen werden, weil es nicht für jeden möglich ist, zu behalten, auf welchen Strecken der Vollbetrieb stattfindet und auf welchen nicht. Es hört sich auch ganz schön an, daß nachts vor dem Bahnhofsgebäude Wagen bereit stehen sollen, um die mit den Hauptzügen ankommenden Reisenden weiter zu befördern. Das nähere hierüber soll noch besonderer Vereinbarung überlassen bleiben. Wenn es mit dieser Einrichtung aber so geht, wie mit den übrigen Verbesserungen in der Vorlage, so müssen wir gewärtig sein, daß nachts nur ein Wagen am Bahnhofe steht, der natürlich nur dahin fahren wird, wohin die meisten Passagiere wollen, oder der nur nach einer bestimmten Richtung fährt, so daß die in anderen Stadtteilen wohnenden Reisenden ihre Wohnungen zu Fuß aufsuchen müssen. Darauf muß geachtet werden. Die von der Straßeneisenbahn gemachten Konzessionen sind mir nicht genügend, wenn wir einen den Verhältnissen der Stadt entsprechenden besseren Betrieb haben wollen.

Was den 10 S oder den Streckentarif anbetrifft, so kann ich mich für letzteren nicht erklären. Es würde bei dem Streckentariße schwer fallen, daß das fahrende Publikum die nötige Kontrolle ausüben kann, ob sich der Straßenbahnschaffner nicht irrt, zumal diese Leute heute schon recht erheblich geplagt sind. Wenn z. B. jemand nach der Wolfenbüttelerstraße fahren will, so muß er bei Lösung des Fahrscheins dem Schaffner sagen, wo er auszusteigen beabsichtigt, damit hiernach der Fahrpreis festgestellt werden kann. Das würde Weiläufigkeiten und Scherereien geben, und das fahrende Publikum würde sich teils mit Recht, teils mit Unrecht beschweren, weil das Personal nicht auf alle Dinge so geschult sein kann, wie es die Vorschriften verlangen. Ein Schaffner müßte geradezu ein Professor sein, aber kein zerstreuter Professor, wenn er im Kopfe haben soll, wo die einzelnen 10 S Strecken enden. Alle diese Dinge machen es mir unmöglich, für den Streckentarif zu stimmen und veranlassen mich, dringend

zu bitten, den 10 S Tarif als Grundlage festzuhalten, wenn wir die Verkehrsverhältnisse der Stadt nicht unangenehm beeinflussen wollen. Aber auch im Interesse der Straßenbahn muß die Beibehaltung des 10 S Tarifs liegen, da ihr mehr damit gedient sein muß, als mit dem Streckentarif. Natürlich kann ich und will ich die Interessen der Straßenbahn hier nicht vertreten, was sie sich wohl auch verbitten würde. Meiner Ueberzeugung nach würde die Gesellschaft bei dem Streckentarife ihre Rechnung nicht finden. Wenn man dem Publikum eine gute und billige Verkehrsgelegenheit bietet, so wird man auch erwarten können, daß sie benutzt wird.

Herr Bürgermeister Meyer: Die Vorlage ist veranlaßt worden durch den Antrag der Straßeneisenbahn-Gesellschaft, den 15 S Tarif einzuführen, und dieser Antrag wurde damit begründet, daß die Gesellschaft erklärte, sie hätte bestimmte Verbesserungen für den Gesamtbetrieb ins Auge gefaßt und die Durchführung dieser Verbesserungen veranlasse sie, ihr Betriebskapital zu vermehren. Um dieses Kapital zu erhalten, wäre es aber notwendig, die Einnahmen zu erhöhen, und dieses erhoffe sie aus dem Streckentarife. Ob diese Schlußfolgerung richtig ist, mag dahingestellt bleiben. Der Magistrat ist selbstverständlich in eine Prüfung des Antrages eingetreten, was er schon deshalb nicht ablehnen konnte, weil die Straßenbahn nicht zum ersten Male mit ihm darüber verhandelt hat und weil er mit ihr durch Vertrag vom Jahre 1896 schon verknüpft war, die Straßenbahn aber als Gegenpartei auftrat und eine Abänderung des Tarifs, der auf Grund des Vertrages von 1896 eingeführt war, wünschte. Die „Elektrische“ hat der Stadt bestimmte Gegenleistungen für das was sie forderte, geboten, und der Magistrat hat geprüft, ob das Angebot als ein ausreichendes Äquivalent für die Belastung der Einwohnerschaft durch den Streckentarif angesehen werden könnte und ist dabei zu dem Resultate gekommen, daß man allenfalls mit Rücksicht auf die Nachteile, die der 10 S Tarif für die Unternehmerin hat, sich damit zufrieden geben könnte. Der Magistrat hat sich nun an die Versammlung gewandt und deren Zustimmung zu seinem weiteren Vorgehen erbeten, obwohl er von Haus aus berechtigt war, mit der Straßenbahn über die Frage allein zu verhandeln. Es ist nämlich nach dem Konzessionsvertrage dem Magistrate und der Herzoglichen Polizeidirektion überlassen, den Straßenbahntarif festzustellen, aber selbstverständlich hat der Magistrat das größte Interesse daran, hierbei die Zustimmung der Versammlung zur Seite zu haben.

Weiter haben wir ein großes Interesse daran, zu wissen, welche Wünsche in der Bürgerschaft vorhanden sind bezüglich der von der Stadt zu fordernden Gegenleistungen der Straßenbahn.

Persönlich habe ich mich bei den Verhandlungen von einem gewissen Billigkeitsstandpunkte leiten lassen, denn der Streckentarif ist heute nicht neu in die Erscheinung



getreten, sondern er ist unter Zustimmung der Versammlung schon im Jahre 1896 genehmigt worden, und zwar in einer Art, die härter war, als diejenige, welche heute von der Gesellschaft gewünscht wird. Es war derzeit festgelegt, Fahrpreise von 10, 15 und 20  $\mathcal{M}$  zu erheben, während jetzt nur 10 und 15  $\mathcal{M}$  erhoben werden sollen. In der heutigen Forderung der Straßenbahn liegt also ein Entgegenkommen gegenüber dem früheren Beschlusse der Versammlung. Da wir die Gesamtlage der Gesellschaft nicht für sehr rosig halten und auch glauben, daß es ihr unter den heutigen Verhältnissen nicht leicht sein würde, sich größere Kapitalien zu verschaffen, so haben wir uns gesagt, es erscheine nicht unbillig, in Verhandlungen über die Zubiilligung des 15  $\mathcal{M}$  Tarifs einzutreten. Wenn von der Statutenkommission empfohlen wird, zunächst die Zustimmung zu der Einführung des Streektarifs nicht zu erteilen, sondern auf anderem Wege erneut mit der Straßenbahngesellschaft zu verhandeln, so muß ich nochmals darauf aufmerksam machen, daß letztere den 15  $\mathcal{M}$  Tarif deshalb gewünscht hat, um ihre Einnahmen zu erhöhen und daraufhin Kapitalien zu beschaffen. Bei dem 10  $\mathcal{M}$  Tarif kann dieses Ziel aber nicht erreicht werden, es sei denn, daß durch den vermehrten Betrieb eine höhere Einnahme erzielt wird. Nun ist aber zuzugeben, daß eine Aenderung des Vertrages für die Gesellschaft allerdings von so großem Vorteil sein kann, daß sie darin einen Ausgleich gegen die Ablehnung des 15  $\mathcal{M}$  Tarifs seitens der städtischen Behörden findet. Selbstverständlich wird der Magistrat bereit sein, dem Wunsche der Versammlung entgegenzukommen und zunächst mit der Gesellschaft darüber verhandeln, ob es ihr nicht genügen würde, den Vertrag einer Revision in der vom Vorredner angedeuteten Richtung zu unterziehen.

Herr Esdorn: Der Herr Vorsitzende wies schon darauf hin, daß wir vor einer außerordentlich schwierigen Materie ständen, und ich hatte mir vorgenommen, zu beantragen, entweder die heutige Verhandlung zu vertagen, oder zwei Lesungen zu halten. Ebenso wie uns der Magistrat die Materie zur Begutachtung unterbreitet hat, muß auch uns daran liegen, die Stimmen aus der Bürgerschaft zu hören. (Zustimmung.) Ein Sturm von Eingekandts ist bereits in den „Neuesten Nachrichten“ losgebrochen, und die Bürgerschaft hat das Bestreben, auch hierzu Stellung zu nehmen. Wir können unsere Meinung darüber nicht so schnell zum Ausdruck bringen, sondern müssen erst die Wünsche unserer Mitbürger in Empfang nehmen. Aus diesem Grunde begrüße ich den Antrag der Statutenkommission. Zu den einzelnen Punkten der Vorlage will ich mich mit Rücksicht hierauf nicht aussprechen. Ich muß auch sagen: was von der Elektrischen geboten wird, enthält verschiedene Härten und muß gebessert werden, denn es ist z. B. nicht richtig, daß einzelne Strecken bevorzugt werden sollen. Die Grundbesitzer der betreffenden Stadtteile würden hierdurch gegenüber anderen enorm geschädigt werden. Gerade vor den Toren ist der Frühbetrieb für die Einwohner, welche morgens verreisen

wollen, sehr wichtig, und ich würde es für eine große Härte halten, wenn eine Zurücksetzung einiger Stadtteile beabsichtigt werden sollte.

Andererseits sollen wir aber auch gerecht sein und uns auf den Willigkeitsstandpunkt stellen: wir hören seit Jahren in der Stadt das Geschrei nach Verbesserungen bei der Elektrischen und verschiedene Wünsche sind schon laut geworden, wir müssen uns deshalb freuen, wenn die Elektrische den Versuch macht, Neuerungen einzuführen. Diese Neuerungen sind mit großen Geldausgaben verknüpft, und wir müssen zugeben, daß die Elektrische hier nicht so gute Resultate erzielt hat, um ohne weiteres sagen zu können, daß sie die Neuerungen bei dem 10  $\text{S}$  Tarif schaffen kann. Dazu kommt die Geldknappheit, die ihr die Beschaffung weiteren Kapitals verhindert. Ich stehe deshalb auf dem Standpunkte, daß wir nicht strikte aussprechen dürfen, wir wollen den 10  $\text{S}$  Tarif unbedingt beibehalten, sondern daß der Magistrat auf der Basis möglicher Beibehaltung dieses Tarifs weiter verhandeln muß und wir, wenn das nicht möglich ist, versuchen müssen, über die Einführung des Streckentarifs zu verhandeln, sofern wir bei der Straßen-eisenbahn-Gesellschaft weiteres Entgegenkommen finden.

Herr Frühling: Nach den Ausführungen des Herrn Almann sollte man glauben, daß von der Straßeneisenbahn-Gesellschaft Vorteile überhaupt nicht geboten würden, sondern im Gegenteil eine Benachteiligung des Betriebes stattfinden sollte. So schlimm erscheint mir die Sachlage nicht. Selbstverständlich wünschen wir alle, daß bei dieser Gelegenheit möglichst viele Verbesserungen im Straßenbahn-betriebe erreicht werden, aber es liegen in den Auerbietungen auch schon ganz erhebliche Verbesserungen. Heute wird es für uns darauf ankommen, ob wir die Verbesserungen als solche begrüßen und ob wir sie erhalten wollen, und ich glaube, Sie werden alle annehmen, daß wirklich Verbesserungen in den Vorschlägen liegen und daß wir anstreben müssen, sie zu erhalten. Wenn uns von Herrn Almann vorgehalten wird, daß es der Straßenbahn nur durch den mangelhaften kaufmännischen Betrieb nicht gelungen ist, größeren Gewinn zu erzielen und daß sie sofort erhöhte Einnahmen haben wird, wenn sie nur das nötige Geld in das Unternehmen steckt, so ist das ein Standpunkt, der von demjenigen der Gesellschaft stark abweicht, indem diese glaubt, es läßt sich das Geld nur dann beschaffen, wenn höhere Einnahmen aus dem Betriebe erzielt werden. Wenn wir ihr aber die Möglichkeit nehmen, höhere Einnahmen zu erzielen, so wird sie kein Geld beschaffen und es liegt dann auch für sie kein Grund vor, Aenderungen und Besserungen im Betriebe vorzunehmen. Die Gesellschaft gibt heute 5 % Dividende und es kann ihr nicht darauf ankommen, das Anlagekapital wesentlich zu vergrößern, wenn sie dadurch nur die Dividende zerkleinert. Die Straßenbahn ist eine Erwerbsgesellschaft, die auf eine Erweiterung des Bahnnetzes und des Betriebes nur eingehen wird, wenn sie Aussicht hat, ihre jetzige Dividende zu erhalten oder zu verbessern. Deshalb müssen wir

ihr Gelegenheit geben, höhere Einnahmen zu erzielen, und das wird nur gehen auf dem Wege des Streckentarifs. Es ist das bitter und es würde angenehmer sein, wenn der 10 S. Tarif beibehalten werden könnte. Aber wir werden uns darüber entscheiden müssen: wünschen wir einen weiteren Ausbau der Straßenbahn und wollen wir den Streckentarif bewilligen, oder soll es bei unseren jetzigen Verhältnissen verbleiben? Wir mögen noch so viele Reden für oder gegen halten, es wird sich schließlich doch nur um diese beiden Fragen drehen. Für meine Person wäre ich aber für Annahme des Streckentarifs, wenn die Straßenbahn dann entsprechend ausgebaut würde, und deshalb würde ich dem Antrage zustimmen, daß auf Grund eines Streckentarifs mit der Straßenbahn weiter verhandelt wird. Ich würde auch wünschen, daß die von der Straßenbahn zu leistenden Verbesserungen noch erweitert würden, doch will ich mich hierüber zurzeit nicht näher auslassen. Wenn wir den Streckentarif ablehnen, behalten wir die jetzigen Verhältnisse bei und können auf eine Fortentwicklung des Unternehmens nicht rechnen.

Vor der hier erwähnten zweiten Möglichkeit, durch eine Vertragsänderung dasselbe zu erreichen, wie durch den Streckentarif, möchte ich warnen; denn ich glaube, wenn wir den Vertrag ändern, müssen wir noch viel mehr bezahlen, als wenn wir den Streckentarif gutheißten. Die Straßenbahn wird darauf nur eingehen, wenn sie den aus dem Streckentarif zu erwartenden Verdienst durch Vertragsänderungen einholen kann. Aus der Aenderung des Vertrages wird sie aber sehr wahrscheinlich viel mehr herausholen, als aus dem Streckentarif. Jedenfalls möchte ich vor einer Konzessionsverlängerung warnen. Ein Streckentarif ist immer noch erträglicher, als eine Verschlechterung der Vertragsbedingungen.

Herr Hesse: Die Frage, ob wir Verbesserungen im Straßenbahnbetriebe haben wollen, wird niemand verneinen. Wenn Herr Esdorn meint, wir müßten erst die Bürgerschaft fragen, welche Wünsche sie bezüglich der zu machenden Konzessionen hat, so ist das wohl nicht notwendig, weil wir in den letzten Tagen häufig genug gehört haben, daß die Bürgerschaft unter keinen Umständen von einer Erhöhung des 10 S. Tarifs etwas hören will. Einer solchen Erhöhung könnte man eigentlich nur dann zustimmen, wenn man selbst Aktionär der Straßenbahn ist. Die erhöhten Einnahmen, die man sich aus dem Streckentarif verspricht, werden unausbleiblich auch ohne diesen eintreten, sobald man die geplanten Verbesserungen trifft. In der Vorlage ist auch darauf hingewiesen worden, daß sich alles ungeheuer verteuert habe und daß namentlich auch die Kohlen teurer geworden seien; ich hoffe jedoch, daß die Kohlen im nächsten Jahre billiger sein werden. (Widerspruch.) Was die Preise der Metalle betrifft, so will ich nur darauf hinweisen, daß Zinn und Kupfer um 70 bis 80 % billiger sind, als vor einem Jahre, und daß Eisen ebenfalls billiger im Preise steht. Die Straßenbahn wird also bei Ankauf dieser Materialien große Summen ersparen, so daß man schon aus diesem Grunde den

jetzigen Tarif beibehalten kann. Ich bitte den Magistrat, darauf zu bestehen, daß der 10  $\mathcal{L}$  Tarif uns nicht genommen wird. Wenn darauf hingewiesen wurde, daß wir den 15  $\mathcal{L}$  Tarif früher schon gehabt haben, so möchte ich dazu erwähnen, daß es damals auch 5  $\mathcal{L}$  Strecken gab, welche die Differenz ungefähr ausgleichen.

Herr Meyerhoff: Ich möchte bitten, das Programm in der Weise zu erweitern, daß auch eine Bahnstrecke in das sogenannte Krähenfeld ausgebaut wird. Schon früher haben wir einmal einen entsprechenden Antrag gestellt, der jedoch an dem Widerspruche der Herzoglichen Baudirektion scheiterte, die die doppelgleisige Ueberquerung der Augusttorbrücke nicht gestatten wollte. Ich möchte empfehlen, diesen Punkt in das Programm einzufügen, denn der Stadtteil ist arg vernachlässigt und hat keinen Nutzen von der Straßenbahn. Wenn die Leute vom Friedrichsplatz erst bis zur Straßenbahn laufen sollen, um in die Stadt hineinzukommen, so legen sie lieber den ganzen Weg auf kürzerer Strecke zu Fuß zurück. Die Straßenbahn wird diesen Punkt voraussichtlich schon im eigenen Interesse ins Auge fassen.

Vorsitzender: Derartige Spezialwünsche sollen uns heute eigentlich nicht beschäftigen, sonst hätte ich auch noch eine ganze Reihe von Wünschen. Nach Lage der Sache müssen wir die Magistratsvorlage heute ablehnen und den Magistrat auffordern, mit der Straßenbahngesellschaft von neuem in Verhandlung zu treten unter Zugrundelegung folgender Gesichtspunkte: entweder der 10  $\mathcal{L}$  Tarif ist unter allen Umständen beizubehalten, oder der 10  $\mathcal{L}$  Tarif ist möglichst beizubehalten und ein Entgegenkommen der Stadt ist in anderer Weise zu suchen. Der Magistrat ist dann in der Lage, auf Grund des gefaßten Beschlusses mit der Straßenbahn weiter zu verhandeln. Jeder Stadtverordnete tut übrigens gut, seine besonderen Wunsch der Statutenkommission zu übermitteln.

Herr Leue: Die Sache mit dem Tarif liegt doch folgendermaßen: Die Straßenbahn ist an den Magistrat herangetreten und hat gesagt, ich möchte einen Streckentarif bewilligt erhalten und will dafür die und die Gegenleistungen bieten. Wenn wir das Angebot ablehnen und beschließen, den 10  $\mathcal{L}$  Tarif beizubehalten, so steht zu befürchten, daß dann alles beim alten bleibt und wir keine Verbesserungen im Straßenbahnbetriebe erhalten, die ganze Sache also in den Brunnen gefallen ist. Ich weiß nicht, ob ich die Verhältnisse klar überblicke, aber mir scheint es gefährlich zu sein, wenn wir sagen, wir wollen den 10  $\mathcal{L}$  Tarif unter allen Umständen beibehalten, und ich würde es für richtiger halten, zu beschließen, den 10  $\mathcal{L}$  Tarif tunlichst beizubehalten. Wieviel Gegenleistungen wir von der Straßenbahn erhalten wollen, ist eine Frage für sich.

Sodann vermiße ich aber auch, daß Vergleiche mit anderen Städten gezogen worden sind. Es würde nicht unwesentlich zur richtigen Beurteilung der Frage

beitragen, wenn wir wüßten, wie die Straßenbahnen in anderen Städten vorgegangen sind. Ich habe versucht, mich in der kurzen Zeit zwischen dem Erscheinen der Vorlage und heute über diese Frage zu informieren und habe gefunden, daß der 10  $\mathcal{M}$  Tarif in einer großen Anzahl von Städten besteht, aber mit der Erschwerung, daß nicht umgestiegen werden darf, oder aber neu bezahlt werden muß. Es wäre sehr wünschenswert, wenn wir klar sähen, wie diese Verhältnisse in anderen Städten liegen. Wir müssen auch berücksichtigen, daß unsere Stadt von sehr großer räumlicher Ausdehnung ist, sie soll ja ihrer Ausdehnung nach die fünft- oder sechstgrößte Stadt sein, und das würde mehr für den Streckentarif, als den 10  $\mathcal{M}$  Tarif sprechen. Ich würde bitten, die Vorlage an die Kommission zurückzuweisen und zu beschließen, das Ersuchen auszusprechen, daß der 10  $\mathcal{M}$  Tarif tunlichst beibehalten werden möchte. Die Bedenken, daß die bei dem Streckentarif vorkommenden Berechnungen nur von Professoren geleistet werden können, teile ich nicht, die Praxis wird das schon recht bald zeigen. Wer die Straßenbahn öfter benutzt, weiß bald, wie weit er für 10  $\mathcal{M}$  fahren kann, und nur der Fremde kann dabei in Verlegenheit kommen. Wenn wir beschließen, den 10  $\mathcal{M}$  Tarif unter allen Umständen beizubehalten, so befürchte ich, daß daran die ganze Sache scheitert.

Vorsitzender: Ich kann es nicht für praktisch halten, die Vorlage an die Kommission zurückzuverweisen, weil nicht die Kommission, sondern nur der Magistrat mit der Straßenbahn verhandeln kann. Wir müssen uns auf den Antrag des Magistrates erklären und müssen ihn ablehnen, gleichzeitig aber daran die Anforderung knüpfen, von neuem mit der Straßenbahn in Verhandlung zu treten und dabei die großen Gesichtspunkte mitteilen, die für uns bei der Beschlußfassung maßgebend gewesen sind. Persönlich bin ich der Ansicht, daß es wohl möglich wäre, durch Veränderung des Grundkontraktes ohne Schädigung der Stadt der Straßenbahn derartige neue Vorteile zu gewähren, daß sie instand gesetzt wird, uns diese Verbesserungen zuteil werden zu lassen. Ueber die Einzelheiten kann man hier nicht sprechen, aber ich halte es für möglich, ohne die Stadt weiter zu belasten und zwar nicht etwa durch Verlängerung der Konzessionsdauer. Wir müßten jetzt einen Beschluß in dem von mir vorhin angedeuteten Sinne fassen. Wenn dann der Magistrat nach den mit der Straßenbahn gepflogenen Verhandlungen von neuem an uns herantritt, so hätte die Statutenkommission nochmals Gelegenheit, die Einzelheiten der Gegenleistung zu prüfen.

Herr Weichsel: Die Vorschläge des Herrn Vorsitzenden möchte ich auch beifürworten und gleichzeitig noch ein paar Zahlen nachtragen. Von Herrn Ahmann ist gesagt worden, die Ausgaben der Straßenbahn an Löhnen zc. hätten sich in den letzten Jahren kaum wesentlich vermehrt, insbesondere seien die Löhne nicht gesteigert worden. Nach der in den Akten befindlichen Aufstellung sind an Löhnen verausgabt worden in den Jahren 1898 = 25 167  $\mathcal{M}$ , 1906 = 31 124  $\mathcal{M}$  und

1907 = 33 081 M., so daß also erhebliche Lohnsteigerungen zu verzeichnen sind. Ich zweifle nicht daran, daß diese Angaben buchmäßig gemacht worden sind. Sodann enthalten die Akten eine vergleichende Gegenüberstellung mit anderen Städten, die indessen so umfangreich ist, daß nur schriftlich darüber berichtet werden kann. Die Akten ergeben mit ziemlicher Gewißheit, daß unsere hiesige Straßenbahn im Verhältnis zu anderen Straßenbahnen in ihren Einnahmen durchaus schlecht gestellt ist. Nach einer Zusammenstellung der Preise der Wagenkilometer hatte unsere Straßenbahn bis zum Jahre 1904 eine Einnahme auf ein Wagenkilometer von 26,5  $\text{M}$ , während z. B. München 42,2  $\text{M}$ , Düsseldorf 32,2  $\text{M}$  und viele anderen Städte ebenfalls mehr hatten als Braunschweig. Es mag auch Städte geben, wie vielleicht Hannover mit seinen sonderbaren Verhältnissen, die weniger Einnahmen haben als unsere Stadt, aber die Zusammenstellung ergibt, daß die finanzielle Stellung unserer Straßenbahn nicht glänzend ist.

Ferner muß ich einen Irrtum meinerseits berichtigen: nicht die städtischen Behörden, sondern der Magistrat allein hat die Genehmigung zur Aenderung des Tarifs zu erteilen. Ohne irgend welche Opfer zu bringen, können wir von der Straßenbahn nicht verlangen, daß sie ihren Betrieb erweitert, jedoch können wir meiner Ansicht nach diese Opfer an anderen Stellen, die der Bürgerschaft weniger lästig sein werden, als die Aufhebung des 10  $\text{M}$  Tarifs, bringen, z. B. in dem Punkte des Umsteigens etc. Deshalb werden wir gut tun, dem Vorschlage des Herrn Vorsitzenden zu folgen.

Herr Esdorn: Den Vorschlägen des Herrn Vorsitzenden stimme ich zu. In dessen letzten Ausführungen finde ich ein Moment, das uns noch nicht genügend beschäftigt hat, indem wir Gelegenheit haben sollen, die Neuerungen im Straßenbahnbetriebe zu bekommen, ohne die Bürgerschaft wesentlich zu belasten. Da den meisten Kollegen der Vertrag mit der Straßenbahn nicht bekannt sein wird, so dürfte es angemessen sein, hier zu sagen, wie man sich das gedacht hat.

Vorsitzender: Ich halte es nicht für praktisch, auf die in Aussicht genommenen Aenderungen hier in öffentlicher Sitzung näher einzugehen.

Herr Asmann: Gegenüber dem Herrn Referenten, nach dem ich gesagt haben soll, die Ausgaben der Straßenbahn wären nicht bedeutend gestiegen, möchte ich bemerken, daß ich schon darauf hingewiesen habe, es müßte in den amtlichen Anzeigen ein Schreibfehler enthalten sein. Ich habe nur davon gesprochen, daß die Gehälter und Löhne des Fahrpersonals nicht wesentlich gestiegen seien und ich habe ferner erwähnt, daß ich es lieber gesehen hätte, wenn uns ein ausführliches Zahlenmaterial zur Verfügung gestellt wäre. Auch Herrn Frühling muß ich widersprechen, indem ich nicht gesagt habe, es wären keine Verbesserungen, die uns angeboten werden; ich habe gesagt, sie sind nicht das, was sie darstellen sollen. Wenn man z. B. von der Einführung des 6 Minuten-Betriebes in den Früh-

stunden spricht und ihn dann nur auf einigen Teilstrecken einführen will, so kann man nicht allgemein von der Einführung des 6 Minuten-Betriebes sprechen. Nur von diesem Gesichtspunkte aus habe ich das moniert.

Vorsitzender: Ich möchte vorschlagen, folgender Resolution zuzustimmen:

„Die Versammlung beschließt, die Vorlage abzulehnen, den Magistrat aber aufzufordern, mit der Straßeneisenbahn-Gesellschaft von neuem in Verhandlung zu treten, unter Zugrundelegung folgender Gesichtspunkte:

- 1) der 10  $\text{S}$  Tarif ist möglichst beizubehalten, ein Entgegenkommen der Stadt ist in anderer Weise zu suchen;
- 2) die Gegenleistungen resp. Verbesserungen der Straßenbahn müssen von neuem geprüft und erweitert werden;
- 3) den vorgeschlagenen Aenderungen wird zugestimmt.“

Ist der Herr Oberbürgermeister mit der formellen Behandlung der Sache einverstanden?

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Wir müssen uns dem fügen, was Sie beschließen; formell halte ich die Beschlußfassung für praktisch.

Herr Wesemeier (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage, zu sagen, den 10  $\text{S}$  Tarif unter allen Umständen beizubehalten.

Herr Voge (zur Geschäftsordnung): Wir können nicht sagen, wir wollen die Vorlage ablehnen und kommen dann im Punkt 3 damit heraus, zu sagen, die in der Vorlage erwähnten baulichen Veränderungen werden genehmigt. Darin liegt ein Widerspruch.

Herr Wolters (zur Geschäftsordnung): Ich glaube, wir wollen uns bei unserer Beschlußfassung nicht nur auf die baulichen Veränderungen beschränken.

Vorsitzender: Herr Voge hat recht, wir müssen daher sagen, daß wir nur den übrigen Teil der Vorlage ablehnen wollen. Eine Reihe von baulichen Veränderungen will nämlich die Straßenbahn ausführen, gleichviel, ob wir den übrigen Teil der Vorlage annehmen oder nicht.

Herr Meyerhoff (zur Geschäftsordnung): Ich hatte angeregt, eine Straßenbahnlinie in das sogenannte Krähenfeld zu befürworten.

Herr Weichsel: Wenn wir die geplanten baulichen Veränderungen heute genehmigen, so würde damit auch die einschneidende Aenderung genehmigt werden, daß die Westbahnhofslinie nicht mehr nach Gliesmarode, sondern nach dem Nordbahnhofe fährt. Das ist aber ein sehr wesentliches Moment. Wir können meiner Ansicht nach die baulichen Veränderungen schon heute genehmigen.

Vorsitzender: Zu den baulichen Veränderungen haben wir unser Votum nur insoweit zu geben, als unsere Straßen von der Bahn benutzt werden. Wir haben doch kein Interesse daran, solche Aenderungen heute abzulehnen und können uns nur freuen, wenn z. B. Doppelgleise auf einzelnen Straßen gelegt werden sollen.

Herr Bürgermeister Meyer: Von der Straßenbahngesellschaft ist wiederholt der Wunsch ausgesprochen worden, darüber Klarheit zu erhalten, ob die von ihr beantragten baulichen Aenderungen genehmigt werden. Wenn nun der Beschluß nach dem Vorschlage des Herrn Vorsitzenden gefaßt wird, so würde der Magistrat mit der Straßenbahn in neue Verhandlungen eintreten, wobei selbstverständlich die Frage zu berühren wäre, was die Stadt ihrerseits als Gegenleistung verlangt. Es wäre deshalb dem Magistrate erwünscht, zu wissen, welche Forderungen die Versammlung aufzustellen beabsichtigt. Die Herren haben noch bestimmte Wünsche in petto, und es wäre doch wohl richtig, wenigstens annähernd darüber informiert zu sein, wieweit Sie gehen wollen. Die größeren Gesichtspunkte müssen wir wenigstens wissen.

Vorsitzender: Wenn wir meinem Vorschlage gemäß beschließen, so würde der Magistrat die große Frage, ob man um den Streckentarif herumkommen kann, mit der Straßenbahngesellschaft klären können. Sollte das nicht der Fall sein, so würden in der Statutentkommission die Gegenleistungen von neuem geprüft werden. Wenn wir uns darauf einlassen wollten, alle die einzelnen Wünsche hier in der Plenarversammlung durchzuberaten, so müßten wir eine besondere Sitzung dazu anberaumen.

Herr Leue (zur Geschäftsordnung): Wenn wir jetzt die beantragten Bauausführungen genehmigen, so hat das mit der Linienführung nichts zu tun. Der Magistrat kann die Bauausführungen genehmigen, ohne die Linienführung gutzuheißen. Das Risiko liegt jedenfalls auf seiten der Straßenbahngesellschaft.

Herr Frühling (zur Geschäftsordnung): Ich würde den Bauausführungen nicht zustimmen können, denn ich kann noch nicht übersehen, wie weit Gegenleistungen damit verbunden sein müssen. Es handelt sich dabei doch um Vorteile für die Straßenbahn. Wenn Bauten ausgeführt werden dürfen, wollen wir doch auch Gegenleistungen haben, resp. wir wollen sagen, wenn Ihr dieses Stück baut, müßt Ihr auch noch andere Stücke bauen. Das ist nicht unwesentlich. Wenn ich alles kriegen kann, so ist es ja das beste, aber ich möchte doch warten, bis ich weiß, was die Straßenbahn bauen will und ob ich an die Zustimmung noch Bedingungen knüpfen kann oder nicht.

Vorsitzender: Ich war doch von der richtigen Auffassung ausgegangen: es kann für die Straßenbahngesellschaft zu gewissen Härten und Unannehmlichkeiten führen, aber wir sind uns näher, als die Straßenbahn; deshalb bitte ich auch, meinen dritten Vorschlag abzulehnen.

Herr Bürgermeister Meyer: Das ist zwar das einfachste, aber für richtig kann ich es nicht halten, da ich die Bedenken des Herrn Frühling nicht teile.



Die Elektrische ist ihrerseits bereit, bestimmte Aenderungen, z. B. eine Verbesserung der Linienführung vorzunehmen, wofür sie Gegenleistungen nicht verlangt. Ich halte es für möglich, die gesamten Aenderungen zu zerlegen in solche, die sie aus Betriebsrücksichten heute schon freiwillig macht und in solche, die sie erst macht, wenn wir es verlangen. Wenn Sie die beantragten Aenderungen heute genehmigen, so wird die Elektrische vielleicht nur das ausführen, was sie davon in ihrem Interesse für wünschenswert hält, ich glaube aber, da auch dieses für die Stadt nur vorteilhaft sein kann, daß die Genehmigung unbedenklich ist.

Herr Wolters: Die Beweisführung der Herren Bürgermeister Meyer, Leue usw. hat folgendes Loch: die Genehmigung ist überflüssig, weil die Elektrische sich hüten wird, das zu tun. Sie wird um keinen Preis jetzt anfangen zu bauen und die Materialien zu bestellen, ehe sie das Ende der Veratung nicht kennt.

Vorsitzender: Wir wollen jetzt zunächst über die anderen beiden Punkte abstimmen. Wer ist für den Eingang und Punkt 1 der von mir vorgeschlagenen Resolution? Das ist mit 17:14 Stimmen angenommen.

Wer stimmt dem Punkte 2 der Resolution zu? Auch der ist angenommen. Hiernach kämen wir zu der Frage, ob die Herren einverstanden sind, zu beschließen, daß die Straßenbahn die Baulichkeiten ausführen darf. Ich möchte zunächst fragen, was für bauliche Veränderungen damit gemeint sind.

Herr Weichsel: Es handelt sich um die unter 1 und 5 am Schlusse der Magistratsvorlage erwähnten Veränderungen.

Herr Frühling: Wenn die Aenderungen ohne Gegenleistungen ausgeführt werden sollen, so bin ich auch dafür.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Der Herr Vorsitzende hat sich wohl nicht richtig ausgedrückt, wenn er von Gegenleistungen sprach. Es sind dies Leistungen, zu der die Straßenbahn sich in erster Linie versteht und unsere Gegenleistungen bestehen in der Genehmigung des 15  $\mathcal{M}$  Tarifs. Wenn aber die Straßenbahn-Gesellschaft bereit ist, diese Aenderungen auch ohne den 15  $\mathcal{M}$  Tarif zu treffen, so sind wir natürlich gern damit einverstanden.

Herr Frühling: Wenn wir das alles ohne Gegenleistung kriegen können, wird niemand dagegen sein. Ich möchte aber nicht, daß dann nur ein Teil der Aenderungen ausgeführt wird. Deshalb bin ich dafür, zu sagen, wir sind mit den Aenderungen einverstanden, wenn sie in ihrer Gesamtheit ausgeführt werden sollen.

Herr Leue: Ich sehe nicht ein, weshalb wir die Aenderungen nur in ihrer Gesamtheit fordern wollen. Wenn die Straßenbahn Verbesserungen in ihrem Betriebe

treffen will und wir haben keine Gegenleistung zu erfüllen, so kann es uns doch gleichgültig sein.

Vorsitzender: Sind Sie damit einverstanden, daß wir als Punkt 3 beschließen:

„Die in der Vorlage spezialisierten baulichen Veränderungen werden genehmigt?“

Herr Meyerhoff: Ich beantrage, statt „baulichen Veränderungen“ zu sagen „Gleisbau-Veränderungen“. (Widerspruch.)

Herr Frühling: Ich beantrage zu sagen: „... werden im ganzen genehmigt.

Vorsitzender: Weshalb sollen wir die Straßenbahn festnageln, alles zu machen? Wenn sie nur die Doppelgleise macht, schadet es doch auch nichts.

Herr Frühling: Einzelner Verbesserungen bedarf die Straßenbahn für ihren Betrieb, wir können deshalb sagen, wenn sie für ihren Betrieb Änderungen vornehmen will, so stimmen wir nur dann zu, sofern sie auch die übrigen Änderungen ausführen läßt. Das ist durchaus nicht gleichgültig, weshalb ich es nicht für richtig halte, in das Belieben der Straßenbahn zu setzen, welche Änderungen sie ausführen will.

Herr Ritter: Weshalb sollen wir es der Straßenbahn zu schwer machen? Es soll ihr doch ermöglicht werden, von unserm Beschlusse zum Zwecke der Schienenbestellung Gebrauch zu machen und da sie darüber, inwieweit sie die beabsichtigten Anlagen auszuführen vermag, sich erst klar werden kann, wenn sie die Gegenleistungen kennt, so ist es nicht gleichgültig, wenn wir beschließen, die Änderungen nur im ganzen genehmigen zu wollen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Aus dem Wortlaute des Antrages Frühling würden wir übrigens nicht folgern, daß wir nicht das Recht hätten, auch einen Teil der Änderungen zuzulassen. Wenn Sie das beabsichtigen, müssen Sie sich anders ausdrücken und müssen sagen, wir genehmigen die Verbesserungen unter der Bedingung, daß sie alle ausgeführt werden.

Herr Frühling: Damit bin ich einverstanden.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag in der Fassung des Herrn Vorsitzenden genehmigt, so daß der Antrag Frühling damit gefallen ist.

Hiernach lautet der Gesamtbeschluß zu dieser Vorlage:

„Die Stadtverordneten-Versammlung beschließt, die Magistratsvorlage abzulehnen, den Magistrat aber aufzufordern, mit der Straßeneisenbahn-Gesellschaft von neuem in Verhandlung zu treten, unter Zugrundelegung folgender Gesichtspunkte:

1. der 10 § Tarif ist möglichst beizubehalten, ein Entgegenkommen der Stadt ist in anderer Weise zu suchen;

2. die Gegenleistungen resp. Besserungen der Straßenbahn müssen von neuem geprüft und erweitert werden;
3. die in der Vorlage spezialisierten baulichen Veränderungen werden genehmigt."

Damit ist die Vorlage für heute erledigt und die Tagesordnung erschöpft, weshalb der Herr Vorsitzende die Versammlung schließt.

Dauer von 4 bis 7<sup>1/2</sup> Uhr.

---

1907/1908.Nr. 11.**B e r i c h t**

über die

**Verhandlungen der Stadtverordneten  
zu Braunschweig**

in deren Sitzung am 6. Februar 1908.

**Tagesordnung:**

|       |                                                                     |           |
|-------|---------------------------------------------------------------------|-----------|
| I.    | Antrag Meyerhoff: Einrichtung einer städtischen Sparkasse . . . . . | Seite 368 |
| II.   | Antrag Fricke: Pflasterung einer Straßenstrecke . . . . .           | " 380     |
| III.  | Ankauf von Ländereien zum Kieselgute . . . . .                      | " 380     |
| IV.   | Beschaffung von Mobiliargegenständen für die Hilfschule . . . . .   | " 381     |
| V.    | Erweiterung der städtischen Bürgerschulen . . . . .                 | " 381     |
| VI.   | Änderung der Straßenpolizeiordnung . . . . .                        | " 381     |
| VII.  | Baulichkeiten auf dem Armenhausgrundstücke . . . . .                | " 396     |
| VIII. | Umbau des Gewandhauses usw. . . . .                                 | " 397     |
| IX.   | Erweiterung des Schulgrundstücks an der Reichsstraße . . . . .      | " 404     |
| X.    | Zuschuß an den Verkehrsverein . . . . .                             | " 404     |
| XI.   | Antrag Probst: Verbreiterung verschiedener Brücken . . . . .        | " 405     |



Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Metemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte Heymann, von Frankenberg, Wagner, Lord, Südel und Schöttler.

Entschuldigt die Herren Frühling, Böcke, Koch, Konegen, Ritter und Wesemeier; später erscheint Herr Jasper.

Nach Eröffnung der Sitzung gibt der Vorsitzende, Herr Hauswaldt, bekannt, daß von der Frau Gräfin Görz-Brissberg ein Dankschreiben eingegangen sei für die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

### I. Antrag Meyerhoff: Einrichtung einer städtischen Sparkasse.

Der in der Sitzung vom 9. Januar 1908 — S. 334 des Berichtes — gestellte Antrag lautet:

„Der Magistrat wird ersucht, der Einrichtung einer städtischen Sparkasse näher zu treten und eine dahingehende Vorlage den Stadtverordneten baldigst zugehen zu lassen.“

Namens der Finanzkommission berichtet über die Vorlage Herr Esborn: Der Antrag auf Errichtung einer städtischen Sparkasse hat die Stadtverordneten-Versammlung schon am 29. Januar 1885 beschäftigt, in der im Prinzip die Errichtung beschlossen wurde. Am 27. Oktober 1887 richtete Herr Nieß die Anfrage an den Magistrat, ob er die damalige Zeit für geeignet halte zur Schaffung einer städtischen Sparkasse, worauf Herr Oberbürgermeister Pockels erwiderte, der Magistrat habe, nachdem die verbündeten Regierungen die Einrichtung von Post-Sparkassen abgelehnt, einen vollständigen Plan über die Errichtung einer städtischen Sparkasse ausgearbeitet. Der Magistrat habe diesen Plan dem Ministerium übersandt und um Genehmigung ersucht. Die Antwort stehe noch aus.

Am 13. Mai 1890 erneuerte Herr Nieß seine Anfrage. Herr Oberbürgermeister Pockels erwiderte darauf, daß der Magistrat vor mehreren Jahren auf entsprechendes Ersuchen aus der Versammlung über die Frage der Errichtung einer städtischen Sparkasse in Beratung getreten und zu dem Beschluß gelangt sei, unter Garantie der Stadt eine Sparkasse zu errichten, um hierdurch den minder bemittelten Einwohnern der Stadt Gelegenheit zur Einlegung ihrer Ersparnisse zu bieten. Der Magistrat habe 1887 das Ministerium ersucht, sich im Prinzip mit der Errichtung einer solchen Kasse einverstanden zu erklären, habe aber darauf keine Antwort erhalten, weshalb der Magistrat auf Anregung aus der Versammlung vor 1½ Jahren das Ministerium an die Erledigung der früheren Anfrage erinnert habe. Auch darauf sei keine Antwort erteilt worden. Er werde indessen die Sache nochmals zur Sprache bringen.

Am 10. April 1891 ersuchte der hiesige Bürgerverein um Einrichtung einer städtischen Sparkasse. Am 15. April desselben Jahres wurde die frühere Anfrage des Magistrats beim Staatsministerium in aller Form wiederholt, von einer Antwort hierauf habe ich in den Akten nichts gefunden.

Am 28. September 1905 nimmt Herr Meyerhoff den Antrag wieder auf. Die Mehrheit der Finanzkommission hat diesen Antrag damals abgelehnt, aus zwei Gründen, wie der Berichtstatter ausführt. Er meint, daß erstens genügend Spargelegenheit durch die Herzogliche Sparkasse gegeben sei, wenn auch, wie er daneben betont, der Zinsfuß der Herzoglichen Sparkasse nicht der Art sei, um zum Sparen besonders anzuregen, er meint zweitens, daß die Rentabilität einer städtischen Sparkasse eine sehr unsichere sei, zwar seien die Uberschüsse von Dresden ungeheuer groß (man hatte damals ein sehr geringes Material; es wurde wesentlich nur auf Dresden und Magdeburg verwiesen), doch seien die Verhältnisse dort für Braunschweig gar nicht heranzuziehen. Die Kasse sei dort 1870 gegründet. Was aber damals praktisch und rentabel erschien, das würde sich heute nicht mehr bewähren. Ferner glaubte die Kommission, daß die Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums versagt werden würde.

Was hat nun Herrn Meyerhoff dazu geführt, gerade jetzt erneut den Antrag auf Schaffung einer städtischen Sparkasse zu stellen? Kurz, wir haben Geld nötig, viel Geld nötig, in der Gegenwart und Zukunft. Es ist richtig, eine Sparkasse wird nicht sofort namhaften Gewinn liefern, wir sind aber auch auf Grund des geprüften Materials der Meinung, daß der Gewinn ein guter und stetig wachsender sein kann. Angesichts des wachsenden Geldbedürfnisses der Stadt heißt es, ein Grund, weshalb die Sparkasse 1905 von der Kommission abgelehnt wurde, war wohl auch das Fehlen zuverlässigen Materials in größerem Umfange. Das Bild hat sich heute vollständig geändert und zwar infolge des reichen und sorgfältig bearbeiteten Materials, das uns zur Verfügung gestellt ist. Die Hauptfrage, welche die Kommission zu prüfen hatte, war: 1. Wird sich in Braunschweig eine städtische Sparkasse gut lohnen, und wird sie lebensfähig sein?

Es waren da mehrere Unterfragen zu beantworten: 1. Wie sind die Reingewinnergebnisse in anderen Städten, zumal in den letzten Jahren?

Es liegen uns die Ergebnisse von zwanzig städtischen Kassen für 1906 vor. Mehrere Kassen haben auch Ubersichten über eine ganze Reihe von Jahren geliefert. Zu bemerken ist, daß diese Kassen nicht etwa als besonders günstige ausgesucht sind, sondern es hat da der reine Zufall gewaltet. Sobald man hörte, da oder dort sei eine Sparkasse, hat man an sie geschrieben. Die Ergebnisse sind überall günstig, an vielen Orten geradezu glänzend. Die Uberschüsse sind auch durchweg, soweit das zu verfolgen war, in aufsteigender Linie begriffen, entsprechend dem gleichfalls wachsenden Bestand der jährlichen Einlagen. Die reinen Uberschüsse

machen bis zu 1,80 Prozent des Einlagenbestandes aus. Als Durchschnitt der 20 Kassen wurden 0,80 Prozent ermittelt. Das macht auf 1000 M 8 M, auf 50 Millionen Mark Einlagen 400 000 M Reingewinn; die Kieler Sparkasse hatte vor einem Jahre 56 Millionen Mark Einlagen. Sie ist im Jahre 1900 städtisch geworden. Man kann für Braunschweig in nicht zu ferner Zeit wohl annähernd soviel erhoffen. Wenn nun auch diese Ueberschüsse zum Teil in den Reservefonds fließen, so bleibt immer noch reichlich für gemeinnützige Zwecke übrig. Was ist mit diesen Ueberschüssen in anderen Städten nicht alles schon geleistet, und was wird noch fortgesetzt damit erreicht! Nicht eine Stadt hat sich in ihrem Berichte über ihre Sparkasse kühl geäußert. In den Geschäftsberichten, wie auch zum Teil in noch besonders beigefügten Schreiben wird auf den großen Nutzen und die hohe Bedeutung der Sparkassen auch in anderer Beziehung hingewiesen. Wir konnten also die obige Frage: Wie sind die Reingewinnergebnisse in anderen Städten? beantworten mit günstig, vielfach glänzend.

Die zweite Unterfrage war: Wie steht es mit der Entwicklung, besonders den Ueberschüssen der jüngeren Kassen? Es ist richtig, eine Reihe von Städten hat ihre Kassen schon in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gegründet, viele Kassen sind aber auch später entstanden. Die Kreissparkasse in Peine stammt von 1865. Interessant ist, daß diese Kasse 10 Millionen Mark mehr Einlagen hat als die Stadt-Sparkasse von Peine, die 20 Jahre früher gegründet wurde. Die Kreissparkassen scheinen sonst kleiner zu sein als die gleichnamigen städtischen Kassen. Hannover ist 1891 reorganisiert. Die Stadt hatte damals 3 Millionen, heute 46 Millionen. Lamspringe stammt von 1899, die Kieler Kasse ist seit 1900 städtisch. Sie hatte 1906 einen Reingewinn von 350 000 M. Das verhältnismäßig kleine Goslar hat eine Sparkasse seit 1867, deren letzter Ueberschuß 100 000 M betrug. Würde Braunschweig später so arbeiten wie Goslar, so würde ein Ueberschuß von 400 000 M schon mit 40 Millionen Mark Einlagen erreicht werden. Wir sehen, das Beispiel der jüngeren Kassen ermutigt gleichfalls. Auch die zweite Unterfrage konnte also mit „günstig“ beantwortet werden.

Die dritte Unterfrage war: Ist anzunehmen, daß eine städtische Sparkasse in Braunschweig lebensfähig wird und bleibt? Ist die Lage der Stadt derart, daß ein genügender Zufluß von Spareinlagen zu erwarten ist? Auch diese Frage muß in durchaus günstigem Sinne beantwortet werden. Es ist zu bedenken, daß viele preussischen Stadt-Sparkassen eine scharfe Konkurrenz besitzen in gleichnamigen Kreissparkassen, sofern jene Städte Kreisstädte sind. Und beide Kassenarten gedeihen! Das ist der Fall z. B. in Peine, Hildesheim, Goslar, Hannover usw. Solche Konkurrenz fällt bei uns wohl fort. Sollte sie erstehen, so hätten wir in der Hauptstadt doch ganz andere Waffen und brauchten die Konkurrenz nicht zu fürchten. Es ist also anzunehmen, daß die Einlagen nicht nur von unserer städti-

schen Bevölkerung, sondern auch von der Landbevölkerung des Kreises Braunschweig, wenn nicht von der des ganzen nördlichen Theiles des Herzogtums geliefert würden. Wie in der Kommission festgestellt, kommen von den Einlagen in den deutschen Sparkassen auf den Kopf der Bevölkerung 222,11 M., für Braunschweig dagegen nur 100 M., daraus ergibt sich, daß die Sparmöglichkeit für unsere Gegend bei weitem nicht erschöpft ist. Die erste Hauptfrage wäre somit in für uns günstigem Sinne erledigt.

Es galt zweitens zu prüfen: Ob durch Einführung einer städtischen Sparkasse hieselbst wichtige Interessen gefährdet erschienen, auf welche die Stadt Rücksicht zu nehmen habe? Es können hier nur in Frage kommen die Banken und die Herzogliche Sparkasse. Es ist uns nicht bekannt geworden, ob unsere Bankiers durch eine solche Einrichtung eine ernstliche Schädigung fürchten. Im Gegenteil, in der Kommission hat ein den Bankkreisen nahestehendes Mitglied versichert, daß die hiesigen Banken absolut keine Schädigung ihrer Interessen befürchten. Das wird auch nicht der Fall sein. Im allgemeinen sind die Bankeinlagen oder Depositen doch größere Beträge, während die Sparkassen gerade für kleinere Beträge in Frage kommen. Es wird außerdem immer genügend Leute geben, die den höheren Bankzinsfuß vorziehen. Aber sehen wir nach den anderen deutschen Ländern, so müssen wir auch sagen: Gedeihen die Bankiers dort trotz der vielen Sparkassen, warum sollen sie nicht in Braunschweig bestehen können?

Was die Herzogliche Sparkasse anbelangt, so war zunächst zu untersuchen, ob eine gesetzliche Bestimmung besteht, welche eine andere öffentliche Sparkasse im Herzogtume ausschließt. In den Landesgesetzen, insbesondere im Sparkassengesetze vom 10. Juni 1892 ist von einem Monopol des Staates in dieser Beziehung nichts zu finden. Die Regierung wird aber immerhin, wie in den anderen deutschen Staaten, die Genehmigung zur Errichtung auszusprechen haben. Bekommen wir dieselbe nicht, so müßten wir beim Verwaltungsgerichte klagen. Jedoch hoffen wir, daß es nicht dazu kommt. Die Regierung muß sich doch sagen, daß sie es nicht verhindern konnte und auch in Zukunft nicht kann, daß braunschweigische Gelder nach den benachbarten preussischen Sparkassen fließen und so zu den Ueberschüssen beitragen, mit deren Hilfe die dortigen Gemeinden kommunale Aufgaben lösen, die wir vielfach wegen Geldmangels ungelöst lassen müssen. Die Regierung muß auch wissen, daß die Stadt neue Erwerbsquellen haben muß, wenn sie ihren dringlichen Aufgaben gerecht werden will. Dem Staate aber muß es gleichwie der Stadt sehr unerwünscht sein, wenn die Einkommensteuer immer wieder herangezogen werden soll. Wir glauben nicht, daß uns von dieser Seite ein unüberwindliches Hindernis bereitet wird. Im übrigen wird hierzu der Herr Oberbürgermeister sich wohl noch äußern, wie es in der Kommission geschehen ist.



Endlich haben wir geprüft, ob die jetzige Zeit wohl die rechte sei, um der Gründung einer städtischen Sparkasse näherzutreten. Es sind Bedenken geäußert, ob bei so schwieriger Lage des Geldmarktes, wie im Jahre 1907, aber auch schon 1906, die Schaffung einer solchen Kasse angezeigt erscheint. Ich habe schon vorhin ausgeführt, daß auch jetzt die Kassen, die teils reorganisiert, teils vor nicht langer Zeit städtisch geworden sind, gute Ueberschüsse erzielt haben. Es ist allerdings nicht zu verkennen, daß namentlich im letzten Jahre die Ueberschüsse zurückgegangen sind. Der Grundbesitzerverein hat im Wege der Anfrage aufs neue versucht, das von ihm angesammelte Material zu vervollständigen und hat sich dieserhalb an elf Städte gewandt. Davon haben acht eingehend geantwortet und drei auf den etwa im Mai erscheinenden Bericht verwiesen. Aus den acht Antworten mag folgendes erwähnt werden: In Hannover, Stendal, Peine (Kreis) und Lamspringe haben die Einlagen zugenommen. Hildesheim meldet ein Gleichbleiben des Kassenbestandes, Göttingen hat einen kleinen Rückgang zu verzeichnen, der aber auf den Ueberschuß keinen Einfluß ausgeübt haben soll. Königsberg und Gosslar haben ein Ueberwiegen der Auszahlungen zu konstatieren, ohne aber dadurch in Verlegenheit geraten zu sein. Wir kommen also auch hierbei zu dem Ergebnis, daß selbst in einer kritischen Zeit die Kassen noch gut gearbeitet haben. In den Jahren 1899 und 1900 hatten die Kassen wohl teilweise mit Schwierigkeiten zu kämpfen und mußten Inhaberpapiere lombardieren, jedoch wurde das durch Mehreinnahmen bald wieder rückgängig gemacht. Durch das Lombardieren der Papiere wird allerdings der Ueberschuß geringer, aber trotzdem sind die Abschlüsse der Kassen noch günstig ausgefallen.

Nach Prüfung und Erwägung aller dieser Verhältnisse ist der Standpunkt der Finanzkommission nach meiner Auffassung ein anderer geworden, als im Jahre 1905, denn die früher befürchteten Nachteile treffen in dem Maße nicht mehr zu. Es ist wohl nicht daran zu denken, daß die Sparkasse für uns ohne weiteres namhafte Beträge einbringen wird, und sie bietet namentlich für die Gehaltserhöhungen keine sichere Unterlage, da wir in den ersten Jahren mit Ueberschüssen nicht zu rechnen haben. Es handelt sich zunächst um einen Versuch, und man soll klein und bescheiden anfangen — mit verschiedenen Unter-Zahlstellen — um die Sache gedeihlich zu gestalten. Ich habe deshalb vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus und im Interesse der Kommune Ihnen namens der Finanzkommission die Annahme folgender Resolution zu empfehlen:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat dringend, geeignete Schritte zu tun, um die Errichtung einer städtischen Sparkasse herbeizuführen.“

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Es ist bisher nicht üblich gewesen, daß der Magistrat zu Anträgen aus der Versammlung gleich Stellung nimmt, und

es liegt mir auch fern, davon heute eine Ausnahme zu machen. Sollte der Antrag angenommen werden, so hat der Magistrat hinterher Gelegenheit, sich die Sache genau zu überlegen und wird Ihnen dann seine Entschlieſung mitteilen. Auf eins hinzuweisen fühle ich mich aber verpflichtet. Ich möchte nämlich bitten, daß in Zukunft die Referate etwas objektiver gehalten werden. Die Herren der Kommission werden mir wohl bestätigen, daß dieses Referat der Objektivität ermangelte, denn nach den Ausführungen des Herrn Esdorn sollte man meinen, die Finanzkommission wäre mit einer wahren Hurra Stimmung auf die Sparkasse losgegangen. Davon habe ich in der Kommission nichts gehört, wohl aber ist mir erinnerlich, daß seitens verschiedener Kommissionsmitglieder schwere Bedenken gegen solche Einrichtung geltend gemacht sind. Auch ist in der Kommission nicht beschlossen worden, den Magistrat „dringend“ zu ersuchen, sondern mit ganz geringer Majorität wurde beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, die Einrichtung einer Sparkasse in Erwägung zu ziehen. Der Herr Referent hat außerdem gesagt, entweder erteilt das Herzogliche Staatsministerium die Genehmigung, oder es wird beim Verwaltungsgerichte verklagt. Das darf man in einer öffentlichen Sitzung nicht sagen, weil es absolut unrichtig ist; ich möchte wissen, welches Verwaltungsgericht gegen eine solche Verfügung des Herzoglichen Staatsministeriums Stellung nehmen könnte. Ehe man so etwas öffentlich ausspricht, muß man sich erst informieren, ob das richtig ist. In der Kommission ist kein Wort davon vorgekommen, daß uns gegen eine ablehnende Verfügung des Herzoglichen Staatsministeriums ein Klagerrecht zustände.

Herr Wolters: Sie haben gehört, daß von der Finanzkommission grundsätzlich empfohlen wird, den Magistrat zu ersuchen, in eine Prüfung der von Herrn Meyerhoff angeregten Frage einzutreten. Die formelle Handhabung dieses Beschlusses darf ich wohl näher auseinander setzen. Die Finanzkommission hat mit ihrem Beschlusse dem Magistrate nur Gelegenheit geben wollen, die Frage gegenüber den höheren Instanzen — Regierung und Landtag — anzuschneiden. Wenn der Magistrat seinerseits, ohne von uns Deckung zu haben, die Frage angeschnitten hätte und wir würden uns hinterher nicht darauf eingelassen haben, so wäre das ein unzulässiges Verfahren des Magistrates gewesen. Nur deshalb haben wir uns grundsätzlich mit der Tendenz des Antrages einverstanden erklärt.

Ich möchte mir nun erlauben, einige Bedenken hervorzuheben, die in der Kommission gegen den Antrag zutage getreten sind. In dem Antrage auf Errichtung einer städtischen Sparkasse gipfeln zwei Tendenzen, die eine, den Sparern zu ermöglichen, Spareinlagen zu machen und damit deren Interessen zu fördern und die andere, im Interesse des Grundbesitzervereins zu handeln, wie Herr Meyerhoff selbst zugegeben hat. Wenn man zwischen diesen beiden Tendenzen eine Diagonale

zieht, so muß man sich sagen, es ist eine ziemlich widerspruchsvolle Zusammenfassung der Sache. Beide Tendenzen lassen sich nur recht schwer vereinigen.

Das Hauptinteresse ist das der Sparer und die Bedingung, daß die Spareinlagen so vorsichtig verzinslich angelegt werden müssen, daß sie an sich einen großen Ueberschuß nicht erzielen können. Nach der uns vorliegenden Statistik aus anderen Städten werden die Spareinlagen zum großen Teile in Hypotheken angelegt. Wenn man also eine wesentlich höhere Verzinsung der einkommenden Gelder erreichen will, so kann man nur durch eine höchst vorsichtige Belegung und durch den Ausschluß kurzer Kündigungsfristen einen höheren Zinsfuß erzielen. Demnach sind die Interessen der Sparer und der Entleiher nicht dieselben. Weder die Finanzkommission noch das Plenum sind in der glücklichen Lage, die etwa entstehenden Schwierigkeiten lösen zu müssen, sondern es wird höchstwahrscheinlich dem Magistrate anheimgegeben werden, die Sache in Erwägung zu ziehen; ich möchte aber trotzdem schon heute hervorheben, daß dabei folgendes zu bedenken ist. Die in der Statistik aufgeführten Ueberschüsse der einzelnen Sparkassen sind an sich betrachtet nicht richtig, denn sie umfassen im wesentlichen auch die Verzinsung der Reservefonds. Nach dem preussischen Gesetze sind die Sparkassen verpflichtet, die gesamten Ueberschüsse dem Reservefonds so lange zuzuweisen, bis der Reservefonds 5 % des eingezahlten Kapitals erreicht hat, während ihm die Hälfte der Ueberschüsse zuzuweisen ist, bis er 10 % des Einlegerkapitals erreicht hat. Schon aus dieser und der fernereren Tatsache, daß ein sehr großer Teil der Sparkassen sehr, sehr alt ist — sie reichen zum Teil bis in das 18. Jahrhundert zurück — geht hervor, daß wir hier mit anderen Verhältnissen zu rechnen haben, weil die Verpflichtung der Zuweisung der aufkommenden Zinsen zum Reservefonds im wesentlichen Maße die Einnahmen der neueren Sparkassen beeinflusst. Die Höhe des uns von anderen Sparkassen mitgeteilten Ueberschusses ist also bei Licht besehen etwas anders, wie man sich das wohl gedacht hat.

Sodann ist noch eins zu berücksichtigen. In Preußen ist vorgeschrieben, daß die etwaigen Ueberschüsse, soweit sie nicht den Reservefonds zu füllen haben, zu Wohlfahrtszwecken verwendet werden müssen. Die Sparkasse kann demnach den städtischen Etat nur indirekt beeinflussen.

Schließlich muß ich noch auf eins aufmerksam machen. Hinter einer zu errichtenden Sparkasse steht die Haftung der konstituierenden Körperschaft. Wenn wir demnach eine städtische Sparkasse errichten, so haben wir auch dafür zu haften und zwar nicht nur für die Verwaltungskosten, sondern auch für die zur Einzahlung kommenden Kapitalien. In der Finanzkommission ist auch mehrfach darüber beraten, wie man wohl eine städtische Sparkasse kräftig in Betrieb setzen könnte, ohne gleich anfangs die Verwaltungskosten in die Höhe schnellen zu lassen. Der eine meinte, man sollte klein beginnen, der andere, es müßte gleich alles groß eingerichtet

werden. Noch viel größer als unter normalen Verhältnissen wird natürlich die Haftung der Stadt in Zeiten der Geldknappheit, wie wir sie jetzt erst durchgemacht haben. In solchen Zeiten kommt es häufig vor, daß die Einleger ihre Einlagen zurückziehen und die Stadtverwaltung dadurch genötigt wird, größere Summen in irgend einer Weise flüssig zu machen. Wenn nach der vorliegenden Statistik der größere Teil der Einlagen in Hypotheken angelegt wird und diese stillschweigend als unkündbar oder mit beschränkter Kündigungsfrist vergeben sind, so lassen sich diese zur Rückzahlung der Einlagen nicht verwenden. Aber auch die Realisierung von Effekten ist in Zeiten der Geldknappheit sehr verlustbringend, so daß also oft mit Verlust wird gearbeitet werden müssen.

Alle diese Schwierigkeiten konzentrieren sich nun an einer Stelle, wo wir die Herzogliche Leihhauskasse noch daneben haben. Auch unterliegt die Einrichtung einer städtischen Sparkasse nicht nur der ministeriellen Genehmigung, sondern sie bedarf auch noch der gesetzlichen Regelung. Namens nicht nur der Minderheit der Finanzkommission möchte ich diese schwerwiegenden Bedenken hervorgehoben haben, um darauf hinzuweisen, daß wir ziemlich große Schwierigkeiten bei der glücklichen Lösung dieser Frage zu überwinden haben werden.

Vorsitzender: Meiner Erinnerung nach haben wir in der Finanzkommission beschlossen, den Magistrat aufzufordern, geeignete Schritte zu tun, um eine städtische Sparkasse ins Leben zu rufen. (Zustimmung.)

Herr Esdorn: Der Sinn dieser Resolution ist wohl derselbe, nur daß das Wort „dringend“ darin fehlt. In diesem Punkte kann ich mich geirrt haben, obwohl ich die Resolution schon in der Kommission festgelegt hatte. Wenn der Herr Oberbürgermeister meint, es sei in der Kommission von der Beschreitung des Klageweges nicht die Rede gewesen, so mag das sein, aber dann sind die Worte gelegentlich einer anderen Sitzung, ich glaube vom Herrn Vorsitzenden, gefallen. (Vorsitzender: Niemals!) Ich gebe zu, daß die Worte wegen der Beschreitung des Klageweges in der Kommission nicht gefallen sind. Im übrigen hat Herr Dr. Wolters recht, daß gegen die Einrichtung einer städtischen Sparkasse schwere Bedenken in der Kommission geltend gemacht worden sind. Von einer Hurra-Stimmung habe ich in meinem Referate nichts angedeutet, sondern ich habe besonders betont, daß die Herren die Einrichtung alle als einen Versuch ansähen. Die Einzelheiten habe ich nicht so im Detail ausgeführt, wie sie in der Kommission vorgebracht wurden, weil ich das für überflüssig hielt. Im übrigen ist der Beschluß der Kommission nicht mit knapper Mehrheit, sondern mit 5 : 2 gefaßt worden.

Was die Verwendung des Ueberschusses anlangt, so kommt es auf ein und dasselbe hinaus, ob wir ihn für gemeinnützige Zwecke ausgeben oder ihn dem Ordinarium der Stadtkasse überweisen. Es ist allerdings besonders betont worden, daß der Ueberschuß in dieser Weise wird Verwendung finden müssen. Daß ferner

große Bedenken hinsichtlich der Haftung der Stadt erhoben sind, stimmt ebenfalls, auch daß Meinungsverschiedenheiten wegen der Form der zu errichtenden Kasse vorlagen. Diese kleinen Bedenken sollten uns aber heute nicht beschäftigen, sondern für später verschoben werden, sobald der Antrag realisiert werden würde. Trotzdem habe ich am Schlusse meines Referats auch auf die vorliegenden Bedenken hingewiesen. Es ist möglich, daß ich in dem Referate mehr meinen eigenen, als den Standpunkt der Kommission vertreten habe. Die Mehrheit der Kommission steht — da gebe ich Herrn Dr. Wolters recht — auf dem Standpunkte: wir wollen einen Versuch machen, uns scheint die Sache des Versuches wert. Die Hauptfrage kommt erst nachher, wenn wir die Genehmigung bekommen haben werden. Ich hatte auch gehört, daß der Herr Oberbürgermeister hier dieselbe Erklärung abgeben würde, wie in der Kommission, denn von der Stellungnahme des Magistrates sind wir hierbei abhängig. In der Form bin ich etwas zu weit gegangen, das nehme ich hiermit zurück.

Herr Löhnefinke: Ich ergreife die Gelegenheit, um meinerseits meine Zustimmung zu der Einrichtung einer städtischen Sparkasse zu erklären, und zwar nicht nur als Stadtverordneter, sondern auch als Bankier. Dieser Erklärung möchte ich noch hinzufügen, daß meine Berufskollegen ebenfalls der Meinung sind, daß irgend welche Interessen der hiesigen Bankgeschäfte dadurch nicht gefährdet werden dürften. Ich möchte jedoch von vornherein empfehlen, sich nicht zu weitgehenden Hoffnungen in bezug auf die Rentabilität einer städtischen Sparkasse hinzugeben. Zum Beweise dessen darf ich Ihnen wohl eine Wahrscheinlichkeitsberechnung vorführen, die ich mir zusammengestellt habe.

Wenn ich davon ausgehe, daß trotz der wahrscheinlich in absehbarer Zeit eintretenden Verbilligung des Reichsbankzinses das laufende Jahr uns einen ziemlich hohen Durchschnittszinsfuß bringen dürfte, so folgt daraus mit Notwendigkeit, daß sich auch der Zinsfuß der städtischen Sparkasse in entsprechender Höhe bewegen muß. Ich will annehmen, daß sich dieser Durchschnittszinsfuß für 1908 vielleicht auf  $3\frac{1}{2}$  % stellen dürfte. Die nutzbringende Verwertung der Spargelder hätte durch Gewährung von Vardarlehen zu erfolgen und zwar:

1. durch Darlehen gegen feste Verzinsung und hypothekarisch erststellige Eintragung,
2. durch Darlehen gegen variablen Zinsfuß bei entsprechenden sonstigen Bedingungen.

Die meisten Geschäfte dürften wohl auf die erste Kategorien entfallen. Rechnen wir dabei mit einem Zinsertrage von  $4\frac{1}{4}$  bis  $4\frac{1}{2}$  %, das ist schon reichlich hoch gegriffen, so würde das, wenn wir bei der zweiten Kategorie mit einer Zinseinnahme von durchschnittlich  $5\frac{1}{2}$  % bis 6 % rechnen, einen Bruttoertrag von annähernd 1 % ergeben. Man wird nun sagen, 1 % ist ein recht respektabler

Gewinn-Prozentsatz, besonders bei einer großen Anzahl von Millionen. Ich möchte aber stark bezweifeln, daß der Sparkasse nun gleich die Millionen so stromweise zufließen werden. Wenn auch vielleicht anzunehmen ist, daß manche Einleger des Leihhauses, die mit der jetzt dort beliebten Handhabung der Geschäfte unzufrieden sind, sich veranlaßt sehen, zu der städtischen Sparkasse überzugehen, so glaube ich doch annehmen zu dürfen, daß ein großer Teil der Landbewohner auf Grund der eingewurzelten Anschauung, daß das Leihhaus die größte Sicherheit für Darlehen biete, beim Leihhause bleiben und nicht zur städtischen Sparkasse übergehen wird. Auch glaube ich, daß die Mehrzahl derjenigen Kapitalisten, die vorübergehend über größere und kleinere Geldmittel verfügen, vorziehen wird, wie bisher zu den Banken und Bankiers zu gehen, weil sie dort wenig oder gar nicht der Beschränkung bezüglich der Zinsvergütung oder der Ein- und Auszahlung von Geldern unterliegen. Ich glaube, daß der jetzige Zeitpunkt für die Errichtung einer städtischen Sparkasse nicht glücklich gewählt ist. Trotzdem bin ich aber bereit, zuzustimmen, daß der Versuch mit der Einrichtung gemacht wird. Eine wirkliche Rentabilität verspreche ich mir von einer solchen Einrichtung nur in Zeiten mit dauernd billigem Zinsfuße in denen die Verzinsung der Bareinlagen eine entsprechend geringere ist.

Herr Meyerhoff: Ich will mich auf die Technik des Bankierwesens nicht einlassen. (Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Das ist aber hierbei die Hauptsache!) Das ist wohl richtig, ich bin aber nicht berufen, das genau beurteilen zu können. In der Kommission wurde schon darauf hingewiesen, der Zeitpunkt sei jetzt kein glücklicher, aber seit 20 Jahren war der Zeitpunkt kein glücklicher. Wenn wir in Zeiten mit dem Antrage kamen, wo das Geld ganz billig war, dann hieß es, das Geld liegt auf der Straße, wir können es jetzt nicht verwerten. Diese Gründe mögen stichhaltig sein oder nicht; es ist einmal der Glaube in der Einwohnererschaft, daß durch die städtischen Sparkassen die Wohlfahrtseinrichtungen gefördert werden können, deshalb bitte ich, nehmen Sie den Antrag der Finanzkommission an. Wir wissen nicht, ob das Geld in Zukunft billiger oder teurer wird, dazu gibt es eben noch kein Fernrohr, um das vorausssehen zu können.

Vorsitzender: Ich möchte meinen persönlichen Standpunkt kurz darlegen. Ich stehe der Sache unendlich skeptisch gegenüber, weil ich die Empfindung habe, daß bei diesem Antrage die verschiedenartigsten Motive mitsprechen, die nur nicht bei dem richtigen Namen hier genannt werden. Bei der Errichtung einer Sparkasse liegt als Hauptmotiv das Interesse der Sparer zugrunde, und ich muß anerkennen, daß dieses Interesse nach jeder Richtung hin durch unser Leihhaus gewahrt wird, wenn dieses auch noch modernisiert werden könnte. Ich sehe deshalb nicht ein, weshalb im Interesse der Sparer eine städtische Sparkasse errichtet werden soll. Der einzige Grund hierfür ist der Verdienst, und um den geht hier jeder herum. Es soll in der städtischen Sparkasse der Stein der Weisen gefunden und

aller Not ein Ende gemacht werden. Hierbei wird auf ein Material hingewiesen, das teilweise falsch ist. Ich bin der Ansicht, daß wir mit einer städtischen Sparkasse nichts verdienen, sondern nur unseren städtischen Behörden eine große Last aufbürden. Trotzdem habe ich in der Kommission dafür gestimmt, denn wenn die Finanzkommission eine gegenteilige Erklärung abgegeben hätte, so würde man das in der Stadt nicht begreifen können. Es kann deshalb nicht schaden, wenn einmal ein Versuch gemacht wird. Ich bin überzeugt, daß die Herren und mit ihnen die ganze Bürgerschaft, die ein Schibboleth in der Sparkasse sieht, glänzend enttäuscht sein werden. Bei Berücksichtigung unserer besonderen Verhältnisse halte ich es wohl für möglich, eine städtische Sparkasse zu schaffen und auch eine Reihe von Millionen hineinzubringen, mit denen wir alle Jahr, je nachdem der Reservefonds angesammelt sein wird, vielleicht 10 000 bis 15 000 M. erübrigen können. Dagegen halte ich irgend welche wesentliche Erleichterung unserer Steuerzahler — und das scheint mir hierbei die Hauptsache zu sein — für ganz ausgeschlossen. Nichtsdestoweniger lassen Sie uns den Antrag annehmen, damit die nötigen Schritte geschehen und wir sehen können, wieweit wir damit kommen werden. Jedenfalls werden wir uns zu keinem Beschlusse bereit finden lassen, der den Kredit unserer Stadt schädigt.

Herr Esdorn: In der Kommission wurde seitens des Magistrates erklärt, daß von der Einzahlung kleinerer Darlehen bei der Stadtkasse trotz der kürzlich beschlossenen Erhöhung des Zinsfußes auf 4 % noch nicht in dem gewünschten Maße Gebrauch gemacht werde. Es ist das ganz erklärlich, da eine Bekanntmachung noch nicht erlassen worden ist und auch die Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums noch nicht vorliegt. Von dem hierbei erzielten Erfolge wird es abhängen, wie sich der Magistrat zu der jetzt zur Besprechung stehenden Sache stellen wird, denn daran will er den Maßstab legen, ob hier Sinn für weiteres Sparen vorhanden ist. Ich wollte nicht verfehlen, das hier mit zur Sprache zu bringen.

Herr Meyerhoff: Aus dem vorliegenden Jahrbuche geht hervor, daß die preussischen Sparkassen eine Einnahme auf den Kopf der Bevölkerung haben von 220 M., während hier in Braunschweig dieser Satz nur gut 100 M. beträgt. Der Sparfann kann hier also noch sehr gestärkt werden, indem bis zur Erreichung des preussischen Durchschnittssatzes noch ein ganze Masse Geld gespart werden muß. Meiner Ueberzeugung nach würde eine städtische Sparkasse hier wohl lebensfähig sein.

Herr Rieke: Ich bin kein Finanzmensch, sondern nur ein gewöhnlicher Arbeiter, hatte aber Gelegenheit, den Verhandlungen der Finanzkommission beizuwohnen und möchte nun auch meine Ansicht aussprechen. Wenn der Antrag mit der Zustimmung von 20 oder 22 hiesigen Vereinen begründet wird und über die Verhältnisse zunächst Aufklärung geschaffen werden soll, so stehe ich der Sache voll-

ständig sympathisch gegenüber. Man konnte aber bei den Verhandlungen in der Kommission merken, daß die Sparkasse den hiesigen Grundbesitzern nützen sollte, da auf ihren Gesichtern sich eine merkliche Veränderung zeigte, als andere Ansichten zum Ausdruck gebracht wurden. Das gibt zu denken. Wenn man den Standpunkt der Grundbesitzer kennt, kommt man zu einem ganz anderen Resultate, denn der führt auf eine schiefe Ebene. Herr Meyerhoff hat dann auch seine frühere Hoffnungsfreudigkeit eingeschränkt und gesagt, wenn wir die Vorteile nicht erleben, dann werden sie unseren Nachkommen zugute kommen. Wie die Sache jetzt liegt, kommen wir aber nicht weiter. In der Sitzung vom 9. Januar haben wir beschlossen, den Zinsfuß für kleinere Darlehen auf 4 % zu erhöhen, um auf diese Weise mehr Geld zu bekommen und die Aufnahme einer Anleihe zu vermeiden, aber niemand hat von dieser Spargelegenheit bislang Gebrauch gemacht und verschiedene Einzahler haben sogar ihre Guthaben zurückgezogen, weil die Sache noch nicht klar und auch noch nicht bekannt genug ist.

In vielen Sachen ist man hier zu bureaukratisch, und ehe man eine sachgemäße Auskunft aus dem Polizeigebäude oder aus dem Justizgebäude bekommt, kann man eine Nachricht aus Honolulu erhalten. Der Allgemeine Konsumverein hat vor längerer Zeit Geld zu einer Kaution hinterlegt und jetzt weiß noch niemand, wie die Sache steht. Wäre nicht alles so bureaukratisch eingerichtet, so würde sich die Sache besser regeln. So ist es auch bei der städtischen Sparkasse. Wenn eine solche eingerichtet würde, so kämen wir nicht in die Lage, eine Anleihe aufzunehmen, denn ich bin der Ueberzeugung, daß Millionen eingezahlt werden würden. Wenn wir auch in einer Zeit der Krisis leben, so würde sich doch bald zeigen, daß auch hier soviel Sparsinn vorhanden ist, um, wie in Preußen, auf einen Durchschnittsbetrag von 225 M pro Kopf der Bevölkerung zu kommen. Die Finanzkommission steht meiner Ansicht nach auf dem richtigen Standpunkte, wenn sie nicht mir nichts dir nichts mit vollen Segeln in die Sache hineingefahren ist, wenn sie aber trotzdem, um der öffentlichen Meinung Rechnung zu tragen, wenigstens einen Versuch machen will. Auf diesen Standpunkt muß ich mich auch stellen.

Herr Esdorn: Die Finanzkommission hat nicht auf dem Standpunkte des Herrn Meyerhoff gestanden, sondern hat ihn bekämpft, und ich habe die Gründe angeführt, welche uns bei unserer Stellungnahme geleitet haben. Der Herr Vorsitzende hat sodann darauf hingewiesen, daß er der öffentlichen Meinung Rechnung tragen wollte; ich habe aber als Referent die Sache befürwortet, nicht nur um der öffentlichen Meinung Rechnung zu tragen, sondern ich bin nach Prüfung des vorliegenden Materiales zu der Ansicht gekommen, daß wir bei einer modern eingerichteten städtischen Sparkasse in der Lage sein werden, etwas zu erübrigen; ob das nun für allgemeine oder für spezielle Gemeindezwecke verwendet werden würde, das



sind Einzelheiten, auf die ich nicht näher eingehen wollte. Die Mehrheit der Finanzkommission ist bereit, einen Versuch zu machen und hat daher empfohlen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, geeignete Schritte zu tun, um die Einrichtung einer städtischen Sparkasse herbeizuführen.

Ich möchte Sie bitten, diesem schon einmal im Jahre 1885 angenommenen Antrage auch heute zuzustimmen.

Dieser Antrag wird genehmigt.

## II. Antrag Fricke: Pflasterung einer Straßenstrecke.

Ueber den in der Sitzung vom 9. Januar 1908 — Seite 334 des Berichtes — gestellten und begründeten Antrag:

„Die Stadtverordneten wollen den Magistrat ersuchen, die von der Auguststraße auf den Spohrplatz führende Fahrbahn neu pflastern zu lassen,“

berichtet namens der Baukommission Herr Meyerhoff, daß empfohlen werde, den Magistrat zu ersuchen, die Ausbesserung der kleinen Strecke noch von den Mitteln des diesjährigen allgemeinen Pflasterfonds vornehmen zu lassen.

Der Antrag wird genehmigt, nachdem Herr Bürgermeister Meyer erklärt hatte, daß die städtische Bauverwaltung schon angewiesen worden sei, die Ausbesserung der Straßenstrecke vorzunehmen.

## III. Ankauf von Ländereien zum Rieselgute.

Der Landwirt Krohne hat drei Ackerpläne, die zwischen dem Steinhofe und dem ehemaligen Vorwerke Hülperode gelegen sind, der Stadt zum Kauf angeboten und hat dafür einen als angemessen zu erachtenden Preis von 1200 M für 25 a und für das auf dem größeren Stücke stehende Wohnhaus 4500 M gefordert. Das Land ist in guter Kultur und zur Apterung für Berieselungszwecke geeignet, auch erscheint sein Ankauf zweckmäßig, weil zwischen den Stücken das kürzlich stadtseitig angekaufte Bührigische Ackerstück liegt. Eine angemessene und auch finanziell günstige Verwertung des massiv gebauten Hauses durch Vermietung würde gesichert sein. Der Magistrat hat unter dem üblichen Vorbehalte die drei etwa 18 $\frac{1}{2}$  Morgen großen Ackerstücke nebst Wohnhaus unter der Bedingung angekauft, daß von dem Kaufpreise zu rund 26 000 M einstweilen 15 000 M, verzinslich zu 4 %, der Stadt kreditiert werden sollen.

Mehrere Teile des größeren Stückes und das Wohnhaus sind zurzeit verpachtet. Da das Land teilweise schon bestellt ist, so hat sich der Magistrat bereit erklärt, in die Pachtverträge einzutreten, obwohl mit den Pächtern vereinbart sein soll, daß ein etwaiger Verkauf den Pachtvertrag hinfällig mache. Zum 1. Oktober d. J. wird indessen von diesem Rechte Gebrauch gemacht werden können. Die bis dahin

zu erzielende Pachteinnahme soll dem Verkäufer verbleiben und zum Ausgleich die Miete vom Hause schon vom 1. Oktober 1907 ab der Stadt zufallen und die freie Verfügung über die nicht verpachteten Teile sogleich der Stadt ohne Vergütung von Geil und Gare zustehen.

Dem Antrage des Magistrates auf Genehmigung des abgeschlossenen notariellen Vertrages

stimmt die Versammlung zu, nachdem Herr Wolters die Vorlage namens der Finanzkommission zur Annahme empfohlen hatte.

#### IV. Beschaffung von Mobiliargegenständen für die Hilfschule.

Die seither in der Hilfschule benutzten Mobiliargegenstände sind zu einem großen Teile sehr abgängig. Namentlich weisen die seinerzeit aus alten Beständen zusammengesuchten Schultische große Mängel auf, deren Beseitigung nur in beschränktem Maße noch möglich ist. Es wird deshalb vorgeschlagen, die erforderlichen Mobiliargegenstände für die sechs Klassen im neuen Gebäude zu 4100 M, für das Brausebad zu 300 M, für die sechs Klassen im alten Gebäude zu 2650 M, für die Arbeitsklasse zur Herstellung von Papparbeiten zu 230 M, für das Lehrerzimmer zu 550 M, für das Lehrmittelzimmer zu 200 M, für das Arztzimmer zu 150 M, für Verschiedenes zu 270 M und für Turngeräte zu 1808 M, zusammen im Werte von 10258 M zu beschaffen und diese Summe zu verwilligen,

was auf Empfehlung der Schulkommission, für die Herr Bähr berichtet, geschieht.

#### V. Erweiterung der städtischen Bürgerschulen.

Es hat sich das Bedürfnis herausgestellt, im nächsten Schuljahre fünf neue Bürgerschulklassen einzurichten und zwar zwei an der Comeniusstraße und drei an der Diestermegstraße. Der Magistrat gibt anheim, der Einrichtung von fünf neuen Lehrerstellen für 1908/09 zuzustimmen und die daraus sowie aus der Unterhaltung von weiteren fünf neuen Klassen, deren Räume vorhanden sind, erwachsenden Kosten zu verwilligen.

Nach Empfehlung durch die Schulkommission, für die Herr Bähr berichtet, wird die Vorlage gutgeheißen.

#### VI. Aenderung der Straßenpolizeiordnung.

Im Laufe der Zeit ist der Wunsch nach einer Abänderung und Ergänzung der am 1. April 1894 in Kraft getretenen „Straßenpolizeiordnung für die Haupt- und Residenzstadt Braunschweig vom 30. Dezember 1893“ immer lebhafter von verschiedenen Seiten geltend gemacht worden. Auch bei den Verhandlungen der Stadtverordneten ist häufig die Umgestaltung einzelner Vorschriften oder der Erlass von

Bestimmungen angeregt worden, die sich am zweckmäßigsten in einem zusammenfassenden neuen Statut mit der Beseitigung der hervorgetretenen sonstigen Mängel vereinigen lassen.

Obgleich wohl im allgemeinen Uebereinstimmung darüber herrscht, daß ein großer Teil des Inhalts der bisherigen Straßenpolizeiordnung sich bewährt hat, ist der Magistrat doch der Frage der Aufstellung eines neuen, das ganze Statut umfassenden Entwurfs nähergetreten, um die Uebersichtlichkeit zu erleichtern. Der Magistrat hat sich mit Herzoglicher Polizeidirektion und mit den Richtern der Abtheilung für Strassachen bei Herzoglichem Amtsgericht Braunschweig in Verbindung gesetzt und die von beiden Seiten darauf eingegangenen Vorschläge nach Möglichkeit bei der Ausarbeitung berücksichtigt. Es ist ferner den Anforderungen der Verkehrsverhältnisse, die in der Zwischenzeit manche Aenderung erfahren haben, in dem Entwurfe an zahlreichen Stellen Rechnung getragen, einige in der Handhabung hervorgetretene Zweifel sind beseitigt und auf die Ausmerzung entbehrlicher Fremdwörter und Undeutlichkeiten ist Bedacht genommen.

Die Versammlung wird ersucht,

dem vorgelegten Entwurfe zuzustimmen und dem Magistrate wegen des Zeitpunktes des Inkrafttretens, wegen der Abfassung des Inhaltsverzeichnisses und wegen der Durchführung der neuen Rechtschreibung Vollmacht zu erteilen.

Namens der Statutenkommission berichtet über den magistratsseitig vorgelegten Entwurf Herr Voge: Zu den §§ 1–4 findet sich nichts zu erinnern.

Der § 5 hat insofern eine wesentliche Aenderung erfahren, als in Zukunft das Stehenbleiben nicht nur auf den Fußwegen, sondern allgemein auf den Straßen verboten sein soll, wenn dadurch der Verkehr gestört wird. Die Kommission empfiehlt, die neue Fassung des § 5 zu genehmigen.

Herr Aßmann: Wer die verschiedenen Maßnahmen der Polizeibeamten hat beobachten können, wird gefunden haben, daß die Beamten nicht immer mit dem richtigen Takte vorgegangen sind. Schon aus diesem Grunde halte ich eine solche Verböserung der Straßenpolizeiordnung nicht für angebracht. Deshalb muß ich mich entschieden gegen die hier beabsichtigten Aenderungen aussprechen. Wenn bisher nur verboten war, auf den Fußwegen stehen zu bleiben, so hatte das seinen guten Grund, weil der Fußverkehr nicht gestört werden darf, aber deshalb nun auch den Fahrweg in das Verbot einzubeziehen, ist unnötig. Man weiß in solchem Falle nicht, wie weit die Polizeibeamten die neue Vorschrift ausgedehnt wissen wollen. Man wird damit namentlich auch das Streikpostenstehen treffen, wie es seinerzeit schon in der Juliusstraße passierte, wo wirklich der Verkehr nicht gestört wurde, wenn dort zwei Personen stehen und im Interesse ihrer eigenen Sache auf den Zu- und Abgang in der Fabrik achten. Es darf nicht soweit kommen, daß

die der Bevölkerung gegebenen reichsgesetzlichen Rechte durch solche Bestimmung inhibiert werden. Ich muß bitten, die Aenderung abzulehnen, weil ich keinen ersichtlichen Grund dafür finde.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Jedes Gesetz und jede statutarische Vorschrift setzt eine verständige Handhabung voraus. Es ist leicht, gegen derartige Entwürfe oder Bestimmungen Bedenken geltend zu machen, wenn man damit rechnet, daß sie unverständlich gehandhabt werden oder daß die Handhabung nicht dem Geiste entspricht, in dem sie von den Behörden abgefaßt worden sind. Was Herr Alßmann vorbrachte, ist auch nicht gegen den vorliegenden Entwurf gerichtet, sondern gegen die Polizeibeamten, von denen Herr Alßmann Mißgriffe befürchtet. Mißgriffe mögen vorgekommen sein und werden auch in Zukunft hier und da vorkommen. Gegen derartige Fälle ist die Klage beim Verwaltungsgerichte zulässig und man kann sich mit Erfolg dagegen wehren; es liegt aber sehr wesentlich im Interesse der Bevölkerung selber, wenn darauf hingewirkt wird, daß die Straßen nicht überflüssigerweise und in einer den Verkehr störenden Weise durch Stehenbleiben versperrt werden, da sich hier der Verkehr abzumwickeln hat. Ich möchte deshalb bitten, die Bestimmung unverändert anzunehmen.

Herr Alßmann: Zum Schutze des Publikums soll allerdings alles geschehen, was nötig ist, aber es ist eine Tatsache, daß das nicht immer zutrifft. Wenn Herr Stadtrat von Frankenberg sagt, es sei leicht, gegen etwaige Uebergrieffe beim Verwaltungsgerichte zu klagen, so muß man doch mit den Tatsachen und Verhältnissen rechnen. Sie werden alle in der Deffentlichkeit so orientiert sein, daß Sie wissen, es kommen solche Uebergrieffe reichlich viel vor. Wir werden uns später bei dem § 114 des Entwurfs noch weiter über diese Dinge unterhalten können. Im übrigen kann ich keine Ursache einsehen, weshalb im Interesse des Publikums weitere Maßnahmen als bisher getroffen werden sollen. Wer wiederholt die Stimmen aus dem Publikum hört oder liest, die sich bitter beklagen über das rigoröse Vorgehen der Polizeibehörde gegen solche Zuschauer, die sich bei festlichen Gelegenheiten im Gefühle des Selbstbewußtseins beteiligen, der wird wissen, daß man nicht zu weit darin gehen soll, der Polizei neue Machtbefugnisse an die Hand zu geben.

Herr Jasper: Wenn ich Herrn Stadtrat von Frankenberg richtig verstanden habe, so behauptet er, hier wäre der Weg der Verwaltungsklage gegeben. Das habe ich aber im Statute nicht gefunden, auch zweifle ich daran, daß das Verwaltungsgericht in der Lage sein soll, die scharfe Fassung des Entwurfs abzumildern. Es steht darin, daß die Polizei die unbedingte Beherrscherin der Straße ist, sie kann machen, was sie will, gleichviel ob es berechtigt oder unberechtigt ist, und der Kadavergehorsam, der vielleicht beim Kommiß angebracht ist, soll hier gelten. Wie soll der Verwaltungsgerichtshof in der Lage sein, das Einschreiten eines Polizeibeamten, das nach reinster Willkür stattfinden kann, zu rektifizieren?

Die beabsichtigte Veränderung der Vorschrift ist also im wahrsten Sinne des Wortes eine Verböserung. Weshalb sollen überhaupt die Machtbefugnisse der Polizei vom Fußwege auf den Fahrdamm ausgedehnt werden? Herr Stadtrat von Frankenberg sucht dies in der Weise zu bemänteln, daß er sagt: der gestiegene Verkehr mache solche drakonischen Vorschriften nötig. Das scheint mir aber nicht die wahre Absicht zu sein.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Der Magistrat hat weder die Aufgabe noch die Gepflogenheit, die Handlungen der Herzoglichen Polizeidirektion irgendwie zu bemänteln, die ist selbst Manns genug, die Schritte zu vertreten, welche sie für richtig hält. In sachlicher Beziehung darf ich bemerken, daß das Verwaltungsgericht, wie ich mit vollkommener Sicherheit behaupte, befugt ist, diejenigen Uebergriffe, die Herr Jasper als eine willkürliche Handhabung der Vorschriften bezeichnet hat, zu nichte zu machen. Das ist gerade der Zweck der Einführung der Verwaltungssrechtspflege gewesen. Die Allmacht der Polizeibehörde findet bei dem Verwaltungsgerichte ihre Grenzen, so daß wir, falls derartige Uebergriffe vorkommen sollten, beruhigt auf die Rechtspflege hinblicken können. Im übrigen will ich darauf aufmerksam machen, daß der Polizeibehörde in den §§ 2 und 4 ähnliche Befugnisse eingeräumt worden sind, von denen man voraussetzen muß, daß sie vernünftig gehandhabt werden, ohne daß bei der Durchberatung dieser Bestimmungen von Kadavergehorsam und Kommiß im erregten Tone gesprochen worden ist.

Herr Jasper: Der Verwaltungsgerichtshof hat selbst ausgesprochen, daß, soweit eine Maßnahme der Polizei lediglich von deren Ermessen abhängt, von einer Nachprüfung durch den Verwaltungsgerichtshof nicht die Rede sein könne. Da hier klipp und klar gesagt worden ist, daß den Weisungen der Polizeibeamten unbedingt und sofort Folge zu leisten sei, so hat der Verwaltungsgerichtshof keinen Halt, wo er eingreifen kann — und das ist Kadavergehorsam. Außerdem ist für diese Verschärfung der Bestimmungen noch gar keine Begründung gegeben.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Die Begründung hatte ich gegeben, indem ich hervorhob, daß der Schutz des Publikums dies gegenüber dem gesteigerten Fußgänger- und Fuhrverkehr erheische. Im übrigen ist es ein ganz anderes Ding, zu erklären, es sei den Weisungen der Polizeibeamten unbedingt und sofort Folge zu leisten, oder aber diese Weisungen seien unanfechtbar. Herr Jasper hat ja schon selbst mehrere Entscheidungen der Herzoglichen Polizeidirektion hinsichtlich der Auflösung von Versammlungen angefochten und zwar mit und ohne Erfolg. Es ist damit also immer noch nicht gesagt, daß die Anweisungen der Polizei rechtmäßig gewesen sind. An sich scheint mir die vorliegende Sache ziemlich einfach zu sein.

Der § 5 wird darauf in der neuen Fassung gutgeheißen.

Zu den §§ 6 und 7 findet sich nichts zu erinnern.

Zum § 8. Herr Voge: Der erste Satz der neuen Fassung lautet:

„Auf Fußwegen darf mit Kinderwagen, Sportkarren und Krankenwagen, die durch Menschenkraft fortbewegt werden, nicht gefahren werden, wenn sie unbesezt sind.“

Um Mißverständnissen vorzubeugen, schlägt die Kommission vor, statt der beiden letzten Worte zu sagen:

„... weder mit Kindern noch mit Kranken besetzt sind.“

Herr Leue: Ich vermissen eine Bestimmung darüber, wie mit Kinderwagen verfahren werden soll, die zwar nicht mit Kindern besetzt, aber mit irgend welchen Gegenständen z. B. mit Holz beladen sind. Auch darüber müßte Bestimmung getroffen werden.

Herr Voge: Aus der Negation geht hervor, daß mit solchen Kinderwagen die Fußwege nicht befahren werden dürfen.

Herr Ribbentrop: Warum soll hier überhaupt die negierende Form gewählt werden?

Herr Voge: Das Verbot ist in dem ersten Satze gleich vorausgenommen, während in den folgenden Sätzen der Verkehr mit besetzten derartigen Fahrzeugen und das Vorbeifahren solcher Fahrzeuge aneinander usw. geregelt wird.

Herr Ribbentrop: Der letzte Satz des § 8 lautet:

„Das Stillhalten mit besetzten Kinderwagen, Sportkarren und Krankenwagen auf den Fußwegen ist verboten.“

Unter „Fußwege“ fallen auch die Wege über die Wälle, auf denen Kinderwagen usw. doch wohl einmal stillhalten dürfen. Um das zum Ausdruck zu bringen, bitte ich, dem § 8 folgenden Schlusssatz hinzuzufügen.

„Ausnahmen können von der Herzoglichen Polizeidirektion zugelassen werden.“

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich halte den Vorschlag für ganz zweckentsprechend und habe keine Bedenken dagegen. Ich möchte indessen bitten, den Zusatz als einen Teil des letzten Absatzes zu nehmen, damit die Befugnis der Polizei sich nur auf das Gestatten des Stillhaltens der Kinderwagen usw. auf den Fußwegen bezieht. Sonst könnte man denken, die Polizei sollte auch gestatten dürfen, daß z. B. Erwachsene in den Kinderwagen gefahren würden. (Heiterkeit.)

Die Versammlung erklärt sich mit dem Vorschlage der Kommission unter Hinzunahme des Antrages Ribbentrop als zweiten Satz des letzten Absatzes einverstanden.

Zum § 9: Herr Wolters: Ich möchte empfehlen, den dritten Absatz zu streichen, welcher lautet:

„Die Länge der Aufhalter einschl. der Kummelketten, an denen sie befestigt sind, darf höchstens 0,85 m betragen.“

Die Ausnahme am Schluß des § 9 ist wohl auf die Beschwerde zurückzuführen, die vor einigen Jahren gegen Fuhrwerke des Kieselgutes Steinhof erhoben wurde. Da es auf die Länge der Kummketten nicht ankommt, ist es das Beste, die betr. Bestimmung zu streichen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich traue Herrn Wolters Sachkenntnis genug zu, daß mir dessen Vorschlag zweckmäßig erscheint. Sollten dagegen von der Herzoglichen Polizeidirektion sehr schwerwiegende Bedenken vorliegen, so würden wir uns mit der Sache nochmals zu befassen haben.

Herr Meyerhoff: Die Zulassung von Ausnahmen bezieht sich auch auf die übrigen Bestimmungen des § 9, so daß sie bestehen bleiben muß. (Zustimmung.)

Herr Leue: Nach einer mir von sachkundiger Seite erteilten Auskunft, kommt sehr viel auf die Länge der Kummketten an, weshalb es nicht gleichgültig sein dürfte, ob deren Länge festgesetzt wird oder nicht. Ich wäre dafür, die Bestimmung beizubehalten.

Herr Bürgermeister Meyer: Ich würde es auch für praktisch halten, wenn die Bestimmung bestehen bliebe.

Herr Löhnefinke: Als alter Trainoffizier habe ich Erfahrung in der Sache. Die Kummketten sollen verhindern, daß die Pferde beim Ziehen und Parieren der Fahrzeuge mit den sogenannten Ortscheiten in Berührung kommen. Eine solche Berührung veranlaßt die Tiere leicht zum Durchgehen.

Herr Wolters: Die Länge der Kummketten ist davon abhängig, wie die Deichsel beschlagen ist und wo der Ring sitzt. Es kann vorkommen, daß eine 85 cm lange Kette zu einem Gespann paßt und zu dem andern nicht. Ich lasse aber meinen Antrag gern fallen.

Herr Ribbentrop: Als Sachverständiger bin ich dafür, daß der Absatz 3 bestehen bleibt.

Der § 9 wird sodann in der vorliegenden Fassung angenommen.

Zu den §§ 10 bis 14 findet sich nichts zu bemerken.

Zum § 15: Herr Boge: Die Kommission wünscht hier einen Zusatz in dem Sinne, daß die hinter dem Wagen einherzugehende Person eine hell leuchtende Laterne tragen muß, sonst weiß man nicht, daß die Person zu dem Wagen gehört. Der betreffende Satz würde dann im Eingange lauten:

„Während der Dunkelheit (vergl. § 11) müssen die mit Langholz beladenen Wagen entweder außer vom Führer des Wagens von einer zweiten Person begleitet werden, welche hinter dem Wagen an den Wipfelenden der Hölzer einherzugehen und eine hell leuchtende Laterne zu tragen hat, oder . . .“.

Herr Meyerhoff: Ich habe übrigens schon beobachtet, daß bei Langholz das dicke Ende nach hinten geladen ist, so daß der Ausdruck „Wipfelenden“ nicht

angebracht wäre. (Widerspruch.) Bei Rüstbäumen wird z. B. ein Teil so und ein Teil so zum Ausgleich geladen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Der jetzige Vorschlag enthält nichts neues, da der Ausdruck „Wipfelenden“ schon in der alten Fassung des Statuts vorkommt. Es wird bei Annahme der Bestimmung darauf Rücksicht genommen werden müssen, daß die Wipfelenden nach hinten verladen werden.

Herr Kalms: Ich möchte beantragen, daß Wagen, auch solche die zur Personenbeförderung dienen, welche nachts auf dem Fahrdamm stehen bleiben, ebenfalls mit einer hell leuchtenden Laterne versehen werden müssen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Jedenfalls möchte ich davor warnen, Wagen, die zur Personenbeförderung dienen, hier bei den Langholzwagen zu behandeln. Die Sache wird in den §§ 71 und 72 noch besonders behandelt.

Herr Mohr: Langholztransporte sind sehr selten in einer großen Stadt. Da das Publikum aus diesem Grunde mit den großen Gefahren dieser Transporte im allgemeinen nicht vertraut ist, so möchte ich beantragen, daß auch am Tage eine zweite Person hinter dem Wagen hergehen muß. Es kommt gar nicht selten vor, daß bei Straßenbiegungen in Folge Schleuderns der Bäume Personen verletzt werden, was mir aus meiner Versicherungsbranche zur Genüge bekannt ist.

Herr Weichsel: Ich würde dem Antrage gern zustimmen, wenn ich mir Erfolg davon versprechen könnte. In der Statutenkommission haben wir diese Sache genau überlegt und sind zu dem Entschlusse gekommen, dafür einzutreten, daß nur nachts ein Mann hinter dem Wagen hergehen soll. Wenn auch am Tage ein Mann hinterherzugehen hat, so hat das nicht viel Zweck, sofern er nicht angewiesen wird, die Leute rechtzeitig beiseite zu schieben. Ob man hierzu geeignete Leute findet, ist doch eine fragliche Sache. Bei der Seltenheit solcher Transporte muß eben am Tage jeder selbst aufpassen, daß er nicht zu Schaden kommt.

Herr Sander: In der Kommission habe ich einen ähnlichen Antrag gestellt, wie Herr Mohr. Ich bin auch davon überzeugt, daß bei den wenigen Langholztransporten in der Stadt die Gefahr sehr groß ist. Wenn Herr Weichsel meint, es könne jeder aufpassen, so ist das schwer, weil die meisten Menschen nicht in der Lage sind zu beurteilen, wie die Langholzbäume schleudern; ich halte deshalb den Vorschlag des Herrn Mohr für richtig. Selbstverständlich muß dem Manne eine gewisse Weisung mitgegeben werden, und er hat Obacht zu geben, daß das Publikum vor dem Schlagen der Bäume geschützt wird.

Herr Meyerhoff: Früher als noch mehr Langholztransporte durch die Stadt gefahren wurden, waren hinten am Wagen zwei Leute angestellt und rechts und links an den Bäumen ein Tau angeschürzt, das die Leute in der Hand zu führen hatten, um zu vermeiden, daß jemand an den Wagen kam und daß die Bäume schleuderten. Die Beibehaltung auch nur eines Mannes hinter dem Wagen vermissen ich



hier; auch hätte ich gern gesehen, wenn die Langholzstämmen durch ein Tau zusammengeschürzt sein müßten und das Tauende jemand in der Hand zu führen hätte, denn das Hinterhergehen allein tut es nicht. Ich würde beantragen, den Paragraphen dahin abzuändern.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich erkenne dankbar jede Bemühung der Herren an, unsere Bevölkerung vor Gefahren zu schützen. Es will mich aber die Empfindung beschleichen, als wenn die Herren in diesem Bestreben hier zu weit gehen. Ich bitte, dabei nicht außer acht zu lassen, daß ein großer Teil der Aenderungsanträge von der Herzoglichen Polizeidirektion ausgearbeitet worden ist, die diese Gefahr nicht für so schwerwiegend gehalten hat. Bekanntlich kommt es häufig vor, daß ein einziger Baum weit nach hinten übersteht; soll dann das Tau diesen einen Baum zusammenhalten? Ueber die Anregung des Herrn Mohr läßt sich sprechen, wenn sie auch noch reichlich weit geht und eine starke Belastung der Fuhrwerksbesitzer in sich schließt. So gefährlich ist die Sache nicht.

Herr Ribbentrop: Ich muß die Gefahr für ganz eminent halten und möchte die Anträge Mohr und Meyerhoff zur Annahme empfehlen. Der Kutscher kann von seinem Platze aus nicht tagieren, wie weit das Langholz bei einer Straßenbiegung herumschlägt. Ich bin selbst einmal durch solche Ladung gefährdet worden. Wenn jemand von einem langen Baume einen Schlag erhält, kann er sofort tot dabei liegen.

Herr Mohr: Ich wollte nur noch bemerken, daß wir bei Annahme meines Antrages nichts weiter tun, als was schon jetzt im Harze und auch in vielen kleineren Orten des Herzogtums gang und gäbe ist.

Herr Meyerhoff: Ein einzelner überstehender Baum läßt sich allerdings nicht zusammenstürzen, er ist aber oft gefährlicher, als eine ganze Ladung von Bäumen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Die Verwendung eines Taus an den Wipfelenden der Hölzer würde im Widerspruch stehen mit der Bestimmung in § 15, 2, wonach die Hölzer in der Mitte des den Hinterwagen überragenden Teiles mit einer Kette festzuknebeln sind.

Die Versammlung nimmt darauf die Ergänzungsanträge der Statutenkommission und des Herrn Mohr mit der Maßgabe an, daß die Fassung dem Magistrate überlassen bleibt. Von einer Beschlußfassung über den Antrag Meyerhoff wird abgesehen.

Zum § 16 findet sich nichts zu bemerken.

Der § 17 wird mit der von der Statutenkommission beantragten Aenderung angenommen, daß der zweite Satz des dritten Absatzes folgenden Wortlaut erhält:

„Beim Fahren mit Rindvieh oder Hunden ist anstatt des Gebisses und anstatt der Kreuzleine eine andere, die sichere Führung der Tiere bedingende Bäumung zulässig.“

Die §§ 18—41 werden genehmigt, nachdem der § 25 (neue Reihenfolge) auf Antrag der Statutenkommission im Eingange folgende Fassung erhalten hatte:

„Lastwagen (Kastenwagen, Möbelwagen, Rollwagen u. dergl.) und Karren, gleichviel ob beladen oder unbeladen, . . .“

**Zum § 42.** Herr Ribbentrop: Den Ausdruck „Toravenüen“, ein Ueberbleibsel aus der westfälischen Zeit, möchte ich gern durch einen deutschen Ausdruck ersetzt haben, wenn es mir auch nicht möglich gewesen ist, dafür einen treffenden Ersatz zu finden.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Wir haben geglaubt, das Wort mit seiner eigenartigen Bedeutung in der Klammer beibehalten zu können. Ein gewisses Unbehagen über das Wort empfanden auch wir, jedoch wußten wir keinen passenden deutschen Ausdruck dafür; ich möchte daher bitten, das Fremdwort stehen zu lassen, wenn Sie keinen Ersatz dafür wissen.

Die §§ 42—55 werden unverändert angenommen.

**Zum § 56.** Herr Boge: Die Statutenkommission beantragt, den zweiten Satz des ersten Absatzes folgendermaßen zu fassen:

„Der Boden und die Seiten-Einfriedigung der Fuhrwerke bis zur Höhe von 75 cm muß so geschlossen sein, daß die Tiere während der Beförderung nicht durchtreten können.“

Herr Meyerhoff: Der Boden des Viehwagens muß aber vollständig dicht sein, weil sonst der Dung auf die Straße fällt und diese verunreinigt.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Um dieser sehr sachverständigen Anregung des Herrn Meyerhoff Rechnung zu tragen, empfehle ich, den vorstehenden Satz in seinem Eingange wie folgt zu fassen:

„Der Boden muß vollständig und die Seiten-Einfriedigung . . .

(w. o.)“.

Der § 56 wird mit diesen beiden Aenderungen gutgeheißen.

Zu den §§ 57—70 findet sich nichts zu erinnern.

**Zu den §§ 71 und 72.** Herr Kalms: Es steht hier wohl, daß die Polizei-Direktion Anordnungen treffen kann, ich würde es aber für besser halten, zu bestimmen, daß die bespannten und die unbespannten Fuhrwerke mit Laternen versehen sein müssen. Die Droschkenführer stecken ihre Laternen abends oft erst an, wenn sie eine Fahrt bekommen. Das könnte hier mit zum Ausdruck gebracht werden.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich habe keine Bedenken gegen solche Vorschrift.

Herr Bluth: Wäre es nicht zweckmäßiger, die Bestimmung in den § 11 aufzunehmen?

Herr Stadtrat von Frankenberg: Der § 11 gehört zum Abschnitt III: „Vorschriften über den Fahr- und Reitverkehr“. Hierzu kann man aber das Stehenlassen eines Fuhrwerkes nicht rechnen, was eher in den Abschnitt V: „Vorschriften zur Abwendung von Verkehrsstörungen und zur Erhaltung der Verkehrssicherheit“ gehört, denn Herr Kalms will mit seinem Antrage Verkehrsstörungen vermeiden und die Verkehrssicherheit erhöhen. Ich will mich bemühen, dem Magistrate eine einwandfreie Fassung der Bestimmung zu empfehlen.

Die §§ 71 und 72 werden darauf mit dieser Ergänzung genehmigt.

Zum § 73. Herr Esdorn: Ich halte einen Zeitraum von 10 Minuten für das unbeaufsichtigte Stehenlassen gespannter Fuhrwerke, namentlich bei Milchfuhrwerken für zu kurz und möchte empfehlen, 15 Minuten zu sagen.

Herr Kalms: Ich will mich dem anschließen, da dieser Zeitraum auch für viele andere Fuhrwerke, die z. B. viele Waren abzuladen haben, nicht ausreichend ist. Bei manchen Betrieben wird sogar die polizeiliche Genehmigung zur weiteren Verlängerung der Frist eingeholt werden müssen, auch wenn sie auf 15 Minuten verlängert werden sollte.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich glaube, ein Zeitraum von 10 Minuten reicht aus, da aus den beteiligten Kreisen niemals eine Anregung auf Aenderung an uns herangetreten ist. Der Fuhrwerksführer kann doch beim Abladen von Sachen zum großen Teile bei seinem Fuhrwerk bleiben, und er ist nur abwesend, wenn er Sachen in ein Haus trägt. Es kann unmöglich darauf Rücksicht genommen werden, daß jemand einen kleinen Nebenweg in die Kneipe macht, wenigstens haben wir keine Veranlassung, das zu befördern.

Herr Esdorn: Es kommt aber vor, daß ein Milchhändler in der Küche längere Zeit auf Abfertigung warten muß. Die Tiere vor dem Wagen fügen niemand Schaden zu; es sind wenigstens noch keine Uebelstände vorgekommen. Aus den Kreisen der Milchhändler bin ich gebeten, dies hier vorzubringen.

Herr Bues: Auch bei Bierfuhrwerken stellt sich das Bedürfnis heraus, das Gespann hier und da einmal länger als 10 Minuten unbeaufsichtigt stehen lassen zu müssen. Es ist vorgekommen, daß die Bierwagenführer wegfahren und wiederkommen mußten, damit sie die Pferde nicht länger als 10 Minuten unbeaufsichtigt stehen ließen. Bei dem Abladen größerer Posten Bier läßt sich das nicht immer in 10 Minuten abwickeln.

Herr Ahmann: Meiner Ansicht nach ist es nicht nötig, daß ein Bierkutscher erst mal fortfahren muß, um dann wieder 10 Minuten vor einem Hause halten zu können. Es wird aus dem Statute wohl niemand herauslesen können, daß ein Wagen überhaupt nur 10 Minuten vor einem Hause halten darf, denn welcher Möbelwagen könnte dieser Vorschrift entsprechen? Hier handelt es sich darum, daß ein Gespann nicht länger als 10 Minuten unbeaufsichtigt auf der Straße

stehen soll, aber auch dafür sind 10 Minuten reichlich kurz, weshalb ich ebenfalls ersuchen möchte, die Frist auf 15 Minuten zu verlängern.

Herr Hesse: Ich schließe mich diesem Ersuchen an. Wenn jemand einzelne Zentner Kohlen vier oder fünf Treppen hoch hinaustragen und dann noch auf das Geld warten muß, so vergehen 10 Minuten sehr schnell.

Die Versammlung beschließt hierauf, im § 73 statt 10 Minuten zu sagen 15 Minuten.

§ 74 wird nicht beanstandet.

Zum § 75. Herr Sander: In der Kommission hatte ich einen Zusatz zum § 75 beantragt folgenden Inhalts:

„Wenn es sich um Straßenterrain handelt, das nicht Eigentum der Stadt ist, so fällt die Entschädigung für dessen Benutzung zu notwendigen Bauausführungen fort.“

Ich halte es für sehr richtig, daß bei der Benutzung von Straßenterrain zur Aufstellung von Gerüsten eine Entschädigung gezahlt wird, aber nicht, wenn jemand vor seinem Hause auf seinem eigenen Terrain ein Baugerüst aufstellt und dafür eine Entschädigung zahlen soll. Bisher ist man hierüber noch im Zweifel gewesen, aber wenn dieses Statut Rechtskraft erlangt hat, muß bezahlt werden. Die Fußwege der Cellerstraße sind z. B. auf der linken Seite von der Petristraße bis zur Hilbesheimerstraße und rechts auch teilweise Eigentum der Anlieger. Wenn nun einer dieser Anlieger an seinem Hause bauliche Reparaturen vornehmen lassen will, so muß er nach dem Statut für die Benutzung seines eigenen Terrains eine Entschädigung zahlen, was nicht richtig und meiner Meinung nach auch ein großes Unrecht ist. Ich bitte deshalb um Genehmigung des obigen Zusatzantrages.

— Der stellvertr. Vorsitzende, Herr Wolters, übernimmt den Vorsitz. —

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich möchte mich gegen den Antrag aussprechen. Einmal ist die von Herrn Sander vorgeschlagene Fassung durchaus bedenklich, weil alles nicht städtische Straßengebiet in derartigen Fällen ohne Zahlung einer Entschädigung benutzt werden könnte. Damit würde man auch die einer Interessenschaft gehörenden Wege von der Zahlung ausschließen, während es im öffentlichen Interesse liegt, auch in solchem Falle die Entschädigung zu erheben. Sodann gehe ich aber noch einen Schritt weiter und sage, weil das für die Anlieger der Cellerstraße usw. in das Grundbuch eingetragene Eigentumsrecht ein recht papierenes Eigentum ist, indem es belastet ist mit einer Dienstbarkeit, dahingehend, daß sich der öffentliche Verkehr auf dem Gebiete frei und ungehindert bewegen darf, so muß doch dieser öffentliche Verkehr geschützt werden. In denjenigen Fällen aber, wo eine Störung des Verkehrs droht, will sich die Stadt für diese

Störung eine Entschädigung zahlen lassen, das ist der Grundgedanke des Paragraphen. Damit eine derartige Störung des öffentlichen Verkehrs nur möglichst kurze Zeit stattfindet, hat man eine Zahlung nach der Zeitdauer eingeführt. Die Zahl der hierher gehörenden Fälle ist nach meinem Dafürhalten nicht besonders groß, aber die Herren werden mir doch wohl beipsichtigen, daß für jede Hinderung des öffentlichen Verkehrs durch einen Privatmann eine Entschädigung eingeführt werden muß, soweit die Öffentlichkeit ein Verkehrsrecht auf dieses Gebiet besitzt.

Herr Esdorn: Mir ist aus Grundbesitzerkreisen gesagt worden, daß die Zahlung einer Entschädigung für Benutzung von Straßenterrain insofern als eine Härte empfunden werden müsse, als die Anlieger bei dem Ausbruche eines Streiks nicht in der Lage seien, die Gerüste zu entfernen. Schon im eigenen Interesse beeile man sich, die Gerüste vor den Häusern wegzubringen, sobald es möglich sei und es brauchte deshalb keine Entschädigung für die Zeit der Benutzung von Straßenterrain gezahlt zu werden.

Herr Meyerhoff: Es soll sich bei der Gellerstraße um ein papierenes Recht handeln. Wie steht es nun mit der Pawelstraße, die den Anliegern gehört? Würde die Stadt hier auch Straßenmiete erheben? Das wäre doch wohl nicht angängig. So gut die Leute berechtigt sind, ihre Straße durch einen Torweg abschließen zu lassen, hat auch die Stadt kein Recht, Straßenmiete zu erheben. Solche Fälle sind durchaus nicht vereinzelt, es kommt z. B. auch die Straße „am Windmühlenberge“ dabei in Frage. Auf Privatstraßen kann der Passus keine Anwendung erfahren.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Nach § 1 der Straßenpolizeiordnung finden die in Beziehung auf Straßen erlassenen Vorschriften auch Anwendung auf solche im Privateigentum befindliche Straßen usw., die tatsächlich dem öffentlichen Verkehre dienen. Diese Straßen sind aber auch aus wohlerrwogenen Gründen dem § 75 des Entwurfes mit unterstellt. Diejenigen Einwohner, welche hier im eigenen Interesse Straßen geschaffen haben, müssen es sich auch gefallen lassen, daß sie als öffentliche Straßen behandelt werden. Wohin soll es wohl führen, wenn man solchen Einwohnern besondere Vorschriften zugestehen will? Davon kann nicht die Rede sein. Daß die betreffenden Eigentümer einer Privatstraße berechtigt sind, ihre Straße durch ein Tor zu sperren, will ich zugestehen; sobald sie das getan haben, mögen sie auch Gerüste bauen.

Herr Leue: Ich möchte noch die Anregung zu einer kleinen Aenderung geben. Es heißt hier, daß jede angebrochene Kalenderwoche für voll gerechnet werden soll, dann muß folgerichtig aber auch gesagt werden, daß jedes angefangene Quadratmeter für voll gerechnet wird.

Herr Sander: Die Ausführungen des Herrn Stadtrat von Frankenberg haben mich nicht überzeugt, daß der Standpunkt des Magistrates richtig ist, im

Gegenteil, ich stehe noch auf dem früheren Standpunkte und halte das Vorgehen des Magistrates für ein großes Unrecht. Ich glaube, es ist nicht einmal zulässig, denn es ist nichts weiter, als daß ich Pacht für mein eigenes Grundstück zahlen soll. Ich bin dafür, daß das Terrain der Straßenpolizeiordnung untersteht, aber es darf den Besitzern keine Entschädigung abverlangt werden, wenn sie ihr Eigentum bei Baulichkeiten eine Zeitlang zur Aufstellung von Gerüsten usw. verwenden wollen. Wenn Herr Stadtrat von Frankenberg von einem papierenen Rechte der Grundbesitzer spricht, so ist das richtig, denn das Recht findet sich in den papierenen Grundbüchern der Stadt Braunschweig eingetragen; es ist ein Recht, das den Eigentümern zusteht. Weshalb übernimmt denn die Stadt das Terrain nicht? Die Kosten kann sie doch nicht scheuen, denn die Anlieger der Wolfenbüttelerstraße haben ja auch keine Entschädigung für ihr zur Straße abgetretenes Terrain bekommen. So lange solches Terrain mein Eigentum ist, habe ich wohl mein Verfügungsrecht, nicht aber auch mein Benutzungsrecht aufgegeben.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Die letztere Ansicht ist nicht richtig. Wenn ich durch irgend welche Umstände mein Eigentum so tatsächlich verloren habe, daß es der Aufhebung im Grundbuche gleichkommt, so kann ich als Eigentümer keine Rechte mehr daran geltend machen. Wenn die Einwohnerschaft das Recht, den Fußweg als solchen zu benutzen, erlassen hat, wie das hier ohne Frage der Fall ist, obgleich das Terrain im Grundbuche auf den Namen der Anlieger steht, so frage ich, wo bleibt das Recht der Einwohnerschaft bei Annahme des Antrages? Wenn die Ansicht des Herrn Sander richtig ist, dann kann ein Anlieger auch mal erklären, diese Woche will ich mein Eigentumsrecht dahin ausüben, daß ich den Fußweg sperre. Dann kann das Publikum auf der anderen Seite der Straße gehen. Das Eigentumsrecht kann also wie hier ganz ohne Bedeutung für den Anlieger sein. Es liegt hier eine Ersizung des Rechtes durch die Einwohnerschaft vor. Wir haben davon Abstand genommen, das Terrain im Wege der Expropriation an uns zu bringen, weil es für uns zwecklos war. Bei der Wolfenbüttelerstraße ist es geschehen, weil die Anlieger erklärten, es läge noch ein Streifen zwischen ihren Grundstücken und dem Straßenterrain und sie könnten deshalb nicht zu den Straßenkosten herangezogen werden. Damals hat die Herzogliche Landes-Oekonomiekommission entschieden, das Terrain sei wertlos, die Anlieger könnten nichts dafür bekommen.

Anders liegt die Sache bei den Privatstraßen, also bei der Pawelstraße usw., denn hier befindet sich nach dem Grundbuche das Straßenterrain noch im vollen Eigentume der Anlieger. Ich mache dabei indessen auf folgendes aufmerksam: Der Magistrat würde diese Straßen als Privatstraßen niemals zugelassen haben, wenn man beabsichtigt hätte, die Fußwege von der Willkür der Eigentümer abhängig zu machen und sie zeitweilig dem Verkehre zu entziehen. So weit gehen die Rechte des einzelnen denn doch nicht. Die Bauordnung hat uns das Recht

gegeben, Privatstraßen nur insoweit zuzulassen, als sie für den öffentlichen Verkehr hergerichtet sind. Deshalb kann man sagen: wenn eine Straße dem öffentlichen Verkehr übergeben ist, so muß sie auch den Vorschriften der öffentlichen Straßen unterworfen sein. Den Rechten stehen natürlich auch gewisse Pflichten gegenüber, denn wenn der Erbauer einer Privatstraße nicht den Schutz der Gemeinde hätte, so könnte er die Straße überhaupt nicht anlegen, mit dem Bezahlen allein zwingt man es nicht. Deshalb kann man hier nicht derartige ganz willkürliche Ausnahmen machen wollen. Es würde unter Umständen sehr schwer sein, weitgehenden Ansprüchen der Anlieger entgegenzutreten, weil sie dann z. B. auch sagen könnten, sie hätten über den Umfang des Gerüstes zu befinden. Der Magistrat wird deshalb an seiner Fassung festhalten.

Herr Sander: Ich habe hierbei am allerwenigsten ein persönliches Interesse, sondern es leitet mich nur ein prinzipielles Interesse bei meinen Ausführungen. Zurzeit ist das Objekt für seine Eigentümer wohl wertlos, aber es kann eine Zeit eintreten, wo es wieder wertvoll wird. In Hamburg sind beispielsweise ganze Straßen, wie die Rehrwiederstraße, aufgehoben, wofür die Anlieger entschädigt werden mußten. Nun könnte hier die Cellerstraße verlegt oder deren Straßenfluchtlinie verschoben werden, wenn wir z. B. einen Stichkanal mit Hafen dorthin bekommen sollten. In solchem Falle, der doch im Bereiche der Möglichkeit liegt, würde das mir gehörende Straßenterrain wieder wertvoll werden, indem ich mein Grundstück nach vorn zu bebauen könnte, sofern die Straße in dieser Richtung verschoben würde. Es liegt also in dem Terrain für die Anlieger ein sogenannter schlummernder Wert.

Herr Meyerhoff: Der Herr Oberbürgermeister hat schon zugestanden, daß die Frage bei den Privatstraßen anders liegt. Ich kann deshalb nicht zugeben, daß der § 75 auch auf Privatstraßen Anwendung findet. Die Gründe des Herrn Oberbürgermeisters für seine gegenteilige Ansicht sind für mich nicht stichhaltig. Der Erbauer der Straße „am Windmühlenberge“ hat z. B. die Straße nicht für den öffentlichen Verkehr gebaut, sondern nur für deren Anlieger. Bei einer Straße, die nicht einmal Durchgangsverkehr hat, haben wir nicht das Recht, in Privatrechte einzugreifen.

Stellvertr. Vorsitzender: Nach den Erklärungen vom Magistratsstische ist auf eine Annahme des Antrages Sander nicht zu rechnen, auch wenn er hier eine Mehrheit finden sollte; ich gebe deshalb Herrn Sander anheim, den Antrag zurückzuziehen.

Herr Tolle: Ich bewundere, daß man um diese Sache so viel Worte verliert. Wenn die Besitzer von Privatstraßen das Recht haben sollen, ihre Straßen zu schließen, so kann allerdings die Straßenpolizeiordnung darauf keine Anwendung finden, die Fuhrwerke brauchen also abends nicht beleuchtet zu sein usw. Nach

meiner Ansicht sind das unhaltbare Zustände, weshalb die Privatstraßen denselben Vorschriften unterliegen müssen, wie die öffentlichen Straßen.

Bei der nun folgenden Abstimmung werden die Anträge Sander und Leue abgelehnt.

— Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt, übernimmt den Vorsitz wieder. —

Die §§ 76 und 77 werden nicht beanstandet.

Zum § 78. Herr Voge: Die Statutenkommission gibt anheim, Sägespäne als Streustoff bei Winterglätte nicht mehr zuzulassen, also das Wort „Sägespänen“ zu streichen.

Herr Möhle: Ich bitte, das Wort „Sägespänen“ stehen zu lassen. Es gibt sehr viele Leute, die nicht in der Lage sind, den für den Winter erforderlichen Grand sich hinlegen zu können, auch sehe ich nicht ein, weshalb Sägespäne, die ein sehr gutes Mittel zur Abstumpfung der Winterglätte sind, nicht mehr als Streustoff verwendet werden sollen. Da es nicht möglich zu sein scheint, der Stadtverwaltung das Streuen zu übertragen, so soll man den Hausbesitzern diese Arbeit nicht unnötig erschweren.

Herr Meyerhoff: Ich möchte wissen, was die Kommission bewogen hat, die Sägespäne zu streichen. Meiner Ansicht nach sind die Sägespänen als stumpfer Streustoff sogar dem Grand vorzuziehen.

Herr Voge: Die Streichung des Wortes ist beantragt worden, weil Sägespäne sehr leicht wegwehen und außerdem die mit solchen bestreuten Flächen schnell wieder sehr glatt werden, namentlich wenn Schnee darauf fällt.

Herr Kalm s: Ich möchte fragen, ob es nicht besser wäre, die Salztrennung ganz auszuschließen. (Ruf: Kommt erst noch!)

Herr Alßmann: Ich will ebenfalls bitten, die Sägespäne fortzulassen. Wir waren in der Statutenkommission der Meinung, daß bei der Verwendung von Sägespänen, sobald sich etwas Feuchtigkeit entwickelt und hinterher wieder Frost eintritt, eine Glätte eintritt, die für den Verkehr auf den Fußwegen hinderlicher ist, als die ursprüngliche Glätte der Fußwege selbst. Sägespäne sind demnach bei Glätte kein Schutzmittel für die Passanten.

Herr Ribbentrop: Ich habe gelegentlich der letzten Glätte die Beobachtung gemacht, daß Sägespäne eins der vorzüglichsten Mittel sind, die Fußwege stumpf zu machen; ich bitte deshalb, sie als Streustoff bestehen zulassen. Auch das Salztrennen ist das beste Mittel, um einen Weg bei Winterglätte rein zu machen, nur muß die aufgelöste Schneemasse schnell mit dem Salze von den Wegen wieder beseitigt werden.



Herr Stadtrat von Frankenberg: Die Mehrheit der Versammlung scheint doch wohl der Ansicht zuzuneigen, daß die bisherige Fassung — also die Zulassung von Sägespänen — vorzuziehen sei. Salz ist nicht als ein Streustoff anzusehen und wird daher erst im § 86 des Entwurfs behandelt. Es scheint mir nicht richtig zu sein, die Salzfrage hiermit zu verquicken.

Herr Bähr: Ich bin auch dafür, das Wort „Sägespänen“ bestehen zu lassen. Wenn die Fußwege bei Winterglätte mit Grand bestreut sind, so ist das namentlich auf den Fußwegen der Außenstadt bei eingetretenem Tauwetter sehr unangenehm, weil dort die Säuberung der Straßen stadtseitig besorgt wird und das gewöhnlich etwas lange dauert. Das ewige Knirschen des Grandes ist nicht nur hinderlich beim Gehen, sondern auch nervenangreifend und außerdem leidet das Schuhwerk durch den Grand außerordentlich. Sägespäne sind dagegen ein sehr gutes Mittel zum Abstumpfen der Fußwege.

Die kommissionsseitig beantragte Streichung des Wortes „Sägespänen“ wird darauf abgelehnt,

und die weitere Durchberatung der Straßenpolizeiordnung, bis zu einer späteren Sitzung verschoben, um für heute noch Zeit zur Beratung anderer Sachen zu gewinnen.

## VII. Baulichkeiten auf dem Armenhausgrundstücke.

Im Laufe der Zeit hat sich die Notwendigkeit ergeben, das an der Goslarischenstraße Nr. 47 gelegene, als Obdach für etwa 60—80 erwachsene männliche Pflöge dienende städtische Armenhaus sowie dessen Nebengebäude einem gründlichen Umbau und einer Erweiterung zu unterziehen. Die Armenhausinsassen werden bekanntlich soweit angängig in angemessener Weise beschäftigt: eine Schneider- und eine Schuhmacherwerkstatt befinden sich in dem Armenhause, während die Tischler-, Maler- und Klempnerwerkstatt bisher etwa 500 m davon entfernt in dem Hintergebäude des jetzt als Siechenhaus dienenden früheren Kinderpflegehauses an der Pflegehausstraße untergebracht sind. Diese Trennung erschwert die Aufsicht sehr, auch ist zu berücksichtigen, daß sich unter den Insassen des Armenhauses viele altersschwache, epileptische usw. Personen befinden, deren Beschäftigung außerhalb des Bereichs des Armenhausgrundstücks manchem Bedenken begegnet. Es kommt hinzu, daß das einstöckige nicht unterkellerte Nebengebäude des Armenhauses vollständig baufällig geworden ist, auch muß die mit einer Senkgrube verbundene Abortanlage in ein Wasserklosett verwandelt werden. Mit der Pflegehausdeputation ist der Magistrat der Ansicht, daß bei der Ausführung der erforderlichen Baulichkeiten auf den Fortfall der entfernt liegenden verschiedenen Werkstätten, auf die Verbesserung der Baderäume, auf die Herrichtung eines feuer sichereren Treppen-

hauses und auf eine Reihe sonstiger Verbesserungen des gegenwärtigen Zustandes Bedacht zu nehmen ist.

Unter den Vorentwürfen der städtischen Bauverwaltung verdient nach dem Dafürhalten des Magistrates derjenige Plan den Vorzug, der eine Erweiterung des Armenhauses nach Osten zu durch einen dreigeschoßigen Anbau an der Giebelseite unter Freilassung des straßenseitig gelegenen Grundstücks vorsieht und sowohl am zweckmäßigsten, wie auch am billigsten die Lösung der Frage anstrebt. Ein eingeschossiges Nebengebäude soll die Werkstätten für Tischler, Maler und Klempner, sowie Geräte und Möbel in sich aufnehmen und gleichzeitig als Kartoffelschälraum dienen. Ein kleiner Schuppen für Handwagen und Karren wird südlich vom Hauptgebäude in der Grundstückscke aufgeführt werden. Nach der Goslarischenstraße zu ist eine gemauerte Einfriedigung mit Einfahrttor und Eingangspforte, nach dem Gemüsegarten hin ein einfacher Drahtzaun in Aussicht genommen.

Die Gesamtkosten der Baulichkeiten stellen sich auf 34 200 M. Davon entfallen 14 960 M auf den Anbau an das Armenhaus, 2000 M auf dessen Umgestaltung, 5500 M auf das Werkstätten-Nebengebäude, 2000 M auf den sich daran schließenden Möbel- und Geräteschuppen, 2600 M auf den Schuppen für Wagen und Karren, 2000 M auf die straßenseitige Einfriedigung, der Rest auf die sonstigen Nebenarbeiten.

Die Versammlung wird ersucht, dem Vorentwurf V nebst Kostenüberschlag zuzustimmen,

was auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Lübke berichtet, geschieht.

### VIII. Umbau des Gewandhauses usw.

Das von der Handelskammer eingereichte Projekt, betreffend den Umbau des Gewandhauses und die Errichtung eines Geschäftshauses wird der Versammlung mit folgenden Bemerkungen überandt:

Zufolge der §§ 4 und 5 des von der Versammlung genehmigten Entwurfs eines mit der Handelskammer abzuschließenden Vertrages bedarf sowohl das vorerwähnte Umbauprojekt, als auch das Neubauprojekt der Genehmigung der städtischen Behörden, doch ist in der Sitzung vom 25. April 1907 der Baukommission Vollmacht erteilt worden, über das Projekt, betreffend das neue Handelskammergebäude abgesehen von der Ausgestaltung des Turmes allein zu entscheiden. Die Verhandlungen wegen der baupolizeilichen Genehmigung und der Festlegung der Baulinie haben nun aber so lange gedauert, daß mit der Ausführung des Neubaus erst vor kurzem begonnen werden konnte; es dürfte daher die Beschlußfassung über beide Projekte durch die Versammlung umsomehr am Plage sein, als zwischen beiden Teilen in wirtschaftlicher Beziehung ein enger Zusammenhang besteht und

in architektonischer Beziehung die Frage von größter Bedeutung ist, ob nicht durch den Neubau das Gewandhaus ungünstig beeinflusst wird.

Aus dem hierüber erstatteten Berichte der städtischen Bauverwaltung ersucht der Magistrat zu entnehmen, daß die gegen den ersten Entwurf erhobenen baupolizeilichen Bedenken inzwischen ihre Erledigung gefunden haben und daß sie dem Gutachten beipflichtet, welches eine aus Mitgliedern des Ausschusses für Denkmalpflege und des Architekten- und Ingenieurvereins gebildete Kommission erstattet hat. In diesem Gutachten wird ausgeführt, daß beide Projekte zur Genehmigung empfohlen werden können, daß es aber zweckmäßig sei, die Frage, wie der obere Teil des Turmes an der Brabantstraße auszugestalten sei, erst dann zu entscheiden, wenn der Turm bis zu einer gewissen Höhe (Dachtraufe) ausgeführt und nach Aufstellung einer plastischen Kulisse in Naturfarben ein sachverständiges Urteil zu fällen möglich sei.

Der Magistrat hält dieses Vorgehen für durchaus praktisch und empfiehlt, das Projekt wegen des Umbaues des Gewandhauses und des Neubaus des Handelskammergebäudes unter dem Vorbehalte zu genehmigen, daß über die Ausgestaltung des oberen Teiles des Turmes von den städtischen Behörden erst später Entscheidung getroffen wird.

Infolge der inzwischen erfolgten Abänderung der Baulinie an der Brabantstraße erfährt die stadtheitig an die Handelskammer abzutretende Straßenfläche eine geringfügige Vergrößerung, indem die Gesamtgröße der an die Handelskammer abzutretenden Grundflächen nunmehr 228,8 qm beträgt, während die Stadt zwei Flächen von zusammen 12,7 qm erhält. Es wird daher weiter anheim gegeben, den Terrainaustausch, soweit solches nicht schon geschehen, zu genehmigen.

Namens der Baukommission berichtet über die Vorlage Herr Wolters: Die Baukommission schließt sich der Ansicht des Magistrates in allen Punkten an und empfiehlt die Genehmigung der gesamten Vorlage.

Eine aus Mitgliedern des Ausschusses für Denkmalpflege im Herzogtum Braunschweig einerseits und des Architekten- und Ingenieurvereins für das Herzogtum Braunschweig andererseits zusammengesetzte Kommission hatte sich, wie schon bemerkt, auf Ansuchen des Herrn Professors Lübke am 28. Mai 1907 unter dem Voritze des Herrn Stadtbaurats Winter zu einer Sitzung zusammengefunden, um das Projekt des Herrn Professors Lübke zu dem Um- resp. Erweiterungsbau des alten Gewandhauses für Zwecke der Handelskammer einer Prüfung zu unterziehen. Diese Prüfung hatte sich auf zwei Punkte zu erstrecken, nämlich

1. ob das fragliche Projekt im Einklange stehe mit den neuerdings gültigen Grundsätzen der Denkmalpflege,
2. ob durch dasselbe das kunsthistorisch wichtige und architektonisch hervorragende Gewandhaus irgend welche Einbuße zu gewärtigen habe.

Das Gutachten dieser Kommission nimmt hierzu in folgender Weise Stellung:

„**Zu 1:** Die im Innern des alten Gewandhauses projektierten Veränderungen bestehen in der Beseitigung von Pfeilern in den östlichen Souterrainräumen, in dem Einziehen einer massiven Decke daselbst anstelle der jetzigen Balkendecke, in der gänzlichen Beseitigung einer Zwischenbalkenlage und endlich in der teilweisen Höherlegung der Dachbalkenlage. Es handelt sich hierbei um keinerlei Teile, bei denen irgend welche Kunstformen angewandt sind; außerdem stimmt die Deckenteilung des alten Hallenbaues mit den Höhenteilungen der erst im Jahre 1590 vorgebauten Fassade gar nicht überein. In diesem Widerspruch allein schon sah die Kommission die Berechtigung, die Decken verändern zu dürfen, zumal da die zukünftigen der Ostgiebelfassade besser entsprechen werden, wie die jetzigen. Man war sich in der Kommission auch darüber einig, daß Einreden gegen ein derartiges Vorgehen überhaupt fast jeden Umbau unmöglich machen müßten, man konnte daher das eingeschlagene Verfahren als völlig unbedenklich erachten. Auch wurde betont, daß ein zweckmäßiger Umbau alter Bauwerke deren Bestand besser gewährleistet, als ein einfaches Konservieren vermag.

Im Außern des alten Gewandhauses kommen infolge des Umbaues zwei Veränderungen in Betracht, nämlich einmal solche an den Fenstern der bislang durch die Häuser der Garüche versteckt gewesenen Südfront und sodann an den Fenstern des Westgiebels. Auch sollen einige Doppelfenster der Südfront, welche als zum Ostgiebel gehörig bezeichnet werden müßten, von ihrer später erfolgten Zumauerung befreit werden, eben solche Fenster aber auch an der korrespondierenden Stelle der Nordfront angebracht werden. Der Ostgiebel selbst bleibt unangerrührt. Die Kommission hat sich unter eingehender Begründung ihres Standpunktes für diese Änderungen ausgesprochen.

**Zu 2:** Um zu einem Urteile zu gelangen, ob das alte Gewandhaus, insbesondere sein Ostgiebel, durch den geplanten Erweiterungsbau Einbuße erleide oder nicht, hielt es die Kommission für zweckmäßig, die Stilfrage zunächst einmal auszuscheiden und sich einfach zu fragen, ob die geplante Verteilung der Baumassen, ihre Gliederung in Türmen, Flächen, Dachmassen und Öffnungen eine glückliche, den alten Bau nicht schädigende sei. Es zeigte sich bei dieser Gelegenheit die alte Erfahrung bestätigt, daß in solchen Fragen der Eigengeschmack und die künstlerische Ueberzeugung bei den meisten Menschen verschieden sind; jedoch hat sich die Kommission auf gewisse grundsätzliche Fragen einigen können.

Von einer Seite wurde zunächst eingewandt, daß der Neubau in seiner östlichen Entwicklung, also gerade da, wo er mit dem Gewandhaus in Konkurrenz tritt, ein zu wuchtiges und schwerfälliges Gepräge zeige, daß insbesondere die Dachmasse in starker Weise überwiege und daher einer Einschränkung bedürfe. Diese Bedenken wurden indessen eingehend widerlegt.

In einem Punkte herrscht in der Kommission nach der ablehnenden Seite hin volle Einigkeit. Die von dem Südgiebel des Neubaus ausgehende, mit dem Gewandhausfirst in ihrer Höhe übereinstimmende Firstlinie endigt an dem Turme, und da dieser in seinem vollen Körper etwa ebenso hoch aufsteigt, so bildet sich zwischen der senkrechten Linie dieses Turmes und der schrägen Linie des Gewandhausgiebels ein entschieden häßlich wirkender dreieckiger Ausschnitt gegen die Luft, der auf allen einnehmbaren Standpunkten derselbe bleibt. Man ist schließlich nahezu einstimmig zu dem Resultate gelangt, daß die Fortsetzung der Firstlinie des Neubaus bis zum Gewandhausfirst die einzige in Betracht kommende Lösung sei.

Zu einer Einigung über die Turmhöhe und die Form seines Abschlusses ist es in der Kommission nicht gekommen. Daß ein Turm an der projektierten Stelle glücklich steht, daß er praktisch, notwendig und für die Entlüftung der Räume höchst wertvoll ist, wurde gleichmäßig anerkannt. Ein direkter Vorschlag konnte von keinem Mitgliede der Kommission gemacht werden. So wurde denn mit dem Angebot des Herrn Professor Lübke für den Fall der Ausführung gerechnet, den Aufbau des Turmes nur bis zu einer gewissen Höhe zu vollenden, alles übrige aber als plastische Kulisse in Naturfarben aufzurichten und dem Urteil einer ad hoc zu berufenden Sachverständigen-Kommission zu unterbreiten. Die Kommission war darüber nur einer Meinung, daß Herr Professor Lübke sich durch seine bisherige Arbeit als der Mann erwiesen habe, dem vertrauensvoll eine so schwierige Arbeit in die Hand gelegt werden könne, und es sei daher auch Gewähr vorhanden, daß das Projekt bei der weiteren Durcharbeitung immer mehr ausreifen werde, zu Braunschweigs Ehre.

Gleiche Gesichtspunkte leiteten die Kommission bei der bis zuletzt ausgefetzten Stilfrage. Daß Professor Lübke recht getan, mit dem Erweiterungsbau aus dem Formbereiche des Gewandhauses energisch herauszuweichen, darüber war nur eine Stimme; ebenso darüber, daß er mit der gewählten Stilfassung keine fremdartigen, vielmehr durchaus bodenständige Wege beschritten habe. Immerhin erhoben sich Meinungen, welche eine noch größere Vereinfachung der Detailbildung wünschten, wenn nicht gar eine ganz moderne Formgebung. Aber es kam doch auch wieder die Erwägung zum Durchbruch, man müsse es dem Architekten überlassen, die ihm zusagende Sprache zu sprechen. Es wurde daher beschlossen, diese Erörterungen in dem Protokoll allerdings zum Ausdruck zu bringen, sie aber als rein theoretisch zu bezeichnen."

Unterschrieben ist das Gutachten von folgenden Herren: Robert Bohlmann, Dr. P. J. Meier, Hermann Pfeiffer Professor, Otto Rasche, Georg Zeidler, F. Bohnsack, W. Osterloh Stadtbaumeister, Hans Pfeifer, L. Winter. —

Herr Wolters (fortfahrend): Die Baukommission hat davon Abstand genommen, sich darauf einzulassen, das Gutachten von so hervorragenden Fachleuten einer Begutachtung zu unterziehen, sie empfiehlt vielmehr, diesem Gutachten entsprechend die Genehmigung zu der gesamten Magistratsvorlage auszusprechen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Der Magistrat hat nicht beantragt, die Frage, wie der Turm ausgebaut werden soll, in die Hand der Baukommission zu legen, sondern hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß diese Entscheidung den städtischen Behörden überlassen bleiben müßte. Ich erkenne ohne weiteres an, daß es sehr schwer halten wird, eine so große Versammlung zur Stelle zu bringen, um zu bestimmen, welche Kulisse gewählt werden soll. Deshalb würde es an sich praktisch sein, der Kommission, die aus den sachverständigsten Leuten besteht, die Entscheidung zu überlassen. Ich für meine Person würde es mit der größten Freude begrüßen, wenn die Versammlung in der Weise beschlösse, weil wir dann die Verantwortung los wären, und ich glaube, der Magistrat wird das gern genehmigen. Jedenfalls wird die Frage sehr schwer zu beantworten sein, in welcher Höhe der Turm aufgeführt werden soll, da der eine meinen wird, er müsse höher, der andere, er müsse niedriger werden. Die Herren müssen sich heute darüber schlüssig werden, wer die Entscheidung fällen soll. Voriges Mal ging die Beschlussfassung dahin, daß über das Handelskammergebäude die Baukommission entscheiden sollte, und wir haben uns jetzt gesagt, nachdem wir die ganze Angelegenheit wegen des Gewandhauses der Versammlung zu unterbreiten hatten, können die Herren auch darüber entscheiden. Der Beschluß der städtischen Behörden, sich die Genehmigung zum Neubau des Handelskammergebäudes vorzubehalten, war nur damit begründet, daß sie an dieser Stelle kein Bauwerk zulassen wollten, durch das das Gewandhaus geschädigt werden könnte. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend kommt man von selbst dahin, daß etwaige bei der Bauausführung sich ergebende unbedeutende Aenderungen nicht nochmals der Versammlung unterbreitet werden müssen. Ich habe z. B. gehört, daß neuerdings beabsichtigt wird, das Dach etwas flacher herzurichten, was sollen nun wohl die Mitglieder der Versammlung dagegen haben können, wenn die Handelskammer das Dach flacher machen wollte? Es ist weiter erklärt worden, daß möglicherweise sich auch noch eine Aenderung an der Ausgestaltung des Geländers der freiliegenden Treppe als wünschenswert herausstellen könnte. Auch in dieser Beziehung dürften Bedenken nicht entgegenstehen, soweit dabei ein Einfluß auf das Gewandhaus nicht in Frage kommt. Es ist schon ein weitgehendes Recht der städtischen Behörden, der Handelskammer vorzuschreiben, du darfst auf deinem Grundstücke mit deinem Gelde nur so bauen, wie wir wollen. Wenn wir also die Gewißheit haben, daß das Gebäude angemessen ausgeführt wird, so können wir auch unbedenklich der Handelskammer nachlassen, kleine unbedeutende Aenderungen an dem Bauwerke allein vorzunehmen. Man könnte vielleicht

noch sagen, die Handelskammer sollte zu solchen Aenderungen die Zustimmung des Magistrates einholen, aber weiter sollten wir doch nicht gehen, weil eine noch herbeizuführende Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung den Bau in unangenehmer Weise aufhalten könnte. Ich darf wohl annehmen, daß der Magistrat ermächtigt ist, die Handelskammer demgemäß zu bescheiden.

Vorsitzender: Ich nehme an, daß die eben gehörten Ausführungen, betreffend das Handelskammergebäude, die Ansicht der Versammlung treffen. Betreffs der Ausgestaltung des Turmes hat die Versammlung zu beschließen, ob sie die Entscheidung in die Hand der Kommission legen oder diese Entscheidung selbst treffen will.

Herr Wolters: Da es sich bei der Ausgestaltung des Turmes lediglich um baukünstlerische Sachen handelt, so wird es nicht erforderlich sein, der Versammlung damit noch einmal zu kommen. Es gibt zwei Wege: entweder überläßt man die Beantwortung der Frage dem Magistrate mit einer zu dem Zwecke einzuberufenden Sachverständigen-Kommission, oder man geht weiter und beschließt, auch die Baukommission der Versammlung mit zuzuziehen.

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Damit wird der Magistrat einverstanden sein. Ich halte es für selbstverständlich, daß der Magistrat im ersteren Falle, ehe er sich schlüssig macht, das Gutachten der Sachverständigen-Kommission einholt. Wenn diese Kommission gesprochen hat, so sind wir der Gefahr überhoben, daß hinterher die Sachverständigen sagen: Da hat sich der Magistrat mal wieder in einer Kunstsache gehörig vergriffen.

Herr Buchler: Ich möchte meiner Meinung dahin Ausdruck geben, daß ich es für ein großes Unglück halten würde, wenn dort überhaupt ein Turm Platz fände. Die Fassade des Gewandhauses ist so schön, daß sie jedermann befriedigen wird; ein Turm würde die Aufmerksamkeit nur von der Fassade auf sich ablenken und den Eindruck stören, was ich sehr bedauern würde.

Herr Wolters: Die Sachverständigen-Kommission hat demgegenüber erklärt, daß der Turm eine sehr günstige Vermittlung zwischen dem alten Gewandhausgiebel und dem Neubau bilden würde und er dort richtig am Platze sein würde. Wir sollten daher an der Turmfrage nicht mehr rütteln.

Herr Jasper: Ich möchte fragen, welcher Kommission in Gemeinschaft mit dem Magistrate die Entscheidung über die Ausgestaltung des Turmes überwiesen werden soll? (Ruf: Der Baukommission!) Ferner möchte ich wissen, ob die Mitglieder der Baukommission allein dorthingeführt werden sollen, um die Kulissen in Augenschein zu nehmen? Die Kulissen müßten längere Zeit stehen bleiben, damit sie der Beurteilung der Öffentlichkeit unterworfen werden könnten.

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Ich halte es für bedenklich, an Ort und Stelle Beschlüsse zu fassen. Ebenso halte ich es für selbstverständlich, daß die

Kulisse so lange stehen bleibt, bis das Publikum davon Notiz genommen haben wird. Es ist für uns von großer Bedeutung, wenn wir wissen, daß der größte Teil des Publikums auf unserer Seite steht. Deshalb wird dem Publikum Gelegenheit gegeben werden, sich zu äußern.

Herr Sander: Soll denn die Baukommission mit der Entscheidung betraut werden?

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Wir sind zu der Entschließung, die Entscheidung in der Turmfrage den städtischen Behörden vorzubehalten, gekommen, weil Sie das beschlossen haben. Nun vermute ich aber, daß die Handelskammer auf diese Sachen nicht eingehen würde. Das Recht der städtischen Behörden geht etwas weit, weil es sich tatsächlich um ein vollständig neues Bauwerk handelt. Ich für meine Person muß ganz offen gestehen, ich würde es am liebsten sehen, wenn der Magistrat aus der Turmsache ganz ausschiede und wenn er sich mit Ihnen auf den Standpunkt stellte, die Entscheidung darüber in die Hand der Kunstkommission zu legen. Dann wissen wir genau, daß Sachverständige über die Frage urteilen. Ich halte mich persönlich nicht für sachverständig genug, und daß gerade sehr viele Sachverständige in dem Sinne im Magistrate säßen, kann ich auch nicht behaupten. Es wäre übrigens traurig, wenn wegen dieser Sache eine Differenz mit der Handelskammer entstehen sollte.

Vorsitzender: Ich halte es nicht nur für ein natürliches Recht der städtischen Behörden, in dieser Sache mitzusprechen, sondern für deren Pflicht und Schuldigkeit, von dem Bauwerke alles fern zu halten, was nach einer Verschimpfung oder Verschlechterung aussieht. Wir müssen da mitsprechen. Nur das Plenum der Versammlung kann sich nicht gut einmischen, deshalb würde ich damit einverstanden sein, wenn unsere Baukommission einen entsprechenden Auftrag erhielte. Sind die Herren indessen mit der Entscheidung der Kunstkommission allein einverstanden, so würde ich auch nichts dagegen haben.

Herr Wolters: Ich würde mich dem Vorschlage des Herrn Vorsitzenden anschließen, wenn aber die Versammlung die Baukommission mit einbeziehen will, so habe ich auch nichts dagegen. Nur darf die Baukommission die Entscheidung über den Turm nicht allein in der Hand haben.

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Ich glaube behaupten zu dürfen, daß der Magistrat niemals wichtige Rechte der Stadt aus der Hand geben wird, darauf können Sie sich heilig verlassen. Wenn die städtischen Behörden aber die Entscheidung über diese Kunstfrage in die Hand der tüchtigsten Leute der Stadt legen, so bin ich froh, wenn ich die Verantwortung nicht zu tragen brauche. Das ist kein Aufgeben von Rechten der Stadt. Lassen Sie mal das Unglück wollen, daß der Magistrat sich dem Gutachten der Kunstkommission anschließt, und die Baukommission hält diese Ansicht für falsch, so entsteht eine Differenz, die nicht aus-



zugleichen ist. Was machen wir dann? Beschließen Sie nun, was Sie wollen, wir werden Ihre Entschliebung der Handelskammer mitteilen und müssen der überlassen, Stellung dazu zu nehmen.

Herr Leue: Ich bin auch dafür, der Kunstkommission die Entscheidung zu übertragen. Es wurde schon gesagt, es könnte schließlich noch eine allgemeine Volksversammlung einberufen und der die Entscheidung übertragen werden. Viele Köpfe viele Sinne! Eine Sachverständigenkommission gibt uns mehr Gewähr, daß etwas Gutes geschaffen wird, als die von einzelnen Leuten beeinflusste Meinung vieler.

Herr Sander: Das beste muß geschaffen werden, und diese Gewähr wird nur gegeben, wenn wir der Kunstkommission die Sache überlassen. Ich glaube nicht, daß die Baukommission in der Lage ist, das kunstgemäß zu beurteilen; deshalb beantrage ich, der Kunstkommission die endgültige Entscheidung zu übertragen.

Herr Esdorn: Ich bin dieser Meinung ebenfalls, wenn ich auch kein Freund des Turmes bin. Es wäre nicht ausgeschlossen, daß der nördliche Teil neben dem Gewandhause einmal von der Stadt erworben würde, wenn das die Stadt zu ihrer Verschönerung für nötig hielte; es dürfte daher angebracht sein, daß bei der Errichtung des Turmes darauf Bedacht genommen würde.

Die Versammlung beschließt darauf, die endgültige Entscheidung über die Gestaltung des Turmes der Kunstkommission zu übertragen. Im übrigen wird die gesamte Magistratsvorlage, einschließlich des Terrainaustausches genehmigt.

### IX. Erweiterung des Schulgrundstücks an der Reichsstraße.

Zur notwendigen Vergrößerung des Schulgrundstücks an der Reichsstraße empfiehlt der Magistrat zunächst das Jahn'sche Grundstück, Reichsstraße 22, zum Preise von 50 000 M. anzukaufen. Die Vorlegung eines Projektes über die Erweiterung der dortigen Bürgerschule bleibt vorbehalten.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Lübke berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

### X. Zuschuß an den Verkehrsverein.

Zur Erlangung von Entwürfen eines wirksamen Reklameplakats hat der hiesige Verkehrsverein bekanntlich einen Wettbewerb ausgeschrieben. Der von den Preisrichtern mit dem ersten Preise ausgezeichnete Entwurf ist in einigen Einzelheiten umgearbeitet und in der geänderten Form zur Vervielfältigung bestimmt. Der Vorstand des Verkehrsvereins hat nun gebeten, zu den Kosten der Vervielfältigung, der Verpackung und der Versendung, sowie der Plakmiete für Wandflächen der Bahnhofsgebäude usw. 4000 M. aus den Erträgen der Umsatzsteuer zu bewilligen.

Die Höhe der gesamten Kosten für Anfertigung und Verbreitung des Plakats läßt sich mit einiger Sicherheit noch nicht feststellen. Der Magistrat hält es deshalb nicht für zweckmäßig, eine feste Summe zur Verfügung zu stellen, gibt vielmehr anheim, sich damit einverstanden zu erklären, daß zu den erwähnten Kosten aus den Erträgnissen der Umsatzsteuer bis zu 4000 M auf Liquidation gezahlt werden können.

Die Versammlung ist hiermit einverstanden, nachdem Herr Schmidt den Antrag namens der Finanzkommission zur Annahme empfohlen hatte.

## XI. Antrag Probst: Verbreiterung verschiedener Brücken.

Der Antrag lautet:

„Es wird beantragt, den Antrag des Stadtverordneten Möhle auf die Osterbrücken am Gieseler und am Wilhelmitore auszuweiten.“

Herr Probst (zur Begründung): Wenn, wie der in der Sitzung vom 9. Januar d. Js. — Seite 329 des Berichtes — gestellte Antrag des Herrn Möhle bezweckt, die Verbreiterung einer Osterbrücke angeregt werden soll, so halte ich es für richtiger, nicht eine Brücke herauszugreifen, sondern es müßte erwogen werden, ob nicht noch andere Brücken der Verbreiterung bedürften und welche Brücken zuerst verbreitert werden müßten. Meiner Meinung nach müssen alle unsere Osterbrücken verbreitert werden, aber in erster Linie die Brücken am Wendentore und am Gieseler, weil diese am meisten befahren werden.

Den genügend unterstützten Antrag erhält die Baukommission zur Vorberatung.

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

Dauer von 4 bis 7<sup>3/4</sup> Uhr.



1907/1908.Nr. 12.

# B e r i c h t

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten

### zu Braunschweig

in deren Sitzung am 20. Februar 1908.

---

#### Tagesordnung:

- |                                                                |           |
|----------------------------------------------------------------|-----------|
| I. Stadthaushaltsplan für 1908/09 . . . . .                    | Seite 408 |
| II. Antrag Riefe: Erhöhung der Armenunterstützungen . . . . .  | „ 441     |
| III. Erhöhung des Zuschusses für den Samariterverein . . . . . | „ 450     |
- 

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer und Stadträte von Frankenberg und Wagner.

Den Vorsitz führt Herr Hauswaldt.

Nach Eröffnung der Sitzung gibt der Herr Vorsitzende bekannt, daß der Landesverband zum Schutze von Handel und Gewerbe für das Herzogtum Braunschweig die Mitglieder der Versammlung zum Besuche seines am 23. Februar hier stattfindenden zweiten Vertretertages eingeladen habe.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

## I. Stadthaushaltsplan für 1908/09.

Herr Wolters als Berichterstatter der Finanzkommission: Ghe wir in die Beratung des Etats im einzelnen eintreten, möchte ich mir erlauben, einige Bemerkungen allgemeiner Art voranzuschicken und zwar nach zwei Richtungen hin. Zunächst gestatte ich mir, einen Vergleich zwischen dem bevorstehenden Jahre 1908/09 und dem noch laufenden Jahre 1907/08 zu ziehen und sodann einen kurzen Ueberblick über die in den nächsten Jahren sich ergebende Finanzlage zu bieten.

Was den ersten Teil betrifft, so finden die Herren auf Seite 93 des Stadthaushaltsplanes, daß das Ordinarium mit einem Fehlbetrage von 33 000 M abschließt, gegenüber einem Fehlbetrage von 40 000 M im Vorjahre. Dieser mutmaßliche Fehlbetrag ist in doppelter Weise begründet. Zunächst sind Mindereinnahmen gegenüber dem Vorjahre vorhanden, wenn man nämlich den irregulären Zuschuß des Schulhausbaufonds von 100 000 M (im Kapitel XI) außer Betracht läßt, und außerdem sind auch Mehrausgaben entstanden. Die Mindereinnahmen betragen 58 745 M, denn während im Vorjahre ein Einnahmebetrag von 5 213 298 M vorhanden war, beträgt er nach dem Voranschlage für 1908/09 nur 5 154 553 M. Der Hauptgrund für die bevorstehende Mindereinnahme liegt darin, daß, obwohl aus den Steuern ein Mehreingang von 69 900 M erwartet wird, im Kapitel XIV ( Insgemein) der Uberschuß aus dem Jahre 1906/07 erheblich kleiner war (77 934,45 M) als aus dem Jahre 1905/06 (164 859,05 M). Dem gegenüber haben wir noch Mehrausgaben zu erwarten, die gegenüber dem laufenden Jahre 34 255 M betragen. Die Ausgaben des laufenden Jahres betragen nämlich anslagsmäßig 5 253 298 M, während sie für 1908/09 mit 5 287 553 M veranschlagt werden. Zählt man die Mindereinnahme von 58 745 M und die Mehrausgabe von 34 255 M zusammen, so ergibt sich zu ungunsten des nächstjährigen Etats eine Differenz von 93 000 M. Nun ist vorgesehen worden, daß aus dem Schulhausbaufonds in das Ordinarium ein Zuschuß von 100 000 M eingestellt wird, wodurch ein Plus von 7 000 M erzielt wird. Demnach wird der diesjährige Fehlbetrag von 40 000 M auf 33 000 M im nächsten Jahre ermäßigt werden. Die Mindereinnahmen und die Mehrausgaben, welche die ungünstige Gestaltung des Voranschlages für 1908/09 hauptsächlich veranlaßt haben, betragen

|                                     |
|-------------------------------------|
| 117 698,24 M an Mindereinnahmen und |
| 97 800,00 M „ Mehrausgaben          |
| <hr/>                               |
| zusammen 215 498,24 M.              |

Diese Mindereinnahmen und Mehrausgaben werden zum größten Teile dauernde sein. Die Differenz zwischen den Endsummen der Einnahmen und Ausgaben konnte nur durch anderweite Mehreinnahmen und Minderausgaben auf 133 000 M und erst durch Einstellung von 100 000 M aus den Mitteln des Schul-

hausbaufonds auf 33 000 M ermäßigt werden. Nach der grundsätzlichen Meinungsäußerung der Versammlung und der grundsätzlichen Stellungnahme der eingesetzten Deputation hat man ferner mit einer Mehrausgabe von rund 170 000 M für die beabsichtigte Erhöhung der Beamtengehälter zu rechnen. Es ist hier nicht am Platze, über die Einzelheiten solcher Erhöhung zu sprechen, jedoch sollte wenigstens angedeutet werden, welcher Betrag bei einer zehnprozentigen Erhöhung in Frage kommen würde. Bei dieser beabsichtigten Erhöhung der Gehaltsätze ist ein Teil besonders der höheren Beamten deswegen vorläufig nicht berücksichtigt worden, weil in vielen Fällen bei ihnen erst vor kurzem eine Gehaltserhöhung stattgefunden hat. Es wird indessen auch diesen Beamten in Zukunft eine weitere Steigerung ihrer Gehälter nicht versagt werden können, wenn etwa der Staat, was beabsichtigt sein soll, seinen Beamten höhere Gehaltsätze geben wird.

Vom Jahre 1911 ab haben wir ferner eine Mehrausgabe von jährlich 60 000 M für die dann beginnende stärkere Amortisation der Anleihen zu gewärtigen und schließlich würde noch der Betrag in Frage kommen, den wir als Zuluße zum Bahnhofsbau aufzuwenden hätten. Betrachten wir alle diese Umstände zusammen, so werden wir uns der Ansicht nicht verschließen können, daß uns in den nächsten Jahren bedeutende Mehrausgaben bevorstehen.

Um unleidliche Schwankungen im Ordinarium zu verhüten, empfiehlt der Magistrat, den Schulhausbaufonds fortan, solange er dazu imstande sein wird, zu einem Beitrage heranzuziehen, womit die Finanzkommission grundsätzlich einverstanden ist. Selbstverständlich reicht die dem Ordinarium zugeführte Summe im Verhältnis zu den erwachsenden Mehrausgaben bei weitem nicht aus, einen Ausgleich herbeizuführen; der Magistrat ist deshalb bemüht, in anderer Weise Steuerquellen zu erschließen, und es wird demnächst eine entsprechende Vorlage an die Versammlung ergehen.

Herr Schmidt: Ich sehe den Etat nicht für so schlimm an, wie der Herr Referent es darzustellen versucht hat. Wenn wir noch in der Lage sind, solche Ausgaben, wie den Umbau des Gaswerkes, aus unseren Einnahmen zu bestreiten, wenn wir Werte, die sich im Laufe der Zeit verbessern, amortisieren, wenn wir für den Neubau des Wasserwerkes im Süden der Stadt die Mittel liegen haben, so brauchen wir nicht so trübe in die Zukunft zu schauen und zu tun, als ob wir in ganz schlechte Verhältnisse kommen werden. Wenn wir jetzt den Schulhausbaufonds angreifen und für unsere Zwecke herbeiziehen, so kommen wir später wohl noch einen Schritt weiter und sagen: weshalb sollen die Ueberschüsse aus dem Gas- und Wasserwerke zu Schulbauten verwendet werden, deren Kosten wir amortisieren können? Warum müssen wir solche Ausgaben aus den laufenden Einnahmen bestreiten, wo eine anständige Amortisation ausreichend ist? Unsere Steuerzahler und Gasverbraucher haben ein Recht, zu verlangen, daß diese Einnahme dauernd dem Etat zugute kommt und nicht zu Bauten verwendet wird, die amortisiert

werden können. Wir können deshalb getrost sagen: haben wir jetzt dem Schulhausbaufonds 100 000 M entnommen, so können wir das auch in Zukunft regelmäßig tun. In den Zeiten, wo wir Ueberschüsse haben, mögen wir gut amortisieren, wie das auch geschehen ist, wenn aber Zeiten kommen, wo das nicht der Fall ist, so haben wir dazu keine Veranlassung. Anträge will ich zu dieser Sache heute noch nicht stellen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich bedaure sehr, diesen Ausführungen nicht beipflichten zu können. Wenn Herr Schmidt sagt, es sei anerkennenswert, daß wir die großen Bauten für die Gas- und Wasserwerke aus zurückgelegten Mitteln bestreiten können, so ist das richtig, und auch wir freuen uns im Magistrate darüber, daß die beiden Werke so gestellt sind. Dabei bitte ich aber zu beachten, daß die Werke mit unserem Ordinarium nichts zu tun haben und daß das den Reservefonds der beiden Werke bildende Geld überhaupt gar nicht vorhanden ist, sondern daß wir dieses buchmäßig, zurzeit über eine Million betragende zurückgelegte Kapital haben verbrauchen müssen als Betriebskapital und zur Deckung der Ausgaben des Extraordinariums. Wenn wir die Million liegen hätten und könnten die Neubauten davon bestreiten, so würde ich Herrn Schmidt recht geben. Nun könnte man sagen, das geht uns bei unserm Ordinarium nichts an, jedoch wäre das nicht richtig. Wenn wir dieses den beiden Werken noch gehörende Geld jetzt zur Ausführung von Erweiterungsbauten zc. verwenden wollen, so wird damit die Stadtkasse des Geldes ohne weiteres beraubt und muß anderweit Geld schaffen, mit einem Worte: es kommt auf dasselbe hinaus, ob wir das Geld nehmen, oder ob wir uns schon Geld geliehen hätten und würden es nun zurückgeben. Sind wir denn in der Lage gewesen, den Umbau des Gaswerkes weiter zu führen, ohne Geld zu beschaffen? Keineswegs; wir mußten den Zinsfuß erhöhen, um Geld zu bekommen. In dieser Beziehung dürfen wir uns keiner Täuschung hingeben.

Nun ist weiter auf die Schulhausbauten eingegangen. Ich habe mich in den ganzen Jahren immer über den Schulhausbaufonds gefreut. Was Herr Schmidt angedeutet hat, führt dahin, ihn zugrunde gehen zu lassen, und das würde ich für ein Unglück halten. In Preußen werden die Gemeinden vom 1. April d. Js. ab durch Gesetz gezwungen werden, sich einen Schulhausbaufonds zu schaffen und das dazu benötigte Kapital aus ihren laufenden Einnahmen zurückzulegen, widrigenfalls eine Zwangsetatistierung erfolgt. Wir sind hier den preussischen Städten voraus gewesen, und sollten uns freuen, daß es uns gelungen ist, so zu wirtschaften. Wie gut das ist, können die Herren, welche neu unter uns sind, nicht so beurteilen, wer aber weiß, wie es vor zehn Jahren noch ging: kaum hatten wir ein Jahr Ruhe, da mußte wieder eine neue Schule gebaut werden, der muß sich sagen, daß es außerordentlich bedenklich ist, Ausgaben, die aus dem Extra-

ordinarium zu bestreiten sein würden, die sich aber so schnell wiederholen, daß sie zu ordentlichen Ausgaben werden, durch Anleihen zu bestreiten. Die Amortisierung der Anleihen ist sehr gut, wenn ich aber alle Jahre wieder so viel neu anleihen muß, wie ich amortisiere, so hat die ganze Amortisation keinen Zweck. Deshalb lassen Sie uns sagen: wir wollen, um eine Steuererhöhung zu verhüten, einstweilen den Schulhausbaufonds mit heranziehen, um die laufenden Ausgaben zu decken, er kann es jetzt leisten, das erkennt der Magistrat an, und wenn nichts besonderes dazwischen kommt, so wird er es auch in Zukunft können, aber den Fonds dauernd verschwinden zu lassen, würde ich für ein Unglück halten.

Es wird nunmehr zur Einzelberatung des Stats geschritten.

## 1. Voranschlag der Kämmereikasse.

### A. Ordentliche Einnahme und Ausgabe.

#### Kapitel I. Kämmerervermögen.

Herr Wolters: Die Einnahmen sind von 654 800 M im Jahre 1907/08 auf 640 400 M heruntergegangen. Der Grund liegt hauptsächlich in dem geringeren Zinsertrage, nachdem das der Kirchenkasse gegebene Darlehn zum größten Teile bereits zurückgegeben ist oder noch zurückgegeben wird.

Herr Wesemeier: Auf Seite 6 findet sich unter E 3 als Miete des Eisbahnvereins für Benutzung des im erweiterten Bürgerparke angelegten Teiches ein Betrag von 500 M ausgeworfen. Wird es nicht möglich sein, auch die Fischerei in den der Stadt gehörenden Teichen zu verpachten? Vielleicht ließe sich daraus noch eine Einnahme erzielen?

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Es sind schon früher derartige Verhandlungen geführt worden und insbesondere wurde versucht, die Fischerei in dem dem Eisbahnsport dienenden Teiche zu verpachten. Dabei kamen 30 M jährlich heraus, jedoch mußte auch an verschiedenen Stellen des Teiches das Eis aufgehauen werden, damit die Fische nicht krepiereten. Da haben wir uns gesagt, wenn nicht mehr herauskommt, hat die Sache keinen Zweck. Vielleicht könnte man noch einen anderen Teich hinzunehmen. Die Sache kann noch einmal in Erwägung gezogen werden, aber es steht ziemlich fest, daß mit der Fischerei in den städtischen Teichen nicht viel zu machen ist.

#### Kapitel II. Kirchliche Zwecke.

Dieses Kapitel enthält eine Zusammenstellung der zugunsten der Gemeine-Kirchenkasse erhobenen Darlehen.



### Kapitel III. Unterrichtsweisen

gilt erst nach Genehmigung der Einzelstats als genehmigt.

### Kapitel IV. Kunst und Wissenschaft.

Herr Wolters: Auf Seite 39 findet sich unter III eine Zuwendung von 900 M an den hiesigen Kunstverein zur Vermehrung der Sammlungen von Kunstwerken der Neuzeit. Dieser Betrag wird alljährlich eingesetzt, und die städtische Galerie erhält dafür Kunstwerke. Der Umfang dieser Schenkung ist bislang nicht bedeutend gewesen, jedoch sind der städtischen Galerie im letzten Jahre ganz bedeutende Schenkungen gemacht worden. Das ist darauf zurückzuführen, daß der Kunstverein sich hierdurch bemühte, seinen Dank für die Herleihung der Räume des städtischen Museums zu der von ihm veranstalteten Ausstellung auszudrücken.

### Kapitel V. Armenpflege.

Dieses Kapitel gilt erst nach der Beratung der betr. Einzelstats als erledigt.

### Kapitel VI. Gesundheitswesen.

Herr Bunge: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob die kostenlose Benutzung der Desinfektionsanstalt durch Unbemittelte als Armenunterstützung angesehen wird und die betreffenden Leute dadurch ihrer politischen Rechte verlustig gehen?

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich kann Herrn Bunge über diese Sache beruhigen. Ein diese Frage regelndes Landesgesetz schreibt vor, daß die Kosten in dem Falle übernommen werden können, wo jemand sie nur mit Gefährdung seines und seiner Angehörigen Unterhalt tragen kann. Zuständig für den Erlaß ist die Herzogliche Polizeidirektion im Einvernehmen mit dem Magistrate. Werden die Kosten übernommen, so tragen Staat und Stadt je die Hälfte. Diese Uebernahme gilt nicht als eine Armenunterstützung, sondern als eine Maßregel, die unter die Rubrik „Gesundheitswesen“ gehört, wo hier auch die Ausgaben für Unterhaltung und Bedienung der Desinfektionsanstalt gebucht worden sind; sie haben also weder mit der Armenkasse, noch mit der Gefährdung der politischen Rechte etwas zu tun.

Herr Wolters: Das Linsenstift wird voraussichtlich am 1. Mai d. Js. eröffnet werden können. Für die Unterbringung unbemittelter fallstüchtiger Kinder ist ein Betrag von 10000 M ausgeworfen worden, dem ein Verpflegungsfaß von 450 M für das Jahr und das Kind zugrunde liegt. In welchem Umfange hiesige unbemittelte Einwohner von der Einrichtung Gebrauch machen werden, steht noch

nicht fest, jedoch läßt sich annehmen, daß die Summe nicht voll in Anspruch genommen werden wird.

### Kapitel VII. Vereinszwecke und Volksfeste.

Hierzu findet sich nichts zu bemerken.

### Kapitel VIII. Feuerlöschwesen.

Herr Wolters: Das Sigum des Staates wird sich nach dem Begleitschreiben des Magistrates aus den dort angegebenen Gründen voraussichtlich etwas ändern. Es wird das besonders dann der Fall sein, wenn etwa der Magistrat, die Deputation und die Stadtverordneten sich entschließen sollten, den versuchsweise schon eingeführten Automobilbetrieb für das Feuerlöschwesen definitiv einzuführen. Ueber den jetzigen Stand dieser Frage darf ich folgendes bemerken: Seitens des Kreisbranddirektors Lehmann ist mit der Firma H. Büßing ein vorläufiges Uebereinkommen getroffen worden, wonach zunächst mit einem Fahrzeuge Versuche gemacht worden sollen, die auf die Gefahr der Firma Büßing gehen. Eine vorhandene Gasspritze ist auf ein von Büßing geliefertes Untergerüst montiert worden, um hiermit drei Monate lang Proben auszuführen. Nach Ablauf dieser drei Monate werden sich die zuständigen städtischen Organe zu entschließen haben, ob sie von dem Erwerbe des Fahrzeuges absehen oder ihn beschließen wollen. Irgend welches finanzielles Engagement ist stadtseitig bisher nicht eingegangen. Die Deputation war der Meinung, daß die Einführung des Automobilbetriebes schon deshalb empfohlen werden könne, weil eine Ersparung an Kosten zu erwarten sei, indem die Amortisation und die Aufwendung an Zinsen bei dem Betriebe mit Pferden nicht unerheblich seien. Der Automobilbetrieb würde bei dauernder Benutzung allerdings recht teuer sein, aber die Kosten würden sich bei kurzen Betriebszeiten ganz wesentlich ermäßigen. Unter solchen Verhältnissen ist demnach bei zeitlich so geringer Beanspruchung der Fahrzeuge, wie für Feuerlöschzwecke, auf große Betriebskosten nicht zu rechnen. Einen weiteren Vorteil sah die Deputation darin, daß bei der Verwendung solcher Fahrzeuge an Bedienungspersonal gespart werde und auch die Anzahl der Gebäude zur Unterbringung von Mannschaften und Pferden sich verringern lasse. Letzteres ist aber besonders dann von großer Bedeutung, wenn es sich darum handeln sollte, in der Außenstadt eine Feuerwache unterzubringen. Viele Stadtverwaltungen sind bereits dazu übergegangen, den Automobilbetrieb im Feuerlöschwesen einzuführen und darunter in besonders großem Maßstabe Berlin. Es wird uns also vorbehalten sein, hierüber noch Beschluß zu fassen. —

Die Anfangslohnsätze der Feuerwehrmänner sind von 1000 M auf 1100 M erhöht worden, so daß der Höchstlohnsatz von 1500 M jetzt schon in 12 Jahren erreicht werden kann.

Die Beschaffung der im Etat für 1907/08 vorgesehenen neuen Drehleiter zu 9675 M und die Reparatur der alten Leiter zu 4610 M ist vorläufig noch hinausgeschoben worden, weil die Versuche mit dem Automobilbetrieb dazwischen gekommen sind. Sollten beide Ausgaben erst im Jahre 1908/09 erfolgen, so würden sie außeretatsmäßig stattzufinden haben.

### Kapitel IX. Ortspolizei.

Herr Ohlen dorf: Den Nachtwächtern scheint man absolut keine Zulage geben zu wollen, trotzdem kürzlich hier erklärt worden ist, daß allen städtischen Arbeitern bei Aufstellung des neuen Etats eine Lohnaufbesserung zu teil werden sollte.

Sch möchte beantragen:

„den Anfangslohnsatz der Nachtwächter um 5 M monatlich zu erhöhen“.

Herr Wolters: Diese Frage ist auch in der Finanzkommission eingehend beraten worden, aber die Mehrheit der Kommission hat sich zu einer Erhöhung der Nachtwächterlöhne nicht verstehen können und zwar aus folgendem Grunde: Die Polizei ist an sich Sache des Staates und wenn auch anerkannt werden mag, daß besonders in den Morgenstunden die Bewachung der Stadt zu wünschen übrig lassen dürfte, so hielt es die Finanzkommission doch nicht für angebracht, jetzt in eine Lohnerhöhung ohne eine gewisse Gegenleistung einzuwilligen. Es mag Sache der städtischen Behörden sein, das weitere in dieser Angelegenheit zu veranlassen.

Vorsitzender: Es liegt ein Antrag des Herrn Esdorn vor, dahingehend,

„den Magistrat zu ersuchen, die nötigen Schritte zu tun, um eine bessere Bewachung der Stadt in der Zeit von 5 bis 7 Uhr morgens zu bewirken“.

Wir waren nun in der Finanzkommission der Ansicht, daß diese Sache nicht von der Seite aus angefaßt werden müßte, eine Erhöhung der Nachtwächterlöhne zu beschließen, sondern umgekehrt, zu beschließen, daß wir eine bessere Bewachung der Stadt in den Morgenstunden verlangen und dabei eine Erhöhung der Löhne in Aussicht genommen werde.

Herr Ohlen dorf: Weshalb sollen die Nachtwächter als städtische Arbeiter unter diesen Verhältnissen leiden? Wir haben die Verpflichtung, den Leuten den heutigen Verhältnissen entsprechend mehr Lohn zu geben.

Vorsitzender: Wir hatten diese Sache in der Finanzkommission längere Zeit besprochen. Die Nachtwächter erhalten ungefähr 30 M für die Arbeitsstunde. Es würde nun wünschenswert sein, das Einkommen der Nachtwächter zu erhöhen, falls sie ihren Dienst entsprechend ausdehnten, während es andererseits unpraktisch

sein würde, jetzt eine Erhöhung der Nachtwächterlöhne zu beschließen, ohne gleichzeitig eine bessere Bewachung der Stadt mit in Erwägung zu nehmen.

Herr Esdorn: Ich glaube, der Herr Vorsitzende faßt den Antrag Ohlendorf nicht richtig auf. Ich will mit meinem Antrage bezwecken, daß die Polizei uns für die vielen Unkosten, die wir heute schon für sie aufwenden, eine bessere Bewachung der Stadt in den frühen Morgenstunden bietet. Dagegen soll der Antrag nicht bezwecken, den Dienst der Nachtwächter länger als bisher auszudehnen, sondern die Polizeibeamten sollen ihren Dienst früher anfangen. Wie mir mitgeteilt worden ist, soll ein Teil der in letzterer Zeit hier vorgekommenen Einbruchsdiebstähle gerade in diesen frühen Morgenstunden ausgeführt worden sein, wo die Stadt ohne jede Bewachung ist. Bei der Behandlung meines Antrages möchte ich den Magistrat bitten, auch eine gewisse Abendzeit mit zu berücksichtigen, in der die Verhältnisse ebenso liegen sollen. Wir leisten einen ziemlich hohen Zuschuß für das Nachtwachwesen und die Ortspolizei und dürfen wohl erwarten, daß unsere Stadt dafür eine bessere Bewachung bekommt als bisher. Den Antrag Ohlendorf betrachte ich dagegen als etwas anderes. Ich halte den Lohn der Nachtwächter ebenfalls für zu gering, und glaube nicht, daß wir bei solcher Entlohnung dasjenige Material für unser Nachtwachwesen bekommen werden, was wir gern haben möchten. Deshalb werde ich den Antrag Ohlendorf unterstützen.

Herr Wolters: Nach meiner Meinung sind die Anträge Esdorn und Ohlendorf sehr wohl weiter zu verfolgen, aber es liegt nicht im Interesse der Staatsberatung sie mit dem Etat zu verquicken. Ich möchte empfehlen, die beiden Anträge, die auch noch vorberaten werden müssen, als selbständige zu behandeln.

— Beide Antragsteller sind hiermit einverstanden. —

Herr Mohr: Ich möchte den Magistrat bitten, bei der Herzoglichen Polizeidirektion dahin vorstellig zu werden, daß die Nachtpolizei ebenso mit Nummern versehen werde, wie die Tagpolizei. Es würde dieses die Aufklärung von Differenzen bei späteren Gerichtsverhandlungen sehr erleichtern. Die Anregung hierzu habe ich von einem Oberamtsrichter bekommen, der mir sagte, daß die Parteien sehr oft den Namen des betreffenden Nachtwächters nicht wüßten und dieser dann auch nicht mehr festzustellen sei.

## Kapitel X. Straßenbau, Kanalbau und Vermessungswesen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Auf Seite 65 des Haushaltsplanes unter 13 f. ist die Jahreszahl 1671 in 1760 abzuändern.

Herr Bunge: Unter den für die Neupflasterung usw. in Aussicht genommenen Straßen vermiße ich die Kreuzstraße. Wie Sie sich erinnern werden, habe ich schon mehrere Male einen Antrag auf Instandsetzung dieser Straße gestellt, auf den bislang nur insofern reagiert worden ist, als die Pflasterung von der Gabelsberger-

straße bis zum Altstadtringe, und zwar eigentümlicher Weise vor dem Grundstücke eines der ersten Wählerklasse angehörenden Einwohners vorgenommen ist, während oberhalb dieses Straßenteiles nach wie vor große Wasserpfützen stehen. Ich möchte daher folgenden Antrag stellen:

„Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, die Pflasterung der kleinen Kreuzstraße noch aufzuschieben und dafür die große Kreuzstraße mit Pflasterarbeiten in Angriff zu nehmen.“

Vorsitzender: Würde es nicht richtiger sein, die kleine Kreuzstraße hierbei ganz aus dem Spiele zu lassen und den Antrag auf die Pflasterung der großen Kreuzstraße zu beschränken?

Herr Bunge: Ich gebe zu, daß der Vorschlag des Herrn Vorsitzenden empfehlenswert und es besser ist, vielleicht die eine oder andere Straße in der Nähe des Hoftheaters liegen zu lassen. Deshalb ändere ich meinen Antrag folgendermaßen ab:

„Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, die Pflasterung der Kreuzstraße in Angriff zu nehmen.“

Vorsitzender: Der Antrag wird als ein selbständiger behandelt werden.

Herr Esdorn: Da weitere, als die im Etat vorgesehenen Straßenpflasterungen mit Rücksicht auf die Finanzlage nicht in Angriff genommen werden können, so sehe ich davon ab, entsprechende Anträge zu stellen; ich möchte indessen anregen, die Pflasterung der zweiten Hälfte der Gilden- und der Schternstraße sowie die Pflasterung der Scharrnstraße, die sich ebenfalls in einem schlechten Zustande befindet, vorzumerken.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Das ist etwas ganz anderes, als was Herr Bunge beantragt hat. Wir haben im Begleitschreiben ausgeführt, daß von innenstädtischen Straßenbauten bei dem ungünstigen Abschlusse des Voranschlags für das Mal um so eher Abstand genommen werden könne, als derartige Arbeiten in den letzten Jahren in verhältnismäßig großem Umfange ausgeführt seien. Ob das im nächsten Jahre möglich sein wird, muß der Magistrat von dem Abschlusse des laufenden Jahres abhängig machen. Es läßt sich sehr wohl rechtfertigen, die innenstädtischen Pflasterungen erst dann vorzunehmen, wenn das vorhergehende Jahr mit einem größeren Ueberschusse abschließt, wie das ein guter Hausvater ebenfalls macht. Ob aber dann gerade die von Herrn Esdorn genannten Straßen an die Reihe kommen werden, kann ich auch nicht sagen. Ich halte z. B. in erster Linie die Instandsetzung des Nickelnulkes für notwendig, der schon deshalb zuerst herankommen muß, weil dort die allermeisten Kinder spielen, während die Scharrnstraße einen sehr geringen Verkehr hat. Wir hatten den Nickelnulk schon behufs Asphaltierung mit aufgenommen, mußten ihn aber aus dem angeführten Grunde

zurückstellen. Jedenfalls aber kommen die von Herrn Esborn angeführten Straßen auch noch an die Reihe.

Herr Jasper: Zu Seite 61, 3, a, bb, „Arbeitslöhne der Aufseher, Wegewärter und deren Gehilfen“ scheint es mir, als ob die Zusage des Herrn Oberbürgermeisters — wenigstens habe ich dessen Ausführungen so aufgefaßt —, daß in dem neuen Etat die städtischen Arbeiter aufgebeßert werden sollten, nicht in Erfüllung gegangen ist, anscheinend wenigstens ist eine wesentliche Erhöhung der einzelnen Lohnbeträge nicht vorgesehen. Ich möchte um Aufklärung bitten, ob vielleicht gleichwohl eine Aufbesserung stattgefunden hat und in welchem Umfange.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Soviel mir bekannt, ist eine Lohnerhöhung hier nicht vorgesehen. Ich muß aber auch bestreiten, behauptet zu haben, daß sämtliche Arbeiter aufgebeßert werden sollten. Herrn Dr. Jasper wird wohl folgender Vorgang vorschweben: Herr Dr. Wolters hatte in einer Sitzung eine derartige Behauptung aufgestellt, jedoch konnte er das nur von den Deputationen wissen, welchen er angehörte und von diesen war allerdings eine Lohnerhöhung in Aussicht genommen. Ich habe damals bestätigt, daß für die Gasarbeiter eine Aufbesserung vorgesehen werde, ja ich konnte sogar erklären, daß wir diese Arbeiter schon für die Vergangenheit aufgebeßert hätten. Daß alle Arbeiter aufgebeßert werden sollten, habe ich dagegen nicht behauptet. Auch die Arbeiter auf den Rieselfeldern haben wir nicht aufgebeßert, weil wir das zumal bei den fremden Arbeitern aus Polen usw. nicht für nötig hielten. Der Magistrat hat sich auf den Standpunkt gestellt, den Anträgen der Deputation nicht zu widersprechen, sofern dazu nicht besondere Gründe vorliegen, daß er aber andererseits keine Veranlassung habe, über die Forderungen der Deputation noch hinauszugehen. Wenn Sie jetzt die Löhne noch einmal nachprüfen wollen, so ist das Ihr Recht; sollten dabei Wünsche auf Änderungen geäußert werden, so bitte ich, das in Form von Beschlüssen zu tun. Es ist übrigens schon früher einmal darauf hingewiesen, daß bei den städtischen Wegen der Außenstadt Leute beschäftigt werden, die nicht mehr voll arbeitsfähig sind.

Herr Jasper: Es mag sein, daß ich denselben Vorgang im Auge habe. Es drehte sich um den Antrag, den städtischen Beamten eine Zuwendung zu machen, und dabei war von Herrn Kiefe hervorgehoben worden, daß nicht nur die Beamtengehälter, sondern auch die Löhne der Arbeiter aufgebeßert werden müßten, und darauf kam die Zusage. Ich habe in der Kommission schon hervorgehoben, daß, wenn die Gehaltserhöhungen in dem allgemein gewünschten Umfange Platz greifen sollten, so träfen dieselben Gründe auch für die Lohnerhöhungen zu. Dem Herrn Oberbürgermeister will ich recht geben, daß es nicht möglich ist, einen solchen Antrag im Rahmen der heutigen Verhandlung eingehend zu prüfen, ich möchte daher folgenden selbständigen Antrag einbringen:

„Der Magistrat wird ersucht, die Löhne der im Straßenbau, Kanalbau usw. beschäftigten Wärter und Arbeiter angemessen zu erhöhen.“

Herr Koch: Ich möchte anfragen, ob die Bertramstraße zwischen Villier- und Leonhardstraße, welche laut polizeilicher Verfügung nur von einer Seite befahren werden darf, noch nicht ausgebaut werden soll. Der Straßenteil sieht schauerhaft und einer Großstadt unwürdig aus, indem namentlich vor dem Max Kochschen Grundstücke Staketpfähle fehlen usw.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ueber diesen Straßenteil haben wir uns schon verschiedentlich unterhalten. Die Verhältnisse liegen dort insofern recht ungünstig, als alles zu Verbreiterung der Straße erforderliche Terrain nur auf einer Seite liegt. Daraus ergibt sich die unliebsame Folge, daß die unglückliche andere Seite alles bezahlen muß, was an Grunderwerbskosten zu leisten ist. Um diese Leute nicht allzusehr zu belasten, würde es gerechtfertigt sein, wenn die Anlieger der Ostseite, die durch das abzutretende Terrain von Straßenkosten befreit werden, sich auf einen weitherzigen Standpunkt stellten und sagten, wir haben es auch nötig, daß die Straße instand gesetzt wird und wollen das Terrain deshalb zu einem billigeren Preise hergeben. Das ist aber nicht der Fall. Da die Straße außerdem einen großen Durchgangsverkehr nicht besitzt, haben wir mit ihrer Instandsetzung immer noch gewartet.

Was den Antrag Jasper betrifft, so wird es sich empfehlen, vor der etwaigen Beratung des Antrages Einblick in die Lohnnachweisungen zu nehmen. Es ist richtig, daß in der Sitzung, in der von der Gehaltserhöhung der Beamten die Rede war, die Anregung zur Erhöhung auch der Arbeiterlöhne gegeben wurde. Die Beamtengehälter können übrigens nicht so schnell aufgebeffert werden, dazu bedarf es längerer Verhandlungen, während wir die Löhne fortwährend haben steigern müssen, weil wir z. B. für die Gasanstalt keine Arbeiter erhalten konnten. Nun würde es aber nicht richtig sein, zu sagen, weil die Beamtengehälter aufgebeffert werden, müssen die Arbeiterlöhne auch erhöht werden. Das wäre ein Circulus, der nicht mitzumachen ist. Ich kann nachweisen, daß die Arbeiter verschiedentlich aufgebeffert werden mußten. Dabei entscheidet Angebot und Nachfrage — so hart es auch klingt, ist es doch wahr. Die Stadt muß mit den Löhnen folgen, ob sie will oder nicht.

Herr Kalm: Bei der elektrischen Bahn stehen dem Vernehmen nach große Umwälzungen bevor, indem z. B. die Friedrich-Wilhelmstraße wegen der Legung von Doppelgleisen vollständig aufgerissen werden muß. Würde es nicht angebracht sein, die Straße bei der Gelegenheit zu asphaltieren? Diese Straße, am Eingange zur Stadt vom Bahnhofe, hätte es wohl von allen innenstädtischen Straßen am nötigsten, hübsch instand gesetzt zu werden. Jeder kann sich überzeugen, daß diese

Straße bis zur Münzstraße hin der Instandsetzung dringend bedarf. Das ließe sich doch sehr gut bei der Verlegung der Straßenbahngleise machen, weil die Straßenbahn dabei die Hauptkosten zu tragen und die Stadt nur einen Zuschuß zu leisten hätte. (Widerspruch.)

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Wenn die Sache so läge, daß die Stadt nur einen kleinen Teil der Kosten zu tragen hätte, würde ich dem Wunsche zustimmen, leider liegt es aber in Wirklichkeit umgekehrt. So dankenswert die Anregung des Herrn Kalms also ist, so hätte ich es doch mit noch größerer Freude begrüßt, wenn er etwas vorgeschlagen hätte, wodurch das städtische Defizit nicht noch größer wird, denn heute arbeiten wir nur mit Defizit.

### **Kapitel XI. Gemeindesteuer usw.**

wird zunächst zurückgestellt.

### **Kapitel XII. Staatszuschüsse und Staatsbedürfnisse.**

### **Kapitel XIII. Stadtverwaltung.**

### **Kapitel XIV. Insgemein.**

## **B. Außerordentliche Einnahme und Ausgabe.**

### **Kapitel I. Bewegung des Stammvermögens.**

### **Kapitel II. Vorratskapitalvermögen.**

### **Kapitel III. Verkaufte und angekaufte Grundstücke usw.**

Hierzu findet sich nichts zu bemerken.

### **Kapitel IV. Erstattete Vorschüsse und Bauten usw.**

Herr Wolters: Der Errichtung einer Flußbadeanstalt für das weibliche Geschlecht stehen Hindernisse nicht mehr entgegen, da die Kanalisation des Bahnhofes nunmehr durchgeführt werden wird.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Es ist dabei aber der Vorbehalt gemacht, daß das preussische Abgeordnetenhaus die erforderlichen Mittel bewilligen wird. Im übrigen liegt die Sache so, daß der preussische Eisenbahnfiskus verpflichtet ist, die Kanalisation des Bahnhofes vorzunehmen und wir die Sache erzwingen können, auch wenn die Mittel nicht bewilligt sein sollten.

Herr Meyerhoff: Ich glaube nicht fehl zu gehen, wenn ich annehme, daß die Summe schon einmal bewilligt, aber wieder in den großen Topf nach Magdeburg gewandert ist; es wird also keine Schwierigkeiten haben, sie wieder flüssig zu machen.



## 2. Voranschläge der mit der Kämmereikasse in Verbindung stehenden Kassen.

### I. Kieselgut Steinhof.

Herr Wolters: Die Tagelöhne im Kapitel I unter 7 sind dadurch um 5000 M zurückgegangen, daß wieder mehr Ländereien verpachtet sind und demnach entsprechend weniger Tagelöhner gebraucht werden. Der Abschluß würde sich noch etwas ungünstiger gestalten haben, wenn nicht verschiedene einmalige Ausgaben im Ordinarium gebucht wären.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Ich möchte die Gelegenheit benutzen, um hier nochmals darauf hinzuweisen, daß der veranschlagte Ueberschuß von 23 500 M in Wirklichkeit kein Ueberschuß ist, weil die Zinsen des Anlagekapitals, das rund 2 700 000 M betragen hat, in diesem Etat nicht enthalten sind. Wir haben in letzter Zeit wieder das Vergnügen gehabt, von einigen Gemeinden Steuerzettel zu bekommen wegen des Reineinkommens, das wir aus den Kieselfeldern erzielen sollen. Selbstverständlich haben wir die Steuerzahlung abgelehnt und gegebenenfalls auch mit Erfolg Klage gegen die Steuerveranlagung angestrengt.

### II. Abwässer-Pumpstation.

### III. Markthalle.

Bemerkungen knüpfen sich nicht an diese beiden Voranschläge.

### IV. Ober-Realschule.

Herr Wolters: Ich möchte an diesen und die folgenden Voranschläge zweierlei Bemerkungen knüpfen, nämlich einen Vergleich mit den Vorjahren und spezifizierte Angaben für das Schuljahr 1908/09.

#### 1. Vergleich mit den Vorjahren:

|                                | 1906/07:     | 1907/08:     | 1908/09:     |
|--------------------------------|--------------|--------------|--------------|
| a) Schulbesuch . . . . .       | 660          | 700          | 800          |
| b) Gesamtaufwandskosten . .    | 172 000,00 M | 218 700,00 M | 232 000,00 M |
| oder pro Kopf . . . . .        | 224,24 "     | 312,43 "     | 290,00 "     |
| c) Zuschuß der Kämmereikasse . | 86 800,00 "  | 128 600,00 " | 129 900,00 " |

Der Rückgang an Kosten pro Schüler im Jahre 1908/09 erklärt sich durch die angenommene höhere Schülerzahl.

## 2. Das Schuljahr 1908/09:

## a) Städtische Gesamtkosten.

|                                                                |            |
|----------------------------------------------------------------|------------|
| Gesamtaufwandskosten . . . . .                                 | 232 000 M. |
| Davon ab die Beiträge von Kirchen, Vermächtnissen usw. . . . . | 7 396 "    |

demnach städtische Gesamtkosten . . . 224 604 M.,  
oder 280,75 M pro Kopf gegenüber 295,00 M im Vorjahre.

## b) Zuschuß der Kämmereikasse.

Werden von den städtischen Gesamtkosten zu 224 604 M die Schulgelder im Betrage von 94 704 M abgezogen, so ist noch erforderlich ein Zuschuß der Kämmereikasse in Höhe von 129 900 M. Es erfordern demnach an Zuschüssen aus der Kämmereikasse (nach Absatz des Schulgeldes)

|                                                      |           |
|------------------------------------------------------|-----------|
| 120 auswärtige Schüler je 130,75 M, zusammen . . .   | 15 690 M  |
| 639 ortsangehörige Schüler je 160,75 M, zusammen . . | 102 700 " |
| 41 schulgeldbefreite Schüler je 280,75 " . . .       | 11 510 "  |

demnach Zuschuß der Kämmereikasse . . . 129 900 M,  
also für die Stadt eine sehr teure Schule.

## V. Höhere Mädchenschule und Lehrerinnenseminar.

Herr Wolters: Zum Vergleich kann nur das Vorjahr 1907/08 herangezogen werden, weil hier zuerst die höhere Mädchenschule und das Lehrerinnenseminar in einem Etat vereinigt wurden.

## 1. Vergleich mit dem Vorjahre:

|                                        | 1907/08:     | 1908/09:     |
|----------------------------------------|--------------|--------------|
| a) Schulbesuch . . . . .               | 836          | 849          |
| b) Gesamtaufwandskosten . . . . .      | 136 000,00 M | 137 000,00 M |
| oder pro Kopf . . . . .                | 162,68 "     | 161,37 "     |
| c) Zuschuß der Kämmereikasse . . . . . | 38 800,00 "  | 38 500,00 "  |

## 2. Das Schuljahr 1908/09:

## a) Städtische Gesamtkosten.

|                                                      |           |
|------------------------------------------------------|-----------|
| Gesamtaufwandskosten . . . . .                       | 137 000 M |
| Davon ab die Zuschüsse und Entschädigungen . . . . . | 2 483 "   |

mithin städtische Gesamtkosten . . . 134 517 M,  
oder 158,43 M pro Schülerin gegenüber 160,50 im Vorjahre.

## b) Zuschuß der Kämmererkasse.

Von den städtischen Gesamtkosten zu 134517 M werden aufgebracht durch Schulgelder 96017 M, so daß nötig wird ein Zuschuß der Kämmererkasse von 38500 M. Hiernach erfordern an Zuschüssen der Kämmererkasse

|                                                       |            |
|-------------------------------------------------------|------------|
| 30 ortsfremde Kinder je 8,43 M, zusammen . . .        | 252,90 M   |
| 730 ortsangehörige Kinder je 38,43 M, zusammen . .    | 28053,90 " |
| 41 Zöglinge des Seminars je 62,43 " " . . .           | 2559,63 "  |
| 48 schulgeldbefreite Schülerinnen je 158,43 M zusf. . | 7633,57 "  |

demnach Zuschuß der Kämmererkasse . . 38500,00 M,  
also für die Stadt eine sehr billige Schule.

## VI. Städtische Mädchenschule.

## 1. Vergleich mit den Vorjahren:

|                              | 1906/07:   | 1907/08:   | 1908/09:   |
|------------------------------|------------|------------|------------|
| a) Schulbesuch . . . . .     | 540        | 520        | 500 "      |
| b) Gesamtaufwandskosten . .  | 76500,00 M | 76600,00 M | 77700,00 M |
| oder pro Kopf . . . . .      | 141,66 "   | 147,30 "   | 155,40 "   |
| c) Zuschuß der Kämmererkasse | 35300,00 " | 36900,00 " | 39300,00 " |

## 2. Das Schuljahr 1908/09:

## a) Städtische Gesamtkosten.

|                                                             |          |
|-------------------------------------------------------------|----------|
| Gesamtaufwandskosten . . . . .                              | 77700 M  |
| Davon ab die sonstigen Einnahmen . . . . .                  | 104 "    |
| mithin städtische Gesamtkosten . .                          | 77596 M, |
| oder 155,19 M pro Schülerin gegenüber 147,30 M im Vorjahre. |          |

## b) Zuschuß der Kämmererkasse.

Von den städtischen Gesamtkosten zu 77596 M werden aufgebracht durch Schulgelder 38296 M, so daß ein Zuschuß der Kämmererkasse in Höhe von 39300 M erforderlich wird. Hiernach erfordern an Zuschüssen der Kämmererkasse

|                                                    |            |
|----------------------------------------------------|------------|
| 20 ortsfremde Kinder je 45,19 M, zusammen . . .    | 903,80 M   |
| 451 ortsangehörige Kinder je 75,19 M, zusammen . . | 33910,49 " |
| 29 schulgeldbefreite " " 155,19 " " . . .          | 4485,71 "  |

demnach Zuschuß der Kämmererkasse . . 39300,00 M.

## VII. Bürgerschulen.

## 1. Vergleich mit den Vorjahren:

1. Jan. 06: 1. Nov. 06: Ostern 07: Michaelis 07:

|                                                    |       |       |       |        |
|----------------------------------------------------|-------|-------|-------|--------|
| a) Schulbesuch . . . . .                           | 17358 | 17579 | 17925 | 17909, |
| darunter 7239 Schüler der mittleren Bürgerschulen. |       |       |       |        |

|                                                                   |                |
|-------------------------------------------------------------------|----------------|
| b) Gesamtaufwandskosten . . . . .                                 | 1 334 200,00 M |
| oder pro Kopf . . . . .                                           | 74,43 "        |
| gegenüber 73,77 M im Vorjahre.                                    |                |
| c) Zuschuß der Kämmereikasse                                      |                |
| 1903/04: 1904/05: 1905/06: 1906/07: 1907/08: 1908/09:             |                |
| 782 600 M, 819 800 M, 864 100 M, 903 300 M, 910 100 M, 973 800 M. |                |

## 2. Das Schuljahr 1908/09:

### a) Städtische Gesamtkosten.

|                                                      |              |
|------------------------------------------------------|--------------|
| Gesamtaufwandskosten . . . . .                       | 1 334 200 M  |
| Davon ab an Staatszuschüssen und sonstigen Einnahmen | 185 032 "    |
| mithin städtische Gesamtkosten . .                   | 1 149 168 M, |
| oder 64,17 M pro Kopf gegenüber 63,45 M im Vorjahre. |              |

### b) Zuschuß der Kämmereikasse.

Von den städtischen Gesamtkosten zu 1 149 168 M werden aufgebracht durch Schulgelber 175 368 M, so daß ein Zuschuß der Kämmereikasse von 973 800 M erforderlich wird. Hiernach erfordern an Zuschüssen der Kämmereikasse:

#### a) mittlere Bürgerschulen

|                                                |              |
|------------------------------------------------|--------------|
| 140 auswärtige Kinder je 10,17 M, zusammen . . | 1 423,80 M   |
| 6210 ortsangehörige " " 40,17 " " . .          | 249 455,70 " |
| 690 schulgeldbefreite " " 64,17 " " . .        | 41 277,00 "  |
| 7040 zusammen                                  | 295 156,50 M |

#### b) untere Bürgerschulen und Hilfschule

|                                                    |               |
|----------------------------------------------------|---------------|
| 4 692 ortsangehörige Kinder je 60,17 M, zusammen . | 282 317,64 M  |
| 408 schulgeldbefreite " } je 64,17 M, zusammen .   | 396 325,86 "  |
| 5 768 zweite und dritte " }                        |               |
| 10 868 zusammen                                    | 678 643,50 M. |

Der Zuschuß der Kämmereikasse für die mittleren und unteren Bürgerschulen und die Hilfschule beträgt demnach 295 156,50 M + 678 643,50 M = 973 800 M. Es erhalten also 11 042 zahlende Kinder einen Zuschuß von 533 197,14 M und 6866 nichtzahlende Kinder einen Zuschuß von 440 602,86 M.

Da an Steuern 3 194 900 M aufzubringen sind, so erfordert der Zuschuß für die Kinder der Bürgerschulen allein fast genau ein Drittel sämtlicher Steuern.

## VIII. Fortbildungs- und Gewerbeschule.

Herr Kalms: Ich möchte fragen, ob diese Schule nicht noch besser ausgebaut werden könnte. Wir haben z. B. für die Ausbildung junger Mädchen im Handels-

stande Beträge aus der Warenhaussteuer bewilligt und könnten ebenso gut auch hier derartige Bewilligungen vornehmen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Herr Kalms hat einen Punkt berührt, der vom Magistrate schon eifrig erwogen ist, so daß der Versammlung voraussichtlich bald eine Vorlage darüber zugehen wird.

### IX. Mädchen = Fortbildungsschule.

### X. Armentasse nebst Anhang.

Es findet sich zu beiden Voranschlägen nichts zu bemerken.

### XI Straßenreinigungsinstitut.

Herr Wolters: Die Löhne der Fahrer und Auflader haben eine durchschnittliche Erhöhung von 5 M monatlich erfahren.

Herr Ohlendorf: Die bei der Straßenreinigung beschäftigten 50 Arbeiter verdienen zu wenig Lohn und die ihnen zugebilligte Aufbesserung von insgesamt 210 M für das ganze Jahr und die ganze Mannschaft kann als solche nicht angesehen werden. Ein Jahreslohn von 780 M und 900 M ist zu gering. Wenn mir darauf auch erwidert werden kann, daß darunter sich Arbeiter befinden, die nicht mehr ihre volle Kraft haben, so bin ich doch der Meinung, daß die Sätze allgemein erhöht werden müßten. Vielleicht kann uns eine Statistik der gezahlten Löhne überwiesen werden, an deren Hand man später Anträge stellen kann. Zunächst möchte ich aber folgenden Antrag stellen:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, die Löhne der bei der Straßenreinigung beschäftigten Arbeiter angemessen zu erhöhen.“

Herr Wolters: Von den 50 Arbeitern werden jetzt und 1908/09 folgende Lohnsätze bezogen:

|          | 780 M | 900 M | 930 M | 960 M | 1020 M |       |
|----------|-------|-------|-------|-------|--------|-------|
| 1907/08: |       | 9     | 8     | 27    | 6      | = 50  |
| 1908/09: | 1     | 1     | 11    | 31    | 6      | = 50. |

Es liegt also doch eine Lohnerhöhung vor.

Herr Kalms: Ich möchte meine frühere Anfrage wiederholen, ob der Magistrat schon Schritte getan hat, die Müllabfuhr in der Weise zu regeln, daß sie 12 Uhr mittags beendet ist. In verschiedenen Städten habe ich beobachtet, daß dazu die Nächte zu Hilfe genommen werden. Die jetzigen Zustände in der Außenstadt werden für die Folge kaum noch gehen. Der Gesundheitsausschuß, der doch sonst immer so darauf bedacht ist, daß wir gesund bleiben, müßte sich dieser Sache einmal ernstlich annehmen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich glaube kaum, daß es durchführbar sein wird, die Müllabfuhr auf die Morgenstunden zu verlegen. Damit würde auch nichts erreicht werden, denn die Unzuträglichkeiten treten morgens ebenso zutage wie nachmittags, ja, vielleicht berühren die Dreckkästen noch unangenehmer, wenn sie morgens auf der Straße stehen, als wenn das nachmittags geschieht. Der Magistrat will indessen versuchen, festzustellen, ob es nicht angängig ist, das Aufstellen der Kästen auf der Straße zu verhüten, weil dadurch ja gerade die größten Unzuträglichkeiten hervorgerufen werden. Es ist das allerdings schwer durchführbar. Einmal wird es mehr Arbeitspersonal kosten und außerdem liegt die Schwierigkeit hauptsächlich darin, daß es in vielen Grundstücken namentlich der Innenstadt keinen geeigneten Raum gibt, aus dem die Behälter herausgeholt werden können. Sie werden mir wohl bestätigen, daß es für die städtischen Arbeiter eine zu arge Zumutung sein würde, die Dreckkästen überall von den Plätzen wegzuholen, wo sie jetzt stehen. Vielleicht ließe es sich in der Weise machen, daß der Eigentümer verpflichtet würde, die Dreckkästen in der Nähe der Haustür aufzustellen, was ja freilich auch seine Unzuträglichkeiten hat. Wir wollen die Sache aber in Gang bringen. Zunächst haben wir ein Schreiben an die Anlieger der Adolfsstraße gerichtet, sie möchten die Dreckkästen in der Nähe ihres Grundstückseingangs aufstellen. Hierdurch soll festgestellt werden, wieviel mehr Zeit dazu gehört, die Dreckkästen aus den Grundstücken herauszuholen. Außerdem soll eine Verbesserung durch Einführung anderer Gefäße versucht werden. Die jetzigen Gefäße sind zum großen Teil ganz ungeeignet, und wenn man sie aus den Grundstücken herausholen läßt, so wird es auch angängig sein, daß man größere, durch zwei Mann tragbare Gefäße verwendet, die dann in die entsprechend groß konstruierte Öffnung des Abfuhrwagens hineinpassen, wodurch eine Staubeentwicklung so gut wie ausgeschlossen ist. So hat man es in anderen Städten gemacht, und das wird auch hier ausprobiert werden. Jedenfalls werden wir hier zu einem anderen Verfahren kommen müssen, denn die heutigen Zustände sind tatsächlich unerträglich.

Herr Wesemeier: Ich möchte den Magistrat bitten, darauf hinzuwirken, daß das Trottoir besonders an den Kirchen besser und schneller gereinigt werde. Jeder Bürger muß bei Schneefall usw. vor seinem Grundstück den Fußsteig sofort reinigen, während man vor den Kirchen, besonders vor der Katharinenkirche, noch stundenlang den Dreck und Schlamm liegen sehen kann.

Herr Rieke: Unsere Kehrichtabfuhr mag nicht ganz ideal sein, aber ehe man hier dagegen loswettert, soll man doch erst vor der eigenen Tür kehren. Neulich hatte Herr Kalms vor seinem Hause nicht weniger als 26 Geräte der verschiedensten Form und Größe stehen, deren Inhalt auf einem schon etwas beladenen Wagen nicht Platz fand, so daß noch ein zweiter Wagen vorfahren mußte. Drei Mann hatten ihre Last, die Körbe mit leeren Flaschen auf dem Wagen zu entleeren. Wenn

jemand solche Massen aufliefert, so kommen allerdings die Abfuhrwagen nicht so schnell herum, wie das von Herrn Kalms gewünscht wird. Als ich diese Masse Kästen und Körbe stehen sah, dachte ich mir, hier wohnt nun ein Stadtverordneter, der für die Reinlichkeit und Ordnung in der Stadt eintritt und das Teppichklopfen beschränkt wissen will.

Herr Jasper: Ich freue mich, daß unser Abfuhrwesen verbessert werden soll. Besonders möchte ich bitten, das vom Herrn Oberbürgermeister vorgeschlagene System näher zu prüfen, wonach größere Gefäße auf den Höfen aufzustellen und von den städtischen Arbeitern dort abzuholen sind. Soviel ich unterrichtet bin, haben andere Städte dieses Verfahren schon lange mit gutem Erfolge betrieben. Die Müllabfuhr kann dabei ohne Nachteil für die Passanten und ohne Schädigung des Stadtbildes erfolgen.

Herr Kalms: Ich habe nicht geglaubt, daß die Verhandlungen auf das persönliche Gebiet hinübergeleitet würden. Wenn vor meinem Hause wirklich recht viele Kästen gestanden haben, so gebe ich das zu, muß aber bemerken, daß es sich dabei um gewerbliche Abfälle handelt, für deren Abfuhr ich bezahle.

Uebrigens würde ich mich freuen, wenn von der Stadtverwaltung ein Gefäß erfunden würde, das so praktisch wäre, wie es der Herr Oberbürgermeister angedeutet hat, jedoch wird es nicht leicht sein. Vielleicht hat Herr Riefe schon Gelegenheit gehabt, ein solches Gefäß zu erfinden, ich würde dann gern bereit sein, es anzuschaffen und wenn 26 Stück davon nötig wären.

Herr Meyerhoff: Es ist richtig, was Herr Jasper gesagt hat. In Berlin wird die Sache anders gehandhabt wie hier, aber es ist dort auch viel leichter, den Kehricht loszuwerden, als hier. Dort haben sich die Grundeigentümer der Sache angenommen und machen damit noch ein kleines Geschäft, indem sie den Kehricht sehr gut bezahlt kriegen. Die Wagen haben dort einen festen Kasten, mittels dessen der Abfall auf die Spreefähne geschafft wird, die ihn nach der Spreeniederung fortschaffen. Hier liegt die Sache aber anders. Ich bin auch für ein einheitliches Gefäß; wir hatten dazu schon einmal vor Jahren einen Anlauf genommen: es wurde die Größe und Form des Gefäßes genau vorgeschrieben, auch sollte es zwei Handgriffe haben usw. Als die Verordnung in Kraft trat, hatte ich ein paar hundert vorschriftsmäßige Eimer anfertigen lassen — ich habe diese Eimer heute noch im Gebrauch. Die Hauptsache ist und bleibt, die Gefäße einheitlich und aus dauerhaftem Materiale anfertigen zu lassen. Wenn hier alte Gurkenfässer und Margarinebottiche als Kehrichtbehälter auf die Straße gestellt werden, so liegt das an der Straßenpolizei, die sich nur nach ihrer Vorschrift zu richten brauchte, um sofort eine Aenderung herbeizuführen.

Herr Wolters: Die Frage wegen Reinigung der Plätze um die Kirchen ist schon im vorigen Jahre dahin beantwortet worden, daß das nicht Sache der Stadt, sondern der Kirche und besonders der Kirchenprovisoren sei.

## XII. Gaswerke.

Herr Wolters: Der Bruttoüberschuß des Gaswerkes ist in folgender Weise verwendet worden:

|                                           | 1907/08   | 1908/09    |
|-------------------------------------------|-----------|------------|
| Rückstellung für den Erneuerungsfonds . . | 15 000 M  | — M        |
| „ „ „ Reservecfonds . . . .               | 60 000 „  | 40 000 „   |
| „ „ „ Erweiterungsbau. . .                | 150 000 „ | 200 000 „  |
| Ueberschuß an den Schulhausbaufonds . .   | 179 300 „ | 220 500 „  |
| zusammen                                  | 404 300 M | 460 500 M. |

Herr Sander: Es ist mir kürzlich hier gesagt worden, es möchten etwaige auf die Straßenbeleuchtung bezügliche Wünsche bei der Etatsberatung vorgebracht werden. (Widerspruch.) Vor mehreren Jahren ist mir schon versprochen worden, es sollte auf dem Marktplatz eine bessere Beleuchtung durch Aufstellung eines Randelabers herbeigeführt werden, aber bisher ist in der Sache noch nichts geschehen. Ich möchte bitten, diesen Platz endlich besser zu beleuchten.

Herr Ralms: Dem Vernehmen nach soll der Gaspreis verbilligt oder eventuell ein einheitlicher Gaspreis festgesetzt werden. Nachdem wir dieses erfreuliche Resultat erfahren haben, das die ganze Einwohnerschaft der Stadt lebhaft interessiert, möchte ich anfragen, ob es nicht angebracht erscheint, den Konsumenten insoweit entgegenzukommen, als ihnen der neue Preis baldigst mitgeteilt wird.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Ich habe schon öfter gehört, den Gas-konsumenten wäre eine Ermäßigung des Gaspreises zugesichert worden. Wer mag das getan haben? Der Magistrat nicht. Natürlich ist hier verschiedentlich gefragt und auch zugesagt worden, daß der Gaspreis ermäßigt werden solle, aber der Magistrat hat sich gehütet, eine Erklärung dazu abzugeben. Da wir mit den jetzigen Einnahmen nicht weitergekommen sind, eine Erhöhung der Gemeinde-Einkommensteuer aber nicht eintreten soll, sind wir verpflichtet, unsere Einnahmen in anderer Weise zu erhöhen und das läßt sich am einfachsten mit den Einnahmen aus den wirtschaftlichen Anstalten der Stadt erzwingen. In bezug auf diese Einnahmen sind wir gegen andere Städte noch sehr zurück, denn andere Städte haben erheblich höhere Ueberschüsse daraus erzielt. Es erscheint allerdings wünschenswert, einen Einheitspreis für Gas einzuführen, was die Deputation auch bereits in Aussicht genommen hat und noch weiter verfolgt wird, aber selbst im Schoße der Deputation, deren



Mitglieder der Mehrzahl nach aus Stadtverordneten bestehen, ist jetzt kaum noch darauf zu rechnen, daß ein Antrag auf Ermäßigung des Gaspreises kommen wird. Der Magistrat hat sich hierüber noch nicht schlüssig gemacht, sollte aber ein Antrag an ihn kommen, so werde ich mich dagegen aussprechen. Ich halte unsern jetzigen Gaspreis nicht für zu hoch, und wenn man sagt, daß einzelne Einwohner, die Gas konsumieren, die Steuerlast tragen müßten, so erkenne ich das als richtig an, aber gegenüber den Nachteilen, die aus einer allgemeinen Steuererhöhung für die Gesamtheit erwachsen, nehme man diese Belastung mit in Kauf, weil ich der Ueberzeugung bin, daß dieser Preis nicht übertrieben hoch ist. Ich kann also nicht anerkennen, daß der Magistrat eine Ermäßigung des Gaspreises in Aussicht gestellt habe.

Herr Ralms: Ich glaube aus früheren Verhandlungen entnommen zu haben, daß eine Ermäßigung des Gaspreises eintreten solle. Ich hatte einen Antrag gestellt dahingehend, bei Abgabe von Gas überall da, wo besondere Gasmesser für den Gasverbrauch zu ermäßigten Preisen angebracht sind, für jeden Messer eine hinter demselben anzubringende Flamme zum ermäßigten Preise freizugeben. Diesen Antrag habe ich zurückgezogen (in der Sitzung vom 15. November 1906, Seite 249 des Berichtes unter Nr. VI), nachdem von dem Referenten der Finanzkommission erklärt worden war, die Direktion der Gaswerke beabsichtige, nach Fertigstellung der neuen Gasanstalt an der Taubenstraße vorzuschlagen, einen mittleren Einheitspreis für Gas festzusetzen. Nach der eben gehörten Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters scheint indessen wenig Hoffnung auf Ermäßigung des Gaspreises zu bestehen. Daß wir verhältnismäßig so wenig Ueberschuß vom Gaswerke haben, scheint mir gerade daran zu liegen, daß der Gaspreis zu hoch ist. Nach dem statistischen Jahrbuche hat Braunschweig mit den höchsten Gaspreis. Wenn wir diesen im allgemeinen ermäßigten, so würden unsere Einnahmen, davon bin ich fest überzeugt, noch viel höher werden als heute; denn je billiger man etwas abgibt, desto größer ist der Umsatz und die Einnahme. Es gibt wenig Städte, die ihren Gaskonsumenten nicht entgegenkämen und ihnen nicht bei größerer Abnahme billigere Preise stellten. Nur Braunschweig und noch zwei Städte geben gar keinen Rabatt. Ich möchte bitten, dahin zu wirken, daß der Magistrat umgestimmt würde.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Es ist möglich, daß bei früheren Gelegenheiten das eine oder andere Mitglied des Magistrates Herrn Ralms Hoffnungen auf Ermäßigung des Gaspreises gemacht hat, aber hier wird die Sache immer so dargestellt, als hätte der Magistrat die positive Erklärung abgegeben, der Gaspreis solle ermäßigt werden, das ist nicht geschehen. Wenn Herr Ralms meint, daß die Einnahme des Gaswerkes durch eine Verbilligung des Preises steigen würde und Herrn Ralms dieser Nachweis gelingt, dann werde ich mich reformieren. Ich will die Gaskonsumenten nicht stärker belasten als bisher, aber wir müssen

mehr Einnahmen haben, um die Mehrausgaben zu decken, und unter solchen Verhältnissen lasse ich nicht gern die sichere Einnahme, die wir jetzt haben, fahren. Ein Rückgang der Einnahmen ist nicht zu befürchten trotz der Konkurrenz des elektrischen Lichtes, während die Frage, ob eine Ermäßigung des Gaspreises nicht eine wesentliche Herabminderung des Gesamterlöses im Gefolge haben wird, mindestens zweifelhaft erscheint. Jedenfalls würde ein solches Vorgehen eingehender Erörterungen im Schoße der Deputation und Kommission bedürfen. Die Frage wird dann in ernstliche Erwägung genommen werden, wenn es sich um die Einführung eines Einheitspreises für Gas handeln wird.

### XIII. Wasserwerk.

Herr Fricke: Ich möchte auf einen Posten aufmerksam machen und den Magistrat um dessen Einschränkung bitten. Auf Seite 226 findet sich als Kap. V ein Posten von 30000 M als Gewinn vom Privat-Einrichtungsgeschäfte eingestellt. Es liegt im Interesse der Stadt, daß sie möglichst wenig Privatgeschäfte macht, damit die Geschäftsleute nicht einen zu großen Ausfall haben. Deshalb bitte ich den Magistrat, Anweisung zu erteilen, diese Arbeiten möglichst einzuschränken. Es ist mir bekannt, daß sich das Geschäft nicht ganz umgehen läßt, weil die Arbeitsleute einmal gehalten werden müssen, aber vielleicht läßt sich der Gewinn in Zukunft auf die Hälfte ermäßigen.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Diese Anregung ist schon verschiedentlich gegeben, und der Magistrat hat infolge des fortwährenden Drängens aus der Mitte der Versammlung die Direktion der Gas- und Wasserwerke angewiesen, die betreffenden Arbeiten erheblich einzuschränken, was auch befolgt ist. Wenn trotzdem ein wesentlicher Rückgang der Einnahmen nicht erzielt worden ist, so liegt das daran, daß die Herren gemeint hatten, bei Forderung höherer Preise würden sich die Privatleute von der Stadt abwenden. Das ist aber nicht der Fall gewesen, also wird es damit nicht gezwungen. Nun wird die Frage zu entscheiden sein, ob die Zahl der von der Stadt hierbei beschäftigten Personen groß genug ist, oder ob sie eingeschränkt werden kann. Bei der Herabminderung dieser Zahl hat sich herausgestellt, daß in Zeiten eines flotten Umzuges die Direktion der Licht- und Wasserwerke zeitweilig nicht in der Lage gewesen ist, allen Wünschen Rechnung zu tragen. Es kommen dann so viel Wünsche auf Aenderungen an den Gas- und Wasserleitungen vor, daß die Leute haben warten müssen. Das ist nicht angenehm, weil die Privat-Installateure die Sachen nicht alle machen können. Wir müssen aber eine bestimmte Anzahl von Personen haben, die, sobald etwas an den Rohren passiert, eingreifen können. Aus diesem Grunde erklärt die Direktion, die Anzahl der Arbeiter nicht ermäßigen zu können.

Herr Tolle: Der Herr Oberbürgermeister hat erklärt, es sei nicht angängig, den Bestand an Arbeitern einzuschränken, weil bei plötzlichen Rohrbrüchen die Leute nötig wären, um die erforderlichen Reparaturen sofort ausführen zu können. Ich bin der Ansicht, daß zur Ausführung dieser Arbeiten gar nicht so viele geschulte Arbeiter nötig sind. Sie können sich davon überzeugen, daß bei der Ausbesserung von Rohrbrüchen oder bei der Ergänzung von Rohrleitungen in den Straßenzügen die eigentlichen gelernten Arbeiter nur in ganz verschwindend geringer Zahl beschäftigt sind. (Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Sehr richtig!) Die meisten sind nur Erdarbeiter, denn mehr als zwei Mann können in der Grube nicht arbeiten.

Ich halte es für verkehrt, wenn den Geschäftsleuten solche Konkurrenz gemacht wird. Wir können nicht von dem jesuitischen Grundsatz ausgehen, daß die Stadt berechtigt ist (weil die Ueberschüsse aus den Gas- und Wasserwerken dem Schulhausbaufonds zufließen), den Einwohnern Konkurrenz zu machen. Wenn wir so weit gehen wollten, könnten wir auch Maurer und sonstige Handwerker einstellen und die Schulhausbauten in eigene Regie nehmen; da aber die Maurer hiermit nicht ausreichend beschäftigt wären, so müßten wir Privatarbeiten übernehmen. Warum ist es der Post, die dasselbe Interesse hat, ihre Einnahmen zu vergrößern, noch nicht eingefallen, auch Haustelephone oder Klingelleitungen anzulegen, obwohl sie ihre Leute auch nicht immer voll beschäftigen kann? Wenn wir Geschäftsleute die Sache so einfach hätten wie die Stadt, welche die städtischen Arbeiten in die Zeit legt, in denen die Privatkundschaft sie weniger in Anspruch nimmt, so wären wir fein heraus. Wir müssen unseren Arbeitern über die schlimme Zeit hinaus helfen und ihnen Löhne zahlen, die wir kaum wieder herausholen, wir müssen auch Lagerräume halten, welche die Stadt kostenlos hat. Unter solchen Umständen ist es auf die Dauer nicht möglich, gegen eine Konkurrenz, wie sie die Stadt ausübt, anzukämpfen. Die Stadt hat auch noch nie unterlassen, Kostenanschläge anzufertigen, obwohl ihr das verboten ist. Es erscheint ferner ungerechtfertigt, wenn die Stadt Lager in Waschbecken usw. unterhält, das könnte unterbleiben, auch das Verkaufen von Kronleuchtern nach Zeichnungen könnte sie den paar Geschäftsleuten überlassen, die den Ueberschuß von 30 000 M teilweise dadurch wieder einbringen würden, daß sie kapitalkräftiger würden und dann höhere Steuern zu leisten imstande wären.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich habe nicht behauptet, daß wir die Leute nur halten, um Rohrbrüche durch sie beseitigen zu lassen. Allerdings ist das für uns ein wesentlicher Anlaß gewesen, wir würden aber die Leute nicht angemessen beschäftigen können, wenn sie nicht in Zeiten, wo sie andere notwendige Arbeiten nicht haben, zur Anbringung von Leitungen, die an das Straßenrohr angeschlossen werden, Verwendung finden könnten. Mit Rücksicht hierauf ist es denn auch auf Beschluß der städtischen Behörden für zulässig erachtet worden, Privatarbeiten von

den Leuten ausführen zu lassen, und, solange nicht die Versammlung den Magistrat ersucht, diese Privatarbeiten gänzlich einzustellen, wird er der Anregung eines einzelnen oder mehrerer Stadtverordneten nicht Folge geben, was ich damit erklärt haben will. Ich kann also nicht anerkennen, daß die Direktion in ungerechtfertigter Weise vorgegangen ist. Insbesondere wüßte ich nicht, wie der Magistrat dazu gekommen sein sollte, der Direktion zu verbieten, Kostenanschläge zu machen, das wäre ja ein wunderbares Verfahren. Wir sind verpflichtet, wenn uns jemand fragt, was eine Anlage kosten wird, die Frage sachgemäß zu beantworten. Tut das etwa Herr Tolle nicht? Ich persönlich habe sehr gute Erfahrungen damit gemacht, mir von den Handwerkern Kostenanschläge geben zu lassen. Dagegen ist der Direktion untersagt, ihre Dienste bei Privatpersonen anzubieten und herumzugehen, um sich Arbeit zu suchen, und das ist auch nicht geschehen. Im übrigen handelt es sich hier um ein altes Thema. Ich glaube kaum, daß eine Einschränkung der Arbeiten möglich sein wird. Herr Tolle sagt, er halte es für möglich, die Direktion sagt, wir sind jetzt schon häufig in Verlegenheit gekommen, Ansicht steht also gegen Ansicht, mögen Sie entscheiden, wer recht hat.

Herr Asmann: Die Aeußerung des Herrn Tolle, es sei den Privatleuten nicht möglich, gegen die Konkurrenz der Stadt aufzukommen, ist bezeichnend. Der Herr Oberbürgermeister erklärte schon, die Konkurrenz der Stadt sollte nicht auf die Spitze getrieben werden. Wohin soll es aber führen, wenn die Stadt gezwungen werden soll, höhere Preise zu nehmen, um den kleinen Unternehmer leistungsfähig zu machen? Wenn dieser Standpunkt richtig wäre, dann könnte man Herrn Tolle mit der Retourkutsche von den jesuitischen Grundsätzen dienen. Ich, für mein Teil, stehe auf dem Standpunkte, daß die Stadt selbst das lebhafteste Interesse daran hat, die Arbeiten von eigenen Leuten machen zu lassen und nicht darauf zu warten, bis mal der eine oder andere Gelegenheitsarbeiter kommt und ihr zu Diensten steht, um Rohrbrüche usw. abzustellen. Ich weiß auch, daß vom Licht- und Wasserwerke zu den Ziehterminen nicht immer genug Arbeiter gestellt werden konnten. Hiernach scheint es mir allerdings, daß das Werk nicht zu viel Leute beschäftigt, sondern eher noch zu wenig. Wenn wir uns auf den Standpunkt stellen wollen, das Werk in seiner Leistung herunterzudrücken, damit nicht einzelne Einwohner zu Schaden kommen, so würden wir ja hinter den Russen marschieren; ich ließe mich wenigstens nicht dazu gebrauchen, daran mitzuwirken, daß die Stadt als Betriebsunternehmerin heruntergedrückt werden soll.

Bei der Beratung des Stats für das Gaswerk ist schon darauf hingewiesen worden, daß wir aus unseren städtischen Betriebsanstalten etwas herauschlagen müßten, und hier sollen wir einen entgegengesetzten Standpunkt einnehmen? Würden wir die Ansicht der Herren, die das Privateinrichtungsgeschäft bekämpfen, teilen, so müßten wir uns folgerichtig auch dahin schlüssig werden, den stadt-

seitigen Betrieb des Gaswerkes einzustellen, denn davon könnten auch mindestens hundert Interessenten leben, wenn sie, in einzelne Blocks verteilt, Gas für Private fabrizierten. Herr Tolle meint ferner, die Post lege keine Haustelevone an. Das ist ebenfalls ein Irrtum, denn die Post legt zu jedem Fernsprecher noch bis zu 5 Hausanschlüsse an; wenn daher eine größere Firma fünf Fernsprecher besitzt, so legt ihr die Post bis zu 25 Hausanschlüsse dazu an.

Im übrigen muß ich den prinzipiellen Standpunkt des Herrn Tolle für ungerechtfertigt halten und zwar auch schon deshalb, weil wir die Einkommensteuer nicht gut mehr erhöhen können, sondern die Stadt instand setzen müssen, aus ihren Betriebsanstalten Mittel zu bekommen.

Herr Esdorn: Ich nehme grundsätzlich einen anderen Standpunkt ein, als der Herr Vorredner. Der Magistrat will ja dieses Geschäft auch gar nicht als Erwerbsquelle benutzen, sondern erklärt, es notgedrungen beibehalten zu müssen, um die Leute zu beschäftigen. Die Preise sind seinerzeit infolge einer Anregung aus der Finanzkommission heraus erhöht worden. Dieser Gegenstand hat uns bisher wohl alle Jahre beschäftigt. Die Beantwortung der Frage, ob noch Leute entbehrt werden können, müssen wir der Verwaltung überlassen. In der Finanzkommission ist seinerzeit ersucht worden, die Zahl der Leute auf das Mindestmaß zu reduzieren, weil die Stadt den Gewerbetreibenden keine empfindliche Konkurrenz machen soll. Weiter dürfen wir nicht gehen. Uebrigens habe ich bisher nicht gewußt, daß das Privateinrichtungsgeschäft auch Gegenstände verkauft. Wenn die Stadt solche Geschäfte macht, so halte ich das für einen großen Fehler, und wir können dann nur gleich einen Schritt weitergehen und den Zukunftsstaat des Herrn Abmann gutheißen. Solche Geschäfte zu machen, muß der Direktion untersagt werden.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Früher ist ein weit größeres Lager von Ausrüstungsgegenständen gehalten, das wesentlich eingeschränkt worden ist, nachdem es hier öfter beanstandet war. Wir haben uns z. B. dahin schlüssig gemacht, Kronleuchter nicht mehr zu führen, dagegen hat man die Führung der kleinen Waschbecken bislang aus Zweckmäßigkeitsgründen beibehalten. Wenn die Versammlung das etwa auch nicht mehr will, dann bitte ich, es zum Beschluß zu erheben, worauf der Magistrat dazu Stellung nehmen wird. Wenn Sie das Lager ansehen, so würden Sie sagen, die Konkurrenz, die durch diese paar Waschbecken entsteht, ist nicht groß. Eine große Masse Grundbesitzer will bei uns grundsätzlich arbeiten lassen, aus Gründen, die ich hier nicht näher erörtern will. Die Arbeit wird aber wesentlich erschwert, wenn der Eigentümer erst ein Waschbecken kaufen soll. Aus diesem Grunde sind die kleinen Sachen noch beibehalten worden.

Herr Tolle: Die Kleinigkeit, von der der Herr Oberbürgermeister redet, ist gar nicht so unbedeutend. Wenn es noch möglich ist, einen Ueberschuß von 30 000 M herauszuwirtschaften, so werden Sie mir zugeben, daß es eine ganze Anzahl von kleinen Geschäften gibt, die nicht den zehnten Teil dieses Ueberschusses erzielen. Wenn der Herr Vorredner durch die Aufhebung der Konkurrenz eine Ueberteuerung der Preise befürchtet, so habe ich darauf zu erwidern, daß man das bei jedem anderen Geschäfte auch befürchten könnte. Die Konkurrenz ist Regulator genug, um eine Ueberteuerung zu verhindern. Wenn der Herr Oberbürgermeister erklärt, daß die Stadt, trotzdem seinerzeit in Aussicht gestellt war, keine Kostenanschläge mehr zu machen, das doch noch tut, so wüßte ich nicht, weshalb mit dieser Gepflogenheit nicht jetzt gebrochen werden sollte. Ich halte es nicht für hübsch, wenn die Stadt sich um Arbeit bewirbt. (Zustimmung des Herrn Oberbürgermeisters.) Ein gut Teil der zahlungsfähigen Kundschaft bleibt uns fort und läßt bei der Stadt arbeiten, nicht weil sie glaubt, sie würde bei uns schlechter bedient, sondern weil sie annimmt, daß die Stadt mehr Hilfskräfte besitze und daher die Arbeit schneller ausführen lassen könne. Sobald aber die städtische Konkurrenz aufhört, würden wir auch imstande sein, uns einen größeren Bestand an Leuten halten zu können.

Wenn weiter gesagt worden ist, wir müßten hinter Rußland her marschieren, wenn wir die von mir gewünschten Zustände herbeiführten, so will ich darauf entgegen, daß wir nur bis Magdeburg zu gehen brauchen, wo alle diese Arbeiten von Privaten gemacht werden, ja selbst die Arbeiten auf der Straße werden dort unter Aufsicht der Stadt von Geschäftsleuten ausgeführt. Möglich ist alles. Wenn es hier und auch in manchen anderen Städten noch nicht so gewesen ist, so kann man doch diese Zustände nicht ohne weiteres für ideal erklären. Hier und in den betreffenden anderen Städten scheint man es allerdings für einen idealen Zustand zu halten, wir können uns eben nur auf diejenigen Städte berufen, wo es nicht so ist. (Heiterkeit.) Es ist auch nicht notwendig, daß die Stadt sich Waschbecken usw. hält.

Man hat den Privat-Installationsgeschäften auch die Einnahme aus der Anlegung von Gasleitungen beinahe ganz aus der Hand genommen, dadurch, daß die Stadt angefangen hat, die Hauptrohrleitungen im Hause hochzuführen und erst die Abzweigleitungen den Installateuren zu überlassen. Ich kann Ihnen den Beweis erbringen, daß man Kostenanschläge gemacht und darauf die Arbeit zugesichert bekommen hat. Wenn die Stadt erst die Hauptzuleitung bis in den vierten Stock hinauf gelegt hat, so liegt es nahe, daß die Leute auch gleich die übrigen Arbeiten mit machen. Die Arbeiter haben dann gewöhnlich so lange gebohrt, bis sie die Arbeit bekommen hatten, denn von selbst ist es nicht geschehen. Dem Vernehmen nach haben sich die Leute derartig um die Arbeiten bemüht, daß man annehmen sollte, der eine oder andere hätte Vorurteile aus der Sache gezogen. (Unruhe.)

Herr Oberbürgermeister Kete meyer: Was den Gewinn von 30 000 M betrifft, so möchte ich darauf hinweisen, daß darin auch die ganze Einnahme enthalten ist, welche die Stadt dadurch erzielt, daß sie in ihren eigenen Häusern die Gas- und Wasserleitungen legen läßt. Das läßt sich aber der Magistrat nicht nehmen, Sie mögen machen, was Sie wollen; in unseren eigenen Häusern lassen wir die Arbeiten selbst ausführen. Ich glaube mich nicht zu irren, wenn ich behaupte, daß ein großer Teil der 30 000 M lediglich aus solchen Arbeiten herrührt, und so fällt damit der Hauptbeschwerdepunkt schon weg. Ich wiederhole ferner, daß ich nicht einzusehen vermag, weshalb der Direktion der Licht- und Wasserwerke untersagt sein soll, Kostenanschläge auszuarbeiten. Das würde zu einer heillosen, unsoliden Wirtschaft führen. Die Privatleute sollen also, wenn sie mit Privatunternehmern kontrahieren wollen, das Recht haben, zu sagen, bitte, macht uns einen Kostenanschlag, sie sollen dieses Rechtes aber verlustig gehen, wenn sie mit der Stadt kontrahieren wollen? Das ist mir unverständlich. Die Direktion ist angewiesen worden, ihrerseits keine Arbeiten anzubieten, und diesem Verbote hat sie nicht zuwidergehandelt. Herr Tolle hat nun die Sache so dargestellt, als hätten das die Arbeiter getan. Was in aller Welt sollen nun wohl die Arbeiter für ein Interesse daran haben, entgegen den Wünschen der städtischen Behörden, der Stadt Arbeit zuzuschänzen? Die Arbeiter haben ohnedies schon voll und ganz zu tun. Wenn Herr Tolle aber weiter sagt, es solle das dem Vernehmen nach geschehen sein, weil sich die Leute dafür ungerechtfertigterweise Vorteile verschafft haben, was ganz energisch bestritten werden muß, so habe ich darauf nur zu erwidern: entweder habe ich Beweise für solche Sachen — und dann bin ich als Stadtverordneter verpflichtet, sie hier vorzubringen, damit der Magistrat den Schuldigen zur Verantwortung ziehen kann — oder ich besitze solche Beweise nicht, dann bin ich still! (Zustimmung!)

Herr Schmidt: Die Stadt macht der Privatindustrie nicht solche Konkurrenz, wie Herr Tolle meint. Wenn Sie von dem Gewinne zu 30 000 M den Teil absetzen, der auf die Arbeiten in städtischen Gebäuden entfällt, so bleibt so furchtbar viel gar nicht übrig. Im Jahre 1906/07 hat der Gewinn an den für Private hergestellten Gasanlagen etwa 9000 M betragen. Von dem Umsatze im Privat-Einrichtungsgeschäfte entfielen auf Arbeiten und Lieferungen für die Werke rund 29 700 M, für städtische Gebäude rund 35 400 M und für Private rund 97 600 M.

Herr Abmann: Es wurde von den Herren Tolle und Esborn auch darauf hingewiesen, daß die Stadt verschiedene Gerätschaften verkaufe. Ich will aus meinen Erfahrungen mitteilen und Herr Tolle müßte das als Fachmann zu allererst wissen, daß hier nur wenige Geschäfte vorhanden sind, die solche Artikel führen; es kommt daher wiederholt vor, daß die kleinen Installateure, wenn sie irgend welche Arbeiten überwiesen bekommen, erst nach Hannover oder Magdeburg

fahren, um die Gerätschaften zu kaufen, und wenn sie das nicht können, daß sie dann die Direktion der Licht- und Wasserwerke bitten, ihnen die benötigten Sachen abzulassen. Die städtischen Arbeiter verhalten sich immer sehr reserviert und treiben keine Agitation gegen die Installationsgeschäfte; sie machen es genau, wie alle anderen, sie laufen davon, wenn sie mit ihrer Arbeit fertig sind.

Herr Wolters: In der Finanzkommission ist auch darüber gesprochen worden, ob dem Reservefonds des Wasserwerkes — Seite 232 — etwa höhere Rückstellungen als wir vorsehen (55 000 M) zugeführt werden möchten, jedoch war die Finanzkommission nicht dieser Meinung, weil der vorhandene Reservefonds ausreicht, um den bevorstehenden Bau eines neuen Wasserwerkes zu bestreiten.

#### Anhang: Wirtschaftsrechnung der Neustadtmühle.

Herr Aßmann: Ich habe schon früher darauf hingewiesen, daß es an einer kräftigen Dampfmaschine mangelt, welche die Mühle bei schlechten Wasserverhältnissen treiben kann. Daß die für diesen Zweck eingestellte Lokomobile nicht ausreicht, ist durch die Tatsachen schon festgestellt. Ich bitte den Magistrat um Mitteilung, ob diese Sache schon untersucht worden ist. Von einem Deputationsmitgliede wurde mir seinerzeit erwidert, ich befände mich im Irrtum, die Lokomobile besitze 50 Pferdestärken, während sie nach eingezogenen Erkundigungen tatsächlich nur 12 Pferdestärken besitzt. Die Turbine hat nur 60 Pferdestärken, so daß die Mühle, wenn das Wasser nicht stark ist, nicht genug leisten kann. Ich bitte, hier eine Besserung vorzunehmen.

Herr Oberbürgermeister Retschmeier: Ich habe in voriger Woche mit Vergnügen die neue Turbine arbeiten sehen, jedoch wurde mir von den Bediensteten der Mühle auch gesagt, daß sie auf die Dauer nicht ausreichen würde. In der morgen stattfindenden Deputationsfigung soll die Sache zur Sprache gebracht werden. Die Deputation wird sich darüber schlüssig zu machen haben, ob eine Dampfmaschine aufgestellt werden soll, oder ob ein Motor mit elektrischem Antriebe Verwendung finden wird. Herr Major Ribbentrop will nämlich die Energie noch billiger liefern, als der Betrieb einer Dampfmaschine kostet. Wenn das mit Hilfe eines Motors zu machen wäre, so dürfte es auch schon mit Rücksicht auf die geringeren Kosten eines Motors vorzuziehen sein.

Herr Wolters: Der Magistrat richtet hiernach an die Versammlung das Ersuchen:

den vorgelegten Stadthaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1908/09 festzustellen und die Zustimmung dazu zu erteilen, daß im kommenden Jahre an Gemeindecinkommensteuer 10½ Einheiten nach Maßgabe der vereinbarten Veranlagungstabelle,  
an Gemeindegrundsteuer 7,5 % vom Grundsteuerkapitale und



an Gewerbesteuer 75 % der vom Staate auf die stehenden Gewerbe veranlagten Steuer ausgeschrieben werden.

Die Finanzkommission empfiehlt diese Anträge zur Genehmigung.

Von der Versammlung wird dem Antrage gemäß beschlossen, womit gleichzeitig auch das Kapitel XI genehmigt worden ist.

**3. Hauptabschluß des ordentlichen Stadthaushalts**  
gibt keinen Anlaß zu Bemerkungen.

**4. Anhang,**  
**enthaltend die Voranschläge der selbständigen Verwaltungen.**

- a) Schulhausbaufonds.
- b) Umsatzsteuer.
- c) Kanalbaukasse.
- d) Schlachthaus.

Zu diesen vier Voranschlägen findet sich nichts zu bemerken.

e) Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen.

Herr Mohr: Zu dem auf Seite 269 in Kapitel V unter Nr. 9 aufgeführten Ausgabeposten von 1450 M für die Herzog-Leopold-Stiftung möchte ich bitten, diesen Betrag etwas zu erhöhen. Die Stiftung hat ein Vermögen von 70 000 M, das rund 2800 M Zinsen einbringt, während sich die jährlichen Kosten auf annähernd 7000 M belaufen. Rechnet man zu den 2800 M den stadtseitigen Zuschuß von 1450 M, so hat man mit einer Einnahme von 4250 M zu rechnen; es müssen demnach noch 2750 M zugebettelt werden. Da die hiesige Bürgerschaft schon anderweit genügend angebettelt wird, so möchte es sich empfehlen, den Zuschuß entsprechend zu erhöhen. Wenn sich das in diesem Etat nicht mehr machen läßt, so bitte ich, im nächsten Jahre darauf Rücksicht zu nehmen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Da wir einen Dispositionsfonds von 6545,25 M besitzen, so ließe sich dem Antrage auch jetzt noch entsprechen; wenn die Versammlung in der Lage sein sollte, sich schon heute darüber schlüssig zu machen. Die Bestrebungen der Stiftung sind wohl so allgemein bekannt, daß ich kein Bedenken finde, schon heute einen entsprechenden Antrag einzubringen und sofort zu erledigen.

Herr Meyerhoff: Unter Nr. 15 desselben Kapitels findet sich der ewig wiederkehrende Punkt „Zuschuß für die Braunschweiger Baugenossenschaft 1000 M“. Der Beitrag stammt aus einer Zeit, wo die Baugenossenschaft Hilfe nötig hatte.

Es kann mir erwidert werden, daß sie auch heute noch Hilfe nötig habe, jedoch liegen die Sachen heute ganz anders. Heute ist hier keine Wohnungsnot mehr (Widerpruch), und es ist hier keine Wohnungsnot, wenn Sie auch noch hundertmal „doch, doch“ rufen. Ueberzeugen Sie sich doch selbst, ob nicht die Wohnungen der Privatbautätigkeit mindestens den Wohnungen der Baugenossenschaft gleich sind. Ich habe immer geglaubt, Ihnen (zu den sozialdemokratischen Stadtverordneten gewandt) läge gar nichts daran, daß Ihre Freunde kaserniert würden und daß sie dazu noch Wohltätigkeiten empfangen. Ich habe immer die Auffassung gehabt, daß Ihre Freunde ihre Wohnung frei wählen wollten. Ich möchte bitten, diese 1000 M der Leopold-Stiftung zuzuwenden, damit es nicht mehr so aussieht, als wenn eine besondere Klasse von Bauunternehmern bevorzugt würde.

Herr Oberbürgermeister Kete Meyer: Der Herzog Leopold-Stiftung kann man ruhig 1000 M zuwenden, auch wenn die 1000 M der Baugenossenschaft nicht gestrichen werden. Wir haben diese Frage bei der Statsberatung nicht noch einmal eingehend geprüft, indem wir angenommen haben, daß die Ansicht der städtischen Behörden noch unverändert bestände und die Verhältnisse der Baugenossenschaft eine Unterstützung nach wie vor forderten. Leider ist Herr Südel, der hierüber sachgemäße Auskunft geben könnte, heute behindert, hier zu sein. Ich bitte aber, den Posten heute nicht abzulehnen, sondern die Beschlußfassung vorbehaltlich einer nochmaligen Prüfung offen zu lassen. Es wird niemand aus der Versammlung heute erklären können: so steht die Baugenossenschaft, folglich hat sie die 1000 M nötig oder nicht nötig. Da sie mit der Bewilligung rechnet, so ist es billig, erst eine genaue Untersuchung vorzunehmen. Ich möchte anheimgeben zu beantragen, daß der Posten erst nach nochmaliger Beratung als bewilligt gilt, so daß der Magistrat ihn nicht sofort zur Auszahlung bringen kann.

Vorsitzender: Wenn der Herr Oberbürgermeister uns zusichert, daß die Sache der Versammlung noch einmal vorgelegt werden soll, so genügt uns das.

Herr Aßmann: Herr Meyerhoff hat bestritten, daß eine Notwendigkeit zur Unterstützung der Baugenossenschaft vorliegt. Ich will annehmen, daß hier bei größeren Wohnungen von einer Wohnungsnot nicht die Rede sein kann, aber die kleinen Wohnungen sind immer noch knapp. Was Herr Meyerhoff sodann noch äußerte über die Kasernierung unserer Freunde und daß sie sonst doch immer freie Wahl haben wollten, so sollte das wohl ein kleiner Scherz sein, denn mir ist noch nicht bekannt geworden, daß man in Genossenschaftshäusern kaserniert wird. Wer in einem solchen Hause eine Wohnung haben will, muß sich melden und wenn sich zu viele melden, tritt eine Auswahl ein. Ich bin darüber also anderer Meinung, als Herr Meyerhoff.

Herr Meyerhoff: Ich habe das in dem Sinne gemeint, daß durch die Baugenossenschaften hier und anderwärts ganze Stadtviertel errichtet werden nur

mit Arbeiterwohnungen, was doch gegen Ihr Prinzip verstößt, denn Sie sagen ja sonst immer, die Bevölkerung soll vermischt durch einander wohnen. Ich will Ihnen aber näher kommen. Dem Zentralfriedhofe gegenüber ist ein Gebäude mit 8 Wohnungen errichtet, was ebenso eingeschätzt ist, wie ein Haus an der Marienstraße mit ebenfalls 8 Wohnungen. Dort hat ein Privatunternehmer, der noch nicht einmal gelernter Maurer, sondern gelernter Bäcker ist, zwei Häuser mit je 8 Wohnungen gebaut, die ebenfogut wie die Häuser der Baugenossenschaft sind. Im übrigen handelt es sich hier gar nicht um ganz kleine Wohnungen, denn Wohnungen im Mietwerte von 150 M jährlich kann keine Genossenschaft bauen, wenn sie dabei eine Verzinsung herausholen will. Wenn die Baugenossenschaft in der Weise vorginge, daß sie für Bedürftige Wohnungen schaffen wollte, so ließe sich über den Zuschuß sprechen, aber die Wohnungen werden gar nicht für wirklich Notleidende gebaut, sondern sie werden ausgelöst unter Leuten, die Miete zahlen können. Ein solches Unternehmen brauchen wir aber nicht zu unterstützen.

Herr Wesemeier: Darin gebe ich Herrn Meyerhoff vollständig recht, daß an den Bau von Wohnungen zu 150 M nicht mehr zu denken ist, denn dafür haben die Grundstücksspekulanten schon gesorgt. Andererseits ist es aber auch nicht zutreffend, daß die Wohnungen in den Häusern der Baugenossenschaft nicht billiger sein sollen. Es ist richtig, daß Sie keine Wohnungen für 150 M in den Häusern finden, und Wohnungen in diesem Preise kann heutzutage auch kein Arbeiter mehr gebrauchen, aber wenn passende Wohnungen in anderen Häusern 300 M kosten, so kosten sie in den Häusern der Baugenossenschaft nur 260 bis 270 M, und der Unterschied ist nicht zu verachten. Was sodann das sogenannte Durcheinandergewülfeltwohnen der einzelnen Stände betrifft, so scheint es nach der Meinung des Herrn Meyerhoff überhaupt ausgeschlossen zu sein. Es ist doch aber zweifellos, daß in den Wohnhäusern der Bauunternehmer die unteren Wohnungen zumeist in einem solchen Preise hergestellt sind, daß sie die Arbeiterfamilien nicht bezahlen können und ihnen das nur in den obersten Stockwerken möglich ist, während die Wohnungen in den Genossenschaftshäusern von unten herauf zu Preisen hergestellt werden, die man als angemessen bezeichnen kann.

Herr Meyerhoff (zu einer persönlichen Bemerkung): Wir haben uns davon überzeugt, daß die Preise gleich sind.

Herr Ribbentrop: Aus früherer Zeit weiß ich, daß der Waterlooer Preisenfonds der Stadt zur Unterstützung alter braunschweigischer Soldaten überwiesen worden ist. Ich möchte anfragen, ob der Fonds noch besteht und ob alte Soldaten daraus noch Unterstützungen bekommen können.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Der Waterlooer Preisenfonds ist mir nicht bekannt, wenn der Herr Vorredner vielleicht den Militär-Unterstützungsfonds meint, so handelt es sich dabei um einen privaten Unterstützungsfonds, der nicht

durch den städtischen Etat läuft. Die Verwaltung des Fonds liegt in den Händen eines Magistratsmitgliedes, während zwei ehemalige Offiziere dem Vorstande angehören.

Den Antrag Mohr möchte ich befürworten. Durch den noch zu fassenden Beschluß wegen Unterstützung der Baugenossenschaft wird aber, wie ich voraussetze, der Magistrat nicht verhindert, den Etat bei der vorgesetzten Behörde einzureichen, jedoch wird der Betrag nicht eher ausgezahlt werden, bis sich die Versammlung noch einmal damit beschäftigt haben wird. (Zustimmung.)

Der Antrag Mohr wird darauf mit der Maßgabe angenommen, daß der Herzog Leopold-Stiftung nicht 1450 M sondern 2500 M bewilligt werden, während Kapitel X „Zur Verfügung der städtischen Behörden“ von 6545,25 M auf 5495,25 M herabgesetzt wird.

#### f) Brausebäder.

Herr Ohlendorf: Wie Sie aus dem Verwaltungsberichte ersehen haben werden, ist die Zahl der genommenen Bäder etwas zurückgegangen. Wenn der Rückgang auch, wie es in dem Verwaltungsberichte heißt, darauf zurückzuführen sein dürfte, daß in der Mehrzahl der unteren Bürgerschulen, sowie in den meisten größeren Fabriken Badeeinrichtungen zu unentgeltlicher Benutzung geschaffen sind, so möchte ich doch auf einen Uebelstand aufmerksam machen, der anscheinend mit dazu beigetragen hat, daß mancher nicht mehr zu den Bädern geht. Namentlich in dem Bade an der Ferdinandstraße soll nämlich die Wasserleitung nicht gut funktionieren, so daß, wenn jemand Wasser nimmt, nachdem erst eben in der Nachbarzelle Wasser genommen war, das Wasser nicht die richtige Temperatur hat.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Es sind auch in anderer Beziehung die beiden älteren Bäder nicht auf der Höhe des neuesten Bades. Herr Baurat Osterloh, mit dem ich hierüber Rücksprache genommen habe, meinte, wir würden bei den beiden älteren Bädern schon wegen der Beseitigung der Holzteile wahrscheinlich eine größere Summe aufwenden müssen. Ein Reservefonds ist ja vorhanden, und es wird den Herren demnächst eine besondere Vorlage zugehen.

Herr Tolle: Als Deputationsmitglied habe ich mich von dem Zustande des Bades an der Ferdinandstraße überzeugt und dabei gefunden, daß das Holzwerk vollständig abgängig ist. Was mir aber besonders wichtig erscheint, ist der schon von Herrn Ohlendorf erwähnte zu schwache Wasserdruck. Es wurde mir von dem Badepersonale erklärt, der Wasserdruck im Hauptrohr auf der Straße wäre zu gering, jedoch sagte mir Herr Direktor von Feilisch, der Druck wäre ausreichend. Wir besitzen in der Anstalt ein  $1\frac{1}{2}$ ölliges Zuleitungsrohr und merkwürdigerweise sind die Ableitungsrohre nur 20 mm weit, während sie an der Ritterstraße volle  $1\frac{1}{4}$  Zoll haben. Die erstere Zuleitung ist aber nicht imstande, so viel Wasser in das Reservoir zu

schaffen, als von zwei Bädern zugleich daraus entnommen wird. Infolge dessen müssen diejenigen, welche das Bad benutzen, oft lange warten, bis sie genügend Wasser haben. Herr von Feilisch hat mir erklärt, es wäre eine Kleinigkeit, Ersatz zu schaffen und es würde Abhilfe getroffen werden können. Dieser Mangel läßt sich in kurzer Zeit, vielleicht in einem Tage abstellen, während die Beseitigung des Holzwerkes und dessen Ersatz durch Steinmaterial längere Zeit dauert und in die Herbstmonate zu verlegen sein dürfte, in denen die Bäder am wenigsten benutzt werden. Die mangelhafte Einrichtung des Bades hat natürlich zur Folge gehabt, daß ein großer Teil der Besucher ihm fern geblieben und nach der Mitterstraße gegangen ist.

Herr Wolters: Die Finanzkommission befürwortet die Annahme des folgenden Magistratsantrages:

die Voranschläge der eben gedachten Klassen nach Maßgabe des Entwurfs festzustellen und gleichzeitig die Zustimmung dazu zu erteilen, daß die Kanalabgabe wiederum auf den diesjährigen Betrag von 2,5 % des Grundsteuerkapitals festgestellt werde.

Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden und genehmigt darauf den ganzen Etat.

Herr Weichsel: Ich möchte noch eine kleine Anregung geben. Ein Teil der städtischen Sondereinrichtungen hat sich so entwickelt, daß es mir wünschenswert erscheint, sie nicht nur aus dem Etat, sondern auch aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Deshalb würde ich es für zweckmäßig halten, wenn wir im Laufe des Sommers die städtischen Einrichtungen, z. B. das Kieselgut, das Wasserwerk usw., unter Führung des betreffenden Dezernenten, vielleicht an einem Sonnabend nachmittag, einmal besichtigten.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Der Magistrat wird selbstverständlich einem derartigen Wunsche gern Folge geben; ich fürchte nur, es wird schwer halten, die große Mehrheit der Herren an einem Tage zu vereinigen, und es wäre vielleicht richtiger, daß die Herren die Besichtigung in verschiedenen Serien vornehmen. Wenn außerdem nur eine kleine Gruppe draußen ist, so wäre auch eine eingehendere Besichtigung möglich. Der Verwalter steht selbstverständlich zur Verfügung.

Vorsitzender: Ich werde der Anregung insofern Folge geben, als ich im Laufe des Frühjahrs entsprechende Vorschläge machen werde. —

Die Etatsberatung ist damit beendet. Wegen der weiteren Behandlung unserer Angelegenheiten habe ich mir gedacht, heute vielleicht noch zwei Punkte unserer Tagesordnung, den Rest in Gemeinschaft mit der Bahnhofsfraße aber heute über acht Tage zu erledigen. Die Finanz- und die Baukommission würden zur Vorberatung des letzteren Punktes am Mittwoch hier zusammentreten, zu welcher Sitzung sämtliche Mitglieder der Versammlung eingeladen werden. Die Weiter-

beratung der Straßenpolizeiordnung kann noch etwas hinausgeschoben werden, weil dazu noch ein Nachtrag vom Magistrate erwartet wird.

Die heute eingereichten Anträge bedürfen der weiteren Begründung nicht mehr, sie sind sämtlich auch ausreichend unterstützt und werden den betreffenden Kommissionen zur Vorberatung zugehen.

## II Antrag Riefe: Erhöhung der Armenunterstützungen.

Der in der Sitzung vom 9. Januar d. Js. — Seite 332 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, ihr baldmöglichst eine Vorlage zu unterbreiten zwecks notwendiger Regelung der Armenunterstützungen in der Weise, daß der bisherige Satz von 12 M für erwachsene Pfleglinge auf 20 M, sowie der Satz von 6 M für Kinder auf 10 M erhöht werde.“

Namens der Finanzkommission berichtet über den Antrag Herr Löhnefinke: Wie aus dem Verwaltungsberichte des Magistrates über die Jahre 1901 bis 1906 zu ersehen ist, haben schon früher in den Sitzungen der Armendirektion wiederholt Erörterungen darüber stattgefunden, ob die seit 1883 zur Anwendung kommenden Ausschlußsätze geändert, d. h. heraufgesetzt werden könnten. Eine Erhöhung derselben ist jedoch nicht erfolgt, da in Berücksichtigung gezogen wurde, daß es in Fällen besonderer Armut oder Bedürftigkeit der Armendirektion nach Anhörung der Bezirkskommissionen freisteht, die Ausschlußsätze von Fall zu Fall zu erhöhen, ferner daß die Lieferung von Naturalien, wie z. B. Brot, Milch, Feuerung usw. entweder nur teilweise oder überhaupt nicht auf die Unterstützungen angerechnet wird, daß der Verein gegen Bettelei vielfach helfend eingreift und daß endlich die Bezüge von Alters- und Invalidenrenten nur zur Hälfte von dem Ausschlußsatz in Abrechnung kommen. Ich erlaube mir, auf das auf Seite 280 des letzten Verwaltungsberichtes angeführte Beispiel zu verweisen, nach welchem bei einem Ehepaare, wenn der Mann monatlich 16 M, die Frau monatlich 12 M Invalidenrente bezieht, nur 14 M, nämlich  $\frac{16 + 12}{2} = 14$  M von dem 18 M monatlich betragenden Ausschlußsatz in Abrechnung gebracht werden.

Da nun von Herrn Riefe die Beratungen über Erhöhung der Ausschlußsätze von neuem in Fluß gebracht werden, so halte ich es für geboten, zu prüfen:

1. inwieweit der Antrag Riefe gerechtfertigt erscheint und
2. welche Konsequenzen sich aus der im vollen Umfange des Antrages etwa erfolgenden Annahme desselben für die Stadt ergeben könnten.

Was die Berechtigung des Antrages Riefe anbelangt, so neigt die Kommission der Ansicht zu, daß diejenigen Faktoren, welche vor 25 Jahren zur Festsetzung der

jetzt noch zur Anwendung gelangenden Ausschlußsätze führten, heute nicht mehr in allen Fällen für die Bemessung der Unterstützung maßgebend sein dürften.

Die gesamte Lebenshaltung beansprucht heute selbst bei den allerbescheidensten Ansprüchen gegenüber den früher gültigen Preisen für Nahrungsmittel, Bekleidung und Wohnung einen erheblich höheren Aufwand und es erscheint daher der Wunsch nach Aufbesserung der Armenbezüge sehr wohl begreiflich. Die Kommission und wir alle würden es mit großer Freude begrüßen, wenn den Bedürftigen ihr Los in weiterem Umfange gemildert werden könnte, aber bei Prüfung einer Frage, wie der vorliegenden, darf man sich nicht ausschließlich von wohlwollenden Erwägungen leiten lassen, sondern soll vielmehr kühl abwägen, was für die Unterhaltung des einzelnen Individuums als notwendig zu erachten ist.

In glücklicherweise längst entschwundenen Zeiten erblickte man die Hauptaufgabe der Armenfürsorge in der Bewahrung des Bedürftigen vor dem alleräußersten Elend und schützte den notleidenden Mitmenschen nur notdürftig vor dem Verhungern. Davon kann heute keine Rede mehr sein, auf volkswirtschaftlichem Gebiete ist großes geleistet und nicht zum wenigsten auf dem Gebiete der Armenpflege. Hier rangiert Braunschweig ganz gewiß nicht an letzter Stelle, ich brauche nur zu verweisen auf das städtische Pflege-, Armen- und Krankenhaus, das Kinderheim, auf die vielen Vereine, die sich die Armenfürsorge zur Aufgabe machen und die große Anzahl von milden Stiftungen, deren Kapital nach Abrechnung von Familienstiftungen und solchen Stiftungen, deren Zinsen in Gestalt von Stipendien an junge Studierende gezahlt werden, etwa 9 Millionen Mark beträgt. Die Erträge dieser Kapitalien in Höhe von etwa 350 000 M fließen alljährlich den Armen in der Form von Barunterstützungen oder Asylgewährung zu. Nicht zu vergessen ist auch das Waisenhaus, dessen Einrichtung sowohl für die geschlossene, als auch für die offene Armenpflege von weittragender Bedeutung ist.

Zu den segensreichen Errungenschaften auf dem Gebiete der offenen Armenpflege gehört unter vielem andern auch die Gewährleistung eines Existenzminimums, worauf sich in einer großen Anzahl von Städten die offene Armenpflege nach dem „Elberfelder System“ aufbaut. Auch Braunschweig hat seit 1883 ein Existenzminimum nach diesem Muster gewährleistet, und es handelt sich nun um die Frage, ob diese den bescheidensten Ansprüchen an die Lebenshaltung noch entspricht.

In den Schriften des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit habe ich mit lebhaftem Interesse die Ausführungen gelesen, welche die Gewährung des Existenzminimums behandeln. Es wird darin der Unterschied hervorgehoben zwischen dem individuellen und typischen Existenzminimum.

Eine individualisierende Armenpflege unter Berücksichtigung der früheren Lebensgewohnheiten, des Bildungsgrades, der wirtschaftlichen Fähigkeit und sonstiger persönlicher Eigenarten des Pflégelings wäre gewiß sehr erstrebenswert, wir haben

uns aber wohl vorwiegend mit der Frage des typischen Existenzminimums und dessen richtiger Bemessung zu befassen, die durchschnittlich denjenigen Ansprüchen Rechnung trägt, welche man einem menschenwürdigen Dasein zu Grunde zu legen hat.

Von 43 Städten, welche in den 70er, 80er, 90er und späteren Jahren ein Minimum nach Elberfelder Muster festlegten, haben im Laufe der Zeit nur 17 Städte daselbe erhöht, und zwar gegen die Wende des Jahrhunderts. Hiervon ist nur in etwa 7 Fällen, nämlich in westlichen Industriezentren, wie Grefeld, Elberfeld, Mainz, Mülheim a. Rhein, Oberhausen, Remscheid und Ruhrort, die Aufbesserung als erheblich zu bezeichnen. Dadurch soll man sich aber nicht zu falschen Schlüssen verleiten lassen, denn eine nüchterne Prüfung der in den westlichen Industriestädten herrschenden Verhältnisse ergibt zur Evidenz, daß die dort vorgenommene Erhöhung des Existenzminimums sicherlich durch eine infolge Steigerung der Löhne hervorgerufene ungewöhnliche Verteuerung der Mieten und Lebensbedürfnisse und überhaupt durch Verminderung der Kaufkraft des Geldes ausgeglichen wird.

Wir dürfen uns daher nicht das Vorgehen dieser Städte, auf das Herr Kiefe in der Begründung seines Antrages bezug nimmt, ausschließlich zum nachahmenswerten Beispiele dienen lassen. Aber auch Städte wie Darmstadt, Duisburg, Erfurt, Hanau, Leipzig, Stolp, Worms und jedenfalls auch andere, über deren Sätze ich nicht orientiert bin, gewähren höhere Ausschlußsätze als Braunschweig. Dabei ist jedoch nicht außer acht zu lassen, daß im Jahre 1898 von 112 befragten Armenbehörden 42 Mitteilungen eingelaufen sind, nach denen die Leistungen der Privatwohlthätigkeit voll angerechnet werden, 25, nach denen teilweise und 22, nach denen keine Anrechnung stattfindet; das freie Ermessen entscheidet bei 7 Armenbehörden, 16 der letzteren lassen die Frage unbeantwortet.

Sie sehen also, daß in der Mehrzahl der Städte die Privatwohlthätigkeit voll angerechnet wird. Würden wir hier ebenso verfahren, so ersparten wir alljährlich eine erhebliche Summe. Wir tun das aber nicht und brauchen daher den Vergleich mit anderen Städten, welche zwar höhere Ausschlußsätze gewähren, dagegen aber die außerhalb derselben stehenden Unterstützungen voll in Abzug bringen, nicht zu scheuen. Ich glaube auch sagen zu dürfen, daß in Braunschweig mehr geschieht, als in anderen Städten.

In der Kommission wurde der Punkt, in welcher Art die Privatwohlthätigkeit in Ansatz gebracht wird, bezw. wie sie eventuell später in Anrechnung zu bringen sei, lebhaft erörtert, eine Einigung bezüglich eines bestimmten Vorschlages aber noch nicht erzielt. Es wurde vielmehr als wünschenswert erachtet, den Magistrat zu ersuchen, der Prüfung dieser Frage näher zu treten. Die Kommission nimmt keinen Anstand, auch für unsere Stadt eine Aufbesserung der Armenunterstützungen zu empfehlen, denn unter Bezugnahme auf meine vorangegangene Betonung der Verteuerung der Lebenshaltung würde sie es für unbillig halten, den Armen den



notwendigen Lebensunterhalt nicht zu gewähren, um dadurch die Stadt Braunschweig vor höheren Aufwendungen zu bewahren. In der Kommission wurde der Vorschlag gemacht, insofern Herr Rieke eine Konzession zu machen, als die Frage einer Erhöhung der Ausschlußsätze für Einzelpersonen um 2 M und für Pflegekinder um 4 M zur Prüfung verstellt werden könne. Besonders diese beiden Kategorien erschienen aufbesserungsbedürftig, denn wie könne eine Einzelperson wohl mit 12 M monatlich auskommen? Auch Pflegekinder müßten besser gestellt werden und zwar in der Weise, daß für sie im ersten Lebensjahre 16 M, im zweiten 14 M und im dritten bis zur Konfirmation 12 M monatlich verwilligt würden. Es liegt auf der Hand, daß solche Kinder schlimmer daran sind, als Kinder, die im Schutze der Familie aufwachsen. Dieser Vorschlag fand jedoch in der Kommission nicht die Zustimmung der Mehrheit, obgleich die besondere Bedürftigkeit dieser beiden Kategorien allseitig anerkannt wurde. Daher ist auch der Antrag Rieke nicht in vollem Umfange als unberechtigt zu bezeichnen.

Unsere Finanzlage ist keine erfreuliche und die städtischen Behörden haben sich daher unbedingt nach der Decke zu strecken. Was unsere ortsansässigen Armen anbetrifft, so würde unter Zugrundelegung der von Herrn Rieke beantragten Sätze und der augenblicklichen Zahl von etwa 3000 unterstützten Personen sich eine Mehrbelastung der Armenkasse von etwa 110 000 M ergeben. Im vorigen Berichtsjahre sind 164 000 M an Barunterstützungen für Arme aufgewendet, mithin würde die Mehrausgabe bei einer Erhöhung der Ausschlußsätze um  $\frac{2}{3}$  etwa 110 000 M oder  $\frac{1}{2}$  Steuerfimplum betragen.

Im vorigen Berichtsjahre (1906/07) sind zwar gegenüber dem Voranschlage von 226 000 M für Armenpflege Ersparnisse von 63 000 M zu verzeichnen gewesen, ein Umstand, der hauptsächlich auf das durch die Alters- und Invaliditätsversicherung bewirkte Nachlassen der Bedürftigkeit zurückzuführen ist, auch kann voraussichtlich aus demselben Grunde mit weiteren Ersparnissen gegenüber dem Voranschlage für das laufende Etatsjahr gerechnet werden.

Hätten wir diese Ersparnisse im vorigen Jahre nicht gemacht, so würde der Etat nur eben balanziert haben und ein noch ungünstigeres Bild würde sich ergeben, wenn die von Herrn Rieke beantragte Erhöhung der Ausschlußsätze in vollem Umfange genehmigt würde. Noch ein Umstand kommt hinzu. Eine solche Erhöhung der Sätze würde zur Folge haben, daß die Stadt mit unwiderstehlicher Gewalt aus weitem Umkreise viele Bedürftige heranziehen würde und die Mittel der Stadt in unglaublicher Weise in Anspruch genommen werden würden, zumal wenn man bedenkt, daß eine große Anzahl der zuziehenden Personen nach dem in Aussicht stehenden Reichsgesetze schon nach Jahresfrist den Unterstützungswohnsitz hier erwerben könnte.

In der Kommission wurde die Meinung laut, daß der Zuwanderung von ortsfremden Armen nach Kräften vorgebeugt werden müsse, wenn auch ein Teil des aufgewendeten Betrages durch den Landarmenverband ausgeglichen werden würde. Andererseits wurde auch befürwortet, daß man im Falle einer durchgreifenden Erhöhung der Ausschlußsätze die ortsfremden Armen an einer solchen partizipieren lassen könne, wenn die betreffenden Heimatsbehörden sich bereit erklärten, für den Ersatz der erhöhten Aufwendungen aufzukommen.

Im allgemeinen geht die überwiegende Meinung der Kommission dahin, daß der Antrag des Herrn Riefe in der vorliegenden fest umschriebenen Fassung, die Ausschlußsätze von 12 auf 20 *M* und von 6 auf 10 *M* zu erhöhen, nicht annehmbar ist. Die Finanzkommission hat dagegen unter Zustimmung des Herrn Antragstellers beschlossen,

„den Magistrat zu ersuchen, zu prüfen, ob im Verfolg des Antrages Riefe nicht im allgemeinen eine Erhöhung der Armenbezüge unter Berücksichtigung der einzelnen Armenkategorien eintreten könne, besonders, wie im Einzelfalle bei Erwerbsfähigen, Erwerbsbeschränkten und Erwerbsunfähigen mehr als bisher geschehen, den Verhältnissen entsprochen werden könne, ferner, wie die Anrechnung von Legaten und Geschenken erfolgen solle“.

Findet dieser Beschluß die Zustimmung der Versammlung, so wird nach erfolgter Prüfung der Magistrat uns Vorschläge unterbreiten, aus denen die finanzielle Tragweite zu übersehen sein möchte.

Herr Bluth: Im Interesse der Armen bedaure ich sehr, daß aus dem Antrage Riefe nicht mehr herausgekommen ist, denn ich habe den Eindruck, daß die jetzige Armenunterstützung nur eine sehr geringwertige ist. Wenn man sich den Geldwert der Unterstützung in Nahrungsmittel umrechnet, so muß man bei den heutigen teuren Preisen zu der Erkenntnis kommen, daß man von der Grenze, die Armen vor dem Verhungern zu schützen, nicht weit entfernt ist. Ich bin mir darüber vollständig klar, daß auch eine gewisse Gefahr darin liegt, die Sätze im Prinzip zu erhöhen, denn es ist insofern gut, die Armenunterstützung nicht zu hoch zu bemessen, weil sonst der Zudrang von außen zu groß sein würde. Es leiden jedoch viele Arme nicht allein an Mangel an Geld, sondern sie sind häufig noch dadurch beeinträchtigt gegenüber anderen, daß sie durch körperliche oder geistige Gebrechen gehindert sind, etwas zu erwerben. Ich möchte Ihr Interesse deshalb darauf hinlenken, daß viel mehr als bis jetzt geschehen ist, individualisiert werden muß zwischen den Armen und zwar in der Weise, daß unterschieden wird, zwischen solchen Armen, die mittellos und gesund und solchen, die mittellos und zu gleicher Zeit krank sind, und daß die Pfléglinge der letzteren Art in erster Linie bei den Unterstützungen berücksichtigt werden. Der Begriff der Erwerbsunfähigkeit kann dabei

so streng wie möglich gestellt werden, weil es mir nur darauf ankommt, diejenigen, die auf dem äußersten Flügel der Armut stehen, etwas besser situiert zu sehen. Die Erwerbsunfähigkeit braucht nicht vom Arzt allein bescheinigt zu werden, sondern es wird noch besser sein, wenn sie durch den Arzt und den zuständigen Armenpfleger gemeinsam festgestellt wird. Ich möchte bitten, bei der demnächstigen Aenderung auch diesem Gesichtspunkte Rechnung zu tragen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Es war sehr dankenswert, daß Herr Dr. Bluth seinen Erfahrungen hier Ausdruck gegeben hat, insbesondere war es mir willkommen, bestätigt zu sehen, daß es angängig sein wird, die Abstufung des Zustandes der Erwerbsbeschränkung bei den einzelnen Armen mit Hilfe der Armenärzte und Armenpfleger den Verhältnissen nach Möglichkeit anzupassen. Dieser Gedanke hat mich auch immer bei Erledigung der Geschäfte der Armendirektion geleitet und er ist ja auch bei der Beratung der Finanzkommission zum Ausdruck gekommen. Wir müssen danach streben, den Gedanken des Elberfelder Systems auszuführen, und die Anpassung an den Einzelfall will gerade dieses System zu erreichen suchen. Im Verfolg dessen haben wir auch in den letzten Jahren einen neuen Armenbezirk nach dem anderen geschaffen: Seit dem Jahre 1883 sind schon 7 neue Bezirke hinzugekommen. Am 1. April dieses Jahres wird wieder ein neuer Bezirk geschaffen, indem aus einem großen zwei mittlere geschaffen werden sollen. Es ist das eine Maßregel, die uns nur 300 M für den Armenarzt kostet, die uns aber viel nützen wird.

Im übrigen scheint der Vorschlag der Finanzkommission der einzig richtige Mittelweg zu sein. Der Vorschlag des Herrn Rieke ging offenbar zu weit, und er würde uns auch nicht nur 110 000 M jährlich kosten, sondern ungefähr das Doppelte durch die gewaltige Anziehungskraft, welche die Stadt auf die nähere und entferntere Umgebung ausüben würde. Eine ruhige Prüfung der Sache muß im Schoße des Magistrates und im engsten Verkehr mit den einzelnen Armenbezirken erfolgen. Ich habe schon einige Bezirksvorsteher gutachtlich darüber gehört, jedoch wollen die Herren sich erst mit den Armenpflegern und Armenärzten über die Sache verständigen, so daß ich glaube, wir werden dann auf die richtige Grundlage kommen. Bis zu einem gewissen Punkte reunt übrigens Herr Rieke offene Türen mit dem Antrage ein, denn das Verfahren, sich an die alten Säge zu binden, ist schon längst nicht mehr geübt, und die Herren Stadtverordneten haben dem Magistrate kein Haar deswegen gekrümmt, obwohl Sie aus dem Verwaltungsberichte gesehen haben, daß es geschehen ist. Ich freue mich, aus den bisherigen Verhandlungen entnommen zu haben, daß die Herren Stadtverordneten auf unserer Seite stehen, und ich hoffe, daß die Verhandlungen mit der Armendirektion dahin führen werden, daß wir mit einem Antrage auf Hinausgehen über die heutigen Säge an Sie demnächst herantreten werden.

Herr Riese: Ich habe den Antrag gestellt auf Grund meiner Erfahrungen in der Armenpflege, und ich bedaure, daß nicht die Armenpfleger durchgesetzt sind zu einem Drittel wenigstens mit Arbeitern, um das richtige hierbei zu treffen. In Berlin ist es auch so gemacht, da rekrutieren sich die Armenpfleger aus allen Ständen. Wenn nun außerdem das Bestreben besteht, die Gehälter der Beamten zu erhöhen, und zwar mit Recht, dann war es am Platze, bei der Gelegenheit auch den Allerärmsten entgegenzukommen. Es ist auch nicht ganz richtig, wenn der Herr Referent hervorhob, daß die Verhältnisse im rheinländisch-westfälischen Industriezentrum für uns nicht maßgebend sein könnten, denn ich habe mich über die Verhältnisse in ganz Deutschland informiert. Dabei will ich gern zugeben, daß wir hier nicht an letzter Stelle marschieren. Nicht richtig ist es ferner, daß erst infolge der höheren Löhne die Ansprüche gestiegen sind. Nachdem die Zollerhöhung und die Teuerung der notwendigsten Lebensmittel eingetreten waren, wünschte der Arbeiter eine Lohnerhöhung, welcher Wunsch heute wohl auf allen Seiten der Bevölkerung geteilt wird. Wenn die von mir beantragten Sätze den Herren zu hoch erscheinen, so begreife ich das: es zieht sich eben wie ein roter Faden durch die ganze Gesetzgebung, daß da unten nicht zu viel hinkommen darf. Um das durchzusetzen, wird alles mögliche in Bewegung gesetzt und es werden Gründe genug angeführt, um die Sache auf das niedrigste Niveau herabzudrücken. Wenn hier z. B. angeführt wird, daß der Etat nicht zu sehr belastet werden darf, so ist das auch meine Meinung gewesen. Aber wenn Herr Stadtrat von Frankenberg meint, ich renne offene Türen ein, so ist das nicht richtig. Wie die Zustände hier waren, mußte man sie nur bedauern. Wenn z. B. eine kleinere Gesellschaft oder eine einzelne Person arme Leute unterstützte und hinterher kommt die Armenverwaltung und zieht den ganzen Betrag der Unterstützung ab, so ist das traurig genug. Wenn ein Maurer verheiratet ist und hat 4 Kinder und soll dann noch für seinen 70 Jahr alten Vater, der 12 M Armenunterstützung erhält, diesen Betrag zahlen, obwohl er für seine eigene Familie kaum aufkommen kann, so ist das nicht human. Wenn das aber nicht geschieht, so verlieren dadurch zwei Personen ihr Wahlrecht. Die vielen hier vorhandenen Stiftungen — das steht fest — sind zum größten Teile nicht für die Arbeiter, sondern für die unverschämten, ich wollte sagen verschämten Armen, die einmal ein besseres Dasein gefristet haben und nachher herunter gekommen sind. Daß diese Stiftungen hier mit maßgebend sein sollen, davon kann ich mich nicht überzeugen. Der Mensch ist Mensch und muß ein menschenwürdiges Dasein führen. Das geschieht hier aber nicht. Es ist nicht richtig, daß hier alles so human eingerichtet ist, wie Herr Stadtrat von Frankenberg sagt. Eine Frau von 76 Jahren schreibt mir, daß ihr statt 6 M nur 3 M Unterstützung gegeben seien, und der Armenpfleger habe auf Beschwerde ihr geraten, ihre Tochter zu verklagen, weil die zu ihrer Unterstützung verpflichtet sei,

Man ist in dieser Beziehung soweit gegangen, daß man zu allen diesen Nachforschungen die Polizei benutzt, die dafür durchaus nicht passend ist und die nach allen Verhältnissen dann rumstöbert. Die Polizei ist soweit gegangen, daß sie Auskunft über eine Person, die einen kleinen Bierhandel treibt, von der Brauerei hat einholen wollen, von der die Frau ihr Bier bezieht, jedoch hat die Brauerei die Auskunft verweigert. Als ich einmal als Armenpfleger dafür eintrat, daß einer Familie mit kranken Kindern Milch geliefert werden sollte, wurde mir das verweigert, worauf ich erklärte, ich würde mich in dieser Beziehung auf den Arzt verlassen. Als aber auch mit dieser Hilfe nichts erfolgte, habe ich der Armenverwaltung meine Akten zur Verfügung gestellt. Aus dem Verwaltungsberichte habe ich entnommen, daß aus den Vollrenten der Stadt in den Jahren 1896 bis 1901 zusammen 25 391,<sup>14</sup> M zurück überwiesen wurden, welche Ueberweisung in den letzten 5 Jahren auf 48 532,<sup>79</sup> M gestiegen ist. Wenn dabei mit Recht zugegeben wird, daß sich dieses noch weiter entwickeln werde, so sehe ich nicht ein, daß man auf eine schiefe Ebene kommen sollte, wenn die Armenbezüge noch weiter erhöht werden. Ich habe mit meinem Antrage nichts weiter gewollt, als die ganze Sache einmal in Fluß zu bringen und habe deshalb auch dem Antrage der Finanzkommission zugestimmt.

Herr Wesemeier: Ich verstehe wohl, wenn man Ersparnisse für eine Stadt machen will, aber ich kann es nicht gutheißen, wenn das auf Kosten der Vermögenden der Armen geschieht, die nicht mehr arbeiten können und auf die Hilfe der Allgemeinheit angewiesen sind. Einem Ehepaar, das 14 und 12 M Invalidenrente bezog, ist die Hälfte davon auf die Armenunterstützung angerechnet worden. Ich verstehe nicht, wie man von den paar Mark noch etwas abzuziehen vermag, obwohl doch das Menschenpaar einen Monat davon leben soll. Bei unsern Beamten, denen wir Gnadenpensionen gewähren, wird dieses Wort doch gerade deshalb in den Etat hineingebracht, damit die Pensionen nicht von anderer Seite gekürzt werden dürfen. Es wird dabei also ein doppeltes Recht angewendet. Das Prinzip kann ich nicht für gerechtfertigt erklären, daß eine Invalidenunterstützung bei der Armenunterstützung in Anrechnung gebracht wird, zumal unsere Armenunterstützungen bei weitem nicht ausreichen, den Menschen nur ganz notdürftig am Leben zu erhalten. Es ist ganz zweifellos, daß seit dem Jahre 1883 unsere Lebensmittelpreise um 30 bis 40 % gestiegen sind. Die hierüber angestellten theoretischen Ausführungen des Herrn Referenten sind nicht richtig. Mein Freund Riese hat schon angeführt, daß die Warenpreise nicht erst infolge der Lohnerhöhungen gestiegen seien, denn die landwirtschaftlichen Produkte sind gestiegen, obwohl die landwirtschaftlichen Löhne nicht gestiegen sind. Die Preistreiberei ist durch unsere Zollverhältnisse und ähnliche Umstände veranlaßt. Es ist nicht schön, wenn man auf Grund der Abzüge von der Invalidenrente Ersparungen bei dem Armenetat

macht. Damit wird bewiesen, daß die Versicherungs-gesetzgebung nur geschaffen ist, um die Armentassen zu entlasten; man sollte dann anderenorts auch nicht so viel Aufhebens von der Sozialgesetzgebung machen. Es handelt sich dabei um Unterstützungen, die sich die Interessenten durch ihre Beiträge erst erkaufen müssen.

Nun wird auch gesagt, wenn wir die Armenbezüge so erhöhen, wie es der Antragsteller wünscht, dann würden wir einen Zuzug von Armen hierher bekommen, wie er nicht erwünscht wäre. Das glaube ich nicht. Wer einer so kläglichen Armenunterstützung wegen von seinem Wohnorte fortzieht, der muß schon nicht mehr Mensch sein und muß am Leben verzagen. Dazu kommt dann auch noch das Gesetz wegen des Unterstützungswohnsitzes, das den Gemeinden leider noch zur Seite steht. Ich halte die Gefahr nicht für so groß, daß die Arbeiter in Massen nach Braunschweig ziehen sollten, wenn hier Armenunterstützungen von vielleicht 18 M gezahlt werden, zumal immer erst zu prüfen ist, ob jemand bezugsberechtigt ist. Ich möchte die Verpflichtung der Allgemeinheit gegenüber den Armen nicht soweit herabgedrückt sehen, daß man ihnen das Minimum dessen, was man gewähren will, so tief herabsetzt, daß es nicht möglich ist, davon auch nur das notwendigste zum Leben zu kaufen. Mir ist ein Fall bekannt, daß ein Armenpfleger einer Frau mit 6 Kindern, deren Mann verstorben ist, die sich etwas zuverdiente, die ganze Armenunterstützung entzogen hat. Ich stimme dem Antrage der Finanzkommission zu, daß noch Beratungen über die Höhe der Unterstützungen gepflogen werden, aber ich fürchte, daß mit der Einteilung von erwerbsfähigen und nicht erwerbsfähigen Armen ein System geschaffen wird, das bei weitem nicht das richtige trifft. Das System wird niemals vollständig und gut sein, aber es wird dadurch der Ranküne Tor und Tür geöffnet. Es gibt auch Geschäftsleute unter den Armenpflegern, die bestrebt sind, die Armenunterstützungen wieder in ihr Geschäft zu leiten.

Vorsitzender: Die Finanzkommission hat beschlossen, den Magistrat aufzufordern, in eine Prüfung über die Materie einzutreten. Ich würde es für richtig halten, wenn wir heute diesen Beschluß, mit dem auch der Herr Antragsteller einverstanden ist, fassen, dann wird uns der Magistrat mit der Sache schon kommen. Ich bin auch 18 Jahre Armenpfleger gewesen und habe die Ueberzeugung, daß wir etwas vollkommenes nie schaffen werden. Dabei stehe ich aber nicht auf dem Standpunkte des Herrn Bluth, daß durch Annahme des Kommissionsantrages so wenig herauskommt, im Gegenteil.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich halte es nicht für unzweckmäßig, den Ausführungen der Herren Riefe und Wesemeier insofern entgegenzutreten, als sie darzustellen versuchten, das gegenwärtige Verfahren sei hart, streng und unbillig. Insbesondere ist es nicht zu verstehen, wie Herr Wesemeier in der Anrechnung der Hälfte der Invalidenrenten eine Unbilligkeit erblicken kann. Wie wenig er dabei den Kern trifft, geht schon daraus hervor, daß ungefähr  $\frac{3}{4}$  aller deutschen

Städte rücksichtslos jeden Rentenpfennig in Ansatz bringen, während wir nur die Hälfte anrechnen. Daß wir auf die Angehörigen der Armen und deren Unterhaltungspflicht Rücksicht nehmen, ist nicht nur unser Recht, sondern unsere Pflicht. So lange erwerbsfähige Kinder von Armenpfléglingen vorhanden sind, müssen sie auch helfen. Das wird auch in Zukunft geschehen. Herrn Kiefe möchte ich darüber beruhigen: Ein Sohn, der durch uns gezwungen werden muß, zu den Armenunterstützungen seines Vaters beizutragen, wird dadurch in seinem Wahlrecht nicht beeinträchtigt, wie er dadurch in der öffentlichen Meinung beeinträchtigt wird, ist eine andere Sache, das Wahlrecht behält er aber unvermindert.

Was die Pflegekinder betrifft, so ist im Laufe der letzten Monate insbesondere aus den Kreisen der Waisenpflegerinnen heraus der Wunsch nach Aufbesserung der Unterstützungssätze so lebhaft geworden, daß ich dieserhalb schon von selbst an die Versammlung mit einem Antrage herangetreten sein würde.

Der Antrag der Finanzkommission wird darauf angenommen.

### III. Erhöhung des Zuschusses für den Samariterverein.

Der Vorstand des hiesigen Samaritervereins hat den Magistrat ersucht, in den Haushaltsplan für 1908/09 eine Beihilfe von 150 statt 100 M zu den Honoraren der drei ärztlichen Leiter der Samariterkurse einzustellen. Der Antrag ist damit begründet, daß Herzogliches Staatsministerium zu den Honorarkosten von 300 M nur einen Beitrag von 150 M gegen sonst 200 M gewährt hat. Im Hinblick auf die gemeinnützigen Bestrebungen des Vereins trägt der Magistrat kein Bedenken, dem Antrage stattzugeben und ersucht, ihm zuzustimmen,

was auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr Buchler berichtet, geschieht.

Die Versammlung wird darauf geschlossen.

Dauer von 4 bis gegen 8<sup>1/2</sup> Uhr.

1907/1908.Nr. 13.

# B e r i c h t

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 27. Februar 1908.

---

### Tagesordnung:

- |                                                                              |           |
|------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| I. Umbau oder Verlegung der hiesigen Staatsbahnhöfe . . . . .                | Seite 452 |
| II. Aufgabe der projektierten Kanalisation des Wendenmühlengrabens . . . . . | " 498     |
| III. Verrechnung von Grunderwerbskosten . . . . .                            | " 499     |
| IV. Aenderung in der Rechnungsführung der Armenkasse . . . . .               | " 501     |
| V. Erwerb von Flächen am Bohlwege . . . . .                                  | " 502     |
- 

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Metemeyer, Bürgermeister Meyer, und Stadträte Heymann, von Frankenberg, Wagner, Seele, Lord und Schöttler.

Entschuldigt die Herren Buchler und Schmidt.

Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt, eröffnet die Sitzung und erteilt das Wort zu einer persönlichen Erklärung vor Eintritt in die Tagesordnung Herrn Tolle.



Herr Dollé: Zu meinem Bedauern habe ich gehört, daß einige Beamte und Arbeiter der Licht- und Wasserwerke sich verletzt gefühlt haben durch meine Äußerungen in der letzten Sitzung der Stadtverordneten. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß mir eine Beleidigung dieser Personen gänzlich fern gelegen hat und ich glaube kaum, daß der stenographische Bericht Ausdrücke von mir enthalten wird, aus denen Beleidigungen herzuleiten sind. Sollten mir im Eifer der Rede trotzdem diejenigen Worte untergelaufen sein, welche hiesige Zeitungen außer dem Zusammenhange veröffentlicht haben, so würde ich das bedauern und nicht verfehlen, dieselben zurückzunehmen.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

### **I. Umbau oder Verlegung der hiesigen Staatsbahnhöfe.**

In der Sitzung vom 21. November 1907 ist der Versammlung über den Verlauf der Verhandlung Mitteilung gemacht, die wegen des Bahnhofsumbaues am 28. Oktober 1907 in Berlin zwischen dem Königlich Preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten und dem Vorsitzenden des Magistrats gepflogen ist. Der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten hatte dabei in Aussicht gestellt,

1. das ihm in der fraglichen Verhandlung überreichte, in allgemeinen Umrissen gehaltene Projekt der städtischen Bauverwaltung, das die Errichtung des Empfangsgebäudes in der Nähe der Militär-Badeanstalt vorsieht, einer näheren Prüfung unterziehen zu lassen und zu demselben Stellung zu nehmen, und
2. bei solcher Stellungnahme eine — bislang nicht erfolgte — bestimmte Erklärung über Beibehaltung bezw. Aufgeben des Kopfbahnhofes abzugeben.

Am 11. Februar 1908 ist dem Magistrate nun folgendes Schreiben des Königl. Preussischen Ministers der öffentlichen Arbeiten vom 8. desselben Monats zugegangen, in dem das oben erwähnte Projekt für nicht annehmbar erklärt, die Entscheidung über die unter 2 erwähnte Frage aber der Vertretung der hiesigen Stadt überlassen wird. Das Schreiben lautet:

Berlin, 8. Februar 1908.

Der Königliche Preussische Minister der öffentlichen Arbeiten.

An

Herrn Oberbürgermeister Metemeyer,

Hochwohlgeboren,

in Braunschweig.

Die bei der Besprechung am 28. Oktober v. J. mir übergebenen Skizzen für einen Durchgangsbahnhof in Braunschweig sind in meinem Auftrage von der

Königlichen Eisenbahndirektion in Magdeburg einer Prüfung unterzogen worden. Das Ergebnis der Prüfung, dargestellt in 7 Blatt Zeichnungen mit Erläuterungen und Kostenanschätzungen, sind gegen gefällige Rückgabe hier beigefügt. Wie daraus zu ersehen ist, würde die Ausführung eines derartigen Entwurfs trotz mancher Mängel, die ihm gegenüber dem diesseitigen Entwurf in Hinsicht auf den Eisenbahnbetrieb anhaften, so bedeutende Kosten verursachen, daß eine solche Lösung nicht weiter verfolgt werden kann.

Erw. Hochwohlgeboren haben ferner in der Unterredung vom 28. Oktober v. J. eine Erklärung darüber gewünscht, ob preussischerseits der Plan, den bestehenden Kopfbahnhof dem Verkehr entsprechend umzubauen und zu erweitern, endgültig aufgegeben sei. Wie Erw. Hochwohlgeboren aus der Entwicklung, die die Bahnhofsf Frage genommen hat, bekannt, ist der ursprüngliche Plan, den Kopfbahnhof zu erhalten und ihn nur zu erweitern, unter Zustimmung des Herzoglich Braunschweigischen Ministeriums und in der auch von diesem geteilten Ueberzeugung aufgegeben worden, daß die allgemeinen Verkehrsinteressen Braunschweigs bei einem Durchgangsbahnhofs eine bessere Förderung erfahren würden, als bei einem Kopfbahnhofs. Auch die Verhandlungen über die Beteiligung der Stadt Braunschweig an den Kosten der neuen Bahnhofsanlagen haben in der langen Zeit, die sie schon beansprucht haben, stets auf der Grundlage des Entwurfs eines Durchgangsbahnhofs stattgefunden und zwar des preussischen Entwurfs, nachdem der Magistrat sich davon überzeugt hatte, daß mit zulänglichen Mitteln eine andere Lösung nicht zu finden war. Ich durfte daher der Meinung sein, daß auf den Entwurf eines Kopfbahnhofs nicht mehr zurückgegriffen werden würde.

Da aber, wie mir bekannt geworden ist, ein Teil der Bürgerchaft einer Hinauslegung des Personenbahnhofs widerstrebt und hierdurch eine wesentliche Beeinträchtigung der städtischen Interessen befürchtet, eine nähere Lage aber nur bei einer Kopfbahnhofsanlage möglich ist, so will ich, obwohl alsdann gegebenenfalls eine Verzögerung der Angelegenheit wegen der Ausarbeitung eines neuen Entwurfs nicht zu vermeiden sein würde, die Entscheidung darüber, ob der Personenbahnhof als Kopf- oder als Durchgangsbahnhof ausstattet werden soll, der Vertretung der Stadt Braunschweig überlassen.

Bei der Beschlußfassung wird aber nicht außer acht zu lassen sein, daß, wie ich schon bei der Unterredung mit Erw. Hochwohlgeboren hervorgehoben habe, in bezug auf die Sicherheit und die schnelle Abwicklung des Verkehrs der Durchgangsbahnhof unter allen Umständen den Vorzug vor dem Kopfbahnhof verdient und daß die mit dem Betriebe des letzteren verknüpften größeren Wege, Umständlichkeiten und Zeitverluste dem Durchgangsverkehr sehr wesentliche Hindernisse bereiten, die um so mehr ins Gewicht fallen, als Braunschweig

nach seiner Lage im Eisenbahnnetz in der Hauptsache Durchgangsstation ist und noch mehr werden muß. Auch wird zu beachten sein, daß die Einführung neuer Bahnlinien in den Kopfbahnhof auf große Schwierigkeiten stoßen würde.

Einer gefälligen Mitteilung über die dortseitige Entschliebung sehe ich hiernach entgegen. Dem Herzoglich Braunschweigischen Ministerium habe ich Abschrift dieses Schreibens übersandt.

gez. Breitenbach.

Der Magistrat bemerkt hierzu folgendes:

Zu 1. Die mit dem oben erwähnten Schreiben uns übersandten, von der Königlichen Eisenbahndirektion Magdeburg unter Zugrundelegung des oben erwähnten Projektes ausgearbeiteten 4 Entwurfskizzen lassen ersehen, in welcher Weise sich der Plan, das Bahnhofsgebäude in der Nähe der Militär-Badeanstalt und somit in einer Entfernung von nur 800 Metern südlich vom jetzigen Empfangsgebäude zu errichten, durchführen läßt; jedem der 4 Entwürfe ist indessen eine Zusammenstellung der Bedenken beigelegt, welche die Ausführung nach Ansicht der Königl. Eisenbahndirektion in Magdeburg ausschließen. Diese Bedenken sind sowohl betriebstechnischer als auch finanzieller Art und wenngleich, so viel die ersteren betrifft, die Entwürfe C. und D. für allenfalls ausführbar erklärt sind, so scheitert doch die Verwirklichung jedes einzelnen der fraglichen vier Entwürfe an der Kostenfrage. Es sind nämlich überschläglich ermittelt die Grunderwerbs- und Baukosten nach Abzah der aus dem Verkaufe des frei werdenden Geländes zu erzielenden Einnahmen:

bei Projekt A zu  $30\,700\,000 - 5\,420\,000 = 25\,280\,000$  Mk., bei Projekt B zu  $29\,100\,000 - 5\,465\,000 = 23\,635\,000$  Mk., bei Projekt C zu  $43\,100\,000 - 5\,450\,000 = 37\,650\,000$  Mk. und bei Projekt D zu  $35\,500\,000 - 5\,420\,000 = 30\,080\,000$  Mk.

Wir sind der Ansicht, daß diese Kosten im Verhältnis zu den früheren Anschlägen und Schätzungen reichlich hoch bemessen sind, haben aber von einer eingehenden Nachprüfung, zumal sich diese beim Fehlen der Unterlagen zur Ermittlung der Baukosten auf die Grunderwerbskosten und die zu erzielenden Einnahmen zu beschränken haben würde, Abstand nehmen zu sollen geglaubt, weil in dem Schreiben des Königl. Preussischen Ministers der öffentlichen Arbeiten vom 8. d. Mts. alle vier Entwürfe verworfen sind und daher ihre weitere Verfolgung von hier aus zwecklos erscheint. Die hiesige Stadt kann zwar die Förderung eines ihr vorgelegten Projektes ablehnen, aber sie kann nicht die Ausführung eines von ihr gewünschten Projektes fordern. Uebrigens kann es aber auch nicht überraschen und ist auch von der städtischen Bauverwaltung früher anerkannt, daß die Kosten eines jeden der fraglichen vier Projekte sich

erheblich höher belaufen würden, als diejenigen des Projektes der Staatsbahnverwaltung.

Zu 2. Nach den vorstehenden Darlegungen und im Hinblick auf den Verlauf der früheren Verhandlungen müssen wir bei unserer schon in der Vorlage vom 29. Juni v. J. vertretenen Ansicht verharren, daß ein anderes Durchgangssprojekt als das von der preußischen Staatsbahnverwaltung vorgelegte nicht erreichbar ist. Die Angelegenheit hat sich aber inzwischen insofern geändert, als der Königl. Preussische Minister der öffentlichen Arbeiten dem Widerstreben eines Teiles der Einwohnerschaft gegen das fragliche Projekt Rechnung zu tragen und ein Projekt über den Umbau des jetzigen Kopfbahnhofes ausarbeiten zu lassen unter der Voraussetzung bereit ist, daß die städtischen Behörden solches wünschen.

Bei der Beratung unserer Vorlage vom 29. Juni v. Js. werden die geehrten Herren somit auch zu dieser Frage ausdrücklich Stellung zu nehmen haben, was übrigens vermutlich ohnehin geschehen wäre. Sollte dabei der Beschluß der geehrten Herren dahin lauten, daß vorweg die Bearbeitung des Kopfbahnhofsprojektes zu fordern sei, so würden wir zwar nicht umhin können, uns diesem Beschlusse anzuschließen, weil andernfalls die ganzen jahrelangen Verhandlungen als resultatlos verlaufen anzusehen sein würden. Aber wir halten uns doch für berufen und verpflichtet, auf die erheblichen Bedenken hinzuweisen, die der Fassung eines solchen Beschlusses entgegenstehen. Von den nicht zu bestreitenden erheblichen Betriebserschwernissen, die die Beibehaltung der Kopfbahnhofsanlage vom Standpunkte der Eisenbahnverwaltung aus nicht ratsam erscheinen lassen, glauben wir dabei umsomehr absehen zu dürfen, als diese Erschwernisse bereits im Schreiben des Ministers der öffentlichen Arbeiten vom 8. d. Mts. deutlich genug hervorgehoben sind, übrigens aber auch die Beseitigung bezw. Vermeidung der Betriebserschwernisse in erster Linie Aufgabe der Eisenbahnverwaltung sein dürfte. Auch die weitere Verzögerung, welche die Angelegenheit durch Ausarbeitung eines neuen Umbauprojektes erleiden würde, erscheint uns, so unendlich die jetzigen Verhältnisse auch sein mögen, nicht schwerwiegend genug, um dieserhalb auf das Anerbieten des Königlich Preussischen Ministers der öffentlichen Arbeiten zu verzichten. Für ausschlaggebend erachten wir vielmehr einerseits die Verkehrsverhältnisse, die, wie schon in unserer Vorlage vom 29. Juni v. J. ausgeführt, den Durchgangsbahnhof besonders dann fordern werden, wenn die Zahl der ein- und auslaufenden Züge vermehrt und insbesondere neue Linien angeschlossen werden sollen, und andererseits und vornehmlich die Finanzfrage.

Es unterliegt für uns keinem Zweifel, daß, wenn die gefährlichen und den Straßenverkehr schwer belastenden Niveaufkreuzungen auf der Frankfurter-, Eisenbütteler-, Salzdhumer- und Helmstedterstraße beseitigt und die Durchkreuzungen der Gleise im Bahnhofe durch die ein- und auslaufenden Züge vermieden werden sollen, auch das in Rede stehende Umbauprojekt sehr erhebliche Kosten verursachen wird, die sich naturgemäß um so höher belaufen müssen, als das jetzige Bahnhofsgelände zum größten Teile beizubehalten ist, mithin als Bauland nicht verwertet werden kann.

Dabei aber würde die Eisenbahnverwaltung dann selbstverständlich die Ansicht vertreten, daß aus der ihren Interessen durchaus zuwiderlaufenden und nur mit Rücksicht auf die Wünsche der Stadt zugestandenen Beibehaltung des Kopfbahnhofes für unsere Stadt wenigstens die moralische Verpflichtung erwachse, zu den erwachsenden Kosten einen Zuschuß zu leisten, der das jetzt der Stadt angefallene Geldopfer erheblich übersteigen würde.

Fordert die Eisenbahnverwaltung schon jetzt zu dem ihr selbst vorteilhaften Durchgangsprojekte einen Zuschuß von rund 2 000 000 Mk., so liegt die Annahme nahe, daß sie den Zuschuß zu den Kosten des ihr durchaus nicht zuzurechnenden Kopfbahnhofes noch höher bemessen wird.

Wir unsererseits würden diese Stellungnahme wenigstens für durchaus erklärlich halten und dabei leider außerstande sein, den geehrten Herren annehmbare Vorschläge über die Aufbringung so erheblicher Mittel zu unterbreiten, auch wenn die große Mehrheit der Einwohnerschaft den Kopfbahnhof fordern sollte. Zu einer Schuldenwirtschaft, wie sie neuerdings im blinden Vertrauen auf eine Besserung der finanziellen Verhältnisse in der Zukunft hier und da Platz gegriffen hat, können wir uns nicht verstehen. Der Vorschlag für das kommende Rechnungsjahr und das ihm beigegebene Begleitschreiben läßt erkennen, daß zwar die finanzielle Lage unseres Gemeinwesens zu Besorgnissen keinen Anlaß gibt, daß sich aber die Stadt ohne zwingende Not zu einer dauernden erheblichen Vermehrung der ordentlichen Ausgaben nicht verstehen kann, da diese ohne wesentliche Steuererhöhung nicht möglich wäre.

Einer derartigen finanziellen Belastung der gesamten Einwohnerschaft gegenüber müssen wir unsererseits die Nachteile für erträglich halten, die die weite Verschiebung des Empfangsgebäudes nach Süden — wenigstens vorläufig — für einen Teil der Einwohnerschaft im Gefolge haben würde, und der Verzicht auf das Anerbieten, ein Projekt über eine Verbesserung des Kopfbahnhofes ausarbeiten zu lassen, wird uns daher um so leichter, als zur Leistung von erheblichen Zuschüssen zu den Kosten des vorgelegten Durchgangsprojektes die Stadt weder rechtlich noch moralisch verpflichtet sein dürfte.

In welcher Weise die Stadt dieses Projekt billigerweise würde fördern können, haben wir in unserer Vorlage vom 29. Juni v. J. ausgeführt. Daß der Königl. Preussische Minister der öffentlichen Arbeiten bei der Unterredung am 28. Oktober v. J. angedeutet hat, der von uns den geehrten Herren unterbreitete Vorschlag sei für seine Verwaltung unannehmbar, kann uns nicht ohne weiteres bestimmen, unsere Vorlage zurückzuziehen. Wir unsererseits haben zu der die Interessen der Stadt auf das empfindlichste berührenden Bahnhofsfraße nach eingehender Prüfung Stellung genommen und müssen jetzt Gewißheit darüber haben, ob und inwieweit wir uns dabei mit den berufenen Vertretern der Einwohnerschaft in Uebereinstimmung befinden.

Wir geben daher anheim,

nunmehr über unsere Vorlage vom 29. Juni 1907 Beschluß zu fassen.

**V o r s i e n d e r :** Ich möchte mir zunächst einige einleitende Worte gestatten. Nochmals auf die ungeheure Wichtigkeit des uns jetzt beschäftigenden Punktes aufmerksam zu machen, verbietet sich von selbst, denn wir sind in wochen- und monatelanger Arbeit bemüht gewesen, die hervortretenden Schwierigkeiten eingemeßen zu lösen.

Indessen möchte ich von dieser Stelle aus allen denen Dank aussprechen, die durch Eingaben, Briefe, Berichte, Resolutionen oder persönliche Besuche sich uns zur Verfügung gestellt haben, um mit ihrem Rat diese Schwierigkeiten zu heben. Insbesondere danke ich auch einem unserer jüngsten, aber dem Lebensalter nach älteren Mitbürger, der namentlich in letzterer Zeit seinen sachkundigen Rat uns bei Behandlung dieser Frage in liebenswürdiger und zuvorkommender Weise zur Verfügung gestellt hat.

Neben diesem Dank möchte ich aber auf der anderen Seite nicht verschlen, auch von dieser Stelle aus zu sagen, daß, so dankenswert alle diese Ratschläge und Resolutionen sind, die uns gegeben wurden, sie doch nicht den Charakter annehmen dürfen — das ist wenigstens meine Meinung und Sie sind wohl mit mir derselben Ansicht — als ob sie eine PreSSION auf die Entscheidung der Herren Stadtverordneten in dieser Sitzung ausüben wollten. Und das ist in gewisser Weise geschehen. Es ist hier nämlich gesprochen von einer „Schärfung des Gewissens“ und einem „Aufrütteln der Stadtverordneten zu ihren Pflichten“. Ich glaube, es entspricht der Wichtigkeit des Gegenstandes und der Ehre der Versammlung, daß ich von dieser Stelle aus ein derartiges Eingreifen Außenstehender ganz entschieden zurückweise. Wir wissen selbst, was notwendig ist zu tun, und begreifen vielleicht noch mehr die Schwierigkeit der Frage, als die Fernstehenden; wir sind alle nach unseren schwachen Kräften bemüht gewesen und werden auch weiter bemüht sein, die Schwierigkeiten zu lösen, aber

die Entscheidung des einzelnen sowohl, wie der ganzen Versammlung darf nicht unter einem Drucke erfolgen, der von außen geübt wird! Ich hielt es für zweckmäßig, das hier zum Ausdruck zu bringen. (Zustimmung.)

Nunmehr bitte ich den Herrn Berichterstatter der Finanzkommission das Wort zu nehmen.

Herr W e l t e r s : Die vereinigten Kommissionen (Bau- und Finanzkommission) haben den Gegenstand gestern im Beisein der meisten Mitglieder der Versammlung und auch schon früher in verschiedenen vertraulichen Sitzungen beraten. Es werden nun innerhalb der Magistratsvorlage eine Anzahl Fragen an die Versammlung gestellt und auch innerhalb des Schoßes der Kommissionen sind besondere Anträge entstanden. Die in dem Magistrats schreiben und in den Kommissionen hervorgetretenen Fragen sind der Reihe nach folgende:

1. Sollen die von der städtischen Bauverwaltung angeregten, von der preußischen Eisenbahnverwaltung ausgearbeiteten vier Planskizzen noch weiter verfolgt werden oder nicht?
2. Soll man das Anerbieten des preußischen Herrn Eisenbahnministers, einen Entwurf für einen neuen Kopfbahnhof ausarbeiten zu lassen, zunächst annehmen, oder sollen wir sogleich Stellung nehmen zu dem Antrage des Magistrats vom 29. Juni v. J.?

Diese beiden Fragen sind in der Magistratsvorlage enthalten, während innerhalb der Kommissionen selbst noch folgende Fragen aufgeworfen wurden:

Seitens des Herrn Prof. Lübke war der Antrag gestellt worden, zu erklären:

„Die Stadiverordnetenversammlung hält die Lage des jetzt vorgeschlagenen Personenbahnhofs für so ungünstig, daß sie dieses Projekt zurzeit nicht befürworten kann. Sie erklärt sich aber bereit, für den Fall einer Näherlegung des Durchgangsbahnhofs vielleicht in der Richtung Ekbertstraße—Hennebergstraße einen Zuschuß à fonds perdu von mehreren Millionen zu leisten.“

Ferner kam noch aus dem Schoße der Kommission ein Antrag, der zum Teil wenigstens früher schon einmal eingereicht wurde. Es handelt sich um den Antrag der Herren Dr. Jasper und Riefe. Der alte Antrag lautete:

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, bei Ausgestaltung des preußischen Projektes die Interessen der Stadt, insbesondere deren Industrie, dadurch zu fördern, daß der Industrie Anschlußgleise in größerem Umfange gewähreistet werden.“

In Verbindung mit diesem alten Antrage ist sodann von denselben Herren ein neuer Antrag eingebracht worden, der lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem preussischen Bahnhofprojekt (Durchgangsbahnhof) grundsätzlich zu und lehnt es ab, neue Projekte ausarbeiten zu lassen (sei es nun für einen anderweiten Durchgangs-, sei es für einen Kopfbahnhof).“

Das wären die Fragen, die der Versammlung heute zur Beschlußfassung vorliegen. Die Kommissionen haben sich darüber wie folgt geäußert:

Zunächst die Frage des von der städtischen Bauverwaltung angeregten und von dem preussischen Herrn Minister oder doch in dessen Auftrage ausgearbeiteten Projektes. Meine Herren! In dieser Beziehung stellen sich die vereinigten Kommissionen vollständig auf den Standpunkt des Magistrates. Schon um der Kostenfrage willen scheidet dieses Projekt in seinen vier Bearbeitungen vollständig aus. Der Versammlung ist bekannt, daß die beiden allenfalls ausführbaren Projekte C und D über 37 bezw. 30 Millionen Mark kosten sollen; es ist also selbstverständlich, daß diese Projekte ohne weiteres für uns ausfallen müssen gegenüber einem Projekte zu 17 Millionen Mark, von welchem Betrage noch der Wert des frei werdenden Terrains in Abzug kommt.

Der zweite Punkt ist der Antrag Lübke, der dahin geht, einen Durchgangsbahnhof in der Richtung Ekbertstraße—Hennebergstraße anzustreben. Auch dieser Antrag ist nach der Meinung der vereinigten Kommissionen abzulehnen und zwar aus folgendem Grunde: Schon bei den früheren Beratungen, denen man jetzt wieder beipflichtet, ist dieses Projekt auch wegen des Kostenpunktes als unausführbar anerkannt. Im Grunde genommen stellt es sich als eine Variante der Gleimschen Projekte dar, und über diese hat sich der Herr Minister wie folgt geäußert: „Die Durchführung des -- dem Herrn Minister allein vorgelegten -- Projektes D werde nicht nur betriebliche Nachteile im Gefolge haben, sondern auch, insbesondere mit Rücksicht auf die hohen Dammhöfungen im Bürgerparke, nach überschläglicher Schätzung die Aufwendung von fünf bis sechs Millionen Mark Mehrkosten verursachen.“ Nach der Meinung des Magistrats und der Kommissionsmitglieder sowie gestützt auf das Gutachten der städtischen Bauverwaltung würde das Lübkesche Projekt mindestens dieselbe Summe erfordern, wie das Gleimsche Projekt D, weshalb sich die vereinigten Kommissionen auch diesem Projekte gegenüber auf einen ablehnenden Standpunkt gestellt haben.

Die dritte Frage ist folgende: Nachdem mehrfache Versuche gemacht worden sind, die Näherlegung eines Durchgangsbahnhofes herbeizuführen und nachdem alle diese Versuche trotz der größten Bemühungen von Sachver-



ständigen und unsererseits sich als vollständig unmöglich erwiesen haben, erachten es die vereinigten Kommissionen jetzt nicht mehr für angängig, irgend welche Projekte noch weiter zu verfolgen, die die Nähelegung eines Durchgangsbahnhofes versuchen. Es wird deshalb der geehrten Versammlung empfohlen, zu beschließen, daß Projekte in dieser Richtung nicht mehr weiter verfolgt werden mögen.

Nun kommen wir zu den Anträgen Jasper-Riefe. Wenn wir zunächst den alten Antrag betrachten wollen, so möchte ich vorausschicken, daß die Meinung, man möchte für die Industrie Anschlußgleise schaffen, wie der Bahnhof auch ausfallen möge, allgemein geteilt wird. Die vereinigten Kommissionen stehen grundsätzlich auf demselben Standpunkte, aber sie haben es nicht für angezeigt gehalten, durch diese Frage die Angelegenheit zu komplizieren und empfehlen daher, den Antrag einstweilen zurückzustellen, keineswegs aber ihn abzulehnen.

Der neue Teil des Antrages trifft den Kern der ganzen Frage, nämlich ob wir das Anerbieten des Herrn Ministers, einen Entwurf für einen Kopfbahnhof ausarbeiten lassen zu wollen, zunächst annehmen, oder ob wir uns sofort gemäß dem Antrage des Magistrats darüber entscheiden wollen, ob und in welcher Weise wir das uns vorgelegte preussische Projekt zu fördern gesonnen sind. Und in diesem Hauptpunkte der Sache ist Ihnen die Entscheidung der vereinigten Kommissionen bereits bekannt geworden. Wir haben uns nämlich auf den Standpunkt gestellt, man möchte das Anerbieten des Herrn Ministers zunächst annehmen und erst nachdem der Entwurf für einen Kopfbahnhof ausgearbeitet ist, eine Wahl über die demnächst vorliegenden beiden Projekte treffen.

Nun möchte ich von vornherein einem Mißverständnisse begegnen, das der Beschluß der vereinigten Kommissionen vielleicht herbeiführen möchte, als ob nämlich seitens der Kommissionen beabsichtigt wäre, mit dem Beschlusse dahin zu wirken, daß auf alle Fälle ein Kopfbahnhof gebaut werden solle. Durchaus nicht. Die vereinigten Kommissionen haben sich nicht auf diesen Standpunkt gestellt, sondern sie haben nur den Wunsch der Aufklärung. Sie vermissen nämlich in dem Antwortschreiben des Ministers eine Aufklärung über die Baukostenfrage und im wesentlichen auch eine Angabe über die Höhe des etwaigen stadtseitigen Zuschusses. Da das Schreiben über diese beiden Punkte schweigt, so erscheint es den Kommissionen nicht ausreichend zu sein, und es erschien ihnen sehr wesentlich, eine Aufklärung darüber herbeizuführen. Wenn man wagen darf, diesen Vergleich zu ziehen, so könnte man sagen, die Kommissionen wünschen vor Erlaß der Endentscheidung zunächst einen Beweis-

beschluß herbeizuführen. Ehe wir also das Endurteil fällen, möchten wir gern klar sehen und deshalb die Kostenfrage zunächst festgestellt wissen.

In den Kommissionen haben sich sehr entschiedene Stimmen gegen den Kopfbahnhof geltend gemacht, und ich betone aufs neue folgendes: Es ist mutmaßlich oder fast sicher, daß die Kosten des Kopfbahnhofes so wesentlich die des Durchgangsbahnhofes übersteigen werden, daß er schon deshalb ausfallen wird. Eine einfache Berechnung führt das vor Augen: Nach der Anlage II zum Magistratschreiben vom 29. Juni 1907 belaufen sich die Kosten des Durchgangsbahnhofsprojektes auf rund 17 Millionen Mark. Nun liegt freilich noch keine bindende und endgültige Meüßerung über die Baukosten des Kopfbahnhofes vor, aber, wie im Magistratschreiben schon richtig hervorgehoben ist, läßt sich mit Rücksicht auf die Schwierigkeit der Beseitigung der Niveaufrenzungen und der Vermeidung der Gleiskrenzungen durch die ein- und auslaufenden Züge, annehmen, daß die Baukosten jedenfalls nicht geringer sein werden. Dabei lasse ich die Terrainkostenfrage für jeden der beiden Bahnhöfe vorläufig außer acht. Nun wird allerdings gesagt, es könnte bei der Anlegung eines Kopfbahnhofes ein großer Teil der Materialien wieder verwendet werden; andererseits ist aber auch in Rücksicht zu ziehen die große Länge und Kompliziertheit der Gleise, die in einen schlauchartig gebauten Bahnhof überflüssigerweise hineingezogen werden müssen.

Nun die Terrainkostenfrage. Bei dem preussischen Durchgangsbahnhofsprojekte sollte Braunschweig Terrain im Werte von 2 674 000 Mark zur Verfügung stellen, was bei dem Kopfbahnhofsprojekte in Wegfall käme. Das bei dem Durchgangsbahnhofs frei werdende Gelände würde dagegen einen Wert von 9 640 000 Mark und nach Abzug des Zinsverlustes für die erst nach und nach zu verwertenden Flächen im Betrage von 2 530 500 Mark noch einen Nettowert von 7 109 500 Mark besitzen. Den Zinsverlust dürfen wir nicht berücksichtigen, weil wir im Falle der Annahme des ersten Projektes das Gelände sofort zur Verfügung hätten. Es ergibt sich hiernach unweigerlich eine viel größere Höhe der Terrainkosten bei Wahl des Kopfbahnhofes. Ferner wird von fachverständiger Seite immer wieder darauf hingewiesen, daß der Betrieb eines Kopfbahnhofes gegenüber einem Durchgangsbahnhofs mit sehr bedeutenden Betriebsmehrkosten verbunden ist, die sich auf jährlich 200 000 Mk. belaufen würden. Wenn wir diese Summe kapitalisieren, so kommt wiederum ein Wertobjekt von vier Millionen Mark heraus.

Diese Stimmen wurden in den vereinigten Kommissionen gegen das Kopfbahnhofsprojekt in sehr entschiedener Weise laut, aber in Anbetracht der

Wichtigkeit der ganzen Frage haben wir es doch für notwendig gehalten, zunächst um weitere Aufklärung darüber zu bitten, was die Ausführung eines Kopfbahnhofsprojektes kosten und im wesentlichen, zu welchem Zuschuß die Stadt herangezogen werden würde, weiterhin auch, ob es nicht möglich sei, die von dem Minister angedeuteten Betriebsschwierigkeiten bezüglich der Einführung neuer Linien auf ein geringeres Maß zurückzuführen. Der Minister hat die Schwierigkeiten allerdings schon deutlich auseinandergesetzt, aber vielleicht ist doch zwischen den Zeilen zu lesen, daß bei der Ausführung eines neuen Entwurfs die Schwierigkeiten, wenn nicht beseitigt, so doch gemildert werden können.

In Anbetracht beider Gesichtspunkte haben die vereinigten Kommissionen sich auf den Standpunkt gestellt, daß man dem Anerbieten des Ministers gemäß um die Ausarbeitung eines Projektes für einen Kopfbahnhof bitten möchte. Demgemäß bringen die Kommissionen die Annahme folgender Resolution in Vorschlag:

„Die Versammlung setzt den Beschluß über den Magistratsantrag bis auf weiteres aus und ersucht den Magistrat, dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten auf seine Zuschrift vom 8. Februar d. J. eine Erwiderung im Sinne nachstehender Erklärung zugehen lassen zu wollen:

Die städtischen Behörden nehmen das Anerbieten des Herrn Ministers, einen neuen Entwurf für einen Kopfbahnhof ausarbeiten lassen zu wollen, dankend an. Eine Entscheidung für Kopf- oder Durchgangsbahnhof zu treffen, sind die städtischen Behörden bereit, sobald Klargestellt ist:

- a) ob durch den neuen Entwurf die vom Herrn Minister hervorgehobenen Hindernisse für den Durchgangsverkehr und die Erschwernisse für die Einführung neuer Bahnlinien soweit eingeschränkt werden können, daß die Verkehrsinteressen der Stadt nicht beeinträchtigt werden und
- b) welche Kostenbeiträge für die Ausführung des neuen Entwurfes von der Stadt verlangt werden.“

Ich resapituliere: Die vereinigten Kommissionen lehnen die vier preußischen Varianten des städtischen Bahnhofprojektes ab, sie lehnen ferner den Antrag Lübbe ab, außerdem beantragen sie, die Versammlung möchte sich auf den Standpunkt stellen, daß außer dem zur Beratung und Beschlußfassung gestellten preußischen Projekte weitere Projekte für einen Durchgangsbahnhof nicht verfolgt werden sollen, weiter wird beantragt, den alten Antrag Jasper-Nieße grundsätzlich anzunehmen, aber vorläufig aus der Diskussion und Resolution auszuscheiden und schließlich die Resolution der vereinigten Kommissionen

anzunehmen und die Ablehnung des neuen Teiles des Antrages Kasper-Ricke zu beschließen.

Namens der Finanzkommission bitte ich, diesen Beschlüssen zuzustimmen.

Herr *Frühling* (als Referent der Baukommission): Ich kann mich im allgemeinen den Ausführungen des Herrn Vorredners anschließen und um nicht zu wiederholen, will ich mich auf einzelne Punkte der Sache beschränken, die mir besonders wichtig zu sein scheinen.

Zunächst möchte ich den Punkt erörtern: wie kommt es, daß mit einem Male wieder der Kopfbahnhof auf der Bildfläche erscheint, während er viele Jahre hier gar nicht mehr behandelt ist und auch der Magistrat in seiner Vorlage über das Anerbieten des Herrn Eisenbahnministers hinweggeht? Das liegt daran, daß verschiedene Arten von Kopfbahnhöfen möglich sind und zwar Kopfbahnhöfe von so vorzüglicher Art, daß sie gestatten, Linien in beliebiger Menge einzuführen, und daß sie dem Verkehre keine Schwierigkeiten in den Weg legen, und Kopfbahnhöfe die diesen Bedingungen nicht entsprechen. Kopfbahnhöfe der ersten Art haben verschiedene andere Städte. Ein derartiger Kopfbahnhof erfordert aber sehr bedeutende Kosten, und man war der Ueberzeugung, daß die Stadt diese Kosten unmöglich würde aufbringen können, daß aber auch nicht zu erwarten stände, sie würden von seiten des Eisenbahnfiskus aufgebracht werden. Kopfbahnhöfe der anderen Art lehnten aber die Vertreter der Stadt ab. Aus diesen Gründen war die Verfolgung der Frage, ob etwa ein Kopfbahnhof ausgeführt werden sollte, zunächst ausgeschieden und nur noch die Frage des Durchgangsbahnhofes behandelt.

Diese Frage hat eine andere Wendung dadurch bekommen, daß auf Ihren Antrag der Herr Oberbürgermeister noch einmal nach Berlin gereist ist, um festzustellen, ob der Minister auf einen Kopfbahnhof ein für alle Mal verzichtet habe. Wir haben gedacht, auf diese Frage eine klare Antwort zu bekommen, aus der wir hätten erschen können, ob auf den Kopfbahnhof endgültig verzichtet sei, oder aber welcher Art der Kopfbahnhof sein würde und was wir für denselben zu zahlen haben würden. Leider haben wir eine derartige Antwort nicht erhalten; sie lautet allerdings sehr freundlich und ist eigentlich so unerwartet entgegenkommend, wie die meisten von uns wohl nicht angenommen haben. Es wird uns direkt gesagt, der Minister sei bereit, entsprechende Pläne ausarbeiten zu lassen, ja, er stellt sogar die Entscheidung in unsere Hände, ob ein Kopf- oder Durchgangsbahnhof gebaut werden soll. Das ist ein ungemeines Entgegenkommen, aber es hat einen Haken, nämlich die offen gelassene Frage, welcher Art wird der Kopfbahnhof sein und was wird er uns kosten. Da wir nun aber einmal den Schritt getan und bei dem Minister angefragt haben, ob er auf den Kopfbahnhof eventuell zurückgreifen will, so können wir jetzt das

Anerbieten, ein Projekt ausarbeiten zu wollen, nicht ablehnen. Wir müssen deshalb dieses Anerbieten annehmen. Wenn uns aber der Herr Minister weiter das großartige Entgegenkommen zeigt und uns die Entscheidung über das zu wählende Bahnhofprojekt überläßt, so müssen wir, bevor wir diese Entscheidung treffen, uns darüber klar werden, was wir dabei bekommen und was wir dafür zahlen. Ueber diese Hauptpunkte hat sich leider der Herr Minister vollständig ausgesprochen.

Wenn früher der Kopfbahnhof ausgeschieden ist, weil wir der Meinung waren, ein Kopfbahnhof, der nach den vorhandenen Mitteln ausführbar ist, würde der Entwicklung unserer Stadt nicht entsprechen, sondern sie hindern, so müssen wir jetzt, wenn wir uns entscheiden wollen, zunächst die Gewißheit haben, wie der Kopfbahnhof ausgestaltet werden soll, ob er die weitere Entwicklung der Stadt und die Einführung neuer Bahnlinsen gestattet. Darüber haben wir zunächst Klarheit zu schaffen und den Eisenbahnminister zu bitten, zu erklären, ob sich in dem neuen Entwurfe die Schwierigkeiten und Hindernisse, die er uns vorstellt, so weit einschränken lassen, daß die Verkehrsinteressen Braunschweigs nicht darunter leiden, und ob die Mittel, die von uns verlangt werden, zu erschwingen sind. Erst dann werden wir eine endgültige Entscheidung treffen können.

Herr Dr. Wolters hat schon darauf hingewiesen, der projektierte Durchgangsbahnhof würde nach Abrechnung des frei werdenden Terrains 7 400 000 Mk. kosten, wozu von uns zwei Millionen Zuschuß gefordert werden. Durch das frei werdende Terrain wird das jetzige preussische Projekt finanziell so überaus günstig, daß alle Versuche bisher gescheitert sind, ein finanziell ebenso günstiges Projekt zu schaffen. Wenn nun bei einem anderen Durchgangsbahnhofprojekt immer 5—6 Mill. Zuschuß herauskommen, so ist die Befürchtung gerechtfertigt, daß bei einem Kopfbahnhofprojekt die Sache ähnlich liegen und auch dieses Projekt unausführbar sein wird durch die hohe Anzahl Millionen, welche wir zu zahlen sollen. Wie hoch diese Summe sein wird, darüber wollen wir vorläufig nicht sprechen, aber bevor wir uns entscheiden, müssen wir erst Klarheit schaffen. Deshalb sind wir der Meinung gewesen, den Magistratsantrag zunächst nicht anzunehmen, sondern in Konsequenz des Schrittes, den wir gemacht haben, jetzt auch weiter zu gehen und den Minister zu fragen, was für einen Kopfbahnhof wir haben können und was wir dafür eventuell zahlen müssen.

Nun noch die Frage wegen Bearbeitung der weiteren Projekte für Durchgangsbahnhöfe. Nachdem aus den bereits dargelegten Gründen seitens der Stadt bei allen Verhandlungen aufgegeben ist, auf den Kopfbahnhof zurückzugreifen und auch von preussischer Seite nicht mehr darauf zurückgegriffen ist, hat

sich die Stadtverwaltung bemüht, die große Entfernung des neuen Projektes vom Stadttinnern zu mindern. Diese Versuche sind jahrelang fortgesetzt und sorgfältig durchgearbeitet, es gibt kaum noch eine Lösung, die dabei noch nicht berücksichtigt worden wäre, wenn auch noch Projekte gefunden werden mögen, die eine kleine Verschiebung des Bahnhofes vorsehen — denn jeder Sachverständige wird noch ein anderes, etwas abweichendes Projekt machen können — aber bei allen diesen Projekten handelt es sich um den einen wesentlichen Punkt: ist durch das neue Projekt die Kostenfrage zu lösen? Bei den Versuchen und Vorschlägen, die gemacht worden sind, sind wohl Bahnhöfe vorgeschlagen worden, die vorzüglich ausführbar sind — die Kleinjchen Projekte sind z. B. sehr gut gewesen — aber alle sind sie lediglich an der Kostenfrage gescheitert. Niemand hat dabei auf den Punkt Rücksicht genommen, wie sich die Kostenfrage wohl wesentlich einschränken lasse. Es hat keinen Zweck, noch neue Projekte zu bearbeiten, wenn nicht zunächst dabei der Kostenpunkt gelöst wird und wenn nicht jemand, der ein neues Projekt vorzuschlagen hat, sagen kann, daß es viel billiger werden wird, als die bisherigen Projekte. Kann diese Erklärung nicht abgegeben werden, so nützt es nicht, die Sache weiter zu bearbeiten. Deshalb sind die vereinigten Kommissionen der Meinung gewesen, diese vergeblichen Bemühungen aufzugeben.

Nach der Ihnen von den Kommissionen vorgelegten Resolution wollen wir uns die endgültige Entscheidung vorbehalten. Der Antrag hat lediglich den Zweck, weitere Klarheit zu schaffen, die erforderlich ist, um die Entscheidung, die der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten in sehr entgegenkommender Weise in unsere Hand gelegt hat, nicht bloß nach dem Gefühle treffen zu müssen, sondern nach den Unterlagen, die uns geboten werden. Wir haben zu wählen zwischen einem Durchgangsbahnhofe und dem zu erwartenden Kopfbahnhofsprojekte und wir haben zu wählen zwischen dem Zuschusse, den wir für den einen oder den anderen zu zahlen haben resp. zahlen wollen. Es sind über die nötigen Zuschüsse die aller verschiedensten Ansichten aufgetaucht, sogar die, daß wir den Kopfbahnhof ganz ohne Kostenzuschuß kriegen können. (Heiterkeit und Zustimmung.) Das wäre so etwas für die Stadt: Kopfbahnhof und nichts zu zahlen, die meisten der Herren glauben nicht daran, aber es ist von autoritativer Seite gesagt worden. Wir wollen abwarten, ob sich die herrliche Hoffnung bestätigt, aber wir fürchten, sie wird sich nicht bestätigen. Zurzeit ist nichts anderes zu machen, wir müssen unangreifbare Unterlagen schaffen, damit wir die vom Minister in unsere Hand gelegte Entscheidung sachlich treffen können. Ich empfehle Ihnen daher die Annahme des Antrages der vereinigten Kommissionen.

**Vorsitzender:** Ich würde es für zweckmäßig halten, die einzelnen Punkte zur Besprechung zu stellen, wie sie von den vereinigten Kommissionen in Vorschlag gebracht worden sind. Es würde sich also zunächst darum handeln, ob wir die vier Projekte und das Projekt des Herrn Professor Lübke als aussichtslos beiseite legen oder einen anderweiten Beschluß fassen wollen. Damit wären wir dann so weit gekommen, die Frage zwischen dem entfernt liegenden Durchgangsbahnhofe und dem näher liegenden Kopfbahnhofe allein noch entscheiden zu müssen. Sodann würden der neue Antrag Jasper-Riefe und der Antrag der vereinigten Kommissionen zur Debatte zu stellen sein. Hieran wird die Sachlage soweit geklärt sein, daß der ältere Teil des Antrages Jasper-Riefe zur Verhandlung gestellt werden kann.

**Herr Bühr** (zur Geschäftsordnung): Die Vorschläge des Herrn Vorsitzenden haben viel für sich, aber es wird sich kaum machen lassen, in der Debatte nicht auf einen anderen Gegenstand überzugreifen und zwar hauptsächlich auch infolge der eben gehörten beiden Referate. Es handelt sich doch im wesentlichen um die Hauptfrage: Kopf- oder Durchgangsbahnhof und die auch mit persönlichen Empfindungen durchsetzten Referate würden in der allgemeinen Debatte auch einen gewissen Raum beanspruchen. Am Schlusse der Debatte wird sich dann, darin trete ich dem Herrn Vorsitzenden bei, die Sachlage so verdichtet haben, daß eine Abstimmung über die einzelnen Punkte erfolgen kann.

**Herr Esdorn** (zur Geschäftsordnung): Ich stimme dem Herrn Vordner bei.

**Herr Kalms** (zur Geschäftsordnung): Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob das, was die beiden Referenten vorgetragen haben, wirkliche Beschlüsse der vereinigten Kommissionen waren, oder ob auch die eigenen Ansichten dabei zum Ausdruck gekommen sind. Soviel ich herausgefunden habe, handelt es dabei nicht nur um die Beschlüsse der Kommissionen.

**Vorsitzender:** Die Ansicht des Herrn Bühr hat etwas für sich. Herrn Kalms gegenüber habe ich zu bemerken, daß es nicht angezeigt war, den beiden Referenten mit verblühten Worten vorzuwerfen, sie hätten hier ihre persönliche Auffassung vorgetragen. Es ist selbstverständlich, daß jeder Mensch, er mag noch so neutral sein, von seiner objektiven Meinung etwas durchsickern läßt. Ich habe aber die Empfindung gehabt, daß die beiden Herren in vorsichtiger und vorzüglicher Weise die Meinung der vereinigten Kommissionen hier entwickelt haben. (Zustimmung.) Deshalb kann ich den Vorwurf des Herrn Kalms nicht gelten lassen.

**Herr Kalms** (persönlich): Das sollte kein Vorwurf sein. (Geisterkeit.)

**Vorsitzender:** Ich werde mich den geäußerten Wünschen fügen und nunmehr die Besprechung über die ganze Materie eröffnen.

Herr N i c k e : Als Mitglied der Baukommission will ich zunächst erklären, daß die beiden Herren heute nur das vorgetragen haben, was von ihnen auch gestern vorgetragen ist, so daß die beiden Referate dem Sachverhalte der gestrigen Verhandlungen vollständig entsprechen.

Wie Ihnen allen bekannt ist, bauen wir in Braunschweig seit 15—20 Jahren einen Bahnhof, wenn auch leider der Anfang dazu noch nicht gemacht ist. Wir haben 20 000 Mark für die Gleim'schen Projekte ausgegeben, auch von einem städtischen Beamten Projekte ausarbeiten lassen, aber alles entspricht nicht den Wünschen und Interessen der Braunschweiger Bevölkerung, und warum nicht? Wir haben 15 bis 20 Jahre zu lange geschlafen, ehe wir an die Besserung unserer Bahnhofsverhältnisse dachten. Hätten wir früher etwas dazu getan, so konnten wir auch näher an die Stadt mit einem Durchgangsbahnhofs herankommen, ohne die heutigen gewaltigen Aufwendungen die ein solches Projekt erfordern würde. Nachdem nun aber in einer ganzen Anzahl von Sitzungen schon so viel Worte über die Sache gefallen sind, wäre es im allgemeinen Interesse der Stadt nun endlich an der Zeit, daß man Tatens sehe.

Mit dem damals gefaßten Beschlusse, daß der Herr Oberbürgermeister nach Berlin fahren möchte, war ich nicht einverstanden. Die Koffer waren aber einmal gepackt und es sollte nur vier Wochen dauern, bis die Antwort einging, nun sind es dreimal so viel geworden. Wenn man nun bei Annahme der Resolution der vereinigten Kommissionen erst noch einmal in Berlin vorstellig werden will, trotzdem die beiden Referenten persönlich auf dem Standpunkt des Durchgangsbahnhofes stehen, so kann es noch einmal so lange dauern, bis die Sache spruchreif wird. Sollten Sie glauben, darauf eine klärende Antwort aus Berlin vom Eisenbahnfiskus zu erhalten, so bezweifle ich das sehr, denn der Fiskus wird sich nicht über die Höhe der Beteiligung unserer Stadt aussprechen, sondern es heißt einfach: Braunschweig, wenn Du das und das erfüllt haben willst, so bezahle. Wenn unter dem 29. Juni 1907 vom Magistrat die Verhältnisse betreffs des Terrains und seiner Verwertung sowie die Vorzüge der verschiedenen Projekte vollständig klar gelegt sind und schließlich das preussische Eisenbahnprojekt zur Annahme empfohlen wurde, der Magistrat auch auf Grund der Besprechung des Herrn Oberbürgermeisters in Berlin von neuem den Antrag stellte, dieses Projekt gutzuheißen, so muß der Magistrat dafür doch seine wichtigen Gründe haben. Insofern war die Reise des Herrn Oberbürgermeisters nach Berlin als Informationsreise für den Magistrat doch von Bedeutung, weil der Magistrat daraufhin Stellung zu der Sache nehmen konnte.

Aus allen diesen Gründen bin ich der festen Ueberzeugung, daß es endlich Zeit ist, sich zu entschließen, damit, wenn neue Linien in den Bahnhof ge-



führt werden sollen, wenn uns also z. B. die Oker-Altertalbahn beschieden sein sollte, für deren Vorarbeiten wir bekanntlich eine Summe bewilligt haben, das auch geschehen kann. Es steht nämlich zu befürchten — und der Herr Minister hat es auch in seiner Antwort besonders betont — daß es schwierig wird, die Bahnlinie noch in unseren alten Bahnhof einzuführen. So hoch wie nämlich der Durchgangsbahnhof in seinen Niveauverhältnissen angelegt werden muß, ebenso hoch muß auch ein Kopfbahnhof liegen und dadurch werden ganz bedeutende Kosten entstehen, weil vielleicht Millionen Kubikmeter Boden transportiert werden müssen. Nachdem man das Projekt nun so lange Jahre hingezogen hat, fängt man an, auf die Eingabe von 20 hiesigen Vereinen so ungeheuer viel Gewicht zu legen. Wer sind denn eigentlich die 20 Vereine, auf die man so viel Wert legt? Einzelne Grundstücksbesitzer, die mit ihren Grundstücken zu weit von dem projektierten Bahnhofs abliegen und die deshalb bange sind, zu Schaden zu kommen. Das wird aber allenthalben vorkommen und wenn wir uns danach richten wollten, bekämen wir nie einen ordentlichen Bahnhof. Wenn die Herren gerade in jener Gegend spekuliert hätten, die den Bahnhof aufnehmen soll, so würden sie nichts sagen. Dazu kommen noch verschiedene Architekten, die uns teilweise schon mit allen möglichen Versen zugunsten eines Kopfbahnhofes beglückt haben. Darin liegt aber kein Interesse für die Stadt Braunschweig. Das Wohl und Wehe einer Stadt kann auch nicht abhängen von einzelnen Personen, die einmal geschädigt werden, das passiert überall, sondern wir müssen Platz schaffen für unsere Industrie, die weit genug zurück liegt. Wenn man glaubt — es ist hier noch nicht ausgesprochen, aber ich habe verschiedentlich derartige Äußerungen gehört — daß Preußen, weil die Strecke überlastet sei, mir nichts dir nichts gezwungen wäre, uns mit einem neuen Bahnhofsprjekte zu kommen, so mag das wahr sein, weil sonst nicht noch eine neue Strecke, man spricht auch von der Strecke Helmstedt—Magdeburg—Rothensee, in den Bahnhof eingeführt werden kann. Ob Preußen bei den hiesigen mangelhaften Bahnhofsverhältnissen überhaupt noch neue Linien einführen wird, auch wenn ein neuer Kopfbahnhof gebaut werden sollte, erscheint mir mehr als zweifelhaft. Es könnte uns aber nur angenehm sein, wenn wir etwas mehr in den Westeisenbahn-Verkehr hineingezogen würden, und das können wir nur, wenn wir einen Durchgangsbahnhof erhalten. Die Interessenten, die diesem Projekte in den verschiedensten Zuschriften, Resolutionen usw. widersprechen, sind für mich diesen Erwägungen gegenüber ohne Bedeutung, sie bedeuten nichts anderes, als eine abermalige Verschleppung der Angelegenheit. Selbst die Herren Referenten haben schon angedeutet, daß die Sache ausfallen wird, wie das Hornberger Schießen, sie führt zu keinem neuen Resultate. Ob wir nicht auch die Kosten des neu auszuarbeitenden

Projektes werden zahlen müssen, darüber bin ich mir noch nicht klar. Im Interesse der Entwicklung der Stadt Braunschweig möchte ich daher ersuchen, unsern Antrag anzunehmen, der dahin geht:

„Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem preussischen Bahnhofprojekt (Durchgangsbahnhof) grundsätzlich zu und lehnt es ab, neue Projekte ausarbeiten zu lassen (sei es nun für einen anderweiten Durchgangs- sei es für einen Kopfbahnhof). Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat bei Ausgestaltung des preussischen Projektes die Interessen der Stadt, insbesondere deren Industrie dadurch zu fördern, daß der Industrie Anschlußgleise im größten Umfange gewährleistet werden.“

Ich will auf das Projekt des Herrn Professor Lübke nicht mehr eingehen, das ist schon in der Kommission genügend kritisiert, und es wird sich auch schon wegen der hohen Kosten keine Stimme mehr dafür finden. Ich bitte um Annahme unseres Antrages.

Herr L e u e : Der springende Punkt in der ganzen Sache ist meines Erachtens der: der preussische Staat hat in Braunschweig einen ungenügenden Bahnhof, der nicht mehr ausreicht, um neue Linien einzuführen, auch der Betrieb ist gefährdet und er ist deshalb gezwungen, einen neuen Bahnhof zu bauen. Nun, meine Herren, pflegt der preussische Staat, wenn er derartige Anlagen schafft, die betreffenden Städte zu einer finanziellen Beteiligung heranzuziehen und er macht die Höhe derselben abhängig von den Interessen, die die betreffende Stadt an dem zu bauenden Bahnhofs hat. Nun behauptet der preussische Eisenbahnfiskus, daß bei einem Bahnhofs, den er vorschlägt, und der von dem jetzigen 1700 Meter entfernt liegen würde, die Stadt ein lebhaftes Interesse habe. Unter anderen sagt er zugunsten dieses Durchgangsbahnhofes, daß der Verkehr sich dort werde glatter abwickeln, daß die Befestigung der Niveauübergänge werde stattfinden können usw. Zunächst möchte ich vorausschicken, ob die Lage des Bahnhofs den Interessen der Stadt entspricht oder nicht, vermögen wir Bürger unserer Stadt besser zu beurteilen, als der preussische Eisenbahnminister (Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Richtig!); wir wohnen hier in der Stadt und wissen selbst am besten, wo uns der Schuh drückt, der preussische Eisenbahnminister wohnt aber in Berlin und kann das nicht so genau wissen. Deshalb haben wir uns sehr eingehend mit der Sache zu beschäftigen und tun das ja auch schon lange Zeit. Wir versprechen uns — und ich kann das sicher im Namen eines recht großen Teiles der Bürgerschaft erklären — gar keine Vorteile von einem so weit entfernten Durchgangsbahnhofe; ich stehe hierbei auch nicht auf dem Standpunkte des Herrn Rieße, daß auf die Meinung der 20 Vereine nichts zu geben sei. Ich gebe zu, daß wir uns

nicht von den Eingaben, welche an die Versammlung gekommen sind, dürfen beeinflussen lassen, wie der Herr Vorsitzende schon mit Recht sagte, aber eine Resolution oder sonstige Kundgebung, die von einer Anzahl angesehenen Vereine gefaßt ist, als etwas zu betrachten, das gar nicht berücksichtigt zu werden braucht, halte ich doch nicht für richtig.

Die weite Hinausschiebung des Bahnhofes — die man in keiner Stadt Deutschlands findet — es kann sein, daß es kleine Städte gibt, deren Bahnhof so weit abliegt, aber Städte in der Größe Braunschweigs gibt es in Deutschland sicher nicht, die einen Bahnhof besitzen, der 2500 Meter vom Verkehrszentrum entfernt liegt — widerspricht den allgemeinen Verkehrsgrundsätzen. Ich habe schon nachgewiesen und auch in der kleinen Schrift der 20 Vereine ist es geschehen, daß es Verkehrsgrundsatz ist, einen Bahnhof so nahe wie möglich an den Ort, und bei einer großen Stadt so nahe wie möglich an das Verkehrszentrum heranzulegen. Dieser Grundsatz wird aber bei einer so entfernten Lage des Bahnhofes, wie sie das preußische Projekt vorsieht, ganz außer acht gelassen, und es würde dadurch eine Schädigung der Stadt auf eine längere Reihe von Jahren stattfinden.

Ich stehe in dieser Beziehung auf dem Standpunkte des Magistrates, den er in seiner Vorlage vom 29. Juni 1907 zum Ausdruck gebracht hat. Der Magistrat sagt in seiner jetzigen Vorlage, daß die weite Verschiebung des Empfangsgebäudes nach Süden für einen Teil der Einwohnerschaft Nachteile im Gefolge habe, während es in der Juni-Vorlage noch heißt, daß die weite Hinausschiebung des Empfangsgebäudes den Wünschen wohl der ganzen Einwohnerschaft durchaus zuwider sei. Nun, meine Herren, ich kann nicht sagen, daß ich mich für einen Bahnhof, von dem der Magistrat selbst sagt, er bedeute eine Schädigung der Stadt für eine längere Reihe von Jahren und sei einem großen Teile der Bevölkerung durchaus zuwider, begeistern kann, und ich meine, wir sollten einem solchen Bahnhofe nicht mehr das Wort reden. Dabei möchte ich besonders betonen, daß meine Gegnerschaft sich nicht gegen den Durchgangsbahnhof als solchen richtet. Keineswegs, im Gegenteil, ich stehe auf dem Standpunkte, könnten wir einen Durchgangsbahnhof bekommen, so wäre er einem Kopfbahnhofe vorzuziehen, wenn er nur näher bei der Stadt zu liegen käme.

Die ganze Bahnhoffrage ist jetzt in ein anderes Fahrwasser gekommen dadurch, daß nach dem Schreiben des preußischen Eisenbahnministers Preußen nicht abgeneigt ist, einen Kopfbahnhof in größerer Nähe der Stadt — wie ich annehme, etwa an der Stelle des jetzigen Bahnhofes — zu bauen. Preußen weist allerdings auf die Nachteile hin, die ein solcher Bahnhof im Gefolge hat, indem gesagt wird, die Einführung neuer Linien würde mit Schwierigkeiten

verbunden sein, die Betriebsführung wäre nicht so leicht usw. Es ist teilweise schon im Kommissionsberichte zum Ausdruck gekommen, daß die Schwierigkeiten sich wohl vermindern lassen würden durch diese oder jene andere Ausarbeitung des Projektes. Ich möchte dazu noch bemerken, daß die Einführung neuer Linien mir Zukunftsmusik zu sein scheint, denn ich wüßte nicht, woher die kommen sollten. Einstweilen kommt wohl nur die Celler Linie in Frage, während andere Linien, die etwa noch kommen könnten, nur von lokaler Bedeutung sein dürften, denn die Braunschweigische Landesbahn und die Schöninger Bahn kommen hierbei doch nicht in Betracht.

Nun legt der Magistrat das Schreiben des Herrn Ministers der Versammlung unter dem 14. Februar d. Js. vor. Das Begleitschreiben des Magistrates hebt sich eigenartig ab von dem Schreiben vom 29. Juni 1907, es ist etwas ganz anderes. Ich hatte das Gefühl beim Lesen und Vergleichen beider Schreiben, als ob der Magistrat seine Stellung ein klein wenig geändert hätte. Es mag ein Irrtum meinerseits sein, aber nicht nur ich, sondern auch ein großer Teil der Herren, die hier sitzen, haben beim letzten Schreiben des Magistrates das Gefühl gehabt, als ob darin die Interessen des preußischen Eisenbahnfiskus allzuviel berücksichtigt worden seien. Damit will ich nicht sagen, daß die städtischen Interessen nicht berücksichtigt wären, im Gegenteil, der Magistrat hat ja noch mehr Veranlassung über das Wohl und Wehe der Stadt zu wachen, als wir selbst. Mir kommt es aber vor, als ob den Interessen des preußischen Eisenbahnfiskus etwas zu viel Berücksichtigung geschenkt worden wäre, und mir würde es lieber gewesen sein, wenn dabei dieses oder jenes nicht zum Ausdruck gebracht worden wäre. Ich habe mich stets gefreut, wenn der Herr Oberbürgermeister bei Ansprachen an Fürstlichkeiten und sonstige hohen Herren ein starkes bürgerliches Selbstbewußtsein zum Ausdruck gebracht hat, und ich hätte wohl gewünscht, daß in diesem Schreiben das bürgerliche Selbstbewußtsein etwas kräftiger hervorgehoben worden wäre, als es geschehen ist. Der preußische Eisenbahnminister hat uns noch nicht gesagt, daß das Kopfbahnhofprojekt, das auszuarbeiten er eventuell bereit ist, bedeutend teurer zu stehen kommen würde, als das andere Projekt, er hat sich über die Finanzfrage ausgezwiegen; das Schreiben des Magistrates malt uns aber das Kopfbahnhofprojekt als recht teuer und kostspielig aus. Es mag allerdings sein, daß der Herr Oberbürgermeister die Empfindung, daß dieses Projekt mehr Kosten verursachen würde als das andere, bei der Unterredung mit dem Herrn Eisenbahnminister bekommen hat und ich glaube es ja auch, aber mir kam es doch so vor, als ob der preußische Minister in dem Schreiben eine kleine Aufforderung finden könnte: Fordere nur recht viel für den Kopfbahnhof, damit wir ihn nicht bekommen. Ich will ja wünschen, daß er das nicht tut.

Der preußische Staat steht jetzt vor zwei Möglichkeiten, entweder das weitabliegende Durchgangsbahnhofprojekt zur Ausführung zu bringen oder den näherliegenden Kopfbahnhof zu bauen. Das erstere Projekt fordert von uns 2½ Millionen Zuschuß, wobei ich das Risiko für den Grundstücksverkauf außer acht lassen will. Magistratsseitig und auch aus Kreisen der Bürgerschaft ist gesagt worden: Wir können für einen Bahnhof, der den Interessen der Stadt so wenig entspricht, dieses Geldopfer nicht bringen, und auch der Herr Oberbürgermeister hat sich recht entschieden auf diesen Standpunkt gestellt. Wenn nun der preußische Staat vor diesen beiden Möglichkeiten steht: Entweder du baust einen Bahnhof weitweg und du bekommst von der Stadt keinen Zuschuß, oder du baust einen Kopfbahnhof mit Zuschuß, ich glaube beinahe, er entscheidet sich für den Kopfbahnhof. Vor allem wird auch der preußische Finanzminister dabei mitsprechen, und ich kann mir nicht denken, daß der preußische Landtag es gutheißen wird, einen Bahnhof weit heraus zu bauen allein auf Kosten des preußischen Staates, wenn die Möglichkeit vorhanden ist, einen Kopfbahnhof zu bauen mit Hilfe von vielleicht zwei Millionen Mark Zuschuß. Möglich ist es allerdings.

Meine Stellung zu dem Kommissionsantrage möchte ich dahin präzisieren, daß ich auch der Ansicht bin, die Zwischenprojekte nunmehr fallen zu lassen, daß es aber, wenngleich ich lieber sähe, daß der weitab liegende Durchgangsbahnhof schon heute abgelehnt würde, taktisch richtiger ist, den Vorschlag der Kommission anzunehmen, um zunächst zu wissen, was der Kopfbahnhof überhaupt kostet. Ich bitte deshalb für den Antrag der Kommission zu stimmen und die endgültige Entscheidung später zu treffen.

Herr Oberbürgermeister *Netemeyer*: Ich darf wohl behaupten, daß der Magistrat, er möchte sich in dieser Sache entschieden haben nach der einen oder der anderen Richtung, auf eine einstimmige Annahme seiner Vorlage hier in der Versammlung nicht hätte rechnen können. (Zustimmung.) Damit müssen wir uns abfinden. Die städtischen Behörden sind nach der Städteordnung berufen, gemeinsam die Interessen ihrer Stadt zu vertreten, und so ist es ganz erklärlich, meine Herren, daß Sie — und das ist Ihre Aufgabe — hier in der Hauptfrage die Ansicht der Bürgerschaft zum Ausdruck bringen sollen, denn Sie stehen mit der Bürgerschaft in näherer Verührung, als der Magistrat. Aber ich habe doch die Empfindung, daß in dieser Sache — wie der Herr Vorsitzende schon hervorhob — die öffentliche Meinung sich etwas sehr stark vorgedrängt hat, und ich muß offen gestehen, je älter ich geworden bin, desto öfter habe ich gefunden, daß die öffentliche Meinung heizu gegriffen hat. Das liegt einmal in den menschlichen Verhältnissen: wer sich nicht so eingehend in eine Sache vertiefen kann, faßt leichter einmal heizu.

Nun liegt ein Antrag vor, der weder für noch gegen die Magistratsvorlage Stellung nimmt, sondern die Entscheidung nochmals verschieben will. Ich habe auch die Ueberzeugung, daß die Mehrheit dieser Versammlung dem Antrage heute zustimmen wird, aber ich halte einen solchen Beschluß nicht für richtig und ich bin vom Magistrate ermächtigt, vor der Entscheidung nochmals der Ansicht des Magistrates Ausdruck zu geben. Meine Herren! Es kann keinem Zweifel unterliegen, diese Ansicht vertritt der Magistrat nach wie vor, daß es für die Einwohnerschaft der Stadt das allerangenehmste sein würde, wenn wir unseren Bahnhof so nahe wie möglich an das Centrum der Stadt heranrücken. Wie liegen die Verhältnisse bei uns? Wenn man auf die Vergangenheit zurückblickt und vergleicht die beiden Städte Hannover und Magdeburg mit Braunschweig, so zeigt sich die wunderbare Erscheinung, die für unsere Stadt nicht angenehm ist, daß sie erheblich gegen die beiden anderen Städte zurückgeblieben ist. Das muß doch einen Grund haben! Es mag sein, daß ein großer Staat viel eher in der Lage ist, eine einzelne Stadt hochzubringen, wie es insbesondere bei Hannover geschehen ist, als ein kleines Land wie unser Herzogtum. Umso mehr haben wir aber allen Anlaß, uns zu fragen, ob wir nicht dazu beitragen können, den Stillstand zu beseitigen. Ich hatte gedacht, daß jetzt, wo die Verhältnisse sich allgemein gebessert haben, auch hier eine Besserung eintreten würde. Ich habe z. B. offen gestanden bei den finanziellen Schwierigkeiten, die wir zu überwinden haben, bei Ausarbeitung des Voranschlages darauf gehofft, daß im nächsten Jahre eine Mehreinnahme aus der Gemeindesteuer zu erzielen sein würde, jedoch habe ich jetzt schon gehört, daß wir höchstens 5 bis 6 % Mehreinnahmen erzielen werden. Wenn aber in Zeiten, wo die Industrie einen Aufschwung genommen hat, derartige geringe Steigungen vorkommen, so muß ich gestehen, sind wir im Verhältnis zu den beiden Nachbarstädten reine Waisenknaben. Wir müssen deshalb der Frage nähertreten, ob nicht irgend welche andere Ursachen dabei mitgewirkt haben werden. Nach unserer Ansicht liegt es klar zutage, daß unsere Eisenbahnverhältnisse daran schuld sind, wir liegen mehr oder weniger hinter den Leuten, was wohl mit daran liegen mag, daß uns im Süden der Harz vorgelagert ist, der eine schnellere Eisenbahnverbindung nach dem Süden verhindert.

Nun sagt man, die jetzige Lage des Bahnhofs beizubehalten, sei absolut wünschenswert für die Stadt. Meine Herren! So sehr ich das auch jetzt noch aufrechterhalte, was der Magistrat in seiner früheren Vorlage gesagt hat, daß der Einwohnerschaft selbstverständlich der Wunsch innewohne, den Bahnhof in tunlichster Nähe zu behalten, so kann ich doch nicht anerkennen, daß die Beibehaltung des Kopfbahnhofes erforderlich wäre, um das Wohl der Stadt

zu schütten oder zu fördern. Diesen Standpunkt hat der Magistrat in seiner Vorlage vom 29. Juni 1907 deutlich zum Ausdruck gebracht. Wenn nun verschiedene Herren sagen, der Magistrat habe selbst anerkannt, daß durch eine weite Hinausschiebung des Bahnhofes die ganze Stadt leide, so trifft das nicht zu, sondern der Magistrat hat nur anerkannt, daß ein Teil der Einwohnerschaft dadurch geschädigt werde. Wenn wir auf dem ersteren Standpunkte ständen, hätten wir die Vorlage gar nicht einbringen können, dagegen erkennen wir ebenfalls an, daß auf eine gewisse Zeit die weite Entfernung des neuen Bahnhofes für einen Teil der Einwohnerschaft eine Beeinträchtigung herbeiführen werde.

Bis jetzt liegt unser Bahnhof am Ende der Stadt und wenn, wie der Magistrat glaubt hoffen zu dürfen, die Stadt sich nach Süden auf dem jetzt verschlossenen Gebiete weiter entwickelt, so wird der Bahnhof dann auch noch dicht an der Stadt liegen. Weiter ist hervorgehoben worden, es würden die Grundstücke in der Nähe des jetzigen Bahnhofes verschlechtert werden. Das bezweifle ich. (Widerspruch.) Da steht Ansicht gegen Ansicht! Wodurch ist es denn gekommen, daß der einst so tote Steinweg eine Hebung erfahren hat, wie keine andere Straße der Stadt? (Zustimmung.) Wo ist da ein Bahnhof im Osten der Stadt? Die dort durchgehende Bahnlinie nach Gifhorn hat den Verkehr doch nicht in die Höhe gebracht, sondern das ist geschehen durch die Menge neuer Grundstücke, die im Osten der Stadt entstanden sind: der Verkehr auf der Straße hebt die Grundstücke und das wird auch in dem südlichen Stadteile der Fall sein, wenn wir den Bahnhof weit hinauschieben, ja der Magistrat ist sogar der Ansicht, daß der Verkehr, wenn dort ein neues Stadtviertel entsteht, sich in der jetzigen südlichen Innenstadt noch heben wird.

Nun kommt weiter in Frage, daß die jetzige Bahnhofseinrichtung an einer unglücklichen Enge leidet, alles ist zusammengepreßt und eine Erweiterung nicht möglich. Wollen Sie nun den Bahnhof zu einem Kopfbahnhof ausbauen lassen, so müßten die Werkstätten verschwinden, und wir sehen schon aus der Vorlage, wie sich der preußische Minister das gedacht hat: er legt die Werkstätten nicht nur aus der Stadt, sondern sogar ganz aus dem Stadtgebiete hinaus, und wir sind dadurch in die unangenehme Lage versetzt, unsererseits noch erhebliche Opfer bringen zu müssen, damit uns die Werkstätten nur im Stadtgebiete gelassen werden. Es kommt weiter in Betracht, daß uns von preussischer Seite ein Angebot gemacht worden ist in bezug auf den Grunderwerb und die Grundverwertung, das uns eine großzügige Bodenpolitik in der Stadt gestattet. Meine Herren! Es ist ein Unglück für unsere Stadt gewesen, daß die sämtlichen gemeinsamen Besitzungen der einzelnen Feldmarken bei der Separation vollständig aufgeteilt sind; jeder Interessent hat einen Abfindungs-

plan erhalten — ich habe auch einen, nämlich einen Morgen Land, das mir 25 Mark Pacht einbringt, wovon ich noch 2,50 Mark Steuern bezahle, was habe ich also davon? — Was würde es nun aber für ein wesentlicher Vortheil für die Stadt sein, wenn sie die großen Besitzungen rings um die Stadt herum in ihrem Besitz hätte? Bei anderen Großstädten können Sie wahrnehmen, daß sie gewaltige Einnahmen aus ihrem Grundbesitz beziehen. Das ist uns versagt, wir sind vielmehr im wesentlichen auf unsere Steuern angewiesen und müssen schon jetzt versuchen, da wir hierbei bereits an der Grenze der Leistungsfähigkeit angekommen sind, andere Einnahmequellen zu schaffen. Und nun hat der Magistrat die Empfindung gehabt, daß es möglich sein werde, wenn der preussische Staat dieses großartige Grundstücksgeheim — es handelt sich dabei um etwa 500 Morgen — in die Hände der Stadt lege, die Entwicklung des Stadttheils so zu gestalten, daß sie dem Interesse der Stadt in jeder Beziehung entspricht. Ich mache kein Geheim daraus, so riskant die Sache auch sein mag, wir halten es für wünschenswert, mehr will ich jetzt nicht sagen, daß wir das Geheim machen, und das habe ich offen ausgesprochen. Wenn dagegen ein Kopfbahnhof gebaut werden sollte, so fällt natürlich dieses große Projekt mehr oder weniger in den Brunnen.

Nun jagt die Kommission, wir wollen heute noch gar nicht über den Antrag des Magistrates Entscheidung treffen, sondern noch eine Anfrage an den Minister richten, was ein Kopfbahnhofsprojekt kosten würde und ob er es so gestalten kann, daß die Betriebserschwernisse so weit vermieden werden, um die Verkehrsinteressen der Stadt darunter nicht leiden zu lassen. Wie Herr Leue schon hervorgehoben hat, wird diese letztere Frage im wesentlichen von der Stadt zu entscheiden sein, da die städtischen Behörden das beste Urteil über die Verkehrsinteressen der Stadt besitzen. Ich fürchte, der Herr Minister wird sagen, wenn die Anfrage kommt: ich habe darauf hingewiesen, welche Schäden der Kopfbahnhof für Braunschweig im Gefolge haben wird und haben muß, wie das sich mit Eurem Interesse verhält, müßt Ihr Euch selber überlegen und selber entscheiden. Das wäre ja an sich nicht gefährlich, aber ich will noch auf eine weitere Gefahr hinweisen. Wenn heute der Beschluß gefaßt wird, wie ihn die vereinigten Kommissionen vorschlagen, so wird es nach außen hin — wo man unsere Verhandlungen nicht so genau verfolgt — heißen, die Stadtverordneten haben die Vorlage des Magistrats abgelehnt — obgleich das ja nicht richtig sein würde —, es ist also wieder nichts geworden, die Sache wird von neuem verzögert. Die Herren erinnern sich, daß uns dieser Vorwurf im preussischen Abgeordnetenhaus schon einmal gemacht worden ist. Es entsteht dann die Frage, ob daraus nicht für die Stadt eine große Gefahr erwachsen



kann; was allerdings nicht von der Hand zu weisen ist. Ich will nicht davon sprechen, daß, wenn die Schwierigkeiten auf dem jetzigen Bahnhofe zu groß werden, und sie sind tatsächlich schon sehr groß, daß man möglicherweise den einen oder anderen D-Zug über den Ostbahnhof laufen läßt, wo man vielleicht eine kleine Haltestelle einrichtet, ohne daß wir etwas dagegen machen können. Das fürchte ich aber nicht in erster Linie, weil ich glaube, daß der preussische Minister nicht nur die Absicht, sondern auch die Pflicht hat, unserer Stadt zu helfen. Für gefährlicher halte ich die Sache mit der Bahn Celle—Braunschweig. Es hat keinen Zweck, verschweigen zu wollen, daß unsere gute Nachbarstadt Peine alle Hebel in Bewegung setzt, die Bahn von Celle in die Hand zu bekommen. Wenn diese Bahn nach Peine statt nach Braunschweig gebaut werden sollte wegen der Schwierigkeit ihrer Einführung in den hiesigen Bahnhof, so wird auch die Weiterführung der Bahn nach dem Süden nur noch eine Frage der Zeit sein, und es wird uns mit der Bahn Hamburg—München, auf die wir unsere Hoffnung gesetzt hatten, ähnlich so gehen, wie ehemals mit der Berlin-Lehrter Bahn.

Nun sagt Herr Leue, man solle nicht so ängstlich sein und solle mehr bürgerliches Selbstbewußtsein in den Vordergrund treten lassen. Das ist sehr schön gesagt, und der Magistrat ist selbstverständlich ebenfalls bemüht, das zu tun, aber wir müssen doch schließlich mit den realen Verhältnissen rechnen. Was hat es denn für einen Zweck, uns hier aufzuspielen als ein kleines Reich der Mitte und zu sagen, Ihr müßt uns ja kommen? So liegt die Sache hier nicht, sondern wir sind vollständig abhängig von der Eisenbahnpolitik in dem großen uns umgebenden mächtigen Nachbarstaate, und wenn wir uns nicht in Güte einigen, werden wir den kürzeren ziehen, und davor möchte ich noch in letzter Stunde gewarnt haben.

Einige Herren haben gesagt, es ist wunderbar, daß der Magistrat auf das Entgegenkommen, welches der Minister zeigt, nicht eingehen will, und auch Herr Leue hat sich ähnlich ausgedrückt. Ich habe den Herrn Minister kennen gelernt und kann nur sagen, er ist äußerst lebenswürdig und hat mich äußerst lebenswürdig empfangen, aber die Ueberzeugung habe ich von ihm gewonnen, er läßt sich bei seinen ganzen Entschlüssen von zwei Gesichtspunkten leiten: Kleine Aufenthalte auf den Stationen und große Ueberbrücke. Diese beiden Momente sind maßgebend für seine Verwaltung. Mit dieser Tatsache müssen wir rechnen. Und wenn Ihnen vorgerechnet worden ist, daß uns bei dem Projekte des Ministers schon zwei Millionen abverlangt werden, wie kann Herr Leue da sagen, es sei undiplomatisch, Andeutungen zu machen, die den Minister dahin bringen müßten, uns noch mehr abzuverlangen. Den Vorwurf habe ich nicht erwartet und der Magistrat hat ihn nicht verdient. Die

Ueberzeugung habe ich gewonnen, daß es nicht nötig ist, den Herrn Minister darauf aufmerksam zu machen, hier kannst du Geld kriegen, das weiß er ganz von selbst. (Heiterkeit.)

Durch Annahme des Kommissionsantrages wird die Sache nur verzögert, was uns Schaden stiften kann, und davor möchte ich gewarnt haben. Sollte es aber doch so kommen, wie der Magistrat vorauszu sehen glaubt, daß dem Antrage der Kommissionen zugestimmt wird, so hat der Magistrat schon in seiner Vorlage erklärt, er kann nicht anders und muß dem Antrage Folge geben, denn wenn der Magistrat jetzt sagen wollte, wir gehen nicht weiter, so wären wir auf dem toten Punkte angekommen und würden nicht vorwärts kommen. Bei der Annahme des Kommissionsantrages wird sich der Magistrat aber nicht darauf beschränken, die Antwort nach Berlin zu schicken, sondern er wird sein an die Versammlung gerichtetes Schreiben beifügen, damit uns nicht der Vorwurf gemacht werden kann, wir hätten die Sache nochmals verzögert.

Herr Esdorn: Ich stehe auf dem Standpunkte Neue. Am liebsten würde ich den Antrag des Magistrats schon heute abgelehnt haben, jedoch stimme ich aus taktischen Gründen dem Antrage der vereinigten Kommissionen bei. Gegen einige Ausführungen des Berichterstatters der Finanzkommission muß ich mich indessen wenden. Es schien danach, als ob in der Kommission eine wahre Hurra Stimmung für den Durchgangsbahnhof geherrscht hätte, wovon ich aber nichts habe bemerken können. Herr Dr. Wolters wies darauf hin, daß in der Kommission sehr viele Stimmen gegen den Kopfbahnhof laut geworden wären, ich glaube aber, gegen den Durchgangsbahnhof sind mindestens ebenso viele Stimmen laut geworden. Namentlich in der gestrigen Sitzung habe ich das vernommen, und in der früheren Sitzung bewies die Abstimmung 5 : 3 das Gegenteil, ebenso die damalige Probeabstimmung 15 : 13. Deshalb kann man nicht sagen, daß bedeutende Stimmen gegen den Kopfbahnhof laut geworden seien, man müßte sonst sagen, daß gegen den Durchgangsbahnhof noch mehr Stimmen sich erhoben hätten. Das Gutachten eines hiesigen Nachmannes ist in dem Referate auch nicht erwähnt worden, obwohl er gegen dessen Erwähnung nichts einzuwenden hatte. Ich hätte wohl erwartet, daß dieses Gutachten, das sich gegen den Durchgangsbahnhof für den Kopfbahnhof ausspricht, erwähnt worden wäre.

Die Sache liegt doch folgendermaßen: Wir erklären alle, daß uns ein Durchgangsbahnhof im allgemeinen lieber wäre, aber wir möchten ihn nicht in der Entfernung haben. Wir haben uns nun die größte Mühe gegeben, einen näherliegenden Durchgangsbahnhof zu erhalten und haben erhebliche Kosten für andere Projekte bewilligt. Aus den Projekten ist aber nichts geworden,

darüber sind wir uns wohl einig, die vier Projekte müssen wir verwerfen. Auch dem Antrage Lübbe können wir nicht zustimmen. Ich habe die Ueberzeugung, Preußen weiß, wenn es den Kopfbahnhof baut, daß es nicht so viel vergütet bekommt, wie bei einem Durchgangsbahnhofs, es wird ihn deshalb weiter hinausbauen, ein naher Bahnhof kostet zu viel. Wir haben daher abzuwägen zwischen den Vorteilen und Nachteilen, die uns der eine oder andere Bahnhof bringt. Die Nachteile des Kopfbahnhofes sind uns mit Recht vom Herrn Referenten und auch vom Herrn Oberbürgermeister vorgehalten worden und die haben wir, die wir auf dem Standpunkte des Kopfbahnhofes stehen, auch nicht verkannt, aber die Nachteile, die uns der weite Durchgangsbahnhof bringt, dürfen wir ebenfalls nicht verkennen. Es sind nicht nur einige Grundstückspekulanten, wie Herr Rieke meint, die sich gegen den fernliegenden Durchgangsbahnhof wenden, obwohl es schwerwiegend genug für die Grundstücksbesitzer im Wilhelmitorbezirke ist, wenn der Ort Rünningen sich vergrößert und die Beamten von der Eisenbahn ziehen dorthin. Gerade unser Süden ist eigentlich die einzige noch ausdehnungsfähige Gegend und ich würde gern dem Durchgangsbahnhofs zustimmen, wenn wir dort solche Gelegenheit hätten, die Stadt auszudehnen, wie im Osten. Auf der einen Seite haben wir aber die Oker und auf der andern die Fabriken, welche eine Ausdehnung verhindern oder doch sehr erschweren. Daß letztere mit der Zeit wegkommen werden, glaube ich wohl, aber es werden noch viele Jahre darüber hingehen, und was soll außerdem auf der Straße zwischen Oker und Bahnhof entstehen? Daß sich dort Geschäftsleute vorerst nicht halten können, liegt doch wohl klar zutage, der Verkehr nach der Stadt wird durch die Elektrische bewältigt, da den weiten Weg niemand zu Fuß machen wird. Das Hauptgeschäft bleibt also da, wo es jetzt ist, wenn ich auch überzeugt bin, daß die heutigen Durchgangsstraßen vom Bahnhofs, namentlich die Friedrich-Wilhelmstraße, an Wert verlieren werden. Ich bin der Meinung, daß wir am richtigsten handeln, wenn wir heute die Resolution annehmen, um nochmals einen Versuch zu machen.

In dem Schreiben des Ministers ist von den Schwierigkeiten die Rede, die ein Kopfbahnhof für den Betrieb in sich schließen würde, Herr Wolters liest aber mehr heraus und meint, sie wären so groß, daß wir den Kopfbahnhof überhaupt nicht bekommen könnten, während von einer Unmöglichkeit, sie zu heben, gar nichts darin steht. Wie ich gehört habe, hat der vorhin erwähnte Herr gesagt, daß die Schwierigkeiten gehoben werden könnten. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß uns vorläufig ein Kopfbahnhof, der unseren Verkehrsinteressen entsprechen würde, nützlicher sein würde, als ein Durchgangsbahnhof von 1700 m Entfernung. Vielen unserer Bürger würde es auch gleich sein, wenn der Kopfbahnhof etwas weiter hinausläge, als der jetzige Bahnhof,

wodurch dann auch wieder Terrain gewonnen würde. Das sind aber Spezialfragen, die uns später noch beschäftigen würden.

Herr M a n n : Wir sind glücklicherweise nun wenigstens so weit gekommen, daß wir uns nur noch um zwei Sachen zu plagen haben, indem die vielen Projekte, die uns sonst noch beschäftigten, als undurchführbar und der Kosten wegen fallen gelassen sind. Es handelt sich heute nur noch um den von preussischer Seite gewünschten Durchgangsbahnhof und darum, die Idee eines Kopfbahnhofes wieder aufzunehmen, eine Idee, die man seit Jahren fallen gelassen hatte. Es ist schon so viel davon die Rede gewesen, daß die Stadt unter der Herstellung eines Kopfbahnhofes leiden müßte. Ein Teil der Herren scheint auf dem Standpunkte zu stehen, als wenn sie absolut einen Durchgangsbahnhof haben wollten, und jeder wird nun abzuwägen haben, welche Interessen die vorteilhaftesten für die Stadt sind, denn damit wahrt man deren Interessen am besten. Wenn andererseits das Kopfbahnhofsprojekt so lobend hervorgehoben wird, so kann man allerdings sehr wohl auf dem Standpunkte stehen, daß man einen Kopfbahnhof bekommen kann, der die Unannehmlichkeit besitzt, daß man nicht 1700 m weit hinauszulaufen braucht. Nun kommt aber hinzu, daß es uns nicht gleichgültig sein kann, wie sich der preussische Eisenbahnfiskus zu dem Projekte stellt, und außerdem müssen wir uns klar sein, was uns unsere Stellungnahme für die Zukunft bringen kann. Nun hat der Herr Oberbürgermeister mit Recht darauf hingewiesen, daß wir nicht auf dem hohen Pferde sitzen und jagen können: Mag der Eisenbahnfiskus sehen, was er für einen Bahnhof kauft, uns soll es egal sein, besser als der bisherige Bahnhof wird er wohl sein. Herr Esdorn war so nobel, zu erklären, es würde den Bürgern sogar gleich sein, wenn der Kopfbahnhof etwas weiter hinaus käme. (Heiterkeit.) Ob das aber der Kosten wegen geschehen kann und ob die Geschäftsschädigung dadurch eine andere wird, ist doch eine große Frage. Ich habe auch mit Staunen zugehört: da müssen wir zuschießen und auf ein paar Millionen darf es dabei nicht ankommen, wenn wir nur ein brauchbares Bahnhofprojekt bekommen werden. Ich weiß nicht, was man hierzu sagen soll, als ob man die Millionen nur so in der Tasche hat und hingeben kann. Während man sich den Kopf zerbricht, woher man die 200 000 Mark für die Erhöhung der Beamtengehälter nehmen soll, erklärt man hier ganz einfach, was spielen die paar Millionen für eine Rolle? Man hat doch aus den Referaten gehört, daß man mit Millionen bei dem Bahnhofprojekt rechnen muß.

Hierbei darf man sich auch nicht verhehlen, wenn wir einen Bahnhof bauen, der den Verkehrsverhältnissen nicht entspricht, so wird Preußen suchen alles auszunutzen, um möglichst viel für sich dabei herauszuschlagen. Daß aber nicht viel von uns herauszuschlagen ist, weiß doch ein jeder. Herr Lene sagt, ich

verstehe nicht, wie man sich so ängstlich haben kann, ich weiß gar nicht, was für neue Bahnlinien noch auf unsern Bahnhof geführt werden können. Ich bin darüber anderer Meinung. Ich bin kein Prophet und trachte auch nicht danach, es zu werden, aber die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt wird es von selbst mit sich bringen müssen, daß wir auf alle Fälle mehr Bahnen bekommen werden und der Bahnhof dadurch immer mehr in Mitleidenschaft gezogen wird. Wenn wir uns auf den Standpunkt stellen, daß unsere Verkehrsverhältnisse nach außen heute schon genug entwickelt sind, so mag Herr Leue recht haben, sonst aber nicht. Darin können wir nicht vorsichtig genug sein. Ich bin auch der Meinung, wenn wir den Durchgangsbahnhof hier oben noch hineingezwängt hätten, daß das der Stadt nicht zuträglich sein würde. Viele von uns würden es wohl noch erlebt haben, daß das Bahnhofprojekt als verfehlt betrachtet sein würde, weil der Bahnhof zu sehr eingeengt wäre. Wenn wir einen Kopfbahnhof zu sehr an die Stadt heranrücken wollen, so wird ebenfalls die Folge sein, daß wir für eine weitere Ausdehnung keinen Platz haben würden. Wir wissen, daß in Magdeburg und Hannover der Durchgangsbahnhof nicht mehr genügt und man dort Erweiterungen vornehmen mußte, und wir wollen uns damit heute schon trösten, daß unser Bahnhof groß genug wird, wenn er an seine alte Stelle gelegt wird? Wenn das richtig wäre, was verschiedene Redner sagten, so können wir mit unserm alten Kopfbahnhofs zufrieden sein und brauchen keine Millionen für einen anderen Bahnhof auszugeben. Jeder von uns würde es mit Freude begrüßen, wenn der Bahnhof auf den Burgplatz kommen könnte, weil dann alle Einwohner in möglichst angenehmer Weise nicht zu weit zum Bahnhofs zu gehen hätten. Das ist aber eben unmöglich.

Herr Esdorn kam sogar mit einem Einwande, der ganz verfehlt ist, der Wilhelmitorbezirk würde geschädigt. Wie wäre das möglich? Ich habe noch kürzlich von einem Geschäftsmanne gehört, der dort ein Grundstück besaß, das er verkauft hat, daß er sagte, wenn ich gewußt hätte, daß der Bahnhof dorthin käme, hätte ich das Grundstück noch nicht verkauft und würde 10 000 Mark mehr dafür bekommen haben. Dem gegenüber behauptet Herr Esdorn, die Bewohner des Wilhelmitores würden geschädigt. Es ist auch wohl darauf hingewiesen, daß der Bahnhof jetzt dicht an der Stadt liegt, während in Zukunft das Wilhelmi- und Augusttor davon weiter abliegt und daß es sich dann um die Werthverteilung des zwischen dem neuen Bahnhofs und der Stadt liegenden Terrains handle. Das Uebergangsstadium wird allerdings für einzelne Geschäftsleute schwierig sein, nämlich bevor der zwischenliegende Teil bebaut sein wird, und vielleicht zunächst eine kleine Schwankung hervorrufen, jedoch kann das selbst im Uebergangsstadium nicht so bedeutend sein. Wenn wir den

Bahnhof unten bei Eisenbüttel hinbekommen, so würden die Zugangsstraßen bis dahin natürlich fertig sein müssen, so daß der Verkehr dann doch der Hauptsache nach in die Friedrich-Wilhelmstraße geleitet werden würde. Hierum dreht sich immer die ganze Frage, und man hat die Sache aufgebauscht, als ob sie nicht im Interesse der Stadt liege. Wir haben ein lebhaftes Interesse daran, die Stadt sich weiter entwickeln zu sehen, und wenn wir das werden wollen, was die Schwesterstädte Hannover und Magdeburg schon sind, so müssen wir bestrebt sein, Bahnhofsverhältnisse zu schaffen, die bessere Verbindungen mit der Außenwelt möglich machen.

Ein Herr, der nach dem Rheine fuhr, sagte mir auf der Fahrt, in der Eisenbahn: Wir haben doch famose Bahnverbindungen und können uns nicht beklagen, denn die Strecken nach Hannover, Magdeburg, Berlin und Leipzig haben wirklich gute und ausreichende Züge. Das ist richtig, aber die anderen Strecken, welche von solchem Herrn vielleicht nicht befahren werden, nämlich die Strecke nach Hamburg, wird dabei ganz außer acht gelassen. Was haben sich Handelskammer und Vereinigungen bemüht, bessere Verbindungen nach Hamburg zu erhalten. Immer wieder ist in den Antworten der Eisenbahnverwaltung darauf zurückgekommen, daß unsere Bahnhofsverhältnisse ein weiteres Hineinlegen von Zügen nicht mehr gestatten.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer hat uns gesagt, daß für den preussischen Minister zwei Punkte entscheidend seien, nämlich: Kurzer Aufenthalt auf den Stationen und viel Geld verdienen. Von einem kurzen Aufenthalte kann auf einem Saalbahnhofe nicht die Rede sein und es wird auch für uns die Schwierigkeit eintreten, daß der Minister erklärt, nachdem wir den Bahnhof mit für uns großen Kosten gebaut haben, daß neue Züge nicht angängig sind, weil wir einen Kopfbahnhof haben. Man kann allerdings mehr Schienenstränge in den Bahnhof leiten und hierdurch erreichen, daß sich der Verkehr leichter abwickelt, aber sonst ist es gar nicht möglich, daß sich der Verkehr mehr ausdehnt; jedenfalls muß man dazu ein großes Terrain haben, das uns fehlt.

Herr Esdorn meint auch, der Verkehr von und nach dem neuen Durchgangsbahnhofs würde sich durch die elektrische Bahn abwickeln und es würde niemand gehen; das wäre durchaus kein Schaden, die Straßenbahn müßte sich natürlich bemühen, ihren Verkehr so gut wie möglich einzurichten und auch die Ringstraße müßte noch besser ausgebaut werden. Diejenigen aber, das steht fest, die den Weg zu Fuß machen wollen, tun das auch nach wie vor. Es ist ferner gesagt worden, in keiner Stadt brauchten die Einwohner 2000 m nach dem Bahnhofs zu gehen. Das geschieht aber selbst in der Stadt Braunschweig. Das läßt sich eben mit dem besten Willen nicht ändern, ein Teil der Einwohnerschaft muß eben weiter gehen, als der andere.

Die Entwicklung der Stadt muß uns überhaupt das wichtigste sein, selbst wenn wir den Ranzel auf den Rücken nehmen und bis zum Kennel pilgern müssen. Wenn gesagt worden ist, das Gewissen der Stadtverordneten müßte geschärft werden, so mußte es nach dieser Richtung hin allerdings geschärft werden, indem man auf dem Standpunkte stehen muß: Nicht der Wille des einzelnen kann hierbei maßgebend sein, sondern das Allgemeininteresse. Von dem Standpunkte aus kann ich aber der Resolution der vereinigten Kommissionen nicht zustimmen und muß behaupten, daß ich dabei ebenjogut das allgemeine Interesse vertritt, als diejenigen, die behaupten, das mit ihrer Meinung zu tun. Auch die Ausführungen von heute haben mich nicht überzeugen können, einen anderen Standpunkt einzunehmen. Im großen ganzen kann ich den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters zustimmen, weil ich in einem Beschlusse im Sinne der vereinigten Kommissionen weiter nichts sehe, als eine Verzögerung der endlichen Erreichung eines besseren Bahnhofes. Wir haben die ganzen Jahre gesagt, der Kopfbahnhof ist für uns unmöglich, und mit einem Male taucht das Kopfbahnhofsprojekt wieder auf und wir sollen uns damit einverstanden erklären, daß die Sache dadurch noch einmal um 1 bis 1½ Jahre verschleppt wird. Wir müssen, das ist meine Ansicht, wohl oder übel jetzt zur Entscheidung kommen, damit die Stadt Braunschweig aus der schlechten Misère, in der sie sich befindet, herausgehoben wird.

Vorsitzender: Ich möchte die folgenden Redner — es sind noch 7 vorgemerkt — freundlichst bitten, sich etwas kürzer zu fassen. Nach § 15 unserer Geschäftsordnung soll mit Ausnahme des Berichterstatters jedes Mitglied der Versammlung die Dauer seiner Rede auf zehn Minuten beschränken. Ich habe den Herren Vorrednern das Wort auch über die Zeit hinaus belassen — der letzte Redner hat allein 24 Minuten gesprochen —, würde es aber in Zukunft nicht mehr tun können.

Herr Wolters: Es ist immer ganz lehrreich, wenn man über das, was man gesagt oder produziert hat, ein Urteil hört. Man will sich ja gern belehren lassen, aber man steht vor einer außerordentlich schwierigen Entscheidung darüber, was man machen soll, wenn die Urteile sich diametral gegenüberstehen. Als wir gestern die Kommissionssitzung verlassen hatten, jagte mir ein Herr, ich habe mich in Ihnen außerordentlich getäuscht, Sie sind umgefallen, Sie waren früher ein Verteidiger des Durchgangsprojektes und jetzt? Jetzt höre ich das Gegenteil von Ihnen. Die Herren Esdorn und Kalms sagen aber, Sie haben gegen den Kopfbahnhof gesprochen. Man könnte hieraus wohl schließen, daß man mit seinem Urteil — Propheten rechts, Propheten links, das Weltkind in der Mitte — auf dem richtigen Wege zu sein scheint. Der Antrag der vereinigten Kommissionen geht also nicht hervor aus den Wünschen

der Vertreter des Kopfbahnhofesprojektes, sondern wir beiden, par nobile fratrium, haben es ausgeheckt. Wir haben uns dabei gesagt, wir wollen uns auf eine so schwerwiegende Entscheidung heute nicht einlassen, und wollen aus dem Referate alles weglassen, was den Kopf- und den Durchgangsbahnhof betrifft, da es vorläufig nur darauf ankommen soll, um Aufklärung zu bitten. Wenn das aus den beiden Referaten nicht hervorgegangen sein sollte, so möchte ich mir erlauben, das hier nachzuholen. Aus diesem Grunde finde ich auch die eine oder andere Bemerkung des Herrn Leue augenblicklich noch verfrüht, wir bekommen in einem halben Jahre dieselbe Geschichte noch einmal zur Verhandlung, und vor der Hand erscheint es mir deshalb nur notwendig, zu erklären, wollen wir das Anerbieten des Ministers annehmen oder nicht.

In einigen Punkten möchte ich auf die Ausführungen des Herrn Leue zurückgehen. Er sagt unter anderem: Der springende Punkt wäre vor der Hand, daß die preußische Eisenbahn-Verwaltung genötigt wäre, einen neuen Bahnhof bauen zu müssen. Durch die unausgesetzte sehr vortreffliche Tätigkeit der Handelskammer haben wir eine Vermehrung von Eisenbahnzügen nach Braunschweig erhalten. Das ist aber allein im braunschweigischen Interesse geschehen, denn Preußen ist viel eher geneigt, eine preußische Stadt zu bevorzugen. Wenn das allein der springende Punkt für die preußische Staatsbahnen-Verwaltung gewesen wäre, so würde der Sache sehr schnell abgeholfen sein. Ein zweiter Punkt der Leueschen Ausführungen ging dahin, es würde immer von soviel Linien gesprochen, die hier noch eingeführt werden würden und es käme doch nur eine Linie in Frage. Es handelt sich dabei aber nicht allein um neu zu bauende Strecken, sondern hauptsächlich auch darum, daß auf den alten Gleisen eine Anzahl neuer Züge in den Bahnhof geführt werden müssen. Innerhalb der letzten sechs Jahre soll z. B. die Anzahl der Züge in der Richtung nach Helmstedt zu täglich um 36 vermehrt worden sein. Schließlich meint Herr Leue, es könnten für das Kopfbahnhofesprojekt ruhig 2 bis 3 Millionen Mark ausgegeben werden. Alle die Bemühungen von Herrn Frühling und mir, die beiden Projekte auch zahlenmäßig zu begründen, sind also vergeblich gewesen, denn was wir beim Kopfbahnhofs mit einem Zuschusse von 2 bis 3 Millionen Mark machen sollen, ist gleich Null.

Der Herr Oberbürgermeister hat auch geäußert, es sei schon jetzt bekannt, wie die Antwort des Ministers ausfallen würde auf die Frage, ob die beim Kopfbahnhof befürchteten Verkehrsbeeinträchtigungen eingeschränkt werden sollen, weshalb man die Frage gar nicht erst zu tun brauche. Diesen Punkt haben wir allerdings auch als etwas Zweifelhafte und Bedenkliches erkannt, wir sind aber darauf gekommen, diesen Punkt mit zu empfehlen aus folgenden Gründen: In letzter Zeit haben wir allerdings von einem sachverständigen



Herrn gehört, es wäre denkbar, die Verkehrshindernisse zu mindern; es schien uns aber doch wenigstens erwähnenswert, daß wir bei Annahme des vom Minister gemachten Anerbietens diesen Punkt mit hervorkehren und fragten, ob sich die in dieser Beziehung geäußerten Befürchtungen des Herrn Ministers nicht auf ein geringeres Maß zurückführen lassen. Der zweite Punkt, die Verzögerung der Sache, ist an sich recht bedauerlich, aber der Magistrat hat ja selbst gesagt, daß ihm die weitere Verzögerung, welche die Angelegenheit durch Ausarbeitung eines neuen Projektes erleiden würde, nicht schwerwiegend genug erscheine, um dieserhalb auf das Anerbieten des Ministers zu verzichten. Ich meine auch, daß man sich mit Rücksicht auf die starke Opposition, welche das entfernt liegende Durchgangsbahnhofprojekt bei der Versammlung und der Bürgerschaft gefunden hat, die Zeit und Mühe nicht verbrießen lassen darf, um noch festzustellen, ob der Kopfbahnhof in verkehrstechnischer Hinsicht und in bezug auf die Finanzlage überhaupt möglich sei.

Herr B ä h r : Der Antrag der vereinigten Kommissionen gibt eigentlich keinerlei Veranlassung zu der grundsätzlichen Aussprache über den Kopf- und den Durchgangsbahnhof. Veranlassung dazu gibt aber der Antrag Jasper-Riecke sowie auch das Begleitschreiben des Magistrates vom 14. d. Mts. zu dem Schreiben des Eisenbahnministers. In dieser Versammlung sind immer zwei Strömungen vorhanden gewesen, die auf einer gesunden mittleren Linie zusammentrafen, so lange Aussicht vorhanden war, einen der hier aushängenden Pläne zu realisieren. Wir werden nun darüber Beschluß zu fassen haben, ob die Zwischenprojekte auszuschalten sind; für mich unterliegt es keinem Zweifel, daß darauf nicht mehr zurückgekommen werden kann. Die Projekte werden also ausgeschaltet werden. Nun allerdings müssen sich die beiden Strömungen, die sich bisher auf der mittleren Linie berührten, nämlich die Vertreter des Durchgangsbahnhofes draußen und die Vertreter eines nahe liegenden Kopfbahnhofes, scheiden. Selbstverständlich würden die Vertreter des Kopfbahnhofes ebenjogern für einen Durchgangsbahnhof sein, dessen Vorteile sie nicht verkennen — man würde ja auch naiv sein, wenn man die Vorzüge eines Durchgangsbahnhofes nicht erkennen wollte — aber sie fürchten eine Schädigung der Stadt durch einen entfernt liegenden Durchgangsbahnhof. Um die Entfernung von 1700 Meter, die hierbei in Betracht kommt, richtig schätzen zu lernen, würde es sich empfehlen, die Sitzung aufzuheben und in Prozession hinauszuziehen bis zu der geplanten Stelle und wieder zurückzukommen. (Heiterkeit.). Wenn wir diesen Dauermarsch erledigt hätten, würden wir vielleicht einen reellen Begriff von der Entfernung erhalten haben.

Der Antrag Jasper-Miefe gab also Veranlassung zu der heutigen eingehenden Aussprache, weil die Vertreter eines nahe liegenden Bahnhofes für den Kopfbahnhof eintreten mußten, indem ein anderer naher Bahnhof nicht zu haben ist. Da der Antrag Jasper den Kopfbahnhof ausschließt, so mußten wir in diese Verhandlung eintreten und dabei natürlich auch auf den Antrag der vereinigten Kommissionen zurückkommen. Es läßt sich annehmen, daß der Antrag Jasper durch die Ausführungen des Magistrates hervorgerufen ist. Wenn wir auch nicht der Ansicht sind, daß wir in der Zusicherung des preussischen Ministers Schalmecientöne hören, so dürfen wir den Vorschlag doch nicht so auslegen, daß er nicht ernst gemeint oder nicht durchführbar wäre. Möge die Entscheidung ausfallen, wie sie will, Kopf- oder Durchgangsbahnhof, ohne Opfer wird es nicht abgehen, und die Vertreter des Kopfbahnhofes werden zu überlegen haben, ob nicht sogar ein erhöhtes Opfer der Stadt in Anspruch genommen werden muß. Die Entscheidung selbst steht uns noch bevor, wenn wir die Antwort von Berlin erhalten haben werden. Ich empfehle also, von der weiteren Verfolgung der Zwischenprojekte abzusehen, den Antrag Jasper-Miefe abzulehnen und den Antrag der vereinigten Kommissionen anzunehmen, der uns wenigstens die Möglichkeit offen läßt, daß auch das Kopfbahnhofsprojekt noch in Erwägung gezogen wird.

Herr Mohr: Seit Jahren werden hier Projekte ausgearbeitet, geprüft und — verworfen, zum Schlusse kommt man nicht. Die Sache wird nachgerade un bequem, die Bürgerchaft wird nervös, der wirtschaftliche und Grundstücksverkehr leidet entschieden unter der jetzigen Situation.

Da unsere, durch verschiedene Vorlagen zum Ausdruck gebrachten Wünsche hinsichtlich eines Durchgangs-Nahbahnhofes von dem preussischen Eisenbahnminister konsequent abgewiesen wurden, angeblich auf Grund sich ergebender betriebstechnischen Schwierigkeiten, teils auf Grund der entstehenden hohen Kosten, und wir stets wieder auf die Fernbahnhofs-Vorlage vom 29. Juni 1907 verwiesen wurden, so ist es nach meiner Auffassung jetzt zur Notwendigkeit geworden, unseren Mitbürgern endlich Ruhe zu schaffen und eine Entscheidung herbeizuführen dahingehend: Soll die Fernbahnhofs-Vorlage der Eisenbahnverwaltung angenommen werden oder nicht? — Lassen Sie uns endlich klar und deutlich dem Herrn Eisenbahnminister zum Ausdruck bringen, daß wir, um unserer Geschäftswelt, insbesondere dem Mittelstande und den Grundbesitzern die Existenz nicht zu gefährden, unter keinen Umständen in der Lage sind, das vorliegende oder irgend ein anderes Fernbahnprojekt jemals anzunehmen. —

Wird dieses Fernbahnprojekt heute begraben, dann würde das von dem Herrn Eisenbahnminister in seinem letzten Schreiben keineswegs als unaus-

föhrbar bezeichnete K o p f b a h n h o f s p r o j e k t wieder in den Vordergrund treten. Es mag sein, daß mannigfache Betriebserfchwernisse dem Kopfbahnhofspröjekte anhaften und es eine fast gleiche Bauſumme erfordert wie das vorliegende Fernbahnhöfsprojökte; das darf und ſoll uns aber nach meiner Auffassung zunächſt nicht kümmern. Die Eiſenbahnverwaltung iſt ſchließlich diejenige, die das allergrößte Intereſſe daran hat, einen dem Betriebe und Verkehr nach allen Richtungen hin entſprechenden Bahnhof zu beſitzen, die Koſtenfrage darf bei ihr, die ſie alljährlich Hunderte von Millionen als Unternehmerin verdient, erſt in zweiter Linie in Frage kommen.

Ih bin der Anſicht, daß wir auch in der Zuſchußfrage gleich offene Karten ausſpielen und die Erklärung bei Anforderung des Kopfbahnhofspröjektes abgeben, daß die Stadtverwaltung bereit iſt, zum Ausbau des Kopfbahnhofes, bezw. zum Bau eines Nahbahnhofes — trotz der zurzeit ſchlechten Finanzlage der Stadt — einen Zuſchuß à fonds perdu von drei Millionen Mark zu bewilligen. (Auf: Viel zu wenig!) Dann müſſen wir mehr nehmen. — Durch Nennung einer Summe geben wir der Bahnverwaltung ungeſchminkt zu erkennen, wie weit wir uns bei Erfüllung unſerer Wünſche, finanziell engagieren wollen und können. Jedenfalls unterbleibt dann der leidige, mit diplomatiſchen Kniffen reich durchſetzte, ausgedehnte Schriftwechſel, der uns bereits zehn Jahre auf die Folter geſpannt hat und womit nichts erreicht iſt und auch fernerhin nichts erreicht werden wird.

Laſſen Sie mich in aller Kürze die großen Nachteile des Fernbahnprojektes Ihnen nochmals vor Augen föhren:

Die Bahnverwaltung fordert von uns:

1. Durchgangsbahnhof und deſſen Hinauslegung um 1700 Meter, vom jetzigen Bahnhöfe aus;
2. Stadtſeitige Beſchaffung des zur Neuanlage des Bahnhöfes erforderlichen Terrains und
3. Ankauf des frei werdenden alten Bahnhöfsterains durch die Stadt.

Nach Anlage A des Schreibens der Eiſenbahnverwaltung an Herzogliches Staatsminiſterium iſt das Reſultat der finanziellen Forderung:

- a. für frei werdendes Terrain . . . . . Mark 7 109 500,
- b. Zuſchuß . . . . . „ 2 687 899.

Das macht rund zehn Millionen Mark.

Der preußiſche Eiſenbahnminiſter iſt ein Rechenmeiſter Ia, er verlangt von der Stadt Braunschweig, daß ſie ihn — bisher befolgten Grundſätzen gemäß — wie er ſich ausdrückt, finanziell beim Bahnbau kräftig unterſtützt und läßt dabei durchblicken, daß uns der Neubau doch am allermeiſten zugute komme.

Wir wollen gewiß nicht bestreiten, daß die j e t z i g e n Bahnhofsverhältnisse unleidliche sind, wir müssen auch zugeben, daß ein Durchgangsbahnhof, namentlich aus b e t r i e b s t e c h n i s c h e n Gründen, einem Kopfbahnhofs vorzuziehen ist. Nur darf der Herr Minister freundlichst daran erinnert werden, daß die Bahnverwaltung als Unternehmerin doch das größte Interesse an dem Bahnhofsneubau hat. Wem fallen denn die ungeheueren Ueberschüsse aus dem Bahnbetriebe zu? Doch nur a u s s c h l i e ß l i c h dem preussischen Eisenbahnfiskus, bezw. dem preussischen Staatsfädel.

Sollen wir nun zu dem zu zahlenden notwendigen Umbau oder Neubau des Bahnhofes mit herangezogen werden, dann kann dieses Geschäft — da wir direkt pekuniäre Vorteile nicht zu erwarten haben — doch nur geschehen auf einer u n j e r n wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnissen angepaßten Grundlage, dann muß die Eisenbahnverwaltung Entgegenkommen zeigen und mit ihren sogenannten „alten Grundsätzen“ brechen, wie sie das auch anderweitig, z. B. in Erfurt, schon getan hat.

Meine Herren! Ich will mich kurz fassen und möchte nur bemerken, daß wir einer Hinauslegung des Bahnhofes um 1700 Meter nicht zustimmen können, wollen wir nicht durch diese ungeheure plötzliche Stadtgebietserweiterung der Baulust bezw. Baumut Tür und Tor öffnen, die Grundbesitzer der alten Stadtteile durch Aufschluß des neuen Baularrains schädigen und die Geschäftswelt — nicht nur die in der Nähe des jetzigen Bahnhofes wohnenden, sondern auch die fern liegenden Geschäfte — empfindlich benachteiligen. Bahnhöfe gehören so dicht als möglich an die Stadt heran, um Verkehrs-erleichterung zu schaffen, aber nicht 2½ Kilometer vom Zentrum entfernt.

Meine Herren! Ich wollte eigentlich einen Antrag auf heutige Entscheidung und zwar auf Ablehnung des Fernbahnhofes einbringen, will mich aber, um nicht weitere Spaltungen herbeizuführen, dem Antrage der vereinigten Kommissionen anschließen. An den Herrn Vorsitzenden der Finanzkommission möchte ich indessen noch die Anfrage richten, ob sich in die Resolution nicht das Angebot der Stadt, zwei oder drei Millionen zu einem Kopfbahnhofs zuzuschließen zu wollen, hineinbringen läßt, damit ein solcher Antrag von hier aus kommt. (Widerspruch.)

Herr W e i c h e l : Ich möchte den neuen Bahnhof ebenfalls so nahe wie möglich haben, Gründe sind billig wie Brombeeren für den einen oder den anderen Bahnhof. Den Gründen des Herrn Oberbürgermeisters, die wirklich eine dringliche Warnung enthalten, kann ich mich nicht verschließen, weshalb ich mich der Resolution der vereinigten Kommissionen nicht anschließen kann. Ich kann

mir auch nicht denken, daß der Kopfbahnhof überhaupt finanziell ausführbar ist. Ich bin kein Finanzmann und bitte mich zu korrigieren, wenn die folgende, allerdings nur oberflächliche Berechnung falsch sein sollte. Die Kosten des Durchgangs-Fernbahnhofes sind auf rund 17 Millionen Mark geschätzt worden. Dazu sollen wir beitragen durch Hergabe von Grund und Boden und in bar zusammen rund 3 Millionen Mark, während Preußen 5 Millionen Mark zu tragen hätte. Nehmen wir den Wert des frei werdenden Geländes mit 9 Millionen Mark dazu, so kommen 17 Millionen Mark heraus. Dem gegenüber wird ein Kopfbahnhof, sofern er mit allen technischen Neuerungen ausgestattet werden soll, nicht billiger werden, als ein Durchgangsbahnhof. Wenn wir also annehmen, daß er ebenfalls einen Kostenaufwand von 17 Millionen Mark erfordert und wenn wir das frei werdende Terrain — in der Annahme, daß der Bahnhof auch etwas weiter hinausgelegt werden wird — zu 3 Millionen Mark schätzen, so verbleibt ein Kostenaufwand von 14 Millionen Mark. Der preussische Minister wird nun doch für einen Kopfbahnhof nicht mehr opfern wollen, als für einen Durchgangsbahnhof, also 5 Millionen Mark, dann bleiben 9 Millionen Mark über, die uns der preussische Minister todsicher auferlegen wird. Meiner Ansicht nach ist es aber ausgeschlossen, daß die Stadt ein derartiges Opfer bringt, weshalb es auch vollständig unmöglich sein wird, daß der Kopfbahnhof ausgeführt wird. Ich kann mich auch dem Verdachte nicht verschließen, daß die beiden Referenten den Kopfbahnhof selber nicht für ausführbar halten. Wenn Herr Dr. Wolters ausgeführt hat, die Anforderung eines Projektes für einen Kopfbahnhof sei mit einem Beweisbeschuß vor Abgabe des Endurteils zu vergleichen, so will ich dazu bemerken, es werden auch viele unnütze Beweisbeschlüsse abgegeben und dieser Beweisbeschuß ist ebenfalls unnütz. Durch Annahme des Kommissionsantrages gehen wir einer großen Gefahr entgegen, das ist die Gefahr der Verschleppung auf ein Jahr oder auf Jahre hinaus, und das Resultat ist todsicher dasselbe. Wir müssen in den sauren Apfel beißen — so sauer er auch sein mag — und deshalb werde ich für den Antrag Jasper stimmen.

Sind Sie aber in der Mehrheit anderer Ansicht und glauben Sie, daß noch Erhebungen angestellt werden müssen über die Kosten eines Kopfbahnhofes, dann möchte ich mich wenigstens gegen die Form der Resolution wehren. Die Referenten erklären, sie haben die Resolution diplomatisch gefaßt und sie dem Wortlaute in dem Schreiben des preussischen Ministers angepaßt. Die Diplomatie ist ein schönes Ding, aber jetzt ist es besser, man sagt, was man denkt. Es ist meines Erachtens gar nicht nötig, daß der preussische Minister erst ein vollständiges Projekt über einen neuen Kopfbahnhof ausarbeiten läßt, sondern es würde genügen, wenn wir wissen, was würde ein Kopfbahnhof kosten, der

auf Jahre hinaus allen Verkehrserweiterungen Rechnung trägt. Wenn wir uns entschließen, in dieser Richtung vorzugehen und wenn der Magistrat festzustellen suchte, wie hoch der stadtseitige Zuschuß sein würde, dann kämen wir weiter, als wenn wir der Resolution zustimmen und überlassen es dem Magistrate, diesen Punkt festzustellen. Für den Fall, daß der Antrag Jasper-Nieße nicht angenommen wird, will ich einen dahingehenden Antrag stellen.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Ich habe vorhin absichtlich mich nicht näher eingelassen auf die Ueberwindung der Nachteile, die die weite Hinauschiebung des Bahnhofes für einen Teil der Einwohnerschaft im Gefolge hat, weil das erst später erörtert werden sollte. Nachdem aber verschiedene Herren erklärt haben, die 1700 Meter machten den Durchgangsbahnhof unannehmbar, möchte ich darauf hinweisen, daß wir uns diese Frage auch überlegt und uns dabei auf den Standpunkt gestellt haben, daß eine neue Verkehrsverbindung vielleicht vom Friedrich-Wilhelmsplatz aus nach dem neuen Bahnhofe geschaffen werden muß, die die Schäden wesentlich herabmindert, wenn nicht ganz beseitigt. Es läßt sich nämlich sehr wohl eine Einrichtung treffen in der Weise, daß man eine Kreisbahn anlegt, die unter dem zukünftigen Bahnhofe durchgeht, die Reisenden an den verschiedenen Treppen absetzt, und deren Wagen dann jenseit der Bahn umdrehen und nach der Stadt zurücklaufen. Wenn ein solcher perpetuierlicher Kreislauf der von der elektrischen Bahn bereitgestellten Wagen stattfindet und wenn man mehrere Wagen hinter einander laufen läßt, so ist es auch in den Zeiten, wo reich besetzte Züge z. B. vom Harze ankommen, nicht ausgeschlossen, daß selbst ein großartiger Verkehr damit bewältigt werden kann. Wenn das der Stadt Geld kosten sollte, so sind wir nicht abgeneigt, dafür mehrere tausend Mark herzugeben, um nicht mit der traurigen Einrichtung des jetzigen Kopfbahnhofes weiter wurseln zu müssen. Ich mache auch kein Hehl daraus, wenn Herr Mohr uns drei Millionen Mark zur Verfügung stellt — woher er sie nimmt, hat er nicht gesagt — so wird sich der Magistrat das sehr wohl überlegen, was er damit anfängt; ich für meine Person würde eher darauf eingehen, diese drei Millionen für den entfernten Durchgangsbahnhof aufzuwenden, als für den Kopfbahnhof. Ich kann aus meinem Herzen keine Mördergrube machen und nicht gegen meine innerste Ueberzeugung sprechen. Man hat mir den Vorwurf gemacht, ich hätte die städtischen Interessen schlecht vertreten, aber ich habe nur meiner Ueberzeugung Ausdruck gegeben, und wenn ich auch mit einem großen Teile der Bürgerschaft in Widerspruch geraten sollte, so kann ich doch nicht anders handeln.

Verschiedene Redner haben auch gesagt, wir brauchen nur zu erklären, wir wollen den Bahnhof da draußen nicht, dann wird er nicht gebaut. Dabei

müssen wir aber eins berücksichtigen: Wenn es sich um Zahlungen handelt, haben wir allerdings den Knopf auf dem Beutel und können die Zahlung verweigern, auch wegen Anlegung der Straßen können wir Schwierigkeiten machen — und wenn das sein muß, soll es auch unsere Pflicht sein — aber das entscheidende Wort in der Sache haben nicht wir, sondern die Herzogliche Landesregierung zu sprechen, denn die konzessioniert den Bahnhof und nicht die Stadt. Es ist auch die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß man sagt: mit der Stadt ist nichts zu machen, wir müssen dem preußischen Minister recht geben, so geht es nicht weiter. Und dann wissen wir nicht, was weiter geschieht. Ich hoffe indeß, daß wir uns noch verständigen und — Magistrat und Stadtverordnete — die Sache in die richtige Bahn leiten. Daß nun nochmals eine Verzögerung eintritt, bedauere ich. Wenn ich in dem Schreiben an die Versammlung die Bemerkung habe einfließen lassen, daß eine nochmalige Verzögerung der Angelegenheit für uns nicht ausschlaggebend sein soll, so muß das der Herr Referent dahin auffassen, daß wir die Verzögerung unbedenklich in Kauf nehmen, wenn wir dadurch etwas gutes heraus schlagen können. Der Magistrat ist aber jetzt zu der Ueberzeugung gekommen, daß er mit Rücksicht auf die Kosten und die Versumpfung, welche ein Kopfbahnhof für die Stadt im Gefolge haben werde, nicht für einen Kopfbahnhof stimmen und dafür Millionen opfern könne. Deshalb hat er sich gesagt: Jetzt bleibt nichts anderes übrig, so annehmbar das freundliche Anerbieten des preußischen Ministers auch klingt, wir wollen das Danaergeschenk von uns abzuwenden suchen.

Herr Fr ü h l i n g : Ich möchte auf einzelne von den Vorrednern berührte Punkte eingehen. Herr Leue hat dargelegt, er finde es selbstverständlich, daß der Minister denjenigen Bahnhof bauen würde, zu dem er einen großen Zuschuß kriegte und nicht, wo er einen kleinen Zuschuß erhielte. Ich möchte Herrn Leue bitten, diesen Standpunkt auch für die spätere Beratung dieser Angelegenheit festzuhalten, da das noch von wesentlicher Bedeutung sein wird. Wir glauben ebenfalls, daß der preußische Finanzminister sich, wenn auch nicht ausschließlich, hiernach richten wird. Es wird für ihn maßgebend sein, was dabei für den Fiskus herauskommt, und da wird sich die Sache insofern anders stellen, als der städtische Zuschuß gegenüber den Mehrkosten eines Kopfbahnhofes verschwindend gering sein wird. Wenn aber der preußische Minister wählen soll, so nimmt er natürlich dasjenige Projekt, bei dem er am besten wegkommt.

Herr Mohr war dafür, jetzt gleich das Kopfbahnhofsprojekt anzunehmen und nicht weiter damit zu zögern, auch dem Minister gleich einen Zuschuß von drei Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Einen Antrag hat er allerdings nicht gestellt, wenn er auch in seiner Rede enthalten war. Wir können

uns doch aber unmöglich für einen Kopfbahnhof entscheiden, wenn wir nicht wissen, was das für ein Kopfbahnhof werden soll! Wir haben ja heute schon einen Kopfbahnhof, für dessen Ausbau noch 600 000 Mark aufgewendet werden sollen. Es bleibt eben abzuwarten, was für einen Kopfbahnhof wir kriegen und wir müssen dann sehen, ob wir etwas zugeben und was wir zugeben wollen.

Sodann ist den Kommissionen noch vorgeworfen worden, daß in der Resolution gesagt werden sei, der Minister sollte klar stellen, ob ein Kopfbahnhof zweckmäßig sei. Davon steht aber in der Resolution gar nichts, sondern es ist dort nur gesagt worden, wir wollten uns die Entscheidung vorbehalten, bis klargestellt worden sei, ob durch den neuen Entwurf die vom Minister hervorgerufenen Hindernisse für den Durchgangsverkehr usw. soweit eingeschränkt werden könnten, daß die Verkehrsinteressen der Stadt nicht beeinträchtigt würden. Wenn uns also der Minister ein Projekt für den Kopfbahnhof vorlegt, so wollen wir selbst prüfen, oder aber durch Sachverständige prüfen lassen, ob es unseren Verhältnissen entspricht. Das hier geplante Vorgehen ist also gar nicht als unlogisch zu bezeichnen. Wenn Herr Weichsel diesen Satz aus der Resolution ganz herauslassen will, so ist das aus dem vorhin schon angeführten Grunde nicht möglich; wir müssen eben erst wissen, was wir für unsere Zuzahlung für einen Bahnhof bekommen.

Ferner komme ich auf den Vorwurf zurück, den Herr Kalms in enttäuschter Weise den Referenten gemacht hat, daß sie nämlich nicht so referiert hätten, wie die Kommissionen beschlossen hätten und daß sie ihre eigene persönliche Meinung vorgeschoben hätten. Gerade das Gegenteil von dem, was Herr Kalms behauptet hat, trifft zu. Meine persönliche Meinung habe ich ebenso wenig wie Herr Dr. Wolters vorgeschoben, sondern wir haben uns der Meinung der Kommissionenmehrheit angeschlossen. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß nach meiner persönlichen Auffassung eine befriedigende Antwort des Ministers, auf die hin ein Kopfbahnhof gebaut werden könnte, kaum zu erwarten ist (Zustimmung); jedoch füge ich hinzu, daß ich diese meine persönliche Auffassung zurückgestellt habe mit Rücksicht auf ein autoritatives Gutachten, das uns vorlag und wonach wir einen in jeder Beziehung brauchbaren Kopfbahnhof kriegen könnten und zwar billig kriegen könnten. (Zustimmung.) Dieses autoritative Gutachten ist einmal abgegeben, und es war uns nicht möglich, einfach darüber hinwegzugehen, weil es in der Bürgerschaft bekannt geworden ist und weil gestützt hierauf gesagt werden würde, wie kommt es, daß man über ein so wichtiges Sachverständigen-Gutachten ohne weiteres hinweggeht?

Wenn die heutigen Reden des Herrn Oberbürgermeisters gehalten worden wären, bevor die Herren den Beschluß faßten, daß der Herr Oberbürgermeister



noch einmal nach Berlin gehen möchte, um anzufragen, ob wir nicht einen Kopfbahnhof erhalten könnten, hätte die Sache jedenfalls einen anderen Verlauf genommen. Nachdem wir aber den Schritt einmal getan und eine unbefriedigende Antwort in Berlin erhalten haben, können wir jetzt nicht auf halbem Wege umkehren und sagen, wir wollen zu dem alten Projekte zurückkehren. Jetzt müssen wir wohl oder übel weiter fragen: was für einen Kopfbahnhof können wir kriegen? Deshalb können wir uns dem Antrage des Magistrates und der Herren Jasper und Kiefe nicht anschließen. Bei meiner Stellungnahme habe ich auch auf die in weiten Kreisen der Bürgererschaft verbreitete Meinung, die sich für einen Kopfbahnhof ausspricht, entsprechende Rücksicht nehmen wollen. Es muß für die Bürgererschaft vollständige Klarheit geschaffen werden; andernfalls würde uns mit Recht ein Vorwurf gemacht werden können. Aus diesen Gründen beantrage ich wiederholt, den Antrag der vereinigten Kommissionen anzunehmen.

Herr Meyerhoff: Ich kann einiges nicht unwidersprochen lassen. Herr Kiefe warf technische Fragen in die Verhandlung und meinte, es müßten bei einem Kopfbahnhofs Millionen von Kubikmetern Erde bewegt werden, jedoch will ich darauf nicht näher eingehen. Er griff auch die Resolution an von den 20 Vereinen, die sich in der Sache ein Urteil erlaubt haben. So gut wie aber die Anhänger des Durchgangsbahnhofes eine Meinung äußern, steht das Recht den 20 Vereinen auch zu. Der Herr Oberbürgermeister sagte, das Durchgangsbahnhofsprojekt muß schon deshalb billiger werden, weil wir dabei 500 Morgen Bauland erhalten. Dabei habe ich vermißt, daß wir das Terrain des Ostbahnhofes so wie so noch bekommen, denn gegen die Verlegung des Güterbahnhofes hat sich noch keine Stimme erhoben. Ein großes Terraingeschäft macht der preussische Fiskus auf jeden Fall mit uns, denn wie Herr Esdorn schon erwähnte, kann auch der neue Kopfbahnhof noch etwas hinausgelegt werden, so daß auch in diesem Falle der Stadt wertvolles Terrain überwiesen werden kann. Infolge dessen läßt sich vielleicht auch ein Kopfbahnhofsprojekt günstig gestalten.

Wenn Herr Altmann sagt, wir hätten keine guten Züge nach Hamburg, so ist das richtig, aber die Ursache ist nicht in der Station Lehrte zu suchen, sondern in den ungünstigen Anschlüssen auf dieser Station, die uns auch bei einem Durchgangsbahnhofs erhalten bleiben werden. Sie wollen gern die Bahn nach Celle bauen, aber die direkte Bahnlinie nach Uelzen über Gifhorn kürzt den Weg nach Hamburg auch schon erheblich ab. Wenn Preußen nicht selber einsehe, daß die heutige Ausnutzung dieser Bahnlinie unzuweckmäßig sei, so wären noch keine Vermessungen angestellt worden, um sie zur Vollbahn umzuge-

stalten. Ich habe deshalb auch keine Furcht, daß wir keine guten Bahnverbindung bekommen, gleichviel ob wir einen Kopf- oder einen Durchgangsbahnhof erhalten. Mir kommt eine merkwürdige Geschichte aus Cassel hierbei in Erinnerung. Vor 4 oder 5 Jahren tauchte in Cassel das Projekt auf, einen Durchgangsbahnhof bei Wilhelmshöhe zu bauen. Die Casseler Einwohnerschaft war dabei etwa in der gleichen Lage wie wir, sie wollten nicht so weit laufen und den Berg hinauffklettern und baten, man möchte ihnen den Sackbahnhof lassen. Jetzt, nach 4 bis 5 Jahren reicht der damals ausgebaute Sackbahnhof nicht mehr aus, und nun bildet sich in der dortigen Bevölkerung die Meinung heraus: wäre es nicht richtiger, jetzt einen Durchgangsbahnhof zu bauen? Was haben die preussischen Eisenbahnkommissare dazu gesagt: Seid Ihr verrückt geworden? Ihr habt den schönen Bahnhof nahe bei der Stadt und wollt einen entfernt liegenden Durchgangsbahnhof haben? Herr Ahmann meint ferner, es würde durch Aufschließung des großen Bauerrains wohl der eine oder andere geschädigt werden. Als Antwort möchte ich auf das Beispiel von Frankfurt a. M. hinweisen, wo der Bahnhof nur 800 m hinausgelegt ist und wo es trotzdem über 20 Jahre gedauert hat, um das Terrain zu bebauen. Rechnet man das auf die hiesigen Verhältnisse um, so wird es hundert Jahre dauern, bis wir das Terrain bis zum Kennel bebaut haben werden. In der Annahme des Beschlusses der vereinigten Kommissionen sehe ich keine Gefahr für unsere Stadt; es handelt sich dabei um weiter nichts, als um ein Angebot des Eisenbahnministers, das wir akzeptieren. Sollte nun in Berlin versucht werden, uns bei dieser Gelegenheit zu sehr an die Leine zu nehmen, so lehnen wir einfach einen Zuschuß für jedweden Bahnhof ab.

Herr Sander: Ich bin kein Freund eines Kopfbahnhofes, aber wenn ich von zwei Nebeln zu wählen habe, so wähle ich das kleinere, und als solches fähe ich es an, wenn wir einen Kopfbahnhof bekommen würden. Ich stehe nicht auf dem Standpunkte des Herrn Oberbürgermeisters, daß wir dadurch der Versumpfung anheimfallen, das glaube ich nimmer. Andere Städte haben auch bemiesen, daß sie sich bei einem Kopfbahnhofe sehr gut gestanden und entwickelt haben, weshalb sollte es nun Braunschweig nicht tun? Die Vorteile des Kernbahnhofes und die Nachteile des Kopfbahnhofes sind von den Herren Referenten schon genügend geschildert worden. Ich habe nämlich ebenfalls das Gefühl gehabt, als ob diese beiden Eigenschaften in den Referaten zu sehr in den Vordergrund geschoben wären. Die Nachteile des Kernbahnhofes sind aber ebenfalls von großer Bedeutung. Es kommt dabei nicht nur die Belästigung des einzelnen Reisenden in Betracht, der eine große Strecke bis zum Bahnhofe zurückzulegen hat, denn damit muß man sich abfinden und wird man sich auch

leicht abfinden, sondern ich möchte auf die schwereren Bedenken hinweisen, die bei der Erbauung eines Fernbahnhofes den Grundbesitz treffen und zwar nicht den einzelnen Grundbesitzer, sondern mindestens die Hälfte aller städtischen Grundbesitzer. Wenn man die Stadt in eine nördliche und eine südliche Hälfte teilt, so kann man behaupten, daß die nördliche Hälfte von einem Fernbahnhofe so geschädigt werden würde, daß ihre ganze Existenz dadurch aufs Spiel gesetzt wird. In Frankfurt a. M., wo ein sehr impulsives Leben herrscht, hat es 20 Jahre gedauert, bis der nur halb so große Zwischenraum zwischen dem neuen Bahnhofe und der Stadt durch die Errichtung von Häusern ausgeglichen ist. Wenn wir hier den Bahnhof 1700 m weit hinauslegen, so würde die Bebauung des frei werdenden Terrains mindestens zwei Generationen erfordern, außerdem müßte aber die Bautätigkeit in den anderen Stadtteilen gänzlich ruhen, und das wäre ein Unglück für die anderen Stadtteile. Deshalb bin ich für den Kopfbahnhof.

Wenn man sich die hier in Frage kommenden Zahlen vergegenwärtigt, so muß man sich sagen, die Sache hat einen sehr trüben Hintergrund. Bei der Anlage eines Fernbahnhofes, 1700 m weiter hinaus, werden der Stadt rund 1 200 000 qm Terrain überwiesen werden. Nach Abzug der für die Erschließung dieses Terrains notwendigen Straßenzüge verbleiben rund 900 000 qm reines Bauterrain. Rechnet man für einen Bauplatz durchschnittlich 500 qm, diese Größe ist bei einer Bebauung von vorwiegend Reihenhäusern, die hier hauptsächlich in Frage kommen, als reichlich zu bezeichnen, dann müssen, um das Terrain vollzubauen, rund 1800 Wohnhäuser darauf errichtet werden. Jetzt hat die Stadt laut Brandkassennummern 7650 Häuser, die man aber nicht alle als Wohnhäuser bezeichnen kann. Es würde also eine Vermehrung der Wohnhäuser um beinahe  $\frac{1}{4}$  der jetzigen Anzahl zu erwarten sein. Um nun diese Häuser rentabel zu machen, müssen dieselben erheblich größer gebaut werden, als die Durchschnittsgröße der jetzt vorhandenen, bedingen dann auch selbstverständlich eine stärkere Bevölkerung, man wird mindestens 30—40 Personen durchschnittlich auf jedes Wohnhaus rechnen müssen. Wenn man, wie im Magistratschreiben angeführt, durchschnittlich eine Bevölkerungszunahme von jährlich 1000 Personen rechnet, dann würden mindestens 53—60 Jahre nötig sein, um die volle Bebauung des Terrains herbeizuführen, vorausgesetzt, daß sich die ganze Bautätigkeit ausschließlich auf dieses Terrain beschränken würde. Da solches aber nach meiner Meinung, selbst mit Zwangsmaßregeln nicht durchzuführen sein wird, so würde die volle Bebauung des Terrains noch viele Jahre länger beanspruchen.

Wer darin keine Schädigung des fernliegenden Grundbesitzes erblickt, ist kurzsichtig. (Widerspruch.) Ganz gewiß, Herr Oberbürgermeister! (Weiter-

keit.) Wenn der Herr Oberbürgermeister weiter die Städte Hannover und Magdeburg anführt und bemerkt, die hätten uns überflügelt, leider Gottes, aber nicht deswegen, weil sie bessere Bahnverbindungen haben, sondern aus anderen Gründen. Magdeburg hat bekanntlich einen Wasserweg, der von großer Bedeutung ist und Hannover ist von preussischer Seite so protegirt, wie keine andere Stadt. Dazu kommt der Umstand, daß wir zwischen diesen beiden Städten liegen, wodurch unsere Verkehrsentwicklung sehr gehemmt wird. Wir können dreist einen Durchgangsbahnhof bekommen, ohne daß sich unsere Verkehrsverhältnisse so heben werden, wie in diesen beiden Städten. Mit der Resolution der vereinigten Kommissionen bin ich einverstanden, da ich der Meinung bin, daß wir erst klar sehen müssen und nicht jetzt einfach ein Projekt ablehnen dürfen.

Herr J a s p e r : Herr Weichsel hat den Beweisbeschluß, den der Herr Referent erlassen will, für unnütz erklärt; ich kann mich dem nur anschließen. Was sollen wir wissen, ob unsere Verkehrsinteressen geschädigt werden oder nicht, und von wem? Vom preussischen Eisenbahnminister! Herr Frühling ist anderer Meinung und sagt, es stünde in der Resolution nicht ausdrücklich drin. Ich glaube, wir sind heute schon klar darüber, ob unsere Interessen dabei gewahrt werden oder nicht, um schon heute zur Entscheidung kommen zu können. Darin hat Herr Frühling recht, es wäre angenehmer gewesen, wenn die letzten Monate des Hinzögerns nicht notwendig gewesen wären und wenn der Herr Oberbürgermeister schon damals gesagt hätte, was er heute gesagt hat, aber damals waren ja die Koffer schon gepackt. Im übrigen stimme ich den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters zu, und möchte noch auf die große Gefahr hinweisen, die in einem weiteren Verzuge der Sache liegt und die namentlich für die Industrie dadurch hervorgerufen wird, daß sie nicht weiß, wo sie mit neuen Anlagen hin soll. Eine neue Industrie hat sich hier schon ansiedeln wollen, aber nicht können, andere Industrien haben sich erweitern wollen und aus den gleichen Gründen davon Abstand genommen. Wenn die Unsicherheit in der Entwicklung so weiter geht, so hat die Stadt dauernden Schaden davon. Andererseits ist hier die Bautätigkeit nicht gut gestellt. Herrn Sander sollte es doch als einem Baubeteiligten von Interesse sein, wenn wir ein regeres Bauleben in der Stadt bekämen. Schon durch eine größere Bautätigkeit würde ein Teil der Schäden, die eine Clique von Grundbesitzern befürchtet, ausgeglichen werden. Ich möchte deshalb dringend bitten, heute zu einer endgültigen Entscheidung zu kommen und den Antrag der vereinigten Kommissionen abzulehnen.

Die Kommissionen sagen ja selbst in ihren Ausführungen, eigentlich ist es Unsinn, was wir vorschlagen (Widerspruch); Herr Frühling hat gesagt: es ist

eigentlich überflüssig, aber ich habe eine Autorität gehört und das macht mich bedenklich. Das Maulspitzen hilft aber nicht mehr, es muß gepiffen sein. Die Autorität in Ehren, aber noch gestern sagte Herr Wolters, vielleicht könnte sich die Sache auch anders gestalten. Wir haben nun wahrhaftig genug geprüft — auch der Baurat Gleim wurde uns als Autorität gelobt — und genug getan, um nun endlich zur Entscheidung zu kommen. Ich möchte die Herren, besonders auch Herrn Sander fragen, was soll denn nun werden, wenn das Kopfbahnprojekt da ist und es paßt uns nicht? Dann machen wir wohl neue Projekte und kommen damit nochmals 17 Jahre ohne Bahnhof weiter? Ich bitte, meinem Antrage zuzustimmen.

Herr Sander: Ich möchte Herrn Dr. Jasper sofort erwidern. Er sagt: für mich als Baumann müßte es ein großes Interesse haben, wenn Leben in die Bautätigkeit kommt. An Bauterrain hat es uns noch nicht gefehlt und fehlt es uns auch jetzt noch nicht: werfen Sie einen Blick auf den Stadtbauplan und Sie werden sehen, daß Braunschweig selbst innerhalb des Ringes noch so bedeutende Baukomplexe liegen hat, wie keine andere Stadt. Das ist der Fluch unserer großen Ausdehnung, wir sind bekanntlich jetzt schon bezüglich der Ausdehnung die sechste deutsche Stadt und werden, wenn dieses Bauterrain noch aufgeschlossen werden würde, vielleicht die größte Stadt in Deutschland. Das ist es, was ich befürchte. Die Baulosigkeit in unserer Stadt beruht also nicht darauf, daß wir kein aufgeschlossenes Terrain haben, sondern auf anderen Gründen. Sodann meinte Herr Jasper, was denn werden soll, wenn das Kopfbahnprojekt hier abgelehnt würde. Dann bleibt uns immer noch — und dann hilft alles Maulspitzen nichts — das andere Projekt, das wir wohl oder übel annehmen müssen. Jedenfalls ist es richtig, es zu machen, wie andere Städte, die sich gewehrt haben, so lange sie konnten. Leipzig hat sich 15 Jahre gewehrt und hat schließlich seinen Willen gekriegt. Das Verkehrsinteresse leidet immer darunter, wenn der Bahnhof zu weit hinausgelegt wird. Wenn wir einfach ja sagen wollen und tanzen, wenn gepiffen wird, so wäre es schlimm genug um uns bestellt.

Herr Fröhling: Herrn Dr. Jasper gegenüber will ich nur noch konstatieren, daß er dasjenige, was Herr Dr. Wolters und ich gesagt haben, entweder nicht verstanden oder in einer Weise dargestellt hat, daß es dadurch direkt einen anderen Sinn erhält und daß dasjenige, was er aus unseren Gründen herausgeschält hat, nicht zutreffend ist.

Vorsitzender: Die Besprechung ist geschlossen. Es scheint mir die Meinung der Versammlung zu sein, daß die vier Zwischenprojekte ausfallen und weitere Versuche, ein näher heranzurückendes Durchgangsprojekt zu schaffen, unterbleiben möchten. (Zustimmung.) Damit würde auch die

Lübbesche Idee fallen. Sodann bleibt nur noch übrig die Annahme des Magistratsantrages, resp. der Antrag der vereinigten Kommissionen vorweg und darauf der Antrag Jasper-Niefe.

Herr Oberbürgermeister K e t t e m e y e r (zur Geschäftsordnung): Ueber den Magistratsantrag als solchen kann meines Erachtens heute noch nicht abgestimmt werden, weil Sie sich mit unserem Antrage noch nicht recht befaßt haben. Wir legen Wert darauf, daß die Herren unsere Vorlage auch in finanzieller Beziehung gründlich prüfen, um festzustellen, ob die Sache für die Stadt zu ertragen ist oder nicht, und das ist noch nicht geschehen.

V o r s i t z e n d e r: So habe ich das nicht gemeint. Die Annahme des Antrages Jasper-Niefe erachtete ich als Zustimmung zur Magistratsvorlage, während der Kommissionsantrag als Mittel dazwischen steht. Die Herren, welche für den Kopfbahnhof sind, müssen heute für den Kommissionsantrag stimmen, sonst bekommen wir bei drei Parteien keine Majorität.

Herr B ä h r (zur Geschäftsordnung): Ich schlage vor, abstimmen zu lassen zunächst über den Fortfall der Zwischenprojekte, sodann über den Antrag Jasper als den weitestgehenden und endlich über den Antrag der Kommissionen.

V o r s i t z e n d e r: Es ist bisher Sitte gewesen, über den Kommissionsantrag zuerst abzustimmen.

Herr W e i c h s e l (zur Geschäftsordnung): Diese Sitte muß ich bestreiten. Ueber den weitestgehenden Antrag muß zuerst abgestimmt werden.

Herr M e h e r h o f f (zur Geschäftsordnung): Ich wollte auch bemerken, daß über den Kommissionsantrag stets zuerst abgestimmt worden ist, jedoch verstehe ich mich nicht darauf.

V o r s i t z e n d e r: Ich wollte nur verhindern, daß sich drei Majoritäten bilden. Nach dem Statut bestimmt der Vorsitzende über die Art der Abstimmung, jedoch will ich mich gern der Mehrheit der Versammlung fügen. Wer ist für die Ansicht des Herrn Weichsel? — Das ist die Mehrheit.

Herr E s d o r n: Ich beantrage namentliche Abstimmung.

V o r s i t z e n d e r: Wollen Sie diesen, die Abstimmung erschwerenden Antrag aufrecht erhalten?

Herr E s d o r n: Ich ziehe den Antrag zurück. —

In der nun folgenden A b s t i m m u n g beschließt die Versammlung zunächst, daß von den vorliegenden vier Zwischenprojekten und von etwaigen weiteren, die Näherlegung eines Durchgangsbahnhofs bezweckenden Projekten Abstand genommen werden soll. Sodann wird der neue Teil des Antrages J a s p e r - N i e f e, betreffend die Genehmigung des preußischen Durchgangsbahnhofsprojektes mit 22 : 11 Stimmen abgelehnt und der Antrag der

vereinigten Kommissionen mit derselben Stimmenzahl angenommen.

Hiernach wird der Herr Vorsitzende dem Magistrate eine Mitteilung etwa folgenden Inhalts zugehen lassen: Die Versammlung erkennt an, daß, nachdem alle Projekte, einen Durchgangsbahnhof näher an die Stadt zu legen, entweder aus technischen oder aus finanziellen Gründen ausgeschieden sind, es sich nur noch handeln kann um einen Durchgangsbahnhof etwa 1800 Meter südlich des jetzigen Staatsbahnhofes oder um einen Kopfbahnhof in nächster Nähe des jetzigen Staatsbahnhofes; sodann wird der Wortlaut der Resolution folgen.

## II. Aufgabe der projektierten Kanalisation des Wendemühlengrabens.

Auf Veranlassung des Allgemeinen Konsumvereins hat die Stadt mit ihm am 26. Oktober 1904 einen Vertrag dahin abgeschlossen, daß die zwischen Rosenhagen und der Südgrenze des an der inzwischen aufgehobenen Straße Othilienteil gelegenen Grundstücks Nr. ass. 50 I befindliche Strecke des Wendemühlengrabens auf Kosten des Vereins durch die Stadt kanalisiert und dem Verein das durch die Kanalisation gewonnene Terrain einstweilen überwiesen werde.

Die meisten Anlieger der zu kanalisierenden Grabenstrecke waren mit diesem Vertrage insofern nicht einverstanden, als sie das gewonnene Terrain zur Straße ausgebaut oder ihren Grundstücken zugelegt haben wollten. Diese Stellungnahme der Interessenten hat dahin geführt, daß in dem wassergesetzlichen Verfahren die erdenklichsten Einreden gemacht und Forderungen gestellt wurden, deren notwendige Behandlung zur Folge hatte, daß das Verfahren sich über Jahr und Tag hinzog und der vorläufig abschließende Bescheid der Herzoglichen Polizeidirektion erst unterm 6. Dezember 1906 ergehen konnte. Gegen diesen Bescheid wurde vom Magistrate am 19. Dezember Beschwerde beim Herzogl. Staatsministerium verfolgt, und von dem Anlieger Schlossermeister Niedmann, wurde auf Grund desselben Klage beim ordentlichen Gerichte gegen die Stadt auf Anerkennung ihm angeblich zustehender Rechte an dem Okergrabengebiete erhoben. Durch am 5. November 1907 zugestelltes Reskript des Herzoglichen Staatsministeriums vom 24. Oktober 1907 hat diese Beschwerde dahin Erledigung gefunden, daß die Auffassung Herzoglicher Polizeidirektion bezüglich eines Punktes als fehlsam, bezüglich eines weiteren Punktes aber als zutreffend bezeichnet wurde. Die hierdurch geschaffene Lage war für die Stadt durchaus ungünstig, weil das durch die Kanalisation gewonnene Terrain demnächst zur Anlage einer Ortsstraße benutzt werden sollte. Es tritt

deshalb der berechnete Wunsch zutage, das Kanalisationsprojekt nicht zur Ausführung zu bringen und mit der Kanalisation bis dahin zu warten, daß entweder die ältere, nach der Meinung des Magistrates richtige Gesetzesauslegung wieder platgreift, oder daß das Gesetz geändert wird. Diesem Wunsche ist der Allgemeine Konsumverein dadurch entgegengekommen, daß er, veranlaßt durch die Verzögerung des Verfahrens, dem Magistrat mitgeteilt hat, er wolle von dem Rechte, von dem Vertrage zurückzutreten, Gebrauch machen, weshalb er um Rückgabe der hinterlegten Sicherheit bitte. Der Magistrat erachtet daraufhin, sich mit der Nichterfüllung des Vertrages vom 26. Oktober 1904 und der Rückgabe der gestellten Sicherheit einverstanden zu erklären,

was auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr F r ü h l i n g berichtet, geschieht.

### III. Verrechnung von Grunderwerbskosten.

Bei dem stadtseitigen Erwerbe von Grundstücken ist schon früher von den städtischen Behörden für zulässig erachtet, behufs Berichtigung der Kaufpreise insoweit Teile des Kapitalstammvermögens der Kämmereikasse zu verwenden, als der Ertrag der Grundstücke dem Zinsertrage der zu verwendenden Kapitale wenigstens annähernd gleichkam. Wenn in den letzten Jahren regelmäßig anders verfahren, d. h. der Kaufpreis aus dem Extraordinarium der Kämmereikasse bestritten ist, so geschah dies deshalb, weil bisher die zugunsten des Extraordinariums angeliehenen Kapitalien mit  $3\frac{1}{2}\%$  verzinst wurden, während die zum Stammvermögen der Kämmereikasse gehörigen Hypotheken durchweg 4 % Zinsen einbringen.

Nach Erhöhung des Zinsfußes der erstgedachten sogenannten kleineren Anleihen erscheint es zwecklos, noch weiter wie bisher zu verfahren, der Magistrat hält daher für zweckmäßig, zur Berichtigung von Kaufpreisen für angekaufte Grundstücke unter der Voraussetzung, daß diese einen dauernden Ertrag liefern, einen Teil des Kapitalstammvermögens der Kämmereikasse zu verwenden. Zu dem Zwecke einen Teil der vorhandenen Wertpapiere zu veräußern, dürfte bei dem derzeitigen Kursstande nicht ratsam sein, und auch von der Kündigung ausstehender Hypothekkapitale möchte der Magistrat, so lange die Zinsen pünktlich entrichtet werden, Abstand nehmen. Ueberhaupt hält er nicht für erforderlich, die in Rede stehende Maßnahme sofort in vollem Umfange durchzuführen, vielmehr für zulässig und zweckmäßig, nur die gelegentlich frei werdenden Kapitale (z. B. zurückgezahlte Hypothekkapitale) und die bestimmungsgemäß dem Kapitalstammvermögen zuzuführenden Kapitalien (Kaufpreise für verkaufte, zum Stammvermögen gehörige Grundstücke; Ab-



träge; Erlös für gelöste Schuldverschreibungen) in gedachter Weise zu verwenden, d. h. also entweder dem Extraordinarium, soweit diesem die Kaufpreise zur Last gelegt sind, als erstattete Vorstüsse (Kap. IV der außerordentlichen Einnahme) wieder zuzuführen, oder, soweit die betreffenden Summen nur vorstuchweise außerhalb des Voranschages gebucht sind, diesen Vorstuch zu löschen und zwar in dem einen wie in dem andern Falle unter gleichzeitiger Abrechnung des betr. Kapitals von dem Kapitalstammvermögen der Kammereikasse.

Die Kaufgelder, bezüglich deren — im vollen Umfange oder in Ansehung eines Teiles — in der vorstehend gedachten Weise zu verfahren sein würde, sind diejenigen für

1. das Gewandhaus wegen der von der Handelskammer zu zahlenden Vergütung (1500 Mark p. a.);
2. das Grundstück der Hilsschule (Breitestraße 19) wegen der von ihm aufkommenden Mieten;
3. die ehemals von Boffe'sche Besizung am Dowesee (wegen der Miet- und Pachteinahmen);
4. das ehemalige Kantorenhaus an der Katharinenkirche, wegen der aufkommenden Mieten;
5. die zur Erweiterung der Rieselfelder angekauften Ackerflächen wegen der Mehreinnahme an Pachtgeld;
6. das vormals Weber'sche Grundstück am Mittelwege wegen der aufkommenden Mietgelder.

Selbstverständlich wird die Verwendung von Stammkapitalien zu Zwecken der in Rede stehenden Art nur dann erfolgen können, wenn von den städtischen Behörden mit Rücksicht auf die entsprechend gearteten Verhältnisse des *Einzelfalles* ein bezüglicher und näher zu begründender Beschluß gefaßt und vom Herzoglichen Staatsministerium genehmigt wird. Dabei wird dann auch auf den Umstand Rücksicht zu nehmen sein, daß von den durch Vermietung und Verpachtung zu erzielenden Erträgen der angekauften Grundstücke regelmäßig die Unterhaltungskosten, Steuern und dergl. vorweg in Abzug zu bringen sind.

Für jetzt beschränkt sich der Magistrat darauf, die fr. Maßnahme in Ansehung des für das Gewandhaus aufzuwendenden Kaufpreises zu empfehlen. Daß von dem für dieses Grundstück aufzuwendenden Betrage von 75 000 Mark die Summe von 32 000 Mark dem Schulhausbaufonds zur Last gelegt werde, hat die Versammlung bereits am 25. April 1907 genehmigt; es würde sich somit nur noch um die endgültige Verrechnung von 43 000 Mark handeln, die durch die Handelskammerrente von 1500 Mark mit annähernd  $3\frac{1}{2}$  % p. a. verzinst werden. Verschiedene zum Stammvermögen der Kammereikasse gehörige

Wertpapiere werden nun zwar auch jetzt noch mit weniger als 4 % verzinst, und es würde daher grundsätzlich nicht unzulässig sein, den vollen Betrag von 43 000 Mark aus dem Kapitalstammvermögen zu entnehmen, zumal Unterhaltungskosten stadtseitig nicht aufzuwenden sind. Um indessen der Vorschrift im § 154 der Städteordnung, die eine möglichst vorteilhafte Benutzung des Stadtvermögens fordert, in vollem Maße nachzukommen, hat sich der Magistrat entschlossen, nur den einer Verzinsung mit 4 % entsprechenden Teil des

Restkapitals, d. h. also  $\frac{1500 \cdot 100}{4} = 37\,500$  Mark vom Kapitalstammvermögen zu entnehmen und dazu anteilmäßig diejenigen 39 986,79 Mark zu verwenden, welche einer Anzeige des Räumers zufolge am 31. März d. J. vorrätig sein werden und, wenn nicht ihre Verwendung in der eben gedachten Weise erfolgt, ausgeliehen werden müßten.

Der Versammlung wird anheimgegeben, dieser Maßnahme zuzustimmen, was geschieht, nachdem der Herr Vorsitzende die Vorlage namens der Finanzkommission zur Annahme empfohlen hatte.

#### IV. Änderung in der Rechnungsführung der Armenkasse.

Die Zahl der dem Rechnungsführer der Armenkasse übertragenen Rechnungsführungen ist so gestiegen, daß seine Entlastung erwünscht erscheinen muß. Diese vorzunehmen liegt aber auch insofern hinreichender Anlaß vor, als zurzeit verschiedene Einnahmen in die Armenkasse fließen, die aus Rücksicht auf die Einheitlichkeit und Vereinfachung der Verwaltung zweckmäßig bei der Kammereikasse vereinnahmt werden würden. Dahin werden gerechnet die in Kap. II der Einnahmen der Armenkasse unter a bis h aufgeführten Renten, die Zinsen der in Kap. II unter a und b A. aufgeführten Kapitalien der Armenkasse und des Pflegehauses, sowie die in Kap. IV unter 1 bis 4 aufgeführten Abgaben.

Was die rechtliche Zulässigkeit dieses Verfahrens betrifft, so wird darauf hingewiesen, daß zwar nach § 197 der Städteordnung in die Armenkasse alle ständigen und zufälligen Einnahmen fließen sollen, welche sie bezogen hat, daß aber die gedachte Kasse als selbstständiges Rechtssubjekt nicht wohl erachtet werden kann. Träger der Armenlast ist der Ortsarmenverband, und diesen bildet die politische Gemeinde, die der Armenkasse oder richtiger der Armendirektion die bedarfsmäßigen Mittel zur Verfügung zu stellen hat. Es ist daher völlig gleichgültig, ob die betreffenden Renten, Zinsen usw. bei der Armenkasse oder bei der Kammereikasse vereinnahmt werden.

In diese auch die auf Grund von Reichs- oder landesgesetzlichen Vorschriften wieder eingezogenen Unterstütungen fließen zu lassen, empfiehlt sich dagegen ebenso wenig, wie die Zahlung derartiger Unterstütungen unmittelbar

aus der Kämmererkasse, weil das hierbei bislang beobachtete Einnahme- und Ausgabeverfahren mit dem Geschäftsbetriebe der Stadthauptkasse kaum vereinbar sein würde. Ebenso dürfte in Ansehung der übrigen Einnahme- und Ausgabeposten die jetzige Einrichtung beizubehalten sein. Damit würde dann erreicht, daß diejenigen Einnahmen, welche jetzt lediglich zur Entlastung der Kämmererkasse dienen und als Eigentum der Gemeinde Braunschweig anzusehen sind, in die zur Deckung des Fehlbetrages der Armenkasse verpflichtete Kämmererkasse fließen, während die zu besonderen Unterstützungszwecken bestimmten Erträgnisse aus dem Weberschen Vermächtnisse, aus den Herzoglichen Geldern und aus dem Bornholzischen Vermächtnisse schon um deswillen nach wie vor in die Armenkasse zu fließen haben werden, weil eine Verschmelzung dieser Kapitalien mit dem städtischen Vermögen nicht zulässig erscheint.

Der Magistrat würde die empfohlene Aenderung, in der Erwartung, daß die Aufsichtsbehörde sie nicht beanstanden wird, bei Aufstellung des Voranschlages für 1909/10 vornehmen. Dem Antrage des Magistrates, der Aenderung zuzustimmen,

entspricht die Versammlung auf Empfehlung der Finanzkommission, für die der Herr B o r j i k e n d e berichtet.

## V. Erwerb von Flächen am Bohlwege.

Aus Anlaß eines vom Profuristen Laup auf den Grundstücken, Bohlweg Nr. 6 und 7, geplanten Neubaus haben die städtischen Behörden eine neue Baulinie für den betreffenden Teil des Bohlweges beschlossen, die im wesentlichen mit den Grundstücksgrenzen zusammenfällt und bereits obrigkeitlich genehmigt worden ist. Nach dieser Baulinie hat Herr Laup von seinen vor genannten Grundstücken 0,1 qm zur Straße abzutreten, was unentgeltlich geschehen soll.

Die Versammlung wird ersucht, sich mit dem unentgeltlichen stadtseitigen Erwerbe der beiden Flächen einverstanden zu erklären,

was auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr F r i e d e berichtet, geschieht.

Die Versammlung wird hierauf geschlossen.

Dauer von 4½ bis 7¾ Uhr.

1907/1908.Nr. 14.

# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 12. März 1908.

### Tagesordnung:

|        |                                                                                 |           |
|--------|---------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| I.     | Einrichtung eines Girokontos bei der Reichsbank . . . . .                       | Seite 504 |
| II.    | Ausbau eines Teiles der Waterloostraße . . . . .                                | " 510     |
| III.   | Anlegung eines Fußweges auf der Waterloostraße . . . . .                        | " 511     |
| IV.    | Plattenbelag auf einem Teile der Gießmaroderstraße . . . . .                    | " 511     |
| V.     | Schulordnung für die städtische Realschule . . . . .                            | " 512     |
| VI.    | Erweiterung der Beleuchtungsanlage in der Realschule . . . . .                  | " 514     |
| VII.   | Zuschuß zu den Kosten für Erweiterung der katholischen Schule . . . . .         | " 515     |
| VIII.  | Antrag Bunge: Pflasterarbeiten auf der Kreuzstraße . . . . .                    | " 515     |
| IX.    | Jahresbericht des Verkehrsvereins von 1907 . . . . .                            | " 516     |
| X.     | Erwerb einer Fläche zur Waterloostraße . . . . .                                | " 516     |
| XI.    | Erweiterung des Bahnkörpers an der Helmstedterstraße . . . . .                  | " 517     |
| XII.   | Schmuckanlagen an der Martinikirche . . . . .                                   | " 521     |
| XIII.  | Statut über den Betrieb von Kinematographen-Theatern . . . . .                  | " 522     |
| XIV.   | Ausführung von Bauarbeiten im Stadtpark-Restaurant . . . . .                    | " 540     |
| XV.    | Antrag Bunge: Verbindungsstraße zwischen Kreuz- u. Hildesheimerstraße . . . . . | " 542     |
| XVI.   | Antrag Kalm: Instandsetzung der Wege am Theaterwall usw. . . . .                | " 542     |
| XVII.  | Antrag Sander: Belegung eines Fußweges der Spinnerstraße mit Platten . . . . .  | " 543     |
| XVIII. | Antrag Kalm: Anbringung von Feuermeldern an den Schulen der Stadt . . . . .     | " 543     |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Reitemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte von Frankenberg und Wagner.

Entschuldigt die Herren Frühling, Böcke, Koenigen, Lübke und Schmidt; später erscheinen die Herren Esdorn und Jasper.

Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt, eröffnet und leitet die Versammlung.

### **I. Einrichtung eines Girokontos bei der Reichsbank.**

Die Handelskammer hat gebeten, es möge die Stadt fortan bei der hiesigen Reichsbankstelle ein Girokonto unterhalten, damit Zahlungen, die bislang ausschließlich bei der Stadthauptkasse zu geschehen haben, auch bei der Reichsbankstelle geleistet und Zahlungen, die die Stadt zu bewirken hat, mittels Anweisungen auf das bei der Reichsbankstelle einzurichtende Girokonto mittels Schecks erfolgen können.

Ähnliche Einrichtungen sind in anderen Städten mit gutem Erfolge getroffen, und da die Möglichkeit, der Stadt geschuldete Geldbeträge mit Rechtswirkung auch bei der Reichsbankstelle zur Einzahlung zu bringen, ohne Frage von manchen Einwohnern als Annehmlichkeit empfunden werden wird, so hat der Magistrat sich ungeachtet der seitens der Kassenverwaltung geltend gemachten Bedenken entschlossen, die betreffende Einrichtung auch für die hiesige Stadt zu treffen. Auch der zweiten von der Handelskammer empfohlenen Maßnahme, nämlich der stadtseitigen Leistung von Zahlungen zu Lasten ihres bei der Reichsbankstelle zu unterhaltenden Kontos mittels Anweisungen (Schecks) stehen nach der Ansicht des Magistrats sachliche Bedenken nicht entgegen, obwohl kaum anzunehmen ist, daß die Gläubiger der Stadt von dieser Einrichtung vor allgemeiner Einbürgerung des Scheckverkehrs in nennenswerten Umfange Gebrauch machen werden. Es wird ohne weiteres anerkannt, daß das Bestreben, den Umlauf des baren Geldes und insbesondere die lästigen und riskanten Geldtransporte tunlichst einzuschränken und die Begleichung der Schulden soweit tunlich mittels Anweisungen zu bewirken, durchaus gerechtfertigt, und es Aufgabe der Stadt ist, auch ihrerseits die Erreichung dieses Zieles zu fördern.

Darauf einzeln bemerkt der Magistrat folgendes:

I. Die Einzahlungen bei der Reichsbankstelle zu Gunsten der Stadt werden der Hauptsache nach in Steuerzahlungen bestehen, und zwar werden diese, da die Reichsbankstelle die Annahme von Barzahlungen zwecks Berichtigung von Steuern abgelehnt hat, seitens der Zah-

lungspflichtigen mittels Anweisungen, die entweder auf die Reichsbankstelle selbst oder auf irgend eine andere Bankstelle lauten können, bewirkt werden müssen. Der Uebergang des einzelnen Betrages in das Vermögen der Stadt wird als bewirkt anzusehen sein, sobald die Summe dem Konto der Stadt aufgeschrieben ist, und es wird, soviel das Verfahren bei den Kassenrevisionen betrifft, der durch das täglich vorzulegende Gegenkontobuch nachgewiesene Bestand als Teil des Kassenbestandes der Stadthauptkasse zu gelten haben, soweit nicht etwa inzwischen, d. h. n a c h Aufstellung der bei den Kassenrevisionen vorzulegenden Abschlüsse durch stadtseitig ausgefertigte Anweisungen über das Guthaben der Stadt verfügt ist. Unerläßliche Vorbedingung für die auf die vorsehend gedachte Weise an die Stadt zu leistenden Zahlungen ist die gleichzeitig mit der Einzahlung durch den Zahlungspflichtigen zu bewirkende Benachrichtigung der Stadthauptkasse, damit dieser die vorschriftsmäßige Buchung nach Eingang des Gegenkontobuches ermöglicht wird; und insbesondere wird es sich nicht umgehen lassen, daß bei der Berichtigung der Steuern, zumal wenn diese von größeren Unternehmungen auch für die von ihnen beschäftigten Personen bewirkt wird, der Stadthauptkasse durch Ausfüllung und Einsendung eines von uns vorzuschreibenden Formulars ein genauer Nachweis darüber geliefert wird, für welche Personen und für welche Zeitabschnitte die nach den einzelnen Steuerarten gesondert anzugebenden Einzelbeträge gezahlt werden sollen.

Es wird bei diesem Verfahren kaum erforderlich sein, dem Zahlungspflichtigen besondere Steuerquittungen zu erteilen, da der Nachweis der erfolgten Einzahlungen jederzeit erbracht werden kann und die vorgedachten ausgefüllten Formulare selbstverständlich während einer angemessenen Zeitdauer aufbewahrt werden müssen. Verlangt aber der Steuerzahler Ausstellung einer Empfangsbescheinigung auf den Steuerscheinen, so wird er diese nebst dem vorgedachten ausgefüllten Formulare und unter Anschluß eines Freikuberts an die Stadthauptkasse einzureichen haben.

Wir glauben, daß durch diese Art der Steuerberichtigung die Geschäftslast der Kasse erleichtert und insbesondere der zeitweilige starke Andrang des Publikums eingeschränkt werden kann.

Was die rechtliche Zulässigkeit des fraglichen Verfahrens betrifft, so schreibt zwar der § 139 der Städteordnung vor, daß die Einnahmen der Stadtkasse der Rämmerer erheben soll; aber zwingend in dem Sinne, daß keine andere Person zur Erhebung befugt wäre, ist diese Vorschrift nicht. Das Interesse der Stadt ist gewahrt, wenn sie Eigentümerin der ihr geschuldeten Geldbeträge wird.

Verfügbare Bestände der Stadthauptkasse sollen nach § 22 der Geschäftsanweisung für die Stadthauptkasse vom 5. Oktober 1893 beim Herzoglichen Leihhause „hinterlegt“ werden. Seit Einführung des Depositenverkehrs ist indessen

in der Weise verfahren, daß die fraglichen Gelder einstweilen bei der Leihhauskasse auf Depositenbücher „belegt“ sind, obwohl weder das Bürgerliche Gesetzbuch noch das Braunschweigische Ausführungsgezet vom 12. Juni 1899 diese Art der zeitweiligen Anlegung vorsieht, und obwohl die Depositenbücher auf den Inhaber lauten, mithin die Anlegung mit § 104 des Ausführungsgesetzes nicht vereinbar ist, der vorschreibt, die Anlegung habe mit der Bestimmung zu erfolgen, daß zur Erhebung des Geldes die Genehmigung der Aufsichtsbehörde erforderlich sein solle, was sich bei den auf den Inhaber lautenden Depositenbüchern nicht durchführen läßt.

Der umfangreiche Geldverkehr und der schnell wechselnde Geldbedarf unserer Stadthauptkasse läßt eben, sofern nicht zeitweilig erhebliche Bestände nutzlos im Tresor liegen sollen, die genaue Befolgung der vorstehenden Gesetzesvorschrift nicht zu, und bei Lage der Umstände dürfte auch kein Bedenken entgegenstehen, die Anlegung von Geld auf ein Leihhaus-Depositenbuch für mindestens ebenso sicher zu halten, wie seine Aufbewahrung im Gewölbe des Rathauses.

Die gleiche Sicherheit bietet nun aber auch die Anlegung bei der Reichsbankstelle, und die Gründe, welche dazu geführt haben, die Anlegung beim Leihhause vorbehaltlos (ohne Befolgung der Vorschrift im § 104 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche) vorzunehmen, zwingen zu einem gleichen Verfahren bei der Anlegung von Geld bei der Reichsbank. Die geplante, auf eine Erleichterung des Geldverkehrs abzielende, neue Einrichtung würde wertlos sein, wenn die Stadthauptkasse zu jeder Abhebung eines Teilbetrages des Guthabens der Stadt zunächst unsere Genehmigung würde einholen müssen.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen der Anlage beim Leihhause und derjenigen bei der Reichsbank besteht insofern, als das Leihhaus die ihm übergebenen Beträge verzinst, die Reichsbankstelle aber die Verzinsung nicht zugesteht, und wir beabsichtigen daher, auch ferner diese Verzinsung dadurch zu erzielen, daß wir, sobald größere Beträge für die Stadt bei der Reichsbankstelle eingezahlt sind, diese — soweit zulässig — der Leihhausanstalt in regelmäßiger Folge überweisen lassen.

Eine bestimmte Erklärung darüber, welche Mindestsumme die Stadt dauernd bei der Reichsbankstelle würde stehen lassen müssen, hat diese ungeachtet unserer Anfrage nicht abgegeben; der Umfang des Umsatzes soll entscheidend sein. In Leipzig ist, wie wir aus den dortigen Verhandlungen ersehen haben, die Mindestsumme für die Stadt auf 5000 Mark bemessen, so daß sich der jährliche Zinsverlust, d. h. also die stadtseitige Ausgabe für Unterhaltung des Kontos auf etwa 200 Mark im Jahre beläuft. Wir nehmen an, daß eine höhere Mindestsumme auch hier nicht gefordert werden wird, zumal sich

finanzielle Vorteile für die Stadt aus der geplanten Einrichtung nicht ergeben werden.

II. Zahlungen seitens der Reichsbankstelle zu Lasten des bei dieser durch die Stadt zu unterhaltenden Kontos erfolgen auf Anweisungen und zwar, wenn sie die Auszahlung von Barbeträgen bezwecken, in Form weißer Schecks und, wenn die Ueberweisung einer bestimmten Summe von einem Konto auf ein anderes bewirkt werden soll, mittels roten Schecks. Beide Arten von Schecks aber sind Urkunden, mittels deren über städtisches Vermögen verfügt wird, und sie müssen daher, wenn sie für die Stadt verbindlich sein sollen, nach § 107 der Städteordnung, vom Stadtmagistrate ausgestellt und entweder vom Vorsitzenden desselben oder seinem Stellvertreter vollzogen sein. Vertreter des Vorsitzenden — im Falle seiner Behinderung — ist nach § 110 der Städteordnung ein von ihm zu bestimmendes Mitglied des Stadtmagistrats.

Schon oben ist ausgeführt, daß der ganze Scheckverkehr für die Stadt wertlos sein würde, wenn jeder Scheck durch eines unserer Mitglieder vollzogen werden müßte. Die einzelnen Rechnungen werden zwar, soweit nicht für die uns unterstellten Betriebsverwaltungen in bezug auf den inneren Kassenbetrieb abweichende Bestimmungen getroffen sind, vom Stadtmagistrate angewiesen; müßten nun aber nach Abgabe der mit Zahlungsanweisung versehenen einzelnen Rechnungen an die Hauptzahlstelle auch noch die einzelnen Schecks von uns vollzogen werden, deren Ausstellung der eine oder andere Gläubiger an der zuständigen Kasse behuf Berichtigung seines Guthabens verlangt, so würde dadurch unseren Mitgliedern eine allzu große Geschäftslast erwachsen und zwar umsomehr, als vor Vollziehung des einzelnen Schecks die betreffende Rechnung zur Kontrolle nochmals vorgelegt werden müßte. Es ist kaum anzunehmen, daß ein persönlich erschienener Gläubiger der Stadt, der für sein Guthaben an der Kasse bares Geld in jeder Münzsorte erhalten kann, der Barzahlung die Erlangung eines Schecks vorziehen würde, der auf die vorstehend gedachte recht umständliche Weise ausgestellt werden müßte.

Andere Städte haben daher die Einrichtung getroffen, daß die Schecks von zwei, der betreffenden Bank namhaft gemachten Kassenbeamten vollzogen werden. Gegenüber der oben erwähnten Vorschrift im § 107 der Städteordnung würde diese Einrichtung hier kaum zulässig, jedenfalls aber die volle Rechtsverbindlichkeit der auszustellenden Urkunde nicht zu erzielen sein. Die abweichende Ansicht der hiesigen Reichsbankstelle, welche rote Schecks als einfache Ueberweisungsaufträge, nicht für Urkunden im Sinne des § 107 der Städteordnung hält, vermögen wir als zutreffend nicht zu erachten, haben aber



unsererseits durchaus nichts dagegen einzutenden, wenn die Reichsbank sich mit der Unterschrift von zwei Kassenbeamten begnügt.

Für die Stadt ist danach nur noch die Frage von Bedeutung, ob bei dieser Art des Geldverkehrs die städtischen Interessen nicht gefährdet werden können, insbesondere, ob die unerläßliche Kassenkontrolle dadurch nicht beeinträchtigt wird.

Die Anlegung von Geld beim Leihhause auf Depositenkonto erschwert diese Kontrolle nicht; ein bei der Kassenrevision vorgelegtes, über 100 000 Mark lautendes Depositenbuch ist einem Barbestande von 100 000 Mark gleich zu erachten. Mit dem bei der Reichsbank zu unterhaltenden Girokonto verhält es sich anders, wenn stadtseitig über dieses Konto mittels Schecks verfügt werden kann. Denn das bei der Kassenrevision vorgelegte Gegenkontobuch läßt nicht erkennen, ob der durch letzteres nachgewiesene Bestand im Augenblicke der Revision noch im vollen Umfange vorhanden ist, da inzwischen weitere Anweisungen begeben sein können.

Wir halten hiernach für zweckmäßig, uns einstweilen lediglich auf die Ausstellung *roter* Schecks zu beschränken, so daß über unser Guthaben nur in der Weise verfügt werden kann, daß bestimmte Summen vom Konto der Stadt auf die Konten dritter Personen und daneben zugunsten der Stadt an das Herzogliche Leihhaus auf das bei dieser nach wie vor zu unterhaltende Depositenkonto *überwie sen* werden können, mithin bare Auszahlungen bei der Reichsbankstelle überall nicht stattfinden. Diese Einschränkung des städtischen Scheckverkehrs ist nicht die Folge eines etwaigen Mißtrauens gegenüber unseren Kassenbeamten; aber für Erfüllung der uns durch das Gesetz auferlegten Pflichten sind wir verantwortlich; daß die gesetzlichen Vorschriften einstweilen noch die Einführung des vollen Scheckverkehrs, wie er sich im Geschäftsleben bereits ausgebildet hat, erschweren, vermögen wir nicht zu ändern, und wir bezweifeln auch, daß Herzogliches Staatsministerium geneigt bezw. in der Lage sein würde, allgemein von der Erfüllung der zurzeit geltenden Vorschriften zu dispensieren.

Daß auch bei Verwendung lediglich roter Schecks Schädigungen der Stadt durch Fälschungen möglich sind, läßt sich nicht bestreiten; aber es würde dazu erforderlich sein, daß zwei Kassenbeamte im Verein mit einer dritten Person, die bei der Reichsbankstelle ein Girokonto unterhält, betrügerisch vorgehen und diese Gefahr dürfte so leicht nicht gegeben sein. Schädigungen mittels *weißer*, in Verlust geratener Schecks sind dagegen leichter möglich und wir glauben daher auf ihre Benutzung wenigstens vorläufig umsomehr verzichten zu können, als ihre Ausstellung für den eigenen Bedarf nicht erforderlich ist und dritte Personen schwerlich ein Interesse daran haben werden, daß ihnen statt

baren Geldes derartige Anweisungen behändigt werden, die sie bei der Reichsbankstelle behuf Abhebung des angewiesenen Betrages vorlegen müßten.

Der Versammlung wird anheimgegeben,

zuzustimmen, daß die Stadt fortan bei der hiesigen Reichsbankstelle ein Girokonto unterhält und daß der sich aus dieser Einrichtung ergebende Geld- und Scheckverkehr nach Maßgabe der vorstehenden Darlegungen geregelt wird.

Namens der Finanzkommission berichtet über die Vorlage Herr *Wolters*: Die Vorlage ist auf zwei Ursachen zurückzuführen. Einmal ist im Interesse der städtischen Verwaltung früher schon überlegt worden, ob es möglich wäre, die Uebelstände an den Kassenstellen an gewissen Tagen zu mildern, und zweitens ist die Vorlage im Interesse der Handel- und Gewerbetreibenden unserer Stadt erfolgt. Die beabsichtigte Einrichtung stellt sich folgendermaßen: Jeder beliebige Einwohner ist imstande, ob er ein Girokonto besitzt oder nicht, eine Einzahlung zu machen. Dagegen muß zugunsten der Steuerzahlung ein Umweg gemacht werden, indem man entweder selbst der Inhaber eines Reichsbank-Girokontos sein oder durch den Inhaber eines solchen die Zahlung vermitteln lassen muß.

Die Finanzkommission hat dazu folgende Bemerkungen zu machen: Wir haben uns alle außerordentlich gefreut über diesen ersten Schritt, der vom Magistrate unternommen wird, um den vielfach geäußerten Wünschen aus der Versammlung und der Bürgerschaft zu entsprechen. Wir begrüßen deshalb die Vorlage mit sehr großer Freude. Es ist nicht zu verkennen, daß der Umfang, in dem die Stadt beabsichtigt, von der Einrichtung Gebrauch zu machen, gegenwärtig ein recht kleiner ist, und es ist möglich, daß es sich vielleicht als ratsam herausstellen wird, später von der Einrichtung in größerem Umfange Gebrauch zu machen. Man muß es billigen, daß sich der Magistrat einstweilen, so lange das gesetzliche Hindernis besteht, von der Verwendung weißer Schecks fern hält, und man muß es ferner gerechtfertigt finden, diesen ersten Schritt vorsichtig zu machen, um erst durch Vorversuche deren Zweckmäßigkeit zu erproben. Es ist wohl anzunehmen, daß für die Zukunft eine weitere Verwendung von Schecks im eigensten Interesse der Stadt liegen wird, und nur dieses kommt hierbei in Frage. Dabei kann es uns natürlich nicht gleichgültig sein, auch das Interesse aus Handel und Gewerbe zu befriedigen, aber es ist nicht die höchste Richtschnur für uns. Der allgemeine Geldverkehr wird hierdurch wesentlich gefördert, indem man den Barkassenverkehr in einen Ueberweisungsverkehr umwandelt, welchem Vorgehen man beistimmen würde, wenn das Verwaltungsinteresse dazu führen sollte.

Nun hat schon die Handelskammer mit einigen sehr vortrefflichen Eingaben diesen Punkt berührt und hat die Ausdehnung der Einrichtung in dieser Beziehung warm befürwortet. Immer, wenn ein Barkassenverkehr in einen Ueberweisungsverkehr umgewandelt wird, ergibt sich eine gleichmäßigere Verteilung der Arbeit und eine Verringerung der Arbeitslast, sowie mutmaßlich auch eine Verminderung der Arbeitskräfte. Ob und inwieweit das möglich sein wird, läßt sich aber noch nicht beurteilen. Die Ueberweisung als solche ist stets nützlich, denn dasjenige Geld, das man nicht sieht, ist zinstragend. Der Magistrat hat in vorzüglicher Weise verstanden, die Gelder zusammenzubringen, vielleicht können wir dazu beitragen, sie nicht zu haben, nämlich das Geld, was man nicht hat, ist das beste. (Heiterkeit.) Der Antrag soll vielleicht eine kleine Dynamitpatrone sein, nicht etwa um zu fällen unser Rathhaus, wohl aber eine Ecke desselben, unsern Juliußturm, der vielleicht zuweilen zuviel Geld gegeben hat. Möchte sich die neue Einrichtung so erweisen, daß wir sie bald in der Weise umgestalten können, wie sie von den meisten Inhabern eines Reichsbank-Girokontos von vornherein getroffen ist. Die Finanzkommission beantragt Genehmigung der Vorlage.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

## II. Ausbau eines Teiles der Waterloostraße.

Die Waterloostraße zwischen Roon- und Heinrichstraße soll bei einer Gesamtbreite von 18 Metern derartig ausgebaut werden, daß 9 Meter auf die Fahrbahn und je 4,50 Meter auf die beiderseitigen Fußwege entfallen. Erstere soll mit Kleinpflastersteinen und chauffierter Unterlage abgepflastert werden, während letztere mit einem Zementplattenbelage von 1,80 Meter Breite und daneben mit einer Chauffierung aus Ziegelbrocken und Grand versehen werden sollen. Auf den Fußwegen beabsichtigt man je eine Reihe Laubbäume anzupflanzen. Das erforderliche Terrain befindet sich bereits in städtischem Besitz. Für die Kosten ist ein anteilmäßiger Betrag in der Höhe in Rechnung gestellt, die auf die hier in Frage kommende Teilstrecke entfallen würde, wenn die ganze Waterloostraße einheitlich ausgebaut würde. Hiernach berechnen sich die Grunderwerbskosten auf 42 676 Mark und die Straßenbaukosten auf 20 000 Mark, so daß der voraussichtliche Anliegerbeitrag sich auf 281,60 Mark für 1 Meter Frontlänge stellen würde.

Die Versammlung wird ersucht, sich unter Genehmigung des nebst Kostenanschlag und Verteilungsberechnung vorgelegten Projektes mit dem Ausbau der Waterloostraße auf der bezeichneten Strecke einverstanden zu erklären.

Herr Meyerhoff: Namens der Baukommission gebe ich anheim, die Kosten zu verwilligen. Ich freue mich, daß es dem Magistrat gelungen ist,

die Kostenverteilung so zu regeln, wie es auf jeder anderen Straße auch hätte geschehen müssen, dann wäre der Ausbau der Ringstraße sicher nicht derartig ins Stocken geraten, daß z. B. für einen Teil davon (Karlststraße bis zur Göttingstraße) wegen der Höhe der Kosten sich kein Unternehmer finden wird.

Herr Bürgermeister Meyer: Es ist uns unser Vorgehen in der geschilderten Weise nur möglich geworden durch das Entgegenkommen des Bauunternehmers Severin, der sich freiwillig mit der Berechnung der Straßenkosten einverstanden erklärt hat, denn gezwungen konnte er dazu nicht werden.

Die Vorlage wird darauf genehmigt.

### III. Anlegung eines Fußweges auf der Waterloostraße.

Die Versammlung wird ersucht, sich mit der Anlegung eines provisorischen Fußweges auf der Waterloostraße zwischen Heinrich- und Karlstraße einverstanden zu erklären. Von der städtischen Bauverwaltung ist die Herrichtung eines Garzzaunes zu beiden Seiten des Fußweges beantragt, jedoch hält der Magistrat den Zaun nur da für erforderlich, wo die Einfriedigung gleichzeitig zum Schutze des an der Karlstraße gelegenen städtischen Grundstücks Nr. ass. 4618 erwünscht ist, im übrigen genügt ihm eine Abtrennung des Weges von dem daneben gelegenen Terrain durch Sperrpfähle. Da diese Anlagen für rund 200 Mark herzustellen sind, so ermäßigt sich der Kostenanschlag um 788 Mark, also von 2000 Mark auf 1212 Mark. Der Magistrat beantragt, diese Summe und daneben den Betrag von 360 Mark zur Aufstellung von vier Laternen zu bewilligen.

Namens der Baukommission beantragt Herr Wolters die Vorlage mit der Maßgabe zu genehmigen, daß auch die etwaigen Mehrkosten für die vier Laternen bewilligt werden.

Herr Bürgermeister Meyer: Es handelt sich in der Vorlage um die Aufstellung von vier Petroleumlaternen. Da es nicht ausgeschlossen ist, daß es für ratsam gehalten wird, gleich das Gasrohr für die ganze Waterloostraße mit zu legen, so möchte ich bitten, auch hierzu die Ermächtigung zu erteilen.

Die Vorlage wird nach dem Antrage der Kommission mit dieser Erweiterung angenommen.

### IV. Plattenbelag auf einem Teile der Gliesmaroderstraße.

Der östliche Fußweg der Gliesmaroderstraße zwischen der Humboldt- und Karlstraße ist bislang nur notdürftig mit etwas Bogasche und Grand befestigt, während die Fußwege der angrenzenden Straßen bereits eine bessere Befestigung erhalten haben. Mit Rücksicht auf den daselbst herrschenden lebhaften Fußgängerverkehr erscheint es erwünscht, auch auf der genannten Strecke

Plattenbelag in üblicher Weise zur Ausführung zu bringen. Die Versammlung wird ersucht, der Herstellung von Plattenbelag auf der erwähnten Wegestrecke zuzustimmen und das nebst Kostenanschlag und Verteilungsberechnung angeschlossene Projekt zu genehmigen. Von den zu 900 Mark ermittelten Kosten werden die Anlieger 650 Mark zu übernehmen haben. Der Anliegerbeitrag beläuft sich hiernach auf 8,20 Mark für 1 Meter Frontlänge.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Meyerhoff berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

### V. Schulordnung für die städtische Realschule.

Zugleich mit dem Ersuchen um Zustimmung zur Ueberführung von acht Klassen der städtischen Oberrealschule in das neu errichtete Schulgebäude an der Ritterstraße sowie zur aushilfsweisen Besorgung der Direktorialgeschäfte hinsichtlich dieser Klassen durch den Professor Dr. Levin hatte der Magistrat die Herzogliche Oberschulkommission gebeten, sich in vorläufigem Sinne über die geplante Umwandlung dieses Teiles der Oberrealschule und über eine für diese zu erlassende Schulordnung nach Maßgabe der in der Sitzung vom 12. November 1907 genehmigten Vorlage zu äußern.

Die Oberschulkommission hat zu den bezüglichen Beschlüssen der städtischen Behörden im Schreiben vom 19. Januar 1908 Stellung genommen. Zu den in diesem Schreiben unter I gemachten Ausführungen bemerkt der Magistrat, daß er dem dort seitens der Herzoglichen Oberschulkommission gekennzeichneten Brauche folge, also die für die Erlangung der Berechtigung zur Ausstellung von Zeugnissen für den einjährig-freiwilligen Militärdienst seitens der neuen Realschule erforderlichen Schritte erst im Laufe des Schuljahres 1910/11 tun werde.

Die beiden anderen Bemerkungen beziehen sich auf den von der Versammlung genehmigten Entwurf der Schulordnung. Zunächst wird darauf hingewiesen, daß die Fassung des § 1 nicht völlig korrekt erscheine. In diesem ist bestimmt, daß die Schüler, welche auf der Realschule die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienste erlangt haben, ohne weiteres in die Obersekunda der Oberrealschule sollen eintreten dürfen. Da nun tatsächlich, so lange die Realschule die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienst nicht besitzt, die Berechtigung mit Bestehen der Schlußprüfung nicht direkt mit erworben wird, so erscheint dem Magistrate eine andere Fassung dieses Paragraphen richtig, in der die Worte „die Berechtigung für den einjährig-freiwilligen Dienst erlangt haben“, ersetzt werden durch „die Ablußprüfung bestanden haben“.

Endlich ist darauf hingewiesen, daß der zweite Absatz des § 12 einer Umarbeitung bedürfe und zwar nach Maßgabe des § 5 der durch die Ministerial-

verfügung vom 7. Oktober 1907 eingeführten Bestimmungen über die Ver-  
setzung der Schüler in den höheren Lehranstalten. Der Magistrat hält es,  
unter näherer Begründung, für zweckmäßig, dem zweiten Absätze des § 12  
unter Berücksichtigung des § 5 der gedachten Bestimmungen folgende Fassung  
zu geben:

„Zur Beschlußfassung über die Versetzungen treten die Lehrer  
klassenweise unter dem Voritze des Direktors zusammen. Der Haupt-  
lehrer der Klasse schlägt vor, welche Schüler zu versetzen, welche zu-  
rückzuhalten sind; dann geben die übrigen Lehrer ihr Urtheil ab, für  
das jedoch immer die Gesamtheit der Unterlagen maßgebend sein muß.  
Stimmenmehrheit entscheidet, bei Stimmengleichheit gibt der Direktor  
den Ausschlag. Demselben steht auch das Recht des Einspruchs gegen  
jeden Beschluß der Konferenz über Versetzung oder Zurückhaltung zu;  
in diesem Falle ist die Entscheidung der Herzoglichen Oberschul-  
kommission einzuholen.“

Es wird anheimgegeben, diesen Aenderungen zuzustimmen.

Herr L e u e : Die Schulkommission hat die Angelegenheit beraten und gibt  
anheim, die Aenderungen gutzuheißen.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Wenn Sie dem zweiten An-  
trage zustimmen sollten, so werden die Schulordnungen der Oberrealschule  
und der künftigen Realschule in diesem Punkte nicht übereinstimmen. Es ist aber  
wohl nicht erforderlich, sofort auch die Schulordnung der Oberrealschule zu  
ändern; es kann das vielmehr gelegentlich geschehen. Dieses Verfahren ist  
um so unbedenklicher, als der Schulvorstand im Einvernehmen mit dem Direc-  
tor bereits angeordnet hat, daß dort ebenso verfahren wird, wie das Herzogliche  
Staatsministerium bei den Herzoglichen Gymnasien angeordnet hat. Die  
Aenderung der Schulordnung kann vorgenommen werden, wenn sich noch  
weitere Aenderungen als notwendig erweisen.

Herr P r o b s t : Es soll also die Berechtigung für den einjährig-freiwilligen  
Militärdienst bei der neuen Anstalt nicht ohne weiteres erteilt werden, son-  
dern eventuell erst dann, wenn das erste Examen zur Zufriedenheit der Ober-  
schulkommission ausfällt. Dadurch können indessen die jungen Leute in eine  
schiefe Lage geraten, wenn sie die Schule verlassen: sie haben die Schlußprüfung  
gemacht, aber die Berechtigung haben sie trotzdem nicht. Ich möchte den Magi-  
strat bitten, die Sache im Auge zu behalten, damit die jungen Leute nicht noch  
einmal eine Prüfung machen müssen, um die Berechtigung zu erhalten.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Wir haben diese Verhältnisse be-  
reits ins Auge gefaßt, aber es läßt sich zurzeit daran nichts ändern. Die Ober-

schulkommission ist übrigens nicht die Behörde, welche die Berechtigung auspricht, sondern die Reichsschulkommission, und diese hat die Gepflogenheit, einer Schule die Berechtigung erst dann zuzuerkennen, wenn sie durch eine Prüfung gezeigt hat, was sie leistet. Dem müssen wir uns fügen. In dem einen Jahre, das gebe ich zu, sind die jungen Leute in einer gewissen zweifelhaften Position: es kann für sie so und so kommen. Wir brauchen uns darüber aber nicht allzusehr aufzuregen, denn Herr Professor Bernicke hat mir gesagt, daß die jungen Leute, welche die Reise für Obersekunda bekommen, auch ohne Frage das Examen bestehen, und dann wird die Reichsschulkommission die Berechtigung aussprechen. Natürlich muß das Gesuch demnächst etwas beschleunigt werden.

Herr *Leue*: Es steht das auch schon im Schreiben der Oberschulkommission, indessen entspricht es dem Brauche, daß erst nach Beendigung der ersten Abschlußprüfung die erforderlichen Schritte zur Erlangung der Berechtigung für die Schule getan werden. Die Berechtigung pflegt dann für die bereits vollzogene Prüfung rückwirkend erteilt zu werden.

Die Vorlage gelangt darauf zur Annahme.

## VI. Erweiterung der Beleuchtungsanlage in der Realschule.

Nach dem von den städtischen Behörden genehmigten Projekte und Kostenanschläge zum Neubau einer Realschule an der Ritterstraße ist zur Beleuchtung der Flurgänge, des Treppenhauses, der Zimmer für den Direktor und die Lehrer, des großen Zeichensaales und des Lehrzimmers für Physik elektrisches Licht vorgezogen. Der Zeichensaal sollte 10 Kernstlampen, das Physikzimmer eine solche Lampe, die übrigen Räume usw. sollten Glühlampen erhalten. Hinterher hat sich herausgestellt, daß sowohl die Turnhalle mit Nebenräumen, als auch der Singaal und der zweite Zeichensaal mit Beleuchtung versehen werden müssen und daß die für das Physikzimmer in Aussicht genommene Beleuchtung nicht ausreicht. Die Mehrkosten werden sich auf 1550 Mark belaufen. Der Magistrat erachtet die Erweiterung der Beleuchtungsanlage für zweckdienlich, zumal ein Teil der Räume voraussichtlich demnächst noch anderweit, auch in den Abendstunden, Verwendung finden werde. Es wird deshalb anheim gegeben, der Herrichtung der erweiterten Beleuchtungsanlage zuzustimmen. Der Bau des Schulhauses wird gegen den Voranschlag immer noch eine Minderausgabe von 15 000 bis 18 000 Mark ergeben.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr *Meyerhoff* bezieht, wird der Vorlage zugestimmt.

## VII. Zuschuß zu den Kosten für Erweiterung der katholischen Schule.

Die Schulkinder der katholischen Schule werden in drei verschiedenen Anstaltsgebäuden unterrichtet: an der Friesenstraße, hinter der Masch und an der Goslarischenstraße. Das Schulgebäude hinter der Masch 11, das zurzeit von 225 Kindern besucht wird, besitzt nur drei Klassenräume, so daß eine bedenkliche Ueberfüllung der Räume eingetreten ist. Um Abhilfe zu schaffen, hat der Kirchenvorstand der katholischen Kirche das Nachbargrundstück hinter der Masch 12 für 35 000 Mark angekauft und will an das vorhandene Schulhaus einen Erweiterungsbau anfügen, der drei fernere Klassenräume, die notwendigen Korridore und drei Zimmer für die Lehrkräfte, den Schularzt und für Lehrmittel enthält. Zu den auf 27 000 Mark veranschlagten Baukosten treten noch an Nebenkosten für Anlage der Aborte, Einrichtung des Spielplatzes u. dergl. etwa 8000 Mark hinzu, so daß die gesamte Erweiterung etwa 70 000 Mark kosten wird. Zur Aufbringung dieser Summe ist nach den allgemeinen Bestimmungen die katholische Kirchengemeinde verpflichtet. Da es ihr indessen an verfügbaren Mitteln fehlt, so hat der Kirchenvorstand beantragt, ihm aus dem städtischen Schulhausbaufonds einen Zuschuß von 25 000 Mark zu den Baukosten zu gewähren. Der Magistrat ist hiermit einverstanden und ersucht, der Gewährung des erbetenen Zuschusses von 25 000 Mark zuzustimmen,

was geschieht, nachdem Herr Buchler den Antrag namens der Finanzkommission zur Annahme befürwortet hatte.

## VIII. Antrag Bunge: Pflasterarbeiten auf der Kreuzstraße.

Herr Rieck: Der in der Sitzung vom 20. Februar d. Js. --- Seite 416 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, die Pflasterung der Kreuzstraße in Angriff zu nehmen.“

Die Strecke von der Goslarischenstraße bis zur Bürgerstraße ist bereits mit Kleinpflaster versehen und die weitere Strecke ist chaussiert, während die Uebergänge zur Gabelsbergerstraße wieder mit festem Pflaster versehen sind. Die städtische Bauverwaltung hat festgestellt, daß die Straße jenseits der Landes-eisenbahn sich in einem sehr schlechten Zustande befindet und hat beantragt, diesen Teil instand zu setzen. Auch die nach der Stadt zu gelegenen Gassen befinden sich in einem traurigen Zustande und müssen repariert werden. Die Schüttung des chaussierten Teiles der Kreuzstraße ist indessen noch nicht so weit abgängig, daß schon Kleinpflaster darauf gebracht werden kann. Außerdem sind die Bürgersteige dort so schlecht, wie nirgends in der ganzen Stadt. Der Stadtteil ist also sehr vernachlässigt worden.



Aus den angeführten Gründen gibt die Baukommission anheim, zu beschließen,

„den Magistrat zu ersuchen, sich mit den Anliegern ins Benehmen zu setzen und darauf eine Vorlage wegen Befestigung der Fußwege an der Kreuzstraße einzubringen.“

Der Antragsteller ist hiermit einverstanden.

Der Kommissionsantrag wird genehmigt.

### IX. Jahresbericht des Verkehrsvereins von 1907.

Bei Gewährung des widerruflichen Zuschusses an den Verkehrsverein war von der Versammlung die Bedingung gestellt, daß der Vereinsvorstand alljährlich über seine Tätigkeit Bericht zu erstatten habe. Demgemäß ist jetzt der Jahresbericht von 1907 eingeliefert, den der Magistrat in fünf Abdrücken übersendet.

Vorsitzender: Wünscht jemand zu dem Berichte das Wort zu nehmen? —

Das ist nicht der Fall. Dann konstatiere ich, daß der Bericht erstattet ist.

### X. Erwerb einer Fläche zur Waterloostraße.

Zum Ausbau der Waterloostraße sind neben anderen Flächen auch einige der Ehefrau des Gärtners Heinrich Wasmus gehörende Flächen im Umfange von 6,22 a erforderlich. Diese Flächen sind dem Magistrat zum Preise von 11 Mark pro qm unter dem Vorbehalt zum Kauf angeboten, daß dieser Preis auf 13 Mark zu erhöhen sei, wenn die Waterloostraße auf der Strecke zwischen Heinrich- und Wabestraße innerhalb eines Jahres ordnungsmäßig ausgebaut werden sollte. Die Versammlung wird ersucht, den Erwerb der betreffenden Flächen unter den angegebenen, als angemessen zu bezeichnenden Bedingungen zu genehmigen.

Namens der Baukommission empfiehlt Herr Fricke, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Bürgermeister Meyer: Zu der anscheinend etwas wunderbaren Preisbemessung möchte ich kurz folgende Erläuterung geben: Der Magistrat steht auf dem Standpunkte, die Waterloostraße auf der Strecke Heinrichstraße—Karlsstraße noch nicht auszubauen. Nun wurde ihm das Angebot gemacht, der Stadt das Land zu 11 Mark für 1 qm abzutreten, und da haben wir uns gesagt, für den Preis können wir es nehmen, weil es noch rentabel bleibt, selbst wenn wir eine Einbuße an Zinsen haben sollten. Die Eigentümerin merkte aber, daß sie ein zu billiges Angebot gemacht habe und wollte nun die

Zusicherung haben, denselben Preis wie die übrigen Anlieger (d. i. 13 Mark) zu erhalten, falls die Straße innerhalb eines Jahres ausgebaut werden sollte.

Die Vorlage wird sodann genehmigt.

## XI. Erweiterung des Bahnkörpers an der Helmstedterstraße.

Die Königliche Eisenbahndirektion in Magdeburg beabsichtigt den Bahnkörper der Braunschweig-Helmstedter Linie durch Anlegung eines dritten Gleises zu erweitern. Wenngleich durch diese Erweiterung zweifellos eine weitere Erschwerung des Straßenverkehrs veranlaßt wird, so dürfte doch dem Antrage, der augenscheinlich auf eine Entlastung der betreffenden Strecke abzielt, stattzugeben sein, zumal sich die Eisenbahnverwaltung bereits zur Herichtung einer Fußgängerbrücke an dem Uebergange bereit erklärt hat.

Wenn die geplante Erweiterung zur Ausführung gelangt, so wird sie einen weiteren Teil der der städtischen Verwaltung unterstehenden Teilstrecke der Helmstedterstraße dem uneingeschränkten öffentlichen Verkehre entziehen. Das kann entweder in der Weise geschehen, daß die städtischen Behörden freiwillig der Eisenbahnverwaltung ein bezügliches Nutzungsrecht an der betr. Wegefläche einräumen, oder so, daß die Herzogliche Landesregierung kraft des ihr zustehenden Hoheitsrechtes der preußischen Eisenbahnverwaltung ein bezügliches Recht verleiht. Im vorliegenden Falle scheint die Königliche Eisenbahndirektion in Magdeburg die letztere Regelung anzustreben, da sie den Antrag lediglich dem Herzoglichen Eisenbahn-Kommissariate unterbreitet und infolge dessen die Herzogliche Polizeidirektion als zuständige Landespolizeibehörde eine Aeußerung des Magistrates erbeten hat. Dieser legt Wert darauf, sich bei Abgabe der Erklärung des Einverständnisses der Versammlung zu vergewissern und teilt mit, daß er beabsichtige, eine Anzahl Forderungen rein technischer Natur zu stellen, sonst aber Einwendungen gegen die Verlegung des dritten Gleises nicht geltend zu machen, unter der Voraussetzung, daß der Weg in der üblichen Weise befestigt werde. Es wird anheimgegeben, sich über die Bedingungen zu äußern.

Namens der Baukommission berichtet über die Vorlage Herr W o l t e r s: Neben der Erschwerung des Verkehrs und der Tatsache, daß eine Teilstrecke der Straße dem öffentlichen Verkehre entzogen wird, ist zu berücksichtigen, daß die Sicherheit des öffentlichen Verkehrs durch die neue Anlage keineswegs besser wird; sondern vermutlich die Unsicherheit wächst. Unter solchen Umständen lag der Gedanke nahe, ob man nicht die Gelegenheit ergreifen solle, einige Gegenforderungen zu stellen, insbesondere auch anzuregen, ob nicht eine Ueberführung der Straße über die Gleise der Eisenbahn gefordert werden möchte. Es sind auch in dieser Beziehung Berechnungen angestellt, die einen Kostenauf-

wand von etwa 160 000 Mark ergeben haben. Sollte diese Forderung stadtseitig gestellt werden, so würden uns zweierlei Ausichten offen stehen. Entweder würde sich das Herzogliche Eisenbahn-Kommissariat oder die Herzogliche Landesregierung auf unseren Standpunkt nicht stellen, dann würden wir keine Rechte haben, oder aber sie teilte unseren Standpunkt, so würde es nicht zweckmäßig sein, im gegebenen Augenblicke diese Bedingung zu stellen und mit der Königlichen Eisenbahndirektion darüber zu verhandeln, daß sie jetzt 160 000 Mark anlegen soll für eine Einrichtung, die so wie so binnen kurzer Zeit wieder in Fortfall kommen muß. Wie nun auch die Bahnhofsfraße gelöst werden mag, jedenfalls wird die Ueberführung der Strecke an dieser Stelle fortfallen und weiter nach Südosten zu jenseits des Zentralfriedhofes gelegt werden. Wenn wir also unsere Forderung aufrecht erhielten, so würde, vorausgesetzt, daß ihr beigestimmt würde, dadurch eine sehr große Ausgabe entstehen, die uns gegenüber der Eisenbahnverwaltung einen schweren Standpunkt schaffen müßte. Wir haben daher mit dem Magistrat gemeint, daß man, so sehr auch der vorliegende Punkt Anlaß zu Bedenken geben möchte, jetzt alles zurückstellen und dem Antrage zustimmen müßte. Wir empfehlen daher, unter Aufrechterhaltung der vom Magistrate geforderten technischen Einrichtungen, die Vorlage zu genehmigen. Vielleicht sind bezüglich dieser technischen Anforderungen noch einige Ergänzungen nötig, jedoch haben wir es in das Ermessen des Magistrates gestellt, die in der Kommission geäußerten weiteren Wünsche zu verfolgen oder nicht.

Herr M a n n: So schwerwiegend auch die Bedenken sein mögen, daß wir den Vogen nicht zu straff spannen sollen, so sehr bin ich der Meinung, daß die Interessen des betreffenden Stadtteils und derjenigen, die dort verkehren müssen, die Haupttrichschnur für uns sein muß. Seit Jahren ist gesagt worden, es sei früher einmal der richtige Augenblick verpaßt worden, und nun wird uns vielleicht vorgeworfen, wir hätten jetzt auch den richtigen Zeitpunkt verpaßt, um an der Stelle einen Uebergang zu schaffen, durch den Personen und Fuhrwerke nicht mehr in Gefahr gebracht würden. Dem gegenüber wird ins Feld geführt, daß es nicht richtig sein würde, noch einen Aufwand von 160 000 Mark zu fordern, wo der Gleisübergang in kurzer Zeit dort wegfiel. Berücksichtigt man aber, wie lange sich die Sache noch hinziehen wird — denn selbst wenn wir Optimisten sind, müssen wir einen Zeitraum von 12 bis 15 Jahren annehmen, ehe der Uebergang dort beseitigt wird —, so muß man sagen, daß die Forderung nicht unberechtigt sein dürfte. Ich gebe zu bedenken, ob wohl ein Privatmann auf so lange Zeit Dispensation bekäme, einen solchen gefährlichen Uebergang beizubehalten? Deshalb bitte ich dringend, nicht davon abzugehen, daß die Ueberführung der Straße bei dieser Gelegenheit gefordert

wird. Wenn wir es nicht tun, können uns deswegen die bittersten Vorwürfe gemacht werden und zwar umsomehr, wenn einmal an jener Stelle ein Unglück eintreten sollte.

Sodann weiß ich nicht, ob es nicht angebracht erscheint, bei dieser Gelegenheit auch die Anlegung einer Personenhaltestelle auf dem Ostbahnhofe zu fordern. Nachdem das Bahnhofprojekt wieder einmal in weite Ferne gerückt ist, dürfte das Verlangen nicht unbillig erscheinen. Man könnte diese Forderung gegenüber der Bahnverwaltung verantworten, ohne sich dem Vorwurfe des Zubießerlangens auszusetzen.

Die erstere Forderung müssen wir aber im Interesse der Stadt stellen, ganz ohne Rücksicht darauf, daß die 160 000 Mark nach 15 Jahren vielleicht umsonst ausgegeben sein sollten, zumal das Unglück, was durch den jetzigen Uebergang angerichtet werden kann, vielleicht viel größer sein wird, als die durch eine Menderung des Ueberganges entstehende Ausgabe.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r : In die Zukunft kann niemand sehen, und die Möglichkeit liegt vor, daß, wenn heute die Vorlage angenommen werden sollte, möglicherweise nach einigen Jahren der eine oder andere sagen wird, hätten wir sie doch lieber nicht angenommen. Im übrigen habe ich die Ueberzeugung, daß die Bahnhofsvorlage in der einen oder anderen Richtung bald zur Entscheidung kommt, und dann wird mit dem Umbau auch begonnen werden. Ich wüßte also nicht, weshalb noch 12 bis 15 Jahre ins Land gehen sollten, ehe der Uebergang an der jetzigen Stelle beseitigt würde. Diese Sache wird überhaupt eine der ersten sein, die in Angriff genommen wird, denn sie hängt mit dem neuen Personenbahnhofe gar nicht zusammen, sondern mit der Verschiebung des Ostbahnhofes, die vor sich gehen kann, einerlei, ob wir den Kopfbahnhof behalten oder einen Durchgangsbahnhof bekommen. Wir sollten deshalb lieber sagen, wir bitten mit der Verschiebung des Ostbahnhofes so bald wie möglich vorzugehen, weil das die Beseitigung des Ueberganges an der jetzigen Stelle zur Folge haben würde. Der Uebergang soll dann bekanntlich in einem tiefen Einschnitte jenseits der Moritzburg angelegt werden. Ob es uns gelingen könnte, durch unsern Widerstand die Ueberführung an der jetzigen Stelle zu erzwingen, bezweifle ich sehr. Die preußische Eisenbahnverwaltung würde infolge unseres Widerstandes wahrscheinlich die jetzt projektierte Anlage anders ausführen. Wenn Sie den Plan ansehen, so werden Sie finden, daß beabsichtigt ist, das Gleis von Gishorn bis auf die Westseite der Helmstedterstraße nur Betriebsrückfichten gesondert neben dem Hauptgleise der Helmstedter Bahn anzulegen, um es dann wieder in das Hauptgleis einmünden zu lassen. Das ließe sich aber auch vielleicht so machen, daß die Einmündung in das Hauptgleis schon östlich von der Helmstedterstraße erfolgte, und dann bliebe

der Uebergang in der bisherigen Weise bestehen. Ich habe Abstand genommen, hierüber nochmals zu verhandeln, weil mir gesagt worden ist, daß der Uebergang eine unglückliche Sache sei und bleibe und das Hauptaugenmerk darauf gerichtet werden müsse, ihn sobald wie möglich aus der Luft zu schaffen. Der Magistrat hält es aber nicht für taktisch richtig, die Eisenbahnverwaltung in diesem Augenblicke mit so kleinen Mitteln zwingen zu wollen, den Uebergang zu beseitigen. Wenn wir der Verwaltung solche Erschwernisse bereiten wollen, so würde das unsere Position nur verschlechtern. Ich bitte daher zu überlegen, ob Sie dem Kommissionsantrage nicht zustimmen können.

Herr Altmann hat dann auch die alte Frage einer Haltestelle bei St. Leonhard angeregt. Ich gebe zu, man könnte diesen Wunsch hierbei nochmals aussprechen, jedoch bin ich im höchsten Grade zweifelhaft geworden, ob es für die Stadt überhaupt gut ist, in diesem Stadium der Bahnhoffrage die Haltestelle als Heilmittel des Ostens in den Vordergrund zu stellen. Ich fürchte nämlich, daß, wenn Ihrem Wunsche gemäß das Kopfbahnhofsprojekt eingeht, uns ein Projekt vorgelegt wird, das eine Haltestelle in der Nähe der Helmstedterstraße vorsieht und es, wenn das zur Ausführung kommen sollte, nur eine Frage der Zeit ist, daß diese Haltestelle immer mehr erweitert wird, bis es dahin kommt, daß die preußische Eisenbahnverwaltung sagt, wir wollen den alten Kopfbahnhof aufheben und den Hauptbahnhof nach dem Ostbahnhofe verlegen. Dann tritt allerdings das ein, was die Herren an der Friedrich-Wilhelmstraße fürchten, dann ist sie tot. Deshalb sollten wir diesen Punkt zurückstellen, bis die andere Frage geklärt ist. Es dürfte Ihnen bekannt sein, daß die Frage bei den Verhandlungen mit den preußischen Kommissaren seinerzeit erörtert worden ist und die Herren sich nicht abgeneigt gezeigt haben, auf die Wünsche der Stadt einzugehen. Wenn wir jetzt in der Sache vorgehen, so ist es für die Eisenbahnverwaltung eine goldene Brücke, um die Lage des Bahnhofs so zu verschieben, wie wir es nicht wollen.

Herr Altmann: Ich beabsichtige nicht, irgend welche Schwierigkeiten zu bereiten, am allerwenigsten möchte ich aber helfen, die Verwirklichung des Bahnhofprojektes in die Länge zu ziehen. Die Befürchtung des Herrn Oberbürgermeisters, daß auf dem Ostbahnhofe, sofern wir die Anlegung einer Haltestelle dort wünschen, ohne weiteres ein neuer Hauptbahnhof entstehen könnte, wird aber doch wohl nicht so leicht eintreten. Allerdings, wenn die Freunde des Sackbahnhofsprojektes an ihrer Ansicht festhalten, so würde diese Möglichkeit um so eher eintreten können, weil die Lage des Ostbahnhofes für einen Durchgangsbahnhof günstiger ist.

Herr Wolters: Durch die Verweigerung des Wunsches der Eisenbahnverwaltung kommen wir nicht weiter und die Gefahr an dem Uebergange

wird auch dadurch nicht gemindert. Der Unterschied gegen jetzt ist nur die Zahl der Gleise, die Anzahl der Züge und damit die Gefahr bleibt dieselbe. Wir würden also von einer Weigerung keinen Nutzen haben. Im übrigen sind wir nur zur Äußerung über die Sache aufgefordert worden, und haben selbst darüber nicht zu befinden.

Die Magistratsvorlage wird sodann gutgeheißen.

## XII. Schmuckanlagen an der Martinikirche.

Ein hiesiger Einwohner, der den Wunsch hegt, daß auch die westlichen Stadteile in etwas umfangreicherm Maße als bisher mit Schmuckanlagen oder dergl. versehen werden möchten, hat sich zur Förderung dieses Zweckes in hochherziger Weise bereit erklärt, auf dem Platze an der Martinikirche gärtnerische Anlagen mit immergrünen Pflanzen herrichten zu lassen und der Stadt zur Verfügung zu stellen. Diese Anlagen sollen an der Nord- und Westseite des landschaftlichen Hauses, sowie an der Süd- und Ostseite der Martinikirche auf den von dem Verkehre nicht berührten Platzteilen, die auch für den Marktverkehr entbehrlich sind, ausgeführt werden. Da es wohl keinem Zweifel unterliegt, daß der Eindruck des Platzes durch solche Anlagen außerordentlich gewinnen würde, so gibt die städtische Bauverwaltung anheim, die Zustimmung der städtischen Behörden zur Ausführung der Anlagen und zu deren zukünftiger stadtseitiger Unterhaltung herbeizuführen und die städtische Bauverwaltung zu beauftragen, die Anlagen im Einvernehmen mit dem Stifter, der seinen Namen nicht genannt zu sehen wünscht, zur Ausführung zu bringen.

Der Magistrat ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß die projektierten Schmuckanlagen hergerichtet und demnächst auf Kosten der Stadt unterhalten werden.

Herr Koch: Die Vorlage wird, mit einigen kleinen Aenderungen versehen, von der Baukommission zur Genehmigung empfohlen. Dabei möchte ich meiner Freude Ausdruck geben, daß ein wohlhabender Mitbürger zu solchem idealen Zwecke dem Magistrate Mittel zur Verfügung gestellt hat. Möchte dieses gute Beispiel auch anderen Mitbürgern zur Nachahmung dienen.

Herr Esdorn: Wir können den Entschluß des betreffenden Mitbürgers nur mit Freude begrüßen. Ich war zuerst zweifelhaft, ob durch die Anlage nicht der für den Markt bestimmte Platz eingeschränkt würde, jedoch habe ich mich überzeugt, daß das nicht der Fall sein wird. Gleichzeitig möchte ich auch dem Wunsche Ausdruck geben, das Pflaster an der Martinikirche in einen etwas besseren Zustand zu versetzen. In letzter Zeit war vielfach hoher Besuch in

Braunschweig, der auch die Martinikirche und das Ständehaus besichtigte, so daß sich schon aus diesem Grunde eine Vesserung des Pflasters empfiehlt.

Die Versammlung nimmt darauf die Magistratsvorlage an.

### XIII. Statut über den Betrieb von Kinematographen-Theatern.

Die Zahl der Kinematographen-Theater, deren Betrieb nach den maßgebenden Vorschriften der Reichs-Gewerbeordnung nicht von einer behördlichen Erlaubnis, insbesondere auch nicht vom Vorliegen eines Bedürfnisses abhängig gemacht werden kann, nimmt fortwährend zu.

Ihre Vorstellungen werden, wie polizeilich festgestellt ist, nachmittags vorwiegend von Schulkindern besucht, die meist nicht von Erwachsenen begleitet sind. Wie in anderen größeren Städten, so hat man auch hier die Erfahrung gemacht, daß jene Theater auf die unreife Jugend häufig einen ungünstigen Einfluß ausüben. Einmal lassen sich Kinder durch den Wunsch, Geld zum Besuche der Vorstellungen zu erlangen, nachgewiesenermaßen nicht selten zu Diebstählen verleiten, ferner werden sie durch ungeeignete Darbietungen (pikante Szenen, Schilderung des Vogelfangs, der Wildddieberei usw.) moralisch gefährdet, und schließlich ist die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen, daß in den fast völlig verdunkelten Theaternräumen der unbeaufsichtigte Verkehr von jugendlichen Personen beider Geschlechter leicht bedenklich ausarten kann.

In voller Uebereinstimmung mit dem Schulvorstande der Bürgerschulen und sämtlichen hiesigen Vormundschaftsrichtern hat daher Herzogliche Polizei-Direktion bei uns angeregt, den geschilderten Uebelständen durch geeignete Polizeivorschriften möglichst zu steuern. Die Zulässigkeit von Bestimmungen, die nicht die Eröffnung neuer Kinematographen-Theater erschweren, sondern lediglich aus allgemeinen (bau-, feuer-, sicherheits-, sittlichkeits-) polizeilichen Erwägungen den Betrieb regeln sollen, ist durch die Reichs-Gewerbeordnung nicht verneint. Tatsächlich sind denn auch in verschiedenen Großstädten (z. B. Berlin, Frankfurt a. M.) Polizeiverordnungen über den Betrieb von Kinematographen-Theatern erlassen.

Für die hiesige Stadt bieten die §§ 1 und 2 der Städteordnung die Möglichkeit, eine Regelung durch Ortsstatut vorzunehmen. Der Magistrat legt den Entwurf eines solchen, der (von geringfügigen Wortänderungen abgesehen) den Vorschlägen der Herzoglichen Polizei-Direktion entspricht, hiermit vor und ersucht,

dem Erlasse eines entsprechenden Ortsstatuts zuzustimmen.

Der Entwurf lautet:

„Statut  
über den Betrieb von Kinematographen-Theatern.

Auf Grund des § 2 der Städteordnung vom 18. Juni 1892 werden nach erfolgter Zustimmung der Stadtverordneten nachstehende Vorschriften erlassen:

§ 1. Wer in der Stadt Braunschweig kinematographische Vorführungen öffentlich darbieten will, hat dieses zuvor unter Angabe der zu benutzenden Räumlichkeiten und der bei den Vorführungen zu beschäftigenden Personen der Herzoglichen Polizei-Direktion anzuzeigen.

§ 2. Herzogliche Polizei-Direktion kann die Einreichung eines Verzeichnisses der vorzuführenden kinematographischen Bilder, sowie die Vorführung dieser Bilder vor deren öffentlicher Darbietung verlangen und die öffentlichen Vorführungen von unsittlichen oder sonst anstößigen Bildern untersagen.

§ 3. Der Besuch von öffentlichen kinematographischen Vorführungen ist Personen unter 16 Jahren nur in Begleitung ihrer Eltern, Vormünder, Lehrherren, oder der von diesen beauftragten Erwachsenen gestattet.

Für die Innehaltung dieser Vorschrift sind die Veranstalter und Leiter der Vorführungen und, wenn diese nicht anwesend sind, die ausübenden Personen, sowie die Inhaber der zu den Veranstaltungen benutzten Räumlichkeiten verantwortlich.

§ 4. Öffentliche kinematographische Vorführungen dürfen nach 11 Uhr abends nicht mehr stattfinden.

Die Verabreichung von geistigen Getränken ist in Räumen, in denen derartige Vorführungen stattfinden, sowie in Räumen, die damit in wirtschaftlichem Zusammenhange stehen, verboten.

§ 5. Herzogliche Polizei-Direktion kann in besonderen Fällen Ausnahmen von den Vorschriften der §§ 3 und 4 gestatten. Eine solche ausnahmsweise Erlaubnis ist nur dann rechtswirksam, wenn sie schriftlich erteilt wird.

§ 6. Die in bezug auf die Räumlichkeiten, die Apparate, die Lichtanlagen usw. im Einzelfalle erforderlichen Anordnungen werden, soweit es sich um haupolizeiliche Maßnahmen handelt, vom Stadtbauamte, im übrigen von Herzoglicher Polizei-Direktion getroffen.

§ 7. Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Bestimmungen werden — unbeschadet der Befugnis der zuständigen Polizeiorgane, Vorführungen, bei denen solche Zuwiderhandlungen stattfinden zu schließen — mit Geldstrafe bis zu sechzig Mark oder mit Haft bis zu vierzehn Tagen bestraft, soweit nach den Gesetzen nicht höhere Strafen Platz greifen.“

Herr A h m a n n : Die Statutenkommission hat beschlossen, den Entwurf zur Annahme zu empfehlen. Ich muß noch darauf hinweisen, daß in den letzten Tagen von den Besitzern der hiesigen Kinematographen-Theater eine Eingabe an die Versammlung gelangt ist, den Entwurf nicht anzunehmen. Sie sind vor allen Dingen mit der Fassung des § 3 nicht einverstanden. Die Statuten-



Kommission gibt anheim, diese Anträge abzulehnen und das Statut in der Fassung der Vorlage zu genehmigen. Die Herzogliche Polizei-Direktion hatte sich schon im voraus an den Schulvorstand und die hiesigen Vormundschaftrichter gewandt, um von denselben Auskunft zu erhalten, welche Erfahrungen sie über die Einwirkung des Theaterbesuchs auf das Gemüt der Kinder gemacht hätten. Beide haben sich dahin ausgesprochen, daß die in den Theatern gezeigten Bilder einen unheilvollen Einfluß auf die Kinder ausübten und daß es zweckmäßig sein würde, wenn die gezeigten Bilder in bezug auf ihre Art geändert würden. Der Magistrat hat auch aus Berlin und Frankfurt a. M. von der Polizeiverwaltung die Auskunft erhalten, daß dort ähnliche Bestimmungen bestehen, wie sie hier geplant sind. Den Anstoß zu der Herausgabe der Vorschriften hat hier hauptsächlich die kinematographische Vorführung des Dramas *Hau* gegeben, die wohl bei jedem denkenden Menschen einen großen Widerwillen hervorgerufen hat.

Nun möchte ich noch meine persönliche Meinung über die Vorlage sagen. Ich kann mich den Beschlüssen der Statutenkommission nicht in allen Punkten anschließen, insbesondere aber nicht in bezug auf den § 3. Die Vorschriften gehen mir zu weit, und es werden davon in der Hauptsache die Kinder der Minderbemittelten getroffen, die ebenso gut der Erholung und Zerstreuung bedürfen und geistige Anregung haben müssen. Wenn Bilder gezeigt worden sind, die auf das Kindesgemüt nicht günstig eingewirkt haben, so soll ja Abhilfe in der Weise geschaffen werden, daß die Besitzer sich bereit erklärt haben, alle zu zeigenden Bilder erst der Herzoglichen Polizei-Direktion vorzuführen. Wenn ich schon in bezug auf die Theaterzensur kein Loblied auf die Polizei singen möchte — denn nicht nur der Laie hat sich darüber aufgeregt, daß dies und jenes Stück verboten wird —, so bin ich der Meinung, daß bei solchen Dingen der Polizeimann auch nicht immer der richtige Mann ist, um die ethische Seite der Vorführungen prüfen zu können. Wenn indessen die Theaterbesitzer selbst mit dieser Zensur einverstanden sind, so kann ich mich darüber hinwegsetzen. Im übrigen wird uns durch den Vorschlag der Theaterdirektoren, die Kinder nach Geschlechtern zu trennen, eine Garantie geboten, daß der Aufenthalt der Kinder in den dunklen Räumen nicht zu Unsittlichkeiten führen kann. Im großen ganzen bin ich also mit der Beaufsichtigung der Theater einverstanden. Jedenfalls ist es ein Fortschritt, daß wir die kinematographischen Vorführungen haben, denn wenn sie richtig benutzt werden, so geben sie Anregung und sind geeignet, die Bildung zu fördern. Daß mit der Vorführung des Dramas *Hau* keine Bildung gefördert wird, ist richtig, und ich stimme zu, daß ein Riegel vorgeschoben werden muß, um solche Sachen von den Theatern auszuschließen.

Vorjirender: Ich möchte vorschlagen, das Statut paragraphenweise durchzugehen.

Herr J a s p e r (zur Geschäftsordnung): Ich halte eine Einzelberatung ebenfalls für nötig, möchte aber bitten, zunächst in eine Generaldebatte darüber einzutreten, ob die Sache überhaupt durch Statut geregelt werden soll; ich habe rechtliche Bedenken, ob wir so vorgehen können.

Vorjirender: Das läßt sich beim Eingange des Statuts, den ich jetzt zur Besprechung stelle, erörtern.

Herr J a s p e r: Ich bin ein grundsätzlicher Gegner dieser Regelung und halte es rechtlich nicht für angängig, ein derartiges Statut zu erlassen. Die rechtliche Unmöglichkeit leite ich daher, daß ich die Bedeutung des § 2 der Städteordnung anders auslege. Das Statut widerstrebt dem Grundsatz der Gewerbefreiheit und es ist nicht richtig, daß hier eine Konzessionsfrage hineingebracht und eine polizeiliche Bevormundung und Kontrolle eingeführt werden soll, die nach der Gewerbeordnung, der diese Institute unterstellt sind, nicht zulässig ist. Wenn aber auch die rechtliche Seite der Frage dahingestellt bleiben mag, so glaube ich nicht, daß die Polizei das geeignete Organ sein würde, die Aufsicht über diese Theater auszuüben. Wir haben schon genug Erfahrungen gesammelt, um deren zarten Fingern nicht immer zutrauen zu können, daß sie mit dem richtigen Takt und der nötigen Vorsicht in dieser Sache vorgehen. Dazu müßten andere Organe in Anspruch genommen werden, und zwar wären es vorzugsweise Haus und Schule, die auf den Besuch der Theater einwirken könnten. Ich möchte mich also grundsätzlich gegen eine derartige Regelung der Sache aussprechen.

Herr Stadtrat W a g n e r: Die rechtliche Zulässigkeit erscheint mir gänzlich unbedenklich. § 2 der Städteordnung schreibt vor:

„Die Städte sind befugt, behuf Ordnung und Verwaltung ihres Gemeinwesens, insbesondere der Ortspolizei, Statuten zu erlassen, welche nachdem die Bekanntmachung durch den Stadtmagistrat mit bezug auf die Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums in ortsüblicher Weise erfolgt ist, Gesetzeskraft haben.“

Nun ist es unzweifelhaft, daß die Vorschriften des Statuts rein polizeilichen Charakter tragen: man will die öffentliche Sicherheit, die Sittlichkeit, besonders die Moral der jugendlichen Personen gegen Gefährdungen schützen, also ein ausgesprochener polizeilicher Zweck. Die Reichsgewerbeordnung hat die Zulassung bestimmter Arten von Gewerbebetrieben von der Erlaubnis der Ortspolizeibehörde abhängig gemacht; sie spricht aber von Wildervorfürhrungen, die einen höheren künstlerischen Wert nicht besitzen, überhaupt nicht. Es sind nur erwähnt Singspiele zc., bei denen ein höheres Interesse von Kunst und

Wissenschaft nicht obwaltet. Bei diesen ist die Konzession ausdrücklich vorgeschrieben, aber nach der Rechtsprechung des preußischen Oberverwaltungsgerichtes steht es fest, daß die Konzessionsvorschrift auf Kinematographen-Theater nicht ausgedehnt werden kann, weil keine der gesetzlichen Bestimmungen auf diese Theater paßt. Ganz unabhängig von der Frage, ob die Zulassung von der Erlaubnis abhängig gemacht werden darf, ist die zweite Frage, ob der Betrieb durch polizeiliche Vorschriften geregelt werden kann. Daß das möglich ist, ist in verschiedenen Bundesstaaten schon anerkannt worden. Die preußischen Regierungspräsidenten für Berlin und Frankfurt a. M. haben derartige Polizeiverordnungen ohne weiteres genehmigt, weil es klar ist, daß Maßnahmen, die den Betrieb im polizeilichen Interesse regeln sollen, ganz unabhängig sind von der Frage der Zulassung der Konzession.

Der „Gingang“ wird darauf, ebenso wie der § 1 des Entwurfs, angenommen.

Zu m § 2. Herr B ä h r : Es wird in der Natur der Sache liegen, daß ich auch den § 3 mit berühren werde, wenn ich mich auch bemühen werde, die vorgeschlagene Ordnung innezuhalten. Aus eigener Erfahrung kann ich sagen, daß eine solche Bestimmung unbedingt notwendig ist. Herrn Dr. Jasper stimme ich zu, daß mancher die Polizeibehörde nicht für die geeignete Instanz halten mag, die Entscheidung in dieser Sache abzugeben, aber wie soll es anders gemacht werden? Eine Kontrolle der Kinematographen-Theater hat sich anderwärts schon als notwendig herausgestellt und ist auch hier notwendig. Das Unwesen, das in anderen Großstädten um sich gefressen hat, ist auch hier im Gange, und zwar spreche ich dabei aus eigener Erfahrung als Lehrer. Es mag sein, daß die Obscönitäten in dem Umfange wie in anderen Städten hier nicht grassieren; ich habe wenigstens auf meinem Umfange solche Darstellungen in der letzten Zeit nicht gefunden. Es ist mir aber schon genug, was mir einige Schülerinnen zögernd schließlich mitgeteilt haben über das, was sie dort gesehen haben. Solche Sachen dürfen nicht zu dulden sein: sie sind teils albern, teils platt und können für eines Kindes Herz und Gemüt keinen Vorteil bringen. Einige Vorführungen muß ich wenigstens kurz andeuten: Ein etwas bezechter Student naht sich als schwankende Gestalt seinem Heim und will noch einen Nachtrunk zu sich nehmen, greift aber aus Versehen nach der vase de nuit. (Rufe: Lauter!) Ferner ist mir als anstößig berichtet: Die Frau in der Badewanne! Mein Dienstmädchen ist zu hübsch! u. Im letzteren Falle handelt es sich um einen Besuch des Hausherrn und Hausfreundes, das Mädchen liegt im Bette. Ich werde nicht weiter darauf eingehen. Eine Kontrolle der Vorführungen für die Kinder ist daher unbedingt nötig. Die Gefahr wird um so größer, je mehr kinematographische Apparate in Funktion treten. Wir Lehrer haben uns

bemüht, die Jugendlektüre in moderner und gesunder Weise zu beeinflussen; wir versuchen die Kinder zum Lesen solcher Bücher zu erziehen, welche sich freihalten von Plattheiten und frei sind von irgend einer Tendenz, die in allzu plumper Aufdringlichkeit sich breit macht. Zu künstlerischem und ästhetischem Genießen soll die Jugend erzogen werden. Hier aber werden unsere Bemühungen gefährdet durch Hintertreppen- und Schauerromane auf Leinwand projiziert, die viel eindringlicher auf das Gemüt des Kindes wirken, als schlechte Lektüre. Es liegt mir fern, bestreiten zu wollen, daß ein Kinematograph auch belehrend sein kann, gewiß werden dort auch belehrende Dinge vorgeführt, aber wenn der Kinematograph tatsächlich bildend und erzieherisch wirken soll, so bedarf er der Aufsicht. In Berlin hat man seinerzeit in manchen Kinematographen-Theatern 8 Uhr als Schlußzeit festgesetzt, in Chemnitz ist man neuerdings dazu übergegangen, den Besuch Jugendlicher vollständig auszuschließen, aber hier will ich einen solchen radikalen Schritt nicht vorschlagen. Trotz allen guten Willens, den die Besitzer solcher Theater hier in der letzten Zeit gezeigt haben, ist es doch nicht zu vermeiden gewesen, daß Bilder gezeigt wurden, die weder bildend noch erzieherisch gewesen sind, die Albernheiten, Plattheiten und lascive Szenarien den Kindern vorgeführt haben. Von unsern Kindern müssen wir aber solche Dinge fernhalten.

Herr *Löhnefinke*: In der Eingabe der Besitzer der Kinematographen-Theater ist u. a. gesagt worden, daß der moralischen Gefährdung der Kinder durch die Bestimmung im § 2 vorgebeugt würde, zumal die hiesigen Bilder von der Polizeibehörde in Berlin geprüft worden seien. Ich bin niemals in einem solchen Theater hier gewesen, aber von glaubwürdiger Seite habe ich einen Bericht bekommen, daß Bilder vorgeführt worden sind, die das Schamgefühl jedes anständigen Menschen in gröblicher Weise verletzen und die Sittlichkeit der Kinder gefährden. Ich kann mir nicht denken, daß derartige Bilder die Zensur der Berliner Polizeibehörde passiert haben können. Um zu verhindern, daß derartiges Gift hier den Kindern gereicht werden kann, möchte ich vorschlagen, in § 2 zu sagen:

„Der Herzoglichen Polizei-Direktion muß ein Verzeichnis der vorzuführenden kinematographischen Bilder eingereicht werden. Die Vorführung dieser Bilder hat vor deren öffentlicher Darbietung zu geschehen.“

Ich halte es also nicht für richtig, zu sagen, Herzogliche Polizei-Direktion *f a n n* die Einreichung eines Verzeichnisses . . . verlangen, sondern ich möchte den Besitzer zur Lieferung verpflichten.

Herr *Meyerhoff*: Die Ausführungen des Herrn *Währ* waren ja ganz interessant, aber sie bewegten sich gar nicht gegen den § 2 des Entwurfs. Des-

halb verstehe ich diese Ausführungen nicht recht: wenn ich mit einer Sache einverstanden bin, so erkläre ich mich einverstanden. Jedenfalls war die Belehrung nicht nötig.

Herr E s d o r n: Ich stimme dem § 2 zu, würde aber die Anregung des Herrn Löhnefinke für richtig halten. Es haben sich hier Mißstände herausgestellt, und es wird nun darauf ankommen, sie wieder zu beseitigen. Wir wollen den Besitzern keineswegs ihr Gewerbe verderben. Es läßt sich mit § 2 auch viel erreichen, wenn wir die Anregung des Herrn Löhnefinke annehmen. Die beiden zuletzt errichteten Kinematographen-Theater haben übrigens schon bedeutend bessere Sachen gebracht, in denen etwas Belehrendes für Kinder und Erwachsene geboten wird.

Herr B ä h r: Herrn Meyerhoff möchte ich erwidern, daß es mir nicht unter allen Umständen angebracht erscheint, daß sich jemand, wenn er einem Paragraphen zustimmt, selbst zum Schweigen verdammt. Wir sind doch keine Karmeliter, die sich das Gelübde des Schweigens auferlegt haben? Ich glaube, Herr Meyerhoff wird es auch in Zukunft nicht unnütz finden dürfen, wenn jemand etwas zu einem Gegenstande sagt, mit dem er im allgemeinen einverstanden ist.

Herr R e i c h s e l: Ich bin zwar mit dem § 2 einverstanden, möchte mir aber trotzdem dazu einige Worte erlauben. (Heiterkeit.) Wir stehen wohl alle auf dem Standpunkte, daß wir das gute der Sache anerkennen und die Freiheit der Theater bestehen lassen, soweit sie ohne Gefährdung der Jugend weiter bestehen können. Ich glaube deshalb, daß es genügen wird, wenn der Herzoglichen Polizei-Direktion das Recht zusteht, ein Verzeichnis der vorzuführenden Bilder verlangen zu können. Es gibt eine Menge Vorführungen der Kinematographen-Theater, die ganz unversehrlich und einwandfrei sind und bei denen kein behördlicher Druck auszuüben ist; ich erinnere nur an die reizenden Vorführungen von Wettrennen, ankommenden Zügen usw., alles Sachen, die sehr amüsant sind und deren Vorführung keiner Erschwerung durch die Polizei bedarf. Es genügt demnach, wenn die Möglichkeit besteht, daß die Polizei die Vorlegung der Bilder verlangen kann.

Herr M e y e r h o f f: Ich möchte auch bitten, das „Muß“ wegzulassen. Einmal heißt es, es werden der Polizei zu viel Rechte eingeräumt und dann will man ihr hier Rechte aufzwingen? Ich bin für die Beibehaltung der Fassung des § 2.

Herr L e n e: Ich möchte auch für die Beibehaltung des „Kann“ stimmen, zumal ich nicht weiß, ob die Stadt ein Statut erlassen kann, in dem die Polizei-Direktion zu einer Maßnahme gezwungen werden soll.

Der § 2 wird darauf unverändert angenommen.

Zum § 3. Herr B ä h r: Ich habe den Antrag gestellt, dem ersten Absätze des § 3 folgende Fassung zu geben:

„Der Besuch von öffentlichen kinematographischen Vorführungen ist Personen unter 16 Jahren nur in den Nachmittagsstunden von 4 bis 7 Uhr gestattet.“

Zur Fassung dieses Antrages hat mich nicht veranlaßt das uns zugegangene Schreiben der Kinematographenbesitzer, sondern es sind Erwägungen verschiedener Natur gewesen, einerseits mögen sie das moralische Gebiet streifen, andererseits auch hygienischer Natur sein. Aus eigener Beobachtung habe ich erfahren, daß wie in anderen Städten so auch hier abends 10 Uhr noch schulpflichtige Kinder in größter Zahl in den Kinematographen-Theatern zu finden sind, sowie daß Frauen mit ihren Kindern, die noch nicht sechs Jahre alt sind, und Mädchen aus allen Ständen den Vorführungen noch in später Abendstunde beiwohnen. Wenn die Eltern so unvernünftig sind, ihre Kinder noch abends in solche Aufführungen zu bringen, so ist es gut, einschränkende Bestimmungen zu treffen. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß nach dem abendlichen Besuche derartiger Vorführungen bei den Kindern eine gewisse Müdigkeit vorhanden war; die Kinder sind, wenn sie abends bis 10 Uhr und länger den Bildern zuschauen, am andern Morgen nicht so leistungsfähig wie sonst, namentlich aber, wenn aus diesem Besuche ein Stammbesuch wird, wie das nachzuweisen ist.

Es kommen mir aber auch Bedenken hygienischer Natur und zwar stütze ich mich dabei auf das Gutachten namhafter Aerzte. Deshalb wird es an der Zeit sein, unsere Schulärzte zu einer Äußerung darüber aufzufordern. Es liegt im Wesen des Kinematographen, eine Reihe von Vorführungen in fliegender Hast zu bringen: der Kinematographen-Film wird in einer Minute 15 bis 18 Meter abgerollt. Dadurch werden die Augen der Zuschauer fortwährend angegriffen, die zarten Netzhautzellen der Kinder werden fortwährend gereizt und müssen sich eine Malträtierung gefallen lassen, der das stärkste Auge nicht lange widerstehen kann. Wer sich 1½ Stunden hinter einander die beleuchtete Leinwand angesehen hat, wird bei sich selbst Ermüdungserscheinungen beobachtet haben. Das wirkt aber in den späten Abendstunden am nachhaltigsten.

Durch meinen Antrag soll eine Trennung der jugendlichen Personen von den Erwachsenen nach Möglichkeit herbeigeführt und die Zeit der Vorführung eingeschränkt werden.

Herr E s d o r n: Die Vorschrift im § 3 ist mir auch zu weit gehend und der Antrag Bähr ist insofern schon eine Verbesserung, als er den Kindern gestattet, die Vorführungen wenigstens nachmittags allein zu besuchen. Den Wortlaut des Entwurfs möchte ich indessen insoweit wieder hergestellt sehen, als den Kindern gestattet werden muß, in Begleitung von erwachsenen Ange-

hören auch abends die Vorführungen zu besuchen. Es können Fälle vorkommen, wo es schlecht zu umgehen sein würde, Kinder auch abends mit in die Vorstellungen zu nehmen, namentlich bei dem Besuche von auswärtigen Verwandten u. dergl.; es müßte also wenigstens gestattet sein, daß Kinder auch abends in Begleitung von Eltern oder Verwandten solche Vorführungen besuchen. Wir hätten dann schon genügende Schärfe in die Bestimmungen gebracht. Von den Angehörigen und Verwandten der Kinder sollte man doch wohl erwarten dürfen, daß sie die Kinder genügend beaufsichtigen; wenn es aber Eltern geben sollte, die auf ihre Kinder nichts geben, so kann sie auch die Polizei nicht schützen. Wir dürfen ein derartiges Gewerbe nicht direkt abschneiden und deshalb bin ich für die ursprüngliche Fassung der Vorschrift. Das Hauptkontingent der Besucher von Kinematographen-Theatern stellen die Kinder, während die Erwachsenen mehr die Spezialitäten besuchen. Ich bin für den Antrag Bähr, jedoch mit der Erweiterung, daß den Kindern der Besuch der Vorführungen auch in den Abendstunden in Begleitung ihrer Eltern, Vormünder usw. gestattet wird.

Herr W o l t e r s : Es mag durchaus anzuerkennen sein, wenn Herr Bähr in seiner Eigenschaft als Lehrer die Uebelstände hier vorführt, die er in seinem Berufe kennen gelernt hat. Die von ihm gemachten Vorschläge laufen aber darauf hinaus, die Eltern zu kontrollieren und nicht die Kinder, wenn wir den Eltern vorschreiben wollen, die Vorführungen mit ihren Kindern nicht zu besuchen. Was sollte das für einen Zweck haben? Das Interesse der Kinematographenbesitzer ist mir dabei gleichgültig. Es mag schwer sein, die Kompetenz der Eltern gegenüber der Schule abzugrenzen, aber schwer ist es auch, dem Antrage des Herrn Bähr zu folgen.

Herr A h m a n n : Ich muß mich auch gegen den Antrag Bähr wenden. Herr Esdorn ist dafür eingetreten, daß die Kinder auch abends mit den Eltern in die Vorführungen gehen dürfen. Ich kann nicht feststellen, ob die Bilder auf die Augen der Kinder nachteilig einwirken, aber es steht fest, daß die Gelehrten übertreiben. Wir wären schon alle nicht mehr am Leben, wenn z. B. die Bazillen so gefährlich wären, wie sie von einzelnen Ärzten geschildert werden. So wird es auch mit den Augen der Kinder gehen. Wenn die Eltern dazu verurteilt werden sollen, abends nicht mehr in die unschuldigen kinematographischen Vorführungen zu gehen, so kann ich mich dazu nicht entschließen. Für den Antrag Esdorn würde ich zu haben sein.

Herr Stadtrat W a g n e r : Der Magistrat ist auch der Meinung, daß sich eine zeitliche Begrenzung des Besuchs der Kinder nicht empfehle, sondern ihnen auch in den Abendstunden in Begleitung von legitimierten Erwachsenen der Zu-

tritt gestattet werden muß, zumal wenn durch die Bestimmung im § 2 eine Gewähr für die Bilder geleistet wird. Der Magistrat möchte aber dringend bitten, die Begleitung Erwachsener bindend für alle Fälle vorzuschreiben. Es ist sicher, daß durch die im § 2 vorgeschriebene Zensur eine Reihe bisheriger Uebelstände eingeschränkt oder ganz vermieden werden kann, aber andere wichtige Uebelstände sind nur dann mit Sicherheit zu vermeiden, wenn Erwachsene dabei sind. Einmal handelt es sich dabei um die große Gefahr einer Panik bei Ausbruch eines Feuers. Bedenken Sie, wenn in der alten Polizei, wo oft 200 Kinder fast ohne Beisein von Erwachsenen sind, eine Panik entsteht, was würde das für ein Unheil werden; ich möchte mit Sicherheit behaupten, daß die Hälfte der Kinder, wenn ein Brand ausbricht, trotz aller Sicherheitsmaßnahmen verloren sein würde. Ferner liegt eine Gefahr darin, daß die Kinder ohne Wissen und vielleicht gegen den Willen der Eltern ein Stammpublikum in einem derartigen Theater werden. Ein großer Teil der Kinder bildet dort tatsächlich ein Stammpublikum, ohne daß die Eltern von dem Besuche etwas wissen, indem die Kinder sich das Geld dazu auf eine nicht zu billige Weise verschaffen. Durch die Vormundschaftsrichter ist festgestellt worden, daß eine Menge von Diebstählen von Kindern ausgeführt sind, um diesen solche Genüsse zu verschaffen. Es sind in einem Jahre sehr viele Fälle angezeigt, trotzdem die Fälle auscheiden, wo die Kinder ihre eigenen Angehörigen bestohlen haben. Ich möchte daher dringend bitten, die Begleitung erwachsener Personen unter allen Umständen zu fordern. In der Statutenkommission war auch noch angeregt worden, daß in die Zahl der Erwachsenen die Lehrer und Erzieher mit aufgenommen werden möchten. Wenn ein Lehrer mit seiner Klasse zu solcher Vorführung erscheint, so wird sich dagegen nichts erinnern lassen, auch wenn die Eltern dazu dem Lehrer nicht speziell den Auftrag gegeben haben. Dasselbe wird von dem Erzieher eines Kindes zu sagen sein. Vielleicht könnte gesagt werden: „Der Besuch usw. ist Personen unter 16 Jahren nur in Begleitung ihrer Eltern, Vormünder, Lehrherren oder im Beisein von Lehrern oder Erziehern gestattet.“ Die redaktionelle Fassung der Bestimmung bitte ich, dem Magistrate zu überlassen.

Herr Weichsel: Wir sind uns einig in dem Ziel, das wir verfolgen, etwas abweichend nur ist der Weg, den wir gehen wollen. Ich muß zugeben, daß der § 3 gewisse Härten haben kann. Vater und Mutter können derartig beschäftigt sein, daß es ihnen nicht möglich ist, ihre Kinder in das Kinematographen-Theater zu begleiten, weshalb den Kindern dieses kleine Vergnügen verschlossen bleiben würde; wenn solche Fälle auch im allgemeinen sehr selten sein dürften. Die englische Arbeitszeit greift auch hier immer mehr um sich, so daß sich schon ein erwachsener Angehöriger finden wird, der mit den Kin-



bern hingehen kann. Ich habe mich vergeblich bemüht, eine Abschwächung des § 3 zu finden; für ganz ungangbar halte ich aber den von Herrn Bähr vorgeschlagenen Weg, denn in solchem Falle müßte man schon eine Ausnahmebestimmung für Schülervorstellungen treffen und dafür ein besonderes Programm festsetzen. Ich halte diesen Weg nicht für zweckmäßig, so wünschenswert es auch ist, die Kinder abends ins Bett schicken zu können; das muß aber dem Hause überlassen bleiben. Deshalb glaube ich, es ist am besten, die Fassung des Entwurfs beizubehalten, jedoch würde es ganz unbedenklich sein, Lehrer und Erzieher mit einzuschließen. Wenn der Lehrer wirklich einmal in die Lage kommen sollte, einen Nichtlehrer mit der Führung der Kinder zu beauftragen, so wird er sich dazu keine unzuverlässige Person aussuchen. Deshalb kann ruhig hinter „Eltern“ eingeschoben werden, „Lehrer, Erzieher“.

Herr M ö h l e: Wenn Sie die Bestimmung beibehalten wollen, daß Kinder nur in Begleitung Erwachsener die Vorführungen besuchen dürfen, so können die Unternehmer meiner Ueberzeugung nach ihre Theater einfach schließen. (Zustimmung.) Es ist vollständig ausgeschlossen, daß in denjenigen Gesellschaftsklassen, aus denen die Kinder diese Theater besuchen, die Eltern in der Lage sind, mit zum Theater zu gehen. Dazu fehlt es den Leuten an Zeit und auch an Geld, denn es kann ihnen nicht einerlei sein, ob sie statt 10 Pfennigen für solche Vorführung 30 Pfennige ausgeben. Ich stehe aber auf dem Standpunkte des Herrn Asmann, daß auch den minderbemittelten Kindern Gelegenheit gegeben werden muß, solche Sachen einmal zu sehen. Deshalb bin ich gegen die Beibehaltung der Bestimmung. Wenn Herr Stadtrat Wagner darauf hinweist, daß einmal eine Panik ausbrechen könne und diese am besten durch die Anwesenheit Erwachsener verhindert werden würde, so kann ich bei solcher Befürchtung nur empfehlen, entsprechende baupolizeiliche Vorschriften für diese Theater zu erlassen, wenn die jetzigen Vorschriften nicht ausreichen sollten. Aus diesem Grunde aber vorschreiben zu wollen, daß die Eltern mit zum Theater gehen sollen, halte ich nicht für richtig.

Wenn wir den Absatz 1 des § 3 in der vorhin erwähnten Fassung annehmen, so möchte ich noch weiter gehen und vorschlagen, den zweiten Absatz ganz zu streichen, denn die Leute können nicht jedes Kind fragen, ob es schon 16 Jahre alt ist, das würde das Geschäft erschweren. Die Unternehmer gehen in ihrem Vorschlage viel weiter, als wir beabsichtigen, wenn sie sich erbieten, die Knaben und Mädchen getrennt zu setzen und die Räume nicht so weit zu verdunkeln, daß nicht mehr Umschau gehalten werden kann. Ich möchte also empfehlen, die Bestimmung nach dem Antrage Esborn anzunehmen, den zweiten Absatz aber zu streichen.

Herr Stadtrat W a g n e r: Es würde mir unzumutbar erscheinen, wenn man die Verantwortlichkeit der Leiter und Veranstalter solcher Vorstellungen ausschalten wollte. Dann wäre eine Strafandrohung nicht möglich und die Durchführung des Statuts praktisch undenkbar. Selbstverständlich kann bei vernünftiger Handhabung der Polizeivorschriften — und mit solcher muß man doch rechnen — von dem Unternehmer nicht verlangt werden, daß er von jedem Kinde den Geburtschein verlangt. Wenn das Kind nach seinem äußeren Ansehen über 16 Jahre alt erscheint, so kann er es durchlassen und kann sich hinterher damit ausreden, daß er dieses Alter angenommen habe. Sobald er aber wegen des Alters zweifelhaft ist, darf er das Kind nicht durchlassen. Die Vorschrift ist durchaus zweckmäßig und zur Handhabung des Statuts notwendig.

Herr N i b e n t r o p: Ich habe auch das Gefühl, daß wir mit der Annahme des § 3 zu weit gehen würden. Bei meinem Besuche eines Kinematographen-Theaters habe ich vielleicht Glück gehabt, denn ich habe eine Vorstellung gesehen, von der ich wünschte, daß sie recht viele Jungen von 10 bis 16 Jahren zu sehen bekämen. Es handelte sich dabei um Darstellungen aus den Kolonien, um Eisenbahnzüge in Bewegung u. dergl., auch wurden Gesangstücke vorgeführt, alles in hoch künstlerischer Weise, so daß ich keinen Anstand nehmen würde, meine Kinder hinzuschicken, wenn ich welche hätte. Das Kinematographenwesen hat sich hier vollständig verändert, indem obszöne Sachen nicht mehr vorkommen sollen. Jetzt bietet man vollständig harmlose Sachen, die auch Kinder sehen können.

Was die Panik anbetrifft, so würde die durch die Gegenwart der Eltern in keiner Weise vermindert oder gar beseitigt werden, denn die Eltern würden mit hineinbezogen werden und kämen durch ihre Kinder nur auch in Not und Gefahr. Das ließe sich also durch die Eltern nicht abwenden. Nun ist unser Stadtbauamt aber derartig vorsichtig, daß wahrscheinlich Vorkehrungen und Ausgänge genügend vorhanden sind, die sich im Augenblicke der Gefahr sofort öffnen würden, um die Besucher ins Freie zu lassen. Wenn solche Vorkehrungen nicht vorhanden wären, müßten sie allerdings geschaffen werden. In die Kompetenz der Eltern einzugreifen, halte ich aber nicht für richtig. Ich beantrage, den § 3 in die Statutenkommission zurückzuberweisen und mit einem bestimmten Antrage wieder an uns heranzutreten.

Herr M e y e r h o f f: Es hat sich bei derartigen Gelegenheiten noch immer gezeigt, daß die sorgsamen Mütter zuerst ihre Kinder vergessen, die sie mitgenommen haben, sie vergessen sie mitsamt dem Kinderwagen. (Heiterkeit.) Wenn jemand den § 3 liest, müssen wir wunderbar beurteilt werden. Wie steht es denn mit den Schülervorstellungen im Hoftheater, kommen da nicht auch

Knaben und Mädchen zusammen? Liebesleien und Liebeszenen kommen aber genug auf der Bühne vor, auch in den Weihnachtsmärchen, wohin man sogar Babies mitnimmt. Ist es schon jemand eingefallen, anzuregen, daß Kinder unter 16 Jahren keine Operettentheater besuchen sollen? Wenn man den Kindern den Besuch der Spezialitäten-Vorstellungen verbieten wollte, so würden die Eltern das auch nicht ohne weiteres hinnehmen, obgleich dort der menschliche Körper sich in seiner ganzen klassischen Form zeigt. Ist aber ein Kinematographen-Theater gefährlicher für die Kinder? Nachdem ich mich bemüht habe, diese Theater kennen zu lernen, muß ich die Frage verneinen. Unnehmbar ist mir der § 3 nur mit dem Zusatz der Herren Bähr und Esdorn. Es muß den Kindern eine Zeit frei gegeben werden, wo sie das Theater ohne Aufsicht der Eltern besuchen können, weil sonst manches Kind einen Kinematographen niemals zu sehen bekommen würde. Ich habe eine Kinematographen-Vorstellung gesehen: „das Leben der Seevögel“. Können Sie wohl etwas Belehrenderes finden? Herr Bähr kann mit seiner ganzen Vogelfauna den Kindern das nicht so veranschaulichen.

Ich stehe auf dem Standpunkte: Sind Lokale vorhanden, in denen eine Panik entstehen kann, so ist es Sache der Aufsichtsbehörde, den Zustand zu beseitigen, das geht uns nichts an. Wollen wir diese Vorführungen verbieten, so müssen wir auch den Besuch des Operettentheaters, des Weihnachtsmärchens, der Schülervorstellungen, des Kasperle-Theaters, der Spezialitäten usw. verbieten. Selbst im Kasperle-Theater kommen Szenen vor, die an sich nicht schön sind, aber das Kind freut sich in seiner Harmlosigkeit darüber und auch der Erwachsene hat seine Freude daran.

Mit der Festsetzung der Altersgrenze hat es auch so seine Bedenken. Ich habe zwei Vehrlinge im Alter von 16 und 14 Jahren, Sie werden aber den ersteren für 18jährig, den letzteren für 13jährig halten; es ist also schwer, bei jemand das Alter zu erraten. Wenn nun der Kassierer zu einem 16jährigen Jungen sagt: wie alt bist Du?, so wird er angechnauzt, redet er aber einen 13jährigen mit „Sie“ an, so lacht der ihn aus. (Heiterkeit.) Nehmen Sie den § 3 mit dem Zusatz Bähr-Esdorn an. (Beifall auf der Galerie.)

**Vorsitzender:** Die Galerie hat sich jeder Beifalls- oder Mißfallens-Äußerung zu enthalten. — Herrn Meyerhoff möchte ich auf die letzte Äußerung erwidern, daß auch bei Annahme des Antrages Bähr-Esdorn die Altersgrenze bestehen bleibt.

**Herr Stadtrat Wagner:** Wenn nicht eine feste Altersgrenze beschlossen wird und nicht diejenigen Personen namhaft gemacht werden, die für die Innehaltung dieser Altersgrenze aufzukommen haben, so ist dem Magistrate das Statut unannehmbar. Es muß eine Altersgrenze bestehen und diese von

der Polizei in verständiger Weise gehandhabt werden. Auch bei der Polizei-Ordnung gibt es solche Bestimmungen. Wenn natürlich jemand älter aussieht, als er ist, so kann der betreffende Unternehmer nicht herangezogen werden.

Herr Esdorn: Es ist in der Bürgerschaft mit Freuden begrüßt worden, daß ein derartiges Statut erlassen werden soll; denn es haben sich Mißstände herausgebildet, denen abzuhelpen unsere Pflicht ist. Wenn die Polizei jetzt die Sache überwacht, so ist uns Gewähr dafür geboten, daß alles ordnungsmäßig zugeht. In den Zeitungen wurde auch über die sittlichen Verhältnisse geklagt, das ist hauptsächlich in den Abendstunden geschehen, wo Kinder und halbwüchsige Personen die Vorführungen besucht haben. Wenn Kinder die Vorstellungen abends nicht mehr ohne Begleitung von Angehörigen besuchen dürfen, so ist diesem Uebelstande auch abgeholfen.

Es ist sodann auch erwähnt, daß die Kinder zur Erlangung des Eintrittsgeldes zum Diebstahl verleitet seien. Wenn wir deshalb den Besuch der Kinder ohne Angehörige verbieten wollen, so müssen wir den Kindern auch verbieten, 10 Pfennige in einen Automaten zu stecken und den Schokoladengeschäften würde zu untersagen sein, an Kinder Schokolade zu verkaufen, weil man nicht wissen kann, ob sich die Kinder im rechtmäßigen Besitze des betr. Geldstückes befinden. Herr Stadtrat Wagner meinte auch, es hätte sich ein gewisses Kinder-Stammpublikum in den Theatern gebildet. Das mag zutreffen, und ich sage offen, meine Kinder gehören auch dazu. Wenn meine Kinder eine gute Nummer geschrieben haben, dürfen sie alle 14 Tage die Vorführung für 10 Pfennige besuchen. Zuerst bin ich selbst mitgegangen, oder habe sie mit Erwachsenen hingehen lassen, später wurden sie allein hingeschickt. Ein derartiges Stammpublikum schadet nichts. Wenn Sie noch weiter gehen wollen, so lassen Sie uns das beschließen, was die Besitzer vorschlagen, aber wir dürfen den Gewerbetreibenden ihr Geschäft nicht ganz ruinieren. Ich möchte bitten, meinen Antrag anzunehmen.

Herr Leue: Ich bin für den Antrag Vähr, modifiziert durch den Antrag Esdorn. Wenn gesagt wurde, die Festsetzung der Altersgrenze wäre bedenklich, so stehe ich auf dem Standpunkte des Magistrates. Das Alter eines Kindes wird sich nie genau schätzen lassen, aber trotzdem heißt es auch auf der Eisenbahn: Kinder unter zehn Jahren zahlen die Hälfte.

Daß wir die Kinder in den Nachmittagsstunden ohne Begleitung Erwachsener in das Theater gehen lassen wollen, liegt auch in unserem eigenen Interesse, denn die Eltern nicht nur aus den ärmeren, sondern auch aus den bessergestellten Ständen haben nicht immer Zeit und Lust, mit den Kindern in die Vorführungen zu gehen. Deshalb möchte ich auch dafür eintreten, daß die Kinder in den Nachmittagsstunden allein hingehen können.

Was den Ausbruch einer Panik betrifft, so sind die Kinematographen stets parterre gelegen, weshalb die Gefahr nicht so groß ist. Da wir im § 2 schon gewisse Garantien geschaffen haben, daß die Kinder nichts zu sehen bekommen, was gegen die guten Sitten verstößt, so können wir den Antrag Bähr-Esdorn ruhig annehmen. Eine wesentliche Besserung tritt dadurch sicher ein, denn es sollen hier schon schlimme Sache vorgekommen sein.

Herr P ä h r : Ich möchte meinen Antrag nicht aufrecht erhalten, sondern ihn mit dem Antrage Esdorn vereinigen. Es liegt mir fern, hier als ausgesprochener Gegner des Kinematographen aufzutreten, aber so lange mir nachgewiesen wird, daß Verirrungen vorkommen, muß man sein Wort dagegen erheben, desto eher wird sich das ändern. Wenn Herr Meyerhoff mich lebhaft apostrophiert in bezug auf die plastischen Vorführungen, so würde ich mich allerdings nicht anbeischig machen, einen Tanz der Fidschiinsulaner vorzuführen. Was das Hoftheater anlangt, so habe ich auch meine Bedenken gehabt, wenn ich abends im Parkett 12jährige junge Dämchen bei modernen Dramen gesehen habe. Die Kinder gehörten nicht dahin. Immerhin haben die Vorstellungen im Hoftheater ein künstlerisches Gepräge und sind mit diesen Sachen nicht zu vergleichen. Wenn Herr Esdorn seinen Kindern erlaubt, das Theater zu besuchen, so mag er es tun. Ich habe meine Schülerinnen gefragt, welche Bilder haben auf euch schauerlich gewirkt, worauf sie mir sagten: Esmeralda und die 40 Räuber. Die Besuche solcher Vorstellungen möchte ich nicht empfehlen. Also eine Sichtung ist notwendig und die wird kommen.

Es wird nun zur A b s t i m m u n g über § 3 geschritten, nachdem Herr M i b b e n t r e p seinen Antrag zurückgezogen hatte. Der erste Absatz des § 3 in der Fassung des Magistrats wird abgelehnt, dagegen in der Fassung Bähr-Esdorn angenommen. Der zweite Absatz gelangt unverändert zur Annahme.

Auf Antrag der Herren P r o b s t und W e i c h e l wird ferner beschlossen, hinter Absatz 1 einzuschalten:

„Kinder ohne Begleitung Erwachsener sind nach Geschlechtern getrennt zu sehen.“

Herr M ö h l e : Es möchte sich vielleicht empfehlen, auch noch zum Ausdruck zu bringen, daß der Zuschauerraum während der Vorstellung nur so verdunkelt werden darf, daß eine Uebersicht über den Raum gestattet ist.

V o r s i e n d e r : Das würde aber nicht in den § 3 gehören.

Der § 3 ist hiernach in folgender Fassung angenommen:

„Der Besuch von öffentlichen kinematographischen Vorführungen ist Personen unter 16 Jahren ohne Begleitung ihrer Eltern, Lehrer,

Erzieher, Vormünder, Lehrherren oder der von diesen beauftragten Erwachsenen nur von 4—7 Uhr nachmittags gestattet. Kinder ohne Begleitung Erwachsener sind nach Geschlechtern getrennt zu setzen.

Für Innehaltung dieser Vorschrift sind die Veranstalter und Leiter der Vorführungen und, wenn diese nicht anwesend sind, die ausübenden Personen sowie die Inhaber der zu den Veranstaltungen benutzten Räumlichkeiten verantwortlich."

Zum § 4. Herr Möhle: Der Paragraph scheint mir für verschiedene Betriebe ganz bedenklich zu sein, denn es können hiernach kinematographische Vorführungen in Spezialitäten-Theatern nicht mehr erfolgen, weil damit eine Schenkwirtschaft verbunden ist.

Herr Stadtrat Wagner: Der § 5 enthält die Befugnis der Polizeibehörde, Ausnahmen zu gestatten. Von der Herzoglichen Polizei-Direktion ist ausdrücklich hervorgehoben worden, daß für kinematographische Vorführungen im Rahmen von Spezialitäten-Vorstellungen Ausnahmen gestattet sind.

Herr Möhle: Dann ist mein Antrag überflüssig.

Die §§ 4 und 5 werden darauf unverändert angenommen.

Zum § 6. Vorsitzender: Hier würde die Anregung des Herrn Möhle Platz finden können.

Herr Esdorn: Ich bitte, die Sache nicht zu sehr zu erschweren. Die Besitzer werden sich jetzt schon nach jeder Richtung hin in acht nehmen. Solche Bestimmung ist sicher nicht nötig.

Herr Mohr: Nachdem durch Annahme der §§ 2 und 3 für das geistige Wohl der Kinder gesorgt ist, möchte ich noch auf eine Gefahr aufmerksam machen, die den Kinematographen-Theatern besonders anhaftet, das ist die große Feuersgefahr. Es ist nachgewiesen, daß derartige Brände sehr viel vorkommen; es gibt Gesellschaften, die solche Theater nicht mehr versichern, während andere die Prämien sehr hoch setzen. In Berlin behandelt diese Sache ein besonderer Erlaß, und zwar ist darin ausdrücklich hervorgehoben, daß die polizeiliche Abnahme des Theaters unter Zuziehung eines Technikers zu erfolgen habe. Ich möchte anregen, daß wir im Anschluß an dieses Statut noch einige Paragraphen aus der Berliner Vorlage mit einfügen, denn wir sind es unseren Mitbürgern schuldig, auch für das körperliche Wohl der Kinder zu sorgen. Die Gefahr ist wirklich nicht so gering. Unter einem hiesigen Zuschauerrarme soll z. B. ein Benzinapparat liegen. Auch die Kontrolle des elektrischen Lichtes würde nötig sein.

Herr Stadtrat Wagner: Ich glaube, es erscheint nicht zweckmäßig, die einzelnen Bestimmungen über die Polizeivorschriften in das Statut selbst mit aufzunehmen. Im § 6 ist gesagt worden, daß vom Stadtbaumeister die baupoli-

zeilichen Maßnahmen zu treffen seien. Sowohl vom Stadtbauamte, als auch von der Polizei wird äußerst vorsichtig bei der Abnahme derartiger Räumlichkeiten verfahren werden. Man würde den Wünschen des Herrn Mohr wohl auch gerecht werden, wenn man seine Anregungen der Herzoglichen Polizeidirektion mittheilte und sie hätte, bei der Abnahme recht scharf vorzugehen. In das Statut solche Bestimmungen aufzunehmen, empfiehlt sich dagegen nicht.

Herr *Altmann*: Die Anregung betreffs mäßiger Verdunkelung der Räume scheint mir an der Stelle nicht angebracht zu sein, weil dann bei allen kinematographischen Vorstellungen nur eine mäßige Verdunkelung der Räume stattfinden darf, was gar nicht beabsichtigt ist. Herr Möhle wollte mit seiner Anregung die Bedenken des Magistrates zerstreuen, daß während der Verdunkelung unsittliche Sachen vorkämen; nachdem aber beschlossen worden ist, daß die Kinder getrennt sitzen müssen, ist solche Vorschrift nicht mehr nötig. Wenn außerdem alle kinematographischen Vorstellungen im Halbdunkel stattfinden sollen, so wird dadurch der künstlerische Effekt beseitigt, und das wünschen wir nicht.

Vorsitzender: Die Besitzer der Theater haben sich selbst bereit erklärt, den Raum in der Zeit der Anwesenheit von Kindern nicht so stark zu verdunkeln, selbst auf Kosten der künstlerischen Schönheit der Vorstellungen.

Herr *Möhle*: Ich muß die Richtigkeit der Einwendungen des Herrn Altmann anerkennen, da sich die Vorschrift auf die sämtlichen Darstellungen beziehen würde; ich lege keinen Wert auf die Aufrechterhaltung des Antrages und ziehe ihn deshalb zurück.

Herr *Mittler*: Ich bin auch der Meinung des Herrn Altmann, daß der Verdunklungsparagraph nicht hierher gehört. Es müßte sonst auch gesagt werden, daß die teilweise Verdunklung nur in den Vorstellungen stattzufinden habe, in der Kinder ohne Erwachsene Zutritt haben, denn nur auf solche sollte sich der Antrag beziehen.

Herr *Leue*: Nachdem die Trennung der Geschlechter beschlossen ist, bin ich dagegen, zu sagen, daß Halbdunkel eintreten soll. Wenn die Besitzer dieses Angebot gemacht haben, so ist das in dem Gefühle geschehen, möglichst viele Konzessionen zu machen, um die Existenz nicht zu verlieren.

Herr *Friede*: Ich bin ebenfalls dafür, Bestimmungen wie sie Herr Mohr wünscht, nicht in das Statut aufzunehmen. Wenn unser Stadtbauamt einen Bau abnimmt, so können wir uns darauf verlassen, daß es gut gemacht ist, denn manchmal macht es seine Sache mehr als zu gut. (Weiterkeit.)

Herr *Weichsel*: Ich möchte bitten, die betreffenden Berliner Vorschriften der Herzoglichen Polizeidirektion mit zu übersenden, da ihr das sehr angenehm sein wird.

Herr Bürgermeister Meyer: Es fehlt uns an gesetzlichen und statistischen Bestimmungen, die als Unterlage herangezogen werden könnten, wenn es sich um die baupolizeiliche Genehmigung von Räumen handelt, die zur Unterbringung vieler Personen dienen. In diesem Falle läßt uns die Bauordnung im Stich, und es wird deshalb vom Stadtbauamte eine Ordnung herangezogen, die für Preußen gilt, und nach der zu verfahren das Stadtbauamt vom Herzoglichen Staatsministerium Anweisung erhalten hat. Diese Vorschriften sind bei den Kinematographen-Theatern immer angewandt, so daß tatsächlich die größtmögliche Sicherheit vorhanden ist.

Herr Stadtrat Wagner: Herr Mohr hat die Freundlichkeit gehabt, mir die Verordnung zu geben. Es handelt sich darin nicht im wesentlichen um baupolizeiliche, sondern um technische Vorschriften, und es wird zweckmäßig sein, sie der Polizei mit hinzuschicken.

Der § 6 wird hierauf unverändert angenommen.

Zu § 7. Herr Probst: Ich möchte die Bestimmung wegen der nicht vollständigen Verdunklung wieder aufnehmen und sie als neuen § 7 in Vorschlag bringen, so daß der jetzige § 7 als § 8 geführt würde. Da die Besitzer den Vorschlag selbst gemacht haben, unterliegt seine Annahme keinen Bedenken. Wir können den Leuten entgegenkommen und sagen: „Während der Vorstellungen, an denen Kinder ohne Begleitung teilnehmen, dürfen die Räume nur insoweit verdunkelt werden, als noch Ueberschau gehalten werden kann.“

Vorsitzender: Dieser Punkt ist schon bei dem § 6 besprochen und von allen Seiten betont worden, die Annahme solcher Vorschrift ginge zu weit. Ich will ihn aber selbstverständlich nochmals zur Debatte stellen.

Herr Altmann: Ich muß den erneuten Antrag mit denselben Gründen bekämpfen, wie vorhin den alten Antrag. Wir können die Kinematographen-Theater nicht so verhunzen helfen, daß sie nicht mehr das sind, was sie sein sollen. Man muß die helle Leinwand ohne Umgebung deutlich sehen können und der Raum muß dabei möglichst dunkel sein. Wenn jetzt der Raum nur halbdunkel sein soll, so geht der Effekt verloren, weil man die Leinwand nicht wird richtig sehen können. Man müßte sich draußen wundern, wenn solche Vorschrift hier erlassen würde. Lassen Sie das Theater des kleinen Mannes so bestehen, wie es durch die Erfindung geschaffen ist und verhunzen Sie es nicht durch Bestimmungen, die keinem nützen und dem Theater nur schaden.

Herr Probst: Durch die Ausführungen des Vorredners bin ich nicht eines anderen überzeugt, ich muß daher bei meinem Antrage stehen bleiben. Mit dem Antrage will ich nichts weiter, als was die Besitzer selbst wollen.

Der Antrag Probst wird darauf abgelehnt.



Schließlich genehmigt die Versammlung den § 7 des Entwurfs in unveränderter Fassung und damit das ganze Statut.

Der Herr Vorsitzende konstatiert, daß gleichzeitig dem Magistrate das Recht gegeben werde, redaktionelle Änderungen an dem Statute vorzunehmen, soweit dadurch der Sinn nicht geändert werde.

#### XIV. Ausführung von Bauarbeiten im Stadtpark-Restaurant.

Anläßlich der vor einigen Monaten gepflogenen Verhandlungen über Neuverpachtung des Stadtpark-Restaurants ist aus der Mitte der Stadtverordneten angeregt, zu prüfen, ob es nicht zur Entlastung des neuen Pächters angezeigt erscheine, stadtseitig eine gründliche Instandsetzung der Restaurationsräume vornehmen zu lassen.

Aus dem hierüber eingeforderten Berichte der städtischen Bauverwaltung geht hervor, daß im Interesse einer guten Wirtschaftsführung nicht nur die Vornahme einer ganzen Reihe von zum Teil kostspieligen Ausbesserungsarbeiten, sondern auch eine Vermehrung der Schlafgeleise für das Dienstpersonal und eine Erweiterung der Küchenanlage erforderlich ist. Die Ausbesserungsarbeiten hätten zum Teil schon von dem früheren Pächter auf Grund des mit ihm abgeschlossenen Pachtvertrages ausgeführt werden müssen, zum größeren Teile ist ihre Vornahme aber erst jetzt dringlich geworden. Wegen der ersteren, zu 1415 Mark veranschlagten Kosten ist der ausgeschiedene Pächter aufgefordert, anzuerkennen, daß die Ausbesserungen von ihm verabsäumt seien und die Stadt sie zu Lasten der von ihm gestellten Kaution ausführen lassen könne. Er hat indessen die Forderung der Stadt nur bis zu einem Betrage von 700 Mark als berechtigt anerkannt. Da die von ihm gegenüber der Mehrforderung vorgebrachten Gründe zu einem Teile nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen sind, so dürfte es sich nach der Ansicht des Magistrates empfehlen, es bei einem Zuschusse von 700 Mark aus der Kaution bewenden zu lassen. Die übrigen Ausbesserungsarbeiten sind zu 4650 Mark veranschlagt.

Wenn der Magistrat auch die meisten dieser Arbeiten für erforderlich hält, so ist er doch mit der Parkdeputation der Ansicht, daß eine Ermäßigung des Postens für eine elektrische Beleuchtungsanlage um 550 Mark und die Streichung eines Postens von 550 Mark für die Glaswände des Musikpavillons gerechtfertigt erscheint. Hierdurch ermäßigt sich der angeforderte Betrag auf 3550 Mark und damit der Aufwand für die gesamten Instandsetzungsarbeiten auf 4265 Mark.

Abgesehen von diesen Arbeiten sind noch zwei belangreichere bauliche Änderungen und Erweiterungen auszuführen, worüber folgendes zu bemerken ist:

1. Nach der Versicherung des Pächters besteht dessen gewerbliches Dienstpersonal im Winter aus 9, im Sommer aus 18 Köpfen. Davon müssen mindestens die Kamsell, 2 Kochlehrlinge, 2 Dienstmädchen, 1 bis 2 Kellnerlehrlinge und der Hausdiener im Restaurant schlafen. Da solches die vorhandenen 5 Wohn- und Schlafräume des Pächters nicht zulassen, so sind die Bediensteten bisher zum Teil in Räumen untergebracht gewesen, die den gesetzlichen und statutarischen Vorschriften nicht entsprechen. Es ist deshalb unabweisbar, daß mindestens 2 zu Schlafzimmern geeignete Räume geschaffen werden, was durch den Ausbau von 2 vorhandenen Bodenkammern angängig ist. An den von der städt. Bauverwaltung zu 2100 Mark veranschlagten Kosten glaubt der Magistrat 520 Mark für eine Verbreiterung der Treppe ersparen zu können, so daß die Ausgabe 1580 Mark betragen würde.

2. Ueber die Nothwendigkeit einer vom Pächter dringend gewünschten Erweiterung der Küchenanlage gibt ein Bericht der städt. Bauverwaltung nähere Auskunft, und auch der Magistrat ist der Auffassung, daß die geforderte Erweiterung erforderlich ist und deshalb die zu 7500 Mark geschätzte Ausgabe nicht gescheut werden darf.

Die Versammlung wird ersucht, sich mit Ausführung der Arbeiten in dem geschilderten Umfange einverstanden zu erklären und zu ihrer Durchführung insgesamt 13 345 Mark zu verwilligen.

Herr **Wolters**: Die Baukommission hat die beantragten baulichen Arbeiten sämtlich als zweckmäßig anerkennen müssen und gibt Genehmigung der geforderten Summe anheim. Man hätte in der Kommission wohl noch einige Wünsche äußern mögen, die Kommission ist aber davon abgekommen, weil die Bausumme nicht noch höher werden sollte. Aus diesem Grunde ist sogar erwogen worden, ob es sich überhaupt empfehle, an das alte Gebäude noch so viel anzuwenden und ob ein Neubau nicht zweckmäßiger sein würde. Schließlich hat sich die Baukommission aber doch auf den Standpunkt der Magistratsvorlage gestellt. Vielleicht könnte ein Teil der Kosten auf das Ordinarium der Kämmererkasse genommen werden.

Herr **Esdorn**: Ich stimme der Vorlage gern zu, möchte mir aber die Anfrage erlauben, ob die Wirtschaft dem jetzigen Pächter auf längere Jahre verpachtet ist. Da wir den Pachtpreis ermäßigt haben, so dürfte sich das vielleicht nicht auf eine längere Reihe von Jahren empfehlen.

Herr **Bürgermeister Meyer**: Der Pachtvertrag läuft zunächst auf ein Jahr. Da ein großer Teil der in der Vorlage beantragten Ausgaben als laufende Instandsetzungsarbeiten anzusehen sind, so dürfte es allerdings nicht richtig sein, sie sämtlich auf den außerordentlichen Etat zu verrechnen. Der

Antrag ist auch nur deshalb gestellt, weil im Etat hierfür 14 000 Mark aus-  
geworfen waren.

In Abänderung der Vorlage bitten wir um die Ermächtigung, von der  
Bausumme bis zu 3000 Mark zu Lasten des ordentlichen Etats demnächst in  
Ausgabe stellen zu dürfen.

Die Vorlage wird darauf mit dieser Aenderung angenommen.

### **XV. Antrag Bunge: Verbindungsstraße zwischen Kreuz- und Hildesheimerstraße.**

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen,  
möglichst bald ein Projekt auszuarbeiten, auf Grund dessen eine  
Verbindungsstraße zwischen Kreuzstraße und Hildesheimerstraße her-  
gestellt wird.“

Zur Begründung führt Herr B u n g e folgendes aus: Es ist Ihnen wohl  
bekannt, daß speziell dieser Stadtteil in den letzten 10 bis 15 Jahren weit hinter  
den anderen Stadtteilen zurückgeblieben ist. Man ist daher in den Kreisen der  
dortigen Einwohner, speziell in den betr. Geschäftskreisen, der Ansicht, daß  
dort zur Hebung des Verkehrs endlich einmal etwas geschehen müsse. Wenn  
wir uns den Bezirk näher ansehen, so finden wir, daß er nach außen isoliert  
da steht; auch ist noch ein neues Moment hinzugekommen. Im vergangenen  
Jahre wurde der obere Teil der Kreuzstraße und des Madamenweges nach der  
Schule an der Hildesheimerstraße eingeschult. Die Kinder haben dadurch  
einen langen und schlechten Schulweg zurückzulegen und nehmen teilweise den  
Weg über die Maienstraße. Diese ist aber als Interessentenweg in einem  
solchen Zustande, daß sie im Winter gar nicht passierbar ist. Aber auch viele  
Arbeiter, die in den Großbetrieben an der Hildesheimer- und der Roßstraße  
arbeiten, haben an dem von mir beantragten Ausbau der Verbindungsstraße  
ein lebhaftes Interesse. Ich bitte daher, dem Antrage zuzustimmen.

Den genügend unterstützten Antrag erhält die B a u kommission zur Vor-  
beratung.

### **XVI. Antrag Kalm s: Zustandsetzung der Wege am Theaterwall usw.**

Zur Begründung des Antrages:

„Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, bei der Herzog-  
lichen Baudirektion vorstellig zu werden, daß die Böschungen und  
Wege am Theaterwall und Sandwege in einen würdigen Zustand  
versetzt werden.“

führt Herr **M a l m s** folgendes aus: Sie haben wohl alle schon Gelegenheit gehabt, die Wegestrecke in Augenschein zu nehmen. Unsere Promenaden üben bekanntlich einen großen Reiz auf Einheimische und Fremde aus und auch nach außen hin sind sie genügend bekannt. Aber gerade diese sehr viel begangene Strecke befindet sich in einem sehr schlechten Zustande. Namentlich die Strecke am Sandwege bis zur Straße am Museum ist an beiden Seiten so schlecht, daß schon kurzsichtige Damen und Herren die steile Böschung hinuntergefallen sind. (Heiterkeit.) Es sind tatsächlich einige Stellen vorhanden, an denen man leicht ausrutschen kann.

Der genügend unterstützte Antrag wird ebenfalls der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

## **XVII. Antrag Sander: Belegung eines Fußweges der Spinnerstraße mit Platten.**

Herr **S a n d e r**: Ich beantrage:

„Die Versammlung wolle den Magistrat erjuchen, den östlich gelegenen Fußweg der Spinnerstraße mit Plattenbelag zu versehen.“

Die Begründung des Antrages ist in diesem Falle sehr leicht. Es liegen nämlich nicht nur dieselben Gründe vor, wie bei jeder anderen Straße, sondern die Instandsetzung des Fußweges ist in erhöhtem Maße notwendig, weil kein Weg der Außenstadt wohl so frequentiert wird, wie gerade diese Straße, die mittags von mehr als tausend Menschen begangen wird.

Der Antrag findet genügende Unterstützung und wird der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

## **XVIII. Antrag Malm s: Anbringung von Feuermeldern an den Schulen der Stadt.**

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle den Magistrat erjuchen, der Frage näher zu treten, daß sämtliche Schulgebäude der Stadt, staatliche, städtische und auch private, mit einem Feuermelder (direkten Anschluß zum Feuerlöschgebäude) versehen werden.“

Herr **M a l m s** (zur Begründung): Sie werden vor einigen Wochen in den Tagesblättern von dem großen Brandunglück in Amerika gelesen haben. Wenn auch unsere Stadt in ihren Schulen keine Veranlassung bietet, befürchten zu müssen, daß hier ein ähnliches Unglück passieren kann, weil die Gebäude meist so gebaut sind, daß die Schulkinder bei dem Ausbruche eines Brandes gut herauskommen können, so ist es doch notwendig, daß jede Schule mit dem

Feuerlöschgebäude direkt verbunden ist. Früher soll das bei einzelnen Schulen schon der Fall gewesen sein. Der Antrag verfolgt aber auch noch einen anderen Zweck. Die Einwohnerschaft weiß nicht immer genau, wo sich ein Feuermelder befindet. Wenn nun plötzlich ein Feuer ausbricht, so würde es praktisch sein, zu wissen, daß jede Schule bestimmt einen Feuermelder hat; es würde dadurch oft Zeit gewonnen werden.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Baukommission zur Vorberatung überwiesen,

und darauf die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 7 $\frac{1}{4}$  Uhr.

---

**1907/1908. — Nr. 2.**

**Bericht**  
über die  
**Verhandlungen der vereinigten Versammlung**  
des  
**Stadtmagistrates und der Stadtverordneten**  
**zu Braunschweig**  
in deren Sitzung am 12. März 1908.



**Tagesordnung :**

- |                                                                           |         |
|---------------------------------------------------------------------------|---------|
| I. Einsprachen gegen das Projekt über den Ausbau der Nebenstraße . . . .  | Seite 8 |
| II. Einsprachen gegen das Projekt über den Ausbau des Rülkenweges . . . . | „ 14    |

Entschuldigt die Stadträte Herren Heymann, Seele, Lord, Fiedel und Schöttler, sowie die Stadtverordneten Herren Frühling, Böcke, Konegen, Lübke und Schmidt.

Den Vorsitz führt Herr Oberbürgermeister Ketemeyer.

## I. Einsprachen gegen das Projekt über den Ausbau der Nebenstraße.

Herr Bürgermeister Meyer (als Referent): Gegen das Projekt über den Ausbau der Nebenstraße, das in der Sitzung der Stadtverordneten vom 12. September 1907 — Seite 212 des Berichtes — genehmigt worden ist, sind Einsprachen erhoben, einmal von sämtlichen Anliegern der Nordseite der Nebenstraße, und daneben noch vom Zimmermeister Karl Gerecke, Nebenstraße 20 a.

Nach dem Projekte soll die Nebenstraße bekanntlich in der Weise ausgebaut werden, daß an der Nordseite ein Fußweg von 4 m Breite, eine Fahrbahn von 9 m Breite und im Anschluß an diese ein Reitweg von 3 m Breite angelegt wird. Die Einsprache der sämtlichen Anlieger der Nebenstraße richtet sich gegen den Reitweg. Sie führen an, daß sie verhältnismäßig sehr hohe Straßenbeiträge zuschießen müßten, weil die Straße nur auf einer Seite bebaut sei, und sie bis zu einer Tiefe von 13 m die Kosten zu tragen hätten. Bei dieser verhältnismäßig hohen Quote sei aber diese Art des Ausbaues kein angemessenes Äquivalent. Vor allen Dingen sei ihnen der Reitweg nicht sympathisch, weil dadurch noch mehr Staub nach den Grundstücken hingeweht würde als bisher, jedenfalls aber eine wesentliche Besserung gegen den bisherigen Zustand nicht eintreten würde. Außerdem könne von ihnen ein Bedürfnis zur Anlegung eines Reitweges nicht anerkannt werden, und ein Radfahrweg würde dort besser angebracht sein. Die Einsprache läuft also auf dieselbe Geschichte hinaus, die wir hier auch schon eingehend behandelt haben.

Nun ist in der Deputation, für welche ich berichte, auf die Stimmung der Anlieger Rücksicht genommen und gesagt worden: wenn die ganzen Anlieger so unzufrieden mit dem Projekte sind, so ist es nicht angezeigt, gegen deren Willen das Straßenprojekt durchzuführen. Obwohl uns bekannt wurde, daß den Anliegern an dem Radfahrwege selbst nicht etwas besonderes liegt, sondern nur an dem Anschlusse des Reitweges, so haben wir dennoch beschlossen, der Versammlung zu empfehlen, die Einsprache insoweit als begründet anzuerkennen, als eine Umarbeitung des Projektes stattfinden soll, und zwar insofern, als die Breite des Reitweges von 3 m geteilt wird zwischen einem Reitwege und einem Radfahrwege. Uebrigens würden die beiden Wege nicht hart nebeneinander zu liegen kommen. Namens der Kommission habe ich also zu empfehlen, die Einsprachen als begründet anzuerkennen.

Herr Voge: Es war früher schon von Herrn Sander der Antrag gestellt worden, auf der Nebenstraße einen Radfahrweg anzulegen, und ich benutze diese Gelegenheit, noch einmal dafür einzutreten. Den meisten Anliegern der Nebenstraße liegt übrigens nichts daran, einen Radfahrweg als solchen zu erhalten, sondern vor allem, einen Reitweg nicht zu bekommen. Ich halte hier auch einen

Reitweg weder für zweckmäßig, noch für nötig, sondern nur da, wo er in fortgesetzter Folge aus der Stadt hinausführen kann. Auch die Rücksicht auf die Militärpferde ist nicht nötig, weil die auf dem Al. Exercierplatze bewegt werden können. Wichtig ist ferner, daß ein Reitweg bei trockenem Wetter den Häusern mehr Staub zuführt und namentlich, daß er es den Anliegern bei nassem Wetter unmöglich macht, auf die andere Seite der Straße zu gelangen. Die Anlieger müssen erhöhte Straßenkosten tragen und haben wirklich alle Ursache, eine besser und nach ihren Wünschen ausgebaute Straße zu verlangen, nachdem sie so lange Jahre im Drecke gefahren haben. Wenn die Anlieger unter solchen Verhältnissen wünschen, statt eines Reitweges einen Radfahrweg zu erhalten, um endlich den lästigen Staub und Schmutz von der Straße loszuwerden, so dürfte dieser Anspruch um so eher gerechtfertigt erscheinen, als ein Radfahrweg nicht teurer zu stehen kommt, als ein Reitweg.

Herr Leue: Ich möchte mich auch dringend dafür aussprechen, dort keinen Reitweg, sondern einen Radfahrweg anzulegen. Da ich in der unmittelbaren Nähe der Nebenstraße wohne, so habe ich oft Gelegenheit, zu sehen, wie sich der Verkehr dort abwickelt; ich weiß deshalb aus eigener Anschauung, daß dort bei weitem mehr Radfahrer, als Reiter verkehren. Von den Anliegern wird auch befürchtet, daß der Reitweg in erster Linie benutzt werden würde, um die Pferde von Offizieren spazieren zu führen, und daß der Weg durch den Mist der Pferde bald in einen den Anliegern nicht angenehmen Zustand versetzt werden würde. Dagegen würde ein Radfahrweg sehr viel benutzt werden. Es liegen dort die Grundstücke von Gerecke und der Nationalbrauerei, auch wird die Straßenstrecke sehr viel von Spaziergängern aus dem Westen der Stadt benutzt, die nach dem Querumerholze gehen wollen.

Herr Sander: Ich freue mich, daß der Magistrat geneigt ist, den Anliegern der Nebenstraße entgegenzukommen. Im übrigen stehe ich auf dem Standpunkte des Herrn Leue. Die Anlieger sind nach den mir gewordenen Mitteilungen der Meinung, daß ein Reitweg verfehlt wäre, schon weil man dort nur selten Reiter sähe. Auch glauben die Anlieger nicht, daß nach Anlage eines Reitweges dort mehr Reiter hinkommen würden, vielleicht mit Ausnahme von Offiziersburschen. Insbesondere wird gegen den Reitweg angeführt: starke Staubentwicklung und schwieriges Ueberschreiten des Weges bei schlechtem Wetter. Es ist auch richtig, daß die Straße sehr stark von Radfahrern frequentiert wird; ich möchte mich daher der Bitte des Herrn Leue anschließen, auf den Reitweg ganz zu verzichten.

Herr Bürgermeister Meyer: Diesen Ausführungen kann ich nicht ohne weiteres zustimmen. Die Frage, ob Radfahrweg oder Reitweg ist hier früher schon eingehend behandelt worden. Herr Sander hatte nach Annahme des Ausbauprojektes den Antrag gestellt, einen Radfahrweg zu schaffen. Der Antrag wurde von der



Versammlung angenommen und der Magistrat ersucht, die Sache weiter bearbeiten zu lassen; der Magistrat war indessen zu dem Ergebnis gekommen, daß ein Reitweg vorzuziehen wäre und zwar umsomehr, als ein Radfahrweg später immer noch ausgebaut werden könne, da Raum vorhanden sei. Es wurde dann anheimgegeben, das Projekt so zu belassen, wie es von der Versammlung schon vorher angenommen war. Die Versammlung faßte daraufhin einen diesem Antrage entsprechenden Beschluß.

Nun kommt die Einsprache der Anlieger. Etwas Neues steht in der Einsprache gegenüber den Erwägungen der städtischen Behörden nicht, sondern es findet sich darin nur derselbe Widerwille gegen den Reitweg, der sich hier schon geltend machte. Ich hege deshalb die Vermutung, daß die Herren aus der Versammlung, die gegen den Reitweg waren, mit den Anliegern Fühlung genommen haben. Man findet in der Einsprache tatsächlich die gleichen Gründe, die auch hier vorgebracht worden sind: den vielleicht nicht schönen Anblick des Weges, dessen üble Gerüche usw., aber das ist alles nichts Neues. Der Magistrat hat von Haus aus an dem Reitwege festgehalten, weil er zur Entlastung des Kl. Exerzierplatzes einen Weg schaffen wollte, auf dem die Offizierspferde bewegt werden könnten. Dagegen ist ein besonderes Bedürfnis für die Anlage eines Radfahrweges nicht in dem Maße anerkannt worden, daß ein dringendes Bedürfnis dafür vorläge. Um aber trotzdem dem Radfahrverkehre entgegenzukommen, ist in das Projekt etwas Neues aufgenommen insofern, als 70 cm breite mit Schladensteinen gepflasterte Gassen projektiert wurden, die sich in anderen Städten als Radfahrwege gut bewährt haben. Deshalb war ich auch in der Kommission der Ansicht, die Einsprache zurückweisen zu sollen. Ich bin davon zurückgekommen, bitte aber, nicht noch weiter zu gehen und den Reitweg ganz aus dem Programm zu streichen.

Vorsitzender: Ich sehe mich veranlaßt, eine Erläuterung in rechtlicher Beziehung zu geben. Wir haben hier nicht zu beschließen, wie die Straße ausgebaut werden soll, denn dazu muß ein übereinstimmender Beschluß beider städtischen Körperschaften herbeigeführt werden. Heute hat die gemeinschaftliche Versammlung über die hier vorliegenden Einsprachen zu entscheiden. Es ist in dieser Beziehung beantragt worden, die Einsprachen zu verwerfen, aber den Magistrat zu ersuchen, ein neues Projekt auszuarbeiten zu lassen und der Stadtverordnetenversammlung zu unterbreiten.

Herr Boge: Als seinerzeit der Antrag Sander hier beraten wurde, habe ich nicht zur Sache geredet, und kannte auch die Stimmung der Anlieger nicht, sonst wäre ich damals schon für die Beseitigung des Reitweges eingetreten. Für mich ist es wesentlich, wichtig und neu, daß gerade jetzt nachträglich die Anlieger kommen und sagen: wir als die am meisten interessierten Anlieger haben den Wunsch, daß eine voll ausgebaute Straße mit vollkommen festen Wegen hergestellt wird. Das ist

das wesentlich Neue, was in die heutige Verhandlung getragen ist, und meines Erachtens, da ein besonderes Moment für den Reitweg nicht sprach, ausschlaggebend, um das bisherige Projekt zu verwerfen.

Herr Sander: Herr Bürgermeister Meyer vermutet, daß ich mich mit den Anliegern in Verbindung gesetzt hätte. Das ist nicht der Fall. Ich würde aber nichts darin erblicken, wenn es der Fall wäre und ich mich informiert hätte. Das ist indessen nicht geschehen. Ein Bedürfnis für einen Reitweg liegt an der Stelle nicht vor, wohl aber für einen Radfahrweg. Noch keine zehn Reiter benutzen die Straßenstrecke wöchentlich, während sie von mehreren tausend Radfahrern benutzt wird. Wenn die Anlieger bezüglich des Ausbaues der Straße Wünsche äußern, so ist das sehr berechtigt, denn die Leute müssen den Ausbau bezahlen; ich habe mich auch sehr gefreut, daß der Magistrat auf die Wünsche eingehen will, und will nur gebeten haben, den Reitweg ganz fallen zu lassen. Kein Mensch wird behaupten wollen, daß ein Reitweg dort ein Bedürfnis ist.

Vorsitzender: Zur Richtigestellung möchte ich bemerken, daß sich der Magistrat seitdem mit der Sache noch nicht befaßt hat, sondern daß eine Deputation, bestehend aus den Mitgliefern der Statutent Kommission und zwei Magistratsmitgliedern, die Vorberatung ausgeführt hat.

Herr Ribbentrop: Für den Radfahrweg bin ich auch, aber gegen den Reitweg sind Argumente vorgebracht worden, die nicht zutreffen. Herr Leue meinte, der Reitweg würde durch den Mist der Pferde schlecht werden und unangenehm riechen. Das ist nicht der Fall. Die Exkremente der Pferde werden in den Staub getreten und fallen fort, sonst würde z. B. eine Reitbahn erheblich stinken. Auch der Staub wird die Anlieger nicht behelligen, weil der Reitweg feucht bleibt. Der Reitweg ist außerdem erheblich billiger als jeder andere Weg, wenn nicht eine vollständige Pflasterung vorgenommen, sondern er in Sandform hergestellt wird, und das würde doch den Anliegern eine große Annehmlichkeit sein. Nehmen Sie daher beide Wege an.

Herr Weichsel: Von Herrn Sander scheint die Sachlage unrichtig aufgefaßt zu sein. Der jetzt vom Herrn Referenten vorgeschlagene Plan bildet eine Vermittlung zwischen den beiden Parteien. Die Nebenstraße ist in ihrer Breite ziemlich ausdehnungsfähig. Einige Gründe sprechen auch sicher für die Anlegung eines Reitweges, z. B. daß die Offizierspferde auf den Reitweg verwiesen werden können und der kl. Exerzierplatz für die Turnspiele frei wird. Außerdem ist nicht zu vergessen, daß die Nebenstraße eine Ringstraße wird und im Anschluß daran vielleicht ein weiterer Reitweg angelegt werden kann. Dagegen werden die Nachteile des Reitweges nicht sehr groß sein, namentlich wird er nicht so feucht sein, daß nicht darüber gegangen werden kann. Ich bitte, den Vorschlägen des Herrn Referenten zuzustimmen.

Herr Sander: Wenn die Offizierspferde tatsächlich auf dem Wege bewegt würden, so träte das gerade ein, was die Anlieger befürchten. Unangenehm wäre es jedenfalls nicht, weil die Jugend sehr gefährdet würde und die Kinder nicht hinausgelassen werden könnten, denn die Burschen reiten in ziemlich scharfer Weise. Ferner gibt es dadurch eine Masse Staub und Dreck, weshalb ich mich den Wünschen der Anlieger wohl anschließen kann. Wenn Herr Ribbentrop sagt, daß die Straße bei der Anlage eines Reitweges billiger würde, so glaube ich das, aber die Anlieger wollen selbst dann auf den Reitweg verzichten, wenn sie mehr Kosten bezahlen müssen.

Herr Löhnesinke: Was die Staubbelästigung durch den Reitweg anlangt, so ist die Sache nicht tragisch zu nehmen. Selbst im heißesten Sommer kann der Staub auf einem Reitwege dadurch beseitigt werden, daß Salz zugelegt wird. Ich kenne das Verfahren aus einer süddeutschen großen Garnisonstadt, wo es sich außerordentlich günstig bewährt hat. Was die Erschwerung des Ueberganges betrifft, so wäre der leicht abzuwenden durch von Strecke zu Strecke angeordnete Uebergänge, die eine Ueberquerung des Reitweges leicht ermöglichen.

Herr Lene: Ich muß nochmals dringend bitten, dort keinen Reitweg anzulegen. Wir legen sonst einen Reitweg für etwa vier Offizierspferde an, jedoch sollten die Interessen der Anlieger wirklich mehr ausschlaggebend sein, als die Interessen von vier Offizierspferden. Wozu sollen wir außerdem einen Weg herstellen, der den Anliegern zuwider ist? Wenn ein Reitweg geschaffen werden sollte, dessen Fortsetzung wieder ein Reitweg sein würde, so könnte ich ein Bedürfnis anerkennen, hier aber nicht.

Herr Bürgermeister Meyer: Es ist nicht richtig, daß der Reitweg für vier Offizierspferde angelegt würde, sondern es besteht dabei die Absicht, den ff. Exerzierplatz nicht durch die Pferde zu belasten und zu verderben. Der Einwand der Anlieger würde von jedem Anlieger einer anderen Straße auch erhoben werden können, so daß wir schließlich, wollten wir ihm entsprechen, nirgends Reitwege anlegen könnten. Die Sachlage ist doch die: die Versammlung hat den Antrag auf Anlegung von Reitwegen angenommen, der Magistrat will dem Antrage jetzt entsprechen, und nun wollen Sie nicht. Ich bestreite auch, daß dies nicht die richtige Stelle für einen Reitweg sei. Die Ringstraße wird doch einmal von der Karlstraße ab weiter fortgesetzt, und deshalb kann der Reitweg in der Fortsetzung der Nebenstraße sehr wohl später verlängert werden. Ich fürchte allerdings mit Sicherheit, wenn wir das neue Projekt demnächst der Versammlung vorlegen werden, daß die Anlieger auch mit dem schmaleren Reitwege nicht zufrieden sein werden, jedoch hoffe ich, daß die Versammlung trotzdem das Projekt annehmen wird.

Herr Sander: Das Reiten auf dem kl. Exerzierplatze sollte ganz aufgehoben werden; wir haben doch ein Recht, es zu verbieten.

Vorsitzender: Die östlichen drei Viertel des kl. Exerzierplatzes sind dem Militär zur Benutzung freigegeben. Früher gab es dort bekanntlich hin und wieder recht unliebsame Vorfälle. Sie erinnern sich wohl, daß vor Jahren einmal ein Kind des Direktors Leigen beinahe übergeritten wäre. Wir konnten eben das Reiten auf dem Platze nicht verhindern. Wenn wir nun jetzt einen Reitweg am kl. Exerzierplatze entlang anlegen und wenden uns dann an das Garnisonkommando mit dem Ersuchen, den Platz zum Reiten nicht mehr zu benutzen, so wird der Bitte wohl entsprochen werden.

Herr Meyerhoff: Es würde dazu eine Ordre des Garnisonkommandos gehören, daß kein Offizier beritten auf den kl. Exerzierplatz kommen darf. Da aber der eine Offizier gerne beritten, der andere lieber zu Fuß kommandiert, so wird das Garnisonkommando darauf wohl nicht eingehen. Der eben erwähnte unliebsame Vorfall ist seinerzeit durch einen Offizier passiert. Sollten wir erreichen können, daß Offiziere im Dienst nicht auf dem kl. Exerzierplatz reiten dürfen, so wäre ich auch dafür, einen Reitweg auf der Nebenstraße anzulegen.

Vorsitzender: Das habe ich nicht gemeint, denn darauf wird das Garnisonkommando allerdings nicht eingehen. Es wäre aber schon eine Erleichterung für das Publikum, wenn wir die Offiziersburschen und die augenblicklich nicht berittenen Pferde von dem kl. Exerzierplatze herunterweisen könnten. —

Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für den Antrag der Anlieger, den Reitweg ganz zu verwerfen? — Der Antrag ist mit 18:15 Stimmen abgelehnt.

Wer erklärt sich für den Antrag der Deputation, den Magistrat zu ersuchen, ein Projekt auszuarbeiten, das einen Reitweg und einen Radfahrweg vorsieht? — Der Antrag ist angenommen. —

Herr Bürgermeister Meyer: Es war schon in der eben erledigten Einsprache die Rede davon, daß jetzt einer Reihe von anliegenden Grundstücken gegenüber ein besonderer Zugangsweg durch den Graben vorhanden wäre, und es war der Wunsch zwischen den Zeilen zu lesen, daß bei Ausführung des Reitweges ein angemessener Uebergang nach den betreffenden Grundstücken geschaffen werden möchte. Das würde bei Ausarbeitung des neuen Projektes in gewissem Umfange berücksichtigt werden können. Die zweite Einsprache fordert nun für das Gerecksche Grundstück einen solchen Uebergang besonders, und ich glaube, wir tun trotz der generellen Verschiebung des Projektes gut, Stellung zu dem Antrage zu nehmen. Man kann dem Urheber der Einsprache, Herrn Zimmermeister Karl Gerecke, zu deren Erledigung vielleicht die Mitteilung machen, daß ein anderweites Projekt ausgearbeitet würde, und sein Wunsch eventuell Berücksichtigung finden werde. Vielleicht braucht man auf den Antrag gar nicht weiter einzugehen, weil er über

holt ist. Ich möchte also empfehlen, die Einsprache zu verwerfen, und dabei Herrn Gerecke mitzuteilen, daß sie zurzeit keine Bedeutung mehr hätte, und er eventuell gegen das neue Projekt wieder eine Einsprache erheben könne.

Die Einsprache wird von der Versammlung verworfen. —

Herr Bürgermeister Meyer: Es folgt noch eine Einsprache des Herrn Karl Gerecke, in der er anführt, daß sein Grundstück eine Breite von 13,40 m haben solle, während es nur 13,30 m breit sei. Von der Deputation ist darauf hingewiesen worden, daß die vorliegende Kostenberechnung keineswegs eine endgültige sei, die endgültige Ausmessung und die Verrechnung der Kosten werde erst vorgenommen, wenn der Ausbau vollendet sei. Das ist notwendig, weil bei einem Straßenbau meistens Niveauveränderungen vorkommen und infolgedessen die Länge der einzelnen Grundstücke eine andere werden kann. Man könnte deshalb Herrn Gerecke erwidern, wenn sich seine Angabe als berechtigt erweisen sollte, so würde er nur zu einem entsprechend geringeren Beitrage herangezogen werden; im übrigen stehe es ihm frei, seinen Einspruch demnächst gegen die endgültige Kostenrechnung geltend zu machen. Ich gebe anheim, die Einsprache in dieser Weise zu erledigen.

Die Verwerfung der Einsprache wird mit dieser Begründung beschloffen.

## II. Einsprachen gegen das Projekt über den Ausbau des Bültenweges.

Herr Bürgermeister Meyer: Die hierher gehörenden Einsprachen rühren von der Firma Gebr. Grahe und Frau Berta Ulrich her. Die Gründe sind sehr kurz gehalten. Sie erklären nämlich, der Bültenweg wäre so gut befestigt, daß sie ein Bedürfnis für eine bessere Befestigung nicht anerkennen könnten und sie deshalb hätten, das Projekt nicht zur Ausführung zu bringen. Der Bültenweg ist ziemlich breit und es war mehr oder weniger wünschenswert, oder gar notwendig, diesen Teil des Bültenweges mit Kleinpflaster zu befestigen. Ich empfehle Verwerfung der Einsprache.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

Da die Tagesordnung erledigt ist, so schließt der Herr Vorsitzende die Sitzung.

Dauer von 7<sup>3/4</sup> bis 8<sup>1/4</sup> Uhr.

